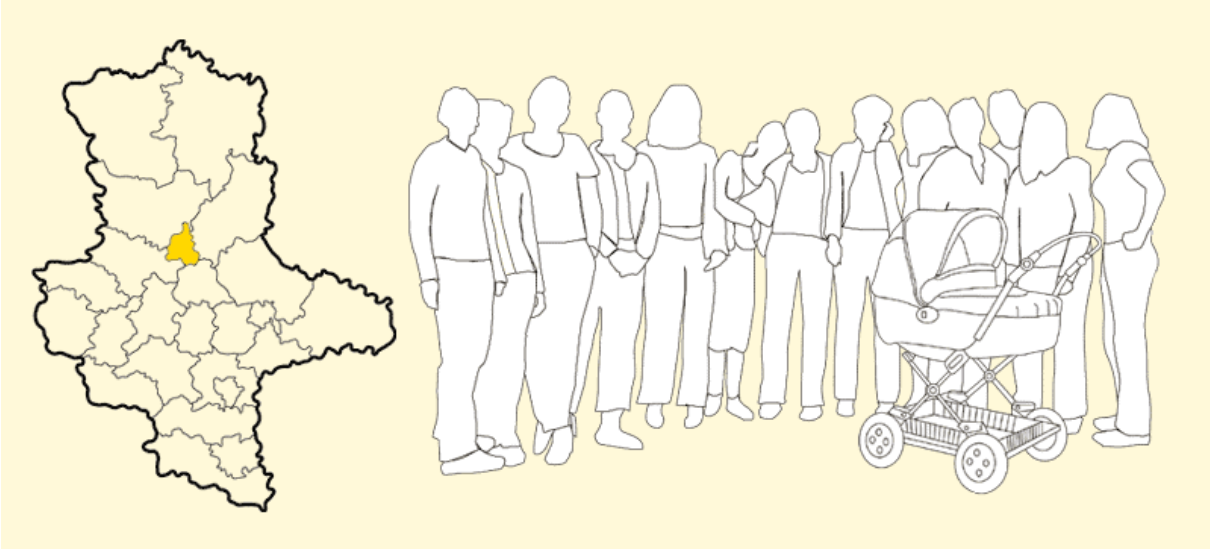
Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt

Wie kann durch Umsteuerung von Fördermitteln das Querschnittziel Chancengleichheit besser verwirklicht werden?

Zukunftschancen junger Familien in Sachsen-Anhalt



Abschlussbericht

30. November 2004

von Christiane Dienel (Projektleitung), Antje Gerloff, Loreen Lesske und weiteren AutorInnen

Eine Studie im Auftrag der **Landesregierung Sachsen-Anhalt**, Ministerium für Bau und Verkehr, Ministerium für Gesundheit und Soziales. Finanziert durch den **Europäischen Sozialfonds**. Durchgeführt von der **Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)**, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen und die **GeFam, Gesellschaft für Familienforschung e.V**

Inhaltsübersicht

Zusammenfassung 10

A Einleitung 17

B Die demographische Entwicklung in Sachsen-Anhalt – quantitative Analyse 33

C Wanderung und Heimatbindung junger Menschen aus Sachsen-Anhalt – Ergebnisse der Wanderungsstudie 100

D Kinderwunsch und Familiengründungsabsichten junger Menschen in Sachsen-Anhalt – Ergebnisse der Familienstudie 171

E Ergänzende qualitative Studien 215
E 1: Familienpolitische Maßnahmen und ihr möglicher Einfluss auf generatives Verhalten 215
E 2: Lebenslagen von Mädchen in Sachsen-Anhalt 231
E 3: Einzeluntersuchungen (Diplomarbeiten) 266

F Der vergleichende Blick auf die regionale Bevölkerungsentwicklung 269
F 1 Vergleichsstudie Emsland 269
F 2 Vergleichsstudie Oberfranken 288
F 3 Vergleichsstudie Finnland 356
F 4 Vergleichsstudie Irland 391
F 5 Vergleichsstudie Portugal 429
F 6 Vergleichsstudie Italien 463

G Handlungsansätze für eine bevölkerungsbewusste Regionalpolitik 492

Analytisches Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung 10

A Einleitung (Christiane Dienel) 17
A 1. Fragestellungen und Forschungsdesign der Untersuchung 17
A 2. Zum Forschungsstand 20
Der Bevölkerungsrückgang und seine Folgen für Sachsen-Anhalt 20
Struktur der Abwanderung 20
Gründe für die Abwanderung und ihre Geschlechtsspezifik 21
Haltefaktoren von Regionen – Ansätze für Strategien gegen Abwanderung 23
Theoretische Modelle zu Abwanderung und Binnenwanderung 24
Theoretische Modelle zu Bestimmungsfaktoren von Kinderwunsch und Familiengründung 27
A 3. Literaturangaben 29

B Die demographische Entwicklung in Sachsen-Anhalt – quantitative Analyse (Juliane Roloff) 33
B 1. Bevölkerungszahl und Bevölkerungsbilanz in den Neuen Ländern – eine Einleitung 33
B 2. Wanderungsgeschehen 35
B 2.1 Allgemeiner Überblick 35
B 2.2 Binnenwanderungen in den Neuen Ländern nach Ziel- und Herkunftsgebiet 37
B 2.3 Binnenwanderungen von Frauen und Männern 46
B 2.4 Binnenwanderungen nach ausgewählten Altersgruppen 60
B 2.5 Binnenwanderungen in Sachsen-Anhalt nach Kreisen 75
B 3. Geburten und Fertilität 88
B 3.1 Geburten und Fertilität im Land Sachsen-Anhalt im Kontext der übrigen Neuen Länder 88
B 3.2 Geburten und Fertilität in den Kreisen Sachsen-Anhalts 92
B 4. Zusammenfassung 98

C Wanderung und Heimatbindung junger Menschen aus Sachsen-Anhalt – Ergebnisse der Wanderungsstudie (Antje Gerloff) 100
C 1. Methodik und Vorgehensweise 100
C 2. Charakterisierung der FortzüglerInnen 102
Wegzugsziele 102
Geschlechts und Altersverteilung der Befragten 107
Familienstand der Befragten 109
Nettoeinkommenshöhe der Befragten 110
C 3. Die Gründe für den Fortzug aus Sachsen-Anhalt 111
C 3.1 Berufs- und ausbildungsbezogene Gründe 111
Typisierung der Befragten nach ihren Fortzugsgründen 113
Auszubildende 114
Studienanfänger 116
Die ehemaligen Pendler 120
Die ehemaligen Arbeitslosen 121
Die Absolventen 123
C 3.2 Arbeitsbedingungen im Vergleich: Die Berufstätigen 126
C 3.3 Persönliche Fortzugsgründe, Abwanderungsnetzwerke, Integration am Zielort 134
Persönliche Gründe für den Wegzug 135
Soziale Kontakte am Zielort 139
C 4. Alte und neue Heimat im Vergleich: Bewertung der Lebensbedingungen 143
C 5. Heimatverbundenheit und Rückkehrbereitschaft 152
C 6. Ergänzungserhebung: Abwanderungswünsche von Menschen mit Wohnort in Sachsen-Anhalt 156
C 7. Anhang 166
C 7.1 Literatur 166

C 7.2 Text des Fragebogens für die Telefoninterviews 166

D Kinderwunsch und Familiengründungsabsichten junger Menschen in Sachsen-Anhalt – Ergebnisse der Familienstudie (Loreen Lesske) 171
D 1. Einleitung 171
D 2. Optimale Familiengröße für Eltern in Sachsen-Anhalt 172
Aussagen der Schülerinnen und Schüler zur optimalen Familiengröße 174
Vergleich Familiengröße und Bildungsabschluss 175
Vergleich Kinderwunsch und weiterer Berufs- oder Ausbildungsweg 179
Vergleich Alter bei der Geburt des ersten Kindes und weiterer Bildungsweg 181
Zusammenfassung der Aussagen der SchülerInnen zur optimalen Familiengröße 185
D 3. Familien-(un-)freundliches Sachsen-Anhalt 186
Aussagen der Eltern und kinderlosen Paare 186
Aussagen der SchülerInnen zur Familien (-un-)freundlichkeit in Sachsen-Anhalt 188
Bedeutung der Freundes- und Familiennetzwerke für SchülerInnen heute und in Zukunft 190
Bedeutung des Freundeskreises 193
Zusammenfassung des Themenkomplexes Bedeutung der Netzwerkpartner 197
D 4. Familienpläne und Wohnortpräferenzen der SchülerInnen 197
Kriterien der Schülerinnen bei der Entscheidung für den Wohnort 198
Kriterien der Schüler bei der Entscheidung für den Wohnort 204
Wohnortwahl im Überblick 208
D 5. Beurteilung der politischen Rahmenbedingungen für die Familiengründung 211
Familienfreundliche Unternehmen in Sachsen-Anhalt 211
Weggehen aus Sachsen-Anhalt 211
Vorschläge für eine familienfreundlichere Landespolitik 212

E Ergänzende qualitative Studien 215
E 1. Familienpolitische Maßnahmen und ihr möglicher Einfluss auf generatives Verhalten – Einstellungen ostdeutscher Frauen (Juliane Roloff) 215
E 1.1 Vorbemerkung 215
E 1.2 Soziodemographische und sozioökonomische Ausgangslage der ostdeutschen Probandinnen 215
E 1.3 Kinderwunsch in Ostdeutschland 218
E 1.4 Bewertung und Priorität familienpolitischer Maßnahmen 223
E 1.5 Resümee 230
E 2. Lebenslagen von Mädchen in Sachsen-Anhalt. Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung (Frauke Mingerzahn und Kerstin Schumann) 231
E 2.1 Einleitung 231
E 2.2 Methodisches Vorgehen 232
E 2.3 Ergebnisse der Untersuchung 235
Lebensentwürfe von Mädchen in Sachsen-Anhalt 236
Mädchen sein in Sachsen-Anhalt: Vorstellungen der Mädchen von der eigenen Geschlechterrolle 238
Bedeutung der Schule im Lebenslauf und für die Lebenswegplanung 239
Berufswahlverhalten der Mädchen 246
Bedeutung von Partnerschaft und Kindern in der Lebensrealität der Mädchen 247
Bedeutung der Freizeit und Möglichkeiten der Realisierung von Freizeitinteressen 254
Partizipationsmöglichkeiten der Mädchen und ihre Nutzung 259
Gewalt gegen Mädchen 261
E 2.4 Abwanderungsabsichten der Mädchen 262
E 2.5 Schlussfolgerungen für politisches Handeln 263
E 2.6 Literaturverzeichnis 264
E 3 Einzeluntersuchungen im Rahmen von Diplomarbeiten 266
E 3.1 Stefanie Mahlo: Projekt Paarbeziehung – Option Familie. Vom Einfluss der Beziehungsqualität und –zufriedenheit auf den Kinderwunsch von jungen Paaren 266
E 3.2 Uta Schönecker-Recke: Gründe für die Abwanderung aus Magdeburg. Eine qualitative Analyse unter Jugendlichen im Alter von 15-17 Jahren. 266

E 3.3 Susanne Thies: „Gehen oder Bleiben – Studenten mit Behinderung in Sachsen-Anhalt berichten.“ 267
E 3.4 Beate Hempel: Ausbildungswünsche und Zukunftsträume von Jugendlichen mit Körperbehinderungen. Eine empirische Erhebung am Landesbildungszentrum für Körperbehinderte in Halle (Saale) 268

F. Der vergleichende Blick auf die regionale Bevölkerungsentwicklung 269
F 1. Vergleichsstudie Emsland - regionale und kommunale Familienpolitik als Erfolgsstrategie für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung (Christiane Dienel) 269
F 1.1 Vorbemerkung: Zur Auswahl der Vergleichsregion – Fragestellungen – Informationsquellen 269
F 1.2 Die Stadt Lingen im Emsland – Eckdaten zur sozioökonomischen Lage und Bevölkerungsentwicklung 270
Kurzporträt der Region 270
Regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung 272
Die Bevölkerungsentwicklung in Lingen und im Kreis Emsland seit 1945 272
Ländliche Lebenslagen im Emsland 273
F 1.3 Familienpolitik in Lingen 274
Entstehung und Entwicklung des familienpolitischen Programms 274
Maßnahmen 276
Wirkungen - Ausblick 278
F 1.4 Spielräume für lokale und regionale Familienpolitik 279
Freiwillige familienpolitische Maßnahmen der Gemeinden 279
Schlüsselfaktor Eigenheimförderung für Familien 280
Örtliche und regionale Maßnahmen der Wohneigentumsförderung für Familien 282
Umsetzungsschritte für eine kommunale Familienförderung (Dienel 2002, Kap. 6) 282
F 1.5 Schlussfolgerungen für das Land Sachsen-Anhalt 284
F 1.6 Quellen und Literatur 286
F 2. Let´s go Oberfranken –ein Konzept zur Entwicklung der Bevölkerung in Oberfranken (Gabi Troeger-Weiß) 288
F 2.1 Einführung 288
Problemstellung 288
Zielsetzung und Fragestellungen der Untersuchung 289
Vorgehensweise 290
F 2.2 Ausgangssituation und Trends der demographischen Entwicklung in Oberfranken und ihre möglichen Folgen 291
F 2.21 Entwicklung der Gesamtbevölkerung 292
F 2.22 Altersstruktur der Bevölkerung in Oberfranken 296
F 2.23 Wanderungsbewegungen 298
Entwicklung der Zuzüge und deren Altersstruktur 298
Entwicklung der Wegzüge und deren Altersstruktur 301
Entwicklung des Wanderungssaldos 304
F 2.24 Natürliche Bevölkerungsentwicklung 305
F 2.25 Folgen der demographischen Entwicklung in Oberfranken 307
Ausgewählte Folgen einer Bevölkerungsabnahme 307
Ausgewählte Folgen einer Bevölkerungszunahme 309
Ausgewählte Wirkungen einer überalternden Bevölkerung 310
F 2.26 Fazit 311
F 2.3 Analyse der Abwanderungsprozesse in Oberfranken 314
F 2.31 Dimensionen der Abwanderung der Bevölkerung aus Oberfranken 314
Sozio-demographische Merkmale der Befragten 315
Zielgebiete der aus Oberfranken abgewanderten Bevölkerungsgruppen 322
Wohlfühlfaktoren in Oberfranken 323
Motive für einen Wegzug aus Oberfranken 326
Einschätzung der möglichen Rückkehr nach Oberfranken 330
Fazit 334
F 2.32 Einschätzung der Situation in den Bereichen Bevölkerung und Arbeitsmarkt durch ausgewählte oberfränkische Unternehmen 337

F 2.33 Einschätzung der Situation in den Bereichen Bevölkerung und Arbeitsmarkt durch kommunale und regionale Entscheidungsträger in Oberfranken ... 339
F 2.34 Fazit ... 340
F 2.4 Handlungsansätze zur Steuerung der Entwicklung der Bevölkerung in Oberfranken ... 341
F 2.41 Zielgruppen und Handlungsfelder ... 341
Bevölkerungsgruppen, für die im Regierungsbezirk bzw. in Teilen davon ein gewisser Mangel besteht ... 341
Bevölkerungsgruppen, für deren Ansiedlung sich der Regierungsbezirk eine gewisse Kompetenz erwerben möchte ... 342
Potentielle Rückkehrer ... 343
Potentielle Abwanderer ... 344
Potentielle Zuwanderer ... 346
F 2.42 Handlungsfelder und umsetzende Akteure ... 346
F 2.43 Handlungsempfehlungen ... 347
F 2.5 Anhang ... 353
F 2.51 Ausgewählte Literatur ... 353
F 2.52 Statistische Quellen ... 353

F 3. Vergleichsstudie Finnland: Abwanderung und Zentralisierung in einer expandierenden Wissensgesellschaft (Christiane Dienel) ... 356
F 3.1 Vorbemerkung: Zur Auswahl der Vergleichsregion – Fragestellungen – Forschungsstand ... 356
Zur Auswahl der Vergleichsregion ... 356
Fragen an die Region Mittelfinnland ... 357
Forschungsstand ... 359
F 3.2 Finnland – Eckdaten zur sozioökonomischen Lage und Bevölkerung ... 360
Kurzporträt Finnland ... 360
Regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Finnland seit den 1990er Jahren ... 361
Geburten-, Familien- und Bevölkerungsentwicklung in Finnland seit 1945 ... 363
F2.3 Abwanderung in Finnland unter besonderer Berücksichtigung der Region Mittelfinnland ... 368
Die „große Wanderung" – Bevölkerungskonzentration und Zunahme regionaler Disparitäten 368
Selektive Abwanderung und ökonomische Abwärtsspiralen in peripheren Regionen ... 369
Regionale Haltefaktoren in Finnland: Haus, Heimatgefühl und Wohlfahrtsstaat ... 373
F 3.4 Maßnahmen zur Stabilisierung der Bevölkerung ... 375
Familienpolitische Maßnahmen ... 375
Direkte Maßnahmen zur Beeinflussung des Wanderungsverhaltens ... 378
Förderung der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung ... 380
Bildungspolitische Maßnahmen ... 382
F 3.5 Schlussfolgerungen für Sachsen-Anhalt ... 384
Familienpolitische Schlussfolgerungen ... 384
Schlussfolgerungen zur Förderung der Mobilität von Arbeitnehmern ... 385
Regionalpolitische Schlussfolgerungen ... 386
Bildungspolitische Schlussfolgerungen ... 387
F3.6 Quellen und Literatur ... 388

F 4. Vergleichsstudie Irland - Wirtschaftlicher Aufschwung und regionale Bevölkerungsdisparitäten (Christiane Dienel) ... 391
F 4.1 Vorbemerkung: Zur Auswahl der Vergleichsregion – Fragestellungen – Forschungsstand ... 391
Zur Auswahl der Vergleichsregion ... 391
Fragen an Irland und an die Region Mayo ... 392
Forschungsstand ... 393
F 4.2 Irland – Eckdaten zur sozioökonomischen Lage und Bevölkerung ... 393
Kurzporträt Irland ... 393
Regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung im County Mayo ... 398
Geburten-, Familien- und Bevölkerungsentwicklung in Irland seit 1945 ... 399
F 4.3 Abwanderung und ländliche Entwicklung in Irland ... 402
Vom traditionellen Auswanderer- zum Einwandererland ... 402

Ländliche Abwanderung und ländliche Lebensqualität im County Mayo ... 406
Qualitative Analysen der irischen Wanderungsbewegungen ... 410
F 4.4 Maßnahmen zur Stabilisierung der Bevölkerung ... 412
Familienpolitische Maßnahmen ... 412
Direkte Maßnahmen zur Beeinflussung des Wanderungsverhaltens ... 414
Förderung der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung ... 415
Bildungspolitische Maßnahmen ... 420
F 4.5 Schlussfolgerungen für Sachsen-Anhalt ... 421
Familienpolitische Schlussfolgerungen ... 422
Schlussfolgerungen zur Förderung der Mobilität von Arbeitnehmern ... 423
Regionalpolitische Schlussfolgerungen ... 424
Bildungspolitische Schlussfolgerungen ... 426
F 4.6 Quellen und Literatur ... 426

F 5. Vergleichsstudie Portugal - Heimatbindung und Rückwanderung als Wachstumschance für ländliche Regionen (Christiane Dienel) ... 429
F 5.1 Vorbemerkung: Zur Auswahl der Vergleichsregion – Fragestellungen – Forschungsstand ... 429
Zur Auswahl der Vergleichsregion ... 429
Forschungsstand ... 430
F 5.2 Portugal – Eckdaten zur sozioökonomischen Lage und Bevölkerung ... 430
Kurzporträt Portugal ... 430
Regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Nordportugal ... 431
Geburten-, Familien- und Bevölkerungsentwicklung in Portugal seit 1945 ... 433
F 5.3 Abwanderungsland Portugal ... 435
Die Tradition der Emigration aus Portugal ... 435
Regionale Disparitäten der Bevölkerungsentwicklung in Portugal ... 440
Aus- und Rückwanderung als Wirtschaftsfaktor in Nordportugal ... 442
F 5.4 Maßnahmen zur Stabilisierung der Bevölkerung ... 450
Familienpolitische Maßnahmen ... 450
Direkte Maßnahmen zur Beeinflussung des Wanderungsverhaltens ... 453
Förderung der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung ... 455
F 5.5 Schlussfolgerungen für Sachsen-Anhalt ... 456
Familienpolitische Schlussfolgerungen ... 457
Schlussfolgerungen zur Förderung der Mobilität von Arbeitnehmern ... 457
Regionalpolitische Schlussfolgerungen ... 459
Bildungspolitische Schlussfolgerungen ... 460
F 5.6 Quellen und Literatur ... 460

F 6. Vergleichsstudie Italien (Basilicata) – Eigensinn und Überlebenswille einer verlassenen Region (Christiane Dienel und Heiner Legewie) ... 463
F 6.1 Vorbemerkung: Zur Auswahl der Vergleichsregion – Fragestellungen ... 463
Zur Auswahl der Vergleichsregion ... 463
Fragen an die Region Basilicata ... 464
F 6.2 Süditalien – Eckdaten zur sozioökonomischen Lage ... 464
Kurzporträt Süditalien und Basilicata ... 464
Regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in der Basilicata seit 1945 ... 466
F 6.3 Bevölkerungsentwicklungen in Süditalien: fortdauernde Abwanderung und sinkende Geburtenraten ... 469
Auswanderung und Bevölkerungsentwicklung in Süditalien und der Basilicata ... 469
Die Bevölkerungsdynamik in der Basilicata und ihre Auswirkungen auf die regionale Entwicklung seit 1945 ... 472
F 6.4 Politische Maßnahmen zur Stabilisierung der Bevölkerung ... 475
Familienpolitische Maßnahmen ... 475
Direkte Maßnahmen zur Beeinflussung des Wanderungsverhaltens ... 476
F 6.5 Überlebensstrategien auf lokaler Ebene: Das Dorf Cirigliano ... 476
Zusammenfassung ... 476

F 6.51 Zielsetzung und Methodik der Untersuchung ... 477
F 6.52 Ortsbeschreibung ... 478
F 6.53 Die Abwanderung ... 479
Ursachen und Konsequenzen ... 480
Persönliche Bewältigungsstrategien ... 481
Abwanderer und Rückkehrer ... 483
F 6.54 Lokale und regionale Entwicklungsstrategien ... 485
Initiativen und Ideen zur lokalen Entwicklung ... 485
Regionalpolitik: Förderung der Lukanier in der Welt ... 486
F 6.55 Ausblick ... 487
F 6.6 Literatur ... 488
F 6.7 Anhang: Text des Gesetzes zugunsten der Lukaner im Ausland ... 489

G Handlungsansätze für eine bevölkerungsbewusste Regionalpolitik ... 492
G 1. Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung (Christiane Dienel und Projektteam) ... 492
G 1.1 Methodik der Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen ... 492
G 1.2 Grundsätzliche Richtungsentscheidungen für eine bevölkerungsbewusste Regionalpolitik ... 495
G 1.3 Maßnahmen zur Beeinflussung von Wanderungsentscheidungen ... 496
Rückwanderung ermöglichen ... 497
Zuwanderung unterschiedlicher Gruppen fördern ... 498
G 1.4 Familienpolitische Maßnahmen ... 500
Auf lokaler und kommunaler Ebene familienfreundliche Strukturen schaffen ... 501
In Betrieben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen ... 503
G 1.5 Bildungspolitische Maßnahmen ... 504
Bildungseinrichtungen in der Fläche erhalten ... 504
Hochschulen als Bevölkerungsmagneten einsetzen ... 505
Bildungspräferenzen von Frauen ernst nehmen ... 506
Familiengründung und Ausbildung/Studium vereinbar machen ... 507
G 1.6 Wirtschaftspolitische Maßnahmen ... 509
Qualität und Rahmenbedingungen der Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt verbessern ... 509
Maßnahmen auf die biographischen Schnittstellen fokussieren ... 510
G 1.7 Maßnahmen der regionalen Infrastrukturpolitik ... 512
Verkehrsverbindungen in Wachstumszentren ausbauen ... 512
Familien beim Erwerb eines Eigenheims unterstützen ... 513
Leerziehen ländlicher Räume durch Wohneigentumsförderung vermeiden ... 515
G 1.8 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ... 516
Zivilgesellschaftliche Strukturen stärken ... 517
Durch kulturelle Leuchtturmprojekte regionale Identität schaffen ... 517
G 2. Potentiale und Grenzen der europäischen Strukturfonds für die Umsetzung einer bevölkerungsbewussten Regionalpolitik (Herbert Heinecke) ... 519
G 2.1 Bevölkerungsentwicklung und Strukturpolitik in den ostdeutschen Bundesländern ... 519
Bevölkerungsentwicklung als Thema der Strukturfondsförderung ... 519
Die derzeitige Strukturpolitik in Sachsen-Anhalt ... 524
G 2.2 Strukturfondsförderung vor der Veränderung ... 525
Die Diskussion über die nächste Förderperiode ... 525
EU-Perspektiven zur Bevölkerungsentwicklung ... 528
G 2.3 Empfehlungen für eine Neuausrichtung der Strukturfondsförderung. ... 530
Maßnahmen für die laufende Förderperiode ... 531
Empfehlungen für die nächste Förderperiode ... 535
G 2.4 Zusammenfassung ... 537
G 2.5 Quellen ... 539
Programmdokumente zur aktuellen Förderperiode ... 539
Dokumente zur Zukunft der Strukturfonds ... 539
Weitere Dokumente ... 539
G 3. Maßnahmenbewertung durch Expertenworkshops (Susanne Kahlert) ... 540

G 3.1 Aufgabenstellung, Teilnehmerkreis und Organisation der Workshops 540
G 3.2 Methode 541
G 3.3 Durchführung 544
G 3.4 Auswertung des Datenmaterials 547
Zusammenfassung der Expertenaussagen in Arbeitsphase I 547
Ergebnisse aus Arbeitsphase II: Bewertung des Maßnahmenkatalogs 549
Arbeitsphase III: Lösungsansätze und Verbesserungsvorschläge der ExpertInnen 559

H An der Studie beteiligte Personen/Danksagungen 569

Zusammenfassung

Die Studie „Zukunft für junge Menschen und Familien in Sachsen-Anhalt“ hatte die Aufgabe, die quantitativen Daten zu Geburtenrückgang, Abwanderung und Bevölkerungsentwicklung durch qualitative Verfahren tiefergehend zu analysieren, um von dort aus zu neuen Ansätzen für politisches Handeln zu kommen. Bisherige theoretische Ansätze zur Binnenmigration sind vor allem ökonomisch geprägt und legen nahe, dass durch Abwanderung ein Ausgleich regionaler Arbeitsmärkte erfolgt, während empirische Befunde eher darauf hin deuten, dass Abwanderung regionale Disparitäten verschärft. Eine soziologische Theorie der Binnenmigration steht noch aus. Hinsichtlich der Rahmenbedingungen zur Realisierung von Kinderwünschen ist die Forschungslage besser. Die vorliegende Studie wählte daher einen interdisziplinären Ansatz zum besseren Verständnis innerdeutscher Wanderungsbewegungen und der Gründe für die niedrige Geburtenrate in Sachsen-Anhalt.

Das Forschungsdesign ist durch ein mehrstufiges Verfahren gekennzeichnet. In einem ersten Schritt wurden die Namen und Adressen (letzte Adresse im Land, erste Adresse am neuen Wohnort) aller im Jahre 2002 abgewanderten Menschen unter 35 Jahren aus Sachsen-Anhalt erhoben. Von diesen wurde eine repräsentative Stichprobe von rund 1000 Menschen in ausführlichen Telefoninterviews befragt. Sie wurden durch ausführliche biographische Interviews mit Abgewanderten an ihrem neuen Wohnort ergänzt. Bezogen auf die Geburtenentwicklung wurden zunächst ca. 400 Schüler der Abschlussklassen in Sachsen-Anhalt hinsichtlich ihrer Familiengründungspläne befragt. Für die qualitative Analyse wurden Interviews mit jungen Eltern und – als Vergleichsgruppe – mit gleich alten Kinderlosen geführt und weiterhin Gruppendiskussionen durchgeführt.

Im Vergleich zu den anderen Neuen Ländern hat das Land Sachsen-Anhalt seit 1989 den stärksten Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, der überwiegend durch Wanderungsverluste und nicht durch Sterbefallüberschüsse verursacht wird. Die Binnenwanderungsströme aus/nach Sachsen-Anhalt verlaufen insbesondere nach/aus Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. In allen neuen Ländern und so auch in Sachsen-Anhalt sind mehr Frauen als Männer am Binnenwanderungsgeschehen beteiligt. Wanderungsaktiv sind vor allem die jüngeren Altersgruppen der Unter-25-Jährigen. Somit hat auch Sachsen-Anhalt erhebliche Verluste an Menschen dieses Alters in Richtung Westen zu verbuchen; nur bei den Älteren, den über 65-Jährigen, lassen sich leichte Wanderungsgewinne feststellen. Die Landkreise Sachsen-Anhalts, die direkt an Westdeutschland grenzen, weisen im Vergleich zu allen übrigen Kreisen die niedrigsten Nettowanderungsziffern aus. Hier scheint Arbeitspendeln eine höhere Priorität zu haben als zeitweilige oder dauerhafte Abwanderungen.

In allen ostdeutschen Ländern sank die Zahl der Lebendgeborenen in den ersten Jahren nach der Wende auf einen in der Geschichte Deutschlands bisher einmaligen Tiefststand. Die Fertilitätsentwicklung stellt sich in den Kreisen Sachsen-Anhalts recht unterschiedlich dar. Interessanterweise haben gerade die Kreise mit relativ hohen Wanderungsverlusten an Frauen im gebärfähigen Alter das vergleichsweise höchste Geburtenniveau.

In der Abwanderungsstudie wurden diese quantitativen Befunde qualitativ untersetzt. Dabei zeigte sich: Abwanderung wird nicht ausschließlich durch den Arbeitsmarkt bestimmt. Nur die wenigsten Befragten sind vor der Abwanderung arbeitslos gewesen. Nicht das bloße Arbeitsplatzangebot, sondern die Qualität der Arbeitsplätze und vor allem die Möglichkeiten einer beruflichen Weiterentwicklung spielen bei Wanderungsentscheidungen die größte Rolle. Junge Frauen verlassen nicht nur aus beruflichen, sondern auch aus privaten Gründen das Land, weil in ihrer Lebensplanung familiäre und berufliche Gründe eine gleichgewichtige Rolle spielen. Für junge Menschen spielt auch der Wunsch nach bestimmten Studiengängen oder Ausbildungsrichtungen, die im Land nicht verfügbar sind, eine Rolle.

Die Rückkehrbereitschaft der Abgewanderten und ihre Heimatbindung sind erstaunlich hoch. Die Mehrzahl der Befragten kann sich eine Rückkehr vorstellen. Die Infrastrukturen in Sachsen-Anhalt: Straßen, Wohnungen, Freizeiteinrichtungen, medizinische Versorgung – werden auch von den Abgewanderten eher gut beurteilt, am neuen Wohnort allerdings – mit Ausnahme der Kinderbetreuungseinrichtungen – deutlich positiver.

In der Familienstudie zeigt sich, dass Schüler und Schülerinnen in Sachsen-Anhalt in ihrer großen Mehrheit Kinder und eine Familie wünschen, und zwar zumeist zwei Kinder. Neben einer stabilen Paarbeziehung sehen die jungen Menschen vor allem einen sicheren Arbeitsplatz als Voraussetzung für eine Familiengründung an. Familien in Sachsen-Anhalt erleben vor allem ihr direktes Wohnumfeld oftmals als kinderfeindlich. Mehr als zwei Kinder gelten allgemein als soziales Risiko, kinderreiche Eltern fühlen sich ausgegrenzt. Es zeigt sich, dass die Bedürfnisse des konkreten Lebensvollzugs bei den Befragten im Vordergrund stehen: finanzielle Sorgen, Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit, Wohn- und Lebensumfeld. Ganz offensichtlich gilt für die Mehrheit der (zukünftigen) Eltern nach wie vor das klare Leitbild elterlicher Berufstätigkeit, für die staatliche Unterstützung in Form von Kinderbetreuung erwartet wird. Das entsprechende umfangreiche Angebot in Sachsen-Anhalt wird klar als Stärke der Landes-Familienpolitik gesehen. Die konkreten Vorschläge der Befragten zur Gestaltung der Familienpolitik bezogen sich zumeist auf das lokale Lebensumfeld, waren jedoch immer grundiert von dem Bedürfnis einer verbesserten Anerkennung der Familie als Lebensform und des für Kinder zu leistenden Aufwands. Die Eltern fühlten sich offenbar mit ihren Sorgen und Belastungen oftmals nicht wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund erhalten gerade partizipative Maßnahmen auf kommunaler Ebene eine besondere Bedeutung.

In einer ergänzenden Studie zur Akzeptanz familienpolitischer Maßnahmen durch Frauen in Ostdeutschland wurde dieses Ergebnis bestätigt und zugleich deutlich, dass eine Wirkung auf die Geburtenrate von Maßnahmen der Familienpolitik nicht unmittelbar zu erwarten ist.

Eine Untersuchung zu Lebenslagen von Mädchen in Sachsen-Anhalt zeigt, dass die Schule und die Berufsorientierung in ihrem Leben den größten Raum einnehmen. Gerade die berufsorientierten Mädchen wünschen sich zwar theoretisch Kinder, sind aber praktisch noch sehr weit von der Realisierung einer Paarbeziehung oder gar einer Familie entfernt. Demgegenüber gibt es eine andere Gruppe von Mädchen, die in Schule und Ausbildung wenig Erfolgserlebnisse verbuchen und sich sehr früh für Mutterschaft entscheiden. Dies geht oft mit einer sehr starken, ungleichgewichtigen Partnerorientierung einher. Mädchen in Sachsen-Anhalt erleben ihre Mitwirkungs- und Handlungsmöglichkeiten oftmals als eingeschränkt. Der Wunsch nach Abwanderung kann eine Reaktion darauf sein. Dies zeigte sich besonders deutlich bei manchen Mädchen mit Migrationshintergrund.

Sechs Vergleichsstudien wurden als Werkzeug genutzt, um von der Analyse zur Entwicklung politischer Handlungsansätze zu kommen. Die Stadt Lingen und das Emsland wurden für die Vergleichsstudie ausgewählt, weil sie in exemplarischer Weise zeigen, wie eine wirtschaftlich eher benachteiligte Region durch lokale und kommunale Familienpolitik zum Zuzug junger Familien und zur Erhöhung der Geburtenrate beitragen kann. Diese bemerkenswerte demographische Stabilität ist nicht in erster Linie eine Folge der ländlichen, katholischen Prägung der Region, sondern vor allem einer systematischen kommunalen Familienpolitik seit den 1980-er Jahren, zu der Elemente wie Ermäßigungen bei allen städtischen Gebühren und Vergabe von Baugrundstücken zu äußerst günstigen Konditionen ebenso gehören wie die Schaffung einer ausgezeichneten kommunalen Infrastruktur für Familien und eines alle Bereiche des städtischen Lebens umfassenden familienfreundlichen Klimas.

Die Vergleichsstudie zu Oberfranken zeigt, dass auch westdeutsche Regionen vor ganz vergleichbaren Bevölkerungsproblemen stehen wie Sachsen-Anhalt. In Oberfranken ist der daraus entstehende Fachkräftemangel schon deutlich als Wachstumshemmnis für die regionale Wirtschaft spürbar. Handlungsstrategien setzen insbesondere auf die Rückwanderung von Menschen mit Heimatbindung und auf die Rückkehr Älterer sowie auf die Stärkung des „Wohlfühlfaktors“ in der Region. Die Studie unterstreicht die Bedeutung weicher Standortfaktoren für die Migration.

Die finnische Vergleichsstudie zeigt, wie durch hohe Investitionen in die sozialen Infrastrukturen und das Kinderbetreuungs-, Schul- und Bildungssystem auch in peripheren Regionen erfolgreich gute Lebensbedingungen geschaffen werden können. Jahrgangsübergreifende kleine Landschulen (ab 14 Schülern) sind so attraktiv, dass teilweise Eltern bewusst in länd-

liche Räume ziehen. Diese Politik führte auch zur Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze im Bildungs- und Sozialsystem in peripheren Orten. Die vielleicht wichtigste Strategie der finnischen Regionalpolitik gegen Abwanderung ist die erfolgreiche Ansiedlung von Hochschulen, deren Zahl seit 1950 von zwei auf zwanzig gesteigert wurde.Das beste Beispiel für diese Erfolgsstrategie ist die Universität Oulu, die zum Zentrum der einzigen Region im gesamten mittleren und nördlichen Finnland mit positivem Wanderungssaldo wurde.

Die Vergleichsstudie Irland ermöglicht den Blick auf eine europäische Region, die sich aktuell in einer Situation des Wachstums und der raschen wirtschaftlichen Entwicklung befindet, deren Situation Mitte der 1985-er Jahre aber in vieler Hinsicht mit Ostdeutschland heute vergleichbar war: hohe Arbeitslosigkeit, hohe Staatsverschuldung und strukturelle wirtschaftliche Rückständigkeit führten zu hohen Ab- und Auswanderungsraten. Der rasante Aufholprozess des „keltischen Tigers“ hat erst in der Periode 1996-2002 alle Regionen des Landes erfasst und den Bevölkerungsrückgang auch in der Fläche aufhalten können. Der Vergleich mit der peripheren Region Mayo im Nordwesten Irlands zeigt, dass für diese Trendwende keine Angleichung der Durchschnittslöhne auf das Dubliner Niveau erforderlich war, sondern lediglich eine relative Besserung, die zusammen mit den hohen Eigentumsquoten und der hohen Lebensqualität das Verbleiben in der Region oder die Rückkehr in die Heimat wieder attraktiver machten. Hinsichtlich der Geburtenentwicklung bietet Irland ein hochinteressantes Beispiel, weil trotz eines raschen Geburtenrückgangs in den vergangenen 15 Jahren und eines Wandels im Hinblick auf die Familienformen (Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit, der unverheiratet zusammen lebenden Paare und der nichtehelichen Geburten) ein Geburtenniveau nahe am Bestandserhalt gewahrt wurde. Eine Tradition ländlichen Wohnens hält zudem auch abgelegene Regionen lebendig, unterstützt durch eine Politik für den ländlichen Raum, deren zentrales Förderkriterium der regionale Bevölkerungsrückgang ist.

Die portugiesische Nation entwickelte Strategien, wie Jahrhunderte lange Abwanderung auch für das Heimatland zum Vorteil werden kann, durch fortbestehende Heimatbindungen, beträchtliche Überweisungen von Finanzmitteln an die alte Heimat, und – in jüngster Zeit – durch Rückwanderung ehemaliger Emigranten, die mit ihrer Dynamik und Erfahrung die regionale Wirtschaftsentwicklung befruchten. Durch die modernen Transport- und Kommunikationsmittel werden solche dauerhaft gelingenden Austauschbeziehungen zwischen Auswanderern und Bleibenden erheblich erleichtert und bilden für die ländlichen Gebiete die wichtigste Innovationsquelle. Das Potential der mobilen Bevölkerungsteile für die nationale wirtschaftliche Entwicklung wird in Portugal inzwischen systematisch gefördert. So wird beispielsweise für die portugiesischen Emigranten und ihre Kinder an den staatlichen Universitäten ein Kontingent an Plätzen freigehalten und der Numerus Clausus für sie erniedrigt.

Süditalien ist kein ein Modell für erfolgreiche Strategien gegen Abwanderung, sondern bietet das vielleicht eindrucksvollste Beispiel für den Misserfolg der Regionalpolitik sowohl auf nationaler wie auf EU-Ebene bei dem Versuch, regionale Disparitäten zu bekämpfen, die durch Abwanderung langfristig zementiert werden. Trotz massiver Investitionen in Industrie und Infrastruktur ist es in Italien nie gelungen, den immensen sozio-ökonomischen Abstand zwischen Norden und Süden (italienisch: Mezzogiorno) zu überbrücken. Die Basilicata-Studie nimmt am Beispiel des Dorfes Cirigliano die lokale Dimension des Lebens mit Abwanderung in den Blick. Qualitative, biografische Interviews zeigen einerseits die Schwierigkeit individueller Lebensbewältigung angesichts massiver Abwanderung, andererseits die mobilisierende Wirkung lokalen Engagements, das gerade von Rückwanderern getragen wird.

Die empirischen Ergebnisse und die Schlussfolgerungen der Vergleichsstudien zeigen, dass zahlreiche Faktoren auf eine Abwanderungsentscheidung einwirken. Am prominentesten sind hierbei die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, also inbesondere die Situation auf dem Arbeitsmarkt, aber auch die Lebensbedingungen einer Region, ihre harten und weichen Standortfaktoren und ihr Image. Doch selbst bei einer als ungünstig eingeschätzten Arbeitsmarktlage wandert stets nur ein kleiner Teil der jungen Menschen ab. Auswandererquoten von 30 und mehr Prozent wie etwa in Irland sind die große Ausnahme. Die Mehrzahl der jungen Menschen bleibt also trotz der Rahmenbedingungen im Land. In einem Abwägungsprozess bewerten die Individuen die Gründe zum Bleiben und die Gründe zum Gehen. Eine Entscheidung zum Verbleib in einer Region und noch mehr die Entscheidung zur Rückkehr nach einigen „Wanderjahren“ treffen junge Menschen nur dann, wenn sie Gründe zum Bleiben haben, wenn sie durch „Haltefaktoren“ an ihren Wohnort gebunden sind und diese Faktoren stärker wiegen als die äußeren Gründe für eine Abwanderung.

In der Zusammenführung der empirischen Ergebnisse zeigt sich klar, dass Regionalpolitik Bevölkerungsfragen nicht vernachlässigen darf, sondern sie als zentrales Element politischer Gestaltung berücksichtigen muss. Alle Befragungen im Rahmen der Studie, die Telefoninterviews, Gruppengespräche und Expertenworkshops, verdeutlichten das erhebliche Interesse der BürgerInnen und lokalen Akteure an demographischen Fragen Regionalpolitik hat die Aufgabe, die Haltefaktoren einer Region zu erkennen und zu stärken, und diese liegen nicht ausschließlich in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, sondern vor allem in der Funktionsfähigkeit der Gesellschaft auf der Mikro-Ebene von Nachbarschaft über Verein bis zur Kommune. Deshalb muss – dies ist vielleicht das wichtigste Ergebnis dieser Studie – die Investition in „Köpfe“, und, so sollte man vielleicht ergänzen, in die „Herzen“, den Mut und die Bürgerschaftlichkeit der Bürger mindestens gleichgewichtig neben den Investitionen in Infrastrukturen regionaler Entwicklung stehen. Wenn Sachsen-Anhalt sich der Aufgabe stellt, ein Land zum Bleiben und ein Land zum Leben für seine Bürger zu sein, darf sich die Politik

nicht verengen auf das rein quantitativ bemessene Schaffen von Arbeitsplätzen. Eine nachhaltige regionale Bevölkerungspolitik muss – anders als Sozialpolitik klassischen Zuschnitts – die räumlichen Faktoren der sozialen Wirklichkeit und die Gesellschaft vor Ort zukunftsfähig gestalten.

Vor diesem Hintergrund entwickelt die Studie ausführlich begründete Maßnahmenvorschläge zu folgenden Themenbereichen:

- Rückwanderung ermöglichen
- Zuwanderung unterschiedlicher Gruppen fördern
- Auf lokaler und kommunaler Ebene familienfreundliche Strukturen schaffen
- In Betrieben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen
- Bildungseinrichtungen in der Fläche erhalten
- Hochschulen als Bevölkerungsmagneten einsetzen
- Bildungspräferenzen von Frauen ernst nehmen
- Familiengründung und Ausbildung/Studium vereinbar machen
- Qualität und Rahmenbedingungen der Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt verbessern
- Maßnahmen auf die biographischen Schnittstellen fokussieren
- Verkehrsverbindungen in Wachstumszentren ausbauen
- Familien beim Erwerb eines Eigenheims unterstützen
- Leerziehen ländlicher Räume durch Wohneigentumsförderung vermeiden
- Zivilgesellschaftliche Strukturen stärken
- Durch kulturelle Leuchtturmprojekte regionale Identität schaffen

Der vollständige Katalog vorgeschlagener Maßnahmen befindet sich in Kapitel G 1.

Eine weitere Expertise stellt dar, in wieweit die vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen der EU-Strukturfonds förderfähig sind. Bisher hat allein Sachsen-Anhalt im Operationellen Programm explizit auf die mit dem Bevölkerungsrückgang verbundenen Gefahren und Probleme für die Wirtschaftsentwicklung hingewiesen. Erste Förderprogramme mit dem expliziten

Ziel, eine Abwanderung zu vermeiden, wurden bereits aufgelegt. Dies kann ein zentraler Anknüpfungspunkt für eine Neuorientierung der Strukturfondsförderung in Sachsen-Anhalt hin zu einer bevölkerungsbewussten Regionalpolitik sein.

Da die Gestaltung der zukünftigen Strukturfondsförderung noch nicht fest steht, kann diese offene Situation dazu genutzt werden, die Reduzierung der Abwanderung sowie die Erhöhung der Geburtenrate als neue Ziele zu definieren und in die Verhandlungen über die neuen Förderschwerpunkte mit aufzunehmen. Einige der in der Studie vorgeschlagenen Maßnahmen lassen sich jedoch schon in der gegenwärtigen Förderperiode aus Strukturfondsmitteln finanzieren, unterliegen dabei allerdings einigen Restriktionen, da die Rahmenbedingungen durch die geltenden Programmplanungsdokumente eng gesteckt sind. So könnten die EU-Strukturfonds schon bei ihrer derzeitigen Ausrichtung einen substanziellen Beitrag zu einer bevölkerungsbewussten Regionalpolitik leisten.

Die Maßnahmenvorschläge wurden in sechs Expertenworkshops zur Diskussion gestellt. Dabei zeigte sich zum einen eine hohe Bereitschaft der lokalen Akteure, in ihrer Tätigkeit Bevölkerungsaspekte zu berücksichtigen. Generell wurde aber familienpolitischen Maßnahmen mehr Wirksamkeit zugeschrieben als Maßnahmen zur Beeinflussung des Wanderungsverhaltens. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt dominierte vielfach die Diskussion.

A Einleitung (Christiane Dienel)

A 1. Fragestellungen und Forschungsdesign der Untersuchung

Der Ausgangspunkt der durch den ESF und das Land Sachsen-Anhalt finanzierten Studie zur Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt war ein Befund, der auf den ersten Blick leicht erklärlich scheint: die Abwanderung junger Menschen und, zum Teil damit verbunden, die sinkende Geburtenzahl. Die Ursache für diesen Bevölkerungsrückgang scheint auf der Hand zu liegen: die Arbeitsmarktsituation, insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit im Land. Ziel der Studie (Laufzeit Dezember 2002-November 2004, Projektleitung Prof. Dr. Christiane Dienel, Hochschule Magdeburg-Stendal) war aber, unter die Oberfläche dieser Befunde zu dringen, die quantitativen durch qualitative Daten zu ergänzen, um das Wie und Warum von Abwanderung und Geburtenrückgang besser zu verstehen. Damit hat die Studie einen eindeutig politikberatenden Auftrag, der gleichberechtigt neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse steht.

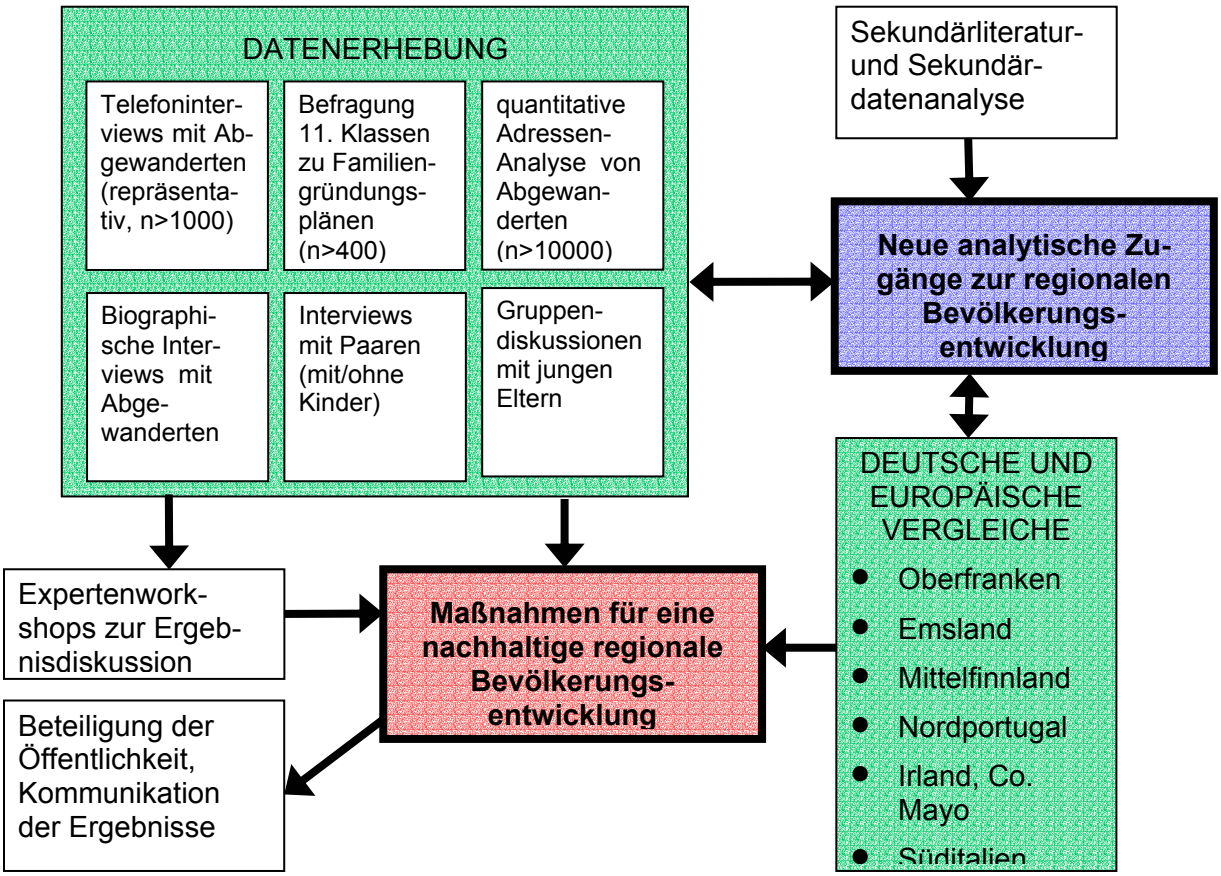
Das Forschungsdesign trägt diesem doppelten Auftrag durch ein mehrstufiges empirisches Verfahren Rechnung. In einem ersten Schritt wurden die Namen und Adressen (letzte Adresse im Land, erste Adresse am neuen Wohnort) aller im Jahre 2002 abgewanderten Menschen unter 35 Jahren aus Sachsen-Anhalt erhoben. Von diesen wurde eine repräsentative Stichprobe von rund 1000 Menschen in ausführlichen Telefoninterviews befragt. Dies ist das empirische Herzstück der Studie, das in einer weiteren Tiefenbohrung durch biographische, narrative Interviews mit Abgewanderten an ihrem neuen Wohnort ergänzt wurde (Durchführung Teilstudie Wanderung: Antje Gerloff).

Hinsichtlich der Geburtenentwicklung war die Datenlage besser, deshalb konnte auf eine repräsentative Untersuchung verzichtet werden. Stattdessen wurden ca. 400 Schüler der Abschlussklassen in Sachsen-Anhalt hinsichtlich ihrer Familiengründungspläne befragt. Für die qualitative Analyse wurden Interviews mit jungen Eltern und – als Vergleichsgruppe – mit gleich alten Kinderlosen geführt und weiterhin Gruppendiskussionen durchgeführt (Durchführung Teilstudie Familien: Loreen Lesske). Ergänzt wurde diese Datenerhebung durch mehrere Expertisen und Diplomarbeiten, so dass insgesamt ein ungewöhnlich reichhaltiges empirisches Material zur Verfügung steht, das in dieser Vielfalt und qualitativen Stufung einzigartig ist.

Die Spezifik der Studie liegt jedoch darin, es nicht bei diesen empirischen Befunden zu belassen, sondern von dort aus zur Entwicklung von Maßnahmen für eine bevölkerungsbewusste Regionalpolitik vorzudringen. Hierfür wurden zwei sozialwissenschaftliche Werkzeuge genutzt: zum einen der Vergleich mit anderen Regionen in Deutschland und Europa, die

mit Bevölkerungsrückgang, Abwanderung und Geburtendefizit zu kämpfen haben; zum anderen die Einbeziehung von Experten und lokalen Akteuren, denen die entwickelten Maßnahmenvorschläge in einem partizipativen Verfahren zur Diskussion gestellt wurden. Die nachstehende Grafik stellt die Gesamtanlage der Studie überblicksartig dar:

Abb. A1: Gesamtanlage der Studie



A 2. Zum Forschungsstand

Der Bevölkerungsrückgang und seine Folgen für Sachsen-Anhalt

Binnenwanderung gehört insgesamt zu den weniger untersuchten Bereichen der Demografie. Im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Diskussion standen eher Geburtenentwicklung und Alterung der Bevölkerung auf der einen, internationale Migrationen auf der anderen Seite. Dagegen fehlen systematische Untersuchungen für die Erklärung von Binnenwanderungen wie das Image, die Bindungen an die Herkunftsfamilie, die Aussichten zur Familiengründung, die Identifikation mit der Region und auch die Heimatliebe als Gebundenheit an die eigene Herkunft. Hinsichtlich der Abwanderung aus Ostdeutschland sind die meisten Untersuchungen bei der Beschreibung der Bevölkerungsentwicklung stehen geblieben: Durch die Abwanderung zahlreicher Menschen im reproduktionsfähigen Alter, vor allem aber auch durch die starke Einschränkung der Kinderzahl bei den Dagebliebenen ist die Altersgruppe der unter 15-Jährigen in Ostdeutschland innerhalb eines Jahrzehnts um fast ein Drittel auf knapp eine Million Kinder geschrumpft. Bisherige Studien weisen vor allem auf die Folgen dieses Bevölkerungsrückgangs hin: Soziale Infrastrukturen wurden entsprechend reduziert: Kindertagesstätten, Schulen, aber auch Spielplätze, Sportstätten und Jugendclubs mussten nicht nur aus Finanznot, sondern auch infolge der demographischen Entwicklung schließen. Gerade in ländlichen Regionen wurde die Bildungsinfrastruktur so weit ausgedünnt, dass Kinder weite Schulwege mit dem Bus zurücklegen müssen. Auch das kulturelle Angebot unterliegt einem Schrumpfungsprozess. Die Attraktivität dieser Regionen für Familien wird dadurch weiter gemindert, so dass ein fataler Kreislauf begonnen hat, der durch Abwanderung auch mittelfristig in Gang gehalten wird (Fuchs 1999). Teilweise wurden sogar die gegenüber Westdeutschland seit Mitte der 90-er Jahre geringeren Wachstumsraten der ostdeutschen Wirtschaft auch durch den Bevölkerungsrückgang erklärt. Wenn die negative Wanderungsbewegung für die neuen Bundesländer nicht gestoppt wird, würde dies mittel- und langfristig den wirtschaftlichen Aufholprozess Ostdeutschlands gefährden und die gesamte ökonomisch-soziale Struktur der Gesellschaft aus dem Gleichgewicht bringen, argumentiert etwa Herwig Birg (Birg 2001). Auf der anderen Seite stehen Versuche, den Schrumpfungsprozess produktiv zu gestalten, etwa das Projekt „Shrinking cities“ der Kulturstiftung des Bundes oder das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“.

Struktur der Abwanderung

Allgemein bekannt und empirisch für ganz Ostdeutschland nachweisbar ist der deutliche Frauenüberhang der Westwanderer. Insgesamt wanderten aus Ostdeutschland im Zeitraum 1991 bis 1999 per Saldo rund 326.500 Frauen nach Westen. Von den neuen Bundesländern

haben Sachsen- Anhalt und Mecklenburg- Vorpommern den stärksten Bevölkerungsrückgang zu verkraften, der bei der weiblichen Bevölkerung zwischen 8 und 9 Prozent beträgt (iwd - Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft: Die Jungen ziehen westwärts. Jahrgang 28/Nr.14, 6+7). Bisherige Untersuchungen der Wanderungsbewegungen aus Ost- nach Westdeutschland sind vor allem deskriptiv. Sie beschreiben den ersten Höhepunkt der Wanderung unmittelbar nach der Wende 1989/90 und die anschließende scheinbare Normalisierung – weniger abwandernden Ostdeutschen standen relativ viele zuwandernde Westdeutsche gegenüber. Mittelfristig wurde daher Mitte der 90-er Jahre von der Mehrheit der Forscher und von der Politik eine Angleichung der Wanderungsströme erwartet (Werz 2001). Der Frauenüberhang der Abwanderer war ebenfalls bereits Thema von Untersuchungen. Sachsen-Anhalt ist hier keine Ausnahme. Brandenburg hat als einziges der neuen Länder an Bevölkerung gewonnen, und dies ausschließlich durch den Zuzug von Berlinern ins Berliner Umland. In bisherigen Untersuchungen wurden Pendler als potentiell abwanderungsgefährdet eingeschätzt. Nach dem Mikrozensus 2000 pendeln zwischen allen Bundesländern insgesamt 1,63 Millionen Menschen. Davon entfallen auf die neuen Länder einschließlich Berlin 483.000, davon 82.000 auf Sachsen-Anhalt. Der Mikrozensus weist 255 000 Ausbildungspendler aus, davon 10.000 in Sachsen-Anhalt (Werz 2001). Es fehlen geschlechtsspezifische Untersuchungen des Pendlerverhaltens.

Gründe für die Abwanderung und ihre Geschlechtsspezifik

Die Suche nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen wird ganz global als Hauptgrund für die Abwanderung in die alten Bundesländer angenommen, und gilt vor allem für Jüngere. Die Hauptabwanderung verläuft in das jeweils angrenzende alte Bundesland, also von Sachsen-Anhalt aus insbesondere nach Niedersachsen, teilweise auch nach Berlin (Böltken/Bucher/Janich 1997). Es liegt auf der Hand, dass die Mobilität der jungen Menschen vor allem in Richtung auf Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten hin stattfindet. Nach einer Untersuchung des Leipziger Instituts für Marktforschung wanderten 78% ab, weil sie im Westen eine Lehr- oder Arbeitsstelle fanden, 43% wegen der besseren Bezahlung, 36% um der Arbeitslosigkeit zu entfliehen, 26% wegen allgemein attraktiverer Lebensbedingungen und 13% wegen des besseren Freizeitangebotes (Gericke/Karig 1996).

Damit ist jedoch die geschlechtsdifferenzierte Abwanderung noch in keiner Weise erklärt. Bisher fehlen Studien, die dieser Frage qualitativ nachgehen, obwohl nur dadurch die Grundlage für gezielte politische Gegenmaßnahmen geschaffen werden kann. Es liegt nahe, die erhöhte Abwanderungstendenz junger Frauen durch Demodernisierungsprozesse innerhalb der ostdeutschen Gesellschaften zu erklären: Die ostdeutschen Frauen haben einen Teil ihres Gleichstellungsvorsprungs, den ihnen der Sozialismus eingebracht hatte, wieder eingebüßt. Insbesondere haben sie unter der Krise des Arbeitsmarktes mehr zu leiden als Män-

ner. Ihre Wiedereinstellungschancen sind erheblich schlechter als bei Männern, ihre Arbeitslosenraten, die Dauer der Arbeitslosigkeit und der Anteil von Langzeitarbeitslosen liegen um 40 Prozent bis 100 Prozent über den entsprechenden Daten für Männer. Selbst die geschlechtsspezifische Hierarchisierung in der Arbeitswelt, die zu DDR-Zeiten zumindest teilweise beseitig war, wirkt von neuem. Verschiedene Studien zeigen, dass Männer in der Dynamik der Umbruchsmobilität zwei- bis dreimal häufiger aufsteigen als Frauen; Frauen erleiden dagegen die höheren Abstiegsrisiken. Bei einem Positionswechsel haben sie doppelt so häufig wie Männer Statusverluste hinzunehmen (Geißler 2000). Die spiegelt sich auch auf dem Ausbildungsmarkt: Mädchen nehmen deutlich häufiger an überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen teil, und sie sind häufiger in traditionellen als in zukunftsorientierten Ausbildungsberufen anzutreffen. Dies war sogar schon seit den 70-er Jahren in der DDR so; die Offensive „Frauen in die Technik“ der 50-er und 60-er Jahre hatte keinen nachhaltigen Erfolg (Frauenreport 1990, S. 48f.).

Einer empirischen Untersuchung (Meier/Müller 1997) zufolge – durchgeführt in zwei Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns bzw. Sachsen-Anhalts – zeigte sich eine hohe Signifikanz zwischen dem Geschlecht und der Migrationsbereitschaft. Mädchen waren eher als Jungen der Ansicht, infolge mangelnder Ausbildungs- und Arbeitsplätze ihren Wohnort verlassen zu müssen. Dieses Ergebnis bestätigt auch eine Studie des Deutschen Jugendinstituts von 1998. Jungen und Mädchen unterscheiden sich demnach im Wunsch nach einem Wohnortwechsel. Dieser spielt in den Überlegungen der Mädchen und jungen Frauen eine erheblich größere Rolle als bei den Männern (59 gegenüber 41%), und zwar als Reaktion der Mädchen auf die für sie schlechtere Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarktlage (Bertram 1994).

Neben solchen ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen Erklärungsansätzen spielen jedoch noch weitere Faktoren eine Rolle für die Wegzugsentscheidungen junger Frauen. Bertram fand in ihrer Untersuchung, dass private Gründe, insbesondere der Zuzug zum Partner, für Mädchen und junge Frauen ein größeres Gewicht haben als für Männer (Bertram 1994). Andere Untersuchungen gerade für Sachsen-Anhalt legen nahe, dass die im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts oft zu findende dominante rechtsgerichtete Jugendkultur gerade für besser qualifizierte junge Mädchen keine attraktiven weiblichen Rollenmodelle bietet. Weibliche Jugendliche, die nicht als „Mädel“ zum Mann aufschauen wollen, sondern gleichgewichtige Beziehungen anstreben, finden möglicherweise in manchen Regionen des Landes wenig Anschluss an Jugendcliquen und letztlich auch keinen für sie attraktiven Partner. Dies kann die Neigung zum Wegzug stark fördern. Der Heirats- bzw. Partnersuche-Markt spielt vermutlich neben dem Arbeitsmarkt – so eine zweite Hypothese – eine weniger leicht erfassbare, aber wichtige Rolle für den vermehrten Wegzug junger Frauen, auch wenn sie vermutlich eher selten als konkretes Motiv benannt wird.

Abwanderung ist traditionell auch ein Land-Stadt-Phänomen gewesen. Die Ost-West-Wanderung wird unterstützt und überlagert durch eine ausgeprägte Land-Stadt-Wanderung in Ostdeutschland. Denn die Lebenslage Jugendlicher steht auf dem Land noch stärker als anderenorts unter dem Vorzeichen potenzieller Chancenlosigkeit und Ausgrenzung bzw. des Zwangs zur Migration. Darüber hinaus sind aufgrund des Abbaus von Arbeitsplätzen die Eltern stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Eltern von Großstadtjugendlichen. So lässt sich die Situation von Jugendlichen auf dem Land vor allem durch die Ambivalenz von regionaler Verbundenheit und äußerst unsicherer Zukunft charakterisieren. Mädchen und junge Frauen in ländlichen Regionen haben noch schlechtere berufliche Entwicklungschancen als ihre männlichen Altersgefährten, leisten mehr unbezahlte Arbeit, haben weniger Einkommen und ein höheres Armutsrisiko als Männer. Auch sind sie im öffentlichen Raum weniger präsent. Erschwerend kommt hinzu, dass traditionelle Rollenklischees aufgrund des Zusammenlebens mehrerer Generationen unter einem Dach hier wesentlich leichter übertragen werden (Böhnisch u.a. 1991, Funk 1993). Auch diese dritte These zur besonderen Situation weiblicher Jugendlicher in ländlichen Regionen bedarf der Untersuchung.

Haltefaktoren von Regionen – Ansätze für Strategien gegen Abwanderung

Gegenüber den zahlreichen Studien über Abwanderung aus Ostdeutschland ist die Zahl von Arbeiten über Haltefaktoren, welche Menschen an ihre Region binden, vergleichsweise gering. Einige Aufschlüsse geben hier regionalsoziologische Untersuchungen und Theorien zur Herkunftsgebundenheit. Untersuchungen zeigen, dass selbst in der mobilen Gesellschaft die Bindung an die Herkunftsheimat nicht ausstirbt, aber häufig vervielfacht wird durch Bindungen an weitere „Kontraträume“, z.B. Urlaubsregionen. Das Heimatgefühl, die Gebundenheit des moderne Menschen, ist vielfältiger und flexibler geworden, und damit potentiell auch gefährdeter.

So gehört es zu den spezifischen Strategien der Lebensbewältigung auf dem Land, dass Jugendliche immer wieder die besondere Qualität des Wohnens im eigenen Haus, die größere Ruhe in den Dörfern und Kleinstädten, die geringere Verkehrsdichte, die saubere Umwelt, die Nähe zur Natur in Form von Seen und Wäldern, die intakten Freundeskreise und verwandtschaftlichen Beziehungen und die Überschaubarkeit des öffentlichen Lebens als besondere Vorzüge ihrer Situation hervorheben (Böhnisch/Funk 1989), gleichzeitig aber auf die Defizite dieses Lebens reagieren.

Politische Versuche, gezielt Anreize zum Im-Lande-Bleiben oder Rückwandern zu schaffen, stecken noch in den Kinderschuhen. Ein breites Presseecho fand Mecklenburg-Vorpommern, wo seit November 2001 eine Kontaktagentur arbeitet, um vor allem junge abgewanderte Landeskinder regelmäßig mit individuell zugeschnittenen Daten zu versorgen,

vor allem mit passenden Jobangeboten, die den Fortzüglern eine Rückkehr ermöglichen könnten. Dieses Kontaktnetz arbeitet im Internet unter dem Titel "mv4you". Aktuelle Daten über Jobs, Gehaltsniveau, Verkehrsanbindung, Kindergartenplätze in bestimmten Regionen sollen den Adressaten auf Wunsch per email oder Telefon zugesandt werden. Formulare zur Teilnahme an dieser Kontaktbörse liegen in Melde- und Arbeitsämtern aus. Ein ähnliches Programm gibt es z.B. auch für Nordfranken („Let's go Oberfranken) und für Sachsen („Sachse-komm-zurück").

Die expansive Hochschulpolitik in der ersten Hälfte der 90-er Jahre leistete ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Verwurzelung gut qualifizierter Landeskinder und zum Zuzug Studierender aus dem Westen -, ist jedoch durch die Kürzungen der letzten Jahre akut gefährdet. Herwig Birg, Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung der Universität Bielefeld, rät er den neuen Ländern, alles auf die Karte „Bildung und Ausbildung" zu setzen. Wenn die Schulen und Universitäten besser wären als im Westen, könnte dies Menschen und Wirtschaft anziehen (Berliner Morgenpost 3.2.2002). Über solche sporadischen Überlegungen ist die systematische Entwicklung von Maßnahmen regionaler Bevölkerungsstabilisierung jedoch bisher nicht hinausgekommen.

Theoretische Modelle zu Abwanderung und Binnenwanderung

Insgesamt, so die Migrationsforschung, haben die Wanderungsbewegungen mit dem Abschluss der Industrialisierung abgenommen. Die große gesamteuropäische Land-Stadt-Wanderung ist überall – mit Ausnahme von Sonderfällen wie Finnland – abgeschlossen. Für postindustrielle Gesellschaften typisch ist konjunkturelle Arbeitskräftewanderung und Pendelwanderung sowie Formen wohnstandortsorientierter Wanderungen (Suburbanisierung, Seniorenwanderung).

Auf der anderen Seite wird in der öffentlichen Diskussion die Bedeutung von Mobilität für eine effiziente Standortpolitik betont und auf die USA mit ihrer – bezogen auf die Bevölkerungszahl – doppelt so hohen Rate an jährlichen Umzügen geblickt. Umgekehrt weist unter den deutschen Bundesländern Berlin die höchste Umzugsquote der Haushalte auf, ohne dass dies nennenswert die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Berlin fördern würde. Insofern ist Mobilität per se kein positiver Wirtschaftsfaktor, sondern weist auch auf die Abnahme von Bindekräften aller Art (Familie, Vereine, Kirche, Normalarbeitsverhältnis etc.).

Grundsätzlich gilt aber: Die Binnenwanderung verändert die Bevölkerungszahl und die Altersstruktur in der Herkunfts- und Zielregion. Weil Binnenwanderung hauptsächlich junge Menschen erfasst, die zum Zwecke der Ausbildung oder der ersten Berufstätigkeit wegziehen, gehen den Herkunftsregionen immer auch potentielle Mütter und Väter und natürlich auch Konsumenten und Arbeitskräfte verloren. Umgekehrt erfahren die Altersstrukturen der

Zielregion eine „Verjüngung“. Binnenwanderung führt damit nicht nur zu einer unterschiedlichen Einwohnerzahl, sondern auch zu einer unterschiedlichen Altersstruktur mit zahlreichen Folgeeffekten (Verlust oder Zuwachs an Konsumenten, Arbeitskräften, Schülern, Rentnern). (Bähr 1997, Zelinsky 1971) Und nicht nur die Alters-, vor allem die Qualifikations- und Motivationsstruktur der wandernden Bevölkerungsteile unterscheidet sie von den Sesshaften. Wer wandert, hat eine Motivation und ein Ziel und verfügt über genügend soziales Kapital, dies in eine gerichtete Aktion umzusetzen. Das gilt nicht für alle Sesshaften. Diese qualitativen Faktoren machen neben der Altersstruktur die politische Brisanz der Abwanderung aus.

Abwanderung aus Ost- nach Westdeutschland ist Binnenwanderung/Binnenmigration. Weil die binnenstaatliche Migration politisch nicht reglementiert wird, ist die Anwendbarkeit rein ökonomischer Ansätze besser gegeben als bei der politisch reglementierten Außenwanderung. Die bekanntesten theoretischen Erklärungen für Binnenwanderung sind:

a) Gravitationsansatz

Territoriale Einheiten, die benachbart sind, weisen in der Regel ein höheres Maß an Austausch auf als entfernt liegende Einheiten (Gravitationsansatz). Die Distanz steuert das Ausmaß der Binnenwanderung. Diesem in den Wirtschaftswissenschaften seit Linnemann (1966) sehr verbreiteten und für makroökonomische Analysen von Handelsbeziehungen auch nützlichen Ansatz liegt ein plumpes mechanistisches Modell zu Grunde, bei dem physikalische Phänomene einfach übertragen werden. Für Migrationsprozesse hat dieser Ansatz wenig Erklärungskraft.

b) Regionale Disparitäten im Bereich der Beschäftigung und des Einkommens.

Im Rahmen des liberalen Marktmodells streben Arbeitskräfte eine hohe Rendite des Produktionsfaktors „Arbeit“ an. Sie werden daher dorthin ziehen, wo Arbeitsnachfrage besteht (Job-vacancy-These) oder wo das erzielbare Arbeitseinkommen hoch ist (Income-differential-These). Die Binnenwanderung von Arbeitskräften in Richtung Hochlohnarbeitsmarkt führt dazu, dass dort die Löhne tendenziell sinken, während sie in den Abwanderungsgebieten aufgrund der Knappheit des Produktionsfaktors Arbeit steigen werden. Binnenwanderung ist in diesem theoretischen Ansatz ein Vehikel, um regionale Disparitäten auszugleichen und einen – wenn auch kurzfristigen – interregionalen Gleichgewichtszustand zu erreichen. In der ökonomischen Forschung werden die Prozesse für die Berechnung von Arbeitskräftemobilität mathematisch modelliert. So hat etwa Jennifer Hunt für Ostdeutschland zeigen wollen, dass das Nachlassen der Binnenwanderung ab Mitte der 1990-er Jahre vor allem auf die Lohnangleichung zurückzuführen sei (Hunt 2000).

c) Ungleiche Lebensbedingungen/Lebensqualität.

Dazu zählen nicht mehr nur Einkommen und Arbeit, sondern auch Wohnmöglichkeiten, die regionale Ausstattung mit sozialer Infrastruktur sowie die nichtmaterielle Bewertungen der Lebensqualität. Traditionelle mikroökonomische Ansätze der Migrationstheorie verstehen den Wanderungsentscheid als Ergebnis eines individuellen Such- und Optimierungsprozesses. Potentiell Wandernde wägen in einem Entscheidungsprozess ab, was die Herkunftsregion „zu bieten“ hat, welche abstoßenden („push“) und welche anziehenden („pull“) Faktoren vorhanden sind und vergleichen dies mit den Push- und Pull-Faktoren der potentiellen Zielregion. Angenommen wird, dass Menschen Vor- und Nachteile des Wanderns bzw. des Verharrens rational abwägen und anstreben, mit ihrem Verhalten den persönlichen Nutzen (die Lebensqualität) zu maximieren. Folgerichtig sind Menschen dann bereit zu wandern, wenn die Migration im Vergleich zum Verbleiben einen höheren persönlichen Nutzen erwarten lässt. Diese traditionelle mikroökonomische Erklärung bildete die Grundlage für die auf dem Humankapitalansatz von Sjaastad (1962) ruhenden Harris-Todaro- Migrationsmodelle [vgl. Todaro (1969) und Harris/Todaro (1970)].

Ökonomisch geprägte Abwanderungs-Theorien vernachlässigen, dass in der postindustriellen Gesellschaft der Zusammenhang zwischen dem individuellen Lebenslauf, der durch eigene Entscheidungen gesteuert wird, und den ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen flexibler und komplexer geworden ist. Sie lassen sich auch auf der empirischen Ebene nur schwer mit den Befunden in Einklang bringen. So zeigt die empirische Erfahrung der EU mit ihrer innergemeinschaftlichen Freizügigkeit, die zu Beginn nur für Arbeitskräfte galt und heute für Personen generell gilt, dass trotz teilweise stark divergierendem Lebensstandard und trotz teilweise enorm unterschiedlichen Beschäftigungsniveaus zu geografisch nahe gelegenen, wirtschaftlich weit erfolgreicheren Regionen die grenzüberschreitende Migration innerhalb der EU ein quantitativ marginales Phänomen bleibt. Erklärungsbedürftig erscheint vielmehr, warum Menschen nicht wandern (Straubhaar 2000). Hierfür muss ein Konzept der Binde- und Haltefaktoren entwickelt werden.

d) Netzwerktheorien der Migration

Migrantennetzwerke sind verwandtschaftliche oder andere enge Beziehungsstrukturen, die über Informationsvermittlung und das Zur-Verfügung-Stellen von Ressourcen Wanderungsprozesse auslösen und erleichtern. Bereits Mincer (1978) hat – im Zusammenhang grenzüberschreitender Mobilität – darauf verwiesen, dass oft nicht einzelne Personen Migrationsentscheidungen fällen, sondern Familien oder Kleingruppen. Erfolgreiche Auswanderer ziehen andere Familien- oder Gruppenmitglieder nach und erleichtern diesen den Einstieg im Zielland (”Schneeballeffekt”). Empirisch belegt werden konnte dieser Effekt vielfach, z.B. bei der Einwanderung mexikanischer Arbeiter in die USA. Etablierte Migranten helfen Freunden

oder Familienmitgliedern, nachzuziehen. Hochqualifizierte Migranten ziehen so ganze Netzwerke nach sich (Lucas 1997). Für China konnte Meng (2000) nachweisen, dass dieser Netzwerkeffekt stärker wirkt als z.B. die regionalen Lohnunterschiede.

e) Auf dem Weg zu einer soziologischen Theorie der Binnenmigration

Eine soziologische Erklärung der Binnenmigration muss ein Phänomen der Makroebene, nämlich das demografische Faktum der Abwanderung, unter Einbeziehung sowohl der Makro-Strukturen (regionale Disparitäten) als auch des konkreten einzelmenschlichen Handelns erklären. Lohndifferenzen selbst handeln nicht, sondern wirken sich nur aus, wenn Menschen sich von ihnen in ihrem Handeln stärker bestimmen lassen als z.B. von ihren Familienbindungen. Das einzelmenschliche Handeln rezipiert und verarbeitet die makrostrukturellen Bedingungen, wirkt auf diese ein und verändert als Aggregierung vieler Einzelhandlungen die Makrostruktur. Zwischen der Makro- und der Mikroebene liegen bestimmte intermediäre Organisationsstrukturen, die gesamtgesellschaftliche Strukturen und individuelles Handeln miteinander vermitteln, z.B. die oben erwähnten Netzwerke, aber auch Wertvorstellungen und langfristige kulturelle Prägungen.

Der Koblenz-Landauer Soziologe Thomas Müller-Schneider (Wertintegration und neue Mobilität, 2003) hat soeben – allerdings nur für den Bereich der internationalen Migration – den Entwurf einer soziologischen Theorie der Abwanderung in modernen Gesellschaften versucht. Ein ähnliches theoretisches Interesse grundiert auch die vorliegende Studie.

Theoretische Modelle zu Bestimmungsfaktoren von Kinderwunsch und Familiengründung

Blicken wir nun – noch kürzer und summarischer – auf Theorien zur Paarbeziehung und Familiengründung.

Grundsätzlich lassen sich bezüglich der Familiengründung in der Familiensoziologie zwei große Richtungen unterscheiden: Einerseits ein ökonomisches Modell, bei dem Paarbeziehung und Kinderhaben den persönlichen Nutzen maximieren soll und letztlich Ergebnis einer rationalen Entscheidung ist – und andererseits die Betonung überindividueller Werte und Normen, welche die Biographie des Einzelnen überformen und seine biographischen Entscheidungen stark vorprägen. Diese beiden Grundrichtungen haben wir in der Migrationsforschung ebenfalls gefunden, allerdings mit starkem Überwiegen ökonomischer Modelle.

Beide Zugänge finden je unterschiedliche Begründungen für den Rückgang der Kinderzahl:

- ökonomisch argumentiert, verlieren Kinder nach der Industrialisierung ihren ökonomischen Wert.

- von den Werten und Normen her argumentiert, erfordert die Erziehung der Kinder heute mehr Aufmerksamkeit und Engagement für das einzelne Kind und lässt die Erziehung von

mehr als zwei oder drei Kindern als sehr problematisch erscheinen. Zugleich erhöht sich durch die Erodierung traditioneller Werte und Normen die Freiheit der Individuen, vorgeprägte biografische Muster zu verlassen.

- noch wenig soziologisch diskutiert ist die Rolle der ungewollten Kinderlosigkeit nach langem Aufschub des Kinderwunsches in ein höheres Lebensalter. Hier wären interdisziplinäre Studien aus soziologischem und medizinischem Blickwinkel nötig.

Eine Reihe familiensoziologischer Arbeiten betonen den Gewinn von Entscheidungsfreiheiten gegenüber gesellschaftlichen Normen in der Postmoderne (Beck-Gernsheim 1998, Beck 1994, Beck/Beck-Gernsheim 1990). Die Folge sei eine Pluralisierung privater Lebensformen, sichtbar z.B. an sinkenden Heiratsquoten (Strohmeier 1993). Der Anteil nichtehelicher Haushalte und nichtehelicher Kinder steigt und die Zahl der Eheschließungen und Geburten geht zurück. Ergebnisse der Lebenslaufforschung zeigen dennoch, dass die Familienbildung regelmäßig verläuft (Diekmann et.al. 1993), und zwar entlang der Stufen Partnerfindung, voreheliches Zusammenleben, Eheschließung, Übergang zur Elternschaft.

Die Verbreitung der Kinderlosigkeit besonders in Deutschland ist durch diese Zugänge noch nicht erklärt. Es ist fraglich, ob es sich dabei in der Regel um geplante oder nach und nach entstandene Lebensformen handelt. Heribert Engstler und Kurt Lüscher argumentieren in ihrer Studie von 1989 eher mit situativ begründetem Aufschub und stufenweise sich verfestigenden Entscheidungen (Engstler/Lüscher 1989), während die bekannte Verbundstudie von Vaskovics und Schneewind (Vaskovics/Schneewind et.al. 1997) knapp nahelegt: „Was geplant wird, wird auch realisiert“ (S. 51). Burkart (1994) interpretiert diese Kontingenz jedoch nicht als Folge rationaler Planung, sondern als Befolgen einer sozialen Vorgabe, einer vorgegebenen „biografischen Flugbahn“(Burkart 1994, 270), die allenfalls durch das Eintreten einer ungeplanten Schwangerschaft gestört werden könne.

Geissler/Oechsle dagegen betonen in ihrer Studie zu jungen Frauen die „aktive Gestaltung“ des Einzelnen in der Auseinandersetzung mit sich wandelnden äußeren Bedingungen und reflektierten biografischen Erfahrungen (Geissler/Oechle 1996, 13). Ähnlich lässt sich das Lebensthema-.Konzept von Barbara Keddi et. al. einordnen, das ebenfalls die Notwendigkeit der aktiven Gestaltung in Folge von Individualisierungsprozessen in den Vordergrund rückt (Keddi et al. 1999, 10). Thomas Kühn versuchte hingegen in einer Längsschnitt-Studie die Frage zu beantworten, wie antizipatorische Vorstellungen zur Familiengründung mit beruflichen Orientierungen und Entscheidungen verknüpft werden (Kühn 2001) und nutzt dabei das Projekt „Statuspassagen in die Erwerbstätigkeit“ des SFB 186 der Universität Bremen zur Biographieforschung.

Diskussion der theoretischen Zugänge

Nach dieser kurzen Übersicht fällt vor allem auf, dass Migration und Natalität selten im Zusammenhang diskutiert worden sind, obwohl sie – demographisch gesprochen – neben der Mortalität die beiden zentralen Bestimmungsfaktoren für die Struktur einer Bevölkerung sind. Vor allem betreffen Abwanderungsentscheidungen und Familiengründungsentscheidungen überwiegend die selbe Altersgruppe betreffen, nämlich junge Menschen im Alter von 18 bis ca. 35 Jahren. Jenseits des 35. Geburtstages werden nur noch vergleichsweise selten, wenn auch mit ansteigender Tendenz, Familien gegründet. Ebenso lässt die Mobilität mit mehr als 35 Jahren deutlich nach, was wiederum direkt mit der u.U. erfolgten Familiengründung zusammen hängt. Damit sind beide Phänomene risikobehaftete und entscheidungsbegründete Statuspassagen im Lebenslauf, die in vielfältiger und komplexer Weise mit den gesellschaftlichen (ökonomischen, sozialen, kulturellen etc.) Rahmenbedingungen zusammenhängen. An eine Theorie der Abwanderung und Familiengründung wäre der Anspruch zu stellen, dieser Komplexität gerecht zu werden und ihre Wechselbeziehungen in den Blick zu nehmen.

Zum zweiten: Allen zitierten Arbeiten ist gemeinsam, dass auf die regionalen Rahmen biografischer Entscheidungen in keiner Weise rekurriert wird. Bezogen auf das Studienobjekt, die Bevölkerungsentwicklung im Bundesland Sachsen-Anhalt, musste ein Weg gefunden werden, Modelle zur Erklärung der Abwanderung und Modelle zur Erklärung der Familiengründungsentscheidungen in einen gemeinsamen Rahmen einzuordnen und regional zu erden. Das Thema „Raum“ hat in der Soziologie zu Recht seit einigen Jahren Konjunktur. In dieser Studie wird deshalb gefragt: Welche regionalen Faktoren bestimmen die Zukunftserwartungen von Menschen und damit ihre biografischen Entscheidungen?

A 3. Literaturangaben

Bähr, Jürgen (1997): Bevölkerungsgeographie. Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, nationaler und regionaler Sicht. Stuttgart.

Beck, Ulrich (1994): Jenseits von Klasse und Stand? In: U. Beck/E. Beck-Gernsheim (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt, 43-60.

Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (1990): Das ganz normale Chaos der Liebe. Frankfurt.

Becker, Gary S. (1981): A treatise on the familiy. Cambridge/London.

Beck-Gernsheim, Elisabeth (1998): Was kommt nach der Familie? Einblicke in neue Lebensformen. München.

Bertram, B.: Unterschiedliche Lebenswege und Chancen für die Geschlechtergruppen (1994). In: Bertram, B. u.a. Gelungener Start – unsichere Zukunft? Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung. Ergebnisse der Leipziger Längsschnitt-Studie 2. München.

Birg, Herwig (2001): Die demographische Zeitenwende: der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. München.

Böhnisch, L./Funk, H./Huber, J./Stein, G. (Hg.) (1991): Ländliche Lebenswelten. Fallstudien zur Landjugend. München.

Böhnisch, L./Funk, H. (1989): Jugend im Abseits? Zur Lebenslage Jugendlicher im ländlichen Raum. Weinheim.

Böltken, F./Bucher, H./Janich, H.: Wanderungsverflechtungen und Hintergründe räumlicher Mobilität in der Bundesrepublik seit 1990 (1997). In: Informationen zur Raumentwicklung 1997, 1/2.
Bucher, H. (2000): Entwicklungstrends der ostdeutschen Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur, in: BBR (Hrsg.), Regionale Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Wandels in den neuen Ländern. Regionalbarometer neue Länder, Berichte, Bd. 4, Bonn.
Bührer, S. (1997): Soziales Kapital und Wanderungsentscheidungen, Hamburg.
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1998): Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland. Drucksache 13/11368, Bonn.
Burkart, G. (1994): Die Entscheidung zur Elternschaft. Eine empirische Kritik von Individualisierungs- und Rational-Choice-Theorien. Stuttgart.
Deutsches Jugendinstitut (DJI)/Institut für angewandte Familien, Kindheits- und Jugendforschung (IFK) (1998): Lebenslagen und -perspektiven junger Menschen in ländlichen Regionen des Landes Brandenburg. Forschungsbericht, DJI-Arbeitspapier 1-145. München – Leipzig – Vehlefanz.
Die demographische Entwicklung: welche Optionen bestehen? In: Wirtschaftsdienst 80 (2000), 9, 523 – 536.
Diekmann, A. (1987): Determinanten des Heiratsalters und des Ehescheidungsrisikos. München: Habilitationsschrift.
Dienel, Christiane (2002): Familienpolitik. Eine praxisorientierte Gesamtdarstellung der Handlungsfelder und Probleme. Weinheim.
Dinkel, R. H./Meinl, E. (1991): Komponenten der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zwischen 1950 und 1987, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17, 1991, 2, 115-134.
Engstler, H./Lüscher, k: (1991): Späte erste Mutterschaft. Ein neues Muster der Familiengründung? In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17 (4), 433-460.
Frauenreport ´90 (1990). Im Auftrag der Beauftragten des Ministerrates für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Dr. Marina Beyer, hrsg. v. Gunnar Winkler. Berlin.
Fuchs, H.-W. (1999): Schule ohne Schüler? Zur demographischen Entwicklung in den neuen Bundesländern und ihren Folgen für das allgemeinbildende Schulwesen. Hamburg (=Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik der Universität der Bundeswehr)
Funk, H. (1993): Mädchen in ländlichen Regionen. München.
Geißler, R. (2000): Nachholende Modernisierung mit Widersprüchen. Eine Vereinigungsbilanz aus modernisierungstheoretischer Perspektive. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 40/2000).
Gericke, T./Karig, U. (1996): Projekt "Mobilität junger Erwachsener des Freistaates Sachsen”. Abschlussbericht. Leipzig.
Grünheid, E./Roloff, J. (2000): Die demographische Lage in Deutschland 1999 mit dem Teil B "Die demographische Entwicklung in den Bundesländern - Ein Vergleich", in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 25, 2000, 1, 3-150.
Hardt, G./Kempe, W./ Schneider, H. (2001): Ost-West-Wanderung junger Menschen. Ausdruck für allgemeinen Anstieg der Mobilität, in: Wirtschaft im Wandel 7, 2001.
Harris, J., Todaro, J. (1970): Migration, Unemployment and Development: A Two-Sector Analysis. American Economic Review 60, 126-142.
Hellwig, Jörg Otto (2001): Berufswelt und Familienbildung. Zur Abhängigkeit privater von beruflichen Entscheidungen. In: Zeitschrift für Familienforschung 13, 45-67.
Herfert. G. (1998): Stadt - Umland - Wanderung in den 90er Jahren. Quantitative und qualitative Strukturen in den alten und neuen Ländern, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1998, 11/12, 764 f.
Hilmer, Richard (1995): Motive und Hintergründe von Flucht und Ausreise aus der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden, Bd. VII, 1, 323ff.
Höhn, Charlotte (2000): Demographische Probleme des 21. Jahrhunderts aus deutscher Sicht. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 25, 3/4, 375 – 398.

Hunt, J. (2000): Why Do People Still Live in East Germany. NBER Working Paper 7564 (http://www.nber.org/papers/w7564), Cambridge (February 2000).
Keddi, B., u.a. (1999): Lebensthemen junger Frauen. Die andere Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe. Opladen.
Kistler, Ernst (2001): Demographischer Wandel und hohe Arbeitslosigkeit: die Herausforderungen und die Sichtweisen der Betriebe. In: Arbeit und Beruf 52 , 5, 129 – 133.
Kühn, Thomas (2001): Die Planung der Familiengründung – verschiedene Entwicklungsverläufe in den ersten Berufsjahren. In: Zeitschrift für Familienforschung 13, 29-48.
Linnemann, Hans (1966): An Econometric Study of International Trade Flows. Amsterdam: North-Holland.
Lucas, R.E.B. (1997): Internal migration in developing countries, in Rosenzweig, M.R. and O. Stark (Eds.) Handbook of Population and Family Economics, North-Holland, Amsterdam. 721-798.
Meier, A./Müller, J. (1997): Die letzte Generation? Jugend und Familie auf dem Lande in Ostdeutschland und in den USA. Ein empirischer Vergleich während der Agrarrevolution. Berlin.
Meier-Dallach, H.-P. (2002): Konsum oder Kontrast? Freizeitverkehr als Beziehung zwischen urbanen und ländlichen Räumen, in: ifmo, Berlin (im Druck).
Meng, X. (2000): Labour Market Reform in China, Cambridge University Press, Cambridge.
Meyer, W.(1996): Die demographische Entwicklung in den neuen Bundesländern und ihre Auswirkungen auf Kinder. In: W. Bien (Hrsg.): Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend – Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen. Opladen.
Mincer, J. (1978): A Dynamic Model of Interregional Migration Flows in Great Britain. Journal of Political Economy 86, 749-773.
Müller-Schneider, Thomas (2003): Wertintegration und Mobilität. Theorie der Migration in modernen Gesellschaften. efms, Bamberg.
Münz, R./Ulrich, R. (1994): Was wird aus den Neuen Bundesländern? Demographische Prognosen für ausgewählte Regionen und für Ostdeutschland, Berlin (Demographie aktuell, Nr. 3).
Oechsle, M./Geissler, B. (Hrsg.) (1998): Die ungleiche Gleichheit. Junge Frauen und der Wandel im Geschlechterverhältnis. Opladen.
Schmid, Josef (2001): Die demografische Entwicklung in Deutschland: soziale Folgen und politische Steuerung. In: Politische Studien 52, 377 = Mai/Juni, 72 – 83.
Schneewind, .A., Vaskovics, L.A. u.a. (1997): Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch. Endbericht. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie und Senioren 1281. Stuttgart.
Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt/New York.
Schwarz, Karl (2001): Bericht 2000 über die demographische Lage in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 26, 1, 3 – 54.
Seitz, H. (1997): Migration in Berlin-Brandenburg: Die Jugend auf der Flucht aus Brandenburg. Frankfurt/Oder.
Sjaastad, L.A. (1962): The Costs and Returns of Human Migration. Journal of Political Economy 70, 80-83.
Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002), in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 376, Bonn.
Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsberechnung, Wiesbaden 2000.
Straubhaar, Thomas (2000): Internationale Migration. Gehen oder Bleiben: Wieso gehen wenige und bleiben die meisten? Überarbeiteter Vortrag gehalten aus Anlass des 30. Wirtschaftswissenschaftlichen Seminars Ottobeuren am 11.9.2000. HWWA Discussion Paper 111. Hamburg.

Strohmeier, K-P. (1993): Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17(93), 11-22.
Todaro, M.P. (1969): A Model of Labor Migration and Urban Unemployment in Less Developed Countries. American Economic Review 59, 138-148.
Weiß, W. (2001): Der ländlichste Raum - Regional-demographische Perspektiven auf die Probleme von Abwanderungsgebieten mit geringer Bevölkerungsdichte. Beitrag zur Enquete-Kommission "Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern", Greifswald (unveröffentlichtes Ms.).
Wendt, H. (1993/94): Wanderungen nach und innerhalb von Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Ost-West-Wanderungen, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 19 , 4, 517-540.
Wendt, Hartmut (1999): Bevölkerungsentwicklung in Deutschland: Kontinuität im Westen und Wandel im Osten. In: Deutschland-Archiv 32, 4, 614 – 620.
Werz, N. (2001): Abwanderung aus den neuen Bundesländern von 1989 bis 2000. Aus Politik und Zeitgeschichte (B 39-40), 12-16.
Zelinsky, Wilburn (1971): The hypothesis of the mobility transition. Geographical Review 61, 219–249.

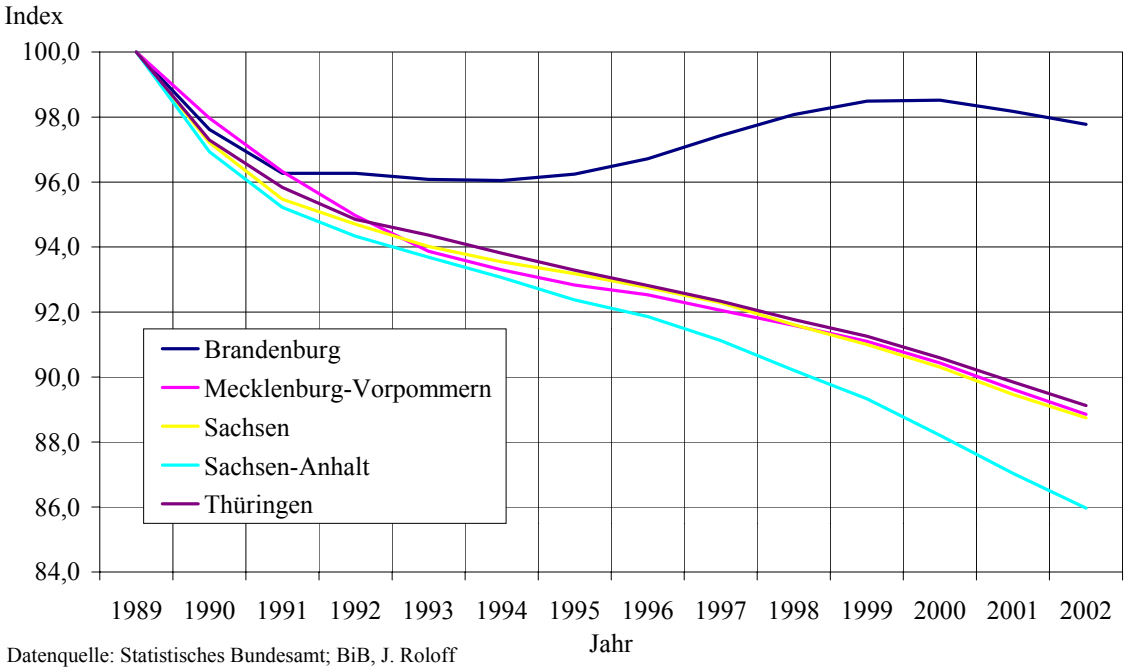
B Die demographische Entwicklung in Sachsen-Anhalt – quantitative Analyse (Juliane Roloff)

B 1. Bevölkerungszahl und Bevölkerungsbilanz in den Neuen Ländern – eine Einleitung

In allen Neuen Ländern sind seit 1989, dem Jahr des Mauerfalls, die Bevölkerungszahlen permanent rückläufig. Nur das Land Brandenburg hatte kurzzeitig eine leichte Zunahme seiner Bevölkerung zu verzeichnen. Besonders auffällig ist der Bevölkerungsrückgang im Land Sachsen-Anhalt. Ende 1989 lebten dort 2 965 Tausend Menschen; am Jahresende 2002 waren es nur noch 2 548,9 Tausend Menschen, d.h. um 416,1 Tausend bzw. um 14% weniger.

In den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen macht der prozentuale Bevölkerungsrückgang fast einheitlich rd. 11% aus. Nur Brandenburg weist eine vergleichsweise günstige Entwicklung auf: seine Bevölkerungszahl sank innerhalb des Zeitraumes 1989 bis 2002 nur um wenige rd. 2% (Abbildung B1).

Abb. B1: Entwicklung der Bevölkerungszahlen in den Neuen Länder, 1989 bis 2002 - Index 1989 = 100%

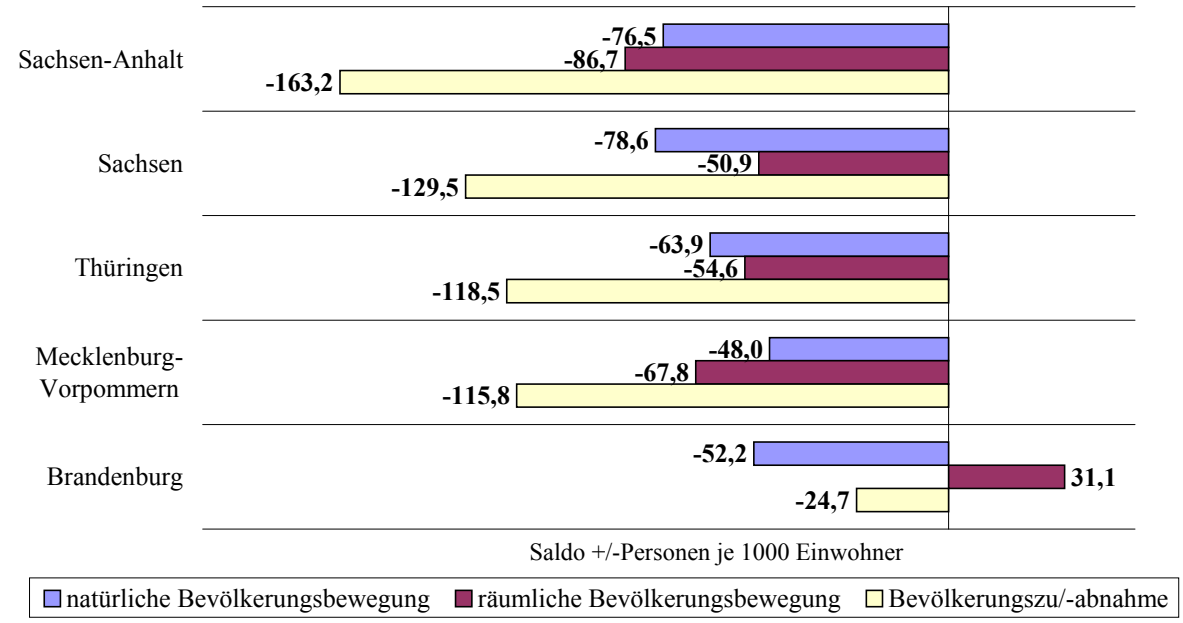


Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Entscheidend für einen Bevölkerungsanstieg oder einen Bevölkerungsrückgang ist die natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung.

Betrachten wir unter diesem Aspekt die Salden der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung der neuen Bundesländer in der Summe der Jahre 1990 bis 2002 und bezogen auf 1 000 Einwohner der jeweiligen Länder, so lässt sich folgendes feststellen (Abbildung B2):

Abb. B2: Bevölkerungsbilanz in den ostdeutschen Bundesländern, Summe der Jahre 1990 bis 2002 - Salden je 1000 Einwohner -



Datenquelle: Statistische Landesämter; BiB, J. Roloff

1. haben alle ostdeutschen Länder einen Gestorbenenüberschuss zu verzeichnen. D.h. es sind in allen Jahren mehr Menschen gestorben als geboren wurden. Hierbei liegt Sachsen mit -78,6, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit -76,5 je 1 000 Einwohner in der Summe der Jahre 1990 bis 2002 an der „Spitze"; Mecklenburg-Vorpommern weist hier mit -48 je 1 000 Einwohner noch den niedrigsten Wert auf.

2. lässt sich für die Länder, außer Brandenburg, eine negative Bilanz ihrer Gesamtwanderungen feststellen. Und hier weist Sachsen-Anhalt mit -86,7 je 1 000 Einwohner die höchsten Wanderungsverluste auf. Nur Brandenburg hat in der Summe der Jahre 1990 bis 2002 ein Wanderungsplus. Dieses konnte jedoch die Gestorbenenüberschüsse nicht abfangen, so dass auch in diesem Land die Bevölkerungszahl insgesamt, allerdings nicht so stark, sank. Die übrigen Länder haben in der Summe der Jahre 1990 bis 2002 einen relativ hohen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen: Und hier wird nochmals deutlich, dass Sachsen-Anhalt am meisten „Federn" lassen musste: Innerhalb des Zeitraumes 1990 bis 2002 hat es je 1 000 seiner Einwohner rd. 163 Menschen infolge von Gestorbenenüberschüssen einerseits und Wanderungsverlusten andererseits verloren.

Tabelle B1 gibt für Sachsen-Anhalt einen detaillierten Überblick über den Bevölkerungstand und die Bevölkerungsveränderung seit Anfang 1990 bis Ende 2002:

Tab. B1: Bevölkerungsstand und -veränderung in Sachsen-Anhalt, 1990 bis 2002

Jahr	Bevölkerung zu Beginn des Jahres	Überschuss der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu-(+) bzw. -abnahme(-)		Bevölkerung am Ende des Jahres
	in 1 000			In 1000	*je 1 000*	in 1 000
1990	2 965,0	-6,9	-84,1	-91,0	*-32*	2 874,0
1991	2 874,0	-18,7	-31,9	-50,6	*-18*	2 823,3
1992	2 823,3	-19,5	-6,9	-26,4	*-9*	2 797,0
1993	2 797,0	-20,2	1,2	-19,0	*-7*	2 777,9
1994	2 777,9	-19,5	0,8	-18,7	*-7*	2 759,2
1995	2 759,2	-19,0	-1,3	-20,3	*-7*	2 738,9
1996	2 738,9	-16,5	1,2	-15,3	*-6*	2 723,6
1997	2 723,6	-13,7	-8,2	-21,9	*-8*	2 701,7
1998	2 701,7	-13,5	-13,7	-27,2	*-10*	2 674,5
1999	2 674,5	-11,9	-13,9	-25,8	*-10*	2 648,7
2000	2 648,7	-11,5	-21,9	-33,4	*-13*	2 615,4
2001	2 615,4	-11,5	-23,2	-34,7	*-13*	2 580,6
2002	2 580,6	-12,5	-19,2	-31,7	*-12*	2 548,9

Datenquelle: Stat. Bundesamt Sta-

Sachsen-Anhalt hatte, ähnlich wie die übrigen ostdeutschen Länder, insbesondere im Jahr 1990 einen starken Rückgang seiner Einwohnerzahl erfahren, gegenüber 1989 um 91 Tausend bzw. 32 Menschen je 1 000 seiner Bevölkerung. Auch im Jahr darauf war ein noch recht hoher Bevölkerungsschwund von 50,7 Tausend bzw. 18 Menschen je 1 000 Einwohner zu verzeichnen. In diesen beiden Jahren wurden die Bevölkerungsverluste Sachsen-Anhalts insbesondere durch Abwanderungen hervorgerufen: im Jahr 1990 betrug der Anteil des Wanderungsminus am gesamten Bevölkerungsrückgang allein 92,4% und im Jahr 1991 auch noch beachtliche 63%. In den Jahren 1992 bis 1997 beruhte der Bevölkerungsrückgang fast ausschließlich auf Sterbefallüberschüssen. In den Jahren 1993, 1994 und 1996 konnte Sachsen-Anhalt „sogar“ leichte Wanderungsgewinne verbuchen: hier konnte ein Wanderungsplus aus dem Ausland die steten hohen Binnenwanderungsverluste auffangen (vgl. Abbildung B3). Erst ab 1998 führten, und dies jährlich zunehmend, Wanderungsverluste in einem höheren Maße als die Gestorbenenüberschüsse weiter zum Rückgang der Bevölkerungszahlen; in den Jahren ab 2000 waren sie zu über 60% wieder am Bevölkerungsverlust beteiligt.

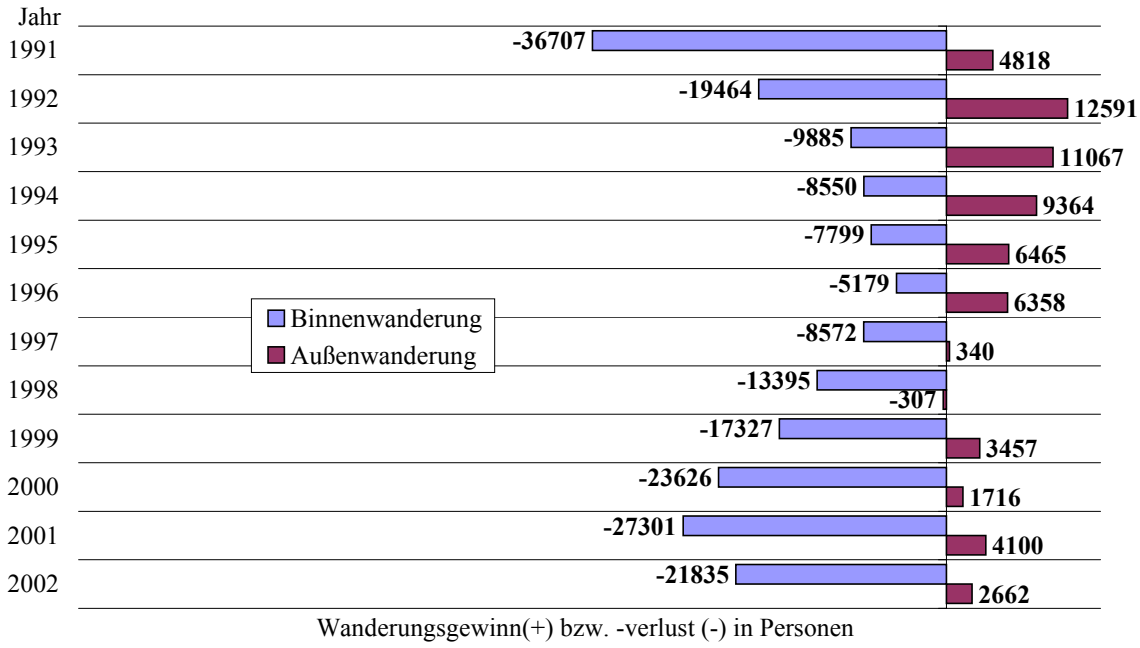
B 2. Wanderungsgeschehen

B 2.1 Allgemeiner Überblick

Betrachtet man das Wanderungsgeschehen in Sachsen-Anhalt, gesondert nach der Außen- und Binnenwanderung in den Jahren 1991 bis 2002, so kann man feststellen, dass es in allen Jahren (außer 1998) Wanderungsgewinne aus dem Ausland, dahingegen Wande-

rungsverluste über seine Landesgrenzen in andere Bundesländer zu verzeichnen hat (Abbildung B3). Wie bereits oben festgestellt wurde, konnten nur in den Jahren 1993, 1994 und 1996 höhere Außenwanderungsgewinne die Binnenwanderungsverluste kompensieren (Abbildung B3).

Abb. B3: Wanderungsgeschehen in Sachsen-Anhalt - Außen- und Binnenwanderungssalden, 1991 bis 2002



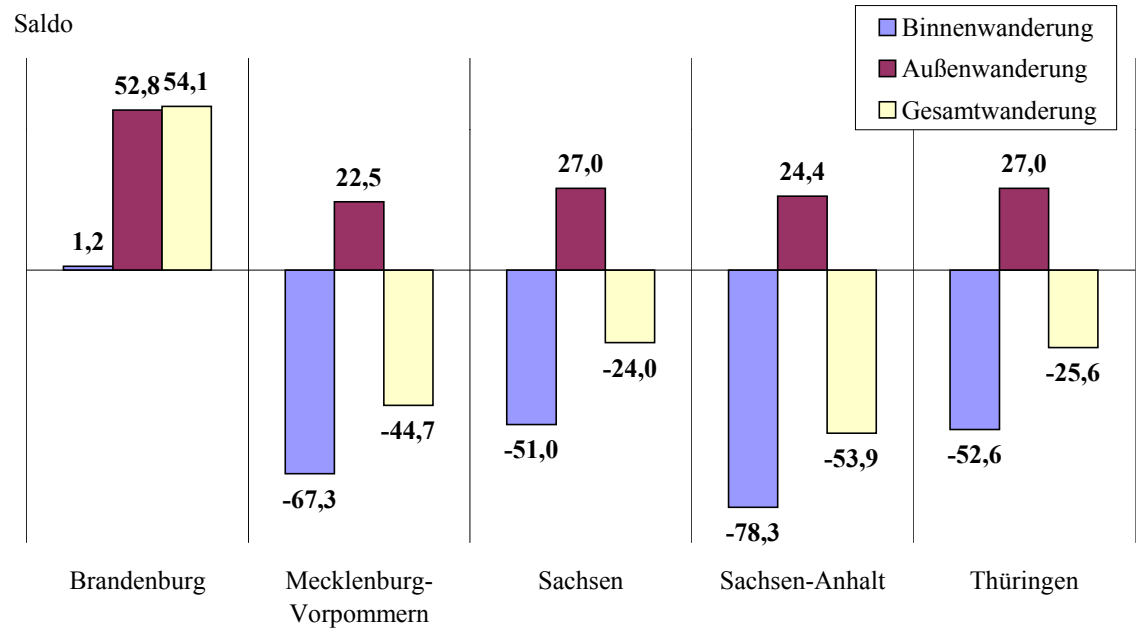
Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

Ebenso wie Sachsen-Anhalt weisen alle übrigen ostdeutschen Länder in der Summe der Jahre 1991 bis 2002 ein Wanderungsplus aus dem Ausland auf – und dies am deutlichsten das Land Brandenburg: Innerhalb o.a. Jahre hat es je 1 000 seiner Einwohner rd. 53 Menschen aus dem Ausland dazu gewonnen (vgl. Abbildung B4).

Doch, bis auf Ausnahme von Brandenburg, werden die positiven Außenwanderungssalden durch relativ hohe Negativsalden an Abwanderungen in andere Bundesländer sozusagen aufgesogen. So stand in Sachsen-Anhalt einem Wanderungsplus aus dem Ausland von rd. 24 Personen je 1 000 Einwohner ein Wanderungsverlust in andere Regionen Deutschlands von rd. 78 Personen je 1 000 Einwohner gegenüber. D.h., dieses Bundesland verlor in den Jahren 1991 bis 2002 pro 1 000 seiner Einwohner per Saldo rd. 54 Menschen oder, anders ausgedrückt, rd. 5% seiner Bevölkerung durch Abwanderungen (Abbildung B4).

Alle zusammengenommen haben die ostdeutschen Länder innerhalb der Jahre 1991 bis 2002 241,5 Tausend mehr Menschen durch Abwanderung verloren als durch Zuwanderung gewonnen; nur auf die Binnenwanderungen bezogen, sind es hier allein 661,7 Tausend Menschen.

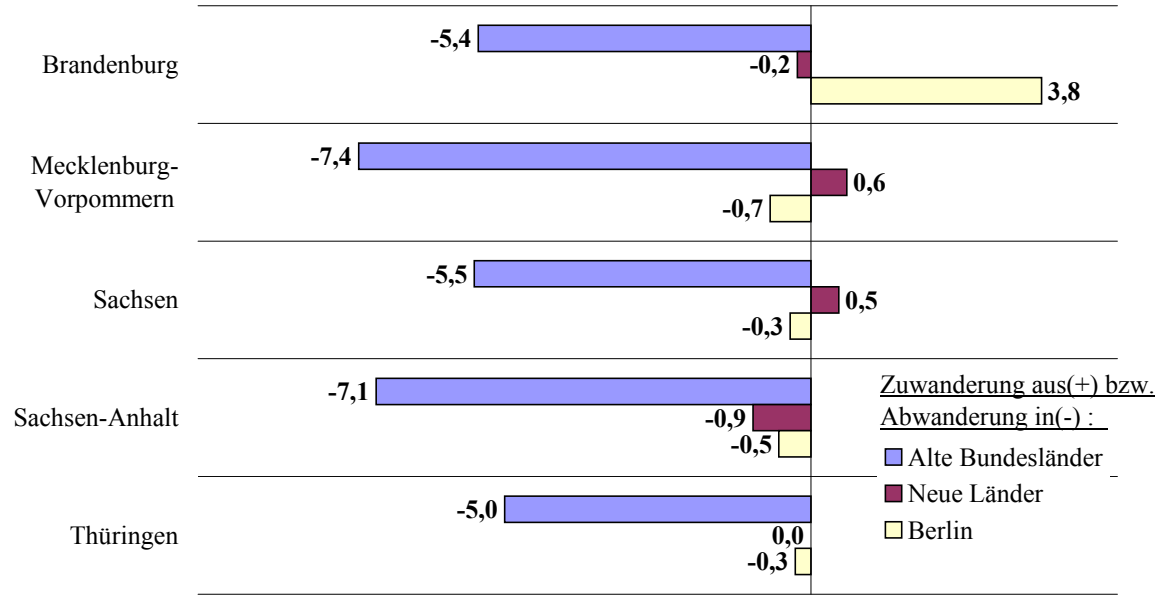
Abb. B4: Wanderungsgeschehen in den Neuen Ländern - Überschuss der Zuzüge(+) bzw. der Fortzüge(-) je 1000 Einwohner - (Summe der Jahre 1991 bis 2002)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

B 2.2 Binnenwanderungen in den Neuen Ländern nach Ziel- und Herkunftsgebiet

Abb. B5: Wanderungsgeschehen in den Neuen Ländern, 2002 - Binnenwanderungssalden je 1000 Einwohner



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Anhand der Abbildung B5 ist zu sehen, dass im Jahr 2002 in allen ostdeutschen Ländern die Menschen überwiegend nach Westdeutschland übergesiedelt sind. Dabei weisen die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt den vergleichsweise stärksten Verlust auf:

im o. a. Jahr verloren sie rd. 7 Menschen je 1 000 ihrer Bevölkerung in Richtung Westen (Abbildung B5).

Auch in allen Jahren zuvor verlief das Binnenwanderungsgeschehen der ostdeutschen Bundesländer fast ausschließlich in Richtung Westen, worauf hier nur auf das Land Sachsen-Anhalt näher eingegangen werden soll. Innerhalb der Jahre 1991 bis 2002 sind 333,7 Tausend Personen nach Sachsen-Anhalt zugewandert, darunter 206,4 Tausend aus Westdeutschland; dies sind 61,8% aller Zugezogenen. In der Mehrheit der einzelnen Jahre machte deren Anteil ebenfalls über 61% aus. Mit 56% lag dieser Anteil im Jahr 1991 noch am niedrigsten (Tabelle B2).

Tab. B2:Zugezogene in Sachsen-Anhalt nach dem Herkunftsgebiet, 1991 bis 2002

		Herkunftsgebiet: alte Bundesländer		neue Bundesländer		Berlin[1)]	
Jahr	Alle	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%
1991	21 925	12 276	56,0	8 505	38,8	1 144	5,2
1992	23 564	14 857	63,0	7 419	31,5	1 288	5,5
1993	26 990	17 287	64,0	8 276	30,7	1 427	5,3
1994	29 380	18 622	63,4	9 158	31,2	1 600	5,4
1995	31 213	19 356	62,0	10 174	32,6	1 683	5,4
1996	32 562	20 209	62,1	10 581	32,5	1 772	5,4
1997	29 732	17 841	60,0	10 152	34,1	1 739	5,8
1998	28 192	16 649	59,1	9 833	34,9	1 710	6,1
1999	27 116	16 521	60,9	8 967	33,1	1 628	6,0
2000	27 001	17 087	63,3	8 414	31,2	1 500	5,6
2001	27 621	17 336	62,8	8 763	31,7	1 522	5,5
2002	28 525	18 319	64,2	8 509	29,8	1 697	5,9
Insg.	333 821	206 360	61,8	108 751	32,6	18 710	5,6

1) Seit 2000 wird Berlin nicht mehr nach Ost- und Westberlin gesondert ausgewiesen.
Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Anhand der Tabelle B2a wird deutlich, dass in allen Jahren, 1991 bis 2002, die Menschen aus Sachsen-Anhalt überwiegend in den Westen gezogen sind: Insgesamt sind in den Jahren 1991 bis 2002 534 Tausend Menschen aus dem Land Sachsen-Anhalt in andere Bun-

desländer und nach Berlin gezogen, davon allein 384,9 Tausend bzw. 72,1% nach Westdeutschland. Im Jahr 1991 war dieser Anteil mit 80,4% am höchsten (Tabelle B2a).

Tab. B2a: Fortgezogene in Sachsen-Anhalt nach dem Zielgebiet, 1991 bis 2002

		Zielgebiet:					
		alte Bundesländer		neue Bundesländer		Berlin[1)]	
Jahr	Alle	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%
1991	58 632	47 112	80,4	9 185	15,7	2 335	4,0
1992	43 028	33 251	77,3	7 797	18,1	1 980	4,6
1993	36 875	27 289	74,0	7 775	21,1	1 811	4,9
1994	37 930	27 359	72,1	8 570	22,6	2 001	5,3
1995	39 012	27 360	70,1	9 589	24,6	2 063	5,3
1996	38 281	25 511	66,6	10 567	27,6	2 203	5,8
1997	38 304	24 921	65,1	10 966	28,6	2 417	6,3
1998	41 587	27 682	66,6	11 163	26,8	2 742	6,6
1999	44 443	30 886	69,5	11 077	24,9	2 480	5,6
2000	50 627	36 497	72,1	11 308	22,3	2 822	5,6
2001	54 922	40 649	74,0	11 382	20,7	2 891	5,3
2002	50 360	36 406	72,3	10 919	21,7	3 035	6,0
Insg.	534 001	384 923	72,1	120 298	22,5	28 780	5,4

Fußnote und Datenquelle - siehe Tabelle 2

Entscheidend für den Bevölkerungsbestand ist die Frage, ob Sachsen-Anhalt durch Wanderungen Menschen dazu gewonnen oder verloren hat.

Tab.2. 2b: Binnenwanderungen nach Herkunfts- und Zielgebiet in Sachsen-Anhalt, 1991 bis 2002 - Wanderungssaldo in +/- Personen -

		Herkunfts-/Zielgebiet:		
Jahr	Alle	Westen	Osten	Berlin[1)]
1991	-36 707	-34 836	-680	-1 191
1992	-19 464	-18 394	-378	-692
1993	-9 885	-10 002	501	-384
1994	-8 550	-8 737	588	-401
1995	-7 799	-8 004	585	-380
1996	-5 719	-5 302	14	-431
1997	-8 572	-7 080	-814	-678
1998	-13 395	-11 033	-1 330	-1 032
1999	-17 327	-14 365	-2 110	-852
2000	-23 626	-19 410	-2 894	-1 322
2001	-27 301	-23 313	-2 619	-1 369
2002	-21 835	-18 087	-2 410	-1 338
Insg.	-200 180	-178 563	-11 547	-10 070

Fußnote und Datenquelle - siehe Tabelle 2

Betrachtet man die Daten in Tabelle B2b, so muss man feststellen, dass Sachsen-Anhalt insgesamt in allen Jahren Wanderungsverluste zu verzeichnen hat. Nur in den Jahren 1993 bis 1996 waren mehr Menschen aus anderen ostdeutschen Ländern zu- als weggezogen. Doch sind diese Gewinne durch Wanderungsverluste in Richtung Westen und Berlin kompensiert worden (vgl. Tabelle B2b). Innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes hat Sachsen-Anhalt 200,2 Tausend Menschen durch Abwanderungen verloren. Davon siedelten 178,6 Tausend Menschen in die alten Bundesländer über; und dies sind allein 89,2% des gesamten Wanderungsverlustes der Jahre 1991 bis 2002 (Tabelle B2b).

Da sich das Binnenwanderungsgeschehen Sachsen-Anhalts, und auch der übrigen ostdeutschen Länder, fast ausschließlich in Richtung der westdeutschen Länder vollzieht, möchte ich mich im folgenden weitestgehend auf die Analyse dieser Wanderungsprozesse beschränken.

Betrachtet man die Binnenwanderungsströme der ostdeutschen Länder in Richtung Westen im letzten Berichtsjahr 2002, so waren der Freistaat Bayern und das Land Baden-Württemberg für Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Hauptziele der Ausgewanderten; für Mecklenburg-Vorpommern waren es, und dies ist wegen der räumlichen Nähe nicht weiter verwunderlich, Schleswig-Holstein und der Stadtstaat Hamburg. Sachsen hatte z.B. allein über zwei Drittel seines gesamten Wanderungsverlustes in Richtung Westen an Bayern und Baden-Württemberg zu verbuchen; in Sachsen-Anhalt betrug dieser Anteil 45,5% (Tabelle B3).

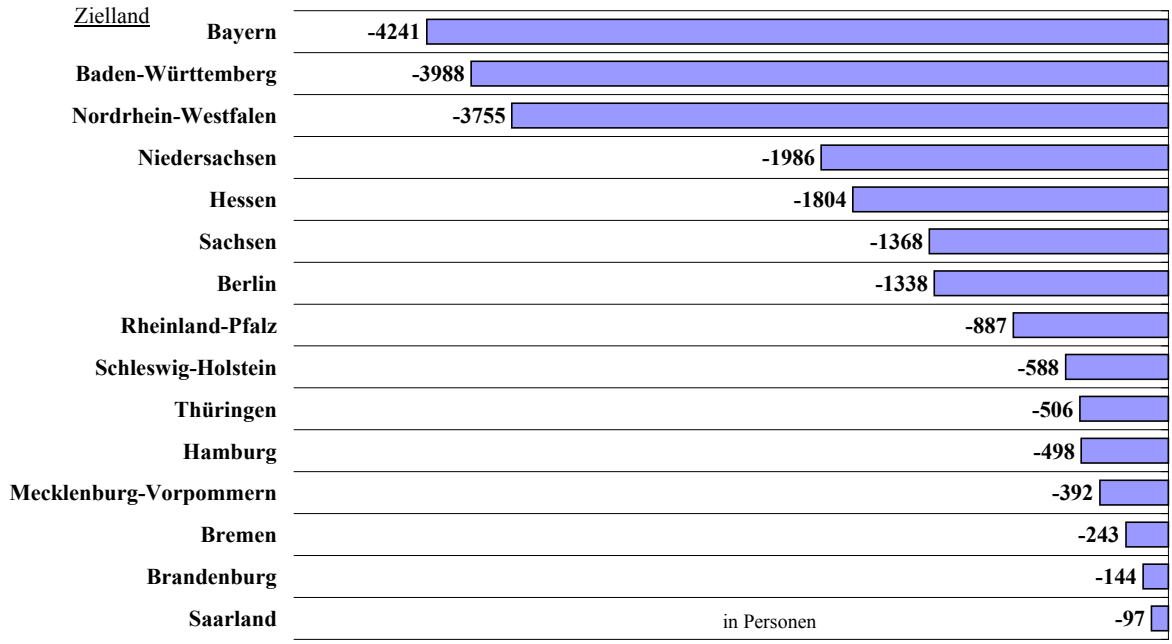
Tab. B3: Binnenwanderungsverluste der ostdeutschen Länder in Richtung Westen, 2002 - Anteil der Zielländer am Wanderungsverlust

	Brandenburg		**Mecklenburg- Vorpommern**		**Sachsen**		**Sachsen-Anhalt**		**Thüringen**	
Verlust in Personen	-15 066		-12 875		-27 995		-18 087		-13 637	
Zielland:	Anteil	R.	Anteil	R.	Anteil	R.	Anteil	R.	Anteil	R.
Schleswig-Holstein	7,4	**5.**	25,8	**2.**	1,4	**7.**	3,3	**7.**	2,2	**6.**
Hamburg	5,7	**6.**	29,1	**1.**	2,1	**6.**	2,8	**8.**	1,4	**7.**
Niedersachsen[1)]	(+1 053)	**-**	2,6	**9.**	(+4 101)	**-**	11,0	**4.**	(+1 682)	**-**
Bremen	1,6	**8.**	3,1	**7.**	0,6	**8.**	1,3	**9.**	0,8	**8.**
Nordrhein-Westfalen	17,6	**3.**	10,7	**4.**	13,8	**3.**	20,8	**3.**	13,2	**4.**
Hessen	9,7	**4.**	4,2	**6.**	9,3	**4.**	10,0	**5.**	18,2	**3.**
Rheinland-Pfalz	5,6	**7.**	2,8	**8.**	5,1	**5.**	4,9	**6.**	5,5	**5.**
Baden-Württemberg	27,7	**1.**	11,4	**3.**	30,8	**2.**	22,0	**2.**	26,7	**2.**
Bayern	24,1	**2.**	9,7	**5.**	36,5	**1.**	23,4	**1.**	31,6	**1.**
Saarland	0,7	**9.**	0,4	**10.**	0,5	**9.**	0,5	**10.**	0,4	**9.**

1) In den Ländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen war ein Wanderungsplus aus Niedersachsen zu verzeichnen.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Abbildung B6 zeigt die absoluten Binnenwanderungsverluste des Landes Sachsen-Anhalt nach allen Zielländern im Jahr 2002 auf. Es wird nochmals deutlich, dass dieses Land die stärksten Verluste in Richtung Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen hat. So hat Sachsen-Anhalt im o.a. Jahr an diese Länder, zusammengenommen, rd. 12 Tausend Menschen verloren. Zu vermerken ist zudem, dass von allen ostdeutschen Ländern Sachsen am stärksten von seinem benachbarten Land Sachsen-Anhalt „profitiert" hat, d.h. Sachsen-Anhalt verlor im Jahr 2002 an Sachsen 1,4 Tausend, an Brandenburg z.B. dagegen nur 144 Menschen (Abbildung B6).

Abb. B6: Binnenwanderungsverluste des Landes Sachsen-Anhalt nach Zielländern, 2002



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Hinsichtlich der jährlichen Entwicklung der Zu- und Fortzüge sowie der Wanderungssalden nach Ziel- und Herkunftsländern ergibt sich für Sachsen-Anhalt folgendes (hier konzentriere ich mich nur auf die Binnenwanderungsströme aus bzw. nach den westlichen Bundesländern).

In den Jahren 1991 bis 1993 kam knapp ein Drittel und im Jahr 2000 die Hälfte aller nach Sachsen-Anhalt Zugewanderten aus Niedersachsen; in der Summe der Jahre 1991 bis 2002 waren es 88,3 Tausend Menschen bzw. 42,8% aller Zuzüge aus den alten Bundesländern. Relativ viele, aber deutlich weniger, Zuzüge hat Sachsen-Anhalt zudem aus Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg zu verzeichnen. Die geringsten Zuströme erfolg-

ten aus Bremen und dem Saarland: deren Anteil an den Zuwanderern machte (bis auf wenige Ausnahmen) in allen Jahren nicht ein Prozent aus (Tabelle B4 und Abbildung B7).

Dies trifft ebenso für die Fortzüge aus Sachsen-Anhalt zu. Auch hier ist Niedersachsen das Hauptzielland: In der Mehrheit der Jahre zog rd. ein Drittel aller Abwanderer nach Niedersachsen, insgesamt waren es 123,2 Tausend Personen. Somit verlor Sachsen-Anhalt innerhalb des Zeitraums 1991 bis 2002 an dieses Land 34,9 Tausend seiner Bevölkerung.

Tab. B4: Zugezogene in Sachsen-Anhalt nach dem Herkunftsland, 1991 bis 2002

	Baden-Württemberg		Bayern		Bremen		Hamburg		Hessen		Niedersachsen		Nordrhein-Westfalen		Rheinland-		Saarland		Schleswig-Holstein	
Jahr	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%
1991	1 810	14,7	1 919	15,6	102	0,8	186	1,5	870	7,1	3 936	32,1	2 399	19,5	657	5,4	113	0,9	284	2,3
1992	2 002	13,5	2 125	14,3	171	1,2	262	1,8	1 079	7,3	4 794	32,3	3 148	21,2	642	4,3	136	0,9	498	3,4
1993	2 139	12,4	2 479	14,3	143	0,8	318	1,8	1 243	7,2	5 548	32,1	3 878	22,4	748	4,3	197	1,1	594	3,4
1994	2 134	11,5	2 164	11,6	171	0,9	309	1,7	1 330	7,1	6 894	37,0	3 906	21,0	852	4,6	164	0,9	698	3,7
1995	2 070	10,7	2 081	10,8	183	0,9	294	1,5	1 270	6,6	7 802	40,3	3 802	19,6	695	3,6	154	0,8	1 005	5,2
1996	1 995	9,8	1 941	9,6	159	0,8	362	1,8	1 247	6,1	9 733	47,9	3 528	17,4	614	3,0	145	0,7	575	2,8
1997	1 761	9,9	1 800	10,1	177	1,0	351	2,0	1 151	6,5	8 507	47,7	2 802	15,7	622	3,5	142	0,8	528	3,0
1998	1 801	10,8	1 818	10,9	139	0,8	313	1,9	1 099	6,6	7 425	44,6	2 753	16,5	607	3,6	93	0,6	601	3,6
1999	1 634	9,9	1 730	10,5	159	1,0	332	2,0	1 012	6,1	7 948	48,1	2 582	15,6	515	3,1	81	0,5	528	3,2
2000	1 603	9,4	1 757	10,3	134	0,8	340	2,0	993	5,8	8 570	50,2	2 498	14,6	583	3,4	84	0,5	525	3,1
2001	1 611	9,3	2 026	11,7	138	0,8	346	2,0	1 056	6,1	8 563	49,4	2 459	14,2	559	3,2	86	0,5	492	2,8
2002	1 841	10,0	2 394	13,1	134	0,7	336	1,8	1 114	6,1	8 586	46,9	2 656	14,5	585	3,2	73	0,4	600	3,3
Insg.	22 401	10,9	24 234	11,7	1 810	0,9	3 749	1,8	13 464	6,5	88 306	42,8	36 411	17,6	7 679	3,7	1 468	0,7	6 928	3,4

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt;
BiB, J. Roloff

Tab. B4a: Fortgezogene in Sachsen-Anhalt nach dem Zielland, 1991 bis 2002

	Baden-Württemberg		Bayern		Bremen		Hamburg		Hessen		Niedersachsen		Nordrhein-Westfalen		Rheinland-Pfalz		Saarland		Schleswig-Holstein	
Jahr	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%
1991	6 809	14,5	7 082	15,0	432	0,9	609	1,3	3 659	7,8	14 742	31,3	9 887	21,0	2 582	5,5	240	0,5	1 070	2,3
1992	4 665	14,0	4 702	14,1	311	0,9	471	1,4	2 711	8,2	10 991	33,1	6 653	20,0	1 719	5,2	201	0,6	827	2,5
1993	3 207	11,8	3 635	13,3	380	1,4	442	1,6	2 219	8,1	9 363	34,3	5 664	20,8	1 458	5,3	145	0,5	776	2,8
1994	3 216	11,8	3 378	12,3	351	1,3	471	1,7	2 147	7,8	9 986	36,5	5 464	20,0	1 428	5,2	140	0,5	778	2,8
1995	3 087	11,3	3 651	13,3	272	1,0	469	1,7	2 178	8,0	9 835	35,9	5 464	20,0	1 258	4,6	187	0,7	959	3,5
1996	3 080	12,1	3 545	13,9	322	1,3	547	2,1	1 937	7,6	8 628	33,8	5 453	21,4	866	3,4	170	0,7	963	3,8
1997	3 016	12,1	3 554	14,3	345	1,4	688	2,8	2 027	8,1	8 748	35,1	5 031	20,2	404	1,6	142	0,6	966	3,9
1998	3 605	13,0	4 399	15,9	282	1,0	654	2,4	2 119	7,7	9 176	33,1	5 483	19,8	856	3,1	152	0,5	956	3,5
1999	4 285	13,9	5 403	17,5	324	1,0	669	2,2	2 416	7,8	9 676	31,3	5 773	18,7	1 248	4,0	108	0,3	984	3,2
2000	5 746	15,7	6 831	18,7	350	1,0	784	2,1	2 863	7,8	10 743	29,4	6 402	17,5	1 543	4,2	153	0,4	1 082	3,0
2001	7 093	17,4	8 504	20,9	317	0,8	943	2,3	3 132	7,7	10 765	26,5	6 960	17,1	1 636	4,0	133	0,3	1 166	2,9
2002	5 829	16,0	6 635	18,2	377	1,0	834	2,3	2 918	8,0	10 572	29,0	6 411	17,6	1 472	4,0	170	0,5	1 188	3,3
Insg.	53 638	13,9	61 319	15,9	4 063	1,1	7 581	2,0	30 326	7,9	123 225	32,0	74 645	19,4	16 470	4,3	1 941	0,5	11 715	3,0

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt;
BiB, J. Roloff

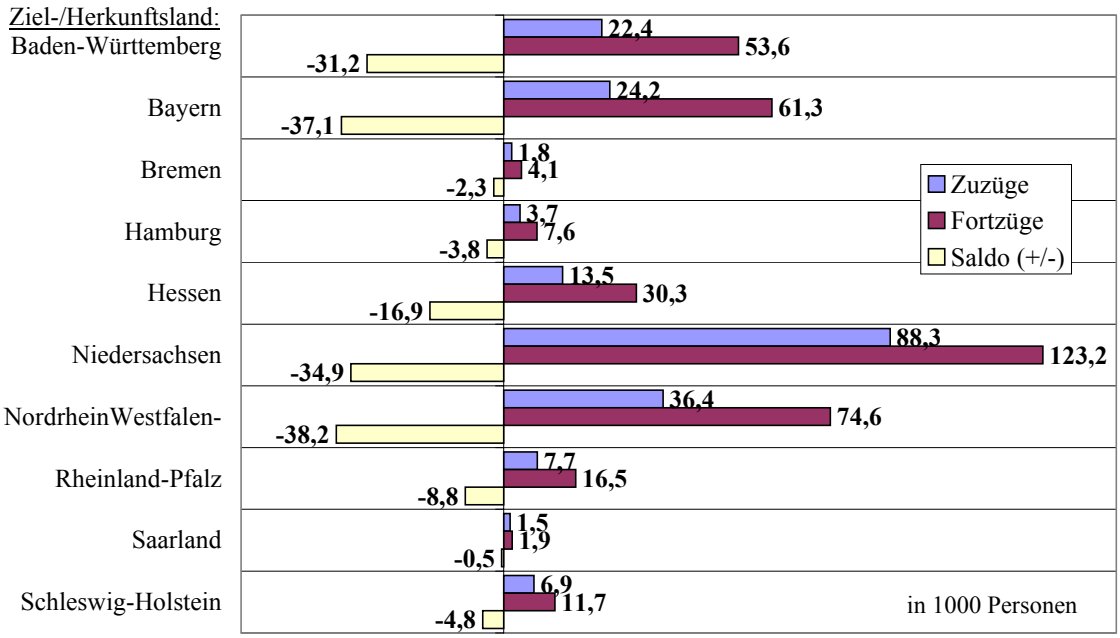
Tab. B4b: Binnenwanderungen in Sachsen-Anhalt nach Herkunfts- und Zielländern, 1991 bis 2002 - Wanderungssaldo in +/- Personen -

	Baden-Württemberg		Bayern		Bremen		Hamburg		Hessen		Niedersachsen		Nordrhein-Westfalen		Rheinland-Pfalz		Saarland		Schleswig-Holstein	
Jahr	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%
1991	-4 999	14,4	-5 163	14,8	-330	0,9	-423	1,2	-2 789	8,0	-10 806	31,0	-7 488	21,5	-1 925	5,5	-127	0,4	-786	2,3
1992	-2 663	14,5	-2 577	14,0	-140	0,8	-209	1,1	-1 632	8,9	-6 197	33,7	-3 505	19,1	-1 077	5,9	-65	0,4	-329	1,8
1993	-1 068	10,7	-1 156	11,6	-237	2,4	-124	1,2	-976	9,8	-3 815	38,1	-1 786	17,9	-710	7,1	52	-0,5	-182	1,8
1994	-1 082	12,4	-1 214	13,9	-180	2,1	-162	1,9	-817	9,4	-3 092	35,4	-1 558	17,8	-576	6,6	24	-0,3	-80	0,9
1995	-1 017	12,7	-1 570	19,6	-89	1,1	-175	2,2	-908	11,3	-2 033	25,4	-1 662	20,8	-563	7,0	-33	0,4	46	-0,6
1996	-1 085	20,8	-1 604	30,8	-163	3,1	-185	3,5	-690	13,2	1 105	-21,2	-1 925	36,9	-252	4,8	-25	0,5	-388	7,4
1997	-1 255	17,7	-1 754	24,8	-168	2,4	-337	4,8	-876	12,4	-241	3,4	-2 229	31,5	218	-3,1	0	0,0	-438	6,2
1998	-1 804	16,4	-2 581	23,4	-143	1,3	-341	3,1	-1 020	9,2	-1 751	15,9	-2 730	24,7	-249	2,3	-59	0,5	-355	3,2
1999	-2 651	18,5	-3 673	25,6	-165	1,1	-337	2,3	-1 404	9,8	-1 728	12,0	-3 191	22,2	-733	5,1	-27	0,2	-456	3,2
2000	-4 143	21,3	-5 074	26,1	-216	1,1	-444	2,3	-1 870	9,6	-2 173	11,2	-3 904	20,1	-960	4,9	-69	0,4	-557	2,9
2001	-5 482	23,5	-6 478	27,8	-179	0,8	-597	2,6	-2 076	8,9	-2 202	9,4	-4 501	19,3	-1 077	4,6	-47	0,2	-674	2,9
2002	-3 988	22,0	-4 241	23,4	-243	1,3	-498	2,8	-1 804	10,0	-1 986	11,0	-3 755	20,8	-887	4,9	-97	0,5	-588	3,3
Insg.	-31 237	17,5	-37 085	20,8	-2 253	1,3	-3 832	2,1	-16 862	9,4	-34 919	19,6	-38 234	21,4	-8 791	4,9	-473	0,3	-4 787	2,7

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt;
BiB, J. Roloff

Jedoch ist Niedersachsen hiermit nicht der Gesamtgewinner; die Wanderungsgewinne Nordrhein-Westfalens aus Sachsen-Anhalt liegen mit 38,2 Tausend und die Bayerns mit 37,1 Tausend um Einiges darüber (Tabellen B4a, B4b und Abbildung B7).

Abb. B7: Binnenwanderungsgeschehen in Sachsen-Anhalt nach westdeutschen Herkunfts- und Zielländern in der Summe der Jahre 1991 bis 2002



Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

Betrachtet man unter diesem Aspekt die einzelnen Jahre, so kann man feststellen, dass Niedersachsen nur bis 1996 (in diesem Jahr hatte Sachsen-Anhalt sogar ein Wanderungsplus aus diesem Land zu verzeichnen) der Hauptbeteiligte am Binnenwanderungsgeschehen Sachsen-Anhalts war. In den Folgejahren waren es Nordrhein-Westfalen, Bayern und zudem Baden-Württemberg, wohin mehr Menschen aus Sachsen-Anhalt wegzogen als aus diesen Ländern Menschen nach Sachsen-Anhalt zuzogen (Tabellen B4 bis B4b und Abbildung B7). In der Summe der Jahre 1991 bis 2002 hat Sachsen-Anhalt an alle o. a. vier Länder 141,5 Tausend Menschen verloren; auf 1 000 seiner Einwohner bezogen sind dies rd. 56 Menschen oder rd. 6%.

B 2.3 Binnenwanderungen von Frauen und Männern

Es stellt sich auch die Frage, wer in welchem Alter, in den Westen gezogen ist und wie sich das Verhältnis zwischen Männern und Frauen zahlenmäßig gestaltet. Zuerst soll Augenmerk auf die Binnenwanderungen von Frauen und Männern gerichtet werden. Die Daten in Tabelle B5 zeigen eindeutig, dass in allen Neuen Ländern, bis auf wenige Ausnahmen, mehr Frauen als Männer am Wanderungsgeschehen beteiligt sind. Nur im Land Brandenburg zo-

gen mehr Männer von bzw. in andere ostdeutsche Länder und von bzw. nach Berlin; in Sachsen trifft dies für die Wanderungen von und nach Ostdeutschland zu (vgl. Tabelle B5).

Ausschließlich alle ostdeutschen Ländern haben mehr Frauen als Männer durch Abwanderungen in Richtung Westdeutschland verloren: So hatte z.B. Sachsen in der Summe der Jahre 1991 bis 2002 ein Wanderungsminus in Richtung alte Bundesländer von 95,3 Tausend Männern, dagegen, wesentlich mehr, von 149,6 Tausend Frauen. Auf 1 000 aller Männer bzw. 1 000 aller Frauen im Land Sachsen bezogen sind dies rd. 45 Männer bzw. rd. 67 Frauen. Aus dem Land Sachsen-Anhalt siedelten innerhalb o. a. Jahre 82,5 Tausend Männer und 114 Tausend Frauen nach Westdeutschland über. Relativ gesehen, und dies zeigt auch Abbildung B8 ganz deutlich, weist damit dieses Land die im Vergleich zu den übrigen Neuen Ländern höchsten Wanderungsverluste in Richtung Westen und dies bei beiden Geschlechtern auf: -66,5 je 1 000 Männer und -87,2 je 1 000 Frauen. Dem folgt das Land Mecklenburg-Vorpommern mit einem Wanderungsverlust von 60,9 ‰ der Männer und 84,1 ‰ der Frauen (Tabelle B5 und Abbildung B8).

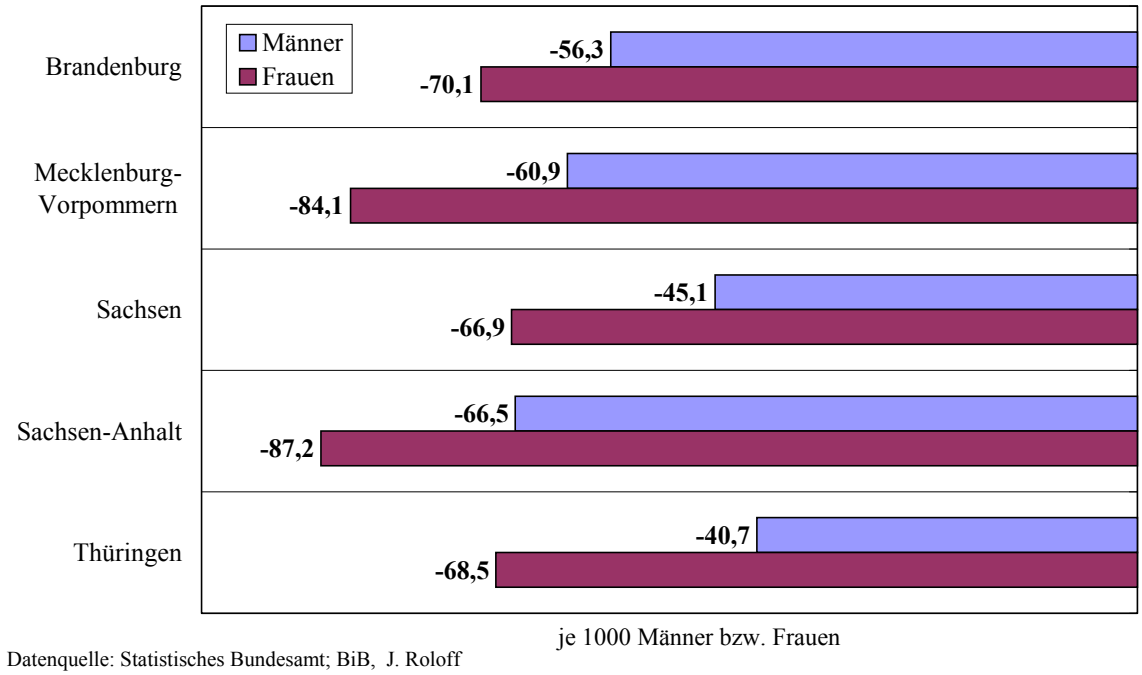
Tab. B5: Binnenwanderungsströme von Frauen und Männern in den Neuen Bundesländern - Wanderungssalden in der Summe der Jahre 1991 bis 2002

	Männer		Frauen	
Brandenburg	in +/- Pers.	je 1000 Ew.[1)]	in +/- Pers.	je 1000 Ew.[1)]
von/nach Westdeutschland	-71 826	-56,3	-91 613	-70,1
von/nach Ostdeutschland	-7 417	-5,8	-3 568	-2,7
von/nach Berlin	90 767	71,1	81 980	62,8
Insgesamt	11 524	9,0	-13 201	-10,1
Mecklenburg-Vorpommern				
von/nach Westdeutschland	-52 613	-60,9	-74 052	-84,1
von/nach Ostdeutschland	2 770	3,2	4 896	5,6
von/nach Berlin	-4 514	-5,2	-6 859	-7,8
Insgesamt	-54 357	-62,9	-76 015	-86,3
Sachsen				
von/nach Westdeutschland	-95 302	-45,1	-149 564	-66,9
von/nach Ostdeutschland	8 606	4,1	3 993	1,8
von/nach Berlin	-4 936	-2,3	-8 132	-3,6
Insgesamt	-91 632	-43,4	-153 703	-68,7
Sachsen-Anhalt				
von/nach Westdeutschland	-82 548	-66,5	-114 012	-87,2
von/nach Ostdeutschland	-5 233	-4,2	-8 274	-6,3
von/nach Berlin	-5 155	-4,2	-6 253	-4,8
Insgesamt	-92 936	-74,8	-128 539	-98,3
Thüringen				
von/nach Westdeutschland	-47 756	-40,7	-83 473	-68,5
von/nach Ostdeutschland	1 255	1,1	2 748	2,3
von/nach Berlin	-1 325	-1,1	-2 424	-2,0
Insgesamt	-47 826	-40,7	-83 149	-68,3

1) Gesamtbevölkerung - Frauen bzw. Männer

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Abb. B8: Wanderungsverluste je 1000 Männer/Frauen der Neuen Länder in Richtung Westdeutschland in der Summe der Jahre 1991 bis 2002



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

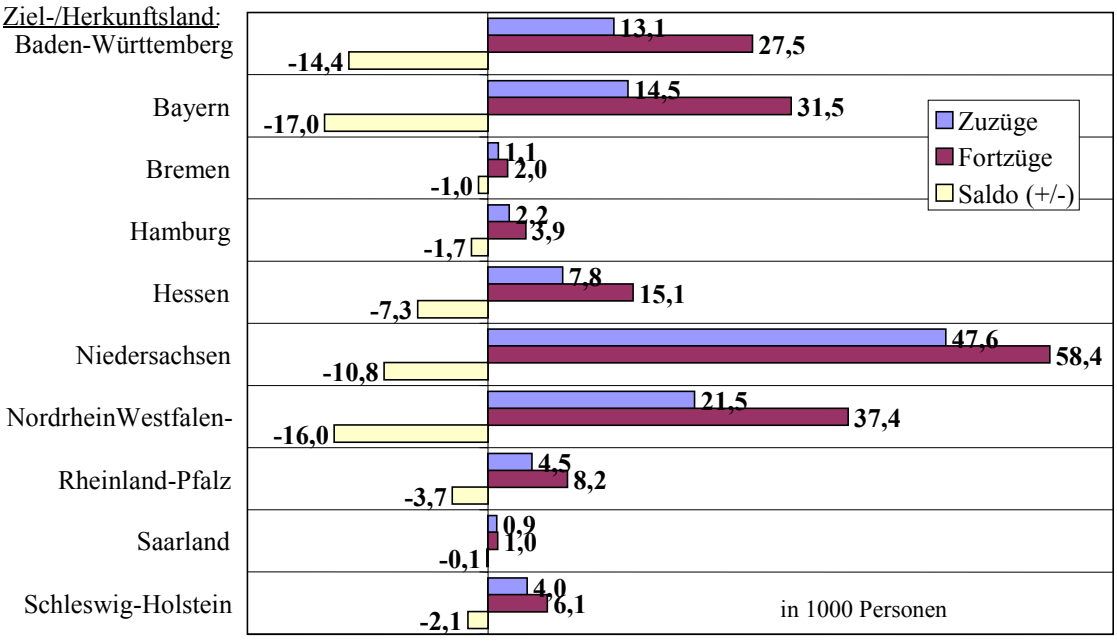
Betrachtet man nun etwas näher das Binnenwanderungsgeschehen von Frauen und Männern des Landes Sachsen-Anhalt in Richtung alte Bundesländer, so ergibt sich folgendes:

1. Zuzüge: In allen Untersuchungsjahren kamen aus dem Land Niedersachsen die meisten Männer und Frauen nach Sachsen-Anhalt. Z. B. betrug im Jahr 2000 deren Anteil an allen zugezogenen Frauen 52% und an allen zugezogenen Männern 48,4% und, innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes 1991 bis 2002, bei den Frauen 45,6% bzw. bei den Männern 40,6% (vgl. Tabellen B6 und B6a). Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen liegen die Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg als „Hauptbeteiligte“ an den Zuzügen nach Sachsen-Anhalt an 2. bis 4. Stelle. Die „Schlusslichter“ bilden hier die Hansestadt Bremen und das Saarland; deren Anteil an den Zuzügen von Männern und Frauen macht im Schnitt aller Jahre kein Prozent aus. Dies bestätigt die allgemein bekannte Tatsache, dass Zu- bzw. Fortzüge bevorzugt aus bzw. in benachbarte Regionen/Länder erfolgen.

In allen Jahren kamen, und dies trifft für alle westlichen Herkunftsländer zu, ausschließlich mehr Männer als Frauen nach Sachsen-Anhalt – und dies auffällig in den ersten Untersuchungsjahren 1991 bis 1994. Z.B. siedelten im Jahr 1991 aus Bayern 1 413 Männer, dagegen nur 506 Frauen nach Sachsen-Anhalt über. Oder anders ausgedrückt: auf 100 der im Jahr 1991 aus Bayern nach Sachsen-Anhalt zugezogenen Männer entfielen rd. 36 weibliche Zuzüge. In der Summe der Jahre 1991 bis 2002 hatte Sachsen-Anhalt aus diesem Bundes-

land 14,5 Tausend männliche Zuzüge und 9,7 Tauend weibliche Zuzüge zu verzeichnen. Oder, nimmt man eines der weniger beteiligten Herkunftsländer, z.B. Hamburg, so zogen innerhalb o. a. Zeitraumes 2 206 Männer, dagegen nur 1 543 Frauen von dort nach Sachsen-Anhalt. Im Vergleich dazu kamen in den Jahren 1991 bis 2002 aus Niedersachsen allein 47,6 Tausend Männer und 40,7 Tausend Frauen nach Sachsen-Anhalt; der „Männerüberschuss“ macht somit rd. 117 Männer je 100 Frauen aus (Tabellen B6 und B6a sowie Abbildungen B9 und B9a).

Abb. B9: Binnenwanderungsgeschehen der Männer in Sachsen-Anhalt nach westdeutschen Herkunfts- und Zielländern in der Summe der Jahre 1991 bis 2002



Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

2. Fortzüge: Die Hauptherkunftsländer für Sachsen-Anhalt sind auch dessen Hauptzielländer. D.h. aus Sachsen-Anhalt wandern sowohl die Männer als auch die Frauen hauptsächlich nach Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg ab. So betrug z.B. im Jahr 1995 der Anteil der Männer, die in das Land Niedersachsen zogen, an der Gesamtzahl der in diesem Jahr abgewanderten Männer 34%; bei den Frauen waren es 37,8%. Über den gesamten Zeitraum 1991/2002 hinweg betrachtet zogen von 100 der Männer aus Sachsen-Anhalt rd. 31 nach Niedersachsen, 20 nach Nordrhein-Westfalen, 17 nach Bayern und 14 nach Baden-Württemberg; von 100 der weggezogenen Frauen waren es in dieser Reihenfolge der Zielländer: rd. 34, 19, 15 und 14 (vgl. Tabellen B7 und B7a).

Tab. B6: Zugezogene Männer nach Sachsen-Anhalt nach dem Herkunftsland, 1991 bis 2002

	Baden-Württemberg		Bayern		Bremen		Hamburg		Hessen		Niedersachsen		Nordrhein-Westfalen		Rheinland-Pfalz		Saarland		Schleswig-Holstein	
Jahr	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%
1991	1 301	15,1	1 413	16,4	72	0,8	141	1,6	595	6,9	2 743	31,8	1 665	19,3	434	5,0	78	0,9	195	2,3
1992	1 381	13,9	1 470	14,8	113	1,1	178	1,8	696	7,0	3 123	31,5	2 142	21,6	416	4,2	75	0,8	327	3,3
1993	1 370	12,7	1 583	14,6	94	0,9	197	1,8	784	7,2	3 383	31,3	2 429	22,4	480	4,4	121	1,1	382	3,5
1994	1 255	11,5	1 337	12,3	95	0,9	182	1,7	792	7,3	3 923	36,0	2 303	21,1	532	4,9	111	1,0	381	3,5
1995	1 150	10,6	1 223	11,2	107	1,0	164	1,5	753	6,9	4 241	38,9	2 216	20,4	388	3,6	84	0,8	563	5,2
1996	1 092	9,8	1 117	10,0	91	0,8	217	2,0	701	6,3	5 096	45,8	2 019	18,2	366	3,3	87	0,8	336	3,0
1997	927	9,7	1 034	10,8	95	1,0	211	2,2	651	6,8	4 315	45,1	1 589	16,6	347	3,6	78	0,8	323	3,4
1998	941	10,6	1 022	11,5	76	0,9	180	2,0	590	6,6	3 785	42,5	1 585	17,8	309	3,5	59	0,7	359	4,0
1999	860	9,9	960	11,0	88	1,0	182	2,1	546	6,3	4 028	46,3	1 402	16,1	296	3,4	51	0,6	285	3,3
2000	839	9,5	963	10,9	76	0,9	179	2,0	510	5,8	4 289	48,4	1 351	15,2	311	3,5	50	0,6	292	3,3
2001	895	9,8	1 137	12,5	72	0,8	176	1,9	566	6,2	4 294	47,1	1 338	14,7	319	3,5	45	0,5	274	3,0
2002	1 052	10,9	1 264	13,1	75	0,8	199	2,1	579	6,0	4 366	45,1	1 421	14,7	343	3,5	41	0,4	331	3,4
Insg.	13 063	11,2	14 523	12,4	1 054	0,9	2 206	1,9	7 763	6,6	47 586	40,6	21 460	18,3	4 541	3,9	880	0,8	4 048	3,5

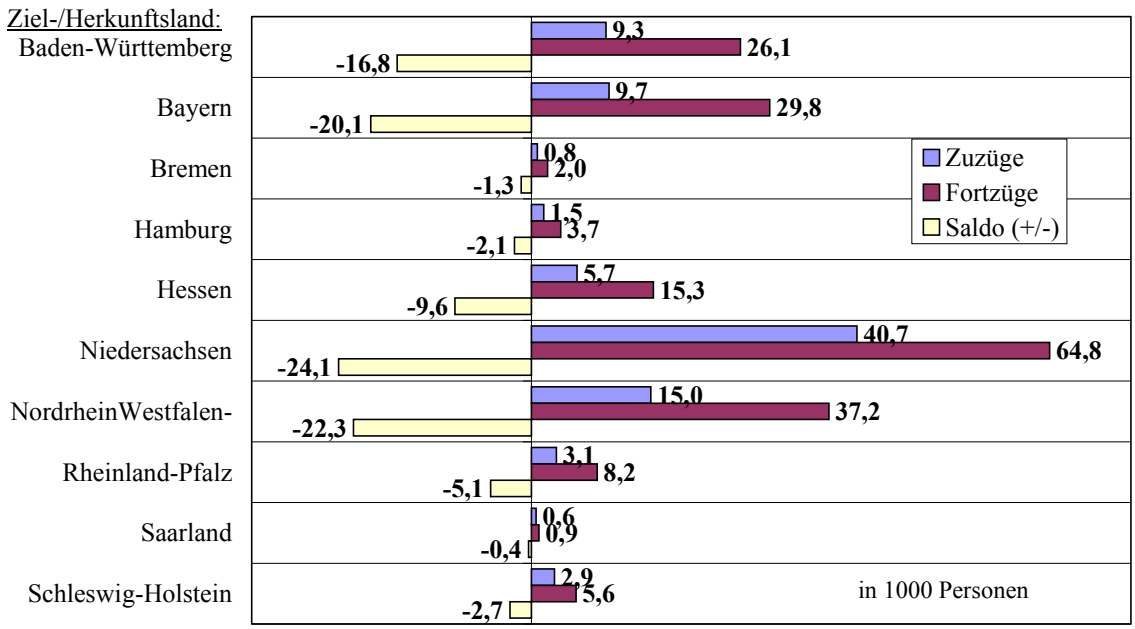
Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Tab. B6a: Zugezogene Frauen nach Sachsen-Anhalt nach dem Herkunftsland, 1991 bis 2002

	Baden-Württemberg		Bayern		Bremen		Hamburg		Hessen		Niedersachsen		Nordrhein-Westfalen		Rheinland-Pfalz		Saarland		Schleswig-Holstein	
Jahr	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%
1991	509	14,0	506	13,9	30	0,8	45	1,2	275	7,6	1 193	32,8	734	20,2	223	6,1	35	1,0	89	2,4
1992	621	12,6	655	13,3	58	1,2	84	1,7	383	7,8	1 671	33,9	1 006	20,4	226	4,6	61	1,2	171	3,5
1993	769	11,9	896	13,9	49	0,8	121	1,9	459	7,1	2 165	33,5	1 449	22,4	268	4,1	76	1,2	212	3,3
1994	879	11,4	827	10,7	76	1,0	127	1,6	538	7,0	2 971	38,5	1 603	20,8	320	4,1	53	0,7	317	4,1
1995	920	10,9	858	10,1	76	0,9	130	1,5	517	6,1	3 561	42,1	1 586	18,7	307	3,6	70	0,8	442	5,2
1996	903	9,8	824	9,0	68	0,7	145	1,6	546	5,9	4 637	50,5	1 509	16,4	248	2,7	58	0,6	239	2,6
1997	834	10,1	766	9,3	82	1,0	140	1,7	500	6,0	4 192	50,7	1 213	14,7	275	3,3	64	0,8	205	2,5
1998	860	11,1	796	10,3	63	0,8	133	1,7	509	6,6	3 640	47,0	1 168	15,1	298	3,8	34	0,4	242	3,1
1999	774	9,9	770	9,8	71	0,9	150	1,9	466	6,0	3 920	50,1	1 180	15,1	219	2,8	30	0,4	243	3,1
2000	764	9,3	794	9,7	58	0,7	161	2,0	483	5,9	4 281	52,0	1 147	13,9	272	3,3	34	0,4	233	2,8
2001	716	8,7	889	10,8	66	0,8	170	2,1	490	6,0	4 269	51,9	1 121	13,6	240	2,9	41	0,5	218	2,7
2002	789	9,1	1130	13,1	59	0,7	137	1,6	535	6,2	4 220	48,8	1 235	14,3	242	2,8	32	0,4	269	3,1
Insg.	9 338	10,5	9 711	10,9	756	0,8	1 543	1,7	5 701	6,4	40 720	45,6	14 951	16,7	3 138	3,5	588	0,7	2 880	3,2

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Abb. B9a: Binnenwanderungsgeschehen der Frauen in Sachsen-Anhalt nach westdeutschen Herkunfts- und Zielländern in der Summe der Jahre 1991 bis 2002



Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Doch im Gegensatz zu den Zuzügen wanderten nicht durchweg mehr Männer als Frauen ab. So sind, in der Summe der Jahre 1991 bis 2002 betrachtet, fast genauso viele Männer und Frauen aus Sachsen-Anhalt zum einen nach Bremen (2 033 bzw. 2 030) und zum anderen nach Rheinland-Pfalz (8 236 bzw. 8 234) gezogen. Hessen und insbesondere Niedersachsen waren dagegen eines von den Frauen eher bevorzugten Zielländer: Innerhalb der Jahre 1991 bis 2002 zogen 15,3 Tausend Frauen und, etwas weniger, 15,1 Tausend Männer nach Hessen; die weiblichen Fortzüge nach Niedersachsen machten insgesamt 64,8 Tausend, die der Männer „nur“ 58,4 Tausend aus. In Richtung der übrigen alten Bundesländern überwogen die männlichen Fortzüge. So wanderten innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes z.B. 31,5 Tausend Männer und, etwas weniger, 29,8 Tausend Frauen nach Bayern ab (vgl. Tabellen B7 und B7a sowie Abbildungen B9 und B9a).

3. Wanderungssalden: Entscheidend für ein Land/eine Region ist letztendlich, wie viele Menschen es innerhalb eines gegebenen Zeitraumes infolge von Wanderungsbewegungen gewonnen oder aber verloren hat. Bis auf wenige Ausnahmen sind von Sachsen-Anhalt seit 1991 (und hier in einem besonders starken Maße) bis 2002 mehr Männer und Frauen in die alten Bundesländer abgewandert als, umgekehrt, von dort nach Sachsen-Anhalt zuwanderten. Nur in den Jahren 1995, 1996 und 1997 hatte Sachsen-Anhalt aus einigen wenigen Ländern ein Wanderungsplus zu verzeichnen: 1995 = +56 Frauen aus Schleswig-Holstein, 1996 = +47 Frauen und (beachtliche) +1 058 Männer aus Niedersachsen, 1997 = +232

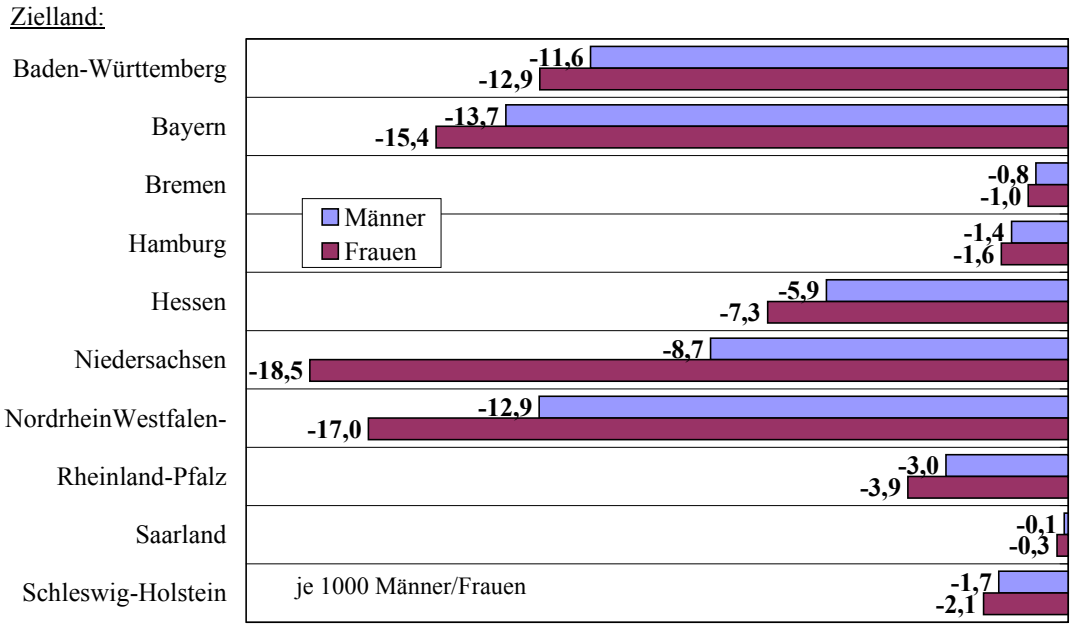
Männer ebenfalls aus Niedersachsen sowie +141 Männer und +77 Frauen aus Rheinland-Pfalz (vgl. Tabellen B8 und B8a).

Untersucht man, welches der alten Bundesländer am meisten an Zuwanderungen aus Sachsen-Anhalt gewonnen hat, so stellt sich dies zwischen den Geschlechtern prozentual unterschiedlich dar: Von 100 des Wanderungsverlustes Sachsen-Anhalts an Männern in den Jahren 1991 bis 2002 entfielen rd. 23 auf Bayern, 22 auf Nordrhein-Westfalen, 20 auf Baden-Württemberg und 15 auf Niedersachsen; je 100 der Wanderungsverluste an Frauen waren es rd. 23 für Niedersachsen, 21 für Nordrhein-Westfalen, 19 für Bayern und 16 für Baden-Württemberg.

Absolut gesehen hat Sachsen-Anhalt an alle westlichen Zielländer durchweg mehr Frauen als Männer verloren. In der Summe der Jahre 1991 bis 2002 hat es z.B. ein Wanderungsminus in Richtung Niedersachsen von 24,1 Tausend Frauen, dagegen von „nur“ 10,8 Tausend Männern zu verzeichnen. Und ein weiteres Beispiel: Nordrhein-Westfalen hat innerhalb o. a. Jahre 22,3 Tausend Frauen und 16 Tausend Männer durch Zuwanderung aus Sachsen-Anhalt gewonnen (vgl. Tabellen B8 und B8a sowie Abbildungen B9 und B9a).

Setzt man die Wanderungsverluste in Beziehung zur Gesamtzahl der in Sachsen-Anhalt lebenden Frauen und Männer, so werden die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Wanderungen noch deutlicher. So hat Sachsen-Anhalt z.B. an Niedersachsen seit 1991 je 1 000 seiner Frauen rd. 19, dagegen je 1 000 seiner Männer rd. 9 durch Abwanderungen verloren. Relativ groß ist dieser Abstand auch bei Nordrhein-Westfalen; bei diesem Land hat Sachsen-Anhalt ein Wanderungsminus von 17 ‰ der Frauen und 12,9 ‰ der Männer zu verzeichnen (Abbildung B10).

Abb. B10: Wanderungsverluste je 1000 Männer bzw. Frauen des Landes Sachsen-Anhalt in die alten Bundesländer, Summe der Jahre 1991 bis 2002



Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J.

Tab. B7: Weggezogene Männer aus Sachsen-Anhalt nach dem Zielland, 1991 bis 2002

	Baden-Württemberg		Bayern		Bremen		Hamburg		Hessen		Niedersachsen		Nordrhein-Westfalen		Rheinland-Pfalz		Saarland		Schleswig-Holstein	
Jahr	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%
1991	3 617	15,4	3 697	15,7	216	0,9	302	1,3	1 867	7,9	7 102	30,2	4 863	20,7	1 266	5,4	104	0,4	505	2,1
1992	2 370	14,5	2 409	14,7	162	1,0	218	1,3	1 346	8,2	5 194	31,7	3 325	20,3	844	5,2	107	0,7	410	2,5
1993	1 576	11,9	1 845	14,0	182	1,4	221	1,7	1 088	8,2	4 352	33,0	2 763	20,9	678	5,1	81	0,6	413	3,1
1994	1 593	12,1	1 681	12,8	168	1,3	239	1,8	1 049	8,0	4 631	35,1	2 635	20,0	698	5,3	79	0,6	403	3,1
1995	1 537	11,5	1 807	13,5	133	1,0	260	1,9	1 094	8,2	4 547	34,0	2 713	20,3	602	4,5	93	0,7	573	4,3
1996	1 531	12,0	1 809	14,2	168	1,3	311	2,4	954	7,5	4 038	31,8	2 806	22,1	438	3,4	91	0,7	569	4,5
1997	1 533	12,3	1 873	15,0	178	1,4	374	3,0	1 008	8,1	4 083	32,8	2 573	20,7	206	1,7	76	0,6	550	4,4
1998	1 847	13,2	2 292	16,4	158	1,1	363	2,6	1 022	7,3	4 396	31,5	2 878	20,6	418	3,0	73	0,5	505	3,6
1999	2 250	14,4	2 790	17,9	157	1,0	351	2,2	1 203	7,7	4 657	29,8	3 001	19,2	641	4,1	61	0,4	495	3,2
2000	2 968	16,2	3 544	19,3	155	0,8	409	2,2	1 440	7,9	5 141	28,1	3 255	17,8	773	4,2	80	0,4	559	3,1
2001	3 677	18,0	4 386	21,5	165	0,8	474	2,3	1 558	7,6	5 174	25,4	3 435	16,8	896	4,4	62	0,3	577	2,8
2002	2 996	16,5	3 378	18,6	191	1,1	394	2,2	1 438	7,9	5 073	28,0	3 193	17,6	776	4,3	91	0,5	585	3,2
Insg.	27 495	14,4	31 511	16,5	2 033	1,1	3 916	2,0	15 067	7,9	58 388	30,5	37 440	19,6	8 236	4,3	998	0,5	6 144	3,2

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Tab. B7a: Weggezogene Frauen aus Sachsen-Anhalt nach dem Zielland, 1991 bis 2002

	Baden-Württemberg		Bayern		Bremen		Hamburg		Hessen		Niedersachsen		Nordrhein-Westfalen		Rheinland-Pfalz		Saarland		Schleswig-Holstein	
Jahr	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%
1991	3 192	13,5	3 385	14,4	216	0,9	307	1,3	1 792	7,6	7 640	32,4	5 024	21,3	1 316	5,6	136	0,6	565	2,4
1992	2 295	13,6	2 293	13,6	149	0,9	253	1,5	1 365	8,1	5 797	34,4	3 328	19,7	875	5,2	94	0,6	417	2,5
1993	1 631	11,6	1 790	12,7	198	1,4	221	1,6	1 131	8,0	5 011	35,6	2 901	20,6	780	5,5	64	0,5	363	2,6
1994	1 623	11,4	1 697	12,0	183	1,3	232	1,6	1 098	7,7	5 355	37,8	2 829	19,9	730	5,1	61	0,4	375	2,6
1995	1 550	11,1	1 844	13,2	139	1,0	209	1,5	1 084	7,7	5 288	37,8	2 751	19,6	656	4,7	94	0,7	386	2,8
1996	1 549	12,1	1 736	13,6	154	1,2	236	1,8	983	7,7	4 590	35,9	2 647	20,7	428	3,3	79	0,6	394	3,1
1997	1 483	11,9	1 681	13,5	167	1,3	314	2,5	1 019	8,2	4 665	37,4	2 458	19,7	198	1,6	66	0,5	416	3,3
1998	1 758	12,8	2 107	15,3	124	0,9	291	2,1	1 097	8,0	4 780	34,8	2 605	19,0	438	3,2	79	0,6	451	3,3
1999	2 035	13,3	2 613	17,1	167	1,1	318	2,1	1 213	7,9	5 019	32,8	2 772	18,1	607	4,0	47	0,3	489	3,2
2000	2 778	15,3	3 287	18,1	195	1,1	375	2,1	1 423	7,8	5 602	30,8	3 147	17,3	770	4,2	73	0,4	523	2,9
2001	3 416	16,9	4 118	20,3	152	0,8	469	2,3	1 574	7,8	5 591	27,6	3 525	17,4	740	3,7	71	0,4	589	2,9
2002	2 833	15,5	3 257	17,8	186	1,0	440	2,4	1 480	8,1	5 499	30,1	3 218	17,6	696	3,8	79	0,4	603	3,3
Insg.	26 143	13,5	29 808	15,4	2 030	1,0	3 665	1,9	15 259	7,9	64 837	33,5	37 205	19,2	8 234	4,3	943	0,5	5 571	2,9

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Tab. B8: Wanderungsgewinne bzw. –verluste an Männern in Sachsen-Anhalt nach westlichen Herkunfts- und Zielländern, 1991 bis 2002

	Baden-Württemberg		Bayern		Bremen		Hamburg		Hessen		Niedersachsen		Nordrhein-Westfalen		Rheinland-Pfalz		Saarland		Schleswig-Holstein	
Jahr	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%
1991	-2 316	15,5	-2 284	15,3	-144	1,0	-161	1,1	-1 272	8,5	-4 359	29,3	-3 198	21,5	-832	5,6	-26	0,2	-310	2,1
1992	-989	15,3	-939	14,5	-49	0,8	-40	0,6	-650	10,1	-2 071	32,0	-1 183	18,3	-428	6,6	-32	0,5	-83	1,3
1993	-206	8,7	-262	11,0	-88	3,7	-24	1,0	-304	12,8	-969	40,8	-334	14,1	-198	8,3	40	-1,7	-31	1,3
1994	-338	14,9	-344	15,2	-73	3,2	-57	2,5	-257	11,3	-708	31,3	-332	14,7	-166	7,3	32	-1,4	-22	1,0
1995	-387	15,7	-584	23,6	-26	1,1	-96	3,9	-341	13,8	-306	12,4	-497	20,1	-214	8,7	-9	0,4	-10	0,4
1996	-439	27,6	-692	43,4	-77	4,8	-94	5,9	-253	15,9	1 058	-66,4	-787	49,4	-72	4,5	-4	0,3	-233	14,6
1997	-606	21,0	-839	29,1	-83	2,9	-163	5,7	-357	12,4	232	-8,0	-984	34,1	141	-4,9	2	-0,1	-227	7,9
1998	-906	18,0	-1 270	25,2	-82	1,6	-183	3,6	-432	8,6	-611	12,1	-1 293	25,6	-109	2,2	-14	0,3	-146	2,9
1999	-1 390	20,1	-1 830	26,5	-69	1,0	-169	2,4	-657	9,5	-629	9,1	-1 599	23,1	-345	5,0	-10	0,1	-210	3,0
2000	-2 129	22,5	-2 581	27,3	-79	0,8	-230	2,4	-930	9,8	-852	9,0	-1 904	20,1	-462	4,9	-30	0,3	-267	2,8
2001	-2 782	24,6	-3 249	28,8	-93	0,8	-298	2,6	-992	8,8	-880	7,8	-2 097	18,6	-577	5,1	-17	0,2	-303	2,7
2002	-1 944	23,0	-2 114	25,0	-116	1,4	-195	2,3	-859	10,2	-707	8,4	-1 772	21,0	-433	5,1	-50	0,6	-254	3,0
Insg.	-14 432	19,5	-16 988	22,9	-979	1,3	-1 710	2,3	-7 304	9,9	-10 802	14,6	-15 980	21,6	-3 695	5,0	-118	0,2	-2 096	2,8

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Tab. B8a: Wanderungsgewinne bzw. –verluste an Frauen in Sachsen-Anhalt nach westlichen Herkunfts- und Zielländern, 1991 bis 2002

	Baden-Württemberg		Bayern		Bremen		Hamburg		Hessen		Niedersachsen		Nordrhein-Westfalen		Rheinland-Pfalz		Saarland		Schleswig-Holstein	
Jahr	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%	Pers.	%
1991	-2 683	13,5	-2 879	14,4	-186	0,9	-262	1,3	-1 517	7,6	-6 447	32,3	-4 290	21,5	-1 093	5,5	-101	0,5	-476	2,4
1992	-1674	14,0	-1 638	13,7	-91	0,8	-169	1,4	-982	8,2	-4 126	34,6	-2 322	19,5	-649	5,4	-33	0,3	-246	2,1
1993	-862	11,3	-894	11,7	-149	2,0	-100	1,3	-672	8,8	-2 846	37,3	-1 452	19,0	-512	6,7	12	-0,2	-151	2,0
1994	-744	11,5	-870	13,4	-107	1,7	-105	1,6	-560	8,7	-2 384	36,8	-1 226	18,9	-410	6,3	-8	0,1	-58	0,9
1995	-630	11,4	-986	17,8	-63	1,1	-79	1,4	-567	10,2	-1 727	31,2	-1 165	21,1	-349	6,3	-24	0,4	56	-1,0
1996	-646	17,9	-912	25,2	-86	2,4	-91	2,5	-437	12,1	47	-1,3	-1 138	31,4	-180	5,0	-21	0,6	-155	4,3
1997	-649	15,5	-915	21,8	-85	2,0	-174	4,1	-519	12,4	-473	11,3	-1 245	29,7	77	-1,8	-2	0,0	-211	5,0
1998	-898	15,0	-1 311	21,9	-61	1,0	-158	2,6	-588	9,8	-1 140	19,0	-1 437	24,0	-140	2,3	-45	0,8	-209	3,5
1999	-1 261	16,9	-1 843	24,7	-96	1,3	-168	2,3	-747	10,0	-1 099	14,7	-1 592	21,3	-388	5,2	-17	0,2	-246	3,3
2000	-2 014	20,2	-2 493	25,1	-137	1,4	-214	2,2	-940	9,5	-1 321	13,3	-2 000	20,1	-498	5,0	-39	0,4	-290	2,9
2001	-2 700	22,5	-3 229	26,9	-86	0,7	-299	2,5	-1 084	9,0	-1 322	11,0	-2 404	20,0	-500	4,2	-30	0,2	-371	3,1
2002	-2 044	21,2	-2 127	22,1	-127	1,3	-303	3,1	-945	9,8	-1 279	13,3	-1 983	20,6	-454	4,7	-47	0,5	-334	3,5
Insg.	-16 805	16,1	-20 097	19,3	-1 274	1,2	-2 122	2,0	-9 558	9,2	-24 117	23,1	-22 254	21,3	-5 096	4,9	-355	0,3	-2 691	2,6

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Tab. B9: Binnenwanderungsströme in den Neuen Bundesländern nach Altersgruppen, Wanderungssalden in der Summe der Jahre 1991 bis 2002

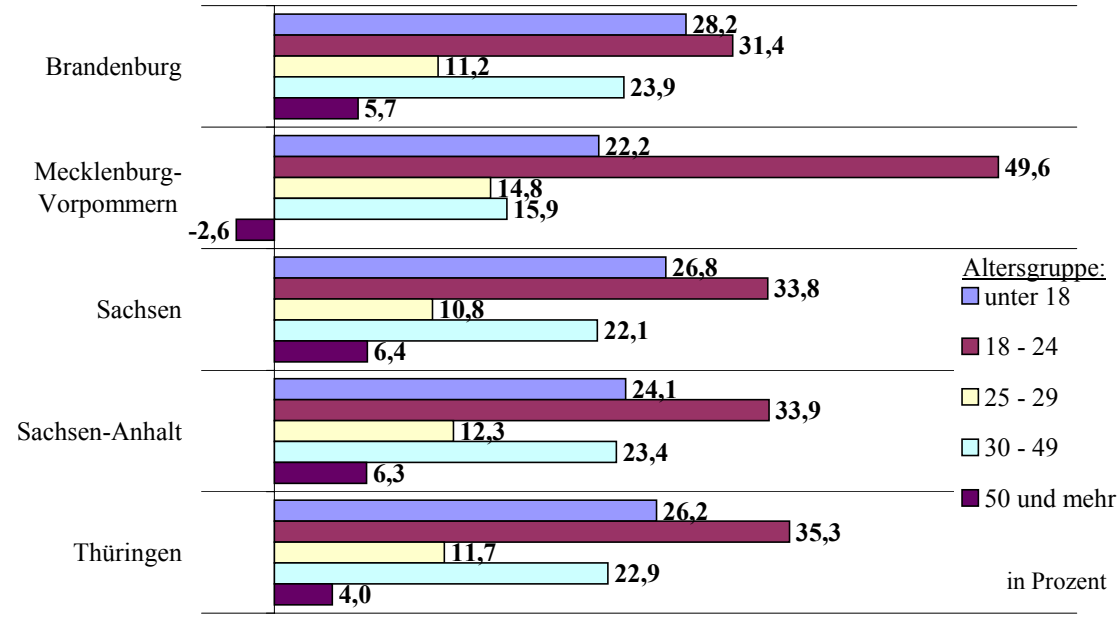
	unter 18 Jahre		18 - 24 Jahre		25 - 29 Jahre		30 - 49 Jahre		50 - 64 Jahre		65 und mehr	
Brandenburg	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]
von/nach Westdeutschland	-42 162	-98,6	-46 940	-195,5	-16 761	-134,2	-35 784	-42,5	-7 582	-14,9	-197	-0,4
von/nach Ostdeutschland	-4 234	-9,9	-3 722	-15,5	-2 310	-18,5	-3 822	-4,5	-747	-1,5	4 424	10,0
von/nach Berlin	46 268	108,2	-20 284	-84,5	2 222	17,8	86 765	103,1	34 577	68,1	13 492	30,6
Insgesamt	-128	-0,3	-70 946	-295,4	-16 849	-134,9	47 159	56,1	26 248	51,7	17 719	40,2
Mecklenburg-V.												
von/nach Westdeutschland	-25 312	-85,9	-56 493	-325,6	-16 870	-190,5	-18 140	-32,3	563	1,7	2 412	8,2
von/nach Ostdeutschland	1 328	4,5	44	0,3	4	0,0	1 287	2,3	1 368	4,1	2 586	8,8
von/nach Berlin	59	0,2	-7 912	-45,6	-3 506	-39,6	252	0,4	956	2,9	-62	-0,2
Insgesamt	-23 925	-81,2	-64 361	-371,0	-20 372	-230,1	-16 601	-29,5	2887	8,7	4 936	16,8
Sachsen												
von/nach Westdeutschland	-59 270	-89,0	-74 743	-186,8	-23 948	-103,0	-48 912	-37,9	-11 127	-12,4	-2 972	-3,4
von/nach Ostdeutschland	-160	-0,2	7 236	18,1	5 680	24,4	2 208	1,7	-713	-0,8	-3 615	-4,2
von/nach Berlin	-29	0,0	-5 456	-13,6	-3 743	-16,1	-1 025	-0,8	239	0,3	-1 581	-1,8
Insgesamt	-59 459	-89,3	-72 963	-182,4	-22 011	-94,7	-47 729	-37,0	-11 601	-13,0	-8 168	-9,4
Sachsen-Anhalt												
von/nach Westdeutschland	-42 954	-107,0	-60 500	-261,7	-21 901	-177,2	-41 832	-53,2	-9 364	-17,9	-1 922	-4,0
von/nach Ostdeutschland	1 614	4,0	-3 964	-17,1	-2 346	-19,0	386	0,5	-1 373	-2,6	-5 414	-11,2
von/nach Berlin	-139	-0,3	-4 860	-21,0	-2 974	-24,1	-1 286	-1,6	161	0,3	-972	-2,0
Insgesamt	-41 479	-103,3	-69 324	-299,9	-27 221	-220,2	-42 732	-54,4	-10 576	-20,2	-8 308	-17,2
Thüringen												
von/nach Westdeutschland	-33 242	-88,0	-44 807	-195,8	-14 788	-116,8	-29 020	-39,1	-5 837	-12,1	800	1,8
von/nach Ostdeutschland	1 484	3,9	416	1,8	-1 007	-8,0	-84	-0,1	1 465	3,0	1 958	4,5
von/nach Berlin	434	1,1	-2 126	-9,3	-1 525	-12,0	243	0,3	209	0,4	-502	-1,2
Insgesamt	-31 324	-82,9	-46 517	-203,3	-17 320	-136,8	-28 861	-38,8	-4 163	-8,6	2 256	5,2

1) Gesamtbevölkerung - Altersgruppe x

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

B 2.4 Binnenwanderungen nach ausgewählten Altersgruppen

Abb. B11: Anteil ausgewählter Altersgruppen an den Wanderungssalden der Neuen Länder in Richtung Westdeutschland, Summe der Jahre 1991 bis 2002



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Tabelle B9 und Abbildung B11 machen deutlich, dass die klassischen Altersgruppen der Wanderungen, die unter 25-Jährigen, in allen ostdeutschen Ländern den Hauptteil des Wanderungsgeschehens, sei es in Richtung andere Neue Länder, sei es in Richtung Westen, ausmachen. So betrug z.B. in Mecklenburg-Vorpommern der Anteil der 18- bis 24-Jährigen am gesamten Wanderungssaldo der Jahre 1991 bis 2002 in Richtung Westdeutschland 49,6%; in den übrigen Neuen Ländern lag dieser Prozentwert im Schnitt bei rd. 34% (vgl. Abbildung B11).

Auf den Bestand der 18- bis 24-Jährigen bezogen hat Mecklenburg-Vorpommern auch hier innerhalb o. a. Jahre den stärksten relativen Verlust, rd. 326 je 1 000 bzw. rd. ein Drittel dieser Altersgruppe, in Richtung Westen zu verzeichnen; dem folgt Sachsen-Anhalt mit rd. 262 je 1 000 bzw. über einem Viertel seiner 18- bis 24-jährigen Einwohner.

Betrachtet man die Wanderungssalden der übrigen Altersgruppen Sachsen-Anhalts in Richtung Westdeutschland, die alle im Minus liegen, so sind es je 1 000 der jeweiligen Alterbestände rd. 177 der 25- bis 29-Jährigen, 107 der unter 18-Jährigen, 53 der 30- bis 49-Jährigen, 18 der 50- bis 64-Jährigen und 4 der über 65-Jährigen (vgl. Tabelle B9). Die letztgenannte Altersgruppe weist, und dies in allen Neuen Ländern, die geringste Wanderungsintensität auf. Wenn sie allerdings am Wanderungsgeschehen beteiligt war, so erfolgte dies mehr in Richtung Ost- als in Richtung Westdeutschland: Bei den Ländern Brandenburg (hier auffällig aus Berlin), Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen lässt sich bei dieser ältesten

Gruppe sogar ein höheres Wanderungsplus aus anderen Gegenden Ostdeutschlands, bei den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt dagegen ein höherer Wanderungsverlust in andere Neue Länder als aus bzw. nach Westdeutschland feststellen. So verlor Sachsen-Anhalt im Verlaufe der Jahre 1991 bis 2002 durch Abwanderungen 5,4 Tausend in Richtung Ostdeutschland, in Richtung Westdeutschland dahingegen „nur“ 1,9 Tausend 65 Jahre und ältere Menschen (vgl. Tabelle B9).

Betrachtet man etwas genauer, in welche westlichen Bundesländer die einzelnen Altersgruppen aus Sachsen-Anhalt bevorzugt abwanderten, so lässt sich feststellen, dass unsere Hauptwandergruppe, die 18- bis 24-Jährigen, hauptsächlich in das Land Niedersachsen übersiedelten: Innerhalb der Jahre 1991 bis 2002 verlor Sachsen-Anhalt 18,5 Tausend Menschen dieser Altersgruppe an dieses Land; auf 1 000 aller 18- bis 24-Jährigen bezogen sind dies rd. 80 (vgl. Tabelle B10). An zweiter und dritter Stelle folgen Bayern (-10,9 Tausend bzw. -47 ‰) und Nordrhein-Westfalen (-10 Tausend bzw. -43,5 ‰). Für die 25- bis 29-Jährigen war Bayern das am stärksten frequentierte Zielland: Sachsen-Anhalt verlor an dieses Land in der Summe o. a. Jahre 39 je 1 000 seiner 25- bis 29-jährigen Einwohner. Die zweiten und dritten Plätze nehmen bei dieser Altersgruppe Nordrhein-Westfalen (-35,5 ‰) und Baden-Württemberg (-31,1 ‰) ein. „Spitzenreiter“ bei den Altersgruppen „unter 18 Jahre“ und „30 bis 49 Jahre“ ist ebenfalls Nordrhein-Westfalen und bei den 50 Jahre und Älteren der Freistaat Bayern (vgl. Tabelle B10). Bei den unter 18-Jährigen dürfte es sich vor allem um Kinder handeln, die mit ihren Eltern verzogen sind. Darauf deutet hin, dass das Zielland Nordrhein-Westfalen sowohl von dieser Altersgruppe als auch von den 30- bis 49-Jährigen am stärksten bevorzugt wird.

Während Sachsen-Anhalt bei seinen unter 65-Jährigen, zum Teil erhebliche, Wanderungsverluste in alle westlichen Bundesländer zu verbuchen hat, lassen sich dahingegen bei den über 65 Jahre alten Menschen einige Wanderungsgewinne feststellen: So hat Sachsen-Anhalt seit 1991 aus Niedersachsen 501 und, allerdings erheblich weniger, aus Hamburg 74 Menschen o. a. Alters dazu gewonnen (Tabelle B10).

Da sich in den Einzeljahren, wie bereits anhand der bisherigen Ausführungen deutlich wird, an den Hauptwanderungsströmen in bestimmte alte Bundesländer kaum etwas ändert, möchte ich mich im folgenden auf die Zu- und Wegzüge sowie Wanderungssalden der einzelnen Altersgruppen in Richtung Gesamt-Westdeutschland beschränken.

Tab. B10 Wanderungsströme Sachsen-Anhalts in/aus Richtung westliche Bundesländer nach Altersgruppen, Summe der Jahre 1991 bis 2002

	unter 18 Jahre		18 - 24 Jahre		25 - 29 Jahre		30 - 49 Jahre		50 - 64 Jahre		65 und mehr	
Bundesland[2)]:	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]
Baden-Württemberg	-7 362	-18,3	-9 084	-39,3	-3 848	-31,1	-8 521	-10,8	-1 726	-3,3	-696	-1,4
Bayern	-8 066	-20,1	-10 873	-47,0	-4 861	**-39,3**	-9 845	-12,5	-2 480	**-4,7**	-960	**-2,0**
Bremen	-590	-1,5	-765	-3,3	-192	-1,6	-551	-0,7	-109	-0,2	-46	-0,1
Hamburg	-494	-1,2	-1 736	-7,5	-779	-6,3	-887	-1,1	-10	0,0	74	0,2
Hessen	-3 595	-9,0	-5 254	-22,7	-2 576	-20,8	-4 403	-5,6	-866	-1,7	-168	-0,3
Niedersachsen	-8 307	-20,7	-18 522	**-80,1**	-3 795	-30,7	-3 786	-4,8	-1 010	-1,9	501	1,0
Nordrhein-Westfalen	-10 879	**-27,1**	-10 045	-43,5	-4 390	-35,5	-10 388	**-13,2**	-2 230	-4,3	-302	-0,6
Rheinland-Pfalz	-2 579	-6,4	-1 919	-8,3	-870	-7,0	-2 486	-3,2	-640	-1,2	-297	-0,6
Saarland	-165	-0,4	-192	-0,8	-50	-0,4	-19	0,0	-48	-0,1	1	0,0
Schleswig-Holstein	-917	-2,3	-2 110	-9,1	-540	-4,4	-946	-1,2	-245	-0,5	-29	-0,1

1) Gesamtbevölkerung - Altersgruppe

x

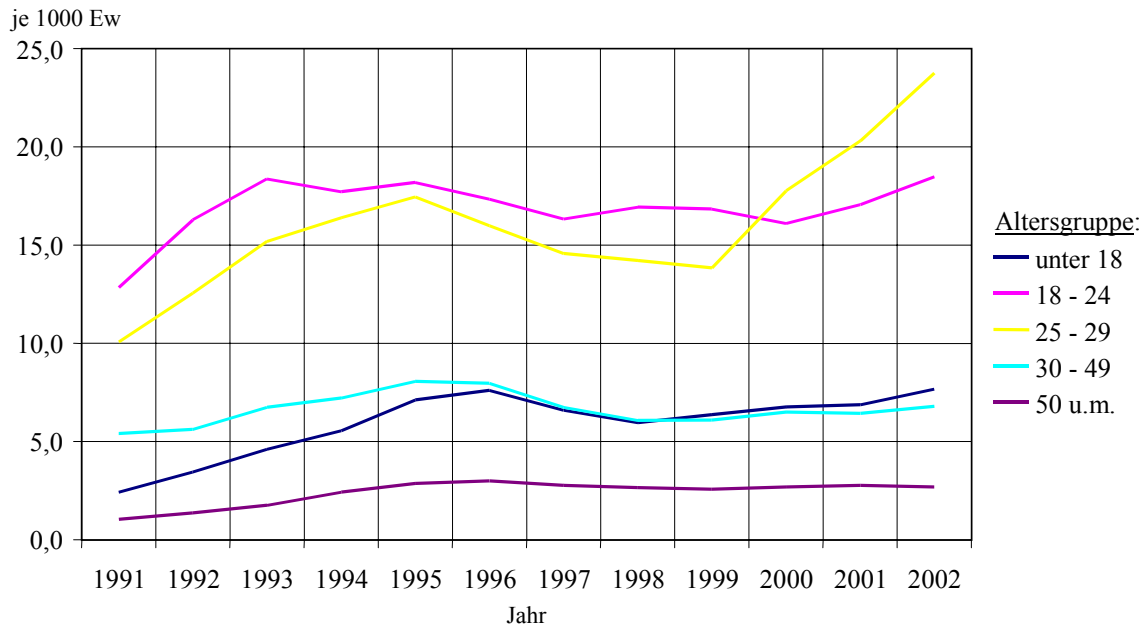
2) Die fettgedruckten Prozentwerte verdeutlichen das jeweilige Hauptzielland der Altersgruppen

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

1. Zuzüge: In all´ den Jahren von 1991 bis 2002 zogen aus Westdeutschland am meisten Menschen im Alter zwischen 30 und 49 Jahren nach Sachsen-Anhalt zu: insgesamt 63,6 Tausend. Dem folgen mit 45,5 Tausend die 18- bis 24-Jährigen, 37,2 Tausend die unter 18-Jährigen und mit 33,7 Tausend die 25- bis 29-Jährigen (vgl. Tabelle B11). Dieses Bild relativiert sich, bezieht man die Zuzüge auf den Bestand der einzelnen Altersgruppen in Sachsen-Anhalt: So kamen z.B. im Jahr 1995, das ein vergleichsweise starkes Zuzugsjahr war, auf 1 000 der 30 bis 49 Jahre alten Einwohner Sachsen-Anhalts rd. 8 Zugezogene dieses Alters; im Durchschnitt aller Jahre sind es rd. 7. Diese Werte liegen bei den 19- bis 24-Jährigen und den 25- bis 29-Jährigen um Einiges höher: Im „Spitzenjahr" der Zuzüge aus Westdeutschland nach Sachsen-Anhalt, 1995, waren es 18,2 ‰ der 25- bis 29-Jährigen und, fast gleich so viele, 17,5 ‰ der 18- bis 24-Jährigen (vgl. Tabelle B11).

Ältere Menschen zogen seltener aus dem Westen nach Sachsen-Anhalt, obgleich deren Zuzugszahl seit 1991 stetig stieg. Kamen 1991 z.B. von den über 65-Jährigen 314 aus Westdeutschland nach Sachsen-Anhalt, waren es im letzten Berichtsjahr 1 192. Relativ, d.h. auf 1 000 der Einwohner bezogen, weisen die ab 50-Jährigen die vergleichsweise geringsten Werte auf: Im Durchschnitt der Jahre 1991/2002 betrugen diese für die 50- bis 64-Jährigen und für die ab 65-Jährigen gleich viele 2,4 ‰ (Tabelle B11). Deutlich wird dies auch anhand der Abbildung B12:

Abb. B12: Binnenwanderung in Sachsen-Anhalt, 1991 bis 2002 - Zuzüge aus Westdeutschland nach Altersgruppen je 1000 Einwohner



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Tab. B11: Binnenwanderungen in Sachsen-Anhalt - Zugezogene aus Westdeutschland nach Altersgruppen, 1991 bis 2002

	unter 18 Jahre		18 - 24 Jahre		25 - 29 Jahre		30 - 49 Jahre		50 - 64 Jahre		65 und mehr	
Jahr	In +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]
1991	1 554	2,4	3 354	12,9	2 269	10,1	4 151	5,4	644	1,2	314	0,8
1992	2 153	3,4	4 019	16,3	2 773	12,6	4 304	5,6	865	1,5	416	1,1
1993	2 824	4,6	4 316	18,4	3 274	15	5 218	6,7	999	1,8	656	1,7
1994	3 323	5,6	3 944	17,7	3 409	16,4	5 653	7,2	1 347	2,4	946	2,5
1995	4 145	7,1	3 881	18,2	3 494	17,5	6 388	8,1	1 469	2,6	1 250	3,2
1996	4 294	7,6	3 634	17,3	3 094	16,0	6 445	8,0	1 580	2,9	1 252	3,1
1997	3 600	6,6	3 363	16,3	2 717	14,6	5 559	6,7	1 354	2,5	1 248	3,1
1998	3 133	6,0	3 510	16,9	2 493	14,2	5 020	6,1	1 317	2,5	1 176	2,9
1999	3 206	6,4	3 596	16,8	2 241	13,8	5 054	6,1	1 305	2,5	1 119	2,7
2000	3 009	6,8	3 691	16,1	2 435	17,8	5 318	6,5	1 433	2,7	1 201	2,6
2001	2 902	6,9	3 957	17,1	2 549	20,3	5 173	6,4	1 499	2,9	1 256	2,7
2002	3 077	7,7	4 273	18,5	2 938	23,8	5 340	6,8	1 499	2,9	1 192	2,5
Ins-ges.	37 220	5,8	45 538	16,8	33 686	15,5	63 623	6,6	15 311	2,4	12 026	2,4

1) Gesamtbevölkerung - Altersgruppe x

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Nach einem anfänglichen leichten Anstieg der Zuzugsintensität der ab 50-Jährigen von 0,8 ‰ (1991) auf 3,2 ‰ (1995) lassen sich in den Folgejahren kaum noch Veränderungen feststellen. Dies trifft schon eher für die übrigen Altersgruppen zu und dies auffällig für die 18- bis 29-Jährigen. Bei allen Altersgruppen stiegen bis 1995/1996 die Zuzugszahlen, um dann in den Jahren danach bis 1999 wieder etwas zu sinken. Ab 1999/2000 zogen dann insbesondere 18- bis 29-Jährige verstärkt wieder nach Sachsen-Anhalt: Kamen 1999 auf 1 000 der 18- bis 24-Jährigen rd. 17 Zuzüge Gleichaltriger aus Westdeutschland nach Sachsen-Anhalt, waren es im Jahr 2002 rd. 19; noch stärker stieg diese Zuzugsintensität bei den 25- bis 29-Jährigen – von 13,8 auf 23,8 ‰ (Abbildung B12 und Tabelle B11).

2. Fortzüge: Anhand der amtlichen Statistik lässt sich nicht feststellen, wie viele von den ehemals aus Westdeutschland nach Sachsen-Anhalt Zugezogenen wieder in andere Regionen Deutschlands abwandern.

Tabelle B11a und Abbildung B12a zeigen ein recht wechselvolles Bild der Wegzüge einzelner Altersgruppen aus Sachsen-Anhalt nach Westdeutschland. Im Vergleich zu den Zuzügen sind es hier die 18- bis 24-Jährigen, dicht gefolgt von den 30- bis 49-Jährigen, die die absolut stärksten Fortzüge aufweisen. So waren es in der Summe der Jahre 1991 bis 2002 von den 18- bis 24 Jahre alten Menschen 106 Tausend und von den 20- bis 49-Jährigen 105,1 Tausend. An dritter und vierter Stelle folgen die unter 18-Jährigen mit 80,2 Tausend und die 25- bis 29-Jährigen mit 55,4 Tausend (vgl. Tabelle B11a). Eine bisher nicht mehr erreichte hohe Wegzugsintensität lässt sich für die unter 25-Jährigen im Jahr 1991 feststellen: So beliefen sich die Fortzüge bei den unter 18-Jährigen auf 11,4 Tausend bzw. 17,8 je 1000 ihrer Gesamtzahl an Einwohnern in Sachsen-Anhalt und bei den 18- bis 24 Jahre alten Menschen auf 14,5 Tausend bzw. 55,5 ‰ (Tabelle B11a).

Während die Wegzugsintensität der ab 50-Jährigen innerhalb unseres Untersuchungszeitraumes kaum der Rede wert ist, ihrer relativen Werte betrugen im Schnitt 3,4 ‰, sind bei den übrigen Altersgruppen, insbesondere bei den 18- bis unter 30-Jährigen, z. T. erhebliche Veränderungen ihrer absoluten und relativen Wegzugswerte festzustellen: Bis Mitte der 90er Jahre wanderten immer weniger Menschen aus Sachsen-Anhalt nach Westdeutschland ab. So sank z.B. die Zahl der Wegzüge bei den 18- bis 24-Jährigen von 1991 bis 1993 um 54,3%. Oder: Wanderten im Jahr 1991 von 1 000 der in Sachsen-Anhalt lebenden 18- bis 24-jährigen Menschen rd. 56 in westliche Bundesländer ab, waren es 1993 „nur“ noch rd. 28. Betrachtet man unter diesem Aspekt eine weitere Gruppe der am Wanderungsgeschehen Hauptbeteiligten, die 25- bis 29-Jährigen, so sank deren Zahl an Wegzügen innerhalb der Jahre 1991 bis 1993 absolut um 48,2% und relativ von 29,2 ‰ auf 16,2 ‰ (vgl. Tabelle B11a und Abbildung B12a).

Tab. B11a: Binnenwanderungen in Sachsen-Anhalt - Weggezogene nach Westdeutschland nach Altersgruppen, 1991 bis 2002

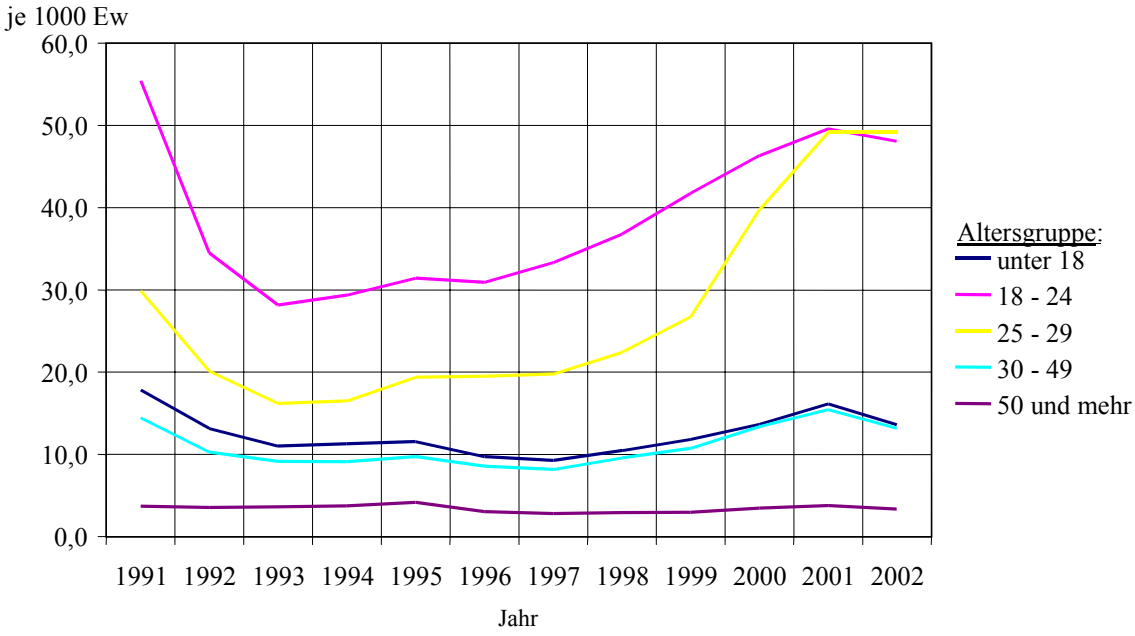
	unter 18 Jahre		18 - 24 Jahre		25 - 29 Jahre		30 - 49 Jahre		50 - 64 Jahre		65 und mehr	
Jahr	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]
1991	11 441	17,8	14 471	55,5	6 738	29,9	11 100	14,4	2 354	4,3	1 083	2,9
1992	8 222	13,1	8 521	34,5	4 438	20,1	7 884	10,3	2 258	4,0	1 052	2,8
1993	6 726	11,0	6 613	28,2	3 487	16,2	7 079	9,1	2 169	3,9	1 215	3,2
1994	6 742	11,3	6 535	29,3	3 429	16,5	7 128	9,1	2 155	3,8	1 370	3,6
1995	6 724	11,5	6 702	31,4	3 882	19,4	7 720	9,7	2 170	3,9	1 763	4,5
1996	5 488	9,7	6 484	31,0	3 769	19,5	6 920	8,5	1 702	3,1	1 148	2,9
1997	5 032	9,2	6 864	33,3	3 687	19,8	6 718	8,2	1 609	3,0	1 011	2,5
1998	5 494	10,5	7 625	36,8	3 928	22,4	7 921	9,6	1 638	3,1	1 076	2,6
1999	5 955	11,8	8 920	41,8	4 329	26,7	8 900	10,7	1 769	3,4	1 013	2,5
2000	6 074	13,6	10 626	46,3	5 442	39,7	10 966	13,4	2 213	4,2	1 176	2,6
2001	6 817	16,1	11 502	49,6	6 175	49,2	12 421	15,4	2 531	4,8	1 203	2,6
2002	5 476	13,6	11 114	48,1	6 080	49,2	10 372	13,2	2 233	4,3	1 131	2,3
Ins-ges.	80 191	12,4	105 977	39,1	55 384	25,5	105 129	11,0	24 801	3,8	14 241	2,9

1) Gesamtbevölkerung - Altersgruppe x

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Nach ca. fünf Jahren mit verhältnismäßig geringen Abwanderungen stiegen diese ab 1999/2000 wieder. Betrug die Zahl der Wegzüge der 18- bis 24-Jährigen im Jahr mit der geringsten Abwanderungsintensität, 1993, 6,6 Tausend, stieg diese bis 2002 wieder auf 11,1 Tausend bzw. auf 48,1 ‰.

Abb. B12a: Binnenwanderung in Sachsen-Anhalt, 1991 bis 2002 - Wegzüge nach Westdeutschland nach Altersgruppen je 1000 Einwohner



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Besonders auffällig ist die Wegzugsintensität von neuem gestiegen bei den 25- bis 29-Jährigen: So entfielen im letzten Untersuchungsjahr 2002 auf 1 000 Einwohner dieses Alters rd. 49 Abwanderungen nach Westdeutschland, womit zudem bei weitem das Niveau des Jahres 1991 überschritten wurde. Hier ist, und dies gilt auch für andere Altersgruppen, zu berücksichtigen, dass insgesamt innerhalb unseres Untersuchungszeitraumes die Zahl der in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen im Alter von 25 bis 29 Jahren (und dies nicht zuletzt bedingt durch Wanderungsverluste) gesunken ist - d.h. um allein 45,2%. Bei den unter 18-Jährigen macht dieser prozentuale Bevölkerungsrückgang 37,5% und bei den 18- bis 24-Jährigen 11,4% aus. Der Vollständigkeit halber sei vermerkt, dass die Zahl der 30- bis 49-Jährigen nur um wenige 2,2% gesunken, die Zahl der ab 50-Jährigen dagegen um 8,8% und darunter die der über 65-Jährigen um beachtliche 28,7% gestiegen ist.

Tab. B11b: Binnenwanderungen in Sachsen-Anhalt - Wanderungssalden von/nach Westdeutschland nach Altersgruppen, 1991 bis 2002

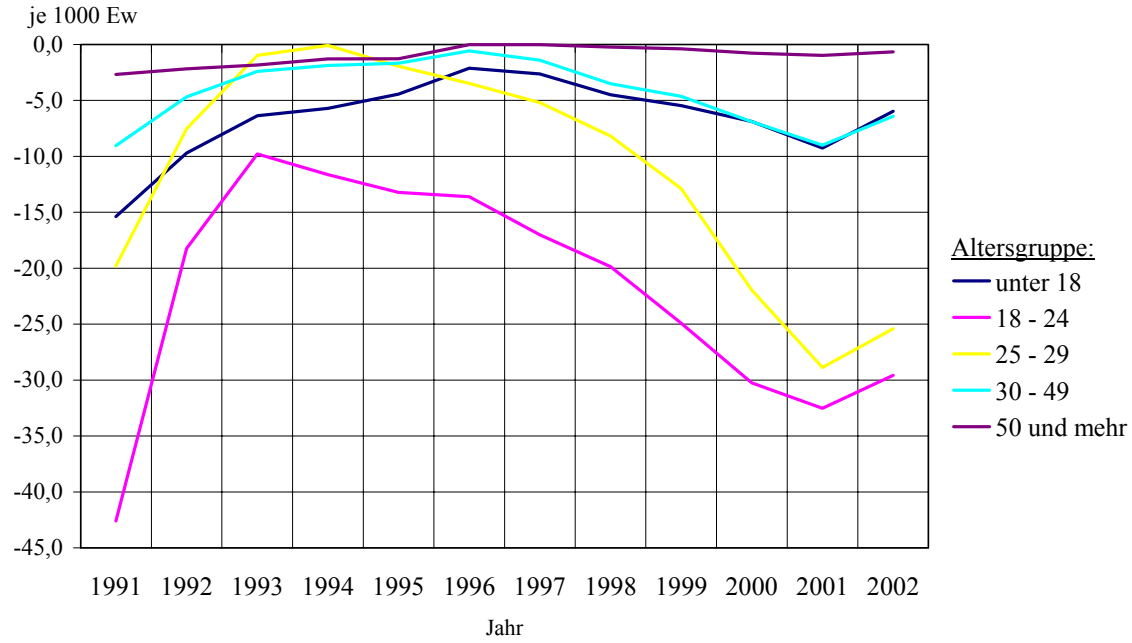
	unter 18 Jahre		18 - 24 Jahre		25 - 29 Jahre		30 - 49 Jahre		50 - 64 Jahre		65 und mehr	
Jahr	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]
1991	-9 887	-15,4	-11 117	-42,6	-4 469	-19,8	-6 949	-9,0	-1 710	-3,1	-769	-2,0
1992	-6 069	-9,7	-4 502	-18,2	-1 665	-7,5	-3 580	-4,7	-1 393	-2,5	-636	-1,7
1993	-3 902	-6,4	-2 297	-9,8	-213	-1,0	-1 861	-2,4	-1 170	-2,1	-559	-1,5
1994	-3 419	-5,7	-2 591	-11,6	-20	-0,1	-1 475	-1,9	-808	-1,4	-424	-1,1
1995	-2 579	-4,4	-2 821	-13,2	-388	-1,9	-1 332	-1,7	-701	-1,3	-513	-1,3
1996	-1 194	-2,1	-2 850	-13,6	-675	-3,5	-475	-0,6	-122	-0,2	104	0,3
1997	-1 432	-2,6	-3 501	-17,0	-970	-5,2	-1 159	-1,4	-255	-0,5	237	0,6
1998	-2 361	-4,5	-4 115	-19,9	-1 435	-8,2	-2 901	-3,5	-321	-0,6	100	0,2
1999	-2 749	-5,5	-5 324	-24,9	-2 088	-12,9	-3 846	-4,6	-464	-0,9	106	0,3
2000	-3 065	-6,9	-6 935	-30,2	-3 007	-22,0	-5 648	-6,9	-780	-1,5	25	0,1
2001	-3 915	-9,3	-7 545	-32,5	-3 626	-28,9	-7 248	-9,0	-1 032	-2,0	53	0,1
2002	-2 399	-6,0	-6 841	-29,6	-3 142	-25,4	-5 032	-6,4	-734	-1,4	61	0,1
Ins-ges.	-42 971	-6,6	-60 439	-22,3	-21 698	-10,0	-41 506	-4,3	-9 490	-1,5	-2 215	-0,4

1) Gesamtbevölkerung - Altersgruppe x

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

3. Wanderungssalden: Betrachtet man nunmehr die Bilanz der Zu- und Wegzüge der einzelnen Altersgruppen in Sachsen-Anhalt, so lässt sich als Erstes feststellen, dass diese im Gesamtzeitraum 1991 bis 2002 für alle Altersgruppen negativ ausfällt. Dabei hat Sachsen-Anhalt den stärksten Wanderungsverlust bei seinen 18- bis 24-jährigen Menschen zu verzeichnen. D.h. in der Summe o.a. Jahre verlor es 60,4 Tausend Menschen dieses Alters durch Abwanderungen in den Westen Deutschlands; auf 1 000 dieser Altersgruppe bezogen sind dies rd. 22 Personen. Dem folgen mit -43 Tausend die unter 18-Jährigen, -41,4 Tausend die 30- bis 49-Jährigen und mit -21,7 Tausend die 25- bis 29-Jährigen (vgl. Tabelle B11b).

Abb. B12b: Binnenwanderung in Sachsen-Anhalt, 1991 bis 2002 - Wanderungssalden von/nach Westdeutschland nach Altersgruppen je 1000 Einwohner



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Zwischen den Jahren stellen sich diese Wanderungssalden in den einzelnen Altersgruppen recht unterschiedlich dar, worauf im Folgenden etwas näher eingegangen werden soll (vgl. Tabelle B11b und Abbildung B12b).

unter 18-Jährige: Diese Gruppe weist in den Anfangsjahren 1991 und 1992 die stärksten Wanderungsverluste in Richtung Westdeutschland auf: -9,9 Tausend bzw. -6,1 Tausend Personen; dies sind allein 37,1% des gesamten Wanderungsminus dieser Altersgruppe von 1991 bis 2002. In den Jahren ab 1993 wurden die Verluste immer geringer und erreichten 1996 mit -1,2 Tausend Menschen einen bisher nicht wieder erreichten Tiefststand. Danach stiegen sie bis 2001 auf 3,9 Tausend und waren dann im letzten Berichtsjahr 2002 mit 2,4 Tausend wieder etwas niedriger. Im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2002 hat Sachsen-Anhalt je 1 000 seiner unter 18-jährigen Einwohner rd. 7 Personen durch Abwanderung in

westliche Bundesländer verloren; darunter wiesen die Jahre 1991 mit -15,4 ‰, 1992 mit -9,7 ‰ und 2001 mit -9,3 ‰ die höchsten negativen Nettowanderungsziffern auf.

18- bis 24-Jährige: Bei dieser Altersgruppe hat Sachsen-Anhalt ebenfalls im Ausgangsjahr 1991 den bis heute höchsten Wanderungsverlust von absolut 11,1 Tausend Personen bzw. von relativ 42,6 ‰ zu verzeichnen. Nach einem kurzzeitigen Sinken des Wanderungsminus bis 1993 auf 2,3 Tausend Personen bzw. der Nettowanderungsziffer auf -9,8 ‰, stieg es bis 2001 kontinuierlich auf -7,5 Tausend Menschen bzw. 32,5 ‰. Ebenso wie bei den unter 18-Jährigen, und dies gilt auch für die nachfolgenden Altersgruppen bis unter 65 Jahre, hat Sachsen-Anhalt im letzten Berichtsjahr wieder etwas weniger Menschen o. a. Alters an Westdeutschland verloren: -6,8 Tausend bzw. -29,6 ‰.

25- bis 29-Jährige: Auch bei dieser Altersgruppe weist Sachsen-Anhalt im Jahr 1991 mit 4,5 Tausend bzw. 19,8 Personen je 1 000 seiner Einwohner dieses Alters den vergleichsweise stärksten Verlust auf. Dieser verringerte sich bis 1994 auf auffällig wenige 20 Personen und war, relativ gesehen, mit einer Nettowanderungsziffer von -0,1 ‰ so gut wie ohne Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung im o.a. Jahr. Doch in den Jahren danach siedelten dann wieder immer mehr 25- bis 29-jährige Menschen in westliche Bundesländer über; 2001 macht deren Wanderungsminus wieder 3,6 Tausend bzw. 28,9 Menschen je 1 000 aus.

30 bis 49-Jährige: Im Jahr 1991 zogen von dieser Altersgruppe 6,9 Tausend mehr Menschen nach Westdeutschland als von dort nach Sachsen-Anhalt kamen; je 1 000 waren dies 9 Personen. Wie bei den vorangegangenen Altersgruppen verringerte sich deren Wanderungsverlust in den Folgejahren und erreichte im Jahr 1996 mit -475 Personen bzw. geringfügigen -0,6 ‰ seinen tiefsten Wert. Danach verlor Sachsen-Anhalt wieder immer mehr Menschen dieses Alters an Westdeutschland: im Jahr 2001 waren es -7,2 Tausend Personen, womit, im Gegensatz zu den übrigen Altersgruppen bis unter 65 Jahre, das Ausgangsniveau des Jahres 1991 absolut übertroffen und relativ mit -9 ‰ die gleiche Intensität erreicht wurde.

50 bis 64-Jährige: Diese Altersgruppe ist, wie bereits erwähnt, am wenigsten am Wanderungsgeschehen beteiligt. So verlor Sachsen-Anhalt im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2002 je 1 000 seiner Einwohner dieses Alters 1,2 Personen durch Abwanderungen. Den absolut und relativ höchsten Verlust hat es noch im Jahr 1991 mit -1,7 Tausend Personen bzw. -3,1 ‰ zu verzeichnen.

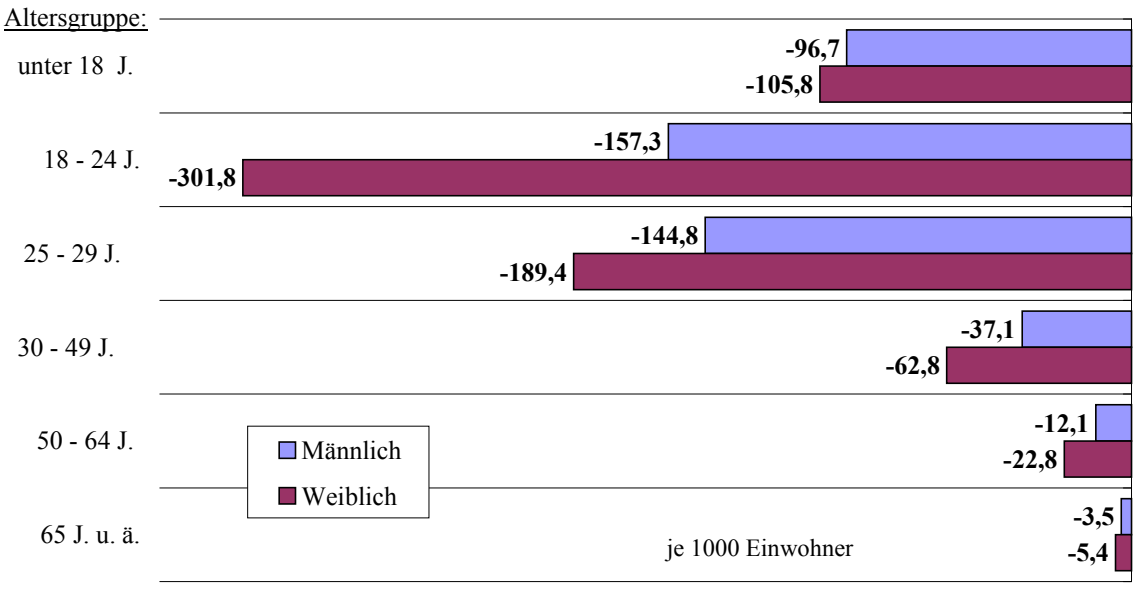
65 Jahre und Ältere: Noch unbedeutender beim allgemeinen Wanderungsgeschehen ist die Gruppe der 65 Jahre und älteren Menschen. Innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes verlor Sachsen-Anhalt 2,2 Tausend Menschen dieses Alters durch Übersiedelungen in westliche Länder. Allerdings hat diese Altersgruppe, im Gegensatz zu allen anderen Altersgruppen, seit 1996, wenn auch geringfügig, ein Wanderungsplus zu verzeichnen; in der

Summe der Jahre 1996 bis 2002 waren dies +686 Personen. M.E. sind diese Ergebnisse zu wenig spektakulär, um daraus allgemeine Rückschlüsse ziehen zu wollen.

Zusammenfassend muss man festhalten, dass Sachsen-Anhalt hauptsächlich in den Jahren 1991 und 1992 in allen Altersgruppen die vergleichsweise höchsten Abwanderungsverluste in Richtung Westdeutschland aufweist. Nach einem zwischenzeitlichen Rückgang, 1993 bis 1996, verstärkten sich diese Verluste bis 2001 wieder, um dann im vorerst letzten Berichtsjahr 2002 wieder etwas abzuflauen.

Untersucht man abschließend noch, in welchen Altersgruppen Sachsen-Anhalt mehr Frauen oder Männer an die westlichen Bundesländer durch Abwanderung verloren hat, so zeigt Abbildung 2.13 eindeutig, dass dies in der Summe der Jahre 1991 bis 2002 und auf 1 000 der Männer bzw. Frauen bezogen in allen Altersgruppen für die Frauen zutrifft und dies auffällig bei der Hauptwanderungsgruppe „18- bis 24-Jährige“: Machte hier der relative Wanderungsverlust bei den Männern rd. 157 Personen je 1 000 aus, waren es bei den gleichaltrigen Frauen mit rd. 302 ‰ um ein Vielfaches mehr. Oder, anders ausgedrückt: 62,7% des gesamten Wanderungsminus Sachsen-Anhalts bei den 18- bis 24-Jährigen in den Jahren 1991 bis 2002 waren Frauen. Dieser Frauenanteil war bei den über 50 Jahre alten Menschen mit 67,2% und bei den 30- bis 49-Jährigen mit 61,1% auch noch beachtlich (vgl. Tabelle B12).

Abb. B13: Wanderungsverluste des Landes Sachsen-Anhalt an Westdeutschland nach Altersgruppen und Geschlecht je 1000 Einwohner1), Summe der Jahre 1991 bis 2002



1) Gesamtbevölkerung - Altersgruppe x und je 1 000 Männer/Frauen
Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Geht man in die einzelnen Jahre, so lässt sich o. a. Feststellung jedoch nicht durchgängig nachvollziehen. So weisen z.B. die unter 18-jährigen Männer seit 1999 gegenüber den Frauen höhere Wanderungsverluste auf bzw. betrug hier der Männeranteil an den Wanderungsverlusten der Jahre 1999 bis 2002 insgesamt 51,7%. Bei den 25- bis 29-Jährigen ist dies bereits seit 1996 der Fall – anteilig waren hier nur zu 42,7% die Frauen am gesamten Wanderungsminus seit 1996 beteiligt.

Interessant ist auch, dass von den 65 Jahre und Älteren in den Jahren 1996 bis 2002 mehr Frauen als Männer aus Westdeutschland nach Sachsen-Anhalt übersiedelten: innerhalb des o.a. Zeitraumes waren es 100 Männer, dagegen 472 Frauen, die Sachsen-Anhalt durch Zuwanderung gewonnen hat (vgl. Tabelle B12).

Betrachtet man die Wanderungsintensität bzw. die Nettowanderungsziffern (Tabelle B13), so hat z.B. im Jahr 1991 Sachsen-Anhalt je 1 000 seiner 18- bis 24-jährigen Männer 35 durch Wegzüge nach Westdeutschland verloren, je 1 000 der gleichaltrigen Frauen waren es rd. 51. Auch in allen nachfolgenden Jahren war eine durchweg höhere Wanderungsintensität der 18- bis 24-jährigen Frauen gegeben. Dies lässt sich für die 25- bis 29-Jährigen nicht für alle Untersuchungsjahre gleichermaßen feststellen: Bei dieser Altersgruppe hat Sachsen-Anhalt je 1 000 seiner Einwohner mehr Männer als Frauen an die westlichen Bundesländer verloren: Waren es z.B. im Jahr 2002 je 1 000 der 25- bis 29 Jahre alten Männer rd. 27 Personen, waren es von der entsprechenden Frauengruppe rd. 23 Personen (vgl. Tabelle B13). In den übrigen Altersgruppen ist nur in wenigen Einzelfällen eine gegenüber den Männern niedrigere Wanderungsintensität der Frauen festzustellen.

Tab. B12: Binnenwanderungen von/nach Westdeutschland in Sachsen-Anhalt - Wanderungssalden nach Altersgruppen und Geschlecht, 1991 bis 2002

	unter 18 Jahre		18 - 24 Jahre		25 - 29 Jahre		30 - 49 Jahre		50 - 64 Jahre		65 und mehr	
Jahr	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1991	-4 844	-5 043	-4 711	-6 406	-2 082	-2 387	-2 414	-4 535	-679	-1 031	-172	-532
1992	-3 030	-3 039	-1 241	-3 261	-511	-1 336	-972	-2 975	-529	-864	-181	-455
1993	-1 866	-2 036	-317	-1 980	371	-584	-31	-1 830	-347	-823	-186	-373
1994	-1 645	-1 774	-679	-1 912	319	-339	46	-1 521	-161	-647	-145	-279
1995	-1 233	-1 346	-873	-1 948	-23	-365	-112	-1 220	-177	-524	-167	-346
1996	-494	-700	-927	-1 923	-375	-300	102	-577	85	-207	16	88
1997	-619	-813	-1 308	-2 193	-544	-426	-446	-713	-5	-250	38	199
1998	-1 119	-1 242	-1 746	-2 369	-834	-601	-1 275	-1 626	-75	-246	3	97
1999	-1 453	-1 296	-2 151	-3 173	-1 247	-841	-1 927	-1 919	-165	-299	35	71
2000	-1 614	-1 451	-2 775	-4 160	-1 723	-1 284	-2 990	-2 658	-370	-410	8	17
2001	-1 996	-1 919	-3 102	-4 443	-2 018	-1 608	-3 770	-3 478	-479	-553	77	-24
2002	-1 210	-1 189	-2 693	-4 148	-1 814	-1 328	-2 486	-2 546	-284	-450	43	18
Ins-ges.	-21 123	-21 848	-22 523	-37 916	-10 481	-11 399	-16 275	-25 598	-3 186	-6 304	-631	-1 519

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Tab. B13: Binnenwanderungen von/nach Westdeutschland in Sachsen-Anhalt, 1991 bis 2002 - Wanderungssalden nach Altersgruppen und Geschlecht je 1000 Einwohner[1)]

	unter 18 Jahre		18 - 24 Jahre		25 - 29 Jahre		30 - 49 Jahre		50 - 64 Jahre		65 und mehr	
Jahr	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1991	-14,7	-16,1	-35,0	-50,7	-18,1	-21,6	-6,2	-11,9	-2,6	-3,6	-1,4	-2,1
1992	-9,4	-10,0	-9,6	-27,8	-4,5	-12,5	-2,5	-7,9	-2,0	-3,0	-1,5	-1,8
1993	-5,9	-6,8	-2,5	-17,9	3,3	-5,6	-0,1	-4,8	-1,3	-2,8	-0,7	-1,3
1994	-5,3	-6,1	-5,7	-18,4	2,9	-3,4	0,1	-4,0	-0,6	-2,2	-1,2	-1,1
1995	-4,1	-4,8	-7,6	-19,7	-0,2	-3,8	-0,3	-3,2	-0,7	-1,8	-1,3	-1,3
1996	-1,7	-2,6	-8,2	-19,9	-3,7	-3,3	0,2	-1,5	0,3	-0,7	0,1	0,3
1997	-2,2	-3,1	-11,8	-23,1	-5,5	-4,9	-1,1	-1,8	0,0	-0,9	0,3	0,7
1998	-4,1	-4,9	-15,7	-24,7	-8,9	-7,3	-3,0	-4,0	-0,3	-0,9	0,0	0,4
1999	-5,6	-5,3	-18,8	-32,1	-14,4	-11,1	-4,5	-4,7	-0,6	-1,1	0,2	0,3
2000	-7,1	-6,7	-22,7	-38,9	-23,3	-20,3	-7,1	-6,7	-1,4	-1,5	0,0	0,1
2001	-9,2	-9,4	-25,0	-41,2	-29,8	-27,8	-9,1	-8,9	-1,9	-2,1	0,1	0,0
2002	-5,9	-6,1	-21,7	-38,8	-27,2	-23,3	-6,2	-6,7	-1,1	-1,7	0,2	0,1

1) Gesamtbevölkerung - Altersgruppe x und je Männer/Frauen

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

B 2.5 Binnenwanderungen in Sachsen-Anhalt nach Kreisen

Die Daten in Tabelle B14 zeigen deutlich, dass alle Kreise des Landes Sachsen-Anhalt (Landkreise und kreisfreie Städte – im Folgenden bleibe ich größtenteils bei der Kurzfassung „Kreise“) bei weitem höhere Wanderungsverluste in Richtung Westen als in Richtung andere ostdeutsche Länder aufweisen. Deren Anteil am gesamten Wanderungssaldo der Jahre 1991 bis 2002 machte im Durchschnitt aller Kreise 92,4% aus. Einige Kreise (6 von 24) weisen zwar einen, teils geringfügigen, Wanderungsgewinn aus Ostdeutschland auf, doch werden diese durch ein entsprechend hohes Wanderungsminus in Richtung westdeutsche Bundesländer aufgefangen (Tabelle B14).

Tab. B14: Binnenwanderungen in Sachsen-Anhalt von/nach Ost- und Westdeutschland - Wanderungssalden nach Kreisen, +/- Personen in der Summe der Jahre 1991 bis 2002

Kreisfreie Städte:	Insgesamt	Westdeutschland	Ostdeutschland[1)]
Dessau	-10 573	-8 919	-1 654
Halle	-31 000	-24 811	-6 189
Magdeburg	-17 657	-15 741	-1 916
Landkreise:			
Altmarkkreis Salzwedel	-4 516	-4 560	44
Anhalt-Zerbst	-5 200	-4 889	-311
Aschersleben-Staßfurt	-8 811	-7 654	-1 157
Bernburg	-5 651	-5 031	-620
Bitterfeld	-11 926	-9 742	-2 184
Bördekreis	-4 804	-4 785	-19
Burgenlandkreis	-9 659	-8 155	-1 504
Halberstadt	-5 210	-4 967	-243
Jerichower Land	-4 998	-4 984	-14
Köthen	-5 299	-4 698	-601
Mansfelder Land	-9 528	-8 041	-1 487
Merseburg-Querfurt	-7 544	-7 729	185
Ohrekreis	-2 541	-2 644	103
Quedlinburg	-6 870	-6 239	-631
Saalkreis	-2 651	-2 826	175
Sangerhausen	-7 351	-6 243	-1 108
Schönebeck	-4 752	-4 289	-463
Stendal	-12 913	-11 859	-1 054
Weißenfels	-3 959	-3 966	7
Wernigerode	-6 187	-6 368	181
Wittenberg	-10 741	-9 233	-1 508

1) Einschließlich Berlin
Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Betrachtet man die Wanderungssalden der Kreise von bzw. nach Westdeutschland in den einzelnen Jahren, so lässt sich feststellen, dass in der Mehrheit der Kreise die stärksten Abwanderungsverluste im Jahr 1991 zu verzeichnen sind. So wanderten z.B. in diesem Jahre

aus Halle 5 638 mehr Menschen in westliche Bundesländer ab als von dort in diese Stadt übersiedelten; im letzten Untersuchungsjahr war dieser Wanderungsverlust mit 2 331 Personen um Einiges geringer. Nur die Stadt Dessau und der Landkreis Sangerhausen weisen, nach den Jahren mit allgemein niedrigeren Wanderungsbewegungen, im Jahr 2001 im Vergleich zu 1991 ein höheres Wanderungsminus auf: Dessau -1 416 gegenüber -1 315 Personen und Sangerhausen -687 gegenüber -601 Personen. Der Landkreis Köthen erreichte im o.a. Jahr fast identisch das Ausgangsniveau des Jahres 1991 wieder (-679 gegenüber -678 Personen) (Tabelle B15).

Alle Kreise haben in den Jahren zwischen 1994 und 1997 geringere Wanderungsverluste zu verzeichnen bzw. erreichten hier einen Tiefststand – z.B. die Landkreise Jerichower Land im Jahr 1994 mit -1 Person und Bernburg im Jahr 1996 mit -20 Personen. Als einzige Kreise haben der Ohrekreis in allen o.a. Jahren und der Saalkreis in den Jahren 1994 und 1996 ein leichtes Wanderungsplus zu verzeichnen (Tabelle B15).

In der Summe der Jahre 1991 bis 2002 und auf 1 000 Einwohner bezogen sind es zudem diese beiden Kreise, die den vergleichsweise geringsten Wanderungsverlust aufweisen. D.h. der Ohrekreis verlor je 1 000 seiner Einwohner innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes „nur“ rd. 23 und der Saalkreis rd. 35 Menschen durch Übersiedelungen in westdeutsche Länder. In dieser Hierarchie folgt der Altmarkkreis Salzwedel mit -45,9 ‰. „Spitzenreiter“ ist dahingegen Dessau mit einem Wanderungsminus in der Summe der Jahre 1991 bis 2002 von 112,3 je 1 000 seiner Einwohner. Umgerechnet hat Dessau somit innerhalb von 12 Jahren rd. 11% seiner Bevölkerung durch Westwanderungen verloren.

An zweiter Stelle in dieser Negativ-Liste der Nettowanderungsziffern folgt mit -103,7 ‰ die Stadt Halle, und die dritten und vierten Plätze nehmen die Landkreise Sangerhausen mit -94,4 und Bitterfeld mit -93,1 ‰ ein (vgl. Tabelle B16).

Diese Rangfolge ist jedoch nicht für die einzelnen Jahre allgemein gültig. Betrachtet man allein das Jahr der stärksten Abwanderungen nach Westdeutschland, 1991, so nimmt der Gesamt-Spitzenreiter Dessau hier mit einem relativen Wanderungsverlust von -13,7 ‰ „nur“ den achten Platz ein, wohingegen Halle mit -18,6 ‰ an erster Stelle steht. Dem folgen die Landkreise Quedlinburg mit -15,5 und Bernburg mit -14,6 ‰. Das niedrigste Wanderungsminus weist aber auch hier mit -7,5 ‰ der Ohrekreis aus (vgl. Tabelle B16).

Tab. B15: Binnenwanderungen von/nach Westdeutschland in Sachsen-Anhalt - Wanderungssalden nach Kreisen, 1991 bis 2002

Kreisfreie Städte:	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Dessau	-1 315	-604	-346	-473	-504	-373	-532	-734	-702	-1 056	-1 416	-864
Halle	-5 638	-2 654	-1 256	-829	-904	-782	-884	-1 550	-1 870	-2 759	-3 354	-2 331
Magdeburg	-2 938	-1 924	-1 223	-741	-925	-243	-669	-887	-1 262	-1 634	-2 003	-1 292
Landkreise:												
Altmarkkreis Salzwedel	-816	-622	-320	-92	-119	-227	-383	-259	-225	-395	-524	-578
Anhalt-Zerbst	-851	-482	-212	-154	-193	-161	-162	-354	-483	-609	-710	-518
Aschersleben-Staßfurt	-1 289	-916	-432	-419	-414	-204	-504	-516	-684	-629	-860	-787
Bernburg	-1 120	-683	-246	-204	-196	-20	-116	-254	-404	-573	-679	-536
Bitterfeld	-1 675	-746	-686	-472	-321	-233	-410	-708	-942	-1 215	-1 320	-1 014
Bördekreis	-726	-545	-284	-349	-546	-128	-252	-420	-392	-371	-491	-281
Burgenlandkreis	-1 361	-810	-424	-375	-349	-377	-277	-490	-660	-841	-1 278	-913
Halberstadt	-1 129	-524	-213	-382	-363	-207	-176	-314	-300	-483	-424	-452
Jerichower Land	-1 383	-543	-168	-1	-39	-280	-139	-155	-363	-506	-751	-656
Köthen	-678	-401	-176	-261	-238	-129	-262	-358	-449	-591	-679	-476
Mansfelder Land	-1 441	-717	-561	-542	-450	-240	-298	-501	-715	-842	-864	-870
Merseburg-Querfurt	-1 583	-712	-438	-92	-148	-220	-222	-444	-612	-1 093	-1 116	-1 049
Ohrekreis	-803	-332	-39	54	186	233	14	-167	-430	-406	-513	-441
Quedlinburg	-1 350	-781	-484	-566	-281	-261	-224	-290	-355	-509	-633	-505
Saalkreis	-601	-79	-6	15	-43	67	-58	-100	-338	-413	-687	-583
Sangerhausen	-1 045	-647	-444	-570	-449	-147	-220	-437	-564	-612	-705	-403
Schönebeck	-956	-395	-255	-203	-220	-140	-198	-202	-327	-443	-578	-372
Stendal	-2 227	-1 254	-811	-992	-656	-507	-471	-720	-832	-1 182	-1 189	-1 018
Weißenfels	-809	-325	-127	-245	-220	-27	-81	-318	-280	-303	-727	-504
Wernigerode	-1 379	-833	-547	-607	-343	-331	-175	-282	-321	-624	-428	-498
Wittenberg	-1 723	-865	-304	-237	-269	-275	-381	-573	-855	-1321	-1 384	-1 046

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Tab. B16: Binnenwanderungen von/nach Westdeutschland in Sachsen-Anhalt - Wanderungssalden nach Kreisen, je 1000 Einwohner, 1991 bis 2002

													Summe 1991/02	
Kreisfreie Städte:	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	je 1000	Rang
Dessau	-13,7	-6,4	-3,7	-5,1	-5,5	-4,1	-6,0	-8,5	-8,3	-12,7	-17,5	-10,9	-112,3	**1**
Halle	-18,6	-8,9	-4,3	-2,9	-3,2	-2,8	-3,3	-5,9	-7,4	-11,1	-13,8	-9,7	-103,7	**2**
Magdeburg	-10,6	-7,0	-4,5	-2,8	-3,6	-1,0	-2,7	-3,7	-5,4	-7,1	-8,7	-5,7	-69,0	11
Landkreise:														
Altmarkkreis Salzwedel	-7,9	-6,0	-3,1	-0,9	-1,1	-2,2	-3,7	-2,5	-2,2	-3,9	-5,2	-5,8	-45,9	*21*
Anhalt-Zerbst	-10,6	-6,0	-2,7	-1,9	-2,4	-2,0	-2,0	-4,5	-6,1	-7,8	-9,2	-6,8	-64,4	14
Aschersleben-Staßfurt	-11,3	-8,2	-3,9	-3,8	-3,8	-1,9	-4,7	-4,8	-6,5	-6,1	-8,4	-7,9	-76,4	8
Bernburg	-14,6	-9,0	-3,3	-2,8	-2,7	-0,3	-1,6	-3,5	-5,7	-8,1	-9,8	-7,8	-73,6	9
Bitterfeld	-13,9	-6,2	-5,8	-4,0	-2,7	-2,0	-3,5	-6,2	-8,4	-11,1	-12,3	-9,7	-93,1	**4**
Bördekreis	-8,8	-6,7	-3,5	-4,3	-6,7	-1,6	-3,1	-5,2	-4,8	-4,6	-6,2	-3,6	-61,1	16
Burgenlandkreis	-8,7	-5,2	-2,8	-2,5	-2,3	-2,5	-1,9	-3,3	-4,5	-5,9	-9,0	-6,6	-58,5	17
Halberstadt	-13,4	-6,3	-2,6	-4,6	-4,4	-2,5	-2,2	-3,9	-3,7	-6,1	-5,4	-5,8	-63,8	15
Jerichower Land	-14,2	-5,6	-1,7	0,0	-0,4	-2,8	-1,4	-1,5	-3,6	-5,0	-7,5	-6,6	-50,4	20
Köthen	-9,0	-5,4	-2,4	-3,6	-3,3	-1,8	-3,6	-5,0	-6,3	-8,4	-9,7	-6,9	-68,2	12
Mansfelder Land	-12,1	-6,1	-4,8	-4,7	-4,0	-2,1	-2,7	-4,5	-6,5	-7,8	-8,1	-8,3	-76,6	7
Merseburg-Querfurt	-11,1	-5,0	-3,1	-0,7	-1,1	-1,6	-1,6	-3,2	-4,5	-8,1	-8,3	-7,9	-58,5	17
Ohrekreis	-7,5	-3,1	-0,4	0,5	1,7	2,1	0,1	-1,4	-3,6	-3,4	-4,4	-3,8	-22,6	*23*
Quedlinburg	-15,5	-9,1	-5,7	-6,7	-3,4	-3,2	-2,7	-3,6	-4,4	-6,5	-8,1	-6,6	-81,2	6
Saalkreis	-9,4	-1,2	-0,1	0,2	-0,6	0,9	-0,8	-1,3	-4,2	-5,0	-8,4	-7,2	-34,7	*22*
Sangerhausen	-14,0	-8,8	-6,1	-7,8	-6,2	-2,1	-3,1	-6,2	-8,1	-9,0	-10,5	-6,1	-94,4	**3**
Schönebeck	-11,4	-4,8	-3,1	-2,5	-2,7	-1,7	-2,5	-2,6	-4,2	-5,7	-7,6	-4,9	-56,9	18
Stendal	-14,5	-8,3	-5,4	-6,7	-4,4	-3,5	-3,2	-5,0	-5,8	-8,4	-8,6	-7,4	-86,6	5
Weißenfels	-9,6	-3,9	-1,5	-3,0	-2,7	-0,3	-1,0	-4,0	-3,5	-3,8	-9,4	-6,6	-51,7	19
Wernigerode	-13,7	-8,3	-5,5	-6,1	-3,5	-3,4	-1,8	-2,9	-3,3	-6,5	-4,5	-5,3	-67,3	13
Wittenberg	-12,1	-6,2	-2,2	-1,7	-1,9	-2,0	-2,8	-4,2	-6,4	-10,0	-10,7	-8,2	-72,2	10

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Betrachtet man als Nächstes die Wanderungssalden der einzelnen Kreise von und hauptsächlich nach Westdeutschland in Bezug auf die Beteiligung der Altersgruppen (Tabelle B17), so tragen in allen Landkreisen und in einer der drei kreisfreien Städte, Magdeburg, die 18- bis 24-Jährigen den Hauptteil, d.h. sie sind die Gruppe mit der höchsten Wanderungsintensität.

Tab. B17: Binnenwanderungen von/nach Westdeutschland in Sachsen-Anhalt nach Kreisen - Anteile ausgewählter Altersgruppen am gesamten Wanderungssaldo der Jahre 1991 bis 2002

	Insgesamt	u. 18 J.	18 - 24 J.	25 - 29 J.	30 - 49 J.	50 J. u.ä.
Kreisfreie Städte:	in 1000	in Prozent				
Dessau	-8 919	25,1	25,7	11,1	27,0	11,1
Halle	-24 811	26,3	23,0	11,3	27,0	12,4
Magdeburg	-15 741	27,9	28,0	11,9	24,3	7,9
Landkreise:						
Altmarkkreis Salzwedel	-4 560	21,6	59,4	12,7	12,2	-6,0
Anhalt-Zerbst	-4 889	24,2	38,4	11,3	22,4	3,8
Aschersleben-Staßfurt	-7 654	23,0	36,8	11,4	23,0	5,8
Bernburg	-5 031	24,0	37,6	12,0	20,2	6,2
Bitterfeld	-9 742	25,5	27,5	11,2	26,2	9,5
Bördekreis	-4 785	23,5	40,0	9,2	22,5	4,9
Burgenlandkreis	-8 155	21,7	39,7	12,6	21,7	4,3
Halberstadt	-4 967	22,4	44,7	14,2	18,0	0,7
Jerichower Land	-4 984	24,9	45,5	10,9	18,7	-0,1
Köthen	-4 698	21,7	35,5	15,1	22,9	4,8
Mansfelder Land	-8 041	24,7	34,7	12,0	22,7	5,9
Merseburg-Querfurt	-7 729	23,5	32,9	11,6	23,2	8,8
Ohrekreis	-2 644	24,6	78,6	7,9	0,3	-11,3
Quedlinburg	-6 239	22,9	38,3	13,0	21,9	3,9
Saalkreis	-2 826	20,0	45,8	10,7	16,8	6,7
Sangerhausen	-6 243	27,8	29,8	11,1	24,8	6,5
Schönebeck	-4 289	25,7	35,1	11,0	24,8	3,4
Stendal	-11 859	26,8	37,0	9,6	22,5	4,1
Weißenfels	-3 966	26,0	34,6	10,7	23,2	5,4
Wernigerode	-6 368	24,9	38,1	13,2	23,0	0,8
Wittenberg	-9 233	24,9	37,3	10,9	22,7	4,2

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der 18- bis 24-Jährigen am gesamten Wanderungsverlust der Jahre 1991 bis 2002 im Ohrekreis (Σ = -2 644 Menschen): 78,6% aller nach Westdeutschland übergesiedelten Menschen waren zwischen 18 und 24 Jahre alt. Ein kleiner Struktureffekt ist dabei insofern zu berücksichtigen, dass der Ohrekreis bei den über 50-Jährigen ein Wanderungsplus zu verzeichnen hat. Dies gilt ebenso für den Altmarkkreis Salzwedel, der nach dem Ohrekreis mit einem Anteil von 59,4% seiner 18- bis 24-Jährigen am gesamten Wanderungsminus den zweithöchsten Wert aufweist. In der Mehrheit der Krei-

se sind die unter 18-Jährigen die am Wanderungsgeschehen am zweitstärksten beteiligte Gruppe, wobei deren Anteile zwischen 20% (Saalkreis) und 28% (Magdeburg) liegen. An dritter Stelle folgen die 30- bis 49-Jährigen. Nur in den beiden kreisfreien Städten Dessau und Halle weisen sie den vergleichsweise höchsten Anteil an den Wanderungsverlusten auf. Relativ hoch ist hier zudem der Anteil der über 50-Jährigen: 12,4% (Halle) und 11,1% (Dessau), der ansonsten, wie bereits des öfteren erwähnt, relativ gering ausfällt (vgl. Tabelle B17).

Geht man nunmehr in die einzelnen Altersgruppen und untersucht man, welche der Kreise der „Hauptverlierer“ und welche Kreise am wenigsten von Abwanderungsverlusten betroffen sind, so lässt sich folgendes feststellen.

Unter 18-Jährige: In der Summe der Jahre 1991 bis 2002 hat Dessau 2,2 Tausend bzw. rd. 21% seiner unter 18-jährigen Einwohner durch Übersiedelungen in westdeutsche Bundesländer verloren. In dieser Rangfolge nehmen Halle mit einem prozentualen Wanderungsverlust dieser Altersgruppe von rd. 18% und der Landkreis Sangerhausen von 17% den zweiten und dritten Platz ein. Die vergleichsweise geringsten Verluste (hier je 1 000 der Bevölkerung) weisen die Landkreise Ohrekreis (-32,5 ‰), Saalkreis (-41,6 ‰) und Altmarkkreis Salzwedel (-54,9 ‰) auf (vgl. Tabelle B18).

Betrachtet man jeweils die Extremwerte, d.h. die ersten drei Kreise mit den höchsten und die letzten drei Kreise mit den niedrigsten Nettowanderungsziffern (NWZ) im ersten und im letzten Untersuchungsjahr, ergibt sich folgendes (vgl. auch Tabelle B18):

1991/NWZ		2002/NWZ	
1. Halle	-22,6 ‰	**1.** Dessau	-14,5 ‰
2. Bernburg	-19,2 ‰	**2.** Bitterfeld	-13,0 ‰
3. Bitterfeld	-18,4 ‰	**3.** Halle	-11,2 ‰
22. Altmarkkreis Salzwedel	-10,0 ‰	**22.** Schönebeck	-3,6 ‰
23. Bördekreis	-9,8 ‰	**23.** Bördekreis	-2,4 ‰
24. Ohrekreis	-9,3 ‰	**24.** Ohrekreis	-2,2 ‰

Tab. B18: Binnenwanderungen von/nach Westdeutschland in Sachsen-Anhalt - Wanderungssalden der unter 18-Jährigen nach Kreisen

	Summe 1991/2002		1991		2002	
Kreisfreie Städte:	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]
Dessau	-2 242	-206,7	-371	-18,1	-157	-14,5
Halle	-6 520	-181,6	-1 581	-22,6	-403	-11,2
Magdeburg	-4 397	-134,3	-884	-14,5	-245	-7,5
Landkreise:						
Altmarkkreis Salzwedel	-986	-54,9	-259	-10,0	-108	-6,0
Anhalt-Zerbst	-1 183	-95,3	-217	-11,9	-57	-4,6
Aschersleben-Staßfurt	-1 764	-111,1	-355	-13,9	-111	-7,0
Bernburg	-1 207	-116,1	-321	-19,2	-86	-8,3
Bitterfeld	-2 485	-157,2	-496	-18,4	-205	-13,0
Bördekreis	-1 125	-84,5	-183	-9,8	-32	-2,4
Burgenlandkreis	-1 766	-82,0	-410	-11,9	-155	-7,2
Halberstadt	-1 112	-87,6	-249	-12,9	-74	-5,8
Jerichower Land	-1 241	-75,7	-383	-16,8	-130	-7,9
Köthen	-1 019	-94,6	-197	-11,5	-52	-4,8
Mansfelder Land	-1 988	-132,3	-403	-15,4	-129	-8,6
Merseburg-Querfurt	-1 817	-89,2	-421	-13,9	-174	-8,5
Ohrekreis	-651	-32,5	-238	-9,3	-45	-2,2
Quedlinburg	-1 427	-117,9	-345	-17,3	-67	-5,5
Saalkreis	-566	-41,6	-153	-10,3	-89	-6,5
Sangerhausen	-1 734	-165,1	-321	-18,3	-53	-5,0
Schönebeck	-1 103	-94,7	-264	-14,3	-42	-3,6
Stendal	-3 174	-131,0	-655	-16,9	-137	-5,7
Weißenfels	-1 032	-88,5	-240	-13,5	-83	-7,1
Wernigerode	-1 585	-107,5	-399	-17,6	-54	-3,7
Wittenberg	-2 296	-113,0	-542	-16,1	-166	-8,2

1) Je 1000 der unter 18-jährigen Bevölkerung

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

18- bis 24-Jährige: Innerhalb der Jahre 1991 bis 2002 hat der Landkreis Quedlinburg je 1 000 seiner 18- bis 24-jährigen Bevölkerung 361 Menschen bzw. 36% durch Abwanderung nach Westdeutschland verloren. Dem folgt Stendal mit einem Wanderungsverlust von -342,5 ‰. Die noch geringsten Nettowanderungsziffern weisen Weißenfels (-203,8 ‰), der Ohrekreis (-186,8 ‰) und der Saalkreis (-167 ‰) auf (Tabelle B19).

Tab. B19: Binnenwanderungen von/nach Westdeutschland in Sachsen-Anhalt - Wanderungssalden der 18- bis 24-Jährigen nach Kreisen

	Summe 1991/2002		1991		2002	
Kreisfreie Städte:	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]
Dessau	-2 292	-330,9	-349	-40,1	-282	-40,7
Halle	-5 699	-244,9	-1340	-44,3	-688	-29,6
Magdeburg	-4 407	-206,6	-847	-32,0	-433	-20,3
Landkreise:						
Altmarkkreis Salzwedel	-2 710	-288,0	-381	-39,3	-328	-34,9
Anhalt-Zerbst	-1 877	-286,5	-330	-45,2	-246	-37,5
Aschersleben-Staßfurt	-2 818	-322,0	-441	-41,7	-341	-39,0
Bernburg	-1 892	-308,6	-387	-55,2	-234	-38,2
Bitterfeld	-2 680	-289,8	-489	-46,4	-317	-34,3
Bördekreis	-1 913	-277,4	-252	-33,0	-163	-23,6
Burgenlandkreis	-3 240	-268,0	-473	-34,3	-395	-32,7
Halberstadt	-2 218	-321,4	-447	-57,6	-210	-30,4
Jerichower Land	-2 269	-253,2	-442	-51,3	-272	-30,4
Köthen	-1 666	-252,1	-226	-32,0	-195	-29,5
Mansfelder Land	-2 794	-298,9	-522	-51,7	-380	-40,7
Merseburg-Querfurt	-2 539	-215,2	-535	-40,4	-329	-27,9
Ohrekreis	-2 077	-186,6	-329	-33,2	-229	-20,6
Quedlinburg	-2 389	-361,0	-472	-58,3	-242	-36,6
Saalkreis	-1 294	-167,0	-208	-37,3	-211	-27,2
Sangerhausen	-1 863	-324,2	-327	-48,3	-205	-35,7
Schönebeck	-1 507	-235,1	-316	-40,9	-160	-25,0
Stendal	-4 392	-342,5	-711	-48,0	-504	-39,3
Weißenfels	-1 373	-203,8	-265	-36,9	-215	-31,9
Wernigerode	-2 426	-288,2	-434	-46,9	-242	-28,7
Wittenberg	-3 441	-303,9	-594	-46,1	-461	-40,7

1) Je 1000 der 18- bis 24-jährigen Bevölkerung

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Hinsichtlich der o. a. Extremwerte der Nettowanderungsziffern ergibt sich für die Jahre 1991 und 2002 folgende Hierarchie (vgl. auch Tabelle B19):

1991/NWZ

1. Quedlinburg -58,3 ‰

2. Halberstadt -57,6 ‰

3. Bernburg -55,2 ‰

---

22. Ohrekreis -33,2 ‰

23. Bördekreis -33,0 ‰

24. Magdeburg und Köthen -32,0 ‰

2002/NWZ

1. Dessau, Mansfelder Land und Wittenberg -40,7 ‰

2. Stendal -39,3 ‰

3. Aschersleben-Staßfurt -39,0 ‰

---

22. Bördekreis -23,6 ‰

23. Ohrekreis -20,6 ‰

24. Magdeburg -20,3 ‰

25- bis 29-Jährige: Wie bei den unter 18-Jährigen hat auch bei den 25- bis 29-Jährigen die kreisfreie Stadt Dessau innerhalb des Untersuchungszeitraumes 1991 bis 2002 mit -269,2 ‰ den im Vergleich zu den übrigen Kreisen Sachsen-Anhalts stärksten relativen Wanderungsverlust zu verzeichnen. Den zweiten und dritten Platz nehmen die Landkreise Quedlinburg (-242,8 ‰) und Bitterfeld (-227 ‰) ein. Dagegen weisen der Saalkreis mit -77,1 ‰ und der Ohrekreis mit -35,9 ‰ auffällig niedrige Nettowanderungsziffern auf (Tabelle B20).

Tab. B20: Binnenwanderungen von/nach Westdeutschland in Sachsen-Anhalt - Wanderungssalden der 25- bis 29-Jährigen nach Kreisen

	Summe 1991/2002		1991		2002	
Kreisfreie Städte:	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]
Dessau	-987	-269,2	-159	-21,1	-118	-32,2
Halle	-2 801	-196,8	-691	-27,9	-315	-22,1
Magdeburg	-1 871	-150,2	-364	-15,7	-185	-14,9
Landkreise:						
Altmarkkreis Salzwedel	-580	-121,6	-92	-10,2	-82	-17,2
Anhalt-Zerbst	-551	-168,1	-106	-16,4	-78	-23,8
Aschersleben-Staßfurt	-873	-187,9	-165	-18,6	-102	-22,0
Bernburg	-603	-192,2	-124	-21,1	-67	-21,4
Bitterfeld	-1 093	-227,0	-277	-29,7	-112	-23,3
Bördekreis	-438	-117,5	-84	-13,0	-26	-7,0
Burgenlandkreis	-1 029	-164,5	-191	-16,2	-147	-23,5
Halberstadt	-707	-188,1	-167	-24,2	-67	-17,8
Jerichower Land	-543	-114,5	-190	-23,8	-93	-19,6
Köthen	-711	-198,3	-99	-17,2	-100	-27,9
Mansfelder Land	-961	-199,3	-192	-21,9	-133	-27,6
Merseburg-Querfurt	-895	-138,2	-191	-17,6	-172	-26,6
Ohrekreis	-208	-35,9	-115	-13,6	-76	-13,1
Quedlinburg	-813	-242,8	-178	-25,8	-93	-27,8
Saalkreis	-301	-77,1	-91	-19,6	-83	-21,3
Sangerhausen	-691	-223,4	-138	-23,6	-74	-23,9
Schönebeck	-473	-146,7	-147	-21,6	-57	-17,7
Stendal	-1141	-182,1	-269	-20,1	-136	-21,7
Weißenfels	-425	-127,2	-96	-14,7	-54	-16,2
Wernigerode	-841	-192,2	-136	-17,1	-101	-23,1
Wittenberg	-1 011	-171,1	-207	-18,2	-138	-23,4

1) Je 1000 der 25 bis 29-jährigen Bevölkerung

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Für die beiden Jahre 1991 und 2002 ergibt sich eine etwas andere Rangfolge der Nettowanderungsziffern (vgl. auch Tabelle B20):

1991/NWZ		2002/NWZ	
1. Bitterfeld	-29,2 ‰	**1.** Dessau	-32,2 ‰
2. Halle	-27,9 ‰	**2.** Köthen	-27,9 ‰
3. Quedlinburg	-25,8 ‰	**3.** Mansfelder Land	-27,6 ‰
22. Ohrekreis	-13,6 ‰	**22.** Magdeburg	-14,9 ‰
23. Bördekreis	-13,0 ‰	**23.** Ohrekreis	-13,1 ‰
24. Altmarkkreis Salzwedel	-10,2 ‰	**24.** Bördekreis	-7,0 ‰

30- bis 49-Jährige: Hinsichtlich des Verlustes an 30- bis 49-jährigen Menschen innerhalb der Jahre 1991 bis 2002 durch Abwanderungen nach Westdeutschland weisen Dessau mit -105,1 ‰, Halle mit -95,5 ‰ und Bitterfeld mit -80,2 ‰ je 1 000 der Bevölkerung o.a. Alters die vergleichsweise stärksten Werte auf.

Augenfällig ist dagegen der überaus geringe Wanderungsverlust auch hier im Ohrekreis. Aus diesem Landkreis zogen in der Summe der Jahre 1991 bis 2002 nur 8 mehr Menschen im Alter zwischen 30 und 49 Jahren in westliche Bundesländer als von dort her kamen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Ohrekreis, im Gegensatz zu den übrigen Kreisen, in den Jahren 1992 bis 1998 ein Wanderungsplus von insgesamt 531 Personen dieser Altersgruppe zu verzeichnen hatte. Dieses wurde jedoch durch das Wanderungsminus in den Folgejahren wieder nahezu aufgehoben.

Vergleichsweise niedrige Wanderungsverluste je 1 000 ihrer 30- bis 49-Jährigen weisen zudem noch der Altmarkkreis Salzwedel und der Saalkreis auf – jeweils -17,4 ‰ (Tabelle B21).

Betrachtet man auch hier die Extremwerte der Nettowanderungsziffern, so nehmen in den beiden Jahren, 1991 und 2002, Halle und Dessau ebenfalls die ersten Plätze ein (vgl. Tabelle B21):

1991/NWZ		2002/NWZ	
1. Halle	-17,5 ‰	**1.** Halle, Dessau	-11,0 ‰
2. Dessau	-12,4 ‰	**2.** Bitterfeld	-10,6 ‰
3. Jerichower Land	-11,6 ‰	**3.** Merseburg-Querfurt	-7,7 ‰
22. Burgenlandkreis	-5,1 ‰	**22.** Sangerhausen	-3,2 ‰
23. Ohrekreis	-2,8 ‰	**23.** Ohrekreis	-2,7 ‰
24. Altmarkkreis Salzwedel	-2,1 ‰	**24.** Altmarkkreis Salzwedel	-2,4 ‰

Tab. 2 21: Binnenwanderungen von/nach Westdeutschland in Sachsen-Anhalt - Wanderungssalden der 30- bis 49-Jährigen nach Kreisen

	Summe 1991/2002		1991		2002	
Kreisfreie Städte:	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]
Dessau	-2 404	-105,1	-338	-12,4	-251	-11,0
Halle	-6 706	-95,9	-1 532	-17,5	-770	-11,0
Magdeburg	-3 819	-56,5	-573	-7,3	-398	-5,9
Landkreise:						
Altmarkkreis Salzwedel	-556	-17,4	-56	-2,1	-78	-2,4
Anhalt-Zerbst	-1 094	-45,7	-152	-7,1	-131	-5,5
Aschersleben-Staßfurt	-1 758	-57,1	-231	-7,5	-196	-6,4
Bernburg	-1 016	-48,6	-186	-9,1	-124	-5,9
Bitterfeld	-2 556	-80,2	-316	-9,6	-319	-10,0
Bördekreis	-1 076	-42,4	-149	-6,8	-61	-2,4
Burgenlandkreis	-1 766	-41,7	-212	-5,1	-193	-4,6
Halberstadt	-894	-37,1	-178	-7,9	-116	-4,8
Jerichower Land	-934	-29,4	-301	-11,6	-186	-5,9
Köthen	-1 076	-50,7	-115	-5,8	-100	-4,7
Mansfelder Land	-1 822	-58,6	-287	-9,1	-193	-6,2
Merseburg-Querfurt	-1 794	-44,0	-330	-8,7	-314	-7,7
Ohrekreis	-8	-0,2	-82	-2,8	-108	-2,7
Quedlinburg	-1 366	-58,8	-271	-11,5	-93	-4,0
Saalkreis	-475	-17,4	-94	-5,5	-165	-6,0
Sangerhausen	-1 549	-77,0	-197	-9,8	-65	-3,2
Schönebeck	-1 062	-45,5	-170	-7,6	-101	-4,3
Stendal	-2 671	-60,7	-429	-10,5	-214	-4,9
Weißenfels	-922	-39,0	-149	-6,8	-142	-6,0
Wernigerode	-1 465	-51,4	-294	-10,6	-133	-4,7
Wittenberg	-2 100	-52,9	-307	-8,0	-254	-6,4

1) Je 1000 der 30 bis 49-jährigen Bevölkerung

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

50 Jahre und Ältere: Diese Altersgruppe weist, wie des Öfteren erwähnt, in allen Kreisen im Vergleich zu den übrigen Altersgruppen die geringsten absoluten und relativen Wanderungssalden in Richtung Westdeutschland auf. Hier sind es, in der Summe der Jahre 1991 bis 2002 betrachtet, die kreisfreien Städte Halle und Dessau sowie der Landkreis Bitterfeld, die mit einem Wanderungsminus zwischen -28,3 und -21,6 ‰ noch die vergleichsweise höchsten Nettowanderungsziffern aufweisen.

Ein geringes Wanderungsplus je 1 000 der ab 50-Jährigen haben dagegen der Altmarkkreis Salzwedel und der Ohrekreis zu verzeichnen (+7,7 bzw. +7,4 ‰) (Tabelle B22). Auf eine Auflistung der Extremwerte soll wegen der relativ niedrigen Werte an dieser Stelle verzichtet werden.

Tab. B22: Binnenwanderungen von/nach Westdeutschland in Sachsen-Anhalt - Wanderungssalden der 50 Jahre und Älteren nach Kreisen

	Summe 1991/2002		1991		2002	
Kreisfreie Städte:	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]
Dessau	-994	-28,3	-98	-3,1	-56	-1,6
Halle	-3 085	-32,1	-494	-5,5	-155	-1,6
Magdeburg	-1 247	-13,3	-270	-3,1	-31	-0,3
Landkreise:			0			
Altmarkkreis Salzwedel	272	7,7	-28	-0,9	18	0,5
Anhalt-Zerbst	-184	-6,2	-46	-1,7	-6	-0,2
Aschersleben-Staßfurt	-441	-11,0	-97	-2,6	-37	-0,9
Bernburg	-313	-11,3	-102	-3,8	-25	-0,9
Bitterfeld	-928	-21,6	-97	-2,4	-61	-1,4
Bördekreis	-233	-8,0	-58	-2,1	1	0,0
Burgenlandkreis	-354	-6,2	-75	-1,4	-23	-0,4
Halberstadt	-36	-1,2	-88	-3,1	15	0,5
Jerichower Land	3	0,1	-67	-2,1	25	0,7
Köthen	-226	-8,5	-41	-1,6	-29	-1,1
Mansfelder Land	-476	-10,8	-37	-0,9	-35	-0,8
Merseburg-Querfurt	-684	-13,0	-106	-2,1	-60	-1,1
Ohrekreis	300	7,4	-39	-1,1	17	0,4
Quedlinburg	-244	-7,7	-84	-3,0	-10	-0,3
Saalkreis	-190	-6,6	-55	-2,5	-35	-1,2
Sangerhausen	-406	-15,2	-62	-2,5	-6	-0,2
Schönebeck	-144	-4,7	-59	-2,1	-12	-0,4
Stendal	-481	-9,7	-163	-3,6	-27	-0,5
Weißenfels	-214	-6,8	-59	-1,9	-10	-0,3
Wernigerode	-51	-1,3	-116	-3,5	32	0,8
Wittenberg	-385	-7,6	-73	-1,6	-27	-0,5

1) Je 1000 der über 50-jährigen Bevölkerung

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Als eine Schlussfolgerung ist zu ziehen, dass der in allen Altersgruppen relativ geringe Wanderungsverlust im Ohrekreis, Bördekreis und Altmarkkreis Salzwedel dadurch begründet sein kann, dass diese Landkreise direkt an Westdeutschland, genauer an das Land Niedersachsen, grenzen. Und somit dürfte hier Arbeitspendeln eine größere Rolle spielen als längerfristige oder dauerhafte Übersiedlungen in westliche Bundesländer. Darauf deuten die im Vergleich zu den übrigen Kreisen Sachsen-Anhalts relativ niedrigen Arbeitslosenquoten hin: So kamen im Jahr 2002 auf 100 Erwerbstätige im Ohrekreis rd. 15, im Altmarkkreis Salzwedel rd. 17 und im Bördekreis rd. 18 Arbeitslose; die durchschnittliche Arbeitslosenquote im gesamten Land Sachsen-Anhalt betrug rd. 21%.

Interessant ist auch hier, ob es in den einzelnen Kreisen mehr Wanderungsverluste an Frauen oder an Männern gegeben hat. Unter dem Aspekt, dass hohe Abwanderungen von jungen Menschen, insbesondere von jungen Frauen für die Geburten- und Fertilitätsentwicklung

mit entscheidend sein können, möchte ich mich auf die Altersgruppen beschränken, die für die Frauen als „gebärfähige“ gelten, d.h. 15- bis unter 45-Jährige. Betrachtet man allein das letzte Untersuchungsjahr 2002, so weisen alle Kreise Sachsen-Anhalts im Vergleich zu den Männern mehr oder weniger höhere absolute und relative Wanderungsverluste an Frauen in Richtung Westdeutschland auf. Eine einzige Ausnahme bildet die kreisfreie Stadt Dessau: hier war ein etwas höheres Wanderungsminus von -338 Männern gegenüber -307 Frauen bzw. eine höhere Nettowanderungsziffer der Männer von -21,5 gegenüber -21 ‰ der Frauen gegeben (Tabelle B23).

Tabelle B23 zeigt, neben den absoluten und relativen Wanderungsverlusten der einzelnen Kreise an 15- bis unter 45-jährigen Frauen und Männern, die Rangfolge der Kreise hinsichtlich der Differenz zwischen den Nettowanderungsziffern der Frauen und der der Männer auf.

Tab. B23: Binnenwanderungen von/nach Westdeutschland in Sachsen-Anhalt 2002 - Wanderungssalden der 15- bis unter 45-jährigen Frauen und Männer nach Kreisen

	Männer		Frauen		
Kreise:	in +/- P.	je 1000[1)]	in +/- P.	je 1000[1)]	Differenz[2)]
1. Altmarkkreis Salzwedel	-183	-8,1	-329	-16,2	8,2
2. Stendal	-358	-11,6	-522	-18,8	7,2
3. Anhalt-Zerbst	-192	-11,8	-255	-17,3	5,6
4. Wernigerode	-188	-9,5	-266	-14,7	5,2
5. Halberstadt	-174	-10,4	-237	-15,6	5,1
6. Bördekreis	-102	-5,8	-166	-10,6	4,7
7. Mansfelder Land	-338	-15,5	-387	-20,0	4,5
8. Quedlinburg	-195	-12,1	-241	-16,6	4,5
9. Aschersleben-Staßfurt	-283	-13,4	-339	-17,7	4,3
10. Bernburg	-195	-13,3	-229	-17,6	4,3
11. Wittenberg	-392	-14,3	-458	-18,5	4,2
12. Köthen	-180	-11,9	-213	-15,5	3,6
13. Sangerhausen	-161	-11,7	-192	-15,2	3,5
14. Burgenlandkreis	-407	-14,0	-430	-16,3	2,3
15. Magdeburg	-483	-10,0	-539	-12,1	2,1
16. Bitterfeld	-351	-16,0	-360	-18,0	2,0
17. Weißenfels	-208	-12,8	-213	-14,6	1,8
18. Ohrekreis	-194	-7,2	-218	-8,8	1,7
19. Jerichower Land	-275	-12,7	-282	-14,2	1,5
20. Merseburg-Querfurt	-408	-14,4	-397	-15,5	1,2
21. Saalkreis	-236	-12,6	-233	-13,8	1,2
22. Schönebeck	-168	-10,7	-166	-11,6	0,9
23. Halle	-878	-17,2	-862	-18,0	0,8
24. Dessau	-338	-21,5	-307	-21,0	-0,5

1) Je 1000 Männer bzw. Frauen
2) NZW-Frauen - NZW-Männer
Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Demnach ist der Altmarkkreis Salzwedel „Spitzenreiter“: Verlor dieser Landkreis im Jahr 2002 je 1 000 seiner 15- bis unter 45-jährigen Männer rd. 8 durch Übersiedlungen in westliche Bundesländer, waren es bei den gleichaltrigen Frauen rd. 16, d.h. um 8,2 ‰-Punkte mehr. An zweiter und dritter Stelle folgen die Landkreise Stendal (+7,2 ‰-Punkte) und Anhalt-Zerbst (+5,6 ‰-Punkte). Nur unwesentlich höher lag die Nettowanderungsziffer der Frauen im Landkreis Schönebeck (+0,9 ‰-Punkte) und in der Stadt Halle (+0,8 ‰-Punkte) (Tabelle B23).

Die Tatsache hoher Abwanderungsverluste Sachsen-Anhalts an jungen Menschen, insbesondere junger Frauen, muss bei der folgenden Interpretation der Geburten- und Fertilitätsentwicklung in Sachsen-Anhalt und seiner Kreise mit im Auge behalten werden.

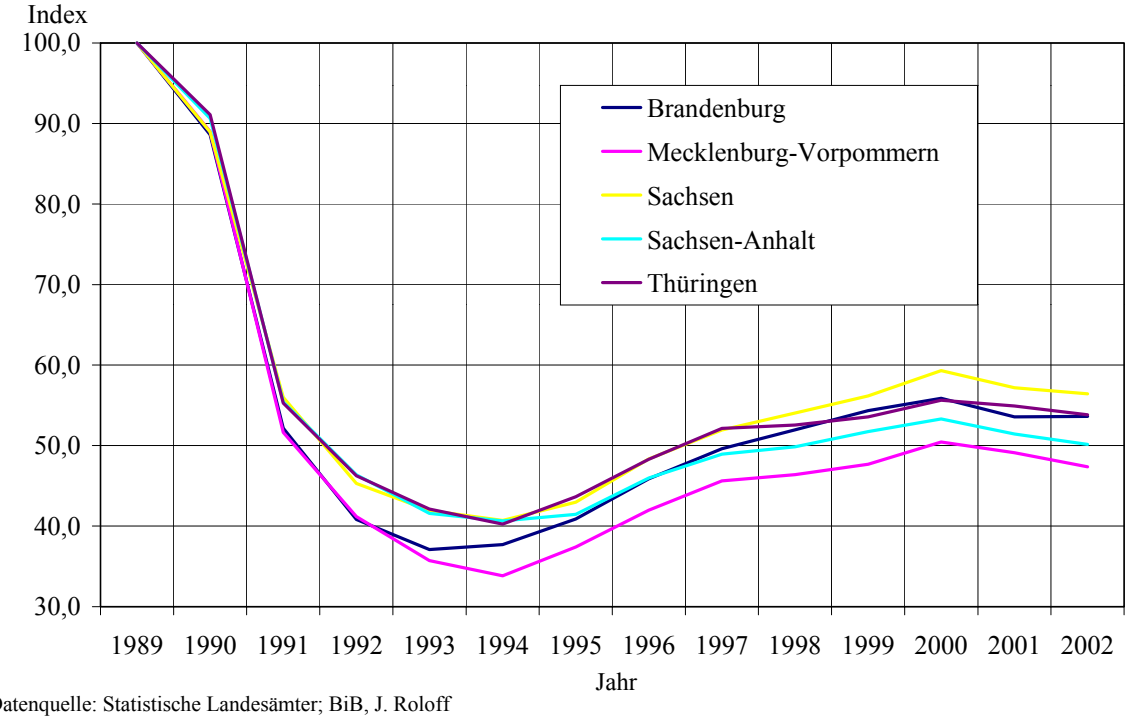
B 3. Geburten und Fertilität

B 3.1 Geburten und Fertilität im Land Sachsen-Anhalt im Kontext der übrigen Neuen Länder

In Sachsen-Anhalt halbierte sich innerhalb der Jahre 1989 bis 2002 die Zahl der Lebendgeborenen: Wurden 1989 35 128 Kinder geboren, waren es 14 Jahre später nur noch 17 617. Der in der Geschichte Deutschlands bisher einmalig so starke Geburtenrückgang fand in allen Neuen Ländern statt. So wurden dort insbesondere innerhalb der ersten Jahre nach der Wende um ein Vielfaches weniger Kinder geboren; die Lebendgeborenenzahlen sanken von 1989 bis 1994, dem bis dato geburtenschwächsten Jahr, in Ostdeutschland im Schnitt um 61,9%. Darunter war Mecklenburg-Vorpommern, das zu DDR-Zeiten die günstigste Geburtenentwicklung aufwies, mit einem Rückgang seiner Geburtenzahlen um 66,2% der „Spitzenreiter“, Sachsen und Sachsen-Anhalt hatten hier mit einem Geburtenrückgang um jeweils 59,3% noch die niedrigsten Werte (vgl. auch Abbildung B14 und Tabelle B24).

In den Jahren 1995 bis 2000 lässt sich in allen ostdeutschen Ländern ein leichter Aufwärtstrend der Geburten feststellen. So lag die Geburtenzahl Sachsen-Anhalts 2000 gegenüber 1994, das damals mit 14 280 Geburten den niedrigsten Stand aufwies, wieder um 31,1% höher; in Sachsen betrug dieser Geburtenanstieg sogar 45,8%. Doch wurde in diesen und in allen übrigen ostdeutschen Ländern das Ausgangsniveau des Jahres 1989 bei weitem nicht mehr erreicht. Innerhalb der letzten beiden Untersuchungsjahre 2001 und 2002 ist in allen Neuen Ländern ein weiterer, allerdings leichter Geburtenrückgang festzustellen: z.B. wurden in Mecklenburg-Vorpommern 2002 gegenüber 2000 um 6,1% weniger Kinder geboren; in Sachsen-Anhalt machte dieser Rückgang 5,9% aus (vgl. auch Abbildung B14 und Tabelle B24).

Abb. B14: Zahl der Lebendgeborenen in den Neuen Ländern, 1989 bis 2002 - Index 1989 = 100%



Datenquelle: Statistische Landesämter; BiB, J. Roloff

Im Jahr 2002 kamen auf 1 000 Einwohner in Sachsen-Anhalt 6,9 Geburten; in Sachsen betrug diese rohe Geburtenziffer 7,2, in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen jeweils 7,1 und in Brandenburg 6,8 ‰ (vgl. auch Tabelle B24)

Tab. B24: Lebendgeborenenzahlen und rohe Geburtenziffer in Sachsen-Anhalt, 1989 bis 2002

	Lebendgeborene		Geburtenziffer
Jahr	Personen	Index 1989 = 100	LB je1000 Ew.
1989	35128	100,0	11,7
1990	31837	90,6	11,0
1991	19459	55,4	6,8
1992	16284	46,4	5,8
1993	14610	41,6	5,2
1994	14280	40,7	5,2
1995	14568	41,5	5,3
1996	16152	46,0	5,9
1997	17194	48,9	6,3
1998	17513	49,9	6,5
1999	18176	51,7	6,8
2000	18723	53,3	7,1
2001	18073	51,4	7,0
2002	17617	50,2	6,9

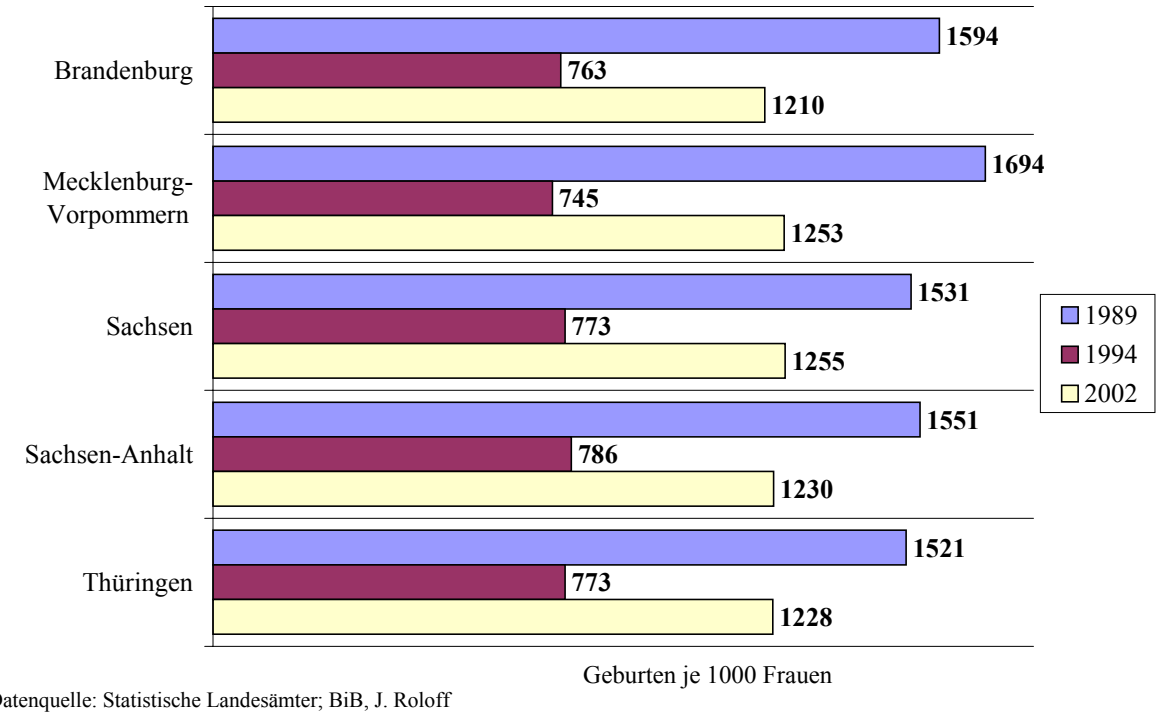
Datenquelle: Statistisches Bundesamt; BiB, J. Roloff

Die rohe Geburtenziffer ist jedoch für die Interpretation des Geburtenniveaus nicht sehr aussagekräftig; hierfür hat die zusammengefasste Geburtenziffer, d.h. die Zahl der Lebendgebo-

renen je 1 000 der Frauen im gebärfähigen Alter, 15- bis und 45-jährige Frauen, mehr Gewicht.

Abbildung B15 zeigt die zusammengefassten Geburtenziffern der Neuen Länder in den Jahren 1989, 1994 und 2002 auf. Mecklenburg-Vorpommern wies damals mit 1 694 Geburten je 1 000 seiner Frauen im gebärfähigen Alter das vergleichsweise höchste, Thüringen dagegen mit 1 521 das niedrigste Geburtenniveau auf. Doch bereits damals wurde in allen ostdeutschen Ländern der einfache Generationenersatz, für den ein durchschnittliches Geburtenniveau von 2,1 Kindern je Frau erforderlich wäre, nicht erreicht. So war dies z.B. für Sachsen-Anhalt im Jahr 1989 nur zu 73,9% der Fall, und im Jahr 1994 war dies nur noch zu 37,4% gewährleistet.

Abb. B15: Zusammengefasste Geburtenziffern in den Neuen Ländern, 1989, 1994 und 2002



Datenquelle: Statistische Landesämter; BiB, J. Roloff

Im Jahr 1994 hatten alle ostdeutschen Länder den Tiefststand ihres Geburtenniveaus erreicht. Dabei lag Sachsen-Anhalt mit einer Geburtenziffer von 786 Kindern je 1 000 Frauen noch am höchsten. Dieses niedrige Geburtenniveau im Jahr 1994 war in Sachsen-Anhalt, wie auch in allen übrigen Neuen Ländern, insbesondere auf den überaus starken Geburtenrückgang bei den 20- bis 24-jährigen Frauen zurückzuführen. Wurden von 1 000 dieser Frauen im Ausgangjahr 1989 noch 702 Kinder geboren, waren es 1994 mit 285 Kindern um das Zweifache weniger. In den Folgejahren sind bei dieser Altersgruppe keine sehr wesentlichen Veränderungen ihres Geburtenniveaus mehr festzustellen: Im Jahr 2000 war mit

329,8 ‰ der bisher höchste Wert zu verzeichnen, der jedoch innerhalb der nächsten zwei Jahre wieder auf 301,8 ‰ sank (vgl. Tabelle B25).

Während die jüngste (15- bis unter 20-Jährige) und älteste (35 Jahre und älter) Altersgruppe nur unwesentlich am allgemeinen Geburtengeschehen in Sachsen-Anhalt beteiligt ist, ist das seit 1994 wieder gestiegene Geburtenniveau bei den zum einen 25- bis 29-jährigen und zum anderen 30- bis 34-jährigen Frauen augenfällig (vgl. Tabelle B25 und Abbildung B16).

Sank die Geburtenziffer der 25- bis 29-jährigen Frauen von 471 (1989) auf 263 (1992), stieg sie danach kontinuierlich und erreichte im letzten Berichtsjahr 2002 mit 463 Geburten je 1 000 Frauen fast wieder das Niveau des Jahres 1989. Die Zahl der je 1 000 der 30- bis 34-jährigen Frauen Lebendgeborenen sank innerhalb der Jahre 1989 bis 1992 von 166 auf 103, um dann ebenfalls bis 2002 auf 295 anzusteigen, womit derzeitig die Geburtenziffer dieser Frauengruppe um Einiges höher als im Ausgangsjahr liegt und zudem fast das Niveau der 20- bis 24-jährigen Frauen erreicht hat.

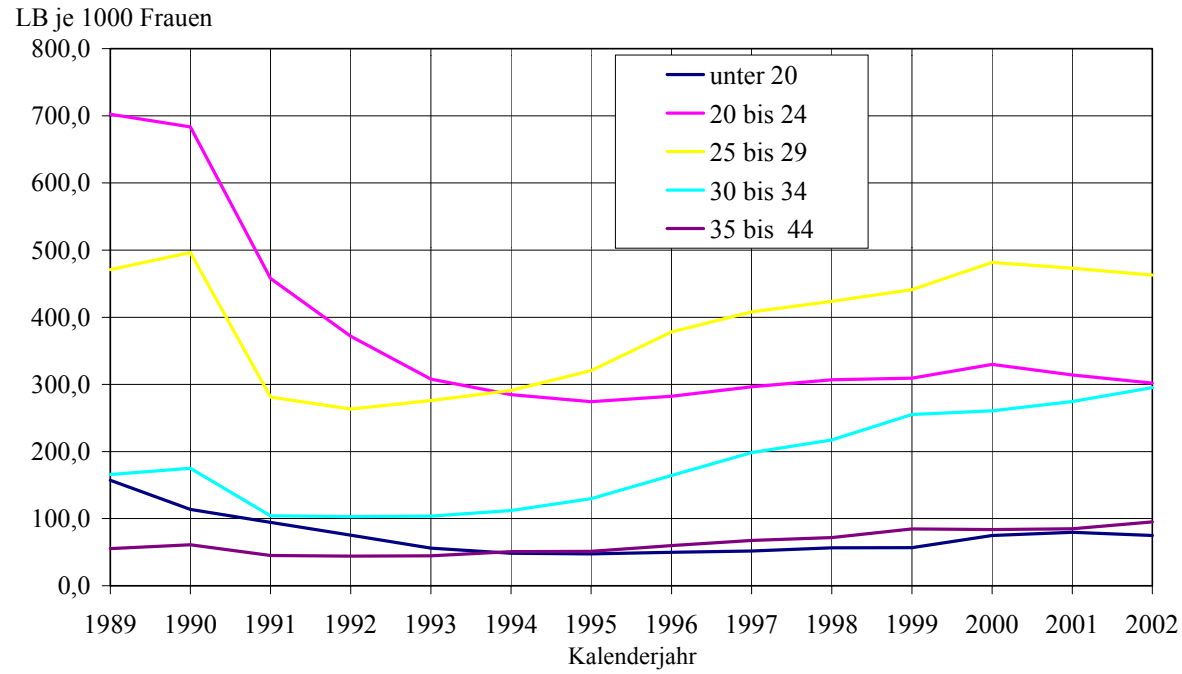
Der Grund für das vergleichsweise schneller gestiegene Geburtenniveau der zwischen 25 und 34 Jahre alten Frauen in Sachsen-Anhalt und ebenso der gleichaltrigen Frauen in den übrigen ostdeutschen Ländern ist eindeutig darin zu sehen, dass erste Kinder immer später geboren werden. Waren im Jahr 1991 die ostdeutschen verheirateten Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes im Schnitt 25 Jahre alt, waren sie 10 Jahre später bereits 28 Jahre alt. Damit hat sich das ostdeutsche durchschnittliche Erstgebäralter weitestgehend dem der westdeutschen Ehefrauen angeglichen; dieses betrug im Jahr 2001 29 Jahre.

Tab. B25: Zusammengefasste und altersspezifische Geburtenziffern in Sachsen-Anhalt, 1989 bis 2002 - je 1000 der Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahre

	Frauen	darunter Frauen im Alter von...bis... Jahre:				
Jahr	insgesamt	unter 20	20 bis 24	25 bis 29	30 bis 34	35 bis 44
1989[1)]	1 551,3	157,1	702,3	470,9	165,8	55,3
1990	1 529,9	113,8	683,5	496,4	175,0	61,2
1991	982,8	94,5	457,9	280,9	104,2	45,3
1992	857,5	75,6	371,5	263,2	103,0	44,2
1993	787,9	56,1	307,7	276,0	103,6	44,4
1994	786,4	48,3	284,6	290,8	111,9	50,8
1995	823,4	47,6	274,1	320,4	129,9	51,4
1996	934,6	49,9	282,2	378,3	164,2	60,0
1997	1 021,8	51,6	296,6	408,0	198,3	67,3
1998	1 076,1	56,4	306,8	423,7	217,2	72,0
1999	1 146,9	56,7	309,1	441,0	255,3	84,8
2000	1 230,2	74,8	329,8	481,4	260,6	83,6
2001	1 226,2	79,7	314,0	473,0	274,5	85,0
2002	1 229,8	75,0	301,8	462,7	295,2	95,1

1) Ermittelt aus den Durchschnittswerten der ehemaligen Bezirke Halle und Magdeburg
Datenquelle: Statistische Landesämter; BiB, J. Roloff

Abb. B16: Altersspezifische Geburtenziffern der Frauen in Sachsen-Anhalt, 1989 bis 2002



Datenquelle: Statistische Landesämter; BiB, J. Roloff

B 3.2 Geburten und Fertilität in den Kreisen Sachsen-Anhalts

Tabelle B26 zeigt die Entwicklung der Lebendgeburten in den Kreisen Sachsen-Anhalts, dabei wurden nur die Jahre ausgewählt, in denen wesentliche Veränderungen zu verzeichnen sind. In den Jahren 1993 bis 1995 erlebten alle Kreise einen eklatanten Absturz ihrer Lebendgeborenenzahlen. Betrachtet man hier die jeweils ersten drei Kreise mit dem stärksten und die jeweils letzten drei Kreise mit dem schwächsten prozentualen Geburtenrückgang in den Jahren 1993 bis 1995, so ergibt sich folgendes:

1993	**1994**	**1995**
1. Saalkreis = -61,1%	**1.** Wittenberg =-59,6%	**1.** Saalkreis = -64,4%
2. Köthen = -59,7%	**2.** Schönebeck = -59,1%	**2.** Bördekreis = -59,6%
3. Bitterfeld = -55,9%	**3.** Dessau = -58,8%	**3.** Burgenlandkreis = -58,6%
----------	----------	----------
22. Bernburg = -51,6%	**22.** Aschersleben-Staßfurt = -51,0%	**22.** Altmarkkreis Salzwedel = -49,8%
23. Jerichower Land, Merseburg-Querfurt = -50,9%	**23.** Jerichower Land = -50,0%	**23.** Ohrekreis = -48,5%
24. Wernigerode = -49,6%	**24.** Bernburg = -49,1%	**24.** Jerichower Land = -47,1%

Tab. B 26:

Lebendgeborenenzahlen in den Kreisen Sachsen-Anhalts nach ausgewählten Jahren, in Personen und Index 1990=100%

	1990		1993		1994		1995		1999		2000		2001		2002	
Kreisfreie Städte:	Pers.	Index	Pers.	Index	Pers.	Index	Pers.	Index	Pers.	Index	Pers.	Index	Pers.	Index	Pers.	Index
Dessau	981	100	453	46,2	404	41,2	441	45,0	499	50,9	569	58,0	520	53,0	489	49,8
Halle	3 518	100	1 610	45,8	1 685	47,9	1 631	46,4	1 995	56,7	2 095	59,6	1 974	56,1	1 913	54,4
Magdeburg	3 108	100	1 389	44,7	1 390	44,7	1 338	43,1	1 578	50,8	1 681	54,1	1 638	52,7	1 651	53,1
Landkreise:																
Altmarkkreis Salzwedel	1 330	100	614	46,2	653	49,1	668	50,2	793	59,6	764	57,4	763	57,4	726	54,6
Anhalt-Zerbst	915	100	412	45,0	382	41,7	385	42,1	507	55,4	530	57,9	486	53,1	471	51,5
Aschersleben-Staßfurt	1 276	100	579	45,4	625	49,0	594	46,6	722	56,6	712	55,8	649	50,9	686	53,8
Bernburg	805	100	390	48,4	410	50,9	382	47,5	459	57,0	457	56,8	478	59,4	430	53,4
Bitterfeld	1 377	100	607	44,1	608	44,2	640	46,5	703	51,1	691	50,2	696	50,5	662	48,1
Bördekreis	936	100	449	48,0	450	48,1	378	40,4	583	62,3	571	61,0	562	60,0	531	56,7
Burgenlandkreis	1 660	100	740	44,6	705	42,5	688	41,4	991	59,7	951	57,3	973	58,6	944	56,9
Halberstadt	934	100	416	44,5	403	43,1	451	48,3	571	61,1	631	67,6	572	61,2	610	65,3
Jerichower Land	1 083	100	532	49,1	542	50,0	573	52,9	724	66,9	740	68,3	764	70,5	693	64,0
Köthen	847	100	341	40,3	375	44,3	392	46,3	496	58,6	535	63,2	490	57,9	455	53,7
Mansfelder Land	1 262	100	575	45,6	543	43,0	597	47,3	694	55,0	703	55,7	660	52,3	711	56,3
Merseburg-Querfurt	1 479	100	726	49,1	705	47,7	701	47,4	879	59,4	927	62,7	949	64,2	881	59,6
Ohrekreis	1 191	100	573	48,1	517	43,4	613	51,5	833	69,9	936	78,6	839	70,4	809	67,9
Quedlinburg	998	100	480	48,1	426	42,7	462	46,3	516	51,7	558	55,9	544	54,5	526	52,7
Saalkreis	694	100	270	38,9	322	46,4	247	35,6	526	75,8	491	70,7	543	78,2	536	77,2
Sangerhausen	865	100	388	44,9	358	41,4	378	43,7	470	54,3	493	57,0	438	50,6	423	48,9
Schönebeck	927	100	438	47,2	379	40,9	420	45,3	556	60,0	518	55,9	493	53,2	502	54,2
Stendal	1 973	100	898	45,5	831	42,1	887	45,0	1 040	52,7	1 074	54,4	1 002	50,8	1 010	51,2
Weißenfels	859	100	399	46,4	371	43,2	381	44,4	501	58,3	558	65,0	515	60,0	481	56,0
Wernigerode	1 164	100	587	50,4	528	45,4	499	42,9	668	57,4	659	56,6	613	52,7	664	57,0
Wittenberg	1 655	100	744	45,0	668	40,4	722	43,6	872	52,7	879	53,1	912	55,1	813	49,1

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Der Saalkreis weist die vergleichsweise ungünstigste Geburtenentwicklung auf: Von 1990 bis 1993 sanken hier die Lebendgeborenenzahlen auf 38,9 bzw. um 61,1% und bis 1995 um weitere 3,3%. Das Jerichower Land hatte im Durchschnitt der drei geburtenschwächsten Jahre noch den vergleichsweise geringsten Geburtenrückgang zu verzeichnen; d.h. im Jahr 1995 wurden gegenüber 1990 „nur“ um 47,1% weniger Kinder geboren bzw. sank die Geburtenzahl auf 52,9% (vgl. Tabelle B26).

In den Jahren nach 1995 stieg in allen Kreisen Sachsen-Anhalts die Zahl der Lebendgeborenen wieder. Betrachtet man diese Entwicklung anhand der Kreise, die in den Jahren 1993 bis 1995 die jeweils ersten dreistärksten Plätze des Geburtenrückganges einnahmen, so ergibt sich für das letzte Untersuchungsjahr 2002 folgende Hierarchie der prozentualen Zunahme der Geburten gegenüber 1995 (vgl. auch Tabelle B26):

1. Saalkreis = um das 2,2-Fache
2. Bördekreis = +40,5%
3. Burgenlandkreis = +37,2%
4. Schönebeck = +19,5%
5. Köthen = +16,1%
6. Wittenberg = +12,6%
7. Dessau = +10,9%
8. Bitterfeld = +3,4%

Gerade der Kreis mit dem ehemals stärksten Geburtentief, der Saalkreis, hat im Vergleich zu allen übrigen Kreisen am stärksten aufgeholt: Wurden im Jahr 1995 in diesem Landkreis 247 Kinder geboren, waren es acht Jahre später wieder 536 bzw. um das 2,2-Fache mehr. Der Bördekreis und der Burgenlandkreis folgen mit einem prozentualen Anstieg ihrer Geburten 2002 gegenüber 1995 um 40,5 bzw. um 37,2% an zweiter bzw. dritter Stelle.

Allgemein muss dazu vermerkt werden, dass alle bisherigen soziologischen Analysen darauf hindeuten, dass der Anstieg der Geburten ab Mitte der 90er Jahre Nachholeffekte sind: viele Geburten, insbesondere erster und zweiter Kinder, die in den Jahren kurz nach der Wende aus vielerlei Gründen heraus, z.B. Unsicherheit des Arbeitsplatzes, nicht stattfanden, werden nun nachgeholt. Doch konnte kein Kreis Sachsen-Anhalts mit dem neuerlichen Anstieg seiner Geburten das Ausgangsniveau der Jahre 1989/1990 wieder erreichen. Bei dem Saalkreis ist dies noch am ehesten der Fall. D.h. er erreichte in den Jahren 2001 und 2002 zu rd. 78 bzw. 77% wieder das Ausgangsniveau des Jahres 1990. Am weitesten davon entfernt sind dagegen die Landkreise Bitterfeld (48,1%) und Sangerhausen (48,9%) (vgl. Tabelle B26).

Diese Entwicklung wird anhand der zusammengefassten Geburtenziffern der Kreise noch deutlicher. Das Geburtenniveau, d.h. die Zahl der Geburten je Frau im gebärfähigen Alter,

stellt sich in allen Jahren (hier erst ab 1991) zwischen den Kreisen Sachsen-Anhalts sehr unterschiedlich dar. Betrachtet man die zusammengefassten Geburtenziffern der einzelnen Kreise auf den Landesdurchschnitt bezogen im jeweils ersten und letzten Jahr unseres Untersuchungszeitraums, so lässt sich folgendes feststellen. Im Jahr 1991 weisen von 24 Kreisen allein 14 ein gegenüber dem Landesdurchschnitt (982,8 Geburten je 1 000 Frauen) höheres Geburtenniveau auf. „Spitzenreiter“ war der Altmarkkreis Salzwedel: hier wurden je 1 000 Frauen 1 100 Kinder geboren; somit lag dieses Geburtenniveau um 11,9% über dem Landesdurchschnitt. Die Landkreise Stendal und Sangerhausen folgten mit einem um 10,1 bzw. 9,1% höherem Niveau. Weit unter dem Landesdurchschnitt lagen dagegen Dessau mit einer damaligen Geburtenziffer von 832,4 Kindern je 1 000 seiner Frauen, d.h. um -16,2%, Bernburg mit 885,8 ‰ bzw. um -9,9% und der Ohrekreis mit 905,2 ‰ bzw. um -7,9% (vgl. Tabellen B27 und B28).

Tab. B27: Zusammengefasste Geburtenziffern in den Kreisen Sachsen-Anhalts, 1991 und 2002, Geburtenniveau des Landes Sachsen-Anhalt = 100%

Kreisfreie Städte:	1991	2002
Dessau	83,8	91,8
Halle	94,7	99,8
Magdeburg	95,8	97,3
Landkreise:		
Altmarkkreis Salzwedel	111,9	106,4
Anhalt-Zerbst	95,1	97,7
Aschersleben-Staßfurt	102,1	104,1
Bernburg	90,1	95,6
Bitterfeld	99,4	95,2
Bördekreis	106,4	101,1
Burgenlandkreis	105,6	104,0
Halberstadt	108,5	115,3
Jerichower Land	101,5	102,0
Köthen	103,4	92,5
Mansfelder Land	99,4	106,2
Merseburg-Querfurt	93,8	95,8
Ohrekreis	92,1	73,6
Quedlinburg	103,3	108,2
Saalkreis	104,2	93,5
Sangerhausen	109,1	98,0
Schönebeck	103,2	102,7
Stendal	110,1	108,2
Weißenfels	99,9	95,5
Wernigerode	95,4	106,4
Wittenberg	104,6	96,4

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Tab. B28: Zusammengefasste Geburtenziffern in den Kreisen Sachsen-Anhalts in ausgewählten Jahren

	1991	1993	1994	1995	1999	2000	2001	2002	Diff.[1)]
Kreisfreie Städte:									
Dessau	823,4	735,6	682,6	769,1	1 004,6	1 190,8	1 162,8	1 128,7	305
Halle	930,9	750,4	798,4	800,7	1 155,1	1 267,5	1 235,7	1 227,9	297
Magdeburg	942,0	724,2	743,6	753,2	1 058,9	1 177,4	1 177,6	1 196,7	255
Landkreise:									
Altmarkkreis Salzwedel	1 100,0	876,4	949,0	957,7	1 310,3	1 291,5	1 341,3	1 309,2	209
Anhalt-Zerbst	934,2	792,2	730,6	782,9	1 113,9	1 243,7	1 193,8	1 202,3	268
Aschersleben-Staßfurt	1 003,5	796,3	883,6	868,3	1 193,8	1 236,3	1 142,1	1 280,0	277
Bernburg	885,8	818,9	895,5	860,0	1 159,7	1 154,7	1 264,8	1 175,5	290
Bitterfeld	976,7	787,7	804,2	863,3	1 082,0	1 121,8	1 201,0	1 171,2	195
Bördekreis	1 046,1	845,3	869,5	728,3	1 194,5	1 222,0	1 255,6	1 243,6	198
Burgenlandkreis	1 037,9	757,4	745,5	756,4	1 193,5	1 209,1	1 279,2	1 279,8	242
Halberstadt	1 066,7	770,6	759,3	881,8	1 226,5	1 281,2	1 288,0	1 418,7	352
Jerichower Land	997,4	814,9	846,9	882,6	1 177,1	1 254,4	1 353,8	1 254,0	257
Köthen	1 015,9	690,5	773,6	829,6	1 142,2	1 269,9	1 202,9	1 137,4	122
Mansfelder Land	977,0	800,3	775,5	890,0	1 151,3	1 213,2	1 161,4	1 305,7	329
Merseburg-Querfurt	921,4	793,3	786,0	786,0	1 079,0	1 190,3	1 239,9	1 178,4	257
Ohrekreis	905,2	811,8	738,4	853,6	1 139,7	1 309,8	1 197,4	1 171,3	266
Quedlinburg	1 015,2	845,5	792,5	883,3	1 150,0	1 303,6	1 298,2	1 330,8	316
Saalkreis	1 023,9	678,7	807,6	846,1	1 110,8	1 038,9	1 163,4	1 150,4	127
Sangerhausen	1 072,3	810,3	757,8	853,0	1 197,8	1 294,3	1 182,2	1 204,8	133
Schönebeck	1 014,5	800,4	716,6	824,8	1 232,8	1 196,9	1 212,2	1 263,5	249
Stendal	1 081,9	848,3	806,1	898,4	1 206,6	1 340,1	1 268,7	1 331,2	249
Weißenfels	981,9	783,0	727,9	763,5	1 118,5	1 296,0	1 233,1	1 174,1	192
Wernigerode	937,4	895,0	825,5	811,0	1 212,4	1 218,6	1 175,5	1 308,2	371
Wittenberg	1 028,2	806,4	731,4	806,4	1 095,7	1 183,7	1 261,3	1 186,1	158

1) Differenz: 2002 gegenüber 1991 um...mehr geborene Kinder je 1000 Frauen

Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; BiB, J. Roloff

Geht man 12 Jahre weiter und betrachtet man das aktuelle Geburtenniveau der Kreise im Jahr 2002, so lässt sich generell feststellen, dass in allen Kreisen jetzt pro Frauen mehr Kinder geboren werden. Dabei liegt der Landkreis Halberstadt mit einer Geburtenziffer von 1 418,7 ‰ sogar über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (1 350 ‰) und demzufolge mit 15,3% auch über dem Landesdurchschnitt (1 230 ‰). An das durchschnittliche Geburtenniveau Deutschlands kommen annähernd zudem die Landkreise Stendal (1 331,2 ‰) und Quedlinburg (1 330,8 ‰) (vgl. Tabellen B27 und B28).

Es handelt sich interessanterweise gerade um die Landkreise, die einen vergleichsweise hohen Wanderungsverlust an 15- bis unter 45-jährigen Frauen in Richtung Westen zu verzeichnen haben (vgl. Tabelle B23). Ein Erklärungsansatz hierfür könnte sein, dass insbesondere gut ausgebildete junge Frauen nach Westdeutschland übersiedeln, Frauen mit einer geringeren Ausbildung dagegen weniger mobil sind, (schon allein durch deren geringeren Nachfrage am Arbeitsmarkt bedingt). Und es ist erwiesen, dass gerade hochqualifizierte Frauen weniger bzw. gar keine Kinder haben. Gegenwärtig rechnet man damit, dass ca. 40% der Akademikerinnen in Deutschland kinderlos bleiben werden. Dieser Zusammenhang „Bildungsgrad – Mobilität – Geburtenverhalten“ müsste jedoch tiefergehend untersucht werden. Interessant ist zudem, dass der am Wanderungsgeschehen Sachsen-Anhalts am wenigsten beteiligte Ohrekreis im Jahr 2002 mit seiner Geburtenziffer von 1 171,3 Kindern je 1 000 Frauen am weitesten unter dem Landesdurchschnitt liegt – um 26,4% (vgl. Tabelle B27). Inwieweit hier ein Zusammenhang zwischen dem weiter oben vermuteten Arbeitspendeln in benachbarte westliche Bundesländer und dem Geburtenverhalten besteht, müsste ebenfalls näher untersucht werden. Ein Beleg hierfür könnte sein, dass der Ohrekreis im Vergleich zu allen übrigen Kreisen die geringste Arbeitslosenquote bei den Frauen aufweist: Im Jahr 2002 betrug diese 14,9% gegenüber 21,5% im gesamten Land Sachsen-Anhalt.

Tabelle B28 zeigt die Entwicklung des Geburtenniveaus der Kreise in ausgewählten Jahren auf. Dieses liegt in allen Kreisen in den geburtenschwächsten Jahren 1993 bis 1995 unter einem Kind pro Frau. Betrachtet man, wie bei der Entwicklung der absoluten Geburtenzahlen, die jeweils ersten drei Kreise mit dem geringsten und die jeweils drei letzten Kreise mit dem stärksten Geburtenniveau, so folgt diese Rangfolge logischerweise, jedoch nicht in allen Fällen, der des absoluten Geburtenrückganges:

1993	1994	1995
1. Saalkreis = 678,7 ‰	**1.** Dessau = 682,6 ‰	**1.** Bördekreis = 728,3 ‰
2. Köthen = 690,5 ‰	**2.** Schönebeck = 824,8 ‰	**2.** Magdeburg = 753,2 ‰
3. Magdeburg = 724,2 ‰	**3.**Weißenfels = 727,9 ‰	**3.** Burgenlandkreis = 756,4 ‰
---	---	---
22. Stendal = 848,3 ‰	**22.** Aschersleben-Staßfurt = 883,6 ‰	**22.** Mansfelder Land = 890,0 ‰
23. Altmarkkreis Salzwedel = 876,4 ‰	**23.** Bernburg = 895,5 ‰	**23.** Stendal = 898,4 ‰
24. Wernigerode = 895,0 ‰	**24.** Altmarkkreis Salzwedel = 949,0 ‰	**24.** Altmarkkreis Salzwedel = 957,7

Der Saalkreis weist somit auch hier die vergleichsweise ungünstigste Entwicklung auf: Wurden im Jahr 1991 je 1 000 seiner Frauen rd. 1 024 Kinder geboren, waren es zwei Jahre später nur noch rd. 679. Der Altmarkkreis Salzwedel hatte im Durchschnitt der drei geburtenschwächsten Jahre noch das vergleichsweise höchste Geburtenniveau zu verzeichnen; d.h. bis 1993 sank dieses von 1 100 (1991) auf 876,4 ‰ und stieg in den folgenden zwei Jahren wieder auf 957,7 ‰; im letzten Jahr 2002 hatte dieser Landkreis eine Geburtenziffer von 1 309 Kindern je 1 000 Frauen erreicht.

Im Jahr 2002 wurden im Land Sachsen-Anhalt im Vergleich zu 1991 je 1 000 Frauen rd. 247 Kinder mehr geboren. Innerhalb der Kreise nimmt hier Wernigerode mit einem Geburtenzuwachs von 371 Kindern je 1 000 Frauen den ersten Platz ein; dem folgen Halberstadt mit +352 und das Mansfelder Land mit +329 Kindern (vgl. Tabelle B28).

Es bleibt abzuwarten, ab wann und ob überhaupt Sachsen-Anhalt, und auch die übrigen ostdeutschen Länder, eine Annäherung ihres Geburtenniveaus an das der alten Bundesländer erfahren werden. Das Statistische Bundesamt geht in seiner neuesten Bevölkerungsvorausberechnung (10. Koordinierte) davon aus, dass sich die Geburtenhäufigkeit in den Neuen Ländern (derzeitig 1,1 Kinder pro Frau) bis zum Jahr 2010 dem der alten Bundesländer angeglichen haben wird. Von da ab wird in West- und Ostdeutschland das Geburtenniveau mit 1,4 Kindern pro Frau konstant bleiben, was in den alten Bundesländern bereits seit Mitte der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts der Fall ist.

B 4. Zusammenfassung

Im Vergleich zu den anderen Neuen Ländern hat das Land Sachsen-Anhalt seit 1989 den stärksten Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Dieser ist überwiegend mehr durch die hohen Wanderungsverluste und weniger durch die Sterbefallüberschüsse determiniert.

Die in allen Neuen Ländern auftretenden Wanderungsgewinne aus dem Ausland werden durch hohe Binnenwanderungsverluste kompensiert, so dass die Länder im Endergebnis durch Wanderungen mehr Menschen verloren als gewonnen haben.

Alle ostdeutschen Bundesländer, insbesondere Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, haben anteilig mehr Binnenwanderungsverluste in Richtung Westdeutschland als in Richtung Ostdeutschland und Berlin zu verbuchen.

Die Binnenwanderungsströme aus/nach Sachsen-Anhalt verlaufen insbesondere nach/aus Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg.

In allen Neuen Ländern sind mehr Frauen als Männer am Binnenwanderungsgeschehen beteiligt; d.h. die Nettowanderungsziffern der Frauen lagen im allgemeinen höher als die der Männer.

Am Binnenwanderungsgeschehen, und dies gilt ebenfalls für alle Neuen Länder, sind hauptsächlich die klassischen Altersgruppen jeglicher Wanderungen, die unter 25-Jährigen, beteiligt. Somit hat auch Sachsen-Anhalt erhebliche Verluste an Menschen dieses Alters in Richtung Westen zu verbuchen; nur bei den Älteren, den über 65-Jährigen, lassen sich leichte Wanderungsgewinne feststellen.

Die Landkreise Sachsen-Anhalts, die direkt an Westdeutschland grenzen, weisen im Vergleich zu allen übrigen Kreisen die niedrigsten Nettowanderungsziffern aus. Hier scheint Arbeitspendeln eine höhere Priorität zu haben als zeitweilige oder dauerhafte Abwanderungen.

In allen ostdeutschen Ländern sank die Zahl der Lebendgeborenen in den ersten Jahren nach der Wende auf einen in der Geschichte Deutschlands bisher einmaligen Tiefststand. Dabei wies Sachsen-Anhalt noch den vergleichsweise niedrigsten Geburtenrückgang auf.

Seit Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts ist ein leichter Aufwärtstrend der Geburtenzahlen zu verzeichnen. Dies ist vor allem auf das wieder gestiegene Geburtenniveau bei den 25- bis 34-jährigen Frauen zurückzuführen.

Die Fertilitätsentwicklung stellt sich in den Kreisen Sachsen-Anhalts recht unterschiedlich dar. Interessanterweise haben gerade die Kreise mit relativ hohen Wanderungsverlusten an Frauen im gebärfähigen Alter das vergleichsweise höchste Geburtenniveau.

C Wanderung und Heimatbindung junger Menschen aus Sachsen-Anhalt – Ergebnisse der Wanderungsstudie

(Antje Gerloff)

C 1. Methodik und Vorgehensweise

Im Rahmen der mehrstufigen Analyse nehmen die Telefoninterviews und die ihnen vorangehenden Adressenanalysen einen zentralen Platz ein. Die Untersuchungsgruppe wurde auf alle abgewanderten Frauen und Männer im Alter zwischen 18-35 Jahren festgelegt, welche ihren Hauptwohnsitz im Jahr 2002 von Sachsen-Anhalt in ein anderes Bundesland verlagerten. Somit konnte sichergestellt werden, dass die wanderungsaktivsten Bevölkerungsgruppen erfasst werden und die Entscheidung wegzugziehen nur einen kurzen Zeitraum zurücklag. Mit der Unterstützung des Ministeriums des Inneren wurden alle Meldeämter des Landes Sachsen-Anhalt angeschrieben und um die Erarbeitung und Zusendung der benötigten Daten gebeten. Die Kooperation verlief sehr gut, so dass wir einen Rücklauf von 92% der Meldeämter verzeichnen konnten. Nach der Bereinigung der Datensätze standen uns 11 842 Adressen zur Verfügung, davon haben wir 1277 telefonisch erreicht und 1046 haben an der telefonischen Befragung teilgenommen. Bezogen auf die Grundgesamtheit unserer bereinigten Datensätze haben wir 10,8% davon in die Befragung integrieren können, womit die Repräsentativität der Ergebnisse gewährleistet war. Es wurden Einzelpersonen befragt und keine Haushalte.

Die Verweigerungsquote fällt mit 18% sehr niedrig aus. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Thema der Abwanderung, das Verlassen der alten Heimat, das Aufbauen eines neuen Lebensmittelpunktes für die Befragten besondere Brisanz besitzt. Auch wurde es von vielen Interviewten als positiv bewertet, dass sich das Land Sachsen-Anhalt um sie kümmert bzw. genau wissen möchte, aus welchem Grund sie fortgezogen sind.

Die telefonische Befragung wurde von StudentInnen der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) durchgeführt und fand im Zeitraum vom 09.2003-12.2003 statt. Die InterviewerInnen wurden von Diplom-Psychologin Birgit Böhm (wiss. Mitarbeiterin und Kommunikationstrainerin) für das Führen eines Telefoninterviews und in Methoden der Telefonbefragung geschult, so dass die Professionalität bei der Befragung gewährleistet war.

Im Anschluss an die Telefonbefragung wurden 43 qualitativ angelegte, tiefergehende persönliche Interviews mit ProbandInnen an ihrem neuen Wohnort durchgeführt. Es kamen sowohl Interviews mit einzelnen Personen wie auch mit Familien zustande (4 Familieninterviews, 11 Interviews mit Männern und 28 Interviews mit Frauen).

Zur Operationalisierung des Forschungsinteresses, der Ergründung von Migrationsursachen in geschlechtsspezifischer Weise wurde eine methodische Triangulation angewendet. Um zu einer angemessenen valideren Erfassung des empirischen Untersuchungsgegenstandes zu gelangen, hat sich eine Kombination von quantitativen und qualitativen Methodologien angeboten. Das Potenzial einer solchen Methodenkombination liegt insbesondere darin, unterschiedliche Perspektiven und Aspekte des untersuchten Gegenstandes zu thematisieren (Flick 1995, 433). Den Ausgangspunkt der Triangulationsdebatte stellten die Thesen Norman K Denzins dar, der sich bereits vor mehr als 30 Jahren dem Problem der Erhebung und Analyse empirischen Materials widmete und ein additiv-kumulatives Vorgehen durch die Kombination verschiedener Erhebungsmethoden postulierte (Denzin 1977). Innerhalb der methodischen Triangulation unterscheidet Denzin die Within-method und die Across-method. In der zuerst genannten Version werden unterschiedliche Auswertungsverfahren kombiniert, die auf einen Datensatz Anwendung finden. Die zweite Variante, welche in der Arbeit Anwendung findet, beinhaltet die Kombination verschiedener Forschungs- bzw. Erhebungsmethoden, um ein empirisches Phänomen zu untersuchen. Voraussetzung für eine Across-method-Triangulation ist die Erfassung des zu untersuchenden Phänomens durch mindenstens zwei verschiedene Erhebungsmethoden, wodurch grundsätzlich von einer höheren Validität des Datenpools ausgegangen werden kann. In der gesamten Studie und in besonderer Weise hinsichtlich der Frage der Abwanderung wurde dies umgesetzt. Dabei wurde darauf geachtet, dass die gewonnenen Daten nicht nur nacheinander abgehandelt bzw. aneinander angereiht werden, sondern in Form einer geeigneten Verknüpfung ausgewertet werden.

Grundsätzlich werden zur Integration quantitativer und qualitativer Methoden drei Ansätze unterschieden:

- Das Phasenmodell: Hier werden zuerst qualitative Verfahren angewandt, um anschließend – und insofern chronologisch – die hieraus gewonnenen Hypothesen im Rahmen einer Hypothesenprüfung mittels standardisierter Verfahren zu prüfen
- Das Konvergenzmodell: Es wurde von qualitativen Methodologen entwickelt, wo ebenfalls versucht wird, qualitative und quantitative Ergebnisse zu erhärten. Hierbei dienen jedoch die gewonnenen Daten zur gegenseitigen Validierung. Beide Methodenstränge werden hinsichtlich der Gültigkeit und Zuverlässigkeit ihrer Ergebnisse als relativ gleichberechtigt betrachtet.
- Das Komplementaritätsmodell: Hier wird betont, dass qualitative und quantitative Methoden sich auf unterschiedliche Gegenstandsbereiche beziehen. Demzufolge könnten Ergebnisse qualitativer und quantitativer Untersuchungen gerade nicht zur gegenseitigen Validierung verwendet werden, sondern würden sich in spezifischer Weise ergänzen.

Aufbauend auf den obigen Erkenntnissen wurde für diese Arbeit eine Across-method-Triangulation i.S. des Konvergenzmodells durchgeführt. Denn die Untersuchung erfolgt mittels mehrerer verschiedener Erhebungsmethoden. Grundsätzlich ließ sich für dieses Projekt feststellen, dass die quantitativ erhobenen Daten wie auch die qualitativ erhobenen Daten sich in ihren Inhalten bestätigt haben, d.h., die Aussagen, welche aus der repräsentativen Befragung hervorgegangen sind, wurden durch die Ergebnisse der persönlichen Interviews bekräftigt.

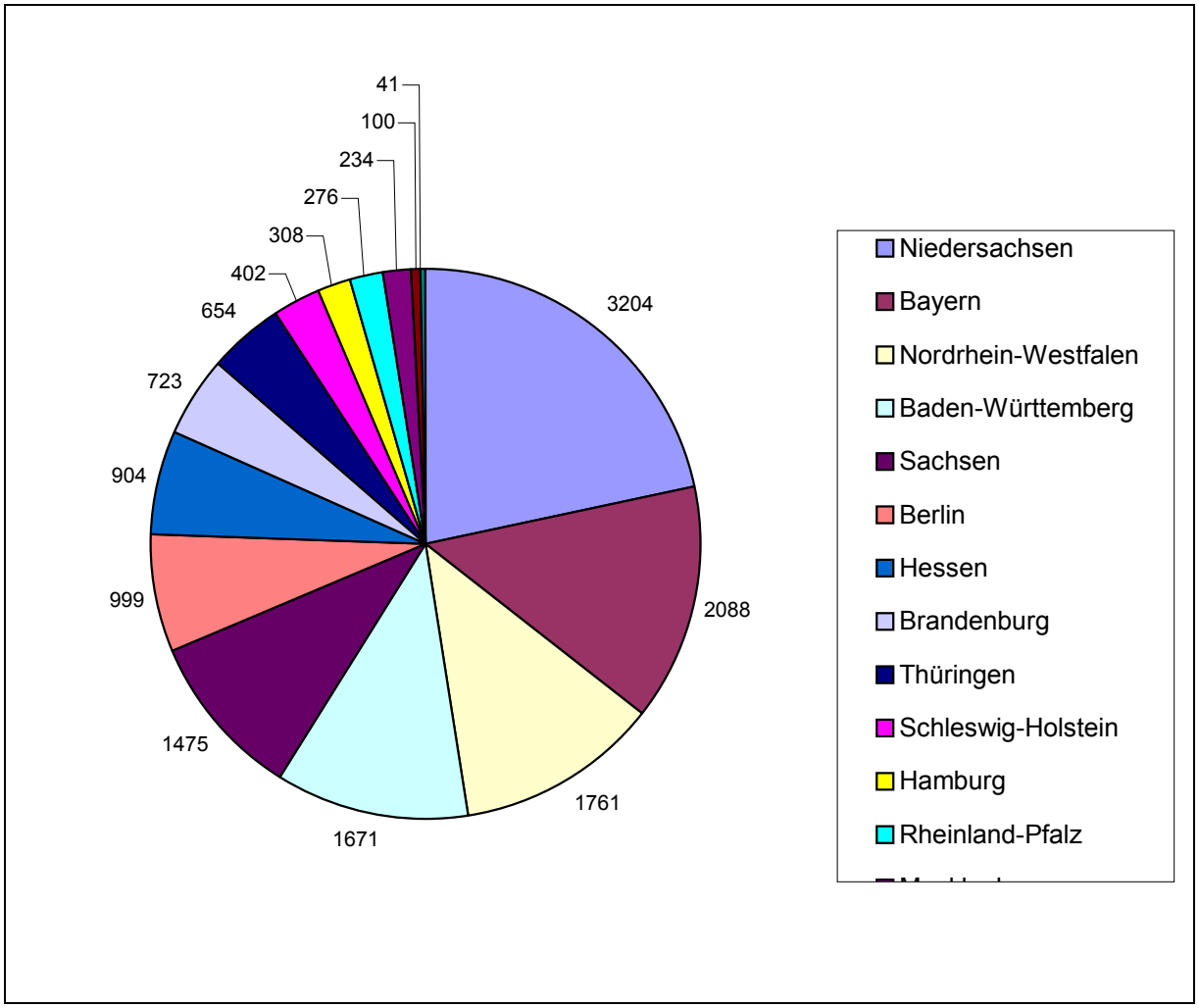
C 2. Charakterisierung der FortzüglerInnen

Aufgrund der sehr guten Mitarbeit der Meldeämter in den einzelnen Verwaltungsgemeinschaften konnte eine fast komplette Vollerhebung realisiert werden. Es wurden 215 Meldeämter angeschrieben und um die Übermittlung aller Datensätze der im Jahr 2002 abgewanderten 18-35 Jährigen Frauen und Männer aus ihrer Verwaltungsgemeinschaft, welche in ein anderes Bundesland gezogen waren, gebeten. Die Rücklaufquote betrug mit 195 Meldeämtern ca. 90,7%. Nach Bereinigung der Datensätze stehen der Befragung 14840 Datensätze mit 8100 Frauen und 6740 Männern zur Verfügung.

Wegzugsziele

Abbildung C1 verdeutlicht die Ausprägung der Migrationsströme in die anderen Bundesländern.

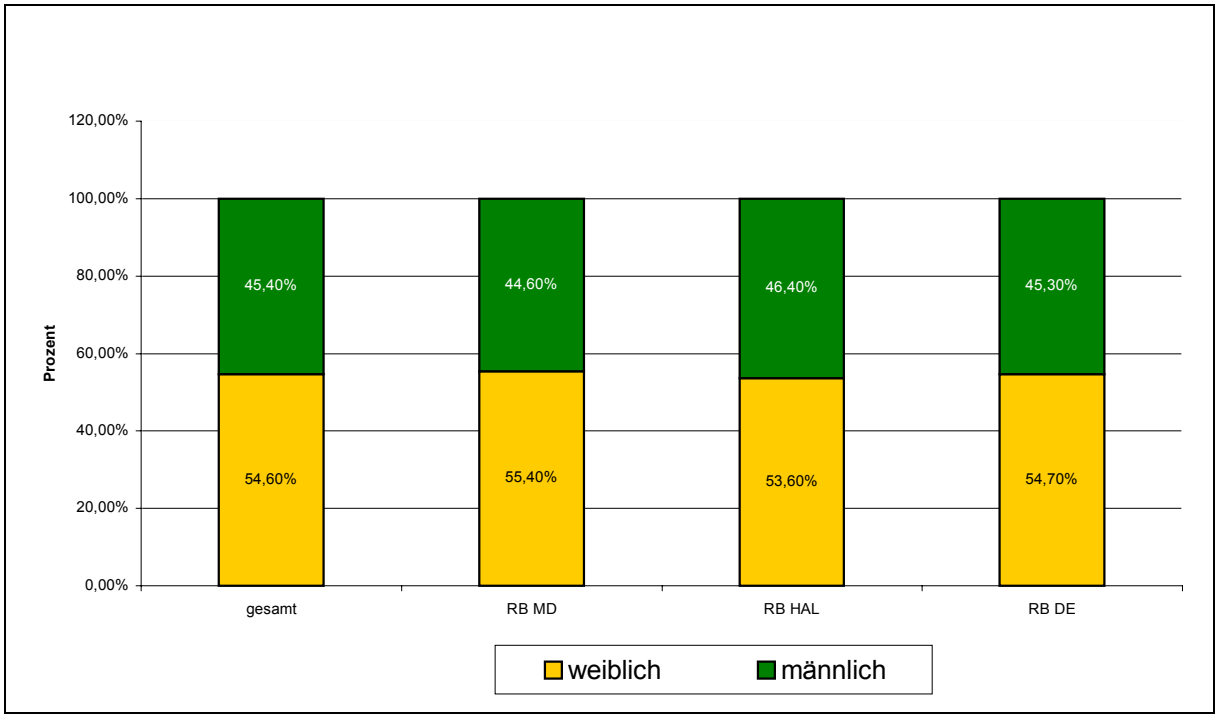
Abb. C1: Wegzug in die anderen Bundesländer für 2002



Quelle: Eigene Datenerhebung, Fachhochschule Magdeburg-Stendal

Abbildung C 2 zeigt das prozentuale Verhältnis der Geschlechter bei den ermittelten Adressen und damit auch die Repräsentativität der Erhebung, da sie der Geschlecherverteilung im Land genau entspricht.

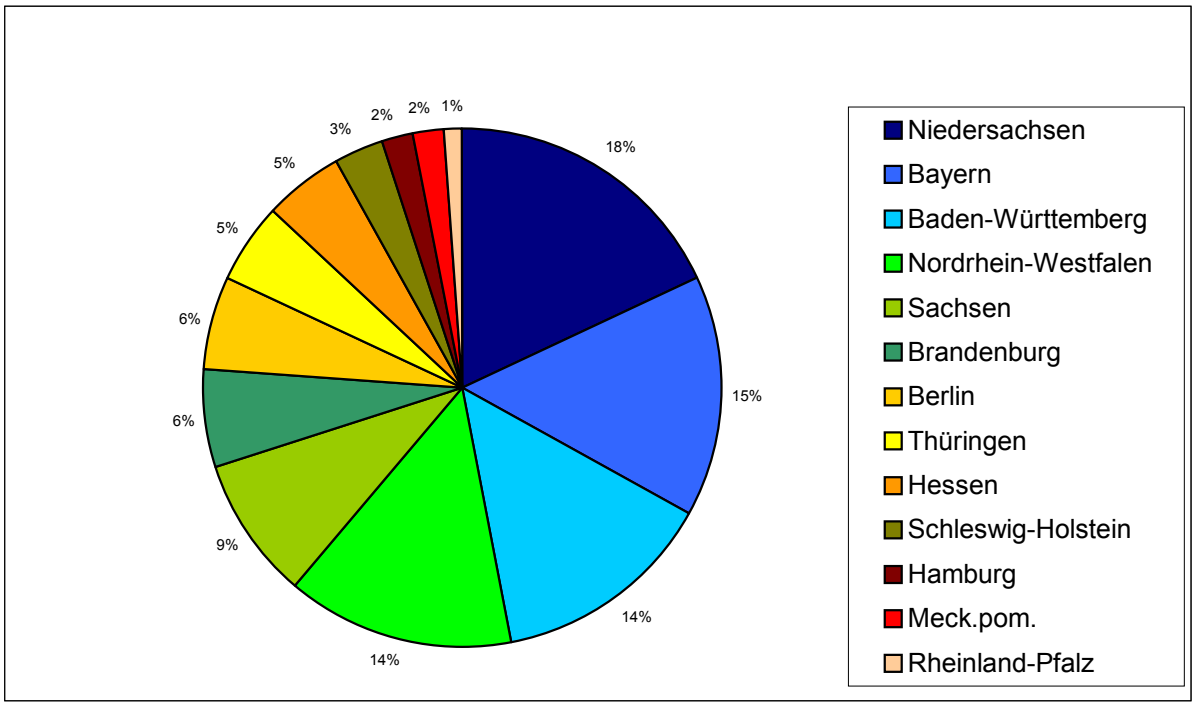
Abb. C2: Ermittelte geschlechtsspezifische Abwanderung nach Regierungsbezirken für 2002



Quelle: Eigene Erhebung, Fachhochschule Magdeburg-Stendal

Die Wanderungsströme in der innerdeutschen Migration erfolgen von allen neuen Bundesländern, hier bildet Sachsen-Anhalt keine Ausnahme, mehrheitlich in die alten Bundesländer. Für das Erhebungsjahr 2002 war das beliebteste Zielbundesland Niedersachsen. Am zweithäufigsten wurde nach Bayern gezogen, gefolgt von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (Statistisches Landesamt, Wanderungen und Wanderungsströme 2002). Für die Befragten (Telefoninterviews) ergibt sich folgende Verteilung hinsichtlich ihrer Zielbundesländer, welche nur geringfügig von der Wanderungsanalyse aller Abgewanderter des Jahres 2002 abweicht.

Abb. C3: Zielbundesländer der Interviewten

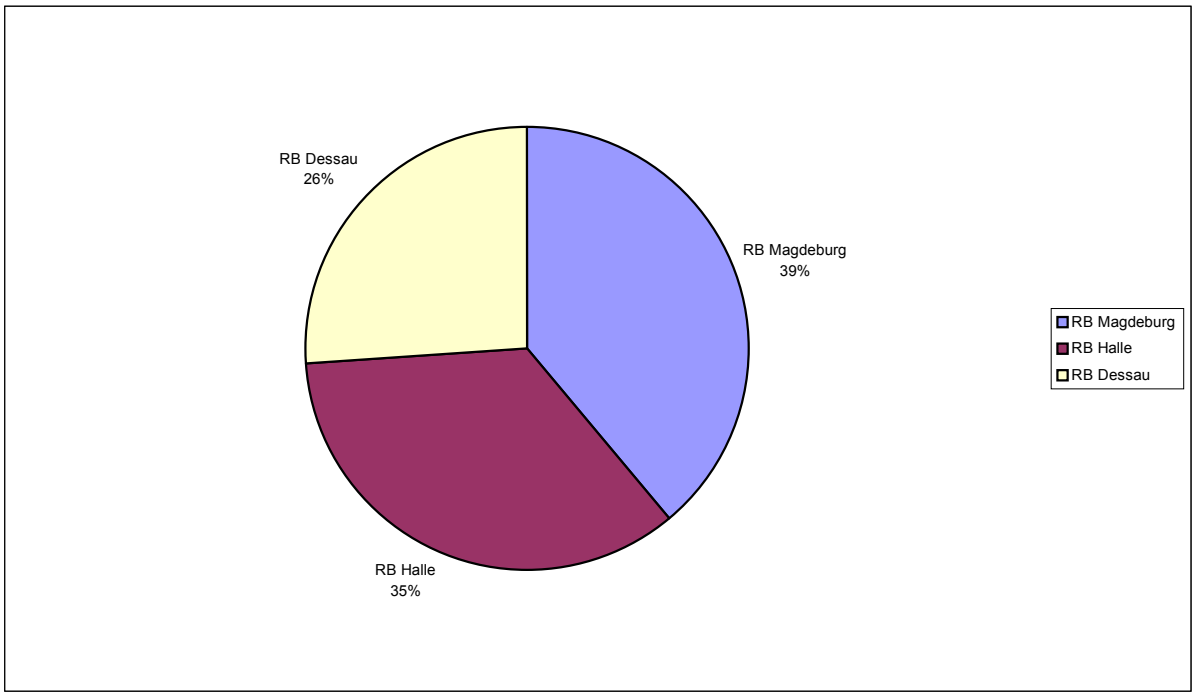


Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Rd. 1/5 der Befragten sind nach Niedersachsen gezogen. Hier bestätigt sich der Gravitationsansatz, nachdem territoriale Einheiten, die benachbart sind, in der Regel ein höheres Maß an Austausch aufweisen als entfernt liegende Einheiten. Dieser Ansatz ist in den Wirtschaftswissenschaften seit Linnemann (1966) sehr verbreitet und dient hauptsächlich zur Erklärung von makroökonomischen Analysen von Handelsbeziehungen. Diesem Gravitationsansatz liegt ein plumpes mechanistisches Modell zu Grunde, bei dem physikalische Phänomene einfach übertragen werden. Für die Ursachenforschung von Migrationsprozessen hat er jedoch wenig Erklärungskraft. Nach Niedersachsen belegt Bayern den zweiten Platz gefolgt von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. An fünfter Stelle steht Sachsen, wo die Agglomerationsräume Leipzig und Dresden eine starke Anziehungskraft gerade für den südlichen Teil Sachsen-Anhalts besitzen.

Die Samplestreuung, bezogen auf die drei Regierungsbezirke, ist gemessen an ihrer Einwohnerstärke relativ gut gelungen. Aus dem Regierungsbezirk Magdeburg stammten 39% der Befragten, aus dem Regierungsbezirk Halle 35% und aus dem Regierungsbezirk Dessau 26% der Befragten.

Abb. C4: Samplestreuung nach Regierungsbezirken



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Tab. C1: Zielgebiete (=Wohnorte) der Interviewpartner in den qualitativen Interviews

Wohnort	Bundesland	Anzahl Einzelinter-views	Anzahl Familieninterviews
Hannover	Niedersachsen	4	
Dorf bei Oldenburg	Niedersachsen		1
Lüneburg	Niedersachsen	2	
Berlin	Berlin	4	
Leipzig	Sachsen	3	
Dresden	Sachsen	2	
Meiningen	Thüringen	2	
Jena	Thüringen	1	
Brandenburg	Brandenburg	1	
Greifswald	Mecklenburg-Vorpommern	1	1
München	Bayern	5	1
Dorf bei Nürnberg	Bayern	1	
Bonn	Nordrhein-Westfalen	2	
Krefeld	Nordrhein-Westfalen		1
Leverkusen	Nordrhein-Westfalen	2	

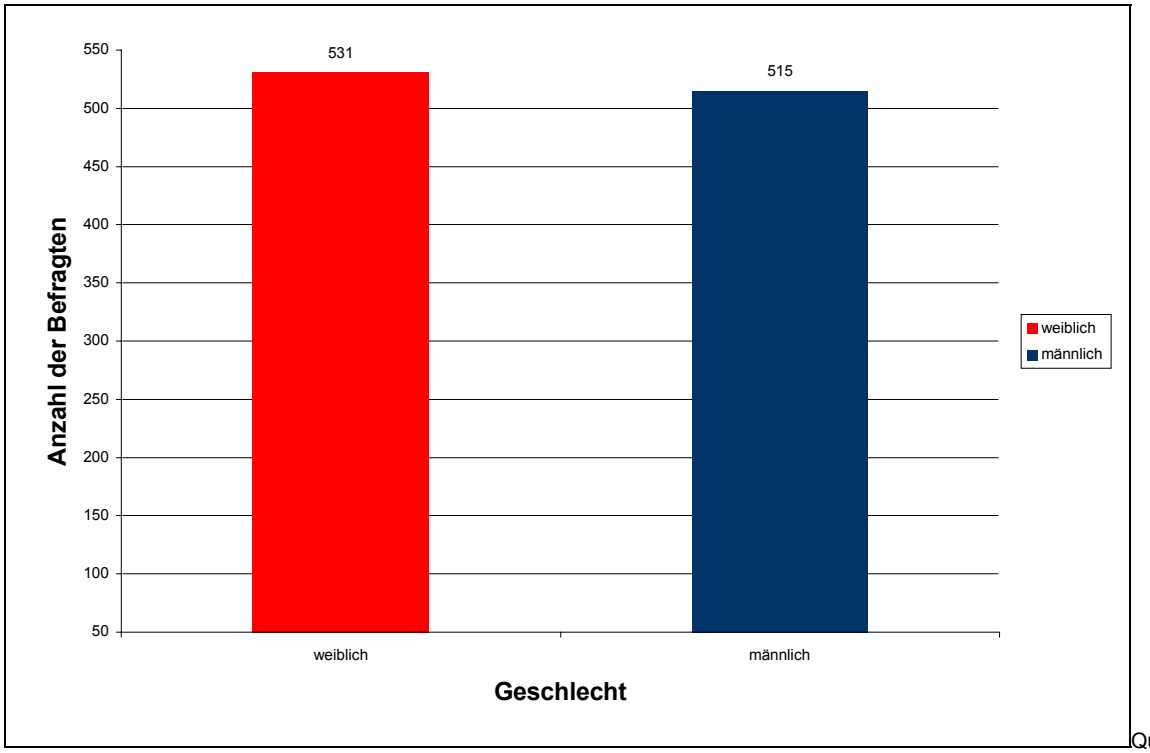
Karlsruhe	Baden-Württemberg	2	
Kleinstadt bei Karlsruhe	Baden-Württemberg	2	
Göttingen	Hessen	1	
Heidelberg	Hessen	1	
Hamburg	Hamburg	3	

Die Mehrzahl der weiblichen (63%) und männlichen Fortzügler (60%) haben seit der Geburt in Sachsen-Anhalt gelebt. Danach kamen diejenigen (Frauen: 25%, Männer: 24%), die nur kurzfristig, d.h. nicht mehr als 10 Jahre vor ihrem Fortzug im Land gelebt haben. Ein geringerer Prozentsatz hat länger als 10 Jahre im Land gelebt, jedoch nicht seit der Geburt (Frauen: 12%, Männer: 16%). Geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich hinsichtlich der Verweildauer kaum feststellen. Hinsichtlich der verbrachten Lebenszeit in Sachsen-Anhalt und dem Anteil unter den FortzüglerInnen ergibt sich kein durchweg signifikanter Zusammenhang. Diejenigen, welche im Land geboren und aufgewachsen sind, sind am stärksten im erhobenen Migrationsstrom vertreten, gefolgt von den denjenigen, welche am kürzesten im Land gelebt haben. Die dritte Gruppe, welche zwar längerfristig im Land gelebt hat, jedoch nicht hier geboren wurde, ist am seltenstens unter den MigrantInnen anzutreffen.

Geschlechts und Altersverteilung der Befragten

Hinsichtlich der Geschlechterverteilung bestand das Ziel darin, ausgewogene Proportionen zu erzielen. Damit frauenspezifische Migrationsgründe ermittelt werden konnten, war es nötig, eine ähnlich große Vergleichsgruppe von männlichen Fortzüglern zu erreichen. Knapp über die Hälfte der Befragten waren Frauen (531 Frauen) und der Anteil der männlichen Befragten lag mit 515 knapp unter der Hälfte der Befragten. Damit wurde das Ziel erreicht, und diese Ausgewogenheit stellte eine gute Grundlage für das Herausarbeiten geschlechtsspezifischer Migrationsursachen dar.

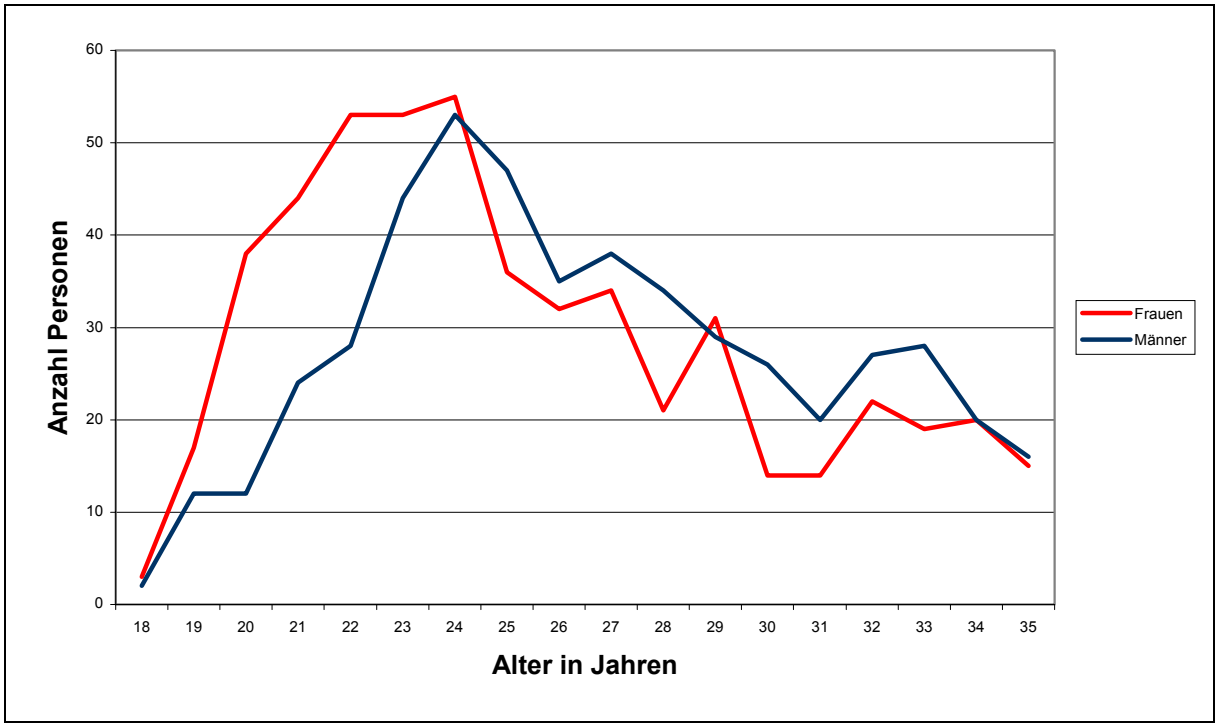
Abb. C5: Geschlechterverteilung der Befragten



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Trotz der Altersbeschränkung bei den erhobenen FortzüglerInnen bis 35 Jahre wurde angestrebt, die Häufigkeiten in den jüngeren Jahrgängen zu erzielen, welches Abbildung C6 bestätigt. Die Kurven der geschlechtsspezifischen Altersstruktur spiegeln letztendlich auch das Wanderungsgeschehen wieder, welches für das Jahr 2002 von der amtlichen Statistik angegeben wurde. Das Durchschnittsalter der befragten Frauen beträgt 25,7 Jahre und das Durchschnittsalter der befragten Männer beträgt 27 Jahre. Durch die geringe Differenz erhielten die Aussagen hinsichtlich des Geschlechtervergleiches eine hohe Kompatibilität.

Abb. C 6: Altersstruktur der Befragten



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Familienstand der Befragten

Über die Hälfte der Befragten sowohl bei den Frauen (60%) wie auch bei den Männern (63%) lebten zum Zeitpunkt der Befragung in keinem partnerschaftlichen Verhältnis. Sie waren ledig bzw. Single. Dieses Ergebnis korreliert mit der Altersverteilung bei den Interviewten und legt die Schlussfolgerung nahe, dass Migrationsentscheidungen in einer stabilen Partnerschaft schwerer zu treffen und umzusetzen sind. Je stärker Menschen in soziale Netzwerke und hierbei insbesondere in die primärbezogenen Beziehungsstrukturen verwachsen sind, um so unwahrscheinlicher wird ein Fortzug. Am zweithäufigsten waren die Befragten verheiratet, auch hier lassen sich nur geringfügige geschlechtsspezifische Unterschiede erkennen. Mit rd. 26% gaben 4% mehr Frauen diese Familienform, in der sie lebten, für sich an. Die Alterstruktur bei den verheirateten Befragten verschiebt sich gegenüber den Singles typischerweise nach hinten. Die Altersverteiligung derjenigen, die in einer Lebenspartnergemeinschaft leben, unterscheidet sich gegenüber den Ledigen nicht. Diesbezüglich ließen sich auch keine geschlechtsspezifischen Besonderheiten erkennen. Ein geringer Prozentsatz der weiblichen und männlichen Befragten waren geschieden oder lebten getrennt von ihrer Partnerin/ ihrem Partner.

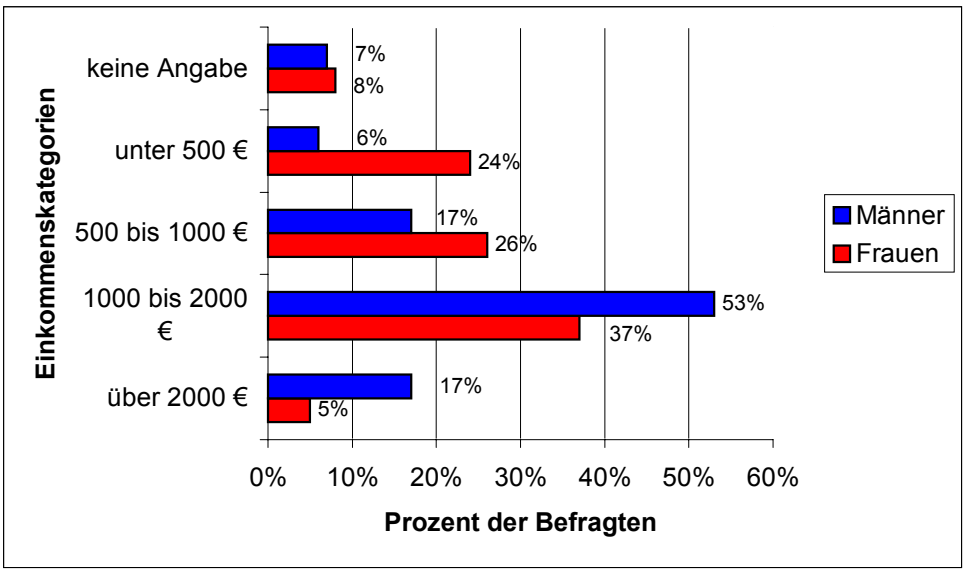
Die überwiegende Mehrheit (Frauen: 67%, Männer: 76%) der FortzüglerInnen hat keine Kinder. Jedoch ergeben sich aus den Prozentzahlen signifikante Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Über 10% mehr Männer verneinen die Kinderfrage. Mit rd. 33% bejahen Frauen das Vorhandensein von Kindern und im logischen Umkehrschluss tun dies rd. 10% weni-

ger Männer. Anhand der Kinderfrage wird wieder deutlich, dass eine feste Verankerung in sozialen Beziehungen sich migrationshemmend für beide Geschlechter auswirkt. Die Auswertungen der GISA-Erhebung bestätigen dieses Ergebnis. Hier nahm die Zustimmung zu jedem möglichen Fortzugsgrund, welcher abgefragt wurde, mit zunehmender Kinderzahl deutlich ab. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Kinder eine starke räumlich verankernde Wirkung haben und selbst wirtschaftliche Vorteile anderen Ortes in dieser Situation sekundär wirken.

Nettoeinkommenshöhe der Befragten

Rd. die Hälfte der befragten Frauen und Männer gaben eine Nettoeinkommenshöhe zwischen 1000 bis 2000 Euro und lagen damit im oberen Drittel, ¼ der Interviewten hatten eine monatliche Nettoeinkommenshöhe, welche zwischen 500 bis 1000 Euro lag. 16% brachten unter 500 Euro mit nach Hause und der geringste Teil gehörte zu denjenigen, die über ein monatliches Nettoeinkommen von über 2000 Euro verfügten. Aus der geschlechtsdifferenzierten Perspektive zeigen sich erhebliche Unterschiede in den Einkommenskategorien.

Abb. C7: Höhe des Nettoeinkommens der Befragten



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Typischerweise sind Frauen in den unteren Einkommensgruppen stärker vertreten, 24% von Ihnen haben sich in der Kategorie „unter 500 Euro“ eingeordnet, das ist ein viermal höherer Wert im Vergleich zu dem Prozentwert der Männer. Ein nahezu umgekehrtes Verhältnis ergibt sich in der obersten Kategorie. Dass sie über 2000 Euro verdienen, gaben nur 5% der Frauen an, aber 17% der Männer, welches ein 3,4 x höherer Wert ist im Vergleich zu den Frauen.

C 3. Die Gründe für den Fortzug aus Sachsen-Anhalt

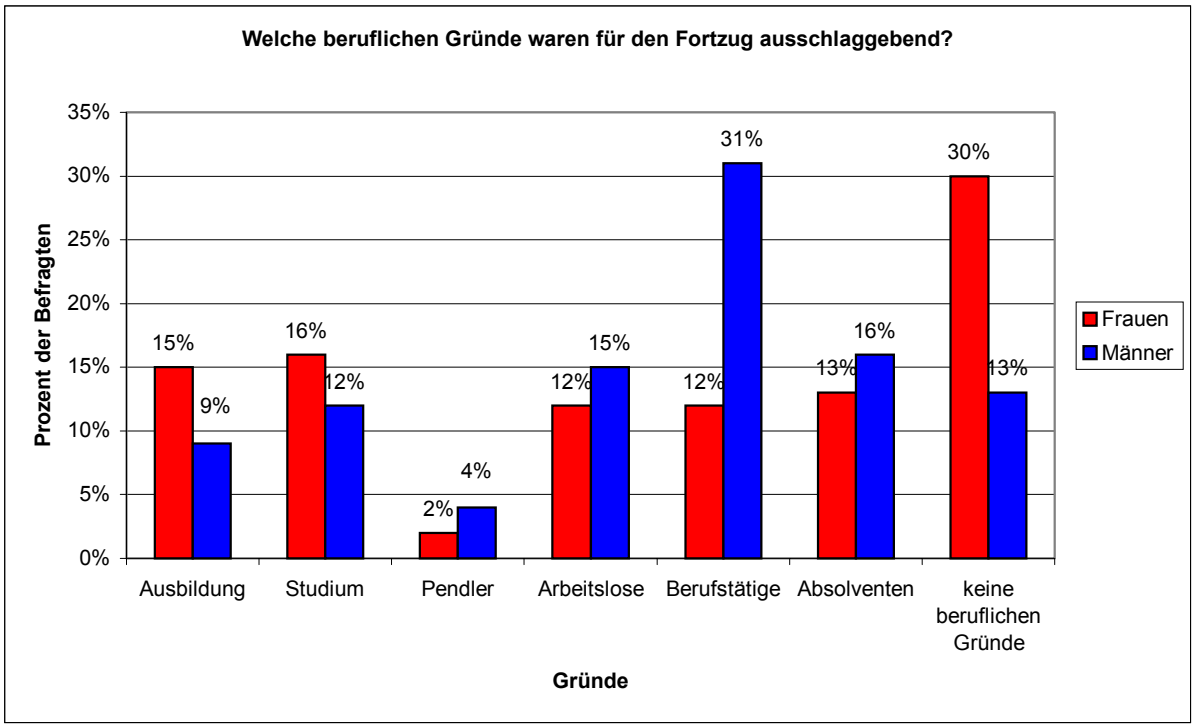
Die Eingangsfrage bei den Telefoninterviews bezog sich auf die beruflichen Gründe für einen Fortzug. Die Interviewten konnten sich bei folgenden Antwortmöglichkeiten einordnen. Mehrfachnennungen waren bei dieser Frage nicht möglich.

Ausbildung	=	Ausbildung am Zielort aufgenommen
Studium	=	Studium am Zielort aufgenommen
Pendler	=	Umzug in die Nähe des Arbeitsplatzes, zuvor gependelt
Arbeitslose	=	Arbeitsplatz gefunden, in LSA arbeitslos gewesen
Berufstätige	=	neuen Arbeitsplatz gefunden, zuvor in LSA tätig
Absolventen	=	mit Ausbildung bzw. Studium fertig, ersten Arbeitsplatz am Zielort gefunden
Zweitstudium	=	Arbeitsplatz in LSA gehabt, weiteren Ausbildungsweg am Zielort aufgenommen

Keine beruflichen Gründe für Fortzug ausschlaggebend

C 3.1 Berufs- und ausbildungsbezogene Gründe

Abb. C8: Berufliche Gründe für den Fortzug



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Allgemein wird angenommen, dass die beruflichen, auf den Arbeitsmarkt bezogenen Gründe dominant sind. Dies kann für die befragten Männer bestätigt werden. Mehr als doppelt so

viele Männer als Frauen gaben als primären Grund für ihren Wegzug die Berufstätigkeit an. D.h. diese Personen hatten in Sachsen-Anhalt einen Arbeitsplatz und sind für einen neuen Arbeitsplatz aus dem Land fortgezogen. Dieser Fortzugsgrund rangiert bei den Männern auf Platz 1, bei den Frauen dagegen auf Platz 7 von 9 Möglichkeiten. In Prozentzahlen ausgedrückt waren 23% der befragten Männer in Sachsen-Anhalt berufstätig und haben am Zielort eine neue Arbeit aufgenommen. Bei den befragten Frauen waren dies nur 10%.

Auch liegt der Weggang der Absolventen und denen mit einer abgeschlossenen Ausbildung bei den Männern (17%) um 4 Prozentpunkte höher als bei den Frauen (13%). Dieser Fortzugsgrund rangiert jedoch bei beiden Geschlechtern auf Platz 2. Bei den ehemaligen Arbeitslosen und den ehemaligen Pendlern sind auch die Männer jeweils stärker vertreten. Rund 14% der befragten Männer und rd. 12% der befragten Frauen waren in Sachsen-Anhalt arbeitslos und haben diesen Lebensumstand durch einen Fortzug beenden können. Trotz der geringen Unterscheidung in den Prozentwerten rangiert dieser Wegzugsgrund bei den Männern auf Platz 3 und bei den Frauen auf Platz 6. Die Aussage, dass das Pendeln eine Vorstufe der Abwanderung sei, kann durch diese Befragung nicht bestätigt werden. 6% der befragten Männer und 2% der befragten Frauen sind vor ihrem Umzug zum jetzigen Arbeitsplatz gependelt.

Im Unterschied zu den Männern dominieren bei den Frauen die nicht-beruflichen Gründe für ihren Fortzug. Von allen befragten Frauen haben dies 21% angegeben. Damit nimmt diese Einordnung bei ihnen den ersten Platz ein. Hintergrund hierfür ist der Nachzug zum Ehe- bzw. Lebenspartner und zur Familie. Nur 9% der befragten Männer gaben diesen primären Grund für ihren Wegzug an. Er rangiert bei ihnen auf Platz 7. Auch dominieren die Frauen bei der Aufnahme eines Studiums bzw. einer Ausbildung außerhalb Sachsen-Anhalts.

Die folgende Tabelle gibt die Rankingliste der Fortzugsgründe für beide Geschlechter wieder.

Tab. C2: Rankingliste der Fortzugsgründe nach Geschlecht

Ranking	Wegzugsgrund	Frauen	Wegzugsgrund	Männer
1	keine beruflichen Gründen	21%	Berufstätige	23%
2	Ausbildung	14%	Absolventen	17%
3	Studium	14%	Arbeitslose	14%
4	Absolventen	13%	Sonstiges	11%
5	Sonstiges	13%	Ausbildung	10%
6	Arbeitslose	12%	Studium	10%
7	Berufstätige	10%	Keine beruflichen Gründe	8%
8	Pendler	2%	Pendler	6%
9	Zweitstudium	1%	Zweitstudium	1%
	Gesamt	100%	Gesamt	100%

Typisierung der Befragten nach ihren Fortzugsgründen

Durch die Klassifizierung der Fortzugsgründe konnten Typen gebildet werden: Menschen, die wegen einer Ausbildung weggegangen sind; Menschen, die wegen eines Studiums das Land verlassen haben; ehemalige Pendler; ehemalige Arbeitslose; berufstätige FortzüglerInnen; Menschen, welche eine Ausbildung oder ein Studium hier im Land absolviert haben und ihren ersten Arbeitsplatz außerhalb des Landes angetreten sind und diejenigen, für die keine beruflichen Gründe für den Fortzug ausschlaggebend waren und die in Teil C 4.3 behandelt werden. Der Anteil der Befragten, die wegen eines Zweitstudiums bzw. einer Zusatzausbildung das Land verlassen haben, fällt für eine Typenbildung zu gering aus.

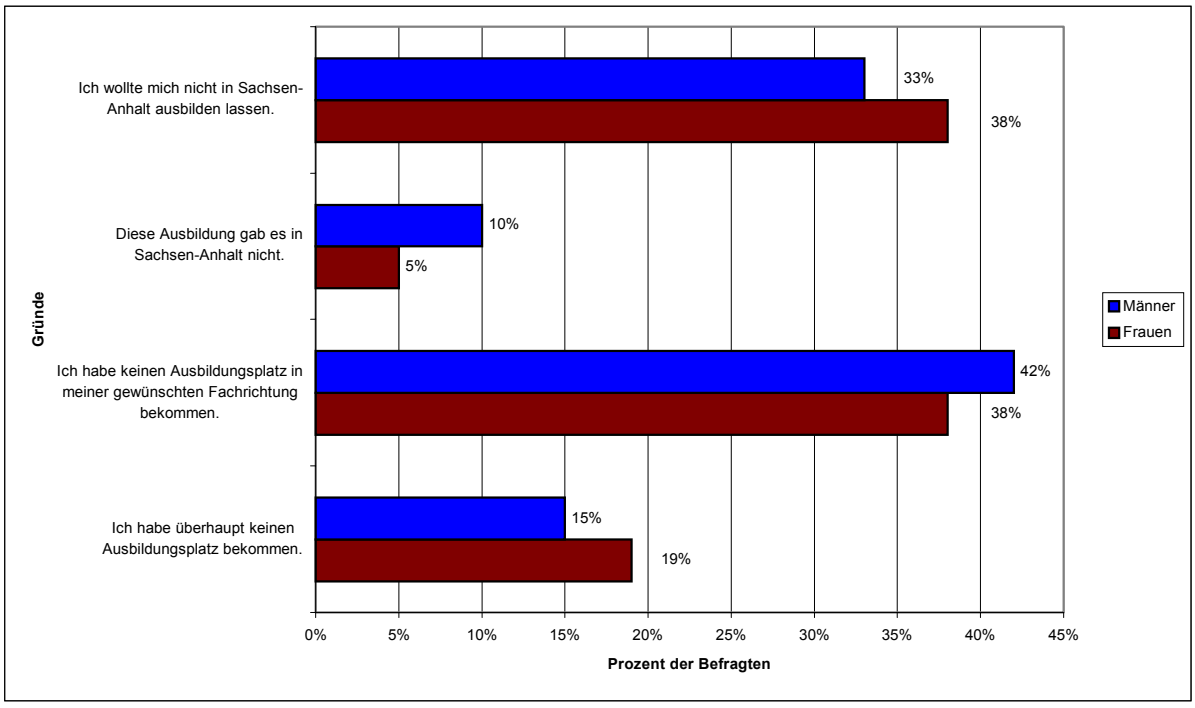
Im Verlauf der telefonischen Befragung wurden zu jedem Typ weitere gesonderte Fragen gestellt, z.B. aus welchen Gründen kein Studium bzw. keine Ausbildung im Land begonnen wurde, welchen Zeitraum die Arbeitslosigkeit vor dem Wegzug einnahm, wie lang das Pendlerleben geführt worden ist und über welche Pendelentfernung oder bei den Absolventen interessierte z.B. die Frage, ob sie überhaupt versucht haben, einen Arbeitsplatz hier im Land zu finden. Bei den Berufstätigen waren insbesondere die Rahmenbedingungen der alten und neuen Tätigkeit interessant, um mögliche Push-Faktoren für diesen Fortzugstyp benennen zu können. Dieser Modellansatz bezieht individuelle Wanderungsentscheidungen, in das geplante Vorhaben seinen alten Wohnort zu verlassen mit ein. Diese Entscheidung

wird durch eine Bilanzierung von abstoßenden (Push-Faktoren) und anziehenden (Pull-Faktoren) des Herkunfts- und des Zielgebietes getroffen.

Auszubildende

Rd. 10% der befragten Männer und rd. 14% der befragten Frauen sind für die Aufnahme einer Ausbildung aus Sachsen-Anhalt fortgezogen. Das durchschnittliche Alter der Befragten, welche diesen Fortzugsgrund für sich angaben, beträgt 23 Jahre. Geschlechtlich differenziert betrachtet, ergibt sich ein Durchschnittsalter bei den Frauen von rd. 22 Jahren und bei den Männern von rd. 24 Jahren. Das für einen Ausbildungsanfang ungewöhnlich hohe Durchschnittsalter bei den Männern ergibt sich daraus, dass bei einigen ein Ausbildungsplatzwechsel, noch mit 25 Jahren bzw. mit 26 Jahren stattgefunden hat. Wird die Kinderfrage auf die Fortzugstypen aufgeteilt, haben 4% der Auszubildenden Kinder. Die folgende Abbildung gibt die Gründe für die Aufnahme einer Ausbildung außerhalb von Sachsen-Anhalt wieder.

Abb. C9: Gründe, in Sachsen-Anhalt keine Ausbildung zu beginnen



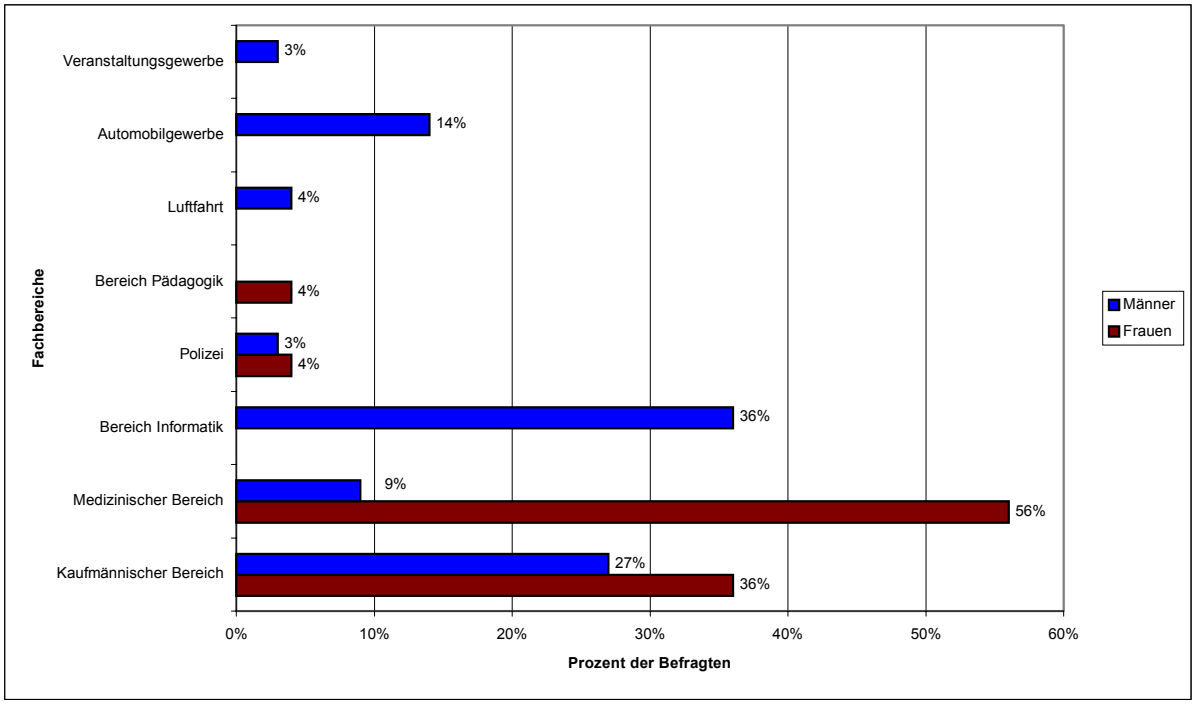
Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Bei den Männern (42%) überwiegt der Grund, dass sie keine Ausbildung in der gewünschten Fachrichtung bekommen haben. Hierbei sind überproportional oft Berufe im kaufmännischen Bereich vertreten, wie Industriekaufmann, Bürokaufmann, Bankkaufmann oder Groß- und Einzelhandelskaufmann. Gleichauf liegen Berufe, welche im EDV-Bereich angesiedelt sind, z.B. Fachinformatiker oder IT-Systemkaufmann. Ausbildungsstellen im Automobilgewerbe waren am dritthäufigsten vertreten, gefolgt von Berufen im medizinischen Bereich. Die Rang-

liste der gewünschten Ausbildungsberufe zeigt, dass Männer immer mehr ehemals weiblich dominierte Berufe erobern, wie dies im kaufmännischen Bereich der Fall ist.

Bei den Frauen überwiegen mit 56% eindeutig Berufe im medizinischen Bereich, wie Krankenschwester, Krankenschwester für Kinder, Arzthelferin, Physiotherapeutin, medizinisch-technische Assistentin oder Zahntechnikerin. Den zweiten Platz nehmen kaufmännische Berufe ein.

Abb. C10: Fachrichtungen, die in Sachsen-Anhalt nicht gefunden wurden



Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Bei den Frauen ist neben dem Grund, dass sie keine Ausbildungsstelle in der gewünschten Fachrichtung bekommen haben, die Wegzugsbegründung „Ich wollte mich nicht in Sachsen-Anhalt ausbilden lassen“, gleich stark vertreten. Die Ursachen dafür sind vielfältig, zum einen bekamen sie einen Ausbildungsplatz durch ein bekanntschaftliches Verhältnis oder man hätte für die Ausbildung in Sachsen-Anhalt kein Geld bekommen und die Ausbildungsvergütung am Zielort war höher. Andere sahen für sich schlechte Chancen, nach Beendigung der Ausbildung im Land eine Stelle zu finden und sind wegen der besseren Perspektiven fortgegangen.

Bei den Männern rangiert der Grund „Ich wollte mich nicht in Sachsen-Anhalt ausbilden lassen“ mit 33% auf Platz 2. Die Begründungen fallen ähnlich aus, wie bei den Frauen. Für einige war allein die Annahme einer besseren Zukunftsperspektive außerhalb des Landes, ausschlaggebend die Ausbildung am Zielort aufzunehmen. Andere haben sich über Ausbildungsmöglichkeiten in Sachsen-Anhalt nicht näher informiert.

Ein weiterer Grund bestand oftmals darin, dass durch die Vielzahl von Firmenhauptsitzen in den alten Bundesländern, die zweite Ausbildungsphase dort auch beendet wurde oder durch Firmeninsolvenzen Ausbildungen verlagert wurden.

> *„ Hatte Ausbildung in Sachsen-Anhalt als Fachkraft für Lagerwirtschaft begonnen, Firma meldete Insolvenz an, beende diese jetzt in einem anderen Bundesland“* (Aussage, offene Fragestellung, Telefoninterviews)

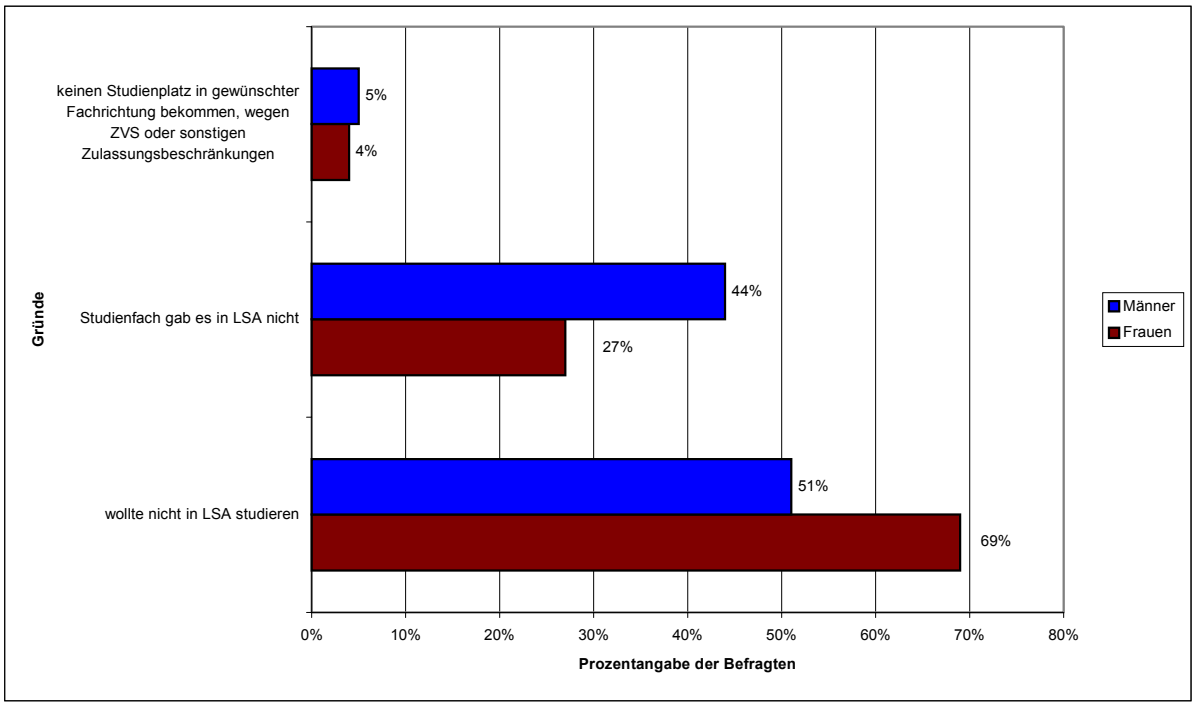
19% der befragten Männer und 15% der befragten Frauen, die wegen einer Ausbildung fortgezogen sind, haben keine Ausbildungsstelle im Land bekommen. Hierbei waren bereits die fachlichen Präferenzen auf der Suche nach Ausbildungsplätzen in den Hintergrund getreten.

Für einen geringen Prozentsatz (Männer 10%, Frauen 5%) bestand der Fortzugsgrund darin, dass sie eine Ausbildung gesucht haben, die es in Sachsen-Anhalt nicht gab. Hierbei wurden ausschließlich Möglichkeiten, welche Ausbildungs- und Berufsakademien bieten, gesucht.

Studienanfänger

Frauen nahmen häufiger als Männer ein Studium außerhalb Sachsen-Anhalts auf. Rd. 14% der befragten Frauen und rd. 10% der befragten Männer gaben als Fortzugsgrund die Aufnahme eines Studiums an. Das Durchschnittsalter der Menschen, die diesen Wegzugsgrund für sich angaben, beträgt rd. 25 Jahre. Geschlechtsspezifisch betrachtet, waren die weiblichen Studienanfänger mit im Durchschnitt rd. 24 Jahren jünger als ihre männlichen Kollegen mit durchschnittlich rd. 27 Jahren. Das höhere Durchschnittsalter der Männer ergibt sich dadurch, dass mehr Männer ab 30 Jahren noch für ein Studienbeginn Sachsen-Anhalt verlassen haben. Die altersbedingten Häufigkeiten zusammengefasst für beide Geschlechter lagen mit rd. 15% bei den 21- Jährigen (Jahrgang 1981), gefolgt mit 13% von den 24- Jährigen (Jahrgang 1978) danach kommen die 20- Jährigen mit 12% (Jahrgang 1982) und auf Platz 4 liegen die 23- Jährigen (Jahrgang 1979) mit 11%. Die 22- Jährigen (Jahrgang 1980) bilden bei diesen typischen Jahrgängen, in denen Studienbeginn normalerweise biografisch verankert ist, mit wenigen 5% einen Ausreißer. Die Studienanfänger haben, wie auch die Auszubildenden zu einem geringen Prozentsatz (rd. 6%) Kinder.

Abb. C11: Gründe für die Aufnahme eines Studiums außerhalb Sachsen-Anhalts



Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Die Studierenden wurden gefragt, aus welchen Gründen sie kein Studium in Sachsen-Anhalt begonnen haben. Ein geringer Prozentsatz bekam durch ZVS-Bestimmungen oder sonstige Zulassungsbeschränkungen einen Studienort außerhalb Sachsen-Anhalts zugewiesen. 44% der weiblichen Studienanfänger und 27% der männlichen Studienanfänger sind aus Sachsen-Anhalt fortgezogen, weil ihr gewünschtes Studienfach im Land nicht angeboten wurde. Bei beiden Geschlechtern waren dabei Fächer der naturwissenschaftlichen-technischen Richtungen am stärksten vertreten, z.B. angewandte Informatik, Informatik mit Fachgebiet, Meeresbiologie, Raumfahrttechnik, Maschinenbau-Richtung Kfz-Technik, Textil- und Ledertechnik, Feinwerktechnik, Medizintechnik, Technischer Umweltschutz, Verkehrswesen, Schiffs- und Meerestechnik oder Innenarchitektur. Bemängelt wurde auch das der Studiengang Architektur in Sachsen-Anhalt nur an Hochschulen angeboten wird und nicht auch an einer Universität. Einige der Befragten wollten einen universitären Abschluss in Architektur erreichen und haben deshalb das Land verlassen.

Am zweithäufigsten wurden bei beiden Geschlechtern Studiengänge in den Gesellschaftswissenschaften von den FortzüglerInnen aufgenommen, z.B. Kleinkindpädagogik, Sonderpädagogik, Literaturübersetzer, ostasiatische Kunstgeschichte, Theater- und Filmwissenschaften, Publizistik, Ethnologie, Journalismus oder Theologie. Hier zeigt sich dieselbe Problematik wie bei den naturwissenschaftlich-technischen Richtungen, dass Studiengänge zwar angeboten werden im Land, aber die Menschen genau wissen, ob sie einen universitären Abschluss oder einen Fachhochschulabschluss erreichen möchten. Journalismus wird in

Sachsen-Anhalt an der Hochschule Magdeburg-Stendal angeboten und Theologie an der Universität Halle-Wittenberg. Bei den Interviewten wurde ein universitärer Abschluss in Journalismus präferiert und ein Fachhochschulabschluss in Theologie. Nicht nur die fachlichen Möglichkeiten der eigenen Studienwahl, auch die Machbarkeit der angestrebten Abschlüsse wirken sich migrationsfördernd aus.

Fachrichtungen der Wirtschaftswissenschaften wurden von Frauen und Männern gleichermaßen am dritthäufigsten begonnen, z.B. Musikindustriemanagment oder der Fachhochschulstudiengang Volkswirtschaftslehre. Auffallend war, dass mit 14% aller Befragten, die ihren Studienwunsch nicht im Land umsetzen konnten, eine duale akademische Ausbildung bevorzugt wurde und hierbei gerade im Bereich der Wirtschaftswissenschaften. Wie bei den Auszubildenden macht sich auch bei den Studienanfängern ein Mangel an Ausbildungs- und Studienakademien im Land bemerkbar. Das Defizit an Berufs- und Studienakademien in Sachsen-Anhalt lässt sich darauf zurückführen, dass diese Kombination aus Studium und Ausbildung besonders von großen Firmen angeboten wird. In der Akademie wird studiert und das Gelernte wird im Unternehmen umgesetzt. Ein Vorteil besteht u.a. auch darin, dass man schon während des Studiums Geld verdienen kann und somit finanziell unabhängiger von den Eltern lebt.

Die Mehrheit (69% der Frauen und 51% der Männer) der Studienanfänger wollten jedoch aus unterschiedlichen Gründen nicht in Sachsen-Anhalt studieren. Zum einen fanden sie die Hochschulen und Universitäten hier im Land nicht attraktiv genug, dies gilt vor allem für die männlichen Befragten. Der Ausschnitt aus einem Interview bestätigt das Ergebnis der repräsentativen Telefonbefragung:

> *Interviewer:„...und warum nicht Magdeburg? Hat es da nicht geklappt?“*
>
> *Interviewpartner: „Ach, also, im direkten Vergleich zu Leipzig ist die Uni hier schon angenehmer. Ist schon, glaub ich, auch von der Qualität her`n bisschen mehr.“*
>
> *Interviewer: „Und woran machst Du das Angenehme fest?“*
>
> *Interviewpartner: „Na, also erst mal der große Spiegel-Test, der die Universitäten damals verglichen hat, hat Leipzig supergut bei Mathematik, eingestuft. ...Ja, Leipzig war da viert beste Uni in Deutschland...“* Jürgen (25) aus Leipzig)

Die Ausrichtung für männliche Studierende hinsichtlich der Qualität der Bildungsstätten wird auch durch das Vorhandensein guter Praktikamöglichkeiten bestimmt. Dieses Kriterium für die Wahl ihrer Universität bzw. Hochschule war ebenfalls sehr wichtig.

Während Frauen die Universitäts- und Hochschulstandorte besser bewerteten als die Städte mit diesem Bildungsangebot in Sachsen-Anhalt (siehe Abbildung 27).

> *„Ich hatte Auswahl zwischen Halle und Jena, die Stadt Jena hat mir besser gefallen“*
>
> *„...wollte unbedingt in Berlin studieren, Stadt gefällt mir gut“*
>
> (Aussagen, offene Fragestellungen, Telefoninterview)

Bei bestimmten Zusatzangeboten der Lehrstätten können dann ganz pragmatische Gründe die Entscheidung für einen Standort bestimmen.

> *„ Durch Hilfsangebote für blinde Menschen konnte ich mich nur für Leipzig entscheiden“*
> (Aussage, offene Fragestellung, Telefoninterview)

Frauen verwendeten den Studienbeginn oftmals dafür, sich vom Elternhaus abzunabeln. Der biografische Schritt Selbstständigkeit zu erlangen, breitere Schultern zu bekommen und Erfahrungen zu sammeln, ist bei ihnen von vornherein mit einem Wegzug geplant gewesen.

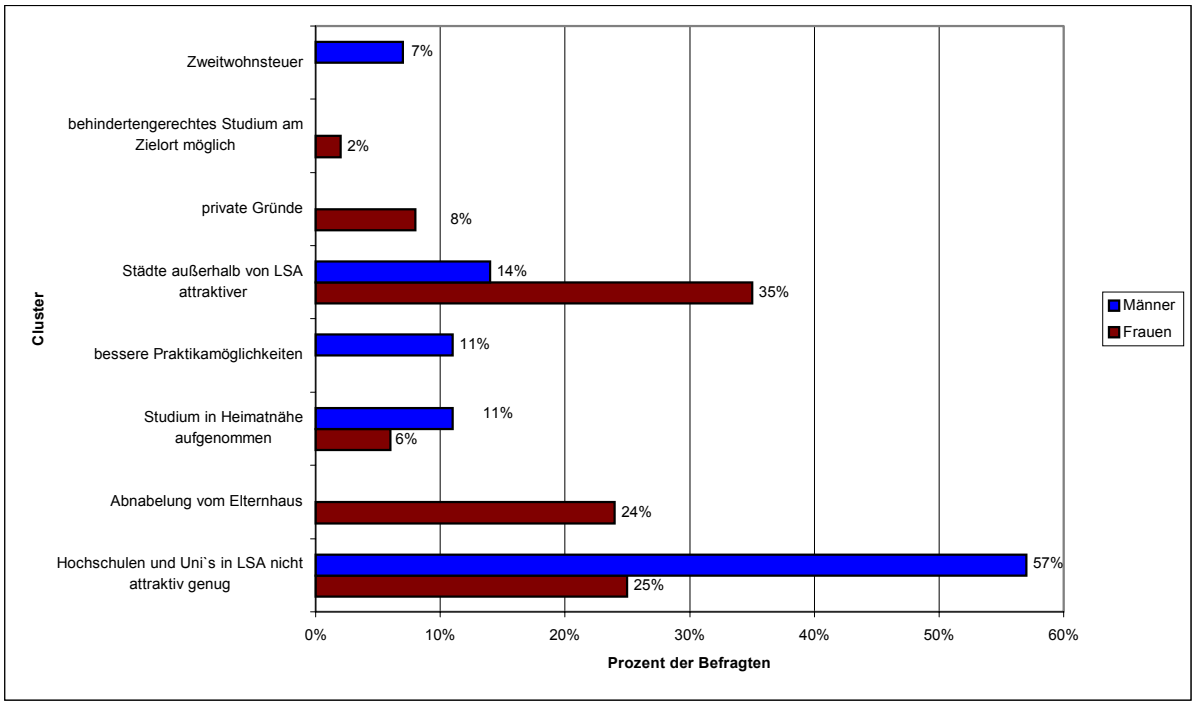
> *„...größere Entfernung vom Elternhaus“*
> *„...Halle war zu nah am Elternhaus“*
> (Aussagen, offene Fragestellung, Telefoninterview)

Für einige der befragten Studienanfänger, welche nicht in Sachsen-Anhalt studieren wollten, war die Aufnahme des Studiums in Heimatnähe migrationsbestimmend. Für sie war der Wegzug aus diesem Bundesland eine Rückkehr in ihre Heimat. Hierbei handelt es sich um eine zirkuläre Migration.

> *„ ...wollte Studienplatz in der Nähe ihres Heimatortes, der jedoch außerhalb von Sachsen-Anhalt liegt“*
> (Aussage, offene Fragestellung, Telefoninterview)

Ein geringer Prozentsatz der Frauen (8%) gaben private Gründe für die Aufnahme eines Studiums außerhalb Sachsen-Anhalts an, welche nicht näher begründet wurden. Die folgende Abbildung veranschaulicht die Angaben, welche von den Befragten gemacht wurden, die sich in der Antwortkategorie eingeordnet haben „wollte nicht in Sachsen-Anhalt studieren“.

Abb. C12: Gründe, nicht in Sachsen-Anhalt studieren zu wollen

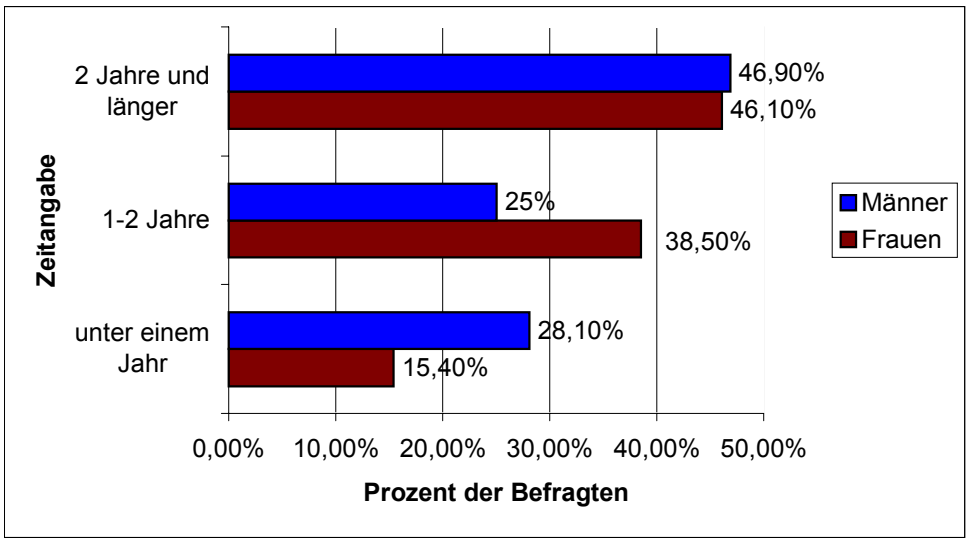


Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Die ehemaligen Pendler

Die verbreitete Meinung, dass ein Pendeln zum Arbeitsplatz die Vorstufe der Abwanderung sei, kann durch diese Befragung nicht bestätigt werden. Rd. 6% der befragten Männer und rd. 2% der befragten Frauen sind vor ihrem Umzug zum jetzigen Arbeitsplatz gependelt. Die Mehrheit der Befragten für beide Geschlechter führte 2 Jahre und länger ein Pendlerleben.

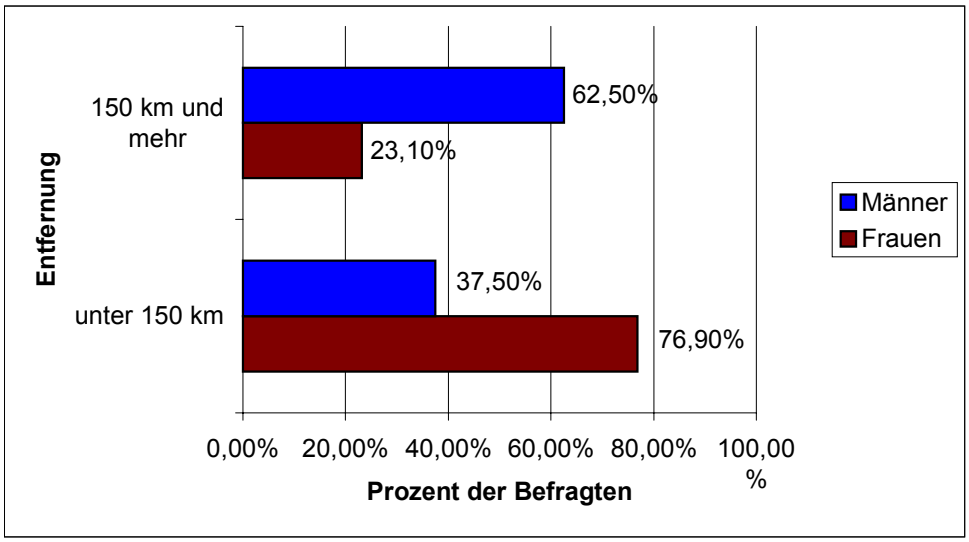
Abb. C13: Dauer des Pendelns zum Arbeitsplatz vor dem Wegzug



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

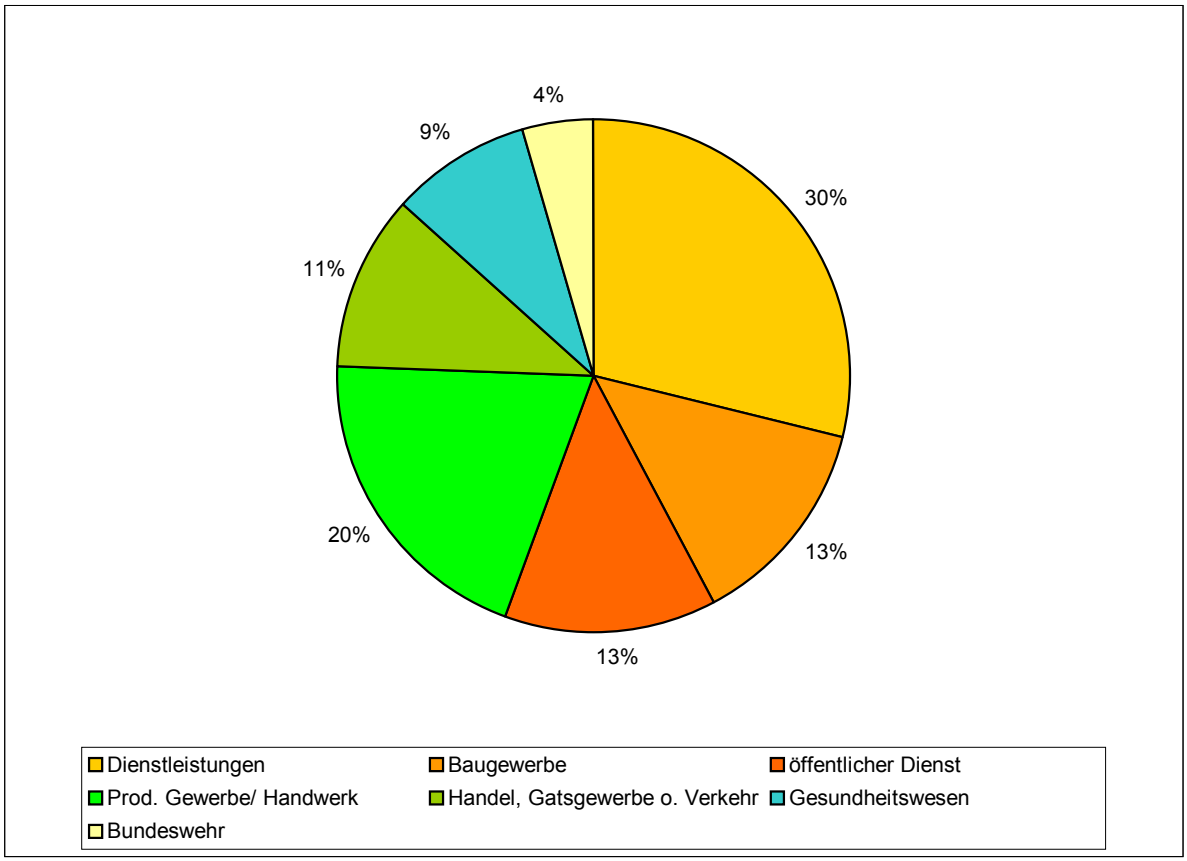
Bei der Pendelentfernung (Abbildung C13) zeigen sich deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Über die Hälfte der männlichen Pendler hatte eine Entfernung von 150 km und länger zum Arbeitsplatz zurückzulegen. Damit ist der größere Anteil bei den Männern zu erklären, die diese Belastung unter einem Jahr ertrugen. Während bei den weiblichen Pendlern mit rd. 77% die Mehrheit einen kürzeren Weg (>150 km) zum Arbeitsplatz zurücklegen musste, womit sich ihr höherer Anteil bei denjenigen erklärt, die 1-2 Jahre ein Pendlerleben führten. Rd. die Hälfte der ehemaligen weiblichen und männlichen Pendler haben Kinder. Sie sind in den verschiedensten Branchen tätig, hauptsächlich im Dienstleistungsgewerbe und im produzierendem Gewerbe, gefolgt vom Baugewerbe und der Branche Handel, Gastgewerbe oder Verkehr.

Abb. C14: Pendelentfernung nach Geschlecht



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonerhebung 2003

Abb. C15: Erwerbstätigkeit ehemaliger PenderInnen nach Branche



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonerhebung 2003

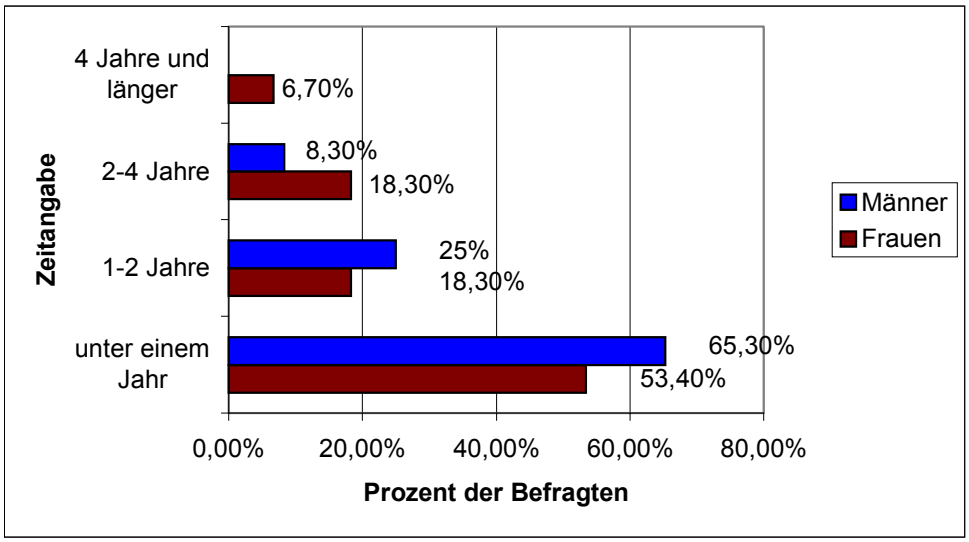
Die ehemaligen Arbeitslosen

Menschen, die in Sachsen-Anhalt arbeitslos gewesen sind und am Zielort eine neue Arbeitsstelle gefunden haben, sind am Migrationsgeschehen gering beteiligt. Rd. 12% der befragten

Frauen und rd. 14% der befragten Männer konnten diesen Lebensumstand durch einen Fortzug beenden. Bei der Kinderfrage liegt dieser Fortzugstyp mit rd. 14% an dritter Position.

Die folgende Grafik verdeutlicht, dass mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit offenbar die Bereitschaft und das Vermögen seinen Lebensmittelpunkt zu verlagern, abnimmt. Dies hat erhebliche Konsequenzen für die qualitative Zusammensetzung der Bevölkerung, wenn das Potenzial, der auf den ersten Arbeitsmarkt integrierten Erwerbspersonen, abnimmt. Die Innovationsfähigkeit der betroffenen Regionen wird durch diese Entwicklung beschnitten.

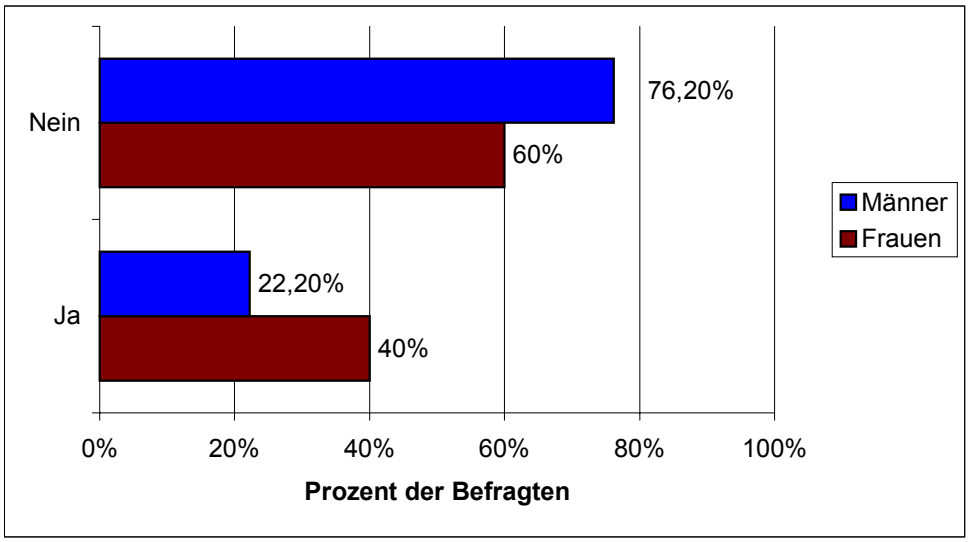
Abb. C16: Dauer der Arbeitslosigkeit vor dem Wegzug aus Sachsen-Anhalt (ehemalig Arbeitslose)



Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Auffallend ist, dass bei den fortgezogenen ehemaligen Langzeitarbeitslosen Frauen stärker vertreten sind. Die sogenannte Mobilitätsbeihilfe (Abbildung C16), in Form einer Wegzugsprämie nahmen weit über die Hälfte der Betroffenen nicht in Anspruch. Dieses arbeitsmarktpolitische Instrument zur Förderung der räumlichen Mobilität zeigte bei dieser Befragung keine nennenswerte Wirkung auf Entscheidungsprozesse im Migrationsverhalten. Jedoch zeigten sich bei der Inanspruchnahme geschlechtsspezifische Unterschiede. Rd. 20% mehr Frauen als Männer bejahten, dass sie diese finanzielle Unterstützung von der Agentur für Arbeit erhalten haben.

Abb. C17: Unterstützung durch Mobilitätsbeihilfen (ehemalig Arbeitslose)



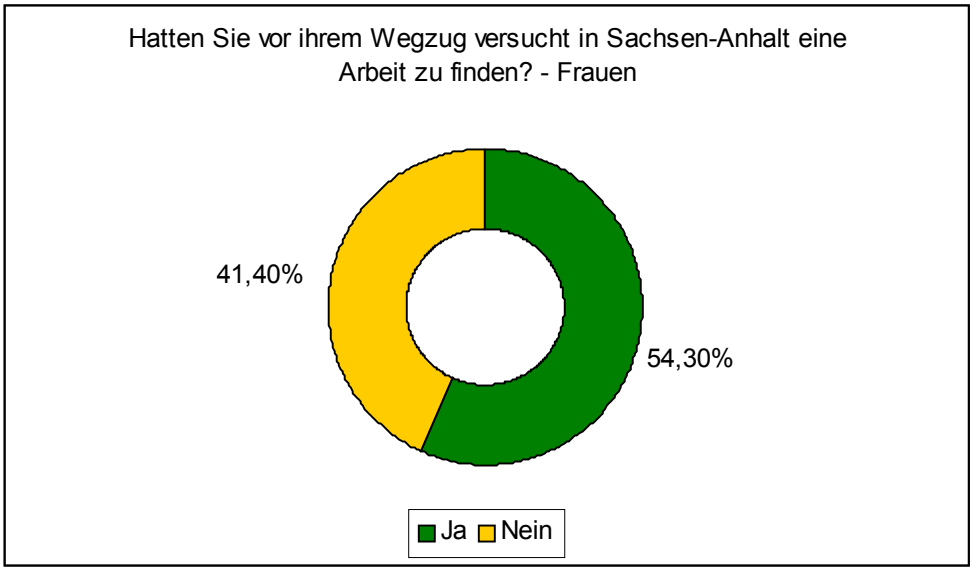
Quelle: Eigene Darstellung, Telefonerhebung 2003

Die Absolventen

Rd. 17% der befragten Männer und rd. 13% der befragten Frauen hatten in Sachsen-Anhalt eine Ausbildung bzw. ein Studium absolviert und haben außerhalb Sachsen-Anhalts einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden. Dieser Fortzugsgrund rangiert bei den Männern auf Platz 2 und bei den Frauen auf Platz 4. Dass weniger weibliche Absolventen das Land verlassen haben, hängt u.a. damit zusammen, dass mehr Frauen als vergleichsweise Männer schon wegen einer Ausbildung bzw. wegen eines Studiums fortgezogen sind. Sie haben ihre Migrationsentscheidung hinsichtlich ihrer Erwerbsbiographie früher getroffen. Für beide Geschlechter überwiegt mit rd. 60% der Anteil derjenigen, die nach einer abgeschlossenen Ausbildung weggezogen sind. AbsolventInnen mit einem universitären bzw. Hochschulabschluss nehmen mit 40% einen geringeren Anteil ein.

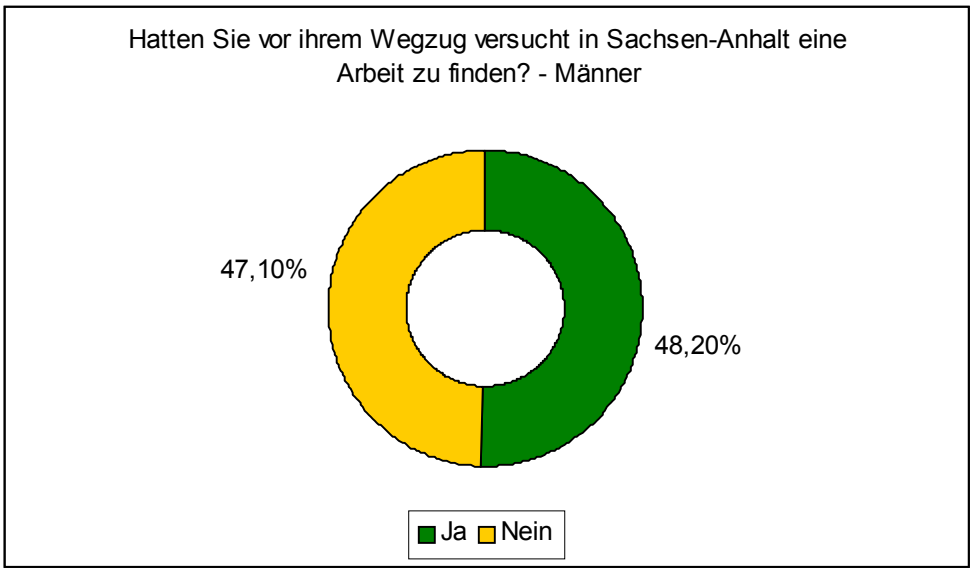
Ein Mangel an qualifizierten Arbeitsstellen kann nicht als alleinige Ursache für die Abwanderung der Berufsanfänger gesehen werden. Rd. 45% der AbsolventInnen und ausgelernten Auszubildenden haben erst gar nicht versucht eine Arbeit im Land zu finden. Dabei zeigen sich geringe geschlechtsspezifische Unterschiede: rd. 41% Frauen und rd. 47% Männer sind ohne einer Arbeitsplatzsuche aus Sachsen-Anhalt fortgezogen. Etwas mehr als die Hälfte (rd. 51%) der in dieser Kategorie eingeordneten Befragten hatten versucht, eine Arbeitsstelle im Land zu finden.

Abb. C18: Absolventinnen und Arbeitssuche in Sachsen-Anhalt - Frauen



Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

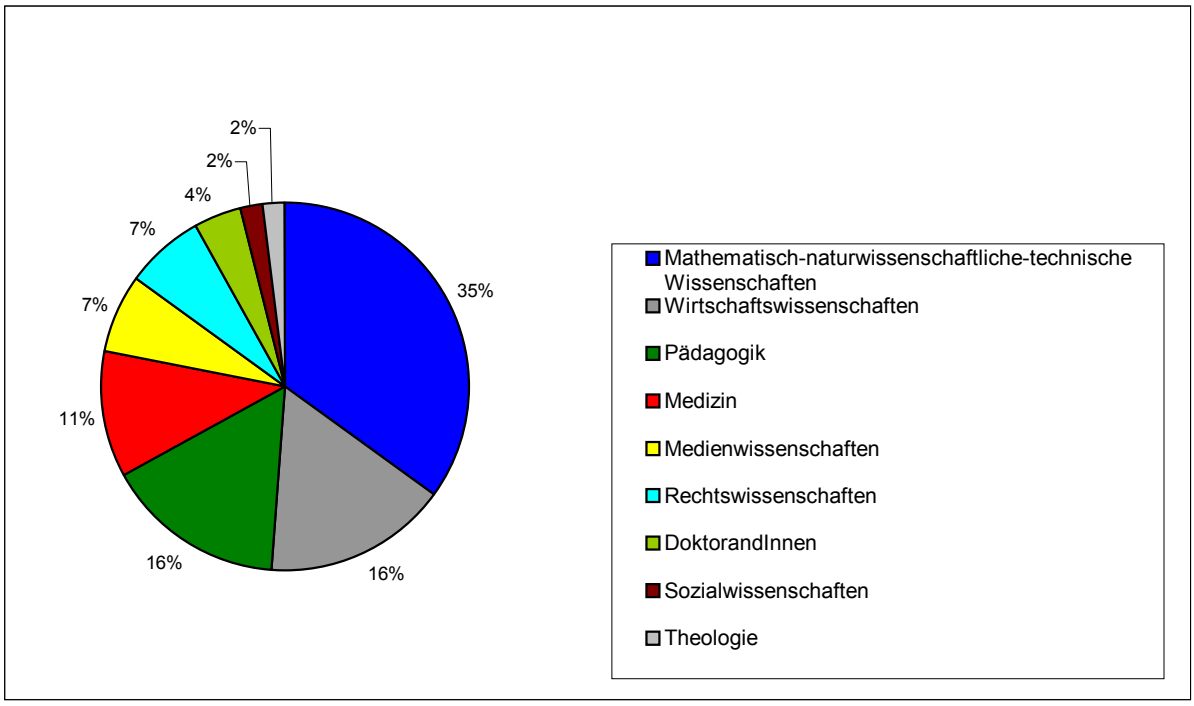
Abb. C19: Absolventen und Arbeitssuche in Sachsen-Anhalt - Männer



Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Am stärksten waren Absolventen der mathematisch-naturwissenschaftlich-technischer Studienrichtungen vertreten, gefolgt von Wirtschaftswissenschaften, pädagogischen Studienrichtungen und MedizinerInnen.

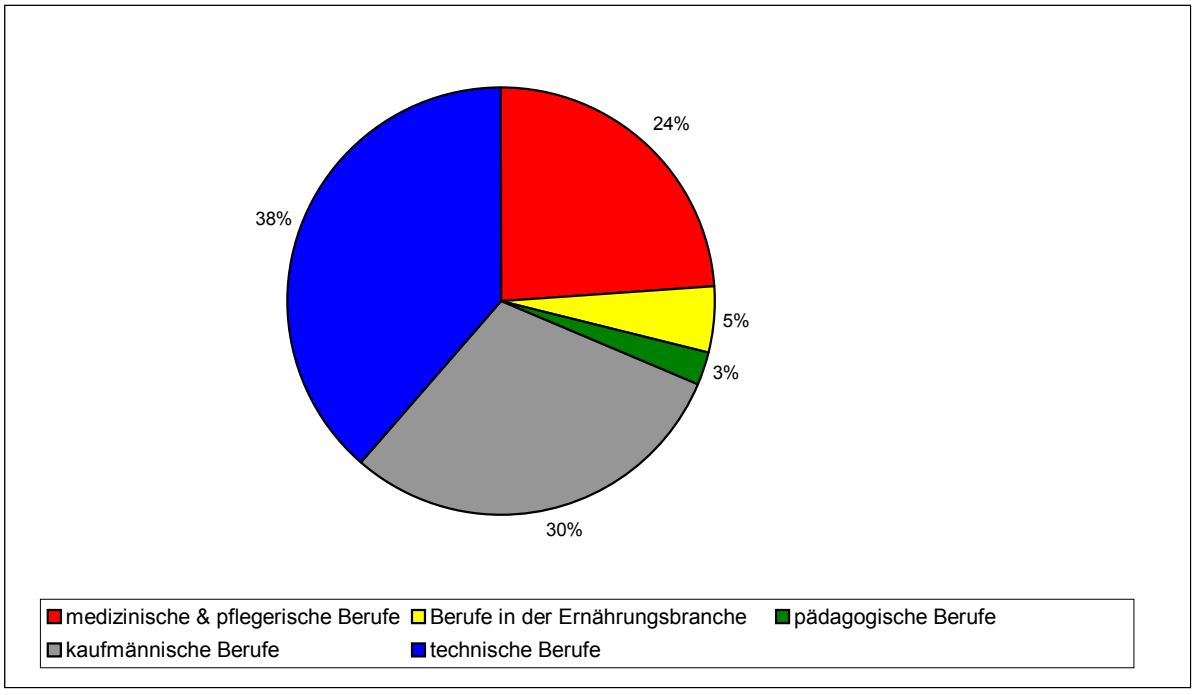
Abb. C20: Studienrichtungen der AbsolventInnen



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Bei den fertigen Auszubildenden ergibt sich ein ganz ähnliches Bild, wie bei den Absolventen. Auch hier waren diejenigen am stärksten vertreten, die einen technischen Beruf erlernt haben, dicht gefolgt von den Frauen und Männern, welche sich im kaufmännischen Bereich ausbilden ließen. Mit 24% lagen Berufe im medizinischen und pflegerischen Bereich an dritter Position.

Abb. C21: Ausbildungsberufe der FacharbeiterInnen



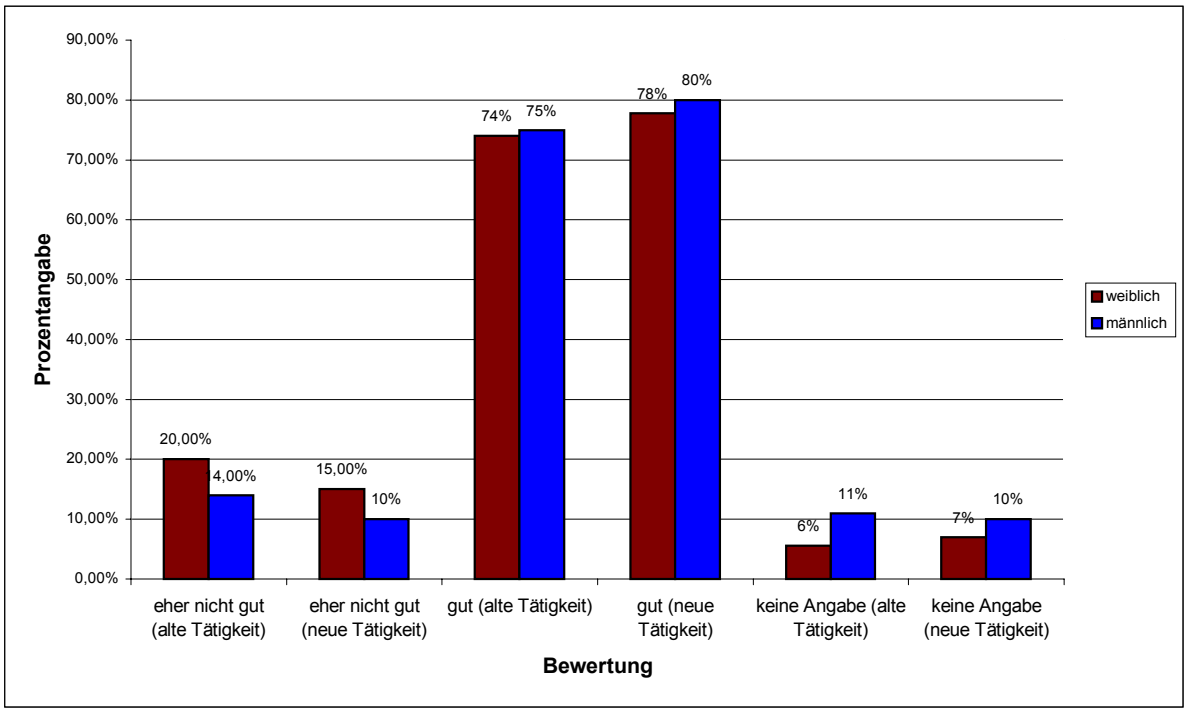
Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

C 3.2 Arbeitsbedingungen im Vergleich: Die Berufstätigen

Die Gesamteinschätzung der Fortzugsgründe zeigt, dass ein großer Teil der Befragten in Sachsen-Anhalt einer Erwerbsarbeit nach ging. Hierbei waren die Männer mit 31% am stärksten vertreten, wo hingegen sich nur 12% der Frauen hier einordneten. Insofern war nicht nur ein Arbeitsplatzmangel migrationsfördernd, sondern im besonderen Maße die Qualitätsunterschiede der Rahmenbedingungen in den ausgeübten Tätigkeiten. Die Qualität eines Arbeitsplatzes wurde durch folgende Rahmenbedingungen definiert: das Betriebsklima, Überstunden ohne Bezahlung, Arbeiten unter ständigem Zeit- und Termindruck, Unsicherheit über die Zukunft des Arbeitsplatzes, Förderung der Arbeitskraft durch Weiterbildung und Qualifizierungsmaßnahmen und das subjektive Gefühl des „Sich ausgebeutet fühlen, unter Wert eingesetzt zu sein“. Für einen Vergleich haben die Befragten sowohl für die alte Tätigkeit in Sachsen-Anhalt, wie auch für die neue am Zielort eine Einschätzung abgegeben. Die folgenden Ergebnisse beziehen sich auf die Befragten, welche einen Arbeitsplatz in Sachsen-Anhalt hatten und wegen einer neuen Arbeitsstelle fortgezogen sind. Hier ordneten sich 120 Männer (23% aller befragten Männer) und 54 Frauen (10% aller befragten Frauen) ein.

Das Betriebsklima rückt immer mehr an Platz eins in der Liste der wichtigsten Kriterien für das Wohlfühlen am Arbeitsplatz. Wenn das Klima stimmt, machen nicht wenige Abstriche beim Gehalt. Selbstverständlich gibt es verschiedene Faktoren, die sich auf das Klima im Beruf positiv bzw. negativ auswirken. Ein Bestandteil davon ist der Umgang mit dem Kollegenkreis. Wenn die Kommunikation mit den Kollegen stimmt, wenn es sich um ein wirkliches Team handelt, das gut und gerne zusammenarbeitet, das sich gegenseitig aufbaut, weiterhilft und motiviert, dann ist ein Riesenschritt hinsichtlich des Wohlfühlens im Beruf getan.

Abb. C22: Vergleich des Betriebsklimas alter/neuer Arbeitsplatz, nach Geschlecht

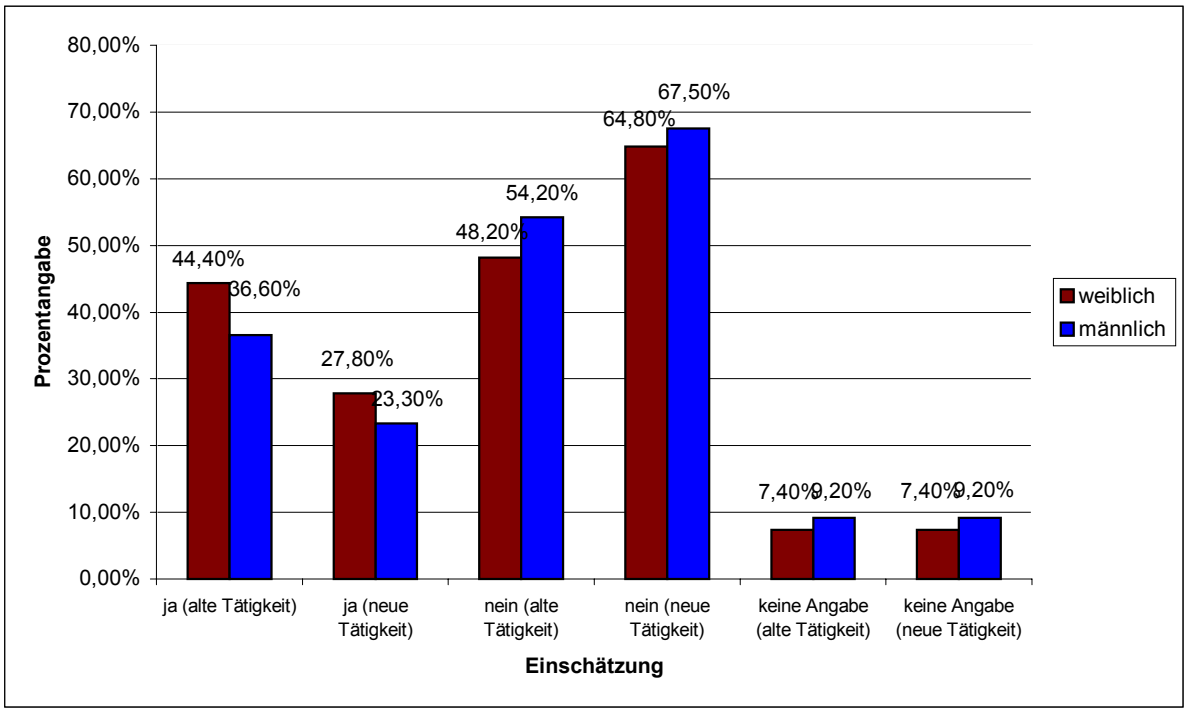


Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Die Einschätzung fällt für beide Geschlechter recht homogen aus. Es sind keine bedeutenden Meinungsverschiedenheiten festzustellen. Die Grafik zeigt jedoch, dass mehr Frauen als Männer das Betriebsklima für beide Arbeitsstellen als nicht gut einstuften. Dies könnte ein Indiz für geschlechtsspezifische Diskriminierungen am Arbeitsplatz sein. Beide Geschlechter bewerten es bei der neuen Arbeitsstelle generell positiver. Als Push-Faktor kann das Betriebsklima nicht eingestuft werden.

Überstunden ohne Bezahlung werden selten in betriebsinternen Statistiken geführt, in der Regel werden nur die vergüteten Überstunden gemeldet. Einerseits haben viele Mitarbeiter Angst, mit zu vielen bezahlten Überstunden negativ auf sich aufmerksam zu machen, andererseits werden beispielsweise oft die zustehenden Pausen durchgearbeitet oder aber über den gesetzlich bzw. tariflich maximal festgelegten Zeitraum hinaus gearbeitet. Diese Zeiten werden dann von der Geschäftsleitung mit Hinweis auf die Vorschriften nicht anerkannt. Mit Gegenwehr braucht angesichts der Situation auf dem Arbeitsmarkt offenbar oftmals in Sachsen-Anhalt nicht gerechnet zu werden. Ebenso wie in der Krankenstatistik, welche ausweiset, dass die Anzahl der kranken Arbeitnehmer rückläufig ist, kann davon ausgegangen werden, dass die ohne Bezahlung verrichteten Überstunden in Abhängigkeit zur Höhe der Arbeitslosenquote steigen. Ein Indiz dafür ist beispielsweise der unterschiedliche Umfang der Überstunden in West- und Ostdeutschland, was diese Befragung auch bestätigt.

Abb. C23: Vergleich Häufigkeit von Überstunden ohne Bezahlung, nach Geschlecht

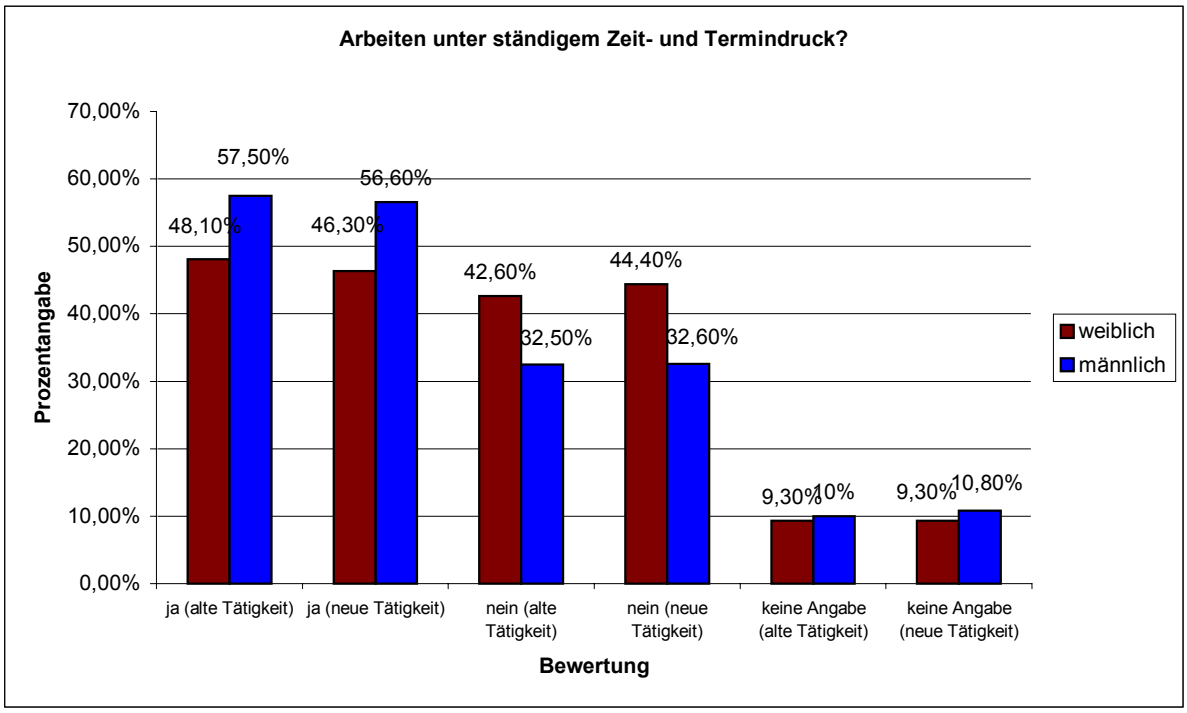


Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Hier zeigt sich bei der Einschätzung der Befragten eine größere Diskrepanz zwischen alter und neuer Tätigkeit für beide Geschlechter. Nur rd. 28% der Frauen leisten diese Mehrarbeit an ihrer neuen Arbeitsstelle, wo hingegen dies rd. 44% der Frauen für ihre alte Tätigkeit angaben. Bei den Männern bejahten diese Frage rd. 23% für die neue Tätigkeit und rd. 37% für die alte Tätigkeit. Insgesamt ist festzustellen, dass mehr Frauen als Männer Überstunden ohne Bezahlung leisten. Hier kommen geschlechtsspezifische Ungleichheiten zum Ausdruck, welche sich dahingehend interpretieren lassen, dass Frauen aufgrund von verschiedenen Benachteiligungen in der Arbeitswelt (z.B. Mutterrolle) zu mehr Arbeit bereit sind bzw. sie leisten müssen, um eine gleichwertige Anerkennung wie der männliche Kollege zu erzielen. Die Gesamtaussage der Grafik verdeutlicht, dass zumindest das Leisten von unbezahlter Arbeit sich migrationsfördernd auswirkt.

Ein Arbeiten unter ständigem Zeit- und Termindruck scheint symptomatisch für ganz Deutschland zu sein. Es sind keine nennenswerten Unterschiede in den Bewertungen für die alte und neue Tätigkeit festzustellen. Jedoch sind Männer sowohl in Sachsen-Anhalt als auch bei ihrer neuen Arbeitsstelle stressgeplagter als Frauen. Diese Rahmenbedingungen ist nicht migrationsfördernd. Sie scheint für eine Abwanderung nicht ursächlich zu sein. Interessant ist immerhin, dass diese Zahlen nicht daraufhin deuten, dass etwa Effizienz und Arbeitstempo im Osten niedriger wären als im Westen.

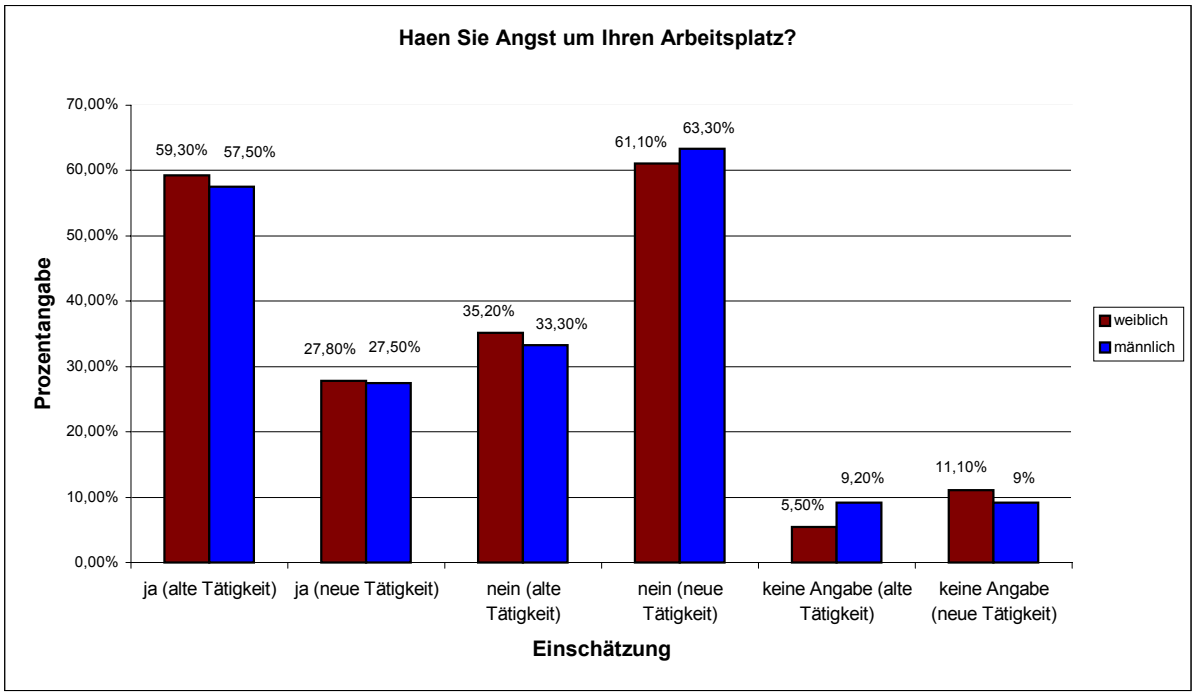
Abb. C24: Vergleich Zeit- und Termindruck, nach Geschlecht



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Die Angst um den Arbeitsplatz bringt für die Betroffenen psychologische Probleme mit sich, die sich aus der Ungewissheit und Unsicherheit für die Zukunft ergeben und die wiederum Angst vor Veränderungen entstehen lassen.

Abb. C25: Vergleich Arbeitsplatzunsicherheit, nach Geschlecht

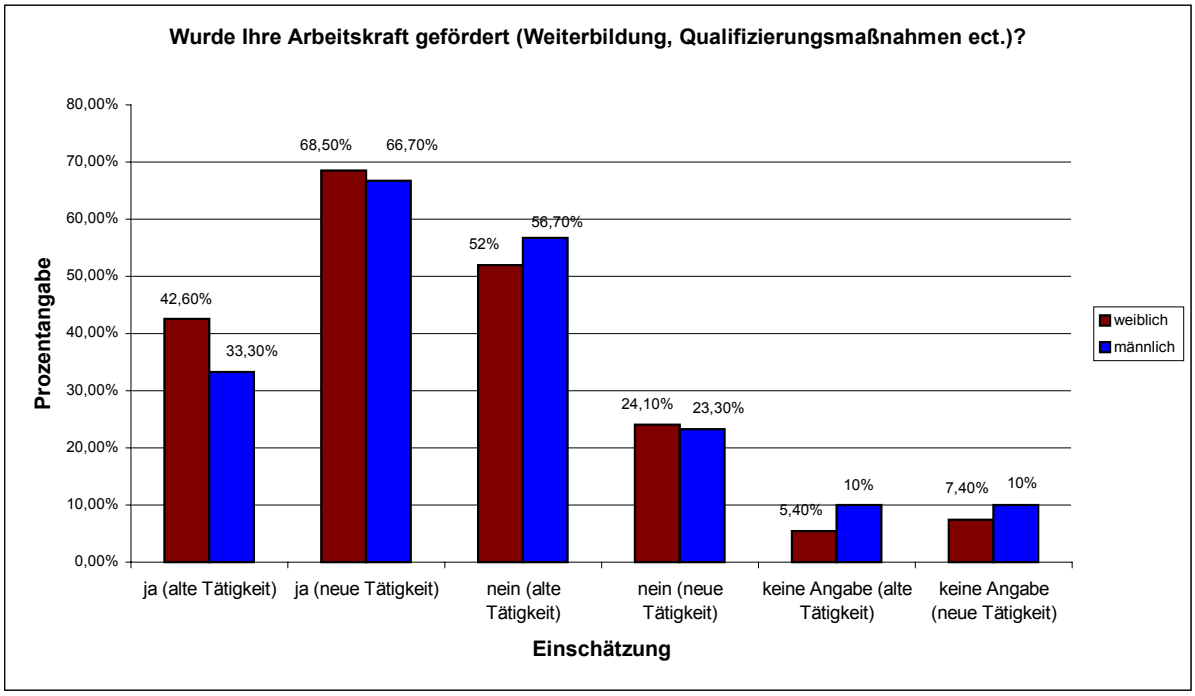


Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Die Grafik zeigt eindeutig, dass die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes bei beiden Geschlechtern in Sachsen-Anhalt sehr stark ausgeprägt war. Dem gegenüber steht eine Sicherheitsangabe des Arbeitsplatzes am Zielort. Geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich diesbezüglich kaum feststellen. Somit verifiziert diese Rahmenbedingung ebenfalls die Hypothese und wirkt sich bestimmend für die Migration aus.

Investitionen in die Arbeitskraft des Arbeitnehmers vermitteln diesem ein gewisses Gefühl der Arbeitsplatzsicherheit und das Gefühl, dass die gegenwärtige Arbeitsstelle für die eigene berufliche Entwicklung auch mittelfristig förderlich ist. Die hohen Prozentwerte bei der Bejahung dieser Rahmenbedingung für die neue Arbeitsstelle außerhalb Sachsen-Anhalts korrelieren mit der Verneinung über die Unsicherheit des neuen Arbeitsplatzes. Den Mitarbeiterstamm wettbewerbsfähig zu halten, scheint in Sachsen-Anhalt eine eher untergeordnete Rolle zu spielen. 52% der befragten Frauen und rd. 57% der befragten Männer gaben an, keine Förderung ihrer Arbeitskraft in Sachsen-Anhalt erfahren zu haben. Dies sind mehr als doppelt so hohe Prozentwerte, wie die Verneinung dieser Rahmenbedingung für ihre jetzige Tätigkeit. Als erfreulich zeigt sich, dass von der geringen, in Sachsen-Anhalt getätigten Förderung von Arbeitnehmerqualifizierungen mehr Frauen als Männer profitierten. Aufgrund der beachtlichen Unterschiede in den Vergleichswerten verifiziert diese Rahmenbedingung die Hypothese.

Abb. C26: Vergleich Weiterbildung/Qualifizierung, nach Geschlecht

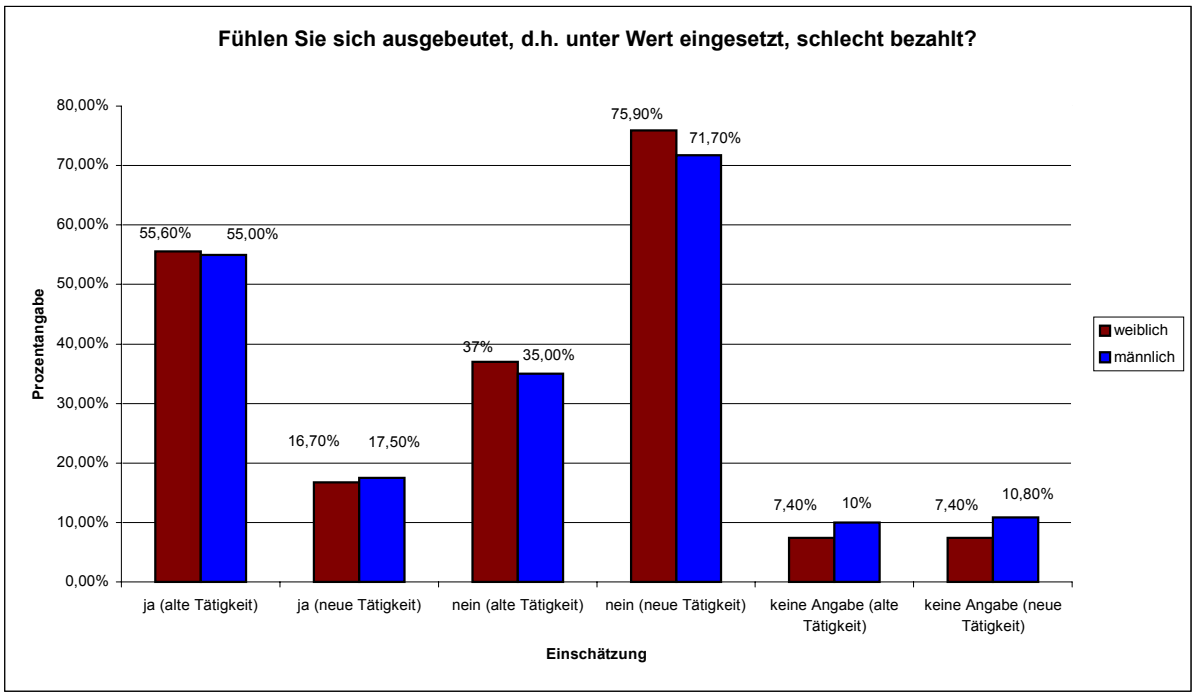


Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Die Grafik C27 zeigt die subjektive Gefühlseinschätzung der Befragten, welche für ein dynamisches und positives Einbringen der Arbeitskraft wichtig ist. Auch hier spiegeln sich deut-

liche Unterschiede zwischen alter und neuer Tätigkeit wieder. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind nicht festzustellen. Die Bejahung des negativen Gefühls korreliert mit dem Zuspruch, unbezahlte Arbeit für die alte Tätigkeit zu leisten. Die hohen Prozentwerte bei der Verneinung dieses Gefühls bei der neuen Tätigkeit sind ein summarischer Ausdruck der insgesamt positiver bewerteten Rahmenbedingungen für das Arbeiten am Zielort und spiegeln möglicherweise auch ein generell größeres Gefühl der gerechten Bezahlung am neuen Wohnort.

Abb. C27: Vergleich Gefühl der Ausbeutung, nach Geschlecht

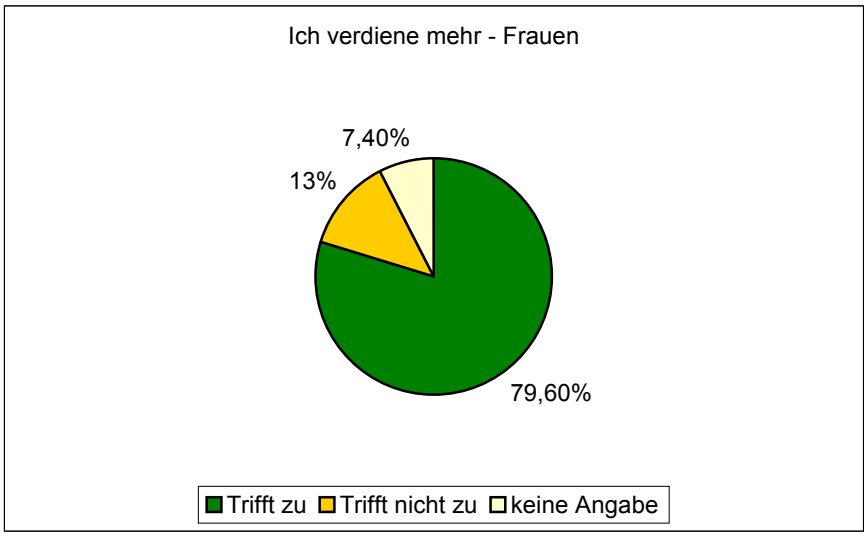


Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die wichtigsten Faktoren für die Unzufriedenheit mit dem Arbeitsplatz in Sachsen-Anhalt eine zu niedrige, als ungerecht empfundene Bezahlung, die größere Arbeitsplatzunsicherheit und die ungenügende Förderung durch Investitionen in die persönliche Qualifikationsentwicklung waren. Vor allem am letzten Punkt können gezielte Fördermaßnahmen also auch dazu beitragen, die Abwanderung qualifizierter Erwerbstätiger zu verhindern.

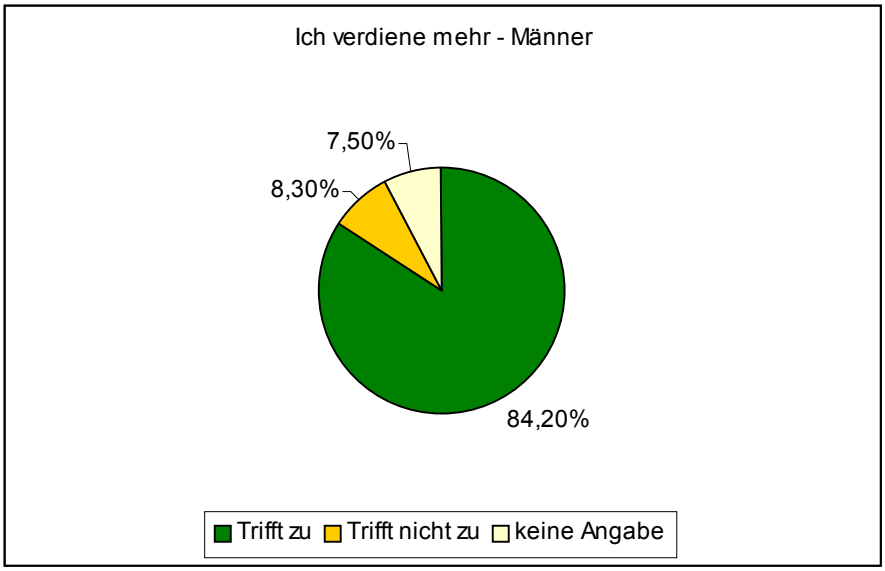
Des weiteren wurden die Berufstätigen gebeten, einzuschätzen, ob folgende Kriterien für ihren Arbeitsplatz am Zielort zutreffen: ein höherer Verdienst, bessere Karrieremöglichkeiten und kürzere Arbeitszeiten.

Abb. C28:Verdienst am neuen Arbeitsplatz - Frauen



Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

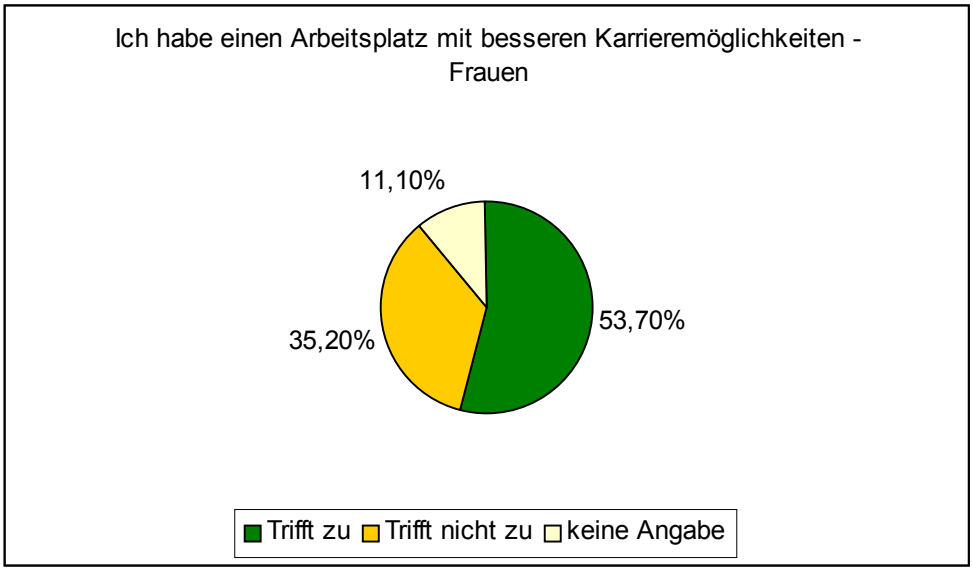
Abb. C29: Verdienst am neuen Arbeitsplatz - Männer



Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

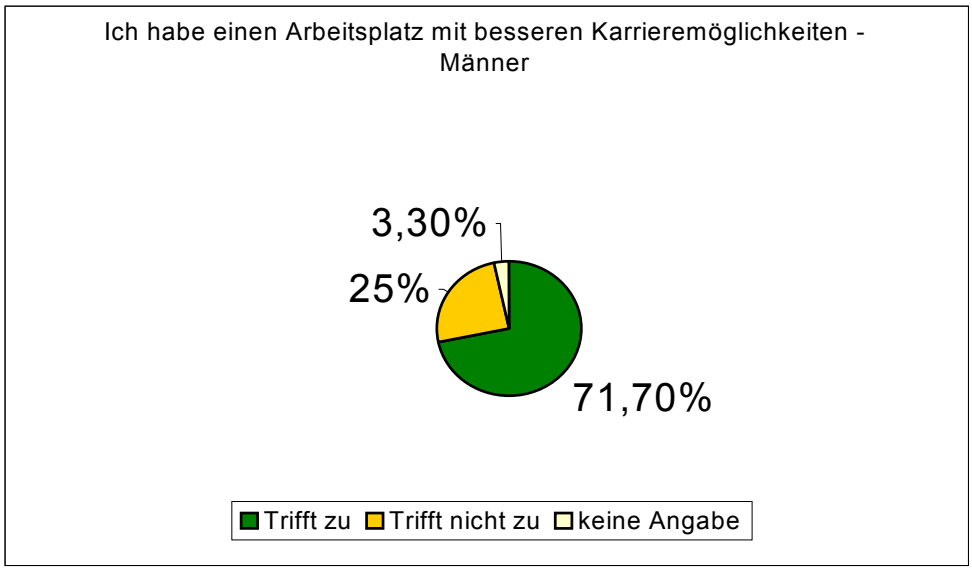
Ein höherer Verdienst wird von beiden Geschlechtern für die neue Arbeitsstelle bestätigt, wobei er bei den Männern um 5 Prozentpunkte höher ausfällt, während bei den Frauen im Vergleich zu den Männern eine deutlichere Verneinung zu sehen ist. Die Aussagen korrelieren mit dem insgesamt besseren Abschneiden der Rahmenbedingungen für die Tätigkeiten am Zielort, indem die höhere Bezahlung bestätigt wird. Sie kann als starker Push-Faktor eingestuft werden.

Abb. C30: Karrieremöglichkeiten am neuen Arbeitsplatz - Frauen



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

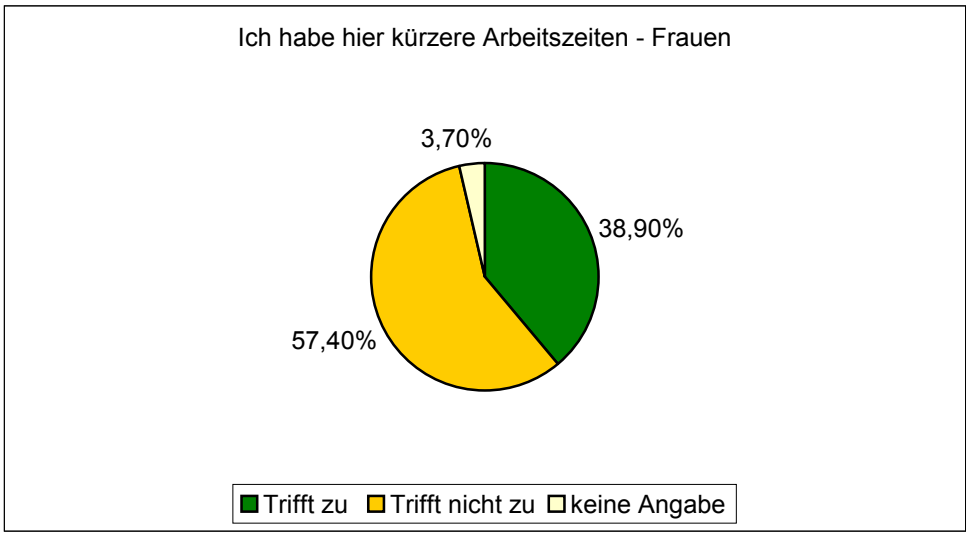
Abb. C31: Karrieremöglichkeiten am neuen Arbeitsplatz - Männer



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Für deutlich mehr Männer war der Arbeitsplatzwechsel verbunden mit besseren Aufstiegschancen im Beruf, während bei den Frauen ihre räumliche Mobilität weit weniger verbunden war mit einer beruflichen sozialen Mobilität. Für die Männer kann dieser Qualitätsaspekt der ausgeübten Tätigkeit als Push-Faktor angesehen werden. Die doch beachtlichen Unterschiede in den Prozentwerten für beide Geschlechter sind ein Zeichen für die sogenannte gläserne Decke, die notorische Unterrepräsentierung von Frauen in Führungspositionen.

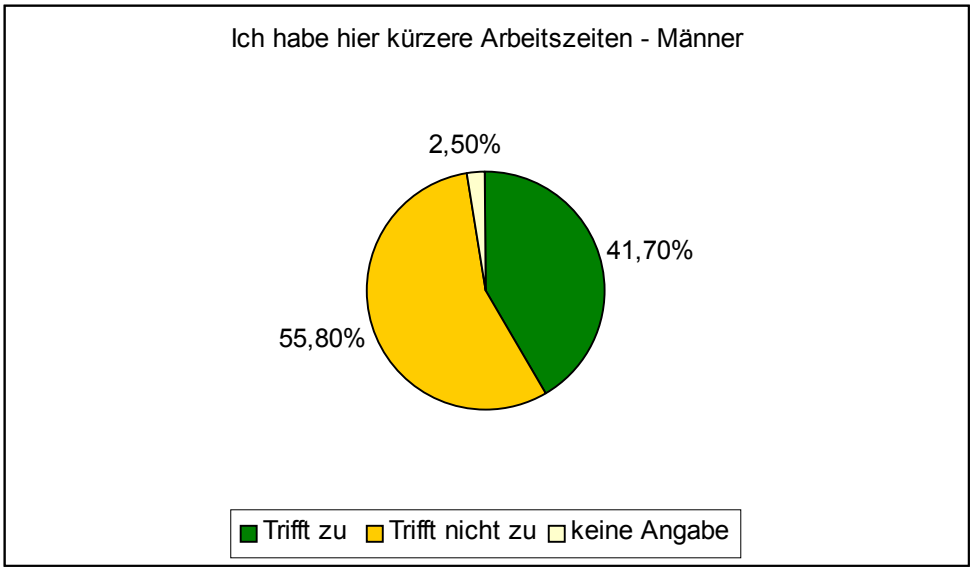
Abb. C32: Arbeitszeiten am neuen Arbeitsplatz - Frauen



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

In der überwiegenden Mehrheit haben beide Geschlechter keine kürzeren Arbeitszeiten bei ihrer neuen Tätigkeit am Zielort. Aufgrund der Aussagen würde eine Senkung der Arbeitszeiten als Haltefaktor für Sachsen-Anhalt kaum wirken, dies gilt für Frauen wie auch für Männer. Sie können weder als Push- noch als Pullfaktor angesehen werden.

Abb. C33: Arbeitszeiten am neuen Arbeitsplatz - Männer



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

C 3.3 Persönliche Fortzugsgründe, Abwanderungsnetzwerke, Integration am Zielort

Abwanderungsursachen können nicht monokausal erklärt werden. Migrationsentscheidungen gehen zumeist aus mehreren Gründen hervor und nicht immer sind die arbeitsmarktbe-

zogenen Gründe ursächlich für das Weggehen aus Sachsen-Anhalt. Deshalb wurden in die Telefoninterviews Fragen mit aufgenommen, die eine Beurteilung der persönlichen oder personengebundenen Motive für den Wegzug erlauben. Die Interviewten wurden u.a. danach befragt, ob weitere persönliche Gründe für ihren Fortzug ausschlaggebend waren. Nach den gesonderten Fragen für die einzelnen Fortzugstypen haben alle Befragten Auskunft über das mögliche Vorhandensein von sozialen Kontakten am Zielort gegeben. Hintergrund dieser Fragestellung ist die Beobachtung, dass bei internationalen Migrationsmustern viele Wanderungsprozesse durch familiäre, verwandtschaftliche oder andere soziale Beziehungsstrukturen erst ausgelöst werden. Solche Migrantennetzwerke führen oftmals zu Kettenmigrationen, bei denen über Informationsvermittlung und das Bereitstellen von sozialen und wirtschaftlichen Ressourcen die Menschen eine gewisse Sicherheit am Zielort erfahren, was ihnen eine Entscheidung zum Nachzug erleichtert. Inwieweit soziale Netzwerke für die innerdeutsche Binnenmigration von Bedeutung sind und in welcher Form sie wirken, wurde deshalb detailliert erhoben.

Persönliche Gründe für den Wegzug

Bei dem Fortzugstyp, für den keine beruflichen Gründe ausschlaggebend waren, dominieren eindeutig die Frauen. Für 21% der befragten Frauen und nur für 8% der befragten Männer waren primär keine beruflichen Gründe für einen Fortzug aus Sachsen-Anhalt ausschlaggebend. Hintergrund ist der Zuzug zum Ehemann bzw. Ehefrau oder zur/ zum LebenspartnerIn. Bezug nehmend darauf besteht auch ein signifikanter Zusammenhang zwischen Familienstatus und Fortzugstyp, d.h. dass die Mehrheit verheiratet waren bzw. in einer Lebenspartnergemeinschaft lebten. Auch konnten Menschen, die sich hierbei einordneten, natürlich öfter die Kinderfrage bejahen, als dies andere Fortzugstypen taten. Mit zunehmenden Alter steigt der Anteil derjenigen, welche sich in dieser Kategorie einordneten. Mit rd. 35% waren die 18-25 Jährigen und mit rd. 65% die 26-35 Jährigen hierbei vertreten. Geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich nicht erkennen.

Zusammenfassend lässt sich für diesen Typus sagen, dass die sozialen Kontakte im Zielgebiet der ausschlaggebende Grund für den Wegzug gewesen sind und das dies deutlich mehr Frauen für sich angaben. Insofern konnte ein starker signifikanter Zusammenhang zwischen Frauen und sozialen Kontakten für eine Fortzugsentscheidung nachgewiesen werden.

Der Ausschnitt eines einem qualitativen Interview soll exemplarisch das Ergebnis der repräsentativen Befragung bestätigen.

> *Interviewer: Ich möchte gern von Ihnen wissen, wie der Gedanke entstand wegzugehen und wann letztlich dieser entscheidende Entschluss gefasst wurde, jetzt geht's aus Sachsen-Anhalt weg?*
>
> *Interviewte: „Also, ganz am Anfang, muss ich sagen, hab ich `99 meinen Freund kennen gelernt, ein gebürtiger Magdeburger, und der ist `99 im Frühjahr zur Bundeswehr gegangen und hatte bei seinem Dienstvertrag nicht angegeben „heimatnah", das heißt, er konnte deutsch-*

landweit eingesetzt werden, weil er auch mal was sehen wollte von Deutschland und kam nach Mellrichstadt. Also, das ist gleich von Meiningen 20 km, einfach über die Grenze drüber nach Bayern, Mellrichstadt. Da war er stationiert, das heißt, er war die Woche über weg, kam Freitag Abend nach Hause, ist Sonntag Nachmittag wieder los. Das ganze Spiel haben wir über drei Jahre gemacht. ... Drei Jahre Wochenendbeziehung reicht uns eigentlich, wir würden gern zusammenziehen, weil wir auch eine gemeinsame Zukunft irgendwie planen wollten, und für ihn war aber klar, da er sich länger verpflichtet hatte, dass er hier erst mal nicht wegkommt.“

(Julia (26) aus Meiningen)

Auch bei den Telefoninterviews bestand in Form einer offenen Frage, d.h., in nicht vorgegebenen Antwortkategorien, die Möglichkeit sich zu persönlichen Gründen für den Wegzug äußern. 23% der befragten Frauen und 23% der befragten Männer machten davon Gebrauch. Die Antworten bezogen sich auf sehr unterschiedliche Lebensbereiche. Für einige war eine Trennung bzw. Scheidung von dem/ der PartnerIn Anlass, aus seinem Wohnort fortzuziehen. Mit der Mobilität wurde eine Lösung gesehen, Konfliktsituationen zu beheben und einen Neuanfang mit einer räumlichen Verlagerung zu bekräftigen.

„Scheidung, Grund aus Magdeburg wegzuziehen“

„Trennung von Frau, wollte dann ganz weg aus Sachsen-Anhalt“

(Aussagen, offene Fragestellungen, Telefonbefragung)

Auch die Scheidung der Eltern und das Mitziehen mit einem Elternteil waren für manchen das Ereignis weggehen –zu müssen-.

„Eltern geschieden, mit Mutter mitgegangen“

(Aussage, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

Ein großer Teil der Befragten , 12% der Frauen und 8% der Männer, sind mit den Familien bzw. mit dem Partner gemeinschaftlich weggegangen. Die Entscheidung diesen Schritt zu vollziehen, lag nicht bei den Befragten selber.

„Familie zog um, sie mit“

„Eltern sind umgezogen, mitgezogen“

„Lebenspartnerin nach Bayern gezogen, er zog mit“

(Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

Bestehende soziale Kontakte am Zielort waren nicht nur migrationserleichternd, sondern oftmals auch der ausschlaggebende Grund, diese Handlung zu vollziehen. Für eine starke partnerschaftliche Bindung haben selbst feste Arbeitsverträge keine Haltekraft.

„...er folgte ihr und hat festen Job in Sachsen-Anhalt aufgegeben“

„Nur der Grund, dass ihr Freund dort war, sonst wäre sie in Sachsen-Anhalt geblieben.“

„Familie zog in ein anderes Bundesland, sie war schwanger und brauchte die Unterstützung der Familie“

„...Zusammenzug mit Lebenspartnerin“

„...in Region von Verwandten gezogen“

(Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

Für 15% der Frauen und für 13% der Männer bestand die Motivation aus Sachsen-Anhalt fortzuziehen darin, in ihre Heimat und zu ihren Familien und Freunden zurückzukehren. In diesem Fall lag eine Re-Migration vor.

„...neuer Wohnort ist Geburtsort“
„...war klar, dass ich nach der Ausbildung zurückgehe“
„Familie stammt aus dem jetzigen Wohnort, als Vater starb ging er zurück zur Mutter“
(Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

Für wenige der Befragten, rd. 2% der Frauen und rd. 1% der Männer spielten Probleme mit der Mentalität und der subjektiven Wahrnehmung der Stimmung der Menschen in Sachsen-Anhalt in den Entscheidungsprozess mit rein.

„...in Magdeburg nicht wohlgefühlt, Leute depressiv und schlecht drauf“
„...Leute sind verschlossener, frustriert aggressionsbereiter“
„...Mentalitätsprobleme“
(Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

Aufgrund der geringen Prozentwerte kann davon ausgegangen werden, dass das subjektiv wahrgenommene Stimmungsbild für Sachsen-Anhalt für die Mehrheit der FortzüglerInnen nicht negativ war und damit auch in keinem größeren Maße sich als migrationsfördernd erwiesen hat.

Für 5% der befragten Frauen und für 6% der befragten Männer waren bessere Wohnverhältnisse ausschlaggebend. Sie haben ihr Traumhaus am Zielort gefunden bzw. sich Wohneigentum erworben.

„...Traumhaus gefunden“
„...in Sachsen-Anhalt keine geeignete Wohnfläche (Baugrundstück) gefunden“
„...Platzmangel in der Wohnung“
(Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

Gerade für jüngere Menschen floss die Lust auf das Leben in einer größeren Stadt in den Entscheidungsprozess mit ein. Die zwei Großstädte Sachsen-Anhalts Halle (Saale) und Magdeburg zählen für diejenigen, die diese Angaben machten, nicht wirklich als Großstädte. Die Bedeutung Großstadt wird von ihnen gleichgesetzt mit dem Prädikat einer Weltstadt. Die Äußerungen „Halle sei keine Weltstadt“ und der Vergleich Magdeburgs mit einer „Käseglocke“ waren dabei nicht selten. Sie wollen sich ein neues Lebensgefühl erobern und sehen durch eine „städtemäßige Veränderung“ neue Perspektiven für sich. Dies trifft auch für ländliche BewohnerInnen zu, die den Zuzug in Agglomerationsräume gleich mit einem Wegzug aus Sachsen-Anhalt verbunden haben.

„Ich komme vom Dorf und wollte in eine Großstadt“
„...aus ländlicher Gegend entfliehen“
(Aussagen, offene Fragestllung, Telefonbefragung)

Dem Wunsch, in einer Weltstadt zu leben, gehen oftmals Enttäuschungen im kulturellen Angebot des alten Heimatortes voraus. Hierbei spielen auch die Beurteilungen des Freizeitangebotes eine Rolle.

„ ...zu wenig Angebote für Jugendliche“
(Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

Die Summe negativer Eindrücke vermittelt dann das Bild, dass „einfach nichts los ist“. Mit dem Umzug wird das Ziel verfolgt, den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden.

„...bisschen mehr los im Ruhrgebiet“
„ ...weg aus Sachsen-Anhalt, nichts los“
(Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

Auch spielt bei den jüngeren Befragten der biografische Schritt, der Abnabelung vom Elternhaus in die Migrationsentscheidung mit ein. Um Abstand von zu Hause zu gewinnen, um selbstständig zu werden, möchten sie ihr Leben räumlich verlagern.

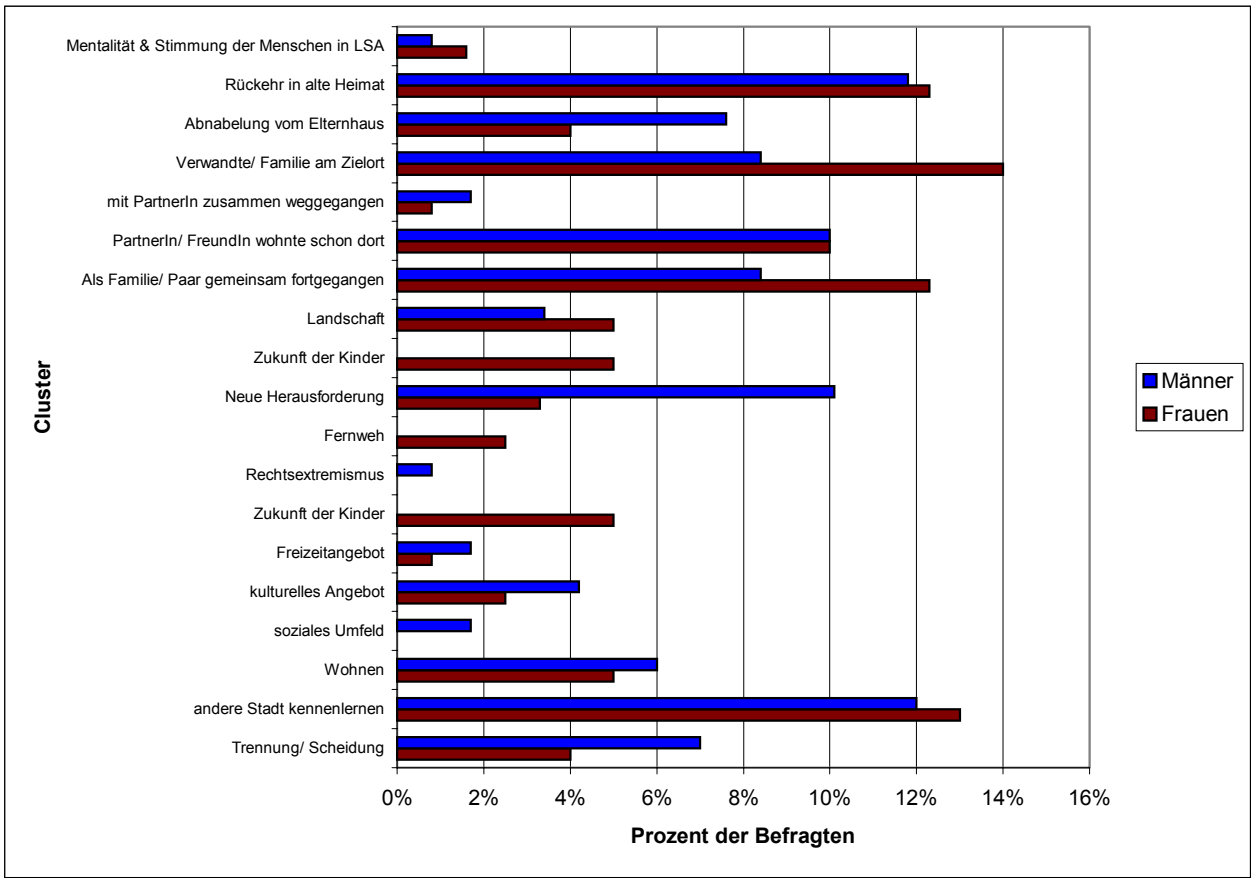
„...selbstständig sein, weit weg wohnen“
„...wollte selbstständig werden“
„...weg von seinen Eltern“
(Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

Nicht zuletzt kann sich der naturgegebene Drang auf neue Erfahrungen in einem Wegzug äußern. Neue Leute und eine neue Umgebung kennen zulernen, wird als eine notwendige persönliche Weiterentwicklung oder als Herausforderung gesehen. Auch eine Spur Abenteuerlust und Fernweh kam bei einigen zum Ausdruck.

„...Abenteuerlust, mal was ganz neues ausprobieren“
„...wollte sich verändern, Erfahrungen sammeln“
„...weg und raus“
„...einfach nur Fernweh“
(Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

Die folgende Abbildung fasst die persönlichen Gründe für einen Fortzug aus Sachsen-Anhalt zusammen.

Abb. C34: Persönliche Gründe für den Fortzug, nach Geschlecht

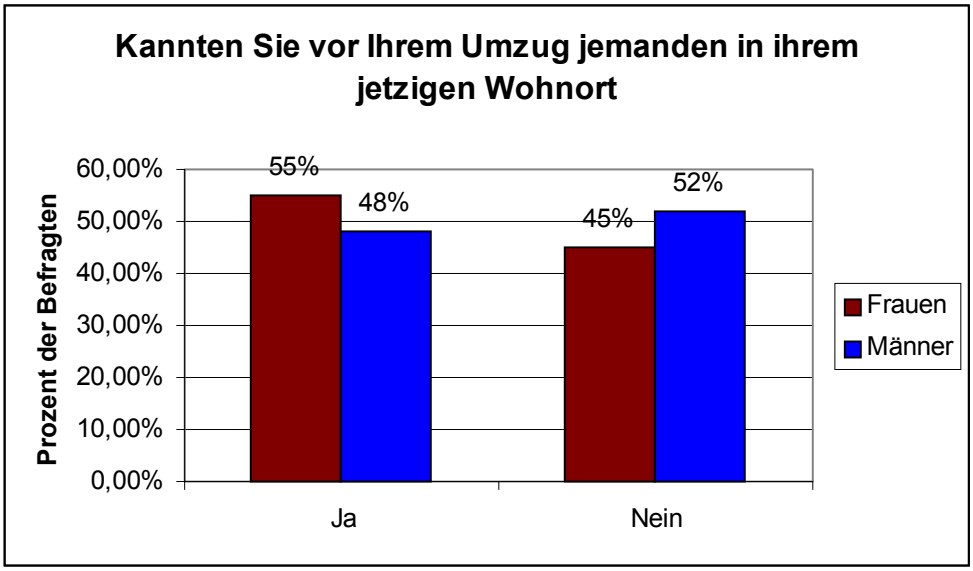


Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Soziale Kontakte am Zielort

Die Mehrheit der Befragten kannte jemanden am neuen Wohnort. 51% aller Befragten kannten am Zielort Personen aus dem familiären, freundschaftlichen und/ oder beruflichem Umfeld. Geschlechtsspezifisch betrachtet spielen für die Frauen die persönlichen Kontakte eine größere Rolle als bei den Männern. 54% der befragten Frauen verfügten über solche Kontakte am neuen Wohnort. Bei den Männern war dies für nur 48% der Fall. Somit sind die persönlichen Kontakte im Migrationsgeschehen und in den Entscheidungen, sein Leben an einem anderen Ort aufzubauen, für beide Geschlechter bedeutend und letztendlich für die Wahl des Zielortes ausschlaggebend.

Abb. C35: Netzwerkkontakte zum neuen Wohnort

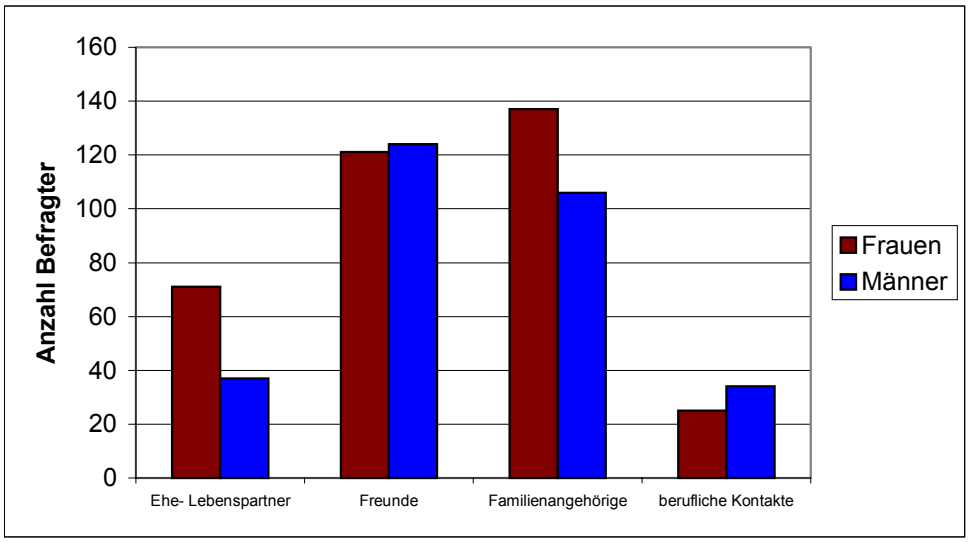


Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Für Frauen sind oftmals die Familienangehörigen und im engeren Sinn die Ehe- bzw. Lebenspartner am Zielort der entscheidende Grund, die Migration auf sich zu nehmen. Analog zu internationalen Migrationsverhalten geht der Mann sozusagen als Vorhut und holt bei einer erfolgversprechenden beruflichen Perspektive und nach einem gewissen Zeitraum des Einlebens die Familie bzw. den Ehe- und Lebenspartner nach. Neben den familiären Verbindungen bestanden für viele Befragte vor ihrem Umzug auch freundschaftliche Kontakte im Zielgebiet. Dabei lassen sich, vor allem bei jüngeren Leute, sogenannte Kettenmigrationen erkennen, wo sich nach und nach ganze Freundeskreise verlagern. Hier lassen sich keine geschlechtsspezifischen Unterschiede erkennen. Die beruflichen Kontakte am neuen Wohnort spielen eher für die Männer eine wichtige Rolle. Diese Aussage korreliert mit der hohen Häufigkeit, in der berufstätige Männer ihren Arbeitsplatz und Arbeitsort aus Sachsen-Anhalt in andere Bundesländer verlagerten.

Bei der differenzierten Angabe für die Art der sozialen Kontakte waren Mehrfachnennungen möglich.

Abb. C36: Art der Kontaktpartner



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Die Vielzahl der persönlichen Kontakte, welche für die meisten Befragten am Zielort bestanden, zeigen, dass persönliche Netzwerke insbesondere im privatem Umfeld für eine Entscheidung, in eine bestimmte Region zu ziehen, elementar sind. Die Netzwerkeffekte haben sich durch die Befragung auch für die innerdeutsche Binnenmigration bestätigt.

Das Vorhandensein von sozialen Kontakten erleichtert das Einleben und Zurechtfinden am neuen Wohnort. Darauf sind auch die Aussagen zurückzuführen, das sich die meisten Fortzügler ohne Probleme im Zielgebiet gut eingelebt haben.

„ ... hatten schon Bekannte bei Freiburg, haben gut Anschluss gefunden“

„ ...waren ja vorher schon Freunde da“

(Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

Für einige war es kein wirklicher Abschied aus Ostdeutschland, da auf der neuen Arbeitsstelle oder im neuen Wohnort viele Ostdeutsche schon waren. Man blieb unter sich.

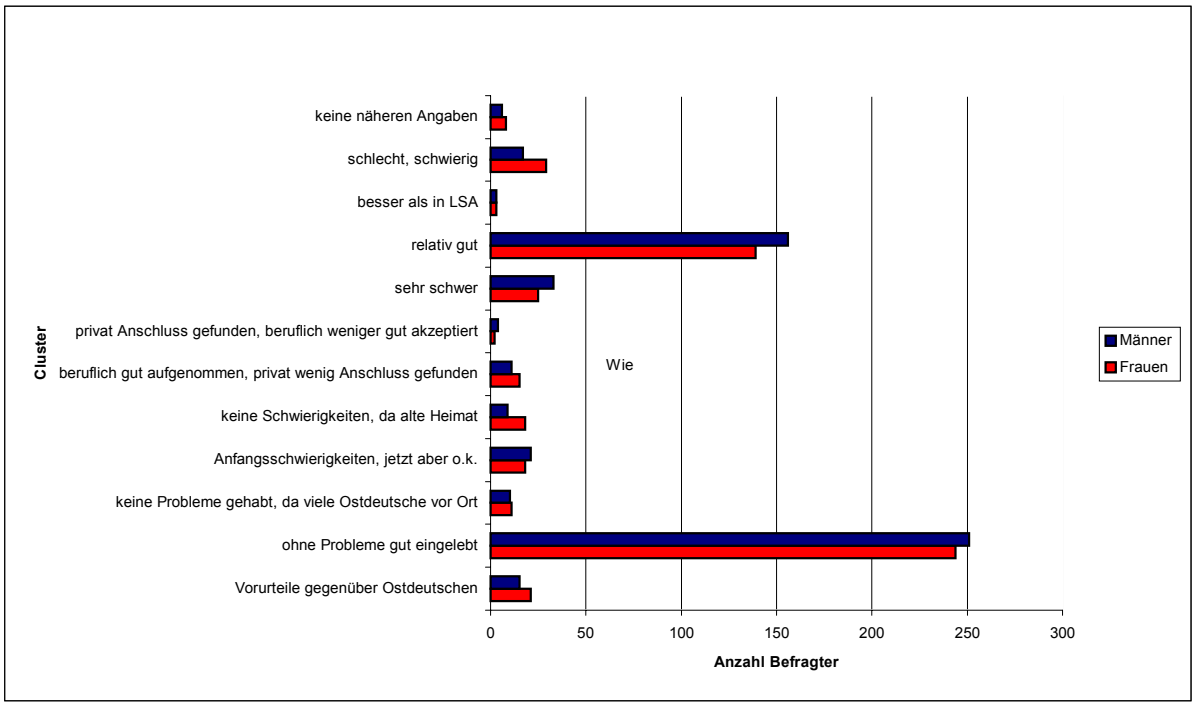
„ ...bei ATU alle aus dem Osten, neues Team in der Filiale“

„ ... Firma mit vielen Ossis“

„ ... sehr gut eingelebt, viele Ossis im Ort“

(Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

Abb. C37: Akzeptanz durch das neue Umfeld, nach Geschlecht



Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Einige der Befragten hatten aber auch mit Vorurteilen gegenüber Ostdeutschen zu kämpfen und haben ihr neues Umfeld als eher ostfeindlich beschrieben. Sie bemängelten, dass in ihrem neuen Wohnort das Wissen über die Verhältnisse in den neuen Bundesländern kaum vorhanden war und sie Diskriminierungen wegen ihrer Herkunft erlebten. Diese Erfahrungen beschrieb jedoch nur ein geringer Prozentsatz (4%) der FortzüglerInnen.

Diejenigen, welche beruflich gut aufgenommen wurden, jedoch privat kaum Anschluss gefunden haben, leben heute in der überwiegenden Mehrheit in Bayern. Offensichtlich haben die Sachsen-AnhaltinerInnen und die Menschen in Bayern starke Differenzen hinsichtlich ihrer Mentalität.

> *„ ... Bayern verschlossen, Kontakt knüpfen schwierig, nur mit Arbeitskollegen“*
>
> *„ ... im Haus wenig Kontakte, auf Arbeit gut, typisch Bayern –Tür zu und fertig-„*
>
> (Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

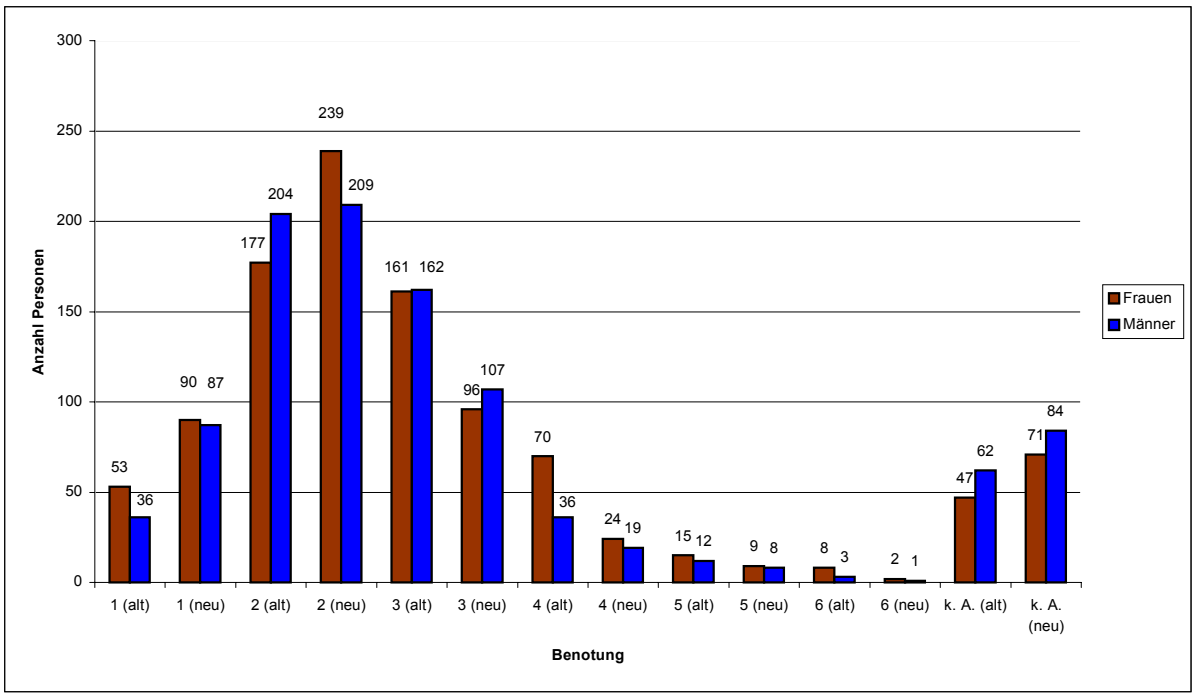
Die Befragten, die sich nur sehr schwer in ihrer neuen Umgebung wohlfühlten, konnten auch seltener auf soziale Kontakte verweisen und ziehen stärker eine mögliche Rückkehr nach Sachsen-Anhalt in Betracht als diejenigen, die in ein soziales Netzwerk gezogen sind.

> *„ ...verbohrte Ansichten der Leute, verschlossen, wenn man keinen vorher hier hat, man kommt schlecht in die Gesellschaft rein“*
>
> *„ ... Heimweh, will dort wieder wegziehen“*
>
> (Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

C 4. Alte und neue Heimat im Vergleich: Bewertung der Lebensbedingungen

Eine auch politisch bedeutsame hypothetische Annahme bestand darin, dass neben den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten die Qualität bestimmter Infrastrukturen in Bezug auf Bildung, Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Wohnverhältnisse, Einkaufs-, Sport- und Freizeitmöglichkeiten, Verkehrsanbindung sowie einer reizvollen Landschaft und Umgebung in eine Migrationsentscheidung mit einfließen. Deshalb wurden die Befragten in den Telefoninterviews gebeten, in Form von Schulnoten diese Angebote für ihren alten Wohnort in Sachsen-Anhalt und ihr Zuzugsgebiet außerhalb des Landes detailliert zu bewerten. Bei diesen Bewertungsfragen ging es nicht um die Einschätzung der ökonomischen Rahmenbedingungen, vielmehr standen die weichen Standortfaktoren wie Sport- und Freizeitmöglichkeiten, Landschaft oder das Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten im Mittelpunkt. Hypothetischer Hintergrund für die beiden Vergleichsfragen ist die Annahme, dass neben den wirtschaftlichen Gegebenheiten auch die Qualität anderer infrastruktureller Angebote als Push- bzw. als Pullfaktor wirkt. Die Befragten (531 Frauen, 515 Männer) haben folgende Angebote in Form von Schulnoten (1=sehr gut, 6=sehr schlecht) für ihren alten Wohnort in Sachsen-Anhalt und für ihren jetzigen Wohnort bewertet: das Angebot an Schulen und Bildungsmöglichkeiten, das Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Wohnverhältnisse, Einkaufsmöglichkeiten, Sport- und Freizeitmöglichkeiten, Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und Landschaft/ Umgebung.

Abb. C38: Bewertung der Schulen und Bildungsangebote, nach Geschlecht

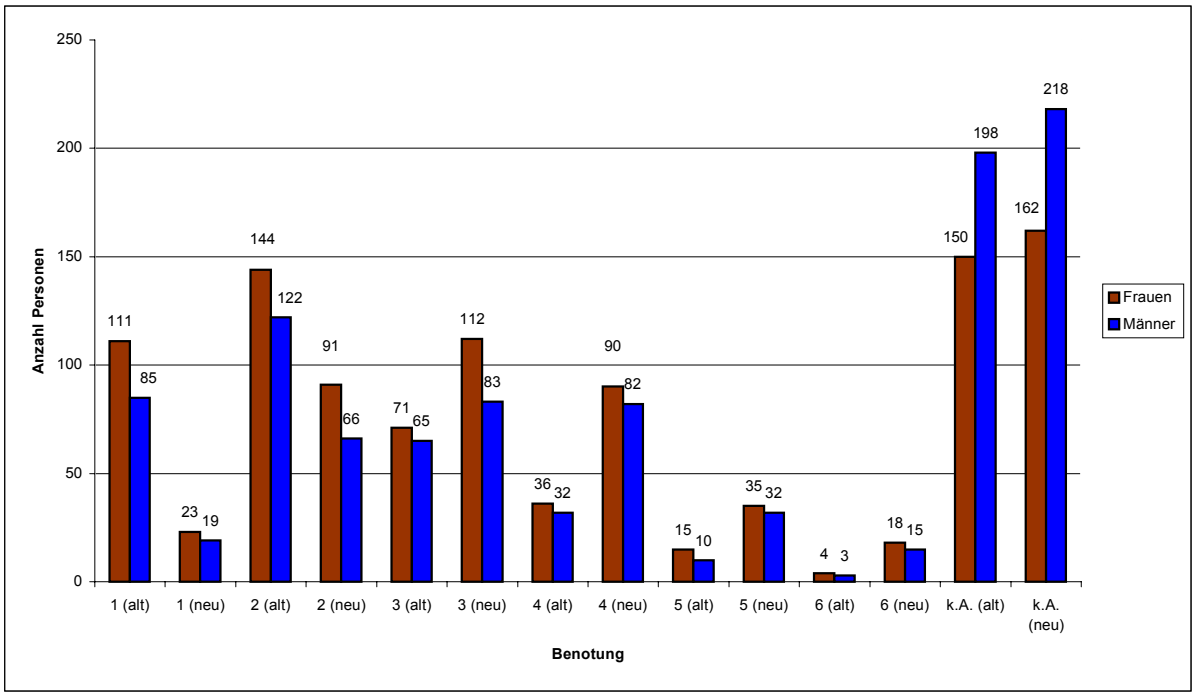


Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Hinsichtlich der Schul- und Bildungsmöglichkeiten liegen die Häufigkeiten bei den Noten „gut“ (2) und „befriedigend“ (3). Generell bewerten Frauen und Männer die Bildungsmöglichkeiten in ihren Zuzugsregionen deutlich positiver als für ihre Wegzugsregionen. Die Note 1 verliehen den Zielgebieten 40% mehr Frauen als für die Herkunftsgebiete. Bei den Männer fällt die Diskrepanz noch deutlicher aus, rd. 59% mehr Männer gaben dem jetzigen Wohnort diese Benotung als ihrem alten Wohnort. Auffallend ist zudem, dass Frauen für diese regionale Infrastruktur der Herkunftsgebiete häufiger die Note 4 verteilten, als dies Männer taten. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die FortzüglerInnen aus Sachsen-Anhalt mit den Bildungs- und Schulmöglichkeiten in ihrem Zuzugsgebiet zufriedener sind als mit den Möglichkeiten, die in ihrem Herkunftsgebiet in Sachsen-Anhalt bestanden. Für Sachsen-Anhalt bedeutet dies, dass noch Potentiale zur Erhöhung der Haltekraft brachliegen. Eine genauere Untersuchung könnte zeigen, welche Faktoren im Einzelnen das Bildungssystem in Sachsen-Anhalt für junge Menschen attraktiver machen könnten als in anderen Bundesländern. Andere Ergebnisse der Telefonbefragung zeigen, dass gerade junge Frauen für eine Ausbildung bzw. ein Studium das Land verlassen.

Gerade weil Struktur und Niveau des Humankapitals als integrale Bestandteile des endogenen Entwicklungspotentials im Zuge des weltwirtschaftlichen Strukturwandels und der zunehmenden Standortkonkurrenz zwischen den Regionen immer wichtigere Erfolgsfaktoren werden (Schramm 1995), sind sehr gute Bedingungen für die eigene Bildung ein elementarer Haltefaktor bzw., ist dies nicht gegeben, ein starker Push-Faktor. Für die Wirkung als Haltefaktor spielen dabei materielle und immaterielle Faktoren des Bildungssystems eine Rolle, das „Image“ ebenso wie die Sachausstattung.

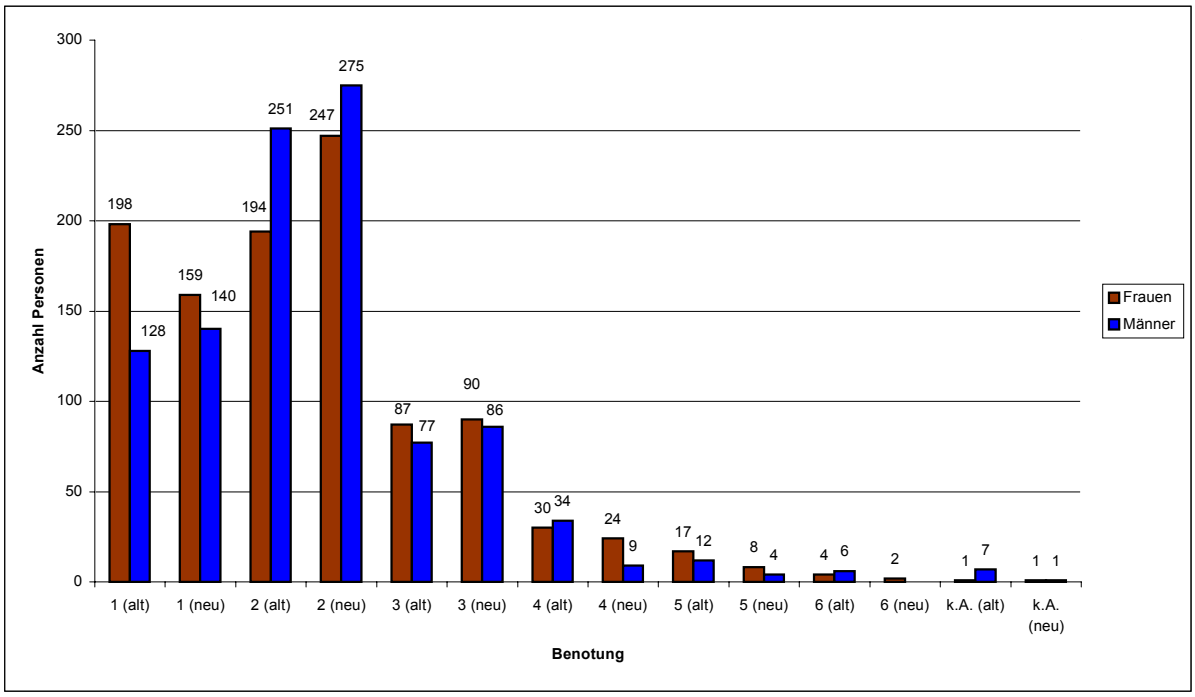
Abb. C39: Vergleich der Kinderbetreuungsmöglichkeiten, nach Geschlecht



Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Im Bereich der Kinderbetreuungsmöglichkeiten ist ein wichtiger Standortfaktor für Sachsen-Anhalt zu erkennen. Aufgrund der Altersstruktur der Befragten ergibt sich zwar ein hoher Anteil der Befragten, die zu diesem Punkt keine Angabe machen können, da sie nicht über eigene Kinder und somit über Erfahrungen mit Kinderbetreuungsmöglichkeiten verfügen. Aber von denen, die ein Urteil abgaben, bekamen die Kinderbetreuungsmöglichkeiten der Herkunftsregionen in Sachsen-Anhalt überdurchschnittlich oft die Note „sehr gut“ (1) und „gut“ (2), wohingegen die Zielregionen, welche sich zum überwiegenden Teil in den alten Bundesländern befinden, abgeschlagen mit „befriedigend“ (3) und „schlecht“ (4) benotet wurden. Dieses Ergebnis zeigt eindrucksvoll, dass die Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Kinderbetreuungsangebots von jungen Menschen als spezifischer Vorteil Sachsen-Anhalts wahrgenommen werden. Als Haltefaktor für Familien dürfen qualitativ hochwertige Betreuungsmöglichkeiten für den Nachwuchs nicht unterschätzt werden. Frauen benötigen diese Möglichkeiten für eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber sie wirken sekundär als Haltefaktor. Ergebnisse aus der qualitativen Datenerhebung (narrative Interviews) haben ergeben, dass das Vorhandensein von Betreuungsmöglichkeiten zwar als sehr wichtig eingeschätzt wurde, jedoch kein alleiniger Grund gewesen wäre, um in Sachsen-Anhalt zu bleiben bzw. dorthin wieder zurückzukehren.

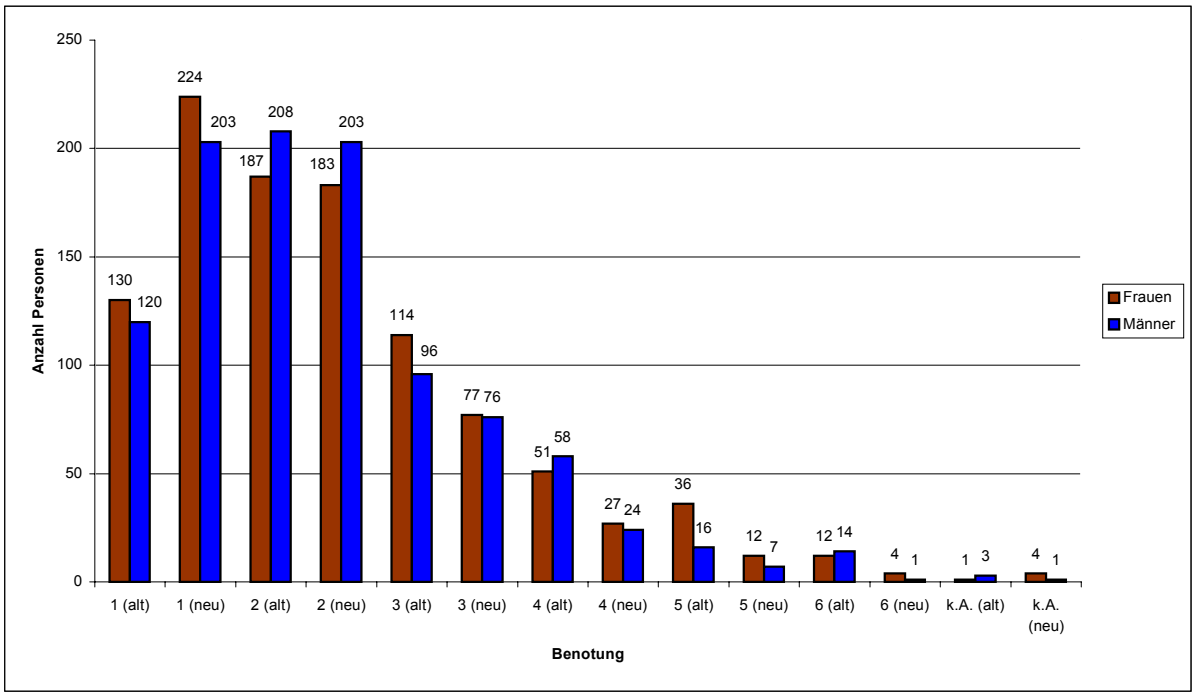
Abb. C40: Vergleich der Wohnverhältnisse, nach Geschlecht



Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Bei den Wohnverhältnissen ergibt sich ein geschlechtsdifferenziertes Meinungsbild. Frauen waren mit ihren Wohnungen in Sachsen-Anhalt zufriedener als Männer. Rd. 35% mehr Frauen als Männer benoteten diese mit „sehr gut“ (1). Auch im Vergleich zu den neuen Wohnverhältnissen wurden die Wohnmöglichkeiten in den Herkunftsgebieten von den Frauen besser bewertet. Rd. 20% mehr Frauen vergaben hier die Note „sehr gut“ (1). Sicherlich spielt hierbei auch die engere Bindung von Frauen an den Haushalt eine Rolle. Sie leisten mehr Hausarbeit und identifizieren sich möglicherweise stärker mit ihren jahrelang gepflegten Wohnungen als dies Männer tun. Somit fällt ihnen ein „Abschied“ schwerer und die Akzeptanz einer neuen Wohnung und ein Zuhausegefühl stellen sich erst mit der Zeit ein. Es ist aber auch ein Ausdruck der zahlreichen sanierten Wohnungen und Häuser in Sachsen-Anhalt bei gleichzeitig sehr niedrigem Mietpreisniveau, dass hier die beste Note häufiger vergeben wurde. Aufgrund der Häufigkeiten der Benotung im „guten“ (2) Bereich für Herkunfts- und Zielregion können Wohnverhältnisse weder als Push- noch als Pullfaktor betrachtet werden. Sie scheinen, wenn überhaupt bei den Migrationsentscheidungen eine eher untergeordnete Rolle zu spielen.

Abb. C41: Vergleich der Einkaufsmöglichkeiten, nach Geschlecht

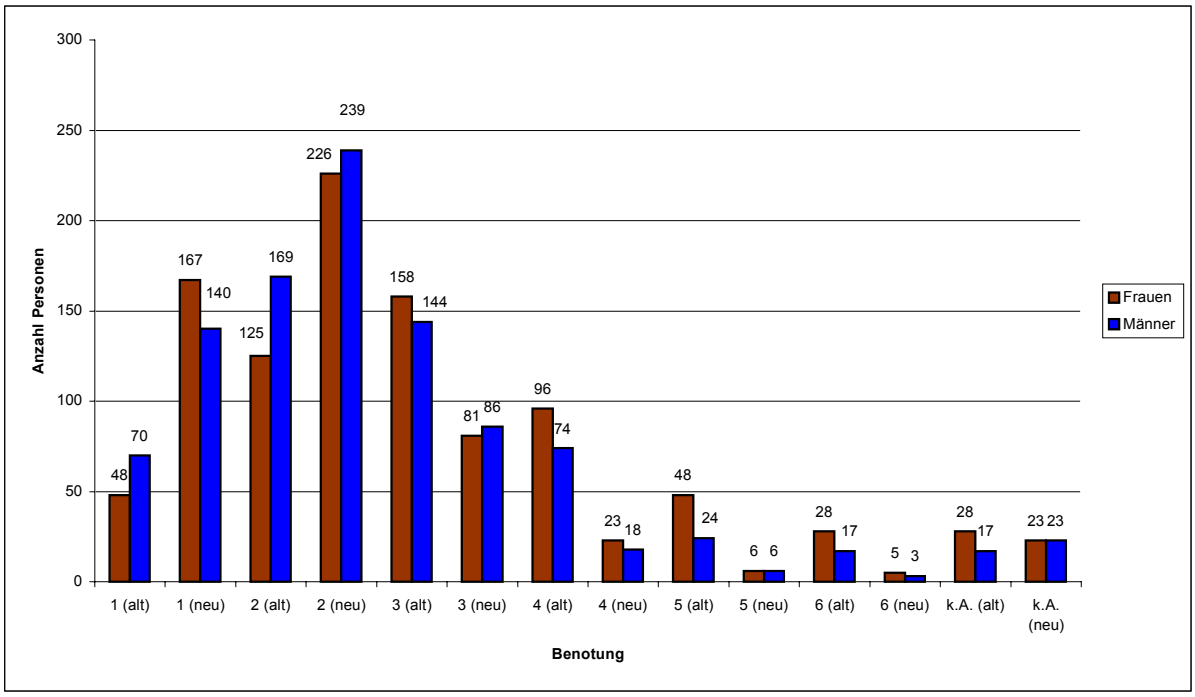


Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Das Vorhandensein guter Einkaufsmöglichkeiten ist sicherlich nicht bestimmend im Entscheidungsprozess abzuwandern, aber es ist ein Ausdruck von regionaler Attraktivität und ist wiederum bestimmend für das Bild, welches Einwohner von ihrer Region haben. Schlechte Einkaufsmöglichkeiten, unattraktive Läden mit langweiligem Angebot können dann sozusagen das i-Tüpfelchen für eine Wegzugsentscheidung sein. Eine repräsentative Studie des IPOS über Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland zeigt, dass bei jungen Frauen das „Shopping“ als Freizeitgestaltung Zuwächse verzeichnet (ipos 2002). Frauen bewerten die Einkaufsmöglichkeiten am Zielort deutlich besser als für ihre Herkunftsregion. Rd. 58% mehr Frauen vergaben hier die beste Benotung als sie dies für die Heimatregion in Sachsen-Anhalt taten. Auch das Meinungsbild bei den Männern zeigt, dass sie sehr gute Einkaufsmöglichkeiten eher in den Zielregionen finden.

Aufgrund der Tatsache, dass die Häufigkeiten bei der Benotung „gut“ (2) liegen und keine nennenswerten Unterschiede festzustellen sind, kann die Aussage getroffen werden, dass auf dem Gebiet der Einkaufsmöglichkeiten in Sachsen-Anhalt ein enormer Aufholprozess stattgefunden hat. Wiederum zeigt die Zurückhaltung bei der Vergabe von „sehr gut“ (1), dass eine qualitative Erstklassigkeit der Einkaufsmöglichkeiten bei den Menschen vermisst wurde.

Abb. C42: Vergleich der Sport- und Freizeitmöglichkeiten, nach Geschlecht



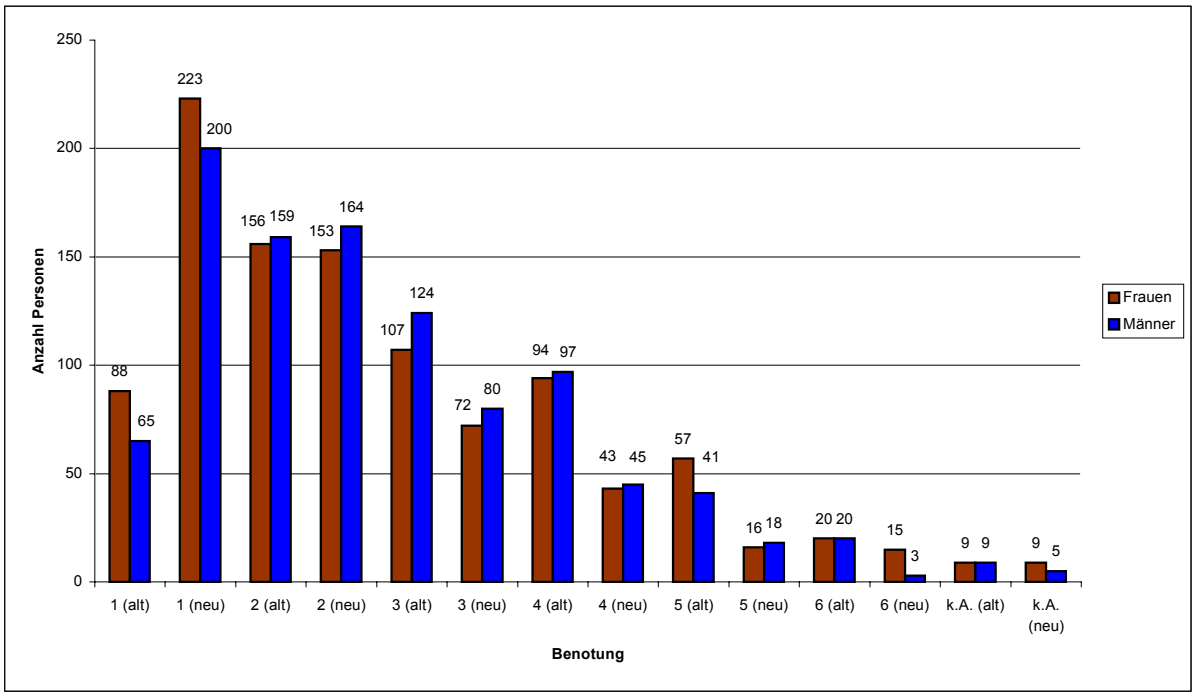
Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Möglichkeiten der Freizeitgestaltung zählen zu den weichen Standortfaktoren und sind u.a. ein Indikator für das Erreichen einer zufriedenstellenden Lebensqualität in einer bestimmten Region. Generell werden von beiden Geschlechtern die Sport- und Freizeitmöglichkeiten in ihren Zielregionen besser bewertet als in den Herkunftsregionen. Bezug nehmend auf die IPOS-Befragung sind in West- und Ostdeutschland Affinitäten bei der Rangfolge in der Beliebtheit von Freizeitaktivitäten festzustellen. Somit gewinnen die Vergleichsdaten noch mehr an Aussagekraft, da sie auf ein homogenes Freizeitverhalten mit einem Bedarf an gleichen Möglichkeiten aufbauen. Am beliebtesten für beide Geschlechter ist es, sich mit Freunden bzw. Freundinnen zu treffen. Für Männer steht in Ost- und Westdeutschland das Sporttreiben an zweiter Stelle, wo hingegen ost- und westdeutsche Frauen als zweitliebste Beschäftigung in das Kino gehen. In seiner Freizeit in Kneipen, Clubs, Bars und Discos zu gehen ist gerade bei den Frauen in Westdeutschland stärker verbreitet als in den neuen Bundesländern (ipos 2002).

Auffallend bei der Grafik C42 ist, dass mehr Frauen als Männer ihren alten Heimatregionen in Sachsen-Anhalt schlechte Noten geben. Dies kann als Anzeichen gewertet werden, dass frauenspezifische Freizeitangebote fehlen und dadurch letztlich auch die Haltekraft der Region für sie abgewertet ist. Insgesamt liegen in dem Bereich Sport- und Freizeitmöglichkeiten noch Entwicklungspotentiale für Sachsen-Anhalt. Hier bestehen noch Möglichkeiten zur Erhöhung der regionalen Haltekraft und der Entwicklung von Angeboten, die den Erwartungen junger Frauen und Männer entsprechen. Denn zweifellos sind die Möglichkeiten für sportliche Betätigung in Sachsen-Anhalt eher gut, dennoch wird dies nicht als Vorteil der Region

wahrgenommen, weil möglicherweise die Rahmenbedingungen nicht immer jugendgemäß sind.

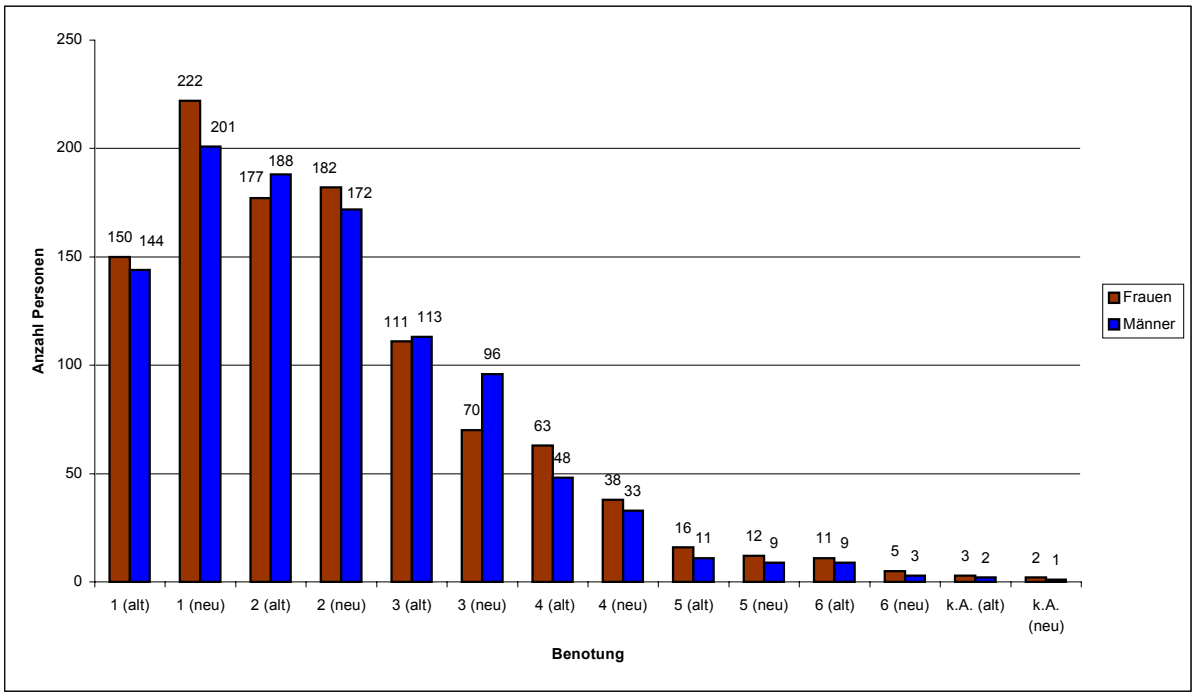
Abb. C43: Vergleich der Verkehrsanbindung, nach Geschlecht



Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Im Bereich der Verkehrsinfrastrukturen sind deutliche Diskrepanzen zwischen altem und neuen Wohnort zu sehen. Rd. 60% mehr Frauen und rd. 70% mehr Männer vergaben für ihr Zielgebiet die Note „sehr gut“ (1) als sie dies für ihre alte Heimatregion in Sachsen-Anhalt taten. Diese bekommen zwar noch relativ häufig die Note „gut“ (2), liegen aber bei der Verteilung der schlechten Noten vorn. Die Mehrheit der berufstätigen Bevölkerung benutzt den eigenen PKW und ist auf ein gut ausgebautes Straßennetz angewiesen. Die Zahlen zeigen, dass Sachsen-Anhalt im Ausbau und der Sanierung seines Straßensystems gut vorangekommen ist, jedoch auch hier noch Nachholbedarf besteht. Ebenso schlägt sich die Ausdünnung der Angebote im öffentlichen Nahverkehr in Sachsen-Anhalt bei der Benotung nieder.

Abb. C44: Vergleich von Landschaft/Umgebung, nach Geschlecht

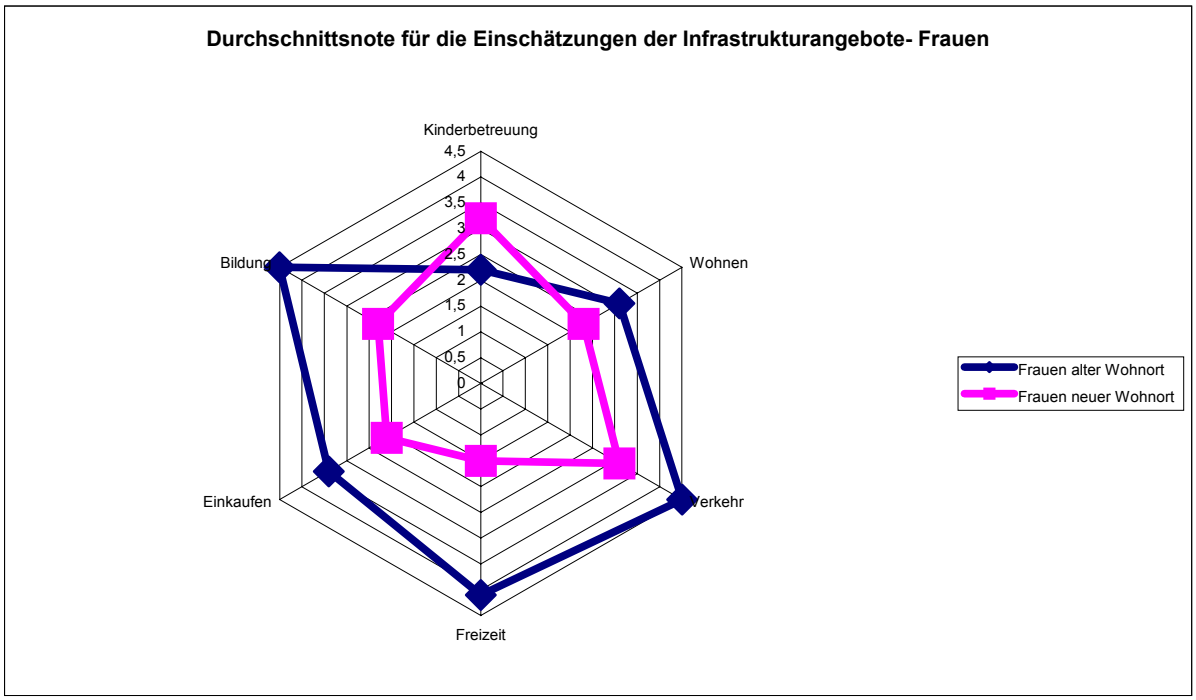


Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Sachsen-Anhalt verfügt über eine alte und abwechslungsreiche Kulturlandschaft mit Nationalparks, mittelalterlichen Burgen und aufwendig sanierten Schlössern. Es gibt neue touristische Attraktionen, z.B. die Straße der Romanik oder die Radwege entlang der Elbe und der Saale. Jedoch zeigen die Diskrepanzen bei der Vergabe einer sehr guten Benotung für Landschaft und Umgebung, dass auch hier noch Potentiale zur Erhöhung der regionalen Haltekraft liegen. Rd. 42% aller befragten Frauen und rd. 39% aller befragten Männer vergaben für ihren jetzigen Wohnort die Note 1, für ihre alte Herkunftsregion in Sachsen-Anhalt taten dies rd. 28% aller befragten Frauen und rd. 28% aller befragten Männer.

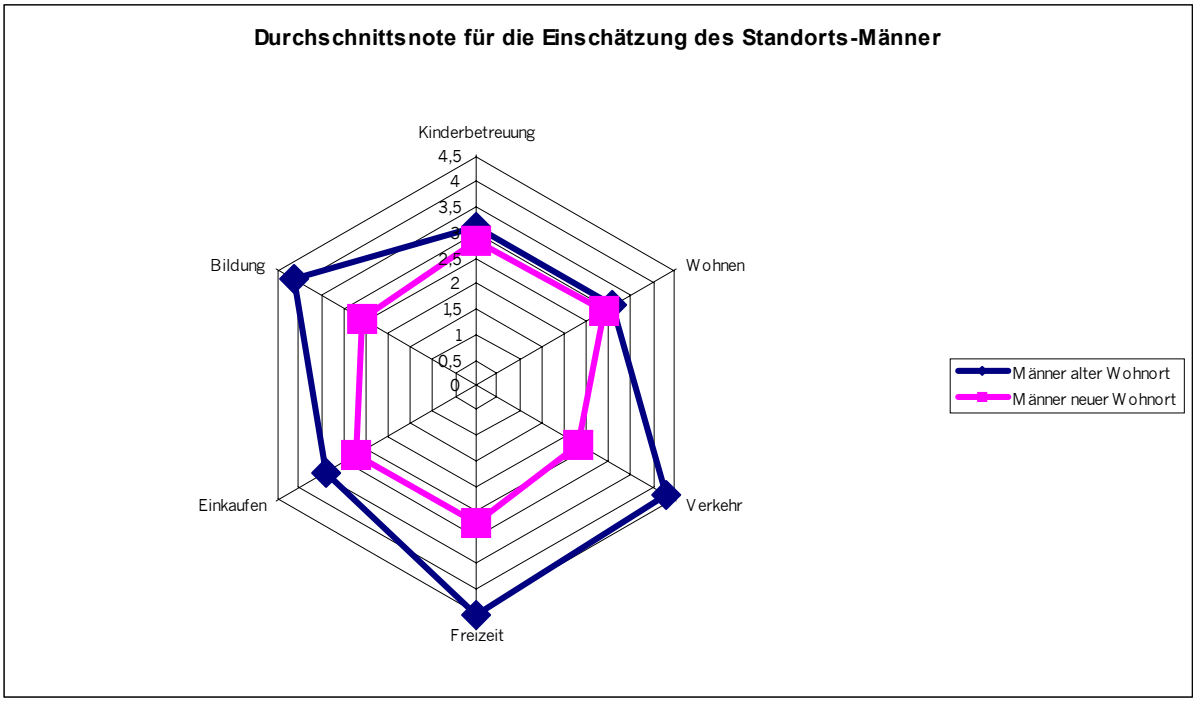
Die folgenden zwei Abbildungen C45 und C46 fassen die Bewertungen der einzelnen Infrastrukturangebote für Frauen und für Männer zusammen, indem die jeweilige Durchschnittsnote berechnet wurde.

Abb. C45: Gesamtbewertung alter/neuer Wohnort, Frauen



Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Abb. C46: Gesamtbewertung alter/neuer Wohnort - Männer



Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Eine zusammenfassende Aussage kann dahingehend getroffen werden, dass bei den erhobenen Standortfaktoren zum größten Teil noch ein Entwicklungspotential in Sachsen-Anhalt besteht. Außer den Kinderbetreuungsmöglichkeiten und den Wohnverhältnissen wurden alle anderen Faktoren für die alte Heimatregion schlechter bewertet als für die jeweilige Zuzugs-

region. Darin zeigt sich aber auch, dass nicht direkt arbeitsmarktbezogene Standortfaktoren einen erheblichen Einfluss auf Wanderungsentscheidungen der jungen Menschen aus Sachsen-Anhalt haben.

C 5. Heimatverbundenheit und Rückkehrbereitschaft

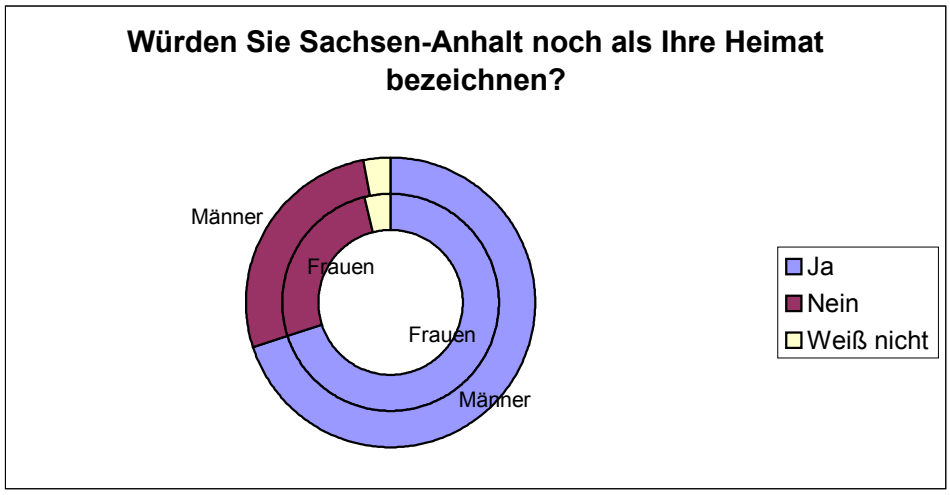
Eines der erstaunlichsten Ergebnisse der Studie ist die große Heimatverbundenheit und Rückkehrbereitschaft. Sie wurde zunächst einmal in der hohen Bereitschaft zur Teilnahme an der Telefonbefragung deutlich. 82% der von uns telefonisch Erreichten waren bereit zu einem Gespräch und auch weit über das Erwartbare hinaus willig, ausführlicher Stellung zu nehmen. Diese Quote liegt fast 10mal so hoch wie bei durchschnittlichen telefonischen Erhebungen und ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, dass junge Menschen aus Sachsen-Anhalt auf ihre Herkunft positiv ansprechbar sind. Die Methodik der Telefoninterviews trug zu diesem guten Ergebnis bei: Bewusst wurden für die Interviews studentische Hilfskräfte eingesetzt, die selbst aus Sachsen-Anhalt kommen und so durch Sprache und Tonfall bei den Befragten ein Heimatgefühl zu wecken v ermochten. Aber auch die konkreten Ergebnisse unserer Befragung stützen diesen Eindruck.

Im Fragebogen wurden unter anderem psycho-soziale Variablen zur Akzeptanz im neuen Umfeld und zum Heimatgefühl zu Sachsen-Anhalt erhoben. Neben der Wohndauer, welche vor dem Fortzug aus diesem Bundesland bestand, interessierte noch der Besitz von Grundeigentum im Land. Dieser Fragestellung geht die Annahme voraus, dass Menschen, welche über Grundbesitz verfügen, sei es in Form eines eigenen Hauses oder einer Eigentumswohnung, einen Grund zum Bleiben haben und materiell-sachlich gebunden sind. Es ist zu vermuten, dass sich unter den FortzüglerInnen nur ein kleiner Prozentsatz befindet, welcher in Sachsen-Anhalt noch über Grundbesitz verfügt.

Weiterhin wurde die Frage nach der Bereitschaft zur Rückkehr gestellt. Sie schließt den Fragenteil zum Wanderungsverhalten ab. Wenn diese Frage prinzipiell positiv beantwortet wurde, wurden die Betroffenen darüber hinaus auch nach den Voraussetzungen befragt, welche für eine Rückkehr notwendig wären.

Die überwiegende Mehrheit der befragten Frauen (71%) und Männer (70%) konnten von sich sagen, dass sie Sachsen-Anhalt noch als ihre Heimat empfinden. Es lassen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern feststellen.

Abb. C47: Heimatverbundenheit, nach Geschlecht



Quelle: Eigene Datenerhebung, Telefonbefragung 2003

Zum einen lässt sich die starke Heimatverbundenheit auf den kurzen Zeitabstand zurückführen, welcher zwischen dem Wegzug und der Befragung lag. Andererseits ist ein starker Zusammenhang zwischen Wohndauer und Heimatverbundenheit feststellbar. 59% der befragten Frauen und 63% der befragten Männer wohnten seit ihrer Geburt in Sachsen-Anhalt. Von ihnen bejahten rd. 90% dieses Empfinden. Auch bei denjenigen, die 10 Jahre und länger in Sachsen-Anhalt lebten, ist mit rd. 77% eine starke Verbundenheit festzustellen. Es liegt ein stark signifikanter Zusammenhang zwischen Heimatverbundenheit und Wohndauer vor. Die weit verbreitete Meinung, dass Sachsen-Anhalt als jüngstes Bundesland keine starken Bindungskräfte auf seine Bewohner besitzt, lässt sich durch die Ergebnisse der Befragung widerlegen. Allerdings besteht die Heimatbindung weniger zu dem Bundesland, sondern zu dem Ort, wo man geboren und aufgewachsen ist. Das gilt für die Mehrheit der Befragten. Ein Heimatort nimmt einen besonderen Stellenwert ein, der durch einen anderen kaum ersetzt werden kann und vor allem diejenigen, welche seit ihrer Geburt hier im Land gelebt haben, sind sozusagen mit einem Bein noch in Sachsen-Anhalt.

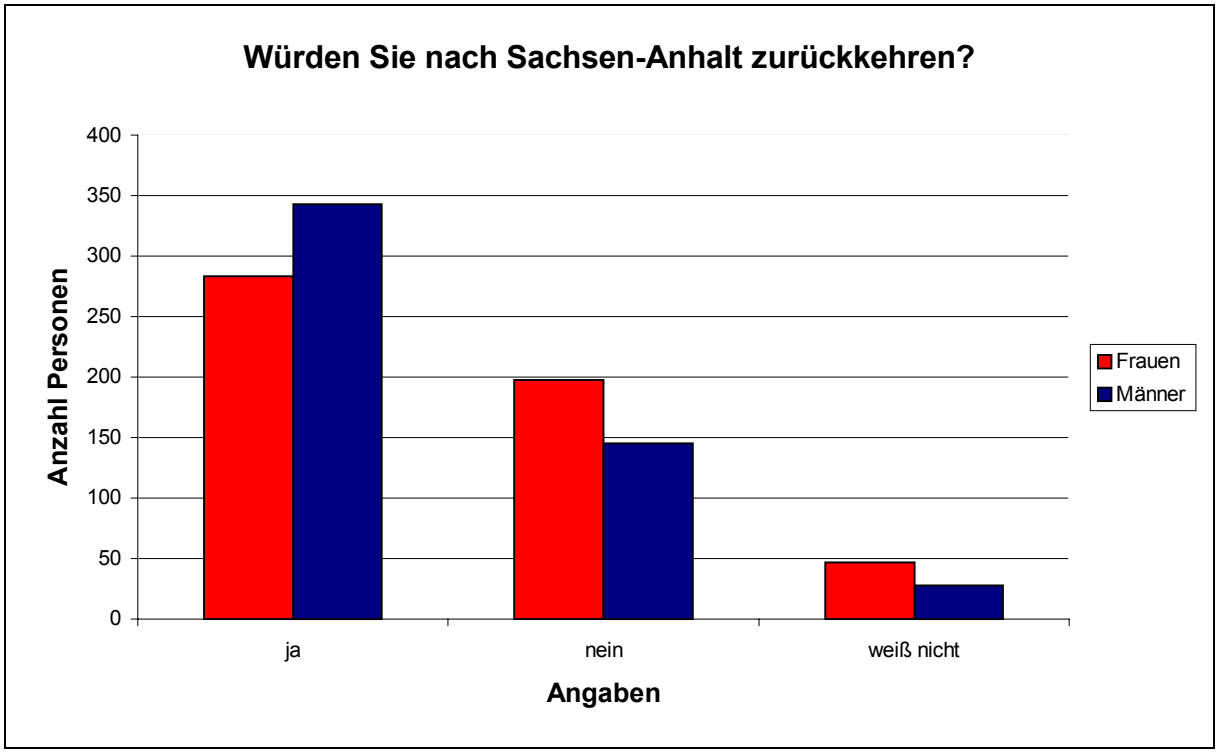
> *Interviewer: „ Hast Du das Gefühl das Karlsruhe Deine Heimat geworden ist?“*
>
> *Interviewter: „Nee, ich unterscheide das. Ich sage, mein Zuhause, das ist in Karlsruhe, meine Heimat ist Brehna. Ich meine, da wo man geboren ist, ich meine, ich habe da ja auch 33 Jahre irgendwo mal mehr, mal weniger gewohnt und das ist schon meine Heimat. Wenn da irgendwie ein Volksfest ist, dann fahr ich da auch hin und treff mich mit Leuten und so, aber wie gesagt: Zuhause und Heimat, vielleicht wird man im Alter mal romantisch, dass man sagt, man muss unbedingt wieder in die Heimat zurück...“*
>
> Peter (32 Jahre) aus Karlsruhe

Im Zuge der weltweit gestiegenen Mobilität wird der Begriff Heimat jedoch nicht mehr unbedingt an den Geburtsort gekoppelt. Für manch einen ist es der Ort, welcher vermisst wird, wenn man ihn verlässt. Eine räumliche Bindung für den Begriff Heimat nimmt in unserer heutigen Mobilitätsgesellschaft ab. Das Gefühl einer Heimat bezieht sich im zunehmenden Maße auf Menschen und Erlebnisse, die einem etwas bedeuten. Menschen mit einer solchen Hei-

matdefinition sind flexibler, da sie eine räumliche Veränderung nicht als Verlust erleben. Ihnen fällt das Loslassen von Räumen leichter.

Bei der überwiegenden Mehrheit (60%) aller Befragten besteht ein Rückkehrwille, wobei dieser bei den Männern stärker ausgeprägt ist als bei den Frauen. 65% aller befragten Männer und 53% aller befragten Frauen bejahten die Rückkehrfrage. Da die Datenerhebung sich auf 2002 bezieht, besteht ein Grund sicherlich darin, dass die Familien von einigen weggezogenen Männern noch in Sachsen-Anhalt leben. Analog zu internationalem Migrationsverhalten gibt es auch in unserer Stichprobe Männer mit Familie, die als erste wegwandern und bei einer erfolgversprechenden beruflichen Perspektive nach einem gewissen Zeitraum des Einlebens die Familie bzw. den Ehe- und Lebenspartner nachholen. Dagegen lassen bei den Frauen die Daten die Schlussfolgerung zu, dass sie ihren Männern bzw. Familien bereits hinterhergezogen sind. Dies erklärt auch die höhere Quote der Frauen bei der Verneinung der Rückkehrfrage. 38% aller befragten Frauen und 29% aller befragten Männer würden nicht nach Sachsen-Anhalt zurückkehren.

Abb. C48: Rückkehrbereitschaft, nach Geschlecht



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Die mögliche Rückkehr ist jedoch gekoppelt an bestimmte Voraussetzungen. Sie wird von beiden Geschlechtern zum größten Teil von der Arbeitsmarktlage in Sachsen-Anhalt abhängig gemacht. Auch spielt die Angleichung des Lohnniveaus und die Karrieremöglichkeiten für die Befragten eine große Rolle. Für Personen, die in Partnerschaften leben, ist der Punkt wichtig, dass die/ der PartnerIn auch Arbeit im Land finden müsste.

Interessanterweise wurde auch das Altersgefälle, welches in vielen Unternehmen und Behörden besteht, angesprochen. So möchte man schon zurückkommen, aber eine Arbeit finden, wo man nicht die einzige in der Altersgruppe wäre. Für diejenigen, die für eine Ausbildung oder ein Studium weggezogen sind, ist eine Rückkehr nicht ausgeschlossen, wenn sie berufliche Perspektiven in Sachsen-Anhalt finden. Doch gerade bei angehenden AkademikerInnen wurde auch eine stärkere Internationalität im beruflichen Bereich angesprochen.

Bei der Rückkehrbereitschaft spielen auch die familiären und materiellen Bindungen eine Rolle. Einige würden zurückkehren, wenn sie das Haus der Eltern erben, wobei die Arbeitssituation nicht ausschlaggebend dabei ist. Für andere könnte ein Anlass zur Rückkehr entstehen, wenn ihre Eltern bzw. Großeltern pflegebedürftig sind. Dass Netzwerke für ein räumliches Verlagern des Lebensmittelpunktes auch bei einer Rückkehr wichtig sind, wird immer wieder deutlich. Man würde zurückkehren,

„ ... wenn Eltern zurückgehen nach Sachsen-Anhalt“
„...wenn Schwiegereltern mit umziehen könnten“
„...wenn Freunde und Bekannte noch vorhanden sind“
„...um zur Familie zurückzukehren“
„...Kontakte müssten vorhanden sein“
(Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

Einige wiederum machen eine Rückkehr ganz von dem Partnermarkt in Sachsen-Anhalt abhängig.

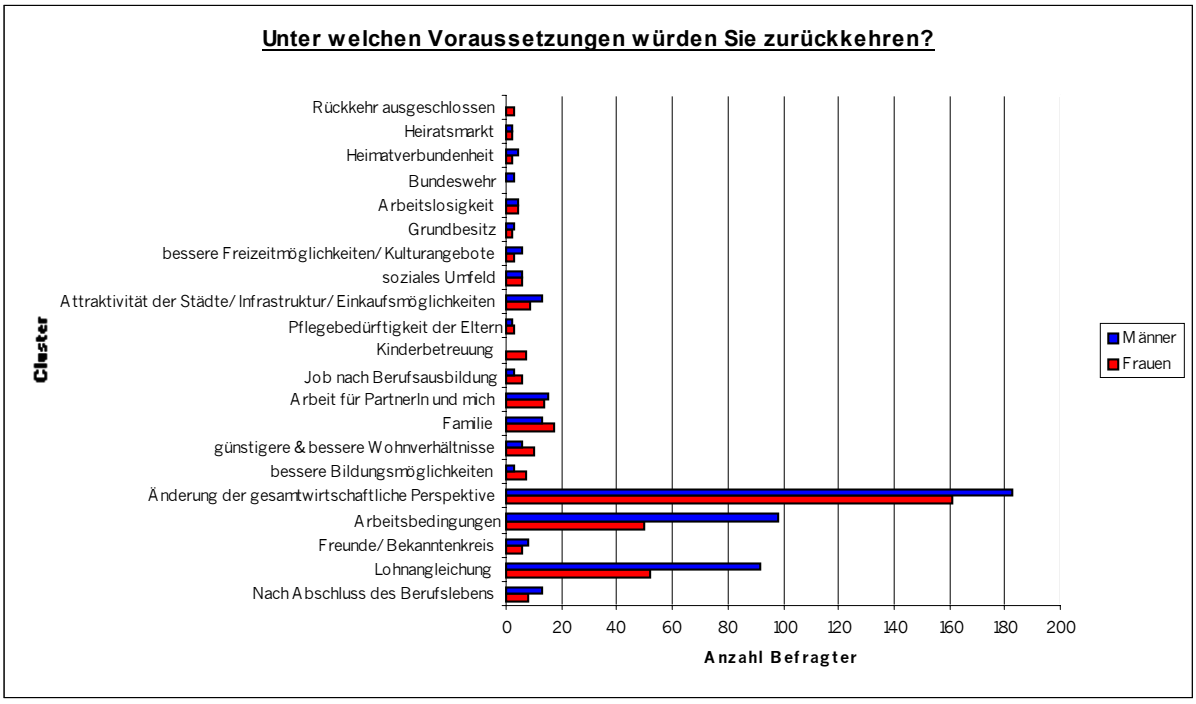
„...wenn dort Partner gefunden wird“
„...wenn dort Freundin gefunden wird“
„...wenn sie jemanden dort kennen lernen würde“
(Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

Manch einer der Befragten sieht für sich eine reale Rückkehr erst nach dem Abschluss des Berufslebens oder wenn die Kinder aus dem Haus sind. Einige halten sich jedoch eine Rückkehroption offen, wenn sie am Zielort scheitern sollten.

„...wenn kein Klarkommen in neuer Heimat“
„...wenn Umstände sich in jetziger Heimat verschlimmern“
„...wenn es im neuen Wohnort insgesamt nicht so gut läuft“
(Aussagen, offene Fragestellung, Telefonbefragung)

Die folgende Abbildung gibt einen Überblick über die gewünschten Voraussetzungen bei einer möglichen Rückkehr.

Abb. C49: Voraussetzungen für eine Rückkehr, nach Geschlecht



Quelle: Eigene Darstellung, Telefonbefragung 2003

Generell lässt sich jedoch sagen, dass Menschen, die einmal einen Schritt aus ihren (räumlichen) Wurzeln getan haben, an Erfahrungen und sozialen Kompetenzen gewonnen haben und diese Wanderkompetenz auch immer schneller und leichter wieder umsetzen können in Form von weiteren Migrationen und im günstigsten Fall für Sachsen-Anhalt in Form einer Rückkehr.

Der Ausschnitt eines qualitativen Interview belegt exemplarisch die Aussagen.

> *Interviewer:* *Wie sieht es mit einer möglichen Rückkehr aus?*
>
> *Interviewte:* *Kann schon sein, weil ich in Berlin gerade die Schnauze voll habe. Vielleicht kam dann auch in dem Zuge die Sehnsucht nach Magdeburg zurück oder so oder nach Heimat. Ich merke gerade, dass Berlin, dass meine Berlinzeit sozusagen vorbei ist. ...was ich von Berlin erwartet habe und erleben wollte, habe ich erlebt. Es waren drei Jahre voller Action sag ich jetzt mal. Also ich habe die Jugend hier in Berlin absolut ausgekostet, wirklich. Ich habe alles gemacht, was man irgendwie machen kann. Dreimal die Woche in den Club gehen und weiß ich nicht was alles.*
>
> (Adriane, (27) aus Berlin)

C 6. Ergänzungserhebung: Abwanderungswünsche von Menschen mit Wohnort in Sachsen-Anhalt

Unsere Erhebung richtete sich vor allem auf die Gruppe der aus Sachsen-Anhalt abgewanderten Menschen. Die andere Hälfte des Bildes sind natürlich diejenigen, die nicht abgewandert sind, sondern nach wie vor in Sachsen-Anhalt leben, aber möglicherweise mit dem Gedanken einer Abwanderung spielen. Um diese zweite Hälfte der Wanderungsneigung ebenfalls in den Blick zu nehmen, wurde das Gender-Institut Sachsen-Anhalt (GISA) beauftragt,

drei Indikatoren zum Wanderungsverhalten in die repräsentative empirische Erhebung im Jahr 2003 aufzunehmen. Für diese GISA-Panelbefragung 2003 wurden folgende Fragen mit aufgenommen:

1. Haben Sie in den nächsten zwei Jahren vor, aus Sachsen-Anhalt fortzuziehen?
2. Welche Gründe sind dann für Ihren Fortzug ausschlaggebend?
   - ☐ ich möchte woanders studieren bzw. mich woanders ausbilden lassen
   - ☐ weil ich ein Aufbaustudium bzw. eine Zusatzausbildung woanders machen möchte
   - ☐ weil ich woanders mehr verdiene
   - ☐ weil ich gute Arbeitsplatzbedingungen, wie kürzere Arbeitszeiten, bessere Karrieremöglichkeiten in Sachsen-Anhalt nicht gefunden habe
   - ☐ weil ich woanders eine Festanstellung bekomme
   - ☐ ich bin arbeitslos und finde hier keine Arbeit
   - ☐ ziehe zu meinem/er Ehe- bzw. LebenspartnerIn
   - ☐ meine Freunde sind größtenteils auch schon aus Sachsen-Anhalt fortgezogen
   - ☐ meine Familie/ Verwandschaft sind auch schon aus Sachsen-Anhalt fortgezogen
   - ☐ ich hätte gern mehr Multikulti, da wo ich wohne
   - ☐ ich bin mit dem kulturellen Angebot und den Möglichkeiten der Freizeitgestaltung nicht zufrieden
   - ☐ woanders habe ich eine bessere Verkehrsanbindung
   - ☐ wollte sowieso nur vorübergehend hier leben
   - sonstige Gründe
3. Besitzen Sie in Sachsen-Anhalt Wohneigentum?
   - ☐ ja
   - ☐ nein

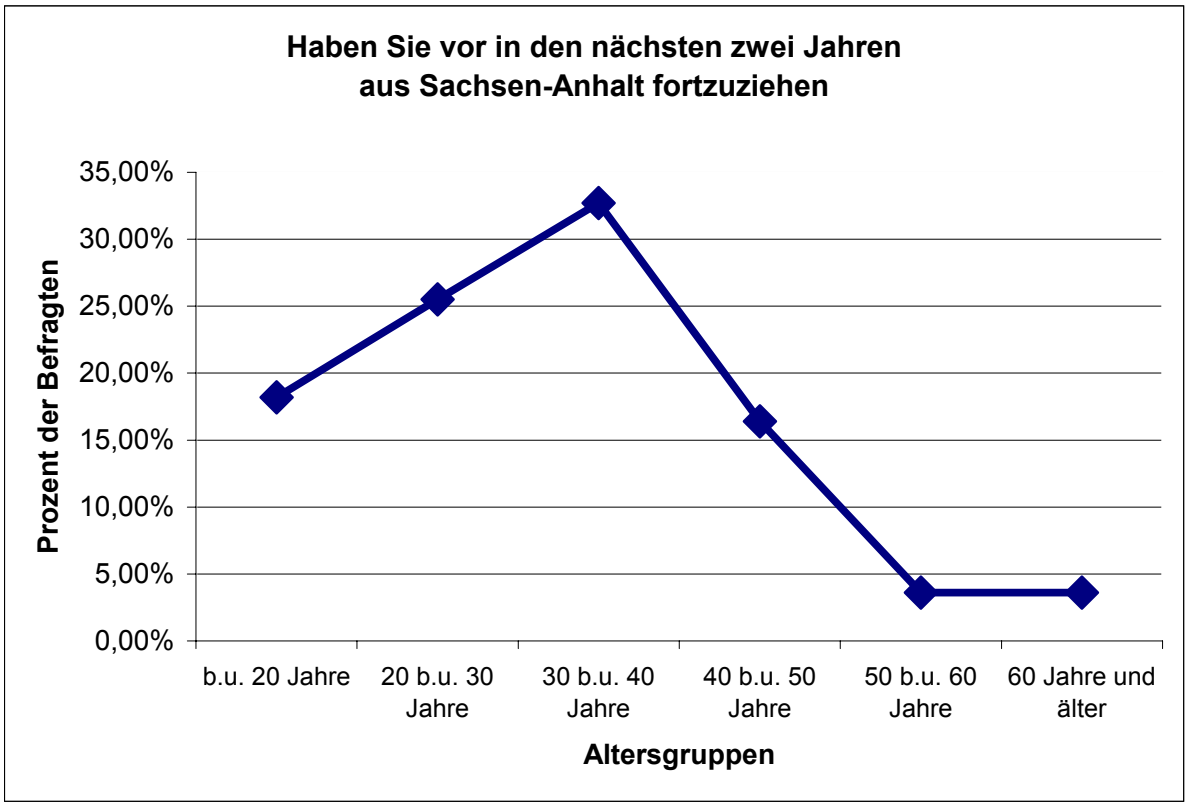
Die Korrelationsberechnungen dieser Indikatoren erfolgen nach Geschlecht, Alter, Familienstand und Bildungsstand.

Hinsichtlich der ersten Frage (geplanter Fortzug in den nächsten zwei Jahren) zeigt sich keine übermäßig große Wegzugsneigung der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt. Nur rd. 8% der Befragten sind sich sicher, in den nächsten zwei Jahren aus dem Land fortzuziehen, deutlich über die Hälfte (rd. 66%) verneinen diese Absicht und rd. 26% sind sich noch nicht sicher, denken aber darüber nach. Geschlechtsspezifisch betrachtet ist jedoch nach wie vor mit einer höheren Wanderungsbeteiligung von Frauen zu rechnen. Von denjenigen, die diese Absicht äußern, sind über die Hälfte (rd. 54%) Frauen und nur rd. 46% Männer. Allerdings denken mehr Männer darüber nach (rd.52%), in den nächsten zwei Jahren wegzugehen.

Die Antwort auf diese Frage ist natürlich in hohem Maße altersabhängig. Von den 30-40-Jährigen beantwortet rd. 33% die Frage nach Wegzugsplänen mit „ja“, gefolgt von den 20-30-Jährigen (rd. 26%) und den unter-20-Jährigen mit rd. 18%. Erstaunlich ist, dass auch bei den 40-50-Jährigen 30% zumindest darüber nachdachten, in den nächsten zwei Jahren aus Sachsen-Anhalt fortzuziehen. In dieser Hinsicht waren sie am stärksten vertreten. Die ältere Gruppe von Befragten (>50 Jahre) war sich relativ am sichersten, nicht aus dem Land zu gehen. Der signifikante Zusammenhang zwischen Alter (50 Jahre und älter) und Sesshaftigkeit konnte hiermit erwartungsgemäß bestätigt werden.

Die Grafik C50 gibt die Verteilung der geäußerten Wanderungsabsichten hinsichtlich ihrer Verteilung wieder.

Abb. C50: Fortzugspläne, nach Altersgruppen



Quelle: Eigene Darstellung, GISA Erhebung 2003

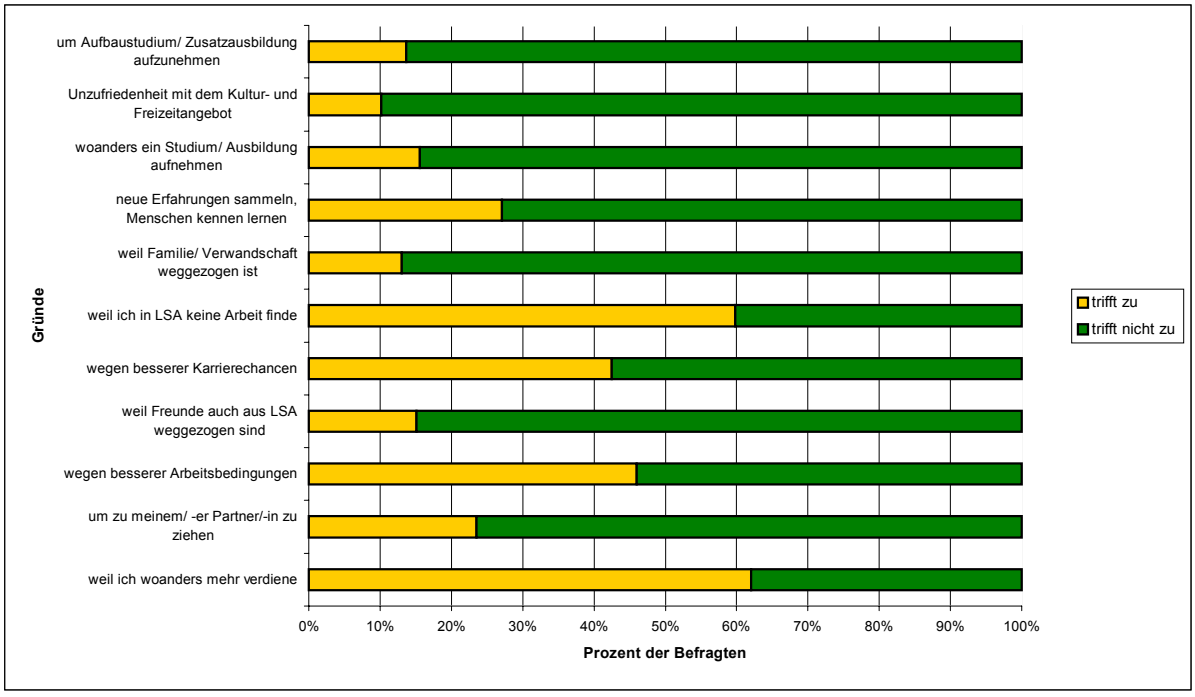
Eine Fortzugsbereitschaft lässt sich am ehesten bei den Ledigen vermuten. Die Ergebnisse der Wanderungsstudie „Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt“ zeigten, dass Verheiratete am Wanderungsgeschehen geringer beteiligt waren als Ledige bzw. Singles. Hier wiederum sind sie bei der Zustimmung fortzuziehen mit jeweils 48% gleich stark beteiligt. Der Zusammenhang zwischen dem Bestehen bzw. Nichtbestehen einer festen Partnerschaft und der räumlichen Verlagerung seines Lebensmittelpunktes muss daher als ambivalent betrachtet werden, denn Verheiratete zogen gleichzeitig am häufigsten in Erwägung, in den nächsten zwei Jahren wegzugehen. Hier spiegelt sich möglicherweise auch der durchschnittlich bessere sozio-ökonomische Status von Verheirateten, der ihnen eine Abwanderung zumindest möglich erscheinen lässt. Mit zunehmender Kinderzahl lässt jedoch auch die hypothetische Wanderungsbereitschaft deutlich nach. In der Wanderungsstudie habe wir gleichzeitig zeigen können, dass nur eine Minderheit der Befragten Kinder hatte. Das Vorhandensein von Kindern und das soziale Netzwerk (Familie, Verwandtschaft, Freunde) sind offenbar ein starker Haltefaktor und wirken im Vergleich zu wirtschaftlichen Gegebenheiten in dieser Situation primär. Besonders immobil sind „frischgebackene“ Eltern. Befragte, welche in den letzten zwei Jahren Vater bzw. Mutter geworden sind, wollen zu rd. 6% fortziehen und denken zu rd. 3% darüber nach, in den nächsten zwei Jahren das Land zu verlassen. Der Antagonismus von Familiengründung und Abwanderung wird hier sehr deutlich.

Die Migrationsbereitschaft ist auch abhängig von der Größe des Wohnorts. Die Bewohner von Dörfern haben kaum Wegzugsabsichten. Bei Wohnorten, welche unter 500 Einwohner haben, wollen nur rd. 4% aus Sachsen-Anhalt fortziehen. Dieses Ergebnis spiegelt sicherlich auch die Altersstruktur der Dorfbewohner wider. Zugleich kann es ein Hinweis darauf sein, dass Grundbesitz starke Bindungskräfte hat und als Haltefaktor nicht zu unterschätzen ist. Erwartungsgemäß sind Bewohner von Großstädten mobiler. Menschen, welche in Wohnorten mit 100.000 Einwohnern und mehr leben, wollen zu 26% das Land verlassen und denken zu 33% darüber nach, dieses in den nächsten zwei Jahren zu tun. Auch Bewohner von Kleinstädten (500 bis 2000 Einwohner) zeigen eine große Mobilität. Sie sind sich sicher, dass sie zu 29% fortziehen möchten und 15% denken darüber nach, dies demnächst umzusetzen.

Hinsichtlich der Wanderungsbereitschaft und dem höchsten Schulabschluss ist nach wie vor mit dem Fortzug derjenigen zu rechnen, die eine höhere Schulbildung erfahren haben. Menschen mit einer Hochschulreife sind sich zu 27% sicher, Sachsen-Anhalt zu verlassen und denken zu 29% darüber nach, diese Handlungsabsicht in den kommenden zwei Jahren umzusetzen. Menschen mit einem Volks- und Hauptschulabschluss sind dagegen nur zu 4% sicher wegzugehen, und nicht einmal 1% denkt darüber nach. Auch hier sind wiederum Alterseffekte im Spiel, da unter den älteren Befragten überdurchschnittlich viele Menschen mit geringerer schulischer Qualifikation sind.

Die Grafik C51 gibt die erfragten möglichen Wegzugsgründe und ihre Gewichtung hinsichtlich ihrer Zustimmung bzw. Ablehnung wieder:

Abb. C51: Gründe für Wegzugsabsichten



Quelle: Eigene Darstellung, Grundlage GISA Daten 2003

Es dominieren die arbeitsmarktbezogenen Wegzugsgründe, wobei der höhere Verdienst an erster Stelle steht und an zweiter Position der Grund, dass man in Sachsen-Anhalt keine Arbeit findet. Als dritthäufigste Ursache für eine mögliche Binnenmigration nannten die Befragten das Vorhandensein besserer Arbeitsbedingungen am Zielort, gefolgt von den positiveren Karrierechancen anderen Ortes. Dieses Ranking unterstreicht das Ergebnis der Wanderungsstudie, dass Arbeitslosigkeit nicht als Hauptursache für das Weggehen der Menschen gilt. Ein Ergebnis der eben genannten Studie war, dass sich die Arbeitsplatzbedingungen als stark migrationsfördernd gezeigt haben. Die Auswertungen der GISA Erhebung geben dieses Ergebnis wieder. Die Mehrheit der Befragten würde wegen besserer Rahmenbedingungen der Tätigkeiten am Zielort das Land verlassen.

Im folgenden Abschnitten werden die geäußerten Fortzugsgründe hinsichtlich Geschlecht (Frauen, Männer), Alter (b.u. 20 Jahre, 20 b.u. 30 Jahre, 30 b.u. 40 Jahre, 40 b.u. 50 Jahre, 50 b.u. 60 Jahre und 60 Jahre und älter), Familienstand (verheiratet, geschieden, verwitwet und ledig), der im Haushalt lebenden Kinder (keine, 1, 2, 3, 4), Einwohnerstärke der Wohnorte (>500, 500 >=2.000, 2.000 >= 20.000, 20.000 >= 100.000 und <100.000), Schulabschluss (Volks-/ Hauptschule, Realschule/ Mittlere Reife, Gesamtschule, POS, Gymnasium) und dem Berufsabschluss ausgewertet.

Wie schon gesagt, würden potentiell rd. 60% der Befragten das Land verlassen, wenn sie hier keine Arbeit finden würden, 40% der Befragten würden aber, auch wenn sie keine Arbeit hier im Land finden, nicht fortziehen. Geschlechtsspezifisch betrachtet ergibt sich auch bei der Befragung der Menschen im Land das selbe Bild wie in der Telefonbefragung der Abgewanderten: Für die Männer wiegen die arbeitsmarktbezogenen Fortzugsgründe schwerer wiegen als für Frauen. Rd. 63% der durch die GISA Erhebung befragten Männer und rd. 56% der befragten Frauen würden deshalb fortziehen. Bezogen auf die Altersstaffelung, bejahten 70% der 20-40-Jährigen diese Begründung, gefolgt von den Unter-20-Jährigen mit rd. 67% und den 40-50-Jährigen mit rd. 65%. Bei der eigentlich auch wanderungsaktiven Altersgruppe der 40-50-Jährigen konnten sich rd. 59% vorstellen, aufgrund von Arbeitslosigkeit wegzugehen. Die hier etwas niedriger ausfallenden Prozentwerte lassen sich damit begründen, dass in dieser Altersgruppe Familiengründungen am häufigsten stattfinden und dadurch mehr Sesshaftigkeit entsteht. Verheiratete machen ihre Wegzugsneigung eher (zu 57%) vom Arbeitsplatz abhängig als Ledige und Singles (33% Zustimmung). Hier spielen aber wieder Alters- und Sozialstatus-Aspekte hinein. Erwartbarerweise sinkt die Bereitschaft zum Wegzug wegen eines Arbeitsplatzes mit der Zahl der Kinder. Lebt ein Kind im Haushalt, liegt der Zuspruch bei rd. 24%, bei zwei Kindern fällt er bereits auf rd. 18% und lässt noch einmal deutlich nach bei Haushalten mit drei und vier Kindern (jeweils rd. 2%). Auffallend ist, dass Frauen und Männer, welche in den letzten zwei Jahren Mutter bzw. Vater geworden sind, zu 95% nicht bereit wären, wegen eines Arbeitsplatzes ihre Heimat zu verlassen.

Bei der GISA Befragung wurden bessere Arbeitsbedingungen nicht näher definiert. Dadurch ist es nicht möglich, die Daten tiefergehend zu interpretieren. Für 46% der Befragten wären bessere Arbeitsbedingungen ein Fortzugsgrund, für 54% trifft dies nicht zu, wobei wiederum Männer häufiger deswegen das Land verlassen würden als Frauen. Erwartungsgemäß liegen die Häufigkeiten bei der Zustimmung, alterspezifisch betrachtet, in den Altersgruppen der 30-40-Jährigen sowie der 40-50-Jährigen. Ledige bzw. Singles bejahten am stärksten diesen Wegzugsgrund. Sie sind ungebundener und können auf persönlich empfundene Missstände eher mit Wanderungen reagieren als Verheiratete oder Menschen, die in einer Lebenspartnerschaft leben. Ebenso nimmt die Bereitschaft mit zunehmender Kinderzahl ab, aus diesem Grund Sachsen-Anhalt zu verlassen. Auch verneinen die „frischgebackenen" Eltern in der überwiegenden Mehrheit diese Wanderungsbegründung. Bezogen auf die Einwohnerstärke der Wohnorte ergibt sich kein Zusammenhang, während eine starke Korrelation zum Schulabschluss besteht: je höher die Qualifikation, desto höher die Bereitschaft, wegen ungenügender Arbeitsbedingungen wegzuziehen.

Die Bedeutung der Höhe des Lohns, die sich in der Telefonbefragung zeigte, wird auch durch die Erhebung der Menschen mit Wohnsitz in Sachsen-Anhalt bestätigt. Rd. 46% würden aus dem Land fortziehen, weil sie woanders mehr verdienen. Geschlechtsspezifisch betrachtet haben sich keine Unterschiede gezeigt. Sowohl bei den Frauen, wie auch bei den Männern würden 60% wegen einer besseren Bezahlung weggehen. Dieser Fortzugsgrund spielt vor allem für die Altersgruppe der 40-50 Jährigen eine große Rolle. Hier würden rd. 27% deswegen weggehen. Bei den Verheirateten gilt dieser Grund nicht so stark wie bei den Ledigen. Er wird von rd. 57% der Verheirateten und zu rd. 72% der Ledigen angegeben. In Bezug auf die Anzahl, der im Haushalt lebenden Kinder ergibt sich ein proportionaler Zusammenhang zwischen Anzahl der Kinder und Bejahung dieses Fortzugsgrundes. Je mehr Kinder im Haushalt leben, um so weniger trifft dieser Grund zu. Zu rd. 55% bestätigen Menschen, die kein Kind im Haushalt haben, dass sie für mehr Gehalt wegziehen würden. Dies tun immerhin noch rd. 23% mit einem Kind im Haushalt und rd. 19% mit 2 Kindern, aber nur verschwindend wenige Menschen mit mehr als 2 Kindern. Diese Aussagen zeigen, dass finanzielle Anreize nicht generell als Push- bzw. Pullfaktoren betrachtet werden können. Obwohl bei Familien mit mehreren Kindern ein höheres Gehalt sicherlich wünschenswert ist, sind sie deshalb nicht bereit zur Abwanderung. Die sozialen Netzwerke wirken möglicherweise stärker als Haltefaktor. Allerdings ist auch zu vermuten, dass bei Familien mit drei und mehr Kindern die Transfereinkommen durch Kinder- und Erziehungsgeld oder auch Hilfe zum Lebensunterhalt einen zunehmenden Anteil am Haushaltseinkommen haben, so dass ein höheres Erwerbseinkommen ein relativ geringeres Gewicht zur Erzielung des Haushaltseinkommens hat.

Dem Fortzugsgrund „wegen besserer Karrierechancen“ am Zielort stimmten rd. 30% der Befragten zu. Die Zustimmungsrate gleicht der, welche die Befragten auch für den Wegzugsgrund „bessere Arbeitsbedingungen“ gegeben haben. Das Vorhandensein von positiveren Karrierechancen wird in der Regel zu besseren Arbeitsbedingungen gezählt. Bei einer karriereorientierten Migration sind Männer häufiger vertreten als Frauen. Für rd. 45% der befragten Männer würde dieser Fortzugsgrund Gültigkeit besitzen, bei den Frauen bejahten dies rd. 40%. Die insgesamt gesehen relativ geringen Unterschiede in den Prozentwerten der Geschlechter zeigen aber auch, dass Frauen in zunehmendem Maße berufs- und karriereorientiert handeln. Hinsichtlich des Familienstandes dominieren eindeutig die Ledigen/Singles, von denen rd. 60% aus diesem Grund das Land verlassen würden. Bei den Verheirateten könnten sich diesen Wanderungsgrund rd. 35% vorstellen. Die Zahlen lassen die Schlussfolgerung zu, dass in festen Partnerschaften eine Karriereorientierung im Beruf abnimmt bzw. die Prioritäten im Bezug auf die einzelnen Lebensbereiche unterschiedlicher gewichtet werden und sich hin zum Privaten verschieben. Eine abnehmende Karriereorientierung ist auch bei zunehmender Kinderzahl festzustellen. Für frischgebackene Eltern kommt dieser Fortzugsgrund so gut wie überhaupt nicht Frage. Im Verhältnis zur Variable „Einwohnerzahl des Wohnortes“ ergeben sich nur geringfügige Unterschiede in den Prozentwerten. Die Wohnortgröße hat keinen Einfluss auf die Bereitschaft, wegen besserer Karrieremöglichkeiten wegzuziehen. Hinsichtlich des Schulabschlusses bejahten am häufigsten diejenigen, welche über einen Realschulabschluss verfügen, diesen möglichen Fortzugsgrund. Rd. 70% von ihnen könnten sich vorstellen, deshalb das Land zu verlassen. Bei den GymnasiastInnen stimmten dem rd. 50% zu. Im Bezug auf den höchsten Berufsabschluss ergibt sich ein homogeneres Bild. Rd. die Hälfte derjenigen, welche über eine berufliche Fachausbildung, einen Fachhochschulabschluss bzw. einen universitären Abschluss verfügen, würden wegen positiveren Karrieremöglichkeiten fortziehen. Dieses Ergebnis ist interessant: Karriereorientierung ist offenbar nicht vom Bildungsgrad abhängig, auch bei den gering Qualifizierten (ohne Abschluss, Teilausbildung, angelernt) ließ sich eine hohe Bereitschaft feststellen, aus diesem Grund fortzuziehen. Rd. 56% derjenigen, welche über keinen Berufsabschluss verfügen und rd. 38% der Befragten mit einer Teilausbildung bzw. einem angelernten Status bejahten diesen Wegzugsgrund.

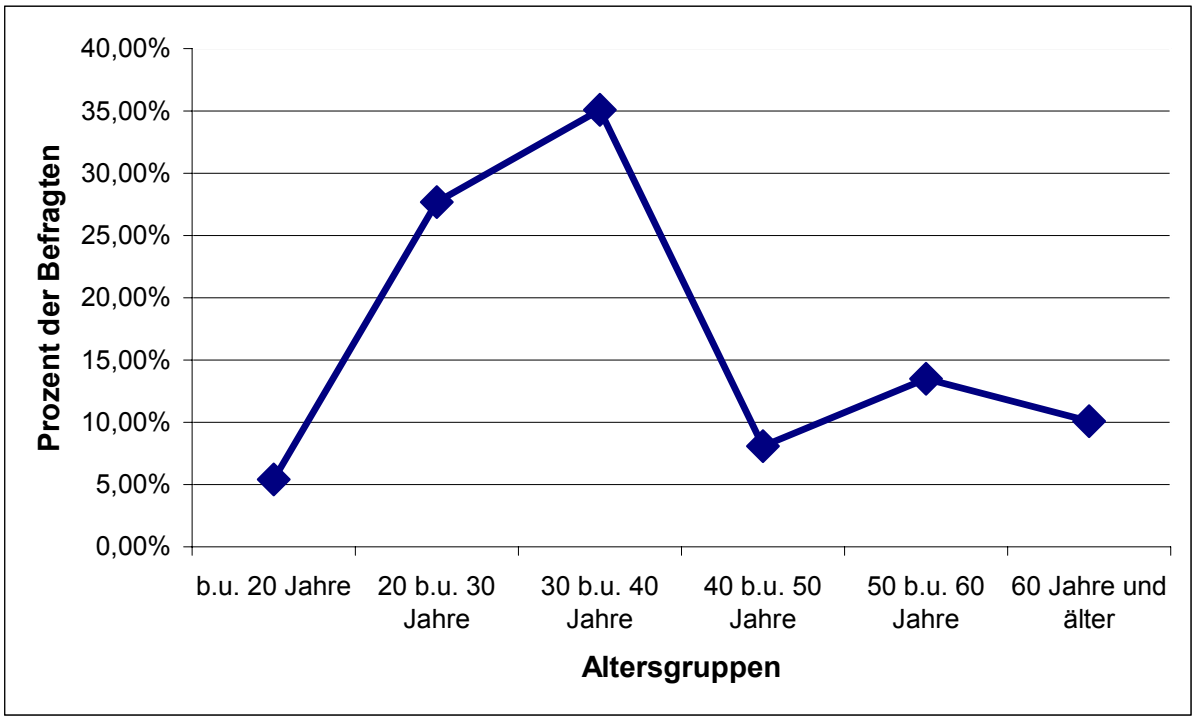
Den Gegenpol zur Karriereorientierung markiert der Wegzugsgrund „um zu meinem/r Partner/in zu ziehen“. Für mehr als die Hälfte der Befragten (55%) wäre dies kein Grund, das Land zu verlassen. Bei einer geschlechtlich differenzierten Betrachtung zeigen sich Differenzen, welche die Ergebnisse der Wanderungsstudie bestätigen. Hier war der mit Abstand dominanteste Fortzugsgrund bei den Frauen, das Hinterher- bzw. Zusammenziehen zu/ mit ihren Partnern. Für rd. 57% der durch die GISA Erhebung befragten Frauen wäre dies für eine Binnenmigration ursächlich, während dies nur 43% der befragten Männer bestätigten.

Warum dies so ist, müsste eine qualitativ angelegte Paarstudie erforschen. Zu vermuten ist beispielsweise, dass Frauen in einem größeren Maße bereit sind, Opfer für den Erhalt einer Partnerschaft zu erbringen als dies Männer tun würden. Interessant dabei wäre zu erfahren, welche Art von Partnerschaft räumliche Distanzen überwindet, da mit zunehmenden Alter die Bejahung dieses Fortzugsgrundes abnimmt. Dies erscheint nicht logisch, da zu vermuten ist, dass länger andauernde Beziehungen, welche gefestigt und eingespielt sind, eher einen Grund darstellen, dem/ der Partner(-in) hinterher zu ziehen. Den stärksten Zuspruch dieses Fortzugsgrundes gaben jedoch die 20-30 Jährigen, welche in der Regel in keiner wirklich gefestigten Partnerschaft leben. Mit rd. 28% liegen die 30-40-Jährigen an zweiter Stelle, gefolgt von den 40-50-Jährigen mit rd. 17%. Bei den 50-60-Jährigen bekräftigten dies nur noch rd. 13%. Bezüglich des Familienstandes ergibt sich ebenfalls ein ambivalentes Bild. Erwartungsgemäß sind die Verheirateten bei der Zustimmung dieses Grundes mit rd. 40% stark vertreten, jedoch bejahten dies mit rd. 48% mehr Ledige bzw. Singles. In Bezug auf die Kinderzahl lässt sich kein Zusammenhang feststellen. Die Angabe „um zu meinem Partner zu ziehen“ markiert also offenbar die Bereitschaft zu einer biographischen Wende – das Hinterherziehen ist synonym mit dem Eingehen einer ersten, längerfristigen Bindung und deshalb typisch für die jüngere Altersgruppe. Zu dem Zusammenhang „Einwohnerzahl des Wohnortes“ kann gesagt werden, dass Menschen, welche in einer Großstadt leben, d.h. in einem Wohnort mit 100.000 und mehr Einwohnern am ehesten bereit sind, zu ihrem Partner zu ziehen. Mit sinkender Einwohnerzahl nimmt der Zuspruch kontinuierlich ab. Diese Aussage korreliert mit der höheren Fluktuation ihrer Bewohner, die größere Städte verzeichnen und mit der Tatsache, dass Ledige bzw. Singles überwiegend in diesen Agglomerationsräumen anzutreffen sind. Menschen, welche diese Lebensform praktizieren, bejahen am stärksten diesen Fortzugrund. Bezogen auf den Schulabschluss der Befragten, würden diejenigen, welche über eine Hochschulreife verfügen, am ehesten aus diesem Grund das Land verlassen, gefolgt von den Menschen, die über eine mittlere Reife bzw. einen Realschulabschluss verfügen. Daraus kann geschlussfolgert werden, dass Partnerschaften in bildungsnahen Haushalten eine stärkere Intensität erfahren als in bildungsfernen Haushalten und nicht so einfach zu ersetzen sind.

In der Befragung wurde auch die Antwortmöglichkeit angeboten, man plane/denke an Fortzug, „weil Freunde auch weggezogen sind“. Hiermit sollte überprüft werden, ob Migrationsnetzwerke auf Ebene der Peer-Group für die Abwanderung eine Rolle spielen. Die Gültigkeit dieser Aussage trifft nur für rd.11% der Befragten zu. Bereits weggezogene Freunde sind also offenbar kein primärer Fortzugsgrund. Geschlechtsspezifisch betrachtet ergaben sich bei der GISA Befragung kaum Unterschiede. Nach unserer Hypothese hätten vor allem die Jüngsten diesen Abwanderungsgrund angeben sollten, bei denen die Orientierung an den

Peer-Groups im Zuge des Abnabelungsprozesses von zu Hause besonders stark ausgeprägt ist. Hier bejahten jedoch nur rd. 5%, dass sie deshalb fortziehen würden.

Abb. C52: Wanderungsmotiv Wegzug von Freunden, nach Altersgruppen



Quelle: Eigene Darstellung, Grundlage, GISA-Daten 2003

Tatsächlich aber spielt der Punkt bei den Menschen im jüngeren Erwachsenenalter unter 40 Jahren die größte Rolle, vermutlich, weil erst in dieser Altersgruppe ein bedeutsamer Teil der Freunde tatsächlich weggezogen ist. Hinsichtlich des Familienstandes ist festzustellen, dass Verheiratete am wenigsten diesem möglichen Fortzugsgrund bejahten. Der Zusammenhang „feste Partnerschaft versus geringere freundschaftliche Beziehungen“ wird hier deutlich. Wer in einer starken Beziehung lebt und/oder Kinder hat, hat weniger Ressourcen, eine Vielzahl von freundschaftlichen Kontakten intensiv zu pflegen. Insofern spielt dieser mögliche Fortzugsgrund bei den Verheirateten eine eher untergeordnete Rolle. Bei den Ledigen/ Singles ist er dagegen fast doppelt so stark ausgeprägt. Rd. 20% von Ihnen könnten sich vorstellen, aus diesem Grund wegzugehen. Im Bezug auf die Variable „Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder“ wird deutlich, dass mit zunehmender Kinderzahl die Zustimmung zu dieser möglichen Migrationsursache abnimmt. Auch fällt die Zustimmung bei den Großstadtbewohnern sowie bei GymnasiastInnen und denjenigen, welche über einen universitären Abschluss verfügen, am höchsten aus. Es ist anzunehmen, dass mit zunehmendem Bildungsgrad auch die Qualität der freundschaftlichen Kontakte zunimmt und auf Lebensentscheidungen einen größeren Einfluss haben bzw. Positivbeispiele für eine gelungene Migration darstellen, die zu dem Schritt wegzugehen animieren.

Als weiterer möglicher Wanderungsgrund wurde der Wegzug von Familienmitgliedern und Verwandten angeboten. Für die überwiegende Mehrheit der Befragten würde diese Bedingung nicht ursächlich für einen Fortzug sein. Nur 13% stimmten dem zu. Geschlechtsspezifisch betrachtet zeigen sich jedoch gravierende Unterschiede. Von denen, die zugestimmt haben, waren rd. 60% Frauen. Die stärkere Orientierung des weiblichen Geschlechtes auf soziale Kontakte bezüglich der Verlagerung ihres Wohnortes kommt hier deutlich zum Ausdruck. Bezogen auf die Altersstruktur wurden die Häufigkeiten bei der Bejahung dieses Fortzugsgrundes in der Altersgruppe der 30-40-Jährigen erzielt, dicht gefolgt von den 40-50-Jährigen und den 50-60-Jährigen. Ansonsten zeigen sich die üblichen Zusammenhänge: Die ohnehin nicht Wanderungsgeneigten (Älteren, weniger Qualifizierten, Dorfbewohner, Eltern mit Kindern) würden auch wegen verwandtschaftlicher Bindungen nicht wandern.

Um neue Erfahrungen zu sammeln und neue Menschen kennen zu lernen, würden rund 20% der Befragten abwandern. Diese mögliche Migrationsursache wurde am fünfthäufigsten von den Befragten angegeben und ist sicherlich eines der ältesten Wanderungsursachen in der Menschheitsgeschichte. Dies gilt für Männer und Frauen in gleicher Weise und entlang der Altersgruppen am stärksten für die 30-40-Jährigen, gefolgt von den Unter-30-Jährigen, bei den Ledigen am stärksten, aber auch bei den Verheirateten wurde dieser Grund immerhin von 38% angegeben. Bezüglich der Einwohnerzahl des Wohnortes ergibt sich folgendes Bild. Für dörfliche Bewohner ist die Lust auf neue Erfahrungen und neue Leute kennen zu lernen am geringsten ausgeprägt, während mit jeweils 63% diejenigen, welche in Ortschaften mit 500 bis unter 2000 Einwohnern wie auch 2000 bis unter 20.000 Einwohner am stärksten ausgeprägt. Die Befragten, die in den größeren Ortschaften lebten, stimmten dem weniger zu, können also offenbar ihre Neugier auf Neues leichter vor Ort decken. Hinsichtlich des Berufsabschlusses ist der signifikanteste Zusammenhang bei denjenigen anzutreffen, welche eine Lehre absolviert haben bzw. über einen Facharbeiterabschluss verfügen. Hier stimmten rd. 40% der Befragten mit dieser Qualifikation dieser Migrationsursache zu.

Nur wenige in der GISA-Umfrage gaben Fortzugspläne an, um woanders ein Studium zu beginnen (11%). Männer überwogen dabei (58% gegenüber 42% Frauen). Dies entspricht nicht der Telefonbefragung, bei der Frauen häufiger als tatsächlichen Wegzugsgrund die Aufnahme eines Studiums angegeben haben. Dafür könnte die generell höhere Berufsorientierung ein Grund sein, aber vor allem die Tatsache, dass in der GISA-Befragung hypothetische Wanderungsneigungen abgefragt werden, während die Telefonbefragung diejenigen erreicht, die tatsächlich gewandert sind. Anders gesagt: Männer sprechen zwar mehr von Abwanderung zu Studienzwecken, aber Frauen setzen sie eher um.

Die Unzufriedenheit mit dem Kultur- und Freizeitangebot rangiert als möglicher Fortzugsgrund auf den hinteren Plätzen. Rd. 10% könnten sich vorstellen, aus diesem Grund das Land zu verlassen. Jedoch sind Frauen hierbei mit rd. 65% deutlich stärker vertreten als

Männer. Sie fällt in den Ortschaften mit 2000 bis unter 20.000 Einwohnern (30%) und 20.000 bis unter 100.000 Einwohnern am deutlichsten (28%) auf.

Ingesamt konnte die ergänzende Erhebung möglicher Wegzugsgründe von Menschen, die noch im Land leben, die Ergebnisse der Telefonbefragung bestätigen und differenzieren.

C 7. Anhang

C 7.1 Literatur

Berger M., Jung M., Roth D.: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland, Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Mannheim 2002. Institut für praxisorientierte Sozialforschung = IPOS, 54-67

Denzin, Norman K.: The Research Act. A Theoretical Introduction to Soziological Methods. New York etc.: Mc Graw Hill Book Company. 1977.

Flick, U. Triangulation. In Uwe Flick, Ernst von Kardoff, Heiner Keupp, Lutz von Rosenstiel & Stephan Wolff (Hrsg.), Handbuch qualitative Sozialforschung (S.432-434). München: Psychologie Verlags Union. 1995.

Ipos 2002: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland, Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, November/ Dezember 2002. Institut für praxisorientierte Sozialforschung Mannheim

Schramm, W.: Humanvermögen und Raumentwicklung. In: Siedlungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung. Hannover 1995, 7-15 (= ARL-Arbeitsmaterialien, Nr. 219)

C 7.2 Text des Fragebogens für die Telefoninterviews

Frage1:

Zuerst interessiert uns die berufliche Motivation für einen Fortzug aus Sachsen-Anhalt. Was waren Ihre beruflichen Gründe für den Wegzug?

- □ Ausbildung begonnen → **Frage 2**
- □ Studium begonnen → **Frage 3**
- □ Umzug in die Nähe des Arbeitsplatzes, zuvor bin ich gependelt → **Frage 4**
- □ einen Arbeitsplatz gefunden, zuvor war ich arbeitslos → **Frage 5**
- □ neuen Arbeitsplatz gefunden, zuvor war ich in Sachsen-Anhalt tätig → **Frage 6**
- □ Arbeitsplatz nach meiner Ausbildung oder Studium gefunden → **Frage 7**
- □ Sonstiges

- □ keine beruflichen Gründe für Wegzug ausschlaggebend → **Frage 9**

Frage 2:

Aus welchen Gründen haben Sie keine Ausbildung in Sachsen-Anhalt begonnen?

- □ Ich habe keinen Ausbildungsplatz in meiner gewünschten Fachrichtung bekommen.
  Und welches war ihre gewünschte Fachrichtung?
  _____
- □ Diese Ausbildung gab es in Sachsen-Anhalt nicht.
  Welche ?_____
- □ Habe überhaupt keinen Ausbildungsplatz bekommen.
- □ Ich wollte mich nicht in Sachsen-Anhalt ausbilden lassen.

□ Sonstiges_____

□ weiß nicht

weiter mit Frage 9

Frage 3:

Aus welchen Gründen haben Sie kein Studium in Sachsen-Anhalt begonnen?

□ keinen Studienplatz in gewünschter Fachrichtung bekommen, wegen ZVS oder sonstigen Zulassungsbeschränkungen

□ Studienfach gab es in Sachsen-Anhalt nicht

Welches_____

□ wollte nicht in Sachsen-Anhalt studieren

□ Sonstiges_____

□ weiß nicht

weiter mit Frage 9

Frage 4:

Wie lange sind Sie vor Ihrem Umzug gependelt?

□ unter einem Jahr

□ 1-2 Jahre

□ 2 Jahre und länger

Können Sie mir auch ungefähr sagen, über welche Entfernung Sie gependelt sind?

□ unter 150 km

□ 150 km und mehr

weiter mit Frage 8

Frage 5:

Wie lange waren Sie vorher arbeitslos?

□ unter einem Jahr

□ 1-2 Jahre

□ 2-4 Jahre

□ 4 Jahre und länger

Und wurden Sie bei Ihrem Umzug vom Arbeitsamt finanziell unterstützt, z.B. in Form einer Wegzugsprämie?“

□ ja

□ nein

weiter mit Frage 8

Frage 6:

In welcher Branche waren Sie in Sachsen-Anhalt tätig?

□ Produzierendes Gewerbe

□ Baugewerbe

□ Handel, Gastgewerbe oder Verkehr

□ sonstige Dienstleistungen

- ☐ Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- ☐ Sonstiges_____

Und arbeiten Sie an Ihrem jetzigen Wohnort in derselben Branche oder in einer anderen?

- ☐ in derselben Branche
- ☐ in einer anderen

In welcher arbeiten Sie jetzt?

- ☐ Produzierendes Gewerbe
- ☐ Baugewerbe
- ☐ Handel, Gastgewerbe und Verkehr
- ☐ Sonstige Dienstleistungen
- ☐ Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- ☐ Sonstiges_____

weiter mit Frage 8

Frage 7:

Hatten Sie vorher versucht in Sachsen-Anhalt eine Arbeit zu bekommen?

- ☐ ja
- ☐ nein

weiter mit Frage 8

Frage 8:

Treffen folgende Kriterien für Ihren jetzigen Arbeitsplatz zu oder eher nicht zu?

Ich verdiene mehr.

- ☐ Trifft zu
- ☐ Trifft nicht zu

Ich habe einen Arbeitsplatz mit besseren Karrieremöglichkeiten.

- ☐ Trifft zu
- ☐ Trifft nicht zu

Ich habe hier eine kürzere Arbeitszeit.

- ☐ Trifft zu
- ☐ Trifft nicht zu

Frage 9:

Im folgenden möchten wir wissen, ob auch familiäre oder persönliche Kontakte für Ihren Fortzug eine Rolle gespielt haben? Kannten Sie vor Ihrem Umzug jemanden in ihrem jetzigen Wohnort?

- ☐ **ja**
- ☐ **nein**

War es Ihr Ehe- bzw. Lebenspartner, waren es Freunde, Familienangehörige oder Arbeitskollegen, die vorher schon dort lebten?

- ☐ **Ehe-, bzw. Lebenspartner**
- ☐ **Freunde**

- ☐ Familienangehörige (Verwandte)
- ☐ berufliche Kontakte
- ☐ Sonstiges_____

_____

Frage 10:

Nun möchten wir gerne eine Beurteilung für verschiedene Angebote wissen, ob sie in ihrer alten Heimatregion in Sachsen-Anhalt besser waren oder an ihrem jetzigen Wohnort oder gleich gut.

► Angebot an Schulen bzw. Bildungsmöglichkeiten

☐ alte Heimatregion in SA ☐ jetziger Wohnort
☐ gleich gut ☐ weiß nicht

► ihre Wohnverhältnisse

☐ alte Heimatregion in SA ☐ jetziger Wohnort
☐ gleich gut ☐ weiß nicht

► Einkaufsmöglichkeiten

☐ alte Heimatregion in SA ☐ jetziger Wohnort
☐ gleich gut ☐ weiß nicht

► Sport- und Freizeitmöglichkeiten

☐ alte Heimatregion in SA ☐ jetziger Wohnort
☐ gleich gut ☐ weiß nicht

► Verkehrsanbindung

☐ alte Heimatregion in SA ☐ jetziger Wohnort
☐ gleich gut ☐ weiß nicht

► Landschaft/ Umgebung

☐ alte Heimatregion ☐ jetziger Wohnort
☐ gleich gut ☐ weiß nicht

Frage 11:

Können Sie von sich sagen, dass Sie Sachsen-Anhalt noch als ihre Heimat empfinden?

- ☐ ja
- ☐ nein
- ☐ weiß nicht

Frage 12:

Und wie lange haben Sie vor ihrem Umzug in Sachsen-Anhalt gelebt?

- ☐ seit der Geburt
- ☐ 10 Jahre und länger
- ☐ 5-10 Jahre
- ☐ unter 5 Jahren
- ☐ weiß nicht

Frage 13:

Besitzen Sie in Sachsen-Anhalt noch Wohneigentum?

- □ **ja**
- □ **nein**
- □ **keine Angabe**

Frage 14:

Würden Sie nach Sachsen-Anhalt zurückkehren?

- □ **ja**
- □ **nein**
- □ **weiß nicht**

Unter welchen Voraussetzungen würden Sie zurückkehren?

Zum **Schluss möchte ich Ihnen noch einige Fragen zu Ihrer Person stellen.**

Frage 15:

Wie alt sind Sie?

_____Jahre

Geschlecht (selbst eintragen)

- □ weiblich
- □ männlich

Frage 16:

Wie ist Ihr Familienstand?

- □ verheiratet
- □ ledig
- □ geschieden
- □ Lebenspartnergemeinschaft
- □ verwitwet
- □ keine Angabe

Frage 17:

Haben Sie Kinder?

□ Ja □ nein □ keine Angabe

Frage 18:

Was ist Ihr höchster Schulabschluss?

- □ Volks-, Hauptschulabschluss
- □ Abschluss der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule in der ehemaligen DDR
- □ Mittlere Reife oder gleichwertigen Abschluss (Realschulabschluss)
- □ Fachhochschulreife
- □ allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife (Abitur)
- □ weiß nicht

Frage 19:

Haben Sie eine berufliche Fachausbildung, einen Fachhochschulabschluss oder einen Hochschulabschluss?

- □ berufliche Fachausbildung
- □ Fachhochschulabschluss
- □ Hochschulabschluss
- □ Sonstiges_____

D Kinderwunsch und Familiengründungsabsichten junger Menschen in Sachsen-Anhalt – Ergebnisse der Familienstudie (Loreen Lesske)

D 1. Einleitung

In der Teilstudie „Zukunftschancen junger Familien in Sachsen-Anhalt“ wurden insgesamt drei Zielgruppen mit vorwiegend qualitativen Methoden zu ihren Familiengründungsabsichten, ihrem Kinderwunsch sowie der Familienfreundlichkeit des Landes Sachsen-Anhalt befragt:

1. Mütter und Väter mit Kindern bis 10 Jahre
2. kinderlose Frauen und Männer im Alter zwischen 25 und 45 Jahren und
3. Schülerinnen und Schüler aus Gymnasien und Berufsschulen im Alter von 18 bis 26 Jahren in Sachsen-Anhalt.

Die Frauen und Männer wurden in sieben verschiedenen Landkreisen bzw. Städten mittels Leitfadeninterview befragt: Magdeburg, Dessau, Halle, Landkreis Halberstadt, Landkreis Anhalt-Zerbst, Landkreis Weißenfels sowie Altmarkkreis Salzwedel. In diesen Landkreisen und Städten fand ebenfalls die Befragung der Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen und Gymnasien mit standardisiertem Fragebogen statt.

Dabei wurden die Informanten der beiden erstgenannten Zielgruppen schwerpunktmäßig mittels Leitfadeninterviews zu Hause befragt. In der überwiegenden Zahl der Fälle erklärten sich die Mütter für ein Interview bereit. Nur in vier Fällen konnten es die Eltern ermöglichen, dass auch der Vater des Kindes am Interview teilnahm. Zur Erfassung des Meinungsspektrums waren den Interviews fünf leitfadengestützte Gruppendiskussionen mit anderen Müttern bzw. werdenden Müttern vorausgegangen. Demgegenüber fand die Befragung der Schülerinnen und Schüler als zukünftiger Elterngeneration mittels Fragebogen statt. Insgesamt wurden so 27 Elterninterviews durchgeführt. Elf Interviews fanden mit kinderlosen Frauen und Männern statt. Die geringe Zahl dieser Interviews ergab sich aus der Erkenntnis, dass schnell eine Sättigung bezüglich der Themenbereiche erreicht war. Die Aussagen der kinderlosen Informanten bezüglich der Familienfreundlichkeit Sachsen-Anhalts bzw. der Vor- und Nachteile der Nicht-Elternschaft waren längst nicht so detailliert, vielschichtig und tiefgründig wie erwartet. Insgesamt flossen zudem die Antworten von 274 Schülerinnen und 161 Schülern in die quantitative Auswertung ein. Die Informanten verteilen sich über die folgenden Schulen:

Tab. D1: Informanten nach Schulen

Schule	Anzahl
Albert- Einstein-Gymnasium Magdeburg	17
Käthe-Kollwitz-Gymnasium Halberstadt	32
Gottfried- Herder-Gymnasium Halle	16
Goethe-Gymnasium Weißenfels	30
Francisceum Zerbst	49
Walter-Gropius-Gymnasium Dessau	17
Berufsbildende Schule IV Magdeburg	30
Berufsbildende Schule „Geschwister Scholl“ Halberstadt	33
Berufsbildende Schule „Friedrich List“ Halle	96
Berufsbildende Schule Weißenfels	36
Berufsbildende Schule „Hugo Junkers“ Dessau	50
Berufsbildende Schule Köthen	29

Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde auch eine Diplomarbeit zum Thema Familiengründung angefertigt, welche die Bedeutung der individuellen Paarqualität für die Umsetzung des Kinderwunsches belegt.

D 2. Optimale Familiengröße für Eltern in Sachsen-Anhalt

Nahezu alle befragten Eltern (Zielgruppe 1) haben nach eigenen Angaben ihre Auffassungen über die optimale Familiengröße seit ihrem 18. Lebensjahr dahingehend verändert, dass sich mit den Jahren die gewünschte Kinderzahl reduziert hat. Die Informanten machen ihre Aussagen hauptsächlich von finanziellen Entwicklungen abhängig. Die gewünschte Kinderzahl wird in Relation zum Familieneinkommen gesetzt. So sind die erlebten Einbußen nach der Geburt des ersten Kindes ausschlaggebend dafür, das Familienwachstum auf höchstens zwei Kinder zu beschränken oder nach dem ersten Kind gleich zu beenden. Daneben gibt es immer wieder negative Erfahrungen und Stigmatisierungen im Alltag, die auch die wenigen mit dem Wunsch nach drei oder mehr Kindern von einer Großfamilie abhalten. Die Mutter von Jan aus Dessau wollte schon immer vier bis sechs Kinder haben. Mit der Wende haben sie und ihr Mann jedoch diese Pläne überdacht:

> *“Und ich kenne einige, die 4-5 Kinder haben und die werden schon als Assis angeguckt. Ich hatte den Tag auch noch ein Mädchen mit in der Stadt, da waren wir dann eben zu dritt. Da wird man schon richtig schief angeguckt, heutzutage, finde ich*.” (Jan_2002; 34 Jahre; Dessau; 24-26)

Die Ein-Kind- oder Zwei-Kinder-Familie hat in den vergangenen Jahren das Bild der Gesellschaft dermaßen geprägt, dass eine Akzeptanz und Integration von Drei-Kinder-Familien schon eine Hürde bedeutet. In den insgesamt 27 Elterninterviews sticht einzig die Mutter von Micha und seinem Bruder aus Halle hervor, die unabhängig von der gesellschaftlichen Akzeptanz erst ab dem vierten Kind Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf befürchtet. Die schwangere Mutter kann sich gut vorstellen, mit drei Kindern arbeiten zu gehen und dennoch genügend Zeit für den Partner und die Kinder zu haben.

Die kinderlosen Informanten (Zielgruppe 2) unterteilen sich bezüglich der Aussagen zur optimalen Familiengröße in zwei Gruppen: diejenigen, die zwar einen Kinderwunsch haben, dessen Realisierung aber von verschiedenen Faktoren behindert sehen und die Geburt des ersten Kindes deshalb weiter verschieben und auf der anderen Seite diejenigen, für die die Familienplanung aufgrund des Alters bereits abgeschlossen ist. Für keine der Informantinnen aus der zweiten Gruppe stand die Kinderlosigkeit bereits mit 18 oder 20 Jahren fest. Vielmehr haben sich aus ihrer heutigen Sicht Berufs- und Familienleben zu keinem Zeitpunkt vereinbaren lassen. Hinzu kommt, dass gerade für diese Frauen die beruflichen Anforderungen seit der Wende gestiegen sind und mehrjährige Qualifikationsmaßnahmen starke Unsicherheiten im privaten und beruflichen Bereich zur Folge hatten. Die dauerhafte Kinderlosigkeit wird von ihnen jetzt eher als Chance denn als Verlust empfunden.

Die Befragten der ersten Gruppe machen zwar die optimale Familiengröße an den Kindheitserfahrungen in der eigenen Familie fest. Erlebte Vorteile in einer Geschwisterbeziehung führen beispielsweise zur Orientierung an der Zahl von zwei Kindern. Das Aufwachsen als Einzelkind fördert meistens den Wunsch nach einer eigenen Ein-Kind-Familie. Jedoch überwiegen in den Überlegungen der Informanten gegenüber Ableitungen aus der eigenen Familienbiographie die Befürchtungen über finanzielle Einbußen, Qualitätsverluste der Partnerbeziehung und Chancenverluste auf dem Arbeitsmarkt, so dass der Kinderwunsch in die Zukunft verschoben wird. Eine 26jährige Informantin aus Halberstadt begründet ihre derzeitige Kinderlosigkeit wie folgt:

> *“Erstmal liegt es natürlich am verlängerten Bildungsweg. Ich habe erst 2002 abgeschlossen, dann ging natürlich erstmal die Jobsuche los und jetzt arbeite ich gerade mal anderthalb Jahre und da passt das überhaupt nicht. Zumal mein Freund außerhalb arbeitet und wir nicht zusammen wohnen können und das auch auf absehbare Zeit nicht möglich ist. Ich habe auch einen befristeten Arbeitsvertrag und man kann nicht wissen, was kommt*.” (Halberstadt_K; 11-16)

Bei den befragten kinderlosen Männern wird deutlich, wie sehr sie sich in der Versorgerrolle sehen: Sie erwähnen häufig die finanzielle Absicherung als Grundlage für ein eigenes Kind. Ein Student aus Magdeburg sieht seine Verpflichtung in Bezug auf eine Familie mit Kind wie folgt:

> *„... weil ich einen festen Job gern hätte, um meine Familie, meine Frau durchzubringen. Ich mag nicht, wenn die Oma mehr mit dem Kind zu tun hat wie ich. Das ist nicht mein Ding*.” (Magdeburg_A; 25 Jahre; 16-18)

Eine Informantin aus dem Landkreis Anhalt-Zerbst stellt in dieser Gruppe eine Ausnahme dar. Sie ist 29 Jahre, verheiratet und berufstätige Akademikerin. Im Rückblick auf ihr bisheriges Leben kann sie zu keiner Zeit einen Kinderwunsch feststellen. Gründe hierfür beschreibt sie so:

> *„Da kann gar kein Kinderwunsch gewesen sein, weil ich habe ja Abitur gemacht und dann gleich straight zum Studium. Und das war immer oberste Priorität, erstmal das Studium fertig machen. Da zwischendurch, da gab’s in diese Richtung überhaupt keine Diskussion, die wäre überhaupt nicht zulässig gewesen.“* (Zerbst_B; 29 Jahre; 93-97)

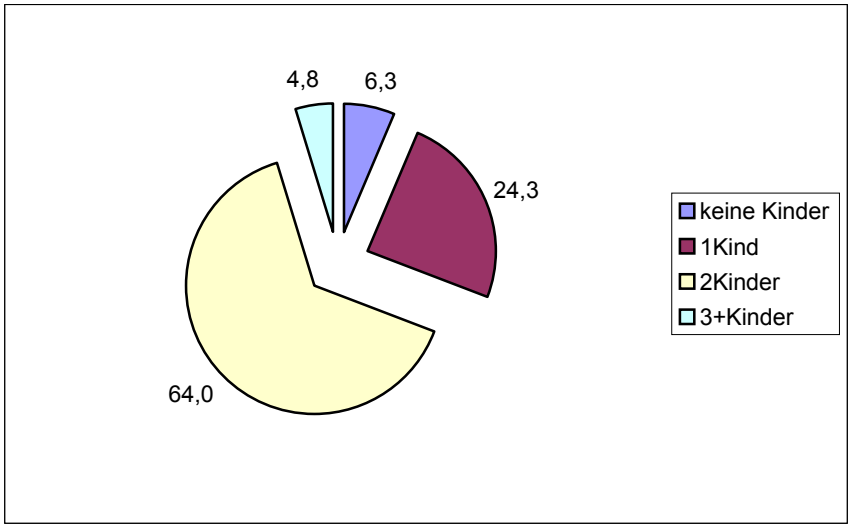
Derzeit ließe sich für sie ein Kinderwunsch nicht umsetzen:

> *„Weil jeder Projekte hat, die er erst irgendwie beenden möchte, also bei mir geht die Promotion natürlich vor, dann, ähm, weißt du ja Parteiarbeit da gibt es jede Menge zu tun. Äh, und bei ihm ist es das Verwaltungsstudium jetzt nebenbei. Ähm, und dann hat er auch Pläne sich schließlich weiterzubilden. Und so weiter."* (Zerbst_B; 29 Jahre; 35-40)

Aussagen der Schülerinnen und Schüler zur optimalen Familiengröße

Die Schülerinnen und Schüler wurden danach befragt, was für sie die optimale Familiengröße wäre. Die Vorgaben im Fragebogen reichten von „keine Kinder" bis zu „drei und mehr Kinder". Mehr als die Hälfte (64%) der befragten Frauen – in absoluten Zahlen sind das 173 Schülerinnen - wünscht sich zwei Kinder. Knapp ein Drittel (24%) – insgesamt 67 Mädchen - sieht die optimale Familiengröße bei einem Kind. Es wird also schon an diesem ersten Überblick sichtbar, dass 88 Prozent der befragten Schülerinnen die für sich optimale Familiengröße bei einem oder zwei Kindern sehen. Die Zustimmungen an den beiden Enden der Skala – nämlich keine Kinder und drei oder mehr Kinder – sind mit weitem Abstand hinter den beiden genannten. Nur 4,8 Prozent – also 13 befragte Schülerinnen - der befragten Frauen wünschen sich drei oder mehr Kinder. Sogar 6,3 Prozent der Mädchen möchte gar keine eigenen Kinder. Das sind 17 der insgesamt 272 Schülerinnen.

Abb. D1: Kinderwunsch der befragten Schülerinnen

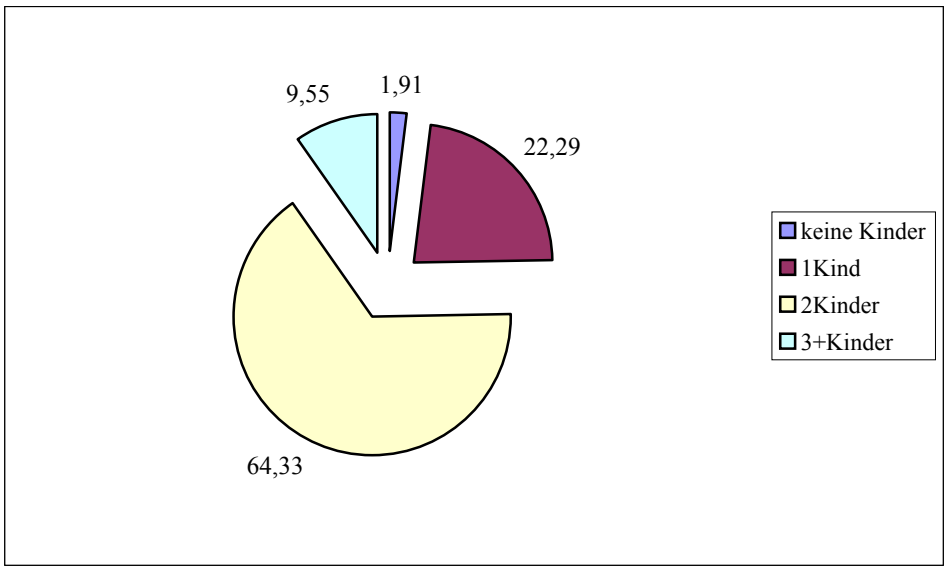


Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Auch bei den Schülern sind bei der Frage nach der optimalen Familiengröße die meisten Nennungen bei zwei Kindern zu verzeichnen. Deutlich über die Hälfte (64 Prozent) der Befragten – nämlich 101 Teilnehmer - nannte dies die ideale Familiengröße. Nur 35 Schüler – das sind 22 Prozent - wünschen sich nur ein Kind. Drei Befragte wollten kinderlos bleiben. 15 Männer (ca. 9,5 Prozent) wünschen sich drei oder mehr Kinder. Es wird also deutlich, dass

knapp 87 Prozent der Schüler die optimale Familiengröße bei einem oder zwei Kindern sehen.

Abb. D2: Kinderwunsch der befragten Schüler



Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Vergleich Familiengröße und Bildungsabschluss

Betrachtet man die Aussagen über die optimale Familiengröße nun getrennt nach dem angestrebten Schulabschluss, ergibt sich folgendes Bild. Als Ausgangszahl stehen wieder 272 Frauen, davon wollen 164 das Abitur und 69 die Fachhochschulreife erreichen. 38 Frauen werden nach Beendigung der derzeitigen Schulausbildung einen Berufsschulabschluss erlangt haben.

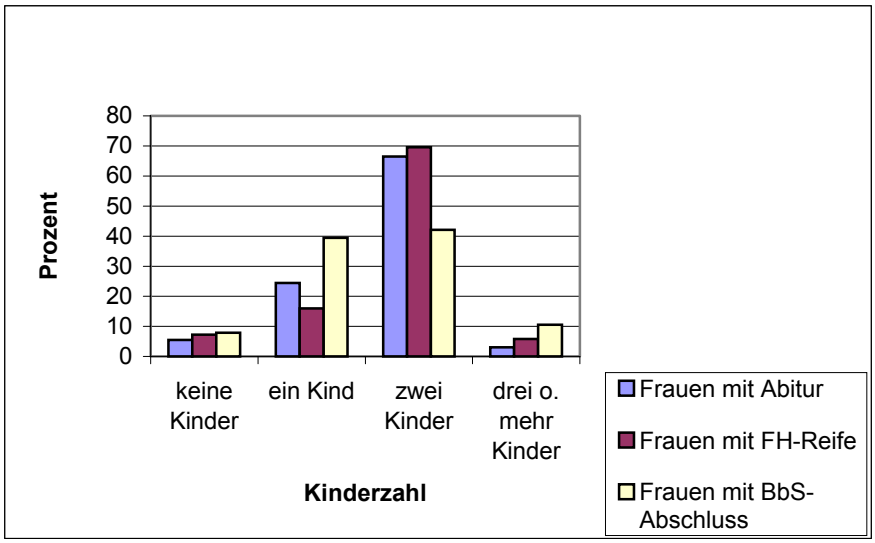
Besonders die Angaben der Berufsschülerinnen sind auffällig. Sie sind es, die unter sich den höchsten prozentualen Anteil von Frauen mit dem Wunsch nach drei oder mehr Kindern haben. 10,5 Prozent der Berufsschülerinnen gab dies als optimale Familiengröße an. Die beiden anderen Gruppen liegen weit dahinter. Von den Frauen mit Abitur nennen diese Kategorie nur 3 Prozent, von denen mit Fachhochschulreife immerhin knapp 6 Prozent.

Auch bei dem Wunsch nach einem Kind führen die Berufsschülerinnen in der Liste der prozentualen Nennungen mit 39,5 Prozent. Die Abiturientinnen sind hier auf dem zweiten Platz mit 24,4 Prozent. Die Nennungen bei den Frauen mit Fachhochschulreife liegen in einigem Abstand davon mit nur 16 Prozent.

Die Neigungen zur Ein-Kind-Familie und zur Drei-Kinder-Familie sind demnach bei den Berufsschülerinnen am stärksten ausgeprägt. Dem gegenüber ist die Neigung zu einer Zwei-Kind-Familie in dieser Zielgruppe im Gegensatz zu den beiden anderen Gruppen geringer. Knapp 70 Prozent der Schülerinnen mit Fachhochschulreife sehen die optimale Familiengrö-

ße bei zwei Kindern. Der Anteil an den Abiturientinnen liegt bei 66 Prozent, der der Berufsschülerinnen nur bei 42 Prozent. Es ist also festzustellen, dass der Wunsch nach einer Zwei-Kinder-Familie bei den Frauen mit Fachhochschulreife am stärksten ausgeprägt ist. Bei den Berufsschülerinnen rangiert dieser Wunsch zwar auch an erster Stelle, aber ein wesentlich kleinerer Anteil der Befragten dieser Zielgruppe sieht dies als optimale Familiengröße an. Dieser doch eher große Unterschied in den prozentualen Anteilen zwischen den beiden Gruppen liegt wohl darin begründet, dass gerade unter den Berufsschülerinnen der prozentuale Anteil derjenigen, die sich drei oder mehr Kinder wünschen, doppelt so hoch ist wie der Anteil unter den Frauen mit Fachhochschulreife.

Abb. D3: Kinderwunsch der Schülerinnen nach angestrebtem Schulabschluss



Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Fast man nun die Frauen zusammen, die die Hochschul- oder Fachhochschulreife anstreben und setzt ihre Aussagen denen der Berufsschülerinnen gegenüber, wird der Unterschied in den Lebensplanungen noch deutlicher. Dieser Gruppierung erscheint in sofern sinnvoll, da es ja nach aktuellen bundesweiten Erhebungen gerade die Akademikerinnen sind, die kinderlos bleiben oder nur ein Kind bekommen.

233 der befragten Schülerinnen werden in absehbarer Zeit die Hochschul- oder Fachhochschulreife erlangen. Von diesen 233 Frauen gaben 51 an, mit einem Kind die optimale Familiengröße erreicht zu haben. 157 Schülerinnen wollen zwei Kinder bekommen. Neun Frauen – also knapp vier Prozent - sehen mit drei oder mehr Kindern die optimale Familiengröße erreicht. 14 Schülerinnen – das sind sechs Prozent - gaben an, keine Kinder bekommen zu wollen.

Vergleicht man nun die Gruppe der Schülerinnen, die die Hochschul- oder Fachhochschulreife erlangen wollen, mit denen, die einen Berufsschulabschluss anstreben, wird deutlich, dass die Anzahl derjenigen, die sich zwei Kinder wünschen, unter den Befragten der ersten Grup-

pe größer ist (ca. 67%) als unter den Frauen der zweiten Gruppe (ca. 41%). Demgegenüber ist der Anteil derjenigen, die sich eine Familie mit drei oder mehr Kindern vorstellen können unter den Schülerinnen mit Berufsschulabschluss höher – 10,2 zu 3,8 Prozent. Die Ein-Kind-Familie wird eher von den Berufsschülerinnen bevorzugt als von den Frauen mit Fachhochschul- und Hochschulreife. Mit 41 Prozent liegt ihr Anteil an der Gruppe der Schülerinnen, die einen Berufsschulabschluss anstreben, fast doppelt so hoch wie bei denjenigen Frauen, die die Hochschul- oder Fachhochschulreife anstreben (ca. 22%). Dieser deutliche Unterschied ist jedoch in erster Linie auf die geringe Ausgangsbasis von 39 Frauen zurückzuführen. In absoluten Zahlen stehen 16 Nennungen in der Gruppe derjenigen mit Berufsschulabschluss 51 aus der Gruppe der Frauen, die die Hochschul- oder Fachhochschulreife anstreben, gegenüber.

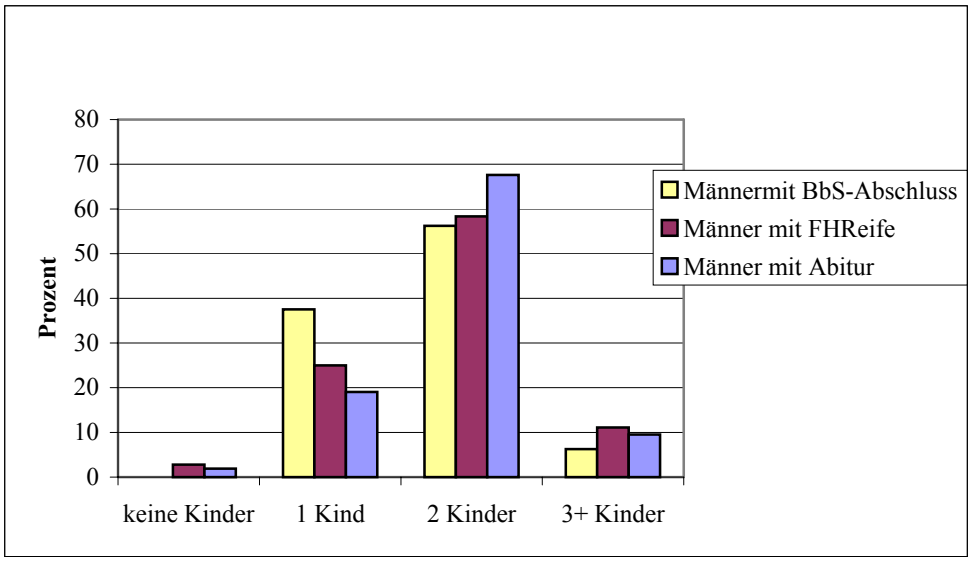
In der Rubrik „optimale Familiengröße ohne Kinder“ unterscheiden sich die Angaben der beiden Gruppen um zwei Prozent. Die Nennungen bei den Frauen mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife liegen mit knapp sechs Prozent zwei Prozent höher als die der Schülerinnen mit Berufsschulabschluss mit ca. acht Prozent.

Als Ausgangszahl stehen bei den männliche Befragte wieder 157 Schüler. Von diesen 157 Männern gaben 36 an, die Fachhochschulreife erlangen zu wollen, 105 Befragte wollen das Abitur machen. 16 Schüler wollten einen Berufsschulabschluss erlangen. Besonders auffällig sind die unterschiedlich häufigen Nennungen in der Kategorie „ein Kind“. Mit steigendem angestrebten Schulabschluss sinkt der prozentuale Anteil der Nennungen. Bei den Männern, die einen Berufsschulabschluss anstreben (im Folgenden Gruppe 1), entschieden sich 37,5 Prozent der Befragten für diese Antwort. Bei den Befragten, die die Fachhochschulreife erlangen wollen (im Folgenden Gruppe 2), nannten 25 Prozent dies als optimale Familiengröße. Bei den Schülern, die das Abitur machen wollen (im Folgenden Gruppe 3) ordneten sich nur noch 19,05 Prozent der Befragten in diese Kategorie ein. Der Unterschied zwischen der Gruppe 1 und der Gruppe 3 beträgt hier immerhin 18,5 Prozent. Der prozentuale Anteil derjenigen, die die optimale Familiengröße bei zwei Kindern sehen, weicht zwischen diesen beiden Gruppen ebenfalls stark voneinander ab. Bei den Teilnehmern der Gruppe 1 entschieden sich 56,3 Prozent und in der Gruppe 3 67,6 Prozent für diese Antwortvorgabe. Hier beträgt der Unterschied 11,7 Prozent. Die Anteile unter den befragten der Gruppe 1 und 2 sind nur geringfügig unterschiedlich. In Gruppe 2 entschieden sich 58,3 Prozent für die Antwortvorgabe „zwei Kinder“. Die Befragten der Gruppe 2 verzeichnen auch den höchsten Anteil an Nennungen in der Kategorie „drei oder mehr Kinder“. Elf Prozent der Befragten aus dieser Gruppe 2 ordneten sich hier ein. In Gruppe 1 sind das nur sechs in Gruppe drei 9,5 Prozent. Unter den Befragten, die die Fachhochschulreife erlangen wollen, ist auch den prozentual höchste Anteil an Befragten, die keine Kinder haben wollen, zu verzeichnen. Fast drei Prozent ordneten sich in diese Kategorie ein. In der Gruppe 1 nannte dies niemand als

optimale Familiegröße. Bei den Schülern, die das Abitur machen wollen, gaben 1,9 Prozent an, dies als optimale Familiengröße zu sehen.

Die Neigungen zur Ein-Kind-Familie sind demnach bei den Befragten, die einen Berufsschulabschluss anstreben, am höchsten. Unter den Befragten, die die Fachhochschulreifen erlangen wollen, ist die Neigung zur Drei-Kinder-Familie und bei denen mit Hochschulreife zur Zwei-Kind-Familie am stärksten ausgeprägt. Diese Ergebnisse entsprechen auch den schichtspezifischen Kinderzahlen im Mikrozensus, bei denen sich eine Häufung der „Kinderreichen“ (ab drei Kindern) in den unteren und in den oberen Einkommensklassen zeigt, während die Familien mit mittlerem Einkommen in der Regel nicht mehr als zwei Kinder haben.

Abb. D4: Kinderwunsch der Schüler nach angestrebtem Schulabschluss



Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Es liegt nahe, wieder diejenigen Männer zusammenzufassen, die in absehbarer Zeit die Hochschul- oder Fachhochschulreife (im Folgenden Gruppe 1) erlangen wollen und sie den Männern gegenüberzusetzen, die einen Berufsschulabschluss machen. Während die Anteile derjenigen Männer, die die optimale Familiengröße bei zwei Kindern sehen, in beiden Gruppen nicht wesentlich voneinander abweichen – 65 Prozent bei den Befragten der Gruppe 1 und 62,5 Prozent in der Gruppe 2, sind die Unterschiede vor allem in der Kategorie „ein Kind“ sehr deutlich. Bei den Befragten der Gruppe 1 entschieden sich ein Fünftel für diese Antwortvorgabe. Unter den Schülern der Gruppe 2 sahen 37,5 Prozent dies als optimale Familiengröße an. Auffällig sind auch die Differenzen in der Kategorie „drei oder mehr Kinder“. Von den Befragten der Gruppe 2 ordneten sich nur 6,3 Prozent hier ein. Bei den Schülern der Gruppe 1 beträgt der Anteil fast zehn Prozent.

Vergleich Kinderwunsch und weiterer Berufs- oder Ausbildungsweg

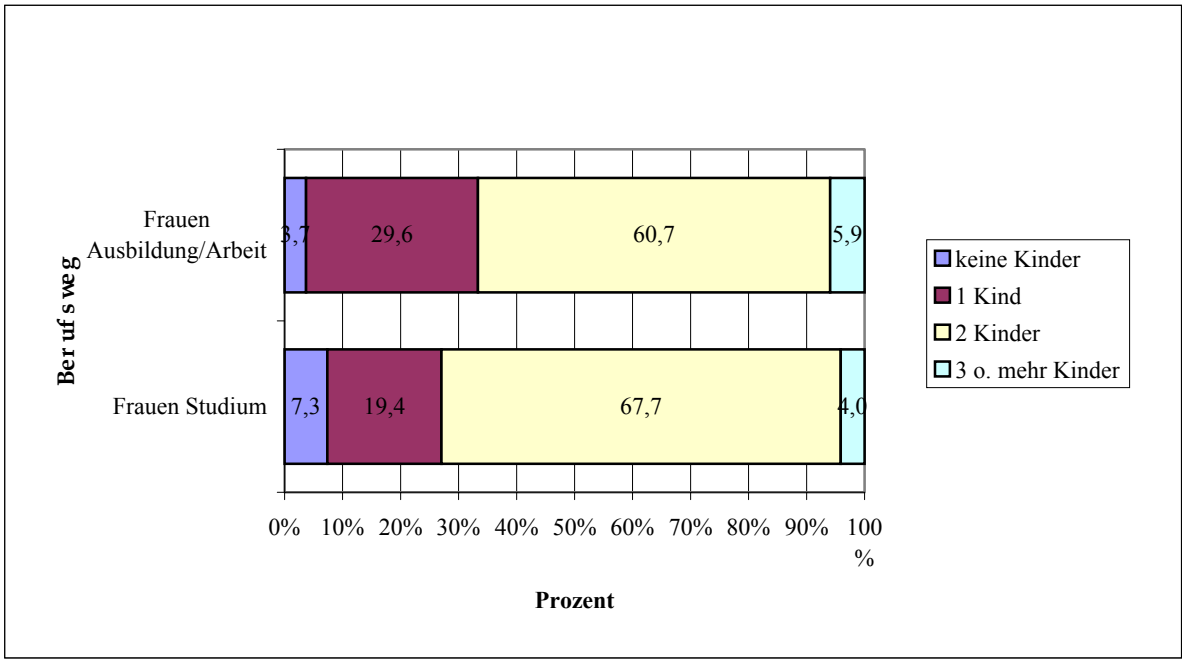
In einem nächsten Schritt werden die Frauen danach unterschieden, inwieweit ihr Kinderwunsch vom weiteren Berufs- oder Ausbildungsweg abhängt. Die bereits vorgenommene Unterscheidung nach angestrebtem Berufsabschluss sagt ja noch nichts darüber aus, ob es beispielsweise Unterschiede in den Angaben zur optimalen Familiengröße zwischen denjenigen, die ein Studium aufnehmen wollen und denjenigen, die einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeitsstelle finden wollen, gibt. In diesem Abschnitt werden die Frauen, die ein Studium beginnen wollen, mit denen verglichen, die eine Ausbildung- oder eine Arbeitsstelle suchen.

Von den insgesamt 272 Frauen zwischen 16 und 25 Jahren gaben 124 an, nach dem derzeitigen Schulbesuch ein Studium aufnehmen zu wollen. 135 Frauen wollen nach der Schule eine Ausbildung beginnen oder einen Arbeitsplatz finden. Vier Frauen sind unentschlossen.

Die nachfolgende Abbildung zeigt deutlich, dass diejenigen Frauen, die eine akademische Ausbildung (im Folgenden Gruppe 1) anstreben, wesentlich häufiger keine Kinder wünschen als diejenigen, die eine Ausbildung oder eine Arbeitsstelle (im Folgenden Gruppe 2) finden wollen. Mehr als sieben Prozent der Gruppe, die ein Studium beginnen wollen, hat als optimale Familiengröße „keine Kinder“ angegeben. Bei den Befragten, die eine Ausbildung oder eine Arbeit suchen wollen, sind das knapp vier Prozent. Auch bei der Angabe „drei oder mehr Kinder“ driften die Wünsche der beiden Gruppe sichtbar auseinander. Nur vier Prozent der Frauen in Gruppe 1 sehen die optimale Familiengröße bei drei oder mehr Kindern. Bei den Befragten in Gruppe 2 sind das fast sechs Prozent. Es wird an dieser Stelle also deutlich, dass die Aussagen der befragten Frauen dem statistisch nachweisbaren Befund entsprechen, dass gerade Akademikerinnen oft kinderlos bleiben. Demgegenüber erstaunt der Vergleich der Angaben in den Kategorien „ein Kind“ und „zwei Kinder“. Bei den Schülerinnen der Gruppe 1 gaben etwa 68 Prozent (insgesamt 84 Befragte) an, dass sie mit zwei Kindern die optimale Familiengröße sehen. Das sind sieben Prozent mehr als bei Gruppe 2. Hier kreuzten 82 Frauen an.

Das bedeutet, dass der Wunsch nach zwei Kindern unter den Frauen, die ein Studium aufnehmen wollen, deutlich höher ausgeprägt ist, als unter den Frauen, die eine Ausbildung beginnen oder eine Arbeitsstelle finden wollen. Der Wunsch nach nur einem Kind ist hingegen bei den Befragten der Gruppe 2 wesentlich stärker ausgeprägt als bei denen der Gruppe 1. Bei den Frauen der Gruppe 2 gaben fast 30 Prozent – in absoluten Zahlen sind das 40 Schülerinnen - an, die optimale Familiengröße in der Ein-Kind-Familie zu sehen. Bei den Schülerinnen der Gruppe 2 sind das nur 19 Prozent, also 24 Befragte.

Abb. D5: Kinderwunsch der Schülerinnen nach Berufsziel



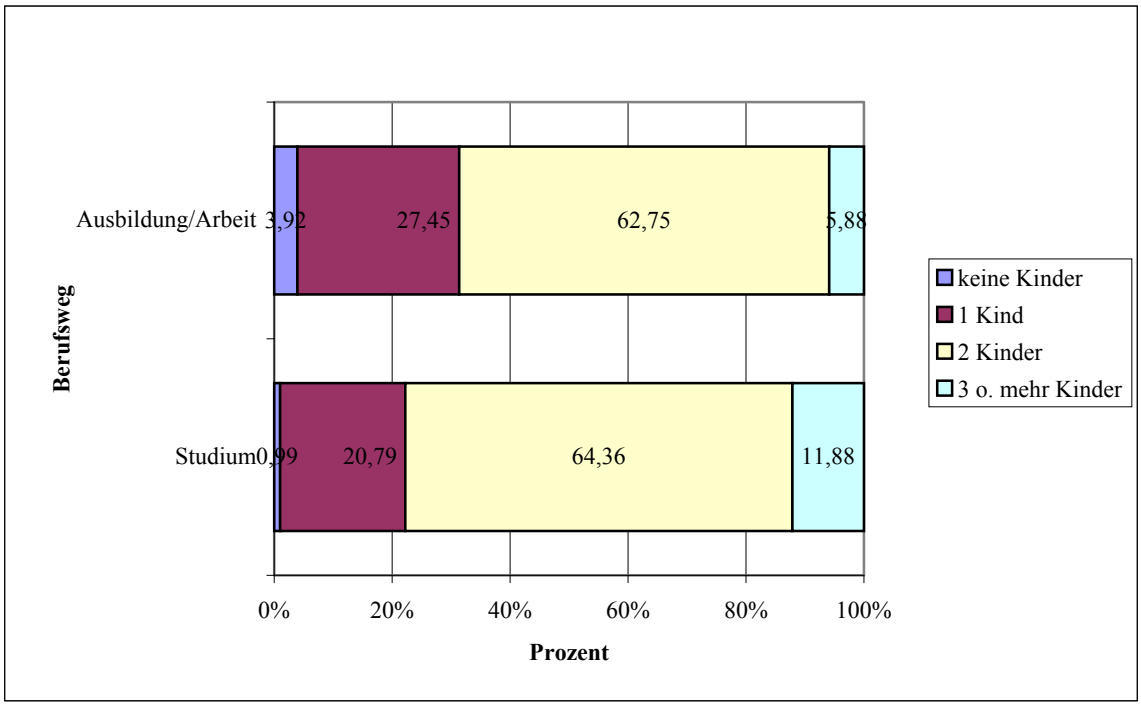
Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Von den insgesamt 157 männlichen Befragten gaben 101 an, nach der Schule ein Studium aufnehmen zu wollen, 51 Schüler wollen nach Abschluss der jetzigen Schulausbildung eine Ausbildung oder eine Arbeit finden. Sechs Befragte haben diese Frage für sich noch nicht geklärt.

Von den Befragten der Gruppe 1 sehen fast 12 Prozent die optimale Familiengröße bei drei oder mehr Kindern. Knapp 21 Prozent wünschen sich nur ein Kind, ein Prozent möchte gar keine Kinder bekommen. Damit sehen über die Hälfte der Schüler dieser Gruppe – insgesamt 64 Prozent – die Zwei-Kinder-Familie als ideale Familiengröße an. Auch von den Teilnehmern der Gruppe 2 entschieden sich über 60 Prozent für die Antwortvorgabe „zwei Kinder“. Im Gegensatz zur Gruppe 1 sehen hier aber nur sechs Prozent eine Familie mit drei oder mehr Kindern als ideal. Das sind nur halb so viele wie unter denjenigen, die ein Studium aufnehmen wollen. Die Ein-Kind-Familie sehen unter den Befragten der Gruppe 2 immerhin 27,5 Prozent als ideale Familiengröße an. Damit liegt hier die Neigung dazu, nur ein Kind zu bekommen, um sechs Prozent höher als bei den Schülern, die ein Studium aufnehmen wollen. Der Zusammenhang zwischen der geringen Ausprägung des Wunsches nach drei oder mehr Kindern und der starken Neigung zu einem Kind ist auffällig und zahlenmäßig entgegengesetzt identisch. D.h. während sich unter den Teilnehmern der Gruppe 2 sechs Prozent weniger für drei oder mehr Kinder entschieden als bei Gruppe 1, sind es bei der Antwortvorgabe „ein Kind“ sechs Prozent mehr. Innerhalb der Gruppe, die eine Ausbildung oder eine Arbeit finden wollen, entschieden sich ca. vier Prozent dafür, keine Kinder zu bekommen. Auch hier ist die Neigung gegenüber der Gruppe 1 merklich höher.

Die Auswertung des Kinderwunsches getrennt nach angestrebten Ausbildungsweg zeigt deutlich, dass zwar der Wunsch nach einer Zwei-Kinder-Familie unabhängig vom weiteren Bildung- oder Berufsweg bei über der Hälfte der Befragten vorherrscht, die Befragten, die ein Studium aufnehmen wollen, zeigen jedoch eine stärkere Neigung zu drei oder mehr Kindern. Diejenigen Schüler, die eine Ausbildung oder eine Arbeit finden wollen, sehen häufiger in der Ein-Kind-Familie oder Kein-Kind-Familie ihre Idealvorstellungen verwirklicht.

Abb. D6: Kinderwunsch der Schüler nach Berufsziel



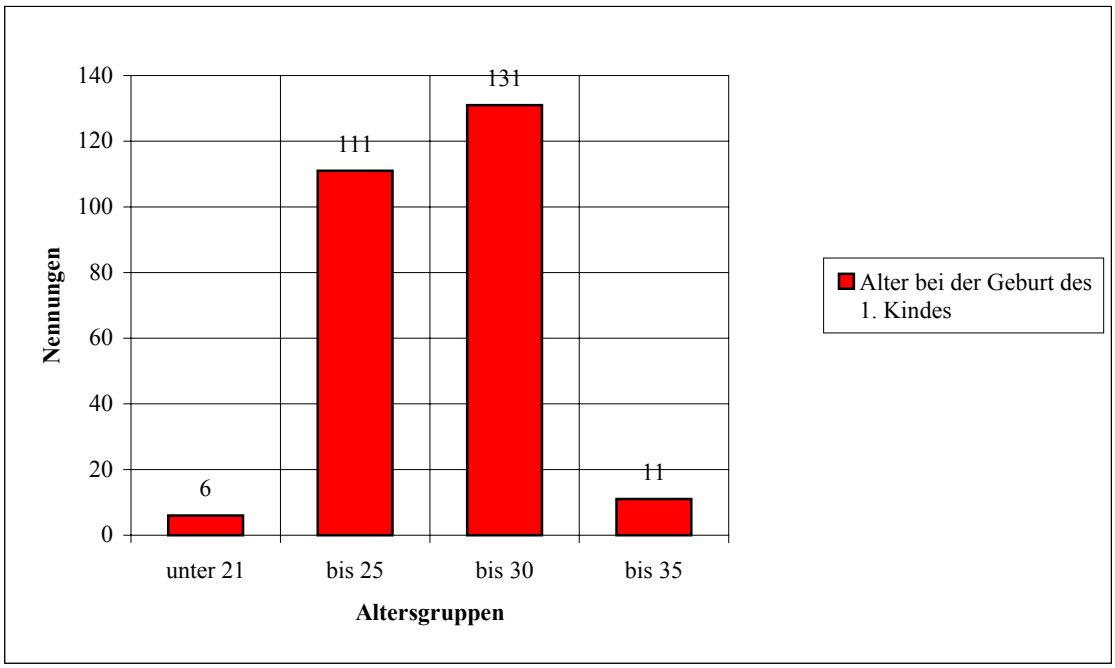
Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Vergleich Alter bei der Geburt des ersten Kindes und weiterer Bildungsweg

Im folgenden Abschnitt folgt der Vergleich zwischen den beiden oben eingeteilten Gruppen hinsichtlich des Alters bei der Geburt des ersten Kindes. Es ist zu vermuten, dass gerade die Frauen, die ein Studium aufnehmen wollen, die Geburt des ersten Kindes weiter hinausschieben als die Frauen der anderen Gruppe. Die Frage lautete: „In welchem Alter möchten Sie Ihr erstes eigenes Kind haben?“ Für die Befragten gab es sieben Antwortvorgaben, von denen sie sich für eine entscheiden sollten: „Zwischen 18 und 20“, „zwischen 20 und 22“, „zwischen 22 und 25“, „zwischen 25 und 27“, „zwischen 27 und 30“, „zwischen 30 und 35“ und „ab 35 Jahre“. Von den 272 Frauen waren nur 13 unentschlossen und kreuzten keine Altersangabe an. 259 Frauen ordneten sich in die vorgegebenen Antwortkategorien ein. Der größte Anteil der Schülerinnen möchte das erste Kind bis 30 Jahre bekommen. 147 Frauen entschieden sich für eine der Kategorien bis 30 Jahre. Davon gaben 117 Frauen an, bis zum Alter von 25 Jahren ihr erstes Kind bekommen zu wollen. 131 Schülerinnen sind in der Al-

tersspanne zwischen 26 bis 30 Jahre einzuordnen. Nur 11 Frauen sind in der Spanne bis 35 Jahre zu finden. Keine Frau kreuzte die Vorgabe ab 35 Jahre an.

Abb. D7: Angestrebtes Alter bei der Geburt des 1. Kindes – Aussagen der Schülerinnen



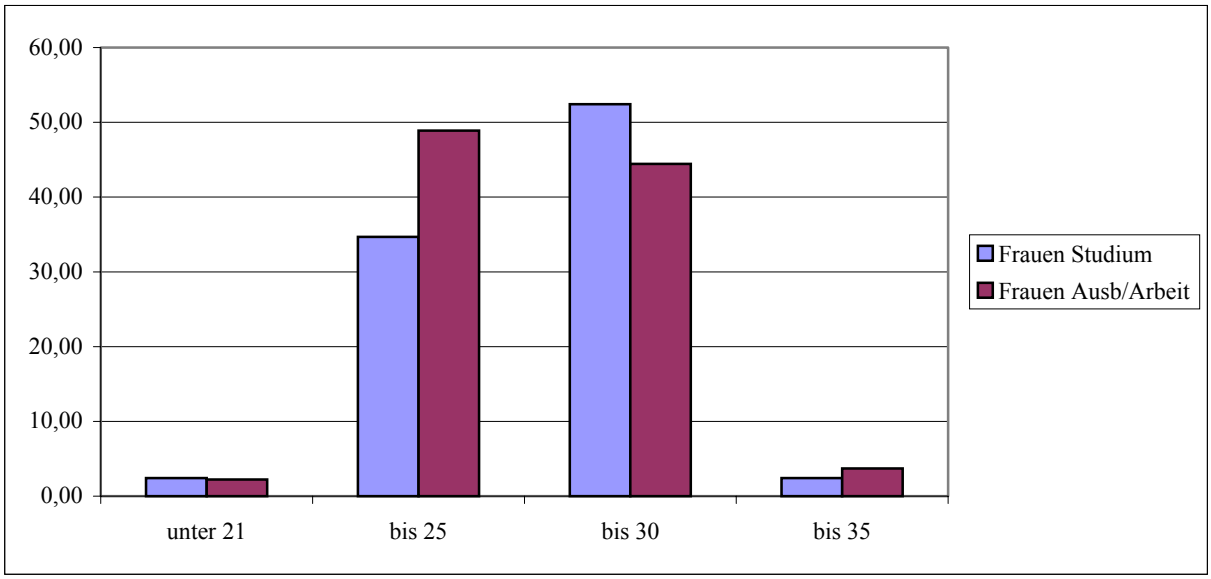
Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Setzt man diese Angaben jetzt ins Verhältnis zum angestrebten Ausbildungs- bzw. Berufsweg, wird deutlich, dass mehr als die Hälfte der befragten Schülerinnen, die ein Studium aufnehmen wollen (im Folgenden Gruppe 1), ihr erstes Kind in der Zeitspanne zwischen 26 und 30 Jahren bekommen möchte. 52 Prozent der Befragten dieser Gruppe (65 Nennungen) sind in diese Spanne einzuordnen. Nur jeweils 2,4 Prozent der Schülerinnen dieser Gruppe möchten ihr erstes Kind unter 21 Jahren oder in der Spanne zwischen 31 und 35 Jahren bekommen. Fast 35 Prozent der Schülerinnen dieser Gruppe (43 Nennungen) möchte bis zum 25. Lebensjahr ihr erstes Kind bekommen.

Bei den Schülerinnen, die eine Ausbildung beginnen oder eine Arbeitsstelle finden möchten (im Folgenden Gruppe 2), sieht die Verteilung wie folgt aus: Knapp 49 Prozent der weiblichen Befragten dieser Gruppe (66 Nennungen) möchten ihr erstes Kind bis zu einem Alter von 25 Jahren bekommen. Der prozentuale Anteil der Schülerinnen dieser Gruppe, die ihr erstes Kind in der Spanne zwischen 26 und 30 Jahren bekommen möchte, liegt bei 44 Prozent (60 Nennungen). Hier wird also schon deutlich, dass der Anteil der Schülerinnen aus Gruppe 1, die ihr Kind zwischen 26 und 30 Jahre bekommen möchte acht Prozent höher liegt als bei den Frauen in Gruppe 2. Demgegenüber zeigen die Schülerinnen der Gruppe 2 eine um 14 Prozent höhere Neigung im Alter zwischen 22 und 25 Jahren ihr erstes Kind zu bekommen gegenüber den Frauen der Gruppe 1.

Es lässt sich also sagen, dass die Frauen, die nach der Schule ein Studium aufnehmen wollen, eine höhere Neigung haben, die Geburt des ersten Kindes in den Zeitraum zwischen das 26. und 30. Lebensjahr zu legen als die Frauen, die nach der Schule eine Ausbildung oder eine Arbeit finden möchten. Schülerinnen, die nach der Schule eine Ausbildung oder eine Arbeit suchen möchten, haben eine weitaus höhere Neigung dazu, ihr erstes Kind in einem Alter zwischen 22 und 25 Jahren zu bekommen. Im direkten Vergleich ergibt sich folgendes Bild.

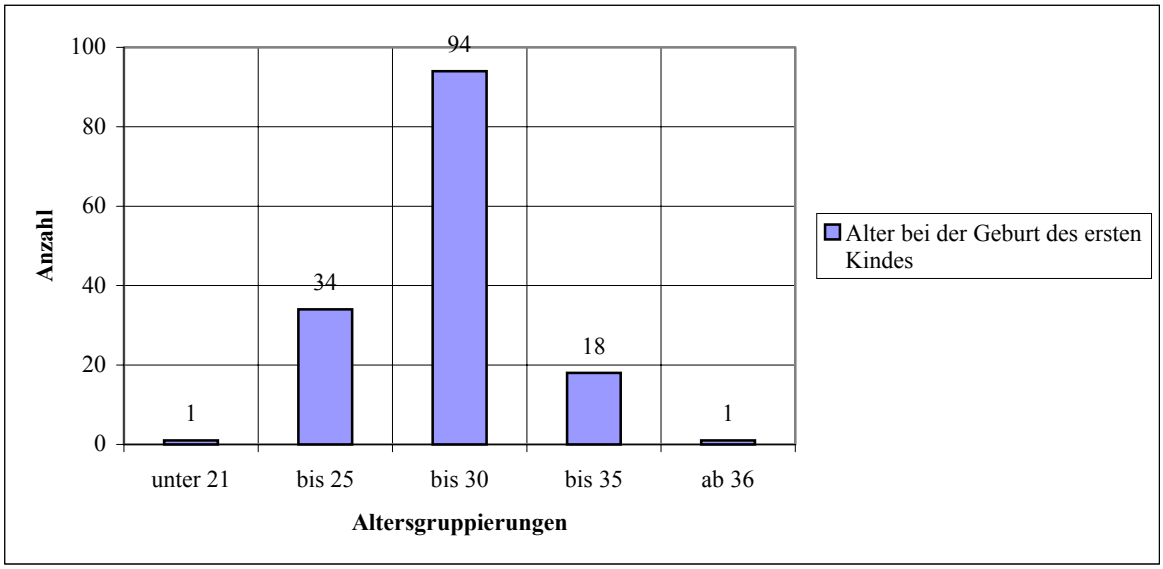
Abb. D8: Angestrebtes Alter bei der Geburt des 1. Kindes – Aussagen der Schülerinnen nach Berufsziel



Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Von insgesamt 157 männlichen Befragten ordneten 128 ihren Kinderwunsch in die Altergruppen bis 25 und bis 30 Jahre ein. D.h. mehr als zwei Drittel aller Schüler möchten bei der Geburt ihres ersten Kindes im Alter zwischen 21 und 30 Jahre alt sein. Ein detaillierter Blick zeigt, dass 94 Schüler in der Altersspanne zwischen 25 und unter 30 Jahre ihr erstes Kind haben möchten. 34 Befragte sind in der Altergruppe zwischen 21 und 25 Jahre zu finden. In den drei weiteren Altersgruppierungen finden sich zusammen 20 Befragte wieder. Nur jeweils ein Schüler möchte bei der Geburt seines ersten Kindes unter 21 bzw. über 36 Jahre alt sein. 18 Befragte sind in der Spanne zwischen 31 und 35 Jahren einzuordnen.

Abb. D9: Angestrebtes Alter bei der Geburt des 1. Kindes – Aussagen der Schüler



Quelle:eigene Erhebungen und Berechnungen

Die Übersicht macht deutlich, dass die Mehrheit der Befragten vor dem Erreichen des 30. Lebensjahres ihr erstes Kind bekommen möchte. Nimmt man nun die Altersgruppierung „bis 30 Jahre“ als Ausgangspunkt und vergleicht die rechts und links davon liegenden Säulen im Diagramm, wird deutlich, dass sich wesentlich mehr männliche Befragte in den unteren Altersgruppen einordneten als in den höheren. Denn in den ersten zwei Altergruppen („unter 21“ und „bis 25 Jahre“) sind 35 Schüler zu finden. In die beiden oberen Altergruppen („bis 35“ und „ab 36 Jahre“) ordneten sich nur 19 Schüler ein. Die Bedeutung der mittleren Altersgruppe (bis 30 Jahre) wird nochmals deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass hier mehr Schülerantworten zu finden sind als in allen anderen Altergruppen zusammen. Es lässt sich zusammenfassend also sagen, dass die große Mehrzahl der befragten Schüler ihr erstes Kind eher in einem Alter unter 30 Jahre bekommen möchte als danach.

Betrachtet man nun dieses Wunschalter bei der Geburt des ersten Kindes wieder getrennt nach weiterem Ausbildungs- bzw. Berufsweg, ergeben sich zwei Gruppen für den Vergleich: diejenigen, die in den kommenden Jahren ein Studium aufnehmen (im Folgenden Gruppe 1) und diejenigen, die eine Ausbildung oder eine Arbeitsstelle finden wollen (im Folgenden Gruppe 2). In der Gruppe 1 sind 101 Schüler, in der Gruppe 2 51 Teilnehmer. Fünf Befragte konnten sich in keine der vorhandenen Antwortvorgabe einordnen. Die Unterschiede in den Angaben zwischen den beiden Gruppen sind nicht so deutlich wie angenommen. In beiden Gruppen sind knapp 60 Prozent der Befragten in die Altersgruppe zwischen 25 bis 30 Jahre einzuordnen – in Gruppe 1 sind das 60 und in Gruppe 2 nur 30 Schüler. Bei den Befragten der Gruppe 1 entschied sich niemand für die Altergruppe „unter 21 Jahre“. In der Gruppe 2 ist hier nur ein Schüler zu finden. Die Altergruppe zwischen 21 und 25 Jahren macht den zweitgrößten Teil aus. Hier finden sich 22 Prozent der Befragten aus Gruppe 1 und 23,5 Prozent aus Gruppe 2 wieder – in absoluten Zahlen macht das 21 Schüler in Gruppe 1 und

12 in Gruppe 2). Die Altersspanne zwischen 21 und 30 Jahren ist demnach diejenige, in der sich die Befragten beider Gruppen für die Geburt des ersten Kindes entscheiden würden. In der Altergruppierung zwischen 31 und 35 Jahren sind von beiden Gruppe etwa 12 Prozent einzuordnen. Ein Befragter der Gruppe 1 gab an, bei der Geburt des ersten Kindes über 36 Jahre als sein zu wollen.

Zusammenfassung der Aussagen der SchülerInnen zur optimalen Familiengröße

Von den befragten Schülerinnen und Schülern wünschen sich mehr als die Hälfte (64%) zwei Kinder. Jeweils knapp ein Viertel (24%) sieht die optimale Familiengröße bei einem Kind erreicht. Zusammen bedeutet dies, dass fast 90 Prozent der befragten Schülerinnen und Schüler ein oder zwei Kinder wünschen. Eine Unterteilung der befragten Schülerinnen und Schüler hinsichtlich ihres angestrebten weiteren Bildungsweges ergibt folgende Rangliste über die Neigung kinderlos bleiben zu wollen:

- 7,0% der Frauen, die studieren wollen,
- 3,9% der Männer, die eine Ausbildung oder Arbeitsstelle finden wollen
- 3,7% der Frauen, die eine Ausbildung oder Arbeitsstelle finden wollen und
- 0,9% der Männer, die studieren wollen, möchten kinderlos bleiben

Schülerinnen, die nach der allgemeinbildenden Schule ein Studium aufnehmen wollen, legen das Wunschalter für die Geburt des ersten Kindes später als diejenigen, die im Anschluss an die Schule eine Arbeit oder eine Ausbildung beginnen wollen. Die Schülerinnen der ersten Gruppe haben eine hohe Neigung (52%), die Geburt in den Zeitraum zwischen dem 26. und dem 30. Lebensjahr einzuplanen. Schülerinnen der zweiten Gruppe (49%) datieren dieses Ereignis auf die Altersspanne zwischen 22 und 25 Jahren. Bei den männlichen Befragten können hierzu keine gruppenspezifischen Unterschiede festgestellt werden. Die Aussagen der Schülerinnen und Schüler lassen eine Weiterführung des derzeitigen Trends erwarten, dass gerade Akademikerinnen kinderlos bleiben bzw. die Geburt des ersten Kindes erst in höherem Alter umsetzen werden.

Vor allem aber lässt sich feststellen, dass Kinderlosigkeit nur von einer sehr kleinen Zahl von jungen Menschen in Sachsen-Anhalt bewusst angestrebt wird und dass die gewünschte Familiengröße deutlich über der derzeit von jungen Menschen in Sachsen-Anhalt realisierten liegt. Würden die Schülerinnen ihre in der Befragung geäußerten Kinderwünsche realisieren, ergäbe dies eine durchschnittliche endgültige Kinderzahl von 1,67 Kindern, würden die Schüler Partnerinnen finden, mit denen sie ihre gewünschte Kinderzahl realisieren könnten, würden sie sogar Väter von durchschnittlich je 1,83 Kindern wären. Diese Zahlen liegen deutlich oberhalb der derzeitigen zusammengefassten Geburtenziffer für Sachsen-Anhalt, aber sie

sind dennoch vergleichsweise niedrig und bleiben unterhalb des Niveaus der Bestandserhaltung. Damit ergibt sich ein erkennbarer Spielraum für die Landespolitik, um Rahmenbedingungen zur Realisierung von Kinderwünschen zu schaffen, gleichzeitig wird aber auch klar, dass es zur nachhaltigen Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung struktureller und langfristiger Anstrengungen und einer Veränderung des gesellschaftlichen Klimas in Richtung auf mehr Kinderfreundlichkeit bedarf. Dies zeigt sich auch in den Ergebnissen des nachfolgenden Kapitels.

D 3. Familien-(un-)freundliches Sachsen-Anhalt

Aussagen der Eltern und kinderlosen Paare

Die Eltern und kinderlosen Frauen und Männer wurden im Verlauf der Interviews aufgefordert, ihre Sicht auf die Familienfreundlichkeit von Sachsen-Anhalt und Deutschland zu schildern. Vor allem die Aussagen der Mütter und Väter variieren stark regional. Eltern in den Städten Magdeburg, Halle und Dessau haben eine andere Ausgangssituation für den Alltag geschildert als die Informanten aus kleineren Städten oder Dörfern.

Die Hallenser Eltern aus dem „Giebichenstein-Viertel“ und die Magdeburger Mütter und Väter aus dem Stadtteil „Stadtfeld“ zeigen ein hohes Maß an Zufriedenheit mit der Familienfreundlichkeit der Stadt. Zu dieser Zufriedenheit trägt vor allem die gute Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur (z.B. Einkaufs- und Betreuungsmöglichkeiten) bei.

Die Aussagen der befragten Eltern bezüglich der Familienfreundlichkeit in Sachsen-Anhalt beziehen sich auf selbst erlebte Situationen, die sich häufig durch eine ablehnende Haltung der Mitmenschen gegenüber Kindern auszeichnen: Aus den drei Städten Halle, Magdeburg und Dessau berichten Informanten von Problemen bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel mit Kinderwagen. Eine Seite des Problems sind Straßenbahnen mit einer mehrstufigen Treppe. Den subjektiv viel gravierenderen Teil des Problems stellen jedoch die Mitmenschen dar, die sich auch nach direkter Aufforderung weigern, beim Tragen des Kinderwagens in die Bahn oder wieder heraus zu helfen. Resultat dieser nicht vorhandenen Hilfsbereitschaft: Die Mütter müssen entweder an der Haltestelle auf eine der nächsten Straßenbahnen warten und auf Hilfe hoffen oder eben in der Bahn so lange weiterfahren, bis ein Fahrgast beim Tragen des Wagens hilft.

Besonders in Dessau, im Landkreis Weißenfels und in Halberstadt zeigen die Aussagen der Eltern einen weiteren Schwerpunkt für die Verbesserung der Familienfreundlichkeit in Sachsen-Anhalt. Häufigstes Problem sind fehlende, verdreckte oder verwahrloste Spielplätze. Die Mutter von Jan wohnt in einem Dessauer Plattenbauviertel südlich der Innenstadt. Ihre Erfahrungen auf Spielplätzen sind typisch für die Schilderungen der Dessauer Informanten:

> *"Wenn Sie sich den Spielplatz hier zum Beispiel angucken, das ist ein Spielplatz in Anführungsstrichen. Es gibt keinen anständigen Sandkasten mehr. Die Schaukeln für die Kleinen sind weg. Es gibt keine Rutsche. Vieles ist kaputt und wurde nicht mehr instand gesetzt. Wir gehen dann meist auf den Hof, aber da ist auch mehr was für größere Kinder ... Es ist öde, hier nur rumzusitzen. Die Kinder haben hier eh nichts. Hier ist der pure Dreck. Hier liegt außerdem überall Glas und Kippen und Spritzen ... Ja. Also, meine Tochter kam an „Guck mal, Mama, was ist denn das?" und hatte eine Spritze in der Hand. Beim nächsten Mal war es Hundescheiße an ihren Händen."* (Jan_2002; 34 Jahre; Dessau; 227-244)

Auch die arbeitslosen Eltern von Felix – wohnhaft im Stadtteil "Kugelberg" in Weißenfels – sind bemüht, mit ihren beiden Söhnen so oft wie möglich an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen, Freizeitaktivitäten aus der Plattenbauwohnung auszulagern. Das Problem für die Eltern:

> *"Und selbst, wenn man da jetzt was macht, Freizeit und kulturell, die halten alle bloß die Hände offen, das kann sich keiner leisten. Hier hinten ist zwar ne Bowlingbahn, da waren wir auch schon mal, wir als Erwachsene, aber mit den Kindern kann man doch da gar nicht hingehen, was da die Stunde die Bahn kostet*." (Felix_2000; 89-92)

Die Teilnehmer einer Gruppendiskussion in der Diakonie in Halberstadt schließen in ihre Überlegungen nicht nur die Spielplätze und Angebote für Kinder ein, sondern werfen auch einen Blick auf die Mitmenschen. Und während diese den Müttern und Vätern sehr freundlich begegnen, werden Familien durch die Eintrittspreise beispielsweise von Schwimmbädern und Kinos frustriert. Ein weiteres Defizit in Halberstadt sehen die Eltern darin, dass das Angebot an alternativen Kindergärten nicht ausreichend ist. Waldorf- oder Montessori-Kindergärten fehlen, um einen anderen Schwerpunkt gegenüber den staatlichen und dem kirchlichen Angebot zu setzen.

Fast ausnahmslos sprachen sich die Eltern gegen das neue Kinderförderungsgesetz aus, das die Halbtagsbetreuung von Kindern arbeitsloser Eltern regelt. Dabei kritisieren sie in erster Linie nicht die Regelung an sich, sondern, dass die Kindertagesstätten diese unflexibel umsetzen. Die Eltern bemängeln, dass sie keine Entscheidungsgewalt darüber haben, zu welchen Tageszeiten die 5-Stunden-Regelung für sie beginnt. Sie müssen sich der KiTa-Ordnung unterwerfen und nehmen diese Unflexibilität als strukturelle Kinderunfreundlichkeit wahr.

Die Aussagen der kinderlosen Informanten lassen sich nicht so stark regional gliedern. Sie beziehen sich in erster Linie auf die aktuelle Debatte um das neue Kinderförderungsgesetz und auf das Thema Chancengleichheit für Frauen und Familien. Das folgende Zitat aus dem Interview Halle_A fasst das Meinungsbild zusammen:

> *"Hm, also mit dem neuen KiTa-Gesetz ist es nicht unbedingt so eine familienfreundliche Entscheidung. Familienfreundlich, einmal was die Frauenfreundlichkeit und die Kinderfreundlichkeit betrifft. Weil, Kinder haben auch ein Recht auf Bildung und das sollte nicht erst in der Schule anfangen oder ein Jahr bevor man in die Schule kommt, … sondern das fängt eben dann mit zwei, drei Jahren an. Kinder brauchen Kinder, Kinder müssen sich von ihren Müttern erholen, Mütter von ihren Kindern. Deshalb halte ich die Regelung, die jetzt in Sachsen-Anhalt umgesetzt ist, für weder kinder- noch frauenfreundlich, noch familienfreundlich."* (Halle_A; 31 Jahre; 241-249)

Ausnahmsweise bezogen sich auch die kinderlosen Informanten auf regionale familienunfreundliche Aspekte ihres Alltages. Ein Paar aus dem Landkreis Anhalt-Zerbst fragt sich anhand neuer Beschilderungen in der Nähe ihres Wohnhauses, inwieweit Kinder in der Gesellschaft tatsächlich willkommen sind:

> *"Mal ein Beispiel: Hier hinten auf dem Hof. Ein schöner großer Hof, toll, klasse und wunderbar. Und überall große Schilder, dass Kinder hier nicht spielen dürfen. Also Ball spielen nicht erwünscht. Schilder mit Kindern, die durchgestrichen sind. Und wenn du hier Kinder erwischst, dann werden die auch hier wirklich runtergeschmissen. Das ist wirklich ein schöner ruhiger Hof, wo ich, wenn ich jetzt ein Elternteil wäre, dann hätt' ich zumindest keine Angst, dass mein Kind hier irgendwie auf die Straße rennt und überfahren wird*." (Zerbst_A; 27 Jahre; 211-217)

Es wird auch in anderen Interviews deutlich, dass sich gerade Wohnungsbauunternehmen an die aktuelle Situation mit wenigen Kindern im Land anpassen, auf die Bedürfnisse der kinderarmen Mehrheit der Bewohner reagieren und Spielplätze beispielsweise zu Parkplätzen umgestalten. Angesichts dieser Entwicklung überlegen einige Befragte auch, im Falle einer Familiengründung in westliche Bundesländer oder ins europäische Ausland zu gehen, wo Familien und Kindern offener begegnet wird. Sie werten diese Entwicklung in Sachsen-Anhalt als Entscheidung gegen Familien.

Aussagen der SchülerInnen zur Familien (-un-)freundlichkeit in Sachsen-Anhalt

Im Fragebogen wurde nicht direkt nach der Einschätzung der Familienfreundlichkeit gefragt. Hier setzt sich das Thema aus verschiedenen Aspekten zusammen: Das sind zum einen die Fragen nach den Bedingungen, um eigene Kinder zu erziehen und die Frage nach der Bedeutung von Familien- und Freundschaftsnetzwerken. Auf der anderen Seite wurden aber auch Kriterien bei der künftigen Wohnortwahl erfragt.

Bei der Vorgabe „Um eigene Kinder zu erziehen, gehört für mich dazu…" konnten die SchülerInnen unter folgenden Antwortvorgaben auswählen:

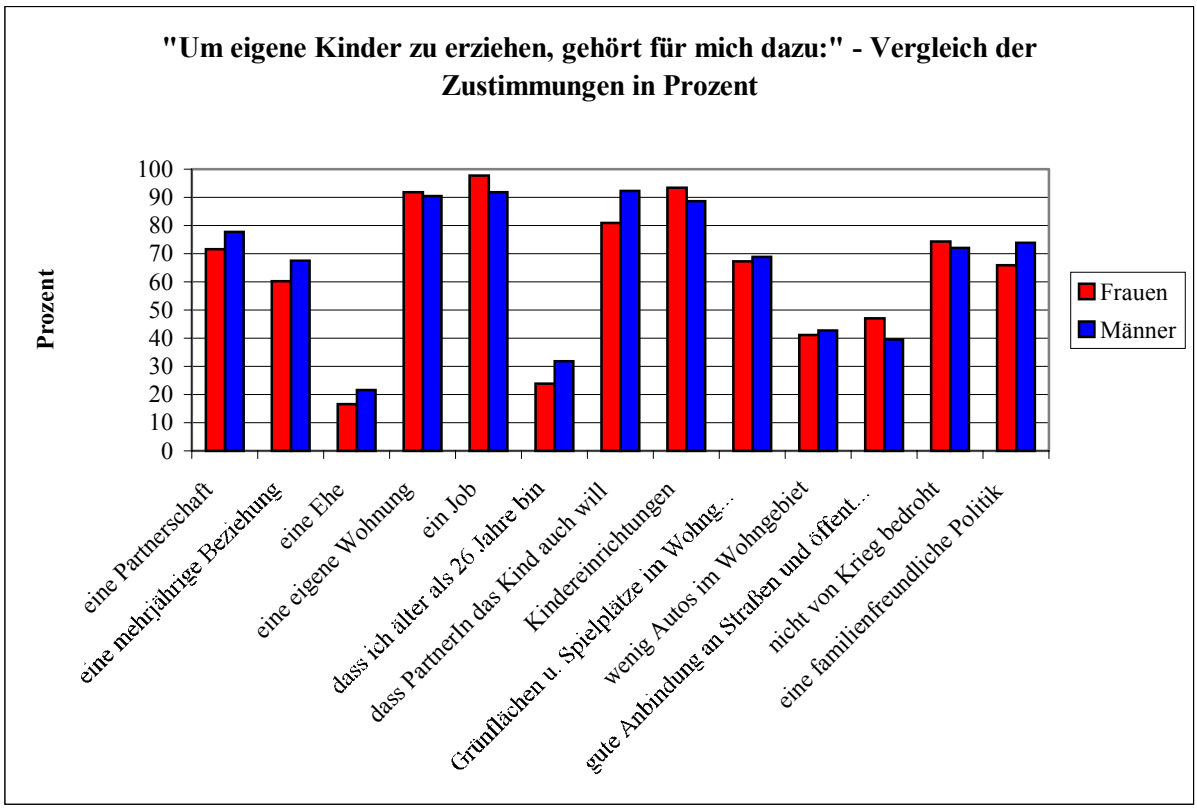
- eine eigene Wohnung
- ein Job
- Kindereinrichtungen
- Grünflächen u. Spielplätze im Wohngebiet
- wenig Autos im Wohngebiet
- gute Anbindung an Straßen und öffentliche Verkehrsmittel
- nicht von Krieg bedroht
- eine familienfreundliche Politik

Daneben wurden aber auch Antwortkategorien vorgegeben, die auf die Eigenschaften der Partnerschaft und der Persönlichkeit gerichtet waren. Dazu zählten die Vorgaben:

- eine Partnerschaft
- eine mehrjährige Beziehung
- eine Ehe
- dass ich älter als 26 Jahre bin
- dass PartnerIn das Kind auch will

Für die Schülerinnen und Schüler gehört zur Erziehung eigener Kinder ein Arbeitsplatz, Kinderbetreuungseinrichtungen sowie eine familienfreundliche Politik. Aber auch Grünflächen und eine gute Anbindung ans öffentliche Verkehrsnetz sind ihnen bei der Familiengründung wichtig. Die Männer legten deutlich mehr Wert auf eine Partnerschaft, eine mehrjährige Beziehung, eine Ehe sowie eine familienfreundliche Politik. Den Frauen hingegen sind eine eigene Wohnung, ein Job, Kindereinrichtungen, eine gute Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr wichtiger als den Männern.

Abb. D10: Voraussetzungen zur Familiengründung – Aussagen der SchülerInnen nach Geschlecht



Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Es wird also deutlich, dass Frauen noch viel eher als Männer einen eigenen Job und eine materielle Absicherung benötigen, um sich auf Kindererziehung einzulassen. Eine eigene

Wohnung und ein Netz von Betreuungseinrichtungen würden ihnen die Entscheidung für ein Kind erleichtern.

Tab. D2: Voraussetzungen zur Familiengründung – Aussagen der SchülerInnen nach Geschlecht

Kriterien	Frauen
1. ein Job	97,79
2. Kindereinrichtungen wie Tagesstätten oder Schulen	93,38
3. eine eigene Wohnung	91,91
4. dass der Partner/ die Partnerin das Kind auch will	80,88
5. dass ich nicht von Krieg bedroht bin	74,26
6. eine Partnerschaft	71,69

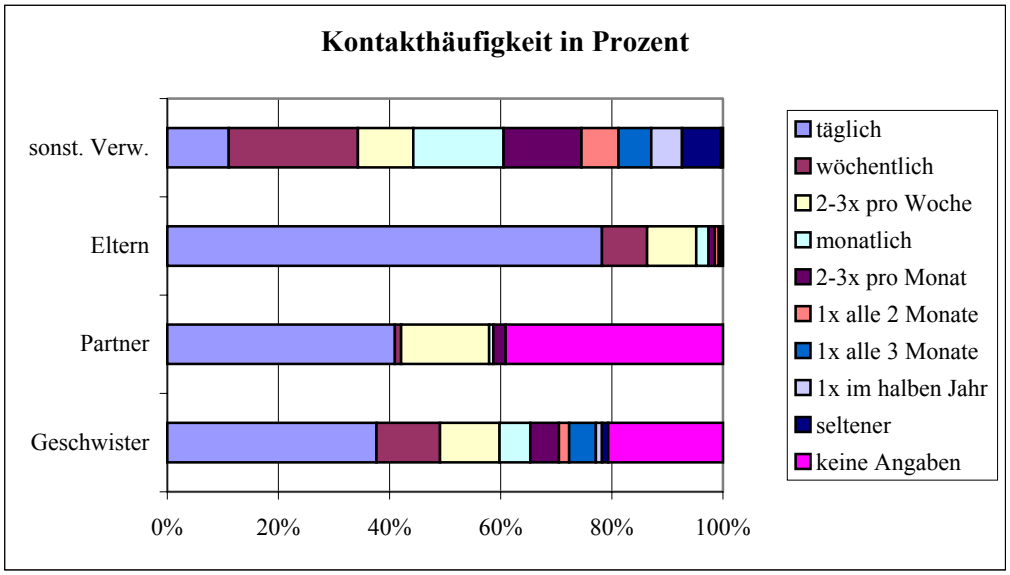
Kriterien	Männer
1. dass der Partner/ die Partnerin das Kind auch will	92,36
2. ein Job	91,72
3. eine eigene Wohnung	90,45
4. Kindereinrichtungen wie Tagesstätten oder Schulen	88,54
5. eine Partnerschaft	77,71

Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Bedeutung der Freundes- und Familiennetzwerke für SchülerInnen heute und in Zukunft

Im Themenkomplex drei des Fragebogens wurde der Frage nachgegangen, wie wichtig den Schülerinnen und Schülern die Netzwerke mit Verwandten und Freunden im Alltag und bei der künftigen Wohnortwahl sind. Es lag die Hypothese zu Grunde, dass gerade junge Menschen, die an ihrem Heimatort ein festes Netzwerk von Freunden und Verwandten haben, später weniger geneigt sind, diesen Ort zu verlassen bzw. nur mit einer größeren Anzahl eben dieser Netzwerkpartner gemeinsam abzuwandern. Des weiteren kann davon ausgegangen werden, dass persönliche Entscheidungen von denen der Peer-Group und anderer Familienangehöriger abhängig gemacht werden, so lange die Verbindungen eng sind. Um diese Netzwerke zu analysieren, wurden die Schülerinnen und Schüler in diesem Themenkomplex als erstes danach gefragt, wie häufig sie Kontakt zu Eltern, Partner, Geschwistern und sonstigen Verwandten haben.

Abb. D11: Häufigkeit der Kontakte zu Freunden und Verwandten – Aussagen der Schülerinnen



Quelle: eigene Erhebung und Berechnungen

Es wird anhand des Diagramms deutlich, dass die sozialen Kontakte der Schülerinnen weit gefächert sind. So stellen die täglichen Kontakte zu den Eltern, zum Partner und den Geschwistern einen Großteil des sozialen Netzwerkes dar. 95 Prozent der Schülerinnen haben wöchentlich mehrmals Kontakt zu den Eltern. Der Kontakt zum Partner besteht bei fast 58 Prozent der Frauen ebenfalls mehrmals in der Woche. Es wird sichtbar, dass die Schülerinnen einen sehr engen Kontakt zu ihren Eltern haben – in den meisten Fällen wahrscheinlich noch im Elternhaus wohnen. Es kann davon ausgegangen werden, dass persönliche Entscheidungen, Werte, Einstellungen und Alltagsprobleme in diesem Kontext erörtert, abgestimmt und umgesetzt werden. Der enge Kontakt zum Partner bei mehr als der Hälfte der Frauen läßt darauf schließen, dass auch hier Entscheidungen bezüglich Zukunftsgestaltung, Schulausbildung etc. getroffen werden. Die Auswertung einer weiteren Frage macht deutlich, inwieweit die Schülerinnen Eltern und Partner in Alltagsthemen wie Geld, Karriere, Partnerschaft, Sexualität, Freizeit und Schule einbeziehen. Die Fragebögen zeigen, dass die Frauen sich für die Themen ein Netzwerk an Ansprechpartnern aufbauen, denn sie gaben in der Mehrzahl aller Fälle für jedes Thema mehrere Kontaktpersonen an. Nimmt man die drei Netzwerkpartner Eltern, Partner und Freunde, teilen sich die Gesamtnennungen aller Themen fast in gleichen Teilen auf diese auf.

Für die Themen Geld, Partnerschaft, Karriere und Sexualität ergeben sich jeweils eigene Schwerpunkte. So wird ersichtlich, dass beispielsweise beim Thema Geld ca. 50 Prozent aller Nennungen auf die Eltern entfallen, weitere 32 Prozent die Partner und nochmals ca. 15 Prozent verbuchen die Freunde. Das Thema Partnerschaft hingegen besprechen über 80 Prozent der Frauen mit den Freunden und dem Partner. Nur 15 Prozent würden dieses Thema mit den Eltern besprechen. Auch beim Thema Sexualität ziehen die Frauen das Ge-

spräch mit Freunden und dem Partner einer Besprechung mit den eigenen Eltern vor. Beim Thema Karriere entfallen auf alle drei Netzwerkpartner etwa gleich große Anteile.

Eine Gegenüberstellung der Netzwerkpartner ergibt folgendes Bild:

Abb. D12: Ansprechpartner nach Thema – Aussagen der Schülerinnen

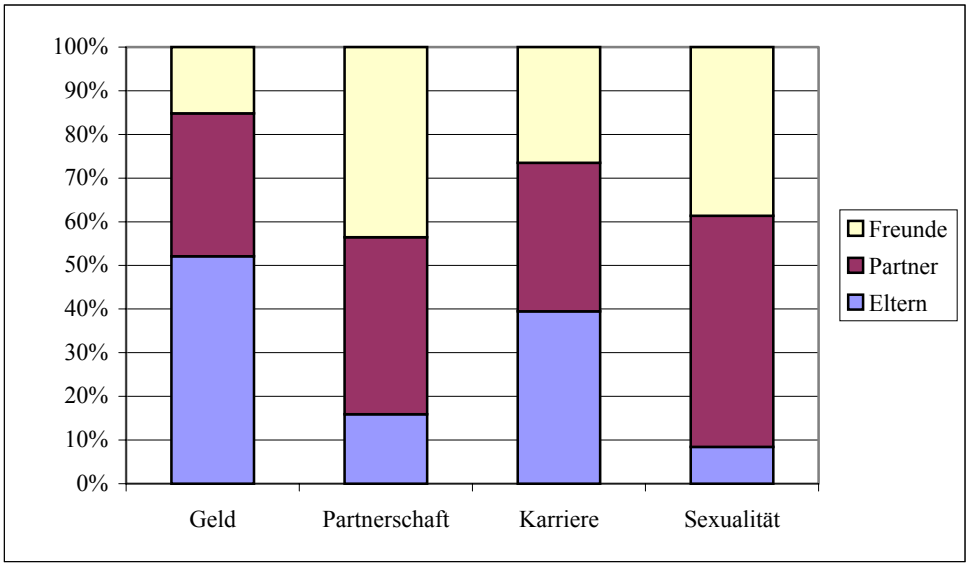
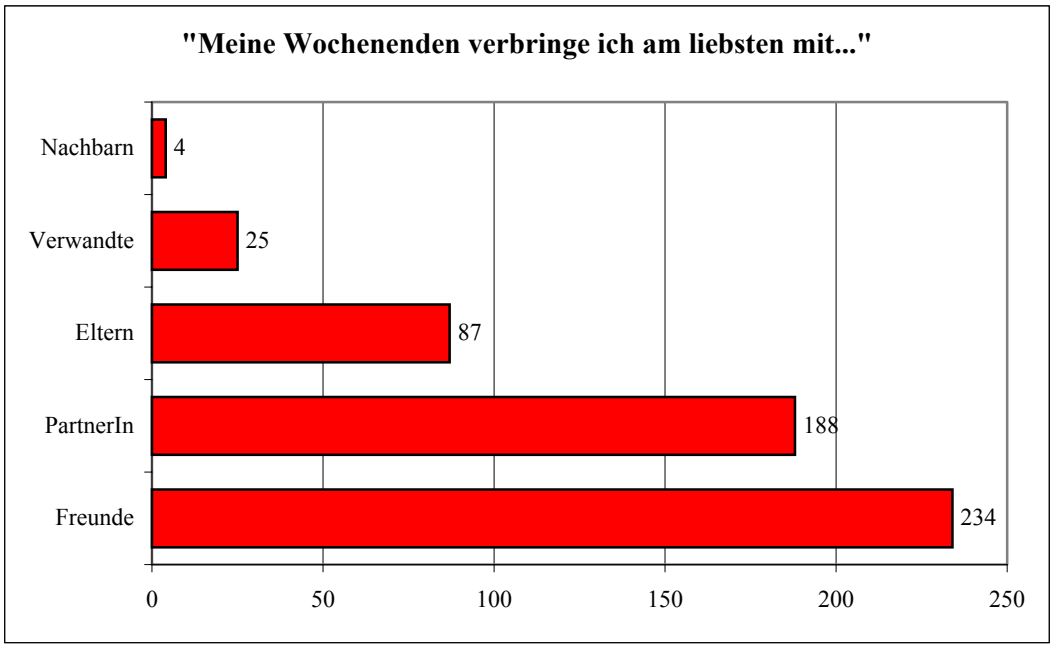


Abb: Quelle: eigene Erhebungen und Berechungen

Obwohl die Eltern von der Mehrzahl der Frauen bei verschiedenen Themen täglich kontaktiert wird, ergibt die Frage, mit wem die Jugendlichen am liebsten ihre Wochenenden verbringen ein anderes Bild:

Abb. D13: Wichtigste Bezugspersonen der Schülerinnen



Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Die Freunde und der Partner teilen sich die Zeit an den Wochenende. 234 aller 272 Frauen gab an, mit den Freunden am liebsten die Wochenenden zu verbringen. Die Eltern kommen mit 87 Nennungen nur auf Platz drei. Dahinter werden von den Frauen nur noch die Nachbarn und andere Verwandte genannt. Das heißt, die Eltern sind zwar bei vielen Themenbereichen Ansprechpartner der Frauen und eine Vielzahl der Befragten hat auch täglichen Kontakt zu den Eltern. In der schulfreien Zeit an den Wochenenden sind aber die Peers erste Kontaktpersonen.

Bedeutung des Freundeskreises

Die Schülerinnen wurden des weiteren gefragt, welche Faktoren für sie entscheidend sind, um eigene Kinder zu erziehen. Bei den insgesamt 14 Antwortvorgaben konnten sie sich zwischen Zustimmung, Ablehnung und „weiß nicht“ entschieden. Um einen tieferen Einblick in die Bedeutung der Netzwerke sollen an dieser Stelle die Aussagen zu den Vorgaben: „Um eigene Kinder zu erziehen, gehört für mich dazu:

- die Unterstützung meiner Eltern,
- dass meine Freunde auch Kinder bekommen und
- ein fester Freundeskreis“

dargestellt werden.

Für die Kindererziehung ist mehr als der Hälfte aller Schülerinnen die Nähe der Eltern wichtig. Für nur 23 Prozent der Frauen ist dieses Kriterium nicht wichtig. Demgegenüber spielt es für die Frauen nahezu keine Rolle, ob die Freunde ebenfalls Kinder bekommen. 86 Prozent der Befragten stufte diesen Aspekt als „nicht wichtig“ bei der eigenen Kindererziehung ein. Ein fester Freundeskreis ist für nur 35 Prozent der Frauen Ausgangsbasis für eigene Kinder.

Es lässt sich also zusammenfassen, dass zwar die Nähe zu den eigenen Eltern eine Ausgangsbedingung für die Erziehung eigener Kinder in den Augen der Frauen darstellt. Ein fester Freundeskreis und Freunde mit den gleichen Absichten hinsichtlich der Familienplanung sind demgegenüber eher zweitrangig. Die befragten Frauen stellen die eigenen Planungen in den Vordergrund – machen ihre Lebensplanung unabhängig von der der Gleichaltrigen.

Auch die befragten Männer sollten angeben, wie häufig sie zu den Netzwerkpartnern Eltern, Partner, Geschwister und Verwandte Kontakt haben. Die Grafik macht deutlich, dass Kontakte zu den Eltern und Geschwistern wesentlich stärker ausgeprägt sind als zur Partnerin oder anderen Verwandten. Mehr als 90 Prozent der Männer hat mehrmals wöchentlich Kontakt zu den Eltern. Der zweitstärkste Netzwerkpartner für die Schüler sind die Geschwister. Über 60

Prozent der Befragten kommt mehrmals wöchentlich mit den Schwestern oder Brüdern in Kontakt.

Der Kontakt zur Partnerin nimmt einen wesentlich geringeren Teil im Netzwerk ein als der zu den nahen Verwandten. Dennoch zeigt die Grafik, dass die Schüler mit Partnerin zu dieser entweder täglich oder mindestens zwei bis dreimal wöchentlich Kontakt haben. Partnerschaftsbeziehungen, die einen selteneren Kontakt mit sich bringen – Antwortkategorien von 2-3 mal im Monat bis seltener als einmal im halben Jahr – führen weniger als 5 Prozent der Jugendlichen an. Das heißt, dass die befragten Schüler ein enges Familien- und Freundschaftsnetzwerk mit wöchentlichen Kontakten zu Eltern und Partnerin pflegen.

Abb. D14: Häufigkeit der Kontakte zu Freunden und Verwandten – Aussagen der Schüler

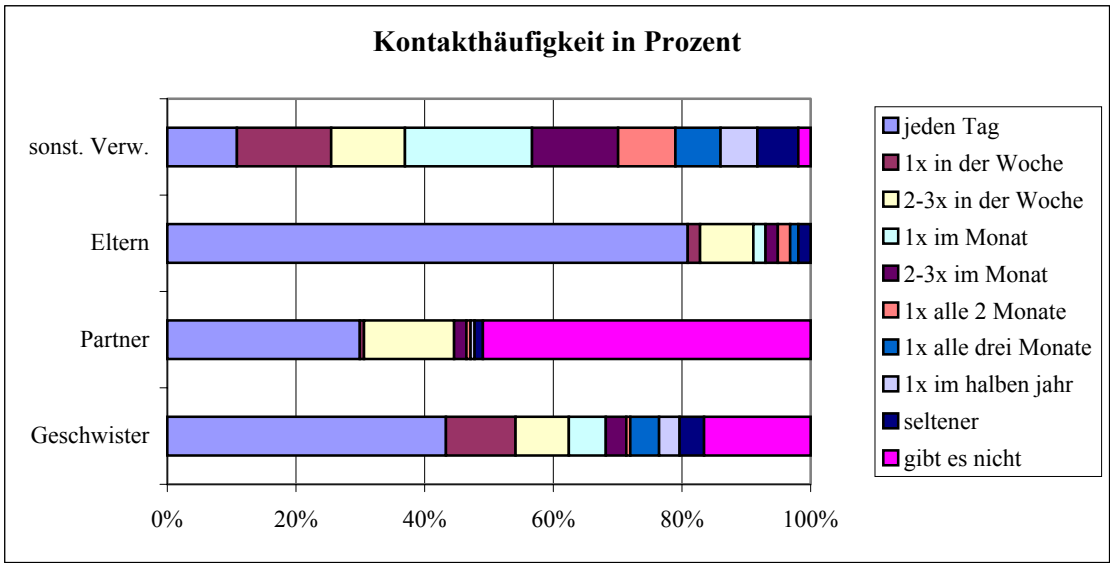


Abb.: Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

In Bezug auf die Bearbeitung von Alltagsthemen wie Geld, Partnerschaft, Karriere und Sexualität sinkt die Bedeutung der Eltern und Geschwister. Bei der Frage, mit wem sie die oben genannten Themen besprechen würden, entschieden sich die meisten Männer für die Partnerin. Erst an zweiter Stelle folgen die Eltern vor den Freunden. Fast 40 Prozent der insgesamt 938 Nennungen bei dieser Frage entfallen auf die Partnerin. Fragen rund um das Thema „Geld“ diskutieren die Jugendlichen am häufigsten mit den Eltern. Die Partnerin kommt hier nur auf knapp 30 Prozent der Nennungen, die Freunde auf 17 Prozent. „Partnerschaft“ und „Karriere“ werden mit der Partnerin oder den Freunden besprochen. Nur 16 Prozent der Nennungen entfallen hier auf die Eltern. Dem gegenüber verzeichnet die Antwortvorgabe „Partnerin“ 46 Prozent und die Freunde kommen auf 33 Prozent. Den Bereich Karriere teilen sich Eltern und Partnerin mit 36 bzw. 30 Prozent. Die Freunde kommen hier nur für knapp 25 Prozent der Schüler als Ansprechpartner in Frage. Mehr als Hälfte aller Nennungen zum Thema „Sexualität“ entfallen auf die Partnerin. Nur sieben Prozent der Jugendlichen würden

das Thema mit den Eltern besprechen. 30 Prozent gaben an, dieses Thema mit Freunden zu besprechen.

Abb. D15: Ansprechpartner nach Thema – Aussagen der Schüler

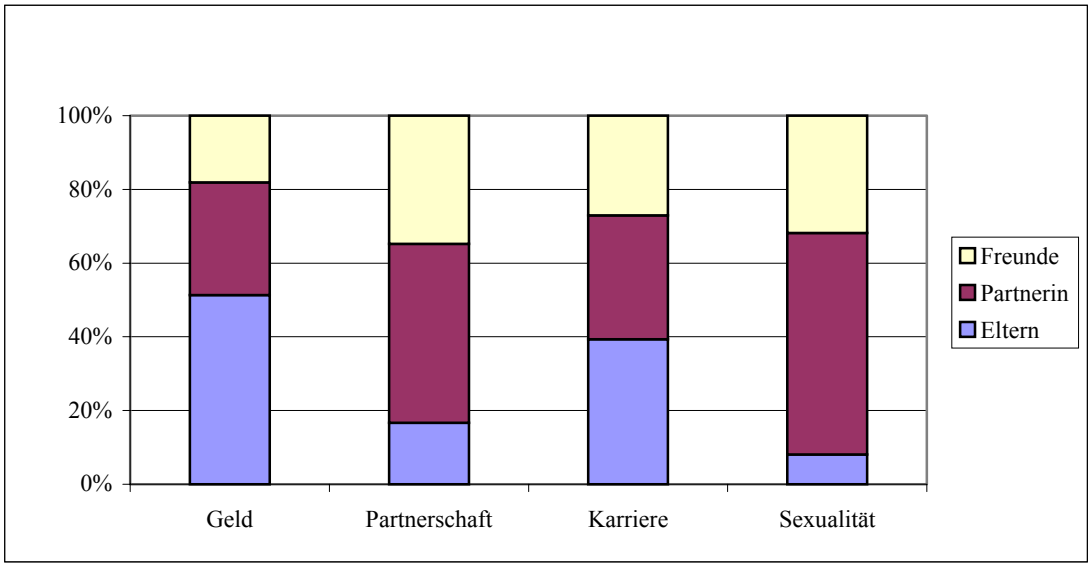
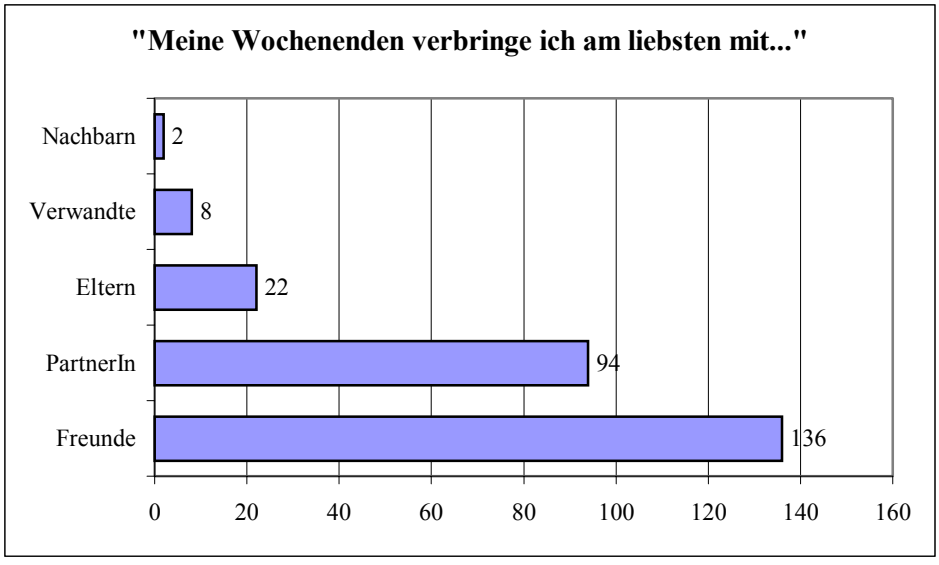


Abb.: Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Die schulfreie Zeit an den Wochenenden verbringen die Männer am liebsten mit ihren Freunden und der Partnerin. 87 Prozent der Männer verbringen ihre Wochenenden am liebsten mit den Freunden. Die Eltern kommen hier nur auf 14 Prozent. Noch seltener wurden Verwandte und Nachbarn genannt. Das heißt: die Jugendlichen sehen zwar in den Eltern kompetente Ansprechpartner bei diversen Alltagsthemen. An den Wochenenden stehen jedoch wie bei den Frauen auch die Peers an erster Stelle.

Abb. D16: Wichtigste Bezugspersonen der Schüler



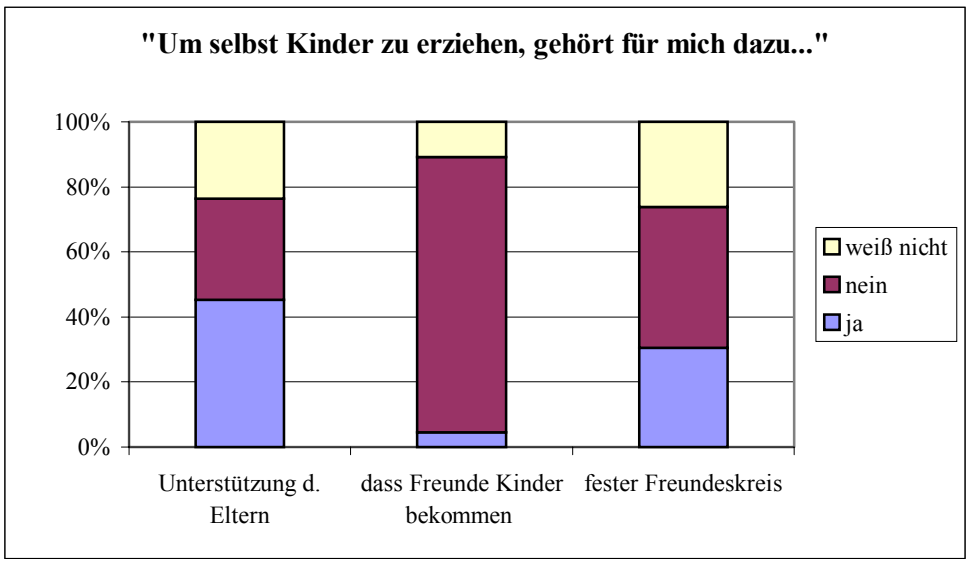
Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Die Bedeutung der Netzwerkpartner in Bezug auf die Entscheidung, eigene Kinder zu erziehen variiert stark. Den Satz „Um eigene Kinder zu erziehen, gehört für mich dazu, …“ beendeten 45 Prozent der Männer mit der Vorgabe „die Unterstützung meiner Eltern“. 31 Prozent würden diese Entscheidung nicht von der Unterstützung ihrer Eltern abhängig machen. Weitere ca. 27 Prozent der Männer sind sich bei dieser Antwortvorgabe unsicher.

Bei knapp einem Drittel der Befragten hat der feste Freundeskreis eine hohe Bedeutung bei der Frage nach eigenen Kindern. Sie sehen vermutlich in dem Vorhandensein eines Freundeskreises eine Unterstützungsform bei der Kindererziehung. Diese Gruppe stehen 43 Prozent der Männer gegenüber, für die ein fester Freundeskreis nicht Bedingung für die Erziehung eigener Kinder ist. Nehmen die Freunde also in der Gegenwart noch einen hohen Stellenwert bei den täglich Kontakten und der Bewältigung von Alltagsproblemen ein, gehen die Befragten davon aus, dass sie künftige Entscheidungen unabhängig von ihnen treffen.

Fast 85 Prozent der Männer sehen die Kindererziehung unabhängig davon, ob nahe Freunde ebenfalls Kinder bekommen. Die Bedeutung der Netzwerkpartner bei dieser wichtigen Entscheidung ist demnach verschwindend gering. Die jungen Männer stellen ihre Handlungen nicht in Abhängigkeit von den Handlungsvorgaben der Freunde. Nur 4 Prozent der Befragten ordneten sich in der Vorgabe „ja“ ein. Zirka 11 Prozent konnten keine Aussagen zu dieser Antwortvorgabe treffen.

Abb. D17: Voraussetzungen zur Familiengründung – Aussagen der Schüler



Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Bedeutung der Netzwerkpartner bei der Entscheidung für eigene Kinder gering ist. Lediglich die Unterstützung der Eltern nimmt einen hohen Stellenwert ein.

Zusammenfassung des Themenkomplexes Bedeutung der Netzwerkpartner

In der Gegenüberstellung der Aussagen der Männer und Frauen wird sichtbar, dass die häufigsten Kontaktpartner gegenwärtig die Eltern sind. Jeweils etwa 80 Prozent der Frauen und Männer kommuniziert täglich mit den Eltern. Mit einigem Abstand folgen die zwei- bis dreimaligen Kontakte pro Woche. Dies lässt auf eine enge Bindung der Befragten an das Elternhaus schließen. Die Lebensabschnittspartner nehmen hinter den Eltern der Jugendlichen eine weitaus geringere Rolle ein. 95 Prozent aller befragten Frauen kontaktiert einmal oder mehrmals wöchentlich die Eltern. Demgegenüber stehen nur knapp 60 Prozent der Frauen, die ebenso häufig Kontakte zum Partner haben. Bei den Männern haben 91 Prozent der Befragten einmal oder mehrmals wöchentlich Kontakt zu den Eltern, aber nur 45 Prozent im gleichen Zeitraum zur Partnerin.

Die inhaltliche Netzwerkstruktur bei Männern und Frauen weicht mehr von einander ab als die oben rein quantitativ ausgewerteten Kontakte. Das Thema Sexualität besprechen die Frauen und Männer am ehesten mit der Partnerin/ dem Partner. Sowohl das Thema Karriere als auch die Bereiche Geld und Partnerschaft werden nicht so häufig mit den Partnern besprochen, sondern eher mit den Eltern. Die eigenen Freunde erkannten hier nur 15 Prozent der Frauen und 17 Prozent der Männer als Ansprechpartner an. Bei Themen rund um die Partnerschaft sind für beide Geschlechter in erster Linie die Lebenspartner Ansprechpersonen. Die Eltern werden von den Männern bei diesem Themenbereich nicht als Netzwerkpartner angesehen.

Beim Thema Karriere sind die Eltern der Befragten die ersten Kontaktpersonen. 39 Prozent der Frauen und 36 Prozent der Männer holen sich im eigenen Elternhaus Rat. Die Freunde werden nur von knapp einem Viertel der Frauen und Männer bei Fragen rund um die Karriere kontaktiert. Den Partnerinnen und Partnern werden da eher Kompetenzen zugeschrieben.

Männer und Frauen sehen die Bedeutung des eigenen Freundeskreise bei der eigenen Kindererziehung eher gering. Ausschlaggebender Punkt für die Schülerinnen und Schüler ist in erster Linie die Unterstützung der Eltern und dann ein fester Freundeskreis. Dass die Freunde ebenfalls Kinder bekommen, spielt keine Rolle bei der eigenen Entscheidung. Das heißt, dass die Bedeutung der Peer-Group für die Befragten mit zunehmendem Alter abnimmt.

D 4. Familienpläne und Wohnortpräferenzen der SchülerInnen

Die Schülerinnen und Schüler wurden im Themenkomplex drei danach gefragt, welche Kriterien für sie bei der Auswahl des künftigen Wohnortes eine Rolle spielen. Von den elf Antwortvorgaben sollten sie sich für maximal fünf Antworten entscheiden. Die Schülerinnen und Schüler konnten sich zwischen folgenden Vorgaben entscheiden:

- Freunde in der Nähe haben,

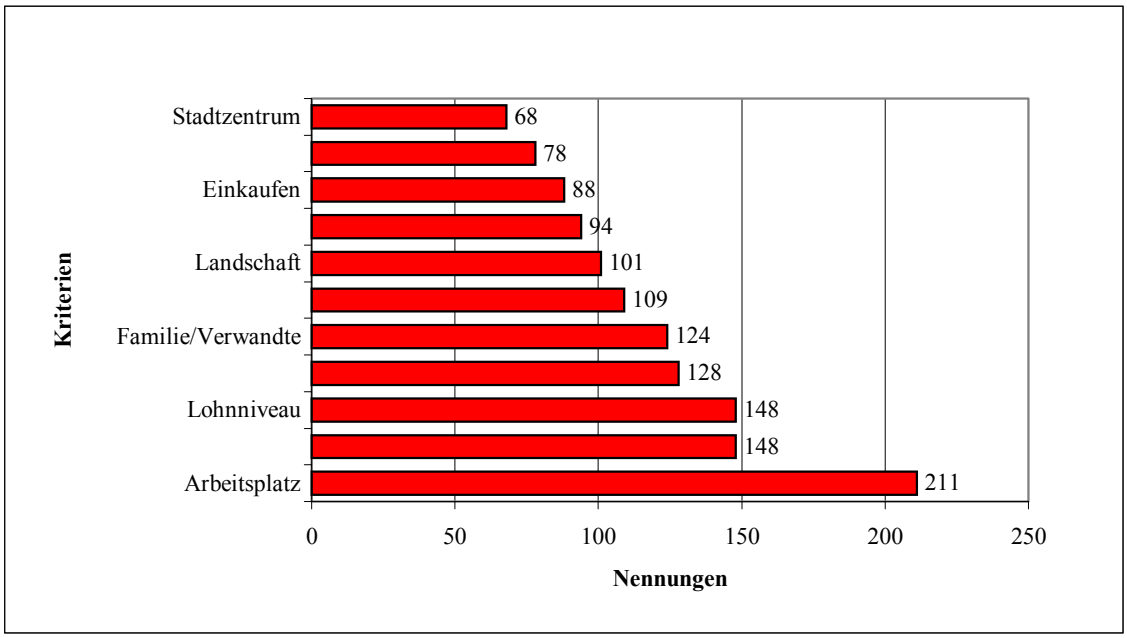
- Einkaufsmöglichkeiten,
- Sport- und Freizeitmöglichkeiten, kulturelles Angebot,
- Arbeitsplatzangebot,
- Karrieremöglichkeiten,
- Lohnniveau,
- Familie/Verwandte in der Nähe,
- attraktives Stadtzentrum,
- schöne Umgebung/Landschaft,
- Studienangebot an Hochschulen,
- Verkehrsanbindung (Autobahn, Zug).

Die Aussagen der Schülerinnen und Schüler sollten Aufschluss geben, welche Wohnorte für sie attraktiv sind, welche Wohngegenden damit in Sachsen-Anhalt auf die künftige Elterngeneration anziehende Kraft hat.

Kriterien der Schülerinnen bei der Entscheidung für den Wohnort

Für die befragten Schülerinnen steht bei der Wohnortwahl das Arbeitsplatzangebot im Vordergrund. Dieses Kriterium wurde von den 272 weiblichen Befragten insgesamt 211 mal gewählt. Auf Platz zwei in der Häufigkeit der Nennungen liegen die Antworten „Freunde in der Nähe haben“ und „Lohnniveau“ mit jeweils 148 Nennungen. 128 Mal kreuzten die Schülerinnen die Vorgabe „Karrieremöglichkeiten“ an. Die Gesamtübersicht bei den befragten Schülerinnen sieht wie folgt aus:

Abb. D18: Kriterien bei der Wohnortwahl - Aussagen der Schülerinnen

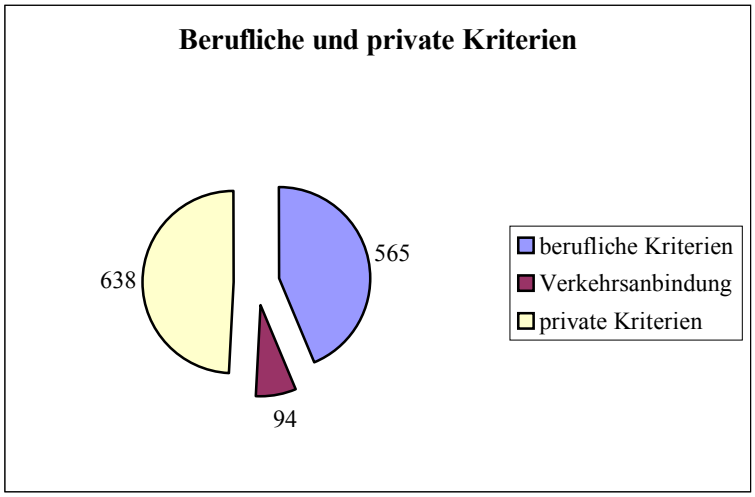


Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Das Diagramm zeigt noch einmal deutlich, welch hohe Relevanz das Vorhandensein eines Arbeitsplatzes für die Wohnortwahl bei den Schülerinnen hat. Demgegenüber verlieren Familie und Verwandte ebenso wie eine schöne Landschaft bzw. Umgebung deutlich an Bedeutung. Ein schönes Stadtzentrum und die Einkaufsmöglichkeiten liegen bei den weiblichen Befragten abgeschlagen auf den hinteren Rängen. Die wenigen Nennungen für die Vorgabe „Studienangebot“ bestätigen die Annahme, dass die Schülerinnen wenig geneigt sind, den Studienplatz oder das Studienfach über den künftigen Wohnort entscheiden zu lassen. Wichtiger sind demgegenüber eine schöne Landschaft und attraktive Freizeit-, Sport- und Kulturangebote.

Die Schlussfolgerung aus dieser Auswertung bestätigt die allgemein vorherrschende Meinung, dass in erster Linie das Arbeitsplatzangebot über die Ansiedlung junger Menschen entscheidet. Junge Frauen machen vorrangig berufliche Gründe für die Wohnortwahl verantwortlich. Das Vorhandensein einer sozialen Infrastruktur ist dabei allerdings gleichrangig mit den beruflichen Beweggründen wie Lohnniveau und gute Karriereaussichten. Hingegen sind ein attraktives Stadtzentrum und gute Einkaufmöglichkeiten zweitrangig.

Abb. D19: Gewicht beruflicher und privater Kriterien bei der Wohnortwahl - Aussagen der Schülerinnen



Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Summiert man jetzt die eindeutig beruflichen Kriterien – Lohniveau, Karriere, Studienplatz und Arbeitsplatz – und stellt sie den eindeutig privaten – Freunde, Familie/Verwandte, Freizeitangebote, Landschaft, Stadtzentrum, Einkaufen – gegenüber, wird deutlich, dass die privaten Faktoren in der Summe bestenfalls andeutungsweise einen Schwerpunkt bei der Wohnortentscheidung bilden.

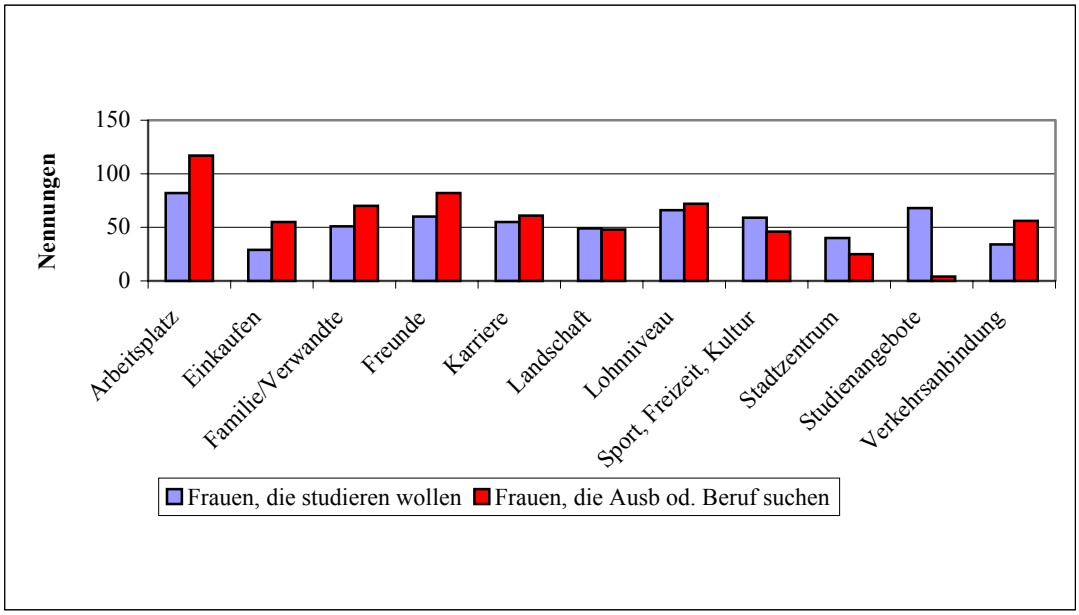
Sowohl bei der Gruppe der Schülerinnen, die ein Studium aufnehmen (Gruppe 1) als auch bei denjenigen, die eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz finden wollen (Gruppe 2), ist das Vorhandensein eines Arbeitsplatzes ausschlaggebend für die Wohnortwahl. Für Befragte der Gruppe 1 sind Familien- und Freundesnetzwerke weniger ausschlaggebend als bei denen der Gruppe 2. In der Rangfolge der Gruppe 1 stehen die Freunde auf Platz vier mit 60 Nennungen, die Familie und Verwandte mit 51 Nennungen gar erst auf Platz sieben. In Gruppe zwei belegt die Antwortvorgabe „Nähe zu Freunden“ mit 82 Nennungen den zweiten Platz. Die Antwort „Familie und Verwandte“ wurden 70 mal angekreuzt und liegt damit auf Platz vier. Es lässt sich demnach sagen, dass vorhandene Netzwerke in der Familie und unter Freunden bei den Schülerinnen der Gruppe 1 weniger Bedeutung bei der Wohnortwahl haben werden als bei den weiblichen Befragten der Gruppe 2.

In beiden Gruppen rangiert die Bedeutung des Lohnniveaus auf Platz drei – 66 Nennungen in Gruppe 1 und 72 in Gruppe 2. Hinsichtlich des dritten beruflichen Kriteriums – den Karrieremöglichkeiten – unterscheiden sich beide Gruppen nur wenig. In Gruppe 1 führten 55 Nennungen zu Platz sechs. In Gruppe 2 kreuzten diese Antwortvorgabe 61 Schülerinnen an. Somit liegt dieser Aspekt hier auf Platz fünf.

Deutliche Unterschiede treten bei der Wichtigkeit der Verkehrsanbindung zwischen den beiden Gruppen auf. In Gruppe 1 entschieden sich nur 34 Schülerinnen für diese Antwort – damit liegt dieses Kriterium hier auf Platz 10. In Gruppe 2 kreuzten diese Vorgabe 56 Schüle-

rinnen an. Das macht Platz sechs. Es lässt sich vermuten, dass eben die Befragten aus Gruppe 1 ihre Chancen für eine schnelle Anpassung an die Bedingungen am neuen Wohnort eher sehen als die Schülerinnen der Gruppe 2. Weibliche Befragte, die ein Studium aufnehmen wollen, schätzen sich damit mobiler und von öffentlichen Verkehrsmitteln unabhängiger ein als diejenigen, die eine Ausbildung oder einen Beruf suchen wollen.

Abb. D20: Kriterien bei der Wohnortwahl nach Ausbildungsweg - Aussagen der Schülerinnen

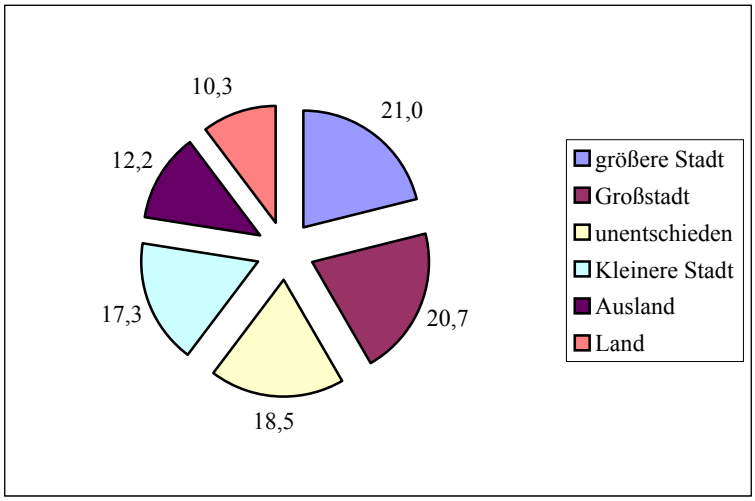


Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Stellt man die prozentuale Wertigkeit der einzelnen Kriterien in den beiden Gruppen gegenüber, wird sichtbar, dass die Relevanz des Arbeitsplatzes in Gruppe 2 ca. 18 Prozent der Nennungen ausmacht. In Gruppe 1 nimmt dieser Aspekt bei der Wohnortwahl zwar auch den ersten Platz ein. Hier sind aber nur knapp 14 Prozent der Nennungen zu verzeichnen. Auch ist in Gruppe 1 der Abstand zwischen dem prozentualen Anteil der Nennungen für die Kategorie „Arbeitsplatz“ zu den folgenden eher gering. 11,5 Prozent der Nennungen fallen auf die Vorgabe „Studienplatz“. In Gruppe 2 ist der Abstand zur zweithäufigsten Nennung – fast 13 Prozent für den Aspekt „Nähe der Freunde“ – mit fünf Prozentpunkten erheblich größer.

Bei den weiblichen Befragten rangieren städtische Wohnmilieus auf den vorderen Plätzen. 21 Prozent möchten in einer größeren Stadt wohnen. Nur 10 Prozent ziehen ein Leben auf dem Lande vor. Die Großstadt rangiert mit 20 Prozent auf dem zweiten Platz. Nur 17 Prozent möchten in einer kleineren Stadt leben. Bei der Gegenüberstellung wird deutlich, dass fast ein Viertel der befragten Schülerinnen noch unentschlossen ist. Sie konnten ihre Vorstellungen in keine der Antwortvorgaben einordnen.

Abb. D21: Gewünschter Wohnort - Aussagen der Schülerinnen in Prozent

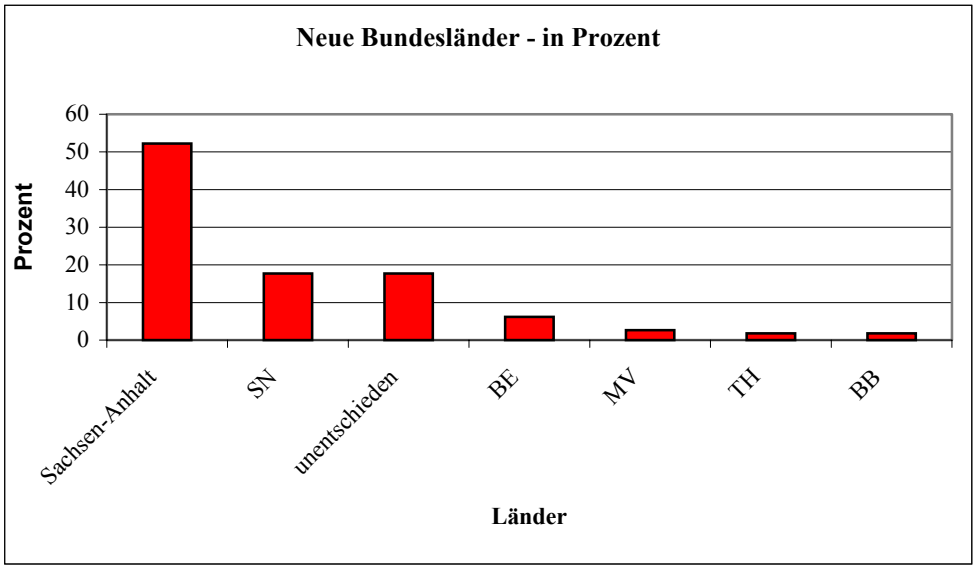


Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Das Diagramm zeigt deutlich, dass die Schülerinnen in erster Linie in Städten, die gleich groß oder größer sind als Magdeburg und Halle, wohnen möchten. Beide Antwortvorgaben zusammen machen fast 42 Prozent aller Nennungen aus. Kleinere Städte und die ländliche Wohngegend belegen zusammen knapp 28 Prozent. Erstaunlich viele Schülerinnen – über 12 Prozent – können sich ein Leben im Ausland vorstellen. Länder ihrer Wahl sind hier: England, die USA und Australien, gefolgt von den Mittelmeerländern Italien und Spanien.

Im Rahmen der Frage nach dem Wohnort sollten die Schülerinnen auch eine Wahl zwischen den neuen und den alten Bundesländern treffen. 43 Prozent der Frauen, die hier eine Antwort gaben, entschieden sich für die neuen Bundesländer. Nur knapp 28 Prozent wollen in den alten Bundesländern wohnen. Ebenso viele Schülerinnen waren noch unentschlossen. Die Rangliste der Nennungen innerhalb der Kategorie „neue Bundesländer“ ergibt folgendes Bild:

Abb. D22: Gewünschter Wohnort - Aussagen der Schülerinnen



Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Sachsen-Anhalt liegt deutlich vor den anderen östlichen Bundesländern, gefolgt vom angrenzenden Sachsen. Der hohe Anteil der unentschiedenen Schülerinnen ergibt sich hier - und auch in den folgenden Darstellungen – aus der Tatsache, dass die Schülerinnen in ihrer Antwort uneindeutig waren. Die Zuordnung zu den neuen bzw. alten Bundesländern war nicht immer ersichtlich.[1]

Klammert man die Gruppe der Unentschiedenen wieder aus, liegt Bayern als Wunsch-Bundesland bei denjenigen Schülerinnen, die sich für die alten Bundesländer entscheiden würden an erster Stelle. Mit gut sieben Prozent Abstand liegt NRW an zweiter Stelle. Baden-Württemberg wurde am dritthäufigsten gewählt. Im angrenzenden Bundesland Niedersachsen möchten nur acht Prozent der Schülerinnen wohnen, die in die westlichen Bundesländer abwandern wollen.

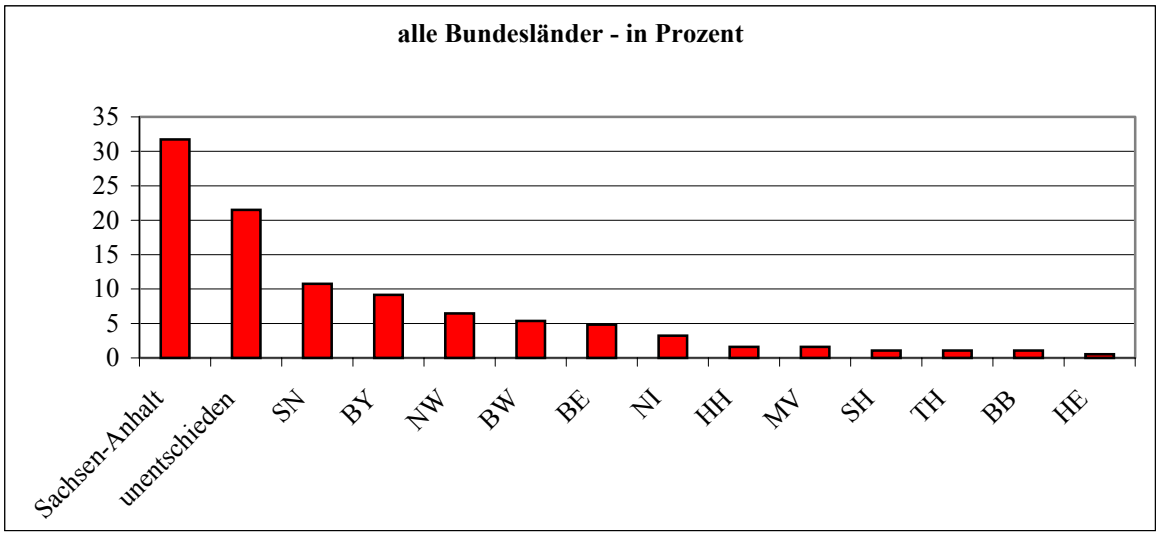
Betrachtet man die Wohnortwünsche der Schülerinnen unabhängig von der Einordnung in alte und neue Bundesländer, ist erstaunlich, dass der prozentuale Anteil derjenigen, die Sachsen-Anhalt als Wohnort wählen würden, sehr viel größer ist als der der anderen Bundesländer. Fast 32 Prozent der Schülerinnen möchten in Sachsen-Anhalt leben. Lässt man die Unentschiedenen wieder außer Acht, liegt Sachsen weit abgeschlagen mit knapp elf Prozent auf Platz 2. In der weiteren Auflistung folgen dann fünf westliche Bundesländer – u.a. Bayern und Nordrhein Westfalen - und Berlin. Brandenburg als angrenzendes Bundesland liegt abgeschlagen auf Platz 13 vor Hessen.

Es lässt sich also sagen, dass ein sehr großer Teil der Schülerinnen in Sachsen-Anhalt oder Sachsen wohnen möchte. Erst anschließend kommen Wohnortwünsche in den südlichen

[1] Antworten wie beispielsweise ein Kreuz bei „neue Bundesländer“, in der genauen Bezeichnung dann aber Bayern, wurden hier als unentschieden gewertet.

und südwestlichen Bundesländern. Ausgenommen Sachsen ist die Bedeutung der angrenzenden Bundesländer Niedersachsen, Thüringen und Brandenburg mit drei bzw. ein Prozent verschwindend gering.

Abb. D23: Gewünschter Wohnort - Aussagen der Schülerinnen (alle Bundesländer)



Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Kriterien der Schüler bei der Entscheidung für den Wohnort

Bei den befragten Schülern steht – wie bei den Schülerinnen auch – das Arbeitsplatzangebot an erster Stelle bei der Wohnortwahl. Von den 157 Schülern entschieden sich 118 – das sind fast 75 Prozent aller männlichen Befragten - für diese Antwortvorgabe. An zweiter Stelle steht das Lohnniveau mit 102 Nennungen, also ca. 65 Prozent. An dritter Stelle der Rangfolge steht bei den Schülern mit 90 Nennungen das Angebot an Freizeit-, Sport- und Kulturmöglichkeiten.

Abb. D24: Kriterien bei der Wohnortwahl nach Ausbildungsweg - Aussagen der Schüler

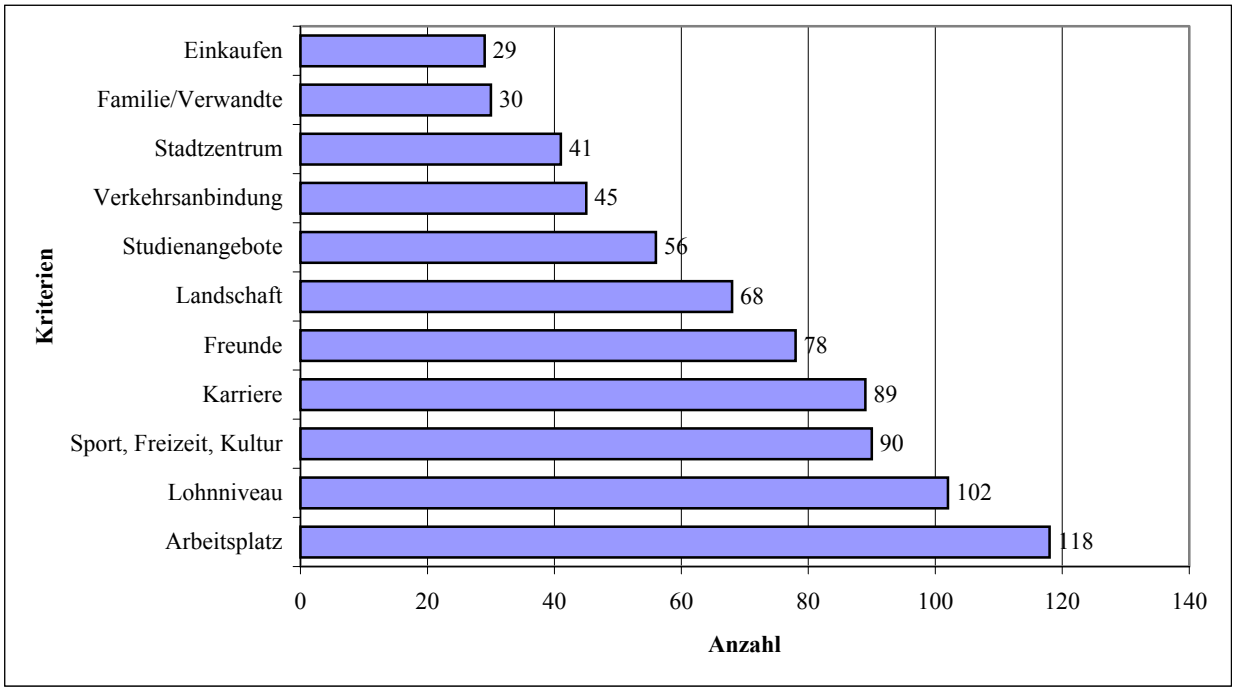


Abb.: Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Das Diagramm zeigt noch einmal deutlich die Gewichtung der einzelnen Antwortvorgaben. Auffällig ist hier, dass die Nähe von Freunden mit 78 Nennungen auf dem fünften Platz steht, das Vorhandensein von Familie und Verwandten jedoch erst an vorletzter Stelle mit 30 Nennungen platziert ist. Das lässt vermuten, dass die Freundschaftsnetzwerke für die Schüler von größerer Bedeutung sind als die familiären Netzwerke.

Unterteilt man die Antwortvorgaben auch hier wieder in berufliche - Lohniveau, Karriere, Studienplatz und Arbeitsplatz - und private Aspekte - Freunde, Familie/Verwandte, Freizeitangebote, Landschaft, Stadtzentrum, Einkaufen - wird deutlich, dass unter den ersten fünf Rangplätzen nur zwei in den privaten Bereich einzuordnen sind. Ausgenommen die Verkehrsanbindung werden die letzten fünf Plätze dementsprechend von Antwortvorgaben aus dem privaten Bereich belegt. Zusammen zählen die beruflichen Bereiche 365 Nennungen, die privaten Aspekte kommen zusammen auf 336 Antworten. In der Gegenüberstellung wird deutlich, dass die beruflichen Aspekte bei der Wohnortwahl einen Schwerpunkt bilden. Sie überwiegen gegenüber den Argumenten aus dem privaten Sektor. Dieses Ergebnis bestätigt, dass vor allem die beruflichen Chancen ausschlaggebend für die Ansiedlung junger Menschen in einer Region sind. Private Überlegungen werden zurückgestellt.

Betrachtet man nun die Aussagen der Schüler getrennt nach ihrem angestrebten weiteren Bildungsweg (Gruppe 1= Männer, die studieren wollen; Gruppe 2= Männer, die eine Arbeit oder eine Ausbildung aufnehmen wollen) wird die Bedeutung der einzelnen Aspekte noch deutlicher. Bei beiden Gruppen steht das Arbeitsplatzangebot an erster Stelle. In Gruppe 1 entschieden sich 15 Prozent in Gruppe 2 fast 17 Prozent für diese Antwort. An zweiter Stelle

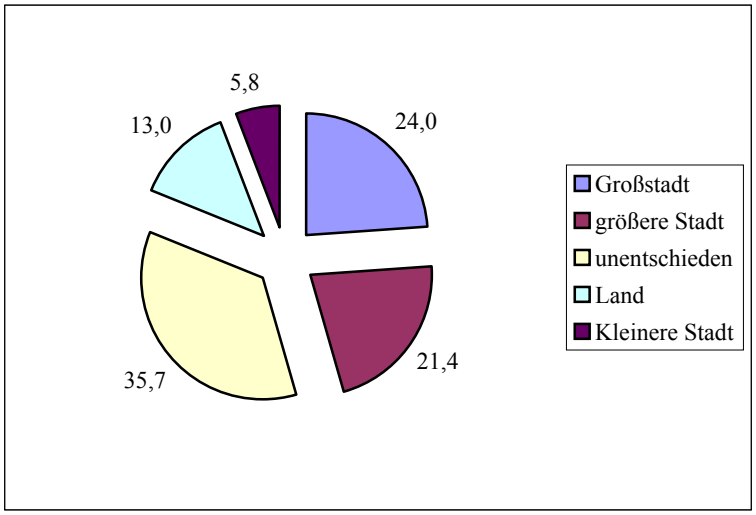
steht bei beiden Gruppen das Lohnniveau. Während diese Nennung in Gruppe 1 jedoch mit einem Abstand von drei Prozent zum ersten Platz steht, beträgt die Differenz in Gruppe 2 nur 0,8 Prozent. Es ist also davon auszugehen, dass das Angebot an Arbeitsplätzen und das dazugehörige Lohnniveau für die Männer aus Gruppe 2 zusammen von größerer Bedeutung sind als für die Schüler der Gruppe 1. Ebenfalls deutlich unterscheiden sich die beiden Gruppen in der Gegenüberstellung der Wertigkeit der beruflichen und privaten Aspekte. In Gruppe 1 belegen drei der vier beruflichen Antwortkategorien die ersten drei Plätze – Arbeitsplatz, Lohnniveau und Karrieremöglichkeiten. Das Studienplatzangebot belegt mit 10,5 Prozent Platz sechs. In Gruppe 2 folgen den beiden beruflichen auf Platz drei und vier private Aspekte – Sport und Freizeitangebote mit ca. 13 und Freunde mit 11 Prozent.

Es wird auch ein Unterschied in der Bewertung der Verkehrsanbindung zwischen den beiden Gruppen deutlich. In Gruppe 2 kommt diese Antwortvorgabe auf Platz sieben. In Gruppe eins belegt diese Kategorie Platz neun. Es kann davon ausgegangen werden, dass diejenigen Schüler, die eine Ausbildung oder einen Beruf aufnehmen wollen, den künftigen Wohnort eher danach aussuchen, wie gut die Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz ist. Die Schüler, die ein Studium aufnehmen wollen, sehen sich eher unabhängig von öffentlichen Verkehrsmitteln.

Zusammenfassend lässt sich an dieser Stelle sagen, dass die Schüler ihre künftige Wohnortwahl in erster Linie vom vorhandenen Arbeitsplatzangebot und Lohnniveau abhängig machen. Diese Konzentration auf die beruflichen Aspekte bei der Wahl sind stärker bei denjenigen Befragten ausgeprägt, die nach dem Schulbesuch ein Studium aufnehmen wollen.

Die Schüler bevorzugen für den künftigen Wohnort das städtische Milieu. Über 45 Prozent von Ihnen möchten in einer Großstadt oder einer größeren Stadt wie Magdeburg oder Halle leben. Dabei liegt die Großstadt mit 24 Prozent an erster Stelle. Die Anzahl derjenigen, die ein Leben auf dem Lande oder in der Kleinstadt bevorzugen ist sehr gering. Zudem folgen diese beiden Antwortkategorien mit weitem Abstand zu den beiden Erstgenannten.

Abb. D25: Gewünschter Wohnort - Aussagen der Schüler in Prozent



Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Die Schüler bevorzugen als Wohnort überwiegend die neuen Bundesländer und hier Sachsen-Anhalt. Fast 36 Prozent aller Teilnehmer möchte in den östlichen Bundesländern leben. 27 Prozent der Befragten hatten zum Zeitpunkt der Befragung vor, in den Westen abzuwandern, 12 Prozent möchten ins Ausland gehen.

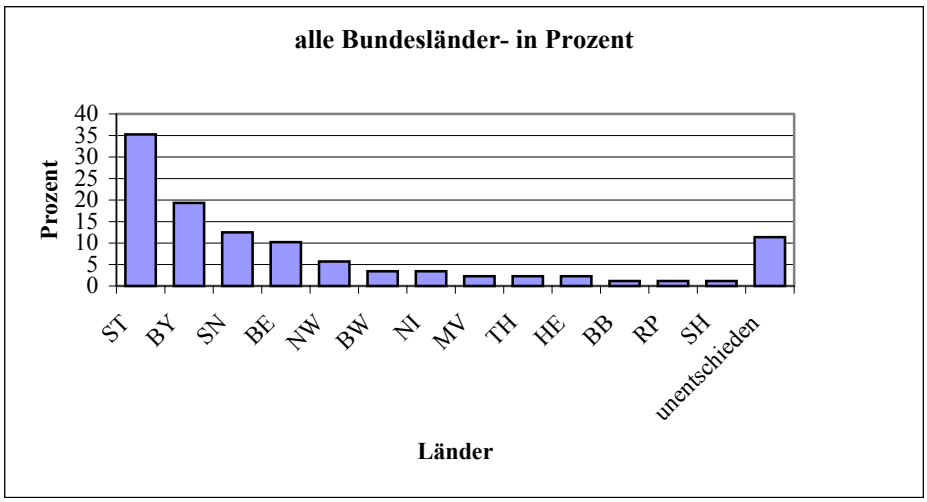
Innerhalb der Gruppe, die in den neuen Bundesländern leben möchte, rangiert Sachsen-Anhalt als Wohnort unangefochten an erster Stelle. Das angrenzende Bundesland Sachsen liegt mit knapp 20 Prozent auf dem zweiten Platz. Die Bundesländer Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern stellen keinen alternativen Wohnort für die Schüler dar. Hier wollen nur jeweils zwei oder ein Befragter wohnen.

Unter denjenigen, die in die alten Bundesländer abwandern wollen, möchten über 40 Prozent der männlichen Befragten in Bayern leben. Weit abgeschlagen folgt auf Platz drei nach den Unentschiedenen Nordrhein-Westfalen mit knapp 12 Prozent. Platz vier teilen sich mit jeweils sieben Prozent Niedersachsen, Berlin und Baden-Württemberg. Auch hier wird deutlich, dass die an Sachsen-Anhalt angrenzenden Bundesländer wie Niedersachen eine eher geringe Anziehungskraft auf die Schüler haben.

Im gesamtdeutschen Vergleich teilen sich die ersten drei Plätze zwei neue und ein altes Bundesland. Es liegt weiterhin Sachsen-Anhalt an erster Stelle der Wunsch-Wohnorte der befragten Schüler - das Bundesland kommt in diesem Vergleich auf 31 Prozent. Auf Platz zwei liegt mit nur noch 17 Prozent Bayern. Auf Platz drei wählten die Schüler Sachsen. Auf den Plätzen fünf, sechs und sieben folgen wiederum Berlin und westliche Bundesländer – Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Rhein-

land-Pfalz, Brandenburg und Schleswig-Holstein liegen auf der Wunschliste der Bundesländer auf dem letzten Platz mit jeweils nur einem Prozent der Nennungen.

Abb. D26: Gewünschter Wohnort - Aussagen der Schüler (alle Bundesländer)



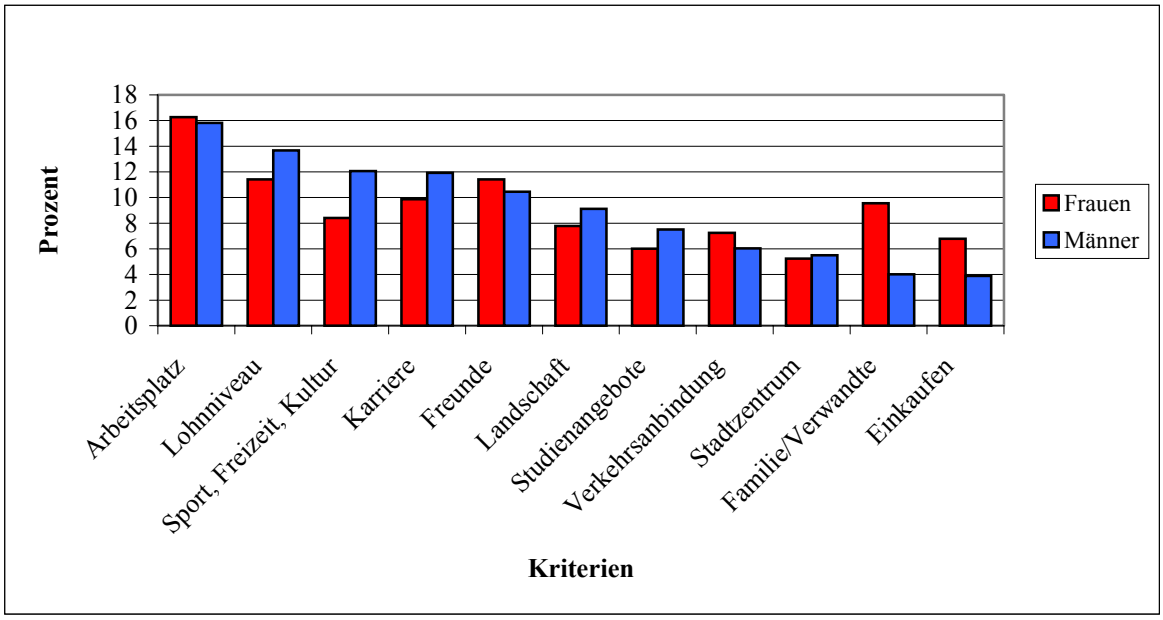
Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine Vielzahl der befragten Schüler nach der Schule in ihrer Heimat Sachsen-Anhalt wohnen möchte. Alle anderen Bundesländer folgen in der Bewertung der Schüler erst mit einigem Abstand. Deutlich ist ebenfalls geworden, dass die an Sachsen-Anhalt angrenzenden Bundesländer – im Osten wie im Westen – keine Alternative Wohngegend für die Schüler darstellen. Da haben Bundesländer wie Bayern oder Nordrhein-Westfalen eine größere Anziehungskraft.

Wohnortwahl im Überblick

Bei den Schülerinnen und Schülern steht das Arbeitsplatzangebot bei der Wohnortwahl an erster Stelle. Bei beiden Geschlechtern steht neben den beruflichen Gesichtspunkten jeweils ein sozialer Gesichtspunkt in die Rangfolge der ersten drei Kriterien. Während bei den Schülern das Angebot an Freizeit, Kultur und Sport auf dem dritten Platz landete, ist bei den Schülerinnen die Nähe von Freunde unter den ersten drei Plätzen. Im Vergleich der Geschlechter wird deutlich, dass die Bedeutung von Lohnniveau und Sport- und Freizeitangeboten für die männlichen Befragten größer ist als für die Schülerinnen. Für die weiblichen Befragten hingegen sind die Nähe von Freunden und Verwandten und die Verkehrsanbindung wichtiger als für die Schüler.

Abb. D27: Kriterien bei der Wohnortwahl, nach Geschlecht



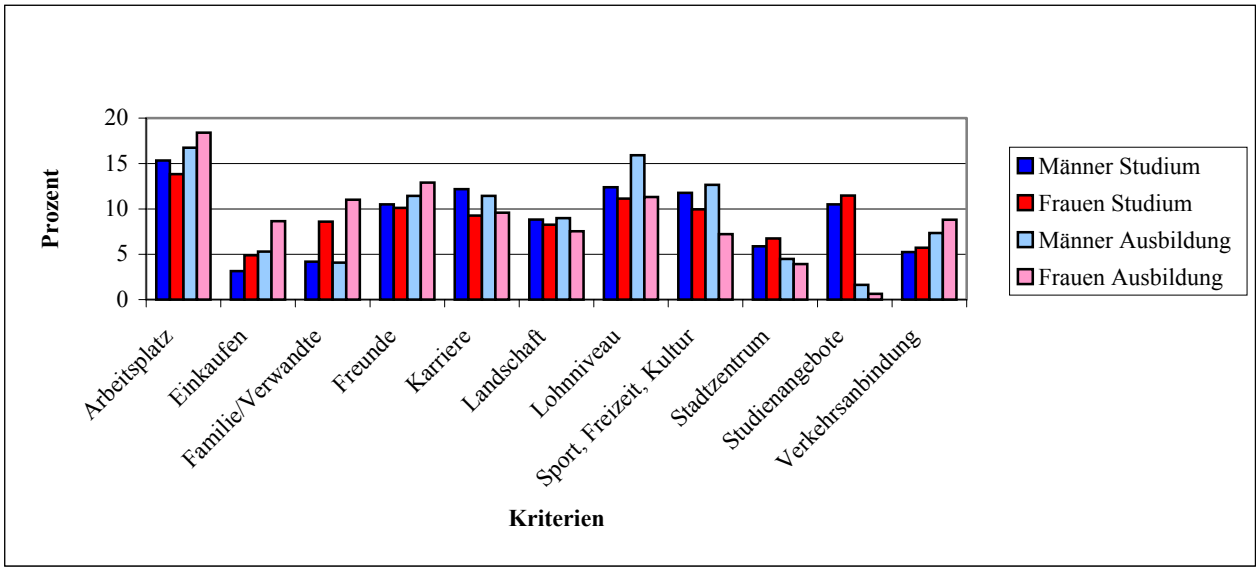
Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Für die befragten Schülerinnen ist unabhängig vom weiteren Bildungsweg das Vorhandensein von Familie und Verwandten sowie eine gute Verkehrsanbindung wichtiger als für die Schüler. Für alle männlichen Befragten kann gesagt werden, dass sie dem Lohnniveau und den Karrierechancen eine größere Bedeutung beimessen als die Frauen.

In der Gegenüberstellung derjenigen Schülerinnen und Schülern, die nach der derzeitigen Schulausbildung ein Studium aufnehmen wollen, wird deutlich, dass die befragten Schüler das Vorhandensein von Karrierechancen und ein gutes Lohnniveau wichtiger bei der Wohnortentscheidung sind als für die Schülerinnen. Kriterien wie die Nähe von Verwandten, ein attraktives Stadtzentrum, gute Einkaufsmöglichkeiten sowie eine gute Verkehrsanbindung werden hingegen von den Schülerinnen höher bewertet. Die Bewertungen der Schüler in den beruflichen Bereichen liegen über denen der Schülerinnen. Entgegengesetzt ist das Bild bei den sozialen und privaten Aspekten der Wohnungssuche. Diese schätzen die Schülerinnen wichtiger ein.

Diejenigen Schülerinnen, die eine Ausbildung oder eine Arbeit finden wollen, bewerten das Vorhandensein eines Arbeitsplatzes höher als die Männer der gleichen Gruppe. Aber auch in dieser Gruppe sind für die Männer die Karrierechancen und das Lohnniveau wichtiger als für die Frauen. Das folgende Diagramm veranschaulicht die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen:

Abb. D28: Kriterien bei der Wohnortwahl, nach Geschlecht und Berufsziel

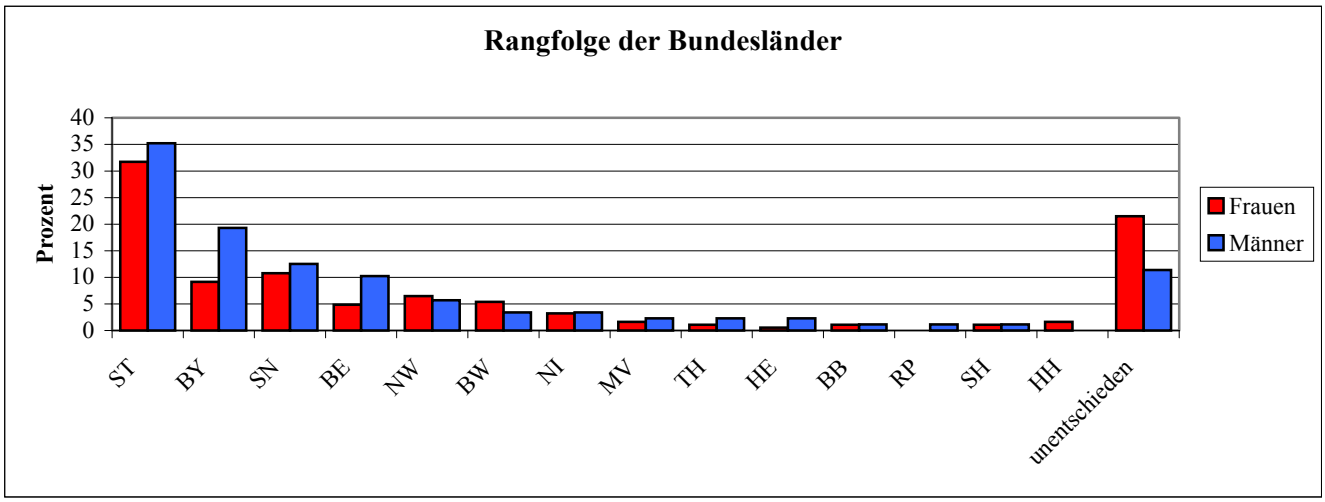


Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Die befragten Schülerinnen und Schüler wollen zu einem erheblichen Teil in Sachsen-Anhalt leben. 35 Prozent der Schüler und 32 Prozent der Schülerinnen würden ihren Wohnort in Sachsen-Anhalt behalten. Die Nennungen für alle anderen Bundesländer liegen mit weitem Abstand hinter Sachsen-Anhalt.

Die Wünsche der Befragten gehen in der weiteren Bewertung auseinander. Während die zweitgrößte Gruppe (lässt man die unentschiedenen Schülerinnen außer Acht) der weiblichen Befragten in Sachsen leben möchte, liegt bei den Schülern Bayern vor Sachsen. Bei beiden Geschlechtern stellen die an Sachsen-Anhalt angrenzenden Bundesländer keine alternative Wohngegend dar.

Abb. D29: Rangfolge der bevorzugten Bundesländer, nach Geschlecht



Quelle: eigene Erhebungen und Berechnungen

Schülerinnen und Schüler ziehen die städtischen Wohnmilieus den ländlichen vor. 45 Prozent der männlichen und 41 Prozent der weiblichen Befragten möchten in einer Großstadt oder einer größeren Stadt wie Magdeburg oder Halle leben. Während sich die Schüler eher

für ein Leben auf dem Land entscheiden könnten, rangiert dieser Wohnort bei den Schülerinnen an letzter Stelle.

D 5. Beurteilung der politischen Rahmenbedingungen für die Familiengründung

Familienfreundliche Unternehmen in Sachsen-Anhalt

Die Eltern und kinderlosen Frauen und Männer wurden im Verlauf des Interviews danach gefragt, inwieweit sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei ihrem Arbeitgeber als gegeben ansehen. Anhand der Aussagen wird schnell deutlich, dass gerade diejenigen Mütter und Väter die Gleichzeitigkeit von Kindererziehung und Berufstätigkeit meistern, deren Berufstätigkeit durch flexible Arbeitszeiten gekennzeichnet sind. Sie können die Arbeitszeiten und Öffnungszeiten der Kindertagesstätte aufeinander abstimmen. Eine weitere Entlastung stellt die selbstständige Organisation der Arbeitsaufgaben dar. Mütter und Väter sind bereit, Aufgaben im Anschluss an die Kinderversorgung oder am Wochenende am heimischen Schreibtisch zu erledigen, wenn sie dafür mehr Spielraum bei der Alltagsorganisation erhalten.

Ein weiterer wichtiger Punkt bei der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit stellt für die Befragten der unkomplizierte Umgang mit Teilzeitregelungen dar. Mütter und Väter wünschen sich Arbeitgeber, die ihnen bei der Umsetzung des Teilzeitwunsches entgegenkommen und ihnen nicht das Gefühl geben, eine besondere Belastung für das Unternehmen zu sein. Im gleichen Atemzug nannten die Informanten natürlich die Bedingung, dass mit der Einrichtung des Teilzeitarbeitsplatzes auch Arbeitsaufgaben gestrichen werden müssen, da sonst die Belastung steigt statt zu fallen.

Auffällig bei der Auswertung der Interviews ist die Tatsache, dass die Integration von Müttern und Vätern in die Unternehmensalltag besonders dort gut gelingt, wo es sich um kleine Betriebe mit wenigen Angestellten handelt. Hier fängt die gegenseitige Solidarität und flexible Verteilung der Aufgaben einen Großteil potentiellen Ärgers ab. Im Gegensatz dazu scheinen gerade große Einrichtungen wie Krankenhäuser oder Möbeldiscounter bei der Umsetzung von Teilzeitwünschen von Eltern Hürden für die Arbeitnehmer aufzustellen und der Einrichtung von Teilzeitstellen ablehnender gegenüber zu stehen.

Weggehen aus Sachsen-Anhalt

Die Mütter und Väter, aber auch die kinderlosen Informanten wurden danach gefragt, ob sie Sachsen-Anhalt verlassen würden, um ihren Kindern ein anderes Lebensumfeld bieten zu können.

In Bezug auf ihr Lebensumfeld und die Familien- und Freundschaftsnetzwerke würden die befragten Eltern am liebsten in Sachsen-Anhalt bleiben. Diese Netzwerke haben Haltewirkungen gerade für junge Eltern, da die gegenseitige Unterstützung als Entlastung im Alltag wirkt. Haltefaktor ist ebenfalls die vergleichsweise gute ganztägige Kindergartenbetreuung. Im Vergleich mit den westlichern Bundesländern sehen die Informanten den Vorteil Sachsen-Anhalts in dem flächendeckenden Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahre.

> *„Ich denke, ein anderes Bundesland tut's nicht. Da finde ich das Netz an Kindergärten und Kinderkrippen im Osten schon bedeutend besser, diese Struktur einfach. Das andere Problem ist natürlich, dass es hier weniger Arbeit gibt als in den westlichen Bundesländern. Das ist eben das, was so ein bisschen miteinander kollidiert."* (Niklas_1996, Halle; Z.:406-410)

Gerade für die hier befragten Mütter, die ja ihre Kindheitssozialisation zum größten Teil im DDR-System erfahren haben, wäre die Mutter- und Hausfrauenrolle als Resultat fehlender Kinderbetreuungseinrichtungen keine Alternative zur Berufstätigkeit. Als Impuls für eine Abwanderung käme für die Eltern nur ein Arbeitsplatzangebot in einem anderen Bundesland in Frage. Die Aussage der 29-jährigen Mutter von Leonie aus Magdeburg zeigt den Widerspruch zwischen Arbeitssuche in anderen Bundesländern und der Inanspruchnahme der gut ausgebauten Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt:

> *„Ich habe überlegt, arbeitsmäßig wegzuziehen, aber das geht nicht, weil die Kleine erst ein Jahr ist und es im Westen keine Kinderkrippen gibt. Da müsste man sich dann eine Tagesmutter anschaffen. Was ich mal positiv anmerken möchte: Ich habe mich mal bei Bekannten umgehört, was die für die Kindergartenplätze bezahlen, da bezahle ich noch am wenigsten. Das finde ich schon sehr schön."* (Leonie_ 2002; 29 Jahre; Magdeburg; 283-288)

Auch die befragten kinderlosen Frauen und Männer zeigen eine enge Heimatbindung wenn es um den Gedanken der Familiengründung geht. Im Falle einer Elternschaft würden sie Sachsen-Anhalt als Wohnort anderen Bundesländern vorziehen. Eine Gesprächspartnerin aus Zerbst begründet dies wie folgt:

> *„In dem Falle würde ich es vorziehen, in Zerbst zu bleiben. Nicht, weil ich sagen würde, das Land ist familienfreundlich, sondern da hat es was damit zu tun, dass ich sage, mir sind die Strukturen bekannt. Ich weiß, worauf ich mich einlasse, ich weiß, wo ich mein Kind hinschicke. Also es ist einfach nur dieses Zu-Hause-Sein*." (Zerbst_B; 29 Jahre; 236-240)

Vorschläge für eine familienfreundlichere Landespolitik

Im Verlauf der Leitfadeninterviews wurden die Müttern und Väter, aber auch die kinderlosen Informanten gebeten, Vorschläge für eine familienfreundlichere Landespolitik zu unterbreiten. Bei Zielgruppe 1 – den Eltern – richtete sich die Fragestellung in erster Linie darauf, welche politischen Maßnahmen ihnen das Leben mit Kindern erleichtern würden. In zweiter Hinsicht sollten auch Maßnahmen unterbreitet werden, die die Informanten dazu bewegen würden, noch ein oder zwei weitere Kinder zu bekommen. Die Zielgruppe 2 – die kinderlosen Frauen und Männer – sollten Vorschläge für Landespolitik unterbreiten, die ihnen die Entscheidung für ein Kind erleichtern würden.

Die Vorschläge der Informanten beziehen sich auf folgende Politikbereiche:

- Bildungspolitik,
- finanzielle Unterstützung,
- Arbeitsmarktpolitik,
- Familienpolitik.

Als Grundlage für eine verbesserte Familienfreundlichkeit Sachsen-Anhalts nannten alle Zielgruppen ein verstärktes Angebot an Arbeitsplätzen. Vor allem die kinderlosen Informanten gehen davon aus, dass gerade unbefristete bzw. mittelfristige Arbeitsplätze eine Sicherheit für die Zukunft mit sich bringen, die ihnen bei der Entscheidung für eine Elternschaft behilflich wäre. Aber auch die Eltern nannten diesen Faktor als Grundlage dafür, über weitere Kinder nachzudenken. Zudem würde eine Erhöhung der Anfangsgehälter dazu führen, dass die jungen Frauen und Männer auf Basis größerer finanzieller Sicherheit früher eine Entscheidung für die Elternschaft fällen könnten.

Vorschläge zur Bildungspolitik umfassen vor allem den Wunsch nach Stabilität und Kontinuität im Bildungssektor, um eine Planbarkeit der Bildungswege der Kinder für die Eltern zu gewährleisten. Zudem erhoffen sich die Informanten mehr Engagement der Landesregierung im Bereich Erwachsenenbildung, u.a. um den Erfahrungsaustausch zwischen den Generationen anzuregen. Des weiteren wurde eine Verkürzung der Ausbildungszeiten angeregt, damit die Familienphase früher beginnen kann.

Die Vorschläge der Informanten zur finanziellen Unterstützung der Eltern haben in erster Linie eine Erhöhung des Kindergeldes im Blick, damit nach der Bezahlung von Kindergarten/-krippe beispielsweise noch Geld für Kleidung und Unternehmungen in den Familien bleibt. Zudem beziehen sich die Angaben auf eine Förderung von Wohneigentum für Eltern bereits vom zweiten Kind an, um Entlastungen für Eltern zu schaffen. Die Mütter und Väter können sich auch eine zentrale Informationsstelle rund um das Thema „Finanzen bei der Familiengründung“ mit umfassender Beratung und Hilfe bei Antragstellung vorstellen.

Die Vorschläge bezüglich der Familienpolitik lassen die Kritik zum Kinderförderungsgesetz in Sachsen-Anhalt als einen großen Schwerpunkt erkennen. Dabei beziehen sich die Befragten bei genauer Betrachtung weniger auf die konkreten Unterschiede bei den Betreuungszeiten für Kinder (Kinder arbeitsloser Eltern haben derzeit einen Anspruch von 25 Stunden wöchentlich, während die Kinder berufstätiger Eltern einen Anspruch von maximal 12 Stunden täglich haben), sondern wünschen sich flexiblere Öffnungszeiten der Einrichtungen, da diese derzeit oftmals nicht zu den aktuellen Arbeitszeiten der Eltern passen. Zudem regen die Informanten ein Überdenken des Verhältnisses von vorgeschriebenem Betreuungsschlüssel in den Tageseinrichtungen und deren Bildungsanspruch an.

Im familienpolitischen Bereich sind auch Vorschläge zu finden, die sich auf die Einrichtung und Förderung von Betriebskindergärten beziehen. Für berufstätige Eltern bedeuten diese eine Erleichterung bei der Organisation der Betreuung des Nachwuchses und setzte Ressourcen für die Arbeitsaufgaben frei. Vor allem die kinderlosen Frauen und Männer sprachen sich für diese Form der Kinderbetreuung aus. Die Eltern schlugen auch vor, die Vergabe von Fördermitteln für Kindergärten stärker am Bedarf der einzelnen Einrichtungen zu orientieren. Die kinderlosen Informanten sprachen sich für eine kostenlose Kindergartenbetreuung aus, die die umfassende Bildung des Nachwuchses während der Betreuung in den Vordergrund rückt. Auch würde ein „Begrüßungsgeld“ bei Geburt des ersten Kindes eine weitere Sicherheit für derzeit kinderlose Frauen und Männer darstellen, weil so eine finanzielle Unterstützung für die ersten Wochen nach der Geburt des Kindes gewährleistet wäre. Vor allem in Weißenfels und Dessau richteten sich die Vorschläge auf die Schaffung und Pflege von Spielplätzen in Stadtteilen mit vielen Familien. Für Eltern und Kinderlose würde es eine Erleichterung und Förderung bedeuten, wenn die Eintrittspreise bei öffentlichen Veranstaltungen für Familien und besonders für Kinder niedriger wären.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Bedürfnisse des konkreten Lebensvollzugs bei den Befragten im Vordergrund stehen: finanzielle Sorgen, Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit, Wohn- und Lebensumfeld. Ganz offensichtlich gilt für die Mehrheit der (zukünftigen) Eltern nach wie vor das klare Leitbild elterlicher Berufstätigkeit, für die staatliche Unterstützung in Form von Kinderbetreuung erwartet wird. Das entsprechende umfangreiche Angebot in Sachsen-Anhalt wird klar als Stärke der Landes-Familienpolitik gesehen. Die konkreten Vorschläge der Befragten zur Gestaltung der Familienpolitik waren jedoch immer grundiert von dem Bedürfnis einer verbesserten Anerkennung der Familie als Lebensform und des für Kinder zu leistenden Aufwands. Die Eltern fühlten sich offenbar mit ihren Sorgen und Belastungen oftmals nicht wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund erhalten gerade partizipative Maßnahmen auf kommunaler Ebene eine besondere Bedeutung.

E Ergänzende qualitative Studien

E 1. Familienpolitische Maßnahmen und ihr möglicher Einfluss auf generatives Verhalten – Einstellungen ostdeutscher Frauen (Juliane Roloff)

E 1.1 Vorbemerkung

Die vorliegende Studie beruht auf Befragungsergebnissen der deutschen Population Policy Acceptance Study (im folgenden PPAS). Dies ist eine Befragung zu Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung über familienpolitisch relevante Themenstellungen. Die deutsche PPAS ist Bestandteil eines internationalen Projekts, an dem neben Deutschland zwölf weitere Länder beteiligt sind.

Eine erste Erhebung, der Population Policy Acceptance Survey (PPA), wurde für Deutschland gemeinsam mit dem Family and Fertility Survey erstmals im Jahr 1992 durchgeführt. Die zweite Erhebung (PPAS) erfolgte im Jahr 2003. Es wurden hier insgesamt 4 110 Männer und Frauen im Alter von 20 bis 65 Jahren befragt.

Ziel der o.a. Studie ist es, die persönlichen Einstellungen zu einzelnen familienpolitischen Maßnahmen und deren möglichen Einfluss auf das generative Verhalten ostdeutscher Frauen zu beschreiben. Für die Auswertung wurden die Befragungsergebnisse von ostdeutschen Frauen im Alter von 20 bis 45 Jahren zugrunde gelegt. Insgesamt sind dies 512 Probandinnen bzw. 41,9% aller in der PPAS befragten Frauen dieses Alters. Aus Sachsen-Anhalt liegen Ergebnisse von 110 Frauen o.a. Alters vor; auf alle ostdeutschen 20- bis 45-jährigen ostdeutschen Frauen bezogen sind dies rd. 22%. Bei allgemeinen Fragestellungen, z.B. Kinderwunsch, Bewertung der familienpolitischen Maßnahmen, sollen diese Daten zum Vergleich mit herangezogen werden.

Aufgrund der relativ niedrigen Fallzahlen ist eine tiefergehende Analyse zur o.a. Themenstellung nicht möglich. So sollen, bis auf wenige Ausnahmen, nur zwei Hauptuntersuchungsgruppen der ostdeutschen Frauen – Frauen ohne Kinderwunsch und Frauen mit Kinderwunsch – dargestellt und miteinander verglichen werden. Zum besseren Verständnis und für die Interpretation der Befragungsergebnisse sollen, sozusagen als Hintergrundinformationen, die soziodemographischen und sozioökonomischen Merkmale der Probandinnen der Analyse vorangestellt werden.

E 1.2 Soziodemographische und sozioökonomische Ausgangslage der ostdeutschen Probandinnen

Partnerschaft und eigene Kinder

Fast drei Viertel der in der PPAS-2003 befragten 20 bis 45 Jahre alten ostdeutschen Frauen hatten zum Zeitpunkt der Befragung einen festen Partner. Von diesen lebte die überwiegen-

de Mehrheit, rd. 83%, mit dem Partner gemeinsam in einem Haushalt, darunter rd. 61% in einer ehelichen Partnergemeinschaft. Knapp ein Drittel dieser Frauen war noch niemals verheiratet gewesen. Von den Frauen, die ebenfalls einen festen Partner hatten, jedoch von ihm getrennt lebten (von allen Frauen sind dies 13%), waren rd. 17% verheiratet; die Mehrheit, knapp zwei Drittel, war ledig. Rd. ein Viertel der Frauen hatte keinen Partner. Von diesen waren 71% ledig, und knapp ein Viertel war geschieden.

Fast ein Drittel aller befragten Frauen hatte keine eigenen Kinder. Dieser Kinderlosenanteil machte bei den vom Partner getrennt lebenden Frauen und denen ohne Partner mit 40 bzw. 56,8% den höchsten Wert aus. Von den Frauen in einer (ehelichen) Partnergemeinschaft hatte rd. jede Fünfte keine Kinder, doch die große Mehrheit, 81%, Kinder.

Hinsichtlich der Kinderzahl hatte knapp die Hälfte der Frauen mit eigenen Kindern ein Kind, rd. 40% zwei und rd. 15% drei oder mehr Kinder. Die durchschnittliche Kinderzahl aller befragten Frauen mit eigenen Kindern machte 1,7 Kinder aus.

Betrachtet man die Frauengruppen im Einzelnen, so hatten relativ viele, 70,3%, der Frauen, die von ihrem Partner getrennt lebten, nur ein Kind. Dagegen hatte von den Frauen in einer Lebensgemeinschaft und von denen ohne Partner jeweils nur knapp die Hälfte (43,4 bzw. 43,9%) ein Kind. Von den mit einem Partner zusammen lebenden Frauen hatten zudem 42,2% zwei Kinder; dies ist damit der vergleichsweise höchste Anteil. Drei und mehr Kinder hatten anteilig am meisten die Alleinerziehenden – rd. jede Fünfte. Dieser Anteil machte, im Vergleich hierzu, bei den Frauen mit einem festen Partner insgesamt 13,6% aus (vgl. Tabelle E1).

Tab. E1: Ostdeutsche Frauen im Alter von 20 bis 45 Jahren nach der Partnerschaft und eigenen Kindern

	Insgesamt	von 100 der Frauen hatten einen festen Partner			keinen Partner
		Alle	zusammen	getrennt	
Alle - in Personen	509	74,1	61,1	13,0	25,9
von 100 der Frauen hatten eigene Kinder?					
Nein	31,6	22,7	19,0	40,0	56,8
Ja	68,4	77,3	81,0	60,0	43,2
Anzahl der eigenen Kinder - prozentuale Verteilung:					
1 Kind	46,4	46,9	43,4	70,3	43,9
2 Kinder	39,1	39,5	42,2	21,6	36,8
3 Kinder	10,2	9,4	10,0	5,4	14,0
4 u.m. Kinder	4,4	4,2	4,4	2,7	5,3
Durchschnittliche Kinderzahl	*1,7*	*1,7*	*1,8*	*1,4*	*1,8*

Datenquelle: PPAS-2003, BiB, J. Roloff

Erwerbsbeteiligung und eigene Kinder

Von 100 der ostdeutschen Frauen im Alter von 20 bis 45 Jahren waren zum Zeitpunkt der Erhebung 63 erwerbstätig, 18 arbeitslos, befanden 8 sich in einem Studium und waren 11 Hausfrauen. Von den Erwerbstätigen war rd. ein Viertel teilzeitbeschäftigt.

Von den Studentinnen hatten fast alle, 95,3%, keine eigenen Kinder. Den geringsten Kinderlosenanteil wiesen dagegen die in Teilzeit erwerbstätigen Frauen auf, 12,3%. Somit hatten von diesen Frauen auch die meisten eigene Kinder – 87,7%. Dem folgen die Arbeitslosen und die Hausfrauen mit einem Kinderanteil von 83,7 bzw. 77,4%.

Im Durchschnitt hatten die (voll- und teilzeit-) erwerbstätigen Frauen und die Hausfrauen 1,7 und die Arbeitslosen 1,9 Kinder. Rd. ein Fünftel bzw. knapp jede Fünfte der arbeitslosen Frauen bzw. der Hausfrauen hatte drei oder mehr Kinder. Allerdings wiesen die Hausfrauen zudem mit 53,8% den höchsten Anteil derer mit einem Kind auf; auch bei den in Vollzeit beschäftigten Frauen liegt dieser Anteil mit 49,4% relativ hoch. Zu vermerken sei noch, dass von den wenigen Studentinnen mit eigenen Kindern ausnahmslos alle nur eins hatten (Tabelle E2).

Tab. E2: Ostdeutsche Frauen im Alter von 20 bis 45 Jahren nach der Erwerbsbeteiligung und eigenen Kindern

	von 100 der Frauen waren:					
		erwerbstätig				
	Alle	Vollzeit	Teilzeit	arbeitslos	Studentin	Hausfrau
	63,0	47,2	15,9	18,0	8,4	10,6
von 100 der Frauen hatten eigene Kinder?						
Nein	28,7	34,2	12,3	16,3	95,3	22,6
Ja	71,3	65,8	87,7	83,7	4,7	77,4
Anzahl der eigenen Kinder - prozentuale Verteilung:						
1 Kind	47,6	49,4	43,7	36,4	100,0	53,8
2 Kinder	40,5	38,5	45,1	42,9	0,0	28,2
3 Kinder	9,3	8,3	11,3	13,0	0,0	10,3
4 u.m. Kinder	2,6	3,8	0,0	7,8	0,0	7,7
Durchschnittliche Kinderzahl	*1,7*	*1,7*	*1,7*	*1,9*	*n. p.*	*1,7*

Datenquelle: PPAS-2003, BiB, J. Roloff

E 1.3 Kinderwunsch in Ostdeutschland

Allgemeine Bemerkungen

60% der in Ostdeutschland befragten 20 bis 45 Jahre alten Frauen wollten keine Kinder und 12,3% waren sich dessen nicht sicher. Nur unter ein Prozent der Frauen war zum Zeitpunkt der Befragung schwanger. Von den 26,8% Frauen mit einem Kinderwunsch wollte die knappe Mehrheit, 53,4%, zwei Kinder, 9% wollten drei und nur ein Bruchteil, 0,8%, vier oder mehr Kinder.

Von den in Sachsen-Anhalt 110 befragten Frauen o.a. Alters wollten etwas mehr als der o. a. allgemeine Durchschnitt, 65,1%, keine (weiteren) Kinder. Doch von denen, die sich Kinder wünschten, 22,9%, waren es im Vergleich zu allen ostdeutschen Frauen anteilig um Einige mehr, die sich drei bzw. vier Kinder wünschten: d.h. von den Frauen aus Sachsen-Anhalt war es jede Fünfte, von allen Frauen aus den Neuen Länder dagegen nur knapp 10% (vgl. Tabelle E3).

Tab. E3: Ostdeutsche Frauen, darunter aus Sachsen-Anhalt, im Alter von 20 bis 45 Jahren - Kinderwunsch und gewünschte Kinderzahl

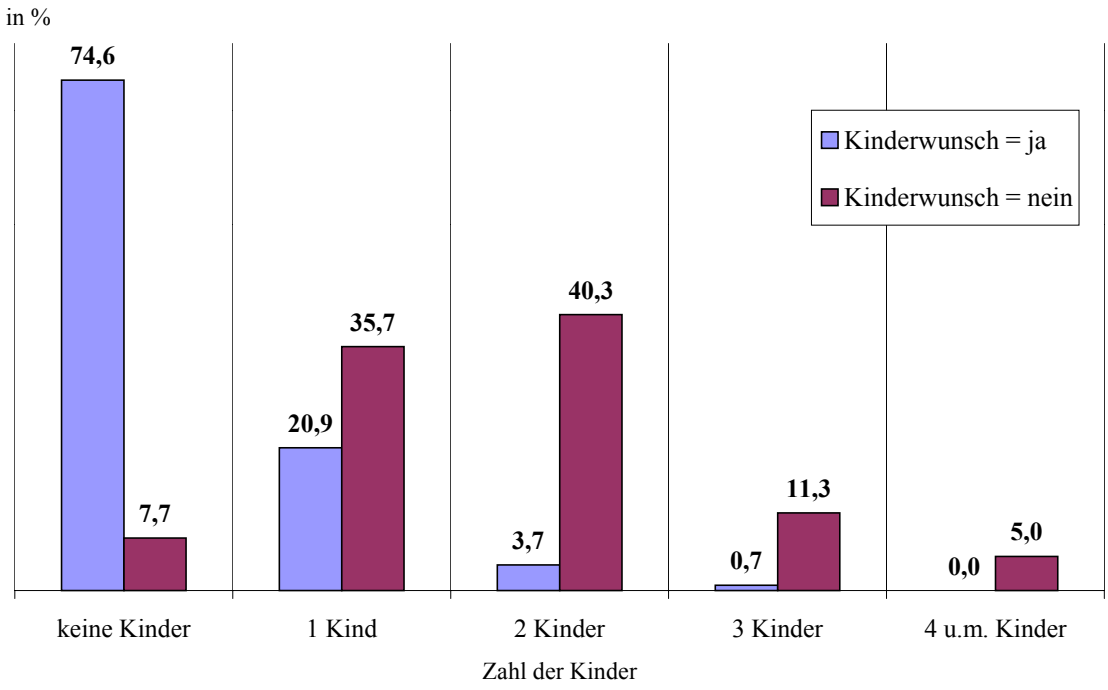
Kinderwunsch?	Insgesamt	Sachsen-Anhalt
Nein	60,0	65,1
weiß nicht, bin nicht sicher	12,3	10,1
Ja	26,8	22,9
Frau ist schwanger	0,8	1,8
Anzahl gewünschter Kinder:		
1 Kind	36,8	32,0
2 Kinder	53,4	48,0
3 Kinder	9,0	16,0
4 Kinder	0,8	4,0
Durchschnittliche Kinderzahl	*1,7*	*1,9*

Datenquelle: PPAS-2003, BiB, J. Roloff

Zum besseren Verständnis der folgenden Ausführungen zeigt Abbildung 1 die prozentuale Verteilung aller ostdeutschen Frauen mit bzw. ohne Kinderwunsch nach der Anzahl ihrer eigenen Kinder.

Und es ist augenfällig: Rd. drei Viertel der Frauen mit einem Kinderwunsch sind kinderlos; rd. jede Fünfte hat bereits ein Kind. So sind es insbesondere Frauen mit zwei oder mehr Kindern, die keine weiteren wollen (Abbildung E1).

Abb. E1: Kinderwunsch ostdeutscher Frauen im Alter von 20 bis 45 Jahren nach der Zahl der eigenen Kinder - je 100 der Frauen ohne bzw. mit Kinderwunsch -



Datenquelle: PPAS-2003, BiB, J. Roloff

Kinderwunsch und Partnerschaft

Betrachtet man den Kinderwunsch im Kontext mit der Partnerschaft, so ist interessant, dass die Frauen mit einem festen Partner, aber getrennt von ihm lebend, einen höheren Prozentsatz derer mit einem konkreten Kinderwunsch aufweisen, 40%, als die in einer Partnerschaft lebenden Frauen, 20,5%. Doch, wie bereits oben beschrieben, hatten gerade die getrennt lebenden Frauen weniger eigene Kinder.

Die Frauen ohne einen Partner weisen mit 35,9% den zweithöchsten Anteil derer mit einem Kinderwunsch auf, andererseits ist bei ihnen aber auch der Anteil der Frauen mit einer ambivalenten Haltung zur Frage „Kinder ja oder nein?“ relativ hoch, 18%.

Tab. E4: Ostdeutsche Frauen im Alter von 20 bis 45 Jahren - Kinderwunsch und Partnerschaft

	von 100 der Frauen hatten			
	Einen festen Partner			keinen
Kinderwunsch?	Alle	zusammen	getrennt	Partner
Nein	64,6	67,9	49,2	46,1
Weiß nicht, bin nicht sicher	10,5	10,4	10,8	18,0
Ja	23,9	20,5	40,0	35,9
Frau ist schwanger	1,1	1,3	0,0	0,0
Anzahl gewünschter Kinder:				
1 Kind	39,8	48,4	19,2	30,4
2 Kinder	50,0	46,8	57,7	58,7
3 Kinder	9,1	4,8	19,2	8,7
4 u.m. Kinder	1,1	0,0	3,8	2,2
Durchschnittliche Kinderzahl	*1,7*	*1,6*	*2,1*	*1,8*

Datenquelle: PPAS-2003, BiB, J. Roloff

Jedoch überwiegt bei allen Frauengruppen, insbesondere bei denen mit einem Partner im gemeinsamen Haushalt, der Wunsch, keine Kinder haben zu wollen (vgl. Tabelle E4). Frauen mit einem Kinderwunsch wollen vor allem zwei Kinder; die gewünschte Kinderzahl liegt im Durchschnitt aller Frauen bei 1,7 Kindern. Somit bestätigt auch diese aktuelle Erhebung den seit Jahren bestehenden stabilen Trend zu zwei Kindern. Und dieser ist insbesondere bei den Frauen ohne Partner und den von ihrem Partner getrennt lebenden Frauen stark ausgeprägt: Hier liegen die Anteile derer, die sich zwei Kinder wünschen, bei 57,7 bzw. 58,7%. Auffällig ist zudem der hohe Prozentwert der Frauen, die vom Partner getrennt leben und sich drei oder mehr Kinder wünschen – 23%. Somit weist diese Frauengruppe mit 2,1 auch die vergleichsweise höchste Durchschnittszahl gewünschter Kinder auf; dagegen liegt diese bei den Frauen, die mit ihrem Partner gemeinsam einen Haushalt führen, bei 1,6 Kindern (Tabelle E4).

Kinderwunsch und Erwerbsbeteiligung

Am meisten, 76,1%, wünschten sich von den in der PPAS-2003 befragten ostdeutschen Frauen keine Kinder (mehr), die zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos waren; an zweiter Stelle folgen hier mit 72,5% die in Teilzeit arbeitenden Frauen. Diese Tatsache kann nicht losgelöst von der Zahl bereits vorhandener eigener Kinder gesehen werden. Es sei daran erinnert, dass gerade die beiden o.a. Frauengruppen den höchsten Anteil derer mit eigenen Kindern aufweisen (vgl. Tabelle E2). Und so verwundert es auch nicht, dass sich Studentinnen, hier hatten fast alle noch keine eigenen Kinder, sich am meisten Kinder wünschten – 73,2%. Hinsichtlich des Kinderwunsches weisen Hausfrauen, jedoch im Vergleich zu den Studentinnen weitaus weniger, mit 35,7% den zweithöchsten Anteil auf (vgl. Tabelle E5). Von diesen wollen zudem die meisten, 76,5%, „nur“ ein (weiteres) Kind; relativ hoch liegt

dieser Anteil mit 69,2% auch bei den in Teilzeit arbeitenden Frauen. Bei den beiden anderen Frauengruppen, in Vollzeitjobs Tätige und Studentinnen, liegen die Anteile derer mit einem Wunsch nach zwei Kindern am höchsten. So wollen z.B. von den vollzeitbeschäftigten Frauen 64,4% zwei Kinder, dagegen nur 30,5% ein Kind und wenige 5,5% drei Kinder; vier oder mehr Kinder wollte keine von ihnen. Dagegen sind es von den Studentinnen allein 26,7%, die sich drei und 6,7%, die sich vier und mehr Kinder wünschen. Deren durchschnittlich gewünschte Kinderzahl liegt somit bei 2,3 Kindern, dagegen bei denen mit einem Teilzeitjob und den Hausfrauen bei 1,3 Kindern (Tabelle E5).

Tab. E5: Ostdeutsche Frauen im Alter von 20 bis 45 Jahren Kinderwunsch und Erwerbsbeteiligung

	von 100 der Frauen waren erwerbstätig					
Kinderwunsch?	Alle	Vollzeit	Teilzeit	arbeitslos	Studentin	Hausfrau
Nein	65,5	63,1	72,5	76,1	4,9	44,6
Weiß nicht, bin nicht sicher	10,8	11,0	10,0	9,1	22,0	19,6
Ja	22,8	25,0	16,3	14,8	73,2	35,7
Frau ist schwanger	0,9	0,8	1,3	0,0	0,0	0,0
Anzahl gewünschter Kinder:						
1 Kind	37,5	30,5	69,2	46,7	6,7	76,5
2 Kinder	58,3	64,4	30,8	53,3	60,0	17,6
3 Kinder	4,2	5,1	0,0	0,0	26,7	5,9
4 u.m. Kinder	0,0	0,0	0,0	0,0	6,7	0,0
Durchschnittliche Kinderzahl	*1,7*	*1,7*	*1,3*	*1,5*	*2,3*	*1,3*

Datenquelle: PPAS-2003, BiB, J. Roloff

Persönliche Gründe ostdeutscher Frauen gegen die Geburt (weiterer) Kinder

Anhand der PAS-2003 ist es u.a. möglich, etwas genauer zu erfahren, warum Frauen keine (weiteren) Kinder haben wollen. Die Frage hierzu lautet: „Es gibt verschiedene Gründe, warum man kein (weiteres) Kind haben möchte. Wie wichtig sind die folgenden Gründe für Sie ganz persönlich, warum Sie (sicher oder wahrscheinlich) kein (weiteres) Kind (mehr) wollen?“ Hierauf konnten die Frauen mit „sehr wichtig“, „wichtig“, „weder noch“, „unwichtig“ und „völlig unwichtig“ antworten.

In meiner Untersuchung habe ich die beiden erstgenannten Antwortkategorien „sehr wichtig“ und „wichtig“ zusammengefasst und zudem zwischen kinderlosen und Frauen mit Kindern unterschieden (Tabelle E6).

Tab. E6: Ostdeutsche Frauen ohne Kinderwunsch im Alter von 20 bis 45 Jahren und persönliche Argumente gegen Kinder (in Prozent)

Aussage = "sehr wichtig/wichtig"	Kinderlose	Rang	mit Kindern	Rang
- Möchte keine Kinder/habe genug Kinder	30,8	**7**	79,7	**1**
- Mein Gesundheitszustand erlaubt es nicht	36,9	**6**	31,1	**7**
- Ich könnte es nicht mit meiner Beruftätigkeit vereinbaren	46,3	**5**	39,5	**6**
- Ich müsste Freizeitinteressen aufgeben	29,7	**8**	17,1	**9**
- Ich möchte meinen jetzigen Lebensstandard beibehalten	57,4	**2**	47,6	**4**
- Ein (weiteres) Kind würde zu hohe Kosten verursachen	51,9	**3**	54,2	**3**
- Ich mache mir zu viele Sorgen darüber, welche Zukunft meine Kinder erwartet	61,1	**1**	73,7	**2**
- Ich könnte mein Leben nicht mehr so genießen wie bisher	50,0	**4**	29,0	**8**
- Ich bin / mein Partner ist zu alt	17,3	**9**	42,9	**5**

Datenquelle: PPAS-2003, BiB, J. Roloff

Lässt man die Aussage der Frauen mit Kindern „ich habe genug Kinder“ (79,7% hielten dies als Argument gegen weitere Kinder persönlich für wichtig), so hat für diese und für die kinderlosen Frauen der Grund gegen (weitere) Kinder die Sorge um die Zukunft ihrer Kinder eine große Bedeutung: für knapp drei Viertel der Frauen mit Kindern und für knapp zwei Drittel der Kinderlosen traf dies zu. An zweiter bzw. dritter Stelle folgen „ich möchte meinen Lebensstandard beibehalten“ und „ein Kind würde zu hohe Kosten verursachen“. Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nimmt bei beiden Frauengruppen, und dies stärker bei denen mit Kindern, eher mittlere Plätze (5 bzw. 6) ein. Die Befürchtung bei der Geburt eines (weiteren) Kindes, Freizeitinteressen aufgeben zu müssen, rangiert mit an letzter Stelle (Tabelle E6).

E 1.4 Bewertung und Priorität familienpolitischer Maßnahmen

Bewertung

Um festzustellen, wie im Einzelnen familienpolitische Maßnahmen bewertet werden, stand folgende Frage im PPAS-2003: „Was halten Sie von den folgenden Maßnahmen (vgl. Tabelle 7 – J.R.), die es erleichtern sollen, Kinder zu bekommen, zu erziehen und für sie zu sorgen? Sind Sie eher dafür oder eher dagegen, diese Maßnahmen einzuführen? Diese Maßnahmen sind nicht frei erfunden, sondern die meisten existieren tatsächlich in einem europäischen Land. Einige davon sind auch in Deutschland bereits eingeführt oder in Erwägung gezogen worden.“ Darauf konnte mit „sehr dafür“, „eher dafür“, „weder noch“, „eher dagegen“ und „sehr dagegen“ geantwortet werden. Für meine Analyse war die Antwortkategorie „sehr dafür“ die maßgebende.

Tabelle E7 zeigt die Befragungsergebnisse aller ostdeutschen Frauen und darunter derer aus Sachsen-Anhalt. Es wird deutlich, dass, bis auf eine verbesserte Wohnsituation, hier war nur etwas über ein Drittel sehr dafür, alle übrigen im Fragebogen aufgeführten familienpolitischen Maßnahmen von der Mehrheit der Frauen sehr befürwortet wurde. Und dies trifft insbesondere für Maßnahmen zur besseren Kinderbetreuung zu: z.B. waren 64,1% aller ostdeutschen Frauen, darunter sogar 70,9% der Frauen aus Sachsen-Anhalt, sehr für bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab 3 Jahren bis zum Schulalter. Bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern fanden ebenfalls eine große Befürwortung: 63,1% der Frauen, darunter 69,1% derer aus Sachsen-Anhalt.

Es ist interessant, dass alle familienpolitischen Maßnahmen von den Frauen aus Sachsen-Anhalt in einem, zum Teil wesentlich, höheren Maße befürwortet werden als dies im Durchschnitt aller ostdeutschen Frauen der Fall ist. Auffällig ist dies u.a. beim finanziellen Zuschuss bei der Geburt des Kindes (diese familienpolitische Maßnahme existierte zu DDR-Zeiten sozusagen als „Geburtsprämie“): War etwas über die Hälfte der ostdeutschen Frauen sehr dafür, waren es von den Frauen aus Sachsen-Anhalt mit rd. zwei Drittel um Einiges mehr. Relativ hoch sind die prozentualen Unterschiede zudem bei: „Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schulalter“ (63,9 zu 74,5%), „finanzielle Unterstützung für Mütter oder Väter bei Berufsaufgabe wegen Kinder“ (51,2 zu 60,9%) und „finanzieller Zuschuss für Familien mit Kindern“ (58,7 zu 68,2%) (Tabelle E7).

Tab. E7: Bewertung familienpolitischer Maßnahmen von ostdeutschen Frauen, darunter aus Sachsen-Anhalt (ST), im Alter von 20 bis 45 Jahren

Von 100 der Frauen sind sehr dafür:	Alle	ST
- Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub für berufstätige Frauen	54,3	61,5
- Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern für Eltern minderjähriger Kinder	58,7	60,0
- Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern unter 3 Jahren	63,9	71,8
- Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab 3 Jahren	64,1	70,9
- Finanzieller Zuschuss für Familien mit Kindern, abhängig von Einkommen	58,7	68,2
- Finanzieller Zuschuss bei Geburt des Kindes	54,3	66,4
- Finanzielle Unterstützung für Mütter/Väter bei Berufsaufgabe wegen Kinder	51,2	60,9
- Beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes auf € 250 pro Kind und Monat	61,9	64,2
- Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schulalter	63,9	74,5
- Flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern	57,8	60,9
- Bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern	63,1	69,1
- Starke Verringerung der Ausbildungskosten	53,6	60,0
- Verbesserung der Wohnsituation für Familien mit Kindern	36,7	37,3

Datenquelle: PPAS-2003, BiB, J. Roloff

Betrachten wir nun die Bewertung familienpolitischer Maßnahmen aller ostdeutschen Frauen in Bezug darauf, ob sie Kinder haben wollen oder nicht, so lassen sich unterschiedliche Prio-

ritäten feststellen. Findet bei den Frauen ohne Kinderwunsch die Maßnahme „Anstieg des Kindergeldes“ mit 64,8% die anteilig höchste Zustimmung, dem folgt mit 63,5% die Maßnahme „flexible Arbeitszeiten“, liegen bei den Frauen mit einem Kinderwunsch bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung zum einen von Kindern unter 3 Jahren mit 72,6% und zum anderen von Kindern ab 3 Jahren mit 71,9% an erster und zweiter Stelle (vgl. Tabelle E8).

Tab. E8: Bewertung familienpolitischer Maßnahmen von ostdeutschen Frauen im Alter von 20 bis 45 Jahren ohne und mit Kinderwunsch

Von 100 der Frauen sind sehr dafür:	ohne KW		mit KW	
	in%	R.	in%	R.
- Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub	50,2	**12**	67,2	**3**
- Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern	60,3	**6**	58,5	**8**
- Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern unter 3 J.	60,8	**5**	72,6	**1**
- Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab 3 J.	61,8	**4**	71,9	**2**
- Finanzieller Zuschuss abhängig von Einkommen	58,9	**7**	57,0	**9**
- Finanzieller Zuschuss bei Geburt des Kindes	53,8	**10**	56,3	**10**
- Finanzielle Unterstützung für Mütter/ Väter bei Berufsaufgabe	50,7	**11**	54,8	**11**
- Beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes	64,8	**1**	65,2	**5**
- Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schulalter	57,3	**8**	64,4	**7**
- Flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern	63,5	**2**	65,7	**4**
- Bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern	62,3	**3**	64,9	**6**
- Starke Verringerung der Ausbildungskosten	54,5	**9**	53,7	**12**
- Verbesserung der Wohnsituation	31,2	**13**	43,0	**13**

Datenquelle: PPAS-2003, BiB, J. Roloff

Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Frauen, die (weitere) Kinder haben wollen, alle vorgegebenen Maßnahmen in einem höheren Maße befürworten als die Frauen ohne Kinderwunsch – so z.B., und dies liegt nahe, bei besseren Regelungen zum Mutterschaftsurlaub: Ist rd. die Hälfte der Frauen ohne Kinderwunsch sehr dafür, sind es von denen mit einem Kinderwunsch über zwei Drittel, d.h. um 17 Prozentpunkte mehr. Hinsichtlich dieser prozentualen Unterschiede seien hier noch besonders zu nennen: „bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern unter 3 Jahren“ und „Verbesserung der Wohnsituation“ (jeweils +11,8 Prozentpunkte) und „bessere Tagesbetreuung von Kindern ab 3 Jahren“ (+10,1 Prozentpunkte).

Interessant ist, dass bei beiden Frauengruppen finanzielle Aspekte eine eher untergeordnete Rolle spielen. So rangieren z.B. „finanzieller Zuschuss bei der Geburt eines Kindes“ und „finanzielle Unterstützung bei Berufsaufgabe“ an jeweils 10. und 11. Stelle (vgl. Tabelle E8).

Doch ergibt sich hier ein ganz anderes Bild, hinterfragt man, welchen der familienpolitischen Maßnahmen die Frauen erste Priorität bei deren Realisierung durch die Bundesregierung geben würden.

Priorität der Realisierung familienpolitischer Maßnahmen

Die entsprechende Frage lautet in der PPAS-2003: „Wenn Sie wählen könnten, welche der Maßnahmen...sollten am ehesten durch die Bundesregierung realisiert werden?“

Und hier sind es die finanziellen familienpolitischen Leistungen, denen anteilig die meisten ostdeutschen Frauen, darunter aus Sachsen-Anhalt, erste Priorität bei deren Realisierung durch die Bundesregierung geben würden. So würde rd. jede Fünfte, darunter rd. ein Viertel derer aus Sachsen-Anhalt, die Maßnahme „beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes“ an erster Stelle bevorzugen. Dem folgen „niedrigere Lohn- und Einkommensteuern (12,1 bzw. 11,2%) und „finanzieller Zuschuss, abhängig vom Einkommen“ (11,5 bzw. 10,1%) (Tabelle E9).

Tab. E 9: Priorität der Realisierung familienpolitischer Maßnahmen durch die Bundesregierung, ostdeutsche Frauen, darunter aus Sachsen-Anhalt (ST), im Alter von 20 bis 45 Jahren

Von 100 der Frauen würden Maßnahme... an 1. Stelle bevorzugen:	Alle	ST
- Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub für berufstätige Frauen	8,1	7,9
- Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern für Eltern minderjähriger Kinder	12,7	11,2
- Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern Kinder unter 3 Jahren	8,1	6,7
- Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab 3 Jahren	4,6	4,5
- Finanzieller Zuschuss für Familien mit Kindern, abhängig von Einkommen	11,5	10,1
- Finanzieller Zuschuss bei Geburt des Kindes	4,8	6,7
- Finanzielle Unterstützung für Mütter/Väter bei Berufsaufgabe wegen Kinder	9,7	10,1
- Beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes auf € 250 pro Kind und Monat	20,3	24,7
- Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schulalter	4,4	3,4
- Flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern	6,9	9,0
- Bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern	5,8	3,4
- Starke Verringerung der Ausbildungskosten	2,5	2,2
- Verbesserung der Wohnsituation für Familien mit Kindern	0,5	0,0

Datenquelle: PPAS-2003, BiB, J. Roloff

Betrachtet man auch hier die Frauen in Bezug darauf, ob sie Kinder haben wollen oder nicht, so würden sowohl die ohne (22,2%) als auch die mit einem Kinderwunsch (18,9%) am ehesten einem beträchtlichen Anstieg des Kindergeldes bei der Realisierung familienpolitischer Maßnahmen erste Priorität geben. Während bei den Frauen, die keine Kinder wollen, weitere finanzpolitische Leistungen an zweiter und dritter Stelle folgen (vgl. Tabelle E10), sind es bei den Frauen, die sich Kinder wünschen, die besseren Regelungen zum Mutterschaftsurlaub, die in der Hierarchie der für die Realisierung bevorzugten Maßnahmen an zweiter Stelle stehen. Auf den dritten Platz folgen, ebenso wie bei denen ohne Kinderwunsch, jedoch anteilig weniger, vom Familieneinkommen abhängige finanzielle Zuschüsse (vgl. Tabelle E10).

Außer beim finanziellen Zuschuss bei Geburt eines Kindes geben die Frauen ohne Kinderwunsch der Realisierung aller übrigen finanzpolitischen Maßnahmen eine höhere Priorität als die Frauen mit einem Kinderwunsch: Sind es z.B. 14,1% der Frauen ohne Kinderwunsch, die niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern bei der Realisierung durch die Bundesregierung an die erste Stelle setzen würden, sind es hier von denen mit einem Kinderwunsch mit 7,4% um Einiges weniger. Umgekehrt sind es bei diesen anteilig mehr (13,9 gegenüber 4,4%), die besseren Regelungen zum Mutterschaftsurlaub bei der Realisierung höchste Priorität geben würden (vgl. Tabelle E10).

Tab. E10: Priorität der Realisierung familienpolitischer Maßnahmen durch die Bundesregierung, ostdeutsche Frauen im Alter von 20 bis 45 Jahren mit und ohne Kinderwunsch

Von 100 der Frauen würden Maßnahme... an 1. Stelle bevorzugen:	ohne KW		mit KW	
	in%	R.	In%	R.
- Bessere Regelungen zum Mutterschaftsurlaub	4,4	**9**	13,1	**2**
- Niedrigere Lohn- und Einkommenssteuern	14,1	**2**	7,4	**6**
- Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern unter 3 J.	8,1	**5**	9,0	**4**
- Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab 3 J.	3,6	**10**	4,9	**7**
- Finanzieller Zuschuss abhängig von Einkommen	13,7	**3**	10,7	**3**
- Finanzieller Zuschuss bei Geburt des Kindes	2,8	**11**	8,2	**5**
- Finanzielle Unterstützung für Mütter/ Väter bei Berufsaufgabe	9,3	**4**	10,7	**3**
- Beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes	22,2	**1**	18,9	**1**
- Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schulalter	6,5	**7**	1,6	**9**
- Flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern	6,9	**6**	9,0	**4**
- Bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Eltern	6,0	**8**	3,3	**8**
- Starke Verringerung der Ausbildungskosten	2,4	**12**	1,6	**9**
- Verbesserung der Wohnsituation	0,0	**-**	1,6	**9**

Datenquelle: PPAS-2003, BiB, J. Roloff

Familienpolitische Maßnahmen und generatives Verhalten ostdeutscher Frauen

Interessant ist nun zu erfahren, ob die Realisierung bzw. Verbesserung bestimmter familienpolitischer Maßnahmen einen Einfluss auf das generative Verhalten der ostdeutschen Frauen hat, ob diese zu Veränderungen ihres Geburtenverhaltens führen.

Für diese Analyse wurden die im Fragebogen der PPAS-2003 vorgegebenen einzelnen familienpolitischen Maßnahmen in drei Blöcke zusammengefasst: 1. verbesserte finanzpolitische Leistungen, 2. bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung für Kinder und 3. bessere Arbeitszeitregelungen für berufstätige Mütter und Väter.

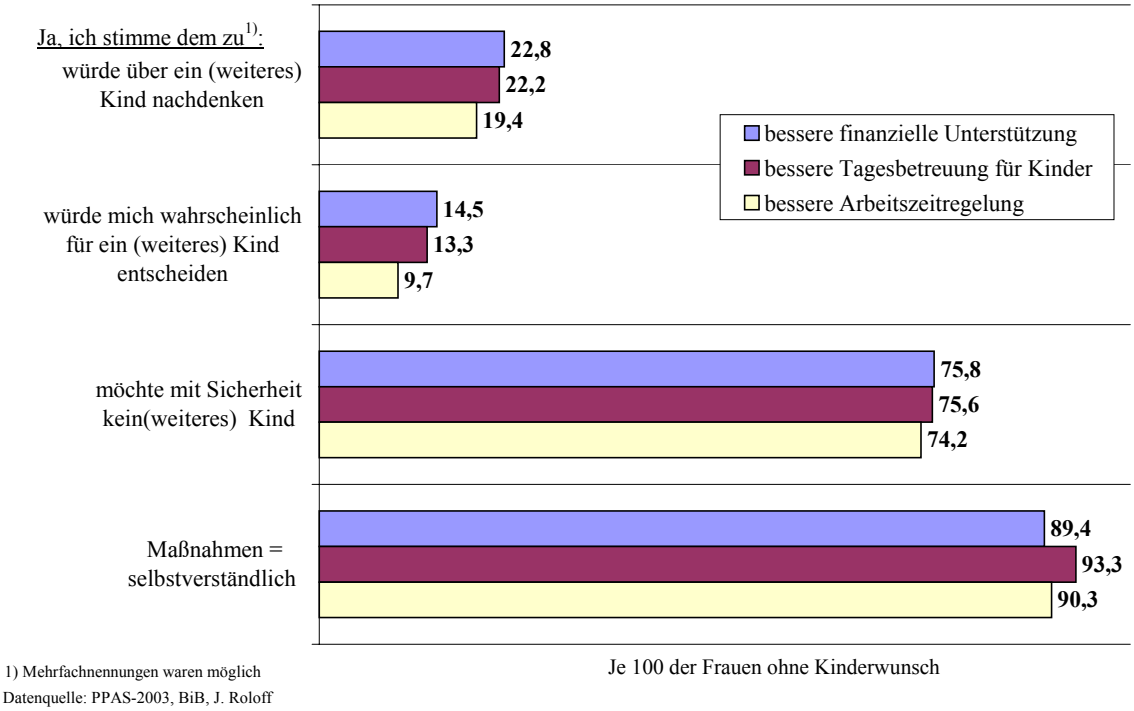
Bei der Frage „Wenn die Maßnahmen, die Sie für wünschenswert halten, eingeführt würden, hätte das Folgen für Ihr eigenes Leben“, würden rd. drei Viertel der ostdeutschen Frauen ohne Kinderwunsch, die besseren finanziellen Unterstützungsleistungen für Familien oberste Priorität geben, bei ihrem Entschluss bleiben, keine Kinder haben zu wollen. Nahezu iden-

tisch sind diese Befragungsergebnisse bei den Frauen ohne Kinderwunsch, die bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern oder bessere Arbeitszeitregelungen für berufstätige Eltern bei der Realisierung familienpolitischer Maßnahmen an die erste Stelle setzen würden – 75,6 bzw. 73,2%.

Immerhin würde knapp ein Viertel der Frauen, die bessere finanzpolitische Leistungen oder eine bessere Tagesbetreuung für Kinder bevorzugen, und rd. ein Fünftel der Frauen, die besseren Arbeitszeitregelungen höchste Priorität geben, über ein (weiteres) Kind nachdenken.

14,5% der Frauen ohne Kinderwunsch würden sich bei Einführung besserer finanzieller Unterstützungsleistungen wahrscheinlich doch für ein (weiteres) Kind entscheiden; von denen, die für eine bessere Tagesbetreuung für Kinder oder für bessere Arbeitszeitregelungen plädieren, sind es hier 13,3 bzw. 9,7%. Fast alle Frauen sind jedoch der Meinung, dass die Realisierung dieser familienpolitischen Leistungen eine Selbstverständlichkeit sein sollte (vgl. Abbildung E2).

Abb. E2: Realisierung familienpolitischer Maßnahmen vs. generatives Verhalten - ostdeutsche Frauen ohne Kinderwunsch -



1) Mehrfachnennungen waren möglich
Datenquelle: PPAS-2003, BiB, J. Roloff

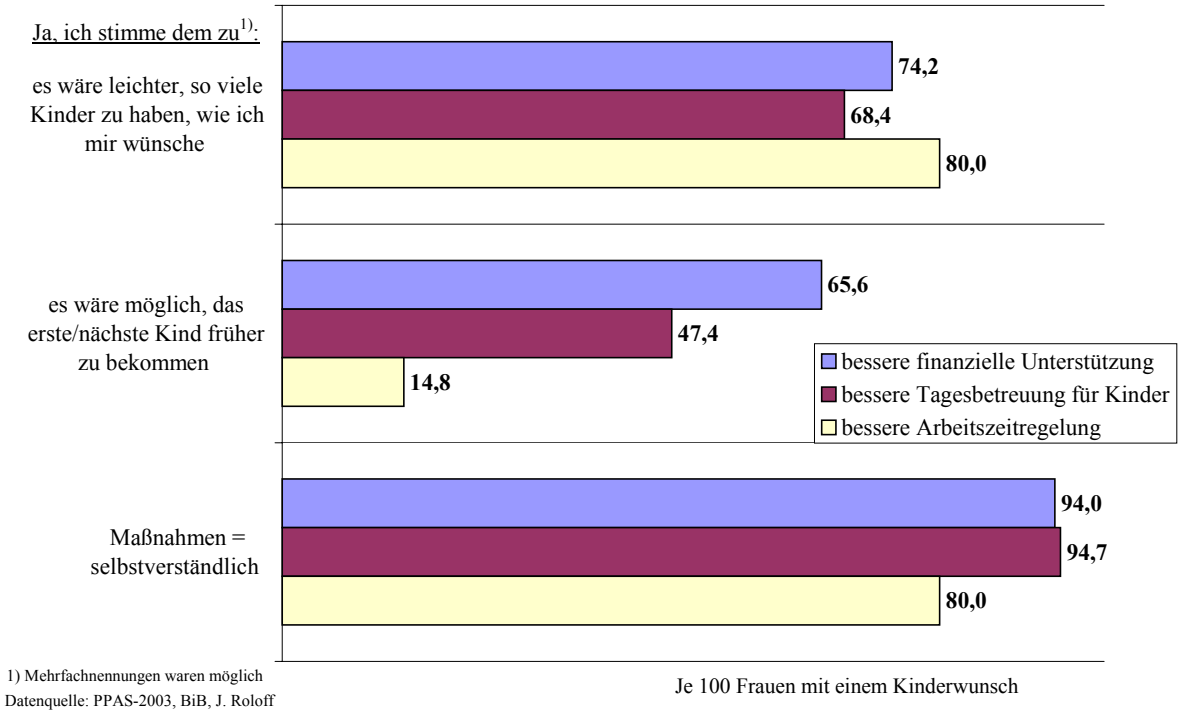
Es ist eindeutig: eine Einführung bzw. Verbesserung familienpolitischer Leistungen bringt die Frauen mehrheitlich nicht von ihrem einmal gefassten Entschluss ab, keine bzw. keine weiteren Kinder haben zu wollen.

Hinsichtlich des Geburtenverhaltens ostdeutscher Frauen mit einem Kinderwunsch in Bezug auf die Verbesserung familienpolitischer Maßnahmen lässt sich als Erstes feststellen, dass

für die große Mehrheit, wenn die Realisierung der von ihnen bevorzugten Leistungen tatsächlich einträte, es dann leichter wäre, so viele Kinder zu haben, wie sie sich wünschen (es sei jedoch daran erinnert, dass die meisten Frauen sich zwei Kinder wünschen). Am niedrigsten ist hier mit 68,4% noch der Anteil der Frauen, die eine bessere Tagesbetreuung für Kinder bei der Realisierung gern an erster Stelle sähen.

Etwas differenzierter ist das Bild bei der Frage, ob es bei verbesserten familienpolitischen Maßnahmen möglich wäre, das erste bzw. nächste Kind früher zu bekommen. Dieser Meinung waren rd. zwei Drittel der Frauen, die sich bessere Finanzleistungen für Familien wünschen; mit knapp der Hälfte der Frauen, die verbesserte Kinderbetreuungsmöglichkeiten bevorzugen, war es hier schon etwas weniger. Und auffällig wenigen Frauen, 14,8%, wäre es bei Realisierung besserer Arbeitszeitregelungen möglich, früher das (nächste) Kind zu bekommen. Aber auch hier ist für die überwiegende Mehrheit der Frauen die Realisierung o.a. Maßnahme-Blöcke eine Selbstverständlichkeit (Abbildung E3).

Abb. E3: Realisierung familienpolitischer Maßnahmen vs. generatives Verhalten - ostdeutsche Frauen mit einem Kinderwunsch -



Diese Ergebnisse machen klar, dass familienpolitische Leistungen bzw. ihre Verbesserung zu keinen gravierenden Veränderungen im generativen Verhalten, d.h. im Entschluss „(weitere) Kinder = ja oder nein?“ führen. Doch können sie durchaus bewirken, dass Frauen ihren Kinderwunsch voll realisieren und, insbesondere bei besseren finanziellen Unterstützungsleistungen für Familien und/oder besseren Möglichkeiten der Tagesbetreuung für Kinder, ihre gewünschten Geburten zeitlich vorziehen können.

E 1.5 Resümee

Die in der PPAS befragten ostdeutschen Frauen im Alter von 20 bis 45 Jahren hatten mehrheitlich einen festen (ehelichen oder nichtehelichen) Partner, mit dem sie auch überwiegend gemeinsam in einem Haushalt lebten. Die große Mehrheit von ihnen hatte eigene Kinder.

In Bezug auf die Erwerbsbeteiligung, die Mehrheit der Frauen war zum Zeitpunkt der Erhebung erwerbstätig, ist festzustellen, dass Arbeitslose und Hausfrauen anteilig am meisten drei und mehr Kinder hatten. Dagegen waren fast alle Studentinnen kinderlos.

Im Vergleich zu den übrigen Frauengruppen sind es nur die Studentinnen, die sich mehrheitlich Kinder wünschten.

Der Kinderwunsch steht in engem Bezug zur Zahl bereits vorhandener Kinder. So weisen Frauen mit zwei oder mehr Kindern den geringsten Anteil derer mit einem Wunsch nach weiteren Kindern auf, und dies steht im Kontext mit einem erfüllten Kinderwunsch: Seit langem und auch bei den Frauen in der PPAS-2003 beträgt die durchschnittlich gewünschte Kinderzahl rd. 2.

Somit hat bei den Frauen mit Kindern und ohne weiteren Kinderwunsch das Argument, genug Kinder zu haben, den höchsten Stellenwert.

Beide Frauengruppen, ohne und mit Kinderwunsch, möchten mehrheitlich aus Angst vor der Zukunft ihrer Kinder keine (weiteren) Kinder.

Fast alle familienpolitischen Maßnahmen, ob bereits existent oder in Frage kommende, wurden von den ostdeutschen Frauen sehr befürwortet. Dabei liegen diese Prozentwerte im Einzelnen bei den Frauen aus Sachsen-Anhalt über dem ostdeutschen Durchschnitt.

Bei der Frage der Priorität der Realisierung bestimmter familienpolitischer Maßnahmen durch die Bundesregierung wurden von den ostdeutschen Frauen, darunter in einem höheren Maße von denen aus Sachsen-Anhalt, alle finanzpolitischen Leistungen gegenüber den übrigen familienpolitischen Maßnahmen bevorzugt.

Doch eine Einführung oder Verbesserung, seien es finanzpolitische Leistungen, Möglichkeiten der Tagesbetreuung für Kinder oder Arbeitszeitregelungen für berufstätige Eltern, bringt Frauen ohne Kinderwunsch kaum von diesem einmal gefassten Entscheid ab.

Für anteilig viele Frauen mit einem Kinderwunsch wäre es aber möglich, zum einen ihren Kinderwunsch voll zu erfüllen und zum anderen früher das Kind zu bekommen.

Für fast alle Frauen, ob ohne oder mit Kinderwunsch, sind familienpolitische Maßnahmen jedoch einfach eine Selbstverständlichkeit.

E 2. Lebenslagen von Mädchen in Sachsen-Anhalt. Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung (Frauke Mingerzahn und Kerstin Schumann)

E 2.1 Einleitung

Ein Ausgangspunkt der Gesamtstudie war die Tatsache, dass besonders junge Frauen zwischen 18 und 25 Jahren das Land Sachsen-Anhalt verlassen. Deshalb vergab die Gesellschaft für Familienforschung e.V. den Auftrag an die Landesstelle Mädchenarbeit Sachsen-Anhalt e.V., eine qualitative Erhebung über Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen in Sachsen-Anhalt durchzuführen.

Ziel der geforderten Teiluntersuchung war eine IST- Analyse der Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen in Sachsen-Anhalt auf qualitativer Grundlage. Die Lebenslagen der befragten Mädchen sollten umfassend abgebildet und aus deren subjektiver Perspektive erfasst werden. Als zentrales theoretisches Konstrukt wählten wir den Lebenslagen-Ansatz. Dieser wird im ersten Kapitel beschrieben. Im weiteren gehen wir in diesem Kapitel auf das Erhebungsinstrumentarium des teilstandardisierten qualitativen Interviews ein und beschreiben die Schwerpunkte des Interviewleitfadens. Zum dritten werden in diesem Abschnitt die Auswahlkriterien für die Probandinnen beschrieben.

Bei der Darstellung der Untersuchungsergebnisse sind wir nicht der Logik des Lebenslagenansatzes gefolgt, sondern haben die für die Abwanderungsstudie relevanten Lebensbereiche hervorgehoben. So beschreiben wir zunächst die Lebensentwürfe von Mädchen in Sachsen-Anhalt. Welche Wünsche und Konzepte für ihr eigenes Leben haben die befragten Mädchen? In einem zweiten Teil beschreiben wir, wie die Mädchen ihr „Mädchen sein“ beschreiben. Was heißt es für sie heute, Mädchen zu sein? Diese Wünsche und Vorstellungen setzen wir in Bezug zur von den Mädchen und von den Expertinnen beschriebenen Lebensrealität. Da wir in unseren Untersuchungen herausgefunden haben, dass Schule einer der wichtigsten Lebensbereiche, wenn nicht der wichtigste ist, beginnen wir mit diesem Lebensbereich. Daran schließen sich die Schlussfolgerungen für die Berufswahl der Mädchen, die in engem Zusammenhang zur Schule zu sehen sind. Der zweite in den Lebensentwürfen thematisierte Lebensbereich der eigenen zukünftigen Familie setzt sich mit dem Partnerschaftsverhalten der Mädchen und der Realisierung ihres Kinderwunsches auseinander. Ein umfangreiches Kapitel beschäftigt sich mit den Freizeitwünschen der Mädchen und ihrer Umsetzung. Die schon in anderen Kapitel anklingende Frage der Partizipationsmöglichkeiten und deren Nutzung werden im Kapitel E 2.3 zusammenfassend thematisiert. Den Abschluss bildet ein Kapitel über die Gewalterfahrungen der Mädchen. Während die ersten beiden Kapitel vorwiegend aus der Sicht der Mädchen betrachtet werden, fließen in die beiden letztgenannten überwiegend Aussagen der Expertinnen ein, da wir hinsichtlich der Partizipation wenig Aussagen von den Mädchen erhalten haben. Die Frage nach den Gewalterfahrungen

der Mädchen haben wir weder den Mädchen noch den Expertinnen gestellt. Sie wurde von einigen Expertinnen aber in den Interviews immer wieder genannt und soll deshalb mit aufgegriffen werden. Im letzten Teil soll auf die Abwanderungsabsichten der Mädchen und ihre Motive eingegangen werden.

Wir haben den Mädchen und den Expertinnen Anonymität zugesichert. Deshalb wurden Namen und Orte kodiert. Die Zitate wurde so überarbeitet, dass sie im Text verständlich werden, aber von einer mündlichen Form in Schriftsprache transferiert. Allerdings wurde versucht, das Jugendgemäße der Sprache beizubehalten.

E 2.2 Methodisches Vorgehen

Auswahl des theoretischen Ansatzes

Für unsere Untersuchung war es wichtig, mit einem Begriff zu arbeiten, der verschiedene Kriterien erfüllen sollte. Zum einen sollte er menschliches Handeln nicht als isoliert, sondern auch als gesellschaftlich vermitteltes Handeln begreifen. Zum anderen sollte er die Lebenslage der Mädchen nicht nur objektiv erfassen, z.B. in messbaren Zahlen zum Einkommen, sondern ihre subjektive Sicht auf die eigene Lebenslage widerspiegeln. Er sollte so weit als möglich operationalisierbar sein. Und er sollte, da wir uns an der Schnittstelle zwischen beiden befinden, sowohl in der Jugendforschung als auch in der Frauenforschung Akzeptanz finden. Er sollte nicht einseitig von Defiziten, Diskriminierungen und „Opferrollen“ der Mädchen ausgehen, sondern ihre Lebenssituation umfassend beschreiben. Diesen Ansprüchen wird am ehesten der Begriff der Lebenslage gerecht.

Angelehnt an Nahnsen verstehen wir unter Lebenslage den Spielraum, „den die gesellschaftlichen Umstände dem einzelnen zur Entfaltung und Befriedigung seiner wichtigen Interessen bieten. Sie stellt damit den Gesamtbegriff der sozialen Chancen des einzelnen dar.“ (Nahnsen 1975, S.148). Nahnsen differenziert nach unterschiedlichen Handlungs- und Entscheidungsebenen, die jede für sich untersucht und in ihrer Bedeutung gewichtet werden müssen. (Nahnsen 1975). Unserer Untersuchung liegt die von Enders-Dragässer/ Sellach (1999) vorgeschlagene Erweiterung der Handlungs- und Entscheidungsebenen zugrunde, die hier zusammengefasst dargestellt werden soll:

1. Versorgungs- und Einkommensspielraum (Umfang der Versorgung mit Gütern und Diensten)
2. Kontakt- und Kooperationsspielraum (Möglichkeiten der Kommunikation und Interaktion)
3. Lern- und Erfahrungsspielraum (Möglichkeiten der Entfaltung und Realisierung von Interessen, je nach Sozialisation, schulischer und beruflicher Bildung, Erfahrungen in der Arbeitswelt und Ausmaß sozialer und räumlicher Mobilität)

4. Muße- und Regenerationsspielraum (Möglichkeiten des Ausgleichs psycho-physischer Belastungen durch Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen)
5. Dispositions- und Partizipationsspielraum (Ausmaß der Teilhabe, der Mitbestimmung und Mitentscheidung in verschiedenen Lebensbereichen)(Nahnsen 1975)
6. Sozialbindungsspielraum (Belastungen und Entlastungen, Versorgungs-Verpflichtungen durch Mutterschaft, durch Familienzugehörigkeit, durch Ehe und Beziehungen, das Recht auf Ehe, Partner/-in und Mutterschaft, das Recht auf Kommunikation und Mobilität zur Herstellung sozialer Beziehungen)
7. Geschlechterrollenspielraum (strukturelle Bedingtheiten, die auf Grund der Geschlechtszugehörigkeit zugeordnet werden können wie offene und versteckte Diskriminierungen bei Frauen bzw. deren Abbau und Überwindung, bzw. das Eingrenzen der Handlungsspielräume und materiellen Rechte auf Grund der Übernahme der Haus-und Familienarbeit)
8. Schutz- und Selbstbestimmungsspielraum (die körperliche, seelische und menschliche Integrität, Sicherheit vor Gewalt und Nötigung, vor sexueller Gewalt, Anmache, sexuelle Selbstbestimmung, der Handlungsspielraum für ein selbstbestimmtes Leben bei körperlichen, seelischen oder geistigen Beeinträchtigungen und auch das Recht auf eigenständiges Wohnen)

Erhebungsmethode: das qualitative leitfadengestützte Interview

Die Wahl der Methode muss von der Eigenart des jeweils zu untersuchenden Gegenstandes ausgehen. Zu den Lebenslagen von Mädchen in Sachsen-Anhalt liegen zwar Regional- und Teilstudien in unterschiedlichen Bereichen vor, aber keine umfangreiche, landesweite Untersuchung. Uns ging es in unserer Untersuchung nicht um Häufigkeit, Repräsentativität und standardisierte Aussagen, sondern darum, Typisches abzubilden, soziale Prozesse zu analysieren und zu rekonstruieren. Auch wollten wir die subjektiven Befindlichkeiten der Mädchen erfassen, die durch andere Methoden schwer erfassbar sind. (vgl. Mingerzahn, Wendt 1995)

Darüber hinaus ermöglicht diese Methode eine ständige Reflexion. Auch noch im Erhebungsprozess selbst sind im Unterschied zur quantitativen Forschung Veränderungen möglich. Das Design kann bis hin zur Fragestellung ggf. auch verworfen oder an die aktuelle Situation angepasst werden. (vgl. Atteslander 1995). Der Gang der Untersuchung und die Ergebnisse gaben uns recht. So konkretisierten wir im Prozess der Arbeit mehrfach unserer Fragestellung. Die Mädchen waren bereit, viel über sich und über ihre subjektive Befindlichkeit zu erzählen. Dadurch kamen wir zu einigen Ergebnissen, die unseren Vorannahmen vom Gegenstand widersprachen.

Wir wählten keine völlig offene Methode wie das narrative Interview, sondern das Leitfadeninterview. Es ermöglicht ein gewisses Maß von Kontrolle. So kann sich ein Gespräch entwickeln, in dem erfassbar wird, was für die zu interviewende Person von Bedeutung ist. Darüber hinaus ist es möglich, immer wieder auf die für die Untersuchung wichtigen Fragen zurückzuführen. Wir vergaben Unterthemen an Diplomandinnen, die sich inhaltlich und methodisch stärker mit ihrem Gegenstand beschäftigen konnten, somit geschult waren und auch eine gewisse Routine bei den Befragungen erlangten.

Wir entschieden uns für die zeitintensive mündliche Befragung, da besonders auf die persönliche Beziehung in qualitativen Untersuchungen nicht verzichtet werden kann. Das ermöglicht eine Regel- und Kontrollfunktion der Interviewerin auf die Interviewsituation. Ebenso kann durch die mündliche Kommunikationsform auf alle Unsicherheiten und Verständnisfragen zwischen befragtem Mädchen und Interviewerin sofort eingegangen werden. Dies trifft vor allem auch für die Gruppe der Mädchen mit Behinderungen und mit Migrationshintergrund zu. Hier musste immer wieder rückgefragt werden, um das Kontextverständnis durch die direkte Interaktion im Leitfadeninterview zu sichern.

Die Vorbereitungen für diese Untersuchung begannen im Wintersemester 2003/04. Zwei Gruppen von Studentinnen erarbeiteten im Rahmen eines Seminars bzw. eines Projekts unter der Leitung von Frau Dr. Mingerzahn die Interviewleitfäden für die Mädchen und die Expertinnen. Die Interviews begannen im Januar und wurden im Juli 2004 abgeschlossen. Sie wurden im Wesentlichen von 5 Studentinnen im Rahmen ihrer Diplomarbeiten durchgeführt und durch Studentinnen aus dem Seminar bzw. Projekt ergänzt.

Auswahlkriterien der befragten Mädchen und Expertinnen

Mädchen

Mädchen in Sachsen-Anhalt sind keine homogene Gruppe. Neben dem Geschlecht sind Alter, Schicht, Ethnie, Region und Behinderung zentrale Kategorien, die Differenzen innerhalb der Gruppe der Mädchen manifestieren. Wir wollten die Mädchen als handelnde Subjekte und als Expertinnen ihrer Lebenswelt in den Mittelpunkt der Untersuchung stellen. Dabei war uns bewußt, dass es „das Mädchen“ nicht gibt, sondern dass sich die Lebenslagen von Mädchen ausdifferenzieren, so das wir eine Vielfalt und Individualisierung weiblicher Lebenslagen vorfinden.

Wir haben 50 Mädchen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren anonym befragt. Von diesen Mädchen leben 16 in einer Großstadt Sachsen-Anhalts, 17 in einer Kleinstadt und 17 im ländlichen Bereich. Dabei haben wir eine möglichst breite regionale Streuung vorgenommen. Vertreten sind Mädchen aus den Landkreisen und kreisfreien Städten Altmarkkreis Salzwe-

del, Anhalt-Zerbst, Aschersleben-Staßfurt, Bördekreis, Halle, Harz, Jerichower Land, Köthen, Magdeburg, Mansfelder Land, Ohrekreis und Stendal.

Befragt wurden 31 Mädchen aller Schultypen zu annähernd gleichen Teilen, sowie 11 Auszubildende und 8 junge Mütter in Elternzeit. Von den befragten Mädchen streben 10 das Abitur an, 26 besuchen bzw. besuchten eine Sekundarschule, 14 Mädchen eine Sonderschule (Lernbehinderten- oder Geistigbehindertenschule). Die Gruppen der Mädchen mit Migrationshintergrund und Behinderung sind mit 9 bzw. 8 befragten Mädchen verglichen mit ihrem Anteil an der Gesamtpopulation der Mädchen überrepräsentiert, da dazu eigene Diplomarbeitsthemen vergeben wurden.

Expertinnen

Bei der Auswahl wurde berücksichtigt, dass die zu befragenden Expertinnen sowohl in koedukativen als auch in mädchenspezifischen Arbeitsfeldern wirken. Die ausgewählten Interviewpersonen sollten Kompetenz, Erfahrung und Voraussicht vereinen, die sie auf Grund ihrer gesellschaftlichen Stellung bzw. ihres Arbeitsfeldes erworben haben.

Um die gewünschte Vielfalt an regionalen, schicht- und altersspezifischen Informationen zu erhalten, wurden 13 Expertinnen aus dem schulischen Bereich und Ausbildungsbereich der Mädchen sowie aus dem Freizeitbereich (Freizeitzentrum, Sport, Musikschule), also offenen und institutionalisierten Arbeitsfeldern, ausgewählt. Ziel war es, eine Vielfalt an lebensweltlichen Perspektiven von Frauen die durch ihr Arbeitsfeld dicht am Erleben und Leben von Mädchen und jungen Frauen im Alter zwischen 12-18 Jahren sind, zu erhalten. Wir haben darauf geachtet, dass die ausgewählten Expertinnen in ihrer Gesamtheit mit Mädchen aller Schultypen arbeiten und somit Einblicke in schichtspezifische Unterschiede der Mädchen gewähren können.

E 2.3 Ergebnisse der Untersuchung

„Jung sein in Deutschland ist keine einheitliche Lebenslage." (14. Shell Jugendstudie, S.17). Das trifft insbesondere für Mädchen und auch in Sachsen-Anhalt zu. Es gibt nicht „das Mädchen", sondern die Lebenslagen von Mädchen differenzieren sich weiter aus. Von zentraler Bedeutung für die Wahrnehmung von Chancen ist das Bildungsniveau. Hier haben Mädchen deutlich aufgeholt, z.T. bei der Schulbildung die Jungen überholt (vgl. 14. Shell Jugendstudie). Die Shell Jugendstudie zeigt auch, dass das Bildungsniveau in Deutschland nach wie vor in hohem Maße „vererbt" wird. (vgl. 14. Shell Jugendstudie). Oder anders formuliert: die Verteilung von Lebenschancen verläuft entlang der Achse soziales Kapital (Bütow 2003), das wesentlich durch das Elternhaus geprägt wird. Der Faktor soziale Ungleichheit hat Einfluss auf alle Lebensbereiche (14. Shell Jugendstudie, 53).

Lebensentwürfe von Mädchen in Sachsen-Anhalt

Bei der Darstellung der Lebensentwürfe wird im Folgenden vor allem auf die Aspekte berufliche Orientierung und Familienvorstellungen der Mädchen eingegangen.

Auch heute noch gilt für die Mädchen in Sachsen-Anhalt das, was Hempel bereits 1995 für die neuen Bundesländer feststellte: ihre Lebensentwürfe sind gekennzeichnet durch das Streben nach ökonomischer Selbständigkeit, nach sinnstiftender Integration in den Erwerbsarbeitsmarkt und nach weitgehend gleichberechtigter Aufteilung von Berufs- und Familienarbeit zwischen den PartnerInnen. Jene Gruppe von Mädchen und jungen Frauen, die ihre Selbstbestätigung im alleinigen Dasein für Mann und Kinder suchen, kommt fast ausschließlich aus Westdeutschland (Hempel 1995). Nach Conen (1995) wollen sich nur drei Prozent der Mädchen und jungen Frauen aus den neuen Bundesländern als Hausfrau und Mutter orientieren (Focks 2000, 80).

Diese Aussagen können wir durch die Befragung der Mädchen bestätigen. Die Mehrheit der von uns untersuchten Mädchen (48 von 50) weist eine hohe Berufsorientierung auf. Überrascht hat uns, dass das für alle von uns untersuchten Untergruppen, unabhängig vom Bildungs- und Migrationshintergrund, für Mädchen mit Behinderungen und auch für die befragten jugendlichen Mütter zutrifft. Wir hatten eine stärkere schichtspezifische Differenzierung vermutet. Deshalb spielen Schule und Berufswahl für die Mehrheit der befragten Mädchen eine zentrale Rolle. Die Mädchen sind sich auch bewusst, welch hohe Bedeutung schulischen Leistungen für eine Berufs- und Studienwahl zukommt.

Die beiden Mädchen, für die der Beruf im Lebenskonzept keine oder eine untergeordnete Rolle spielt, sind jugendliche Mütter, die ihren Schulabschluss an der Lernbehinderten- und Hauptschule nicht geschafft haben. Sie haben ein anderes als das der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewählt. Ein Mädchen bringt es für sich so auf den Punkt: „Ich hätte mit meinem Hauptschulabschluss und den ewigen BV-Jahren sowieso keine Topchancen auf eine Ausbildung. Ein Kind ist doch was Schönes und der Staat braucht doch Kinder. Meine Mutter macht schon die sechste Piddelpaddelumschulung.“ (Berthold: 2004, 14).

Auch Familie besitzt im Lebenskonzept der befragten Mädchen einen hohen Stellenwert, wobei hier unter Familie das Leben mit Kindern verstanden wird. Zu diesem Ergebnis kommt auch die 14. Shell-Jugendstudie: „Weibliche Jugendliche und solche aus den neuen Bundesländern bejahen deutlich häufiger die Frage nach dem Kinderwunsch als dies männliche Jugendliche bzw. solche aus den alten Bundesländern machen.“(14. Shell Jugendstudie, 58) Das Lebenskonzept von Mädchen aus Sachsen-Anhalt und anderen neuen Bundesländern unterscheidet sich damit vom dem westdeutscher Mädchen. Mädchen im Osten Deutschlands geben zu 92% an, dass sie eine eigene Familie möchten, dagegen aber nur 79,2% der westdeutschen Mädchen. (Cornelißen 2002). Hier wird jedoch zugleich sehr deutlich, dass

die jüngeren ostdeutschen Frauen sich nicht in die Familie zurückdrängen lassen. So ist auch das Interesse an Gleichberechtigung in den neuen Bundesländern bemerkenswert hoch: 72 % der Mädchen und jungen Frauen meinen, es sei bisher für die Gleichberechtigung zu wenig getan worden. In Westdeutschland äußerten dies dagegen 57,4% der weiblichen Jugendlichen (Meier 1993, 9. Jugendbericht in Heiliger 1998).

Wie Focks ausführt, ist der Kinderwunsch nach wie vor in allen Schichten hoch (Focks 2000, 81) Das konnten wir auch in unseren Interviews feststellen. Allerdings bilden sich hier in der Umsetzung schichtspezifische Unterschiede heraus. Dazu mehr im Kapitel E 2.3.

Festzustellen ist ein hohes Autonomiebestreben von Mädchen aller Schichten. Weibliche Jugendliche verlassen frühzeitiger das Elternhaus. „So leben von den 18- bis 21- jährigen Jugendlichen nur noch 71 % der weiblichen , aber immerhin 81 der männlichen Jugendlichen bei ihren Eltern. Dieser Trend setzt sich auch bei den Jugendlichen im Alter zwischen 22 und 25 fort.“ (14. Shell Jugendstudie, 56) Zwischen Schülerinnen und Schülern verschiedener Schulformen gibt es keine gravierenden Unterschiede. (14. Shell Jugendstudie, 56)

Entgegen unserer Vorannahmen, dass die Generation der Mütter der Mädchen nicht mehr durchgängig als Leitbild fungiert, sondern dass es Brüche zwischen den Generationen gibt, haben uns die Ergebnisse der Interviews überrascht. Eltern wurden von den Mädchen am häufigsten als Vorbilder genannt. Hierbei spielten die Mütter als Leitbild die Hauptrolle! Erst danach stehen Sängerinnen und Musikerinnen als Vorbilder auf der Liste der Mädchen, gefolgt von weiblichen Verwandten und Schauspielerinnen. Eine Ausnahme bilden hier die Mädchen mit Behinderungen. Von ihnen werden mehrheitlich Medienstars als Vorbilder benannt (Grünberg 2004). Bei näherer Betrachtung aller genannten Vorbilder fällt deutlich auf, dass die Mädchen sich hauptsächlich an Angehörigen des eigenen Geschlechts orientieren, sich also eher mit weiblichen Idolen identifizieren können. So stehen 71% weibliche Vorbilder im Verhältnis zu 29% männlichen Vorbildern. Überrascht hat uns, dass speziell Mütter als Vorbilder von der Gruppe der Gymnasiastinnen nicht erwähnt wurde. Hier deutet sich eine Schichtspezifik an, die Fragen danach aufkommen lässt, ob sich Gymnasiastinnen stärker abgrenzen, womöglich von größerem Selbstbewusstsein gesprochen werden kann und ob mit höherem Bildungsgrad steigender Verzicht auf Vorbilder bzw. Leitbilder erwartet werden kann? Die jugendlichen Mütter lehnen Vorbilder mehrheitlich ab.

Auch die Expertinnen benennen Mütter und Lehrerinnen (10 von 13 Nennungen) als die wesentlichen Vorbilder für die Mädchen. Weitere wichtige Vorbilder sind Medienstars, die von 8 der 13 Expertinnen benannt wurden. Allerdings unterscheiden die Mädchen nach Aussagen der Expertinnen deutlich zwischen medialer Traumwelt und Realität. Der Realitätsbezug, also letztlich das Vorbild der Mütter, spielt bei der Entscheidungsfindung eine dominante Rolle.

Zusammenfassend lässt sich aus den Interviews der Mädchen entnehmen, dass wir in ihrem Lebensentwurf eindeutig das Vereinbarkeitskonzept von Beruf und Familie wieder finden, sie wollen beides: Beruf und Familie, wobei in dieser Lebensphase mehrheitlich der beruflichen Orientierung der Vorrang gegeben wird. Zu beachten bleibt hier, dass laut der MODRUS-Studie (2004) 46,3% der befragten sachsen-anhaltinischen Mädchen die Chancen für eine berufliche Entwicklung eher negativ sehen.

Mädchen sein in Sachsen-Anhalt: Vorstellungen der Mädchen von der eigenen Geschlechterrolle

In diesem Kapitel gehen wir den Fragen nach, wie sich die Mädchen selbst sehen und was sie mit Mädchen sein assoziieren. Wir erhielten von den Mädchen als Antworten ein Angebot an Themen, die sich wie folgt strukturieren lassen:

- Selbstbewusstsein, Gleichberechtigung
- Klischees, Auseinandersetzung mit Vorurteilen
- Körperliche Entwicklung, Pubertät
- Mode
- Schwangerschaft, Familie, Zukunft.

Selbstbewusstsein, sich behaupten, die Thematisierung von Gleichberechtigung spielen in den Antworten der Befragten eine wichtige Rolle. Die folgenden beiden Zitate sollen zeigen, dass es bei Mädchen sowohl den Wunsch als auch die Überzeugung gibt, dass Mädchen die gleichen Möglichkeiten und Chancen wie Jungen besitzen:

> *„Mädchen können genauso gut auch Fußball spielen, halt auch ihre Freiheiten leben, auch die Berufe der Jungs lernen und nicht nur die Jungs.„*(S10)

> *„Mädchen sein heißt für mich, versuchen ich selbst zu sein, versuchen, mich zu behaupten in einer Welt, die leider manchmal immer noch in den Köpfen mancher Menschen von Männern regiert wird, oder wo Männer sozusagen bevorteilt sind, bevorzugt*.“ (S22)

Andere Mädchen setzen sich in ihren Antworten eher mit Klischees und Vorurteilen auseinander*:*

> *„Mädchen sein ist scheiße. Da hat man nur Probleme und wird schnell abgestempelt, zum Beispiel wenn man viele Freunde hatte.“* (L24)

Mädchen beschäftigen sich auch mit der eigenen Pubertät und der damit verbundenen körperlichen Entwicklung. Angesprochen werden z.B. das Thema Figur („sich zu dick fühlen“) und Menstruation („Ich könnte meine verfluchen“). Beides wird negativ bewertet. Ein Zitat soll zeigen, wie intensiv sich die Mädchen mit der eigenen Entwicklung, aber auch der der Jungen auseinandersetzen:

> *„Mit dem Körper klarkommen. Was haben die Jungs? Was haben wir? Ja, das find' ich ziemlich ungerecht verteilt. Ich finde, wir Mädchen haben es vom Körper schwerer, und die Jungs haben's aber von der Psyche her schwerer in der Pubertät.“* (S23)

Das im vorangegangenen Themenbereich bereits angesprochene Aussehen wird von einigen Mädchen vertieft. Mädchentypisch finden sie das Thema Mode, „auf das Äußere zu achten“, „shoppen gehen“. Ein Mädchen sagt dazu, wichtig sei am Mädchen sein,

> *„ja, eigentlich nicht so schlampig rumlaufen, also vernünftige Klamotten tragen und so*.“ (L7)

Verbunden mit der eigenen Geschlechtsrolle ist jedoch auch der Blick in die Zukunft, die Aussicht aufs „Frau sein“. Hierbei werden Vorstellungen über die persönliche Lebensplanung bezüglich Schwangerschaft und Familie bzw. Partnerschaft geäußert.

> *„Mädchen sein heißt für mich was ganz Besonderes sein. Also weil man als Mädchen oder als Frau irgendwann wieder einem Menschen Leben schenken kann. Ich finde das ist eine ganz tolle Aufgabe, die sich die Natur da für eine Frau ausgedacht hat und finde das ziemlich schön, dass das irgendwann mal vielleicht so sein wird.“*(S22)

Im Zuge der Expertinnenerhebung konnte festgestellt werden, dass besonders jüngere Mädchen ihre Geschlechtsrolle eher wenig reflektieren und thematisieren. Der Großteil der Mädchen und jungen Frauen ist den befragten Personen zufolge zufrieden mit der Geschlechtszugehörigkeit. Die Heranwachsenden weiblichen Geschlechts zeigen sich selbstbewusst, achten sehr auf Äußerlichkeiten und präsentieren sich gern. Obwohl sie im Kontext der Herkunftsfamilie eine Benachteiligung durch ihre Geschlechtszugehörigkeit auf Grund der Verteilung der Familien- und Hausarbeit annehmen könnten, gibt es seitens der Expertinnen eher Hinweise darauf, dass die Mädchen und jungen Frauen diese Verantwortung zum Teil gern übernehmen und selten kritisch hinterfragen.

> *„Also wenn kleinere Geschwister da sind, denk ich wern Mädchen wesentlich häufiger, wenn dann die Wahl ist, eingesetzt zum Aufpassen. Auch für häusliche Arbeiten. Also da spielt das Rollenklischee noch ne große Rolle. […] Wobei Mädchen das auch ernster nehmen. Also die wolln's dann auch so'n Stück perfekt machen.“*(S12)

Die Expertinnen nehmen auch schichtspezifische Unterschiede zwischen den Mädchen wahr. Um so niedriger der Bildungsabschluss, um so eher nehmen Mädchen tradierte Geschlechterrollen auf und setzen diese fort. Mit steigendem angestrebtem Bildungsabschluss werden Mädchen selbstbewusster und schreiben sich traditionelle Geschlechterrollen weniger zu. Sie wollen selbständig und autonom leben und ihr Leben gestalten.

Bedeutung der Schule im Lebenslauf und für die Lebenswegplanung

Wie schon erwähnt, wird eine gute schulische Bildung als Voraussetzung die Verwirklichung des eigenen Lebenskonzepts angesehen. Sie nimmt für die Mehrzahl der Mädchen einen wichtigen, wenn nicht den wichtigsten Platz in den Lebensbereichen ein. In der Befragung der 31 Schülerinnen ging es vorrangig um die Fragen, was ihnen in der Schule gefällt oder nicht gefällt, ob sie Formen der Mitbestimmung kennen, für wie wichtig sie Zensuren halten und welchen Abschluss sie anstreben. Vergleichend dazu wurden Expertinnen gebeten ein-

zuschätzen, welche Bedeutung der Lebensraum Schule für Mädchen hat, was den Mädchen gefällt und was ihnen Probleme macht. Da während der Landesmädchenkonferenz am 25. Juni 2004 in fast jedem der 8 angebotenen Workshops durch die teilnehmenden Mädchen das Thema „Schule„ eingebracht wurde, haben wir im Nachklang die Workshopleiterinnen gebeten, schriftlich darzustellen, welchen Schwerpunkt die Diskussionen hatten, wie Schule eingeschätzt wurde und ob Formen der Mitbestimmung diskutiert wurden. Fünf Frauen schickten uns entsprechende Stellungnahmen. Die folgende qualitative Auswertung stützt sich auf diese drei Befragungen und die im Literaturverzeichnis benannten Quellen.

Der Anteil der Schülerinnen in den verschiedenen Schulformen in Sachsen-Anhalt ist ähnlich dem Bundestrend sehr unterschiedlich. Im Schuljahr 2002/2003 lernten an den Sekundarschulen unseres Landes 47% , an den Gymnasien 57 % und an den Sonderschulen 37 % Mädchen (vgl. Genderreport Sachsen-Anhalt 2003, S. 317). Laut MODRUS III nahm die Zufriedenheit der Mädchen mit ihren Leistungen und mit den LehrerInnen ab. Trotzdem fühlen sich 47,8 % der Mädchen wohl in der Schule, sie honorieren, dass die LehrerInnen sich Mühe (49%) geben. Gleichzeitig gibt ein großer Teil der Mädchen an, dass sie sich von den LehrerInnen nicht verstanden fühlen (41,1%) (vgl. MODRUS III, Frage 20).

Tab. E11: MODRUS-Studie: Zufriedenheit der befragten Mädchen mit der Schule in Prozent

Ich bin sehr zufrieden und zufrieden	1997	2000	2003	
	gesamt	gesamt	gesamt	Mädchen
Mit meinen Leistungen in der Schule	47	40	42	43,8
Mit meinen Lehrern	39	36	34	33,9

Vgl. MODRUS III Sachsen-Anhalt 2003, Kap.2, Frage 20

Interessant ist, das laut MODRUS im Vordergrund der Schule das Zusammensein mit FreundInnen steht. So kreuzten 77,9 % der Mädchen die Frage „Ich habe an der Schule gute Freunde„ mit stimmt ganz genau/ überwiegend an (vgl. MODRUS III, Frage 20). Dieser Aspekt der Nutzung der Schule als Treffpunkt unter Gleichaltrigen wird durch die Interviews mit den Expertinnen bestätigt. Sie haben durchweg den Eindruck, dass Schule als Ort begriffen wird, an dem Beziehungen geprobt, gepflegt und aufgebaut werden. Bei den befragten Mädchen ist diese eindeutige Festlegung auf die Peergroup nur ein Punkt unter mehreren. Allerdings taucht er bei den Sekundarschülerinnen und Gymnasiastinnen auf. Darüber hinaus wurden von Sekundarschülerinnen auf die Frage, was ihnen gefällt, der gute Kontakt zu LehrerInnen und bestimmte Fächer/ Lieblingsfächer mehrfach genannt. Einige Mädchen konn-

ten nichts benennen, andere Sekundarschülerinnen benannten Punkte wie „Gute Frage. Nachmittags frei. Ausfall."(S5) oder „Dass es Pausen gibt" (S6). Häufig begannen die Schülerinnen schon bei der Beantwortung dieser Frage mit der Aufzählung von Dingen, die ihnen nicht gefallen.

Bei den Antworten der Gymnasiastinnen steht die gute Atmosphäre im Mittelpunkt. Benannt wurden hier die Vielzahl schulischer Aktivitäten, das gute Verhältnis zu den LehrerInnen, die Überschaubarkeit einer kleineren Schule und das Schulumfeld (viel Grün, Rasen, Bänke, Cafeteria, Park).

> *„Also gefallen tut mir, wie viele schulische Aktivitäten es gibt, aber die kann man halt nicht machen, weil halt die Zeit fehlt. Und och wenn Du in K. wohnst…dann ist das scheiße. Weil…Du musst ja irgendwie hinkommen und och wieder zurückkommen und später fährt keen Bus mehr…und ich komme halt och immer dreiviertel vier nach Hause. Immer. Und gut gefällt mir unter anderem, ja also…manche Verhältnisse zu`n Lehrern…also manche sind och schlecht…also ich versteh mich zum Beispiel mit einigen Lehrern och nicht unbedingt und die sich mit mir och nicht, aber das juckt mich halt nicht."*(G2).

Die befragten Mädchen aus den LB- und GB-Schulen stellen deutlich das äußere Schulumfeld (Spielplatz, Schaukel, Sport) und das Verhältnis zu den LehrerInnen in den Mittelpunkt ihrer Antworten.

Die Mädchen antworteten sehr deutlich und umfassender auf die Frage, was ihnen an der Schule nicht gefällt. Unter den Sekundarschülerinnen werden vorrangig Stress und die Methodik im Unterricht benannt. Die befragten Gymnasiastinnen kritisieren vor allem Äußerlichkeiten, wie fehlende Behindertengerechtigkeit, alte, kaputte oder farblose Schulgebäude bzw. Container. Darüber hinaus werden mit drohenden Schulschließungen verbundene Ängste deutlich. Ein Mädchen kritisierte die Unsicherheiten aufgrund der unterschiedlichen politischen Interessen von Regierungsparteien und Opposition. Die Schülerinnen der Sonderschulen halten sich mit der Kritik zurück. Nur ein Mädchen stört der deutlich sichtbare Status der Schule:

> *„Naja, das vorne eben unser Schild ist, wo denn drauf steht: Lernbehindert, man wird ja denn immer doch noch ein bisschen runter gelabert und so*."(O5)

Eine Expertin stellte in der Arbeit mit den Mädchen fest, dass

> *„Der Lebensbereich Schule nicht in Frage gestellt, sondern als gegeben hingenommen [wird]. Schule wird eher negativ bewertet. Es wird nicht mehr gefragt, was ich selbst tun kann, sondern was andere tun können*."(L4)

Der MODRUS-Studie ist zu entnehmen, dass 93,2 % der dort befragten Mädchen sich in ihrer Zukunft eine harmonische Familie oder Partnerschaft wünschen. Gleichzeitig schätzen 81,3 % der Mädchen eine berufliche Karriere in ihrem Werdegang für sehr wichtig/ wichtig ein. Die Bewertung der eigenen Chancen allerdings ist mit 46,3% für eine berufliche Entwicklung eher negativ zu sehen.

Tab. E12: MODRUS-Studie: Bewertung der Zukunft durch die befragten Mädchen, in Prozent

Positive Chancen/ eher positive Chancen	2000	2003	
	gesamt	gesamt	Mädchen
Persönliche Entwicklung	64	58,6	53,1
Berufstätigkeit	58	51,8	46,3
Politische Mitbestimmung	25	19,1	15,0

Vgl. MODRUS III Sachsen-Anhalt 2003, Anhang B

Laut Auswertung in der MODRUS-Studie sehen die Schülerinnen für sich selbst weitaus geringere Chancen, was u.a. auf eine frühzeitige Wahrnehmung der vorhandenen Chancenungleichheit von Frauen hinweist.

Die durch uns befragten Expertinnen beschreiben zum großen Teil, dass den Mädchen mit zunehmenden Alter bewusst wird, dass sie Leistungen bringen müssen, um ihr Lebensziel umzusetzen. Allerdings ist hier eine Differenzierung unter den Mädchen nach besuchter Schulform sinnvoll. Eine Expertin, die vorrangig mit Gymnasiastinnen arbeitet, meint

> *„...diese Mädchen haben schon recht konkrete Vorstellungen, was sie praktisch mit ihrem Leben anfangen wollen, was sie studieren wollen, wohin sie gehen wollen und so weiter und nehmen das wirklich als Wichtigstes..."*

Im Sekundarschulbereich scheinen die Mädchen, nach Einschätzungen der Expertinnen, aufgrund ihrer Wahrnehmungen aus dem direkten Lebensumfeld unmotivierter zu sein. Alle befragten Mädchen geben, unabhängig vom besuchten Schultyp, an, dass gute Zensuren wichtig sind. Die meisten begründen ihre Aussage mit den daraus resultierenden Zukunftschancen.

Auch über den zu erreichenden Abschluss hat ein Großteil der Mädchen klare Vorstellungen. Im Sekundarschulbereich wissen 10 der 11 befragten Mädchen mit welchem Abschluss sie die Schule verlassen möchten und von den 10 befragten Gymnasiastinnen wollen 9 das Abitur ablegen. Im Sonderschulbereich weiß nur das eine Mädchen, dass direkt vor dem Abschluss steht, welchen sie erreichen wird.

Beschrieben wird in diesem Zusammenhang von den Expertinnen, dass sie Mädchen aller Schulformen erleben, die unter Erfolgsdruck stehen oder sich selbst unter diesen Druck setzen.

> *„Es waren Mädchen also aus dem Gymnasium. Und hier hab ich gemerkt, dass sie sich total unter Stress setzen. Das sie unter Erfolgszwang, das war das Wort, was ich gesucht habe, dass sie sich selbst ständig unter Erfolgsdruck setzen. Sie haben nicht nur in der Schule gut aufgepasst, sondern sie haben täglich sozusagen ihre Hausaufgaben akribisch erledigt. Haben daneben noch ehrenamtliche Arbeit im Rahmen des Schulsystems geleistet und dann auch noch kulturell-künstlerische Arbeit geleistet, was ja auch mit Nachdenken und Auswendiglernen und Spielen und so weiter zu tun hat"* (E2)

Bei den befragten Mädchen spielte diese Erfolgsstress scheinbar eine nebengeordnete Rolle. Hier müsste konkret nachgefragt werden.

Mädchen machen sehr unterschiedliche Erfahrungen im Umgang mit ihrem Meinungen. Eine Expertin beschreibt z.B. dass Mädchen zwar in Gremien mitwirken, aber „Das Gefühl der Mitbestimmung hatten sie nicht - letztendlich entscheiden andere." (L4). Daneben steht das Auftreten der Schule

> *„Die meisten Schulen versuchen ja immer noch, das nach außen zu deckeln, damit se einfach ihre Anmeldungszahlen haben ja. Und ich glaube das ist ein Problem. Das hör ich häufiger. Von Mädchen, das die sagen, sie haben das irgendwo angesprochen und die Lehrer wollten das aber nicht, sich nicht damit beschäftigen."* (E6)

Trotzdem ist es den Mädchen aber scheinbar wichtig, den LehrerInnen mitzuteilen, wie sie sich fühlen und wie es ihnen geht. Den Aussagen der Expertinnen ist zu entnehmen, dass sich Unterschiede in der Nutzung von Mitbestimmungsmöglichkeiten immer wieder als soziale Differenzen erweisen.

> *„Da sind Riesen Defizite. Äh und wenn es ein Problem gibt, dass mit Worten zu klären. Also Redebedarf, auf denjenigen zugehen. Gut sie habens nicht gelernt also können sie's nicht."* (E 10)

Von den Expertinnen wird die Funktion der Klassensprecherin eher als demokratische Alibifunktion angesehen. Mit zunehmendem Alter der Mädchen nimmt ihrer Erfahrung nach die Bereitschaft ab, eine solche Funktion zu übernehmen, weil sie als „Pausenjob" angesehen wird, der soziale Kontakte zu den Gleichaltrigen verhindert oder sie die Zeit für eigene Interessen kostet. Außerdem bringt eine solche Funktion häufig Konflikte mit MitschülerInnen mit sich, da sie selbst angehalten sind, in Konflikten zwischen MitschülerInnen oder SchülerInnnen und LehrerInnen zu vermitteln. Besonders aus der Praxis heraus, erscheint sich die These zu bestätigen, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten in Schulklassen mit steigender Schulhierarchie abnehmen. Vor allem Expertin S9 differenziert diesbezüglich auch sehr deutlich die Wahrnehmung von Partizipation in Abhängigkeit von der Bildungsschicht der Mädchen und jungen Frauen. Die Tatsache, dass mit höherer Bildungsschicht eine steigende Beteiligung in der Schule, aber auch im Ort und Freizeitbereich einhergeht, wird, wenn auch für den Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeiten und politisches Interesse durch den 11.Kinder- und Jugendbericht bestätigt: „Ein politisches Interesse ist in fast allen Untergruppen (Alter, Geschlecht, Bildung) des DJI-Jugendsurvey zu finden. Es steigt mit dem Alter und mit dem Bildungsstand." (11.Kinder-und Jugendbericht:2002, 194). Ein grundsätzlicher Zusammenhang zwischen Bildungsschicht und aktiver Beteiligung von weiblichen Kindern und Jugendlichen in unterschiedlichen Institutionen lässt sich jedoch, auch bei unterschiedlichen Partizipationsbereichen, in den ähnlichen Resultaten erkennen. Beliebt sind laut vier Expertinnenangaben die im Kontext von Schule durchgeführten Freizeitaktivitäten, von denen als Beispiele Schulfeste, Klassenfahrten, Projekte und Schülerzeitung benannt wurden.

Die 31 befragten Schülerinnen der drei Schulformen kennen Möglichkeiten der Mitbestimmung in der Schule. Einige sind in schulinternen Gremien engagiert (Klassensprecherin, Stellvertreterin, Schulsprecherinnen), andere lehnen diese Mitwirkung bewusst ab. Interessant ist, dass Gymnasiastinnen den Zeitaufwand und die Verantwortlichkeit in der Funktion der Klassensprecherin als sehr hoch einschätzen und das als Grund für ihre Nichtbeteiligung aufzeigen. Auffallend ist die Auswahl der Themen, bei denen sie mitbestimmen können bzw. die Möglichkeit der Mitbestimmung nutzen. Im Sekundarschulbereich stehen Ziele von Wandertagen und Klassenfahrten oder die Gestaltung von Klassenfeiern u.ä. im Mittelpunkt. Ähnlich gestaltet sich die Mitbestimmung im Gymnasium. Auch hier geht es weniger um grundlegende schulische Fragen. Der 11. Kinder- und Jugendbericht kommt zu dem Schluss, dass sich die Umsetzung von Partizipation in der Institution Schule schwierig gestaltet. „Für den Alltag wird allerdings immer wieder beklagt, dass Schülerinnen und Schüler tatsächlich nicht am Prozess der inneren Schulentwicklung partizipieren.„ (11.Kinder- und Jugendbericht:2002, 194). Gleichzeitig wird im 11.Kinder- und Jugendbericht die Forderung Müllers zitiert (ebd.), die auch von den Expertinnen kritisierten geringen Beteiligungsangebote für Schülerinnen an der Gestaltung von Unterrichtsformen und Unterrichtsinhalten (ebd.) auszuweiten.

Der Institution Schule, die eigentlich alle Heranwachsenden erreichen kann, kommt bei der Entwicklung partizipatorischer Kompetenzen eine herausragende Bedeutung zu, die auch im 11. Kinder- und Jugendbericht schon angemahnt wurde: „Im Unterschied zur Jugendarbeit und zu außerschulischen Bildungsangeboten, für die die Freiwilligkeit der Teilnahme konstitutiv ist, erreicht Schule alle jungen Menschen und hat deshalb einen besonderen Auftrag, Beteiligungschancen zu eröffnen, die hierfür erforderlichen Kompetenzen zu fördern und Demokratie praktisch erfahrbar zu machen.“ (11.Kinder- und Jugendbericht: 2002, 194). Die Institution Schule, die durch das gesellschaftlich gewachsene Schüler-Lehrer-Verhältnis geprägt ist, braucht nicht bessere Schüler, sondern motivierte Lehrer, die ein Menschenbild internalisiert haben, welches durch Akzeptanz, Kongruenz und Empathie bestimmt wird und dadurch befruchtende bilaterale Teilhabe ermöglicht. Um in den Schulen Sachsen-Anhalts ein demokratischeres Klima unter allen Beteiligten zu fördern, bedarf es deshalb äußerst motivierter Multiplikatoren, welche die Vorteile einer Atmosphäre, die von gegenseitigem Verständnis und Anerkennung geprägt ist in die Institutionen zu tragen und für deren Umsetzung zu sorgen.

Im Vorfeld der Studie waren uns der Stellenwert und die Auswirkungen von Mobbing und Gewalt an Schulen nicht so klar. Daher haben wir weder den Mädchen noch den Expertinnen entsprechende Fragen gestellt. Die häufige Benennung dieses Problembereichs durch die befragten Expertinnen verlangt allerdings Beachtung. 9 der befragten 13 Expertinnen

haben unabhängig voneinander in der Einschätzung der Schulsituation die Themenfelder Ausgrenzung, Mobbing und Gewalt angesprochen. Benannt wurden die

- Diskriminierung von Mädchen durch Jungen
- Diskriminierung von Mädchen durch Mädchen
- Hänseleien
- Mobbing
- Leichte körperliche Gewalt untereinander

Während der Landesmädchenkonferenz wurde im Workshop „Krieg und Gewalt„ durch die Mädchen der Sekundarschulen immer wieder der Fokus auf den Lebensbereich Schule gelegt. Schwerpunkte der Diskussionen waren „Gewalterfahrungen in der Schule (Mobbing, seelische Verletzungen durch Lehrer, Lieblingsschüler), durch Klassenkameraden und Freundinnen. Aber auch Erfahrungen wurden erzählt, wo Lehrerinnen aggressiv Schülerinnen gegenüber auftreten (z.B. Anschreien oder auf die Eselsbank setzen). Schule wurde mehrheitlich als Ort der Demütigung und Angst beschrieben. Lehrer haben oft keine Zeit, oder nehmen sie sich nicht, wenn Schüler Probleme signalisieren.“ (L1)

Die befragten Mädchen haben das Themenfeld Ausgrenzung, Mobbing und Gewalt in ihrer Beantwortung der Fragen zur Schule kaum einfließen lassen. Lediglich vier Mädchen aus allen Schulformen haben unter dem Aspekt, was ihnen nicht gefällt, konkrete Gewalterfahrungen benannt.

In der MODRUS-Studie ist nachzulesen, dass SekundarschülerInnen eher zu gewalttätigem Verhalten und weniger zu friedlichen Konflitktlösungen neigen als Gymnasiastinnen und Mädchen eher eine friedliche verbale Streitbeilegung befürworten.

Tab. E13: MODRUS-Studie: Aussagen der befragten Mädchen zu Gewalt, in Prozent

Stimmt ganz genau/ überwiegend	Gesamt	Mädchen
Man braucht Gewalt im Leben	25,6	20,5
Lehne Gewalt ab	60,3	68,9
Wenn wütend, dann Gewalt	27,4	21,4
Streit mit Worten austragen	70,4	80,0
Friedliche Menschen „Weichei„	10,3	7,2

Vgl. MODRUS III Sachsen-Anhalt 2003, Anhang B

Berufswahlverhalten der Mädchen

Wir haben festgestellt, dass die beruflicher Perspektiven im Lebensentwurf fast aller von uns befragten Mädchen den höchsten Stellenwert einnimmt. Eine Ausnahme bilden 2 von 50 Mädchen. Das sind zwei 17jährige Mütter, die spätestens mit der Entscheidung für die Mutterschaft ein anderes Lebenskonzept für sich gewählt haben, dazu an anderer Stelle mehr.

Alle anderen Mädchen benennen eine berufliche Perspektive als wichtigstes unmittelbares Lebensziel. Sie wollen einen Beruf erlernen und darin arbeiten. Das trifft für alle von uns untersuchten Untergruppen zu: alle Schultypen, Mädchen mit Behinderungen oder Migrationshintergrund und mehrheitlich auch für die minderjährigen Mütter.

Auch nach den Aussagen der Expertinnen wollen die Mädchen in Sachsen-Anhalt erst und vor allem einen Beruf erlernen. Der Abschluss einer Berufsausbildung oder eines Studiums steht derart im Vordergrund, dass einige Expertinnen von zuviel des Guten sprechen.

Wir fragten, welche Berufe Mädchen ergreifen möchten, welche Traumberufe sie haben. Aus Studien geht hervor, dass Mädchen und Jungen geschlechtsspezifisch Berufe wählen. Es wird vom eingeschränkteren Berufswahlspektrum von Mädchen bzw. jungen Frauen gesprochen, welches sich bereits im frühen Jugendalter ausprägt, d.h. 54% der Mädchen konzentrierten sich in ihrer Berufswahl auf eine Bandbreite von nur 10 Ausbildungsberufen. In Sachsen-Anhalt schlüsselte sich diese Hitliste für das Jahr 2003 wie folgt auf:

Die 10 am häufigsten von Mädchen nachgefragten Ausbildungsberufe in Sachsen-Anhalt

1. Bürokauffrau
2. Kauffrau im Einzelhandel
3. Verkäuferin
4. Arzthelferin
5. Hotelfachfrau
6. Friseurin
7. Verwaltungsfachangestellte
8. Bankkauffrau
9. Köchin
10. Restaurantfachfrau

Quelle: Gender-Report 2003

Unsere Studie unterstreicht diesen Befund. Hiernach hegen Mädchen Berufswünsche vorrangig im Bereich der traditionellen Frauenberufe. Dies äußerten 64% der befragten Mädchen ohne Behinderung, bei den Mädchen mit Behinderung waren es 75%. Dieser Zuwendung zu traditionell weiblichen Berufen liegt laut Lischka (2004), durchaus rationales Verhalten zugrunde, das der Kenntnis des ostdeutschen Arbeitsmarktes geschuldet interpretiert werden kann. Studentinnen haben nach der Wende erlebt, dass mehr Ingenieurinnen und Naturwissenschaftlerinnen als ihre männliche Kollegen in berufs- und qualifikationsfremde Berufsfelder wechseln mussten. Sie rechnen sich deshalb in Natur- und Ingenieurwissenschaften kaum Chancen aus. Es ist davon auszugehen, dass dies nicht nur für Studentinnen

und Gymnasiastinnen, sondern auch für Mädchen anderer Schulformen zutrifft, bedarf aber weiterer Untersuchungen.

Mädchen und junge Frauen in Sachsen-Anhalt sind durch die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse und Probleme wie z.B. anhaltend hohe Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Die Lebensmuster von Mädchen und Frauen, so die Sachverständigenkommission zum neunten Jugendbericht, zerbrechen häufig an den neuen Verhältnissen (1995). Von allen Untergruppen der im Rahmen der 12. Shell-Studie (1997) befragten Jugendlichen, sind es daher auch vor allem Mädchen und junge Frauen in Ostdeutschland, die zu fast zwei Dritteln gemischte Gefühle in Bezug auf die eigene Zukunft äußern. (Focks: 2000, 81). Wie stark gesellschaftlich-strukturelle Benachteiligungen die Lebensplanung von Mädchen und jungen Frauen beeinflussen und ihre Lebensentwürfe behindern, wird deutlich an dem nach 1989 feststellbaren dramatischen Geburtenrückgang. Obwohl der Kinderwunsch nach wie vor hoch war und ist, ging die Geburtenquote nach dem Vereinigungsprozess um 70 Prozent zurück (Conen 1995).

Die hohe Berufsorientierung und Motivation der Mädchen wird nicht allein durch Arbeitsmarktsituation eingeschränkt. Sieben von 13 Expertinnen gaben vor allem Beschränkungen im Leistungsvermögen der Mädchen an. Mädchen müssen ihre Wünsche nicht nur auf Grund der Ausbildungs- und Arbeitsplatzlage, sondern auch durch die dem Berufsziel nicht gewachsenen schulischen Leistungen der Realität anpassen. Besonders bei den lernbehinderten Mädchen sehen die Expertinnen Schwierigkeiten, ihren Traumberuf in der Realität umzusetzen.

Bedeutung von Partnerschaft und Kindern in der Lebensrealität der Mädchen

Während in den Lebenskonzepten der Mädchen der Wunsch nach einer weitgehend gleichberechtigter Aufteilung von Berufs- und Familienarbeit zwischen den PartnerInnen vorhanden ist, sieht die gelebte Realität der Mädchen anders aus. Hier öffnet sich ähnlich wie bei der Lebensperspektive Beruf eine Schere entlang der Achse soziales Kapital, diesmal jedoch in entgegengesetzter Richtung. Während die Mädchen mit einem hohen Bildungsabschluss zwar einen Wunsch nach Partnerschaft und Kindern angeben, wird er in der Lebensrealität jedoch in der Biographie weiter nach hinten verlagert. Die Gruppe der Mädchen, die sich ihren Wunsch nach Kindern bereits in jugendlichem Alter erfüllte, stammte bei den von uns Befragten ausschließlich aus einem Milieu mit niedrigem Bildungshintergrund. Diese beiden „Extremgruppen“ auf dem Kontinuum Familie und Beruf wollen wir uns getrennt voneinander näher ansehen.

Hohe Bildungsaspiration

Zu dieser Gruppe gehören sowohl die Gymnasiastinnen als auch gute und sehr gute Sekundarschülerinnen, einige der befragten Mädchen mit Behinderung (diese Gruppe wird hier ausgeklammert und an anderer Stelle gesondert betrachtet) außerdem die Gruppe der von uns befragten Mädchen mit Migrationshintergrund. In der letztgenannten Gruppe ergab sich der Fakt durch eine doppelte Positivauslese. Wir haben, da es um das Thema Ab- und Zuwanderung ging, nur Mädchen mit einer hohe Bleibeperspektive interviewt, d.h. Mädchen mit unbefristetem Aufenthaltsstatus, Aussiedlerinnen, Mädchen aus binationalen Familien (beide letztgenannten Gruppen rechtlich deutsche Mädchen). Zum anderen ergab sich eine Positivauslese daraus, dass es in bestimmten Gruppen der Mädchen mit Migrationshintergrund eine hohe Verweigerungsquote der Mädchen oder ihrer Eltern bei den Interviews gab. Das traf besonders auf die vietnamesischen Mädchen zu. Neben diesen von uns interviewten Mädchen gibt es natürlich auch Mädchen mit Migrationshintergrund, die geringe Bildungsaspirationen ausweisen.

Bei der befragten Gruppe fiel bereits bei der Frage nach einem festen Freund eine schichtspezifische Verteilung auf. Während die Gymnasiastinnen und die Mädchen mit Migrationshintergrund bis auf eine angaben, keinen Freund zu haben und das auch von den Expertinnen bestätigt wurde, zeichneten sich bei den Sekundarschülerinnen große Differenzen ab. Während auch hier eine Gruppe von Mädchen angab, keinen Freund zu haben, gab es eine andere Gruppe, die sehr beziehungsorientiert ist. Die Expertinnen schätzten ein, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Bildungsstand der Mädchen gibt. Je niedriger der Bildungshintergrund der Mädchen ausfällt, desto stärker zeichnet sich eine Orientierung auf Partnerschaft und Kinder ab.

Die Aussagen der von uns befragten Gymnasiastinnen zum Thema Heirat und Partnerschaft waren zumeist sehr vage, Partnerschaft und Kinder wurden zwar gewünscht, aber die Realisierung weit hinausgeschoben. Zwar findet sich im Lebensentwurf der 12- bis 18-jährigen Gymnasiastinnen der Wunsch Familie und Beruf, die Prioritäten werden in dieser Lebensphase jedoch eindeutig auf Schule und Beruf gesetzt.

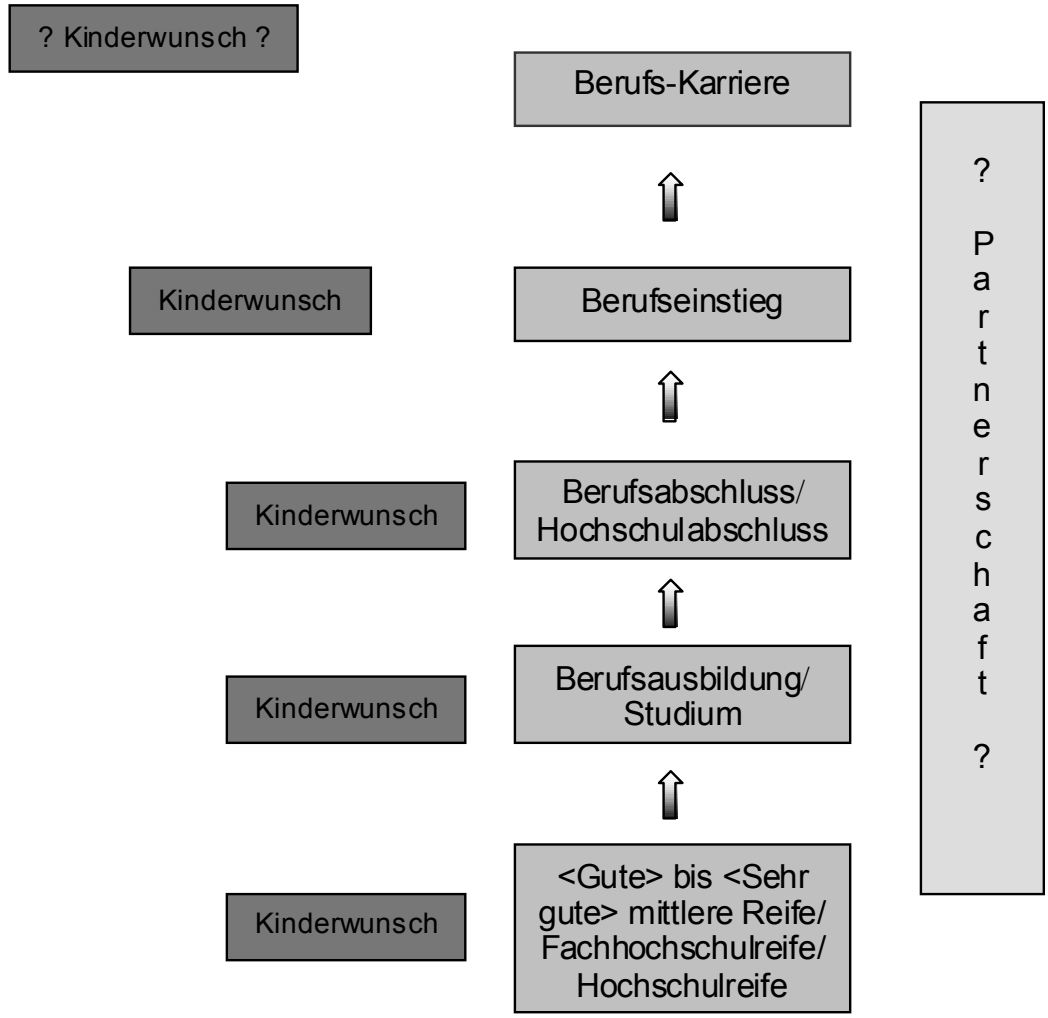
Die Ursache dafür, warum Gymnasiastinnen kaum feste Partnerschaften eingehen, wurde von den Expertinnen mit dem knapp bemessenen Zeitkontingent dieser Mädchen begründet. Hier erfolgt eine Konzentration auf schulische Aufgaben und die Orientierung auf Studium und somit letztlich auf Karriere. Zwei Expertinnen hatten Mädchen bzw. junge Frauen erlebt, die ihre Partnerschaft für ihr berufliches Weiterentwicklung aufgelöst hatten. Eine weitere Expertin berichtete, dass Mädchen ihren Studienort gezielt wählen und der Partner zieht mit oder eben nicht. Fragen nach Partnerschaften und Kindern wurden auf später verschoben und spielen bei der aktuellen Lebensgestaltung eine untergeordnete Rolle. Hier zeichnet sich

eine deutliche Abkehr von den Lebensentwürfen der Müttergeneration ab, die trotz Studium und qualifiziertem Berufsabschluss relativ früh Mütter wurden. (Lischka)

Während im Lebensentwurf angehender Akademikerinnen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie favorisiert wird, beschreiben die Expertinnen die weitere Entwicklung dieser Mädchen und jungen Frauen wie folgt (Jerominski 2004):

Abb. E4:

Schematische Darstellung der Bildungs- und Lebensplanung von Mädchen und jungen Frauen in Sachsen-Anhalt mit <Guter> bis <Sehr Guter> mittlerer Reife und Hochschulreife



Quelle: Eigene Darstellung

Unabhängig von der Bildungsschicht sehen Mädchen die Verantwortung zur Erziehung eines Kindes bei sich. Es kann davon ausgegangen werden, dass mit steigender Höhe des angestrebten Berufs- bzw. Studienabschlusses Partnerschaft, Familienplanung und Kinderwunsch in den Hintergrund rücken.

Mädchen mit niedriger Bildungsaspiration

Zu dieser Gruppe gehören Schülerinnen ohne Abschluss, mit schlechtem Sekundar- oder Hauptschulabschluss, Mädchen im BVJ oder vergleichbaren Ausbildungen. Diese Mädchen sind häufig sehr partnerorientiert. Diese Beziehungsorientierung führt bei den Mädchen zu einer starken Beeinflussung durch den Partner hinsichtlich Werten und Normen bis zur Abkehr und Aufgabe von eigenen Bedürfnissen.

Die vorgelebten Rollenbilder und die Verteilung von Hausarbeit erleben die Mädchen nach Aussagen der Expertinnen eher traditionell. Auch arbeitslose Väter beteiligen sich kaum an der Hausarbeit, selbst dann nicht, wenn die Partnerin erwerbstätig ist. Die Mädchen gehen auf kritische Distanz zu diesen tradierten Rollen und haben für ihre eigene Partnerschaft mehrheitlich egalitäre Vorstellungen. Dies bestätigen bundesweite Studien. (Conelißen 2002). Die Expertinnen benennen, dass ein Teil dieser Mädchen bewusst in die Mutterrolle flüchtet, weil sie keine Chancen auf dem Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt für sich sehen. Über die Mutterrolle streben sie die gewünschte gesellschaftliche Anerkennung an. Mit der Übernahme der Mutterrolle geben diese Mädchen die angestrebte egalitäre Vorstellung von Partnerschaft zumeist auf und leben ein traditionelles Rollenmodell.

Darüber hinaus benennen vier Expertinnen ein Phänomen, dass sie das „Märchenprinz-Syndrom“ nennen. Ca. ein Drittel der Expertinnen gab an, dass, ein mädchenspezifisches Merkmal der Traum vom „reichen Mann“ und/ oder „Prinzen“ ist. Das bedeutet, diese Mädchen und jungen Frauen erhoffen sich Zugang zu ökonomischen Ressourcen über ihre Geschlechterrolle als Frau, indem sie sich mit bekannten Leitfiguren wie „Aschenputtel“ bzw. „Cinderella“, „Pretty Woman“ oder ähnlichen identifizieren. Für diese Mädchen ist das männliche Geschlecht in der Rolle des Behüters, Beschützers und Versorgers für ihre finanzielle Absicherung verantwortlich.

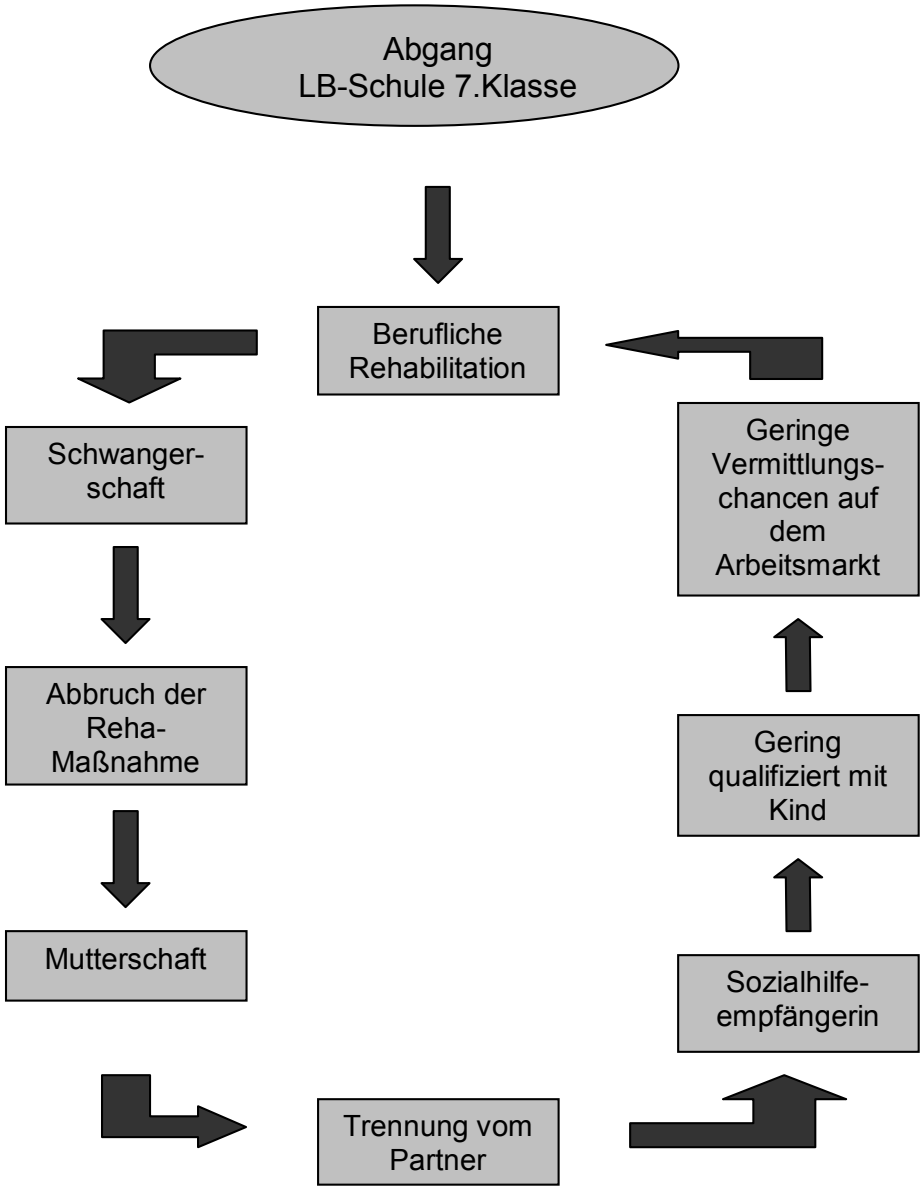
> *„Es gibt immer, also das find ich, glaub ich auch was Mädchentypisches. So den Traum vom Lebensglück. Von wegen reichen Mann heiraten oder irgendwie im Schloss wohnen ja. Es gab och ma so’n Film hier: „Plötzlich Prinzessin“ oder so. Das finden die also. Das spricht Mädchen immer noch an*.“(S5)

Interessant bleibt der Aspekt, dass viele Mädchen und junge Frauen nicht unbedingt aus eigener Kraft Millionärin bzw. reich werden als Lebensziel für sich internalisieren, sondern dieses über einen Mann zu erreichen hoffen.

Die weitere Entwicklung eines Teils dieser Mädchen beschreiben die Expertinnen wie folgt:

Abb. E5:

Kreislaufmodell zu jugendlichen Lebensverläufen von Mehrfachbenachteiligten Mädchen und jungen Frauen



Quelle: Jerominski 2004.

Jugendliche Mütter

Um keine Stigmatisierung vorzunehmen, haben wir diese Gruppe nicht automatisch der vorangegangenen zugeordnet. Bei der Beschreibung dieser Gruppe werden auch die Differenzierungen innerhalb der Gruppe deutlich.

Von den acht befragten jugendlichen Müttern hatten zwei eine Realschule abgeschlossen, fünf besuchten die Hauptschule, zwei davon ohne Abschluss. Auch die Sonderschülerin verließ ihre Schule ohne Abschluss. Vor allem die beiden letztgenannten sind der Gruppe mit niedriger Bildungsaspiration zuzuordnen. Im untersuchten Landkreis war in den letzten beiden Jahren unter den minderjährigen Müttern kein Mädchen, das ein Gymnasium besuchte.

Diese Mädchen sind sehr partnerorientiert. Von acht Befragten lebten sieben in einer festen Partnerschaft. Auffallend war, dass bei drei dieser 17jährigen Mütter die Partner deutlich älter waren als die Mädchen: 8,16 und 24 Jahre. „Zur Lebensgeschichte dieser jungen Mädchen gehören Trennungs- und Scheidungserfahrungen, die meist auch immer wieder Beziehungsabbrüche bedeuteten. Oft ist die Folge ein sehr früh aufkommender Wunsch nach einer festen Bindung und Beziehung.“(Berthold 2004, 70)

Hinterfragt man den Lebensentwurf der jugendlichen Mütter, zeigen sich Ambivalenzen. Zwar wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Lebenskonzept favorisiert, jedoch erfolgt eine zeitweilige Schwerpunktsetzung auf Familie. So kann sich keine der in einer festen Partnerschaft lebenden Mädchen vorstellen, dass der Partner Erziehungsurlaub nimmt. Die Verteilung von Haus- und Erziehungsarbeit erfolgt ausgesprochen traditionell. Zwei junge Mütter favorisieren für sich den Lebensentwurf Hausfrau und Mutter. Es sind diejenigen, die eine Mutterschaft gezielt anstrebten und nicht ungewollt schwanger wurden. Beide kommen aus gewaltbelasteten Familiensystemen. Sie blieben vor der Schwangerschaft häufig der Schule fern.

Mädchen mit Behinderungen

Die Mädchen mit Behinderungen sind nicht eindeutig einer der zuvor benannten Gruppen zuzuordnen, zumal sich hinter dem Begriff der Behinderung eine große Bandbreite von möglichen Schädigungen und Beeinträchtigungen verbirgt (geistige Behinderung, Körperbehinderung, Lernbehinderung, Sinnesschädigungen usw.). In allen zuvor benannten Gruppen sind Mädchen mit Behinderungen zu finden. Mädchen mit Behinderungen wollen vor allem eines: „normal sein“, sie wünschen sich neben einem Beruf auch eine Partnerschaft und Kinder. Doch die Realität sieht anders aus. Noch immer werden Mädchen und Frauen mit Behinderungen Partnerschaften und Kinder wenig zugetraut oder zugestanden.

Bedeutung der Freizeit und Möglichkeiten der Realisierung von Freizeitinteressen

Die Freizeitinteressen der von uns untersuchten Mädchen entsprechen den gewonnenen Erkenntnissen der Bundesstudien (14.Shell Jugendstudie; Cornelißen 2002). Ihre Interessen liegen im musisch künstlerischen Bereich (lesen, Musik hören), Disko und Tanzen sowie Sport ,genannt wurden reiten, schwimmen, Fahrrad fahren, Aerobik, skaten, aber auch einmal Fußball und Tischtennis. Von Bedeutung ist der Erwerb kulturellen Kapitals und sozialer Kompetenzen. Weniger gefragt ist der Erwerb technischer Fertigkeiten, wobei die Mädchen bei ihrem Interesse an modernen Medien aufholen. Freizeitinteressen sind bildungsabhängig, d.h. Mädchen unterschiedlicher Schultypen (Gymnasium, Real- und Hauptschule) haben unterschiedliche Freizeitinteressen. Untersuchungen von Glücksmann und Mitscherlich (1993) zu sozialen Beziehungen und Freizeitverhalten von 16-21 jährigen Mädchen haben ergeben, dass Mädchen, besonders unterer sozialer Schichten in ihrer Freizeit weniger gut integriert sind, weniger Bezugspersonen haben und ihre Freizeit häufig mit dem Freundeskreis des Partners verbringen(Cornelißen 2002).

Das Freizeitkontingent vieler der befragten Mädchen ist sehr eng bemessen. Das trifft besonders für Gymnasiastinnen, Berufschülerinnen und auch für Mädchen, die eine Sonderschule besuchen, zu. Für diese Gruppen bestehen, vor allem im ländlichen Raum, lange Anfahrtswege. Besonders für Gymnasiastinnen kommt ein hoher zeitlicher Aufwand für Hausaufgaben und Lernen hinzu. Hier scheinen auch Unterschiede zu Jungen zu liegen, fand doch Simon in seiner Haldensleben-Studie heraus, dass Mädchen häufiger Schulstress als Jungen angeben, der auch dazu führt, dass sie Angebote der Jugendhilfe nicht annehmen(können). Darüber hinaus ist unverkennbar, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung schon früh in die Lebensführung von Mädchen hineinwirkt. Ihre Freizeit wird im Verlauf der Jugendphase verstärkt durch Hausarbeit und Kinderbetreuung eingeschränkt. Dies zeigt sich besonders bei den befragten jugendlichen Müttern . Es muss als eine Benachteiligung junger Frauen bei der Erweiterung ihrer Kontakte und Erfahrungen und bei der Nutzung der Regenerationsmöglichkeiten gesehen werden. Der Abbau benachteiligender Strukturen und geschlechtsspezifischen Freizeitmuster scheint in Gang, ist aber längst nicht abgeschlossen. (Cornelißen 2002)

Wie in anderen Studien auch (Bütow 2002; Focks 2002; Simon 2002) äußern besonders Mädchen im ländlichen Raum in unseren Interviews ihre Unzufriedenheit mit den Freizeitangeboten in ihrer Region. Zwei Beispiele sollen das verdeutlichen. So sagt eine jugendliche Mutter im Interview:

> *„...da gibt's in D. gaaar nichts! Tote Hose, absolut. Wenn meine Schwiegereltern kein Auto hätten! So können wir wenigstens mal ab und zu wegfahren...Für meine Hobbys ist hier keine Ge-*

> *legenheit, ginge ja auch nicht wegen der Kleinen...Die brauchen sich nicht wundern, wenn hier alle Jungs das Saufen anfangen. Was sollen sie denn sonst machen? Jugendtreff ist am Kiosk und dann hoch die Tassen. Aber viele Mädchen sind auch da und machen kräftig mit*.(3SH)"(Berthold 2004, S. 89).
>
> *„... Hier ist nichts los und bis zum nächsten Kino sind es 50 km... Allerdings gibt's ne Kneipe mit Jugendtreff. Aber das ist der reinste Kiffverein. Vor der Schwangerschaft war ich auch manchmal dort, aber jetzt nicht mehr, aber leider mein Freund....Alle wissen hier, was da abgeht. Aber niemand läßt das Ding hochgehen*.(6LH)" (Berthold 2004, S. 89)

Kaum vorhanden sind geschlechterbewusste und -differenzierte Angebote im Freizeitbereich (Focks 2000, S. 81). Dies trifft auch für Sachsen-Anhalt zu. Die zwei mobilen Bildungs- und Beratungsangebote für Mädchen im ländlichen Raum (Naumburg, Stendal) mussten ihre Arbeit einstellen. Die geringe Mobilität der Mädchen und fehlende materielle Ressourcen (Focks 2000, S.81) führen zu einer weiteren Einschränkung in diesem Handlungsspielraum.

Für Mädchen in Sachsen-Anhalt trifft zu, dass sie weniger als Jungen die Angebote der Jugendhilfe nutzen. Jugendklubs finden allerdings bei unseren Mädchen mehr Akzeptanz als bei den Mädchen in den alten Bundesländern. Liegt der Anteil der Mädchen, die einen Jugendklub besuchen, im Bundesdurchschnitt im Vergleich zu Jungen bei 1:2, so sind es in Sachsen-Anhalt 2:3, in einigen Untersuchungen liegt der Mädchenanteil bei über 40% (Simon 2002). Allerdings werden Mädchen stärker durch verschiedene Faktoren in ihren Klubbesuchen eingeschränkt als Jungen. Dazu zählen: Einschränkungen durch die Eltern, weniger freie Zeit, mehr Schulstress (Simon 2002). Diese Faktoren werden durch die vorliegenden Aussagen der Expertinnen und der Mädchen verstärkt. Die begrenzte Mobilität von Mädchen führt dazu, dass sie Treffpunkte in der Nähe und geschützte Räume favorisieren.

Die Expertinnen beschreiben einen starken schichtspezifischen Wandel bei der Nutzung der Freizeitangebote. Hätten nach der Wende eher Gymnasiastinnen und motivierte Sekundarschülerinnen die Angebote wahrgenommen, seien es inzwischen vorwiegend Schülerinnen aus Lernbehinderten- und Berufsschulen sowie Realschülerinnen, die aber meist auch aus sozial benachteiligten Lebensumfeldern stammen. Es findet im Freizeitbereich eine zunehmende soziale Selektion statt. So sind den Expertinnenangeben zufolge Gymnasiastinnen in ihrer Freizeit eher in Musikschulen, Theatergruppen, Sport- und Tanzvereinen, in denen sie die Möglichkeit zu Kontakt und Kommunikation mit Gleichgesinnten haben.

Außerhalb der Familie spielt besonders die beste Freundin bzw. Freundinnen eine Rolle. Die Mädchen ohne Behinderungen haben mehrheitlich (nur 4 von 41 haben keine) eine beste Freundin. Einige Mädchen geben an, dass sie ihre Freundin schon aus dem Kindergarten kennen. Nach Aussagen der Expertinnen ist die beste Freundin die erste Ansprechpartnerin bei Problemen, Fragen und Gefühlen. Erst nach der Freundin werden die Kleingruppe, gefolgt von der Clique als AnsprechpartnerInnen genannt, um Probleme zu bereden oder zu lösen. Mit der Freundin werden gemeinsame Unternehmungen durchgeführt, wie bummeln,

Eis essen, in die Stadt fahren, oder es gibt ein gemeinsames Hobby wie tanzen, Sport oder Chor. Diese Aussagen sollen im folgenden für einige Untergruppen spezifiziert werden.

Auffällig ist, dass die Mädchen mit Behinderung mehrheitlich keine beste Freundin haben. Nur 3 von 9 geben eine beste Freundin an. Diese treffen sie mehrheitlich aber ausschließlich in der Schule. Die Freizeit verbringen sie vorrangig mit ihrer Familie, was zu einer sozialen Isolation innerhalb der Gruppe der Gleichaltrigen führt. Freundinnen haben hier eher die älteren Mädchen, die die Möglichkeit haben, diese zu treffen. Auch gehören die Mädchen keiner Clique an.

Bei den Mädchen mit Migrationshintergrund besitzt auch die beste Freundin mehrheitlich einen Migrationshintergrund. Je stärker der Migrationshintergrund äußerlich sichtbar ist, desto stärker ist die Tendenz, eine Freundin mit ähnlichen Merkmalen zu haben. "Die Bilder von der fremden Frau haben Folgen für den Kontakt- und Partizipationsspielraum der ausländischen Frauen. Wenn die deutsche Umwelt soziale Distanzen aufbaut, Kontakte vermeidet, kann der Druck innerhalb einer Ethnie wachsen, sich ihr soziales Leben und kollektives Handelns selber zu organisieren, zum Zweck des Überlebens in der Fremde. Es kommt also zur Selbst-Ethnisierung." (Cyprian, Pablo-Dürr, 260). Diese Tendenz konnte für die befragten Mädchen nicht festgestellt werden. Es ist zwar häufig anzutreffen, dass die beste Freundin, ebenso wie der Freund und einige der Mitglieder des Freundeskreises oder der Clique ebenfalls einen Migrationshintergrund haben. In nur einem Fall aber wurde festgestellt, dass eine "Selbst-Ethnisierung" (als Dunkelhäutige) derart erfolgte, dass sich beste Freundin und Freundeskreis zusammengefunden haben, weil man ähnliche Probleme hat und Bewältigungsstrategien adaptiert werden konnten. Diese "Ethnisierung" stärkt das Selbstbewusstsein und erleichtert die Selbstdefinition derart, dass das Handeln nach "außen" maßgeblich unterstützt wird. Insgesamt liegt aber die Tendenz vor, sich nicht in die eigenen Ethnie (ohne sehr bewusste, zielstrebige Maßnahmen, ergibt sich dies in den neuen Bundesländern rein zahlenmäßig nur bei den Aussiedlern) oder die gemischtethnische Gemeinschaft2 zurück zu ziehen. Die Mädchen haben viele wichtige KommunikationspartnerInnen mit Migrationshintergrund, aber insgesamt ergibt sich in ihren Kommunikationsbedürfnissen und ihrem Kommunikationsverhalten eine größere Übereinstimmung zu anderen Jugendlichen bzw. Mädchen ohne Migrationserfahrungen als angenommen. Hier wirkt also das "Jugendlich-sein" stärker als das "Ausländer-sein".

Bei der Möglichkeit, sich mit Freundinnen und Freunden zu treffen deuten sich auch schichtspezifisches Probleme an: „Bei der relativ geringen Zahl von Kindern und Jugendlichen, die ihre Freunde nicht zu Hause treffen können, gibt es Bildungsunterschiede. Es sind doppelt so viele Sekundarschüler wie Gymnasiasten...“(Simon 2002) Dies ist sicher einer von vielen

[2] Hier ist die gemeint, dass die Majorität, also die deutschen Einheimischen, fehlt bzw. nur Deutsche mit interkultureller Kompetenz dazugehören.

Gründen, warum Mädchen mit niedrigem Bildungshintergrund, wie von unseren Expertinnen angegeben, überproportional an öffentlichen Orten oder in Jugendfreizeiteinrichtungen und Mädchentreffs vertreten sind.

Außerdem gibt es Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen. Laut Simon (2002) war der Anteil der Mädchen, der seine Freundinnen oder Freunde nicht zu Hause treffen darf, doppelt bis dreimal so hoch wie der der Jungen. Als Grund gaben die Mädchen an, dass die Eltern etwas gegen ein Treffen zu Hause hätten. Das wurde auch in unserer Untersuchung von den Expertinnen bestätigt. Als Hindernisse bei der Pflege der Kontakte zum Freundeskreis und zur Clique wurden von 6 der 13 befragten Expertinnen Verbote der Eltern angegeben. Das ist für Mädchen auch insofern prekär, als dass sie immer noch stärker als Jungen auf private Kommunikationsorte verwiesen sind, auch wenn sich Mädchen besonders in den neuen Bundesländern zunehmend auch öffentliche Orte erobern (Bütow 2002)

Auch eine Abhängigkeit des Kontakt- und Kommunikationsspielraumes von der regionalen Herkunft kann tendenziell bestätigt werden. Die Vielfalt der Kommunikation und Interaktion erhöht sich im großstädtischen Raum und teilweise ist dies den Mädchen aus den kleinen Städten durchaus bewusst (sie befriedigen ihre Bedürfnisse, indem sie in die Großstadt fahren), teilweise aber haben sie diese Bedürfnisse aber auch nicht und sind daher zufrieden.

Die Bedeutung der besten Freundin wird meist durch den ersten festen Freund relativiert. Mädchen, die eine Partnerschaft eingegangen sind, stellen ihre Kontakte zur besten Freundin und zur Clique zurück.

Neben der besten Freundin oder Freundinnen ist die Peer group eine wichtige Bezugsgruppe für die Mädchen. Nach Bütow (2002) ist in Cliquen die Eindeutigkeit von geschlechtsspezifischen Rollenmustern nicht mehr gegeben. Die Reflexionsmöglichkeiten durch Peers sind ein eingeschränkter, aber wichtiger Erfahrungsraum. Im Schutz der Clique können sich Mädchen ausprobieren und gegen das Bewahrverhalten der Eltern selbstbewusst oder listenreich wehren. Wir fragten die Mädchen nach ihrer Clique, deren Mitgliedern und gemeinsamen Unternehmungen. Als Problem erwies sich ein unterschiedliches Verständnis bei den Mädchen darüber, was unter dem Begriff Clique zu verstehen ist. Wir meinten damit „eine Gruppe, die sich häufig in der Freizeit trifft, aber nicht fest organisiert ist“(ipos 2002, 67). Da der Begriff im Osten vor der Wende nicht so verbreitet war bzw. eine andere Konnotation besaß (ipos 2002) hatten wir Verständnisprobleme mit den Mädchen. Für weitere Untersuchungen wäre hier eine Begriffsklärung dringend erforderlich. So ist er eindeutig von Vereinen und Institutionen abzugrenzen.

Dennoch können wir Aussagen zum Cliquenverhalten der Mädchen treffen. Die Hälfte der Mädchen gibt an, Mitglied einer Clique zu sein. Das liegt unter dem Durchschnitt in den neuen Bundesländern. Hier gaben 2002 65% der Mädchen an, Mitglied einer Clique zu sein (i-

pos 2002). Sie unterscheiden sich damit noch deutlicher von den Mädchen aus den alten Bundesländern, von denen 78% angaben, Mitglied einer Clique zu sein. (ipos 2002). Nur ein Mädchen mit Migrationshintergrund und keines der Mädchen mit Behinderungen gab an, einer Clique anzugehören. Bei den Mädchen mit Migrationshintergrund fällt auf, dass die KommunikationspartnerInnen aus dem außerfamilialen Lebensbereich mehrheitlich weiblich sind. Auch die Gymnasiastinnen bevorzugen Mädchencliquen. In gemischtgeschlechtlichen Cliquen sind eher Sekundarschülerinnen anzutreffen.

Nach Aussagen der Expertinnen ist die Nutzung öffentlicher Räume sowohl schichtspezifisch als auch regional unterschiedlich. Während in den Städten Alternativen zu öffentlichen Plätzen in Form von Jugendklubs oder Mädchentreffs zu finden sind, treffen sich die Mädchen im ländlichen Raum eher an Bushaltestellen oder auf Spielplätzen. Das spiegelt sich auch in Bundesstudien wieder. So wird in der ipos-Studie 2002 ein Zusammenhang zwischen Ortsgröße und Clique hergestellt. „Denn je kleiner der Ort ist, in dem Jugendliche und junge Erwachsene leben, desto häufiger geben sie an, einer Clique anzugehören: 69% der West-Befragten in den Orten bis 5.000 Einwohner sind in einer Clique, aber nur 62% jener, die in einer Stadt über 100.000 Einwohner leben. Im Osten sind die vergleichbare 59 bzw 50 %.„ (ipos 2002, 676 f.) Leider wurde in der zitierten Studie keine Spezifizierung hinsichtlich Geschlecht und Schicht vorgenommen. Eine Schichtspezifik ist anzunehmen. An öffentlichen Plätzen sind vorwiegend Mädchen aus Haupt- und Berufsschulen, zum Teil auch Realschülerinnen anzutreffen.

Mädchen mit Migrationshintergrund gehen sehr oft aus dem Haus und treffen sich im öffentlichen Raum, wie z.B. bei McDonalds, auf der Strasse, im Einkaufscenter, zum Eisessen, beim Lieblingsitaliener oder gehen ins Kino. Allerdings sind sie bis auf eine Ausnahme nicht Mitglieder einer Clique, sondern sie verbringen ihre Freizeit mehrheitlich in der Familie, mit anderen Mädchen oder institutionell organisiert. Bei den befragten Mädchen in Sachsen-Anhalt war eine Mitglied in einem Sportverein. Drei gehen zur Musikschule und sind dort Teil einer Klasse. Keine geht in Jugendtreffs oder Jugendclubs. Hier bestätigt sich, dass Mädchen mit Migrationshintergrund Einrichtungen und Angebote der Jugendhilfe nicht nutzen.

Wenig integriert in Gleichaltrigen-Gruppen sind die jugendlichen Mütter. Im Gegensatz zu den Mädchen mit Migrationshintergrund, wo eine Fremdisolation stattfindet, findet hier eine Selbstisolation statt. Sie haben keinerlei Gruppenkontakte und lehnen diese teilweise sogar strikt ab. Kontakte finden innerhalb der Herkunftsfamilie oder mit dem Partner statt. Fünf von acht Befragten hatten eine Freundin.

Abschließend lässt sich sagen, dass Mädchen durch das Bewahrverhalten der Eltern, durch mangelnde freie Zeit, durch fehlende Angebote und ökonomische Ressourcen einschränkt werden. Neben der Fremdeinschränkung schränken sich Mädchen jedoch auch selbst ein.

So zeigen sie eine deutlich geringere Entschlossenheit, ihre Freizeitwünsche wichtiger zu nehmen als Anforderungen in anderen Bereichen (Cornelißen 2002; 14. Shell-Studie). „Wenn sie gezwungen werden, ihre Wünsche nach Freizeit gegen Wünsche in anderen Lebensbereichen abzuwägen, so zeigen sich jungen Frauen (besonders im Osten) und zum Teil auch die jungen Männer im Osten seltener entschlossen als die jungen Männer im Westen, ihrem Muße- und Regenerationsspielraum den Vorrang zu geben“(Cornelißen 2002, 139 f.)

Partizipationsmöglichkeiten der Mädchen und ihre Nutzung

Der 11. Kinder und Jugendbericht (2002) geht von einer gewachsenen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in ihren Familien aus. Dies wird von den befragten Expertinnen, bezogen auf die von ihnen betreuten Mädchen differenzierter gesehen. Den Expertinneninterviews zufolge muss davon ausgegangen werden, dass Partizipation einem nicht geringen Teil der Elternschaft Schwierigkeiten bereitet. Auf Grund der vorliegenden Untersuchung scheinen hierarchische Denk- und Handlungsmuster innerhalb von Familiensystemen noch nicht überwunden. Die Expertinnenaussagen (u.a. S3, L6, S10, S7) lassen vermuten, dass die tradierten hierarchischen Denk- und Handlungsmuster innerhalb der Familiensysteme vor allem in den unteren Bildungsschichten Bestand haben und mit zunehmendem Bildungsgrad und sozial steigendem Kompetenzpotential zunehmend ins Bewusstsein rücken und aufbrechen. Von der Mehrzahl der Expertinnen wird ein Spannungsfeld Partizipation-Freiraum-Vernachlässigung-kein Setzen von notwendigen Grenzen thematisiert. Zwei Expertinnen (L6, S9) berichten konkret von Bestrafungen der Mädchen und jungen Frauen durch ihre Eltern und weitere sechs Expertinnen gaben an, Kenntnis zu haben von Verboten der Eltern bezüglich der Möglichkeiten von Treffen mit FreundInnen oder in der Clique.

Auch nach Aussage der befragten Mädchen haben sich die Mitsprachemöglichkeiten in den Familien sehr ausdifferenziert. So gibt es neben Mädchen, die in ihren Familien wichtige Entscheidungen treffen können (z.B. werden immer wieder Urlaub und gemeinsame Freizeitgestaltung genannt) andere, die kaum mitentscheiden können.

Von Bedeutung für eine nachwachsende Generation, die ihr Lebensumfeld aktiv mitgestalten will und kann, ist das erste Partizipations-Übungsfeld Familie. Diesbezüglich ist es notwendig, dass auch den in Erziehung und Bildung involvierten Professionellen bewusst wird, dass zeitgemäße pädagogische Erkenntnisse hohe Anforderungen an Eltern und ihre heranwachsenden Kinder stellen, bei denen externe Unterstützung in unterschiedlichen Formen durchaus förderlich sein kann (vgl. HS Magdeburg/Stendal Projekt von Armbruster „Elternführerschein“).

Nicht unbeachtet bleiben dürfen hinsichtlich des Mitbestimmungsspielraumes Freizeit, die ebenso von den Expertinnen angeführten Einschränkungen der Freizeitwünsche der Mäd-

chen und jungen Frauen durch sozio-ökonomische und sozio-ökologische Ressourcendefizite, die das Ausmaß von Entfaltungs- und Gestaltungsspielräumen im Freizeitbereich, neben den ihnen von der Herkunftsfamilie gewährten Freiräumen entscheidend beeinflussen und damit eine gleichberechtigte partizipative und aktive Freizeitgestaltung aller Mädchen enorm beschränken können.

Die Annahme, dass Mädchen sich weniger in Vereinen und Jugendklubs engagieren, kann durch die Expertinnenangaben so nicht bestätigt werden. Seitens des Engagements von weiblichen Kindern und Jugendlichen in Vereinen und Jugendklubs variieren die Aussagen der Expertinnen erheblich und bewegen sich zwischen Beschreibungen von sehr engagiert bis eher lustlos. Expertin S7 berichtet von ihrem zurzeit fast ausschließlich von Realschülerinnen frequentierten Jugendklub, die eher animiert als aktiv werden wollen. Andere Expertinnen erleben Mädchen und junge Frauen in ihren Freizeitbereichen als engagierte aktive Mitgestalterinnen.

Insgesamt muss auf Grund der Ergebnisse der Erhebung davon ausgegangen werden, dass Mädchen ihre Partizipationsmöglichkeiten in den Bereichen Freizeit, Schule und vor allem im Wohnort zwar kennen, aber immer noch sehr eingeschränkt wahrnehmen. Diese Tatsache liegt nicht allein im fehlendem Selbstvertrauen der Mädchen und jungen Frauen begründet. Fehlendes Interesse, vielleicht auch das subjektive Gefühl, doch nichts bewegen zu können, aber auch Perspektivlosigkeit spielen bei den untersuchten Partizipationsfeldern Schule und Freizeit, vor allem aber hinsichtlich der geringen kommunalen Beteiligung von Mädchen und Frauen eine Rolle (11.Kinder- und Jugendbericht, 192).

In den Expertinneninterviews fällt bezüglich der Mitbestimmungsmöglichkeiten von Mädchen und jungen Frauen in ihren Orten (Kommune), die hohe Zahl der Expertinnen auf, die dazu keine Angaben machen können bzw. keine Informationen bezüglich dieses Spielraumes haben. Lediglich zwei Expertinnen (S9, S12), gaben an, die weiblichen Kinder und Jugendlichen hätten Möglichkeiten der Mitbestimmung in ihrem Ort. Nur vier Expertinnen benennen auch Gründe für die geringe Zahl von engagierten weiblichen Jugendlichen in kommunalen Handlungsfeldern, die sie in diesem Zusammenhang erlebt haben. Während Expertin L6 davon berichtet, dass Jugendliche im ländlichen Bereich, welche sich auf kommunaler Ebene engagieren, gegen Vorurteile älterer Dorfbewohner bestehen müssen, haben die anderen drei befragten Personen die Erfahrung gemacht, dass ihr Klientel gar kein Interesse an kommunaler Beteiligung hat, obwohl durchaus Möglichkeiten vorhanden sind.

Speziell für das Land Sachsen-Anhalt kommt auch Simon in seiner Schönebecker-Jugendstudie zu dem Ergebnis, dass politisches Engagement bei seiner Zielgruppe der 12-16jährigen Schüler und Schülerinnen, mit 1,6% am Ende aller Nennungen bezüglich Freizeitaktivitäten liegt (Simon 2002). Im 11.Kinder- und Jugendbericht wird ebenfalls ein gerin-

ges Interesse von Kindern und Jugendlichen an kommunaler und politischer Beteiligung festgestellt und eine Erklärung versucht: „Offenkundig scheinen ihnen die Strukturen und Akteure des politischen Systems sowie die darin gegebenen Möglichkeiten nicht geeignet, um ein für sie befriedigendes Ergebnis erwarten zu lassen.“(11.Kinder-und Jugendbericht: 2002).

Besonderer Erwähnung bedarf die Gruppe der Mädchen mit Behinderungen. Sie ist in ihrem Selbstbestimmungsrecht stark eingeschränkt. Wichtige Entscheidungen über Schullaufbahnen und Ausbildung werden von Eltern und/oder ExpertInnen getroffen. Mitsprachemöglichkeiten werden besonders den Mädchen mit geistigen Behinderungen nicht oder wenig zugetraut. Mädchen mit Behinderungen und ausländische Mädchen werden in ihrem Selbstbestimmungsrecht stärker eingeschränkt als deutsche Mädchen ohne Behinderungen.

Gewalt gegen Mädchen

In der vorliegenden Erhebung stand dieser Spielraum weniger im Mittelpunkt, da davon ausgegangen wurde, dass Aspekte von Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellem Missbrauch weiblicher Kinder und Jugendlicher zwar eine hochaktuelle Brisanz(vgl. www. hinsehen-handeln-helfen.de, 20.04.2004)aufweisen, aber im Hinblick auf die Abwanderungsmotive von 12-18jährigen Mädchen und jungen Frauen aus Sachsen-Anhalt eher eine nachrangige Bedeutung haben. Im Laufe der Erhebung thematisierten jedoch wiederholt Expertinnen Faktoren dieser Gesamtproblematik, so dass im Folgenden auf markante Äußerungen der Expertinnen eingegangen werden soll.

Der Schutz- und Selbstbestimmungsspielraum hat vor allem für die in Mädchen- und Frauenarbeit involvierten Expertinnen eine enorme Bedeutung, da er immer wieder Teil ihrer täglichen Praxis ist, indem sie durch das Verhalten und/ oder Äußerungen der Mädchen intime Informationen erhalten bzw. mit Vermutungen hinsichtlich der Verletzung des Schutz- und Selbstbestimmungsspielraumes von Mädchen und jungen Frauen konfrontiert werden. Die Expertinneninterviews geben Anlass zu der Annahme, dass die Tatsache, dass Mädchen immer noch in ihrem Selbstbestimmungsspielraum eingeschränkt werden, Bestand hat. Sie benennen Vernachlässigung und Bestrafung von Mädchen durch ihre Eltern, Vermutungen von sexuellem Missbrauch innerhalb der Familie und von Prostitution außerhalb der Familie. So berichtete Expertin L6 von Mädchen und jungen Frauen aus sozial benachteiligten Milieus, die durch materielle Anreize in die Prostitution gelockt werden, denen sie, haben sie einmal „angebissen nur durch drastische Maßnahmen, verbunden mit immaterieller und materieller Unterstützung entrinnen können.“ Die Expertinnenaussage ist in ihrer Schwere einmalig. Es muss davon ausgegangen werden, dass derartige Praktiken vermutlich nicht die Regel sind, aber auch zum Alltag von Mädchen und jungen Frauen gehören können. Eine andere Expertin (S8) thematisiert den intrafamilialen sexuellen Missbrauch von weiblichen Kin-

dern und Jugendlichen. Die meist sozioökonomisch benachteiligten allein stehenden Mütter der von ihr betreuten jungen Frauen, haben wechselnde Partnerschaften, wo die Intentionen der männlichen Partner der Mutter zur Beziehungsaufnahme und Beziehungserhaltung, der Expertin zufolge, manchmal fragwürdig erscheinen.

Überproportional spielten Gewalterfahrungen in den Herkunftsfamilien der jugendlichen Mütter eine Rolle. Fünf der acht jugendlichen Mütter waren in ihren Herkunftsfamilien Gewalttätigkeiten durch häufig wechselnde Lebenspartner der Mütter ausgesetzt. „Hinzu kommen Erfahrungen, die auf Defizite bei der Absicherung von Grundbedürfnissen wie Beständigkeit, Liebe, Zuwendung, Schutz und die Versorgung mit den nötigen Dingen des Lebens hinweisen.“(Berthold 2004, 90).

Neben Formen direkter Gewalt, die bereits benannt wurde, sollen Formen von struktureller Gewalt benannt werden. Hier vermischen sich in Sachsen-Anhalt, wie in den anderen neuen Bundesländern unreflektierte geschlechtliche Benachteiligungen der Vorwendezeit mit neuen strukturellen Benachteiligungen im doppelten Transformationsprozess (der nachholenden Modernisierung) auf besondere Art und Weise. So birgt z.B. die zunehmende „Sexualisierung des Alltags, beispielsweise durch die sexistische Darstellung von Frauen in Presse und Werbung (die in der DDR nicht üblich war) für Mädchen und junge Frauen neue Verunsicherungen und Benachteiligungen.(Focks 2000, S. 81).

E 2.4 Abwanderungsabsichten der Mädchen

Die Mehrzahl der Mädchen würde gern in Sachsen-Anhalt bleiben, befürchtet aber geringe Zukunftschancen. Passend zu den Ergebnissen über die hohe Erwerbsorientierung wird von den Mädchen als Hauptgrund für einen Wegzug die unsichere berufliche Zukunft benannt. Das Nachdenken über den Wegzug zieht sich durch alle Schulformen, auch in der Stadt-Land-Verteilung können keine gravierenden Unterschiede festgestellt werden. Allerdings können Unterschiede in der Häufigkeit des Migrationswunsches in verschiedenen Gruppen festgemacht werden.

Die Gruppe mit der höchsten Abwanderungsoption stellt die Gruppe der Gymnasiastinnen und der Mädchen mit Migrationshintergrund dar. Während über Abwanderungsmotive wenig in Erfahrung zu bringen war, geben die Mädchen mit Migrationshintergrund mehrheitlich an, dass sie vor allem in die alten Bundesländer abwandern wollen, weil sie dort werden bessere Bedingungen der beruflichen Entwicklung und ein multikulturelles Umfeld sehen. Ein multikulturelles Umfeld würde ihr Gefühl der Bedrohung und Diskriminierung verringern. Sie wollen vor allem in große Städte ziehen, explizit genannt wurden Stuttgart und Berlin. Sachsen-Anhalt wird von den Mädchen mit Migrationshintergrund nicht als neue Heimat gesehen, sondern im wesentlichen als Durchgangsstation. Auch die Sekundarschülerinnen zeigen eine hohe Abwanderungsneigung.

Überrascht haben uns die Ergebnisse bei zwei Befragungsgruppen und zwar für die jugendlichen Mütter und für die Mädchen mit Behinderungen. Sechs von acht befragten jugendlichen Müttern wollen Sachsen-Anhalt verlassen, wenn es ihnen nicht gelingt, nach der Elternzeit in diesem Bundesland eine Lehrstelle zu bekommen. Eine der jungen Mütter glaubt, ohne Unterstützung durch die Herkunftsfamilie eine Ausbildung oder Arbeitsstelle in einem anderen Bundesland parallel zur Mutterschaft nicht zu bewältigen.

Die jüngeren Mädchen mit Behinderungen unter 16 Jahren gingen auf die Frage nach der Abwanderung nicht ein. Bei den älteren, in Ausbildung befindlichen Mädchen brachten drei von fünf selbst das Gespräch auf die Abwanderung, noch bevor die Interviewerin eine Frage dazu gestellt hatte. Auch sie würden für bessere Lebensverhältnisse, einen Arbeitsplatz oder mehr Lohn Sachsen-Anhalt verlassen. Die Gruppe mit der geringsten Abwanderungsneigung ist die Berufsschülerinnen. Sie haben die erste Hürde bei der Verwirklichung ihres Lebenskonzepts genommen.

E 2.5 Schlussfolgerungen für politisches Handeln

Skizzenhaft stellen wir Schlussfolgerungen vor, die sich u.E. aus der Darstellung der Lebenslagen für politisches Handeln ergeben.

Wichtig ist es, die Wünsche und die Lebensrealitäten der Mädchen in allen Lebensbereichen und Institutionen wahr- und ernst zu nehmen. Mädchen müssen darin unterstützt werden, die Schere zwischen Wunsch und Wirklichkeit zu erkennen und zu schließen. Dabei benötigen sie fachkompetente Unterstützung durch PädagogInnen und JugendmitarbeiterInnen, die vor Ort wirken, und deren professionelles Handeln durch Genderkompetenz gekennzeichnet ist.

Für alle der von uns dargestellten Untergruppen der Mädchen gilt es, sie in der Lebenswegplanung und Berufsorientierung zu unterstützen und ihre beruflichen Chancen zu verbessern. Unabdingbar für das Umsetzen beruflicher Perspektiven ist das Vorhandensein kinderfreundlicher Arbeits- und Lebensbedingungen.

Darüber hinaus sind unterschiedliche Strategien für die verschiedenen Befragungsgruppen sinnvoll. Für die leistungs-, berufs- und karriereorientierten Mädchen gilt es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ihnen eine Perspektive in Sachsen-Anhalt bieten. Es muss für sie selbstverständlich sein, Kinder und Berufstätigkeit vereinbaren zu können. Das setzt neben familienfreundlichen Arbeitsbedingungen voraus, dass Modelle einer flexiblen Kinderbetreuung geschaffen und die vorhandene Mutter-Kind-Ideologie aufgebrochen wird.

Um die jugendlichen Mütter gezielt zu unterstützen muss eine Anpassung der Ausbildung an ihre Bedürfnisse erfolgen. Dazu gehört eine Erweiterung der Teilzeitausbildung für diese Gruppe.

Für die Gruppe der Mädchen mit niedriger Bildungsaspiration, die Mädchen mit Behinderungen und Migrationshintergrund ist eine gelungene Integration in Schule und Freizeit wichtig, um die Stigmatisierung dieser Gruppen aufzubrechen. Schule muss für diese Gruppen eine herausragende Bedeutung beim Gelingen des Integrationsprozesses spielen. Mädchen mit Behinderungen müssen daneben in ihren Autonomiebestrebungen unterstützt und begleitet werden. Um für Mädchen mit Migrationshintergrund das Gefühl der Bedrohung und Diskriminierung zu verringern, muss jeder Form der (Fremd-)Ausgrenzung entgegengewirkt werden.

E 2.6 Literaturverzeichnis

Atteslander, P., Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin: Verlag Walter de Gruyter, 1995.

Berger, M./ Jung, M./ Roth, D., Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. November/ Dezember 2002. Mannheim: Institut für praxisorientierte Sozialforschung (ipos), 2003, www.ipos.de, pdf-Datei.

Berthold, H., Frühe Mutterschaft- eine besondere Herausforderung. Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Hochschule Magdeburg/Stendal: 2004.

Bütow, B., Veränderte Lebenslagen – veränderte Anforderungen an eine geschlechterbezogene Kinder- und Jugendhilfe: Mädchen und junge Frauen im Blickpunkt. Unveröffentlichter Vortrag im Rahmen des mädchenpolitischen Hearings am 8.10.03 in Dresden

Bütow, B./ Nentwig-Gesemann, Mädchen – Cliquen – öffentliche Räume. In: Weibliche Lebenslagen und soziale Benachteiligungen - Theoretische Ansätze und empirische Beispiele, Frankfurt, Iris, 2002

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Zehnter Kinder- und Jugendbericht, München, Deutsches Jugendinstitut e.V., 1998

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. München: Deutsches Jugendinstitut e.V., 2002

Claus, T. (Hrsg.), Gender-Report Sachsen-Anhalt 2002, Daten, Fakten und Erkenntnisse zur Lebenssituation von Frauen und Männern, Oschersleben: Verlag Dr. Ziehten, 2002

Conen, C.Lebenssituationen von Mädchen und Frauenaufbrüche und Rückschritte. Ergebnisse und Perspektiven des 9. Jugendberichts. Jugendhilfe jg. 33/4/ 1995

Cornelißen, W., Junge Frauen – junge Männer, Daten zu Lebensführung und Chancengleichheit – eine sekundäranalytische Auswertung, 2002

Cyprian, G.; Pablo-Dürr, M., Zur Lebenslage von Migrantinnen: Restriktionen und Speilräume. Hammer,V.; Lutz, R. (Hrsg.), Weibliche Lebenslagen und soziale Benachteiligung: Theoretische Ansätze und empirische Bespiele. Frankfurt a.M.: Campus, 2002

Dienel, C., Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt. Wie kann durch Umsteuerung von Fördermitteln das Querschnittziel Chancengleichheit besser verwirklicht werden?: Zwischenberichte. www.menschen-fuer-sachsen-anhalt.de

Enders-Dragässer, U./ Sellach, B., Der „Lebenslagen-Ansatz“ aus der Perspektive der Frauenforschung. In: Zeitschrift für Frauenforschung. (Hg.) Forschungsinstitut Frau und Gesellschaft. 17.Jahrgang. 1999.Heft 4

Enders-Dragässer, U./ Sellach, B., Weibliche „Lebenslagen„ und Armut am Beispiel von alleinerziehenden Frauen. In: Weibliche Lebenslagen und soziale Benachteiligungen: Theoretische Ansätze und empirische Beispiele. Frankfurt, 2002

Fischer, A./ Fritzsche, Y., 13. Shell Jugendstudie 2000. Opladen: Verlag Leske + Budrich, 2000

Focks, P., Benachteiligungs- und Privilegierungsdimensionen im Jugendalter: Lebenswelten von Mädchen und jungen Frauen zwischen geschlechtsspezifischen, ethischen, ökonomischen und regionalen Benachteiligungen und Privilegierungen. Voraussetzungen

für und Anforderungen an eine geschlechterdifferenzierende und lebensweltorientierte Soziale Arbeit mit Mädchen und Jungen in benachteiligten Räumen. In: Mädchen in sozialen Brennpunkten: Dokumentation eines Fachforums im Rahmen des Aktionsprogrammes „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten„ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin, Fata Morgana Verlag, 2000

Grünberg, A., Lebenslagen von Mädchen mit Behinderungen in Sachsen-Anhalt, Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Hochschule Magdeburg/Stendal: 2004.

Hammer, V./ Lutz, R. (Hrsg.), Weibliche Lebenslagen und soziale Benachteiligung. Theoretische Ansätze und empirische Beispiele. Frankfurt/ New York: Campus Verlag, 2002

Heiliger, A. / Kuhne, T. Feministische Mädchenpolitik. München: 1993

Hempel,M., Verschieden und doch gleich: Schule und Geschlechterverhältnis in Ost und West. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 1995

Hering, S./ Stiftung SPI (Hrsg.), Modernisierungsprozesse weiblicher Lebenslagen, Berlin, Fata Morgana Verlag, 2000

Hurrelmann, K./ Albert, M. (Hg.), 14.Shell-Jugendstudie 2002. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 2002

Jerominski, S., Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen in Sachsen-Anhalt: Eine qualitative Untersuchung aus der Perspektive der Expertinnen, Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Hochschule Magdeburg/Stendal: 2004.

Lischka, I. Weibliche Jugendliche wieder selbstbewusster und selbständiger: Studienabsichten in Sachsen-Anhalt, den neuen und alten Bundesländern, Claus, T.(Hrsg.), Gender-Report Sachsen- Anhalt 2003. Oschersleben: Verlag Dr. Ziehten, 2004

Mingerzahn, F./ Wendt, G., Neue Freiheiten – Neue Risiken. Zur sozialen Lage von Künstlerinnen in Sachsen-Anhalt. Oschersleben: Dr.Ziethen Verlag, 1998

Ministerium für Gesundheit und Soziales (Hrsg.) Moderne Drogen- und Suchtprävention (MODRUS 3) Eigenverlag: Halle, 2004.

Nahnsen, I., Bemerkungen zum Begriff und zur Geschichte des Arbeitsschutzes. Osterland, M.(Hrsg.), Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential, Frankfurt a.M., 1975

Simon, T. et. al., Jugendhilfeplanung im Landkreis Schönebeck, Teil I, unveröffentlicht, Schönebeck 2002. Hochschule Magdeburg-Stendal, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen

Simon, T./ Dahme, H.J., Evaluation offener Jugendarbeit in Magdeburg 2003/ 2004. Endbericht März 2004. Hochschule Magdeburg-Stendal, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen

Internetquellen

www.arbeitsamt.de
www.bmfsfj.de
www.dunkelziffer.de
www.europainstitut.org
www.fujogi.de
www.fuma.de
www.genderkompetenz.info
www.g-i-s-a.de
www. hinsehen-handeln-helfen.de
www.ipos.de
www.jissa.de
www.jobs3000.net
www.landesstellemaedchenarbeitlsa.de
www.menschen-fuer-sachsen-anhalt.de
www.ms.sachsen-anhalt.de/frauen/fr_prgr.htm
www.schuelerjobs.de
www.schulische praevention.de
www.stala.sachsen-anhalt.de

E 3 Einzeluntersuchungen im Rahmen von Diplomarbeiten

E 3.1 Stefanie Mahlo: Projekt Paarbeziehung – Option Familie. Vom Einfluss der Beziehungsqualität und –zufriedenheit auf den Kinderwunsch von jungen Paaren

Die Arbeit untersucht die Frage, ob die bewusste Entscheidung für oder gegen Kinder von der Qualität der Paarbeziehung oder eher von äußeren Umständen abhängt. Zur Überprüfung der These hat die Autorin sechs Paare mit Hilfe eines Leitfadens befragt. Dabei ruht das besondere Augenmerk auf den sozialpsychologischen Bedingungen der Paarqualität in Abgrenzung von möglichen sozialen Faktoren.

Die tiefgehenden Interviews zeigen – entgegen der Ausgangshypothese – den starken Einfluss der beruflichen Situation auf die Paarzufriedenheit und damit mittelbar möglicherweise auch auf den Kinderwunsch.

Interessant ist das Ergebnis, dass der Übergang zu einer partnerschaftlichen Beziehung mit gleichmäßiger Verteilung der häuslichen und beruflichen Pflichten vermutlich eine günstige Bedingung für Kinderwünsche ist und das romantische Liebesideal in der Realität von Paarbeziehungen, die von beiden Seiten als zufriedenstellend erlebt werden, eine nur geringe Rolle spielt. So muss die Autorin am Ende die Bedeutsamkeit der eingangs eher für weniger wichtig gehaltenen Rahmenbedingungen, v.a. beruflicher Art, für die Qualität der Paarbeziehung und die Verwirklichung von Kinderwünschen konstatieren.

E 3.2 Uta Schönecker-Recke: Gründe für die Abwanderung aus Magdeburg. Eine qualitative Analyse unter Jugendlichen im Alter von 15-17 Jahren.

Die Arbeit untersucht im Kontext der Abwanderungsstudie Sachsen-Anhalt Realschüler/innen und ihre möglichen Abwanderungsgründe. Sie erfasst Meinungen, Einstellungen und Zukunftspläne von Magdeburger Jugendlichen und berücksichtigt dabei besonders Gender-Aspekte. Mit Hilfe eines Kurzfragebogens wurde unter einer größeren Zahl von SchülerInnen ein Sample von rund 20 Probanden für Leitfadeninterviews ausgewählt, die Interviews wurden vollständig transkribiert und qualitativ ausgewertet. Bei der Befragung mittels Kurzfragebögen zeigt sich eine sehr hohe Abwanderungsneigung der Jugendlichen: Von 20 Jugendlichen können sich nur 3 nicht vorstellen, aus Magdeburg wegzuziehen, 17 denken daran. Diese scheinbar hohe Abwanderungsbereitschaft kann durch das Leitfadeninterview relativiert werden. Auffällig ist, dass die leistungsstärkeren Schüler/innen eine höhere Wegzugsneigung aufweisen.

Die Ergebnisse der Leitfadeninterviews führen zu zahlreichen interessanten Befunden. So schätzten z.B. die Mädchen die Freizeitangebote in Magdeburg deutlich negativer ein als die Jungen. Allgemein akzeptierten die Jugendlichen die Abwanderungsentscheidungen ande-

rer, d.h. von einem Druck zu Bleiben kann nicht die Rede sein., etwa der deutlich negativeren Einschätzung der Magdeburger Freizeitangebote durch die Mädchen: „An Magdeburg gefällt mir eigentlich so groß gar nichts, ich würde echt lieber woanders wohnen“ (Caroline, 16 Jahre); „Es gibt nichts Tolles an Magdeburg“ (Ina, 17 Jahre). Auffällig ist auch die allgemeine Akzeptanz von Abwanderungsentscheidungen – niemand von den SchülerInnen äußerte sich abfällig oder kritisch über Abwanderer.

Die befragten (sehr jungen) Jugendlichen sind stärker von ihren Eltern als von Freundesnetzwerken abhängig. Die Jugendlichen verneinen ausdrücklich den Einfluss der Freunde auf die Entscheidung zum Gehen oder Bleiben, während sie die Bereitschaft erkennen lassen, mit ihren Eltern mitzuziehen, falls diese abwandern würden.

Ganz eindeutig äußern die Jugendlichen die theoretische Bereitschaft zum Wegzug, um ihren Wunschberuf zu erlernen, wobei interessanterweise drei Mädchen erst in der geschützten Vier-Augen-Situation des Interviews ihre Pläne in Richtung Abitur und Studium eingestanden. Insgesamt entsteht ein Bild von den durch die äußeren Verhältnisse unsicher gewordenen Zukunftsplänen der Jugendlichen. Nachdenkenswert ist vor allem das Ergebnis: „Kein Schüler steckt sich sehr hohe Ziele bei seinen Wünschen“, eindrucksvoll die Beliebigkeit der Berufswahl angesichts der eingeschränkten Wahlmöglichkeiten: „Erstmal überall bewerben und schauen, was draus wird“ (Hendrik, 17 Jahre). Die Jugendlichen spüren massiv den Druck des Arbeitsmarktes und sind im Prinzip bereit, sich überall auf (fast) jede Lehrstelle zu bewerben und dafür auch wegzuziehen. Dabei sehen sie sich selbst als potentiell chancenlos, d.h. Abwanderung ist für sie zumeist kein erwünschtes Szenario, sondern eine Notlösung.

E 3.3 Susanne Thies: „Gehen oder Bleiben – Studenten mit Behinderung in Sachsen-Anhalt berichten.“

In dieser Diplomarbeit wurden heilpädagogische Zugänge zu einem besonderen Aspekt des Themas Abwanderung genutzt, indem die Mobilitätsvorstellungen und –wünsche behinderter Studierender untersucht wurden. Dabei wird die Frage gestellt, „inwiefern die Studenten durch die Tatsache ihrer körperlichen Schädigungen bzw. durch äußere gesellschaftliche Umstände in ihrer sozialen Mobilität behindert werden“. Die Arbeit liefert dadurch auch Ergebnisse für die Bewertung der Attraktivität von Studienbedingungen in Sachsen-Anhalt. Besonders interessant ist das Ergebnis dieser Studie, dass die allgemeinen Einschätzungen der Lage im Land Sachsen-Anhalt (Armut, Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Besonderheiten in der Jugendkultur, besonders Rechtsextremismus) der behinderten Interviewpartner sich von denen nichtbehinderter Kommilitonen nicht unterscheiden, obwohl die behindertengerechte Einrichtung der Hochschule und der Zugang zu Unterstützungsmöglichkeiten sehr positiv bewertet werden. Gleiches gilt für die Einschätzung der politischen Rahmenbedin-

gungen, wo neben der Behindertenfreundlichkeit vor allem das Arbeitsplatzangebot sowie die sogenannten weichen Standortfaktoren genannt werden.

Die große Bedeutung von Mobilität für das Selbstgefühl der Studierenden wird auch im Fall der körperbehinderten Studierenden deutlich. Das Erleben persönlicher Mobilität und die Reichweite der eigenen beruflichen Pläne hängen eng zusammen. Gleichzeitig ist jedoch auch für diese Gruppe der Studierenden das Arbeitsplatzangebot der entscheidende Faktor für eine Bleibe- oder Wegzugsentscheidung. Die Untersuchung stellt die Frage, warum so negative Bilder über Magdeburg und Sachsen-Anhalt vorherrschen und dies – so wäre zu ergänzen – trotz einer teilweise ausgezeichneten Hochschul-Infrastruktur auch für Studierende mit Beeinträchtigungen.

E 3.4 Beate Hempel: Ausbildungswünsche und Zukunftsträume von Jugendlichen mit Körperbehinderungen. Eine empirische Erhebung am Landesbildungszentrum für Körperbehinderte in Halle (Saale)

Die Fragestellung der Arbeit richtet sich auf die Funktion von Ausbildung und Arbeit zur Realisierung eines menschenwürdigen Lebens. Vor dem Hintergrund einer eingehenden Schilderung der im Land Sachsen-Anhalt für körperbehinderte Jugendliche vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten, dem System der Berufsberatung, den berufsvorbereitenden Maßnahmen, den Berufsbildungswerken und Werkstätten wird gefragt, ob dieses Angebot ausreichend ist, um jungen Menschen mit körperlichen Einschränkungen eine Zukunftsperspektive persönlicher und beruflicher Mobilität zu bieten.

Anhand einer detaillierten Beschreibung der Situation in Halle wird deutlich, dass die reale Ausbildungssituation für Körperbehinderte in Sachsen-Anhalt ausgesprochen problematisch ist und sie zumeist an Einrichtungen außerhalb des Landes vermittelt werden müssen.

Die sensibel geführten Interviews zeigen, dass die Jugendlichen zum Teil konkrete berufliche Visionen entwickeln, aber auf ein dafür unsensibles Beratungssystem stoßen. Hinsichtlich der Berufswünsche ist relativ große Unkenntnis für die Jugendlichen typisch – ihre Berufswünsche orientieren sich daran, soziale Anerkennung zu erlangen und das Stigma der „Körperbehindertenschule“ hinter sich zu lassen. Die Jugendlichen erweisen sich hinsichtlich ihrer Berufswünsche als leicht beeinflussbar, offenbar weil sie so die Trennung vom gewohnten Umfeld und den Schritt in die Autonomie vermeiden können. Die geringe Wegzugsbereitschaft der Jugendlichen hat damit zu tun, dass ihnen bewusst oder unbewusst klar ist, wie stark sie auf familiäre und Freundschafts-Netzwerke angewiesen sind. Die Ergebnisse der Arbeit lassen sich auch auf nicht behinderte Jugendliche übertragen – jeder Mensch sollte das Recht haben, Visionen für seine Zukunft zu entwickeln, auch bei ungünstiger Arbeitsmarktlage und persönlichen Einschränkungen.

F. Der vergleichende Blick auf die regionale Bevölkerungsentwicklung

F 1. Vergleichsstudie Emsland - regionale und kommunale Familienpolitik als Erfolgsstrategie für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung (Christiane Dienel)

F 1.1 Vorbemerkung: Zur Auswahl der Vergleichsregion – Fragestellungen – Informationsquellen

Familienfreundlichkeit von Gemeinwesen bedeutet, Raum für das Leben von Familien zu gestalten: als Wohnraum, als Bauland, als benutzbaren öffentlichen Raum, aber auch als finanziellen Spielraum. Die Entscheidung, eine Familie und einen Hausstand zu gründen und sich damit dauerhaft auf seinen Wohnort und seine Heimatregion einzulassen, ist in hohem Maße durch die konkreten Lebensbedingungen vor Ort, in der Kommune geprägt. Soziale Strukturen, Prozesse und Probleme finden in räumlichen Strukturen und sich ändernden Raumnutzungen ihren Ausdruck. Die Wohnungsbaupolitik und die Raumordnung haben daher ein oft unterschätztes familienpolitisches Potential. Die Fallstudie Lingen/Emsland soll dazu dienen, den möglichen Beitrag kommunaler Familienförderung und dabei insbesondere der Wohnungspolitik für Familien auszuloten.

Familienfreundlichkeit ist ein so genannter weicher Standortfaktor, der gerade durch Klein- und Mittelstädte in Sachsen-Anhalt noch zu wenig genutzt wird, um durch gezielte Verbesserung der örtlichen Lebensbedingungen für Familien positive Impulse für Zuwanderung zu setzen. Das Vorhalten von Infrastrukturen für Familien (Kindergarten, Schule, Wohnen, Freizeitangebote, kulturelle und sportliche Förderung) wird hier häufig an erster Stelle genannt. Für die Entscheidung zur Familiengründung sind andere Faktoren aber möglicherweise noch wichtiger: die Bereitstellung von Wohnraum und attraktiven Grundstücken für den Bau von Einfamilienhäusern und die familiengerechte Gestaltung des Verkehrs sowie die Realisierung eines familienfreundlichen Leitbilds (Ramelow 1998).. Gerade für die kleineren Gemeinwesen in Sachsen-Anhalt sind Familien und ihre Kinder ein zentraler Zukunftsfaktor, um den sie aktiv werben müssen. Die Schaffung eines familiengerechten Umfelds erhält so für Städte, Kreise und Gemeinden im Land eine strategische Bedeutung.

Familien sind für die kommunale Entwicklung die wertvollste Basis. Eine leistungsfähige örtliche und regionale Sozialstruktur mit einem ausgeglichenen Generationenverhältnis bildet eine verlässliche Planungsgrundlage für ein zukunftsorientiertes, gemeinwesenorientiertes Handeln. Unternehmen brauchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die günstige Lebensverhältnisse für ihre Kinder vorfinden, Beruf und Familie vereinbaren können und Leistungswillen und Stabilität an ihrem Arbeitsplatz einbringen. Investoren und Betriebe benötigen das

stabile lokale Nachfragepotential und Arbeitskräftepotential der Familien. Das Beispiel der Stadt Lingen kann zeigen, wie diese Beiträge der Familien für die kommunale Entwicklung bewusst gefördert wurden, statt Familien bloß als Kostenfaktoren und Nutzer kommunaler Angebote wahrzunehmen. Lokale Familienpolitik ist in Deutschland bisher noch die Ausnahme. Die Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt kann aber möglicherweise den Anstoß geben, hier auf Landesebene einen Paradigmenwechsel herbeizuführen und das Land zu einem Vorreiter in der Schaffung familienfreundlicher räumlicher Bedingungen auf kommunaler Ebene zu machen. Dafür plädiert diese Fallstudie und nennt – über den Beispielfall hinausgehend – konkrete Handlungsstrategien zur Entwicklung einer kommunalen Familienpolitik in Sachsen-Anhalt.

Die Stadt Lingen und das Emsland wurden für die Vergleichsstudie ausgewählt, weil sie in exemplarischer Weise zeigen, wie eine in mancherlei Hinsicht benachteiligte Region durch systematischen Einsatz von Möglichkeiten lokaler Familienpolitik zum Zuzug junger Familien und zur Erhöhung der Geburtenrate beitragen kann. Für die Bereitschaft zum Gespräch und Unterstützung bei diesem Bericht danke ich der Stadt Lingen, insbesondere Herrn Günter Schnieders, Leiter des Fachbereichs für Familie, Jugend und Soziales, sowie dem Landfrauenverband Altkreis Lingen und seiner Vorsitzenden, Frau Anni Barkmann.

F 1.2 Die Stadt Lingen im Emsland – Eckdaten zur sozioökonomischen Lage und Bevölkerungsentwicklung

Kurzporträt der Region

Der Landkreis Emsland entstand im Zuge der Gebietsreform 1977 und ist mit über 2.880 km² flächenmäßig der zweitgrößte Landkreis der Bundesrepublik Deutschland. Er liegt zwischen der nordrhein-westfälischen Landesgrenze bei Rheine bis zur Grenze Ostfrieslands bei Papenburg und hat eine Nord-Süd-Ausdehnung von 95 km, eine Ost-West-Ausdehnung von 56 km. Mit den Niederlanden bestehen eine ca. 60 km lange gemeinsame Staatsgrenze und vielseitige wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen. Im Osten grenzen die Landkreise Cloppenburg und Osnabrück, im Südwesten der Landkreis Grafschaft Bentheim an das Emsland. Der Landkreis wird von Norden nach Süden entlang der Ems durch die Bundesstraße 70 sowie eine Bahnlinie und den Dortmund-Ems-Kanal erschlossen. Die Emsland-Autobahn A 31 soll bis 2005 fertig gestellt werden.

Abb. F1.1: Landkreis Emsland und seine Verkehrsanbindung

Das Emsland war traditionell agrarisch geprägt und wirtschaftlich stark rückständig. Der 1950 im Bundestag beschlossene „Emslandplan“ sollte dies ändern und hat zu einer langsamen industriellen Transformation beigetragen. Zwar dominierten bis weit in die 1970-er Jahre die landwirtschaftlichen Strukturen, aber mittlerweile ist ein Branchenmix mit vielen mittelständischen Spezialbetrieben ist hier gewachsen. Hinzu kommen einige größere Industrieunternehmen der Holz- und Kunststoffverarbeitung, der Maschinen-, Fahrzeug- und Schiffbaubranche und der Energiewirtschaft. Bekannt sind die Teststrecke der Magnetschwebebahn Transrapid, die Papenburger Meyer-Werft und das Mercedes-Benz-Prüfgelände. Eine touristische Erschließung der dünn besiedelten Region hat begonnen.

Die Stadt Lingen ist das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum des Emslandes. Das funktionierende regionale Mittelzentrum hat rund 56.000 Einwohner (Erst- und Zweitwohnsitze) und immerhin 2500 Gewerbebetriebe, verfügt über eine Fachhochschul-Zweigstelle, eine Berufs-

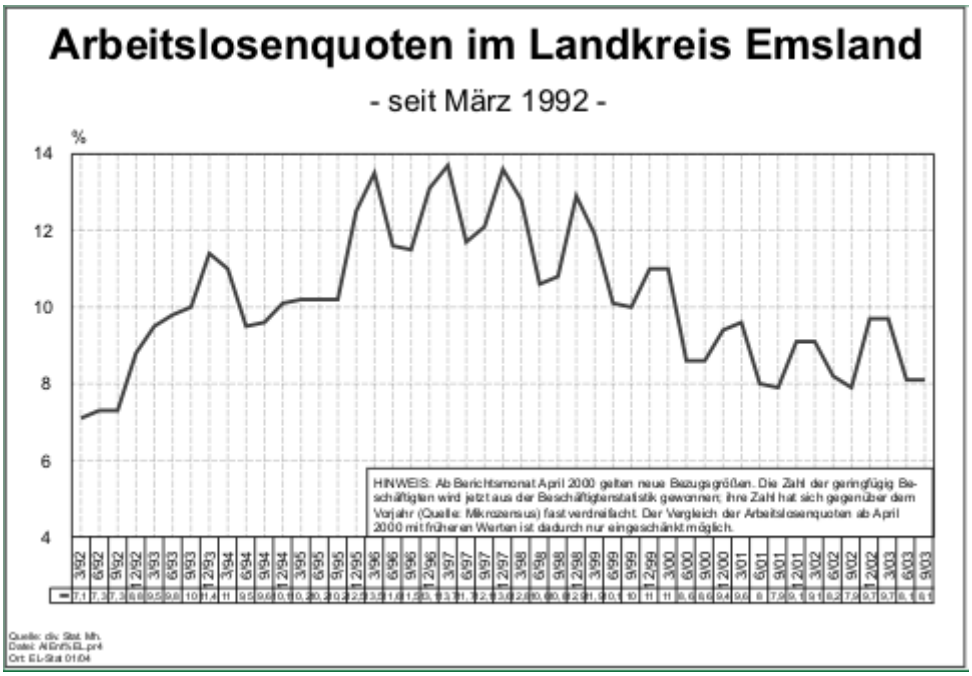
akademie und alle Schularten. Der größte Teil der Einwohner wohnt in Einfamilienhäusern; die Innenstadt bietet ein reich gefächertes Angebot an Geschäften und Dienstleistungen.

Regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung

Es gelang, die Anfang und Mitte der 1990-er Jahre noch sehr hohen Arbeitslosenquoten in den letzten Jahren allmählich wieder zu reduzieren. Dies ist zum einen der mittlerweile abgeschlossenen Transformation von der agrarischen zur industriell dominierten Region zu danken, aber möglicherweise auch der günstigen Alterszusammensetzung der Bevölkerung.

Im Stadtgebiet Lingen lag (2003/4) die Arbeitslosenquote im Berichtszeitraum bei rund 10%, damit etwas höher als der Bundesdurchschnitt (9,8% 2002), aber niedriger als in Sachsen-Anhalt (19,6% 2002).

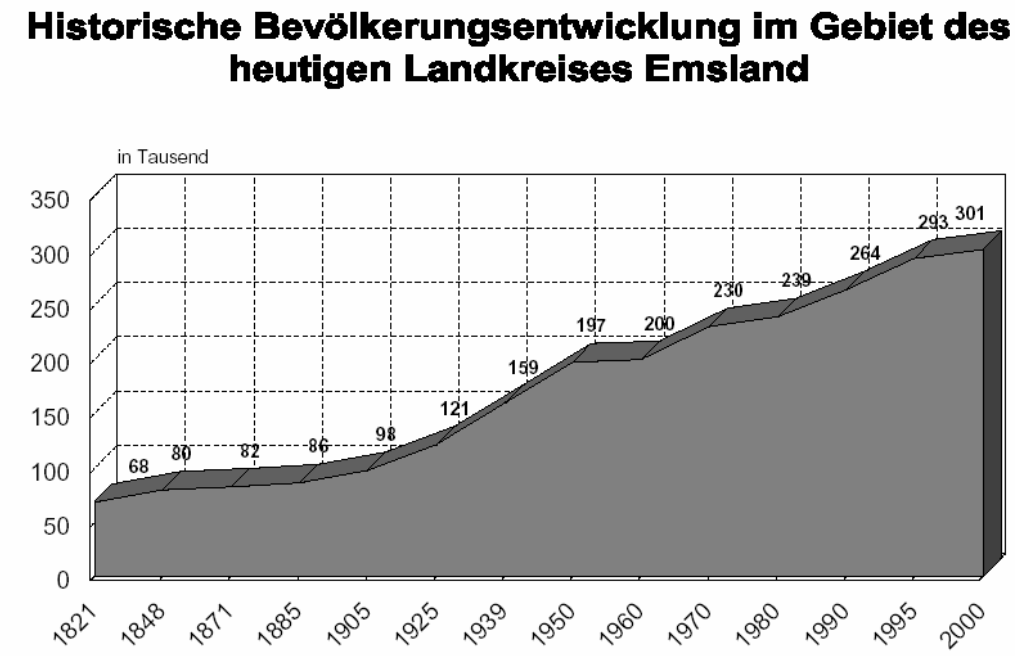
Abb. F1.2: Arbeitslosenquoten im Landkreis Emsland



Die Bevölkerungsentwicklung in Lingen und im Kreis Emsland seit 1945

Mit einer durchschnittlichen Bevölkerung von 106,4 Menschen pro km^2 ist das Emsland eher dünn bevölkert. Der bemerkenswerteste Befund für den Kreis Emsland ist das kontinuierliche Bevölkerungswachstum seit etwa 1950. Der „Pillenknick“ fiel in der katholisch geprägten Region moderat aus, vor allem aber partizipierte sie weniger stark am starken Rückgang der Geburtenzahlen seit den 1980-er Jahren. Damit steht sie in der Bundesrepublik Deutschland fast singulär da. Die rohe Geburtenrate per 1000 Einwohner lag im Kreis Emsland im Jahr 2000 bei 11,8 Geborenen, in der Bundesrepublik im gleichen Jahr bei 9,3 und in Sachsen-Anhalt bei 7,2. Im Landkreis Emsland betrug der Geburten-/Sterbesaldo 1999 +43,2 per 1000 Einwohner; Bundesdurchschnitt war im gleichen Jahr –0,9. Das Emsland hat die höchsten Geburtenraten der Region.

Abb. F1.3



Dennoch gehen mittlerweile im Emsland und auch in der Stadt Lingen die hohen Geburtenraten allmählich zurück. Der Saldo der Geburten und Sterbefälle betrug in Lingen 2002 +73, in 2003 +37, für 2004 ist -4 prognostiziert und von dann an ein langsam zunehmender negativer Saldo.

Auch der Zuzug von Familien lässt nach. Bis Mitte der 1990-er Jahre hatte der Landkreis einen hohen Zuzug vor allem von Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion zu verzeichnen. Dies führte zu so hohen Sozialhilfekosten (zeitweise 50% des gesamten Sozialhilfe-Budgets), dass der Landkreis finanziell nahezu handlungsunfähig wurde. Durch die seit 1996/97 geltende Zuzugsbeschränkung ließ sich diese Entwicklung wieder einfangen, die Kosten für diesen Personenkreis machen – auch wegen der inzwischen erfolgten Integration – lediglich 3-5% der Sozialhilfekosten aus. Der Ausländeranteil in Lingen ist sehr niedrig und lag am 31.12.2002 bei 3%.

Ländliche Lebenslagen im Emsland

Im Emsland unterscheiden sich städtische und ländliche Lebenslagen für Familien hinsichtlich der Kinderzahl nach wie vor. Auf den Bauernhöfen ist die Akzeptanz für mehr als zwei Kinder größer als in der Stadt. Gerade in ländlichen Wohnlagen spielt der großfamiliäre Zusammenhalt eine Rolle. Eltern sehen es als zentrale Aufgabe an, ihren erwachsenen Kindern das Bauen eines eigenen Hauses (durch Überlassung eines Grundstücks oder finanzielle und praktische Unterstützung) zu ermöglichen. Üblich unter jungen Leuten ist deshalb, sich zunächst zu verloben, ein Haus zu bauen – im Alter zwischen 20 und 25 Jahren! –, dann zu heiraten und anschließend eine Familie zu gründen. Hausbau und Familiengründung schei-

nen – so meine Gesprächspartner/innen – im Emsland nahezu untrennbar zusammen zu gehören. Dieses Muster stellt einen zentralen Haltefaktor für die Region dar, weil es zu stabilen Paarbeziehungen und frühem Grunderwerb sowie dem Verbleiben vieler erwachsener Kinder in der Nähe ihrer Herkunftsfamilien führt.

Die Zunahme weiblicher Erwerbstätigkeit auch im Emsland wird deshalb vielfach durch Betreuungsleistungen der Großelterngeneration ermöglicht. Frauen, die sich vollständig dem Haus und der Familie widmen, werden immer seltener. Die meisten jüngeren Frauen sind zumindest in Form eines „Minijobs“ erwerbstätig, einerseits wegen des Geldes, aber auch, um den Anschluss an ihren Beruf nicht zu verlieren. Deutlich wird das an der sinkenden Zahl junger Frauen, die für ehrenamtliche Tätigkeiten zur Verfügung stehen. Im Landkreis spielen die einzügigen Dorfschulen eine große Rolle. Sie werden erst geschlossen, wenn die Klassenstärke unter 14 Kinder sinkt. Die drohende Schließung führt manchmal sogar zu einem dörflichen Baby-Boom.

Bemerkenswert ist die hohe Integration der ländlichen Lebensgemeinschaften. Aus dem Dorf Brümsel (Messingen) wurde mir berichtet, dass Nachbarschaftlichkeit und dörfliche Gemeinschaft eine große Rolle für den Zusammenhalt und auch die Identifikation der Jugendlichen mit ihrer Herkunftsregion bilden. Die Nachbarschaft bildet neben der Familie das wichtigste Solidaritätsnetz zur gegenseitigen praktischen Hilfe. Der Übergang zu darüber hinaus gehenden Formen freiwilliger Zusammenarbeit ist fließend.

So ist die Landjugend zentraler Organisator von sozialen Aktionen, Freizeit und Feier. In Messingen bleiben auch die Verheirateten zunächst bei der Landjugend aktiv. Frauen über dreißig und mit Kindern finden dann bei den Landfrauen ein neues soziales Umfeld. Hinzu kommt ein sehr aktiver Sportverein mit einem Mitgliederstand von ca. 400 Personen (bei 1100 Einwohnern), der mehrere Sportarten und viele familiengerechte Aktionen (Zeltlager, Mutter-Kind-Touren) anbietet. Auch die Jägerei bietet für manche jungen Leute einen Identifikationspunkt. Einem engagierten Bürgermeister gelingt es in Brümsel, diese vielfältigen Verflechtungen in der lokalen Politik zusammen zu führen. So kommen zum Neujahrsempfang mehr als die Hälfte der Bürger und treffen dort auf Vertreter der Kreis- bis hin zur Landespolitik. Diese Treffen sind auch ein Forum zur gemeinsamen Beratung der Weiterentwicklung des Dorfes. Die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement ist durch diese lebendige Dorfdemokratie sehr hoch, und die Haltekraft des Dorfes für junge Leute erheblich.

F 1.3 Familienpolitik in Lingen

Entstehung und Entwicklung des familienpolitischen Programms

Das familienpolitische Programm der Stadt Lingen entstand im Jahr 1980 aus einer Initiative des Stadtrats und wird als freiwillige kommunale Leistung aus den Mitteln des Haushalts der

Stadt finanziert. Das Programm ist laut Auskunft der befragten Experten von einer kleinen Zahl Ratsherrinnen der CDU-Fraktion aus der Taufe gehoben worden. Hintergrund war der entschiedene – durchaus katholisch und sozial geprägte – Wille, für die Familien in der Stadt substantiell etwas zu tun. Die Grundierung der Familienpolitik im Emsland durch den Sozialkatholizismus ist nicht explizit zu erkennen, spielt aber implizit eine große Rolle. In der Stadt und im Landkreis besteht ein breiter Konsens, dass Familien mit Kindern besondere Förderung verdienen und dass die Bundespolitik durch lokale Maßnahmen ergänzt werden muss.

Der Grund für die exzeptionell hohen Geburtenraten im Emsland wurde vielfach im Katholizismus gesehen. Allerdings kann nicht davon die Rede sein, dass die heutige Generation junger Eltern aus religiösen Gründen auf Empfängnisverhütung verzichtet. Die Zahl kirchlicher Eheschließungen und Taufen ist auch im Emsland stark zurückgegangen. Der Katholizismus ist heute kein Faktor mehr, der das individuelle Verhalten messbar beeinflussen würde. Als ausgesprochen familienfreundliche Werthaltung bestimmt er jedoch nach wie vor die kommunale Politik.

Ziel des Familienpolitischen Programms ist die Aufwertung des Ansehens der Familie und der Familienpolitik in der Öffentlichkeit, indem die Stadt in ihrem Zuständigkeitsbereich Familien besondere Vorteile einräumt. Hinzu kommt ein – allerdings nicht so benanntes – Familien-Mainstreaming, indem der Ausschuss für Familie und Soziales des Stadtrats gehalten ist, grundsätzlich alle Empfehlungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Kind und Familie zu überprüfen.

Das besondere Gewicht familienpolitischer und auch demographischer Überlegungen in Lingen wird auch an den jüngsten Entwicklungen deutlich. Im Rahmen der Verwaltungsreform im Jahre 2002 wurden die Fachbereiche Soziales und Familie und Jugend zu einer Behörde zusammengefasst. Sozial- und Jugendamt zusammen zu führen, erwies sich nicht nur als Sparmaßnahme, sondern für familienpolitische Belange als sehr sinnvoll, weil beide Bereiche zentral familiale Lebensbedingungen betreffen und so eine koordinierte Politik leichter möglich ist. Darüber hinaus hat die Stadt einen Arbeitskreis gegründet, der auf Basis einer Studie „Lingen wächst“ des Pestel Instituts Maßnahmen entwickeln soll, durch die auch in Zukunft die nachhaltige demographische Entwicklung der Stadt sicher gestellt werden kann.

Allerdings bleibt auch die Stadt Lingen von der allgemein schwierigen Lage der Gemeindefinanzen nicht verschont. Deren Konsolidierung ist das prioritäre Ziel der kommunalen Politik, und es ist zu erwarten, dass in diesem Rahmen im Jahre 2004 auch einige Maßnahmen des familienpolitischen Programms zurückgestrichen werden.

Neben den unten beschriebenen konkreten Maßnahmen des Familienpolitischen Programms lag ein Schwerpunkt kommunaler Politik in den letzten Jahrzehnten auf dem Ausbau von Infrastrukturen für Familien (Kulturladen, Frauen- und Mütterzentrum, Kinderbetreuungsein-

richtungen mit hoher Qualität und zumeist integrativ gestaltet). Es ist gelungen, Kooperationsformen zwischen Verwaltung, Vereinen, Verbänden und Initiativen zu schaffen, welche den Querschnittcharakter lokaler Familienpolitik spiegeln (Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde 1997, 35-36).

Maßnahmen

Das familienpolitische Programm der Stadt Lingen (Ems) wird umgesetzt durch die Zusendung eines Familienpasses für alle Familien und Alleinerziehende mit zwei und mehr Kindern unter 18 Jahren sowie für alle Familien mit einem schwerbehinderten Kind ohne Altersbegrenzung. Kinder über 18 Jahren in Ausbildung werden auf Antrag berücksichtigt. Der Familienpass wird allen Familien automatisch zugeschickt. Ihm hängt eine Antwortkarte an, mit der man die Leistungen abfordern kann. Diese wird vor allem von Familien mit drei und mehr Kindern abgeschickt, da dann der Zuschuss für die Abwasserkosten eine substantielle Höhe von rund 50€ pro Kind erreicht. Der Familienpass ermöglicht Zuschüsse und Vergünstigungen im städtischen Gebührenbereich (Familienpass, Stand 11.10.2000), z.B.

- keine Standesamtsgebühren
- keine Gebühren für Kinderausweise
- Preisnachlässe bei Veranstaltungen des städtischen Jugendamts
- Preisnachlässe beim privaten Spaßbad
- Ermäßigungen bei Theaterkarten und Abonnements
- Nachlässe bei den Abwassergebühren ab drei Kindern
- Ermäßigung der Müllabfuhrgebühren für Familien ab drei Kindern, sofern eines unter drei Jahre alt ist, Familien mit vier und mehr Kindern unter 18 Jahren und Familien mit einem pflegebedürftigen Haushaltsangehörigen

Das familienpolitische Programm sieht auch eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung des Wohneigentums von Familien vor:

- Familienfreundliche Ausweisung und Vergabe von Baugrundstücken
- ab drei Kindern Vergabe von Baugrundstücken im Erbbaurecht mit der Möglichkeit des späteren Erwerbs, Erbbauzins gestaffelt nach Kinderzahl: 3 Kinder: 3,5%, 4 Kinder: 2%, 5 und mehr Kinder: 0%

- ab drei Kindern Zuschuss bei Kauf eines städtischen Grundstücks in Höhe von rd. 1000 € pro Kind (zusätzlich zur staatlichen Wohnungsbauförderung) oder Zuschuss zu Bauvorhaben in Höhe von 5000 €, der in Raten von 500€ pro Jahr ausgezahlt wird

- entsprechende Förderung bei Erwerb von Altbauten und familiengerechtem Umbau vorhandener Häuser

Die städtische Förderung des Wohneigentums, besonders durch das Erbbaurecht, aber auch durch Zuschüsse beim Grundstückskauf, spielt dennoch in den letzten Jahren eine immer geringere Rolle. Im Jahre 2002 gab es nur sechs Neufälle bei den Erbbauzinsen, sechs Anträge auf Zuschuss zum Grundstückskauf, und acht Familien, die einen Aufwendungszuschuss zum Umbau oder für den Wohnungsbau gestellt haben. Dies ist aber vor allem eine Folge des sehr entspannten Immobilienmarktes. Angesichts der sehr niedrigen Zinsen entscheiden sich viele Familien eher für Kauf als für Erbbaupacht. Dass die Erleichterungen des Grundstücksankaufs so wenig in Anspruch genommen werden, ist für die Stadt selbst auch überraschend und wird darauf zurück geführt, dass es nicht mehr so viele Familien gibt, die sich mit drei Kindern für das Programm qualifizieren.

Das zentrale Werkzeug der Stadt zur Förderung des Grundeigentums bei Familien stellt deshalb die Vergabe von Baugrundstücken dar. Die Stadt kauft Grundstücke von Landwirten und stellt dann einen Bebauungsplan auf, wodurch sich der Wert der Grundstücke erheblich steigert. Trotzdem werden die Grundstücke an Familien zu dem Preis weiter gegeben, zu dem die Kommune sie erworben hat. Dies geschieht durch eine Grundstücksvergabe in Pools. Zum ersten Pool haben nur Familien mit Kindern Zugang. Sie bekommen die schönsten und attraktivsten Grundstücke zu Preisen zwischen 38 und 84 €/qm. Nach der Richtwertkarte wären für diese Grundstücke mindestens 125 €/qm. Dennoch ist diese Art der Förderung für die Kommune sehr kostengünstig, denn da der Kaufpreis eins zu eins weitergegeben wird, entsteht kein Verlust.

In der Region ist diese Praxis sehr verbreitet, und es findet ein regelrechter Wettbewerb der Kommunen um die Vergabe von Grundstücken an Familien statt. So nimmt man in Lingen an, dass manche Familien deshalb abwandern, weil ihnen andere Kommunen die Grundstücke noch billiger anbieten. Ein Grund von Abwanderung ist vermutlich, dass die Grundstückspreise in anderen Gebieten, etwa Wietmarschen und Lohne, noch günstiger sind. Diese Konkurrenz führt zu äußerst günstigen Grundpreisen für die spezielle Zielgruppe der Familien und einem umfangreichen Angebot an Bauplätzen.

Darüber hinaus hat die Stadt einen Hilfefonds für Familien eingerichtet, aus dem die Freien Träger für Einzelfälle mit geprüfter Bedürftigkeit Mittel beziehen können, so einen Notfonds zur Verhinderung drohender Obdachlosigkeit von Familien und Einzelfallhilfe bei Schwan-

gerschaftskonfliktsituationen. Wegen des äußerst entspannten Wohnungsmarktes wird der Notfonds zur Verhinderung drohender Obdachlosigkeit aber praktisch nicht in Anspruch genommen. Weiterhin übernimmt die Stadt die nicht gedeckten Kosten eines Frauenhauses in freier Trägerschaft und plant auch die weitere Förderung eines Wohnhauses für allein erziehende Frauen.

Einen wichtigen Schwerpunkt der kommunalen Politik bildet die Verbesserung der Wohn- und Freizeitsituation von Familien. So werden – durch den Ausschuss für Familie und Soziales – familienfreundliche Aspekte bei der Überprüfung bestehender und Aufstellung neuer Bebauungspläne besonders berücksichtigt, bestehende Erholungs- und Spielstätten regelmäßig überprüft und neue eingerichtet. Die Einrichtung von Wohnstraßen in Wohngebieten hat Vorrang. Für kinderreiche Familien werden städtische Wohnungen bereit gestellt und beim Umbau bestehender Sozialwohnungen darauf geachtet, einen hinreichenden Anteil großer, familiengeeigneter Wohnungen zu schaffen.

Die Stadt ist weiterhin aktiv bei der Schaffung erweiterter Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. 1998 wurde ein Kinder- und Jugendparlament eingerichtet, dem 56 Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 19 Jahren angehören. Es tagt vierwöchentlich im Ratssitzungssaal und vertritt im Kinder- und Jugendhilfeausschuss die Interessen der Kinder und Jugendlichen. Es verfügt über ein Budget von 10 800 EUR zur Förderung von Projekten. Dieses Kinder- und Jugendparlament wird als großer Erfolg empfunden und hat zu zahlreichen Anfragen anderer Kommunen geführt, die sich das Konzept vor Ort anschauen wollen.

Die familienpolitischen Maßnahmen in Lingen werden als freiwillige Leistungen aus dem städtischen Haushalt finanziert, d.h. nicht refinanzierte, verlorene Zuschüsse. Einige Teile sind durch den Vermögenshaushalt der Stadt gedeckt, insbesondere im Bereich der Grundeigentumsförderung. Für die familienpolitischen Maßnahmen werden zur Zeit etwa 70.000-80.000 € aufgewendet. Das sind rund 10% der Maßnahmen aus dem Titel „Freiwillige sonstige Förderung von Vereinen und Verbänden“ bei einem budgetierten Zuschussbedarf des Fachbereichs von 3,7 Mio €.

Wirkungen - Ausblick

Die Inanspruchnahme der familienpolitischen Maßnahmen ging seit Einführung des Programms kontinuierlich zurück. 1980 nahmen rund 60% der Familien Vergünstigungen in Anspruch, 1985 sogar 85%, während heute nur noch 14% der Familien die oben beschriebene Klappkarte zurückschicken – d.h. im wesentlichen nur noch die Minderheit der Familien mit drei Kindern. Bestimmte Maßnahmen, wie die Zuschüsse zum Kauf von Schulbüchern, wurden inzwischen gestrichen. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ist beabsichtigt, noch weitere Maßnahmen zu streichen bzw. auf bedürftige Familien unterhalb einer Einkommensgrenze zu beschränken. Allerdings ist im Rat Konsens, auch zukünftig auf die Erwirtschaf-

tung von Überschüssen durch die Ausweisung von Bauland zu verzichten, um Familien kostengünstiges Bauen zu ermöglichen.

Die konkreten Maßnahmen des Programms selbst sind bescheiden und – so die Experten – bewegen niemanden zur Familiengründung, keine Familie zum Hinzug nach Lingen oder zu einem weiteren Kind. Dennoch hat das Vorhandensein der Maßnahmen einen wichtigen symbolischen Wert. Die geschilderten Maßnahmen erscheinen auf den ersten Blick nicht besonders spektakulär. Die Befragung der Experten sowie weiterer Kenner der Region und ansässiger Familien zeigte jedoch, dass das Leben in der Stadt Lingen als ausgesprochen familienfreundlich wahrgenommen wird. Nicht nur der äußere Augenschein, die große Anzahl (122 bei rund 55 000 Einwohnern) vorzüglich eingerichteter Kinderspielplätze, der Wohnstraßen und Radwege etwa, sondern auch der „Geist" der Kommune wurde offenbar langfristig durch die Durchführung lokaler familienpolitischer Maßnahmen geprägt. Äußerer Ausdruck dieses Geistes war die Prämierung im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde" im Jahre 1997 – bei diesem Wettbewerb gab es übrigens nicht einen Preisträger aus Sachsen-Anhalt. 1989 gewann die Stadt Lingen bereits den 1. Preis im Landeswettbewerb Niedersachsen „Die familienfreundliche Gemeinde", und einen weiteren 1. Preis 1991 im Kreiswettbewerb des Landkreises Emsland.

F 1.4 Spielräume für lokale und regionale Familienpolitik

Freiwillige familienpolitische Maßnahmen der Gemeinden

Kommunen verfügen über einen relativ großen Spielraum bei der eigenständigen Ausgestaltung der Lebensbedingungen von Familien, dem vor allem durch die finanziellen Möglichkeiten Grenzen gesetzt sind, weniger durch unzureichende Kompetenzen. Natürlich können sich Kommunen den Auswirkungen der Bundesfamilienpolitik nicht entziehen (Bellers 1993, 433-441). Ein Grenzfall hinsichtlich der Zuständigkeitsfragen sind kommunale Geburtsprämien. In der DDR gab es das „Begrüßungsgeld" für Babies. In Sachsen-Anhalt haben einige Gemeinden, um der Abwanderung vorzubeugen und die Familienbildung zu fördern, für kinderreiche Familien oder für alle Geburten kommunale Aufwandsbeihilfen oder Begrüßungsgeschenke wieder eingeführt. Deren Rechtmäßigkeit ist allerdings umstritten. In einem Urteil vom 19. Januar 1995 stellte das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen fest, dass Begrüßungsgelder oder Geburtsbeihilfen Teil des allgemeinen Familienlastenausgleichs seien, der in Bundeszuständigkeit liege. Die Kommunen könnten allenfalls ein „Patenschaftsgeld" als Zeichen der Verbundenheit der Kommune gegenüber der jungen Familie gewähren, also eine symbolische Einmalzahlung (Wingen 1997, 315). So schenkt die Stadt Gardelegen, die auch am Modellprojekt des BMFSFJ „Familien- und Kinderfreundlichkeit in der Kommune" teilnahm, jedem dort geborenen Baby ein Lätzchen mit dem Stadtwappen. Ziel des genannten Projekts (Laufzeit bis 2001) war, die Familien- und Kinderpolitik im Sinne einer sozialen

Strukturpolitik weiter zu entwickeln und in die Gesamtleistungen der Kommunen wirkungsvoll zu integrieren.

Neben den kommunalen Pflichtaufgaben und freiwilligen Subventionen können Gemeinden auch ordnungspolitisch im Bereich der Familienpolitik freiwillige Aufgaben übernehmen, z.B. durch Eröffnung von Partizipationschancen für familienfreundliche Akteure, etwa die Kirchen, Vereine und Bürgerinitiativen sowie die Träger der freien Wohlfahrtspflege oder durch ein Familien-Mainstreaming in allen Handlungsbereichen kommunaler Politik. Gemeinden können eine Moderatorenrolle in der Organisation familienbezogener Sozialdienstleistungen übernehmen und diese auch institutionalisieren, indem z.B. die familienrelevanten Aktivitäten von Sozialamt, Wohnungsamt, Jugendamt, Bauamt, Wirtschaftsförderung und Gesundheitsamt unter einem familienpolitischen Blickwinkel koordiniert oder sogar in einem eigenen Amt zusammengefasst werden (Wingen 1997, 316).

Das Beispiel der Stadt Lingen zeigt, dass Kommunen Handlungsspielräume besitzen, um lokale Familienpolitik selbst zu gestalten. Einige Bundesländer haben versucht, über Landeswettbewerbe zur „familienfreundlichen Gemeinde“ oder „familienfreundlichen Stadt“ das Bewusstsein für diese kommunalpolitischen Spielräume zu stärken, so etwa Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg und Hessen. Der Stadtstaat Hamburg hat im Jahre 2003 – durchaus in Anlehnung an Beispiele wie Lingen – eine familienpolitische Initiative gestartet, zu der die Einrichtung eines Familienforums und einer behördenübergreifenden Arbeitsgruppe gehören, welche ein Familien-Mainstreaming sicher stellen sollen. Ab Anfang 2005 wird in Hamburg auch ein Familienpass mit Vergünstigungen angeboten. Kommunale Familienpolitik ist gerade deshalb ein interessanter Ansatz für Sachsen-Anhalt, weil sie die Polarisierung zwischen wirtschaftlich wachsenden und stagnierenden/schrumpfenden Regionen überwinden kann. Denn häufig verfügen wirtschaftlich benachteiligte Kommunen über Ressourcen für lokale Familienpolitik, die weniger kostenträchtig sind, insbesondere die großzügige Ausweisung von Bauland und die Gestaltung von Freiflächen für die Nutzung durch Kinder und Jugendliche. Trotzdem ist lokale Familienpolitik überfordert, wenn es darum geht, den Teufelskreis von Arbeitsplätzemangel, Abwanderung, Bevölkerungsrückgang und wirtschaftlicher Stagnation zu durchbrechen.

Schlüsselfaktor Eigenheimförderung für Familien

Die für Familien attraktivste Wohnform ist in der Regel ein Eigenheim. Ein Haus zu besitzen, ist unmittelbar familienfördernd, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen bietet die Wohnform Haus viele direkte Vorteile für das familiäre Zusammenleben: genügend Platz, flexible Umgestaltungsmöglichkeiten, Möglichkeit zu lauten Familienaktivitäten, meistens Freiflächen oder Garten, ebenerdiger Zugang, häufig besserer nachbarschaftlicher Kontakt als in anonymen Mietsituationen. Zum anderen bedeutet der Besitz eines Hauses aber auch die Stabi-

lisierung des persönlichen Lebens und der Beziehungen. Hausbesitzer leben ruhiger, ihre Paarbeziehungen sind beständiger und ihre Zukunftseinschätzungen positiver. Dies erleichtert die Entscheidung für ein (weiteres) Kind. Die große soziologisch-psychologische Verbundstudie „Bamberger Ehepaar-Panel“ (Schneewind/Vaskovics 1998, 110) konnte diesen Effekt empirisch nachweisen. Junge Familien ziehen tendenziell aus Großstädten heraus und in kleinere Gemeinden, wo der Wunsch nach einem Eigenheim leichter zu verwirklichen ist. Die Wahrscheinlichkeit für ein drittes Kind wurde in der Verbundstudie signifikant durch das Bewohnen eines Eigenheims erhöht. Wohnen in der Wohnung ist für Familien vor allem dann attraktiv, wenn es möglichst viele Vorteile des Wohnens im Haus imitiert: ebenerdige, individuelle Zugänge, private oder halbprivate Freiflächen, mehrere Ebenen innerhalb der Wohnung, guten Lärmschutz und Sichtschutz gegenüber den Nachbarn.

Will die Landesregierung den Zugang zum Eigenheim für junge Familien erleichtern, muss sie vor allem die Nachteile von Familien mit kleinen Kindern gegenüber Kinderlosen bei der notwendigen Bildung von Eigenkapital überwinden helfen. Wenn sich durch Arbeitslosigkeit oder niedrigen Verdienst am Anfang der Berufslaufbahn der Eigenheimerwerb verzögert, bis die Kinder größer oder die potentiellen Eltern schon älter sind, ist die geburtenfördernde Wirkung der Bauförderung dahin. Ziel der Wohneigentumsförderung muss also sein, jungen Paaren so früh wie möglich den Bau oder Erwerb eines familiengerechten Eigenheims zu ermöglichen.

Zwei Wege sind dafür möglich, einerseits die Erleichterung der Kapitalbildung für junge Familien und andererseits die preisgünstige Gestaltung des Bauens. Durch kommunale und Landesregelungen kann erheblicher Einfluss auf die Baukosten für Eigenheime genommen werden. Ein zentraler Punkt ist die Bereitstellung von preiswertem Bauland, aber auch die Bauleitplanung übt einen wichtigen Einfluss aus, indem sie flächen- und kostensparende Regelungen vorsehen kann, etwa durch Zulassen einer hohen Bebauungsdichte. Dadurch vermindern sich die Erschließungskosten, und Familien brauchen keine großen Grundstücke zu erwerben, um ihren Wohnraumbedarf zu realisieren. Bauordnung und technische Regelwerke sollten keine kostspieligen Bauweisen vorschreiben (z.B. keinen Zwang zur Verklinkerung oder Einhaltung bestimmter Bauformen, keinen Zwang zu gemauerten Schornsteinen oder ziegelbelegten Dächern etc.). Natürlich kann diese Forderung in Konflikt geraten mit Anforderungen zur ökologischen Bauweise. Kosteneinsparungen können auch durch die Möglichkeiten des nachträglichen Ausbaus erzielt werden, durch Eigenleistung und Nachbarschaftshilfe, durch die Verwendung vorgefertigter Bauteile oder überhaupt von Serien- und Fertighausmodellen (Handbuch der örtlichen und regionalen Familienpolitik 1996, 82ff.).

Anders als in Westdeutschland haben junge Familien in Sachsen-Anhalt nur sehr selten die Chance, Eigenkapital oder ein Grundstück von der Großeltern-Generation zu erben. Förderrichtlinien im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus können die Länder und Kommunen ei-

genständig erlassen. Die Förderung der Bildung selbst genutzten Wohneigentums muss bevorzugt Familien und anderen Haushalten mit zwei und mehr Kindern oder mit einem behinderten Mitglied zugute kommen. Laut Bundesgesetz darf die Förderung nur Haushalte unterhalb einer Einkommensgrenze begünstigen, die für einen Einpersonenhaushalt 12 000 Euro, für einen Zweipersonenhaushalt 18 000 Euro beträgt und sich für jedes Kind um 4600 EUR erhöht. Die Landesregierungen haben aber das Recht, von diesen Einkommensgrenzen bei der Förderung selbst genutzten Wohneigentums abzuweichen.

Örtliche und regionale Maßnahmen der Wohneigentumsförderung für Familien

- Übernahme von Bürgschaften zur Sicherung von Bausparverträgen oder Bankdarlehen, z.B. durch Kommunen, Arbeitgeber, Stiftungen
- Bereitstellung von günstigem kommunalem Wohnbauland für Familien
- Vergabe von Erbpachtgrundstücken an Familien durch Land, Kommune oder Kirche
- Finanzhilfen zum Bau oder Erwerbs von Wohneigentum
- umfassende Beratung über kommunale und staatliche Förderprogramme
- Zusammenarbeit mit einem Wohnungsbauunternehmen im Rahmen eines Bauprogrammes „Preiswertes Wohneigentum“

Umsetzungsschritte für eine kommunale Familienförderung (Dienel 2002, Kap. 6)

Zur Abrundung dieses Kapitels sollen einige einführende Hinweise gegeben werden, wie kommunale Familienförderung in einzelnen Kommunen realisiert werden kann und welche ersten Schritte dafür zu gehen sind. Ein erstes Werkzeug ist ein auf Basis eines lokalen Familienberichts entwickelter Familienförderplan. Anschließend werden die möglichen Maßnahmebereiche kommunaler Familienpolitik abgeschritten.

- Lokaler Familienbericht und Familienförderplan

Kommunale Gebietskörperschaften können im Rahmen ihres Haushalts Satzungen und Richtlinien zur Familienpolitik erlassen und in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form durchführen. Um die Querschnittaufgabe Familienpolitik effektiv umzusetzen, ist die Schaffung einer Koordinationsstelle sinnvoll. Dies kann ein Ausschuss im Rat oder Kreistag und ein koordinierendes Dezernat oder eine Projektgruppe in der Verwaltung sein. Dieses Koordinierungsgremium hat die Aufgabe, ein „Familien-Mainstreaming“ innerhalb der kommunalen Verwaltung zu realisieren, analog dem vielfach schon umgesetzten Gender-Mainstreaming. Alle Teilbereiche kommunalen Handelns und die damit verbundenen Ent-

scheidungen sollen das Kriterium der Kinder- und Familienfreundlichkeit prüfen und nach Möglichkeit berücksichtigen. Dies geschieht zum einen durch eine formale Aufnahme dieses Prüfkriteriums in die Entscheidungsverfahren. Um konstruktiv lokale Familienpolitik zu betreiben, empfiehlt sich jedoch die regelmäßige Erstellung eines Familienberichts, um den Handlungsbedarf auf den unterschiedlichen Feldern zu ermitteln und auf dieser Basis einen operationalisierbaren Familienförderplan aufzustellen. Wie dies geschehen kann, ist dem Handbuch der örtlichen und regionalen Familienpolitik (1996) zu entnehmen. Nur im Überblick (Dienel 2002, 149-151) seien hier mögliche Maßnahmen kommunaler Familienpolitik genannt:

- Familienorientierung der Wohnverhältnisse: Bau familienfreundlicher (großer) Sozialwohnungen, Ausweisung von preisgünstigem Bauland oder Vergabe in Erbbaurecht, Berücksichtigung der Infrastrukturbedürfnisse von Familien bei der Bauleitplanung, Wohnungsvermittlung

- Familienorientierung der Verkehrspolitik: Entwicklung eines bedarfsgerechten Angebots für Familien, Ausweisung von verkehrsberuhigten Zonen, Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Kinder (Ampeln, Zebrastreifen, Kurse zum sicheren Verhalten im Straßenverkehr in Schule, Kita und Fahrschule), familiengerechte Tarifgestaltung, Schülerfahrdienste und Schulwegsicherung

- Familie und Arbeitswelt: Förderung der regionalen Ausbildungsmärkte, Initiativen zur familienfreundlichen Gestaltung der Arbeitswelt und zur Frauenförderung, Angebote an Betriebe zur Einrichtung von Betriebskindertagesstätten in Kooperation mit der Kommune, Unterstützung von Babysitteragenturen

- Gesundheitliche Förderung und Hilfen für Familien: Hebammendienste, Familienpflegedienste und Frühförderstellen, ambulante Kinderkrankenschwesterdienste, familienfreundliche Organisation des örtlichen Krankenhauses, kommunale Gesundheitsstrukturpolitik unter Berücksichtigung familiärer Bedürfnisse

- Bildungs- und Beratungsangebote für Familien: Finanzielle Unterstützung (z.B. durch Übernahme von Betriebskosten oder Bereitstellung von Räumen) für freie Träger, ggf. Angebot eigener Beratungsstellen, Schaffung eines modernen, internetgestützten Informationssystems über alle städtischen Leistungen für Familien

- Familienunterstützende Betreuungsangebote für Kinder: Koordinierung von Kinder- und Jugendhilfeplanung mit einem Familienförderplan, Entwicklung eines dem Bedarf von Familien entsprechenden Angebots, Erprobung neuer Formen der Tagesbetreu-

ung (z.B. Tagesmütterdienste, „Leih-Großmütter“), Angebot betreuter und wetterunabhängige Indoor-Spielplätze und Ferienerholungen

- Finanzielle Entlastung von Familien: Familienpass, der zur Ermäßigung bei städtischen Gebühren und Eintritten berechtigt, z.B. bei Schwimmbad, Theater, Bibliothek, Musik- und Volkshochschule, ggf. auch unter Einbeziehung von Leistungen Dritter (Kino, Sportclubs, Tanzschulen)

- Schul-, Sport- und Kulturpolitik: Schulentwicklungsplanung, Förderung der Profilierung der Schulen, Förderung der Sportvereine und Sportstätten, Ausbau familienfreundlicher Kulturangebote, städtische Musikschulen, Kunstschulen, Spielhäuser

- Partizipation: Kinder- und Jugendparlament, Förderung der Interessenvertretung von Familien, öffentliche Planungsprozesse für Familienförderung, Bürgerbüros und Familiensprechstunden, Stadtteiltreffpunkte, Mütterzentren

- Kommunales Verwaltungshandeln: Familienfreundliche Öffnungszeiten, wegsparende Informationssysteme, Kinderspielecken in Wartebereichen, Schulung des Personals in klientenzentrierter Beratung

Die Finanzierung familienfördernder Maßnahmen müssen Kommunen nach dem Kostendeckungsgrundsatz sicherstellen, d.h. aus ihren Haushalten. Dabei können aber Deckungslücken in Einzelhaushalten, die z.B. beim Etat für Kultur oder für Sport durch ermäßigte Familien-Eintrittsgelder entstehen, durch Zuführungen des Sozialetats zu den betreffenden Einzelhaushalten ausgeglichen werden. Kommunen müssen für ihre Leistungen nach dem KJHG nicht zwingend kostendeckende Beiträge verlangen, sondern können diese Gebühren familiengerecht nach Einkommen und Kinderzahl staffeln.

F 1.5 Schlussfolgerungen für das Land Sachsen-Anhalt

Die wichtigste Schlussfolgerung aus der Fallstudie Emsland ist, dass durch Maßnahmen der kommunaler und lokalen Familienpolitik auch bei weniger günstiger wirtschaftlicher Lage ein wichtiger Beitrag zur Erleichterung der Familiengründung geleistet werden kann.

Eine wirksame lokale Familienförderung in Sachsen-Anhalt muss an den familienfreundlichen Merkmalen der unterschiedlichen lokalen Lebensräume ansetzen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die familienfreundlichen und familienfeindlichen Merkmale drei typischer lokaler Lebensbedingungen.

Tab. F1.1: Familienfreundliche und familienfeindliche Merkmale lokaler Lebensbedingungen

	Familienfreundliche Merkmale	Familienfeindliche Merkmale
Innenstadtbezirke in Großstädten	gute Verkehrsinfrastruktur großes Arbeitsplatzangebot gute Bildungs-, Kultur- und Freizeitinfrastruktur vielfältiger öffentlicher Raum	kleine, teure Wohnungen hohe Bau- und Bodenpreise fehlende Freiräume für Kinder schwache verwandtschaftliche oder nachbarschaftliche Netzwerke
Randgebiete von Ballungsräumen	günstigere Bedingungen für den Bau von Eigenheimen kinderfreundliches Umfeld niedrigere Mieten leicht herzustellende soziale Beziehungen	lange Wege zur Arbeit schwierige Erreichbarkeit der Freizeit- und Kulturinfrastruktur
Ländliche Gebiete und Kleinstädte	sehr hoher Anteil an Wohneigentum niedrige Boden-, Bau- und Mietpreise gewachsene verwandtschaftliche und nachbarschaftliche Netzwerke Freiräume für Kinder und Jugendliche	ungünstige Erreichbarkeit von Schul- und Freizeiteinrichtungen geringes Angebot an wohnortnahen Arbeitsplätzen Unterversorgung an sozialen Diensten und Betreuungseinrichtungen geringes Angebot an öffentlichem Transport

Übersicht nach: Fünfter Familienbericht 1995, 300.

Für die Innnenstadtbezirke in Magdeburg, Halle und Dessau bedeutet dies, dass die Verbesserung der Wohnbedingungen für Familien (größere, bezahlbare Wohnungen, kindergeeignete Freiräume) die wichtigste Aufgabe sind und die typischen Stärken der städtischen Räume für Familien (vor allem gute Bildungsinfrastruktur) bewahrt oder weiter ausgebaut werden müssen. Die Randgebiete der Ballungsräume profitieren auch in Sachsen-Anhalt von den in der Tabelle genannten Vorteilen für Familien und verzeichnen deshalb auch entsprechenden Zuzug.

Die schwierigsten Aufgaben stellen sich für die ländlichen Gebiete und Kleinstädte des Landes. Hier kann die Vergleichsstudie Emsland wichtige Schlussfolgerungen für politische Maßnahmen vermitteln:

Die zentrale Rolle der Schaffung von Wohneigentum für Familien in ländlichen Räumen kann als Haltefaktor gar nicht überschätzt werden. Der Standortnachteil dünner Besiedlung kann für Familien zu einem Pluspunkt werden, wenn ihnen zu äußerst niedrigen Preisen Bauland verfügbar gemacht wird. Kommunen sollen nicht kurzschlüssig versuchen, durch die Ausweisung von Bauland für Familien ihre Finanzen aufzubessern, sondern durch gezielte Vergabe der attraktivsten Bauflächen an Familien mittelfristig ihre Einwohnerzahl stabilisieren.

Landesseitung sollte eine Umgestaltung der Wohnungsbauförderung des Landes Sachsen-Anhalt in Richtung auf eine konsequente Familienförderung geprüft werden, d.h. deutliche Berücksichtigung der Kinderzahl und des Alters der Antragsteller bei der Förderhöhe (Prinzip: je höher die Kinderzahl und je niedriger das Alter der Antragsteller, um so höher die För-

derung). Dadurch werden Anreize geschaffen, vor allem die wichtige Zielgruppe der jungen Paare im Zuge der Familiengründung zu erreichen, ihnen Gründe gegen eine Abwanderung zu geben und ihnen Rahmenbedingungen zur Realisierung ihrer Wünsche nach mehr als einem oder zwei Kindern zu schaffen.

Die wichtige Rolle lebendiger sozialer Netzwerke auf dem Lande spielt für Familien eine erhebliche Rolle. Alle Ansätze zur Belebung bürgerschaftlicher Tätigkeit in ländlichen Räumen (in Sportverein, Schützenverein, Kirchengemeinde, Gewerkschaft, Partei, Landjugend etc.) verdienen nachdrücklichste Förderung, und zwar insbesondere dann, wenn durch die Aktivitäten bevorzugt Kinder, Jugendliche, Familien und (jüngere) Frauen erreicht werden.

Die Erreichbarkeit von Kinderbetreuung und Schule ohne lange Fahrwege zeigte sich bereits in der Finnland-Vergleichsstudie als zentraler Faktor, um Familien das Verbleiben in ländlichen Räumen zu ermöglichen. Bester Weg hierfür ist vermutlich die Entwicklung eines Konzepts für Zwergschulen.

Für das gesamte Land empfiehlt sich die Entwicklung eines Konzepts zur Implementierung lokaler und kommunaler familienpolitischer Maßnahmen. Hierzu sind verschiedene Wege denkbar, die ggf. in Form eines Anschlussprojekts realisiert werden könnten:

- Landeswettbewerb „Familienfreundlichste Kommune in Sachsen-Anhalt“
- Einrichtung eines mobilen Beratungsteams, das Kommunen bei der Erstellung eines Familienberichts und Familienförderplans unterstützt.
- Anweisung an die Kommunen, eine zentrale Koordinierungseinheit für „Familien-Mainstreaming“ zu schaffen.

F 1.6 Quellen und Literatur

Bellers, Anni (1993): Politik für die Familie. Eine vergleichende Analyse familienpolitischer Maßnahmen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene in der Bundesrepublik Deutschland. Münster.

Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ (1997). Dokumentation. Hrsg. v. Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) Berlin und der Agrarsozialen Gesellschft e.V. (ASG) Göttingen. Brühl: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Dienel, Christiane (2002): Familienpolitik. Eine praxisorientierte Gesamtdarstellung der Handlungsfelder und Probleme. Weinheim und München: Juventa. Hier besonders Kap. 6 „Lokale Familienpolitik“, 139-164.

Handbuch der örtlichen und regionalen Familienpolitik (1996). Erarbeitet vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover (IES). Bonn: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Ramelow, Ursula (1998): Familienpolitik in der Kommune – Anmerkungen aus der lokalen Praxis. In: Die Zukunft der Familie. Aufgaben und Perspektiven moderner Familienpolitik. St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung. Interne Studie Nr. 168. 31-37.

Schneewind, Klaus A./Vaskovics, Laszlo A. u.a.(1998): Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch. Verbundstudie – Endbericht. 2. Auflage. Bonn: Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Bd. 128.1.

Wingen, Max (1997): Familienpolitik: Grundlagen und aktuelle Probleme. Bonn.

F 2. Let´s go Oberfranken –ein Konzept zur Entwicklung der Bevölkerung in Oberfranken (Gabi Troeger-Weiß)

F 2.1 Einführung

Problemstellung

„Nichts ist für ein Land auf Dauer so folgenreich wie die Entwicklung seiner Bevölkerung. Für alle Bereiche politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns macht es einen fundamentalen Unterschied, ob die Bevölkerung zahlenmäßig zu- oder abnimmt, diese Entwicklung schnell oder langsam erfolgt, der Jugend- oder Altenanteil groß oder klein ist, die Geburten- oder Zuwanderrate steigt oder fällt."[3]

Der Regierungsbezirk Oberfranken nimmt in vielerlei Hinsicht bayernweit oftmals eine Sonderstellung ein. So auch im Hinblick auf seine demographische Entwicklung: Im Vergleich zu allen anderen bayerischen Regierungsbezirken hat die Bevölkerung in Oberfranken in den Jahren 1987 bis 1999 am geringsten zugenommen (um zirka 8 %). Gründe hierfür sind in einigen Kommunen zum Teil beträchtliche Sterbeüberschüsse, deutlich abnehmende Wanderungsgewinne bzw. eine Zunahme von Wanderungsverlusten. Ein weiterer zu beobachtender Trend ist die zunehmende Überalterung der Gesamtbevölkerung Oberfrankens, als Ergebnis von niedrigen Geburtenraten und selektiven Wanderungsvorgängen.

Gegenwärtige Bevölkerungsprognosen für Gesamtdeutschland weisen insgesamt gesehen auf eine abnehmende und immer älter werdende Gesamtbevölkerung hin. Diese Entwicklung wird in Deutschland teilräumlich sehr unterschiedlich verlaufen. Deutlich modifizierend werden sich hier Wanderungsbewegungen auswirken. Vor diesem Hintergrund werden dem Regierungsbezirk Oberfranken eine deutlichere Abnahme der Bevölkerung und eine stärkere Überalterung vorausgesagt als anderen bayerischen Regionen. Die demographische Sonderstellung Oberfrankens innerhalb Bayerns wird sich deshalb in absehbarer Zukunft noch verschärfen, d.h. der Regierungsbezirk Oberfranken wird im Vergleich zu anderen bayerischen Regionen stärker unter zukünftigen demographischen Entwicklungen zu leiden haben. Es sei an dieser Stelle aber auch erwähnt, dass es auch innerhalb Oberfrankens nicht nur Räume mit Bevölkerungsverlusten geben wird, sondern auch solche, die eine Bevölkerungszunahme zu erwarten haben. Für die zukünftige Entwicklung entscheidend werden Wanderungsbewegungen sein.

Bei Wanderungsbewegungen spielt jedoch nicht nur der quantitative Aspekt eine Rolle, auch in qualitativer Hinsicht beeinflussen Wanderungsbewegungen die regionale und kommunale Entwicklung. Gerade jungen, gut ausgebildeten Bevölkerungsgruppen kommt dabei – im

[3] Miegel, Meinhard (2002): Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen. Berlin und München, Seite 13

Sinne ihres Innovationspotentials und zur Deckung des Fachkräftebedarfs - eine Schlüsselrolle zu.

Die möglichen Folgen einer überalternden bzw. quantitativ und mancherorts qualitativ schrumpfenden Bevölkerung für eine Region sind offensichtlich. Sie reichen von schwindenden Steuereinnahmen über Engpässe bei der Grundversorgung bis hin zu Überschreitungen von Auslastungsuntergrenzen.

Zielsetzung und Fragestellungen der Untersuchung

Der demographischen Entwicklung Oberfrankens wird daher aus Sicht der Regionalentwicklung eine besondere Bedeutung beigemessen. Es sind Strategien notwendig, gegenwärtige negative Trends im Bereich der Bevölkerungsentwicklung zu stoppen bzw. umzukehren, positive Trends zu fördern bzw. zu stärken und den Regierungsbezirk Oberfranken auf zukünftige demographische Entwicklungen handlungsorientiert vorzubereiten. Der Einflussnahme auf Wanderungsbewegungen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Wesentliche Zielsetzung ist zunächst die kurze und plakative Darstellung der vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in Oberfranken und seinen Teilräumen und die daraus resultierenden räumlichen Konsequenzen. Hierauf aufbauend wird eine genauere Analyse in verschiedenen Untersuchungsfeldern (z.B. Kommunen, Unternehmen) vorgenommen, die hier vor allem eine Beurteilung der demographischen Entwicklungen aus verschiedenen Blickwinkeln deutlich macht.

Zentrale Aufgabe der Untersuchung ist die Erarbeitung eines Handlungs- und Maßnahmenkonzeptes zur Beeinflussung bzw. zur Bewältigung der räumlichen Konsequenzen der demographischen Entwicklung in Oberfranken. Schwerpunkt dabei bildet die Beeinflussung von Wanderungsbewegungen.

Vor dem Hintergrund dieser Zielsetzung bedürfen folgende Fragen einer Klärung:

- Wie haben sich die Bevölkerung Oberfrankens und seiner Teilräume – im besonderen die Wanderungsbewegungen - in den letzten Jahren entwickelt bzw. in welche Richtung weist deren Zukunft?
- Welche räumlichen Auswirkungen können sich dadurch für den Regierungsbezirk Oberfranken ergeben?
- Auf welche Weise kann es gelingen bereits abgewanderte Bevölkerungsgruppen wieder nach Oberfranken zurückzuholen?
- Wie kann die Abwanderung, insbesondere junger gut ausgebildeter Bevölkerungsgruppen verringert und/oder verhindert werden?

- Auf welche Weise kann es gelingen, neue Bevölkerungsgruppen in Gestalt von Zuwanderung zu gewinnen?

Vorgehensweise

Die Arbeit gliedert sich im wesentlichen in fünf Teile: Einführend werden die der Arbeit zu Grunde liegende Problemstellung, die Zielsetzung sowie der methodische Aufbau dargelegt. Anschließenden wird näher auf die demographische Ausgangssituation Oberfrankens eingegangen. Hierfür werden die relevanten demographischen Daten auf Bezirks- und Landkreisebene[4] statistisch aufbereitet, analysiert und dargestellt. Sofern möglich sollen auch Hinweise auf zukünftige Entwicklungen und das Verhältnis zu gesamtbayerischen demographischen Entwicklungen aufgezeigt werden. Daran anschließend wird in knapper Form auf die (möglichen) Effekte der besonderen demographischen Situation Oberfrankens eingegangen. Die notwendigen Informationen dafür werden durch Auswertung einschlägiger Fachliteratur gewonnen.

In einem weiteren Teil erfolgt die qualitative Analyse der Abwanderung von Bevölkerungsgruppen aus Oberfranken. Hierzu wurden folgende empirische Erhebungen mit Hilfe von Methoden der empirischen Sozialforschung durchgeführt:

- schriftliche Befragung von 2.000 abgewanderten Personen,
- schriftliche Befragung aller Bürgermeister in Oberfranken,
- schriftliche Befragung der 50 größten Unternehmen in Oberfranken,
- Gespräche mit regionalen und kommunalen Entscheidungsträgern und Experten,
- Durchführung von Referenzanalysen (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Irland, Australien).

Ein letzter Teil befasst sich mit Handlungsanleitungen zur Steuerung der Bevölkerungsentwicklung: es wurden zunächst Zielgruppen, Handlungsfelder und umsetzende Akteure ermittelt und dargestellt. Anschließend erfolgt die Ableitung von geeigneten Maßnahmen zur Bewältigung der gegenwärtigen und zukünftigen demographischen Entwicklung in Oberfranken.

- schriftliche Befragung von 2.000 abgewanderten Personen,
- schriftliche Befragung aller Bürgermeister in Oberfranken,
- schriftliche Befragung der 50 größten Unternehmen in Oberfranken,
- Gespräche mit regionalen und kommunalen Entscheidungsträgern und Experten,

[4] In Ausnahmefällen wird auch auf die Gemeindeebene eingegangen.

- Durchführung von Referenzanalysen (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Irland, Australien).

Die Untersuchung weist damit folgende sechs Bausteine auf:

Baustein 1

Analyse der bisherigen und zukünftigen demographischen Entwicklung in Oberfranken sowie Analyse deren Auswirkungen (Bestandsaufnahme und Wirkungsanalyse).

Baustein 2

Analyse der bisherigen Strategien zur Steuerung der Bevölkerungsentwicklung auf kommunaler Ebene.

Baustein 3

Erfassung von ausgewählten Einzelbiographien im Hinblick auf die Analyse von Gründen und Motivationen von Abwanderungsbewegungen.

Baustein 4

Durchführung von Referenzanalysen in Regionen und Ländern mit Rückkehrprogrammen.

Baustein 5

Diskussion von Zielen und Zielgruppen für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung, für das Rückkehrprogramm Let's Go Oberfranken" sowie für ein regionales Bevölkerungskonzept.

Baustein 6

Erarbeitung von konkreten Maßnahmen und Strategien für ein oberfränkisches Rückkehrprogramm „Let's Go Oberfranken" und für ein regionales Bevölkerungskonzept.

F 2.2 Ausgangssituation und Trends der demographischen Entwicklung in Oberfranken und ihre möglichen Folgen

Im folgenden soll versucht werden, wichtige vergangene, gegenwärtige sowie zukünftige Entwicklungstendenzen der Bevölkerung Oberfrankens aufzuzeigen und auf deren (mögliche) Folgen hinzuweisen.

Den Schwerpunkt der Darstellung bilden hierbei Wanderungsbewegungen. Darüber hinaus wird auf folgende wichtige demographische Kenngrößen eingegangen:

- Entwicklung der Gesamtbevölkerung,
- Altersstruktur der Gesamtbevölkerung und
- Natürliche Bevölkerungsbewegung.

F 2.21 Entwicklung der Gesamtbevölkerung

Die Gesamtbevölkerung des Regierungsbezirkes Oberfranken betrug am 31.12.2003 1.109.674 Einwohner. Zwischen 1970 und 2003 ist die Bevölkerung um fast 30.000 Einwohner gestiegen (29.353), was einem Wachstum von 2,72 % entspricht. Der Freistaat Bayern hingegen hatte im selben Zeitraum, mit 17,63 %, ein deutlich höheres Wachstum zu verzeichnen.

Mit Ausnahme des Jahres 1971 hat der Regierungsbezirk Oberfranken bis Ende 1987 Jahr für Jahr an Bevölkerung verloren, seit 1988 jedoch wieder an Bevölkerung gewonnen, wobei ein deutliches Maximum im Jahr nach der Wende zu verzeichnen war. Der Bevölkerungszuwachs verlangsamt sich jedoch seit 1992 wieder, wobei seit 1997 ein leichtes Pendeln um ein Nullwachstum zu verzeichnen ist.

Im Vergleich zu Gesamtbayern verlief die Entwicklung der Gesamtbevölkerung in Oberfranken bis zur deutschen Vereinigung genau entgegengesetzt. Nach 1989 verlief die Bevölkerungsentwicklung hauptsächlich parallel, wobei Bayern – bis auf das Jahr 1989 – eine deutlichere Zunahme an Bevölkerung als der Regierungsbezirk Oberfranken zu verzeichnen hatte. Seit 1997 beginnt sich die Schere der Bevölkerungsentwicklung zwischen Bayern und Oberfranken wieder mit deutlich negativer Tendenz für Oberfranken zu öffnen.

Unter allen Regierungsbezirken Bayerns wuchs die Bevölkerung in Oberfranken in der Vergangenheit mit Abstand am geringsten.[5] Die Kluft der Bevölkerungsentwicklung Oberfrankens und anderen bayerischen Regionen hat sich im Laufe der Zeit immer weiter geöffnet.

[5] Ähnlich verlief auch die Entwicklung vor 1970. Von 1960 bis 1970 wuchs zwar der Regierungsbezirk Oberfranken um zirka 2%, aber mit der geringsten Wachstumsrate unter allen anderen Bezirken Bayerns (siehe Färber, Robert und Ekkehard Schneider (1979): Wanderungsmotivuntersuchung in der Region Oberfranken-Ost und im Landkreis Kronach. Bayreuth, Seite 1f).

Tab. F2.1 Entwicklung der Bevölkerung in den Regierungsbezirken Bayerns

	1970[6]	1989	2003	Veränderung 1970 - 1989		Veränderung 1989 - 2003		Veränderung 1970 - 2003	
				in %	Nr.[7]	in %	Nr.	in %	Nr.
Oberbayern	3.372.700	3.721.328	4.195.673	10,34	1	12,75	2	24,40	1
Niederbayern	980.240	1.057.432	1.194.472	7,87	3	12,96	1	21,86	2
Schwaben	1.476.759	1.593.864	1.782.386	7,93	2	11,83	3	20,70	3
Bayern[8] (Durchschnitt)	10.561.110	11.220.735	12.423.386	6,25	4	10,72	4	17,63	4
Mittelfranken	1.498.568	1.566.072	1.706.615	4,50	5	8,97	6	13,88	5
Unterfranken	1.185.217	1.234.911	1.344.740	4,19	6	8,89	7	13,46	6
Oberpfalz	967.332	991.305	1.089.826	2,48	7	9,94	5	12,66	7
Oberfranken	1.080.294	1.055.823	1.109.647	-2,27	8	5,10	8	2,72	8

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Gemeindedaten 1990, München 1991 und Sonderauswertung des Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2004

Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Auf der Ebene der Landkreise zeigt sich hingegen in Oberfranken ein deutlich differenzierteres Bild der Bevölkerungsentwicklung. Eindeutig kann im Zeitraum 1970 bis 2003 eine Zweiteilung bzw. ein West-Ost-Gefälle der Bevölkerungsentwicklung Oberfrankens festgestellt werden (vgl. Karte F2.1). Auf der einen Seite des Gefälles befindet sich Nordostoberfranken mit den Landkreisen Kronach, Kulmbach, Hof und Wunsiedel mit Bevölkerungsverlusten von zum Teil fast 20 % (Landkreis Wunsiedel). Auf der anderen Seite sind zum Teil deutliche Bevölkerungsgewinne von über 30 % (Landkreis Bamberg) im Zeitraum von 1970 bis 2003 in Süd- und Westoberfranken mit den Landkreisen Lichtenfels, Coburg, Bamberg zu verzeichnen.

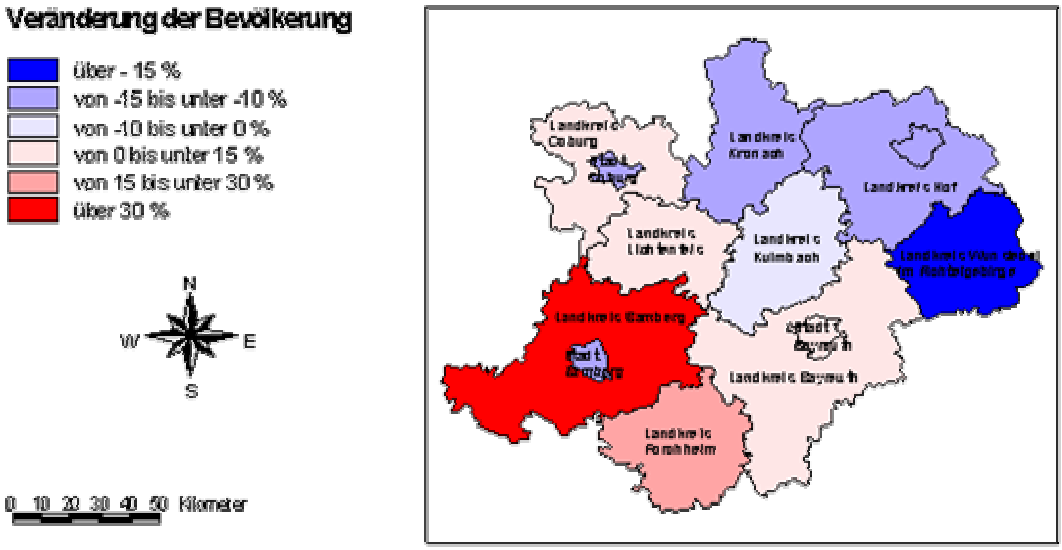
Die kreisfreien Städte haben im Beobachtungszeitraum, bis auf die Stadt Bayreuth, deutlich an Bevölkerung verloren. Diese Bevölkerungsverluste können auf Suburbanisierungsprozesse und relativ hohe Sterbeüberschüsse zurückgeführt werden.

6 Wenn nicht anders erwähnt beziehen sich alle Daten auf den 31.12. des jeweiligen Jahres.

7 Rangfolge innerhalb der Regierungsbezirke. Der positivste Entwicklungsverlauf erhält die Nummer 1.

8 Taucht der Begriff „Bayern“ innerhalb einer Tabelle auf, so ist nachfolgend immer der Bayerndurchschnitt gemeint.

Karte F2.1 Entwicklung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Oberfrankens von 1970 bis 2003



Durchschnitt Bayern: 17,63 %
Durchschnitt Oberfranken: 2,72 %

Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.), Kreisdaten 1974 bis 1979, München 1974 bis 1979; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Kreisdaten 1983 bis 2001, München 1983 bis 2002 und Sonderauswertung des Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2004

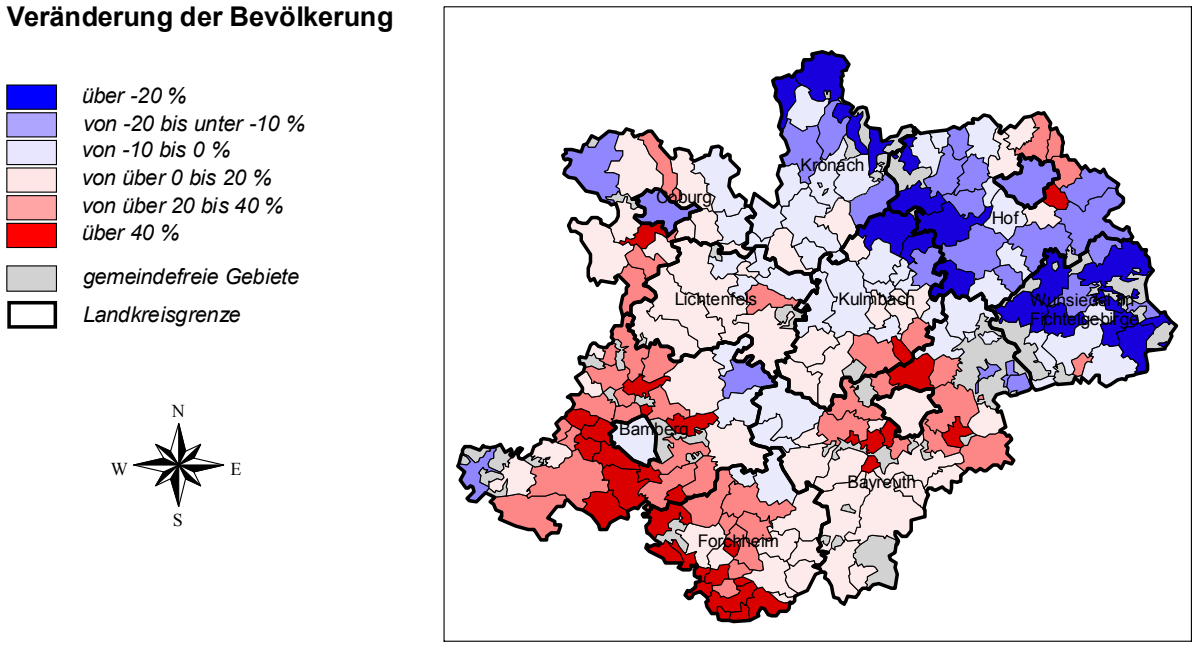
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Seit 1989 ist die Entwicklung der Gesamtbevölkerung in den Landkreisen des Regierungsbezirks Oberfranken im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung seit 1989 deutlich positiver verlaufen.

Waren es vorher vier Landkreise, welche eine negative Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen hatten, so sind es seit 1989 lediglich zwei, die Landkreise Kronach und Wunsiedel im Fichtelgebirge. Die heutige Bevölkerungsentwicklung in den Landkreisen Oberfrankens wurde also maßgeblich von Bevölkerungsvorgängen vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten bestimmt.

In einem bayernweiten Vergleich der Bevölkerungsentwicklung befinden sich oberfränkische Landkreise und kreisfreie Städte in verschiedenen Betrachtungszeiträumen überwiegend in der unteren Hälfte einer Skala. Die Bevölkerungsentwicklung von 1970 bis 2003 verlief beispielsweise in den Landkreisen Hof und Wunsiedel und den kreisfreien Städten Bamberg, Hof und Coburg bayernweit am schlechtesten. Ausnahmen bei dieser Entwicklung bilden auch hier die Landkreise Bamberg und Forchheim, die sich in dieser Skala im oberen Drittel befinden. Selbst die Wiedervereinigung Deutschlands hat nicht in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Oberfrankens zu einer Zunahme der Bevölkerung geführt. Beispielsweise haben im Zeitraum von 1989 bis 2003 die Landkreise Kronach und Wunsiedel sowie die kreisfreien Städte Bamberg, Coburg und Hof an Bevölkerung verloren.

Karte F2.2 Entwicklung der Bevölkerung von 1970 bis 2003 auf Gemeindeebene



Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.), Gemeindedaten 1973 bis 1980, München 1973 bis 1980; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Kreisdaten 1982 bis 2002, München 1982 bis 2002 und Sonderauswertung des Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2004

Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Auf der Ebene der Gemeinden sind noch stärkere regionale Unterschiede zu beobachten (vgl. Karte F2.2). Sie reichen von einer Bevölkerungszunahme von knapp über 130 % (135,96 %) in der Gemeinde Gundelsheim (Landkreis Bamberg) bis zu einer Abnahme der Bevölkerung von 1970 bis 2003 von fast 40 % (-38,02 %) in der Gemeinde Markt Schirnding (Landkreis Wunsiedel). Karte 2 zeigt auch auf Gemeindeebene die bereits erwähnte Zweiteilung Oberfrankens in einen nordöstlichen Bereich mit zum Teil deutlichen Bevölkerungsverlusten und in einen südwestlichen Bereich mit zum Teil beträchtlichen Bevölkerungszuwächsen.

Die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung Oberfrankens verläuft eingebettet in demographische Trends auf Landes- bzw. Bundesebene. Neueste demographische Prognosen gehen allgemein von einem zukünftigen Rückgang der Bevölkerung aus.[9] Hauptverursacher ist der bereits in den 1970er Jahren begonnene Rückgang der Geburtenzahlen bei gleichzeitiger Erhöhung der Lebenserwartung. Die dadurch begonnene Überalterung wird in Zukunft

[9] Siehe Bucher, Hans und Martina Kocks (1999): Die Bevölkerung in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Prognose des BBR bis zum Jahr 2015. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumordnung (IzR). Heft 11/12 und Anonymus (2000): Unveröffentlichte Materialien zur Status-Quo-Prognose für die Fortschreibung des LEP Bayern, München

deutschlandweit zu einem Sterbeüberschuss führen, der selbst durch Zuwanderung wohl nur schwer auszugleichen sein wird.[10]

Als Grundlage für diese Arbeit dient die Prognose des Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen.[11] Diese prognostiziert für den Regierungsbezirk Oberfranken bis zum Jahr 2020 einen Bevölkerungsrückgang von über 2,5 %, wobei aber die Entwicklung innerhalb Oberfrankens, also auf Kreisebene, sehr heterogen verlaufen wird (s. Tab. 2). Die Gegensätze in der Bevölkerungsentwicklung Oberfrankens werden sich voraussichtlich daher in Zukunft noch weiter verschärfen. Dieser Berechnung zugrunde liegt eine Fortführung des negativen Trends der Bevölkerungsentwicklung in den Kernstädten.

Tab. F2.2 Bevölkerungsprognose für Oberfranken

	2001	2005	2010	2015	2020
	Gesamtbevölkerung	Veränderung in % (Bezugsjahr 2001)			
Landkreis und kreisfreie Stadt Bamberg	212.503	0,19	0,78	0,56	0,13
Landkreis und kreisfreie Stadt Bayreuth	183.768	-1,62	-1,72	-2,07	-2,45
Landkreis und kreisfreie Stadt Coburg	134.997	0,05	-0,07	-0,72	-1,45
Landkreis und kreisfreie Stadt Hof	159.398	-3,60	-5,14	-6,23	-7,12
Landkreis Forchheim	112.838	0,54	1,19	1,00	0,60
Landkreis Kronach	75.458	-2,79	-4,32	-5,23	-5,90
Landkreis Kulmbach	78.674	-0,53	-0,44	-0,43	-0,45
Landkreis Lichtenfels	70.874	0,06	0,12	-0,38	-1,01
Landkreis Wunsiedel	85.278	-4,09	-6,25	-7,51	-8,44
Oberfranken	**1.113.788**	**-1,22**	**-1,55**	**-2,10**	**-2,65**

Quelle: o.V. (2000), Unveröffentlichte Materialen zur Status-quo-Prognose für die Fortschreibung des LEP Bayern, München

Gemäß dieser Prognose ist mit einer weiterhin positiven zukünftigen Bevölkerungsentwicklung für die Landkreise Bamberg und etwas abgeschwächt für Landkreis Forchheim zu rechnen. Auf der anderen Seite wird die Region Hof und die Landkreise Kronach und Wunsiedel weiterhin einen deutlichen Bevölkerungsverlust zu verkraften haben.[12]

F 2.22 Altersstruktur der Bevölkerung in Oberfranken

Hinsichtlich der Altersstruktur der Gesamtbevölkerung Oberfrankens ist folgendes festzustellen: Der Altersaufbau am 31.12.2003 im Regierungsbezirk Oberfranken ähnelt dem Altersaufbau in Bayern, wobei die Bevölkerung Oberfrankens tendenziell älter ist als die Bevölkerung Gesamtbayerns (vgl. Abb. 1). Im Jahr 2003 waren über ein Drittel der Bevölkerung

10 Die Prognosen sind sich einig über die bevorstehende Entwicklung, unterscheiden sich jedoch in ihrem Ausmaß.

11 O.V. (2000'): Unveröffentlichte Materialien zur Status-Quo-Prognose für die Fortschreibung des LEP Bayern, a.a.O

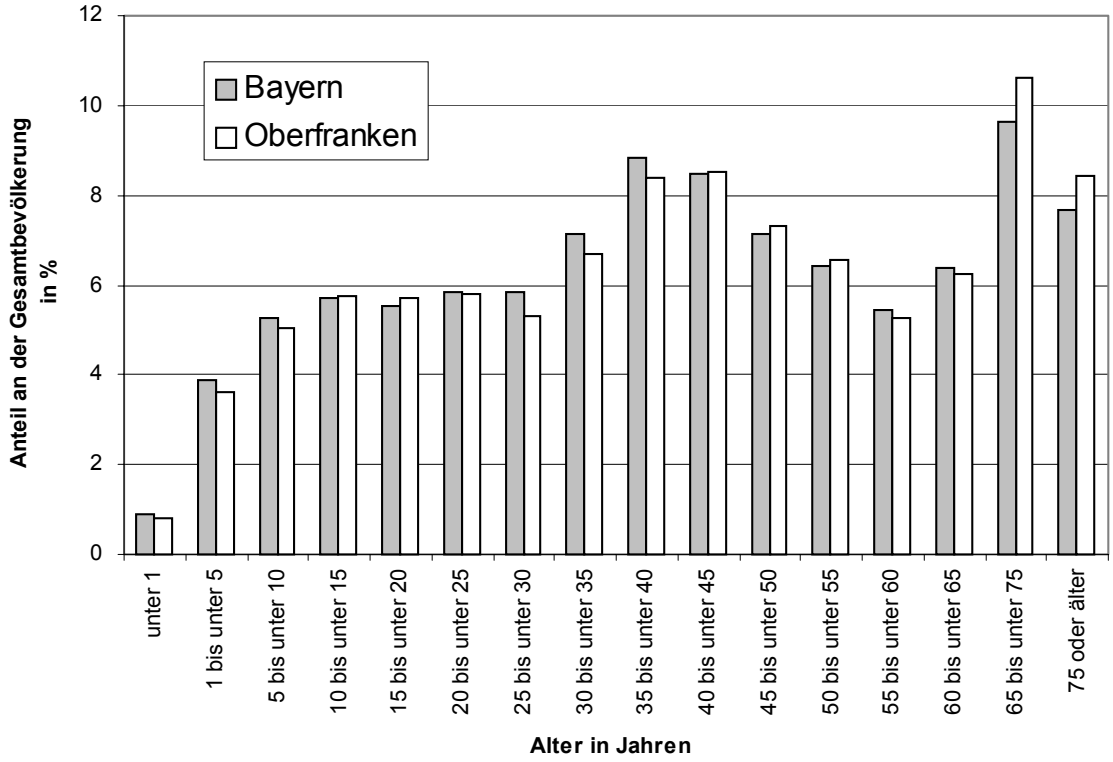
12 Es muss bei der Interpretation der Ergebnisse folgendes berücksichtigt werden: Je kleiner der Prognoseraum wird, umso schwieriger ist die Gültigkeit der Prognose einzuschätzen. Deswegen wird verzichtet, Prognosen für einzelne Gemeinden anzuführen. Bei der Prognose des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen handelt es sich um eine eher positive Prognose, wohingegen eine Prognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung von einer deutlich negativeren Entwicklung für Oberfranken ausgeht.

Oberfrankens älter als 50 Jahre (37,07 %), etwas mehr als in Gesamtbayern (35,51 %). Die im Jahr 2003 50- bis unter 65-Jährigen werden in 15 Jahren großteils aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sein. Selbst wenn man alle unter 15-Jährigen zusammenfasst, können diese – Wanderungsvorgänge ausgeschlossen - die aus dem Erwerbsleben ausscheidende Bevölkerungsgruppe zahlenmäßig nicht mehr ersetzen. Es ist daher sowohl in der erwerbsfähigen, als auch in der Gesamtbevölkerung Oberfrankens eine Überalterung festzustellen.

Ebenso wie die Entwicklung der Gesamtbevölkerung, zeichnet sich die Verteilung der Altersstrukturen für das Jahr 2003 in den oberfränkischen Landkreisen und kreisfreien Städten durch ein hohes Maß an Heterogenität aus. Auf der einen Seite befinden sich relativ „junge“, auf der anderen Seite relativ „alte“ Landkreise bzw. kreisfreien Städte. Einen bayernweit überdurchschnittlich hohen Anteil an unter 30-Jährigen haben die Landkreise Bamberg und Forchheim sowie die Stadt Bayreuth zu verzeichnen. Einen bayernweit überdurchschnittlich hohen Anteil an über 50-Jährigen ist bis auf die Landkreise Bamberg und Forchheim in allen oberfränkischen Landkreisen und kreisfreien Städten zu finden.

Im Vergleich zu Bayern findet sich in Oberfranken, wie bereits erwähnt - eine zum Teil deutlich ältere Bevölkerung. Daraus ergeben sich besondere Ansprüche auf die Nutzung und Auslastung der Infrastruktur. In Oberfranken wohnen, relativ zur Gesamtbevölkerung gesehen, bereits heute eine größere Anzahl älterer Menschen als im Bayerndurchschnitt. Diese Situation wird sich – laut Prognose des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen - in Zukunft noch deutlicher ausprägen. Oberfranken wird sich damit in stärkerem Maße auf die Belange älterer Menschen (Art der Infrastrukturnutzung, Mobilitätsverhalten) einzustellen haben, wie dies in den meisten anderen Bezirke Bayerns der Fall sein wird.

Abb. F2.1 Verteilung der Altersstrukturen der Bevölkerung im Regierungsbezirk Oberfranken und in Bayern am 31.12.2003



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Die Bevölkerung in Bayern 2003, München 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

F 2.23 Wanderungsbewegungen

Aufgrund der Zielsetzung der Arbeit lohnt es sich, neben dem Wanderungssaldo auch die Zu- und Fortzüge in ihrer Quantität und Qualität zu analysieren, wobei in qualitativer Hinsicht das Alter, Geschlecht und Bildungsstand der zu- bzw. abwandernden Bevölkerung eine wichtige Rolle spielen.

Entwicklung der Zuzüge und deren Altersstruktur

Die Gruppe der Zugezogenen ist eine wichtige Zielgruppe dieses Projekts, gilt es doch nach Anreizen zu suchen, um neue Bevölkerungsgruppen für einen Zuzug nach Oberfranken zu bewegen. Besonders interessant sind daher in diesem Zusammenhang Kenntnisse über die Altersstruktur und die Herkunftsgebiete der Zugezogenen.

Tab. F2.3 Quellgebiete und Altersstruktur der Zugezogenen innerhalb Deutschlands

Herkunftsgebiete	absolut	Anteil an allen Zugezogenen in %	Altersstruktur in %					
			unter 18 Jahren	18 bis unter 25 Jahre	25 bis unter 30 Jahre	30 bis unter 50 Jahre	50 bis unter 65 Jahre	über 65 Jahre
Schleswig-Holstein	176	0,87	9,66	31,82	13,64	34,09	7,95	2,84
Hamburg	134	0,66	11,94	29,85	18,66	31,34	5,97	2,24
Niedersachsen	2446	12,03	25,80	18,15	10,06	30,13	10,30	5,56
Bremen	43	0,21	9,30	18,60	13,95	37,21	16,28	4,65
Nordrhein-Westfalen	1141	5,61	15,43	24,28	12,97	32,08	8,50	6,75
Hessen	745	3,66	13,69	26,58	13,83	28,46	8,86	8,59
Rheinland-Pfalz	357	1,76	20,45	23,81	10,92	29,97	8,96	5,88
Baden-Württemberg	1228	6,04	14,50	28,75	14,25	32,49	5,62	4,40
Bayern (ohne Oberfranken)	9136	44,94	16,21	24,27	15,18	33,33	5,92	5,09
Saarland	59	0,29	11,86	33,90	15,25	28,81	5,08	5,08
Berlin	638	3,14	14,42	13,32	9,72	33,86	18,18	10,50
Brandenburg	306	1,51	22,55	27,12	11,44	31,37	5,56	1,96
Mecklenburg-Vorpommern	122	0,60	20,49	18,85	22,13	26,23	9,02	3,28
Sachsen	1480	7,28	17,03	33,58	12,91	26,82	6,01	3,65
Sachsen-Anhalt	439	2,16	18,22	25,97	12,30	28,70	11,16	3,64
Thüringen	1879	9,24	16,55	30,34	13,68	29,00	6,12	4,31
Neue Länder	4226	20,79	17,44	30,45	13,35	28,30	6,65	3,81
Alte Länder (mit Berlin)	16103	79,21	17,25	23,49	13,81	32,40	7,48	5,57
Deutschland	20329	100,00	17,29	24,94	13,71	31,55	7,31	5,20
innerhalb Oberfranken (Binnenwanderung)	16977		18,25	21,69	14,34	32,91	6,04	6,77

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Sonderauswertung, München 2002

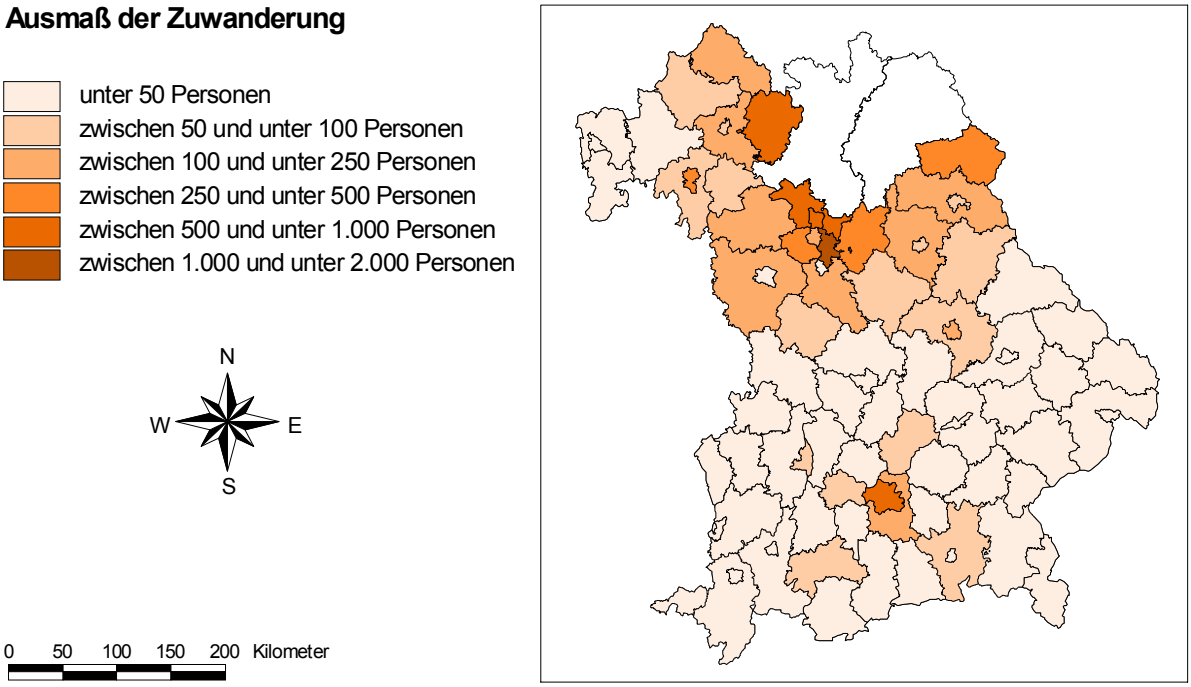
Aus Deutschland zogen im Jahr 2001 insgesamt 20.329 Personen nach Oberfranken. Innerhalb Oberfrankens wechselten im selben Zeitraum auf Kreisebene 16.977 Personen ihren Wohnsitz. Im Jahr 2001 haben somit über 1,5 % der Gesamtbevölkerung Oberfrankens innerhalb Oberfrankens über Kreisgrenzen hinweg ihren Wohnsitz verlagert.

Wie Tab. F2.3 weiter zeigt, kommen fast die Hälfte aller Zugezogenen aus anderen bayerischen Regionen nach Oberfranken. Weiterhin eine wichtige Rolle als Herkunftsgebiet der

Zuwanderer spielen Niedersachsen,[13] Thüringen und Sachsen. Es ist allgemein betrachtet eine deutliche Dominanz der alten Bundesländer als Herkunftsgebiete zu beobachten.

Innerhalb Bayerns ist eine deutliche Konzentration der Personen, die im Jahr 2001 in den Regierungsbezirk Oberfranken gezogen sind, um den Regierungsbezirk Oberfranken festzustellen, mit deutlichem Schwerpunkt auf den Verdichtungsraum Nürnberg, gefolgt von den Verdichtungsräumen München und Erlangen sowie den Landkreisen Hassberge und Erlangen-Höchstadt. Daneben spielen auch der Landkreis Tirschenreuth, Nürnberger Land und Fürth sowie die kreisfreie Stadt Würzburg eine wichtige Rolle als Herkunftsgebiet der Zugezogenen in den Regierungsbezirk Oberfranken im Jahr 2001.

Karte F2.3 Quellgebiete der Zugezogenen innerhalb Bayerns im Jahr 2001 (n=9136)



Quelle: Sonderauswertung des Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2002
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Hinsichtlich der Altersstruktur der nach Oberfranken zugezogenen Bevölkerungsgruppen ist festzustellen, dass diese im Jahr 2001 zu über 50 % jünger als 30 Jahre waren, wobei insgesamt gesehen deutlich mehr jüngere Bevölkerungsgruppen aus den neuen Bundesländern als aus den alten Bundesländern nach Oberfranken gezogen sind. Spiegelbildlich verhält es sich bei den über 50-Jährigen. Es zogen im Jahr 2001 mehr ältere Personengruppen aus den alten Bundesländern als aus den neuen Bundesländern nach Oberfranken. Allgemein bleibt festzustellen, dass der Zuzug durch jüngere Bevölkerungsgruppen (jünger als

[13] In Niedersachsen befindet sich das Grenzdurchgangslager Friedland und Osnabrück. Von dort aus werden die Flüchtlinge und Spätaussiedler innerhalb Deutschlands aufgeteilt.

30 Jahre) in Oberfranken dominiert. Überwiegend jüngere Bevölkerungsgruppen (zwischen 18 und unter 30 Jahre) kommen aus den Regierungsbezirken Schwaben und Unterfranken nach Oberfranken, prozentual ältere Bevölkerungsgruppen (über 50 Jahre) eher aus Oberbayern und Mittelfranken.

Was die zeitliche Entwicklung der Anzahl der Zugezogenen betrifft, so werden Aussagen auf Landkreisebene getroffen. Bei der Interpretation der Ergebnisse muss berücksichtigt werden, dass die Anzahl der Zugezogenen eines oberfränkischen Landkreises auch diejenigen einschließt, die aus einem anderen oberfränkischen Landkreis zugezogen sind. Binnenwanderungsvorgänge innerhalb Oberfrankens sind daher mit eingeschlossen.

Die Analyse der statistischen Daten ergab, dass alle oberfränkischen Landkreise und kreisfreien Städte unmittelbar durch die Wiedervereinigung Deutschlands (1989 bis 1992) durch Zuzüge aus den neuen Ländern zum Teil erheblich profitiert haben Seitdem nehmen die Zuzüge in ihrer absoluten Anzahl in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten zum Teil deutlich wieder ab (Ausnahme Stadt Bayreuth).

Entwicklung der Wegzüge und deren Altersstruktur

Die Gruppe der Weggezogenen ist ebenfalls eine Zielgruppe dieses Projekts, gilt es doch in dieser Arbeit auch nach Anreizen zu suchen, um Bevölkerungsgruppen an ihrem gegenwärtigem Wohnort in Oberfranken zu halten bzw. bereits Weggezogene für einen Rückzug nach Oberfranken zu bewegen.

Auch hier sollen die Zielgebiete und die Altersstruktur der Weggezogenen näher betrachtet werden.

Im Jahr 2001 haben zirka 19.587 Personen ihren Wohnsitz im Regierungsbezirk Oberfranken verlassen. Wie Tabelle 4 zeigt, haben über 58 % dieser Personen, ihren neuen Wohnsitz im übrigen Bayern gefunden. Mit weitem Abstand folgt das Bundesland Baden-Württemberg, gefolgt von Nordrhein-Westfalen. Es ist eine deutliche Dominanz der alten Bundesländer als Zielgebiete der Weggezogenen aus Oberfranken festzustellen. In den neuen Bundesländern sind die Hauptzielgebiete überwiegend die an Oberfranken angrenzenden Bundesländer Sachsen und Thüringen. Hier dürfte es sich um eine Vielzahl von Rückwanderern handeln.

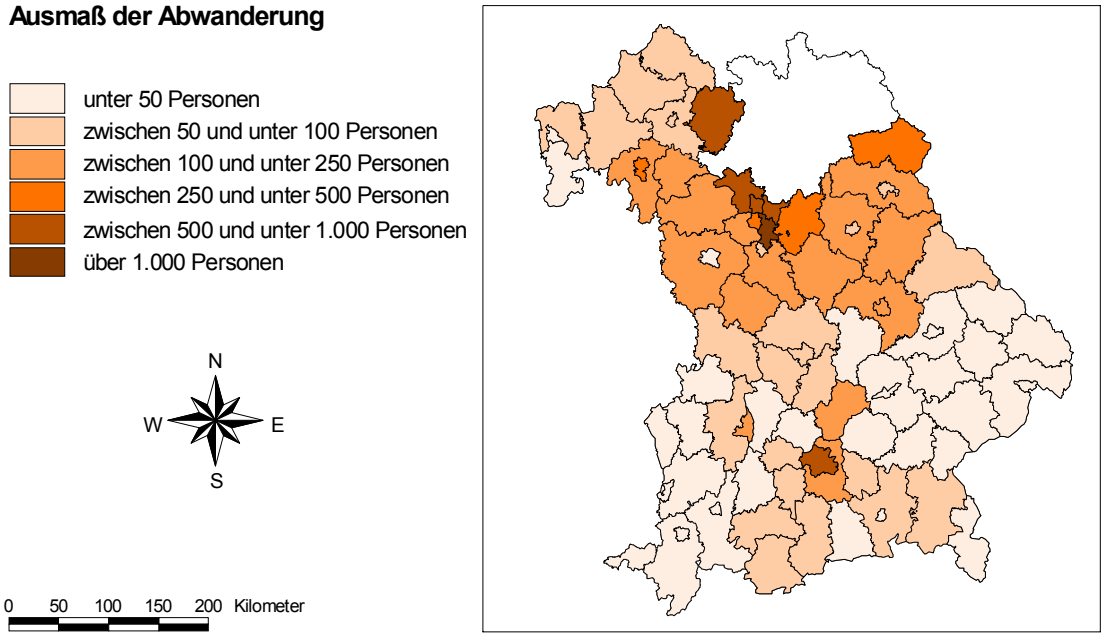
Tab. F2.4 Zielgebiete der Weggezogenen innerhalb Deutschlands

Zielgebiete	absolut	Anteil an allen Weggezogenen in %	Altersstruktur in %					
			unter 18 Jahren	18 bis unter 25 Jahre	25 bis unter 30 Jahre	30 bis unter 50 Jahre	50 bis unter 65 Jahre	über 65 Jahre
Schleswig-Holstein	213	1,09	16,43	27,70	9,86	31,92	8,45	5,63
Hamburg	176	0,90	10,80	27,27	21,59	35,23	2,84	2,27
Niedersachsen	551	2,81	17,24	23,23	14,88	31,22	7,44	5,99
Bremen	54	0,28	18,52	31,48	18,52	22,22	3,70	5,56
Nordrhein-Westfalen	1260	6,43	17,94	21,75	17,70	34,21	4,68	3,73
Hessen	801	4,09	15,11	22,60	21,60	32,96	4,99	2,75
Rheinland-Pfalz	381	1,95	18,37	21,78	18,11	33,33	3,67	4,72
Baden-Württemberg	1857	9,48	16,37	24,02	18,15	33,28	4,42	3,77
Bayern (ohne Oberfranken)	11424	58,32	14,90	24,85	18,44	32,54	5,37	3,90
Saarland	66	0,34	15,15	24,24	12,12	39,39	3,03	6,06
Berlin	515	2,63	7,18	27,38	19,03	27,77	9,90	8,74
Brandenburg	190	0,97	18,95	22,63	9,47	23,16	13,68	12,11
Mecklenburg-Vorpommern	57	0,29	8,77	31,58	7,02	31,58	15,79	5,26
Sachsen	854	4,36	15,57	29,74	12,88	27,40	7,49	6,91
Sachsen-Anhalt	187	0,95	15,51	27,81	12,83	32,62	5,35	5,88
Thüringen	1001	5,11	17,38	30,07	13,99	26,37	5,89	6,29
Neue Länder	2289	11,69	16,47	29,18	12,93	27,13	7,34	6,95
Alte Länder (mit Berlin)	17298	88,31	15,20	24,47	18,30	32,60	5,36	4,06
Deutschland	19587	100,00	15,35	25,02	17,67	31,97	5,60	4,40
innerhalb Oberfranken (Binnenwanderung)	16977		18,25	21,69	14,34	32,91	6,04	6,77

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Sonderauswertung, München 2002

Hauptzielgebiet innerhalb Bayerns ist die kreisfreie Stadt Nürnberg, gefolgt von der kreisfreien Stadt München, den Landkreisen Erlangen-Höchstadt, Hassberge, Tirschenreuth und Nürnberger Land, sowie den kreisfreien Städten Erlangen, Würzburg, Fürth und Regensburg.

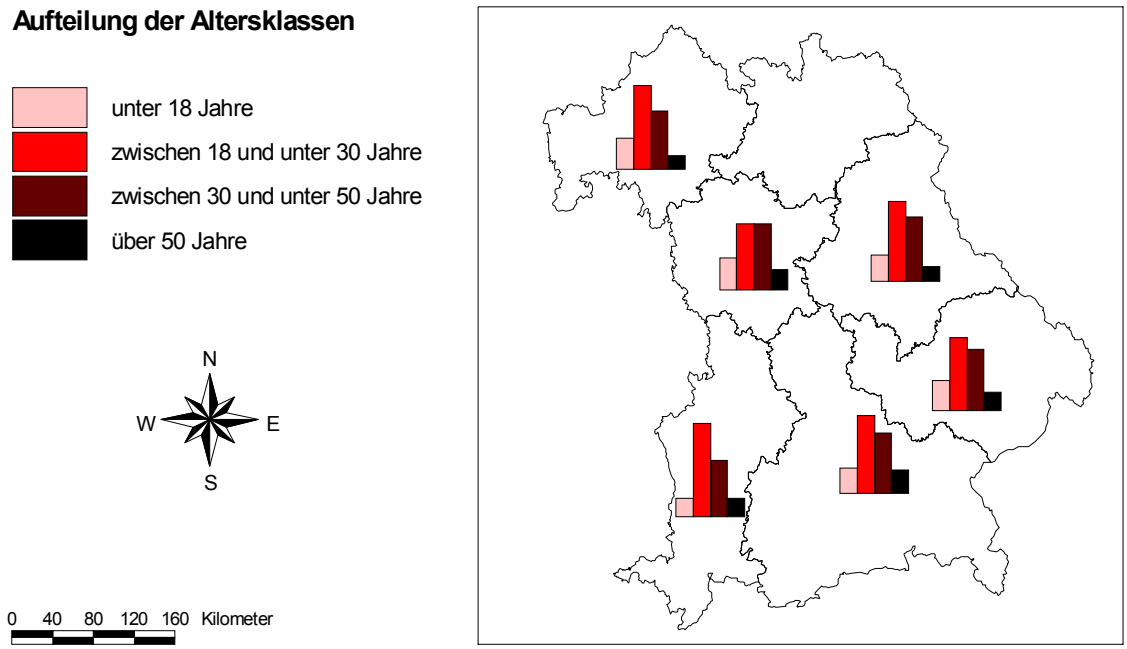
Karte F2.4 Zielgebiete der Weggezogenen innerhalb Bayerns im Jahr 2001 (n=11424)



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Sonderauswertung, München 2002
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Bevorzugt sind daher zum einen die großen Verdichtungsräume Bayerns (Nürnberg und München), die unmittelbar südwestlich benachbarten Landkreise Oberfrankens, sowie allgemein der mittelfränkische und Oberpfälzer Raum.

Karte F2.5 Altersstrukturen der Weggezogenen innerhalb Bayerns 2001



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Sonderauswertung, München 2002
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

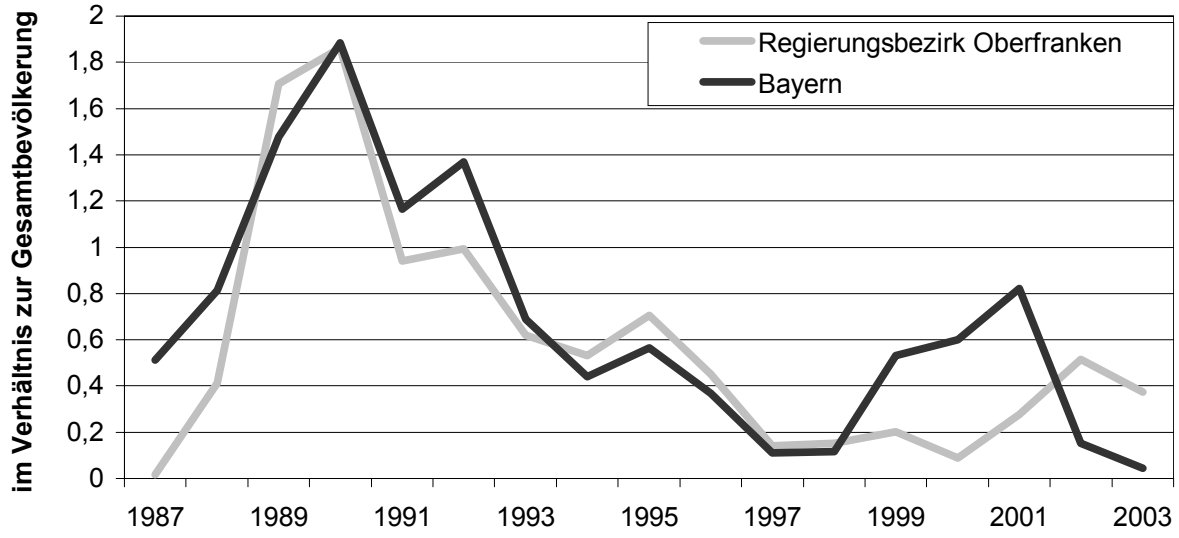
Auffallend an den Weggezogenen des Jahres 2001 ist deren junges Alter. Über 42 % der aus Oberfranken wegziehenden Personen im Jahr 2001 waren zwischen 18 und 30 Jahre alt. Junge Leute kehrten daher verstärkt dem Regierungsbezirk Oberfranken den Rücken zu. Diese jüngere Bevölkerungsgruppe ging überwiegend in die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und Unterfranken. Ältere Personen (über 50 Jahre) zog es hingegen überwiegend in die Regierungsbezirke Oberpfalz und Mittelfranken.

Entwicklung des Wanderungssaldos

Ergebnis der Differenz der Anzahl der Zugezogenen und der Weggezogenen ist der Wanderungssaldo. Er drückt aus, wie viel Personen ein bestimmter Raum in einem bestimmten Zeitraum durch Wanderungsbewegungen verloren bzw. gewonnen hat. Er ist somit ein wichtiger Gradmesser für die Attraktivität eines Raumes.

Wie aus Abbildung F2.2 ersichtlich, hat der Regierungsbezirk Oberfranken ab 1987 einen positiven Wanderungsüberschuss - mit einem Maximum im Jahr 1990 (20.013 Personen) - zu verzeichnen. Der Wanderungssaldo hat sich seither jedoch sehr verringert. Der Wanderungsgewinn betrug im Jahr 2003 noch lediglich 497 Personen.

Abb. F2.2 Entwicklung des Wanderungssaldos von 1987 bis 2003



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Kreisdaten 1989 bis 2001, München 1989 bis 2002 und Sonderauswertung des Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2003

Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Im Vergleich zum Durchschnitt in Bayern ist festzustellen, dass sich die Wanderungssalden in den letzten Jahren deutlich auseinander bewegen. Innerhalb der oberfränkischen Landkreise und kreisfreien Städte ergibt sich folgendes Bild: Seit 1987 hat besonders der süd(westliche) Teil Oberfrankens von Wanderungsgewinnen profitiert. Aber auch die Landkreise Kronach und Wunsiedel im Fichtelgebirge haben seit 1987 leichte Wanderungsgewin-

ne zu verzeichnen. Alle oberfränkischen Kommunen weisen ein Maximum positiver Wanderungssalden in den Jahren 1989 und 1990 auf[14]. Dies ist auf die durch die Wiedervereinigung initiierten Wanderungsbewegungen aus Ostdeutschland nach Westdeutschland zurückzuführen. Alle Wanderungssalden haben sich seither verringert, wobei einige in den letzten Jahren bereits negative Werte aufweisen.

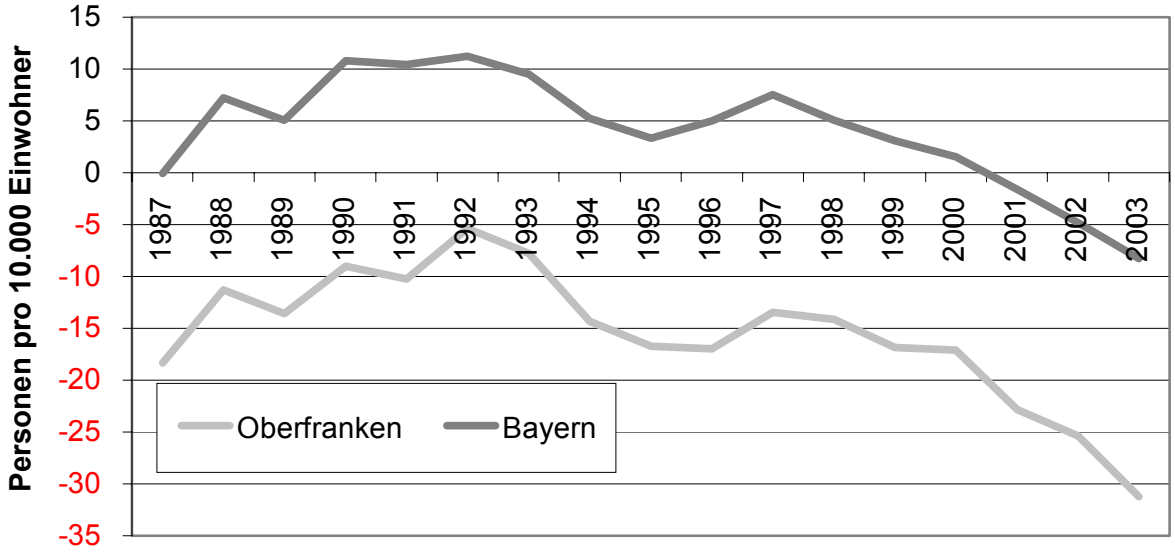
Die Wanderungsgewinne um die Wendezeit bestanden überwiegend aus dem Zuzug jüngerer Bevölkerungsgruppen (unter 30 Jahren).[15] Der relativ hohe Anteil der unter 18-Jährigen zur damaligen Zeit lässt auf einen verstärkten Zuzug von Familien mit Kindern schließen. Im Laufe der Zeit haben sich die Anteile der verschiedenen Altersklassen angenähert.

F 2.24 Natürliche Bevölkerungsentwicklung

Ein weiterer wichtiger Parameter für die Entwicklung der Gesamtbevölkerung Oberfrankens ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung, sprich die Entwicklung der Anzahl der Geburten und der Sterbefälle.

Der Regierungsbezirk Oberfranken hat seit 1987 kontinuierlich einen stetig größer werdenden Sterbeüberschuss zu verzeichnen. Saldiert ergibt sich in Oberfranken von 1987 bis 2003 ein Sterbeüberschuss von 29.040 Personen. Bayern weist im selben Zeitraum erst ab dem Jahr 2001 einen Sterbeüberschuss auf.

Abb. F2.3 Entwicklung des natürlichen Saldos



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Kreisdaten 1989 bis 2001, München 1989 bis 2002 und Sonderauswertung des Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2003

Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

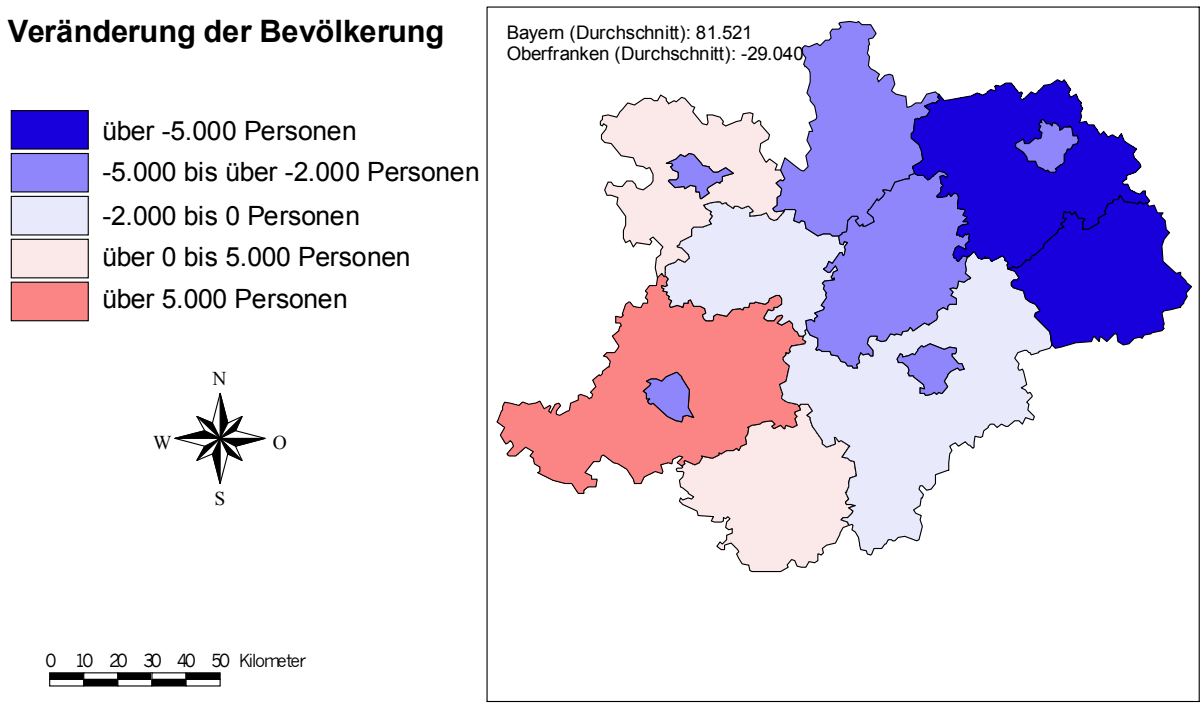
[14] Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die Wanderungssalden in Bezug zur Gesamtbevölkerung des jeweiligen Beobachtungsjahres gesetzt.

[15] Es bleibt zu berücksichtigen, dass die einzelnen Altersklassen unterschiedlich große Altersstufen umfassen.

In Oberfranken sterben anteilsmäßig wesentlich mehr Menschen und es werden weniger Kinder geboren als im bayerischen Durchschnitt. Die unterschiedlichen Sterbequoten lassen sich durch Unterschiede in der Altersstruktur erklären. Für die niedrige Geburtenrate Oberfrankens dürfte auch der Wanderungsverlust an jungen Bevölkerungsgruppen verantwortlich sein. Auffällig ist, dass sich die Geburtenrate – seit ihrem zwischenzeitlichem Maximum im Nachwendejahr – sowohl in Bayern, als auch in Oberfranken kontinuierlich abwärts bewegt. In Anbetracht der bevorstehenden Überalterung, ist in Zukunft mit einem deutlich höheren Sterbeüberschuss zu rechnen.

In allen kreisfreien Städten und Landkreisen Oberfrankens – mit Ausnahme der Landkreise Bamberg, Forchheim und Coburg – herrscht seit 1987 ein Sterbeüberschuss. Besonders hoch sind die Sterbeüberschüsse in den kreisfreien Städten und in den Landkreisen Hof und Wunsiedel. Ursachen können sowohl in unterschiedlichen generativen Verhaltensweisen in ländlich und urban geprägten Räumen, als auch in der Altersstruktur der Bevölkerung liegen.

Karte F2.6 Summe aller natürlichen Saldi in den kreisfreien Städten und Landkreisen Oberfrankens von 1987 bis 2003



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Gemeindedaten 1970 bis 2001, München 1971 bis 2002 und Sonderauswertung des Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2004

Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

F 2.25 Folgen der demographischen Entwicklung in Oberfranken

Die Analyse der wichtigsten demographischen Entwicklungen ergab drei grundlegenden demographische Prozesse, die – teilräumlich differenziert – in Oberfranken in der Vergangenheit abgelaufen sind und auch zukünftig ablaufen werden:

- Bevölkerungsabnahme („schrumpfende“ Bevölkerung),
- Bevölkerungszunahme und
- Überalterung der Gesellschaft.

Diese Prozesse sind Folgen des Wechselspiels zwischen selektiven Wanderungsgewinnen bzw. –verlusten, Geburten- und Sterbeüberschüsse sowie einer ansteigenden Lebenserwartung. Sie überlagern sich teilweise in verschiedenen Räumen. Beispielsweise geht ein Bevölkerungsverlust oftmals einher mit einer zunehmenden Überalterung. Alle Prozesse erfahren bestimmte Wirkungen auf verschiedene Bereiche des wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Lebens. Diese sollen nun nachfolgend kurz angerissen werden.

Ausgewählte Folgen einer Bevölkerungsabnahme

Die Auswertung der statistischen Daten ergab, dass die Städte Bamberg, Coburg und Hof sowie die Landkreise Wunsiedel und Hof bis heute einen mehr oder weniger starken Bevölkerungsrückgang zu verkraften hatten, der zum einen durch Wanderungsverluste, zum anderen aber verstärkt durch Sterbeüberschüsse hervorgerufen wurde. Es konnte weiterhin nachgewiesen werden, dass derartige Prozesse auf Gemeindeebene viel differenzierter und ausgeprägter ablaufen. Die Zahl der Kommunen in Oberfranken, die einen Bevölkerungsrückgang zu verkraften haben, wird in Zukunft weiter zunehmen.

Wirkungen einer abnehmenden Bevölkerungszahl, entweder durch Abwanderung oder durch Sterben von Teilen einer Bevölkerung, können sich auf vielfältige Weise ergeben.

Je nach Einkommensstruktur und nach Quantität des Bevölkerungsrückgangs ergibt sich ein mehr oder wenig starker Kaufkraftabfluss. Dieser wiederum kann gerade an Standorten, an denen die Geschäfte bzw. Dienstleistungsunternehmen knapp über der Rentabilitätsgrenze wirtschaften zu Schließungen von Betrieben bzw. Unternehmen führen. Die Geschäftsaufgaben können zu einer weiteren Schwächung der Zentralität und damit allgemein zu einer Abwertung eines Einkaufsstandortes führen. Eine negative Beeinträchtigung der Versorgungssituation gerade von immobilen Bevölkerungsgruppen (Behinderte, Personen ohne Auto etc.) kann eine weitere Folge sein.

Die Analyse der demographischen Situation Oberfrankens hat gezeigt, dass zwischen 1996 und 1999 alle oberfränkischen Landkreise bis auf den Landkreis Bamberg sowie die Stadt Hof Bevölkerung besonders in der Altersgruppe zwischen 18 und 30 Jahren verloren haben.

Es handelt sich dabei überwiegend um gut ausgebildete Bevölkerungsgruppen. Dies bedeutet auch den Verlust eines wichtigen Teils des Humankapitals und der kreativen Milieus sowie des Innovationspotentials. Darüber hinaus erfolgt gerade bei Studenten, welche an oberfränkischen Hochschulstandorten ausgebildet wurden und aus Oberfranken abwandern, ein gewisser Investitionsabfluss. Die Kommunen halten für Studenten Infrastruktureinrichtungen (z.B. ÖPNV, Wohnungen) in der Hoffnung vor, dass einige hochqualifizierte und gut ausgebildete Absolventen in der Region einen Arbeitsplatz finden werden und somit deren Wettbewerbsfähigkeit sichern. Erfolgt dieser Austausch nicht bzw. nur in geringem Maße, so bleiben die Investitionen ohne Nutzen für die Region. Können hochqualifizierte Stellen in Unternehmen nicht besetzt werden, so steht deren Wachstums- und Wettbewerbsfähigkeit auf dem Spiel. Ein allgemeiner Fachkräftemangel kann darüber hinaus in einer Region auch zu einem Rückgang von Betriebsansiedelungen führen, weil potentielle Investoren geringe Chancen auf die Besetzung ihrer benötigen Arbeitsplätze sehen.

Es wurde an anderer Stelle bereits ein Zusammenhang zwischen den auffallend niedrigen Geburtenraten Oberfrankens und des Wanderungsverlustes gerade junger Bevölkerungsgruppen hingewiesen. Ziehen junge Leute, vor allem Frauen im gebärfähigen Alter weg, so wandern damit potentielle Eltern bzw. Mütter ab. Das Vorhandensein einer starken nachwachsenden Generation ist wichtig um Schrumpfungsprozesse zu verlangsamen bzw. aufzuhalten und deren negativen Folgen positiv beeinflussen bzw. erst gar nicht entstehen lassen. Weiterhin kann eine abnehmende Anzahl von Geburten auf lange Sicht hin zu Engpässen in der Besetzung von Ausbildungsplätzen führen. Der zur Zeit partiell vorhandene Angebotsüberhang an Auszubildenden in Oberfranken wird aller Voraussicht nach in absehbarer Zukunft zu einem Mangel an potentiellen Auszubildenden führen. Da abnehmende Geburtenzahlen deutschlandweit zu beobachten sind, wird es daher in Zukunft um eine verstärkte Konkurrenz um Auszubildende kommen. Die Gewinner dürften attraktive Boomregionen sein.

Eine weitere wichtige Folge abnehmender Bevölkerungszahlen ist deren Wirkungen auf bestehende Infrastruktureinrichtungen. Je nach Struktur des Bevölkerungsverlustes ergibt sich ein Rückgang der Nutzung bestimmter Einrichtungen. Sinkende Geburtenzahlen, z.B. in Verbindung mit starker Abwanderung von Familien, kann zu einer Unterauslastung von Schulen führen. Erreichen diese bestimmte Untergrenzen bzw. ist für diese keine Zusatznutzung, die den Schülerschwund ggf. auffangen kann, vorhanden, so kann die eine oder andere Schule nicht mehr aufrechterhalten werden und muss geschlossen werden. Neben den frei werdenden Arbeitskräften ergeben sich zusätzliche Belastungen der Kinder, welche u.U. längere und beschwerlichere Schulwege in Kauf nehmen müssen. Außerdem weisen bestimmte Infrastruktureinrichtungen, wie z.B. die Abwasserentsorgung, Krankenhäuser u.a. bestimmte Nutzungsmindestgrößen auf.

Neben Geschäftsräumen führen abnehmende Bevölkerungszahlen in Kommunen auch zu Leerständen von Wohnungen. Ein bestimmter Teil davon wird kompensiert durch eine steigende Nachfrage nach Wohnfläche aufgrund veränderter Haushaltsstrukturen (Zunahme von Singlehaushalten) und steigende Ansprüche an Größe und Ausstattungen der Wohnungen. Veränderungen auf das Orts- und Stadtbild und veränderte Miet- und Immobilenpreise sind weitere Folgen.

Weiterhin wichtige Wirkungsfelder, die sich durch sinkende Bevölkerungszahlen ergeben sind:

- Sinkende Mitgliederzahlen in Vereinen,
- Sinkende Steuereinnahmen in den Kommunen (z.B. Einkommenssteuer),
- Eventuell Zurückstufung von zentralen Orten, deren Ausweisung u.a. auch an bestimmte Einwohnerzahlen und Versorgungseinrichtungen gebunden ist,
- Imagewirkungen.

Ausgewählte Folgen einer Bevölkerungszunahme

Wie die Analyse der statistischen Ausgangssituation der Bevölkerung in Oberfranken ergab, haben einige oberfränkische Kommunen in den letzten Jahren einen zum Teil beträchtlichen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Allen voran die Landkreise Bamberg und Forchheim, die ihre Bevölkerungszunahme vor allem auf Wanderungsgewinne (Stadt-Umland-Wanderung aus den Kernstädten des mittelfränkischen Verdichtungsraumes) und Geburtenüberschüsse zurückführen lassen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Zunahme von einzelnen Altersgruppen. Es konnte gezeigt werden, dass bis auf die Landkreise Bamberg und Forchheim alle übrigen oberfränkischen Landkreise und kreisfreien Städte im Jahr 2000 eine Zunahme älterer Bevölkerungsgruppen(über 50-Jährige) zu verzeichnen hatten.

In der Regel sind die Folgen einer wachsenden Bevölkerung als gegensätzlich zu den eben dargestellten Folgen einer schrumpfenden Bevölkerung zu sehen. Auch hier ist es wieder wichtig, welche sozio-demographischen Merkmale die hinzugekommene Bevölkerung aufweist. Eine wachsende Bevölkerung in einem Raum führt daher beispielsweise zu:

- Steigerung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen,
- Eventuell Neueröffnung von Geschäften und damit Belebung von Standorten,
- Eventuell Überlastung von Infrastruktureinrichtungen und öffentlichen Dienstleistungen,
- Steigende Steuereinnahmen in den Kommen und

- Einer imagebedingten Aufwertung, dass heißt es kann das Gefühl entstehen in einer „Boom-Region“ zu leben.

Es ist also immer zu bedenken, dass bei aktiver Anwerbung um Bevölkerung auch ggf. ein Ausbau bestehender Infrastruktureinrichtungen und damit Investitionen auf kommunaler Seite benötigt werden.

Ausgewählte Wirkungen einer überalternden Bevölkerung

So unsicher demographische Prognosen hinsichtlich einer Quantifizierung der Bevölkerungszunahme bzw. –abnahme in Regionen sind, umso deutlicher werden deren Aussagen, was die unsere Gesellschaft bevorstehende Überalterung betrifft: Langjährig niedrige und weiter sinkende Geburtenanzahlen bei gleichzeitiger langsam steigender Lebenserwartung führen – starke Zuwanderung junger Menschen aus dem Ausland einmal ausgenommen – zu einer deutliche Zunahme älterer Bevölkerungsgruppen in der Zukunft.

Die Analyse wichtiger demographischer Trends für Oberfranken hat gezeigt, dass bereits heute einige oberfränkische Kommen einen im Vergleich zum bayerischen Durchschnitt hohen Anteil an über 50-Jährigen aufweisen. Dazu zählen die Landkreise Wunsiedel, Hof, Kronach, Coburg und Kulmbach, Lichtenfels sowie alle kreisfreien Städte Oberfrankens.

Die anteilsmäßige Zunahme älterer Bevölkerungsgruppen führt auch zu einer Überalterung der Erwerbsbevölkerung, dass heißt die Konkurrenz um junge Arbeitnehmer wird sich also in Zukunft noch verschärfen. Oberfranken wird wahrscheinlich in einem viel stärkerem Maße als heute mit anderen Regionen im Wettbewerb um junge gut ausgebildete Fachkräfte stehen. Besondere Anstrengungen sind daher notwendig sich auf diese Umstände vorzubereiten.

Eine absolute Zunahme älterer Bevölkerungsgruppen führt auch zu einer stärkeren Inanspruchnahme von besonderen Infrastruktureinrichtungen, Gütern und Dienstleistungen. Die Folge sind zum einen eine stärkere Nachfrage nach seniorengerechten Gütern und Dienstleistungen von Unternehmen, welches sich positiv auf deren Wirtschaftskraft auswirkt. Zum anderen kann es aber zu einer Überlastung bestimmter Einrichtungen wie Krankenhäuser, Altenheimen etc. kommen. Hinzu kommt eine stärkere Nachfrage nach neuen Versorgungsformen, wie z.B. eine Zunahme mobiler Pflegedienste, da zum Großteil die familiäre Pflege aufgrund von Kinderlosigkeit wegfällt.

Die anteilsmäßige Verschiebung der Bevölkerungsstruktur hin zu älteren Bevölkerungsgruppen führt allgemein gesagt zu einem veränderten Raumnutzungsanspruch. Die Mobilitätsbedürfnisse älterer Bewohner rücken durch ihre zahlenmäßige Überlegenheit gegenüber jüngeren Bevölkerungsgruppen stärker in den Vordergrund. An den ÖPNV kommen zum Teil sich

stark verändernde Nutzungsansprüche zu. Eine „Seniorenfreundlichkeit“ von Infrastruktureinrichtungen wird daher stärker in den Mittelpunkt rücken.

Auch auf den Wohnungsmarkt kommen veränderte Ansprüche zu. Dieser muss sich daher ebenfalls stärker auf die Bedürfnisse älterer Bewohner einstellen. Neue Wohnformen (z.B. betreutes Wohnen durch Nachbarschaftshilfe in generationsübergreifenden Siedlungen) werden daher in Zukunft zunehmend eine wichtigere Rolle spielen.

F 2.26 Fazit

Die Gesamtbevölkerung des Regierungsbezirkes Oberfranken betrug am 31.12.2001 1.113.788 Einwohner. Sie ist seit 1970 um über 3 % gewachsen, im Vergleich mit allen anderen bayerischen Regierungsbezirken aber mit der mit Abstand geringsten Wachstumsrate. So betrug der Bevölkerungszuwachs für Gesamtbayern im selben Zeitraum etwa 17 %. Der seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts anhaltende Bevölkerungsverlust in Oberfranken wurde durch die Wiedervereinigung Deutschlands und durch die Öffnung der Grenzen zu den MOE-Ländern unterbrochen. Dieser droht in Zukunft wieder verstärkt einzusetzen. Für das Jahr 2020 wird vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen für den Regierungsbezirk Oberfranken in einer Status-Quo-Prognose eine Gesamtbevölkerung von 1.084.273 vorhergesagt. Dies entspricht einem Verlust gegenüber der Bevölkerung im Jahr 2001 von 2,65 %. Die Bevölkerungsentwicklung soll dabei gegenwärtigen Entwicklungsmustern folgen, dass heißt heutige Regionen mit Bevölkerungsgewinnen werden durch den Rückgang der Bevölkerung weniger stark betroffen sein, als solche mit gegenwärtigen Bevölkerungsverlusten. Es wird darüber hinaus auch Teilräumen in Oberfranken, wie z.B. den Landkreis Bamberg, dem in Zukunft sogar ein Bevölkerungswachstum vorausgesagt.

Auf der Ebene der Landkreise zeigt sich ein deutlich differenziertes Bild der Bevölkerungsentwicklung. Es lässt sich eindeutig ein Gefälle der Bevölkerungsentwicklung von Südwesten nach Nordosten in Oberfranken feststellen. Auf der einen Seite stehen Landkreise mit einer deutlichen Bevölkerungszunahme von 1970 bis zum Jahr 2001, wie z.B. die Landkreise Bamberg (33 %) und Forchheim (28 %). Auf der anderen Seite gibt es in Oberfranken vermehrt Landkreise mit einem deutlichen Bevölkerungsverlust, wie z.B. der Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge (-17 %). Auch die kreisfreien Städte haben im selben Beobachtungszeitraum, mit Ausnahme der Stadt Bayreuth, einen deutlichen Bevölkerungsverlust zu verkraften (z.B. Stadt Coburg –13 %), der überwiegend auf Suburbanisierungsprozesse und relativ hohe Sterbeüberschüsse zurückzuführen ist.

Im Vergleich mit anderen bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten stellt sich die Situation der Bevölkerungsentwicklung in den oberfränkische Kommunen schwierig dar. Die 1989 einsetzenden positiven Effekte der Wiedervereinigung, in Form von Zuwanderungen,

flachen in oberfränkischen Kommunen allmählich wieder ab und führten in einigen Landkreisen und kreisfreien Städten bereits heute wieder zu Bevölkerungsverlusten.

Auf Gemeindeebene vergrößern sich die Disparitäten in der Bevölkerungsentwicklung. Beispielsweise hat die Gemeinde Gundelsheim im Landkreis von 1970 bis zum Jahr 2001 eine Bevölkerungszunahme von zirka 140 %, der Markt Schirnding hingegen im selben Zeitraum einen Bevölkerungsverlust von über 34 % zu verzeichnen. Seit 1990 verbuchen jedoch eine Vielzahl von oberfränkischen Gemeinden Bevölkerungsgewinne. Diese können aber oft nicht die Bevölkerungsverluste aus den vorangegangenen Jahren ausgleichen.

Die Altersstruktur der Bevölkerung Oberfrankens ähnelt in etwa der des bayerischen Durchschnitts, jedoch mit stärkerer Tendenz der zukünftigen Überalterung. Die nachrückende Generation kann die aus dem Erwerbsleben ausscheidende Bevölkerung zahlenmäßig in Zukunft nicht mehr vollständig ersetzen. Daraus ergibt sich - Zuzüge außer acht gelassen - ein zukünftiger Mangel an Erwerbsbevölkerung. Neben dem partiell heute schon vorhanden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften droht Oberfranken also in Zukunft ein allgemeiner Mangel an Arbeitskräften.

Auf Landkreisebene ist auch bei der Altersstruktur eine gewisse Heterogenität zu verzeichnen. Auf der einen Seite relativ „junge“ Gebietskörperschaften (hoher Anteil unter 30-Jährigen), wie etwa die Landkreise Bamberg, Forchheim und Lichtenfels, sowie die kreisfreie Stadt Bayreuth, auf der anderen Seite relativ „alte“ Gebietskörperschaften (hoher Anteil über 50-Jährigen), wie z.B. in allen kreisfreien Städten und den Landkreisen Wunsiedel, Hof, Coburg, Kronach und Kulmbach.

Nach Oberfranken zogen im Jahr 2001 20.329 Personen[16]. Hauptherkunftsgebiet ist der Freistaat Bayern (45 % aller Zugezogenen) und hier vor allem die Regierungsbezirke Mittelfranken (Verdichtungsraum Nürnberg/Fürth/Erlangen sowie angrenzende Landkreise), Unterfranken (kreisfreie Stadt Würzburg und Landkreis Hassberge), Oberbayern (Verdichtungsraum München) und die Oberpfalz (Landkreis Tirschenreuth). Überwiegend junge Bevölkerungsgruppen (zwischen 18 und unter 30 Jahre) ziehen nach Oberfranken, wobei deren Anteil besonders hoch bei Zuwanderern aus den neuen Bundesländern ist. In einigen oberfränkischen Landkreisen ist eine gewisse Überalterung in Form von Zuzügen aus anderen oberfränkischen Landkreisen (Landkreise Wunsiedel, Hof, Kronach, Bayreuth) und kreisfreien Städten (Stadt Hof), sowie von außerhalb des Regierungsbezirkes zu beobachten.

Die Wanderungsbilanz Oberfrankens (Zuzüge minus Fortzüge) fällt für das Jahr 2001, wenn auch nur geringfügig, positiv aus. Es ergab sich ein Wanderungsüberschuss von 742 Personen. Grund dafür ist die im Vergleich zu den Zuzügen etwas niedrigere Anzahl von Wegzü-

[16] Nahezu ebenso viele Personen haben ihren Wohnsitz innerhalb Oberfrankens über Kreisgrenzen hinweg verlagert.

gen (2001: 19.587 Personen). Der Freistaat Bayern ist Hauptzielgebiet der aus Oberfranken wegziehenden Personen (58 % aller Weggezogenen). Die Zielgebiete der aus Oberfranken wegziehenden Bevölkerungsgruppen innerhalb Bayerns ähneln im Großen und Ganzen den oben erwähnten Herkunftsgebieten der Zugezogenen, wobei eine tendenziell noch stärkere Nähe zum Regierungsbezirk Oberfranken zu beobachten ist.

Der Regierungsbezirk Oberfranken hatte zwar im Jahr 2001 immer noch einen – wenn auch sehr geringen - Wanderungsgewinn zu verzeichnen. Die zeitliche Entwicklung des oberfränkischen Wanderungssaldos weist in den letzten Jahren eine deutliche Abwärtsbewegung auf. Im Vergleich zu Bayern läuft die Entwicklung des Wanderungssaldos genau gegensätzlich. Der Freistaat hat in den vergangen Jahren deutlich an Bevölkerung durch Wanderungsvorgänge, mit weiterhin aufwärtsgerichteter Tendenz, gewonnen. Wie schon bei der Entwicklung der Gesamtbevölkerung sind auch innerhalb Oberfrankens deutliche Unterschiede auf Kreisebene zu verzeichnen, das heißt die Werte weiten sich nach oben und unten weiter aus. So hat etwa die kreisfreie Stadt Hof von 1996 bis 2000 1,61 %, der Landkreis Wunsiedel 0,66 % und der Landkreis Kronach 0,10 % der Gesamtbevölkerung des Jahres 1996 durch Wegzüge in andere oberfränkische Kreise bzw. über die Grenzen des Regierungsbezirkes hinaus verloren. Auf der anderen haben die Landkreise Bamberg (2,56 %), Forchheim (1,93 %) und Bayreuth (1,73 %) im selben Zeitraum hinzugewonnen.

Trotz des Wanderungsgewinnes im Jahr 2001 verlor der Regierungsbezirk Oberfranken an jungen Bevölkerungsgruppen (zwischen 18 und unter 30 Jahre: -505 Personen) und gewann an älteren Bevölkerungsgruppen (über 50 Jahre: 584 Personen) hinzu. Von 1996 bis 1999 haben insbesondere die Landkreise Wunsiedel und die Stadt Hof an jungen Bevölkerungsgruppen (18- bis unter 30-Jährige) verloren. Anteilsmäßig besonders viel ältere Bevölkerungsgruppen (über 50-Jährige) gewonnen, haben im selben Zeitraum die kreisfreie Stadt Hof und die Landkreise Bayreuth, Bamberg und Coburg.

Tab. F2.5 Zusammenfassung der Wirkungen der demographischen Entwicklung Oberfrankens

Bevölkerungsabnahme	Bevölkerungszunahme	Überalterung der Bevölkerung
Kaufkraftabfluss	Steigerung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen	Überalterung der Erwerbsbevölkerung
Geschäftsaufgaben	Neueröffnung von Geschäften	Zunahme der Konkurrenz um junge Arbeitskräfte
Leerstand von Geschäftsräumen und -gebäuden	Überlastung von Infrastruktureinrichtungen	stärker Inanspruchnahme von Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungen für ältere Bevölkerungsgruppen
Schwächung der Zentralität von Standorten	steigende Steuereinnahmen	stärkere Nachfrage nach Dienstleistungen und Gütern für Senioren/Innen
Zurückstufung von zentralen Orten	imagebedingte Aufwertung	Veränderung der Raumnutzungsansprüche
Unterversorgung von Bevölkerungsgruppen		neue Anforderungen an Infrastruktureinrichtungen
Fachkräftemangel		neue Anforderungen an die Ausstattungen von Wohnungen
Verlust des intellektuellen Kapitals und Innovationspotentials		
Investitionsabfluss		
Gefährdung der Wachstums- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen		
Mangel an Auszubildenden		
Arbeitskräftemangel		
Auslastungsprobleme von Infrastruktureinrichtungen		
Schließung von Infrastruktureinrichtungen		
Leerstand von Wohnräumen und -gebäuden		
sinkende Mitgliederzahl in Vereinen		
sinkende Steuereinnahmen in den Kommunen		
Imageverlust der Kommune bzw. der Region		

Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

F 2.3 Analyse der Abwanderungsprozesse in Oberfranken

F 2.31 Dimensionen der Abwanderung der Bevölkerung aus Oberfranken

Kenntnisse über soziodemographische Merkmale der Abgewanderten, deren Motive für einen Wegzug aus Oberfranken sowie die Vergleichsmöglichkeit des aktuellen Wohnortes mit dem ehemaligen Wohnort in Oberfranken oder ähnliche helfen zielorientierte Maßnahmen zu entwickeln, die

- die Abwanderung von Personen aus Oberfranken abschwächen.

- die Zuwanderung von Personen, in Form von Rückkehrern oder Neuzuzüglern erhöhen.

Aus diesem Grund wurde ein spezifischer Fragebogen mit insgesamt 24 Fragen entwickelt. Zielgruppe war die Bevölkerung, die im Jahr 2001 ihren Erstwohnsitz im Regierungsbezirk Oberfranken abgemeldet hatten.[17] Das Jahr 2001 wurde gewählt, da die statistische Aufbereitung der Daten in den Kommunen für diesen Zeitraum weitgehend abgeschlossen ist und der Wanderungsvorgang mitsamt seinen Entscheidungsprozessen bei den Weggezogenen noch gut in Erinnerung ist.

Es wurden nur die Gemeinden für die Befragung ausgewählt, die eine negative Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum von 1995 und 1999 zu verzeichnen hatten.

Aus einem Pool von über 9.300 Adressen wurden 2.000 Personen befragt, die innerhalb Deutschlands ihren Wohnort wechselten.[18] Bis Ende Juni 2002 wurden 55 unzustellbare Fragebögen und 556 gültige Fragebögen zurückgesandt, so dass für derartige Fragestellung eine recht hohe Rücklaufquote von 29 % zu verzeichnen ist.[19] 85 % der zurückgesendeten Fragebögen stammt aus den drei kreisfreien Städten. Die Ergebnisse der Auswertung sind unter diesem Aspekt zu bewerten. Es wird unterstellt, dass gebürtige Oberfranken (Grundgesamtheit = NOF) eine höhere Bereitschaft zu einer ev. Rückkehr nach Oberfranken zeigen, als Personen, die nicht in Oberfranken geboren sind (Grundgesamtheit = NNOF). Bei der nachfolgenden Auswertung wird daher versucht, sofern es sinnvoll ist, eine Differenzierung zwischen beiden Gruppen vorzunehmen.

Sozio-demographische Merkmale der Befragten

Die Auswertung der Befragung ergab eine leichte Überrepräsentation von Frauen. Dies dürfte sich aber nicht weiter auf die Interpretation der Ergebnisse auswirken. Ausländische Staatsbürger spielen zahlenmäßig in dieser Befragung keine nennenswerte Rolle.

Über 70 % der befragten Personen, die Oberfranken verlassen haben, sind zwischen 20 und 35 Jahre alt. Dieses Ergebnis spiegelt die dargelegten statistischen Analysen wider. Es handelt sich hierbei um wichtiges Humankapital für Oberfranken, dass durch die Abwanderung verloren geht. Die Abwanderung junger Menschen aus Oberfranken führte zumindest im Jahr 2001 zu einer Überalterung der verbleibenden Gesamtbevölkerung, da die Verluste in

---

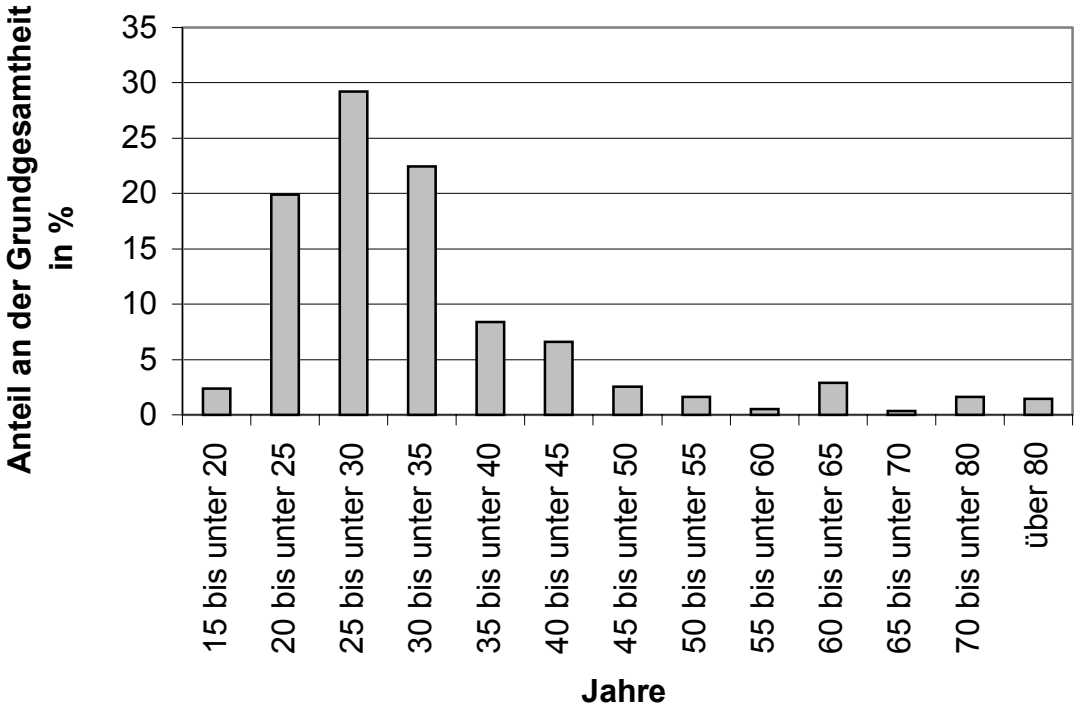
17 Es bestand auch die Möglichkeit Personen zu befragen, die ihren Erstwohnsitz nach Oberfranken verlagert haben. Da die Abwanderungsthematik in diesem Gutachten im Vordergrund steht, wurde von dieser Möglichkeit abgesehen.

18 Um die Ergebnisse nicht zu verfälschen wurden folgende Personengruppen von der Befragung ausgeschlossen: Personen mit ausländisch klingenden Namen und Personen unter 15 Jahre. Es sollte vermieden werden zum einen Asylbewerber und zum anderen Kinder bzw. Jugendliche, die im Familienverband aus Oberfranken weggezogen sind mit der Befragung zu erfassen, aufgrund deren speziellen Wanderungsmotive. Bei Personen mit gleichlautendem Familiennamen und gleicher Zieladresse wurde versucht abwechselnd die männliche und weibliche Person anzuschreiben.

19 Die Rücklaufquote errechnet sich folgendermaßen: 556 [zurückbekommene Fragebögen] / (2000 [verschickte Fragebögen] – 55 [unzustellbare Fragebögen]) x 100 = 28,59 %

diesem Alterssegment nicht durch Zuwanderungen aufgefangen wurden. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang der Verlust an potentiellen Eltern, der wiederum durch Ausfall an Geburten zu einer Überalterung der Gesamtbevölkerung beiträgt.

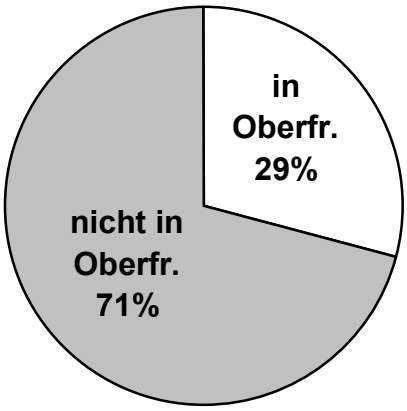
Abb. F2.4 Alter der Befragten (n= 548)



Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Wie ferner zu ersehen ist, handelt es sich bei fast 30 % der Befragten um gebürtige Oberfranken, dass heißt bei der Mehrheit der Befragten handelt es sich um ehemals Zugezogene, die aus Oberfranken wieder abgewandert sind. Es ist also eine relativ starke Fluktuation von Bevölkerung zu beobachten.

Abb. F2.5 Geburtsort der Befragten (n=545)

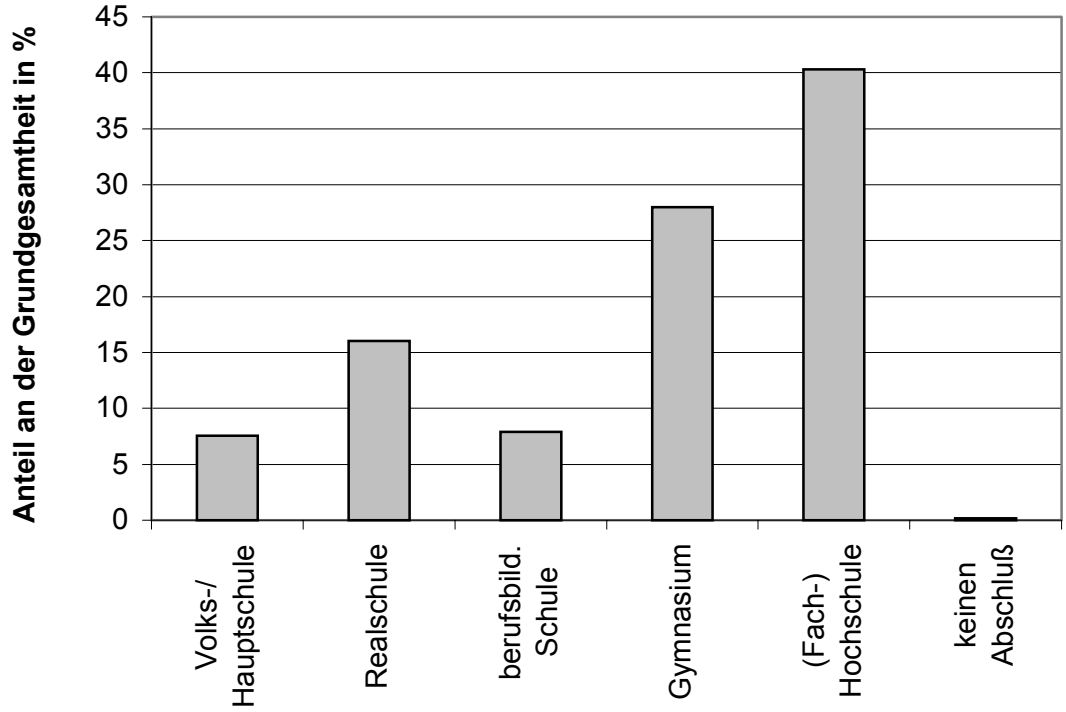


Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Es lohnt sich daher verstärkt Bemühungen für ein Halten der in Oberfranken lebenden Bevölkerung anzustreben um diese Fluktuation abzuschwächen, da es wohl einen geringeren Aufwand bedarf eine bereits in Oberfranken lebende Bevölkerung zu halten, als neue Bevölkerungsgruppen für einen Zuzug nach Oberfranken zu gewinnen.

Besonders auffallend ist der hohe Bildungsstand der Weggezogenen. Über zwei Drittel der Befragten verfügen über Abitur bzw. eine höhere Bildung. Es kann in diesem Zusammenhang von einem verstärkten Verlust von höher qualifizierten Bevölkerungsgruppen aus Oberfranken, welcher in der Fachliteratur oftmals als sogenannter „Brain Drain“ genannt wird, gesprochen werden.

Abb. F2.6 Bildungsstand der Befragten (n=543)



Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

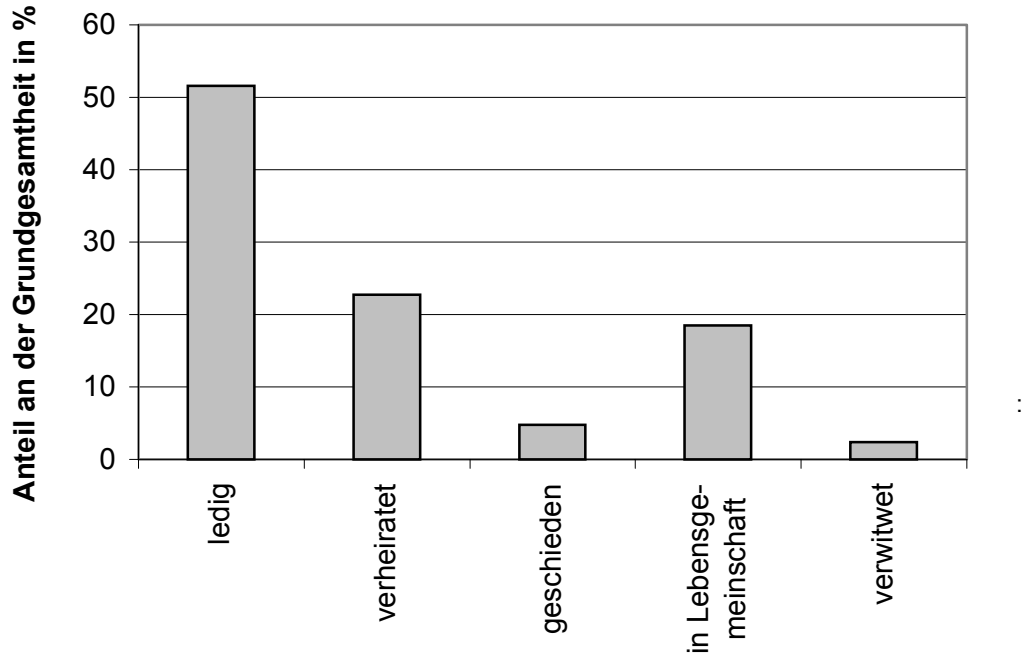
Besonders der Verlust von Personen mit einem Hochschulabschluss ist als schwerwiegend anzusehen, da es sich hierbei um gut ausgebildete Bevölkerungsgruppen handelt, deren intellektuelles Kapital – im Sinne eines kreativen Milieus - wichtig für eine positive endogene Regionalentwicklung sind. Der Wegzug gut ausgebildeter Bevölkerungsgruppen kann bei fehlendem dementsprechendem Zuzug u.U. zu einem Fachkräftemangel führen.

Bei nicht-gebürtigen Oberfranken mit Hochschulabschluss, die Oberfranken verlassen haben sind sicherlich auch Studenten der oberfränkischen Universitäten bzw. Fachhochschulen zu finden, die nach Abschluss ihres Studiums unmittelbar den Hochschulstandort verlassen haben.

Der Großteil der Befragten ist ledig. In engeren partnerschaftlichen Bindungen („verheiratet“, „in Lebensgemeinschaft“) stehen zu jeweils etwa 20 % der Befragten. Der Umzug von geschiedenen bzw. von verwitweten Personen spielt eine untergeordnete Rolle.

Im Hinblick auf die Themenstellung sind verheiratete und in einer Lebensgemeinschaft stehenden Personen von wichtiger Bedeutung, sind es doch diese die häufig bereits Kinder haben bzw. diese in Zukunft haben werden.

Abb. F2.7 Familienstand der Befragten (n=545)

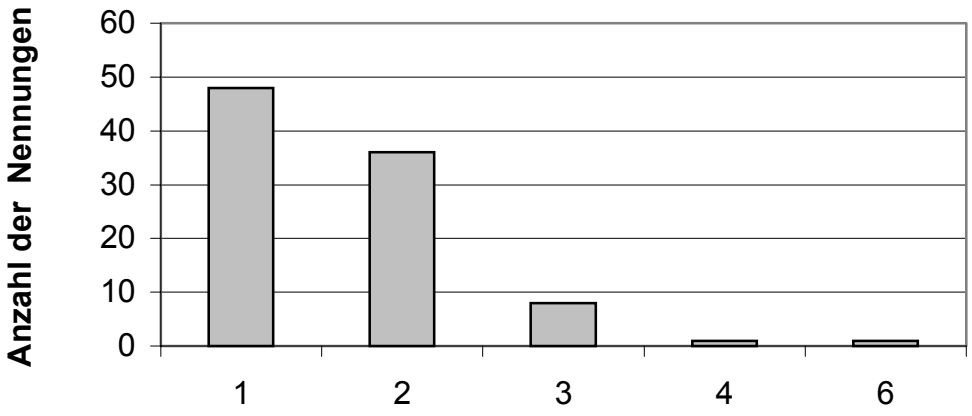


:

Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

In einer weiteren Frage wurde untersucht, wie viele Familien den Regierungsbezirk Oberfranken verlassen haben. Dabei wird unterstellt, dass die Kinder, die sich am jetzigen Wohnort mit dem/der Weggezogenen befinden, auch den Umzug mit vollzogen haben. Insgesamt zogen 94 Personen mit Kindern aus Oberfranken weg, dies entspricht bei einer Anzahl von 556 gültigen Antworten einer Quote von 17 %. Wenn Familien aus Oberfranken weggezogen sind, so hatten diese ein oder zwei Kindern.

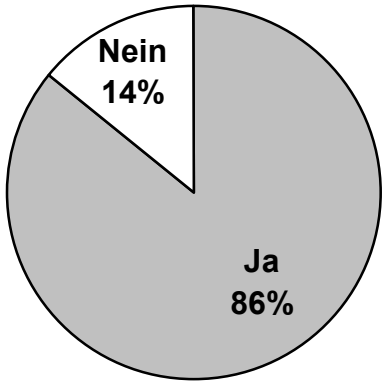
Abb. F2.8 Anzahl der Kinder der Befragten (m=94)



Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

In einer weiteren Frage wurde erhoben, ob der Umzug auch mit einem Wechsel der Arbeits- bzw. der Ausbildungsstätte verbunden war. Dabei zeigt sich, dass für die meisten Befragten der Umzug mit einem Wechsel der Ausbildungs- bzw. Arbeitsstätte verbunden, arbeitsplatz- bzw. ausbildungsorientierte Wanderungsmotive standen daher vor allem im Vordergrund.

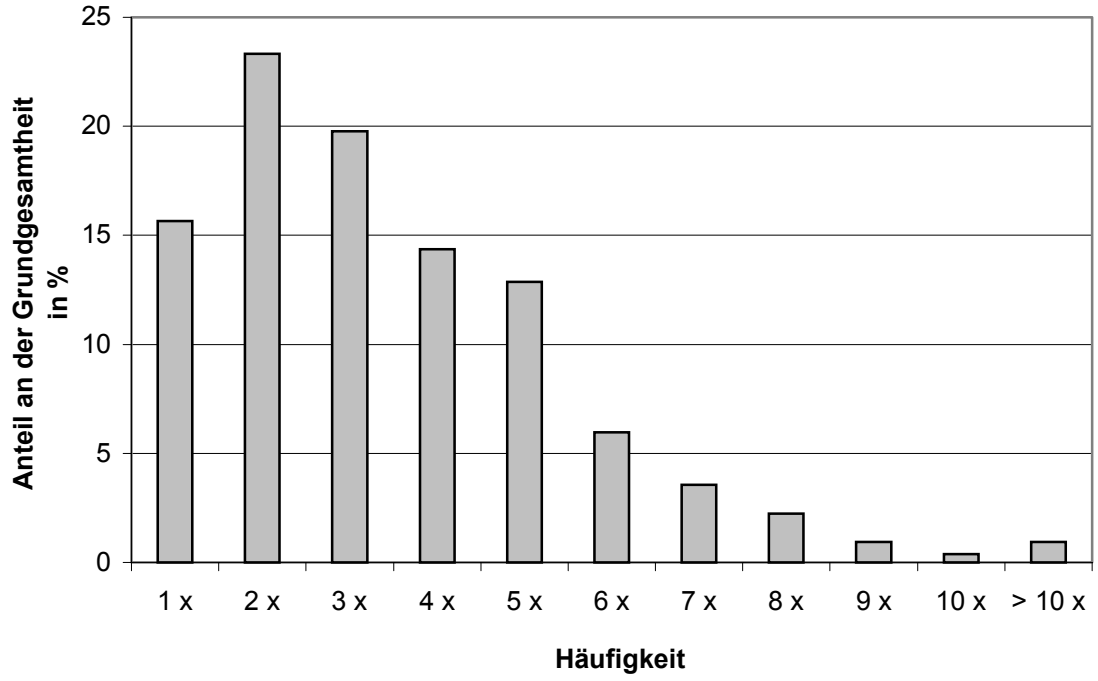
Abb. F2.9 Arbeitsplatzwechsel der Befragten (n=468)



Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Es kann eine gewisse Mobilitätsbereitschaft bei den Befragten festgestellt werden, wird bedacht, dass weit über die Hälfte in den letzten 10 Jahren mehr als zweimal umgezogen sind.

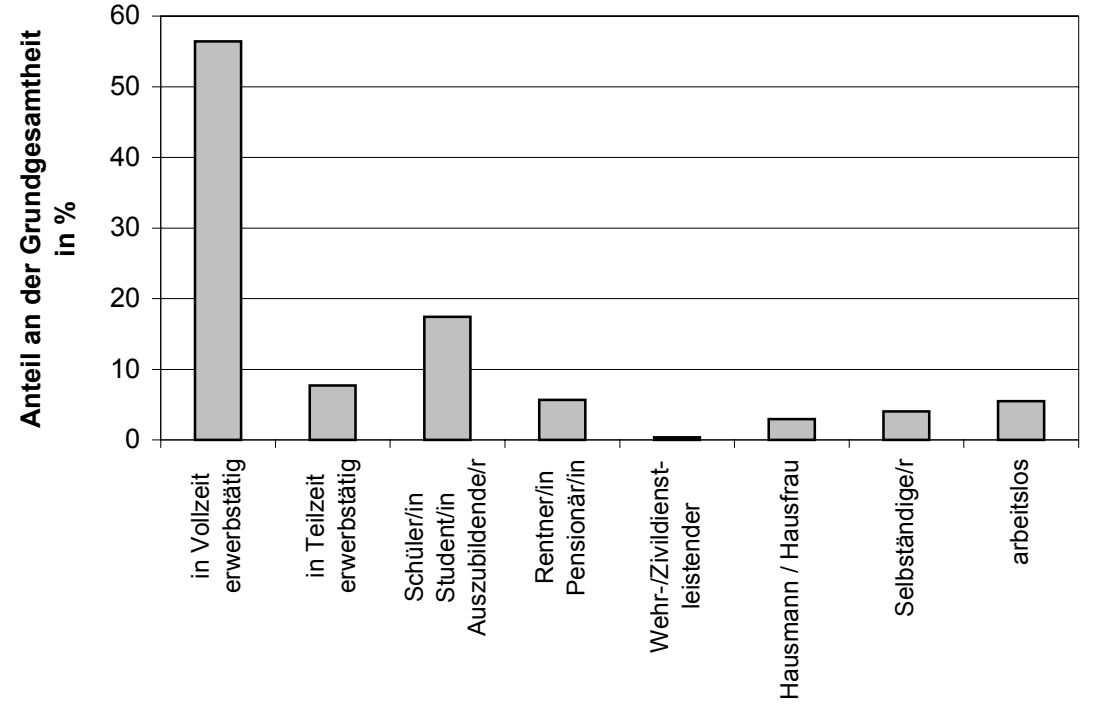
Abb. F2.10 Umzugshäufigkeit der Befragten in den letzten 10 Jahren (n=530)



Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Die nachfolgende Abbildung zeigt, ist die Mehrheit der Befragten gegenwärtig in Vollzeit erwerbstätig (56 % der Befragten).

Abb. F2.11 Gegenwärtige Tätigkeit der Befragten (n=546)



Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Etwa ein Sechstel der Befragten geht noch zur Schule bzw. Universität/FH oder steht in einem sonstigen Ausbildungsverhältnis. Alle weiteren Tätigkeitsbereiche spielen eine nachgeordnete Rolle.

Zielgebiete der aus Oberfranken abgewanderten Bevölkerungsgruppen

Die nachfolgende Abbildung zeigt, dass der Großteil der Abgewanderten seinen Wohnsitz innerhalb Bayerns verlagerte. Etwas über ein Drittel der Befragten zog in andere alte Bundesländer.

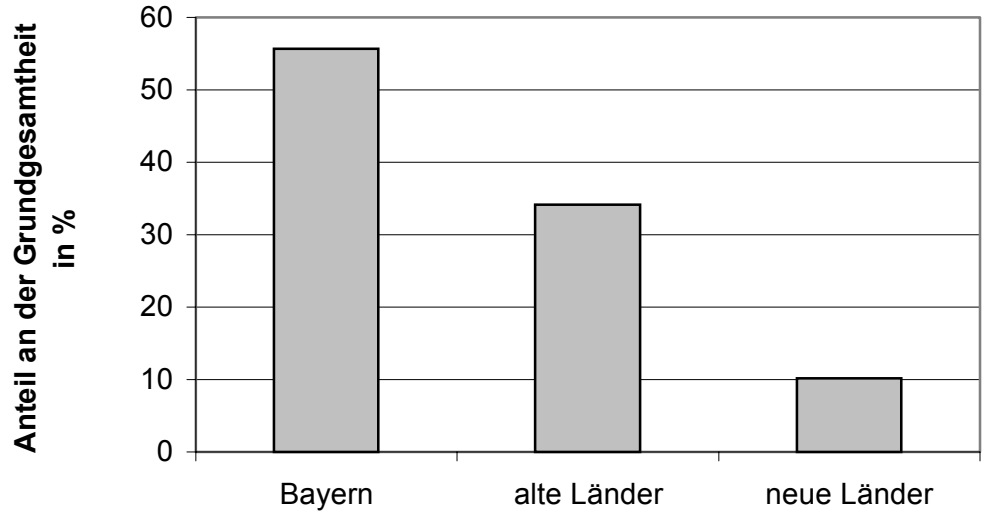
Relativ geringen Zuspruch erfuhr ein Umzug in die neuen Ländern, wobei schwerpunktmäßig Sachsen (über 50 %) und Thüringen (über 30 %) zu nennen sind. Bei beiden letztgenannten sind überwiegend an Oberfranken angrenzende Regionen Hauptzielgebiete.

Folgende bayerische Hauptzielgebiete lassen sich feststellen:

- Auf Regierungsbezirkebene ist eine deutliche Dominanz der beiden benachbarten fränkischen Regierungsbezirke, der nördliche Teil der Oberpfalz und der westliche Teil Oberbayerns festzustellen.
- Auf Kreisebene dominieren die großen Kreisstädte Frankens (Nürnberg, Erlangen und Würzburg) sowie München und Augsburg und die an Oberfranken angrenzenden Landkreise Hassberge und Erlangen-Höchstadt.

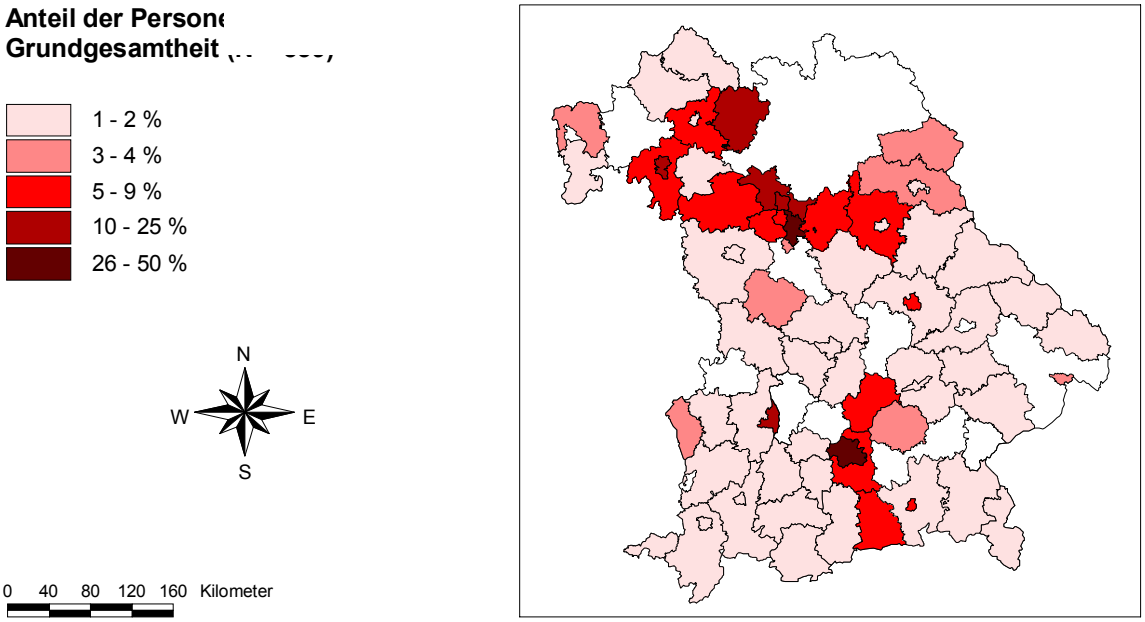
Es ist also auf bayerischer Seite eine deutliche Konzentration der Zielgebiete der Abwanderung in jenen Teilräumen zu beobachten, die an den Regierungsbezirk Oberfranken anschließen sowie der der Verdichtungsraum München.

Abb. F2.12 Zielgebiete der Befragten (n=539)



Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Karte F2.7 Bayerische Zielgebiete der Befragten (n=539)



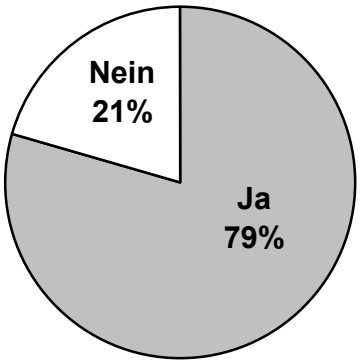
Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Bei gebürtigen Oberfranken ist eindeutig eine stärkere Präferenz für eine relative Nähe zu Oberfranken festzustellen als bei Bevölkerungsgruppen, die nicht in Oberfranken geboren wurden.

Wohlfühlfaktoren in Oberfranken

Die Frage nach dem „Wohlfühlen“ in Oberfranken zeigt, dass es dem überwiegenden Teil der Befragten an ihrem alten Wohnort in Oberfranken gefallen. Nur etwa 20 % waren diesbezüglich anderer Meinung. Auffallend ist, dass es gebürtigen Oberfranken deutlich besser in Oberfranken gefallen hat als nicht-gebürtigen. Dies dürfte mit einem gewissen Heimatgefühl zu deuten sein.

Abb. F2.13 Wohlfühlfaktor Oberfranken der Befragten (n=394)



Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Die Befragten wurden außerdem darum gebeten Gründe für ihre jeweilige Entscheidung anzugeben.[20]

Die Weggezogenen wurden gefragt, warum sie sich an ihrem alten Wohnort in Oberfranken wohlgefühlt haben bzw. warum nicht. Hierbei ist ein deutlicher Unterschied der Begründungen zwischen gebürtigen und nicht-gebürtigen Oberfranken festzustellen.

Allgemein kann festgestellt werden, dass gefühlsmäßige Komponenten eine bedeutende Rolle dabei gespielt haben, ob sich jemand am ehemaligen Wohnort in Oberfranken wohlgefühlt hat oder nicht. Wichtig dabei waren menschliche Beziehungen, v.a. zur Familie bzw. zu Freunden oder das Gefühl von Heimat, wobei beide bei gebürtigen Oberfranken eine deutlich größere Rolle spielten als bei nicht-gebürtigen. Auffallend ist weiterhin die hohe Bedeutung des (schwer messbaren) Begriffs „Schönheit“. Insgesamt gesehen spielte die Schönheit der oberfränkischen Städte, Natur bzw. Gegend die Hauptrolle für das Gefühl des Wohlfühlens, besonders bei nicht-gebürtige Oberfranken.

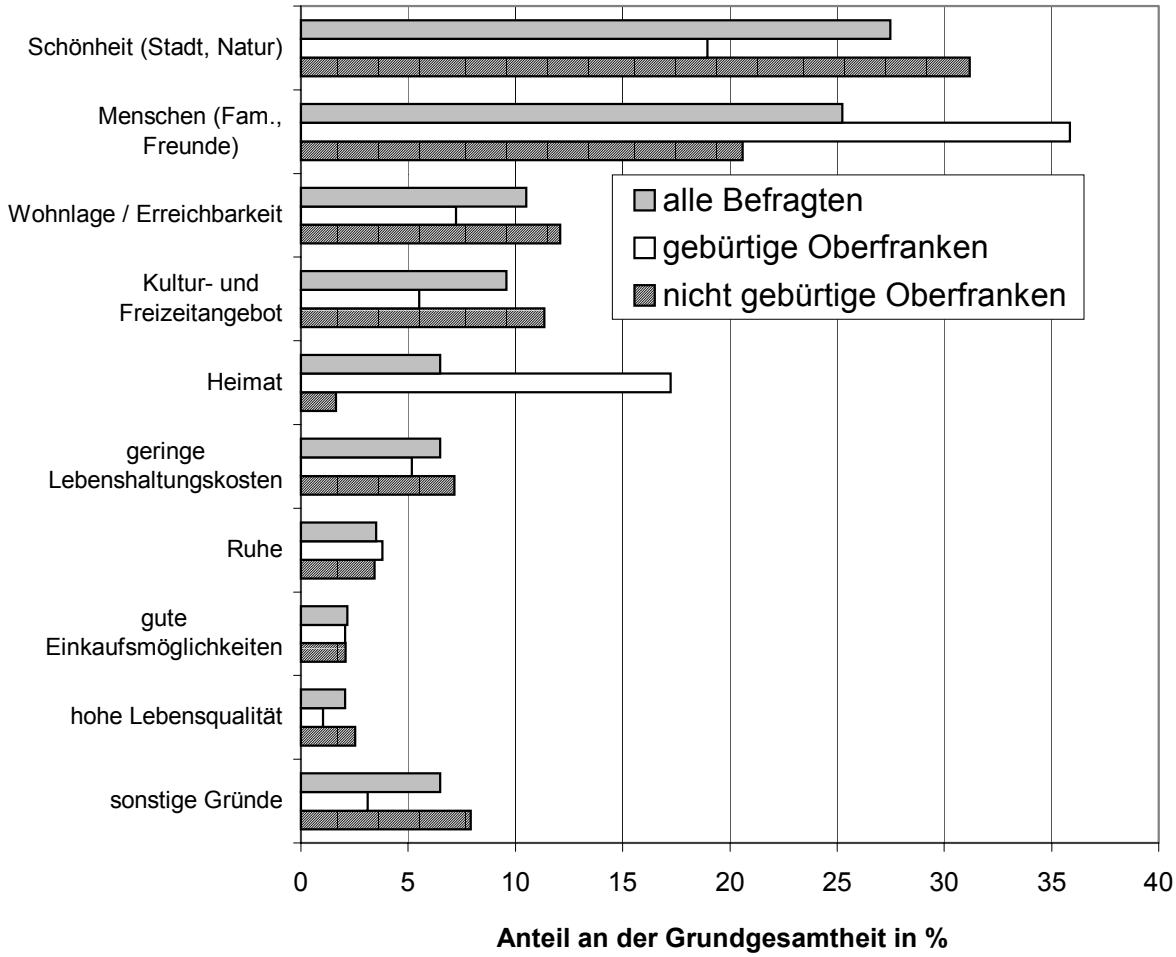
Weitere wichtige Faktoren für ein Wohlgefühl am alten Wohnstandort in Oberfranken waren die Wohnlage und die oft damit verbundene gute Erreichbarkeit von Einrichtungen der Grunddaseinsfunktionen, das Kultur- und Freizeitangebot, sowie geringe Lebenshaltungskosten, wobei diese häufiger von nicht-gebürtigen Oberfranken genannt wurden.

Auch die Frage, warum sie sich an ihrem alten Wohnstandort in Oberfranken nicht wohlgefühlt haben, ist sehr differenziert zu bewerten. Es ist auch hier keine Einheitlichkeit in der Gewichtung der Gründe, was den Geburtsort der Befragten betrifft, festzustellen.

[20] Bei der Auswertung wurde lediglich unterschieden in Gründe für ein Wohlfühlen bzw. Gründe für ein Nicht-Wohlfühlen in Oberfranken. Für jeden Befragten war es möglich mehrere Gründe anzugeben.

Abb. F2.14 Gründe der Befragten für ein Wohlfühlen in Oberfranken

($n_{insg.}$= 971; n_{of} = 290; n_{nof} = 670)



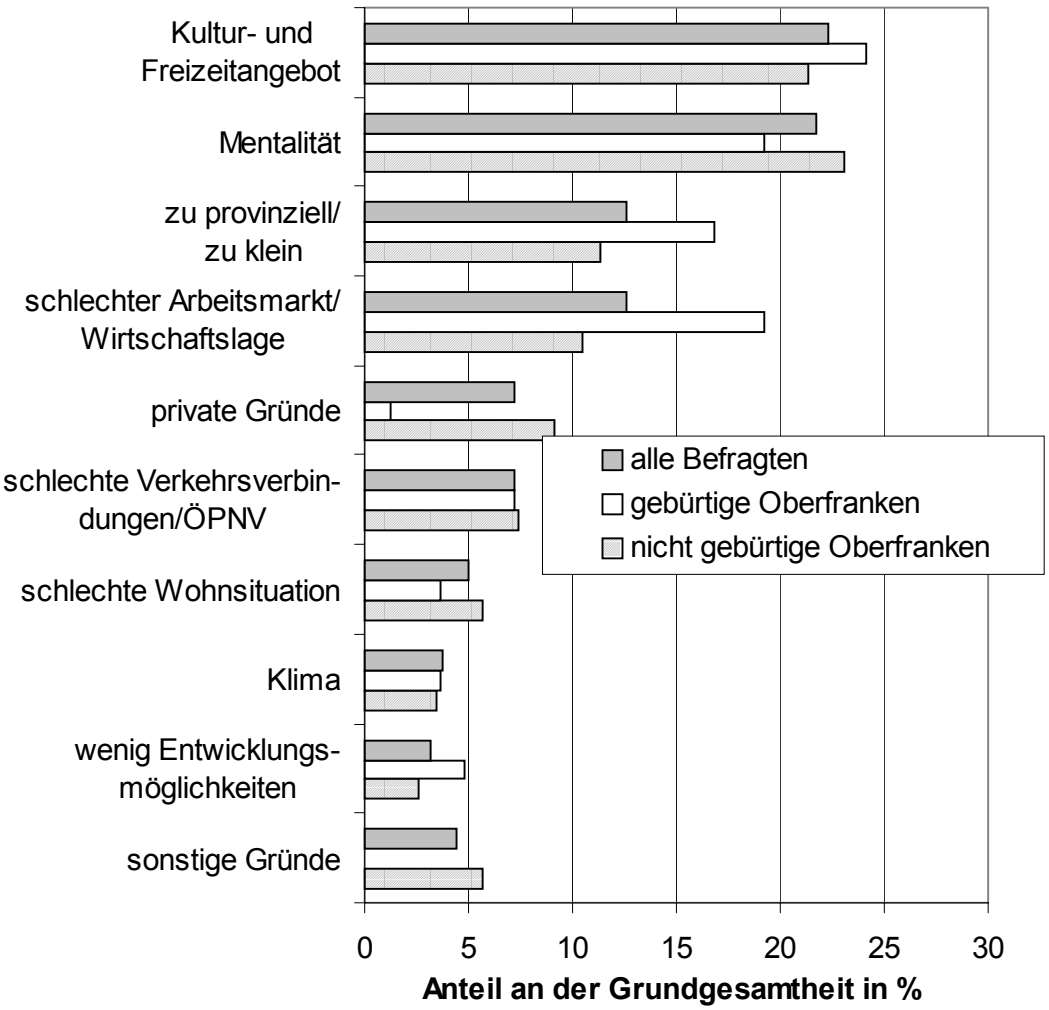
Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass sowohl harte, als auch weiche Faktoren dafür verantwortlich sind, dass sich eine Vielzahl von Personen in Oberfranken nicht wohlgefühlt hat. Die wichtigsten Gründe, warum sich die Befragten an ihrem ehemaligen Wohnort in Oberfranken nicht wohlgefühlt hat sind:

- Feizeit- und Kulturangebot,
- Mentalität der Bevölkerung,
- Periphere Lage Oberfrankens,
- Schlechte Arbeitsmarktsituation bzw. Wirtschaftslage21 und
- Private Gründe[22] (z.B. Trennung von Familie).

21 Wurde besonders häufig von gebürtigen Oberfranken genannt.
22 Wurde auffallend deutlich von nicht-gebürtigen Oberfranken genannt.

Abb. F2.15 Gründe der Befragten für ein Nicht-Wohlfühlen in Oberfranken ($n_{insg.}$=318; n_{of}= 83; n_{nof} = 230)



Quelle: Eigene Erhe

Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Motive für einen Wegzug aus Oberfranken

Bei der Diskussion von Strategien zur Steuerung und Beeinflussung von Wanderungsbewegungen ist eine Analyse der Wanderungsmotive notwendig.

Ein wesentliches Element der Befragung abgewanderter Bevölkerungsgruppen war es daher, Informationen über Wegzugsmotive zu erfahren. Bei der Angabe zu den Motiven der Wanderungen im Rahmen der Befragungen waren Mehrfachnennungen möglich.[23] Hauptmotiv und zusätzlich genannte Motive für einen Wegzug sind daher nicht voneinander zu trennen. Es sei auch an dieser Stelle darauf verwiesen, dass Wanderungsentscheidungen einer hohen Komplexität unterliegen.

[23] Diese wurden aber bei der Auswertung nicht besonders gewertet. Wurde nur ein Motiv für einen Wegzug aus Oberfranken genannt und als „wichtig“ gewertet, so erfuhr dies dieselbe Wertung wie ein Motiv aus einer Mehrfachnennung mit der Gewichtung „wichtig“.

Tab.F2.6 Gewichtung der Wegzugsgründe und ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Motivgruppe

Motivgruppe	Wegzugsgrund	Anteil an allen Nennungen "wichtig" in %
„Arbeit/Beruf“	„Neue Arbeitsstelle / Wechsel des Arbeitsplatzes“	**33,28**
	„Verdienstmöglichkeiten“	
	„berufliche Aufstiegsmöglichkeiten“	
	„berufliche Veränderung des (Ehe-)Partners“	
	„Wehrdienst / Ersatzdienst“	
	„Versetzung“	
	„Pensionierung“	
„Kultur/Freizeit“	„Freizeitangebot“	**13,59**
	„Kulturangebot“	
„Erreichbarkeit“	„bessere Verkehrserschließung“	**13,59**
	„Nähe zu großen Städten“	
	„Entfernung zum Arbeitsplatz / Ausbildungsort“	
„Ausbildung“	„Schule / Studium“	**11,00**
	„Ausbildung“	
	„Fortbildungsmaßnahmen“	
„Mentalität/Image/ Lebensqualität“	„negatives Image des letzten Wohnortes / der Gegend“	**7,82**
	„Mentalität der Bevölkerung“	
	„geringe Lebensqualität“	
„sonstige“	„Vergrößerung des Haushaltes“	**6,36**
	„Verkleinerung des Haushaltes“	
	„steuerliche Gründe“	
„Umwelt/Natur/ Gesundheit“	„gesundheitliche / klimatische Gründe“	**6,28**
	„Umweltsituation“	
	„Natur- und Landschaftsbild“	
„Wohnen“	„Verbesserung der Wohnsituation“	**5,12**
	„Kauf Haus / Eigentumswohnung“	
„Versorgung“	„Versorgungssituation“	**2,96**
	„Kinderbetreuung“	

Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Mit weitem Abstand die meisten Nennungen hinsichtlich Abwanderungsmotive kamen aus der Gruppe der arbeits- und berufsbedingten Motive. Aber auch die Bereiche „Kultur / Freizeit“, „Erreichbarkeit“ und „Ausbildung“ spielten hierbei eine wichtige Rolle.

Nachfolgend erfahren die einzelnen Motivgruppe eine eingehendere Betrachtung.

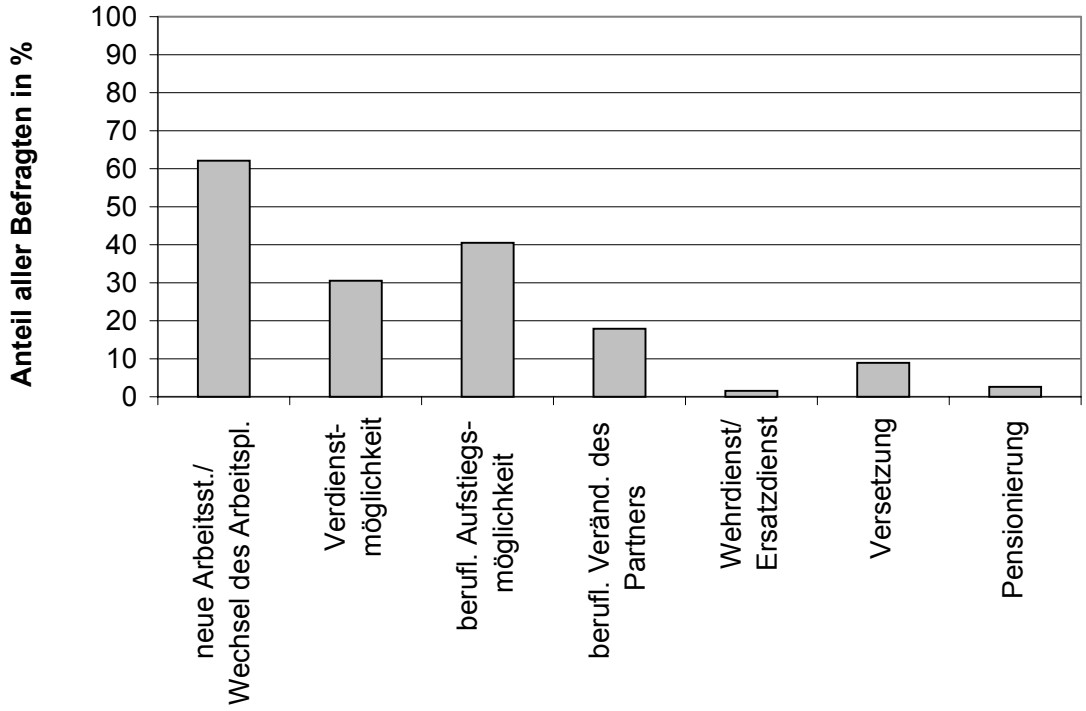
Motivgruppe „Arbeit / Beruf“

Die meisten Nennungen sind in der Motivgruppe „Arbeit / Beruf“ zu finden. Am häufigsten war der Wegzug aus dem Regierungsbezirk Oberfranken mit einem Wechsel des Arbeits-

platzes bzw. mit dem Antritt einer neuen Arbeitsstelle verbunden. Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei um das primäre Umzugsmotiv handelt. Fehlende berufliche Aufstiegsmöglichkeiten und der Wunsch nach besseren Verdienstmöglichkeiten waren weiterhin oft genannte Motive für einen Wegzug aus Oberfranken.

Bei immerhin fast ein Fünftel der Befragten war die Umzugsentscheidung durch eine berufliche Veränderung des (Ehe-)Partners begründet.

Abb. F2.16 Nennung „wichtig“ in der Motivgruppe „Arbeit / Beruf“ (n=556)



Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Das Motiv „Pensionierung“ war insgesamt gesehen für eine kleinere Zahl der Befragten ein wichtiges Motiv für den Wegzug aus Oberfranken.

„Gezwungenermaßen“ Oberfranken verlassen, in Form einer beruflichen Versetzung haben etwas weniger als ein Zehntel der Befragten. Das Motiv „Wehrdienst / Ersatzdienst“ spielte nahezu keine Bedeutung.

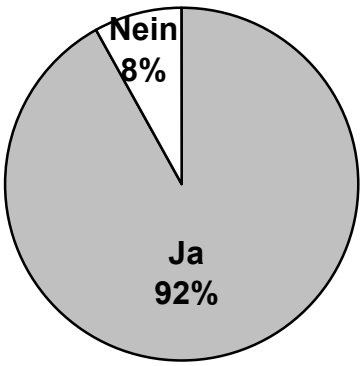
Es ist also beim Wegzug aus Oberfranken eine deutliche Dominanz der arbeitsplatz- bzw. beruflich bedingten Motive festzustellen. In Oberfranken war daher für eine Vielzahl der Weggezogenen kein geeigneter Arbeitsplatz zu finden. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen auch andere frühere Wanderungsstudien.[24]

[24] Eine Wanderungsmotivuntersuchung für den Landkreis Kronach aus dem Jahr 1997 ergab, dass hauptsächlich berufliche und damit arbeitsplatzbedingte Gründe für einen Wegzug verantwortlich waren (siehe

Verbindungen nach Oberfranken

Was nun die Frage nach den gegenwärtigen Verbindungen der Befragten zu ihrem ehemaligen Wohnort in Oberfranken betrifft, [25] so ist festzustellen, dass trotz des Wegzuges noch bei fast allen Befragten irgendeine Verbindung in irgendeiner Form zum ehemaligen Wohnort besteht. Es ist nicht erstaunlich, dass dieser Wert bei gebürtigen Oberfranken etwas höher ausfällt.

Abb. F2.17 Verbindungen nach Oberfranken (n=553)



Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

In einer weiteren Frage wurde erörtert, welcher Art und wie häufig diese Verbindungen mit dem ehemaligen Wohnort in Oberfranken stattfinden. Folgende Verbindungsarten konnten gewählt werden:

- Verwandte,
- Freunde, Bekannte,
- Beruf,
- Bildung (Schule, Universität, Einrichtungen zur beruflichen Fortbildung),
- Einkaufen und Versorgen (z.B. Arztbesuche, Friseur oder ähnliches) und

---

WSE Wirtschafts- und Strukturentwicklungsgesellschaft Landkreis Kronach mbH (1999): Die Bevölkerungsentwicklung des Landkreises Kronach in den 90er Jahren. Eine empirische Betrachtung aus der Sicht der Kreisentwicklung, Seite 11). Einen ähnlichen Schwerpunkt hinsichtlich Wichtigkeit von Wanderungsmotiven ergab eine von BETZ in den 80er Jahren durchgeführten Untersuchung (siehe Betz, Rolf (1988): Wanderungen in peripheren ländlichen Räumen. Voraussetzungen, Abläufe und Motive. Dargestellt am Beispiel dreier niedersächsischer Nahbereiche. In: Abhandlungen des Geographischen Instituts Anthropogeographie. Band 42. Berlin, Seite 98).

25 Dabei wurde nicht unterschieden, ob die Verbindung persönlich, per Telefon oder mittels Email etc. hergestellt wird.

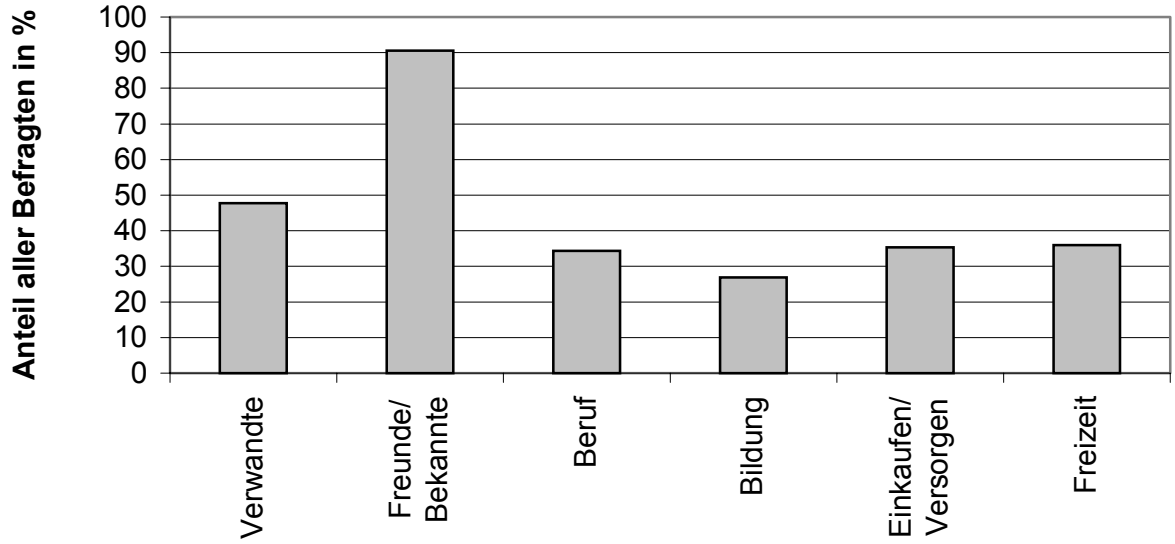
- Freizeit (Vereine, Kino, Museen, Schwimmbad oder ähnliches).

Es bleibt festzustellen, dass gebürtige Oberfranken jeweils die intensivsten Kontakte (v.a. verwandt- und freundschaftlicher Art und versorgungs- und freizeitorientiert) zu ihrem ehemaligen Wohnort pflegen als nicht-gebürtige. Der Kontakt zu Freunden und Bekannten ist die am häufigsten wahrgenommene Verbindung zum ehemaligen Wohnort.

Was den zeitlichen Horizont der oben erwähnten Verbindungen angeht, können folgende wichtige Ergebnisse festgestellt werden:

- Kontakte zu Verwandten finden überwiegend wöchentlich und monatlich statt;
- Kontakte zu Freunden und Bekannten finden überwiegend unregelmäßig, monatlich oder wöchentlich statt;
- Berufliche, bildungsbedingte, versorgungs- und freizeitorientierte Verbindungen zu Oberfranken kennzeichnen eine deutliche Unregelmäßigkeit in ihrer Häufigkeit. Je häufiger der Kontakt aufgenommen wird, umso geringer wird die Anzahl der Befragten.

Abb. F2.18 Art der Verbindung nach Oberfranken (n = 509)



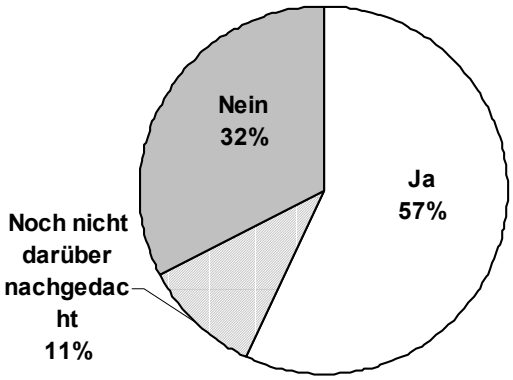
Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Einschätzung der möglichen Rückkehr nach Oberfranken

Für das Ziel die Abwanderung der Bevölkerung in Oberfranken zu stoppen und in einen Zuzug zu verwandeln ist es wichtig, auch bereits abgewanderte Bevölkerungsgruppen zu einer Rückkehr zu bewegen. Dabei ist eine hohe Bereitschaft bei den Befragten vorhanden, nach Oberfranken zurückzukehren, mit besonderem Schwerpunkt bei den gebürtigen Oberfran-

ken. Dies lässt sich auf die allgemein stärkere noch vorhandene Bindung zurückführen. Auch die Personen, die sich noch unschlüssig sind, können als mögliche Zielgruppe einer Rückholung in Betracht gezogen werden. Die Betrachtung der beiden Gruppen zeigt, dass über zwei Drittel der Befragten eine mehr oder weniger starke Bereitschaft auf nach Oberfranken zurückzukehren.

Abb. F2.19 Prinzipielle Rückkehrbereitschaft nach Oberfranken (n=521)

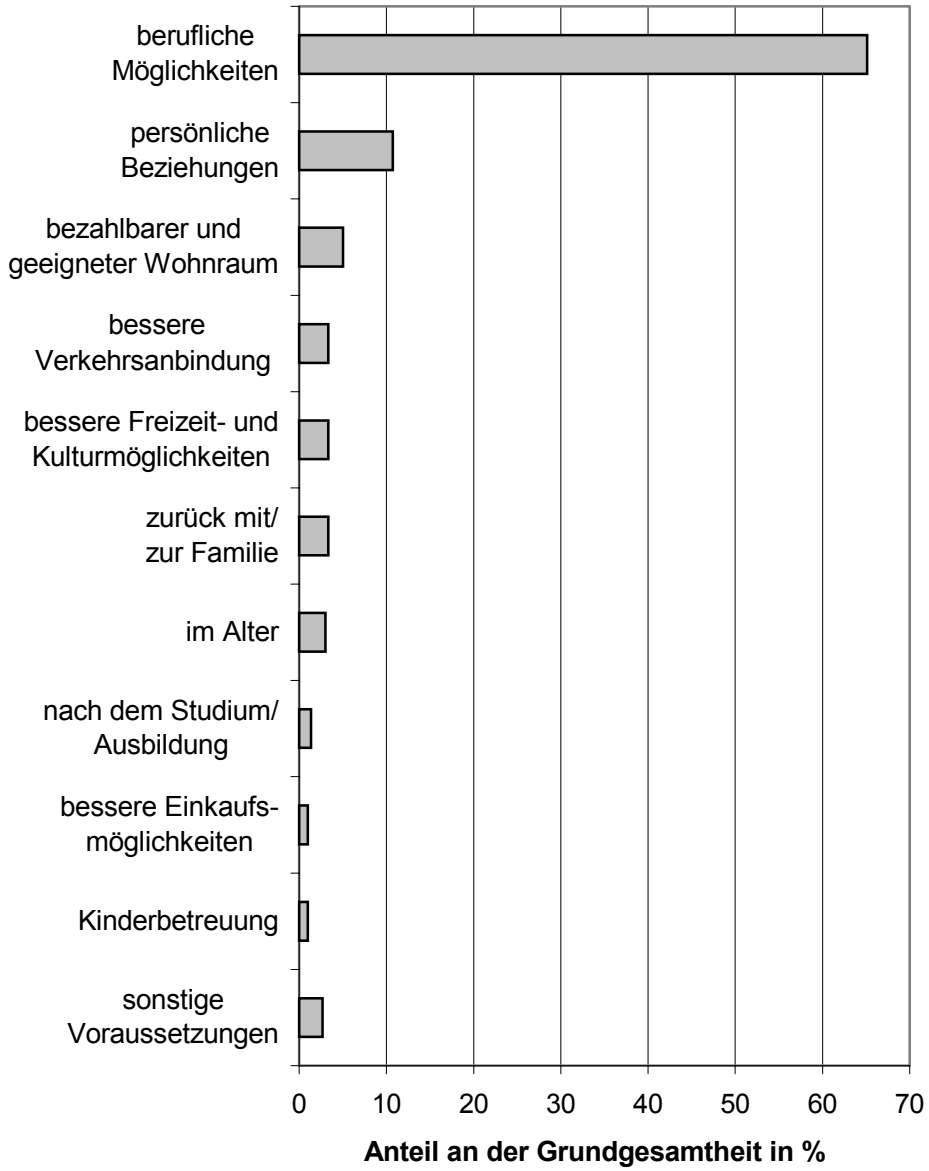


Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

In einem weiteren Schritt ist es notwendig, sich Kenntnisse darüber zu verschaffen, welche möglichen Anreize für eine Rückkehr gewünscht werden bzw. warum bestimmte Gruppen auf gar keinen Fall sich vorstellen können nach Oberfranken zurückzuziehen.

Bei der Erfassung der Voraussetzungen, die für eine Rückkehr nach Oberfranken gegeben sein müssten, dominieren berufs- bzw. arbeitsplatzbedingte Voraussetzungen. Hauptnennung war hier der Wunsch nach einer geeigneten Arbeitsstelle. Die Korrelation mit den meistgenannten Wegzugsgründen und der Beurteilung der beiden Wohnstandorte zeigt eine deutliche Dominanz dieses Themenfeldes bei Wanderungsvorgängen.

Abb. F2.20 Voraussetzungen für eine Rückkehrbereitschaft nach Oberfranken[26] (n=298)



Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Persönliche Beziehungen werden als weiterer Faktor für eine mögliche Rückkehr angesehen, das heißt beispielsweise wenn eine Trennung vom bisherige(n) Partner(in) erfolgt. Wichtige Faktoren sind ferner:

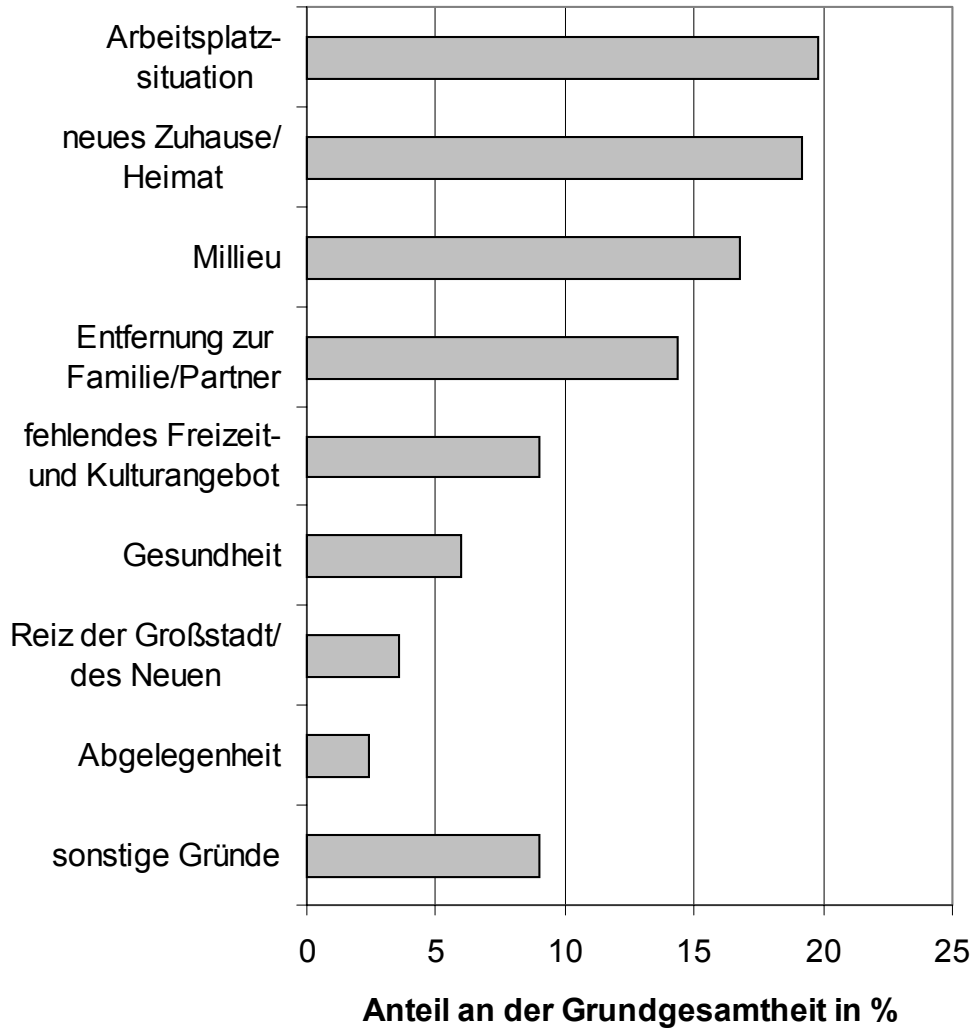
- Wunsch nach bezahlbarem und geeignetem Wohnraum,
- bessere Verkehrsanbindung Oberfrankens,
- besseren Freizeit- und Kulturmöglichkeiten und

[26] Die Grundgesamtheit bilden alle Personen, die auf die Frage nach der Rückkehrmöglichkeit mit „Ja“ geantwortet haben.

- mehr ganztägige Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Hinsichtlich der Hinderungsgründe – also warum sich die Befragten nicht vorstellen könnten nach Oberfranken zurückzukehren – ist eine gewisse Heterogenität festzustellen, was bedeutet, dass kein dominanter Hinderungsgrund ermittelt werden konnte. Als wichtigster Hinderungsgrund wurde die gegenwärtige Arbeitsplatzsituation genannt.

Abb. F2.21 Hinderungsgründe für eine mögliche Rückkehr nach Oberfranken[27] (n=167)



Quelle: Eigene Erhebungen, Kaiserslautern 2004
Entwurf: Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, Kaiserslautern 2004

Weiterhin gab eine Vielzahl der Befragten an, am neuen Wohnort eine neue Heimat gefunden zu haben. Gerade diese Bevölkerungsgruppe scheint besonders schwer für eine Rückkehr nach Oberfranken umzustimmen zu sein. Besonders deutlich wenig gebürtige Oberfranken scheinen heimisch am neuen Wohnort geworden zu sein, ein deutliches Indiz für eine weiterhin bestehende Verbundenheit zu ihrer früheren Heimat.

[27] Die Grundgesamtheit bilden alle Personen, die auf die Frage nach der Rückkehrmöglichkeit mit „Nein“ geantwortet haben.

Milieubedingte Faktoren in Oberfranken, wie Unfreundlichkeit der Bewohner in Oberfranken oder deren Mentalität, halten über 16% aller Befragten davon ab, wieder nach Oberfranken zurückzukehren. Weiterhin interessant für eine Veränderung der strikten Rückzugsweigerung ist der Bereich Freizeit- und Kultur, der immerhin noch von fast 10 % aller Befragten als deutlicher Hinderungsgrund genannt wurde. Dies korreliert ebenfalls zu den getätigten Äußerungen bei den Wegzugsmotiven und beim Vergleich der beiden Wohnorte.

Fazit

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass eine große Zahl der Befragten eine hohe emotionale Verbundenheit - sowohl in positiver, als auch in negativer Hinsicht - mit dem ehemaligen Wohnstandort in Oberfranken hat. Sie zeigt sich auch darin, dass trotz des Wegzuges noch bei fast allen Befragten Verbindungen, v.a. zu Freunden und Bekannten, nach Oberfranken bestehen. Bei gebürtigen Oberfranken spielen daneben auch Kontakte zu Verwandte bzw. freizeit- und versorgungsorientierte Kontakte zu Oberfranken eine wichtige Rolle. Weiterhin ergab die Befragung, dass die Kontakte nach Oberfranken überwiegend unregelmäßig stattfinden.

Der Großteil der Befragten, die im Jahr 2001 aus Oberfranken weggezogen sind, ist zwischen 20 und 35 Jahre alt. Wie die statistische Analyse wichtiger demographischer Variablen zeigte, hat der Regierungsbezirk Oberfranken im Jahr 2001 überwiegend aus dieser Altersgruppe an Bevölkerung verloren. Verläuft diese Entwicklung über längere Zeit, so wirkt sich dieser Umstand beschleunigend auf eine Überalterung der oberfränkischen Bevölkerung.

Besonders auffallend ist der hohe Bildungsstand der Weggezogenen. Über zwei Drittel der Befragten verfügen über Abitur bzw. eine höhere Bildung. Es kann in diesem Zusammenhang von einem verstärkten Abfluss des intellektuellen Kapitals aus Oberfranken („Brain Drain“) gesprochen werden.

Die Analyse der Befragung der Weggezogenen ergab weiterhin, dass überwiegend ledige Personen (52 %) den Regierungsbezirk Oberfranken verließen. Nichtsdestotrotz standen fast die Hälfte der Befragten in engeren partnerschaftlichen Beziehungen („verheiratet“; „in Lebensgemeinschaft“). Unter Berücksichtigung der Altersstruktur der Befragten zeigt sich, dass es sich um (potentielle) Familien handelt - ein Aspekt, der im Sinne einer demographischen Erneuerung der oberfränkischen Bevölkerung ein wichtiger Sachverhalt ist. In diesem Zusammenhang ebenso negativ wirkt sich die Tatsache aus, dass fast 17 % der Befragten ihren Umzug mit Kindern vollzogen.

Der Wegzug aus Oberfranken war überwiegend beruflich motiviert („neue Arbeitsstelle / Wechsel des Arbeitsplatzes“), wobei der Wechsel des Arbeitsplatzes dabei die Hauptrolle spielte. Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei um das primäre Umzugsmotiv han-

delt. Fehlende berufliche Aufstiegsmöglichkeiten und der Wunsch nach besseren Verdienstmöglichkeiten sind weitere wichtige Motive für einen Wegzug aus Oberfranken. Daraufhin deutet auch die bessere Bewertung des Arbeitsplatzangebots bzw. dessen Vielfalt am neuen Wohnort gegenüber dem alten Wohnort in Oberfranken.

Die Befragung hat zudem gezeigt, dass für eine Vielzahl von Personen mangelnde Freizeit- und Kulturangebote in Oberfranken ein wichtiger Wegzugsgrund war. Dieser Sachverhalt verwundert insofern, da für Oberfranken allgemein ein hoher Kultur- und Freizeitwert angenommen wird.

Das Thema „Erreichbarkeit“, v.a. der Wunsch nach Nähe zu großen Städten und damit verbunden nach urbanen Lebensformen, sowie die schlechte Verkehrserschließung war für eine Vielzahl der Befragten ebenfalls ein wichtiger Faktor Oberfranken zu verlassen. Untermauert wird die Wichtigkeit der Erreichbarkeit Oberfrankens, dass die Befragten den neuen Wohnort hinsichtlich der Verkehrserschließung am besten gegenüber Oberfranken beurteilten.

Die Geburt eines Kindes bzw. das Zusammenziehen mit dem Partner / der Partnerin oder ähnliches war ebenfalls ein wichtiger Grund Oberfranken zu verlassen. Auch bei freien Nennungen spielten private Gründe eine wichtige Rolle.

Erstaunlicherweise hatte eine Vielzahl der Befragten Probleme mit der Mentalität der Oberfranken, wobei keine signifikante Abweichung bei gebürtigen Oberfranken zu beobachten ist. Im Vergleich der beiden Wohnorte schnitt diesbezüglich der neue Wohnort deutlich besser ab als der ehemalige Wohnort in Oberfranken.

Im Verhältnis zu allen Befragten spielte das Thema „Kinderbetreuung“ eine eher untergeordnete Rolle. Die Wegzugsgründe der Personen, die mit Kindern weggezogen sind, ergibt allerdings ein völlig anderes Bild. Mängel in der Kinderbetreuung war für einige ein wichtiger Wegzugsgrund.

Es bleibt weiterhin festzustellen, dass der Großteil der Abgewanderten seinen Wohnsitz innerhalb Bayerns mit deutlicher Konzentration um den Regierungsbezirk Oberfranken und in Richtung bayerischer Verdichtungsräume verlagerte (v.a. in den Verdichtungsraum Nürnberg). Bei den gebürtigen Oberfranken ist dabei eindeutig eine stärkere Präferenz für eine relative Nähe zu Oberfranken festzustellen.

Der überwiegende Teil der Befragten - besonders gebürtige Oberfranken - hat sich an seinem Wohnort in Oberfranken wohlgefühlt. Was die Gründe dafür betrifft, ist ein deutlicher Unterschied zwischen gebürtigen und nicht-gebürtigen Oberfranken festzustellen. Allgemein kann festgestellt werden, dass gefühlsmäßige Komponenten für das Wohlbefinden am alten Wohnort in Oberfranken eine bedeutende Rolle gespielt haben. Auffallend ist die hohe Bedeutung des (schwer messbaren) Begriffs „Schönheit“, etwa der oberfränkischen Städte und

Natur. Darüber hinaus waren menschliche Beziehungen – besonders bei gebürtigen Oberfranken - ein wichtiger Faktor für ein Wohlfühlen am alten Wohnort in Oberfranken. Darüber hinaus spielte bei gebürtigen Oberfranken das Gefühl von Heimat eine wichtige Rolle.

Nicht wohlgefühlt haben sich die Befragten, aufgrund des (fehlenden bzw. mangelhaften) Freizeit- und Kulturangebots und wegen der Mentalität der Bevölkerung Oberfrankens. Weiterhin wichtige Gründe für ein Nicht-Wohlfühlen waren die periphere und ländliche geprägte Lage und die schlechte Arbeitsmarktsituation bzw. Wirtschaftslage Oberfrankens, wobei letztere besonders von gebürtigen Oberfranken bemängelt wurde.

Seine Stärken hat der aktuelle Wohnstandort im Vergleich zum alten Wohnort in Oberfranken in der Verkehrsanbindung, im Arbeitsplatzangebot und deren Vielfalt, im kulturellen Bereich und bei Versorgungsmöglichkeiten. Dies deckt sich mit den in der Befragung aufgezeigten Hauptmotive für einen Wegzug und sind daher als Hauptschwächen des Regierungsbezirkes Oberfranken aufzufassen, für deren Verbesserung sich so bald als möglich eingesetzt werden muss, will man weitere Abwanderungen verhindern.

Als Positivfaktoren des alten Wohnortes in Oberfranken konnten hingegen die Umweltqualität, Sauberkeit und Sicherheit sowie die oberfränkische Landschaft ausgemacht werden. Diese weichen Standortfaktoren und Gunstfaktoren gegenüber anderen Räumen gilt es in Zukunft zu erhalten und intensiv, sowohl innerhalb als auch außerhalb Oberfrankens, zu vermarkten.

Die Ergebnisse der Befragung der Weggezogenen zeigen zudem, dass bei den Befragten allgemein eine hohe Bereitschaft vorhanden ist nach Oberfranken zurückzukehren, mit Schwerpunkt bei den gebürtigen Oberfranken. Auch die Personen, die sich noch unschlüssig sind, können als mögliche Zielgruppe einer Rückholung in Betracht gezogen werden. Beide Gruppen zusammen betrachtet, zeigt sich, dass über zwei Drittel der Befragten eine mehr oder weniger starke Bereitschaft aufweisen, nach Oberfranken zurückzukehren. Was die Umzugshäufigkeit der Befragten in den letzten zehn Jahren betrifft, kann zweifelsohne eine gewisse Mobilitätsbereitschaft festgestellt werden, d.h. einer nochmalige Wohnsitzverlagerung dürfte bei den Befragten prinzipiell offen gegenübergestanden werden. Hemm- bzw. Gunstfaktoren für einen Rückzug sind arbeitsplatzorientiert. Als Hauptanreiz wurde überwiegend der Wunsch nach einer geeigneten Arbeitsstelle, als wichtigster Hinderungsgrund die gegenwärtige Arbeitsplatzsituation in Oberfranken geäußert. Besonders letztgenannter Grund wurde deutlich häufiger von gebürtigen Oberfranken genannt. Die möglichen Anreize für eine Rückkehr werden somit deutlich durch die beruflichen Möglichkeiten dominiert, die es zu verbessern gilt. Weiterhin gaben etwa ein Fünftel der Befragten an, am neuen Wohnort eine neue Heimat gefunden zu haben. Gerade diese Bevölkerungsgruppe scheint besonders schwer für eine Rückkehr nach Oberfranken umzustimmen zu sein. Besonders deutlich we-

nig gebürtige Oberfranken scheinen heimisch am neuen Wohnort geworden zu sein, ein deutliches Indiz für eine weiterhin bestehende Verbundenheit zu ihrer früheren Heimat.

Abschließend bleibt festzustellen, dass die Arbeitsmarktsituation in Oberfranken der wichtigste Grund für einen Wegzug v.a. junger und gut ausgebildeter Bevölkerungsgruppen aus Oberfranken war. Nichtsdestotrotz spielen aber andere Faktoren, sowohl weiche als auch harte, für einen Wegzug eine gewisse Rolle. Sie erwecken das eine oder andere mal den Eindruck des „Züngleins an der Waage“. Die für eine derartige Untersuchung recht hohe Rücklaufquote sowie die häufig relative Nähe des neuen Wohnortes zu Oberfranken und die explizit erklärte hohe Bereitschaft zu einer Rückkehr nach Oberfranken, besonders der gebürtigen Oberfranken, lassen auf eine günstige Ausgangssituation für eine mögliche Rückkehr nach Oberfranken schließen, allerdings nur, wenn bestimmte Voraussetzungen, v.a. die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation, in Zukunft erfüllt werden.

F 2.32 Einschätzung der Situation in den Bereichen Bevölkerung und Arbeitsmarkt durch ausgewählte oberfränkische Unternehmen

Neben den Befragungen von abgewanderten Personen bzw. Haushalten ist es ebenfalls von großer Bedeutung, eine Einschätzung zur allgemeinen Unternehmens- und Arbeitsmarktsituation oberfränkischer Firmen, im besonderen unter demographischen Gesichtspunkten, zu erfassen. Hierzu wurden ebenfalls schriftliche Befragungen der Geschäftsleitungen der 50 größten oberfränkischen Unternehmen durchgeführt, deren Ergebnisse sich wie folgt darstellen.

Die Befragung der Unternehmen nach der aktuellen Arbeitsmarktsituation in Oberfranken stieß bei den Unternehmen auf geteiltes Interesse. Dieser Umstand wird durch die relativ geringe Rücklaufquote von 44% deutlich. Die Befragung der oberfränkischen Großunternehmen (zirka 50% mit Stammsitz in Oberfranken) hat gezeigt, dass die letzten 12 Jahre hinsichtlich Arbeitsmarktentwicklung zweigeteilt verliefen. Auf der einen Seite erfolgten bei fast der Hälfte der Unternehmen in den letzten zwölf Jahren zum Teil beträchtliche Beschäftigungszuwächse (durchschnittlich um 40%). Beim Rest hingegen (57%) blieb die Beschäftigtenzahl gleich bzw. sie verringerte sich. Zukünftig wird allgemein überwiegend von einer Stagnation der Mitarbeiterzahlen mit eher abwärts gerichteter Komponente ausgegangen.

Die Mitarbeiterstruktur der befragten Unternehmen lässt sich folgendermaßen charakterisieren:

- Überwiegend Vollbeschäftigte,
- Sehr geringer Anteil an Mitarbeitern mit Hochschulabschluss,
- Hoher Anteil an Mitarbeiter ohne abgeschlossene Berufsausbildung und
- moderate Einpendlerquote nach Oberfranken.

Obwohl in den vergangenen Jahren nur in wenigen Unternehmen eine größere Zahl an Arbeitsplätzen neu geschaffen wurde, hat über ein Drittel der befragten Unternehmen Schwierigkeiten, Stellen mit adäquaten Arbeitnehmern zu besetzen. Dieser Prozentsatz verdoppelt sich nahezu bei der Suche nach höher qualifizierten Arbeitskräften. Hauptverursacher ist der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in der Region und die sich durch bestimmte Standortnachteile (z.B. im Vergleich zu Verdichtungsräumen) ergebende fehlende Bereitschaft auswärtiger Arbeitnehmer, einen Arbeitsplatz in Oberfranken anzutreten. Vor Ort gibt es nicht genügend geeignete Bewerber, und Auswärtige wollen aufgrund der oben erwähnten Standortnachteile Oberfrankens gegenüber anderen Regionen nicht in Oberfranken arbeiten. Überwiegende Rekrutierungswege sind daher Zeitungsannoncen, v.a. mit überregionaler Bedeutung, und Kontakte zu Schulen und Universitäten, sowie über das Arbeitsamt. Gerade bei der Suche nach höher qualifizierten Arbeitskräften nehmen die Unternehmen überwiegend die Unterstützung von „Dritten“ in Anspruch. Das Arbeitsamt und professionelle Personalberatungsfirmen (auch Head Hunter) sowie Verbände und Kammern übernehmen dabei eine wichtige Funktion. Eine Linderung des Fachkräftemangels wird auch nicht durch die bevorstehende EU-Osterweiterung gesehen. Deren Entwicklung wird eher neutral eingeschätzt.

Die Fluktuation von Mitarbeitern ist nach Angaben der befragten Unternehmen bisher noch zu vernachlässigen, könnte aber dennoch zukünftig Schwierigkeiten für die Unternehmen verursachen. Gleichwohl verfügen ein Großteil der befragten Unternehmen über Kenntnisse, wohin ihre Mitarbeiter wechseln, d.h. auf Unternehmerseite besteht ein gewisses Interesse hinsichtlich des Verbleibs, um ev. zu einem späteren Zeitpunkt wieder Kontakt zu ehemaligen Mitarbeitern aufnehmen zu können. Die Hälfte der Mitarbeiter wechselt in Unternehmen außerhalb Oberfrankens, mit deutlicher Dominanz übriger bayerischer Räume. Die Befragung hat gezeigt, dass Unternehmen überwiegend mit finanziellen Anreizen (z.B. Beiträge zur Altersversorgung, höhere Löhne und Gehälter, Urlaubs- und Weihnachtsgeld) versuchen einen Arbeitsplatzwechsel ihrer Mitarbeiter zu verhindern. Aber auch flexible Arbeitszeiten, die Gewährung und Finanzierung von Fortbildungsmaßnahmen sowie die Schaffung von Freizeitmöglichkeiten versuchen Abwanderungsbestrebungen zu verhindern.

Fast alle befragten Unternehmen stellen Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung (hauptsächlich Schulungen) zur Verfügung. Ein Großteil davon bietet verschiedene Arbeitszeitmodelle an, wobei darunter überwiegend Teilzeit und Gleitzeit, sowie flexible Arbeitszeiten, wie bspw. Altersteilzeit und Arbeitszeitkonten verstanden werden. Die Wichtigkeit verschiedener Zeitmodelle – gerade im Hinblick auf Frauen und Beschäftigung allein erziehender Elternteile - wird von den Unternehmen erkannt. Die Hälfte der Unternehmen gab in diesem Zusammenhang an im Sinne einer Familien- und Frauenfreundlichkeit besondere Arbeitszeitregelungen und besondere Betreuungsmaßnahmen für Frauen (z.B. Frauenbeauftragte, Frauen-

netzwerke) anzubieten. Immerhin einige der befragten Unternehmen widmen sich in irgendeiner Form dem Thema Kinderbetreuung.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Unternehmen die derzeitigen und zukünftigen Probleme bisher relativ gut erfasst haben. Sie haben erkannt, dass bei der Suche und Beschäftigung ihrer Arbeitskräfte zusätzliche Maßnahmen notwendig sind, um mit anderen Unternehmen konkurrieren zu können. Tatsächlich umgesetzt sind viele dieser Modelle jedoch noch nicht, sondern befinden sich in der Anfangsphase. Als zentrales Problem stellt sich den Unternehmen aber auch weiterhin die schwierige regionale Situation in Oberfranken dar, die vor allem durch Mangel qualifizierter Arbeitskräfte und allgemeine strukturelle arbeitsmarktpolitische Entwicklungen gekennzeichnet ist.

F 2.33 Einschätzung der Situation in den Bereichen Bevölkerung und Arbeitsmarkt durch kommunale und regionale Entscheidungsträger in Oberfranken

Die Auswertung der Befragung der Bürgermeister und Landräte macht deutlich erkennbar, welche Themenfelder sowohl für die Bevölkerungsentwicklung als auch für die Regionalentwicklung allgemein als wichtig eingestuft werden. Dabei müssen die Aussagen von bevölkerungsmäßig großen und kleinen Landkreisen unterschieden werden. Die kleineren Landkreise messen insbesondere dem Bereich „Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ eine große Bedeutung bei. Diese Landkreise versuchen hauptsächlich bei der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und somit der Ansiedlung von Unternehmen tätig zu werden.

Die bevölkerungsstarken Städte und Landkreise, insbesondere in der Nähe zum Raum Nürnberg-Fürth-Erlangen, setzen eher auf weiche Faktoren, sowie auf Imagekampagnen, Regionalmarketing und Öffentlichkeitsarbeit.

Auf den Raum Oberfranken bezogen bedeutet dies, dass insbesondere die Teilräume in der Nähe zum Großraum Nürnberg von diesem, was die Bevölkerung betrifft, profitieren. Darüber hinaus sind die gute verkehrliche Anbindung sowie der Bekanntheitsgrad dieser größeren Städte und Landkreise als positiv für die dortige Entwicklung zu bewerten. Dennoch werden auch in diesen Landkreisen Aktivitäten bezüglich der Wirtschaftsförderung (als Oberbegriff für die Ansiedlung von Unternehmen und die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen) verfolgt.

Es scheint als seien die südlich gelegenen Städte und Landkreise in ihrer Regionalentwicklung dem übrigen oberfränkischen Landkreisen schon in einem Schritt voraus. Sie betrachten nicht nur die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt als Motor der Entwicklung (wie dies derzeit noch die kleineren Städte und Gemeinden tun) sondern setzten auf die Außenwirkung der erzielten Erfolge, gerade in den Feldern „Wirtschaft“ und „Arbeitsmarkt“, aber auch auf die Wirkung der weichen Faktoren.

Darüber hinaus muss zwischen städtischen und ländlich-peripheren Regionen unterschieden werden. Während es die südlichen Landkreise leichter hatten den Strukturwandel zu bewältigen und verstärkt auf den tertiären Sektor setzten, befinden sich die nordöstlichen Landkreise Oberfrankens noch mitten im Strukturwandel. Diese Landkreise waren in der Vergangenheit von Monostrukturen geprägt und gerade diese sind negativ vom Wandel beeinflusst worden. Noch heute versuchen die Landkreise die von den altindustriellen Betrieben freigesetzten Arbeitskräfte wieder in Beschäftigung zu bringen. Das Qualifikationsniveau dieser Personen entspricht jedoch den vom tertiären Sektor nachgefragten Profilen kaum. Erst wenn der Strukturwandel vollzogen ist, wird es wohl möglich sein Unternehmen, Arbeitskräfte und damit auch neue Bevölkerungsgruppen nach Oberfranken zu holen.

Verständlich ist es deshalb einerseits, dass diese Landkreise ihre Energien derzeit (noch) nicht in die Vermarktung der weichen Faktoren stecken, sondern vielmehr versuchen die alten harten Strukturen zu modernisieren. Parallel dazu notwendig wäre eine Intensivierung des nach innen gerichteten Image-Marketing, um die bei der ansässigen Bevölkerung eine positive Haltung im Hinblick auf Zukunftsfähigkeit der Region zu stärken.

Interessanterweise spielt das Themenfeld „Bevölkerungsentwicklung“ gerade in den Regionen, in denen die Dringlichkeit der Lage dies erfordern würde, wenn überhaupt eine Nebenrolle. Die Befragung hat auch gezeigt, dass gerade Räume mit einer günstigen Bevölkerungsentwicklung sich verstärkt diesem Thema zu widmen sein scheinen. Bei einigen kommunalen Vertretern musste eine gewisse Fehleinschätzung der allgemeinen demographischen Situation in ihrem Zuständigkeitsbereich festgestellt werden. Das Fehlen von Arbeitsplätzen bzw. fehlende berufliche Aussichten und das damit in Zusammenhang gebrachte schlechte Image einer Region sind nach Meinung der befragten regionalen und kommunalen Entscheidungsträgern die Hauptursachen für das Abwandern der Bevölkerung aus den jeweiligen Landkreisen. Imageprägend sei in diesem Zusammenhang auch die lokale und regionale Presse mit ihren negativen Äußerungen. Diese Aussage deckt sich mit den Ergebnissen der Befragung der Abgewanderten, die mehrheitlich angaben aus arbeitsplatzbedingten Gründen Oberfranken verlassen zu haben. Das Resultat dieser Erkenntnis ist, dass den Betroffenen häufig allein wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen geeignet erscheinen, um die Abwanderung der Bevölkerung zu stoppen.

F 2.34 Fazit

Die empirischen Erhebungen verschiedener Gruppen zeigen, dass das Problem der Mentalitäten und der gefühlten Zukunftsunfähigkeit der Region seitens ihrer Bewohner ein erhebliches Hemmnis für die aktive Entwicklung der Region darstellt. Zunächst gilt es deshalb bestehende Initiativen zu stärken und neu zu schaffen, deren Aufgabe es ist, verstärkt Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, die eigene Bevölkerung zu informieren und für die Problemlage und

deren Lösungsmöglichkeiten zu sensibilisieren. Was bislang fehlt ist ein „Wir-Gefühl“, also der Zusammenhalt seitens der Bevölkerung sowie die Identität der Bürger mit ihrer Heimat.

Eine weitere Hürde die es zu meistern gilt, ist die Bewältigung des Strukturwandels und der EU-Erweiterung. Besonders der Strukturwandel in der Region ist Ursache der arbeitsmarktstrukturellen Situation und damit auch der Abwanderung. Nur durch gemeinsames zukunftsorientiertes Handeln aller Akteure kann diese Situation überwunden werden. Daneben ist aber auch ein Denken und Handeln in längeren Zeiträumen erforderlich, da der Strukturwandel eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird, um bestehende alte Strukturen zu beseitigen und neue innovative Formen die Zukunft der Region bestimmen.

F 2.4 Handlungsansätze zur Steuerung der Entwicklung der Bevölkerung in Oberfranken

F 2.41 Zielgruppen und Handlungsfelder

Im Rahmen eines Handlungskonzepts ist es zunächst wichtig, jene Zielgruppen zu bestimmen, die für die Steuerung der Bevölkerungsentwicklung wichtig sind:

Gemäß der Zielsetzung dieser Arbeit geht es dabei vor allem um die Beantwortung folgender Fragen:

- Auf welche Weise kann die Abwanderung, insbesondere junger, gut ausgebildeter Bevölkerungsgruppen verringert und / oder verhindert werden?
- Auf welche Weise kann es gelingen, neue Bevölkerungsgruppen in Gestalt von Zuwanderung zu gewinnen?

Notwendig erscheint es, folgende Gruppen anzusprechen:

- Bevölkerungsgruppen, für die im Regierungsbezirk bzw. in Teilen davon ein gewisser Mangel besteht.
- Bevölkerungsgruppen, für deren Ansiedlung sich der Regierungsbezirk eine gewisse Kompetenz erwerben möchte.

Bevölkerungsgruppen, für die im Regierungsbezirk bzw. in Teilen davon ein gewisser Mangel besteht

Zu dieser Bevölkerungsgruppe gehören überwiegend junge Bevölkerungsgruppen. Die statistische Auswertung demographischer Kenngrößen hat in oberfränkischen Kommunen zum Teil beträchtliche Wanderungsverluste junger Bevölkerungsgruppen ergeben (im Regierungsbezirk Oberfranken war im Jahr 2001 ein absoluter Verlust von 505 Personen im Alter zwischen 18 und unter 30 Jahren zu verzeichnen)

Die im Rahmen der Arbeit durchgeführten Befragungen (Unternehmen, kommunale Vertreter und regionale Experten) ergaben, dass einige Arbeitsplätze in Unternehmen wegen Fachkräftemangels aufgrund regionaler Engpässe und einer gewissen mangelnde Attraktivität Oberfrankens für auswärtige Bevölkerungsgruppen nicht besetzt werden können. Es gilt daher in diesem Zusammenhang regionale Engpässe am Angebot von Fachkräften abzubauen und Oberfranken gerade für Fachkräfte (wieder) attraktiv zu machen. Die angesprochene fehlende Attraktivität Oberfrankens kann auch von einem Kommunikationsproblem bzw. Informationsdefizit resultieren.

Die Befragung der Weggezogenen hat ferner gezeigt, dass im Jahr 2001 immerhin 17% aller Befragten mit mindestens einem Kind den Regierungsbezirk Oberfranken verlassen haben. Heutige Kinder sind die Erwerbsbevölkerung von morgen. Unter der Annahme, dass sich das Fertilitätsverhalten in Oberfranken nicht grundlegend von dem in Bayern unterscheidet und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass im Jahr 2001 der Anteil der unter 15-Jährigen sich in einigen Kommunen Oberfrankens deutlich unter dem bayerischen Durchschnitt befand, so lässt dies nur auf einen (zukünftigen) Mangel an Familien mit Kindern im Regierungsbezirk Oberfranken schließen.

Bevölkerungsgruppen, für deren Ansiedlung sich der Regierungsbezirk eine gewisse Kompetenz erwerben möchte

Zwei Bevölkerungsgruppen scheinen hierfür besonders in Frage zu kommen. Zum einen Familien und zum anderen Senioren.

Familien anzusprechen ist insofern wichtig, da diese mit ihren Kindern allgemein zu einer Verjüngung der Bevölkerung beitragen und zum anderen die nachwachsende Generation einer Region sicher stellen. Es sei an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich an die zwischen Regionen zunehmende Konkurrenz um junge Menschen in Zukunft erinnert, die sich aufgrund der deutschlandweiten Überalterung der Erwerbsbevölkerung ergibt.

Weiterhin eine interessante Bevölkerungsgruppe für Oberfranken könnten Senioren sein. Angesprochen werden könnten junge Senioren mit hohem Bildungs- und Einkommensniveaus und hoher Mobilität. In ein paar Jahren handelt es sich dabei überwiegend um die Erbengeneration der Nachkriegsjahre. Von der Werbung für Produkte und Dienstleistungen schon längst als ökonomisch wertvolle Zielgruppe erkannt, werden sie in Zukunft, aufgrund der unausweichlichen Überalterung, eine zahlenmäßig besonders starke Gruppe in Deutschland darstellen. Oberfranken könnte sich für diese Gruppe eine gewisse Kompetenz aufbauen, um für die Gruppe der jungen Senioren attraktiv zu werden.

Wie eingangs gezeigt, gewinnen bereits einige oberfränkische Kommunen seit einigen Jahren anteilsmäßig an älteren Bevölkerungsgruppen (über 50-Jährige) durch Wanderungsge-

winne. Einige Regionen Oberfrankens erfreuen sich bereits also heute bei älteren Bevölkerungsgruppen einer gewissen Beliebtheit. Diese Entwicklung sollte weiter gefördert werden. Ferner sollte auch das Vorurteil ausgeräumt werden, dass alte Menschen immer einen Rückschritt bzw. Stillstand für Unternehmen bzw. Regionen bedeuten. Auch im Sinne einer kreativen Regionalentwicklung und im Bereich des ehrenamtlichen Engagements stellen Senioren eine wichtige Gruppe, aufgrund ihres reichen Erfahrungsschatzes, ihrer Lebenserfahrung sowie ihrer ideellen Einstellung, dar. Im Soge einer steigenden Attraktivität für ältere Bevölkerungsgruppen würde Oberfranken auch eine Attraktivitätssteigerung für Unternehmen im Güter- und Dienstleistungsmarkt dieser Zielgruppe erfahren. Betriebsansiedelungen, etwa im Bereich seniorenspezifischer Dienstleistungen, könnten daher ein Nebeneffekt sein.

Potentielle Rückkehrer

Junge Bevölkerungsgruppen, Fachkräfte, Familien und Senioren durchdringen die oben erwähnten Zielgruppen dieses Handlungskonzept, d.h. sie eignen sich – gemäß der Zielsetzung dieser Arbeit - sowohl als potentielle Rückwanderer, als potentielle Neuzuzügler bzw. als potentielle Abwanderer, welche in Oberfranken besonders gehalten werden sollen. Nachfolgend erfahren diese eine eingehendere Betrachtung.

Bei dieser Zielgruppe handelt es sich um Personen, die den Regierungsbezirk Oberfranken in der Vergangenheit bereits verlassen haben bzw. ihn in Zukunft verlassen werden. Die Untersuchung ergab Eignungskriterien für Bevölkerungsgruppen, die sich besonders für eine Rückkehr nach Oberfranken eignen:

Grundsätzlich eignen sich dafür Personen, die sich an ihrem Wohnort in Oberfranken wohl gefühlt haben. Dies waren immerhin fast 80 % der Befragten Personen, die im Jahr 2001 den Regierungsbezirk Oberfranken verlassen haben. Es haben sich besonders die Personen an ihrem alten Wohnort in Oberfranken wohl gefühlt, die in Oberfranken geboren wurden. Es sind gerade die gebürtigen Oberfranken, für die bei einem Großteil eine gewisse Heimatverbundenheit bzw. Verwurzelung und damit auch eine besondere Rückkehrwilligkeit angenommen werden kann.

Als besonders geeignet für eine potentielle Rückkehr nach Oberfranken erweisen sich ferner Bevölkerungsgruppen, welche ihren neuen Wohnsitz in relativer Nähe zu Oberfranken gefunden haben, da die Wahrnehmung positiver Effekte bzw. Informationen über Oberfranken - ein hoher finanzieller Aufwand einmal ausgeschlossen – mit zunehmender Entfernung von Oberfranken abnimmt. Zudem kann bei dieser Bevölkerungsgruppe noch eine gewisse Verflechtung (Familie, Versorgung, Freizeit etc.) nach Oberfranken angenommen werden. Die Untersuchung der abgewanderten Bevölkerung hat gezeigt, dass sich der Großteil in relativer Nähe zu Oberfranken, v.a. in Bayern und dort im mittelfränkischen Verdichtungsraum bzw. in an Oberfranken angrenzende Landkreise niedergelassen hat.

Im allgemeinen gehören zu potentiellen Rückkehrern auch all die Personen, welche noch gewisse Verbindungen zu Oberfranken aufrecht erhalten haben, sei es durch verwandtschaftliche, freundschaftliche, versorgungs-, freizeit- oder bildungsorientierte Verbindungen. Bei dieser Bevölkerungsgruppe findet noch ein gewisser Informationsaustausch mit Oberfranken statt, d.h. diese können auch noch in irgendeiner Form mit Informationen erreicht werden.

Nicht zuletzt kann zu der Gruppe der potentiellen Rückkehrer auch die Bevölkerungsgruppe dazu gezählt werden, welche gezwungenermaßen Oberfranken verlassen haben. Hierzu zählen diejenigen, die keinen geeigneten Arbeitsplatz in Oberfranken finden konnten, beispielsweise Absolventen oberfränkischer Hochschulen. Dazu werden auch Personen gezählt, die versetzt wurden, v.a. im öffentlichen Dienst. Eine gewisse Unfreiwilligkeit bei der Umzugsentscheidung wird auch all denen unterstellt, die sich in Oberfranken wohl gefühlt haben und dennoch fortgezogen sind.

Die Befragung der Weggezogenen hat insgesamt eine relativ hohe Bereitschaft für eine mögliche Rückkehr nach Oberfranken gezeigt. Unter Berücksichtigung jener Personen, die in ihrer Entscheidung noch unschlüssig waren, können über zwei Drittel der Befragten als potentielle Rückkehrer betrachtet werden. Regionale und kommunale Experten beobachten ferner teilweise ein Rückkehren von ehemals Abgewanderten in der Altersklasse ab 40 Jahren, die insbesondere aufgrund der hohen Lebensqualität (weiche Standortfaktoren Oberfrankens) nach Oberfranken zurückkehren.

Es stellt sich nun die Frage, wie diese Personengruppen zu einer Rückkehr bewegt werden können. Eine Antwort darauf gibt die Analyse der verschiedenen Befragungen. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang sind die gewünschten Voraussetzungen, die von den Befragten für eine mögliche Rückkehr nach Oberfranken gewünscht werden. Mit Abstand an erster Stelle wurden von den Befragten „berufliche Möglichkeiten“ genannt, worunter v.a. das Vorhandensein einer geeigneter Arbeitsstelle gemeint war. Besonders angetan waren die Abgewanderten von der Wohlfühlregion Oberfrankens, also von der Schönheit der oberfränkischen Landschaft, der Städte und Natur und der Umweltqualität. Diese Faktoren gilt es daher in Zukunft zu erhalten und ggf. weiter auszubauen, um bei den Rückkehrwilligen ein altes Gefühl des Wohlfühlens zu erzeugen und diese bei einer Rückkehr dauerhaft zu halten.

Potentielle Abwanderer

Eine Stabilisierung der Bevölkerung kann auch durch eine Verringerung der Abwanderungsströme gelingen, d.h. es gilt Bedingungen in Oberfranken zu schaffen, welche Personen nicht dazu veranlassen Oberfranken zu verlassen. Es gilt daher die Gründe, welche in der Vergangenheit zu einer Abwanderung führten aufzuheben bzw. abzuschwächen und Gunstfaktoren, welche für einen Verbleib in Oberfranken sprechen, hervorzuheben und zu stärken.

Unangefochten an erster Stelle steht auch hier die Schaffung bzw. der Erhalt von Arbeitsplätzen, da es auch aufgrund häufiger Betriebsschließungen zu Abwanderungsströmen in prosperierende Regionen kam.

Erstaunlicherweise war fast die Hälfte der Befragten unzufrieden mit der Situation der Freizeit- und Kulturangebote. Dies lässt sich nur durch unterschiedliche Ansprüche oder durch fehlende Kenntnis über bereits vorhandene Möglichkeiten erklären, da Oberfranken gemeinhin ein hoher Freizeit-, Erholungs- und Kulturwert zugesprochen wird. Die Kommunikation und Information darüber innerhalb Oberfrankens spielt diesbezüglich deshalb eine wichtige Rolle.

Für über ein Viertel der Befragten waren Gründe der Aus- und Fortbildung für einen Wegzug aus Oberfranken verantwortlich. Bei Studenten kann dies auf den Mangel an naturwissenschaftlichen Studienmöglichkeiten in Oberfranken (z.B. Medizin) zurückgeführt werden. Bei Auszubildenden dürfte dafür der partielle Nachfrageüberhang nach bestimmten Ausbildungsberufen verantwortlich sein. Dieser wird durch die von oberfränkischen Betrieben angesprochene zukünftige Stagnation der Ausbildungsplätze noch verschärft. Auch im Bereich Fortbildung gilt es bestehende Defizite auszuräumen. Wie im Gespräch mit Vertretern oberfränkischer Hochschuleinrichtungen deutlich wurde, wird derzeit intensiv daran gearbeitet dieses Standbein auf- bzw. weiter auszubauen.

In einer ähnlichen Größenordnung zeichneten sich auch Mängel in der Verkehrsinfrastruktur für einen Wegzug aus Oberfranken verantwortlich. Gerade Teile Nordost-Oberfrankens haben Verbesserungsbedarfe im Hinblick auf eine schnelle Erreichbarkeit. Fast ein Fünftel der Befragten gab an, dass ihnen die Entfernung zum Arbeitsplatz zu weit wurde (vormals Pendler). Von Bedeutung erscheint dabei, dass weniger Distanzen eine Rolle spielen, als vielmehr die dafür aufzuwendende Zeit. Verbesserungen der Straßen, der Schiene und des Luftverkehrs sind deshalb – nicht nur nach Einschätzung der abgewanderten Bevölkerungsgruppen, sondern auch nach Einschätzung von kommunalen und regionalen Entscheidungsträgern - dringend erforderlich.

Von regionalen und kommunalen sowie betrieblichen Entscheidungsträgern wurde in den Befragungen häufig betont, dass hinsichtlich Kinderbetreuung in ihrem Zuständigkeitsbereich keine größeren Mängel bestünden. Die Befragung der Weggezogenen ergab hingegen ein deutlich anderes Bild. So waren über 30 % der Befragten, die mit Kindern Oberfranken verlassen haben, mit dem Angebot an Kinderbetreuung in Oberfranken unzufrieden, da sie diesen Sachverhalt als wichtigen Wegzugsgrund angaben. Eine Anpassung des Angebots in diesem Bereich erscheint daher erforderlich.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Verstärkung der Gunstfaktoren gerade für diese Gruppe von großer Bedeutung ist. Eine Sicherung bzw. Stärkung dieser weichen

Standortvorteile gilt es zu erreichen. Darüber hinaus ergab die Befragung kommunaler Entscheidungsträger, dass Oberfranken in den Medien ungünstige dargestellt wird und die vorhandenen weichen Standortvorteile nicht zur Geltung kommen bzw. nicht wahrgenommen werden können. Eine zielgruppengerechte Kommunikation der Positivfaktoren Oberfrankens zu seinen Einwohnern, Unternehmern etc. ist daher zu anzustreben.

Potentielle Zuwanderer

Eine wichtige Gruppe für die Entwicklung Oberfrankens werden die Zuwanderer sein, wobei insbesondere junge und gut ausgebildete Bevölkerungsgruppen angesprochen werden sollten.

Es handelt sich hierbei um:

- Junge Bevölkerungsgruppen,
- Qualifizierte Arbeitskräfte / Fachkräfte,
- Familien und
- Senioren.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze, z.B. durch Betriebsansiedelungen oder Betriebsverlagerungen sowie durch die Ansieldung staatlicher Einrichtungen in Oberfranken kann zu einem Zustrom neuer Bevölkerungsgruppen führen.

Eine Qualitätssteigerung der Ausbildungsmöglichkeiten bzw. die Schaffung neuer Ausbildungsmöglichkeiten in Form von neuen Ausbildungsplätzen, neuen und qualitativ hochwertigen Studiengängen bzw. bedarfsorientierter qualitativ hochwertigen Fort- und Weiterbildungsangebote kann zu einem verstärktem Zustrom von Aus- bzw. Weiterbildenden kommen. Gerade die Auszubildenden und Studierenden gilt es nach ihrer Beendigung ihrer Ausbildung in der Region zu halten.

Ein weiterer Weg könnte es sein, aktiv auf Einpendler nach Oberfranken zuzugehen und bei diesen für eine Wohnsitzverlagerung zu werben. Dabei sollte dem potentiellen Zuzügler durch die Wohnsitzverlagerung ein dementsprechender Mehrwert (z.B. Steuervergünstigungen, hohe Lebensqualität etc.) entstehen.

F 2.42 Handlungsfelder und umsetzende Akteure

Um Wanderungsbewegungen in Oberfranken beeinflussen zu können, bedarf es zum einen einer Verringerung der Faktoren, die Personen dazu veranlasst haben ihren bisherigen Wohnstandort, über die Grenzen des Regierungsbezirks Oberfranken hinaus, zu verlassen, zum anderen einer Stärkung bzw. Erhalt bereits vorhandener Gunstfaktoren Oberfrankens bzw. die Schaffung neuer Standortvorteile gegenüber anderen Regionen.

Die Vielzahl der Befragungen brachte hierzu eindeutige Ergebnisse. Diese lassen sich zu bestimmten Handlungsfeldern zusammenfassen, in welche die nachfolgenden Maßnahmenvorschläge greifen sollen:

- Handlungsfeld „zielgruppengerechte Information und Kommunikation“,
- Handlungsfeld „Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen“,
- Handlungsfeld „Fachkräfte für Oberfranken“,
- Handlungsfeld „Verbesserung der Verkehrserschließung Oberfrankens“,
- Handlungsfeld „Senioren für Oberfranken“,
- Handlungsfeld „Oberfranken als Family Park“,
- Handlungsfeld „Wohn- und Städtebaupolitik“ und
- Handlungsfeld „Flankierende Maßnahmen“.

Umgesetzt werden sollen die nachfolgenden Handlungsempfehlungen von Akteuren, welche sich in drei Gruppen einteilen lassen:

- Politische Akteure,
- Unternehmen und
- Sonstige Akteure.

F 2.43 Handlungsempfehlungen

Die Veränderung der Bevölkerung ist ein langsamer Prozess, dessen volle Tragweite erst in einem mittel- bis langfristigen Zeitraum spürbar sein wird. Es konnte in der Arbeit gezeigt werden, dass die für Gesamtdeutschland prognostizierten Bevölkerungstrends der Überalterung und Schrumpfung regional begrenzt in Oberfranken bereits schon begonnen haben und sich in Zukunft weiter verstärken werden. Soll die Bevölkerungszahl in Oberfranken gehalten bzw. weiter erhöht werden, so besteht zum einen die Möglichkeit die Geburtenzahlen zu erhöhen oder zum anderen Gewinne aus Wanderungsbewegungen zu erzielen. Es erweist sich auf regionaler und interkommunaler Ebene als äußerst schwierig auf die Anzahl der Geburten einzuwirken, da maßgebliche Einflussfaktoren auf die Entwicklung der Geburtenraten – dies zeigen neuere Untersuchungen deutlich – gesellschaftliche Wertvorstellungen, staatliche Anreizsysteme im Bereich der familienorientierten Infrastruktur, der Wohnungspolitik, der Frauenpolitik sowie der Finanzpolitik sind. Gleichwohl ist es mittelbar dennoch möglich gewisse Akzente hierbei zu setzen, in dem beispielsweise verstärkt um Familien und jüngere Bevölkerungsgruppen geworben wird. Notwendig ist es, in Oberfranken Rahmenbedingungen zu schaffen, um ein besonders attraktiver Standort für (zukünftige) Familien zu werden

und damit verstärkt auf Familien-, Frauen- und Kinderfreundlichkeit in den oberfränkischen Kommunen und deren Betriebe zu setzen.

Wie bereits mehrmals in dieser Arbeit betont spielt die Beeinflussung von Wanderungsbewegungen in dieses Arbeit die zentrale Rolle. Es gilt daher die Abwanderung aus Oberfranken zu verringern bzw. die Zuwanderung, entweder durch Zurückholen bereits Abgewanderter oder durch Neuzuzügler, zu verstärken.

Bevor auf konkrete Maßnahmenvorschläge eingegangen wird, sollen zunächst wichtige allgemeine Faktoren angesprochen werden, die maßnahmenübergreifend gelten sollen. Im Sinne der Zielsetzung dieser Arbeit gilt es die Faktoren abzumildern bzw. abzuschaffen, die Personen dazu veranlasst haben aus Oberfranken wegzuziehen. Dadurch kann es gelingen die Abwanderung aus Oberfranken in ihrer Intensität abzuschwächen und bereits abgewanderte Bevölkerungsgruppen zu einer Rückkehr zu bewegen. Darüber hinaus müssen bereits vorhandene Gunstfaktoren Oberfrankens gestärkt bzw. erhalten werden und neue Standortvorteile gegenüber anderen Räumen geschaffen werden um Oberfranken attraktiv für neue Bevölkerungsgruppen zu machen.

Handlungsebene für alle Maßnahmen ist der Regierungsbezirk Oberfranken (regionale Ebene) sowie die Ebene der Kommunen. Erklärtes Ziel der Handlungsempfehlungen ist es den Gesamtraum Oberfrankens – im Sinne einer „Wohlfühlregion“ - zu stärken. Von großer Bedeutung ist die Umsetzung kooperativer und vernetzter Strategien, da Wanderungsentscheidungen einer hohen Komplexität unterliegen.

Viele Entscheidungen und Planungen von heute reichen weit in die Zukunft hinein. Deshalb ist es notwendig, sich in der Gegenwart mit den Bevölkerungsveränderungen als kritischen Faktoren für die kommunale und regionale Entwicklung auseinander zu setzen und die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen. Nachfolgend werden nun Handlungsempfehlungen zu einzelnen Handlungsfeldern gegeben, deren Umsetzung als notwendig erachtet wird um gegenwärtige negative Trends im Bereich der Bevölkerungsentwicklung in Oberfranken zu stoppen bzw. umzukehren und den Regierungsbezirk Oberfranken auf zukünftige demographische Entwicklungen handlungsorientiert vorzubereiten.

Handlungsfelder und Maßnahmen im einzelnen sind die folgenden:

Handlungsfeld „zielgruppengerechte Information und Kommunikation“

Lösungsvorschläge	Akteure
Informationsveranstaltungen rund um das Thema "demographische Entwicklung"	Kommunen, Regierung von Oberfranken, Bezirk Oberfranken
Parteien- und ressortübergreifender Austausch hinsichtlich „best practise“ (z.B. in Form von Workshops, Tagungen)	Regierung von Oberfranken, Bezirk Oberfranken
Aufbau einer Kontakt- und Informationsagentur für abgewanderte Personen sowie für potentielle Zuzügler und „abwanderungswillige“ Personengruppen	Regierung von Oberfranken, Bezirk Oberfranken, Kammern, Verbände, Kirche, Unternehmen, Bildungsträger, Vereine, private und öffentliche Arbeitsvermittler, lokale und regionale Presse

Handlungsfeld „Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen“

Lösungsvorschläge	Akteure
Schaffung und Erhalt von Outsourcing- und Gründerzentren	Kommunen, Kammern, Verbände
Etablierung eines oberfränkischen Ansiedlungsbeauftragten für ansiedlungswillige Unternehmen und Gründer	Regierung von Oberfranken
Einrichtung einer "One-Stop-Agency" nach Heidelberger Vorbild	Abteilung der Wirtschaftsförderung der Kommunen
Gewährung finanzieller Anreize für Betriebe zur Ausbildung von Lehrlingen und zur Beschäftigung von Berufsanfängern	Unternehmen
Stärkere Unterstützung familienfreundlicher Unternehmen (z.B. befristete Steuerbefreiungen, günstige Darlehen, Bereitstellung günstiger Gewerbe- und Büroflächen)	Bund, Land, Unternehmen, Banken (z.B. Landesbank)
Gewährung effektiver Hilfestellung für familienfreundlicher Betriebe mit geringer Eigenkapitalausstattung	Bund, Land, Banken (z.B. Landesbank)
Verbesserung der Lohn- und Gehaltsstrukturen in Unternehmen	Unternehmen
Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten in Unternehmen und Verwaltungen	Unternehmen

Handlungsfeld „Fachkräfte für Oberfranken“

Lösungsvorschläge	Akteure
Erstellung eines oberfrankenweiten Marketingkonzeptes zur Gewinnung von Fachkräften	Oberfranken Offensiv e.V.
Angebot eines "Kennenlern-Wochenende" für Fachkräfte	Kommunen, Unternehmen, Verbände
Aufbau einer Relocation Agentur	Forum Zukunft Oberfranken, Kommunen, Unternehmen, Verbände
Etablierung eines "Zuzügler- oder Fachkräfte-Begrüßungsfest"	Oberfranken Offensiv e.V.
Werbung für Oberfranken an bundesdeutschen und ausländischen Universitäten	Universitäten, Oberfranken Offensiv e.V., Unternehmen
Patenschaften von Unternehmen mit Hochschu-	Hochschulen, Unternehmen

len	
Ausbau des Angebotes an Studienrichtungen an oberfränkischen Hochschulen, insbesondere Fort- und Weiterbildungsangebote	Hochschulen, Politik, Unternehmen,
verstärkte Weiterbildung von Arbeitnehmern	IHK für Oberfranken, Hochschulen, Unternehmen
Unterstützung der Ausbildungsbemühungen von Unternehmen	Kommunen, Unternehmen
Aufbau einer Internetseite für Absolventen und Berufseinsteiger oberfränkischer Hochschulen für Jobangebote in Oberfranken	Hochschulen, Oberfranken Offensiv, Forum Zukunft Oberfranken

Handlungsfeld „Verbesserung der Verkehrserschließung Oberfrankens“

Lösungsvorschläge	Akteure
Förderung des Ausbau des Straßen- und Schienennetzes, inklusive ÖPNV	Bund, Land, Kommunen
Erhalt und Stärkung des Flughafens Hof-Plauen	EU, Bund, Land, Kommunen

Handlungsfeld „Senioren für Oberfranken“

Lösungsvorschläge	**Akteure**
Qualitative Verbesserung von Infrastruktureinrichtungen für Senioren und Aufbau eines Marketingkonzepts hierfür	Kommunen, Oberfranken Offensiv e.V.
Bau von seniorengerechten Wohngebieten	Kommunen, private und öffentliche Investoren
Einrichtung eines Kreisseniorenringes nach Coburger Vorbild	Kreisverwaltungen
Förderung von sog. Generationendörfern innerhalb Oberfrankens bzw. die Positionierung Oberfranken als Generationenbezirk	Kommunen, Bezirk Oberfranken
Etablierung von Studien- bzw. Ausbildungsgängen im sozialen Bereich	Bildungsträger (z.B. Hochschulen)
Schaffung von Anreizen für Unternehmen zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (Vorbild HUK Coburg oder Unternehmen Brose)	Unternehmen
Konzipierung neuer Wohnstandortmodelle für Senioren (Aufbau eines Pilotprojekts „Sun Region Oberfranken“ und „Sun City Bamberg“ - z.B. nach dem Muster der "Sun Cities" in Florida)	Land, Bezirk Oberfranken, Kommunen

Handlungsfeld „Oberfranken als Family Park“

Lösungsvorschläge	**Akteure**
Erstellung eines Familienfreundlichkeitsbarometers für Kommunen (Familienfreundlichkeit der Kommunen)	Forum Zukunft Oberfranken, Oberfranken Offensiv e.V., Kommunen
Förderung und Unterstützung von Unternehmen hinsichtlich Familienfreundlichkeit durch die Auslobung	Kommunen, Bezirk Oberfranken, Unternehmen

eines Familienfreundlichkeitspreises	
Einrichtung eines "Jahr der Familie" bzw. "Jahr des Kindes" für den Regierungsbezirk Oberfranken bzw. für dessen Kommunen	Bezirk Oberfranken, Forum Zukunft Oberfranken
Implementierung eines oberfrankenweiten Familienprogramms	Bezirk Oberfranken, Regierung von Oberfranken, Forum Zukunft Oberfranken
Jugend- und Vereinsförderung	Kommunen, private Bürger bzw. Organisationen
Erhalt- und Ausbau der Freizeit- und Kulturangebote für Kinder und Jugendliche	Kommunen, Regierung von Oberfranken, Bezirk Oberfranken, private Organisationen
Öffnungszeiten der Kindergärten	Kommunen
Steuerliche Berücksichtigung familienpolitischer Maßnahmen in Unternehmen	Unternehmen

Handlungsfeld „Wohn- und Städtebaupolitik“

Lösungsvorschläge	**Akteure**
Schaffung familiengerechten Wohnraums	Kommunen, Bauunternehmen
Nutzung leerstehender Wohnungen für Familien	Kommunen
Kindergerechte Verkehrsplanung (z.B. Spielstraßen)	Kommunen
Einführung von Familientickets in den Bereichen ÖPNV oder bei der Nutzung von Infrastruktur und Angeboten im Bereich Freizeit, Kultur u.a.	Kommunen, DB AG
Förderung von Wohneigentum für Familien	Land, Kommunen
Durchführung einer kinderfreundlichen Bauleitplanung	Kommunen, Bauträger
Gewährung von Baukindergeld	Kommunen
Erhalt und Verbesserung der Wohnsituation (Altstadtsanierung, Ortsgestaltung, Modernisierung vorhandener Wohnungen, Erhöhung der Wohnqualität, Wohnumfeldverbesserungen, Gewährleistung günstiger Mieten, Dorferneuerung)	Land, Kommunen

Handlungsfeld „Flankierende Maßnahmen“ (1)

Lösungsvorschläge	**Akteure**
Ausbau und Erhalt von Kultur- und Freizeiteinrichtungen (differenziert nach Altergruppen) und deren zielgruppenspezifische Vermarktung (z.B. in Form verschiedener Freizeit- und Kulturführer Oberfrankens)	Bezirk Oberfranken, Regierung von Oberfranken, Oberfranken Offensiv
Einrichtung eines "Presse Zentrum Oberfranken"	Unternehmen, Verbände, Kammern, Regierung von Oberfranken, Bezirk Oberfranken, Forum Zukunft Oberfranken
Patenschaften von Unternehmen mit der Region	Unternehmen, Oberfranken Offensiv e.V.
Auslage von Informationsmaterial über Oberfranken bei Unternehmensmesseständen	Unternehmen
Etablierung eines Maskottchens der Region	Oberfranken Offensiv e.V.
Komposition eines modernen Liedes über Oberfranken	lokale und regionale Künstler

Handlungsfeld „Flankierende Maßnahmen“ (2)

Lösungsvorschläge	**Akteure**
Schaffung der Möglichkeit der Vorstellung von Schülern/Innen ohne Ausbildungsplatz in lokalen bzw. regionalen Medien (Zeitung, Rundfunk, Fernsehen)	Oberfranken Offensiv e.V., Arbeitsverwaltung, regionale Medien
Erstellung einer "Flopliste" für Ausbildungsberufe, die höchstwahrscheinlich in die Arbeitslosigkeit führen	Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern sowie Arbeitsverwaltung
Gewährung von Vergünstigungen (Bleibeprämien, Mobilitätshilfen, billigere ÖPNV-Benutzung, freier Eintritt in Freibäder etc.) für Auszubildende	Kommunen, Unternehmen, Arbeitsverwaltung
Aufweichung der Cluster-Bildung von Berufsschulen	Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Regierung von Oberfranken
Veranstaltung einer Schülerunternehmermesse	Schulen, Unternehmen, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Forum Zukunft Oberfranken, Oberfranken Offensiv
Errichtung einer oberfrankenweiten Immobiliendatenbank mit allen freien gewerblichen und nichtgewerblichen Objekten	Abteilungen für Wirtschaftsförderung der Kommunen oder kommunale Wirtschaftsfördergesellschaften
Etablierung und Ausbau von Anrufsammeltaxis und Rufbussen	Kreisverwaltungen

Handlungsfeld „Flankierende Maßnahmen“ (3)

Lösungsvorschläge	**Akteure**
Schaffung von Heimatgefühl bereits in der Schule durch verstärkte regionale Inhalte in den Lehrplänen.	Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Regierung von Oberfranken, Schulen
Schaffung bzw. Intensivierung einer regionaler Identität beispielsweise durch sog. Landkreisläufe (z.B. Marathonstrecken in Landkreisen).	Kreisverwaltungen
Durchführung von mentalitäts- bzw. imagebildenden Maßnahmen	Oberfranken Offensiv e.V.
Ausgabe von Gutscheinpaketen der jeweiligen Hochschulstadt für Studenten (z.B. Kulturangebote, Gaststätten und Kneipen, Freizeiteinrichtungen)	Hochschulen und Stadtverwaltungen der jeweiligen Standorte
Förderung von kooperativen Aktivitäten oberfränkischer Hochschulen mit Hochschulen in den EU-Beitrittsländern	Hochschulen
Gewinnung von Abiturienten aus Oberfranken für die Hochschulen in Oberfranken – Durchführung einer „Abiturientenparty“ in jeder kreisfreien Stadt und Landkreise (jährlich)	Oberfranken Offensiv e.V., Forum Zukunft Oberfranken
Durchführung einer Veranstaltung „Uni meets Economy“ – Arbeiten und Wohnen für Hochschulabsolventen in Oberfranken	Hochschulen, Forum Zukunft Oberfranken, Unternehmen

Handlungsfeld „Flankierende Maßnahmen“ (4)

Lösungsvorschläge	Akteure
Sicherung der Grundversorgung (z.B. durch Stärkung des Einzelhandels)	Kommunen
Einrichtung von bürgernahem und serviceorientiertem Angeboten von Seiten der Verwaltung (z.B. Verfahrensvereinfachungen, Online-Verwaltung u.a. mehr)	Kommunen
Durchführung einer Untersuchung über „best practises“ zur Verbindung von Familien / Frauen und Beruf in Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen	Regierung von Oberfranken, Forum Zukunft Oberfranken
Antrag im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative EQAL zum Aufbau einer Koordinations- und Organisationsstelle zur Realisierung „familienfreundliche Universitäten, Fachhochschulen, Verwaltungen und Unternehmen in Oberfranken“	Hochschulen, Unternehmen, Regierung von Oberfranken, Forum Zukunft Oberfranken

F 2.5 Anhang

F 2.51 Ausgewählte Literatur

Betz, Rolf (1988): Wanderungen in peripheren ländlichen Räumen. Voraussetzungen, Abläufe und Motive. Dargestellt am Beispiel dreier niedersächsischer Nahbereiche. In: Abhandlungen des Geographischen Instituts Anthropogeographie. Band 42. Berlin, Seite 98

Bucher, Hans und Martina Kocks (1999): Die Bevölkerung in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Prognose des BBR bis zum Jahr 2015. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumordnung (IzR). Heft 11/12

Färber, Robert und Ekkehard Schneider (1979): Wanderungsmotivuntersuchung in der Region Oberfranken-Ost und im Landkreis Kronach. Bayreuth

Maier, Jörg und Frank Wimmer (1993): Regionales Marketing. Eine empirische Grundlagenuntersuchung zum Selbst- und Fremdimage der Region Oberfranken. Bamberg und Bayreuth

Miegel, Meinhard (2002): Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen. Berlin und München

WSE Wirtschafts- und Strukturentwicklungsgesellschaft Landkreis Kronach mbH (1999): Die Bevölkerungsentwicklung des Landkreises Kronach in den 90er Jahren. Eine empirische Betrachtung aus der Sicht der Kreisentwicklung

Internetquellen

www.privat-adrian.de (Zugriff: 01.08.2003)
www.go.iq.de (Zugriff: 01.08.2003)
www.mv4you.de (Zugriff: 01.08.2003)
www.jobs-ireland.com (Zugriff: 01.08.2003)
www.reloc.com (Zugriff: 01.08.2003)
www.sachsen.ihk.de [Zugriff: 01.08.2003))

F 2.52 Statistische Quellen

o.V. (2000): Unveröffentlichte Materialien zur Status-Quo-Prognose für die Fortschreibung des LEP Bayern, München

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Gemeindedaten 2001, München 2002
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Gemeindedaten 2000, München 2001
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Gemeindedaten 1999, München 2000
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Gemeindedaten 1998, München 1999
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Gemeindedaten 1997, München 1998
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Gemeindedaten 1996, München 1997
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Gemeindedaten 1990, München 1991
Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Gemeindedaten 1980, München 1980
Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Gemeindedaten 1979, München 1979
Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Gemeindedaten 1978, München 1978
Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Gemeindedaten 1977, München 1977
Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Gemeindedaten 1976, München 1976
Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Gemeindedaten 1975, München 1975
Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Gemeindedaten 1974, München 1974
Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Gemeindedaten 1973, München 1973
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 2001, München 2002
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 2000, München 2001
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1999, München 2000
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1998, München 1999
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1997, München 1998
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1996, München 1997
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1995, München 1996
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1994, München 1995
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1993, München 1994
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1992, München 1993
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1991, München 1992
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1990, München 1991
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1989, München 1990
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1988, München 1989, 1987, München 1988
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1986, München 1987
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1985, München 1986
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1984, München 1985

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1983, München 1984
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Kreisdaten 1982, München 1983
Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Kreisdaten 1979, München 1979
Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Kreisdaten 1978, München 1978
Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Kreisdaten 1977, München 1977
Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Kreisdaten 1976, München 1976
Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Kreisdaten 1975, München 1975
Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Kreisdaten 1974, München 1974
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Sonderauswertungen des Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2004
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Sonderauswertungen des Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2003

F 3. Vergleichsstudie Finnland: Abwanderung und Zentralisierung in einer expandierenden Wissensgesellschaft (Christiane Dienel)

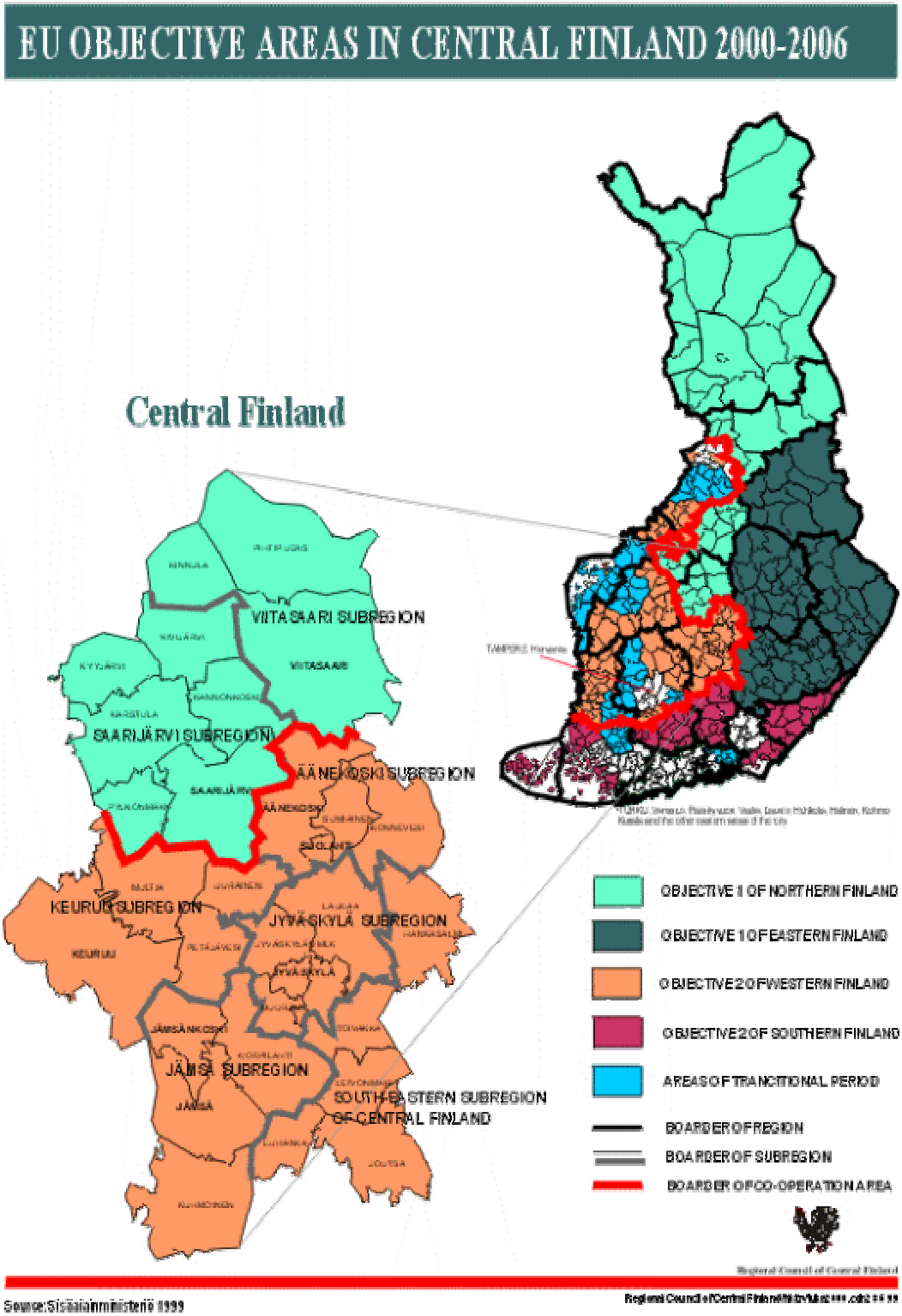
F 3.1 Vorbemerkung: Zur Auswahl der Vergleichsregion – Fragestellungen – Forschungsstand

Zur Auswahl der Vergleichsregion

Auf den ersten Blick erscheint Finnland als Vergleichsregion für Sachsen-Anhalt nur bedingt geeignet. Durch seine Lage im östlichen Nordeuropa, das raue Klima, die geringe Bevölkerungszahl von rund 5,2 Millionen bei einer Fläche, die relativ genau der der Bundesrepublik entspricht, und vor allem durch seine insgesamt sehr geringe Bevölkerungsdichte (15 Einwohner pro km^2, in der BRD 231) weist es naturräumlich geprägte Besonderheiten auf, die vor allem Anforderungen an die Infrastruktur stellen.

Gleichzeitig ist Finnland jedoch als Mitgliedstaat der Europäischen Union und als Vertreter eines skandinavischen Wohlfahrtsstaatsmodells gerade im Hinblick auf die Sozialstruktur Deutschland ähnlich und eignet sich damit grundsätzlich als Vergleichsregion. In einigen Bereichen (Effizienz des Bildungssystems, Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung wissensbasierter Industrien) kann es als Vorreiter gelten.

Insbesondere die Region Mittelfinnland eignet sich in besonderer Weise für den Vergleich mit Sachsen-Anhalt. Mittelfinnland ist zentral im Gebiet der finnischen Seenplatte gelegen, etwa 200 km nördlich von Helsinki. Die Hauptstadt und das größte urbane Zentrum ist die Stadt Jyväskylä mit rund 90 000 Einwohnern. Mit einer Fläche von rund 20 000 km^2 ist es praktisch gleich groß wie Sachsen-Anhalt und wird ebenso wie dieses von ca. 5% der Bevölkerung des Gesamtstaates bewohnt. Mit 265 000 Einwohnern ist dies allerdings weniger als ein Zehntel der Bevölkerung Sachsen-Anhalts. Für einen Vergleich ist Mittelfinnland vor allem deshalb besonders geeignet, weil der nördliche Teil im Rahmen der EU-Regionalförderung Ziel-1-Gebiet ist, während die südliche Hälfte der Region durch Ziel 3 und Ziel 4 gefördert wird. Damit spielen Maßnahmen im Rahmen der Strukturfondsförderung zur Erzielung einer ausgeglichenen regionalen Entwicklung in Mittelfinnland (Central Finland, Keski Suomen) eine wichtige Rolle und können als best practice für Sachsen-Anhalt herangezogen werden. Mittelfinnland ist zwar weniger von Abwanderung betroffen als die nördlichen (Lappland) und östlichen (Karelien) Regionen Finnlands, aber zugleich hat es eine sehr viel vergleichbarere geografische und wirtschaftliche Situation, denn es gehört nicht zu den extrem dünn besiedelten polaren Gebieten und hat eine längere Industrietradition.



Fragen an die Region Mittelfinnland

Die Bevölkerungsentwicklung in Mittelfinnland ist im Prinzip zwar ausgeglichen, aber alle Subregionen außerhalb des urbanen Zentrums Jyväskylä leiden unter Abwanderung. Finn-

land insgesamt hat eine lange Abwanderungstradition vor allem in Richtung Schweden, aber auch in die USA. Der finnische Geburtenüberschuss wurde im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts exportiert. Der rasante Übergang Finnlands von einer agrarisch geprägten zu einer modernen, tertiär dominierten Wirtschaftsstruktur seit den 1950-er Jahren setzte auch eine starke Bevölkerungsentwicklung im Sinne der Konzentration in Gang, von der vor allem die südlichen und westlichen Landesteile profitierten.

Aus diesen Ausgangsbedingungen ergeben sich zwei Fragerichtungen: Zum einen kann gefragt werden, wie es der Region Mittelfinnland gelungen ist, insgesamt eine ausgeglichene Bevölkerungsentwicklung und einen ausgeglichenen Wanderungssaldo zu erzielen, obwohl sie geographisch eher zu den abwanderungsgefährdeten Regionen in Finnland gehört. Außerhalb der südlichen und westlichen Landesteile ist dies in Finnland nur der Region um Jyväskylä und der Region um Oulu gelungen. Wie wurde Jyväskylä zu einem städtischen Wachstumszentrum? Was waren die wichtigsten Erfolgsfaktoren? Am finnischen Beispiel kann die Effektivität der regionalpolitischen Konzentration auf Wachstumszentren auch für die Bevölkerungsentwicklung gezeigt werden.

Zum zweiten kann gefragt werden, welche Folgen die Abwanderung aus den peripheren Gebieten hatte und welche Maßnahmen innerhalb der Region getroffen werden, um die Landstriche außerhalb des Wachstumszentrums vital zu erhalten und der Bevölkerung dort Bleibemöglichkeiten zu bieten. Hierzu lohnt auch ein Blick auf die entsprechenden Politiken in anderen Regionen Finnlands. Zu fragen ist, was mittelfristig dem Trend zur Konzentration entgegengesetzt werden kann und welche Perspektiven sich für dünn bevölkerte Landesteile bieten. Hierzu sind neben den regionalpolitischen Maßnahmen auch sozial- und bildungspolitische Ansätze zu berücksichtigen und auf ihre Übertragbarkeit zu prüfen.

Zum dritten ist Finnland ein hochinteressantes Beispiel für die Erfolgsmöglichkeiten auch rascher wirtschaftlicher Transformationen. Zur Zeit gilt Finnland in Europa besonders in bildungspolitischer Hinsicht als Musterknabe. Dies ist freilich kein Zufall, sondern das Ergebnis einer langfristigen Investition in Humankapital, wobei gleichzeitig wohlfahrtsstaatliche Standards gewahrt wurden. Der Erfolg dieser Politik zeigt sich in der Expansion wissensbasierter Industrien, einer raschen Steigerung des BIP und einer vergleichsweise niedrigen Arbeitslosigkeit, obwohl die geographischen Voraussetzungen in Finnland erheblich schwieriger sind als in Sachsen-Anhalt. Finnland ist ein wesentlich kleineres Land als die Bundesrepublik und relativ zentralistisch organisiert. Es hat als Gesamtstaat weniger als doppelt so viele Einwohner wie Sachsen-Anhalt. Zu fragen ist nach der Übertragbarkeit der finnischen Rezepte auf die Region Sachsen-Anhalt. Angesichts der Kulturhoheit der Länder kann diese zumindest für den Bereich der Bildungspolitik und der Förderung von Wissenschaft und Technologie bejaht werden.

Forschungsstand

Das Thema Abwanderung ist in Finnland Gegenstand intensiver Forschung, denn die massiven Bevölkerungsverschiebungen seit den 1950-er Jahren erforderten eine wissenschaftliche Begleitung. Der Ökonom Hannu Tervo von der School of Business and Economics der Universität Jyväskylä untersuchte in zahlreichen Studien wirtschaftliche und regionalpolitische Auswirkungen der Binnenwanderung in Finnland (zuletzt zusammenfassend vgl. Tervo 2004). Basierend auf mikroökonomischen Daten und Analyseverfahren, entstanden in seinem Umfeld zahlreiche Dissertationen und weitere Studien zu den wirtschaftlichen Aspekten von Migration, so zur Migration von Familien (Nivalainen 2000), räumlichen Konzentration von Arbeitskräften (Haapanen 2003), regionaler Konvergenz und Migrationsverläufen seit 1960 (Pekkala 2000) und Folgen der regionalen Konzentration von Humankapital (Ritsilä 2001). Neben der – überwiegenden – regionalpolitischen und ökonomischen Literatur wurden jedoch auch schon vereinzelt soziologische Studien zur Abwanderung in Finnland durchgeführt. Seppo Aho von der auf dem Polarkreis gelegenen University of Lapland in Rovaniemi untersucht die Abwanderungsgründe für hoch qualifizierte Menschen in einem qualitativen Verfahren und repräsentativen Interviews (Aho 2002). Ein wichtiges Zentrum für die Erforschung der Migration sowohl in Richtung auf das Ausland als auch innerhalb Finnlands ist das 1974 gegründete Institute of Migration in Turku. Es sammelt Materialien und Literatur zur internen und externen Migration, führt Forschung durch und publiziert regelmäßige Berichte, Bücher und Artikel zum Thema der Wanderung (Heikkilä/Korhonen 2002). Darüber hinaus entwirft Kytö in einer umfangreichen Monographie zur Motivation der Abwanderung (Kytö 1998), zum Teil basierend auf qualitativen Befragungen, eine Theorie der internen Migration, in die Faktoren wie Mentalitätsveränderungen, gesellschaftliche Strömungen und Wohnqualität einfließen.

Bevölkerungsfragen und Veränderungen der Familienbildung in Finnland werden insbesondere vom Population Research Institute des finnischen Familienverbandes (Väestöliitto) in Helsinki durchgeführt. Hier wird auch das Yearbook of Population Research in Finland in englischer Sprache herausgegeben, in dem jährlich die aktuellen Daten über die Bevölkerungsentwicklung in Finnland publiziert werden und regelmäßig ein Überblick über die Bevölkerungsentwicklung und Familienbildung in Finnland (Lindgren 1995) gegeben wird. In einer umfangreichen qualitativen und quantitativen aktuellen Studie haben Anneli Miettinen und Pirjo Paajanen die Familiengründungsabsichten und Kinderwünsche finnischer Männer und Frauen untersucht (Miettinen/Paajanen 2003). Damit ist eine ausgezeichnete Basis für die Vergleichsstudie vorhanden.

Insgesamt kann damit das Feld Bevölkerungsentwicklung, Familienbildung, Abwanderung und ihre regionalpolitischen Folgen in Finnland als vergleichsweise gut erforscht gelten. Obwohl viele Publikationen in englischer Sprache zugänglich sind, werden diese Ergebnisse

von der deutschen Migrationsforschung nur wenig rezipiert. Die nachfolgende Darstellung soll dazu beitragen, dieses Defizit aufzuarbeiten.

Neben der Auswertung vorhandener Studien hat die Verfasserin bei Aufenthalten in Jyväskylä in Mittelfinnland Experteninterviews mit Vertretern des Regionalrats von Mittelfinnland (Keski-suomen liito) sowie Regionalforschern (Prof. Hannu Tervo, Prof. Tuomo Nenonen, University of Jyväskylä, School of Business and Economics) Seppo Aho, University of Lapland) und Familienforschern (Marjo Kuronen, University of Jyväskylä, Family Research Unit) geführt. Die Ergebnisse dieser Gespräche fließen in die nachfolgende Darstellung ein.

F 3.2 Finnland – Eckdaten zur sozioökonomischen Lage und Bevölkerung

Kurzporträt Finnland

Die Republik Finnland hat rund 5,2 Millionen Einwohner, davon wohnen mehr als ein Zehntel (560.000) in Helsinki. Die Fläche ist mit 338.145 qkm mit der der Bundesrepublik vergleichbar, allerdings sind nur 10% der Landesfläche landwirtschaftlich genutzt, 69% mit Wald und 10% mit Wasser bedeckt. Das Land ist ethnisch und sprachlich sehr homogen, 6% der Finnen gehören zur schwedisch-sprachigen Minderheit, ein kleiner Teil (unter 2%) spricht samisch oder russisch. Der sogenannte Freundschafts-, Zusammenarbeits- und Beistandspakt mit der Sowjetunion von 1948 wurde 1992 offiziell für beendet erklärt, 1995 wird Finnland Mitglied der Europäischen Union und nimmt auch am Euro-Währungsraum teil.

Finnland ist ein hoch entwickeltes Industrieland, dessen BIP-Pro-Kopf-Einkommen etwas über dem EU-Durchschnitt liegt (2002: 26.872 EUR). Nachdem das Wachstum des finnischen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2000 noch mit 5,1% etwa doppelt so hoch gewesen war wie im Durchschnitt der Eurozone, fiel die Wachstumsrate im Jahr 2001 auf 1,2% und stieg 2002 wiederum auf 2,2% an. Regierung und Wirtschaftsforschungsinstitute gehen weiterhin von einer Erholung der Wirtschaft aus und rechnen mit einem Wachstum von 1,5% für 2003. Die Arbeitslosenquote liegt bei ca. 9,3%. Der Staatshaushalt ist im wesentlichen ausgeglichen, für 2003 wird mit einem Haushaltsüberschuss von fast 3% des BIP gerechnet.

Wichtigster Sektor der finnischen Wirtschaft ist der Dienstleistungsbereich, in dem 67,7% (2002) der Erwerbstätigen (davon ca. 39,0% im öffentlichen Dienst) beschäftigt waren; in Industrie und Baugewerbe sind es 26,9% und in Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei u. Jagd) 5,3% (jeweils für 2002). Der traditionelle Schwerpunkt der finnischen Wirtschaft, die Forstindustrie (Papier, Zellstoff, Holz) trägt immer noch 26,5% zu den Ausfuhren bei. Verschiedene Zweige der Metall-, Maschinenbau- und Elektroindustrie trugen in 2002 mit 27,1% zur Ausfuhr bei. Elektronik-Erzeugnisse hatten 2002 einen Anteil von 27,5% an den finnischen Ausfuhren. Daran hat einen besonders großen Anteil (25,0%) immer noch der Mobilte-

lefonhersteller Nokia, obwohl seine Zuwachsraten von 25-35% pro Jahr auf ca. 10% gefallen sind.

Die Basis für Finnlands erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung ist eine systematische Investition in das Humankapital. Ein peripher gelegenes, dünn besiedeltes und rohstoffarmes Land wie Finnland, so der nationale Konsens, muss auf die Kreativität und Bildung seiner Menschen setzen. Systematisch wurden daher seit dem Zweiten Weltkrieg Qualität und Quantität der Ausbildung gefördert, wobei in den letzten Jahrzehnten das virtuelle Lernen sowie das lebenslange Lernen eine besondere Rolle spielen. Für Kultur und Bildung sind im Haushaltsjahr 2003 5,87 Mrd. € ausgewiesen, eine Steigerung gegenüber 2002 (5,47 Mrd.€) um 7%. Kultur und Bildung stützen sich in Finnland auf ein vorbildlich ausgebautes, sorgsam gepflegtes und flächendeckendes Netz von Institutionen und das Nebeneinander öffentlicher Förderung durch Staat und Kommunen. Finnland verfügt über zehn Universitäten und zehn gleichgestellte Hochschulen (drei Handelshochschulen, drei technische Universitäten und vier Kunsthochschulen). Alle befinden sich in staatlicher Trägerschaft. Dazu kommt die Hochschule für Landesverteidigung, die dem Verteidigungsminister unterstellt ist. Die Hochschulen bieten Studienplätze für über 160.000 Studenten bei 7.300 Hochschullehrern. Das weitgehend am deutschen Modell orientierte, seit 1990 aufgebaute Fachhochschulsystem (30 Fachhochschulen im Jahre 2002) mit hoher Praxisrelevanz der Lehrinhalte erfreut sich besonderer Fürsorge der finnischen Regierung.

Seit der Veröffentlichung der sog. PISA-Studie (eines Leistungsvergleichs von Schülern aus allen OECD-Mitgliedstaaten) im Dezember 2001 ist Finnland zum Ziel zahlreicher Delegationen aus aller Welt, insbesondere aus Deutschland, geworden, die sich ein Bild vom finnischen Schulsystem machen wollen. Als Gründe für das glänzende Abschneiden der finnischen Schüler in der PISA-Studie werden von Experten u.a. genannt: das finnische Gesamtschulsystem, die Dezentralisierung der Schulverwaltung und die damit einhergehende methodische Eigenverantwortlichkeit der Schulen bei der Erreichung zentral vorgegebener Lernziele, das vergleichsweise hohe gesellschaftliche Ansehen der Lehrer und die individuelle Förderung schwächerer Schüler innerhalb der Schulen.

Regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Finnland seit den 1990er Jahren

Solange die finnische Ökonomie durch den primären Sektor dominiert war, waren Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung regional relativ ausgeglichen. Die schnelle wirtschaftliche Entwicklung und Transformation nach dem zweiten Weltkrieg hat jedoch zu einer starken Konzentration von Wirtschaft und Bevölkerung in den südlichen und zentralen Regionen geführt, wo sich das Gravitationszentrum Helsinki und die meisten größeren Städte befinden. Waren 1950 noch 46% der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, so sank diese Quote bis 1985 auf 8% (Lindgren 1991, 99). Die nachholende und umso raschere Industrialisierung

des vormals agrarischen Landes in den 1960-er und 1970-er Jahren wurde von einem ebenso entschlossenen Ausbau des Wohlfahrtsstaats nach skandinavischem Muster begleitet. Regionale Disparitäten konnten so vergleichsweise gut vermieden werden, obwohl die Abwanderung aus den ländlichen Regionen nicht aufzuhalten war (Tervo 2004)

In den 1970-er und 1980-er Jahren vollzog sich die wirtschaftliche Entwicklung regional vergleichsweise ausgewogen. Die heftigen Erschütterungen der Rezession von 1991-1993 führten aber zu einem Einbruch in Produktion und Beschäftigung. Die anschließende wirtschaftliche Erholung war von einem erneuten Strukturwandel begleitet: Hatte die erste finnische Industrialisierung eine starke Basis im produzierenden Sektor und knüpfte an traditionelle Industrien wie Holz und Papier an, beruhte der Aufschwung der 1990-er Jahre auf wissensbasierten Industrien und Export. In den 1990-er Jahren war Finnland eine der dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt, aber dies galt nicht mehr für alle seine Regionen. Die regionale Ausgewogenheit war durch die Rezession der frühen Neunziger verloren gegangen; der Aufschwung konzentrierte sich fast ausschließlich auf die Wachstumszentren des Südwestens, mit der Ausnahme der mittelfinnischen Region um Jyväskylä und dem einzigen nordfinnischen Wachstumszentrum um Oulu. Wachstum in diesen beiden Regionen hing zum allergrößten Teil von der dort angesiedelten und stark geförderten Universität ab. Dies bedeutet für die finnische Regionalpolitik neue Herausforderungen. Nicht nur ländliche Regionen, sondern auch kleinere städtische Zentren außerhalb der großen Wachstumsregionen verlieren an Bevölkerung und Wirtschaftskraft.

Die Abwanderung in diese Wachstumszentren nahm in den 1990-er Jahren stark zu. In den letzten Jahren war Helsinki die am schnellsten wachsende Großstadt Europas. Die bis dahin zu verzeichnende regionale Konvergenz in Finnland wurde gestoppt; Unterschiede in Einkommen und Lebensniveau zwischen den finnischen Regionen nahmen zu. Im Jahr 2000 lag das BIP/Kopf in der Region Uusimaa (Helsinki-Region) 45% höher als der EU-Durchschnitt, während es in den peripheren Regionen im Norden und Osten Finnlands wie Kainuu und Etlä-Savo bei 32% bzw. 29% unterhalb des EU-Durchschnitts liegt. Entsprechend ist das BIP/Kopf in den reichsten Regionen Finnlands mehr als doppelt so hoch wie in den ärmsten Regionen. Wohlfahrtsstaatliche Leistungen gleichen diese Unterschiede für die Haushaltsnettoeinkommen allerdings teilweise wieder aus. Die Arbeitslosenquote zeigt ebenfalls wachsende regionale Disparitäten seit den 1990-er Jahren: Während der Rezession 1991-1993 stieg die Arbeitslosigkeit landesweit von zuvor 3% auf fast 18%. Anschließend haben sich die Regionen jedoch unterschiedlich von diesem Einbruch erholt: In der Helsinki-Region Uusimaa betrug sie 2002 5,8%, in Lappland (Kainuu) 18,9% (Tervo 2004).

Mit der großen Rezession von 1991 mussten staatliche Beschäftigungsprogramme aufgegeben werden, die bis dahin in entlegenen Regionen Beschäftigung in öffentlichem Auftrag (z.B. beim Straßenbau) geboten hatten. Seither hat sich der Sockel an struktureller Arbeits-

losigkeit älterer, weniger gut ausgebildeter Beschäftigter erheblich erhöht. Gleichzeitig besteht ungedeckter Bedarf an Fachkräften, obwohl die Studierendenquote in Finnland eine der höchsten in der OECD ist (Heikkilä/Korhonen 2002, 4).

Die Region Mittelfinnland war bis in das 17. Jahrhundert hinein ein fast unbewohnter dichter Wald. Als die Stadt Jyväskylä 1837 an dem alten Handelsplatz zwischen dem Jyväsjärvi-See und dem Harju-Bergrücken gegründet wurde, wohnten hier erst 189 Einwohner. Die Gründung der ersten finnischsprachigen Lehranstalten, dem Gymnasium Jyväskylän Lyseo (1858) und dem Lehrerseminar (1863) belebten die Wirtschaft erheblich – Jyväskylä entwickelte sich zum Zentrum der finnischsprachigen Kultur und wurde bald das Athen Finnlands genannt. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelten sich Papier- und Holzindustrie rasant, befördert durch Dampfschiffe und Eisenbahn. Während des Zweiten Weltkrieges verdreifachte sich fast die Zahl der städtischen Bevölkerung, als die Waffenindustrie und darauf folgend die Traktoren- und Papiermaschinenindustrie den Bedarf an Arbeitern ansteigen ließ. Zum Wachstum von Jyväskylä hat neben der Papierherstellung und der Papiermaschinenindustrie auch die Metallindustrie stark beigetragen. Heute leben in Jyväskylä über 80 000 Menschen, die Stadt hat sich zu einem Wachstumszentrum im Bereich Energie-, Informations-, Wellness- und Umwelttechnologie entwickelt, stark befördert durch Universität und Fachhochschule. Spektakuläre Investitionen wie die in Public-Private-Partnership errichtete, repräsentative „Agora“ mit Spitzenforschungseinrichtungen und Unternehmen, sowie der von Nokia finanzierte Campus für die Naturwissenschaften symbolisieren den auf wissensbasierten Industrien basierten Aufstieg der Region.

Dennoch bestehen auch innerhalb der Region Mittelfinnland erhebliche Disparitäten. Die Arbeitslosenquote ist immer noch höher als in den südwestlichen Wachstumszentren des Landes. Die Arbeitslosenquote betrug 2001 für Mittelfinnland 15,7% (Landesdurchschnitt: 12,3%) (Rakennepolitiikka 2003, 48). Auch der Bezug von Sozialhilfe lag 2001 deutlich über dem Landesdurchschnitt (Rakennepolitiikaa 2003, 50). Hierin spiegelt sich die Folge der Transformation von den alten zu den neuen, wissensbasierten Industrien, bei denen weniger gut ausgebildete und ältere Erwerbstätige auf der Strecke bleiben.

Geburten-, Familien- und Bevölkerungsentwicklung in Finnland seit 1945

Finnlands Bevölkerungsentwicklung ordnet sich in die gesamteuropäische Entwicklung ein. Nach einer Periode vergleichsweise hoher Geburtenzahlen ist heute das Anwachsen des Anteils Älterer an der Bevölkerung die größte Herausforderung für die sozialen Sicherungssysteme. Allerdings liegt der finnische Babyboom deutlich früher als der in den west- und mitteleuropäischen Ländern. Die finnische Geburtenzahl ist seit 1947, als sie den Höchststand in der finnischen Geschichte erreichte (zusammengefasste Geburtenrate von 3,46), kontinuierlich gesunken. In der Periode zwischen 1946 bis 1950 erlebte Finnland seinen Ba-

byboom mit zusammengefassten Geburtenraten von 3,5. Damit sind die Kohorten der zwischen 1946 und 1950 Geborenen innerhalb der Alterspyramide am stärksten besetzt und erreichen schon jetzt nach und nach das Rentenalter, rund 10 Jahre früher als in den meisten anderen europäischen Ländern (Nieminen 1999). 1969 fiel die Geburtenrate erstmals unter den Level des Bestandserhalts von 2,1. Die Kohorte 1973 war die kleinste der finnischen Geschichte seit der Unabhängigkeit mit nur 57 000 Neugeborenen (1947: 108.000) und einer zusammengefassten Geburtenzahl pro Frau von 1,50; danach ist die Geburtenrate aber wieder leicht angestiegen. Insgesamt war der Rückgang der Geburtenzahlen seit dem Zweiten Weltkrieg im europäischen Vergleich besonders rasch, aber er begann auf einem sehr hohen Niveau. Die Geburtenrate folgt auch in Finnland dem bekannten Muster: sie sinkt mit steigendem Bildungsgrad und steigender Verstädterung (Nieminen 1993, 6). Eine finnische Besonderheit ist die überdurchschnittlich hohe Mortalität von Männern im mittleren Alter (Nieminen 1993, 11).

Seit Mitte der 70-er Jahre liegt die zusammengefasste Geburtenrate in Finnland bei 1,75 Kindern je Frau. Dies ist weniger, als für den Bestandserhalt der Bevölkerung nötig ist, aber dennoch eine der höchsten Geburtenraten in der EU (EU-Durchschnitt 1999 1,45, Deutschland 1,37). Der Geburtenrückgang begann in Finnland gleichzeitig mit dem wirtschaftlichen Wachstum, obwohl gleichzeitig familienpolitische Maßnahmen wie Kindergeld, Steuererleichterungen und öffentliche Kinderbetreuungsangebote entwickelt wurden. Grund für das Sinken der Geburtenrate war auch in Finnland die Einführung von effektiveren Verhütungsmitteln und der Wandel der Paarethik (Notkola 1994/95, Ritamies 2000). Seit den 1970-er Jahren ist die Geburtenrate in Finnland – anders als in Deutschland und anderen europäischen Ländern – jedoch wieder angestiegen und erreichte 1993 und 1995 sogar Höchststände mit 1,85 Kindern je Frau. (Nieminen 1999, 17). Obwohl sich auch in Finnland das durchschnittliche Erstgeburtsalter seit der Mitte der 1970-er Jahre erhöht hat, ist die Geburtenrate damit bemerkenswert stabil geblieben, wenn auch unterhalb des Bevölkerungserhaltungsniveaus (Miettinen/Paajanen 2003, 202). Im Jahre 2001 lag die zusammengefasste Geburtenziffer bei 1,73 Kindern pro Frau, das Durchschnittsalter bei der Erstgeburt betrug 27,24 Jahre, und der Anteil nichtehelicher Kinder belief sich auf 39,5%. Das Erstheiratsalter betrug 2001 27,3 Jahre für Frauen und 29,6 Jahre für Männer, durchschnittlich wird also nicht vor der ersten Geburt geheiratet. Der Anteil nichtehelicher Partnerschaften belief sich auf 25,6%. Ähnlich wie in Deutschland ist das typische Modell die Zwei-Kind-Familie, demgegenüber machen die Familien mit drei und mehr Kindern bei den verheirateten Paaren 2001 immerhin 22,5% aus, das ist mehr als doppelt so viel wie in Deutschland (Population Data on Finland 1900-2002).

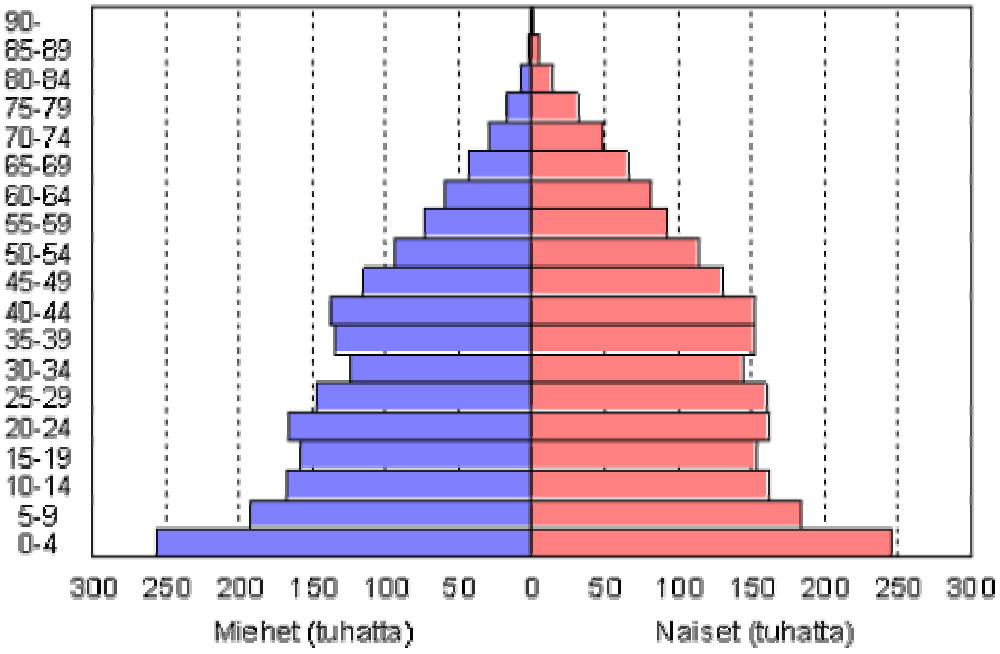
Die Fruchtbarkeit der Familien hing stark von der Wertschätzung einer großen Familie ab. Bis in die fünfziger Jahre war eine große Familie der Stolz finnischer Bauern; diese Haltung

wurde häufig auch religiös fundiert. Ein schneller Wertewandel begleitete jedoch die Industrialisierung; heute sind auch in Finnland Drei-Kind-Familien die Ausnahme; in der Region um Helsinki ist die durchschnittliche Kinderzahl je Familie lediglich 1,3, landesweit 1,7, im Norden (Region um Oulu) etwas höher (Karjalainen 1993, 83). Durch vergleichsweise hohe Fertilität konnte der Norden Finnlands trotz Abwanderung seine Vitalität bewahren (Karjalainen 1993, 85-6).

In einer Studie von 2002 wurden erstmals die Motivationen junger finnischer Männer und Frauen für oder gegen Kinder systematisch empirisch untersucht. Datenbasis dafür war der Population Policy Acceptance Survey, Teil des vergleichenden Family and Fertility Survey, der von der UN finanziert wird und 12 europäische Länder einschließt. Die finnischen Ergebnisse weisen überraschenderweise auf keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen äußeren Rahmenbedingungen und Kinderwünschen hin: Situationsfaktoren, insbesondere die mit dem Arbeitsplatz und der wirtschaftlichen Situation der Familie verbundenen, haben nur einen schwachen Einfluss auf den Kinderwunsch, am ehesten noch bei bisher Kinderlosen, die angesichts von Beschäftigungsschwierigkeiten den Kinderwunsch noch aufschieben. Insgesamt aber zeigte sich, dass Familie und berufliche Selbstverwirklichung für finnische Eltern keine konkurrierenden, sondern parallel verfolgte Ziele sind (Miettinen/Paajanen 2003).

Interessant ist die finnische Bevölkerungsentwicklung vor allem im Blick auf das übrige Europa. Im Jahre 1985 waren 19,4% der Bevölkerung jünger als 15 Jahre und nur 12,6% älter als 65 Jahre, der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter betrug 68% (Lindgren 1991, 100). 1999 haben sich diese Werte kaum verändert: 18,4% unter 15 Jahren, 14,7% Ältere und 66,9% im erwerbsfähigen Alter (Beschreibung der sozialen Lage in Europa 2001, 114). Die Alterung der Bevölkerung hat in Finnland also gerade erst begonnen. Dagegen lag der Anteil der unter-15-jährigen in der Bundesrepublik 1999 bei 15,8% und war damit nach Italien (14,5%) der zweitniedrigste in der EU (a.a.O.). Die finnische Alterspyramide verfügt mithin über eine wesentlich breitere Basis als in Deutschland; bis in die 1950er Jahre war sie noch eine wirkliche Pyramide mit breiter Basis und schmaler Spitze.

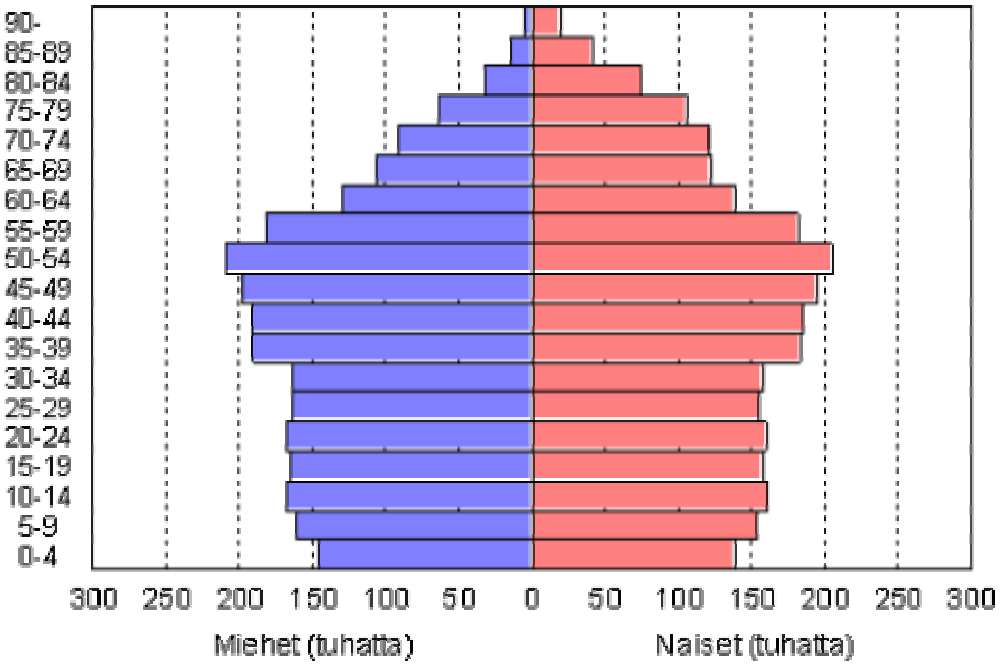
Abb. F3.1: Alterspyramide der Finnischen Bevölkerung 1950



Quelle: Statistik Finnland, Bevölkerungsstatistiken

Auch die derzeitige Bevölkerungsstruktur Finnlands zeigt ein ausgewogeneres und damit weitaus günstigeres Bild als in Deutschland, besonders in Ostdeutschland. Insbesondere ist der Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter vergleichsweise hoch, die Kinder- und Altenlast der erwerbstätigen Bevölkerung vergleichsweise niedrig.

Abb. F3.2: Alterspyramide der finnischen Bevölkerung 2002



Quelle: Statistik Finnland, Bevölkerungsstatistiken

Auch die Familienentwicklung in Finnland folgt mit einer gewissen Verspätung dem europäischen Muster. Seit dem Ende der 1990-er Jahre geht die Heiratsquote zurück, nichttraditionelle Familienformen spielen eine immer größere Rolle. Im heutigen Finnland werden rund ein Drittel der Männer und Frauen nie heiraten. Diese Quote ist erheblich höher als in Deutschland. Unverheiratetes Zusammenleben entwickelte sich sehr ähnlich wie in Deutschland von einer Zwischenstation zur Ehe zu einer eigenständigen Lebensform. Auch die Scheidungszahlen haben erheblich zugenommen. Doch ähnlich wie in Deutschland ist es nach wie vor üblich, dass ein bis dato unverheiratetes Paar heiratet, wenn das erste Kind unterwegs ist. Daher lebt nur ein kleiner Teil der Paare mit Kindern unverheiratet zusammen (ca. 10%) (Lindgren 1995).

Typisch für Finnland wie für die anderen skandinavischen Länder ist die sehr egalitäre Rollenteilung in den Familien. Das nordische Wohlfahrtsstaats-Modell mit umfassenden Kinderbetreuungsangeboten hat dazu ebenso beigetragen wie eine jahrhundertelange Tradition voller Einbindung von Frauen in die (ländliche) Erwerbsarbeit. Finnlands Frauenerwerbstätigkeitsrate ist eine der höchsten in der EU (2001 65,4%, bei Müttern sogar 70%, gegenüber in Deutschland 58,8%), und vor allem sind Frauen ebenso wie Männer praktisch ausschließlich vollzeiterwerbstätig. Die sozio-ökonomische Situation von Familien hat sich diversifiziert: Einerseits ist der Anteil von Familien im unteren Quintil der Einkommenspyramide gestiegen, andererseits hat der Anteil der Familien mit mittleren und höheren Einkommen auch leicht zugenommen (Taskinen 2001).

Einwanderung aus anderen Ländern hat in Finnland nie eine große Rolle gespielt. Bis in die 1980-er Jahre hinein bildeten finnische Rückwanderer aus Schweden die größte Gruppe von Immigranten, die in großen Gruppen während der 1960-er und 1970-er Jahre nach Schweden ausgewandert waren. Noch heute leben über 200 000 finnisch-stämmige Menschen in Schweden, was angesichts der insgesamt kleinen Bevölkerung in der Alterspyramide sichtbar ist. Erst zu Beginn der 1990-er Jahre begannen Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, aber auch aus Somalia und anderen afrikanischen und asiatischen Ländern in größerer Zahl ins Land zu kommen. Im Jahre 1998 waren lediglich 1,6% der finnischen Bevölkerung nichtfinnischer Herkunft, ihre Arbeitslosigkeit lag bei 43%, bei den Flüchtlingen sogar über 70%. Daher spielen Einwanderer auf dem finnischen Arbeitsmarkt nur eine marginale Rolle (Nieminen 1999, 16f.) Die geringe Offenheit für ausländische Immigration wird – anders als in Deutschland – auch nicht beklagt, sondern als Nationalcharakteristikum hingenommen: Finnen seien traditionell reserviert gegenüber Menschen fremder Kultur, zudem seien die Winter lang, kalt und dunkel (Lindgren 1991, 111).

F2.3 Abwanderung in Finnland unter besonderer Berücksichtigung der Region Mittelfinnland

Die „große Wanderung“ – Bevölkerungskonzentration und Zunahme regionaler Disparitäten

Veränderungen der Bevölkerung durch Migration sind gewöhnlich größer und vor allem schneller als Veränderungen durch die Bewegung in Fertilität und Mortalität. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind die regionalen Bevölkerungstrends in Finnland unausgewogen. Die wichtigsten Migrationsrichtungen der sogenannten ersten „Großen Wanderung“ in den 1950-er und 1960-er Jahren verliefen von den ländlichen in die städtischen Regionen und aus dünn besiedelten in dichter besiedelte Regionen. Dieser Effekt wurde durch die Emigration nach Schweden, die an der Wende der 1960-er zu den 1970-er Jahren ihren Höhepunkt erreichte, noch verstärkt. Unter dieser Emigration hatte vor allem der Norden Finnlands zu leiden. Diese Abwanderung nach Schweden ist durchaus parallel zu setzen mit der Abwanderung von Ost- nach Westdeutschland. Denn Schwedisch ist in Finnland sogenannte „zweite Muttersprache“. Aufgrund der kulturellen Dominanz Schwedens war Schwedisch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts Amts-, Schul- und Bildungssprache. Von Anfang des 13. Jahrhunderts bis 1809 war Finnland Teil des Schwedischen Königreichs. Noch heute müssen alle finnischen Kinder in der Schule Schwedisch lernen. Dadurch bedeutete die Auswanderung nach Schweden einen vergleichsweise geringeren kulturellen Bruch und spielte gerade in den Übergangsjahren, als der ökonomische Aufstieg Finnlands noch in den Kinderschuhen steckte, die Rolle eines Ventils für den Arbeitsmarkt. Von 1961 bis 1970 verlor Finnland an Schweden 143 000 Menschen (Nettomigrationssaldo) (Tervo 2003, 7). Noch heute leben und arbeiten über 200 000 Finnen in Schweden.

Eine solche Etablierung eines privilegierten Migrationssystems (Münz 2001) stabilisiert Migrationsströme auf hohem Niveau und vermeidet gleichzeitig Integrationsprobleme im aufnehmenden Land. Aus der Perspektive der abgebenden Region können solche Beziehungen dann positiv wirken, wenn die Heimatbindung erhalten bleibt und sie zu regelmäßigen Finanztransfers und ggf. einer späteren Rückkehr führen. Von dieser Rückkehr der Migranten profitiert die finnische Bevölkerungsentwicklung seit den 1990-er Jahren: Finnen aus Schweden und Mitteleuropa kehren wegen der verbesserten wirtschaftlichen Lage zurück, dazu kommen Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, sowohl finnischen Ursprungs als auch nichtfinnischen Ursprungs (Durham u.a. 2000, 6).

Die wichtigste Auswirkung der Binnenwanderung in Finnland war die Konzentration der Bevölkerung zunächst auf die kleineren, dann zunehmend auf die größeren Städte und das Leerziehen ländlicher und peripherer Räume. 1950 gab es in Finnland nur 45 Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern, 1998 mehr als doppelt so viele (101; Heikkilä/Järvinen 2002). In den 1970-er Jahren vermochte die rasche wirtschaftliche Entwicklung die Zentralisierung zu dämpfen, aber seit Anfang der 1980-er Jahre wird ein Trend zu einer Neuauflage der

„Großen Wanderung“ erkennbar (Karjalainen 1993, 84). Diese ist aber in hohem Maße konjunkturabhängig – so ließ die Wanderung 1991, einem deutlichen Krisenjahr für die finnische Wirtschaft, deutlich nach (Heikkilä/Järvinen 2002, 4). Seit Mitte der 1990-er Jahre erleben auch die kleineren städtischen Zentren, die seit den 1970-er Jahren erhebliche Wanderungsgewinne verzeichneten, einen Verlust durch Abwanderung. Betrachtet man die Landesfläche, sind mittlerweile in Finnland 90% des Landes Abwanderungsgebiete, in denen die Entvölkerung eine weitere Entwicklung erheblich erschwert (Tervo 2003, 8f.) Insgesamt aber ist die im europäischen Vergleich nachholende finnische Urbanisierung – wie die portugiesische – noch nicht abgeschlossen. Es wird angenommen, dass die Bevölkerung in den Hauptstädten Lissabon und Helsinki von 1995-2015 um rund 25% wachsen wird (Heikkilä/Järvinen 2002, 12).

Seit dem zweiten Weltkrieg sind die Binnenwanderungsströme in Finnland unausgeglichen. Neben der bereits erwähnten Urbanisierungstendenz spielt auch generell eine Wanderung von den weniger zu den dichter bevölkerten Regionen eine Rolle. Die Bevölkerung hat sich dadurch in den südlichen und südwestlichen Landesteilen konzentriert; und dieser Prozess wurde durch die Emigration nach Schweden in den 1960-er und 1970-er Jahren noch verstärkt. Ein gewisses Gleichgewicht schien Mitte der 1970-er Jahre hergestellt; in den 1990-er Jahren begann jedoch eine neue Welle der Migration und Abwanderung von Norden nach Süden. Auf der Mikro-Ebene lässt sich ebenfalls eine Konzentration verzeichnen: Rund zwei Drittel der Wanderungen finden innerhalb von Kommunen statt, und dort von den wenig bevölkerten ländlichen Regionen in die kleineren städtischen Zentren (Karjalainen 1993). Jeder dritte finnische Erwerbstätige pendelt zu seiner Arbeitsstelle aus seiner Heimatstadt heraus (Heikkilä/Järvinen 2002, 10). Angesichts der großen Entfernungen ist Pendeln jedoch in Finnland keine Lösung für die regionalen Disparitäten.

Mittelfinnlands Bevölkerung nahm durch natürlichen Zuwachs und Zuwanderung von 1996 bis 2002 um 1,5% zu. Dies liegt knapp unter dem Landesdurchschnitt von 1,7%. Für ganz Finnland betrachtet, ist es offensichtlich, dass ein negativer Wanderungssaldo auch auf die Geburtenrate wirkt. Mit einer Ausnahme haben alle Regionen mit negativem Wanderungssaldo auch einen negativen Geburten-/Sterbesaldo (Rakennemuutoskatsaus 2003, Tab. 1.1). In Mittelfinnland war der Wanderungssaldo seit Mitte der 1990-er Jahre ausgeglichen, während die Region um Helsinki (Uusimaa) erhebliche Zuwächse von 1996-2002 über 40 Personen je 1000 Einwohner verzeichnen konnte (Rakennemuutoskatsaus 2003, Tab. 1.4).

Selektive Abwanderung und ökonomische Abwärtsspiralen in peripheren Regionen

Arbeit als zentraler Produktionsfaktor ist nicht homogen. Nur ein kleiner Teil der Arbeitskräfte bildet eine Elite mit Kreativität, Visionen und der Fähigkeit zum Management, während die große Mehrheit Arbeitsplätze ausfüllt, die von dieser Minderheit geschaffen und gemanaged

werden. In modernen Volkswirtschaften, in denen sowohl Kapital wie Rohstoffe hochmobil sind, wird überdurchschnittlich hohe regionale Arbeitslosigkeit zumeist durch einen Mangel an gut qualifizierten Menschen verursacht. Daher spielt die Mobilität der am besten Qualifizierten eine besondere Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen. In Finnland wurden diese Fragen durch die Regionalforschung intensiv untersucht und führen zu wichtigen Schlussfolgerungen für Sachsen-Anhalt.

Abwanderung beeinflusst in Finnland spürbar die Bevölkerungszusammensetzung: Typischerweise verlassen die Jüngsten und am besten Ausgebildeten und überdurchschnittlich oft Frauen ihre ländliche oder kleinstädtische Heimat und ziehen in die größeren Zentren, zumeist nach Helsinki. Arme Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit verlieren tendenziell einen erheblichen Anteil ihrer besser ausgebildeten, jüngeren Bevölkerung; ihre Altersstruktur ist ungünstiger und sie weisen einen Männerüberhang auf. In den Nettoabwanderungsgebieten haben sowohl die Binnenmigration wie die Außenmigration die Erwerbsbevölkerung und die Bevölkerung im Reproduktionsalter vermindert, da zwei Drittel der Migranten aus der Altersgruppe der 15-34jährigen kommen. Wanderung vermindert auch die Heiratschancen der verbleibenden Bevölkerung, denn die Mehrzahl der Wanderer sind Frauen. Dies ist ein typisches Problem für ländliche Gebiete; eine männlich dominierte Bevölkerung ist typisch für die ländlichen Regionen. Die Alters- und Geschlechtsverteilung wird durch Abwanderung verzerrt, was auch die Fruchtbarkeit vermindert (Karjalainen 1993, 84-86). In Finnland wirkt dies bereits auf eine Verminderung der Heirats- bzw. Paarbildungschancen hin. In ländlichen Gebieten und im Norden und Osten des Landes gibt es einen deutlichen Männerüberhang, in städtischen und halb-städtischen Gebieten dagegen einen Frauenüberschuss (Durham u.a. 2000, 39-42, siehe auch nachstehende Abbildung).

Die natürliche Bevölkerungsbewegung (mehr Knaben- als Mädchen-Geburten) führt zu einem Männerüberschuss in den jüngeren Altersgruppen und einem Frauenüberschuss in den Altersgruppen jenseits etwa von 60 Jahren. Wegen ihres höheren Altersdurchschnitts wäre für Abwanderungsregionen daher ein Frauenüberschuss zu erwarten. Dieser Effekt wird jedoch überkompensiert durch die verstärkte Abwanderung von Frauen. Diese Verzerrung der Geschlechtsstruktur in Finnland ist der in Polen und anderen postsozialistischen Ländern sehr ähnlich (Durham u.a. 2000, 40).

Abb. F3.3: Frauen je 100 Männer nach Kommunen, alle Altersgruppen, Finnland 1996

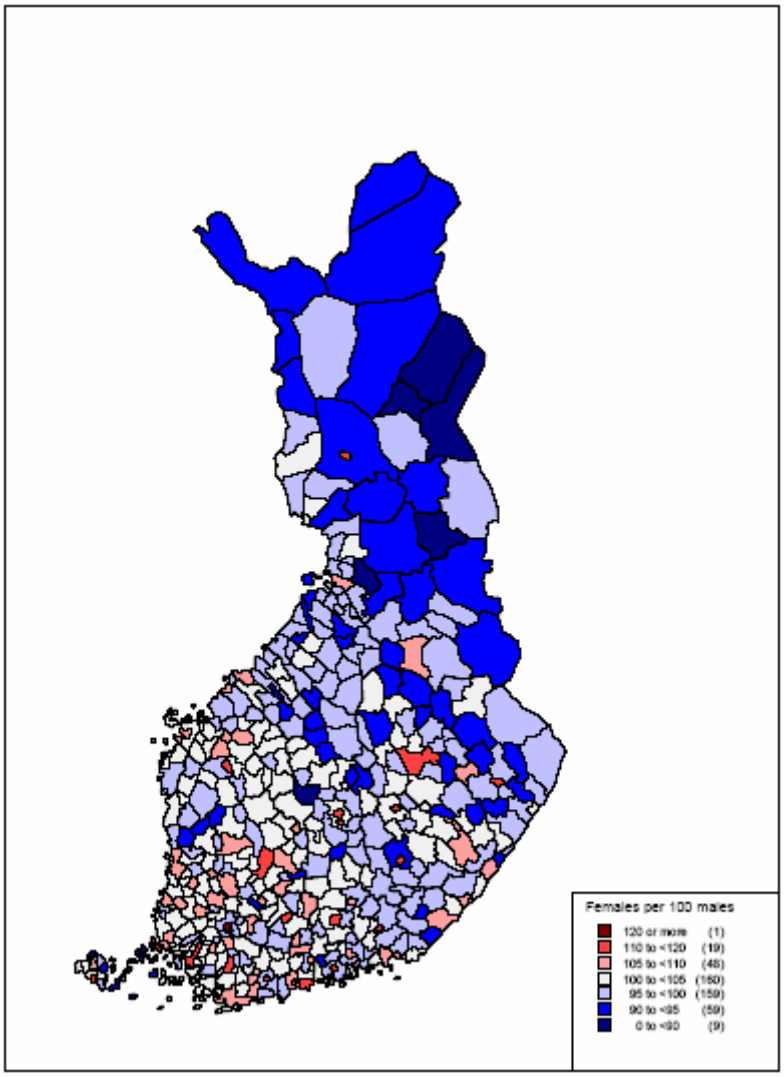


Abbildung aus: Durham u.a. 2000, 41, Abb. 14.

Da auch in Finnland vor allem die besser Qualifizierten mobil sind, können prosperierende Regionen Zuwachs besonders qualifizierter Arbeitskräfte verbuchen, was die wirtschaftliche Entwicklung weiter in Schwung bringt, während diese durch Menschen herbeigeführte Dynamik in den Abwanderungsregionen fehlt. Aus Lappland (Norden) und Kainuu (Osten) wanderten von 1997 bis 2002 zwischen 115 und 122 besser qualifizierte Menschen je 1000 der Bevölkerung ab, während in der Region Helsinki über 100 besser qualifizierte Menschen je 1000 zuwanderten (Rakennemuutoskatsaus 2003, 41). Regionalstudien zu den Auswirkungen der Abwanderung auf die finnischen Regionen haben deutlich zeigen können, dass vor allem die „Qualität“ der Abwandernden (im Hinblick auf Alter, Ausbildung, Humankapital und nicht beobachtbare Faktoren) und nicht so sehr der Umzug selbst zu ihren verbesserten Beschäftigungschancen beiträgt (Tervo 2003, 9). Anders gesagt finden Abwanderer am Zielort nicht deshalb Beschäftigung, weil dort bessere Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden

sind, sondern vor allem, weil sie selbst Qualifikationen aufweisen, die sie leicht eine Beschäftigung finden lassen.

So hat die Zentralisierung und vor allem die zweite „große Wanderung“ seit Beginn der 1990-er Jahre in manchen dünn besiedelten Regionen abwärts gerichtete Spiralen in Gang gesetzt: Zentralisierung und Abwanderung zerstören die örtliche Dynamik und führen zu weiterer Abwanderung, ja zu Entvölkerung. Dadurch werden die Lebensbedingungen in diesen Regionen für die dort verbleibenden Menschen in Mitleidenschaft gezogen, z.B. durch erhöhte Kinder- und Altenquotienten. Die Dependency Ratio für Gesamtfinnland liegt zur Zeit bei 1,3, ist aber in Lappland und Kainuu bereits teilweise bei 2,5, d.h. ein Erwerbstätiger muss 2,5 nicht Erwerbstätige unterhalten (Tervo 2003, 12).

Geografische Lage und Bevölkerungsdichte haben sich in unterschiedlichen Studien als die wichtigsten Bestimmungsfaktoren für die finnische Binnenmigration erwiesen. Im Modell betrachtet, wirken sie eindeutiger als die regionale Wirtschaftslage; der Faktor Arbeitslosigkeit erklärt allein die Binnenwanderung nicht (Durham u.a. 2000, VII). Vielmehr kommt es offenbar auch auf die Qualität des Arbeitsplatzangebotes an: Die auf dem Export und den neuen Informationstechnologien basierenden Industrien haben seit Anfang der 1990-er Jahre zu einem regional sehr ungleichen Wachstum geführt. Denn gerade die wissensbasierten Arbeitsplätze entstanden überwiegend in städtischen Zentren mit Anschluss an eine Hochschullandschaft, und setzten eine neue, qualitativ bestimmte Wanderungsspirale in Gang. So entstanden z.B. zwei Drittel der von 1993-1996 geschaffenen Arbeitsstellen in den drei größten, südwestlich gelegenen Regionen Helsinki, Tampere und Turku (Tervo 2003, 8).

Auch innerhalb der Region Mittelfinnland ist es schwer, die regionalen Disparitäten auszugleichen. Das Wachstumszentrum Jyväskylä strahlt in die Region aus, aber führt in der Peripherie ebenfalls zu Abwanderung und zu erheblichen Problemen. Die Beschreibung der Bevölkerungslage in den nördlich gelegenen Ziel-1-Gebieten Mittelfinnlands ähnelt frappierend der Situation in Sachsen-Anhalt. Im Regionalentwicklungsplan für diese Gebiete heißt es über die dort gelegenen Städte Saarijärvi und Viitasaari: Sie liegen abseits der großen Fernverkehrsstraßen. Die Entfernung zu Jyväskylä beträgt 65 bzw. 99 Kilometer. Diese Entfernung ist bereits zu groß, um in einer Region mit durchschnittlich 8 Einwohnern/km^2 kleine Städte von den Wachstumsimpulsen profitieren zu lassen. Die meisten Einwohner der beiden Städte, insbesondere Familien mit Kindern, wohnen im Stadtzentrum, während in den Streusiedlungen rundum vorwiegend Über-55-Jährige wohnen. Der Mangel an geeigneten Arbeitsplätzen, hohe Arbeitslosigkeit und die Anziehung des Zentrums Jyväskylä haben zu Abwanderung beigetragen. Häufig entscheiden sich Familien zur Abwanderung, wenn ihre Kinder das Schulalter erreicht haben. Da Arbeitsplatz, Karriere und Ausbildungsmöglichkeiten für die Wanderungsentscheidung am wichtigsten sind, wandern Arbeitslose und Menschen ohne Ausbildung am seltensten. Dadurch wird die wirtschaftliche Entwicklung erheb-

lich erschwert. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen liegt bei 28-30%, das BIP/Kopf bei 64% (Saarijärvi) und 59% (Viitasaari) des Landesdurchschnitts (Keski-Suomi 2000, 7-17, Vartiainen/Saarelainen 2002). Dieses Beispiel aus Mittelfinnland zeigt: Seit den 1990-er Jahren erleiden auch die kleineren Zentren, die zuvor Gewinner der Zentralisierung waren, einen Bevölkerungsverlust (Tervo 2003, 3). Insgesamt ist die regionale Konvergenz zum Erliegen gekommen, auch die unterschiedlichen Einkommen gleichen sich nicht länger an, obwohl sich die finnische Wirtschaft insgesamt erholt hat.

Am finnischen Beispiel kann sehr klar belegt werden, dass zwar regionale Arbeitslosenraten die Wanderungsneigung erhöhen, nicht aber individuelle Arbeitslosigkeit, d.h. Menschen ziehen aus Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich häufig weg, aber es ziehen nicht überdurchschnittlich viele Arbeitslose weg – regionale und nicht persönliche Arbeitslosigkeit ist der wirkende Faktor (Tervo 2000a). Daher wirkt Abwanderung nicht als Ventil, sondern verschärft die regionalen Disparitäten eher. Das passt nicht ganz zu bisherigen Studien und auch zu Alltagserfahrungen, nach denen zu erwarten wäre, dass persönliche Arbeitslosigkeit stärker wirkt als regionale. Eine mögliche Erklärung für diesen überraschenden Befund ist die Eigentümlichkeit Finnlands und der nordischen Länder im allgemeinen: Dünne Bevölkerung und ein hohes Niveau sozialer Sicherung. Die arbeitsmarktregulierende Funktion der Migration funktioniert aber nur dann, wenn persönliche Arbeitslosigkeit der auslösende Faktor für Wanderungen ist. In der südlichen Region Uusimaa (Großraum Helsinki) ist das auch so, im nördlichen Finnland hingegen nicht: Die Auswirkungen persönlicher Arbeitslosigkeit werden durch den Wohlfahrtsstaat teilweise abgefedert, hinzu kommen Vorteile durch intakte Natur. Also wandern nicht diejenigen ab, die keinen Arbeitsplatz vor Ort finden, sondern diejenigen, die andernorts einen besseren finden, was wiederum die Entwicklung der Wachstumsregionen weiter fördert (Tervo/Ritsilä 1998).

Regionale Haltefaktoren in Finnland: Haus, Heimatgefühl und Wohlfahrtsstaat

Es ist offensichtlich, dass eine Bevölkerungsbewegung dieses Ausmaßes und dieser Art problematische wirtschaftliche Folgen hat. Grundsätzlich musste deshalb die in Finnland in den 1960-er und 1970-er Jahren verfolgte Strategie der Erleichterung der Mobilität von Arbeitskräften (durch Pendlerbeihilfen, Einrichtung von Busverbindungen für Saisonarbeiter etc.) überdacht werden, denn sie führt offenbar nicht zu vermehrten Arbeitsangeboten für Arbeitslose. Migration ist daher weder für die Individuen noch für die Regionen eine geeignete Strategie gegen Arbeitslosigkeit, sondern sie hat – das belegen alle empirischen Studien für Finnland zweifelsfrei – zur Verschärfung der regionalen Disparitäten beigetragen (Tervo 2000a, 344).

Die Determinanten der Binnenmigration in Finnland wurden vielfach untersucht. In einer Zusammenfassung zahlreicher ökonomischer Untersuchungen resümiert sie Pekkala (2000, 85) wie folgt:

Tab. F3.1: Makroökonomische Variablen

Makroökonomische Variablen mit Einfluss auf den regionalenWanderungssaldo	
negativ	positiv
regionale Erwerbslosigkeitsquote	Wachstum des regionalen Pro-Kopf-Einkommens
Höhe der regionalen Steuern (Grundsteuer u.a.)	Zunahme des durchschnittlichen Bildungsniveaus der Bevölkerung
Anteil der Arbeitsplätze im primären Sektor	Eigenheimbesitz-Quote
niedrige Bevölkerungsdichte	Zunahme der Beschäftigungsquote
Höhe der Lebenshaltungskosten	Öffentliche Investitionen in die Region
	Verfügbarkeit sozialer Dienstleistungen

Eigene Darstellung

Finnlands wirtschaftliche Transformation machte einen großen Sprung von einer vorwiegend agragrisch strukturierten Gesellschaft zu einer Dienstleistungsökonomie. Der Ausbau des Wohlfahrtsstaats nach skandinavischem Muster, des Schul- und Universitätssystems förderte die Entwicklung des Landes sehr. Innerhalb des öffentlichen Sektors wuchs der kommunale Bereich am schnellsten. Durch staatliche Förderung wurde ein Ausgleich innerhalb der Regionen hinsichtlich der Erreichbarkeit staatlicher Dienstleistungen sicher gestellt. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass die regionalen Disparitäten in Finnland auf der Ebene der Wohlfahrtsstaatlichkeit und des individuellen Lebensstandards nicht groß sind, obwohl sie auf der Ebene von Produktivität und Beschäftigung erheblich auseinander fallen (Tervo 2003, 5-7). Der Ausbau staatlicher Daseinsvorsorge kann daher Disparitäten mindern und Abwanderung verhindern. Zugleich erschwert er aber, wie oben gezeigt, individuelle Anpassungsstrategien durch Abwanderung bei Arbeitsplatzverlust.

Eine soziologische Analyse von Wanderungsmotiven in Finnland in den 1980-er und 1990-er Jahren unternimmt Hannu Kytö in seiner in finnischer Sprache vorliegenden Dissertation (Kytö 1998). Er kann zeigen, dass die Bereitschaft zur Abwanderung in der Krise 1993 geringer war als in den Wachstumsjahren seit 1989, denn in Boom-Zeiten spielen sekundäre Motive wie Wohnungsgröße oder Qualität der Umwelt eine größere Rolle als mögliches Abwanderungsmotiv. In der Krise dagegen sind die elementaren Faktoren wie Arbeitsplatz oder Lebenshaltungskosten wichtiger. Durch den Umbau der Industrie- in eine Wissensgesell-

schaft haben zudem bestimmte Haltefaktoren (Hausbesitz, Bindung an einen bestimmten Beruf) an Kraft verloren.

Eine umfassende Studie zur Mobilität gut ausgebildeter Menschen in Finnland konnte zeigen, dass zwar grundsätzlich Beschäftigungschancen die Wanderungsneigung prägen, dass dem aber Haltefaktoren gegenüber stehen, die von Individuum zu Individuum durchaus unterschiedlich wirken können. Wanderungsentscheidungen werden üblicherweise nach Abschluss der (Hochschul-)Ausbildung gefällt. Dabei spielt die Heimatbindung für die Hochgebildeten in der Regel eine geringere Rolle als für die weniger Qualifizierten. Dies gilt jedoch nicht für die Gruppe der Akademiker, die in ihrer Heimatregion studiert haben. Sie weisen vielmehr eine starke, weniger stark arbeitsplatzabhängige Heimatbindung auf (Aho 2002, 4, 7), d.h. es gibt Individuen, die danach streben, ihre Heimatregion nicht zu verlassen, und deshalb ihr Studium nach Möglichkeit in der Heimatregion aufnehmen.

Die Zielwahl der Wandernden hängt in hohem Maß von ihrem erreichten Bildungsniveau ab, d.h. je höher das Bildungsniveau, desto wahrscheinlicher werden sie in urbane Wachstumszentren wandern (Haapanen 2003, 88). Darüber hinaus sind Familien mit zwei Erwerbstätigen, und das ist in Finnland die große Mehrheit der Familien, in besonderer Weise darauf angewiesen, in Regionen zu leben, wo für beide Partner eine Beschäftigungsmöglichkeit besteht (Järvinen 2003). Die Mobilität von Familien zeigt in Finnland und vermutlich überall in der Welt ein ähnliches Muster: Kinderlose Paare und Paare mit Kindern im Vorschulalter sind am ehesten wanderungsbereit, während die Mobilität von Familien mit Schulkindern rapide abnimmt. Sowohl die dann sehr häufige Erwerbstätigkeit der Mutter als auch Schule, Freundschaften und Kinderbetreuungs-Netzwerke stellen im Familienzyklus ab dem Schuleintritt der Kinder starke Haltefaktoren dar. Berufstätigkeit beider Partner senkt die Wanderungswahrscheinlichkeit (Nivalainen 2000, 12f.).

F 3.4 Maßnahmen zur Stabilisierung der Bevölkerung

Familienpolitische Maßnahmen

Familienpolitik in Finnland zielt schwerpunktmäßig auf die Bereitstellung angemessener Kinderbetreuung und unterstützender Dienstleistungen zur Erziehung, erst in zweiter Linie geht es um den teilweisen Ausgleich von Kosten, die Eltern durch das Kinderhaben entstehen. Familienpolitik soll explizit auch die gleichgewichtige Teilhabe beider Elternteile an der Erziehung der Kinder fördern. Deshalb verfügt Finnland über ein umfassendes System der staatlichen Kinderbetreuung ab dem jüngsten Alter und – wie durch die PISA-Studie mittlerweile in Deutschland weit bekannt ist – in ausgezeichneter Qualität (Ministry of Social Affairs and Health 2002).

In den hohen Investitionen, die für den Sektor der vorschulischen und schulischen Bildung getätigt werden, zeigt sich eine bewusste Schwerpunktsetzung der finnischen Regierung, die ihr rohstoffarmes, noch bis in die 50-er Jahre hinter der europäischen Entwicklung hinterher hinkendes Land durch Investitionen in das Humankapital erfolgreich gemacht hat, und zwar sowohl in ökonomischer als auch in sozialer, politischer und kultureller Hinsicht. Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP betrug in Finnland 1997 6,7% und wurde nur von Dänemark und Schweden übertroffen (Deutschland: 4,7%, EU-Durchschnitt: 5,1%). Die Qualität der Kinderbetreuung wird auch durch die hohe Qualifikation des Personals sichergestellt. Alle Mitarbeiterinnen müssen einen beruflichen Abschluss haben, mindestens ein Drittel einen Hochschulabschluss auf Bachelor-Niveau (BA of Education oder Master of Education). Das Betreuungsverhältnis beträgt 1:7 für die 3-6jährigen und 1:4 für die Unter-3-jährigen in Ganztagsbetreuung. Private Tagesmütter dürfen maximal 4 Kinder betreuen, ihre eigenen eingeschlossen, und sie müssen entsprechende Fortbildung nachweisen. Als Philosophie liegt dem System das Prinzip der „Educare“ zugrunde, also eine Betreuung, die zugleich Bildung und Erziehung ist. In der frühen Kindheit soll die Basis für lebenslanges Lernen gelegt werden. Nicht so sehr das individuelle Aufwachsen, sondern das gemeinsame Entdecken und Lernen stehen im Vordergrund. Als Basis für das Zusammenwirken von Eltern und Betreuungseinrichtung wird für jedes Kind ein individueller Bildungs- und Erziehungsplan aufgestellt.

Seit 1973 hat das Recht auf Kinderbetreuung eine gesetzliche Grundlage. Kinderbetreuungseinrichtungen sind in kommunaler Trägerschaft und für Familien mit niedrigem Einkommen kostenlos; die erhobenen Beiträge decken ungefähr 15% der Gesamtkosten. Seit 1996 haben alle Kinder unterhalb des Schulalters einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz; seit 1997 können Eltern alternativ auch eine Beihilfe zur privaten Kinderbetreuung beziehen. Ein freiwilliges Vorschuljahr ist seit 2001 kostenlos für alle Kinder, die Schulpflicht beginnt erst mit 7 Jahren. Ein großer Teil der Kinder im Vorschulalter nimmt die Tagesstätten in Anspruch, ca. 85% davon Ganztagesplätze.

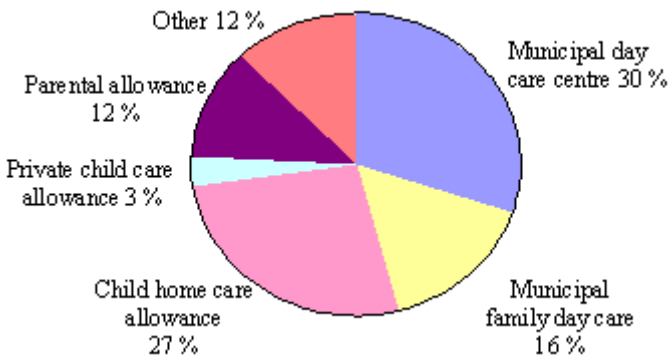
Tab. F3.2 Kinder in kommunalen Kinderbetreuungseinrichtungen in Finnland, 2000

Alter	**Kinder in Tages-betreuung**	**% der Alters-gruppe**
0	784	1.4
1	14 733	25.6
2	22 386	39.3
3	33 112	55.8
4	38 005	62.5
5	42 208	66.8
6	41 625	63.8
Total	192 853	45.9

Quelle: Finnisches Erziehungsministerium

Demgegenüber nehmen sich die direkten Familienbeihilfen in Finnland eher bescheiden aus, Steuerfreibeträge gibt es nicht. Nach der Mutterschutzperiode, in der je nach Einkommensniveau zwischen 25 und 70% des vorherigen Einkommens ausbezahlt werden, besteht eine Wahlmöglichkeit zwischen der Inanspruchnahme öffentlicher Kinderbetreuung oder einer Beihilfe für die häusliche Betreuung (vergleichbar dem Erziehungsgeld). Diese beläuft sich (2001) auf rund 252 € pro Monat und kann auch für die Bezahlung einer privaten Kinderbetreuung verwendet werden. Diese Regelung hat zu intensiven Debatten über die Notwendigkeit häuslicher Betreuung von sehr kleinen Kindern geführt. Auch in Finnland besteht kein Konsens über die Frage, ob Kinder unter drei Jahren besser zu Hause oder in einer Einrichtung betreut werden. Als Reaktion auf die auch in Finnland sinkenden Geburtenraten wurde Gesundheitserziehung als Lehrfach in Schulen seit 2001 eingeführt (Taskinen 2001). Seit 1989 besteht Mutterschafts-, Vaterschafts- und Erziehungsurlaub mit voller Beschäftigungsgarantie, das Erziehungsgeld kann bis zum dritten Geburtstag des Kindes bezogen werden, solange das Kind keine Betreuungseinrichtung besucht. Trotz des generell hohen wohlfahrtsstaatlichen Niveaus sind jedoch nicht anders als in Deutschland auch in Finnland Ein-Eltern-Familien stärker von den Auswirkungen der Konjunkturkrise und damit von Armutsrisiken betroffen als Zwei-Eltern-Familien (Forssén 1998).

Abb. F3.4: Art der Tagesbetreuung für Kinder im Alter von 0-6 Jahren, Finnland Ende 2000



(Municipal day care centre: Kommunale Kindertagesstätte, Municipal family day care: Kommunal organisierte Tagesmutter, Child home care allowance: Erziehungsgeld; Private child care allowance: Zuschuss zur privaten Kinderbetreuung, Parental allowance: Mutterschutzgeld/Elterngeld)
Quelle: Finnisches Erziehungsministerium

Nicht anders als in entsprechenden deutschen Untersuchungen, lässt sich auch für Finnland zeigen, dass in Befragungen die „ideale Familiengröße“ im Allgemeinen deutlich mehr Kinder umfasst, als die Individuen für sich persönlich für ideal halten. So wurden in unterschiedlichen Befragungen in Finnland Männer und Frauen nach der persönlichen und der im Allgemeinen idealen Familiengrößer gefragt, und beide Werte blieben über die Jahrzehnte bemerkenswert konstant. Als ideale Familiengröße im Allgemeinen wurde 1966-1977 stets 2,9 Kinder angegeben, bis 1997 2,5-2,6 Kinder. Als persönliches Ideal bzw. persönlich angestrebte Familiengröße nannten die Befragten zwischen 1966 und 1997 konstant Werte zwischen 2,3 und 2,6 Kindern (Ritamies 2000, 32).

Familienpolitik hat in Finnland kein explizit bevölkerungspolitisches Ziel. Qualität und Verfügbarkeit der Kinderbetreuung schaffen jedoch zweifellos ein günstiges Klima für Familiengründung. Allerdings haben Studien für Schweden belegen können, dass weder die Verfügbarkeit noch die Qualität von Kinderbetreuung in einer Region irgendwelche Auswirkungen auf die Geburtenrate hat (Hank 2003).

Direkte Maßnahmen zur Beeinflussung des Wanderungsverhaltens

Ziel der finnischen Regionalpolitik war bis Anfang der 1990-er Jahre neben der Verminderung regionaler Disparitäten und Verbesserung der Infrastrukturen auch, die Abwanderung zu reduzieren. Im Zuge einer liberalisierten Wirtschaftspolitik sind diese Ansätze jedoch dem Ziel der – gesamtstaatlich definierten – Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet worden. In den Gebieten mit den größten Wanderungsverlusten, besonders in Ostfinnland und in Lappland, wurden Rückwanderungs-Kampagnen (Werbe- oder Marketing-Aktionen) gestartet, um Menschen, die zu den Wachstumszentren abgewandert waren, zu einer Rückkehr in die Heimat zu bewegen. Als Pull-Faktoren galten dabei die Natur und ihre Weite, die ländliche Lebensweise und der vielfach vorhandene Wunsch, Kindern ein sicheres Aufwachsen in heiler Umwelt zu ermöglichen. Voraussetzung dafür war aber stets, dass die Menschen in ihrem

Beruf eine Arbeitsstellen finden konnten. Der Erfolg dieser Kampagnen ist noch nicht evaluiert worden (Heikkilä/Järvinen 2002, 12). Insgesamt aber zeigte sich, dass Migration keine wirksame Strategie zur Überwindung individueller Arbeitslosigkeit ist. Zwar ist die Gruppe der Binnenwandernden in Finnland weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als die immobilen Personen, aber dies ist nicht auf die Abwanderung zurückzuführen, sondern darauf, dass die Mobileren auch bessere Arbeitsmarktchancen haben. Auch dieses Ergebnis weist wiederum auf den enormen qualitativen Effekt der Abwanderung hin – es bleiben vor allem die Personengruppen mit Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt (Pekkala/Tervo 2002).

Politische Maßnahmen zur Entwicklung des Humankapitals der weniger entwickelten Regionen haben sich in Finnland bisher nicht als erfolgreich erwiesen. Der Trend zur Abwanderung der besser Qualifizierten ließ sich in keiner Weise aufhalten (Haapanen 2003, 88). Da der wirksamste Pull-Faktor offenbar die durchschnittliche Einkommenshöhe am Zielort ist, erscheinen in finnischen Fallstudien „Bleibezulagen“ zum Einkommen als theoretisch wirksamstes Mittel zur Verhinderung von Abwanderung, das sich in makro-ökonomischen Simulationen als wirksam erwiesen hat. In Finnland wurden solche Politiken noch nicht erprobt, wohl aber in Norwegen. Dort gilt in den peripheren Regionen ein ermäßigter Einkommenssteuersatz; Arbeitgeber sind von den Arbeitgeberanteilen in der Sozialversicherung befreit (Haapanen 2003, 110). Eine Simulation der möglichen Wirkungen einer entsprechenden selektiven Besteuerung in Finnland (Haapanen/Ritsilä 2001) kam zu dem Schluss, dass vor allem Hauseigentümer durch eine verminderte Besteuerung deutlich seltener aus den peripheren in die Wachstumsregionen abwandern würden. Insgesamt würden, bei einer angenommenen Arbeitslosigkeit von 25% in der abwanderungsgefährdeten Region, bei einem 10% höheren Nettoeinkommen die Wahrscheinlichkeit der Abwanderung um 74% fallen, bei einem 25% höheren Nettoeinkommen um 84%. Eine solche Steigerung des Nettoeinkommens könnte z.B. durch geringere Belastung bei den Sozialabgaben oder den Gemeindesteuern erreicht werden.

Der Blick auf die finnische Regionalentwicklung kann auch beantworten, ob Zuwanderung in wirtschaftliche schwache Regionen wirksam gefördert werden kann. Eine Analyse von Personen, die 1993-1996 in ökonomisch schwache finnische Regionen zuwanderten, ergab, dass nicht nur die Abwanderung, sondern auch die Zuwanderung selektiv ist. Auch in die wirtschaftlich schwächsten Regionen wandern konstant Menschen zu. In Finnland handelt es sich dabei zu rund 30% um Rückkehr-Migration. Abwanderungen aus Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit sind zu 45% Rückkehr-Wanderungen; d.h. typischerweise wandert ein Rückkehrer von einer prosperierenden in eine wirtschaftlich schwache Region zurück, und zwar insbesondere dann, wenn er in der neuen Heimat arbeitslos geworden ist. Es lässt sich zeigen: Je höher die Arbeitslosigkeit in der Zuwanderungsregion, desto niedriger der Ausbildungsstand der Zuwanderer und desto höher der Bildungsstand der Abwanderer. Der Pro-

zess der Konzentration des Humankapitals auf prosperierende Regionen wird dadurch weiter verstärkt (Kauhanen/Tervo 2002). Eine andere Studie konnte zeigen, dass Zuwanderer im ländlichen Raum durchschnittlich älter sind und dass das Erreichen des Rentenalters die Wahrscheinlichkeit des Zuwanderns in ländliche Regionen fördert, und zwar insbesondere für Rentner mit niedrigerem Einkommen. Der niedrigere Preis für Wohnraum mag dabei eine Rolle spielen, und auch für diese Gruppe spielt Rückkehr-Wanderung die größte Rolle (Nivalainen 2003). Ein positiver Faktor für den wirtschaftlichen Aufschwung Finnlands ist die geringe Größe und relative Homogenität des Landes (Tervo 2003, 1); Strategien zur Förderung der Zuwanderung von Nichtfinnen in die peripheren Regionen werden auch deshalb in Finnland nicht aktiv verfolgt.

Förderung der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung

Probleme der Regionalentwicklung entstehen in Finnland vor allem durch die ungleichmäßige Verteilung der insgesamt geringen Bevölkerung. Bei einer Durchschnitts-Bevölkerungsdichte von 15 Einwohnern pro km^2 liegt diese in Lappland bei weniger als 2. Die finnische Regionalpolitik war in den 1950-er und 1960-er Jahren stark infrastrukturorientiert und umfasste auch Beschäftigungsprogramme zum Straßenbau. Systematisch wurde versucht, die alten produktiven Industrien (z.B. Holz- und Papierverarbeitung) zu dezentralisieren und große Staatsbetriebe in den dünn besiedelten Regionen zu gründen. Eine zweite Phase der Regionalpolitik begann 1966 mit der Vergabe von Darlehen an KMU und konnte vom gesamtwirtschaftlichen Boom dieser Periode sehr profitieren. Nicht zu vernachlässigen ist jedoch auch (drittens) der Ausbau des finnischen Wohlfahrtsstaats mit seiner Vielzahl von Arbeitsstellen im öffentlichen Sektor. Bewusst wurden Innovationen der Daseinsvorsorge, z.B. die Gesamtschulen oder die kommunalen Gesundheitszentren, zuerst in den benachteiligten Regionen im Norden eingeführt und von dort aus schrittweise nach Süden hin ausgedehnt. Dies führte zu einer starken Nivellierung der Lebensverhältnisse. Heute sind die Leistungen der staatlichen Daseinsvorsorge auch in den peripheren finnischen Regionen auf hohem Niveau.

Unter dem Einfluss der EU-Regionalpolitik, aber vor allem nach dem Schock der Wirtschaftskrise Anfang der 1990-er Jahre, hat die traditionelle Regionalpolitik gegenüber einer neuen, technologie- und wissensorientierten Politik an Boden verloren. Weniger Straßen und Industrie und mehr Computer und Kommunikation schienen die vielversprechendsten Ansätze für regionale Entwicklung und wurden systematisch gefördert. Heute gibt Finnland für regionale und überhaupt industrielle Subventionen vergleichsweise wenig Geld aus (fünftletzter Platz in der EU). Demgegenüber spielt Regionalpolitik heute eher als Strategie eine Rolle, z. B. im sogenannten „Centre for Expertise-Programm“ seit 1994 und dem Programm für regionale Entwicklungszentren seit 2000.

Im Programm „Expertise-Zentren“ werden regionale Spezialisierung und Kooperation der unterschiedlichen Zentren gefördert. Dadurch soll ein starkes, effektives Netzwerk geschaffen werden. Das Programm 1999-2006 wird durch 14 regionale Expertise-Zentren und zwei nationale Netzwerke durchgeführt. Ziel ist die Förderung der Zusammenarbeti zwischen Forschung und Industrie, um die besten Fähigkeiten sowohl urbaner als auch ländlicher Regionen zu nutzen und eine regionale Innovationspolitik umzusetzen. Trotz niedriger Finanzierung war das Programm sehr erfolgreich. In der Periode 1994-1998 war das Projektvolumen bereits 13mal höher als die Grundfinanzierung. Insgesamt haben rund 3700 Unternehmen partizipiert. In der Evaluierung wurde deutlich, dass das Programm vor allem in drei Bereichen Mehrwert in der Entwicklung neuer Fähigkeiten geschaffen hat: Finanzierung, neue Kontakte und Imagegewinn.

Das Programm für regionale Entwicklungszentren wird vom finnischen Innenministerium koordiniert. 34 regionale (Sub-)Zentren wurden in einem „Nationalen Wachstums-Zentren-Netzwerk“ zusammengeschlossen, um die Interaktion zwischen dem ländlichen Raum und den Städten zu fördern. Ziel ist, in jeder Provinz wenigstens ein regionales Zentrum zu etablieren. Diese Zentren sollen über einen dynamischen Arbeitsmarkt und ein anregendes soziales Umfeld verfügen. Die Hoffnung ist, durch aktive regionale Zentren die Abwanderung junger Familien in die großen Wachstumszentren zu verhindern. Alle Regionen, die an diesem Programm für 2001-2003 teilnehmen, müssen einen Entwicklungsplan für ihre Region aufstellen. Nur die besten Projekte werden bewilligt und erhalten seitens der Regierung so genanntes „Saat-Geld“. Die Kofinanzierungsrate beträgt 50% (Mainio 2000).

Funktionierende Wachstumszentrum müssen eine kritische Größe erreichen. Deshalb spielen Kommunalzusammenschlüsse in Finnland eine große Rolle. So wurde für die Region Ostfinnland vorgeschlagen, die drei Städte Lappeenranta, Imatra und Joutseno zu einem urbanen Raum mit rund 100 000 Einwohnern zusammenzuschließen, der nach dem dort gelegenen See Saimaa heißen soll. Solche Pläne werden durch den finnischen Städte- und Gemeindebund aktiv unterstützt (Heikkilä/Järvinen 2002, 13). Grundsätzlich bekennt sich jedoch die finnische Regierung zum Prinzip der Wachstumszentren mit ihrer dynamischen Entwicklungskraft und nimmt demgegenüber regionale Ungleichgewichte in Kauf. Der Rückgang der Bevölkerung in den kleinen Städten wird für unvermeidlich gehalten, die einzige Chance für periphere Regionen im Anschluss an Wachstumszentren gesehen (Finland 2015 2001, 16, 21, 27).

Die durch die Bevölkerungsbewegungen verursachten regionalen Ungleichgewichte haben zu einer Neubestimmung regionaler Entwicklungsaufgaben geführt. Zentraler Begriff dafür ist der „Eigenwille der Gebiete“ („Alueen oma tahto“), der nicht nur auf ökonomisch zu ermittelnde Indikatoren, sondern auf intuitive Erkenntnisse, tradiertes Wissen und Zufallsfaktoren abstellt. Die Veränderung der Produktion in der Wissensgesellschaft erfordert Humankapital,

aber nicht nur im Sinne guter Ausbildung und Qualifikationen. Zentral ist auch gesellschaftlicher Konsens, lebendige Netzwerke und Vertrauen, also soziales Kapital, damit das Humankapital einer Region zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen kann. Das Sozialkapital der Regionen ist so ein entscheidender Erfolgsfaktor auch für den Einsatz der EU-Strukturfondsmittel (Rakennepolitiikka 2003, 35).

Für die Region Mittelfinnland sieht der Regionalentwicklungsplan 2003-2006 konkret folgende Maßnahmen vor: Investitionen in Wissen und Know-How (Berufsbildung, Weiterbildung, Innovationsaktionen), Förderung der Beschäftigung und Verhinderung der Ausgrenzung durch Entwicklung eines Arbeitskräfte-Vermittlungsdienstes, Entwicklung von Beschäftigung im dritten Sektor und sozialem Unternehmertum, Entwicklung von lokalen Standorten der Berufsfachschulen und weitere Maßnahmen im Rahmen der EU-Verordnungen. (Keski-Suomen Maakuntaohjelma 2003-2006) Deutlich wird bei dieser Maßnahmenpalette die Schwerpunktsetzung in Richtung auf das Human- und Sozialkapital und nicht mehr auf Infrastrukturinvestitionen.

Bildungspolitische Maßnahmen

Finnland ist erfolgreich den Weg der Förderung von Know-How und wissensbasierten Industrien gegangen. Voraussetzung dafür waren langfristige Investitionen in das Bildungssystem, auch vor dem Hintergrund der ungleichgewichtigen regionale Entwicklung. Früh war klar, dass Regionen mit einem urbanen Wachstumszentrum am wettbewerbsfähigsten sind, insbesondere wenn sie auch eine Universität oder Hochschule aufweisen (Tervo 2003, 2).

Deshalb bestand die vielleicht wichtigste Strategie der finnischen Regionalpolitik in der erfolgreichen Ansiedlung von Hochschulen. Anfang der 1950-er Jahre wies Finnland nur die zwei Universitätsstädte Helsinki und Turku auf. Diese Zahl wurde auf 20 Hochschulen in 10 Städten vergrößert, zu denen auch nördlicher und östlicher gelegene Standorte wie Jyväskylä, Oulu, Joensuu und Kuopio gehören. Dieses Werkzeug hat sich als ungemein effektiv erwiesen. Alle Regionen, denen es gelang, Hochschulstandort zu werden, haben sich wirtschaftlich ausgezeichnet entwickelt. Die Langzeiteffekte dieser Investitionen waren wesentlich größer, als zur Zeit der Gründung dieser Hochschulen vermutet worden war. Viele dieser Hochschulen wurden zu Kristallisationspunkten für Technologie, Forschung und Entwicklung und haben die Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation ihrer umgebenden Regionen erheblich verbessert. Das beste Beispiel für diese Erfolgsstrategie ist die Universität Oulu, ohne die diese nördliche Region sich auf keinen Fall so positiv entwickelt hätte. Oulu ist die einzige Region im gesamten mittleren und nördlichen Finnland, die nicht unter Abwanderung leidet, sondern sogar Zuwanderung verzeichnen kann. Diese nördlichste Hochschule der Welt profitiert davon, dass zahlreiche nordfinnische Akademiker sehr naturverbunden sind und nur

ungern in Südfinnland wohnen, wenn sie nahe ihrer Heimat eine Alternative finden (Aho 2002).

Gleiches gilt für die Universität Jyväskylä und Mittelfinnland. Zwar hatte Jyväskylä als Schul- und Lehrerseminar-Standort Tradition, aber erst die erheblichen Investitionen zum modernen Ausbau der Hochschule seit den 1950-er Jahren (zum Teil durch den berühmten Architekten Alvar Alto) gab der Region die entscheidenden Wachstumsimpulse (Tervo 2003, 17). Die Bildungseinrichtungen spielen für die heute positive Wanderungsbilanz des Großraums Jyväskylä die entscheidende Rolle. Zwar wandern viele Einwohner aus Mittelfinnland in Richtung auf Helsinki und Tampere ab. Auf der anderen Seite aber profitiert die Stadt von der Zuwanderung von Menschen aus den nördlichen Landesteilen, die auf der Suche nach einer erstklassigen akademischen Ausbildung nicht noch weiter nach Süden gehen wollen. Als Magnet wirkt in Jyväskylä zweifellos die Hochschullandschaft mit Universität, Polytechnic (Fachhochschule) und zahlreichen berufsbildenden Schulen. Der Großraum Jyväskylä verzeichnet deshalb seit den 1950-er Jahren Zuwanderung, vor allem von Menschen aus dem nördlichen Finnland. Viele von diesen können nach Abschluss der Ausbildung keinen Arbeitsplatz in ihren Herkunftsregionen finden und bleiben in der Region um Jyväskylä.

Die Ausbildungsabhängigkeit der Wanderung bildet den Ansatzpunkt für eine neue regionalpolitische Strategie in Mittelfinnland, die sogenannten Ausbildungsnetzwerken. Hochschule, Fachhochschule und Berufsbildende Schulen kooperieren in der Schaffung von dezentralen Einheiten für Berufs- und akademische Ausbildungen in den nördlichen Teilen Mittelfinnlands. Ziel ist, attraktive berufsbildende Angebote zu schaffen, die sich an dem wirtschaftlichen Bedarf der Region ausrichten und auf die lokalen Potentiale abgestimmt sind, damit junge Menschen nicht mehr zwangsläufig für die Ausbildung nach Jyvläskylä kommen müssen.

Hinsichtlich der Schulpolitik ist Finnland einen anderen Weg als Deutschland gegangen. In einem so dünn besiedelten Land wie Finnland stellt sich die Frage der Schulwege wesentlich schärfer als in Mitteleuropa. Gleichzeitig führt die hohe Bildungsorientierung in Finnland dazu, dass die Verfügbarkeit einer erreichbaren Grundschule als Basisangebot der öffentlichen Daseinsvorsorge angesehen wird. Daher wird konsequent eine Politik verfolgt, für alle Kinder auch in den peripheren Gebieten die Schulwege zu kurz wie möglich zu halten. Zur Zeit betragen die durchschnittlichen Schulwege für Kinder auch im nördlichen Teil Mittelfinnlands deutlich unter 30 km, in der Regel maximal 5-10 km. Das ist nur möglich, weil das Prinzip der Zwergschule (Landschule) mit jahrgangsübergreifendem Unterricht in einer Klasse die Regel ist. Die Schließung einer Schule kommt erst in Betracht, wenn langfristig weniger als z.B. 14 Kinder diese Schule besuchen. Die genaue Festlegung der Grenzwerte ist Sache der Kommunen und unterscheidet sich deshalb je nach Ort. Die Verfügbarkeit von nahegelegenen Schulen ist deshalb für die Kommunen auch ein Wettbewerbsfaktor im Wettstreit um den

Zuzug von jungen Familien. Denn der Zuzug von z.B. drei Familien mit je drei Kindern bedeutet für eine kleine Kommune einen erheblichen Vorteil und für die örtliche Schule das Weiterbestehen. Landschulen haben in Finnland einen sehr guten Ruf; Befürchtungen, dass dort weniger gelernt würde, bestehen nicht und scheinen – nach den Resultaten der dort unterrichteten Kinder an den weiterführenden Schulen – auch nicht begründet. Im Gegenteil streben viele Familien sogar an, ihre Kinder auf solche kleinen, überschaubaren und individuell fördernden Schulen zu schicken, und ziehen deshalb in die ländliche Umgebung der größeren Städte.

F 3.5 Schlussfolgerungen für Sachsen-Anhalt

Der Blick auf den Vergleichsfall Finnland lässt zahlreiche hochinteressante Parallelen zur Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt erkennen. Zweifellos ist die Vergleichbarkeit der beiden Regionen Mittelfinnland und Sachsen-Anhalt nicht umfassend, sondern vor allem in Einzelaspekten gegeben. Umfassende empirische Analysen müssten die hier skizzierten Entwicklungen unterlegen und könnten die Schlussfolgerungen konsolidieren. Im Sinne der praktischen Politikberatung ist es jedoch legitim, auch aus dem gegenwärtigen Wissensstand konkrete Empfehlungen abzuleiten. Dies soll nachfolgend versucht werden.

Eine grundsätzliche Überlegung muss am Anfang stehen: Die regionalpolitischen Untersuchungen für die Binnenwanderung in Finnland haben eindeutig den entscheidenden Einfluss der qualitativen Verschiebungen durch Abwanderung belegt. Dies gilt zweifellos auch für Sachsen-Anhalt und bedeutet in der Konsequenz, dass Maßnahmen zur Stabilisierung der Bevölkerung vor allem dann ökonomische und soziale Entwicklungsimpulse geben können, wenn sie auch die besser qualifizierten, jüngeren Menschen erreichen. Die größte Gefahr der Abwanderung für Sachsen-Anhalt besteht – das legt der Blick auf Finnland nahe – im Einmünden in eine Abwärtsspirale des Verlusts an Humankapital. Keine Infrastrukturinvestition kann diesen Verlust ausgleichen.

Familienpolitische Schlussfolgerungen

Wie gezeigt, gelingt es auch der finnischen Familienpolitik mit ihrem umfassenden Betreuungsangebot nicht, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die von jungen Menschen geäußerten Wünsche für ihre ideale Familiengröße (2,3-2,6 Kinder) auch realisiert werden. Dass die Geburtenraten in Finnland höher sind als in Deutschland, hängt also vermutlich mit den von Anfang an höheren „Ideal-Kinderzahlen“ zusammen. Wie die Befragung von Schüler/innen und Student/inn/en in Sachsen-Anhalt im Rahmen dieser Studie zeigen konnte, liegt die persönlich angestrebte Familiengröße in Sachsen-Anhalt heute bei ... (Gender-Report...). Wenn man davon ausgeht, dass der Abstand zwischen Wunsch und Wirklichkeit offenbar weder durch die finnische Familienpolitik noch durch die in Sachsen-Anhalt ebenfalls verfügbaren Kinderbetreuungseinrichtungen zu überbrücken ist, muss gefragt werden,

welche Faktoren dann die Realisierung von Kinderwünschen wahrscheinlicher machen. Die einfache Gleichung „umfassende Kinderbetreuung=viele Kinder“ lässt sich jedenfalls nicht belegen.

Möglicherweise spielt die egalitäre Arbeitsteilung innerhalb der Familien in Finnland eine wichtigere Rolle. Die lange Tradition der Frauenerwerbstätigkeit in Finnland hat offenbar dazu geführt, dass Familie und Beruf als Parallelstrategien verfolgt werden und nicht als zwei Alternativen, zwischen denen gewählt werden muss – ähnliches ließe sich auch für die ehemalige DDR zeigen. Konkret bedeutet das für die Gestaltung der Familienpolitik in Sachsen-Anhalt, dass vermutlich die Förderung des Elternurlaubs sich negativ, die Förderung von Erwerbstätigkeit beider Eltern sich positiv auf die Geburtenentwicklung auswirken würde. Betriebliche Vereinbarkeitsstrategien spielen dabei eine Rolle. So legen finnische Unternehmen, die im Norden des Landes investieren, besonderen Wert darauf, geeignete Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen, weil diese eher zur Abwanderung geneigt sind.

Die Wohnverhältnisse von Familien erscheinen als zweiter wichtiger Faktor zur Erleichterung der Familiengründung. In den dünn besiedelten Teilen Finnlands findet ein regelrechter Wettbewerb der Kommunen um den Zuzug von Familien statt. Bewusst weisen die Kommunen deshalb Baugebiete mit äußerst preisgünstigen Baugrundstücken für Familien aus und achten in ihrer Raumplanung auf Familienfreundlichkeit (Erreichbarkeit von Geschäften, Schulen, Verkehrsführung, Einbettung in die Natur).

Schlussfolgerungen zur Förderung der Mobilität von Arbeitnehmern

Auch in Finnland gelingt es nicht, die Abwanderung aus Regionen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu verhindern. Es werden daher auch keine expliziten Maßnahmen zur Verhinderung von Abwanderung ergriffen, sondern das Streben nach einer ausgeglichenen Bevölkerungsentwicklung grundiert alle Entwicklungsstrategien. Das finnische Beispiel scheint also zu lehren, dass entsprechende Versuche zur Wirkungslosigkeit verurteilt sind, sofern es nicht gelingt, die ökonomische und soziale Entwicklung der Region insgesamt zu fördern. Wachstumszentren wachsen von allein, und daher ist der einzige Weg zur Stabilisierung der Bevölkerung die Schaffung solcher Wachstumszentren.

Allerdings zeigt die finnische Fallstudie gleichzeitig, dass die Hoffnung auf Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt zum Ausgleich der Wanderungsverluste in der aktuellen Situation verfehlt ist. Die in rückständige Regionen Zuwandernden haben in der Regel deutlich niedrigere Qualifikationen als die Abwandernden. Insofern ist es berechtigt, gerade den jüngeren, qualifizierteren Menschen in Sachsen-Anhalt gezielte Angebote zum Bleiben zu machen. Das wichtigste Angebot dieser Art ist eine attraktive Hochschulausbildung.

Ein weiterer Ansatzpunkt lässt sich bei der Wohnqualität ausmachen. Die Vorteile der dünnen Bevölkerung und der niedrigen Bodenpreise müssen konsequenter genutzt werden. Preisgünstiges Bauen in natürlicher Umgebung kann für Familien ein wichtiges Argument zum Bleiben sein, wenn gleichzeitig gute Straßen und Bahnverbindungen das Pendeln ermöglichen oder durch Teleworking der Arbeitsplatz ins Land geholt werden kann. Rückwanderung macht einen bedeutenden Teil der Zuwanderung in Finnlands nördlichen Regionen aus – diese Rückwanderung kann auch für Sachsen-Anhalt bedeutsam werden, wenn es gelingt, jungen Menschen, die seit 1989 abgewandert sind, attraktive Gründe zur Rückkehr zu bieten. Der wirksamste dieser Gründe ist Grundbesitz, der sich in der finnischen Regionalforschung als eine der wichtigsten Variablen zur Erklärung von Mobilität erwiesen hat. Mittelfristig ist auch denkbar, zwei räumliche Identitäten zu fördern, das Eigenheim als Ferien- und Alterswohnsitz in der Heimat und die Wohnung nahe der Arbeitsstätte. Für Lappland zeichnet sich eine solche Entwicklung bereits ab.

Regionalpolitische Schlussfolgerungen

Die Bedeutung der staatlichen Daseinsvorsorge zur Stabilisierung der Bevölkerung darf nicht unterschätzt werden. Durch wohlfahrtsstaatliche Angebote und öffentliche Dienstleistungen kann die Disparität der Lebensverhältnisse zwischen prosperierenden und zurückfallenden Regionen vermindert und dadurch Abwanderung verhindert werden. Auf der anderen Seite muss bedacht werden, dass der Ausgleich individueller Arbeitslosigkeit durch staatliche Transfers auch dazu führt, dass Arbeitslose in der Region bleiben und sich keine Beschäftigungsmöglichkeiten an anderen Orten suchen. Gleichzeitig sind die wohlfahrtsstaatlichen Angebote für die gut Qualifizierten nur in viel geringerem Maße ein Haltefaktor.

Insofern muss man mit Blick auf das finnische Beispiel unterscheiden: Öffentliche Angebote im Bereich Gesundheit, Bildung und Infrastruktur, in geringerem Maße auch Sport und Kultur, sind eine Bedingung dafür, dass besser Qualifizierte nicht abwandern.

Umfassende Ausgleichszahlungen und –maßnahmen, also vor allem Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und die breite Palette von ABM-Maßnahmen vermindern dagegen die Selbstregulation des Arbeitsmarktes, indem diejenigen, die solche Angebote wahrnehmen, nicht zur Abwanderung gezwungen sind, während sich die besser Qualifizierten durch diese Angebote nicht in der Region halten lassen. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind für Sachsen-Anhalt, so betrachtet, ein zweischneidiges Schwert. Sie müssen unbedingt ergänzt werden im Hinblick auf die Erweiterung von Beschäftigungsmöglichkeiten für jüngere, höher qualifizierte Menschen, besonders für Frauen, weil sie sonst eher zur Verschärfung der regionalen Disparitäten beitragen.

Der finnische Beispielfall zeigt außerordentlich eindrucksvoll, dass Regionalpolitik nicht in der Lage ist, den großen Zentralisierungstrend zu verändern, dass sie aber effektiv Wachstums-

zentren fördern kann. Die Bildung von Zentren mit eigener Wachstumsdynamik scheint der einzige Weg zur langfristigen Stabilisierung der Bevölkerung. Das bedeutet in der Konsequenz die Aufgabe ländlicher Räume und Standorte und die vordringliche Förderung von Zentren in überlebensfähiger Größe. Die Förderung von Know-How und von regionaler Kompetenz, vor allem auch bei traditionellen produktiven Branchen, ist hier wichtiger als Infrastrukturinvestitionen. Dies ist freilich keine neue regionalpolitische Erkenntnis. Dass die Strategie der Wachstumszentren, wenn sie konsequent verfolgt wird, jedoch wirken kann, ist auch eine Lehre aus dem Blick nach Finnland. Möglicherweise kann dieses Ergebnis helfen, die für die herausfallenden Regionen immer schmerzliche Konzentration der Fördermittel auf wenige (!) identifizierte Zentren politisch durchzusetzen.

Die in Finnland befragten Experten waren sich einig: Regionalpolitik kann nicht gegen die Marktkräfte kämpfen, sondern allenfalls versuchen, sie in bestimmte Richtungen zu lenken. Genau so lässt sich ein positives Image einer Region nicht künstlich erzeugen, sondern es muss von allein wachsen, z.B. aus gelingenden Projekten im Bereich von Hochschule und wissensbasierten Industrien.

Bildungspolitische Schlussfolgerungen

Die überragende Bedeutung der Hochschulpolitik zur Lenkung von Wanderungsbewegungen wird im Blick auf Finnland überdeutlich. Im Vergleich politischer Handlungsmöglichkeiten ist die Förderung einer attraktiven Hochschullandschaft das bei weitem wichtigste Werkzeg, um gerade qualifizierte Menschen im Land zu halten und die Zuwanderung überdurchschnittlich qualifizierter Menschen zu fördern. Gerade weil die selektive Natur der Abwanderung zum Verlust von Humankapital führt, muss in Humankapital investiert werden.

Auch die Verbesserung des Landesimage muss den Weg über Wissenschaft und Forschung gehen. Denn die modernen, wissensbasierten Industrien erwachsen aus den Hochschulen und verändern den Ruf des Landes. Bayern, das vor dem Zweiten Weltkrieg eher als tumbes Bauernland galt, kann eindrucksvoll zeigen, wie sich ein solcher Imagewandel vollzieht. Ganz Finnland ist ebenfalls ein solches Beispiel – noch in den 1950-er Jahren assoziierte man mit Finnland Wälder, kartoffelessende Bauern und Sauna, heute steht Finnland für moderne Kommunikationstechnologien und ausgezeichnete Bildung.

Die Regionalisierung der Hochschulbildung spielt ebenfalls eine Rolle. Bewusste Standortpolitik wie etwa die Förderung Stendals als Innovationskern für die Altmark, ist im Blick auf das finnische Beispiel vermutlich der richtige Weg. Allerdings müssen die Bildungsangebote in kleineren Zentren an die regionalen Stärken und Bedarfe anknüpfen. So bietet sich Stendal – ausgehend von den regionalen Stärken – als Standort für Studien- und Ausbildungsgänge im Bereich Landwirtschaft, Biotechnologie, erneuerbare Energien und auch Automobilzulieferindustrie an, weniger für Journalismus, Psychologie oder Betriebswirtschaft mit kosmopoliti-

scher Ausrichtung. Kostengünstiger als der Aufbau eigener Hochschulstrukturen erscheint der finnische Weg, dezentrale Ausbildungsstätten für Angebote der Hochschulen aus Wachstumskernen zu schaffen.

Die Geschlechtsspezifik der Abwanderung kann ebenfalls durch eine geeignete Hochschulpolitik berücksichtigt werden, zum einen durch Schaffung von Studiengängen, die für Frauen besonders attraktiv sind (pädagogische und soziale Studiengänge, Sprachen, Geistes- und Kulturwissenschaften), zum anderen durch Verbesserung der Zugangs für Frauen in bisher eher männerspezifischen Zukunfts-Studiengängen (Informationsmaßnahmen und Schnupperstudium schon für Schülerinnen).

Hinsichtlich der Schulpolitik ist das Beispiel Finnland eindeutig: Die Abwanderung von Familien mit Schulkindern aus ländlichen Räumen ist unvermeidlich, wenn die Schulwege zu lang sind. Qualitativ gute Zwergschulen sind der einzige Weg, die Abwanderung von Familien zu verhindern. Gleichzeitig bedeutet der Schuleintritt des ersten Kindes für Familien zumeist eine langfristige Festlegung auf einen Wohnort. Kaum eine Maßnahme ist daher wichtiger für die Stabilisierung der Bevölkerung und den Zuzug bzw. Verbleib von Familien als die Schaffung wohnortnaher Grundschulen.

F3.6 Quellen und Literatur

Aho, Seppo (2002): Variations in mobility amongst well-educated people in the North. The case of Finland. A position paper presented at the 2nd Northern Research Forum Veliky Novgorod, Russia, 19-22 September 2002.

Beschreibung der sozialen Lage in Europa 2001 (2001). Hrsg. v. Eurostat. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Durham, Helen u.a. (2000): Internal migration and regional population dynamics in Europe: Finland case study. Working Paper 00/07. University of Leeds.

Finland 2015. Balanced Development. Government report to Parliament on Finland's futre prospects. Prime Minister's Office: Publications 2001/9. Helsinki.

Haapanen, Mika (2003): Studies on the determinants of migration and the spatial concentration of labour. Jyväskylä.

Forssén, Katja (1998): Families with Children in Recessionary Finland. In: Yearbook of Population Research in Finland 35 (1998-1999), 145-157.

Haapanen, Mika/Ritsilä, Jari (2001): Can migration decisions be affected by income taxation policies? University of Jyväskylä. School of Business and Economics. Working Paper.

Hank, Carsten (2003): Öffentliche Kinderbetreuung und individuelle Fertilitätsentscheidungen: Deutschland und Schweden im Vergleich. Vortrag bei der Tagung „Fertilität und Kinderlosigkeit in Europa", durchgeführt von der Sektion Familiensoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und der Deutschen Gesellschaft für Demographie, Universität Münster 9.-10.10.2003.

Heikkilä, Elli/Järvinen, Taru (2002): History and future lines of ubanization process in Finland. Paper presented in 42nd ERSA-Contress August 27th-31th, 2002. Institute of Migration. Turku.

Heikkilä, Elli/Korhonen, Sirpa (2002): The performance of the Finnish labour markets in the 1990s. Turku: Institute of Migration (Web Reports No. 1).

Järvinen, Taru (2003): Job search of dual-career families in Finland. Paper presented at the ERSA conference 2003, Jyväskylä.

Karjalainen, Elli (1993): Change in the population structure in Finland. In: Yearbook of Population Research in Finland 31, 1993. 81-90.

Kauhanen, Merja/Tervo, Hannu (2002): Who moves to depressed regions? An analysis of migration streams in Finland in the 1990s. In: International Regional Science Review 25, 2: 200-218 (April 2002).
Keski-Suomen Maakuntaohjelma 2003-2006. Toteuttamisosa Rahoitusosa. Jyväskylä: Keski-Suomen Liitto
Keski-Suomi (2000). Saarijärven ja Viitasaaren seutukunnat. Tavoite 1-ohjelma 2000-2006. Keski-Suomen liitto.
Kytö, Hannu (1998): Muuttajan muuttuvat motiivit eräissä suomalaisissa kaupungeissa 1980- ja 1990-luvuilla. Helsinki 1998.
Lindgren, Jarl (1991): End of Finnish population growth. In: Yearbook of Population Research in Finland 29, 1991, 99-113.
Lindgren, Jarl (1995): Family formation and structure in Finland. In: Yearbook of Population Research in Finland 32, 1994-1995, 5-18.
Mainio, Tapani (2000): Lipponen. Nuorille perheille virikkeellisiä aluekeskuksia. Helsingin Sanomat 12.12.2000.
Miettinen, Anneli/Paajanen, Pirjo: Value orientations and fertiliy intentions of Finnish men and women. In: Yearbook of Population Research in Finland 39, 2003,.201-226.
Ministry of Social Affairs and Health (2002): Early Childhood Education and Care in Finland. Helsinki 2002 (Brochure Ministry). (23.01.2004)
Münz, Rainer (2001): Woher? Wohin? Europäische Integrationsmuster 1950–2000. In: Klaus J. Bade/Rainer Münz: Migration in Europa. Hannover. 21-40.
Nieminen, Mauri (1999): Population growth and aging in Finland. In: Yearbook of Population Research in Finland 35, 1998-1999, 12-23.
Nieminen, Mauro (1993): Population development in Finland – a challenge for society. In: Yearbook of population research in Finland 31, 1993, 5-15.
Nivalainen, Satu (2000): The effects of family life cycle, family ties and distance on migration: micro evidence from Finland. (=Jyväykylä School of Business and Economics Working paper 215).
Nivalainen, Satu (2003): Who move to rural areas? Micro evidence from Finland. Paper presented at the ERSA conference Jyväskylä 2003.
Notkola, Irma-Leena (1995): Cohort fertility changes and period fertility in 1960-1990 in Finland. In: Yearbook of Population Research in Finland 32, 1994-1995, 19-31.
Pekkala, Sari (2000): Regional convergence and migration in Finland 1960-95. Jyväskylä.
Pekkala, Sari (2000a): Migration in a core-periphery model: analysis of agglomeration in regional growth centres. (Jyväskylä School of Business and Economics Working Paper).
Pekkala, Sari/Hannu Tervo (2002): Unemployment and Migration: Does Moving Help? In: Scandinavian Journal of Economics 104 (4), 621-639.
Population Data on Finland 1900-2002. In: Yearbook of Population Research in Finland 39 (2003), 273-280.
Rakennepolitiikka (Strukturpolitik) (2003). Rakennemuutoskatsaus 2003. Lokakuu 2003. Hrsg. v. Suomen Kuntaliitto.
Ritamies, Marketta (2000): The development of family planning in Finland from the 1960s to the 1990s. In: Yearbook of Population Research in Finladn 36, 2000, 29-45.
Ritsilä, Jari (2001): Studies on the spatial concentration of human capital. Jyväskylä.
Taskinen, Sirpa (2001): The situation of families in Finland in 2001. Länderbericht. European Observatory on Demography and the Family, Österreichisches Institut für Familienforschung. Wien.
Tervo, Hannu (2000): Post-Migratory Employment Prospects: Evidence from Finland. In: Labour. Review of Labour Economics and Industrial Relations 14, No. 2, June 2000, 331-349.
Tervo, Hannu (2000a): Migration and Labour Market Adjustment: empirical evidence from Finland 1985-90. In: International Review of Applied Economics, Vol. 14, No. 3, 343-360.
Tervo, Hannu (2004): Regional Policy Lessons from Finland. University of Jyväskylä School of Business and Economics Working Paper Nr. 264, 2003. Erscheint demnächst in

aktualisierter Form in: Regional disparities in small countries.Hrsg. v. D. Felsenstein und B. A. Puttnov. Berlin (Springer Verlag).

Tervo, Hannu/ Ritsilä, Jari: Regional Differences in Migratory Behaviour in Finland. University of Jyväskyl School of Business and Economics. Working Paper Nr. 188. 1998.

Vartiainen, Perttu, Saarelainen, Pertti (2002): Seutuistumisen uusia näköaloja Keski-Suomessa. Jyväskylä (=Keski-Suomen Liitto Julkaisu B 119).

F 4. Vergleichsstudie Irland - Wirtschaftlicher Aufschwung und regionale Bevölkerungsdisparitäten (Christiane Dienel)

F 4.1 Vorbemerkung: Zur Auswahl der Vergleichsregion – Fragestellungen – Forschungsstand

Zur Auswahl der Vergleichsregion

Die Vergleichsstudie zur Irland ermöglicht den Blick auf eine europäische Region, die sich aktuell in einer Situation des Wachstums und der raschen wirtschaftlichen Entwicklung befindet. Trotz der praktisch an Vollbeschäftigung grenzenden, sehr niedrigen Arbeitslosenquote von 3,8% (Eurostat-Zahlen 2001) weist auch das heutige Irland erhebliche regionale Disparitäten auf. In vieler Hinsicht ist dagegen das Irland der 1985-er Jahre vergleichbar mit dem Ostdeutschland von heute: Damals befand sich das Land in einer Situation hoher Arbeitslosigkeit, hoher Staatsverschuldung und struktureller wirtschaftlicher Rückständigkeit, was sich in hohen Ab- und Auswanderungsraten zeigte. Für die Periode 1996-2002 zeigt sich jedoch, dass (mit zwei kleinen Ausnahmen für Innenstadtgebiete) alle Counties in Irland, zum größeren Teil erstmals seit Mitte des 19. Jahrhunderts, einen positiven Wanderungssaldo und eine positive Bevölkerungsentwicklung aufweisen.

Aus der Perspektive von Sachsen-Anhalt stellt sich die Frage, welches Niveau an Wachstum und regionaler Entwicklung erforderlich ist, um einen negativen Wanderungstrend umzukehren. Hierfür ist es wichtig, zu bedenken, dass für eine Wanderungsentscheidung nicht nur die absolute Höhe des Einkommens am Wohnort eine Rolle spielt, sondern auch die relative. Wenn ein Mensch im Vergleich zu seinen Nachbarn ähnlich viel verdient und damit einen angemessenen Lebensstandard sichern kann, müssen die Lohndifferenzen schon erheblich sein, um eine Wanderung auszulösen (Werner 2001, 16). Der Blick auf den Nordwesten Irlands zeigt, dass für eine Umkehrung des negativen Wanderungssaldos keine Angleichung der Durchschnittslöhne auf das Dubliner Niveau erforderlich war, sondern lediglich eine relative Besserung, die zusammen mit den hohen Eigentumsquoten und der hohen Lebensqualität das Verbleiben in der Region oder die Rückkehr in die Heimat wieder attraktiver machten.

Als Vergleichsregion wurde deshalb innerhalb Irlands einer der nordwestlich gelegenen Counties ausgewählt, der County Mayo. Denn traditionell besteht in Irland ein Gegensatz zwischen dem relativ wohlhabenderen, infrastrukturell besser erschlossenen Osten (insbesondere der Großraum Dublin und die Provinz Ulster) und dem einsamen, landschaftlich reizvollen und vor allem landwirtschaftlich genutzten Westen, in dem die Infrastrukturen vielfach noch nicht mitteleuropäischen Standard aufweisen.

Diese nordwestlichen Counties, besonders Mayo und das noch abgeschiedenere Donegal, sind zudem Regionen, in denen der Bevölkerungsrückgang seit der großen irischen Hungersnot von 1845-1849 zu einem zentralen Grund für die fortbestehende Unterentwicklung wurde. Mayo ist einer der am frühesten vom Christentum erfassten Landstriche in Irland; Klosterruinen und der „heilige Berg“ Irlands, der Croagh Patrick, befinden sich hier. Zum Landkreis gehören auch relativ umfangreiche, an der Westküste gelegene Gebiete des Gaeltacht, in denen Gälisch (Irisch) erste Sprache in Ämtern, Schulen und dem öffentlichen Leben ist und als lebendige Sprache besonders gepflegt und gefördert wird.

Fragen an Irland und an die Region Mayo

Irland ist als der „keltische Tiger“ mit einem großen Satz unter den Musterländern der Europäischen Union gelandet. Seit dem EU-Beitritt 1973 vermochte das Land durch gezielte Investitionen in das Humankapital, die Schul- und Hochschulbildung und natürlich auch in die Infrastrukturen, vor allem aber durch eine äußerst ansiedlungsfreundliche Steuerpolitik zahlreiche ausländische Investoren anzulocken.

Die wichtigste Frage dieser Teilstudie lautet, ob die überaus positive wirtschaftliche Entwicklung Irlands zwangsläufig zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung auch in den peripheren, wirtschaftlich rückständigen Regionen wie Mayo geführt hat, und ob und in welchem Maße die Entwicklung in den peripheren Regionen durch regional- oder bevölkerungspolitische Eingriffe mit bestimmt wurde. Es soll also gefragt werden, ob tatsächlich, wie im Bild der „rising tide“ (steigenden Flut), die alle Boote hebt, der nationale Aufschwung allen Regionen zu Gute kommt, oder ob regionale Disparitäten bestehen bleiben, und welche Rolle die Bevölkerung bei diesem Prozess spielt.

Die Situation Irlands in der Mitte der 1980-er Jahre lässt sich in vieler Hinsicht mit der Ostdeutschlands am Anfang des 21. Jahrhunderts vergleichen. Sie war gekennzeichnet durch hohe Abwanderung, hohe Staatsverschuldung, hohes Steuerniveau, strukturelle Probleme in den meisten Wirtschaftssektoren und große Abhängigkeit von Transferzahlungen. Die Abwanderungswelle der frühen 1990-er Jahre traf das Land ebenso als Schock wie die Abwanderung aus Ostdeutschland heute als alarmierendes Krisensymptom gedeutet wird. Denn diese starke Abwanderung aus Irland folgte einer langen Phase sinkender Emigrationsraten seit den späten 1950-er Jahren, in denen der jahrzehntelange Zwang zur Flucht aus der Armut endlich überwunden schien. Die neue Abwanderungswelle betraf dann auch erstmals besonders qualifizierte junge Menschen, von denen ein großer Teil nicht wegen Arbeitslosigkeit, sondern wegen ungenügender Arbeits- und beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten in Irland das Land verließ (Walsh 1991, 31f., 38f.). Man kann sogar so weit gehen zu behaupten, dass die großen Anstrengungen der irischen Regierung zur Gestaltung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen eine direkte Reaktion auf diesen Abwanderungsschock

am Ende der 1980-er Jahre waren. Jedenfalls ist deutlich, dass in offiziellen Stellungnahmen die positive irische Bevölkerungsentwicklung stets mit Stolz als Beweis für die gelungene Wachstumspolitik angeführt wird. Insofern kann die Vergleichsstudie Irland zeigen, dass Abwanderungswellen doch umkehrbar sind, wenn es möglich ist, die Rahmenbedingungen radikal zu verändern.

Forschungsstand

Zum Thema Familie und Familienpolitik in Irland gibt es praktisch keine neueren Studien, weder zum Sinken der Fruchtbarkeit seit Anfang der 1980-er Jahre noch zu den neuen familiären Lebensformen, der Zunahme von nichtehelichen Geburten und allein erziehenden Eltern. Die vorhandenen soziologischen Studien zur Situation der Familie im ländlichen Irland sind aus den 1960-er und 1970-er Jahren. In jüngerer Zeit erschienen größere Untersuchungen lediglich zum Spezialthema der ungewollten Schwangerschaft. Die vorliegende Studie schöpft daher weitgehend aus dem im Auftrag der Regierung erstellten Bericht des ESRI (The Economic and Social Research Institute Dublin) über Trends der Familienbildung in Irland (Fahy/Russell 2001). Angaben zur Familienpolitik sind im wesentlichen den MISSOC-Übersichten sowie eigenen Studien der Verfasserin entnommen.

Zum Thema Abwanderung wurden hingegen einige Studien erstellt, insbesondere durch Prof. James A. Walsh, der dieser Studie auch als Experte zur Verfügung stand.

Neben dieser Auswertung vorhandener Studien hat die Verfasserin bei Aufenthalten in Dublin, Maynooth und Castlebar, County Mayo, fünf Experteninterviews geführt, und zwar im Mayo County Council mit John Coll , Director of Services, Community and Enterprise, John Magee, Research Coordinator, und Iain Douglas, Senior Executive Planner. Weitere Gesprächspartner waren der wichtigste irische Experte zum Thema regionale Migration und regionale Entwicklung, Prof. Dr. James A. Walsh, Head of Department of Geography, National University Institute Maynooth, Kildare sowie Dr. Edgar Morgenroth, Regionalforschungs- und Strukturpolitikexperte im ESRI (The Economic and Social Research Institute) Dublin. Die Ergebnisse dieser Gespräche fließen in die nachfolgende Darstellung ein.

F 4.2 Irland – Eckdaten zur sozioökonomischen Lage und Bevölkerung

Kurzporträt Irland

Irland hat in Europa als einzige ehemalige Kolonie eine Sonderstellung. Seine Geschichte ist geprägt von den wechselvollen Beziehungen zu Großbritannien, wirtschaftlicher Ausbeutung und religiöser Unterdrückung, aber auch kultureller Befruchtung. Seit der irischen Unabhängigkeit nach dem ersten Weltkrieg war das Land in keinen äußeren Krieg mehr verwickelt, während der Konflikt um die britisch gebliebene Provinz Ulster noch immer nicht beendet ist.

Die wichtigste Zäsur in der irischen Geschichte der Neuzeit bildet die große Hungersnot von 1845-1849, in der eine Kartoffelkrankheit die Ernten verfaulen ließ. Das Land verlor durch Hungertod und Emigration rund die Hälfte seiner Bevölkerung und hat sich von diesem Einschnitt bis heute nicht erholt, so dass es einer der am dünnsten bevölkerten Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist.

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit von Großbritannien verfolgte die Republik Irland zunächst eine protektionistische, rückwärtsgewandte Agrar- und Industriepolitik, welche den Produktivitätsrückstand gegenüber dem übrigen Europa immer größer werden ließ. Erst nach langjährigen Bemühungen in Konkurrenz zu Großbritannien erfolgte schließlich 1973 die Aufnahme in die EWG, gemeinsam mit der ehemaligen Kolonialmacht. Obwohl die verwaltungsmäßige Übernahme des Acquis Communautaire reibungslos gelang, profitierte zunächst nur die irische Landwirtschaft von der Mitgliedschaft, während die nationale Industrie größte Anpassungsschwierigkeiten hatte, die sich in einer hohen Inflationsrate und niedrigen Produktivität zeigten. 1987 hatte Irland ein BIP/Kopf von nur 64,1% des EU-Durchschnitts (EU-12), eine Arbeitslosenquote von 17,5% und eine Staatsverschuldung von 8,5% des BIP. Erst durch eine radikale wirtschaftspolitische Umsteuerung am Anfang der 1990-er Jahre gelang es, Irland aus dem Entwicklungsrückstand herauszuführen und zum „keltischen Tiger“ zu machen. Grundlage dafür war eine konsequente Ausrichtung der Wirtschaftspolitik an den EU-Vorgaben sowie eine klare Konsolidierungspolitik für die öffentlichen Haushalte (Spudulyte 2003, 100-139).

1994 bis 1999 wuchs die irische Wirtschaft jährlich um rund 7,5%, während die Arbeitslosenquote von 15 auf unter 6% sank und gleichzeitig die Beschäftigungsquote erheblich stieg – zum einen wegen der zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit, zum anderen, weil starke Kohorten in den Arbeitsmarkt eintraten. Ende der 1990-er Jahre erreichte die irische Wirtschaft jährliche Wachstumsraten von über 8% des BIP und lag damit an der Spitze der OECD-Länder. Irland übertraf damit alle anderen OECD-Mitgliedstaaten mit dem Faktor 2. So wurden in der Dekade 1991-2000 fast eine halbe Million Arbeitsplätze geschaffen; die Beschäftigungsquote der Bevölkerung wurde erheblich ausgeweitet.

Als Gründe für diesen Erfolg sind neben der günstigen weltwirtschaftlichen Lage und niedrigen Inflationsraten vor allem eine funktionierende Sozialpartnerschaft mit mäßigen Lohnsteigerungen zu nennen, aber auch ein vorsichtiges Management der öffentlichen Haushalte, das eine investitionsfreundliche Steuerpolitik ermöglichte. Noch wichtiger ist aber eine ausgesprochen investitionsfreundliche Politik, welche für ausländische Investoren hohe Zuschüsse und niedrigste Steuersätze bei hervorragenden Abschreibungsmöglichkeiten vorsieht. Die Rentabilität von Investitionen ist daher ausgezeichnet. Diese Investoren kamen nicht erst in den 1990-er Jahren, schon vorher war die irische Wirtschaft in hohem Maße offen für ausländische Investitionen. Aber auch günstige demographische Rahmenbedin-

gungen trugen zu diesem Wachstum bei, denn die relativ geringe Zahl Älterer und die seit den 1980-er Jahren fallenden Geburtenraten führten zu einer günstigen Kinder- und Altenlast und damit höheren verfügbaren Einkommen für die Erwerbstätigen. Die Rolle der direkten Beihilfen im Rahmen der europäischen Regionalpolitik für das Wachstum der irischen Volkswirtschaft liegen je nach makroökonomischem Modell bei ca. 1-3% Steigerung des BSP gegenüber einem Basisszenario ohne Förderung – d.h. sie machen nur einen sehr kleinen Teil der wirtschaftlichen Dynamik aus (Spudulyte 2003, 139-150). Die indirekten, nicht quantifizierbaren Effekte, insbesondere der Marktzugang und die Impulse zu einer wachstumsfördernden Umgestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sind dagegen sehr viel höher anzusetzen.

Tab. F4.1

Tabelle 18: Leistungsentwicklung Irlands 1961 - 1998

(durchschnittliche jährliche Veränderung in %)

	1961 - 1970	1971 - 1980	1981 - 1986	1987 - 1993	1994 - 1998
BIP real	4,2	4,7	2,1	4,8	9,2
BSP real	4,2	3,9	0,1	4,1	8,3
Verbraucherpreise	4,8	13,6	10,8	2,9	2,1
Beschäftigung	0,0	0,9	-1,3	1,1	4,9
Arbeitslosigkeit (∅)	4,8	6,8	13,8	15,2	11,4
Arbeitslosigkeit (am Periodenende)	5,6	7,0	17,1	15,7	7,7
Kreditaufnahme des Staates im Verhältnis zum BSP in % (∅)	n.b.	-10,3 (1977-80)	-12,5	-3,9	-0,2
Kreditaufnahme des Staates im Verhältnis zum BSP (am Periodenende)	n.b.	-12,7	-11,9	-2,7	2,4

Quelle: OECD: Economic Survey of Ireland, May 1999, S. 27.

(entnommen aus Spudulyte 2003, 135)

Das rasche Wachstum des BIP/Kopf in Irland ist nicht nur auf Produktivitätsgewinne zurückzuführen, sondern auch auf die Verbesserung des Humankapitals durch Ausbildungsinvestitionen, auf die Erhöhung der Beschäftigungsquote und das Sinken der Kinder- und Altenlast der Bevölkerung durch den Geburtenrückgang (Walsh 2000, 118). Dabei waren die Bildungsinvestitionen besonders wichtig: In der Mitte der 1990-er Jahre hatten über 80% der Schulabgänger eine abgeschlossene Sekundarschulbildung, und 50% hatten eine Hochschulausbildung.

Regionale Disparitäten blieben in Irland jedoch weiterhin bestehen, wie die nachfolgende Tabelle zeigt. Hierbei werden die S&E-Regionen (urbanisierte Regionen) und die BMW-Regionen (ländliche, dünn bevölkerte Gebiete) einander gegenüber gestellt. Es zeigt sich, dass Irland in den urbanisierten Regionen bereits dem EU-Durchschnitt voraus ist, während die ländlichen Gebiete hinterher hinken. Hinsichtlich der Arbeitsmarktindikatoren ist der Abstand weniger stark ausgeprägt.

Tab. F4.2: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung und in Prozent des EU-Durchschnitts, nach Ziel 1- und Ziel 2/3 Regionen

Table 3.2: Gross Value Added (GVA)*

	State	S&E Region	BMW Region
GVA per capita (1996)	100	110	74
% of EU Average GVA	93	102	70
Distribution of Total GVA	100	80%	20%

*GVA at basic prices is the same as GDP at basic prices which is the official measure of economic activity at regional level within the EU.
Source: CSO Regional Accounts, 1996.

Quelle: National Development Plan 2002.

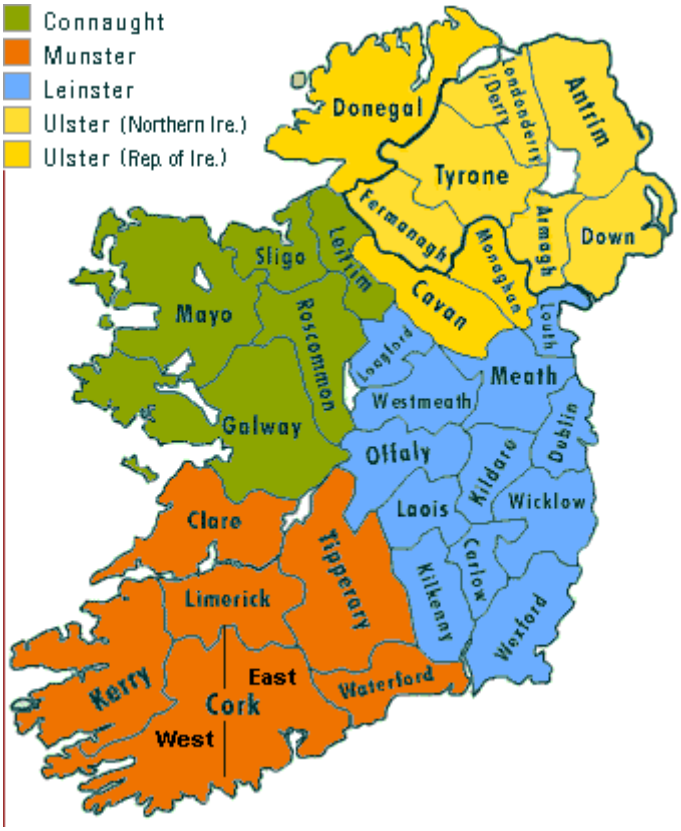
Insgesamt haben also in Irland durch das wirtschaftliche Wachstum die regionalen Disparitäten zugenommen, wobei der Produktivitätsunterschied ursächlich ist. Während bis zum Anfang der 1990-er Jahre das „jobless growth“, also ein BIP-Wachstum ohne Schaffung neuer Arbeitskräfte, das besorgniserregendste Thema war, ist mittlerweile die räumliche Ungleichverteilung des Wachstums und der geschaffenen Arbeitsplätze das größte Problem im irischen Boom geworden. Eine Reaktion darauf war die Teilung Irlands in zwei NUTS II-Regionen, so dass zum einen Förderung auch in den weniger entwickelten Westen fließen und zum anderen der Westen Irlands seinen Status als Ziel-1-Region auch in der Förderperiode 2000-2006 bewahren kann (Walsh 2000, 131-135).

Der nationale Aktionsplan setzt auf die klare Definition von „Gateways“, das heißt von Wachstumszentren, die durch gute Infrastrukturverbindungen und selbsttragendes Wachstum ins Land ausstrahlen können. Aus Sicht der peripheren Regionen ist dieser Entwicklungsplan zweifellos Dublin-zentriert und betont die Wachstumschancen der bereits wachsenden Regionen zuungunsten der benachteiligten Gebiete. Diese Politik bedeutet einen grundsätzlichen Bruch mit der jüngeren irischen Geschichte nach der Unabhängigkeit. Die irische Emigration des 19. Jahrhunderts war zu einem großen Teil eine Abwanderung in die industriellen Metropolen Großbritanniens gewesen. Die Urbanisierung, die ganz Europa in dieser Zeit erfasste, führte deshalb in Irland zwar zur Entvölkerung der ländlichen Gebiete, aber nicht zur Bildung urbaner Zentren (mit Ausnahme von Dublin). Insofern ist das heutige Irland von der ländlichen Wohnstruktur übergangslos in eine Suburbanisierungsphase eingetreten, ohne den im übrigen Europa typischen Schritt der Urbanisierung. Nach der Unabhängigkeit war das zentrale Leitbild irischer Politik, vertreten durch den ersten Präsidenten Eamon de Valera, ein ländlicher Fundamentalismus, in dem Irland als ein im Wesentlichen bäuerliches und nicht städtisches Land gesehen wurde. (Treanor 2004). Noch Anfang der 1990-er Jahre spielte die Überlegung eine Rolle, im ländlichen Westen Irlands die Bildung städtischer Agglomerationen eher zu verhindern, um die Aufweichung der gälischen Sprachinseln zu vermeiden (Keane/Griffith/Dunn 1993). Diese Politik für die Gaeltacht, d.h. die gäli-

schen Sprachgebiete, hatte jedoch finanziell keinen besonders großen Umfang, während die EU-Agrarpolitik und insbesondere die Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums wie LEADER, in Irland an eine starke politische Tradition anknüpfen konnten (Walsh 1996). Angesichts der Reform der EU-Agrarpolitik wird es jedoch zunehmend schwieriger werden, in so hohem Maße wie bisher die Existenz von landwirtschaftlichen Betrieben im Haupterwerb zu ermöglichen.

Demgegenüber ist die aktuelle irische Regionalpolitik von einem Dilemma gekennzeichnet: Einerseits zeigt z.B. die National Spatial Strategy das Ideal einer gleichmäßigen Entwicklung in der Fläche auf, auf der anderen Seite hat jedoch die Stärkung der Wachstumslokomotive Dublin höchste Priorität.

Abb. F4.1: Karte Irland nach Counties und Regionen



Hinsichtlich der irischen Regionalpolitik ist vor allem auffallend, dass dieses kleine, ethnisch und geographisch homogene Land keine natürlich gewachsenen Regionen aufweist und es oberhalb der Counties/Landkreise keinerlei regionale Identitäten gibt. Am ehesten bietet sich eine Teilung in die Region Dublin und die anderen Landesteile an, die jedoch regionalpolitisch wenig sinnvoll erscheint. In den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg wurden deshalb immer wieder wechselnde regionale Zuordnungen vorgenommen. Für die Planungsperiode 2000-2006 wurde das Land sehr pragmatisch in zwei „Regionen“ gegliedert, die ausschließlich nach dem Kriterium für Ziel-1-Regionen bestimmt wurden, d.h. die eine „Region“

besteht aus den Gebieten mit einem BIP unter 75% des EU-Durchschnitts, die andere aus denen, die für die Ziel-1-Förderung nicht in Frage kommen (Treanor 2004).

Regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung im County Mayo

Mayo liegt im Westen Irlands und macht mit 2,159 Quadratmeilen 10% der Oberfläche Irlands aus, damit ist es der drittgrößte County des Landes. Es handelt sich überwiegend um eine Küstenregion mit malerischen Landschaften und vorgelagerten Inseln, darunter die größte Insel Irlands, Achill Iland. Neben einigen Bergen um 800 m Höhe umfasst das Land auch große Sumpfgebiete sowie zahlreiche große Seen und zwei Flüsse, darunter das berühmte Lachsgewässer River Moy.

Die drei größten Städte sind der Verwaltungssitz Castlebar, Ballina (beide ca. 6000 Einwohner) und Westport. Das Umland eingeschlossen, macht die Bevölkerung Castlebars rund 25.000 Menschen aus. Claremorris ist die einzige andere Stadt im County mit mehr als 1500 Einwohnern. Alle Kleinstädte des County verfügen über bemerkenswert gut funktionierende Dienstleistungs- und gewerbliche Angebote. Durch die periphere Lage des Counties und die weite Distanz zum nächsten städtischen Zentrum haben diese Kleinstädte vielfach Funktionen von Oberzentren mit übernommen (Theater, Schule, Hochschule, Krankenhaus, Vereinsleben, Einzelhandel und Einkaufszentren).

Das überregionale Straßennetz ist lückenhaft. Mayo verfügt nur über 134,3 km Nationalstraße, 267,3 km Nationalstraßen 2. Ranges und 586,2 km Regionalstraßen. Die übrigen 5244,9 km sind lokale Straßen in sehr unterschiedlichem Zustand. Der öffentliche Verkehr ist ebenfalls entwicklungsbedürftig. Die öffentlichen Buslinien verkehren praktisch nur auf den Nationalstraßen. Eine Eisenbahnlinie von Dublin nach Westport und Ballina verkehrt dreimal täglich, aber die Querverbindungen ohne zentrale Ausrichtung auf Dublin fehlen noch gänzlich. Einen großen Fortschritt bedeutete die Errichtung des Regionalflughafens Knock Airport 1990. Von dort werden Dublin und einige britische Destinationen bedient. Im Sommer gibt es darüber hinaus Charterflüge von Deutschland und den Niederlanden. In den ersten Jahren nach Errichtung des Flughafens wurde der Hauptverkehr durch die abreisenden und auf Besuch wieder heimkommenden Abwanderer bestritten. Das hat sich inzwischen geändert. Das Stromleitungsnetz ist völlig unzureichend. In großen Teilen des County entstehen im Winter Versorgungslücken. Industrien mit größerem Elektrizitätsbedarf können sich deshalb zur Zeit in Mayo nicht ansiedeln. Besonders problematisch ist das noch weitgehend auf Kupferkabeln basierende Telefonnetz, so dass im County, vor allem außerhalb der Städte, ein Breitband-Internetzugang nicht möglich ist (alle Daten: Mayo County Development Board 2002). Trotz dieser infrastrukturellen Nachteile hat der County Mayo von der Entwicklung des keltischen Tigers indirekt erheblich profitiert. Die Arbeitslosenquote liegt mit ca. 5% kaum über dem nationalen Durchschnitt von 4%.

Geburten-, Familien- und Bevölkerungsentwicklung in Irland seit 1945

Irland bewahrte länger als alle anderen Länder Europas das traditionelle (mittelalterliche) Fruchtbarkeitsmuster, das gekennzeichnet ist durch eine niedrige Nuptialität, d.h. wenige und späte Heiraten, viele unverheiratet bleibende Erwachsene, aber viele Kinder innerhalb der Ehen. Noch am Anfang der 1980-er Jahre war das katholische, wirtschaftlich rückständige Irland das Land mit der bei weitem höchsten Fruchtbarkeit in Europa. Trotzdem nahm die Bevölkerung seit der großen Hungersnot bis in die 1950-er Jahre hinein nicht zu, weil die Emigration die hohen Geburtenüberschüsse ins Ausland lenkte (Mac Éinrí 2004, 2).

Der mit der wirtschaftlichen Entwicklung und Modernisierung des Landes einhergehende Geburtenrückgang und die Anpassung an das europäische Muster generalisierter Heirat mit kleinerer Kinderzahl pro Familie kam nicht überraschend. Überraschend hingegen ist, dass der zwanzig Jahre lang andauernde schnelle Geburtenrückgang Anfang der 1990-er Jahre auf einem Niveau endete, das mit einer Geburtenrate von 1,89 (1999) immer noch an der Spitze der europäischen Länder steht. Der Grund dafür liegt in verschobenen Familienbildungsmustern. Die Anzahl dritter, vierter und fünfter Kinder nahm stark ab, während die Zahl der Erstgeburten deutlich stieg, vor allem in den Jahren des ökonomischen Booms seit 1995. Dieser hat also offenbar die Familienbildung junger Menschen, häufig ohne vorhergehende Eheschließung, stark befördert. Die weiterhin hohe Fruchtbarkeit, zusammen mit moderater Einwanderung, sorgt dafür, dass Irland in absehbarer Zukunft weiter mit einer stabilen, leicht wachsenden Bevölkerung rechnen kann. Die Zensus-Daten für 2002 zeigen eine geradezu beneidenswerte demographische Situation mit 14,3 Geburten auf 8,3 Sterbefälle pro Tausend der Bevölkerung und einem positiven Wanderungssaldo von 6,8 Personen pro Tausend der Bevölkerung. Damit wird der aktuelle Bevölkerungszuwachs Irlands rund zur Hälfte aus Geburtenüberschüssen und zur Hälfte aus Einwanderung gespeist. Weiter unten werden wir sehen, dass diese Einwanderung zur Hälfte aus irischen Rückwanderern besteht und nur zu rund 10% aus Nicht-EU-Einwanderern.

Das hohe irische Fruchtbarkeitsniveau ist im europäischen Vergleich erklärungsbedürftig. Denn die Rahmenbedingungen zur Familiengründung sind in Irland im europäischen Vergleich keineswegs besonders günstig, sondern gekennzeichnet durch geringe Familienbeihilfen, ein quantitativ und qualitativ unzureichendes Kinderbetreuungssystem, das zudem hohe Kosten für Eltern mit sich bringt, eine stark erhöhte Frauenerwerbstätigkeit und erheblich gestiegene Kosten für Wohnraum, besonders in den Ballungszentren. Eine hinreichende Erklärung für dieses relativ hohe Fruchtbarkeitsniveau gibt es nicht, auch wenn der Verweis auf die USA mit vergleichbar hohen Zahlen auch für den angelsächsischen Bevölkerungsanteil deutlich macht, dass familienfreundliche Rahmenbedingungen ganz offenbar keine notwendige Bedingung für größere Kinderzahlen sind. Irlands Fertilitätsmuster erscheinen im europäischen Vergleich als außergewöhnlich, aber befinden sich, wie die nachstehende Gra-

fik zeigt, auf einer Linie mit den angelsächsischen Staaten in Übersee. Dies deutet darauf hin, dass zum einen Mentalitätsfragen für die Familienbildung eine große Rolle spielen und dass zum anderen allgemeine wirtschaftliche Trends einen deutlich stärkeren Einfluss auf die Entscheidung für Kinder haben als familienpolitische Rahmenbedingungen. Auf der anderen Seite ist es sehr interessant, dass Teenager-Schwangerschaften in Irland, anders als in Großbritannien und vor allem in den USA, eine ähnlich geringe Rolle spielen wie in Deutschland (Fahey/Russell 2001, 3-19).

Abb. F4.2: Zusammengefasste Geburtenziffer Irland in vergleichender Perspektive

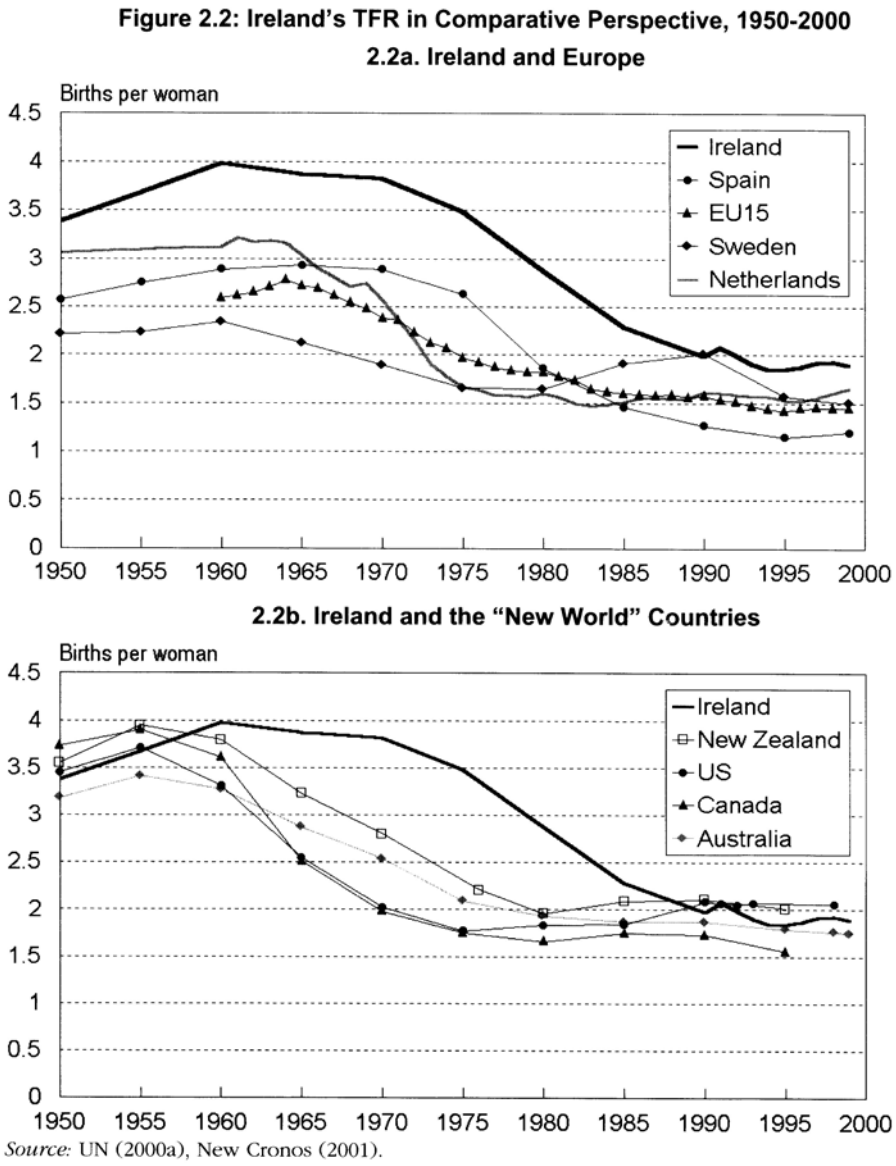


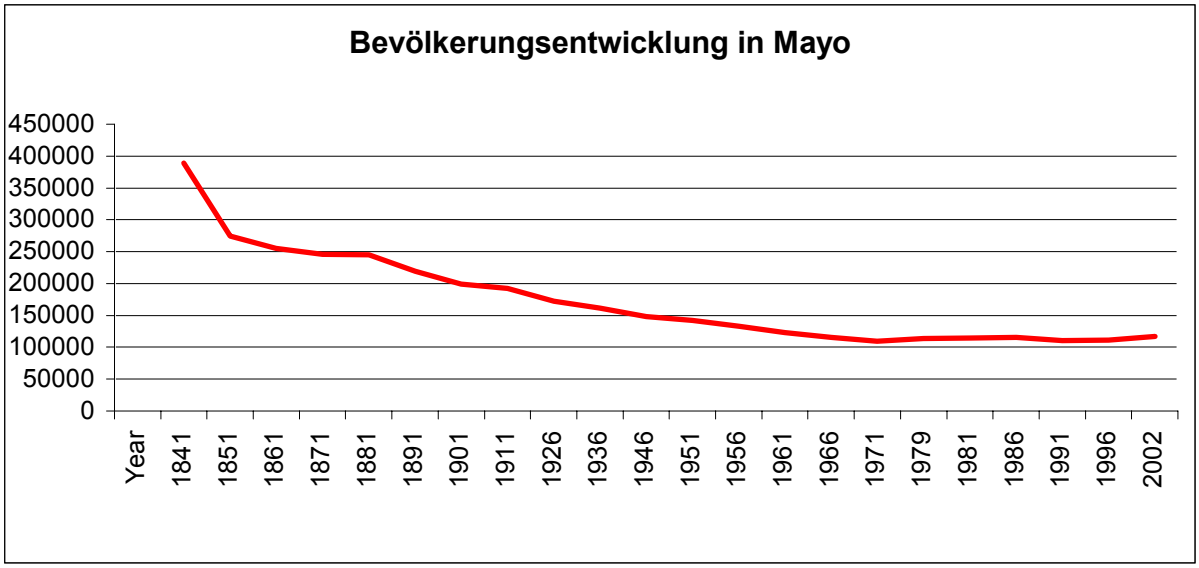
Abbildung entnommen aus Fahey/Russell 2001, 7

Nicht zuletzt auf Grund der günstigen Altersstruktur der Bevölkerung ist jedoch zur Zeit noch in der Mehrzahl der irischen Counties ein natürliches Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. So standen in Irland im Jahre 2002 14,3 Geburten 8,2 Todesfälle je 1000 der Bevölke-

rung gegenüber. Die natürliche Bevölkerungszunahme lag damit bei 6,1/1000, die Zunahme durch Wanderungsgewinne bei 6,8/1000 (Zensus 2002). Wegen der hohen Geburtenrate haben jedoch die ländlichen Gebiete in Irland ihre Bevölkerung vergleichsweise stabil erhalten können, zwar nicht auf dem zumeist doppelt so hohen Niveau wie vor der großen Hungersnot, aber doch auf dem Niveau der 1920-er Jahre.

Auf der regionalen Ebene hat der starke Bevölkerungsrückgang vor allem in den ländlichen Gebieten die wirtschaftliche und soziale Entwicklung stark behindert. Die nachfolgende Grafik zeigt die Census-Ergebnisse für den County Mayo seit 1841. Sehr deutlich ist der massive Bevölkerungsrückgang seit der Hungersnot zu erkennen, ebenso der erneute Rückgang der Bevölkerung durch Abwanderung seit 1890 und die leichte Erholung seit Mitte der 1980-er Jahre. In der Grafik zeigt sich, dass ein peripher gelegener County wie Mayo die Bevölkerung nicht einmal auf dem niedrigen Niveau der 1920-er Jahre stabilisieren konnte.

Abb. F4.3: Bevölkerungsentwicklung im County Mayo seit 1841



Eigene Darstellung auf Basis der Zahlen des Zensus 2002.

Die Bevölkerung des County Mayo betrug beim letzten Zensus 2002 117.446 Personen und ist damit zum ersten Mal seit dem Zensus 1841 gestiegen. Mit einer Einwohnerdichte von 52 Personen pro Quadratmeile ist Mayo nur halb so dicht bevölkert wie der Durchschnitt des Landes (135/mile^2). Aufgrund langjähriger Abwanderung von jungen Menschen ist der Anteil der Über-65-Jährigen höher als im Landesdurchschnitt, wegen der relativ höheren Geburtenraten aber auch der Anteil der Unter-15-Jährigen, während die mittleren (mobilen und erwerbstätigen) Altersgruppen unterrepräsentiert sind. Dies ist auch der Grund dafür, dass in Mayo das natürliche Bevölkerungswachstum mit 0,7/1000 deutlich unter dem irischen Durchschnitt liegt. Dennoch hat sich die Bevölkerung in Mayo in der zweiten Hälfte der 1990-er Jahre zum ersten Mal seit hundert Jahren wieder positiv entwickelt: 1996-2002 nahm die Bevölkerung um 5904 Personen dazu, davon macht der positive Wanderungssaldo 5406

Personen aus, während der natürliche Zuwachs immerhin auch 498 Personen betrug (Zensus 2002). Diese Zahlen markieren eine bemerkenswerte Trendwende auch für die periphere Region Mayo, die hier zum ersten Mal eine positive Wirkung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf die Bevölkerung erlebt.

Auch die soziale Schichtung in Mayo unterscheidet sich in typischer Weise vom nationalen Durchschnitt: Die höheren Berufsgruppen sind unterrepräsentiert, während die unteren sozialen Gruppen bis hin zu den (relativ) Armen leicht überrepräsentiert sind. Die Arbeitslosigkeit ist in Mayo von 1996 bis 2002 stark zurückgegangen und liegt jetzt bei nur noch rund 5%. Allerdings sind rund die Hälfte der Arbeitslosen seit mehr als drei Jahren ohne Beschäftigung. Die wichtigsten Beschäftigungssektoren sind Landwirtschaft, Fischerei und Forsten (21,8% der Beschäftigten), verarbeitende Industrien (17,9%) und die Dienstleistungen.(43%).

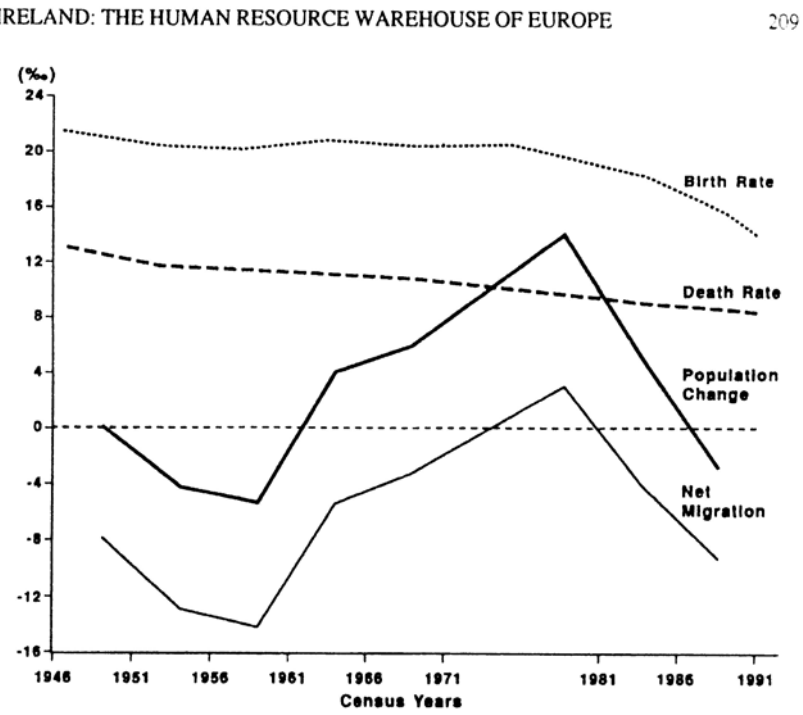
F 4.3 Abwanderung und ländliche Entwicklung in Irland

Vom traditionellen Auswanderer- zum Einwandererland

Irland ist eines der klassischen Auswanderungsländer Europas. Irische Emigranten haben zu einem bedeutenden Teil zum Bevölkerungswachstums Nordamerikas und Australiens, aber auch Großbritanniens beigetragen. Der Grund hierfür war zum einen die – durch den katholischen Glauben und die vorwiegend ländliche Lebensweise gestützte – durchgehend sehr hohe Geburtenrate, zum anderen die katastrophalen Lebensbedingungen in Irland, die sich aufgrund der britischen Oberherrschaft und Ausbeutung bis zur irischen Unabhängigkeit nur wenig besserten. Von 1900 bis in die 1960-er Jahre lag die Nettoemigrationsrate in Irland bei rund 5 p.T., am höchsten in den 1950-er Jahren mit 14 p.T. (Coward 1989). Nachdem die Phase irischer Emigration in den 1970-er Jahre endlich überwunden schien, führte jedoch die ungünstige Wirtschaftspolitik und ökonomische Stagnation der 1980-er Jahre zu einer erneuten, starken Zunahme der Abwanderung, weil die geburtenstarken „Babyboomer"-Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängten. Allein im Jahr 1988-89 verließen rund 70600 Personen, das sind 2% der Bevölkerung, ihr Heimatland Irland (Mac Éinrí 2004, 2). Diese neue Emigration war, anders als die vorhergegangenen Wellen, stärker ein Brain Drain, der vor allem gut ausgebildete junge Leute das Land verlassen ließ. So haben bis 1983 weniger als 8% der Hochschulabsolventen innerhalb eines Jahres nach dem Abschluss das Land verlassen, während 1988 rund 30% in diesem Zeitraum emigrierten. Als die Arbeitsmarktsituation in Großbritannien Anfang der 1990-er Jahre wieder schwieriger wurde, sank dieser Prozentsatz wiederum auf rund 20%. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, dass gerade diese hohe Mobilität der Akademiker – erleichtert durch jahrzehntelang gewachsene Abwanderungsnetzwerke – über Rückwanderung und Reimport von Qualifikationen zur erfolgreichen Internationalisierung der irischen Industrie erheblich beigetragen hat (King/Shuttleworth/Walsh 1996, 215f.).

Auswanderung ist über diese vielen Jahre zu einem Konstituens des Nationalbewusstseins geworden und – typisch für Auswandererländer – die irische Identität wird von den Auswanderern auch am neuen Wohnort in der Regel bewahrt und an die Kinder weitergegeben. Heute stellen amerikanische Touristen, die sich im irischen Hinterland auf die Suche nach ihren Vorfahren begeben, ein wichtiges touristisches Segment dar.

Abb. F4.4: Geburten- und Bevölkerungsentwicklung in Irland seit 1845



Entnommen aus: King/Shuttleworth/Walsh 1996, Figure 12.1, 209.

In der irischen Bevölkerungsentwicklung lassen sich mehrere Phasen erkennen, die – wie die oben stehende Grafik zeigt - jeweils weitaus mehr durch Migration als durch natürliches Bevölkerungswachstum bestimmt waren. Die Abwanderung wiederum wird am meisten vom Verhältnis der britischen zur irischen Konjunktur bestimmt. Insofern ist die Lage Irlands mit der in Ostdeutschland besonders gut vergleichbar – Großbritannien ist dabei das Westdeutschland Irlands. Denn die Überfahrt mit der Fähre war immer billig, die kulturellen Unterschiede relativ gering, sprachliche Barrieren nicht vorhanden, und der britische Arbeitsmarkt wurde für Iren immer zugänglich gehalten (King/Shuttleworth/Walsh 1996, 210f.). Entsprechend groß war die Emigration in den 1980-er Jahren, als die irische Volkswirtschaft eine tiefe Krise durchlebte, während das Großbritannien Maggie Thatchers relativ gesehen prosperierte. Der Höhepunkt dieser Auswanderung war 1989 erreicht. In klarer Parallelität zum Aufschwung der irischen Volkswirtschaft während der 1990-er Jahre nahm dann die Nettoabwanderung deutlich ab und wurde Schritt für Schritt durch Zuwanderung ersetzt. Gleich-

zeitig schlugen die günstigen Nettoreproduktionsziffern nach Ende der Abwanderung auf die Bevölkerungsentwicklung durch (Walsh 1996, 5). Verschiedene Untersuchungen zu den Gründen der Ab- und Auswanderung in Irland zeigten wenig überraschend, dass die meisten Wanderungsentscheidungen arbeitsmarktbezogen fielen. Je höher das Lohngefälle zu Großbritannien war und je größer das dortige Arbeitsplatzangebot, desto mehr junge Menschen entschieden sich für Auswanderung (Walsh 1991, 35).

Die irische Migration fand also zu großen Teilen in Richtung auf das englischsprachige Ausland statt, wurde aber begleitet von regionalen Migrationsströmen. In den 1950-er Jahren erreichte die irische Emigration sowohl aus den Städten als auch vom Lande nach dem Ausland ihren Höhepunkt. Erst in den 1960-er Jahren begann daneben eine Zuwanderung aus den ländlichen Räumen nach Dublin und teilweise in die anderen Städte. Als Reaktion auf die verlangsamte wirtschaftliche Entwicklung wurde diese Urbanisierung Mitte der 1980-er Jahre wiederum von einer starken Abwanderung ins Ausland überlagert. Erst seit Mitte der 1990-er Jahre hat eine Rückwanderung eingesetzt, von der jedoch weit überwiegend die Städte, besonders Dublin, profitieren. Rückwanderung in die ländlichen Regionen spielt fast nur für ältere Jahrgänge eine Rolle, mit Ausnahme der touristisch besonders attraktiven Gebiete an der Westküste.

Auch die Mehrzahl der Hochschulabsolventen (zur Zeit: zwei Drittel) findet in Dublin ihre erste Anstellung nach dem Hochschulabschluss, unabhängig davon, wo das Diplom erworben wurde. Hierzu trägt auch bei, dass die fehlenden öffentlichen Transportmittel bei gleichzeitig exorbitant hohen Versicherungssummen für junge Autofahrer das Leben von jungen Leuten auf dem Land erschweren.

Die Struktur des irischen Wirtschaftswachstum, vor allem die Konzentration auf wenige Sektoren (Elektronik, Computer, Software, Finanzdienstleistungen, pharmazeutische Industrie) begünstigte diese Zentralisierung. Da diese Branchen einen hohen Fachkräftebedarf haben, siedeln sie sich nur dort an, wo dieser leicht befriedigt werden kann und wo auch bei Fluktuation von Arbeitskräften eine leichte Wiederbesetzung von Positionen möglich ist. Im ländlichen Raum ist das immer schwierig, weil die Zahl ansässiger oder zuzugswilliger Fachkräfte zu gering ist. Die Ansiedlung dieser Industrien in den Städten und vor allem in Dublin erzeugt gleichzeitig eine hohe Nachfrage im Bausektor, so dass auch qualifizierte Handwerker in die Wachstumszentren gezogen werden.

Die nachstehende Tabelle zeigt deutlich, dass Irland in den letzten Jahren auch hinsichtlich der Binnenmigration einen Wandel erlebt: Die Entvölkerung der ländlichen Regionen ist aufgehalten. Aber die großen Wanderungsgewinner sind die an städtische Zentren angrenzenden Counties, ein Beweis dafür, dass die Suburbanisierung in Irland – unter Überspringung einer expliziten Phase der Urbanisierung - eine immer größere Rolle spielt.

Tab. F4.3: Nettobinnenwanderung nach Regionen

Table 4.17: Total net internal migration in each region of the State in 1995-96 and 1998-99

Region	1995-96	1998-99
Border	-984	95
Dublin	2055	-8790
Mid-east	1959	3882
Mid-west	-255	1064
Midlands	-1026	444
South-east	-693	952
South-west	-801	95
West	-255	2258
TOTAL	0	0
Dub & ME	4014	-4908

Quelle: Population, Labourforce and Housing Demand Projections (2001), 46.

Frauen hatten an der irischen Migration in besonderer Weise Anteil. Solange die Emigration nach Großbritannien und in die anderen Länder Europas vor allem weniger qualifizierte Arbeiter, besonders im Bausektor, betraf, waren Frauen bei der Auswanderung naturgemäß deutlich in der Minderheit. Dagegen sind schon im 19. Jahrhundert Frauen in Irland öfter als Männer aus ländlichen in städtische Gebiete gezogen. Dies hatte auch mit der patrilinearen Erbfolge auf dem Lande zu tun. Im Zensus von 1986 sind Frauen in ländlichen Gebieten deutlich unterrepräsentiert (Drew/Murphy 1997, 94-97).

Zum ersten Mal in seiner Geschichte ist Irland auch mit Immigration von Ausländern konfrontiert. Mit jährlichen Wachstumsraten von mehr als 8% des BIP am Ende der 1990-er Jahre entstand ein Arbeitskräftebedarf, der auch durch die Mobilisierung eigener Reserven (vor allem Ausweitung der Frauenbeschäftigung) nicht mehr zu decken war. Damit veränderte sich der Charakter der Immigration nach Irland. Bis zum Boom der 1990-er Jahre gab es in Irland im Wesentlichen vier Arten von Immigration: irische Rückwanderer (aber in geringerem Ausmaß als in den Mittelmeerländern); hoch qualifizierte, oft temporäre Zuwanderer in Zusammenhang mit den ausländischen Investitionen; Zuwanderer der alternativen Szene aus Großbritannien, Deutschland und anderen EU-Ländern; und schließlich Rentner-Zuwanderung vor allem aus Großbritannien. In der zweiten Hälfte der 1990-er Jahre änderten sich Richtung und Umfang der Wanderung gewaltig: Von 1995-2000 wanderten rund 250 000 Personen ein, davon etwa die Hälfte Rückwanderer. Das entspricht 7% der Bevölkerung und ist damit eine Zuwanderung, welche die aller anderen EU-Länder bei weitem übertrifft, wobei maximal 12% dieser Einwanderer aus Nicht-EU-Ländern stammten (Mac Éinrí 2004, 4f.).

Ländliche Abwanderung und ländliche Lebensqualität im County Mayo

Für die ländlichen Räume ist die Entleerung durch die große Hungersnot und nachfolgende Emigration in der Mitte des 19. Jahrhunderts der bestimmende Faktor. So hatte der County Mayo vor der großen Hungersnot von 1845-49 eine Bevölkerung von fast 200 000 Menschen. Durch Hungertod und Auswanderung halbierte sich diese Zahl innerhalb weniger Jahre und blieb dann – trotz jahrzehntelang hoher Geburtenraten – auf diesem niedrigen Niveau, weil unzählige Menschen auswanderten, vor allem nach Großbritannien und nach Nordamerika. In den letzten zehn Jahren ist die Bevölkerung in Mayo dagegen von rund 110000 auf 117 000 Menschen gestiegen. Dabei verliert rund die Hälfte der Kommunen weiterhin an Einwohnern, während die andere Hälfte gewinnt. Innerhalb des County ist also eine Bevölkerungsbewegung in Richtung auf die (Klein-)Städte erkennbar; innerhalb der Städte wiederum hinaus aus dem Zentrum an den Stadtrand.

Obwohl sich die Zuwanderung nach Irland naturgemäß auf die östlich gelegenen Wachstumszentren konzentriert, weist also auch der peripher gelegene County Mayo in den letzten zehn Jahren insgesamt eine bemerkenswert stabile Bevölkerungsentwicklung mit einer Zunahme von rund 5% über diesen Zeitraum auf. Diese Zunahme ist zum größten Teil nicht durch natürliches Bevölkerungswachstum entstanden, sondern vor allem durch moderate Zuwanderung. Es wird vermutet, dass sich die Zuwanderung zu einem beträchtlichen Teil aus zurückkehrenden Emigranten speist, die im Rentenalter entweder aus Großbritannien oder aus Übersee in die alte Heimat zurückkehren, aber auch aus jüngeren Rückwanderern aus der Dublin-Region. Zudem zieht das regionale Wachstumszentrum des Westens, die Stadt Galway (außerhalb von Mayo) Zuwanderer an, die ihre Häuser teilweise im County Mayo bauen und pendeln (Regional Strategy 2004, 10).

Den nordwestlichen Landesteilen, so auch Mayo, ist es im letzten Jahrzehnt erfolgreich gelungen, sich als Gegenbild zum urbanisierten Dublin zu identifizieren. Das Leben im Ballungsraum gilt für eine große Zahl von Iren heute als weniger wünschenswert als das Leben in der unberührten Natur und stabilen Gemeinschaft der nordwestlichen Kleinstädte. Auf der einen Seite gibt es also klare Suburbanisierungstendenzen, von denen vor allem die an Dublin angrenzenden Counties profitieren, auf der anderen Seite aber streben viele Menschen, die selbst oder deren Eltern aus dem Nordwesten nach Dublin gezogen sind, im Moment der Familiengründung wiederum danach, sich in ihrer Heimatregion niederzulassen. Die hohe Lebensqualität ist zu einem der hervorstechendsten Attribute von Counties wie Mayo geworden.

Zugleich erlauben es die Fortschritte der Wissensgesellschaft, insbesondere das Teleworking und die internetbasierten Tätigkeiten, dass zunehmend auch qualifizierte Erwerbstätigkeit außerhalb der Ballungsräume möglich ist, z.B. im Bereich der Softwareentwicklung, aber

auch als Architekt oder Designer. Bestimmte akademische Berufswege (z.B. im Bildungs- und Gesundheitswesen) ermöglichen eher eine Anstellung auch im ländlichen Raum.

Die hohe Bevölkerungsdynamik stellt gerade jetzt hohe Anforderungen an eine gute Regionalplanung. Bei einem projektierten Bevölkerungswachstum von rund 1% jährlich mindestens in den nächsten zwanzig Jahren ist der Bedarf an neuem Wohnraum in Irland beträchtlich. Relativ zur Bevölkerung werden in Irland zur Zeit fünfmal so viele neue Häuser errichtet wie in Deutschland, und zwar zu einem großen Teil in planerisch kaum beeinflusster ländlicher Streulage. Die Umkehrung der Wanderungstrends bedeutet für den County Mayo einen erheblichen Druck hinsichtlich des Baus von ländlichen Eigenheimen in Alleinlage. Die National Spatial Strategy sieht in Mayo als zentrale Siedlungspunkte den „Hub“ Castlebar/Ballena. Tatsächlich aber findet zwischen 65-70% der Neubau-Aktivität außerhalb geschlossener Siedlungen im ländlichen Raum statt. Teilweise handelt es sich dabei um den Bau auf angestammten Familiengrundstücken, zu einem größeren Teil aber um typischen Suburbanisierungsdruck. Mit dem Wirtschaftsboom stiegen zudem die Preise für Eigenheime in den Städten beträchtlich, so dass Familien auch aus finanziellen Gründen häufig mit Neubauvorhaben in den ländlichen Raum ausweichen.

Dies steht den Planungszielen der nachhaltigen ländlichen Entwicklung und umweltverträglichen Siedlungsstruktur direkt entgegen. Aber starke Kräfte, sowohl in der Bevölkerung wie in der Politik, ermöglichen diese Zersiedlung ländlicher Räume. Dies ist auch ein Resultat politischer Rahmensetzungen. In Irland wurde seit der Unabhängigkeit Urbanisierung nicht als Vorteil gesehen und die Entwicklung ländlicher Gebiete und Lebensformen erschien als der bessere, irische Weg der Raumplanung. Deshalb ist bis heute in Irland eine Raumplanung, welche ländliche Streusiedlung unterbindet, praktisch kaum durchzusetzen. Der Anteil der ländlichen Bevölkerung in Streusiedlungen (d.h. Einzelhöfen) außerhalb von Dörfern oder Kleinstädten beträgt stabil um die 40%. Dies spiegelt eine starke Tradition des Landlebens auf ererbtem Grund. Das weltanschauliche Muster von Katholizismus, Familialismus, Ruralismus und Tradition ist in Irland nach wie vor stark und findet in der Agrarpolitik der Europäischen Union einen starken Widerhall. In einer modernisierten Form zeigt sich diese Unterströmung in dem ausgezeichneten Ruf, den das Wohnen in den peripheren Lagen im Westen Irlands auch aus Sicht der Städter hat, so dass die Rückwanderungstendenz stärker ist als in anderen ländlichen Gebieten Europas.

Zudem spielt Grund- und Hausbesitz in Irland traditionell eine zentrale Rolle. Die Eigenheimquote ist mit 75% in Irland sehr hoch und wird nur von Spanien übertroffen (Deutschland: 41%). Das Idealbild des Eigenheims ist dabei das einzeln in der Landschaft stehende Haus ohne direkte Nachbarn. Es gilt als Inkarnation des guten, traditionellen Landlebens. Zum anderen wird diese Vision ländlichen Lebens auch politisch von konservativen Kräften und der katholischen Kirche, die in den County Councils gut repräsentiert sind, direkt gefördert –

man hofft durch die anhaltende Besiedlung ländlicher Räume Dörfer, Kirchen und Pfarren lebendig zu halten und zugleich traditionelle Familienwerte zu stärken. Deshalb werden, obwohl sie den Raumordnungsplänen direkt widersprechen, allenfalls 10% der Bauanträge für Häuser in ländlicher Alleinlage abgelehnt. Oftmals erscheint schon das Dorf (mit 40 oder 50 Einheiten) als von außen aufgezwungene, „englische“ Siedlungsform auf dem Lande, dem das wahre, irische Alleinwohnen mit 5000-jähriger Tradition entgegengestellt wird. Eine starke Lobby von ländlichen Hausbesitzern, unterstützt von der konservativen politischen Klasse, ließ daher bisher die meisten Versuche zur Vermeidung von Zersiedlung durch raumplanerische Eingriffe scheitern (Irish Rural Dwellers Association 2004).

Dem Wachstumsmotor Dublin steht so in der politischen Landschaft Irlands eine starke Lobby des ländlichen Lebens gegenüber. Diese politischen Kräfte sind die treibende Kraft bei der Formulierung einer Politik für die ländlichen Räume in Irland und stehen deshalb auch den Auswirkungen der EU-Agrarreformen mit ihrem Druck zur Bildung größerer, wirtschaftlich leistungsfähigerer Hofeinheiten sehr kritisch gegenüber. Die Frage des ländlichen Wohnens (in Streusiedlungen) in Irland kann als exemplarisch gelten, weil in ihr die Frage nach nachhaltigen Strategien für den ländlichen Raum in einem kulturell stark vorgeprägten Kontext diskutiert wird. Im Rahmen der Vorbereitung der National Spatial Strategy wurde versucht, die unterschiedlichen Argumente einander gegenüber zu stellen:

Tab. F4.4: Vor- und Nachteile ländlichen Wohnens in Alleinlage Quelle: NSS 2002, 13, 4.

Table 1: Rural Housing Issues

Positive" Issues	Negative" Issues
Countering Rural Population Decline The view is often put forward that to sustain rural services and the vitality of rural communities and life generally, rural population should be stabilised. Additionally there is the view that persons supporting the rural community need to be expressly catered for.	**Utilisation of Services** A fundamental basis for spatial policies that aim to strengthen existing urban structure is the belief that dispersed or ribbon type development is incompatible with the maximum utilisation of existing services and the minimisation of demand for new services.
Supporting Farm Incomes The buoyancy in the housing market of the 1990's and onwards has dramatically increased the price of building land and farming organisations along with rural development activists have argued that rural landowners should have the right to sell building plots to support family or farm restructuring.	**Transportation** Statistical analysis clearly shows that rural dwellers are predominantly and increasingly car based in terms of modal choice than their urban counterparts. When this issue is combined with greenhouse gas emissions from private transport and the impact of increased transport demands on rural roads as well as parking in towns, it is clear that the transportation impacts of dispersed development patterns is a significant and long term spatial issue in rural housing. Associated with this issue is the question of frontage type development on particularly national and regional roads adversely affecting the capacity of these routes through increasing the opportunities for conflicts of movements.
Rural Housing and Affordability In the late 1990's the housing supply and demand interrelationship moved into a position of imbalance creating affordability problems. Many see the chance of a rural site, often obtained at low cost from family members or relations as a means to enter the property ladder.	**Environmental Impacts (1) Water Quality** Dispersed rural housing is by its nature dependent on individual arrangements for wastewater treatment and disposal. Whilst many parts of the country can provide the depth of overburden and groundwater conditions to permit the conditions for effective disposal of effluent, this is conditional upon high standards of provision of effluent disposal means and maintenance thereafter. Surveys have shown in the past that this is not being achieved. In addition many parts of the country pose severe difficulties for the installation of effective and reliable means of treatment. These areas coincide with the areas of greatest pressure.
Rural Housing and Demand Overall There is the argument also that demand for housing in rural areas, even if urban generated, was diverted through strong spatial policies to urban areas, this would further move the housing demand – supply interrelationship out of balance.	**Environmental Impact (2) Biodiversity** As part of the attempts by local authorities to ensure new development does not adversely impact upon traffic safety, there are generally requirements of planning consents to remove roadside hedges. In Co Kerry alone, it has been recently estimated that this results in the loss of 40 km's of natural hedgerows every year. In addition to this there is the issue of loss of the land itself, either from agricultural production or as a natural habitat.
Quality of Life It is believed that the attractiveness of rural areas in terms of privacy and separation from urban stresses such as congestion or crime, may be significant attractions for the occupants of urban generated dwellings in rural areas.	**Environmental Impact (3) Landscape Quality and Integrity** Few would disagree with the undesirability of development in areas of high amenity, but in many rural areas the physical character of the landscape has become suburban and surveys have shown that this has become the subject of adverse comment by tourists.
Social and Family Linkages Rural housing is frequently cited, particularly by elected members, as a way in which family members resident in rural areas, can be cared for by other family members who would frequently move out from urban areas to construct houses in the countryside.	**Impacts on Rural Land Uses** There have been instances of severe conflict between occupants of urban generated housing in rural areas and normal rural activities in the agricultural sector. Widespread development in rural areas can make it difficult to persist with or develop farming practices, especially where the issue of farm wastes are involved. This issue also arises where long term development constricts development options for necessary new infrastructure such as new roads or power lines.
	Prejudicing Comprehensive Development It is argued in many cases that development, contiguous to rapidly developing urban areas, reduces long term spatial development options either by land-locking and or by creating difficulties for the integration of infill development in the long term.
	Social Stratification This argument posits a positive relationship between urban sprawl and the decay of urban areas in social and physical terms

Dabei wird deutlich, dass aus Nachhaltigkeits- und aus Kostengesichtspunkten das durch Suburbanisierung generierte ländliche Wohnen übergeordenten Planungszielen zuwider läuft, dass aber auf der anderen Seite die möglichen Vorteile ländlichen Wohnens (geringe Kosten, Abgeschiedenheit, Möglichkeit, für ältere Verwandte zu sorgen) möglicherweise der einzige Weg sind, die Bevölkerung in entlegeneren und ländlichen Regionen stabil zu erhalten, und dass die Alternative die Förderung urbaner Zentren inmitten sich entleerender ländlicher Gebiete wäre. Letzteres ist raumplanerisch und ökonomisch betrachtet durchaus wünschenswert, aber steht nicht im Einklang mit der Tradition ländlichen Lebens in Irland.

Qualitative Analysen der irischen Wanderungsbewegungen

Eine erste qualitative Analyse der irischen Abwanderung im 19. Jahrhundert wurde schon 1970 von Damian Hannan veröffentlicht (Hannan 1970). Er beschrieb in genauen empirischen Untersuchungen die Gründe für den „rural exodus“ und die Abwanderung junger Menschen aus dem County Cavan in der Mitte der 1960-er Jahre. Dabei identifizierte er als wichtigstes ökonomisches Motiv für die Abwanderung die beruflichen Erwartungen der jungen Menschen, daneben aber auch „solidarische“ Motive, insbesondere die Verwurzelung am Heimatort und die Verpflichtungen gegenüber der Herkunftsfamilie, also z.B. seinen Eltern beizustehen oder ihren Betrieb zu übernehmen. Sein Schüler James Walsh knüpfte in Untersuchungen seit Mitte der 1980-er Jahre an diese Methodologie an. Als die irische Emigration Ende der 1980-er Jahre einen neuen Höhepunkt erreichte, wurden für diese Studien auch Regierungsaufträge vergeben.

Die wichtigste qualitative Untersuchung aus der jüngeren Zeit wurde später durch den Nationalen Wirtschafts- und Sozialrat veröffentlicht (Walsh 1984, Walsh 1991a). Sie verfolgte den Weg eines repräsentativen Samples von Schulabgängern des Schuljahres 1981/82 über fünf Jahre hinweg. Das Sample von rund 2000 Personen wurde insgesamt dreimal interviewt, im Mai 1983, im November 1984 und nach November 1987. Am Ende des Jahres 1987 war bereits ein Drittel dieser Schulabgänger abgewandert, weitere 8 Prozent planten es. Deutlich wurde in der Längsschnittuntersuchung auch, dass zahlreiche Befragte nach Großbritannien gegangen und schon wiedergekehrt waren. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Querschnittbefragungen den Anteil der Abwandernden immer unterschätzen, da manche nach Abwanderung bereits wiedergekehrt sein könnten.

Innerhalb der möglichen Variablen, welche die Wahrscheinlichkeit einer Abwanderungsentscheidung steigern, spielt laut den Ergebnissen dieser Studie die Überzeugung, ob man am derzeitigen Wohnort seine beruflichen und Einkommenserwartungen realisieren kann, die größte Rolle. Den zweitgrößtem Einfluss hat der Faktor Heimatverbundenheit, entweder in Form von Verpflichtungen gegenüber der Familie oder in Form von Bindung an die lokale Herkunft. Aber dieser Faktor erwies sich als

weit weniger wichtig als die Verwirklichung von Berufszielen. Der sozioökonomische Status der irischen Abwanderer besaß die größte Vorhersagekraft für eine Abwanderungsentscheidung, d.h. je höher die soziale Schicht der Familie, desto wahrscheinlicher verließ das Kind den Heimatort. Ebenso wichtig ist die Lage des Heimatwohnorts – ca. 2/3 der Schulabgänger in Dublin und größeren Städten wohnten am Ende der Befragungszeit noch zu Hause, aber nur 1/3 der Schulabgänger aus entlegenen oder kleineren Orten. Typisch für die ländlichen Gebiete Irlands ist zudem (das zeigten empirische Studien von 1937 genauso wie von 1970) eine klassenabhängige Zirkelbewegung. Die Kinder der Mittelklasse verlassen die Kleinstädte, weil es wegen der wenigen Berufsmöglichkeiten für sie dort schwierig ist, das soziale Niveau ihrer Eltern zu halten. Dagegen wandern aus den umliegenden ländlichen Gemeinden die Kinder der Unterschicht in die Kleinstädte und übernehmen im Rahmen des sozialen Aufstiegs die frei werdenden Positionen der Mittelschicht.

Besonders interessant und den Erwartungen nicht entsprechend waren die Ergebnisse dieser Studie hinsichtlich der sozialpsychologischen Faktoren. So waren z.B. Selbstbewusstsein und Abwanderungsneigung negativ korreliert, d.h. je selbstbewusster, desto weniger wanderungsgeneigt waren die Befragten. Möglicherweise wurden hierbei jedoch andere Faktoren gemessen, denn umgekehrt war das Selbstbewusstsein bei denjenigen am höchsten, die am stärksten lokal verankert waren (Walsh 1991a, 140f.). In der Studie wurde auch die Gruppe derjenigen, die in Irland einen Job hatten und trotzdem abwanderten, gesondert nach ihren Gründen befragt. Diese Gruppe machte ca. 38% der Befragten aus. Als Gründe nannten sie weit überwiegend die Suche nach einer Arbeit mit besserer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen, insbesondere dann, wenn sie unterhalb ihres erreichten Qualifikationsniveaus beschäftigt waren. Die irische Abwanderung unterscheidet sich von der aus Ostdeutschland vor allem darin, dass auch wenig qualifizierte jugendliche Arbeitslose abwanderten, und zwar in der Regel, ohne vorher einen Arbeitsplatz in der Zielregion zu haben. Hier spiegelt sich eine alte Tradition der Armutsmigration, die zu erhöhter Mobilität bei Arbeitslosigkeit und drohender Armut führt, die aber in Ostdeutschland so nicht vorhanden ist, weil der Wohlfahrtsstaat die Existenz auch sichert, wenn die Arbeitslosen am Wohnort verbleiben. Allerdings wirkten auch im Irland der 1980-er Jahre dieselben Faktoren wanderungsfördernd. Walsh kommt zum Schluss: „Die abwanderungsgeneigtesten Interviewten sind die, die bereits einmal abgewandert waren, die alleinstehend und ledig sind, ein besseres Bildungsniveau haben, aus einem günstigen sozio-ökonomischen Umfeld stammen und aus abgelegeneren Ortschaften. Auf dem anderen Extrem sind diejenigen mit der geringsten Wanderungswahrscheinlichkeit städtische Jugendliche aus der Arbeiterklasse mit sehr geringem Bildungsniveau und den ungünstigsten Beschäftigungsaussichten innerhalb Irlands. Offensichtlich wirken in diesem

letzteren Fall massiven ökonomischen „Push“-Faktoren noch stärkere Anti-Abwanderungsfaktoren entgegen: vor allem persönliche Ressourcen und Möglichkeiten“(Walsh 1991a, 149, Übersetzung C.D.). Das irische Datenset ergab zwar ingesamt das wenig erstaunliche Ergebnis, dass die Variablen „lokales Beschäftigungsangebot“ und „berufliche Zufriedenheit“ sowie „berufliche Pläne“ am besten eine Abwanderungsentscheidung vorhersagen konnten. Aber das Vorhandensein eines Migrationsnetzwerkes erwies sich als fast ebenso fördernder Faktor für Abwanderung. Darüber hinaus war der Einfluss des Faktors Arbeitslosigkeit überraschend: Zwar erhöhte Arbeitslosigkeit insgesamt die Wahrscheinlichkeit einer Abwanderung. Wenn aber im Model alle anderen Faktoren (Bildung, berufliche Zufriedenheit usw.) kontrolliert wurden, wirkte der Faktor Arbeitslosigkeit sogar umgekehrt, d.h. die Arbeitslosen hatten eine geringere Wahrscheinlichkeit, abzuwandern, als die Beschäftigten. Walsh erklärt dies mit ihren geringeren Ressourcen in Form von Bildung, Netzwerken, Selbstbewusstsein, aber auch mit dem Anrecht auf Wohnbeihilfen und Sozialhilfe, das die Wanderungsbereitschaft mindert (Walsh 1991a, 155). Ebenso interessant sind Walsh’ Ergebnisse hinsichtlich der sozialen Mobilität. Er konnte zeigen, dass die Wanderungsbereitschaft bei den Jugendlichen aus der Mittelklasse und mit sozialer Mobilität nach oben (eigener beruflicher Status ist höher als der der Eltern) am höchsten war, am niedrigsten hingegen bei den Jugendlichen der Arbeiterklasse ohne soziale Mobilität, d.h. mit dem selben Status wie ihre Eltern. Klar konnte er auch herausarbeiten, dass die graduelle Übernahme von Erwachsenen-Rollen (Ehe, Kinder, Grunderwerb) die Wanderungsbereitschaft nach und nach reduzierte.

Für die Wanderungsentscheidungen sind – das zeigen auch die irischen Studien – nicht nur die ökonomischen Rahmenbedingungen wichtig, sondern auch konkrete wanderungsfördernde oder wanderungsverhindernde Faktoren. Zu den wanderungsverhindernden Faktoren (in der Sachsen-Anhalt-Studie sprechen wir von Haltefaktoren) gehören bei Hannan (1970) elterliche Erwartungen auf Unterstützung, familiäre Bindung durch Ehe und Kinder sowie Grundbesitz. Diese Faktoren verhindern, dass Wanderungspläne realisiert werden, selbst wenn die Rahmenbedingungen eine Abwanderung nahelegen würden. Umgekehrt spielt in Irland für die Realisierung von Wanderungsplänen die Unterstützung durch ein Netzwerk von Freunden und Verwandten eine zentrale Rolle (Walsh 1991a, 131).

F 4.4 Maßnahmen zur Stabilisierung der Bevölkerung

Familienpolitische Maßnahmen

Irland gehört mit Großbritannien zum angelsächsischen, d.h. liberalenTyp des Wohlfahrts-staats, in dem familienpolitische Maßnahmen nur eine sehr geringe Rolle spielen. Auf der anderen Seite ist die irische Politik durch den Katholizismus und seine Familienwerte weltan-

schaulich geprägt. So hat die Familie Verfassungsrang. Die Mehrzahl der familienpolitischen Maßnahmen in Irland richtet sich an Familien mit besonderen Problemlagen (Einkommensarmut, Alleinerziehen etc.). Insofern ist die irische Familienpolitik vor allem als Sicherungsnetz zur Vermeidung von Armut konzipiert, und nicht als Anreizsystem für die Erleichterung der Familiengründung. Insofern spielen familienpolitischel Maßnahmen für die Bevölkerungsentwicklung in Irland keine Rolle.

Zwar wird auch ein moderates Kindergeld von z.Zt. 86 € für die ersten beiden und 109€ ab dem dritten Kind gezahlt. Wichtiger sind aber die Beihilfen für bedürftige Familien (Schulanfangs-Beihilfe etc.) und vor allem das Family Income Supplement, das wie in Großbritannien ausschließlich an erwerbstätige Eltern gezahlt wird und in der Höhe 60% des Abstands zum für diese Beihilfe maßgebenden Höchsteinkommen beträgt. Daneben gibt es umfangreiche Programme im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus sowie kostenlose Gesundheitsfürsorge für einkommensschwache Familien. Eine neue Herausforderung für die irische Familienpolitik stellt die Zunahme der Ein-Eltern-Familien seit ca. 15 Jahren dar. Sie erhalten eine eigene Zulage. Darüber hinaus wurden für diese Gruppe die Regelungen für die Sozialhilfe etwas großzügiger gestaltet, damit ein eigenes Erwerbseinkommen nicht voll auf die Sozialhilfe angerechnet wird und so ein Anreiz zur Erwerbstätigkeit bestehen bleibt. (MISSOC Info 01/2002).

Hinsichtlich der Kinderbetreuungssituation ist Irland mit Westdeutschland vergleichbar. Nur für den kleinsten Teil der Kinder unter drei Jahren steht ein Betreuungsplatz zur Verfügung (unter 5%)sowie für gut die Hälfte der Kindergartenkinder zwischen 3-6 Jahren (55% 1998). Die Schule ist in der Regel allerdings als Ganztagsschule organisiert. Die Investitionen in die Bildung kamen in Irland zunächst Schulen und Hochschulen zu Gute, während im Bereich der vorschulischen Erziehung noch erheblicher Nachholbedarf besteht, der auch deshalb immer größer wird, weil die Frauenerwerbsquote so stark gestiegen ist.

Auf regionaler Ebene konnten die Disparitäten im Angebot sozialer Dienstleistungen deutlich reduziert werden. Ihr Niveau ist in Mayo nach Aussage der Experten inzwischen vergleichbar mit dem Landesdurchschnitt. Während noch vor zehn Jahren die Betreuung von Kleinkindern oft durch die Großeltern übernommen wurde, ist inzwischen die Nachfrage nach Kinderbetreuung stark gestiegen, und das öffentliche Angebot wurde ausgebaut, auch wenn es noch nicht bedarfsgerecht ist. In jedem County wurde ein Koordinator für Kinderbetreuung ernannt. Andere soziale Dienstleistungen wie ärztliche Versorgung und Altenpflege wurden gleichfalls erheblich weiterentwickelt.

Eine zentrale Rolle für die soziale Qualität im County Mayo spielt das reich entfaltete Vereinsleben und die ehrenamtliche Tätigkeit. Die County-Administration vermutet, dass in dem County rund 1000 Vereine und Verbände tätig sind. 650 davon sind eingetragene Vereine.

Sie können auf Ebene des Counties sowie innerhalb der Kommunen in einem Forum ihre Interessen vertreten. Ehrenamtliche Arbeit im Bereich der Sozialen Dienste und des bürgerschaftlichen Engagements sowie im Sport spielt weiterhin eine große Rolle, wird aber in jüngster Zeit durch legale Rahmenbedingungen und bestimmte Skandale (Schadenersatzklagen nach amerikanischem Vorbild, Fälle von Kindesmissbrauch z.B. in katholischen Institutionen) kritischer gesehen und damit erschwert. Auch der wirtschaftliche Boom hat das traditionelle ehrenamtliche Engagement in den ländlichen Gebieten teilweise erlahmen lassen.

Direkte Maßnahmen zur Beeinflussung des Wanderungsverhaltens

Irland mit seiner langen Abwanderungstradition bietet besonders ungünstige Voraussetzungen zur Beeinflussung des Wanderungsverhaltens. Denn durch die langjährige Abwanderung verfügt die Mehrheit der Iren über funktionierende Netzwerke, welche die Migration gegebenenfalls erleichtern können. Zum zweiten bieten sich für die Iren besonders das nahegelegene Großbritannien, aber auch die USA und Australien als große, aufnahmefähige Volkswirtschaften ohne Sprachbarriere zur Auswanderung an. Die Normalität von Arbeitsplatzmobilität bedeutet, dass in Irland die Hemmschwelle zur Abwanderung ins Ausland bei Arbeitsplatzmangel vergleichsweise gering ist. Daher spiegelt der positive Wanderungssaldo der letzten Jahre im wesentlichen die Arbeitsmarktlage mit ihrer nahezu vollständig verwirklichten Vollbeschäftigung wieder. Anders gesagt: Bei so hoher Arbeitslosigkeit wie in Ostdeutschland wären in Irland längst erheblich viel mehr Menschen ab- oder ausgewandert.

Ein Versuch der Beeinflussung der regionalen Verteilung der Bevölkerung stellt die bewusste Auslagerung von Regierungsinstitutionen und öffentlichen Einrichtungen von Dublin weg in die Provinz dar. Diese Maßnahmen treffen jedoch auf starken Widerstand seitens der Beschäftigten. Eine Bereitschaft zum Umziehen in die Provinz gibt es praktisch nur bei den niedrig bezahlten Beamten im einfachen und mittleren Dienst, für die das preisgünstigere ländliche Wohnen attraktiv ist.

Explizite Maßnahmen zur Beeinflussung von Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsverhalten fehlen daher in Irland. Dennoch spielt die Frage einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung bei der Formulierung der Regionalpolitik in Irland die zentrale Rolle, und zwar einerseits aus linguistischen Gründen, und andererseits im Rahmen der Politik für den ländlichen Raum. Eine besondere Rolle nehmen die Gaeltacht-Gebiete ein, in denen aus linguistischen Gründen finanzielle Anreize zum Verbleib von Familien in der Region gesetzt werden. Auf der Basis von Sprachprüfungen der Kinder erhalten diejenigen Familien, in denen tatsächlich gälisch gesprochen wird, Beihilfen zum Bau eines Hauses sowie Kindergeldzuschläge, wenn sie in der Region bleiben. Denn die Pflege des Gälischen spielt für das irische Nationalbewusstsein eine zentrale Rolle, es soll als lebendige Sprache erhalten werden. Die

Gaeltacht-Gebiete liegen zumeist in der äußersten westlichen Küstenregion, so dass diese Beihilfen zugleich der Entvölkerung entgegen wirken.

In den übrigen Gebieten gibt es seit einigen Jahren keinerlei Beihilfen zum Eigenheimbau mehr. Denn diese wurden häufig von Investoren oder Ortsfremden genutzt, die Ferienhausprojekte realisierten. Je nach der landschaftlichen Attraktivität der Region spielt der Druck durch wohlhabende Iren oder Ausländer mit Interesse an einem Ferienhaus oder Zweitwohnsitz eine so große Rolle, dass Programme zur Schaffung preisgünstigen Wohneigentums für die Einheimischen nötig erscheinen.

Die Politik für den ländlichen Raum ist in Irland organisatorisch beim Minister for Community, Rural and Gaeltacht Affairs angesiedelt. Dieses Amt hat seit 2002 Eamon O'Cuiv inne, der sich nicht nur aktiv für die gälisch-sprachigen Regionen einsetzt, sondern vor allem für die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Lande. Das zentrale Programm der irischen Regionalpolitik, das sich in den ersten zwei Programmphasen (RAPID I und RAPID II) an den üblichen Indikatoren für regionale Entwicklung ausrichtete, hat er durch Bezug auf einen Bevölkerungs-Indikator auf eine ganz neue Grundlage gestellt. Hierfür wurden für alle Kommunen und Kreise Irlands die Bevölkerungszahlen von 1926 bis 1996 erhoben. Die Regionen, in denen in diesem Zeitraum ein Rückgang zu verzeichnen war, haben im Rahmen des Programms CLÁR Anspruch auf besondere Unterstützung und höhere Förderraten bei allen nationalen Förderprogrammen, nicht nur für die Regionalentwicklung, sondern auch im Bereich Soziale Dienstleistungen, Kinderbetreuung, Sport und Kultur. Diese Konzentration der Fördermittel auf ländliche Gebiete mit Bevölkerungsrückgang soll ein Gegengewicht zur Politik der Wachstumszentren bilden. Die Landkarte der Bevölkerungsentwicklung 1926-1996 zeigt deutlich, dass die Gebiete mit Bevölkerungsrückgang auch diejenigen sind, die am weitesten entfernt von Bahnlinien und Städten liegen, und diejenigen mit der geringsten durchschnittlichen Größe der Bauernhöfe.

CLÁR (Ceantair Laga Ard Riachtanais) ist ein Programm für Kommunen mit mindestens 4000 und höchstens 30.000 Einwohnern. Der Bevölkerungsrückgang wurde als Kriterium gewählt, um den Teufelskreis zu unterbrechen, der durch die Ausdünnung von Dienstleistungen im ländlichen Raum in Gang gesetzt wird. Bewusst soll dem (zentralstaatlichen) Trend entgegengewirkt werden, Investitionen deshalb nicht zuzulassen, weil die Bevölkerungsdichte zu gering ist. Im Rahmen von CLÁR erhalten Projekte des National Development Plan besondere Priorität; darüber hinaus stehen direkte Fördermittel zur Verfügung. Gefördert werden physische, soziale und Gemeinschafts-Infrastrukturen.

Förderung der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung

Die irische Wachstumsdynamik hat mittlerweile alle Landesteile erreicht, aber in sehr unterschiedlichem Ausmaß. In Irland haben sich bei wachsendem BIP die Unterschiede zwischen

den Counties deutlich verschärft, wobei der County Dublin mit Abstand am meisten Wachstum verzeichnete, weiterhin die direkt an diesen County angrenzenden Regionen, während alle peripher gelegenen Regionen, insbesondere die ohne eigenes städtisches Zentrum, nur sehr wenig an Wirtschaftskraft gewannen, so dass der Abstand zum Zentrum immer größer wurde. Neben Dublin haben in Irland nur die Städte Cork, Limerick, Sligo und Galway die nötige Größe, um ein eigenständiges Wachstum zu ermöglichen.

Die Entvölkerung des Landes und der scheinbar unaufhaltsame Rückgang der Bevölkerung waren am Ende der 1980-er Jahre ein wichtiger Auslöser für die Umsteuerung in der irischen Wirtschaftspolitik. Der Ort Kiltimagh im County Mayo war als Teil des sogenannten „schwarzen Dreiecks“ ein Aushängeschild für den Exodus junger Menschen und den Niedergang der lokalen Industrien. Kiltimagh liegt im Osten Mayos, etwa 25 km von Castlebar entfernt und hat eine Bevölkerung von aktuell rund 2500 Menschen. Am Ende der 1980-er Jahre standen in der Ortschaft über 40% der Häuser leer. Eine Studie über den Verbleib von Schulabgängern über 14 Jahre hinweg zeigte, dass 63% den Ort verlassen hatten. Diese Studie gab den Anlass zu strategischeren Bemühungen um eine Revitalisierung des Ortes. Am Ende der 1990-er Jahre war dies tatsächlich gelungen, und der Zensus 2002 weist zum ersten Mal eine Bevölkerungszunahme auf. Elemente dieser Strategie gegen Abwanderung und Niedergang waren die Förderung eines breiten Service-Sektors in dem Ort (Geschäfte, Restaurants etc.), die Ansiedlung von drei mittleren Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten sowie von 15-20 kleinen Unternehmen. Trotz fehlender großer Attraktionen konnte auch der Tourismus in bescheidenem Rahmen ausgebaut werden, und zunehmend spielt v.a. für weibliche Beschäftigte das Pendeln in die Provinzhauptstadt Castlebar eine Rolle. Der Auslöser für diesen bemerkenswerten Wandel war die Gründung des IRD Kiltimagh (Institute of Rural Development), das einen Vollzeit-Manager anstellte, um die regionale Entwicklung zu befördern. Gleichzeitig wurde von allen Bürgern eine Sondersteuer erhoben, um diese Entwicklungsschritte zu finanzieren. In mehreren Phasen wurden unterschiedliche Themenschwerpunkte durch lokal gebildete Gruppen verfolgt, unter anderem eine Restaurierung des Stadtkerns, die Entwicklung von Wanderwegen, eine „Shop-locally“-Initiative, die Einrichtung eines Gründerzentrums, Bau von Sozialwohnungen, Entwicklung von kulturellen und Bildungsangeboten. Insgesamt wurden rund 2,5 Millionen irische Pfund in Infrastrukturen investiert und 0,9 Millionen für Unternehmensbeihilfen. Hinzu kamen rund 1,7 Millionen Pfund aus dem LEADER-Programm und die kOsten für die Entwicklungsagentur, in der mittlerweile drei Vollzeitbeschäftigte arbeiten. Trotzdem ist dieses Wachstum, verglichen mit den irischen Wachstumsraten insgesamt, nicht sehr beeindruckend. Besonders positiv hat sich dagegen die Bevölkerungssituation entwickelt: In den Schulen kamen jährlich rund 6% Kinder mehr; zur Zeit sind 40% der Schüler nicht in der Stadt geboren, sondern zugewandert. Das Beispiel Kiltimagh zeigt, dass auch bei einer Vorgeschichte jahrzehntelanger Abwanderung und öko-

nomischem Abstieg eine Regeneration möglich ist. Sie erfordert aber erhebliche Investitionen und professionelles Management und wird durch die Nähe zu einer größeren Stadt erheblich erleichtert. Zentral für den Erfolg war auch, dass die Restaurierung des Stadtbildes und die Schaffung eines ästhetisch attraktiven Wohn- und Lebensumfelds der erste Schritt zur Entwicklung war, und dass die Motivation Einzelner durch die bewusste Einbeziehung von Entwicklungsgruppen auf das ganze Gemeinwesen übertragen wurde (Rural Enterprise 2000, 73-84).

Eine weitere Folge der öffentlichen Diskussion über Bevölkerungsfragen und die drohende Entvölkerung des ländlichen Raumes Ende der 1980-er Jahre war die Entwicklung der National Spatial Strategy. Sie ist der Ausdruck eines neuen Bewusstseins dafür, die Fixierung auf ökonomisches Wachstum zu überwinden und durch eine integrierte Vision der Entwicklung des Landes zu ersetzen, in der die räumliche Dimension der Verteilung von Menschen und Produktionsmitteln eine Rolle spielt. Die Raumentwicklungsplanung in Irland hat immer wieder Anläufe gemacht, das Problem der regionalen Disparitäten in Angriff zu nehmen. In der National Spatial Strategie (Nationale Raumentwicklungsstrategie) werden Wachstumszentren (Dublin), Gateways und Hubs (lokale Knoten) definiert. Ziel ist es, die vollständige Konzentration auf das Wachstumszentrum Dublin zumindest in Ansätzen zu ergänzen. Wie vielen Anläufe zuvor, steht der Realisierung dieser raumordnerischen Pläne jedoch die politische Realität entgegen. Auch ist die Integration der raumordnerischen Ziele mit denen einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung noch nicht politisch umgesetzt worden.

Castlebar gilt in diesem Plan zusammen mit Ballena als regionaler Hub. Trotzdem herrscht in der Bevölkerung ein Gefühl der Enttäuschung vor, denn es entsteht immer wieder der Eindruck, dass die konkreten Förderentscheidungen von einer politisch-wirtschaftlichen Elite im Osten bestimmt werden und die Förderung des Westens dabei zurückbleibt. So lässt sich z.B. nachweisen, dass innerhalb der zentral gelegenen Counties das Gros der Fördermittel direkt an der Grenze zu den östlich gelegenen Counties, direkt entlang der Autobahn, verausgabt wird. Der Druck der EU-Regionalpolitik zur Regionalisierung wird vor diesem Hintergrund als Fortschritt gesehen, der jedoch noch nicht genügend Verankerung in der Realität hat.

Deshalb wird beklagt, dass im Nationalen Entwicklungsplan 2000-2006 für die EU-Förderung der Westen deutlich benachteiligt wird, weil eine klare Konzentration auf den Wachstumskern Dublin und die dort ebenfalls noch bestehenden Infrastrukturdefizite erfolgt. Sichtbar wird das z.B. an den dort benannten Straßenbauprojekten, bei denen es sich ausschließlich um Nord-Süd-Verbindungen handelt, während die Anbindung des Westens vernachlässigt wird. Der Einfluss der für die Förderung des Westens eingerichteten Western Development Commission (vergleichbar den diversen Planungsstäben „Aufbau Ost“ in Deutschland) auf die tatsächliche Politik blieb gering. Deshalb ist der wahrgenommene Unterschied zwischen

den entwickelten Regionen im Osten und dem peripheren Westen sehr viel größer als die tatsächlichen Unterschiede. Der Konflikt mit der Zentralregierung macht sich vielfach an der geringen Bevölkerungsdichte fest: Während die Zentralregierung mit Verweis auf den zu geringen Auslastungsgrad Infrastrukturinvestitionen vermeidet, werden sie vom County Mayo gefordert, um die Bevölkerung stabil zu halten und Rückwanderung von Qualifizierten zu ermöglichen.

Für den County Mayo spielt die Ermöglichung qualifizierter Erwerbstätigkeit eine zentrale Rolle. Während in den ersten Jahren des irischen Booms das Augenmerk darauf gerichtet war, beliebige Formen der Industrieansiedlung in die Region zu holen, wird nunmehr zunehmend auf die Qualität und Nachhaltigkeit der Ansiedlungen geachtet. So entstanden in der Vergangenheit durch ausländische Investoren vor allem Arbeitsplätze im Niedriglohn-Bereich, etwa in Call-Centers oder Texterfassungs-Büros (wobei die vorwiegend nordamerikanischen Investoren den Standortvorteil der Muttersprache Englisch bei niedrigem Lohnniveau nutzten). Durch gezielte Verbesserung der Infrastruktur, vor allem den Ausbau des Breitbandnetzes, soll aber das Entstehen höher qualifizierter Arbeitsplätze ermöglicht werden.

Zentrales regionalpolitisches Ziel ist auch der Ausbau des Eisenbahnnetzes, insbesondere einer Verbindung von Sligo durch das östliche Mayo nach Claremorris und südlich nach Galway. Solche Maßnahmen werden als wichtig angesehen, um das Pendeln zu den industriellen Arbeitsplätzen in dem einzigen ländlichen Wachstumszentrum Irlands, Galway, zu ermöglichen, und damit das Wohnen in Mayo (vgl. Morgenroth 2002).

Grundsätzlich verfolgt Mayo eine Strategie, in der die Ländlichkeit und periphere Lage als Standortvorteil und nicht als Standortnachteil gesehen werden, in der also nicht der (aussichtslose) Versuch gemacht werden soll, große industrielle Investoren in das infrastrukturell unterversorgte Mayo zu locken, sondern in der solche Entwicklungen gefördert werden, die gerade den Aspekt der hohen Lebensqualität, der Ursprünglichkeit und das Anknüpfen an lokale Stärken wie das dichte soziale Netz und soziale Kapital betonen. Eine solche positive Sichtweise der eigenen peripheren Lage lässt sich allerdings regionalpolitisch nicht immer leicht umsetzen, weil zum Teil die Suche nach beliebigen Investoren im Vordergrund steht und die Frage der langfristigen Nachhaltigkeit der Investitionen in den Hintergrund gedrängt wird.

Insgesamt ist die positive Bevölkerungsentwicklung der letzten zehn Jahre in den Augen der Experten ein regionalpolitischer Erfolg, der jedoch stärker den allgemeinen Effekten des wirtschaftlichen Aufschwungs als einer gezielten Regionalpolitik zuzurechnen ist. Für den zeitlichen Verlauf ist wichtig, dass die Trendwende in der irischen Bevölkerungsentwicklung zunächst nur durch Zuwachs in dem einzigen großen Wachstumszentrum Dublin erfolgte. Am

meisten profitierten vom Wachstum und der gleichzeitigen Suburbanisierung die direkt an Dublin grenzenden Counties wie Kildare und Meath. Ab der Mitte der 1990-er Jahre, also etwa fünf Jahre nach Beginn des Booms, strahlte diese Entwicklung jedoch auch auf die peripheren Landesteile aus, zunächst im Umkreis der regionalen Wachstumszentren wie z.B. die Stadt Galway im Nordwesten, später aber sogar in den entlegensten Counties und Regionen. Diese peripheren Regionen benötigen einen deutlich höheren positiven Wanderungssaldo, um zu einer positiven Bevölkerungsentwicklung zu kommen, weil die Alterszusammensetzung ungünstiger ist und damit das natürliches Bevölkerungswachstum nur wenig oder gar nicht zum Wachstum beiträgt. Obwohl sich die regionalen Disparitäten in Irland im Zuge des Booms verschärften, haben jedoch in der Periode 1996-2002 alle Counties hinsichtlich der Bevölkerung profitiert (Walsh 1996, 5):

Tab. F4.5: Bevölkerungsentwicklung in Irland 1996-2002, pro Tausend der Bevölkerung

	Saldo Geburten/Todesfälle	Saldo Abwanderung/Zuwanderung	Summe Bevölkerungsentwicklung
Irland insgesamt	6,1	6,8	12,9
County Meath (stärkste Zunahme)	8,8	24,4	33,2
County Kildare	12,3	20	32,3
County Monaghan (geringste Zunahme)	3,5	1,2	4,7
County Mayo	0,7	7,9	8,6
Galway City and County (Wachstumskern im Nordwesten)	5,2	11,5	16,7
Vergleich BRD/Sachsen-Anhalt 2002			
BRD	-1,5	2,7	1,2
Sachsen-Anhalt	-13	1,0	-12

Eigene Berechnungen auf Basis Zensus Irland 2002 – Preliminary Report und Zahlen des Statistischen Bundesamtes.

Die Bevölkerungszunahme in Irland fand zunächst und vor allem um städtische Kristallisationskerne herum statt. So entfielen von dem gesamten Bevölkerungswachstum Irlands 1991-1996 85% auf die fünf größten Städte und ihr Hinterland. Der zweite wichtige Faktor für Bevölkerungszunahme ist Zugänglichkeit durch Verkehrswege. So ließ sich eine Zuwanderung in Irland außerhalb der urbanen Zentren praktisch ausschließlich entlang der wichtigen Ver-

kehrsadern nachweisen, während der stärkste Bevölkerungsrückgang in denjenigen Gebieten erfolgte, die am weitesten entfernt von Nationalstraßen lagen (Walsh 1996, 10f). Am schnellsten wachsen zur Zeit die an Dublin grenzenden Counties Kildare, Meath and Wicklow. Von 1996 bis 2006 wird ihnen ein Bevölkerungswachstum zwischen 24,6 und 37.7% vorausgesagt, was auch Bedarf an rund 80.000 zusätzlichen Wohneinheiten entstehen lassen wird. In diesen Counties wächst nicht nur die Bevölkerung, sondern auch ihr Bildungsniveau: Der Anteil von Menschen mit Hochschulbildung nahm von 1991 bi 1996 dort jeweils um 6-7% zu (Morgenroth 2001, 9, 38). Die peripher gelegenen Counties können von einem Wachstumskern wie Dublin unter folgenden Bedingungen profitieren:

1) Das vom Kern ausgehende Wachstum ist so stark, dass es das Niveau des gesamten Landes hebt, und damit auch in den peripheren Gebieten zu Verbesserungen führt.

2) Die an einen Wachstumskern angrenzenden oder infrastrukturell gut angebundenen Regionen können profitieren. Es ist im Großraum Dublin z.B. offensichtlich, dass der County Kildare, der am besten durch Nationalstraßen mit Dublin verbunden ist, auch in allen Bereichen die günstigste Entwicklung aufweist. (Morgenroth 2001, 51).

Bildungspolitische Maßnahmen

Anders als in Spanien und Portugal, aber durchaus vergleichbar mit Finnland, wurden in Irland die EU-Fördermittel stärker in Köpfe und weniger in Beton investiert. Dadurch ist der Zustand der Straßen im Westen teilweise noch erstaunlich rückständig, aber im Bereich der Bildung hat die Region aufgeholt. Irland nimmt hinsichtlich des Anteils an Erwachsenen mit Hochschulabschlüssen hinter Belgien den zweiten Platz in Europa ein (Spudulyte 2003, 156).

Auch im ländlichen Irland, ebenso wie in der Mehrzahl der europäischen ländlichen Regionen, wird auf die zentrale Rolle der Grundschule im sozialen Nahraum gesetzt. Es gibt keine Untergrenze für die Schulgröße; Schülerzahlen von 10-15 Kindern sind keine Seltenheit für Grundschulen in dünn besiedelten, ländlichen Gebieten. Dabei ist der politische Druck hoch, die Schließung von Schulen zu vermeiden, die als wichtiger Bestandteil der lokalen sozialen Netze gesehen werden. Ähnliches gilt für die Postämter auf dem Lande, um deren Bestehen zur Zeit gerungen wird.

Der Anteil von Jugendlichen, welche die Oberschule abschließen und einen Hochschulbesuch anschließen (Übergang vom sekundären zum tertiären Niveau), ist in Mayo höher als im Landesdurchschnitt (42,2% gegenüber 35,9% 1992), was einerseits die hohe Bedeutung von Bildung in der Region spiegelt, andererseits aber auch den Mangel an attraktiven Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen. Zwar verlassen viele junge Menschen für den College-Besuch die Region, aber da die Heimatbindung stark ist, wandern etliche an-

schließend wieder zurück. In den ländlichen Gebieten Irlands spielt die Ermöglichung einer guten Bildung für die Kinder noch immer eine große, emanzipatorische Rolle. Während in den städtischen Unterschichten häufig die familiäre Unterstützung für den Bildungsgang der Kinder fehlt, sind irische Eltern auf dem Land in hohem Maße darauf bedacht, ihre Kinder soweit wie möglich im Bildungssystem zu fördern. Damit geben sie ihnen auch optimale Voraussetzungen für eine spätere Abwanderung, insbesondere wenn keine Hochschule im Umfeld vorhanden ist.

Um diesem zwangläufig zu Abwanderung führenden Trend zu begegnen, wurde in Castlebar, dem County-Hauptort von Mayo, 1994 ein Regional Technical College Campus gegründet, ein Ableger des Galway Mayo Institute of Technology, der Technischen Fachhochschule Galway. Damit verfügt die Region erstmals auch über eine Einrichtung der Hochschulbildung, die von anfangs nur 200 Studierenden rasch auf heute rund 2000 gewachsen ist. Damit konnte dem vorher unvermeidlichen Drain Brain von studierwilligen jungen Leuten in andere Regionen wenigstens teilweise entgegen gewirkt werden.

Insgesamt mangelt es den Hochschulen in Irland allerdings noch erheblich an internationaler Konkurrenzfähigkeit. Dies wurde bei verschiedenen aktuellen Vergleichsstudien (zuletzt: Academic Ranking of World Universities 2004, Universität Shanghai) deutlich, bei denen alle irischen Hochschulen, sogar das traditionsreiche Trinity College in Dublin, nur hintere Plätze belegten.

F 4.5 Schlussfolgerungen für Sachsen-Anhalt

Die Vergleichsstudie Irland scheint auf den ersten Blick wenig ergiebig als Innovationspool für die Situation in Sachsen-Anhalt. Zu andersartig erscheinen die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Aber bei näherem Hinsehen hat sich gezeigt, dass der Blick um 20 Jahre zurück in Irland eine Situation zeigt, die in sehr vielen Bereichen mit der in Ostdeutschland heute vergleichbar ist. Insofern kann Irland und kann auch die periphere Region Mayo als Zukunftsszenario fungieren und zeigen, welche Chancen zur Entwicklung in Sachsen-Anhalt heute bestehen. Denn auch das Irland der 1985-er Jahre litt unter einer starken Abwanderungswelle, die insbesondere die besser qualifizierten jungen Leute betraf. Auch im Irland der 1985-er Jahre wurden qualitative Studien zur Abwanderung in Auftrag gegeben, um die Ursachen der Abwanderung, welche die Entwicklung des ganzen Landes bedrohte, näher zu erforschen. Eine Folge dieser Studien war, dass Irland heute eine bevölkerungsbewusste Regionalpolitik betreibt, in der das Kriterium der Bevölkerungsentwicklung ebenso stark gewichtet wird wie Produktivitätsindikatoren.

Familienpolitische Schlussfolgerungen

Für die Gestaltung der Familienpolitik in Sachsen-Anhalt ist das irische Beispiel aufschlussreich. Zeigt es doch, dass die Bereitschaft zur Familiengründung in erster Linie von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den individuell wahrgenommenen Zukunftsaussichten abhängt, nicht aber von der Höhe des Familienlastenausgleichs oder der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen. Die nach wie vor bemerkenswert hohe irische Geburtenrate lässt sich heute nicht mehr auf den Katholizismus zurückführen, denn die Generation junger Irinnen lebt ihr Leben selbstbestimmt und nach ihren individuellen Präferenzen, sondern vielmehr auf die niedrige Arbeitslosigkeit, die guten Karrierechancen und – das gilt vor allem für die ländlichen Gebiete – auf das weit verbreitete Wohnen im Wohneigentum, das besonders familienfördernd wirkt.

Diese Schlussfolgerung wird durch den Vergleich Irlands mit den anderen angelsächsischen Ländern gestützt. Innerhalb Europas nimmt Irland mit seiner fast den Bestandserhalt sichernden Geburtenrate heute eine Ausnahmestellung ein, verglichen mit den USA, Großbritannien und Australien hingegen bewegt es sich im Mittelfeld. Alle diese Staaten zeichnen sich durch einen liberalen Wohlfahrtsstaat aus, in dem die Eigenverantwortung der Individuen für den Unterhalt ihrer Familie gefordert ist und keine oder kaum staatliche Beihilfen an Familien gezahlt werden, es sei denn zur Vermeidung existenzieller Armut. Möglicherweise – so die Schlussfolgerung – fördert dieser Verweis auf die Eigenverantwortung auch das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und damit den Optimismus, der auch für die Gründung einer Familie notwendig ist. Zum zweiten zeichnen sich alle genannten angelsächsischen Länder durch das Vorherrschen des Wohnens im Wohneigentum, zumeist in einem eigenen Haus, aus. Auch das Wohnen in Wohneigentum stärkt das Selbstvertrauen und zwingt zu einer unabhängigen Lebenshaltung, in der die Verantwortung für die Lebensbedingungen nicht an andere (Vermieter) abgegeben werden kann.

Das irische Beispiel inspiriert die Überlegung, ob nicht dieses Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, das sowohl durch Wohnen im eigenen Haus wie durch einen zurückgenommenen Wohlfahrtsstaat erzwungen wie ermöglicht wird, gleichzeitig das Vertrauen in die Zukunft und damit die wichtigste Voraussetzung für die Entscheidung zu einem Kind mehr gestärkt wird als durch finanzielle Transfers, die letztlich diese Eigenverantwortung eher schwächen.

Eine weitere Überlegung auf Basis der irischen Fallstudie kann sein, dass die Wahrnehmung von Betreuungsverantwortung im (groß-)familiären Kontext wanderungsverhindernd wirken kann. Insofern können Maßnahmen zur Stärkung der familiären Übernahme von Pflegeverantwortung auch wanderungsmindernd wirken. Allerdings betrifft dies heute in Deutschland fast nie die jüngeren, mobileren Altersgruppen und ist deshalb politisch weniger bedeutsam.

Schlussfolgerungen zur Förderung der Mobilität von Arbeitnehmern

Die Geschichte der Abwanderung im ländlichen Irland gibt zunächst einmal die Warnung, dass es keinen unteren Level für Abwanderungsbewegungen gibt, sondern dass gerade durch den Rückgang der Bevölkerung eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt wird, die immer schwerer umzukehren ist. So hat sich das ländliche Irland von dem Einschnitt der Hungerkrise im 19. Jahrhundert selbst 150 Jahre später noch nicht gänzlich erholt.

Umgekehrt aber zeigt die inzwischen einsetzende Rückwanderung in ländliche Gebiete in Irland, dass selbst bei scheinbar ungünstigsten und aussichtslosesten Ausgangsbedingungen eine Trendwende möglich ist. Dies ist sehr wichtig, um auch zeitliche Prognosen für Sachsen-Anhalt abzugeben. Wenn man das irische Beispiel als Modell nimmt, so zeigt sich, dass die Bevölkerungsbewegung vergleichsweise träge reagiert und dass Abwanderung schneller in Gang kommt als Rückwanderung. Die höheren Wachstumsraten der irischen Wirtschaft in den 1960-er Jahren führten erst in den 1970-ern zu einer Bevölkerungszunahme, während die Rezession Mitte der 1980-er Jahre unverzüglich eine neue Abwanderungswelle von Qualifizierten in Gang setzte.

Hinsichtlich direkter Maßnahmen zur Beeinflussung des Wanderungsverhaltens bedeutet dieser Befund auch, dass eine gelingende Wirtschaftspolitik nicht unverzüglich, sondern zeitversetzt günstige Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung haben wird. Irland trat 1972 der EU bei. Erst mehr als 15 Jahre später begann ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum, von dem zunächst nur die Wachstumszentren profitierten, insbesondere der Großraum Dublin. Der Zensus 1996 zeigte in allen peripheren Regionen Irlands weitere Bevölkerungsabnahme. Aber fünf Jahre später wirkt sich der Aufschwung auch in praktisch allen peripheren Gebieten aus, und zwar umso mehr, je direkter sie an ein Wachstumszentrum angeschlossen sind, insbesondere durch Verkehrsinfrastrukturen. Für Sachsen-Anhalt ist also möglicherweise noch mehr Geduld erforderlich, bis die wirtschaftliche Umstrukturierung sich auch in Bevölkerungsgewinnen niederschlägt. Wenn man von einem Zeithorizont wie in Irland ausgeht – was allerdings eine gesamtwirtschaftliche Konjunkturaufhellung voraussetzen würde –, wäre mit Bevölkerungsgewinnen in den Wachstumszentren frühestens ab 2005 zu rechnen, die dann etwa ab 2010 auch auf die periphereren Gebiete ausstrahlen würden, insbesondere dann, wenn die entsprechenden Infrastrukturen zur Erschließung vorhanden sind.

Für den irischen Wirtschaftsaufschwung spielte möglicherweise auch die Tradition der Armutsmigration und die Rückkehr von hoch qualifizierten Auswanderern eine Rolle. Auch die Irland-Studie unterstützt insofern die große Bedeutung, die der Aufrechterhaltung von Netzwerken zu den Abgewanderten zukommt, um die Korridore für eine mögliche Rückkehr offen zu halten. Denn die Rückwanderer verfügen über wertvolle Kenntnisse und Kontakte und

können damit auch Investitionen anbahnen. In Irland ist es hochwahrscheinlich, dass gerade irischstämmige Mitarbeiter in US-Firmen die Investition in Irland befördert haben und dass, allgemeiner gesprochen, die irischen Auswanderer als Wegbereiter der Globalisierung nach Irland zurückgekommen sind bzw. ihre irischen Vernetzungen genutzt haben. Auf der anderen Seite zeigt das irische Beispiel aber auch, wie die Tradition der Migration die Mentalitäten prägen kann, so dass eine überdurchschnittliche Mobilität der Erwerbstätigen die Folge ist.

Schließlich ist Irland ein interessanter Fall der Offenheit für jede Art von Zuwanderung. Neben der Rückwanderung spielen auch bestimmte Randgruppen von Zuwanderern eine Rolle, etwa Menschen aus der Alternativkultur in Großbritannien oder Deutschland, die auf einfachstem Niveau in ländlichen Gebieten leben möchten, aber auch Rentner aus Großbritannien, die ihren Lebensabend in landschaftlich schöner Umgebung verbringen möchten. Die integrationsbereite irische Gesellschaft hat diese Zuwanderer in ländliche, strukturschwache Gebiete ebenso aufgenommen wie jetzt zum ersten Mal Immigranten aus Nicht-EU-Ländern. Für Sachsen-Anhalt bedeutet dass, die Potentiale bestimmter Randgruppen zur Belebung entleerter ländlicher Räume nicht zu unterschätzen und vielfältigen Formen von Zuwanderung Wege zu bahnen, von der Bio-Kommune zur Alten-WG.

Regionalpolitische Schlussfolgerungen

Die Fallstudie Irland ist ein hochinteressantes Beispiel dafür, wie gerade Bevölkerungsfragen auch zu einer politischen Mobilisierung führten. Wissenschaftliche Studien über die Qualität der Abwanderung aus ländlichen Gebieten führten dazu, diesem Aspekt der Regionalpolitik Priorität zu geben. Die radikale Umsteuerung der irischen Politik in Richtung auf investitions- und wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen waren unter anderem eine Reaktion auf den Schock der erneuten Abwanderungswellen in den 1980-er Jahren. Regionalpolitisch zeigt das irische Beispiel auch, dass die direkten EU-Beihilfen für die wirtschaftliche Entwicklung vergleichsweise unbedeutender waren als der Marktzugang durch die EU-Mitgliedschaft. Für Sachsen-Anhalt bedeutet das, die Abwanderungsdiskussion als Anlass zur grundsätzlichen Überprüfung der Wirtschaftspolitik und als ernst zu nehmendes Warnsignal zu betrachten. Das irische Beispiel zeigt, dass eine Trendwende möglich ist, aber nur, wenn die Anstrengungen zunächst einmal auf die Generierung eines selbst tragenden Wachstums gerichtet sind. Hierbei wird eine eventuelle Reduzierung der Förderintensität in der nächsten Förderperiode nicht zwangsläufig negative Wirkungen haben.

Das irische Szenario zeigt deutlich, dass eine gesamtwirtschaftliche Erholung nicht zum Ausgleich regionaler Disparitäten führt, sondern dass zunächst nur die Wachstumszentren profitieren. Positive Entwicklungen in den rückständigen Regionen sind lediglich ein Spillover dieser Dynamik der Wachstumszentren. Konkret bedeutet dies für Sachsen-Anhalt

zweierlei: Zum einen darf nicht darauf gehofft werden, dass eine Verbesserung der Konjunktur in der Bundesrepublik automatisch und unverzüglich auch die Abwanderungsproblematik in Sachsen-Anhalt positiv beeinflussen würde. Im Gegenteil ist zu erwarten, dass eine verstärkte wirtschaftliche Dynamik vor allem zu Gunsten der Wachstumszentren wirkt. In Sachsen-Anhalt liegt aber keines der großen, selbsttragenden Wachstumszentren mit genügend „kritischer Masse“. Daher würde eine konjunkturelle Besserung vermutlich sogar zu einer erneuten Zunahme der Abwanderung führen, da die Arbeitskräftenachfrage in den Wachstumsregionen der Bundesrepublik wieder steigen würde. Die Schlussfolgerung ist dennoch, dass es keine Alternative zur Strategie der Wachstumskerne gibt und dass diese Strategie langfristig dazu beitragen kann, auch in Gebieten außerhalb der Wachstumskerne die Bevölkerung zu stabilisieren, insbesondere wenn eine Verkehrsinfrastruktur zur Verbindung in die Zentren vorhanden ist. Für eine Umkehrung des negativen Wanderungssaldos ist dann keine Angleichung der Durchschnittslöhne auf das Niveau in den Zentren erforderlich, sondern lediglich eine relative Besserung, die in einem attraktiven Wohnumfeld bei geringen Lebenshaltungskosten das Verbleiben in der Region oder die Rückkehr in die Heimat attraktiv machen können.

Ob die Bevölkerungsentwicklung als zentrales Förderkriterium für ländliche Räume zu einer erfolgversprechenden Konzentration von Mitteln führt, ist dagegen fraglich. Die Konflikte um die Gestaltung des ländlichen Raumes in Irland zeigen deutlich das Dilemma einer Regionalpolitik für den ländlichen Raum: Auf der einen Seite sollen naturräumlich nachhaltige Strukturen und damit verdichtete Siedlungsgebiete gefördert werden. Auf der anderen Seite können gerade periphere Gebiete ihre Wettbewerbsvorteile im Blick auf die besondere Lebensqualität des Landlebens vor allem in wenig verdichteten Siedlungsformen entfalten. Der irische Weg der Vitalisierung entlegener Gebiete durch das Zulassen von Streusiedlungen ist möglicherweise für bestimmte Regionen der einzige Weg, eine vollständige Entleerung zu vermeiden. Dies könnte in den Planungsvorgaben entsprechend berücksichtigt werden.

Deutlich zeigt die irische Politik für den ländlichen Raum wiederum die Relevanz von Netzwerken und einer starken Zivilgesellschaft auf dem Lande. Wenn regionale Identität und bürgerschaftliches Engagement zusammenkommen, vermögen in Irland auch sehr kleine Städte in peripherer Lage eine hohe Lebensqualität zu bieten und ziehen damit Zuwanderer an. Das Beispiel des Ortes Kiltimagh ist dabei sehr illustrativ. Hier gelang es, bei ungünstigsten Ausgangsbedingungen vom Aufschwung der irischen Wirtschaft auch lokal zu profitieren, indem gezielt in solche identitätsstiftenden und partizipativen Elemente der Stadtentwicklung investiert wurde. Insofern sollte eine Regionalförderung in abwanderungsgefährdeten Kommunen in Sachsen-Anhalt sich nicht ausschließlich auf wirtschaftsnahe Infrastrukturen konzentrieren, sondern die integrierenden und identitätsstiftenden Aspekte integrierter lokaler Entwicklung und bürgerschaftlicher Vernetzung mit berücksichtigen.

Bildungspolitische Schlussfolgerungen

Irland hat, vergleichbar mit Finnland, vorrangig in Humankapital und vergleichsweise weniger in Infrastrukturen investiert. Dazu gehörte ein breiter Bildungszugang, die Abschaffung von Schul- und vor einigen Jahren auch von Studiengebühren für grundständige BA-Studiengänge. Zwanzig Jahre nach dem EU-Beitritt hat sich diese Strategie voll ausgezahlt, wobei die günstige demographische Struktur der irischen Bevölkerung diesen Prozess unterstützte. Für Sachsen-Anhalt bedeutet das, dass die Einführung von Studiengebühren sich möglicherweise sehr kontraproduktiv auf die Abwanderungssituation auswirken würde, weil gerade regional verankerte junge Menschen möglicherweise auf die Aufnahme eines Studiums verzichten würden, während nur durch eine erhebliche Ausweitung des Studierendenanteils eine Konkurrenzfähigkeit nach irischem Muster erreichbar ist.

Die Bewahrung der ländlichen Grundschulen weitgehend unabhängig von der Schülerzahl ist in Irland mit seiner starken ländlichen Tradition immer eine Selbstverständlichkeit gewesen. Kleine Kommunen und Dörfer sehen den Erhalt ihrer Schulen als Überlebensfrage. Angesichts dieser europäischen Erfahrungen in dünn besiedelten Gebieten stellt sich dringend die Frage, ob nicht auch in Sachsen-Anhalt zum Modell moderner Kleinschulen übergegangen werden sollte, um den Verbleib von Familien mit Schulkindern in der Fläche zu ermöglichen.

F 4.6 Quellen und Literatur

Beschreibung der sozialen Lage in Europa 2001 (2001). Hrsg. v. Eurostat. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Census 2002 – Preliminary Report. Dublin 2004.

Coward, J. (1989): Irish population problems. In: R. Carter, A. Parker (Hg.): Ireland: A Contemporary Geographical Perspective. London, 55-86.
London: Routledge

Drew, Eileen/Murphy, Candy (1997): Women in rural development. In: McCafferty, Desmond/Walsh, James A. (Hg.): Competitiveness, innovation and regional development in Ireland. Dublin: Regional Studies Association, 91-112.

Fahey, Tony/Russell, Helen (2001): Family formation in Ireland: trends, data needs and implications. Dublin: The Economic and Social Research Institute.

Hannan, Damian (1970): Rural exodus: a study of the forces influencing the large-scale migration of Irish rural youth. London: G. Chapman.

Hannan, Damian (1970): Rural exodus: a study of the forces influencing the large-scale migration of Irish rural youth. Dublin.

Ireland. Commission on the Family (1998): Strengthening families for life: final report of the Commission on the Faily to the Minister for Social, Community and Family Affairs. Dublin: Stationery Office.

Ireland. National Development Plan 2000-2006. Dublin.

Irish Rural Dwellers Association (2004): Positive Planning for Rural Houses. Seeking radical changes in rural planning policy.

Keane, M./Griffith, B./Dunn, J. (1993): Regional development and language maintenance. In: Environment and Planning t. 25, 399-408.

Kennedy,Finola (1989): Family, economy, and governemtn in Ireland. Dublin: Economic and Social Research Institute. General research series. Paper no. 143.

King, Russell/Shuttleworth, Ian/Walh, James (1996): Ireland: The Human Resource Warehouse of Europe. In: Rees, Philip u.a. (Hg.): Population migration in the European Union. Chichester u.a.

Mac Éinrí, Piaras (2004): Immigration into Ireland: Trends, policy responses, outlook. First Report. Internet-Publikation. Department of Geography. University College Cork/Roinn (http://migration.ucc.ie/irelandfirstreport.htm - 14.09.2004).

Mayo County Development Board (2002). Maigh Eo Le Chéile le Neart. 10-year Integrated Strategy for the Economic, Social and Cultural Development of County Mayo, 2002-2012.

Mayo County Development Board (2002a): Maigh Eo. Le Chéile le Neart. 10-year Integrated Strategy for the Economic, Scoial and Cultural Development of County Mayo. Implementation Plan 2002-2005.

McHugh, Celine/Walsh, James A. (1995): The Irish school leaver trail: Links between education and migration. In: Geographical viewpoint vol. 23, 1995, 88-103.

Missoc-Info 01/2002. Family Benefits and Family Policies in Europe. Social security and social integration. Brussels: European Commission. Directorate-General for Employment and Social Affairs. Unit E.2. Report Ireland.

Morgenroth, Edgar (2001): Analysis of the economic, employment and social profile of the Greater Dublin Region. Dublin: The Economic and Social Research Institute.

Morgenroth, Edgar L.W. (2002): Commuting in Ireland: An analysis of Inter-County Commuting Flows. Dublin (masch.).

National Spatial Strategy (=NSS 2002, 13). Research Report: Irish Spatial Perspectives – Paper 13. “Rural and Urban Roles”. Dublin.

National Spatial Strategy for Ireland, 2002-2020. People, Places and Potential. Dublin 2002.

O Grada, Cormac (1994): Recent trends in fertility and population in Ireland, North and South. Dublin. Working paper. Centre for Economic Research. Centre for Economic Research, University College Dublin.

Population, Labourforce and Housing Demand Projections (2001). The National Spatial Strategy. Final Report. Dublin: October 2001.

Regional Strategy (2004). Western Regional Authority.

Rural Enterprise (2000). Research Report. National Spatial Strategy. Dublin: December 2000

Spudulyte, Egle (2003): Die Osterweiterung und die Regionalpolitik der EU. Konsequenzen aus den regionalpolitischen Maßnahmen in Irland und den neuen Bundesländern für eine Osterweiterung. Phil. Diss. TH Aachen. (online-Publikation, Hochschulbibliothek Aachen).

Treanor, Paul (2004): Lithuania-Ireland: regionalisation and policy compared. Internet-Publikation. http://web.inter.nl.net/users/Paul.Treanor/euregion/lithuania-ireland.html (14/11/2004).

Walsh, James (1996): Local development theory and practice: recent experience in Ireland in J. Alden and P. Boland (Hg.): Regional Development Strategies: a European Perspective. London: Regional Studies Association, 159-177.

Walsh, James (2000): Dynamic regional development in the EU periphery: Ireland in the 1990s. In: Shaw, David/Roberts, Peter/Walsh, James (Hg.): Regional planning and development in Europe. Aldershot u.a.

Walsh, James A. (1984): To go or not to go – the migration intentions of Leaving Certificate students. Blackrock: Department of Geogrpahy. Our Lady of Mercy College, Carysfort College. (=Discussion Paper No. 2)

Walsh, James A. (1996): Population Change in the 1990s: Preliminary Evidence from the 1996 Census of Population in the Republic of Ireland. In: Geographical vielpoint 24. 1996, 3-12.

Walsh, Jim (1991): Demographic an dlabour force adjustments in the context of economic restructuring: The experience of Ireland. In: Proceedings of the XI. International Seminar on Marginal Regions. August 1991. Oppland College, Lillehammer, Norway. 31-44.

Walsh, Jim (1991a): The economic and social implications of emigration. Dublin: National Exonomic and Social Council Report.

Werner, Hans (2001): Wirtschaftliche Integration und Arbeitskräftewanderungen in der EU. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 8/2001, 11-19.

F 5. Vergleichsstudie Portugal - Heimatbindung und Rückwanderung als Wachstumschance für ländliche Regionen (Christiane Dienel)

F 5.1 Vorbemerkung: Zur Auswahl der Vergleichsregion – Fragestellungen – Forschungsstand

Zur Auswahl der Vergleichsregion

Im Rahmen der Untersuchung von Abwanderung und Familiengründung in Sachsen-Anhalt soll der vergleichende Blick auf andere Regionen Europas das Feld möglicher Handlungsalternativen erweitern. Sachsen-Anhalt ist eine Region, in der Abwanderung erst seit vergleichsweise kurzer Zeit eine Rolle spielt. Andere Länder und Regionen mussten epochenlang massive Abwanderung als Schicksal hinnehmen und sich in Wirtschafts- und Lebensweise daran anpassen. Dies gilt unter anderem für Portugal. Dieses Land kann geradezu als Laboratorium für die wirtschaftlichen Folgen von Migration gelten. Nach einer kurzen Glanzzeit im 15. Jahrhundert stand Portugal für Jahrhunderte wirtschaftlich, kulturell und sozial im Schatten Spaniens und Europas. Seine periphere, auf den Atlantik ausgerichtete Lage und seine Seefahrertradition prädestinierten es zum Auswanderer-Stützpunkt über die eigene Nation hinaus. Die portugiesische Nation entwickelte deshalb Strategien, wie die Abwanderung auch für das Heimatland zum Vorteil werden kann, durch fortbestehende Heimatbindungen, beträchtliche Überweisungen von Finanzmitteln an die alte Heimat, und – in jüngster Zeit – durch Rückwanderung ehemaliger Emigranten, die mit ihrer Dynamik und Erfahrung die regionale Wirtschaftsentwicklung befruchten. Darüber hinaus bietet Portugal den interessanten Fall eines scheinbar unüberwindlichen Gegensatzes zwischen der relativ reichen Küstenregion (Litoral) und dem relativ armen Inland (Interior), durchaus vergleichbar mit dem derzeitigen Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland. Wie die wirtschaftlichen schwachen Inland-Regionen die Heimatbindung zu ihren abgewanderten jungen Leuten aufrechterhalten und teilweise auch von Rückwanderung profitieren, kann Anregungen für die Situation in Sachsen-Anhalt geben.

Nordportugal wurde deshalb als Vergleichsregion ausgewählt, weil es zum einen bei weiter bestehender Abwanderungstendenz erste Andeutungen eines Trends hin zu ausgeglichenen Wanderungssaldos erkennen lässt. Zudem spielen im Süden durch die starke Orientierung auf Tourismus und Weinbau gänzlich andere Wirtschaftsstrukturen eine Rolle, während der Norden eher industriell geprägt ist und mit dem Großraum Porto ein starkes Wachstumszentrum aufweist. Der Norden Portugals kann als Experimentierfeld dienen sowohl für die langfristigen Auswirkungen von Abwanderung als auch für die möglichen positiven Folgen einer Rückwanderung und neuen Zuwanderung. Noch heute stammen die meisten portugiesi-

schen Emigranten aus dem Norden, noch heute ist die wirtschaftliche Entwicklung der Interior-Gebiete des Nordens weit hinter dem Landesdurchschnitt zurück.

Forschungsstand

Die Bevölkerungsstatistik und Regionalstatistik ist in Portugal sehr gut entwickelt. Familiensoziologisch rezipiert die portugiesische Forschung relativ stark die französische, konstruktivistisch ausgerichtete Schule. In der portugiesischen familiensoziologischen Forschung spielt das Spannungsverhältnis zwischen traditionellen, ländlichen und modernisierten städtischen Verhaltensweisen eine zentrale Rolle (Wall 1993). In der portugiesischen soziologischen Zeitschrift „Análisi Social“ liegen Studien zu Kinderwunsch und Familiengründung nicht sehr zahlreich vor. Das Thema Migration erlebte in den letzten Jahren einen regelrechten Boom, allerdings nicht oder kaum bezogen auf Binnenwanderungen, sondern vor allem hinsichtlich der Einwanderung von Nichtportugiesen nach Portugal, einer für das Land völlig neuen Erscheinung. Eine sehr viel längere Tradition hat die Erforschung der Emigration aus Portugal (Garcia 2000). Eine ältere, aber hochinteressante Studie (Silva u.a. 1984) befasst sich mit der Rückkehr der Ausgewanderten in ihre Heimatregion und den Auswirkungen dieser Rückwanderung auf die regionale Ökonomie. Diese Studie ebenso wie einige kleinere Monographien boten interessante Anhaltspunkte für den Vergleichsfall Sachsen-Anhalt. Die Datenlage für die Region Nordportugal ist zum Teil sehr dünn, da die portugiesischen Regionen lediglich künstlich zur Verwaltung der EU-Strukturfonds geschaffen wurden. Daher werden im folgenden häufig Daten zum Gesamtstaat genutzt.

Neben der Auswertung vorhandener Studien hat die Verfasserin bei Aufenthalten in Porto und Nordportugal Experteninterviews geführt. Besonderer Dank gilt Prof. Maria Pereira Ramos (Faculdade de Economia) und Prof. Luiza Cortesão (Faculdade de Pscicologia e de Sciências da Educação) von der Universidade do Porto sowie Paula Santos und Estela Alegría von der Commissão de Coordenação e Desenvolvimento da Região do Norte. Die Ergebnisse dieser Gespräche fließen in die nachfolgende Darstellung ein.

F 5.2 Portugal – Eckdaten zur sozioökonomischen Lage und Bevölkerung

Kurzporträt Portugal

Portugal, ältester Nationalstaat Europas, erlebte nach der Entdeckung Amerikas im 15. Jahrhundert eine kurze Blüte und geriet danach für Jahrhunderte unter spanische Herrschaft. Es nahm auf Seiten der Alliierten am ersten Weltkrieg teil und war seit 1926 Militärdiktatur, seit 1992 unter dem faschistischen Diktator Salazar, dessen Herrschaft erst durch die Nelkenrevolution von 1974 beendet wurde. Der Beitritt zur Europäischen Union 1986 stabilisierte die junge Demokratie Portugal und öffnete den Weg aus großer wirtschaftlicher und sozialer Rückständigkeit. Unterstützt durch massive Strukturhilfen der Europäischen Union, be-

gann eine wirtschaftliche Transformation, wobei das traditionelle Entwicklungsgefälle zwischen den Ballungszentren Lissabon und Porto sowie verschiedenen Küstenregionen einerseits und dem Landesinneren andererseits noch nicht überwunden werden konnte. In Portugal wohnen heute rund 10,335 Mio Menschen, die zu 95% römisch-katholisch sind. Der Ausländeranteil ist mit unter 2% sehr gering. Mit einem BIP/Kopf von (2003) 12.209 € liegt Portugal – vor Griechenland - am unteren Ende der EU.

Das Land ist in Distrikte gegliedert, die über wenig Autonomie verfügen. Im Zuge der Regionalisierung der EU wurden übergreifende Regionen (auf NUTS-II-Ebene) geschaffen, die jedoch über keine eigenständige Tradition verfügen und jeweils mehrere Distrikte zusammenfassen. Die Distrikte werden durch Kommissionen verwaltet, die nur über sehr eingeschränkte Kompetenzen verfügen, aber formal für die Verwaltung der EU-Regionalförderung zuständig sind. Die meisten regionalen Politiken mit Einfluss auf die Migration werden aber zentralstaatlich festgelegt.

Regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Nordportugal

Seit dem EU-Beitritt 1986 hat auch der Norden Portugals beachtliche wirtschaftliche Fortschritte gemacht. Symbolisch steht dafür der Bau der Métro in Porto, die Restaurierungen für die Feiern zur „Europäischen Kulturhauptstadt 2001“ und der Bau großer Fußballstadien für die EM 2004, die in Portugal stattfindet (Ramos 2003a, 2).

Obwohl die Wachstumsraten der portugiesischen Wirtschaft lange Zeit die der deutschen bei weitem übertrafen, befindet sich das Land seit 2003 in einer Rezession, es wird ein Minuswachstum von 0,5%-1,0% prognostiziert. Wichtige Strukturreformen im Gesundheitsbereich, im öffentlichen Dienst und im Bildungs- und Erziehungswesen stehen weiter aus. Portugal, das die Aufnahme in die Wirtschafts- und Währungsunion noch mit Bravour geschafft hatte, läuft inzwischen Gefahr, innerhalb der EU den Anschluss zu verlieren. Auch der Staatshaushalt ist seit einiger Zeit unausgeglichen und verfehlt die Kriterien des Stabilitätspakts.

Portugal hat 2002 9,2% seines BIP aus dem Tourismus eingenommen, insgesamt hat der Dienstleistungssektor einen Anteil von 62,7%. Die portugiesische Landwirtschaft weist einen erheblichen Entwicklungsrückstand im EU-Vergleich auf. Ausdruck dessen sind die niedrigste Produktivität in der EU und Betriebseinkommen, die weit unter dem EU-Durchschnitt liegen. Die Landwirtschaft trägt mit ca. 12,5% der Erwerbstätigen nur etwa 3,3% zur Bruttowertschöpfung bei.

Die Arbeitslosigkeit war in Portugal immer deutlich niedriger als in den meisten anderen EU-Mitgliedstaaten, bei gleichzeitig hoher Erwerbsbeteiligung von Frauen. Allerdings ist sie 2002 auf immerhin 5,6% (2001:4,5%) angestiegen und befindet sich z.Z. bei ca. 6,7%, tendenziell weiter steigend. Der portugiesische Arbeitsmarkt zeichnet sich im europäischen Kontext

durch niedrige und antizyklische Arbeitslosenquoten aus, was vor allem auf die große Elastizität der Löhne zurückzuführen ist. Zudem ist Portugal das Land mit den größten Lohndifferenzen zwischen Sektoren und Beschäftigungsniveaus. Diese hohe Flexibilität des Lohnniveaus wurde weniger als in anderen Ländern durch Tarifverträge, Mindesteinkommen und Arbeitslosenversicherung eingeschränkt. Insbesondere sind die Bedingungen zum Bezug von Arbeitslosengeld erheblich strenger als in den meisten anderen EU-Ländern. Durch die hohe Rate und Fluktuation der selbständig Beschäftigten gewinnt der Arbeitsmarkt in Portugal zusätzliche Dynamik, wobei die Selbständigen nicht, wie in weiter entwickelten EU-Ländern, an der Schwelle zur Arbeitslosigkeit stehen, sondern hinsichtlich Steuern und Sozialabgaben besondere Vorteile genießen. Auch die Parallelwirtschaft (Schwarzarbeit) ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor (Ramos 2003, 320-329).

Abb. F5.1: Die Region Nordportugal

Beachtenswert sind die enormen regionalen Unterschiede: Der Norden und vor allem das Inland haben gegenüber der reichen Region Lissabon bei Wirtschaftsindikatoren wie BIP/Kopf, Elektrizitätsverbrauch, Telefonanschlüsse usw. einen Rückstand von über 50 Prozentpunkten (Ramos 1999), wobei die Distrikte Vila Real, Viseu, Viana do Castelo und Bragança im Landesvergleich an letzter Stelle stehen, mit Vila Real als Schlusslicht. Insofern trägt der größere Teil der Region Nordportugal „die rote Laterne“ hinsichtlich der wirtschaftli-

chen Entwicklung, verfügt aber mit Porto und dem Distrikt Aveiro auch über ein Wachstumszentrum.

Typisch für Nordportugal ist das große Gewicht des sekundären Sektors. Während im Wachstumszentrum Lissabon Dienstleistung, Verwaltung und neue Technologien eine große Rolle spielen, ist der Wirtschaftsraum um Porto durch kleine und mittlere Unternehmen im sekundären Sektor gekennzeichnet, die vielfach in traditionellen Branchen (am bekanntesten: Porto-Weinkellereien) tätig sind und mit kleinen Agrarbetrieben koexistieren. Im Inland Nordportugals sind kleine, selbständige Agrarbetriebe typisch, während im Süden des Landes die großen Güter dominieren.

Zu dieser traditionellen kleinindustriellen Prägung kommt als weitere Besonderheit eine hohe Frauenerwerbstätigkeit von 55,8% 1991 bei einer Gesamterwerbstätigkeitsrate von 68,5% und einer Kinderarbeitsrate (unter-15-Jährige) von immerhin 2,8% (Hespanha/Portugal 2003, 38-40). Die Erwerbstätigkeit der Frauen zwischen 25 und 64 Jahren liegt in Nordportugal mit 79,6% sehr hoch. In der Landwirtschaft sind in Porto nur wenige Menschen, im übrigen Norden um die 10%, aber in den drei Inland-Landkreisen zwischen 30 und 40% der Menschen tätig. Gegen die gesamteuropäische Entwicklung übersteigt seit 1997 in Nordportugal der Anteil der im produzierenden Bereich Erwerbstätigen den Anteil des tertiären Sektors. Die Arbeitslosigkeit ist sehr niedrig und lag 1998 um die 5%, für Frauen etwas höher als für Männer. Außerdem ist auffällig, dass sich das Gewicht der Arbeitslosigkeit von den Frauen eher auf die Männer verschoben hat. Insgesamt ist also in Nordportugal weniger die Arbeitslosigkeit ein Problem als vielmehr der geringe Schutz der Arbeitnehmer und ein relativ niedriges Lohnniveau (Varejão/Carneiro/Teixeira 2002, 27).

Die Eigenheimquote in Nordportugal ist sehr hoch und liegt bei etwas über 61%, im Inland zwischen 70 und 80%. (Hespanha/Portugal 2003, 59). Nur etwa 40% der Wohnungen haben Anschluss an öffentliche Abwasserentsorgung.

Geburten-, Familien- und Bevölkerungsentwicklung in Portugal seit 1945

In Portugal lebten im Jahre 2001 rund 10.300.000 Menschen. Die Geburtenrate ist mit ca. 1,5 eine der niedrigsten Europas. Die demographische Alterung der Gesellschaft macht also auch vor Portugal nicht halt, sondern wird vielmehr wesentlich plötzlicher als in Deutschland mit seinem seit langem schon niedrigen Geburtenlevel die Gesellschaft verändern (Rosa 1993).

Portugal stellt demographisch einen Sonderfall in Europa dar. Eine hohe Ledigenquote und sehr späte Heiraten hielten die Geburtenrate auch während des demographischen Übergangs vergleichsweise niedrig. Hinzu kam das durch die Emigration vieler Männer unausgewogene Geschlechterverhältnis, so dass viele Frauen keine Heiratschance hatten. All die-

se Heiratshemmnisse – typisch für das europäische Mittelalter – endeten in Portugal erst nach dem zweiten Weltkrieg. Die große Auswanderungswelle nach dem Krieg gab armen Landarbeitern den Zugang zu einem Gehalt und damit verbesserte Heiratschancen. Doch erst im Laufe der 1980-er Jahre ließ der soziale Druck zur Heirat innerhalb der Herkunftsregion nach. Alle diese Faktoren führten dazu, dass Portugal am Baby-Boom der 1960-er Jahre nicht teilnahm. Diese späte Modernisierung des Fortpflanzungsverhaltens zeigt sich vor allem im Norden in noch heute höheren Geburtenraten. Sie ist verbunden mit einer Koexistenz moderner und traditioneller Werte. So spielt die Bindung an den Boden in Nordportugal eine erhebliche Rolle und spiegelt die agrarische Tradition. Heute geht es aber um den Besitz von Grund und Boden, nicht mehr um seine Bearbeitung (Bandeira 1996).

Die niedrigen Geburtenraten im heutigen Portugal werden, wie andernorts auch, mit dem Anstieg des Erstgeburtsalters, der Verfügbarkeit moderner Verhütungsmittel, der erhöhten Ansprüche an die Erziehung und Ausbildung von Kindern und den größeren Schwierigkeiten der beruflichen Etablierung von jungen Paaren in Verbindung gebracht. Einfach gesagt, hat Portugal den Anschluss an die europäische Normalität des Geburtenverhaltens gefunden. Die langjährige Emigration wirkte natürlich verschärfend, weil in der Regel junge Menschen vor der Familiengründung das Land verlassen haben, was zu einem Geburtentransfer in die Zielländer der Emigration führt (Rees 1995, 2.1.3).

In der Region Nordportugal lebten 1997 rund 3,56 Mio Menschen, wobei die Einwohnerdichte vom dicht bevölkerten Großraum Porto (6482 Einw. /km^2) bis zum dünn besiedelten Inland (Vimioso in Trás-os-Montes: 12 Einw./ km^2) stark abnimmt (Hespanha/Portugal 2003, 76). Der bis in die 1980-er Jahre ausgewogene Geburten-/Sterbesaldo begann sich auch im Norden im Laufe der 1980-er Jahre stark zu verschieben; dennoch ist die Bevölkerung Nordportugals nach wie vor jünger als der Landesdurchschnitt. Noch immer weisen 21,3% der Familien im Norden 5 und mehr Mitglieder auf. Im Zensus 2001 hat der Norden nach wie vor ein relativ kräftiges natürliches Wachstum zu verzeichnen (6% gegenüber 1991), die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt hier bei 3,0 Personen (Censos 2001). Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung ist vor allem wegen der Zuwanderung jüngerer Menschen in Porto und Lissabon am höchsten.

Die lange Jahre sehr statischen Familienverhältnisse in Portugal sind in Bewegung gekommen. 2002 wurden 25,5% aller Kinder außerhalb der Ehe geboren, das ist der höchste Prozentsatz, der jemals in Portugal verzeichnet wurde. In der Region Nordportugal belief sich diese Zahl auf lediglich 16,2%. 37,5% aller Ehen wurden nicht mehr in der Kirche geschlossen, sondern auf dem Standesamt – in Portugal hat auch die kirchliche Trauung zivilrechtliche Folgen. Die Scheidung war lange Jahre mit ca. 1,2 Scheidungen je 1000 Einwohnern und Jahr eine Ausnahmeerscheinung. Im Jahre 2002 wurde mit 2,7 ein für portugiesische Verhältnisse sehr hoher Wert verzeichnet (Estatisticas Demográficas 2002). Die zusammen-

gefasste Geburtenziffer spiegelt diesen Wandel. Sie lag 1960 im Portugal Salazars mit 2,72 deutlich über dem Erhaltungsniveau, sank aber nach der Revolution rasch auf 1,63 1980, 1,40 1995 und 1,48 1999.

Diverse Untersuchungen bestätigen die Spannung zwischen traditionellen, katholisch geprägten Werten und einer raschen Modernisierung der Familienverhältnisse. So gaben in einer Befragung von 2302 Familien im Raum Porto nur noch 18% an, Kinder seien das Ziel der Ehe (Fernandes 1994, 1168). Eine Magisterarbeit von 2002 dagegen zeigt, dass rund 80% einer repräsentativen Stichprobe 15-24-jähriger Jugendlicher die Abtreibung bei einer ungeplanten Schwangerschaft grundsätzlich ablehnen (Carrito 2003). Bei einer repräsentativen Befragung von 20-50jährigen Portugies/inn/en zur Rollenverteilung innerhalb der Partnerschaft in Portugal wird eine Spezifik portugiesischer Familienverhältnisse deutlich: Die befragten Frauen arbeiten durchschnittlich fast ebenso viele Stunden wie die Männer außer Haus (8,1 h vs. 9,0 h), zusätzlich aber übernehmen sie den größten Teil der häuslichen Arbeiten über Kochen, Putzen, Kinderbetreuung bis Krankenpflege (3,8 h vs. 1,3 h). Trotzdem empfand nur eine kleine (bei den Männern: verschwindend geringe) Minderheit der Befragten die Aufgabenverteilung als ungerecht. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass auch die hohe Präsenz portugiesischer Frauen auf dem Arbeitsmarkt die geschlechtsspezifischen Aufgabenzuweisungen innerhalb der Familie nur wenig verändert hat (Torres u.a. 2002).

Für die Frage des Geburtenrückgangs sind diese raschen Veränderungen bedeutsam. Das Gewicht von Kindern für die persönliche Verwirklichung hat in den letzten Jahrzehnten in Portugal nachweislich abgenommen. Eine Studie von Studenten und ihren Eltern aus dem Jahr 1986 zeigt deutlich diesen Mentalitätswandel: Während die Elterngeneration Familie (nach ‚persönlicher Würde') auf ihrer Werteskala an die zweite Stelle setzt, nimmt sie bei der Kindergeneration lediglich den siebten Rang ein (Dienel 1993, 331f.). Das Problem einer alternden Bevölkerung ist auch in Portugal angekommen und wird gesellschaftlich breit diskutiert (Fernandes 1999).

F 5.3 Abwanderungsland Portugal

Die Tradition der Emigration aus Portugal

Die Bevölkerung in Portugal ist auf den ersten Blick nicht sehr mobil. Die Binnenwanderung ist vergleichsweise schwach ausgeprägt. Zwar gibt es Tagespendler, aber Wochenpendeln ist – anders etwa als in den skandinavischen Ländern oder in Ostdeutschland – sehr unüblich. Dagegen weist das Land eine lange Tradition der Auswanderung nach dem Ausland auf, beginnend mit dem Zeitalter der Entdeckungen. Auswanderung hat Wirtschaft und Gesellschaft des Landes strukturell geprägt. Man kann geradezu von einer Kultur der Auswanderung sprechen, mit funktionierenden portugiesischen Gemeinschaften in vielen Teilen der Welt, Auswanderungsnetzwerken und fortbestehenden Bindungen an die Heimat. Portugal

stellte dem europäischen und weltweiten Arbeitsmarkt gering qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung, aber als aktive Kolonialmacht entsandte es auch Auswanderer, die in anderen Ländern die Oberschicht bildeten. Insofern ist die Struktur portugiesischer Auswanderung sowohl durch „südliche“ als auch durch „nördliche“ Charakteristika geprägt (Ramos 2003a). Noch heute markieren in der Stadt Porto große Palmen vor imposanten Bürgerhäusern, dass die Besitzer in Brasilien reich geworden sind. Diese Villen brachten moderne Konstruktionsprinzipien und Bürgerstolz in den Norden Portugals (Alves 2003, 47f.). Neben Brasilien waren auch Venezuela, die Azoren, Kanada und Südafrika wichtige Ziele der Auswanderung bis zum 19. Jahrhundert.

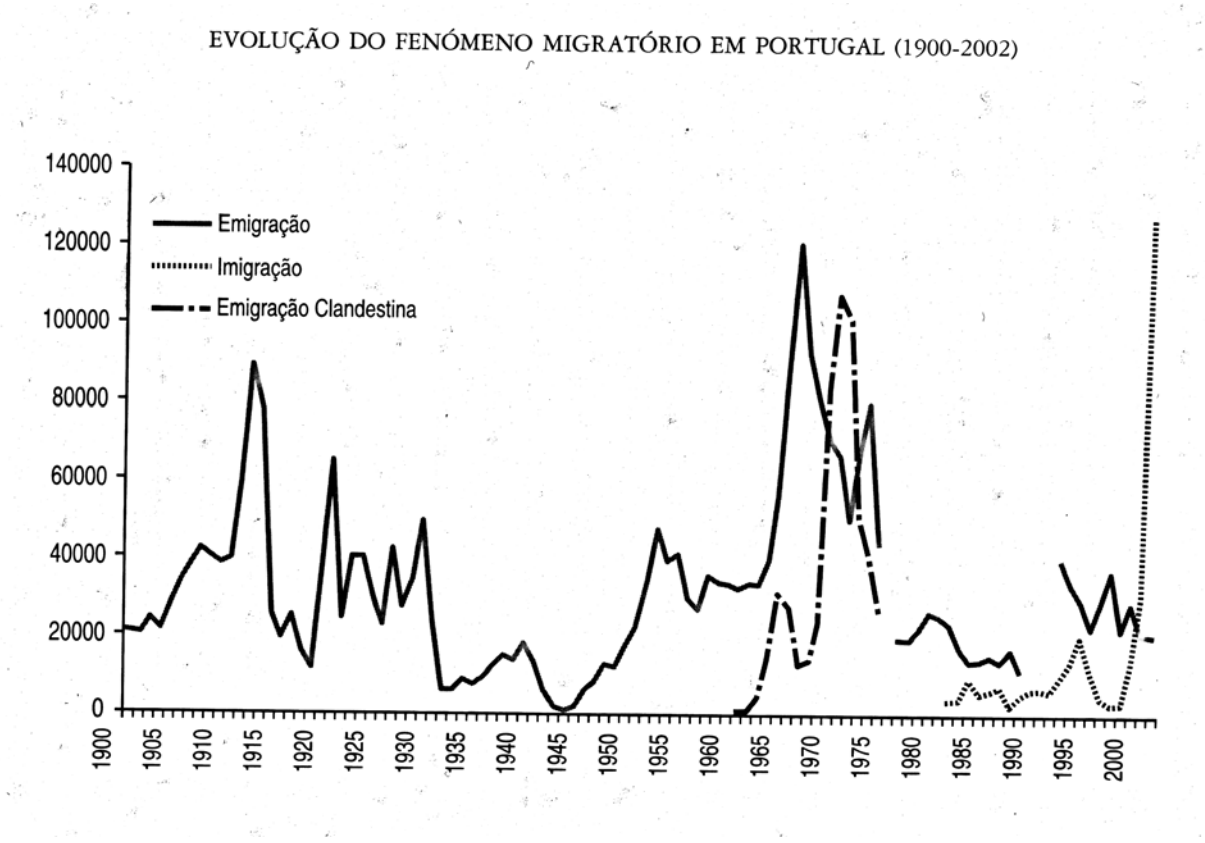
Häufig fand die Emigration in Etappen statt: zuerst vom Dorf in die Stadt und dann ins Ausland. Bald funktionierten jedoch auch Abwanderungsnetze; funktionierende portugiesische Gemeinschaften im Ausland zogen weitere Emigranten nach. Von 1900 bis 1988 emigrierten aus Portugal (legal und illegal) insgesamt ca. 3,5 Mio Menschen. Dabei lassen sich zwei Abwanderungszyklen unterscheiden, ein erster transatlantischer und ein zweiter, europäischer. Erst seit den 1960-er Jahren spielen innereuropäische Ziele für portugiesische Emigranten eine Rolle. An erster Stelle stehen dabei Frankreich (zwischen 1969 und 1971 wanderten jährlich nahezu 120 000 Portugiesen dorthin aus), das bei weitem wichtigste Wanderungsziel, danach Luxemburg (ein Drittel der Bevölkerung dort stammt aus Portugal), Großbritannien und die Schweiz. 1964, also relativ spät, schloss die Bundesrepublik Deutschland mit Portugal ein Anwerbeabkommen (mit der Türkei schon 1961), aber schon zehn Jahre später ging die Zahl von Portugiesen in Deutschland wieder zurück. Mit dem EU-Beitritt 1986 stieg sie wieder an und beträgt zur Zeit etwa 130 000 Menschen. Insgesamt wanderten von 1950 bis 1988 59% aller portugiesischen Emigranten nach Frankreich aus. Typischerweise handelte es sich jedoch, sowohl bei der atlantischen Auswanderungswelle wie bei der europäischen, um vorwiegend männliche, jüngere Personen (zwischen 15 und 45 Jahren) mit ländlichem Hintergrund und aus dem Norden Portugals (Baganha 1994, 963).

Auch heute spielt Auswanderung für Portugal eine Rolle. Im Jahre 2002 verließen 27 358 Menschen Portugal, davon 81,7% Männer. Davon verließen 67,8% mit dem Ziel eines vorübergehenden (weniger als ein Jahr) Auslandsaufenthaltes das Land, 32,2% emigrierten auf Dauer. Zielländer waren vor allem Frankreich, die Schweiz und Spanien, danach folgten Großbritannien und Kanada. Insgesamt 73,4% der Emigranten wanderten in die genannen Länder ab. 58,8% der Emigranten waren zwischen 15 und 29 Jahren alt, 58,9% noch unverheiratet. Auch unter den Auswanderern auf Zeit stellten die Junggesellen mit 63,5% die deutliche Mehrheit (Estatisticas Demográficas 2002). Auswanderung ist aber heute in Portugal seltener eine für das ganze Leben getroffene Entscheidung und häufiger eine Phase von begrenzter Dauer im Lebenslauf (Martins 2003, 28). Besorgniserregend ist vor allem, dass die dauerhafte (länger als ein Jahr) Auswanderung, anders als früher, besonders gut qualifi-

zierte junge Leute betrifft und nicht mehr unqualifizierte Arbeitskräfte. Dies ist im Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosigkeit vor allem von Jugendlichen mit höherer Schulbildung zu sehen (13,4% Arbeitslosigkeit 2001). Allerdings ist eine Rückwanderung für viele dieser jungen Auswanderer sehr wahrscheinlich und kann dann wiederum zu einem Zufluss an Qualifikationen ins Land führen (Ramos 2003b, 62).

Die Abbildung F5.2 zeigt im Zusammenhang die Abwanderung (Emigração), Zuwanderung (Imigração) sowie die illegale Einwanderung

Abb. F5.2: Entwicklung der Migration in Portugal 1900-2002



Entnommen aus: Martins 2003, 21.

Die lang andauernde Abwanderung aus Portugal wird historisch auch als eine mögliche Ursache für den Entwicklungsrückstand betrachtet, den das Land gegenüber der gesamteuropäischen Entwicklung seit dem 17. Jahrhundert aufwies. Insgesamt werden die Auswirkungen der Abwanderung jedoch sehr konträr diskutiert. Der Anteil der Überweisungen von Devisen aus dem Ausland am portugiesischen Bruttoinlandsprodukt betrug in den 1950-er Jahren 2%, stieg in den 60-ern auf 4%, in den 70-ern auf 8% und in den 1980-er Jahren sogar auf 10% des BIP. Heute beträgt sie – bei einem erheblich höheren nationalen BIP Portugals immerhin noch 3% des BIP (Baganha 1994, 963). Damit tragen diese Finanztransfers erheblich zu einer ausgeglichenen Handelsbilanz bei.

Ob diese Finanzrückflüsse der nationalen Wirtschaftsentwicklung eher genützt oder geschadet haben, ist Gegenstand wissenschaftlicher Debatten gewesen. Üblich ist die Argumentation, dass sie einen erheblichen positiven Beitrag leisteten. Aber zumindest für die Zeit der Diktatur bis 1974 hat etwa Edgar Rocha argumentiert, dass die Auslandsüberweisungen in erster Linie zur Stabilisierung des bestehenden ökonomischen, sozialen und politischen Systems dienten und Reformen verhinderten. Andere Autoren wiesen darauf hin, dass der Export von Arbeitskräften weniger den nationalen Arbeitsmarkt entspannte als vielmehr ab einer gewissen Quantität zur Verarmung des Landes beitrug (Baganha 1994, 964). Der Versuch einer Überprüfung dieser Hypothesen im ökonomischen Modell führte zu der eindeutigen Schlussfolgerung, dass die Emigration sich deshalb nicht schädlich auf die ökonomische Entwicklung des Landes ausgewirkt hat, weil die Emigranten überwiegend gering qualifiziert waren. Hätte es sich um qualifizierte Fachkräfte gehandelt, wäre die wirtschaftliche Entwicklung dadurch auf der makroökonomischen Aggregationsebene nachweisbar behindert worden (Baganha 1994).

Seit der Nelkenrevolution 1974 ist Portugal zum ersten Mal in seiner Geschichte zum Einwanderungsland geworden. Zunächst war die Dekolonialisierung der wichtigste Grund für den positiven Wanderungssaldo: Zehntausende von Portugiesen, die in den Kolonien gelebt hatten, kehrten in das Mutterland zurück. Seit der Ölkrise spielte auch der Druck auf die Arbeitsmärkte in den klassischen Zielländern portugiesischer Immigration eine Rolle. Dadurch ist es zu vermehrter Rückwanderung gekommen. Der Beitritt zur Europäischen Union und zum Abkommen von Schengen hat weitere Quellen der Zuwanderung geöffnet. Auch Portugal ist damit potentielles Ziel-Land für Schengen-Ausländer, zum Teil auch als Etappe für das Weiterwandern in attraktivere Auswanderungsziele wie die USA. Und schließlich verlangt die Europäisierung der Asylpolitik auch von Portugal, einen entsprechenden Anteil von Menschen aufzunehmen.

Im Jahre 2001 verzeichnete Portugal mit 6,3 je 1000 Einwohner eine der höchsten Zuwanderungsquoten der EU (EU-Durchschnitt: 3,1, Deutschland: 3,2). Für das traditionelle Auswanderungsland Portugal bedeuten diese Veränderungen einen Paradigmenwechsel (Peixoto 2002). Die zunehmende Einwanderung von Menschen nichtportugiesischer Herkunft wird seitens der Politik zunehmend als Aufgabe begriffen (Ramos 265-270), z.B. durch Abkommen mit Cap-Verde, Rumänien und der Russischen Föderation. Verhandlungen mit der Ukraine, Moldawien, Bulgarien, Slowenien und der Slowakei sind im Gange. Seit dem 12. März 2003 gilt ein neues Einwanderungsgesetz, das keine Länderquoten vorsieht, sondern einen Arbeitsvertrag zur einzigen und unausweichlichen Bedingung einer Einwanderung nach Portugal macht. Mit einem Arbeitsvertrag in den Händen können sich die Einwanderungswilligen an das portugiesische Konsulat in ihrem Heimatland wenden. Sie erhalten dann einen an Erwerbstätigkeit gebundene Aufenthaltstitel für maximal fünf Jahre, der ihnen aber kein

Recht auf das gesetzliche Mindesteinkommen (=Sozialhilfe) oder auf Arbeitslosengeld einräumt. 1996 wurden in einem Gesetzakt die Aufenthaltsverhältnisse aller, die vor dem 25. März 1995 eingewandert waren, legalisiert, sofern sie ebenfalls einen Arbeitsvertrag vorweisen konnten.

Durch diese Gesetze hat sich die Zahl der legal in Portugal arbeitenden Ausländer sehr erhöht. Sie liegt heute bei ca. 2,2%, von denen rund die Hälfte afrikanischer Herkunft ist, ein gutes Viertel europäischer Herkunft. Nur zu Teilen mit legalisiertem Aufenthaltsstatus leben auch sehr viele Brasilianer in Portugal. In Portugal spielen Immigranten aus den portugiesisch-sprachigen Ländern Afrikas und aus Brasilien eine wichtige Rolle und sind viel eher zur raschen Integration auf den Arbeitsmarkt in der Lage (Ferreira 2000).

Mit dem Jahr 2001 begann eine regelrechte Welle von Einwanderern aus Osteuropa, von denen nach einer Studie von 2002 45% eine überdurchschnittliche (akademische oder knapp unterakademische) Qualifikation hatten. Auf dem Arbeitsmarkt können sie die afrikanischen Einwanderer verdrängen, so dass deren Arbeitslosigkeit seither zugenommen hat. Afrikanische und osteuropäische Einwanderer sind sehr stark im Baugewerbe beschäftigt, letztere aber auch in anderen produzierenden Sparten. Brasilianer spielen wegen der gemeinsamen Muttersprache eine wichtige Rolle im Service-Sektor (Restaurants, Tourismus) und auch im Bereich medizinischer Dienstleistungen und Erziehung/Kinderbetreuung (Ramos 2003a). Insgesamt gibt es eine klare Dichotomie zwischen gering qualifizierten Einwanderern in prekären Beschäftigungsverhältnissen und hoch Qualifizierten, die sich rasch und auf gutem Niveau integrieren (Baganha, Ferrão, Malheiros 1999).

Die Immigration von niedrig qualifizierten Ausländern nach Portugal facht die Auswanderung von Portugiesen nach dem europäischen Ausland weiterhin an. Denn die Folge der Immigration ist ein Teufelskreis in Bezug auf das Lohnniveau. Die Einwanderer nach Portugal akzeptieren ein sehr niedriges Lohnniveau und schlechte Arbeitsbedingungen. Dadurch sinkt das inländische Lohnniveau insgesamt, der Abstand zum europäischen Durchschnitt wächst und die Emigration von Portugiesen wird gefördert. Diese wandern in andere EU-Länder und bilden dort wiederum die unterste Reihe in der Lohnpyramide, zu oftmals unaktzeptablen Arbeitsbedingungen und in Situationen, die – z.B. in der Bauwirtschaft – mancherorts der Sklaverei ähneln. Dadurch entwickelt sich eine nach unten gerichtete Lohnspirale, die ganz Europa in Mitleidenschaft zieht und die Migration langfristig in Gang hält.

Typischerweise siedeln sich die Immigranten aus Nicht-EU-Ländern in städtischen Zentren und Wachstumskernen an und tragen damit zur regionalen Entwicklung der peripheren Regionen wenig bei. Mehr als die Hälfte aller Ausländer in Portugal wohnen in der Region Lissabon. Ein weiteres Zentrum bilden die Regionen mit hohem Anteil an Tourismus, vor allem die Algarve-Küste (Gomes/Baptista 2003). In den letzten Jahren ist laut Expertenauskunft

jedoch eine neue Tendenz erkennbar: Immigranten sind mittlerweile bereit, jede Art von Arbeit überall im Land anzunehmen. So kommen etwa aus Osteuropa häufig hoch qualifizierte Immigranten aus akademischen Berufen, die irgendwo im Inland eine einfache Handarbeit, etwa im Bauwesen, annehmen. Damit bringen sie diesen menschenarmen Interior-Regionen einen erheblichen Zufluss an Dynamik und Humankapital, und das spürt man deutlich. Zwar hat diese Zuwanderung häufig vorübergehenden Charakter, denn für viele Osteuropäer ist Portugal nur eine Etappe mit niedrigeren Einwanderungsbarrieren. Sobald ein dauerhafter Aufenthaltstitel erworben ist, wandert die Familie weiter in die eigentlichen Zielländer wie die Bundesrepublik Deutschland oder die USA. Manche dieser Einwanderer bleiben jedoch am Ende in Portugal, wenn sie persönliche Bindungen eingehen und ihre Lebensumstände entsprechend attraktiv sind, wozu auch das Klima beitragen mag. Diese qualifizierten Zuwanderer und ihre Kinder sind gerade für die Interior-Regionen ein großer Gewinn.

Regionale Disparitäten der Bevölkerungsentwicklung in Portugal

Portugal zeigt ein typisches Bild regionaler Disparitäten, das über Jahrhunderte durch Abwanderung geprägt wurde. Die portugiesische Wirtschaft und Gesellschaft ist fundamental dadurch geprägt, dass Menschen, Infrastrukturen und Wachstum sich auf bestimmte privilegierte Regionen an der Küste (Litoral) konzentrieren, welche den anderen Regionen, vor allem im Inland (Interior) dieses Potential entziehen. Große Teile des Landes sind nicht in der Lage, ihre Bevölkerung zu halten, weil sie ihnen nicht die Möglichkeiten bieten, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Räumliche Ungleichheit zwischen den Regionen ist daher in Portugal ein sich selbst verstärkender Kreislauf, der durch Ab- und Auswanderung in Gang gehalten wird und den die Rückwanderung nur partiell – im Bereich des Konsums und der Wohnverhältnisse – ausgleichen kann, während er auf der Ebene der regionalen Produktion bestehen bleibt (Silva u.a. 1984, 220f.).

Bei der Ab- bzw. Auswanderung aus Nordportugal lassen sich drei Typen unterscheiden:

- Emigration ins Ausland
- Abwanderung nach Porto oder Lissabon
- Abwanderung in die mittleren Städte innerhalb der Region (Urbanisierung und Konzentration)

Die Emigration betraf die Regionen Portugals nicht in gleicher Weise. Die südlichen und Küstenregionen Alentejo und Algarve trugen deutlich weniger dazu bei als die nördlichen und Inlands-Regionen, besonders Minho, Beira Alta und Trás-os-Montes (Baganha 1994, 961). Im diachronen Blick auf die Veränderung 1981 bis 1991 zeigt sich, dass die innerstädtischen Concelhos (Landkreise) in Lissabon und Porto durch Binnenwanderung verlieren, während die angrenzenden Kreise Zuwanderung verzeichnen, d.h. ein Prozess der Suburbanisierung hat eingesetzt . Auf der anderen Seite spielt Zentralisierung gleichzeitig weiterhin eine wich-

tige Rolle: die ländlichen und Inlandsregionen verlieren, während die städtischen und Küstenregionen, insbesondere die touristischen des Südens, Wanderungsgewinne verbuchen können. Insgesamt zeigt sich also ein komplexes Bild einer Gleichzeitigkeit von ländlicher Entvölkerung (vor allem durch junge und sehr alte Menschen), Urbanisierung (Zuwanderung zu den Randregionen der großen Städte), Suburbanisierung und einiger regionaler Wanderungsströme, insbesondere in Richtung auf die Algarve (Rees 1995).

In Folge des EU-Beitritts lösten sich die bis dahin unbeweglichen Agrarstrukturen in Portugal auf; neue Verdienstmöglichkeiten in den Zentren Lissabon und Porto und vor allem im Ausland (Schweiz, Luxemburg, Deutschland, Großbritannien, Frankreich) boten sich. Die daraus foglende Abwanderung entvölkerte große Teile des Territoriums, vor allem im nördlichen Inland. Die Bevölkerung dort ging zurück und alterte. Dadurch sank die Agrarproduktion, das Lohnniveau stieg aus Arbeitskräftemangel. Die Emigranten selbst konnten ihr Lebensniveau erheblich verbessern und waren in der Lage zu Finanztransfers, wovon die zurückgebliebenen Verwandten, aber auch die portugiesische Volkswirtschaft erheblich profitierten. In der portugiesischen Soziologie ist intensiv diskutiert worden, ob der Dualismus zwischen reicherer Küstenregion und armem Inland durch einen geografischen Determinismus bestimmt war oder vielmehr ein Spiegelbild gesellschaftlicher Ungleichheiten, denen die Emigranten zu entfliehen suchten. Bei genauerer Untersuchung zeigt sich, dass die Landflucht nicht durch die Attraktivität der urbanen Zentren gesteuert war (Pull-Faktoren), sondern durch die Chancenlosigkeit in der Heimat, der man doch – z.B. durch Wahl eines Ehepartners aus der selben Region – verbunden blieb. Dadurch blieben die Emigranten am neuen Wohnort jedoch marginalisiert, und die durch die Geographie vorgeprägte große soziale Ungleichheit besteht in Portugal fort bis heute (Maia 2002).

Die Verödung des Interior, die Alterung der Bevölkerung und die regionalen Disparitäten sind in Portugal zu einem bedeutenden Teil der starken Auswanderung und Abwanderung geschuldet. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde durch den dauernden Abfluss an Arbeitskräften behindert, allerdings nicht so sehr, wie zu befürchten gewesen wäre, denn angesichts verbreiteter Unterbeschäftigung in den ländlichen Gebieten diente Auswanderung auch als Ventil und stabilisierte die lokalen Arbeitsmärkte (Ramos 1995, 134f.). Trotzdem kommen die portugiesischen Ökonomen insgesamt zum Schluss, dass die Auswanderung einen Verlust an Humankapital bedeutete, der durch die Finanztransfers nicht ausgeglichen werden konnte (Ramos 1995, 146f.).

Letztlich wurde jedoch durch die Emigration der Urbanisierungsprozess in Portugal weiter beschleunigt und die Landflucht verstärkt. Dies hatte auch mit den Investitionsscherpunkten der Auswanderer zu tun. In einer ersten Periode verwendeten sie das verdiente Geld häufig für Kauf und Ausbau von Häusern in ihren Ursprungsdörfern. In einem zweiten Schritt wurden diese einfachen bäuerlichen Gebäude durch bequemere, modernere Wohnhäuser er-

setzt. In einem dritten Schritt und zu einem Zeitpunkt, wo die dauerhafte Rückkehr ins Heimatland immer ferner rückte, traten an die Stelle von Investitionen in ein (zukünftiges) Eigenheim Investitionen in lokale Gewerbe und Immobilien, die dann häufig nicht mehr auf dem Dorfe, sondern in der Bezirkshauptstadt lagen. Dies förderte erheblich die Urbanisierung und die Entleerung des ländlichen Raumes (Martins 2003).

Dieser Effekt ist jedoch im Zentrum des Landes ausgeprägter als im Norden. Die kleinindustrielle Prägung Nordportugals übt eine geringere Sogwirkung aus als die größeren Betriebe um Lissabon, so dass Porto von einem breiten Gürtel „rurbaner" Gebiete umgeben ist, in denen kleine Industrien mit ländlicher Bodennutzung koexistieren und die Verkehrsverbindungen zwischen urbanem Zentrum und Peripherie noch unvollkommen sind (Rees 1995, 9-14). Durch die bedeutenden Strukturinvestitionen in Folge des EU-Beitritts hat jedoch in den letzten Jahren die Urbanisierung Nordportugals regulärere Züge angenommen.

Im heutigen Portugal sind die regionalen Disparitäten enorm. Der Abstand zwischen den dicht bevölkerten Zentren an der Küste und den menschenleeren Landstrichen im Inland könnte größer nicht sein. Traditionell getrennte Entwicklungspfade und jüngere Urbanisierungstendenzen wirken dabei zusammen. Portugal umfasst seit Anfang der 1990-er Jahre 275 Kreise, von denen die 20 dicht bevölkertsten 3,7% der Landesfläche, aber 40,9% der Wohnbevölkerung enthalten. Die 20 dünnstbevölkerten dagegen umfassen 5,3% der Landesfläche und nur 0,9% der Bevölkerung (Rosa 1998, 855). Die Abwanderung aus dünn besiedelten Regionen übersteigt diejenige Sachsen-Anhalts um Dimensionen: Die portugiesische Bevölkerung ist von 1960 bis 1991 um rund 13% gewachsen, aber einige Kreise haben in derselben Periode über 50% ihrer Bevölkerung verloren und sind deshalb zugleich stark gealtert. In den von diesen Entwicklungen am stärksten betroffenen Kreisen kamen auf 100 Unter-15-Jährige 250 bis 290 Über-65-Jährige (Rosa 1998, 856-859).

Die Inlandsregionen in Nordportugal sind heute von Überalterung und Abwanderung geprägt und sehr dünn besiedelt. Zahlreiche verlassene Dörfer prägen mancherorts die Landschaft. Für junge Leute spielt aber weniger dieses negative Image der Region eine Rolle als die konkreten Lebensbedingungen, die vom Niveau in den großen urbanen Zentren erheblich abweichen. Interessanter Weise ist das Ausbildungsniveau der jungen Leute im Interior besser als im Litoral, vermutlich, weil es keine Arbeit gibt und die Jugendlichen daher länger auf der Schule verbleiben. Dadurch hat sich eine Tradition des Lernens entwickelt, die dann in einem zweiten Schritt die Abwanderung erleichtert.

Aus- und Rückwanderung als Wirtschaftsfaktor in Nordportugal

Neben den negativen Effekten der portugiesischen Auswanderung werden in letzter Zeit zunehmend auch mögliche positive Effekte diskutiert. Verwiesen wird vor allem auf die Ermöglichung privater Ersparnisse in einer Höhe, die innerhalb der portugiesischen Landwirt-

schaft sonst niemals möglich gewesen wären. Diese Ersparnisse wurden in Bildung, Hausbau, Landmaschinen usw. investiert, auch die Entwicklung des Banksektors profitierte davon. Da menschliche Arbeitskraft knapp war, wurde in den Abwanderungsregionen überdurchschnittlich in Maschinen investiert, auch das Lohnniveau stieg etwas. Dies führte im Laufe des 20. Jahrhunderts, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau, zu einer relativ höheren Produktivität der portugiesischen Industrien im europäischen Vergleich, und war damit eher wachstumsfördernd, insbesondere wenn man die Kosten bedenkt, die durch das Verbleiben einer großen Zahl un- oder unterbeschäftigter Erwerbsfähiger im Lande entstanden wären (Baganha 1994, 970).

Zwar trug die Abwanderung zur schnelleren demografischen Alterung bei, aber zugleich waren die heimatverbundenen und damit immer wieder in den Sommerferien zurückkehrenden Auswanderer eine Innovationsquelle für die ländlichen Gebiete, in ökonomischer wie in sozialer und kultureller Hinsicht. So hatte die Auswanderung für Portugal, insgesamt betrachtet, einen durchaus ambivalenten Charakter: einerseits Entzug von Humankapital, aber andererseits Zugang für Modernität und Erneuerung (Martins 2003).

Im Norden und im Inland Portugals bedeuten die Überweisungen der Auslandsportugiesen bis heute einen wichtigen Beitrag zur sozialen Sicherung gegen die Lebensrisiken. Gerade für die Regionen des Inlandes spielen der Finanzzufluss und die Investitionen der Ausgewanderten eine kaum überschätzbare Rolle als Wirtschaftsfaktor (Martins 2003, 30). Die Einführung des Euro hat diese wichtige Finanzquelle für benachteiligte Regionen in Portugal weniger stark fließen lassen. Denn vor der Währungsunion war es häufig finanziell attraktiv, Geld ins Heimatland zu überweisen und von den günstigen Wechselkursen und der Entwertung des Escudo zu profitieren. Heute fällt dieser Vorteil weg; und es lässt sich zeigen, dass seit zwei Jahren die Überweisungen leicht gesunken sind (Expertenauskunft).

Typisch für die portugiesische Gemeinschaft im Ausland ist ein hohes Maß an dauernder Heimatverbundenheit. Bereits in den 1980-er Jahren zählte man 125 portugiesische Vereine in Deutschland. Bei diesen Wanderungen spielten Emigrationsnetzwerke immer eine wichtige Rolle, d.h. die Abwanderung zielte auf Orte, an denen schon Verwandte oder Bekannte lebten. Dadurch bildeten sich im Ausland Zentren mit jeweils spezifischem geographischen Ursprung (Garcia 2000, 16-52). Man kann diese als Diaspora bezeichnen, womit ein spezifischer sozialer Prozess gemeint ist, der den dauerhaften Austausch zwischen Zielland und Heimatland sicher stellt, Auswanderung und Rückwanderung erleichtert. Seine Elemente sind Erziehung, Schule (muttersprachlicher Unterricht), Hilfe beim Finden von Arbeit, Vereinswesen, politische Mitwirkung, soziale Gemeinschaft und Endogamie. Eine funktionierende Diaspora schafft ökonomische Verflechtung und Internationalisierung für das Heimatland. Durch die modernen Transport- und Kommunikationsmittel werden solche dauerhaft gelin-

genden Austauschbeziehungen erheblich erleichtert (Ramos 2003b, 65f.). Ca. 5 Millionen Portugiesen leben heute im Ausland, also praktisch ein Drittel aller Portugiesen, aber die Auslandsportugiesen bewahren sehr häufig ihre Identität, weil sie in Netzwerken abwandern und eine Diaspora bilden. Nur dadurch bleiben auch Rückwanderung, Überweisungen und Investitionen in die Heimatregion in Gang.

Die portugiesische Politik der Stärkung des Nationalbewusstseins (der „portugalidade“) der Auslandsportugiesen besitzt insofern auch eine ökonomische Bedeutung. Eine vollständige Assimilierung ans neue Heimatland würde das Ende der Überweisungen und Investitionen bedeuten. Ein Fortbestehen aktiver Netzwerke hingegen schafft dem Land günstige Ausgangsbedingungen für die Globalisierung. Die Kinder der Auswanderer sind durch ihre Mobilität und Multikulturalität dazu prädestiniert, von der Globalisierung zu profitieren. Binationale, bilinguale und bikulturelle Portugiesen und Ausländer portugiesischen Ursprungs sind ein linguistisches, kulturelles und professionelles Potential für die weltweite Verflechtung der portugiesischen Ökonomie (Ramos 2003b, 68f.).

Die Rezession in vielen Ländern Europas und das wirtschaftliche Wachstum in Portugal haben inzwischen dazu geführt, dass vermehrt Abkömmlinge von Emigranten in ihre Heimat zurückwandern und dort wieder ansässig werden. Dies führt sichtbar zur Belebung der Herkunftsregion, etwa im Bereich der Bauwirtschaft und der Konsumgüter, sowie zur finanziellen Stabilisierung durch Zuführung von Sparguthaben. Die konkreten Auswirkungen dieser Rückwanderung sind noch wenig erforscht (Ramos 2003b, 74-75).

Das quantitative Ausmaß der Rückwanderung von Portugiesen betrug in den 1980-er Jahren ca. 24.000 Menschen pro Jahr, in den 1990-er Jahren ca. 22.000 Menschen pro Jahr. (Ramos 2003b, 72). Vier empirische Studien über Rückwanderung, eine im nationalen Maßstab und drei über nordportugiesische Regionen, können für die hier gestellte Frage, in welcher Form Rückwanderung in zuvor verlassene Gebiete zu einem Wirtschafts- und Entwicklungsfaktor werden kann, Beiträge leisten. Im Vordergrund steht dabei die Frage, ob die Rückwanderer neben ihren unbezweifelbaren finanziellen Beiträgen für die Heimatregion auch als Innovationskraft für die lokale wirtschaftliche Entwicklung gelten, wie oftmals (Maia 2002) behauptet wird.

Die ausführlichste, ganz Portugal umfassende Studie ist auch die älteste und erste zu diesem Thema: Bereits 1984 untersuchte ein Team des Instituts für Entwicklungsstudien in Lissabon, gefördert durch die Volkswagen-Stiftung, die Folgen der Ab- und Rückwanderung für die portugiesische Regionalentwicklung (Silva u.a. 1984). Sie analysiert die quantitative Dimension der Rückwanderung, aber durch viele Interviews auch die Wege der Wiederintegration und die Folgen für die Regionalentwicklung und legte damit den Grundstein für die Entwicklung einer aktiven Politik zur Förderung der Rückwanderung. Auch die Rückwanderung

in den Jahren zwischen 1960 und 1980 fand bevorzugt in Richtung auf die Küstenregionen statt, zum Teil auch in die Region Centro. Die Rückwanderer waren zumeist im Alter zwischen 30 und 50 Jahren und waren durchschnittlich nicht länger als 15 Jahre im Ausland. Dabei kamen überdurchschnittlich viele unverheiratete Menschen zurück, denn Emigranten mit Familie hatten häufig schon feste Bindungen an die neue Heimat. Durch die Periode im Ausland war in der Regel keine Erhöhung der Qualifikation erfolgt: Auswanderer mit niedrigem Ausbildungsstand wurden zu Rückwanderern mit ebenso niedrigem Ausbildungsstand, vermehrt allenfalls um fragmentarische Kenntnisse der Fremdsprache des Gastlandes. Während ihrer Abwesenheit stabilisierten regelmäßige Besuche, Geldüberweisungen, Emigrantenvereine mit Abonnements der heimischen Tageszeitungen sowie typische kulinarische Produkte wie Wein die Verbindung zur Heimat. 90% der Abwanderer kehrten in ihre Heimatregion zurück, 96% der Über-60-Jährigen, aber auch 85% der 21-30-Jährigen. Die Studie erbrachte das überraschende Ergebnis, dass die Rückwanderer häufig im selben Sektor wieder tätig wurden, in dem sie vor ihrer Auswanderung arbeiteten (zumeist die Landwirtschaft) und nur selten die Arbeitserfahrungen im Ausland nutzten. Damit trugen sie auch nicht zur Sekundärisierung oder Tertiärisierung des Arbeitsmarktes in ihren Heimatregionen bei. Einige eröffneten allerdings ein Restaurant oder einen Laden. Ein signifikanter Zuwachs an produktionsorientierter Innovation kam dadurch nicht in die Regionen, wohl aber ein neuer Lebens- und Konsumstil. Das ersparte Geld wurde zu 79% in den Bau oder Kauf eines Hauses investiert, zu 34% in die Landwirtschaft, zu 4% in Gewerbebetriebe, zu 8% in ein Geschäft und zu 6% in ein Restaurant oder Hotel. Diese Tendenz der Rückwanderer, in traditionelle Beschäftigungsfelder (Landwirtschaft, Bau, kleine Läden und Restaurants/Bars) zurückzukehen, wird für die regionale Entwicklung als kritisch bewertet und auf einen nur gering ausgeprägten Unternehmergeist zurückgeführt. Die Studie hat auch schon das bürgerschaftliche Engagement der Rückwanderer bewertet, etwa in Vereinen oder Gewerkschaften. Es war zumeist überdurchschnittlich hoch im Vergleich zu den daheim Gebliebenen, insbesondere bei den aus Deutschland zurück Wandernden.

Der regionalen Perspektive von Auswanderung wird in der genannten Studie ein eigenes Kapitel gewidmet (Silva u.a. 1984, 165-234). Dabei wird deutlich, dass ein rationales Abwägen von Push- und Pull-Faktoren vor allem ökonomischer Art nur einen Teil der Auswanderung erklärt. Eine wichtige Rolle spielt daneben die Information, welche die Ausgewanderten bewusst oder unbewusst bei ihren Besuchen an die (noch) daheim Gebliebenen weitergeben. Berichte, aber vor allem Symbole wie das überwiesene Geld, das neue Auto, das renovierte Haus vermitteln die Botschaft, dass es sich lohnt, fortzugehen. Die Rückkehrentscheidung ist ebenfalls keine Folge rationaler Abwägung. Am wichtigsten dafür sind das Heimweh, der Grundbesitz und der Wunsch, dass die Kinder in Portugal zur Schule gehen, während die etwaige Verbesserung der ökonomischen Situation in der Heimatregion praktisch

keine Rolle spielt: „Ich kam wieder, weil es das Land ist, wo ich geboren bin, woanders lebt es sich schlecht.“ (Silva u.a.1984, 187). Die Folgen der Abwanderung für die ländlichen Regionen werden in dem Bericht weniger positiv gesehen als in anderen Untersuchungen. Während im Allgemeinen auf die Vorteile des Abflusses an überzähligen Arbeitskräften verwiesen wird, zeigt der Bericht, dass das Fehlen von Arbeitskräften insgesamt zu einem niedrigeren Niveau der landwirtschaftlichen Produktion sowohl hinsichtlich der Qualität wie der Quantität und dauerhaft zu einer Verschlechterung der Böden führt. Die Auslandsüberweisungen erhöhten die Verfügbarkeit von Geld, und die Rückkehr der Auswanderer in den Ferien bot ein Beispiel neuer Konsummuster, deren Symbole Auto, Fernsehen und elektrische Hausgeräte waren. Dadurch erhielten auch abgelegene Regionen einen konsumbezogenen Anstrich von Modernität, die Angehörigen der Auswanderer lebten von den Überweisungen und gaben den durch harte landwirtschaftliche Arbeit geprägten Lebensstil auf. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Rückwanderer keine Akteure für produktive Investitionen oder Unternehmensgründungen waren, aber doch Akteure der Veränderung.

Eine Folge der Auswanderung war, dass die Regionen außerordentlich abhängig von Überweisungen und Importen wurden, sei es aus dem Ausland, sei es aus der Großregion Lissabon. Die Inflation wurde durch den Geldzufluss aus dem Ausland angeheizt. In den ländlichen Gebieten verteuerte sich der Grundpreis, und „auf Vorrat“ erworbene Grundstücke fielen brach. Da die Vermögen der Auswanderer häufig den Banken anvertraut waren und nicht innerhalb der Heimatregion investiert wurden, stellten die Kreditinstitute diese Liquidität der allgemeinen Nachfrage zur Verfügung, so dass dieses Kapital häufig den entwickelteren Regionen des Landes in Form von dort gewährten Krediten zu Gute kam. Da auch auf nationalem Level die Auslandsüberweisungen das Handelsdefizit verminderten und weitere Importe ermöglichten, wurde der Ausbau eines eigenen sekundären Sektors sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene eher behindert. Insgesamt ist das Ergebnis der Untersuchung hinsichtlich der Folgen der Rückwanderung für die regionale Entwicklung also sehr ambivalent: Zwar ergeben sich für die Regionen potentielle Vorteile durch die Rückwanderung, die jedoch – auch mangels geeigneter Politiken – vielfach ungenutzt bleiben (Silva u.a. 1984, 201-205).

Die Studie differenzierte ihre Ergebnisse nur grob nach Regionen. Dabei wurde deutlich, dass im Norden Portugals der Erwerb eines Hauses die weit überwiegende Form der Investition des im Ausland Ersparten bedeutete, 83% der Rückkehrer hatten ihr Geld bereits so investiert, weitere 7% planten es (Silva u.a. 1984, 214).

Die erste der hier vorgestellten regionalen Studien zu den Folgen von Rückwanderung unter suchte das Alto Minho, eine ländlich geprägte traditionelle Abwanderungsregion in Nordportugal, seit dem Zeitalter der Eroberungen und bis heute. Die Überweisungen der Auslandsportugiesen haben immer eine wichtige Stärkung der lokalen Ökonomie vor allem im Bereich

des Konsums dargestellt. Auf der anderen Seite hat die jahrhunderte lange Abwanderung zu einer schnelleren Alterung der Gesellschaft und zu einer stagnierenden wirtschaftlich-sozialen Entwicklung geführt. Erst durch die EU-Regionalpolitik hat die wirtschaftliche Entwicklung der Region wieder Fahrt aufgenommen. Offenbar spielen dabei der Ersparnisse zurückkehrender Migranten eine Rolle. Die Studie zielte darauf ab, die Rückwanderer sozioökonomisch zu beschreiben, die Hauptschwierigkeiten bei der Reintegration zu analysieren und die Bedeutung der Rückwanderung für Innovation, Investition und Schaffung von Arbeitsplätzen zu ermessen.

Ein Team des Zentrums für Geographie und Regionalplanung der Universität Portugal (Maria de Nazaré Oliveria Roca und Fernando Martins) hat für den Landkreis Ponte de Lima in der Region Alto Minho die Abwanderung und den Beitrag der Rückkehrer für die regionale Entwicklung untersucht (Roca/Martins 1999). Der Regierungsbezirk Alto Minho bildet den nördlichsten Teil der Region Nordportugal und grenzt westlich an den Atlantik, nördlich und östlich an Spanien. Die Studie untersucht mittels Interviews mit Rückwanderern und teilnehmender Beobachtung in Ponte de Lima, wie dieser Gruppe die Integration gelingt und ob sie als Innovationsträger wirken. Deutlich wurde dabei, dass die Rückwanderer fast zur Hälfte im regionalen Zentralort Vila de Ponte de Lima ausüben, aber außerhalb der Stadt wohnen. Die meisten von ihnen (77,5%) sind Männer, waren im Alter von 15-24 Jahren ausgewandert (86,1%) und kehrten nach 10-19 Jahren im Ausland zurück, d.h. im Alter zwischen 45 und 54 Jahren. Sie sind praktisch alle verheiratet und haben zwischen einem und zwei Kindern. Rund die Hälfte der Rückwanderer betreibt ein Einzelhandelsgeschäft, manchmal verbunden mit landwirtschaftlicher oder anderer selbständiger Tätigkeit. Nur ein Viertel knüpfte dabei an die im Ausland ausgeübte Tätigkeit ein (vor allem Brasilien-Wanderer, die anschließend ein Restaurant eröffneten). Die Ersparnisse bildeten dabei die Grundlage für die Selbständigkeit. Am häufigsten wurden familiäre Gründe für die Rückwanderung benannt, entsprechend hatten die meisten Rückwanderer auch keine klare Geschäftsstrategie für ihre Existenzgründung, sondern griffen sich zufällig bietende Gelegenheiten auf. Häufig spielte dabei Grundbesitz eine Rolle, vor allem aber wurden die ausländischen Ersparnisse investiert, v.a. durch Kauf von Grundstücken oder Bau eines Hauses, sehr viel seltener im Bereich des produzierenden Sektors. Die am häufigsten genannten Probleme der Rückwanderer waren bürokratische Hürden und mangelnde Information über die wirtschaftlichen Möglichkeiten am Zielort, was zum Teil dazu führte, dass der ursprüngliche Plan, an die im Ausland gewonnenen Qualifikationen anzuknüpfen, fallen gelassen wurde. Die Autoren der Studie schlussfolgern daher, dass Rückwanderungsagenturen dringend erforderlich sind, welche den Rückwanderern dabei helfen, eine Strategie für die Unternehmensgründung zu entwickeln, und ihnen Zugang zu den dafür nötigen Informationen und Kontakten zu ermöglichen (Roca/Martins 1999).

Eine andere Studie (Portela/Nobre 2002) untersuchte die Migrationsbeziehungen zwischen Frankreich und der Region Trás-os-Montes im Nordosten des Landes. Hierbei ging es um die Motive der Rückwanderer (alle im Alter von 55 oder mehr Jahren), ihre Aktivitäten nach der Rückwanderung und ihre soziale Rolle. Dazu wurden vier Dörfer ausgesucht, dort offene Interviews mit insgesamt ca. 50 Personen geführt und die biographische Kette von Abwanderungsentschluss, Integration ins Zielland und Rückwanderung nachverfolgt. Im hinsichtlich der Rückwanderung untersuchten Dorf Pinela gab es um 1990 136 Häuser, von denen 45 „geschlossen“ waren, d.h. ausgewanderten Familien gehörten. Bei den Interviews wurde vor allem die durch Abwanderung ausgelöste Isolation deutlich: Viele der alten Leute hatten keine Kinder am Ort und waren für jede Besorgung außerhalb des abgelegenen Ortes auf den Schulbus, ein Taxi oder vielleicht Bekannte angewiesen. Einsamkeit grundiert deshalb die Interviews mit den heutigen Dorfbewohnern. Sie waren zumeist in den 1960-er Jahren (illegal) nach Frankreich emigriert, trafen dort Landsleute aus Pinela und holten später ihre Familien nach. Die Integration ins Gastland war weder sprachlich noch ökonomisch leicht. Zumeist arbeiteten auch die Ehefrauen so viel wie möglich und ließen sogar die Kinder bei den Großeltern im Dorf, um so schnell wie möglich zu sparen und zurückkehren zu können. Die fortdauernde Bindung ans Heimatdorf manifestierte sich auch in den alljährlich hier verbrachten Ferien. Das Rückkehrprojekt wurde oft aber nicht als Resultat einer rationalen Abwägung, sondern scheinbar spontan realisiert, wenn die Höhe der Ersparnisse es zuließ und persönliche Faktoren das Leben im Ausland immer unerträglicher erschienen ließen, aber auch, wenn die Kinder schulpflichtig wurden oder drohten, die Verbindung mit der Heimat zu verlieren. Die Rückkehrer hatten praktisch nur zwei Möglichkeiten, ihr Kapital zu investieren: entweder in Land oder in ein Haus. Diese Rückwanderer waren deshalb nicht wirklich „Akteure der Innovation“ und Promotoren der regionalen Entwicklung. Das lag zum einen an ihrem niedrigen schulischen Niveau und professionellen Hintergrund, aber auch daran, dass zu dieser Zeit keine systematische Politik für Rückwanderer vorhanden war, die ihnen bei der Reintegration hätte helfen können. Dazu kommt: Emigranten sind Sparer, aber keine Investoren (R. Amaro 1985, zit. nach Portela/Nobre 2002, 1132), da sie das Risiko scheuen. In Pinela waren praktisch alle Heimkehrer wieder in der Landwirtschaft tätig, nun aber als Eigentümer und nicht mehr als Landarbeiter, und sie übernahmen zumeist wieder dieselbe traditionelle Lebensweise wie vor der Abwanderung. So waren bei den Paaren häufig auch die Männern eher für die Rückkehr, während die Frauen das Weiterleben im städtischen Umfeld des Gastlandes vorgezogen hätten. Erwachsene Kinder blieben meist im Abwanderungsland oder wanderten selbst nach dem Schulabschluss wieder nach Frankreich zurück.

Die umfangreichste Studie dieser Art wurde von der Region Centro (Mittelportugal) zusammen mit zwei englischen Hochschulen Anfang der 1980-er Jahre durchgeführt. Auch hier war die Abwanderungswelle in den 1960-er Jahren am stärksten, und ab 1974 begann die

Rückwanderung, sowohl wegen der Wirtschaftskrise in den Gastländern als auch wegen des politischen Umschwungs im Heimatland. Auch für die Region Centro konnte gezeigt werden, dass der größte Teil der Rückwanderer, die nicht wieder in der Landwirtschaft tätig wurden, stattdessen ein Geschäft aufmachten und nur ein kleiner Teil einen Gewerbebetrieb eröffnete. Dass die Investitionen der Rückwanderer auf diese Weise nicht produktiv, sondern eher investiv waren und nur selten zur Schaffung von Arbeitsplätzen über den engsten Familienkreis hinaus führte, erschien zum Zeitpunkt der Studie besorgniserregend. Die innovative Wirkung der Rückwanderung ließ sich eher am veränderten Konsum festmachen, kaum an innovativen Unternehmensgründungen (Desenvolvimento Regional 1984).

Als Schlussfolgerung sei festgehalten, dass diese portugiesische Emigration der 1960-er Jahre durch das Aufrechterhalten eines starken Bandes in die Heimat gekennzeichnet war und häufig zur Rückwanderung führte, ohne dass diese Rückwanderung der Heimatregion starke Impulse gegeben hätte, weder ökonomisch noch demographisch. Im Expertengespräch mit der Commissão de Coordinação da Região Norte wurde bestätigt, dass Wegziehen und Wiederkommen, also eine periodische Wanderung, z.B. für die Ernte, in der Region eine lange Tradition hat. Auch damit hängt zusammen, dass Auswanderer meist ihr Haus oder Grundstück behalten. Dies gelte auch für junge Leute. Die Auslandsüberweisungen werden häufig direkt an die Bank im Heimatort getätigt, und um dies zu fördern, haben die Banken auch in ländlichen Regionen in ein gut ausgebautes Filialnetz investiert. Das so angelegte Geld werde dann zumeist in Häuser investiert, die – sofern keine dauerhafte Rückwanderung stattfindet – als Ferienhäuser genutzt werden. Bankkonto in ihrem Heimatort und investieren das Geld anschließend in der Region, am meisten in ein Haus, das sie dann als Ferienhaus nutzen. Rückwanderer eröffnen aber auch überdurchschnittlich oft (kleine) Geschäfte und profitieren dabei von den Erfahrungen, Ideen, der Motivation und dem angesammelten Kapital. Allerdings geht der Einfluss der Rückwanderung und die Bautätigkeit der Emigranten auf die regionale Entwicklung zurück. Das Zurückkehren scheint für die jetzige Emigrantengeneration eine geringere Rolle zu spielen, und bei der Binnenmigration in die Wachstumszentren Porto oder Lissabon fällt der Faktor der Rückkehrwilligkeit ganz weg. Der Ausfall an Investitionen durch den Verlust der dauernden Rückkehrperspektive wird nur teilweise durch den erhöhten Konsum der Auslandsportugiesen bei ihren Ferienaufenthalten und ihre Investitionen in Ferienhäuser ausgeglichen. Heute (2004) findet Rückwanderung, wenn überhaupt, meist erst im Rentenalter statt. Viel häufiger ist die temporäre Rückwanderung, weil die Familienbande im Ausland bestehen. Doch fast alle Emigranten haben nach wie vor ein Haus in Portugal. Anders als die vorherige Generation, die häufig noch den Wunsch hatte, in bäuerlicher Tradition wirklich Land zu kaufen und zu bearbeiten, geht es den heutigen Auslandsportugiesen um Häuser. Diese (geschlossenen) Häuser stehen überall auf dem Land den größten Teil des Jahres leer.

Gelegentlich wird dieses Wohneigentum jedoch auch Anlass zur Rückwanderung. Z. B. kommt es häufig vor, dass die Nachkommen von z.B. nach Frankreich emigrierten Portugiesen im Gastland arbeitslos werden und deshalb nach Portugal zurück kommen und die Häuser ihrer Eltern auf dem Lande wieder bewohnen und bei einer späteren Erwerbsmöglichkeit wieder ins Ausland gehen. Dieses neue Muster kann man als zirkuläre Wanderung im weltweiten Maßstab bezeichnen (Prof. Ramos).

F 5.4 Maßnahmen zur Stabilisierung der Bevölkerung

Familienpolitische Maßnahmen

Familienpolitik spielte lange in Portugal keine Rolle als Maßnahme zur Hebung des Geburtenniveaus. Bis zur Revolution war Portugal eines der demographisch dynamischsten Länder Europas mit jährlichen hohen Geburtenüberschüssen. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung war ein von den Vereinten Nationen unterstütztes Programm zur Information über Familienplanung, das von 1978 bis 1981 durchgeführt wurde. Verantwortliche Familienplanung wird selbst seitens der katholischen Kirche befürwortet und als Maßnahme des Gesundheitsschutzes für Mutter und Kind angesehen (Dienel 1993, 332). Schon seit 1950 wird in Portugal Kindergeld gewährt, allerdings vergleichsweise niedrige Beträge, auch werden Belastungen durch Kinder seit 1989 steuerlich berücksichtigt. Die Mitte-Links-Regierungen seit der Nelkenrevolution betonten vor allem die sozialpolitische Seite von Familienpolitik und die Aufgaben des Staates zur Förderung von Emanzipation und Geschlechtergleichstellung. Seit dem Regierungswechsel 2001 kann man von einer pronatalistischen Tendenzwende sprechen: Eine klare „Pro-Life“-Politik wendet sich gegen die freie Wahl der Verhütungsmittel einschließlich der Abtreibung; Familienwerte werden stärker betont als der Bedarf von Familien an sozialer Unterstützung. Stärker als bisher werden die Familie selbst, der Sektor der Freiwilligenarbeit oder Public-Private-Partnerships sozialpolitisch in die Verantwortung genommen. Explizit wird von einer „Familiarisierung“ der sozialen Antworten gesprochen, die einer zunehmenden Individualisierung sozialer Rechte entgegen gestellt werden müsse. Um Familienbelange als Mainstream in der gesamten Sozialpolitik zu berücksichtigen, wurde ein interministerieller Familienkoordinationsausschuss gegründet und die Erhöhung der Geburtenrate als Ziel im Regierungsprogramm festgeschrieben.

Portugal gehört zu den Wohlfahrtsstaaten mediterraner Prägung, in denen die Systeme sozialer Sicherung mit einer gegenüber dem europäischen Durchschnitt deutlichen Verspätung eingeführt wurden und bis heute Lücken aufweisen, d.h. marktliberale Reformen treffen auf einen noch nicht voll entwickelten Wohlfahrtsstaat. Dies gilt auch für den Bereich der Familienpolitik. Nach der Revolution von 1974 wurden die Systeme sozialer Sicherung eingeführt, aber schon ab 1982 musste dieser Ausbau aufgrund finanzieller Engpässe verlangsamt werden. Der Ausbau des Wohlfahrtsstaats fiel, anders als in Deutschland, in eine Phase wirt-

schaftlicher Rezession, und erreichte deshalb nie ein hohes Niveau. Zwar waren 1990 rund 87% der Bevölkerung durch das System sozialer Sicherung erfasst, aber das Sicherungsniveau ist vor allem für marginalisierte Bevölkerungsgruppen (Arbeitslose, Rentner) sehr niedrig. Klientel-zentrierte staatliche Praktiken und die zentrale Rolle privater Solidaritätsnetze, insbesondere der Familie, sind dafür kennzeichnend. Portugal wird deshalb in der Forschung als ein „Halb-Wohlfahrtsstaat“ bezeichnet, in dem der Wohlfahrtsstaat schwach, aber die „Wohlfahrtsgesellschaft“ relativ stark ist: geringen staatlichen Transfers stehen relativ starke verwandtschaftliche, nachbarschaftliche und nichtstaatliche Solidaritätsnetze gegenüber. Ohne je das Niveau mitteleuropäischer Wohlfahrtsstaaten erreicht zu haben, vollzieht Portugal die Sozialstaatsreformen nach, d.h. die Privatisierung von Sozialdienstleistungen, die Wendung zur Ehrenamtlichkeit und zur „Eigenverantwortung“ der Individuen. Dies gilt auch für den Bereich der Kinderbetreuung und der Versorgung von Älteren und führt zu einer strukturellen Überforderung von Frauen und Familien und zu Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Konzepten der Gleichheit und der Bürgerrechte sowie bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und das in einem Moment, in dem auch die Familie in Portugal ihre traditionelle Stabilität zu verlieren beginnt (Hespanha/Portugal 2003, 17-20). In dem Maße, wie die sozialstaatlichen Systeme Europas in eine Krise geraten, werden jedoch diese vorhandenen traditionellen Solidaritätsnetze als potentielle Stärke wahrgenommen. Oft sehen sich die Familien in Portugal jedoch nicht in der Lage, die durch den Rückzug des ohnehin unterentwickelten Wohlfahrtsstaats entstehenden Lücken aus eigener Kraft zu schließen.

Die portugiesische Familienpolitik existierte bis zur Revolution von 1974 nur in Ansätzen. Öffentliche Kinderbetreuung – abgesehen von einigen privaten Einrichtungen – existierte praktisch nicht, abgesehen von der mit sieben Jahren beginnenden Schulpflicht. Die Verfassung von 1976 sah zwar ein Netzwerk zur Unterstützung von Mutter und Kind vor, aber andere Bereiche der öffentlichen Bildung, z.B. die Sicherstellung einer Grundschulbildung für alle, hatten zunächst Priorität. So gab es am Ende der 1980-er Jahre lediglich für 31% der Kinder zwischen drei und fünf Jahren Plätze in Kinderbetreuungseinrichtungen, ein im europäischen Vergleich sehr niedriger Prozentsatz. Mitte der 1990-er Jahre waren es schon 55% und 1999 65% Abdeckungsrate für Kinder dieser Altersgruppe, d.h. ein langsamer, aber stetiger Ausbau der Kinderbetreuungsangebote ist zu verzeichnen. Für Kinder unter drei Jahren gibt es jedoch hauptsächlich Plätze von privaten bzw. privat-gemeinnützigen Anbietern, und die meisten Kinder dieser Altersgruppe werden durch nichtöffentliche Arrangements (Großeltern, Nachbarn, Kindermädchen) betreut, am häufigsten durch die Großmütter mütterlicherseits (Wall 2002, 1-3). So hat sich über die letzten 15 Jahre in Portugal die Kinderbetreuung von einem rein mütterzentrierten zu einem gemischten Modell entwickelt, bei dem öffentliche und private Betreuungsangebote eine Rolle spielen. Die Regelungen der EU-Elternurlaubsrichtlinie sind in Portugal in Kraft, wobei aber nur die Mutterschutz-Zeit bezahlt

ist, nicht aber der Erziehungs-/Elternurlaub. Die monetären Leistungen der portugiesischen Familienpolitik sind relativ umfassend (es gibt Kindergeld, Geburtsbeihilfe, Stillbeihilfe, Mutterschutzleistungen und Beihilfen für behinderte Kinder), aber auf relativ niedrigem Niveau (Torres u.a. 1999, Wall 1995).

Tab F5.1: Betreuungsformen für Kinder erwerbstätiger Eltern in Portugal

Wichtigste Betreuungsform für Kinder erwerbstätiger Eltern – nationale Befragung Portugal 1999 und Großraum Lissabon 1997, in Prozent (Torres 2002a, Übersetzung C.D.)								
Altersgruppe	0-2 Jahre		3-5 Jahre		6-10 Jahre		0-10 Jahre	
Betreuungslösung	Portugal 1999	Lissabon 1997	Portugal 1999	Lissabon 1997	Portugal 1999	Lissabon 1997	Portugal 1999	Lissabon 1997
Mutter	30	18	24	6	24	19	26	17
Großeltern	28	16	26	15	24	19	26	19
Krippe, Kindergarten, Hort	22	33	38	68	35	43	33	45
Kindermädchen	9	29	4	8	3	1	4	14
bleibt allein	1	-	-	-	3	8	2	1
andere außerfam. Betreuung	-	2	-	-	-	4	-	1
andere Betreuung durch Verwandte	11	2	8	3	10	6	10	5
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100

Rund 16,3% der Familien liegen – nach einer nationalen Armutsstudie von 1995 – unter der Armutsschwelle, 4,7% leben in extremer Armut. Demgegenüber erhalten nur 3-4% der Bevölkerung das garantierte Mindesteinkommen (Sozialhilfe). Allerdings kommt die EU-Statistik (Europäische Kommission 2003) zu einem anderen Bild: Laut der Eurostat-ECHP-Studie 1996 ist die Armutsrate ingesamt in Portugal mit 22% der Bevölkerung die höchste in der EU, aber für Kinder liegt sie mit 16% deutlich unter dem EU-Durchschnitt. An diesen Zahlen lässt sich deutlich erkennen, dass in Portugal die „alte Armut“, also Armut der Alten und der marginalisierten Bevölkerungsgruppen, die größte Rolle spielt, während durch Arbeitslosigkeit ausgelöste „neue Armut“ von Familien eher seltener ist.

Vor dem Hintergrund eines insgesamt nicht sehr dicht gewebten Netzes sozialer Leistungen spielen die Ausgaben für Familien und Kinder eine relativ große Rolle. Portugal gab 1998 23% seines BIP (EU-Durchschnitt: 28%) für den Sozialschutz aus, wobei die Ausgaben pro Kopf von 1990 bis 1998 erheblich anstiegen. Von diesen Ausgaben wurden 13% für den Bereich Familie/Kinder verwendet, deutlich mehr als im EU-Durchschnitt (8%) oder in Deutschland (10%). (Europäische Kommission 2003). Die familienpolitischen Leistungen werden seit 2001 zunehmend auf kinderreiche Familien mit niedrigem Einkommen beschränkt.

In der Region Nordportugal stehen nur für 18,4% der Kinder unter fünf Jahren Plätze in Kindergärten oder Krippen zur Verfügung (Hespanha/Portugal 2003, 68). In einer Befragung von

Experten zur Lage der Familie in Nordportugal gaben diese an, dass in rund 40% der Fälle Kinderbetreuung durch die Familie geleistet wird, in 60% der Fälle werden öffentliche Angebote wahrgenommen. In fast 40% der Fälle spielen auch Nachbarschaftshilfe und andere Netzwerke eine große Rolle (Hespanha/Portugal 2003, 89-94). Eine empirische Untersuchung von Familien in Portugal kam zu dem Ergebnis, dass dennoch öffentliche Kinderbetreuung gerade für berufstätige Mütter immer wichtiger wird.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die portugiesische Familienpolitik sich seit der Nelkenrevolution konsequent von einer Beeinflussung des Geburtenverhaltens abgewandt hat und erst in jüngster Zeit wieder entgegengesetzte Tendenzen zu beobachten sind. Ob das rasche Sinken der Geburtenraten die unvermeidliche soziale Kohäsion im Rahmen der EU spiegelt oder als „Gebärstreik" portugiesischer Frauen angesichts steigender Anforderungen an Betreuungsleistungen in einem unvollständigen und sich bereits wieder zurückziehenden Wohlfahrtsstaat gedeutet werden kann, wird im Rahmen dieser Studie nicht zu beantworten sein.

Direkte Maßnahmen zur Beeinflussung des Wanderungsverhaltens

Alle Experteninterviews zeigten, dass die Bevölkerungs- und Wanderungsdynamik in Portugal sich als schwer zu beeinflussender Prozess erweist. Regionale Disparitäten und entsprechende Wanderungsbewegungen existieren in Portugal seit Jahrhunderten: Die dünn besiedelten Gebiete wiesen stets ein niedrigeres Wachstum und eine ungünstigere Wirtschaftslage auf als die dichter besiedelten, und diese Grundtatsache der portugiesischen Sozialgeographie zeigte sich gegen Versuche politischer Steuerung relativ resistent. Man kann geradezu sagen, dass der wichtigste Faktor zum Ausgleich der regionalen Disparitäten die Abwanderung und vor allem die Auswanderung und Arbeitsaufnahme im Ausland ist. Zwar berücksichtigt die EU-Regionalpolitik die vorhandenen Disparitäten durch unterschiedliche Pro-Kopf-Höhe der Förderung, aber in der Formulierung der portugiesischen Regionalpolitik werden Bevölkerungsfragen bzw. Strategien zur Beeinflussung des Migrationsverhaltens nicht explizit benannt. Trotz beträchtlicher Investitionen in die dörfliche Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten (Wasser, Strom, Abwasser) verlassen die jungen Menschen das Land und wollen auf keinen Fall mehr den Beruf des Landwirts ergreifen. Dies ist auch eine direkte Folge der EU-Agrarpolitik. Im Gegensatz zur hergebrachten Subsistenzwirtschaft mit Getreide, Vieh und Gemüse werden jetzt vornehmlich rentable Kulturen angebaut, die keine dauernde Präsenz mehr erfordern, z.B. Wein, Olivenöl oder Früchte. Die Landbesitzer wohnen dann in der Stadt und sind nur noch zur Erntezeit im Interior präsent.

Die Entvölkerung der ländlichen Gebiete gilt als nationales Desaster, als großes, im Hintergrund immer präsentes, aber letztlich politisch nicht lösbares Problem. Gerade alte Menschen, welche ihre Dörfer vor der großen Abwanderung noch kannten, erleben Gefühle der

Trauer und Hilflosigkeit. Die Problematik der entvölkerten Dörfer ist im kollektiven Bewusstsein jedoch sehr präsent. So wurde lange Zeit mit großem Erfolg eine portugiesische Trickfilmserie gezeigt, in der es um ein Dorf im Interior geht, in dem nur noch ein einziges Kind lebt. Schulen in den Dörfern werden als symbolischer Wert wahrgenommen. An nicht wenigen Schulen wird nur noch ein einziges oder werden sehr wenige Kinder unterrichtet. Zehn Kinder in einer Schule gelten bereits als eine durchaus akzeptable Größe. Alle Initiativen der Regierung, aus Kostengründen die Zwergschulen zu schließen, wurden bisher durch starke Mobilisierung der Bevölkerung verhindert. Eine im Jahr 2003 begonnene neue Initiative sieht vor, dass in einem ersten Schritt alle Schulen mit weniger als fünf Kindern, in einem zweiten Schritt dann alle Schulen mit weniger als zehn Kindern geschlossen werden sollen. Damit hat die Zentralregierung jedoch immer die lokalen Amtsträger gegen sich, denn die Bürgermeister wissen, dass die Schließung der Schule das Signal für die Familien zum Wegzug ist.

Das Ergebnis der bereits dargestellten großen Rückwanderungsstudie von 1984 (Silva u.a. 1984) war die Empfehlung, gezielte Maßnahmen zu ergreifen, damit die erwartbare Rückwanderung der Emigranten einen Beitrag für die regionale Entwicklung leisten könne. Vorgeschlagen wurden:

- Beratung der Rückwanderer hinsichtlich einer Unternehmensgründung, v.a. im produktiven Sektor
- Beratung hinsichtlich möglicher Investitionen zur Modernisierung der Agrarproduktion

Das Potential der mobilen Bevölkerungsteile für die nationale wirtschaftliche Entwicklung wird in Portugal inzwischen auch systematisch gefördert. So wird beispielsweise für die portugiesischen Emigranten und ihre Kinder an den staatlichen Unversitäten ein Kontingent an Plätzen freigehalten und der Numerus Clausus für sie erniedrigt. Das Programm des IEFP (Instituto do Emprego e Formação Profissional, staatliche Ausbildungs- und Beschäftigungsträger) „Estagiar em Portugal“ (Gesetzliche Grundlage: Portaria n.° 567/2000, de 7/8) bietet Emigranten die Möglichkeit eines Praktikums in der alten Heimat. Es richtet sich an junge Portugiesen und junge Menschen portugiesischer Herkunft, aber anderer Staatsangehörigkeit, die zwischen 18 und 30 Jahre alt sind, im Ausland wohnen, mindestens über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen und an ihrem gegenwärtigen Wohnort arbeitslos sind (Ramos 2003, 201).

Es gibt spezielle Mobilitätsstipendien für Schulzeit und Ausbildung sowie Studienstipendien und die Anerkennung von Hochschuldiplomen. Diese Maßnahmen dienen dazu, der zweiten Generation der Auswanderer einen Anreiz zu geben, nach Portugal zurückzukehren. Systematisch wird daran gearbeitet, die wertvollen Qualifikationen der Rückwanderer ins Land zu holen, auch durch Informationen über Beschäftigungs- und Investitionsmöglichkeiten (Ramos 2003b, 72f.)

Die Förderung von Städtepartnerschaften (zwischen Herkunfts- und Zielregionen) erscheint als ein Weg, um die positiven Auswirkungen von Rückwanderung zu fördern. Dadurch können dezentralisierte Kooperationsnetze und privilegierte Raumpartnerschaften entstehen, die zur Verbindung im Bereich Bildung und Wirtschaft sowie zum verstärkten persönlichen Austausch führen (Ramos 2003b, 74f.) Die enge Zusammenarbeit der lokalen Akteure, um ein investitionsfreundliches Klima für rückkehrwillige Emigranten zu schaffen, ist dabei zentral: Firmen, Hochschulen, regionale Verwaltungen und Entwicklungsgesellschaften, Nicht-Regierungsorganisationen und Verbände müssen zusammen wirken.

Im Rahmen der oben dargestellten Studien wurden wiederholt konkrete Maßnahmen empfohlen, um darüber hinaus den Zuzug ins Interior zu fördern. Z.B. könnten Familien, die in das Interior ziehen, finanzielle Beihilfen bekommen. Auch Beihilfen für junge Ehepaare, zur Einrichtung des Haushalts und bei der Geburt des ersten und weiterer Kinder wurden diskutiert. Ein wichtiger Faktor wäre auch der erleichterte Zugang zu den staatlichen Universitäten für Kinder aus dem Interior. Für diese könnte auch der Numerus Clausus gesenkt werden, um so die Bildungsnachteile in den ländlichen Gebieten auszugleichen. Der Zugang zu Grundeigentum könnte nicht nur zum Hausbau, sondern auch für die bäuerliche Bewirtschaftung erleichtert werden. Wenig von diesen Ideen, so die befragten Experten, wurde in die Praxis umgesetzt. Zuständig dafür waren die Städte und Landkreise. Darüber ist wenig bekannt.

Eine Monographie über den Kreis Alfândega da Fé (1940-1970) im Norden Portugals (Cunha e Silva 2003) zeichnet ein düsteres Bild von der Entvölkerung, der geringen Zahl an jungen Leuten und Schülern – so gebe es sogar Schulen mit nur einem Schüler - , und verweist darauf, dass auch die Passivität der Regionalpolitik zu dieser schwierigen Situation geführt habe. Maßnahmen in vier Bereichen werden in dieser durch die lokalen Akteure verfassten Studie benannt: Sicherung der Erreichbarkeit der Dörfer durch die Verbesserung der Infrastruktur, vor allem der Straßen, um Direktverbindungen in die Nachbarorte und nach Porto herzustellen; aktive Maßnahmen zur Modernisierung der Landwirtschaft; steuerliche Begünstigung der Unternehmensansiedlung, aber auch direkte Maßnahmen zur Verhinderung von Abwanderung. So wurde in diesem abgelegenen Landkreis 2002 eine Beihilfe von 1500€ für jedes Paar eingeführt, das sich dort niederließ. Diese Beihilfe wird durch den Landkreis finanziert und – dessen ist man sich bewusst – kann die grundsätzlichen Probleme nicht lösen, soll aber als Fanal gegen die Entvölkerung wirken (Cunha e Silva 2003, 184).

Förderung der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung

Der Beitritt zur EU gab Portugal auch Zugang zur EU-Regionalpolitik. Ziel der Regionalpolitik ist bekanntermaßen, die regionalen Disparitäten innerhalb der Gemeinschaft und innerhalb der Mitgliedstaaten auszugleichen. Wie gezeigt wurde, sind diese Disparitäten in Portugal

das Ergebnis einer jahrhundertelangen selektiven Abwanderung und wirtschaftichen Entwicklung. Die Ausgaben im Rahmen der EU-Regionalbeihilfen machten 1989-1993 4,98% des BIP aus, 1994-1999 5,76%, wovon 2,70% bzw. 2,86% direkt von der Union kamen und die übrigen Gelder als öffentliche oder private Kofinanzierung aufgenommen wurden.

Damit spielen die Zielsetzungen der EU-Regionalpolitik für die nationale Regionalentwicklung die absolut dominante Rolle, ja man kann geradezu behaupten, dass eine portugiesische Regionalpolitik außerhalb der EU-Regionalpolitik praktisch nicht existiert Ramos 2000, 171-173). Dadurch wurden viele Bereiche in beachtlicher Weise modernisiert, insbesondere im Bereich der Infrastrukturen und im Bildungssystem. Dennoch sind die Löhne niedriger als im europäischen Durchschnitt und der Niedriglohnsektor ist erheblich größer, so dass weiterhin ein Anreiz zur Auswanderung besteht. Die Elastizität der portugiesischen Löhne bedeutet im europäischen Maßstab einen Wettbewerbsvorteil.

Die großen Anstrengungen und Investitionen im Bereich der Infrastruktur, aber auch der öffentlichen Einrichtungen und sozialen Dienstleistungen haben dennoch den Abwanderungstrend aus dem Inland nicht stoppen können und nur einen geringen Einfluss auf die Wanderungsbewegungen gehabt. Von 1970 bis 1985 wurden die Investitionen tendenziell nach dem Gießkannenprinzip verteilt; parallel dazu begann die Konzentration der Bevölkerung auf die Mittelstädte und die Abwanderung aus den ländlichen Gebieten. Seit 1986 bis heute werden die Mittel der Regionalpolitik auf die Subzentren konzentriert. Von 36 Städten im Nordosten Portugals werden lediglich vier als regionale Zentren stärker gefördert, davon drei in einem Verbund, die ein Wachstumszentrum bilden sollen.

F 5.5 Schlussfolgerungen für Sachsen-Anhalt

Portugal scheint auf den ersten Blick ein Land zu sein, das in vieler Hinsicht mit Sachsen-Anhalt unvergleichbar ist: Die Abwanderung findet sehr stark in Richtung auf das Ausland statt, die regionalen Disparitäten scheinen durch die Geographie vorgegeben, der Entwicklungsrückstand zum europäischen Durchschnitt scheint erheblich. Die Darstellung ergab aber trotz oder gerade wegen dieser Unterschiede völlig neue Aspekte des Themas Abwanderung und Stabilisierung der regionalen Bevölkerung, die für Sachsen-Anhalt zu politischen Schlussfolgerungen führen können.

Ganz sicher kann das portugiesische Beispiel vor übertriebenem Optimismus bewahren: Es zeigt, dass regionale Disparitäten und Abwanderungsstrukturen über Jahrhunderte bestehen können und keine natürliche Tendenz zum Ausgleich haben, dass also nicht naturwüchsig eine Stabilisierung der Bevölkerungssituation eintreten muss, sondern ländliche Räume wirklich leer laufen können und Regionen mit Entwicklungsrückstand diesen Rückstand trotz Investitionen in die Infrastruktur nicht automatisch aufholen. Wo liegen dann Ansatzpunkte für eine regionale Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt?

Familienpolitische Schlussfolgerungen

Hinsichtlich der Familienpolitik war die portugiesische Vergleichsstudie erwartungsgemäß relativ unergiebig. Portugal weist demographische Strukturen auf, die erst sehr spät die gesamteuropäische Modernisierung des Fertilitätsverhaltens nachvollzogen. Ein unentwickelter und sich bereits wieder zurückziehender Wohlfahrtsstaat ist nicht in der Lage, für Familien mit Kindern angemessene Unterstützungen bereit zu stellen. Insofern wäre es verfehlt, die portugiesische Familienpolitik mit all ihren Unzulänglichkeiten als Beispiel für die Entwicklung in Deutschland heranzuziehen. Sie kann allenfalls als Warnung dafür dienen, was an scheinbar selbstverständlichen Leistungen der Daseinsvorsorge im Zuge einer immer weiter reichenden Liberalisierung droht, auf der Strecke zu bleiben. Deutlich scheint zu sein, dass Familien in Portugal auf die Zumutung der immer größeren „Eigenverantwortung“ für soziale Dienstleistungen mit einer Reduzierung der Geburtenzahl reagieren. Dies mag in manchem mit der Situation in Ostdeutschland nach der Wende vergleichbar sein. Der Entschluss zu einem Kind, so die Konsequenz, fällt leichter, wenn Bürger sich in ihren sozialen und gesellschaftlichen Systemen, mögen diese nun durch öffentliche oder private, moderne oder traditionelle Strukturen bestimmt sein, wohl und sicher fühlen. Für Sachsen-Anhalt bedeutet das: Es ist denkbar, dass die zunehmende Privatisierung sozialer Dienste und die Zuweisung vermehrter Verantwortung an die Familien die Geburtenrate negativ beeinflussen.

Typisch für Portugal ist die traditionell sehr hohe Rate der Frauenerwerbsbeteiligung. Diese geht einher mit einer seit einigen Jahren sehr niedrigen Geburtenzahl. Eine zwingende Verbindung zwischen hoher Frauenerwerbsbeteiligung und relativ höheren Geburtenraten, wie mit Blick auf Frankreich und die skandinavischen Länder manchmal behauptet wird, besteht also nicht, ebenso wenig wie zwischen der Verfügbarkeit von Kinderbetreuung und hohen Geburtenraten, wie das irische Beispiel zeigt.

Schlussfolgerungen zur Förderung der Mobilität von Arbeitnehmern

Das Beispiel Nordportugal zeigt eine Entwicklung, die wir in Ostdeutschland bisher nicht kennen: Die Auswanderer und die Rückwanderer können zu Dreh- und Angelpunkten für regionale wirtschaftliche Verflechtung werden. Auslandsportugiesen unterstützen ihre Herkunftsregion durch Überweisungen sowie Bautätigkeit und Konsum während der Ferien, aber auch, indem sie Achsen wirtschaftlicher Entwicklung ins Ausland bilden. Rückkehrer investieren ihr Kapital und werden im günstigsten Fall zu Akteuren regionaler Entwicklung, wobei sie von den Erfahrungen während der Emigration profitieren.

Voraussetzung für das erfolgreiche Funktionieren eines solchen Netzwerkes zwischen den Ausgewanderten und der Herkunftsregion sind enge, bleibende Verflechtungen zwischen alter und neuer Heimat. Ebenso wichtig ist eine gezielte Unterstützung der Rückwanderer, um ihnen Unternehmensgründungen zu ermöglichen, welche die regionale Entwicklung för-

dern. Die Rückwanderung selbst kann durch bestimmte Vorteile, z.b. im Bereich Ausbildung, gefördert werden (dazu weiter unten Punkt 5.4).

Wie kann Sachsen-Anhalt eine solche bleibende Identifikation der Abwanderer mit ihrer Herkunftsregion fördern? Zweifellos ist das nicht in dem Maße möglich, wie es bei den Auslandsportugiesen gelang, weil die sprachliche und kulturelle Identität viel schwächer ausgeprägt ist. Aber es darf nicht vergessen werden, dass der portugiesische Staat die „portugalidade“ der Auswanderer stets bewusst gefördert hat, um Rückwanderungszyklen in Gang zu halten.

Es ist daher wichtig, die Heimatverbundenheit der Abwanderer zu stärken und ihnen am neuen Wohnort die Bildung einer „Sachsen-Anhalt-Gemeinschaft“ zu ermöglichen. Abwanderer-Netzwerke sind die Voraussetzung dafür, Austauschbeziehungen in beide Richtungen entstehen zu lassen. Ziel solcher Netzwerke ist auch, Abwanderung als Lebensphase deutlich zu machen, die durch Rückwanderung beendet werden kann. Rückwanderung findet nur statt, wenn lebendige Beziehungen zur Heimat aufrecht erhalten werden und regelmäßige Besuche stattfinden.

Zur Förderung solcher Aktivitäten liegt die Einrichtung einer Sachsen-Anhalt-Agentur nahe, deren Aufgabe nicht so sehr das „Rückholen“ der Abwanderer ist als vielmehr das Pflegen der Verbindungen zur Heimat und die Ermöglichung „zirkulärer Wanderung“, d.h. arbeitsmarktbedingte temporäre Abwanderung, auch wiederholt, bei Wahrung einer engen Verbindung zur Herkunft. Der kostengünstigste Weg zur Förderung der Vernetzung von Abgewanderten am neuen Wohnort ist zweifellos eine Internet-Plattform, in der sich die Abgewanderten eintragen und auf privater Ebene am neuen Wohnort Treffen und Freizeitaktivitäten organisieren. Seitens der Agentur könnten diese informellen Zirkel dann z.B. mit Veranstaltungsprogrammen über herausragende Ereignisse (Ausstellungen, Sport, Feste) in Sachsen-Anhalt oder auch mit Referenten (erfolgreichen Rückwanderern) versorgt werden, um die Verbindung zur Heimat zu pflegen. Die empirische Studie unter den Abgewanderten des Jahres 2002 aus Sachsen-Anhalt hat zudem gezeigt, dass sehr gute Voraussetzungen für die Förderung solcher Netzwerke bestehen, da fast alle Abwanderer bereits mindestens eine Person aus der Heimat am neuen Wohnort kennen. Konkret wäre etwa denkbar, „Sachsen-Anhalt-Clubs“ in zentralen Abwanderungszielorten zu fördern. Diese könnten z.B. ein Sachsen-Anhalt-Spezialitätenrestaurant als Kernpunkt haben, genauso aber sportliche oder kulturelle Aktivitäten (Musik, Theater, Kunst, Architektur).

Die Arbeit dieser Agentur würde damit auch das Landesimage positiv beeinflussen. Für Rückwanderungsinteressierte ist die Unterstützung beim Sammeln von Informationen und die Schulung z.B. im Bereich von Unternehmensgründungen ebenfalls wichtig, aber anders als die MV4you-Agentur geht es nicht in erster Linie um die Information über das Heimat-

land, sondern um die Vernetzung der Abgewanderten am neuen Wohnort. Das Beispiel Portugal zeigt, dass gerade die portugiesische Diaspora im Ausland der Eckpfeiler für einen regelmäßigen Austausch in beide Richtungen und die Ermöglichung von Rückwanderung war.

Einen weiteren wichtigen Hinweis ergab die Tatsache, dass osteuropäische, gut qualifizierte Zuwanderer Portugal lediglich als Etappe in ihren Emigrationsplänen ansehen, manche dann aber doch bleiben. In gleicher Weise wird in Sachsen-Anhalt erwartet, dass die Mehrzahl der Zuwanderer aus Osteuropa, die im Zuge der Osterweiterung nach Deutschland kommen, Sachsen-Anhalt bestenfalls als Etappe auf dem Weg in attraktivere Zielregionen nutzen. Hier kann angesetzt und qualifizierten osteuropäischen Zuwanderern ein möglichst gutes Lebensumfeld und vor allem eine dauerhafte Bleibeperspektive geboten werden. Dadurch kann es gelingen, manche dieser Migranten, die zunächst einen nur vorübergehenden Aufenthalt in Sachsen-Anhalt planten, zum dauerhaften Bleiben zu bewegen. Beispielsweise könnten die Ausländerbehörden des Landes an Immigranten mit guter beruflicher Qualifikation besonders wohlwollend Aufenthaltstitel vergeben, wenn diese erste Schritte zur Verwurzelung in Sachsen-Anhalt gegangen sind (Familien- oder Unternehmensgründung, Haus- oder Wohnungskauf). Natürlich werden trotzdem viele Menschen nach Erlangung eines dauerhaften Aufenthaltstitels weiter wandern, aber einige werden bleiben und ihr Potential dem Land zur Verfügung stellen. Ein solches Programm könnte sich u.U. auch ganz gezielt an Menschen mit bestimmten, gesuchten Qualifikationen richten (Ärzte, Unternehmer).

Regionalpolitische Schlussfolgerungen

Rückwanderung kann ein bedeutender regionalpolitischer Faktor sein. Das portugiesische Beispiel hat gezeigt, dass Rückwanderung, Hausbau der Abwanderer und die Investition der Sparguthaben in der Heimatregion einer der wichtigsten positiven Wachstumsfaktoren für die Inlandsregionen sind. Sachsen-Anhalt könnte gezielt die Investition in die ländlichen Gebiete fördern. Hierzu spielt der Zugang zu Grundbesitz in jungen Jahren eine entscheidende Rolle. Grundbesitz in der Region kann der Kristallisationspunkt für Investitionen und eine spätere Rückkehr werden. Hierbei kann es sich durchaus auch um Ferienwohnungen oder –häuser handeln.

Die Rückwanderung älterer Menschen nach Abschluss ihrer Berufslaufbahn wird für Sachsen-Anhalt zunehmend zu einem möglichen Wachstumsfaktor. Auch hier spielt das kostengünstige Wohnen im Eigenheim, das im Alter oft angestrebt wird, eine entscheidende Rolle. Um Regionen für die Rückwanderung älterer, aber relativ finanzkräftiger Menschen attraktiv zu machen, ist eine angemessene soziale und medizinische Infrastruktur nötig. Die Verlängerung der Lebenserwartung und immer mehr gesunde, produktive Jahre jenseits der Rente machen ältere Menschen zu einem positiven Wirtschaftsfaktor, der gerade in ländlichen Räumen als Ressource gesehen werden kann. Das Beispiel der Rückwanderer nach Nord-

portugal, die häufig regional als Kleinunternehmensgründer aktiv werden, kann hier als Leitlinie dienen. So könnte z.B. gezielt die Nebenerwerbstätigkeit von älteren Menschen gefördert werden, etwa als Besitzer von Gaststätten, kleinen Läden, landwirtschaftlicher Spezialproduktion im kleinen Maßstab (Imker, Wein, Öl usw.). Diese Maßnahmen sind auch im Rahmen des ESF förderfähig. Auch der Eigenheimbau älterer Menschen verdient Förderung. Er belebt die Bauindustrie in der Region und holt finanzkräftige Bewohner auf das Land. Zudem werden Eigenheime in der Regel den Kindern vererbt und können so später zum Zuzug von jungen Familien führen.

Bildungspolitische Schlussfolgerungen

Das portugiesische Beispiel zeigt völlig neue Zugänge zum Thema Bildung im Zusammenhang mit Migration. Wegen des großen Bildungsinteresses portugiesischer Eltern für ihre Kinder haben sich Maßnahmen für die Kinder der Rückwanderer als sehr wirksam erwiesen, insbesondere die Freihaltung von Quoten an den staatlichen Universitäten. Übertragen auf Sachsen-Anhalt, wäre es beispielsweise denkbar, dass auch hier für die Kinder von aus Sachsen-Anhalt stammenden Eltern Plätze in begehrten Studienrichtungen frei gehalten werden. Im Moment ist dies noch nicht relevant, da die Kinder der ersten Abwanderer noch nicht im studierfähigen Alter sind. Aber spätestens in zehn Jahren könnte dies ein Weg sein, Menschen mit einer inneren Bindung an das Land gezielt anzusprechen.

Auch in Portugal ist die überragende Rolle der kleinen Landschulen für die Bindung der Familien an ländliche Wohnorte deutlich geworden. Sicher sind Schulen mit nur einem Schüler kein erstrebenswertes Beispiel. Aber – wie in Finnland auch – sollte ernsthaft darüber nachgedacht werden, Qualitätskonzepte für Landschulen mit 10-20 Schülern aller Altersstufen, die gemeinsam unterrichtet werden, zu entwickeln. Wenn dies nicht geschieht, ist der Weggang der Familien und die Überalterung der ländlichen Räume vorprogrammiert.

F 5.6 Quellen und Literatur

Alves, Jorge Fernandes (2003): Perspectiva histórica da emigração portuguesa. In: Porto de partida, de chegada. A Emigração Portuguesa. Lisboa. 33-56.

Baganha, Maria Ioannis B. (1994): As correntes emigratórias portuguesas no século XX e o seu impacto na economia nacional. In: Análise Social, vol. XXIX (128), 1994, 959-973.

Baganha, Maria Ioannis/João Ferrão/Jorge Macaísta Malheiros (1999): Os imigrantes e o mercado de trabalho: o caso português. IN: Análise Social, vol. XXXIV (150), 147-173.

Bandeira, Mário Leston: Teorias da população e modernidade: o caso português. In: Análise Social, vo. XXXI (135), 1996, 33-43.

Beschreibung der sozialen Lage in Europa 2001 (2001). Hrsg. v. Eurostat. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Carrito, Manuela (2003): Os valores sociais dos jovens: a conciliação da vida familiar e profissional. In : Iteracções no. 4, 159-177.

Censos 2001, INE Lissabon.

Cunha e Silva, Raúl/ Lourdes da Graça C. da (2003): Gentes sem terra, Terras sem gente. Transformações na sociedade rural do Concelho de Alfândega da Fé (1940/1970). Alfândega da Fé.
Desenvolvimento Regional (1984). Boletim da Comissão de Coordenação da Região Centro. N° 18.
Dienel, Christiane (1993): Portugal. In: Zwölf Wege der Familienpolitik in der Europäischen Gemeinschaft. Bd. 2: Länderberichte. Stuttgart u.a. (=Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie und Senioren Bd. 22.2), 327-357.
Estatísticas Demográficas 2002 (2003). Lissabon: Instituto Nacional de Estatística.
Europäische Kommission (2003): Die soziale Lage in der Europäischen Union 2003. Brüssel: Europäische Kommission. Generaldirektion für Beschäftigung und Soziales.
Fernandes, Ana Alexandre (1999): Velhice e Sociedade: Demografia, Família e Políticas Sociais em Portugal. Oeiras.
Fernandes, António Teixeira (1994): Dinâmicas familiares no mundo actual: harmonias e conflitos. In: Análise Social, vo. XXIX (129), 1994, 1149-1191.
Ferreira, Eduardo de Sousa/Helena Rato (2000): Economia e Imigratnes. Contribuição dos Imigrantes para a Economia Portuguesa. Oeiras.
Garcia, José Luís (Hrsg.) (2000): Portugal Migrante: Emigrantes e Imigrados, Dois Estudos Intodutórios. Oeiras.
Gomes, Alexandra Manuela/Susana Baptista (2003): Imigração, desenvolvimento regional e mercado de trabalho – o caso português. In: Estudos Regionais No 1, 99-127.
Hespanha, Pedro/Sílvia Portugal (2002): A Transformação da Família e a Regressão da Sociedade-Providência. Porto: Comissão de coordenação da região do Norte.
Jerónimo, Helena Mateus u.a. (2000): A emigração portuguesa: uma breve introdução. In: Garcia, José Luís (Hrsg.): Portugal Migrante: Emigrantes e Imigrados, Dois Estudos Intodutórios. Oeiras. 11-61.
Liveira, Maria de Nazaré Roca/Martins, Fernando (1999): Emigração, regresso e desenvolvimento no Alto Minho. In: Regiões e cidades na União Europeia: Que futuro? Actas do VI Encontro Cacional da APDR. Volume 2. 978-990.
Maia, Rui Leandro (2002): Descontinuidades e permanências nas estruturas da economia e da sociedade portuguesas nos últimos sessenta anos. Paper. IV Congresso Português de Sociologia. Coimbra (auf CD-Rom).
Martins, Luís Saldanha (2003): O Fenómeno migratório e o desenvolvimento português. Causas e efeitos de um processo no limiar de um novo ciclo. In: Porto de partida, de chegada. A Emigração Portuguesa. Lisboa. 15-32.
Nogueira, Pedro Ramos (1999): Medida e evolução dos desequilíbrios regionais em Portugal. In: Regiões e cidades na União Europeia: Que futuro? Actas do VI Encontro Cacional da APDR. Volume 2. 783-791.
Peixoto, João (2002): A Imigração em Portugal. In: Demografia&Dinâmicas. Bolitim da associação portuguesa de demografia número 3.
Portela, José/Nobre, Sílvia (2002): Entre Pinela e Paris: emigração e regressos. In: Análise Social, vol. XXXVI (161), 2002, 1105-1146.
Ramos, Maria da Conceição Pereira(2003): Acção social na área do emprego e da formação profissional. Lisboa.
Ramos, Maria da Conceição Pereira (2003a): Le Portugal, pays relais de la migration en Europe. In: Migrations études. Synthese de travaux sur l'immigration et la présence étrangère en France. Août/septembre 2003, N° 116.
Ramos, Maria da Conceição Pereira (1995): Desafios da mobilidade internacional do trabalho em Portugal. In: M. Blandão Alves u.a. (Hrsg.): Par onde vai a economia portuguesa? Lisboa: Instituto Superior de Economia e Gestão, 129-176.
Ramos, Maria da Conceição Pereira (2000): L'intégration du Portugal dans l'Union européenne : effets sur les investissements directs, les migrations et l'emploi. In : Mondialisation, migrations et développement. Paris : OECD. 171-193.
Ramos, Maria da Conceição Pereira (2003b) : Dinâmicas e estratégias socioeconómicas relativas à emigração portuguesa. Alguns verctores e propostas de

reflexão/intervenção. In: Porto de partida, de chegada. A Emigração Portuguesa. Lisboa. 57-78.
Rees, Philip u.a. (1999): Portugal Case Study. Report for the Council of Europe, Directorate of Economic and Social Affairs, Population and Migration Division.
Rosa, Maria João Valente (1998): Notas sobre a população – níveis de povoamento e envelhecimento: contrastes entre os concelhos do continente. In: Análise Social, vo. XXXIII (148), 1998, 855-860.
Rosa, Maria João Valente(1993): O desafio social do envelhecimento demográfico. In: Análise Social, vo. XXVIII (122), 1993, 679-689.
Silva, Manuela/R. Roque Amaro/Guy Clausse/Custódio Conim/Madalena Matos/Manuel Pisco/L. M. Seruya (1984): Retorno, emigração e desenvolvimento regional em Portugal. Lisboa: Instituto de estudos para o desenvolvimento.
Torres, Anália u.a (2002): Porque não se revoltam as mulheres? Resultados de uma pesquisa nacional sobre a divisão do trabalho entre os sexos. Paper. IV Congresso Português de Sociologia. Coimbra (auf CD-Rom).
Torres, Anália u.a (2002a): Redes de solidariedade, qeuipamentos socio-educativos e de guarda das crianças e políticas sociais: uma perspectiva nacional. Paper. IV Congresso Português de Sociologia. Coimbra (auf CD-Rom).
Torres, Anália Cardoso u.a. (1999): Políticas sociais e a questão do acolhimento das creanças em Portugal. In: Cadernos de Política Social. Redes e Políticas de Solidariedde. Globalização e Política Social. Lisboa. 1-90.
Varejão, José M./Carneiro, Anabela/Teixeira, Aurora (2002): A Dinâmica do Emprego na Região do Norte. Porto: Comissão de Coordenação e Desenvolvimento da Região do Norte.
Wall, Karin (1993): Elementos sobre a sociologiea da família em Portugal. In: Análise Social, vo. XXVIII (123-124), 999-1009.
Wall, Karin (1995): Apontamentos sobre a família na política social portuguesa. In: Análise Social, vol. XXX (131-132), 431-458.
Wall, Karin (2002): Modos de guarda das crianças nas famílias portuguesas. Paper. IV Congresso Português de Sociologia. Coimbra (auf CD-Rom).

F 6. Vergleichsstudie Italien (Basilicata) – Eigensinn und Überlebenswille einer verlassenen Region (Christiane Dienel und Heiner Legewie)

F 6.1 Vorbemerkung: Zur Auswahl der Vergleichsregion – Fragestellungen

Zur Auswahl der Vergleichsregion

Süditalien ist gewiss kein ein Modell für erfolgreiche Strategien gegen Abwanderung auf regionaler Ebene. Es bietet vielmehr das vielleicht eindrucksvollste Beispiel für den Misserfolg der Regionalpolitik sowohl auf nationaler wie auf EU-Ebene bei dem Versuch, regionale Disparitäten zu bekämpfen, die durch Abwanderung langfristig bestehen bleiben. Trotz massiver Investitionen in Industrie und Infrastruktur ist es in Italien nie gelungen, den immensen sozioökonomischen Abstand zwischen Norden und Süden (italienisch: Mezzogiorno) zu überbrücken. Häufig hört man mittlerweile das Schlagwort von der Mezzogiornisierung Ostdeutschlands. Eine Teilstudie zu dieser Region erschien deshalb besonders wichtig, um die Tragweite und die Folgen einer solchen Entwicklung besser zu verstehen und zugleich Entwicklungskorridore heraus aus einer Situation erheblichen Rückstands zu erkennen.

Als Untersuchungsregion wurde die Basilicata (andere Bezeichnung: Lukanien) gewählt, eines der verlassensten, am stärksten durch jahrzehntelange Abwanderung gezeichneten Gebiete Europas. Die Basilicata-Studie hat deshalb einen anderen Charakter als die anderen Vergleichsstudien. Da das offensichtliche Scheitern der italienischen Regionalpolitik kein Modell für Sachsen-Anhalt abgibt, soll in dieser Studie die lokale Dimension des Lebens mit Abwanderung in den Blick genommen werden.

Diese Teilstudie legt deshalb den Schwerpunkt nicht auf die politischen Maßnahmen, sondern auf die Menschen in der leergezogenen Region. In qualitativen, biografischen Interviews mit Bewohnern eines Dorfes in der Basilicata sowie mit einzelnen, nach Deutschland ausgewanderten Menschen aus diesem Dorf soll ein Bild des Lebens mit Abwanderung gezeichnet werden. Es geht darum, welche Überlebensstrategien von Abwanderung betroffene ländliche Räume entwickeln können, wie jahrzehntelange Abwanderung die Menschen verändert und welche individuellen Auswege gefunden werden können. Für die Durchführung und Auswertung der Interviews dieser qualitativen Teilstudie zeichnet Prof. Dr. Heiner Legewie verantwortlich, der hierbei an vielfältige Projekte im Bereich qualitativer Sozialforschung und Regional- und Quartiersstudien anknüpft, u.a. zu Abwanderung aus Berlin in das Brandenburger Umland und zum Leben in Florenz und Prenzlauer Berg im Vergleich.

Die Vergleichsstudie Basilicata wird deshalb weniger auf die regionalpolitischen und ökonomischen Strategien eingehen. Diese werden nur als Rahmen für die empirische Untersu-

chung skizziert. Es geht vielmehr um die individuellen Lebenskonzepte und Strategien von Menschen in einer Abwanderungsregion.

Fragen an die Region Basilicata

Die Untersuchung wird grundiert durch die Frage, wie – bei weiterhin andauernder Abwanderung – das Sachsen-Anhalt des Jahres 2030 und 2050 aussehen wird, welche Menschen dort leben werden und wie sie ihr Leben in der Region begreifen und gestalten. Bei den qualitativen Interviews geht es deshalb um Überlebensstrategien der Dagebliebenen, um das Leben in Dörfern mit wenigen oder keinen Kindern und Jugendlichen und um das Fortbestehen der Bindung zu den Weggewanderten. Stärken einer Abwanderungsregion sollen aufgedeckt werden, zu denen in der Basilicata zweifellos eine relativ starke regionale Identität gehört, die sich in aktiven Netzwerken der Abwanderer spiegelt. So gibt es innerhalb der Regionalregierung eine Kommission der „Lucani al estero“ (Menschen aus der Basilicata/Lukaner im Ausland) und in mindestens vierzehn Ländern der Welt Dachorganisationen von ausgewanderten Lukanern, die von der Regionalregierung der Basilicata auch finanziell in geringem Umfang unterstützt werden. Allein in Deutschland bestehen mindestens 10 solcher Vereine, weltweit deutlich über 100. Die Verbindung der Emigranten zu ihrer Heimatregion wach zu halten, ist offizielles Ziel der Regionalregierung. Sie hat zu diesem Zweck 1998 ein „Centro dei Lucani nel Mondo“ eingerichtet, das die Aktivitäten koordiniert und als Informationsquelle dient. Im Rahmen der EU-Regionalpolitik sind im Operationellen Programm 2000-2006 spezifische Maßnahmen zur Förderung der Rückkehr von Emigranten vorgesehen (siehe Anhang).

Weitere Fragen richten sich darauf, wer in Abwanderungsregionen bleibt oder wieder zuzieht. Was sind die Charakteristika für „starke Dagebliebene“, also nicht die „Verlierer“, sondern die heimatverbundenen Gewinner? Was zeichnet sie persönlich aus, durch welche Maßnahmen können sie unterstützt werden? Kann die lokale Dimension eine Antwort auf die Frage nach der Zukunft entleerter Regionen bieten? Migration ist ein in Italien relativ gut erforschtes Thema, insbesondere im Zusammenhang mit dem Dualismus zwischen Süd- und Norditalien. Den besten Überblick gibt das kürzlich veröffentlichte Buch des Napolitaner Migrationsspezialisten Enrico Pugliese (Pugliese 2002). Aufgrund des lokalen Charakters dieser Teilstudie wird auf ein Resümee der umfangreichen Forschung zur Emigration aus Italien hier aber verzichtet.

F 6.2 Süditalien – Eckdaten zur sozioökonomischen Lage

Kurzporträt Süditalien und Basilicata

Italien, Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaft, hat 57,6 Millionen Einwohner und hat sich, gerade auch durch die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion,

wirtschaftlich in den letzten Jahren gut entwickelt. Dies beschreibt allerdings nicht die deutliche Kluft zwischen dem prosperierenden Norditalien und dem wirtschaftlich rückständigen Süden. Die Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt sind dabei noch erheblich schärfer als im ost-westdeutschen Vergleich. So betrug die Arbeitslosenquote für Italien insgesamt im Jahre 2002 9%, in Nord- und Mittelitalien aber nur 4,7% (also nahe an Vollbeschäftigung), im Süden dagegen 18,3%, in der Basilicata 15,3% (Annuario statistico 2003, tavola 9.3). Für Frauen lag die Arbeitslosenquote in Süditalien bei 26,4%, in Norditalien dagegen bei 6,8%.

Zur Überwindung der großen regionalen Unterschiede hat die italienische Regierung seit dem zweiten Weltkrieg erhebliche Anstrengungen unternommen. Direkt nach dem Krieg wurde die Politik des „Intervento straordinario“ (außergewöhnliche Subventionierung, Gesetz 646/1950). Dadurch sollten Industriebetriebe im Süden angesiedelt werden, vor allem große, staatseigene Firmen, die Subventionen in Form von Ausrüstung, günstigen Krediten, Steuerabschlägen u.a. erhielten. Wichtigstes Finanzinstrument hierfür war die „Cassa per il Mezzogiorno“ (Kasse für den Süden). Die Zuschüsse erreichten bis zu 85% der Investitionskosten für eine Firmenansiedlung. Staatseigene Firmen mussten 40% ihrer Investitionen und 60% ihrer Neugründungen im Süden tätigen und sollten zu Wachstumskernen für die Region werden. Diese Politik kam mit der Ölkrise zu einem abrupten Stopp. Seit Beginn der 1980-er Jahre flossen die Subventionen eher in die boomenden Industrieregionen des Nordens. Die Förderpolitik hatte im Süden zu einer „Industrialisierung ohne Entwicklung“ geführt, zu „Kathedralen in der Wüste“, ohne Vernetzung mit lokalen Ökonomien und kleinen und mittleren Unternehmen. Zwar war zeitweise das Wirtschaftswachstum des Südens schneller als im Norden und das Pro-Kopf-BIP begann sich anzunähern, aber im Laufe der 1990-er Jahre öffnete sich die Schere wieder, so dass heute der Abstand des BIP/Kopf wieder so hoch ist wie nach dem Zweiten Weltkrieg – die gesamte Industriepolitik für das Mezzogiorno hat sich also als unfähig erwiesen, die regionalen Disparitäten zu überwinden. Der „Intervento straordinario“ wurde nach Jahren der Krise und des Zweifels 1992 definitiv abgeschafft und durch den Versuch einer „Bottom-up“-Politik lokaler Entwicklungspakte entlang der Regularien der EU-Regionalpolitik ersetzt (Bianchi/Mariotti 2003, 4-7).

Süditalien steht damit in Europa als Menetekel für eine gescheiterte Regionalpolitik da. Der Dualismus zwischen Süd- und Norditalien bestimmt weiterhin die italienische Sozialgeographie. Alle Wanderungsbewegungen, sowohl die internen wie die externen, reflektieren diese territoriale Spaltung in reichen Norden und armen Süden. Die großen Aus- und Abwanderungswellen des 19. Jahrhunderts gingen zum größten Teil vom Mezzogiorno aus und endeten entweder im industrialisierten Norden oder im europäischen Ausland. Gleiches gilt für das relativ neue Phänomen der Einwanderung nach Italien: Auch die Ausländer aus Afrika und Osteuropa siedeln sich fast ausschließlich in Norditalien an (Pugliese 2002, 7f).

Abb. F6.1: Karte Basilicata

Die Basilicata (auch Lukanien/Lucania genannt) liegt zwischen Kalabrien und Apulien im Zentrum des „Stiefelfußes“, unter den süditalienischen Provinzen ist sie diejenige mit relativ am wenigsten Küstenlinie und am meisten Inland. 92% des Territoriums sind bewaldet oder landwirtschaftlich genutzt. In der Basilicata wohnen rund 608.000 Menschen, davon rund 70 000 in der Provinzhauptstadt Potenza und 57 000 in Matera, der zweiten größeren Stadt der Region. Die Bevölkerungsdichte ist mit 61 Einwohnern pro km^2 die drittniedrigste der italienischen Regionen, niedriger ist sie nur in den italienischen Alpen.

Regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in der Basilicata seit 1945

Die Basilicata war bis 1945 durch ineffizienten, vormodern geprägten Großgrundbesitz bestimmt. In der revolutionären Periode von 1947 bis 1950 besetzten die Landarbeiter die Felder, und die Agrarreform 1950 verteilte das Land in kleinen Parzellen von 6 ha an die Bauern. Dies führte zu einem Aufblühen der Obst- und Gemüseproduktion. Auch die industrielle Entwicklung verlief in der Basilicata insgesamt etwas günstiger als im übrigen Süditalien. Der größte Erfolg der Regionalregierung war die Ansiedlung des Fiat-Werkes in Melfi. Zudem

wurde im Val d'Agri das größte Erdölvorkommen Europas gefunden. Das Öl wird allerdings in Raffinerien in Tarent (Apulien) verarbeitet.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist in der Basilicata in den letzten zehn Jahren schneller gestiegen als im Landesdurchschnitt, aber liegt immer noch bei nur 65,8% des nationalen Durchschnitts. Wie ganz Süditalien, ist deshalb auch die Basilicata Ziel-1-Fördergebiet im Rahmen der EU-Regionalpolitik. Bemerkenswert ist allerdings, dass in der Förderperiode 1992-1998 die Produktivität in der Basilicata um 14,9% gestiegen ist, also deutlich schneller als im nationalen Durchschnitt (7,4%) und sieben mal so schnell wie im Durchschnitt Süditaliens (2,5%). Die Wirtschaft wird durch den tertiären Sektor dominiert (64,2%), die produktiven Gewerbe tragen mit 28,6% und die Landwirtschaft mit 7,2% zum BIP (1998) bei. Damit hat die Landwirtschaft immer noch mehr als doppelt so viel Gewicht wie im Landesdurchschnitt (3,8%).

Die Arbeitsmarktsituation in der Basilicata ist gekennzeichnet durch eine sehr geringe Beschäftigungsquote von nur 32,7% (Süditalien: 30,8%, Italien insgesamt: 38,8%, Bundesrepublik Deutschland nahe 50%), die deutlich die Überalterung und Abwanderung spiegelt. Die Arbeitslosenquote liegt mit 18,5% niedriger als im Durchschnitt Süditaliens (22,8%), aber deutlich höher als im nationalen Durchschnitt (12,3%). Damit sind in der regionalen Wirtschaftsentwicklung Dynamiken zu erkennen, die sich aber vor allem entlang der Infrastrukturachsen und in Richtung auf die benachbarten Küstenregionen zeigen, während die Inlandsregionen zunehmend unter zu dünner Bevölkerung und Abwanderung leiden. Dies gilt besonders für die Region, in der das in den Interviews porträtierte Dorf Cirigliano. Abgeschnitten von großen Verkehrsachsen, mit schwierigem Zugang zum Meer und den urbanen Zentren, sind Abwanderung und Überalterung hier noch deutlich ausgeprägter als im Durchschnitt der Basilicata (Quelle: Analisi della situazione di partenza al POR – Analyse für das Operationelle Programm 2000-2006).

Wie überall in Süditalien, ist die Nachfrage nach Arbeitskräften vor allem im landwirtschaftlichen Sektor kontinuierlich gesunken. Dagegen blieb der Anteil der Beschäftigten im produktiven Sektor – entgegen dem nationalen Trend – noch in den 1990-er Jahren stabil, eine Folge der EU-Strukturpolitik und der dadurch ermöglichten Investitionen im industriellen Bereich. Der Anteil der Erwerbspersonen ist von 1978 bis 1998 von 40 auf 35% gesunken; die Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitssuchenden an den Erwerbspersonen) lag seit Mitte der 1980-er Jahre stets bei ungefähr 20%, 1998 betrug sie 18,4%. Erschreckend hoch und damit auch ein Auslöser für Abwanderung ist die Jugendarbeitslosigkeit. Unter allen Arbeitssuchenden 1998 waren über 46% auf der Suche nach der ersten Anstellung (Realtà ... 1999, Teil 3.)

Die Zufriedenheit der Italiener mit der ökonomischen Situation hat in den vergangenen Jahren abgenommen. Die Zahl der Personen im Alter von 14 und mehr Jahren, die ihre Situation 2002 ungünstiger als im Vorjahr einschätzten, ist von 6,9% auf 9,4% gestiegen. Dagegen ist die Zufriedenheit mit den Familienverhältnissen unverändert geblieben. Im Vergleich zu 2001 ist die Zahl der Familien, die ihre Einkünfte als optimal oder angemessen bezeichnen, von 71,9% auf 63,5% gesungen; entsprechend gestiegen ist die Zahl der Familien, die angaben , dass ihr Einkommen ungenügend ist. Eine deutliche territoriale Differenzierung ist dabei zu beobachten: In Mittelitalien und im Norden sind die Familien häufiger zufrieden, im Süden häufiger unzufrieden mit ihrer ökonomischen Situation. Der Abstand zwischen den Regionen hat dabei eher zugenommen. So hielten 68,1% der befragten Familien in Norditalien ihr Einkommen für optimal oder ausreichend, aber nur 56,0% der Familien im Mezzogiorno (Annuario Statistico Italiano 2003, 249).

Die auch heute noch hohe Arbeitslosigkeit in der Basilicata ist zu einem großen Teil die Folge einer verfehlten Industrie- und Subventionspolitik. So heißt es in der Analyse zum Regionalentwicklungsplan für die Basilicata: „Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Basilicata in den letzten zwanzig Jahren ist auch das Ergebnis des von Grund auf misslungenen Umbaus der Produktionsbetriebe, die durch die vorhergehende Industriepolitik aufgebaut worden waren. Diese Industrien, die ihre Existenz ausschließlich einer staatlichen Intervention verdanken, sind, ebenso wie in ganz Süditalien, zu einer Konsolidierung nicht im Stande gewesen. Diese Förderpolitik hat nicht die Bedingungen geschaffen, unter denen sich Unternehmertum in Harmonie mit den Marktmechanismen entfalten konnte, sondern hat aus historischen, politischen und sozialen Gründen eine Art öffentlich gestütztes, künstliches Wachstum erzeugt.“ (Realtà... 1999, Teil 3, 12, Übersetzung C.D.). Die bekannteste Industrieansiedlung betrifft das Fiat-Werk in Melfi, das unter der Krise der Automobilindustrie mitleidet. Im Gegensatz dazu entwickelte die Möbelindustrie, ausgehend von lokalen, kleinen Handwerksbetrieben, die sich zwischen Matera und der Provinz Bari konzentrieren, eine erhebliche Eigendynamik, erschloss sich neue Märkte in den USA und Asien und verzeichnet erhebliche Wachstumsraten. Vergleichsweise gut entwickelten sich auch Textil- und Lederindustrie (feine Stoffe, Kleidung, Schuhe). Die Produktivität der Region insgesamt blieb jedoch unterdurchschnittlich: 1995 lag das BIP/Kopf der Basilicata nur bei 60,3% des nationalen Durchschnitts, der Konsum pro Kopf bei 70,9%, und dies trotz erheblicher Regionalförderung, die sich in einer Investitionsquote von 95% des nationalen Durchschnitts zeigt.

In den letzten zehn Jahren wurden Ergebnisse des Paradigmenwechsels in der Regionalpolitik hin zu bottom-up-Ansätzen auch auf den Fall Süditalien übertragen und vom Entstehen eines „neuen Mezzogiorno“ gesprochen, das gekennzeichnet sei durch endogenes Wachstum und lokale Entwicklungen. Dieser „Post-Meridionalismo“ unterstreicht die lokal unterschiedlichen Entwicklungen innerhalb Süditaliens und sieht als einzigen Wachstumspfad die

Entwicklung endogener Potentiale. Als Beleg dafür wird angeführt, dass die Regionen innerhalb Süditaliens, die am meisten von staatlichen Subventionen profitierten, die ungünstigste Entwicklung zeigten, während andere Regionen außerhalb dieser Investitionskorridore teilweise auf der Basis lokaler Handwerke und innovativer Unternehmer-Cluster Zugang zum Weltmarkt fanden. Diese Rhetorik übersieht aber gern, dass diese lokalen Entwicklungen oftmals vormoderne Produktionsformen und Arbeitsbedingungen bis hin zur Schattenwirtschaft mit sich brachten (Rossi 2003).

F 6.3 Bevölkerungsentwicklungen in Süditalien: fortdauernde Abwanderung und sinkende Geburtenraten

Auswanderung und Bevölkerungsentwicklung in Süditalien und der Basilicata

Süditalien wurde durch zwei große Auswanderungswellen geprägt. Die erste, „la grande Emigrazione“ von ca. 1800 bis ca. 1900, hat das Selbstverständnis der Italiener als Auswanderungsnation geprägt und legte den Grund für die großen Gemeinschaften der Auslandsitaliener vor allem auf dem amerikanischen Kontinent. Die demografische Wirkung dieser großen Auswanderungswelle vor allem in Süditalien ist bis heute deutlich spürbar. Auch die Volkskultur wurde von dieser Auswanderung geprägt. So heißt es in einer bekannten süditalienischen Moritate:

1. Mamma mia dammi cento lire
che in America voglio andar ...!
Cento lire io te li dò,
ma in America no, no, no. (2v.)
2. I suoi fratelli alla finestra,
mamma mia lassela andar.
Vai, vai pure o figlia ingrata
che qualcosa succederà. (2v.)
3. Quando furono in mezzo al mare
il bastimento si sprofondò.
Pescatore che peschi i pesci
la mia figlia vai tu a pescar. (2v.)
4. Il mio sangue è rosso e fino,
i pesci del mare lo beveran.
La mia carne è bianca e pura
la balena la mangierà. (2v.)
5. Il consiglio della mia mamma
l'era tutta verità.
Mentre quello dei miei fratelli
l'è stà quello che m'ha ingannà. (2v.)

(Übersetzung: Mamma., gib mir 100 Lire, damit ich nach Amerika gehen kann. (...) Das Schiff geht unter, die Tochter ertrinkt)

Ziel dieser ersten Auswanderung war neben anderen Ländern nicht nur Nord-, sondern auch Südamerika, besonders Argentinien. Man vermutet, dass etwa gleich viele Auswanderer lukanischer Herkunft außerhalb der Basilicata leben wie es dort heute Bewohner gibt; deshalb wird geradezu von einer „zweiten Basilicata“, überall in der Welt verstreut, gesprochen (Fontana u.a., 20).

Die zweite große Auswanderung begann nach dem zweiten Weltkrieg und hatte die industrialisierten Staaten Europas zum Ziel, häufig handelte es sich dabei um eine temporäre Wanderung, die durch Phasen der Rückwanderung unterbrochen war. Aber auch die Emigranten der vierten und fünften Generation überall auf der Welt bewahren häufig das Bewusstsein ihrer Herkunft, bilden zumindest in Ansätzen eine italienische Diaspora und unterhalten weiter Kontakte mit dem Mutterland, die sowohl zur Auswanderung weiterer Italiener als auch zur Rückwanderung von Auslandsitalienern führen können (Pugliese 2002, 15). Anders als in Portugal hat Italien jedoch mittlerweile eine eindeutig positive Wanderungsbilanz: Geringen Zahlen auswandernder Italiener stehen größere Zahlen von Rückwanderern gegenüber, dazu kommt ein wachsendes Gewicht der Zuwanderung.

Die erste große Auswanderungswelle hatte für das Mezzogiorno die Funktion eines Ventils angesichts von Überbevölkerung und hat, genau wie in Portugal, für Jahrzehnte eine Abhängigkeit der Region von Auslandsüberweisungen erzeugt. Das strukturelle Überangebot an Arbeitskräften im Mezzogiorno wurde durch die faschistische Politik eines „Anti-Urbanismus“ weiter verschärft: Die Landarbeiter waren am Verlassen des Landes gehindert, aber eine substantielle Bodenreform kam nicht in Gang. Die zweite Auswanderungswelle nach dem Krieg hatte zunächst durchaus katastrophale Züge, war geprägt von Illegalität, Menschenschmuggel und ungewissen Aussichten. Das änderte sich erst mit dem gesamteuropäischen Wirtschaftswunder, in dem die Aussichten für Emigranten zunehmend besser und – durch die Gründung der Europäischen Gemeinschaft – sicherer wurden. Insgesamt verlor Italien im Saldo von 1946 bis 1970 über 3 Millionen Menschen durch Auswanderung, typischerweise junge, männliche, alleinstehende Arbeiter. (Pugliese 2002, 18-20). Die Wanderung von Süd- nach Norditalien war eine von der Armut in den Wohlstand, aber auch von der Landwirtschaft in die Industrie.

Von der Auswanderung ins Ausland unterscheidet sich die Abwanderung aus Süditalien in den Norden durch drei grundlegende Charakteristika: Sie ist erstens zumeist auf Dauer angelegt, sie betrifft zweitens weitaus mehr Menschen, zumal sie viel länger andauert als die Auswanderung, die am Ende der 1960-er Jahre bereits zum Erliegen kommt, und vor allem: Während es sich bei den Emigranten ins Ausland zumeist um ungelernte Arbeitskräfte handelt, wandern gerade auch Menschen mit höherem Ausbildungsgrad, Angehörige der ländlichen Bourgeoisie, Ingenieure und Vertreter der Freien Berufe nach Norditalien. Diese Abwanderung der Qualifizierten dauert bis heute an.

Abb. F5.2: Abwanderung von Süd- nach Mittel- und Norditalien auf Basis der Melderegister

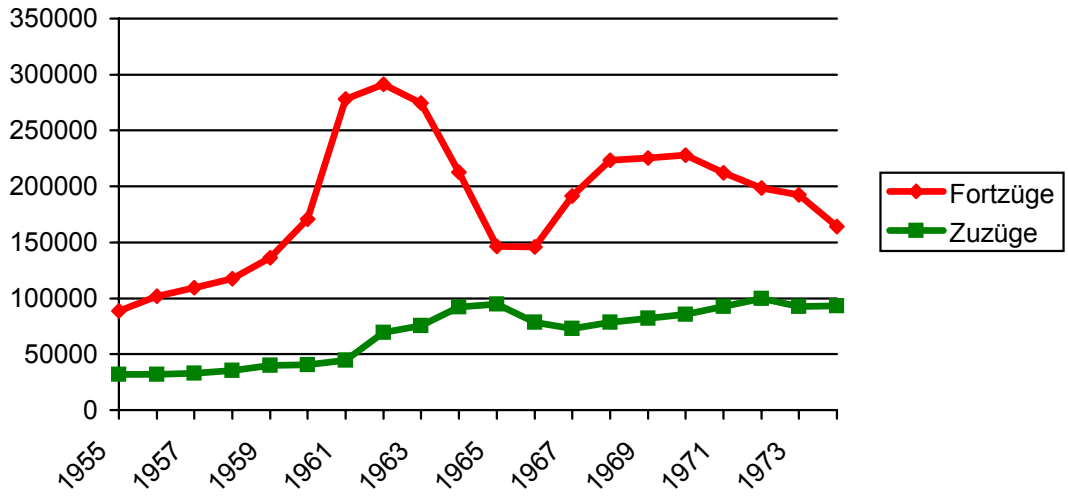


Abbildung C. Dienel auf Basis der Daten von Pugliese 2002, 39.

Insgesamt sind bis zur Ölkrise von 1973 fast vier Millionen Menschen vom Süden Italiens in die Mitte und den Norden gewandert. Gegen Ende der 1970-er Jahre endete diese große Binnenwanderung, seither sind Zu- und Abwanderungen auf einem relativ niedrigen Niveau stabil, wobei der Süden immer noch im Saldo einen jährlichen Wanderungsverlust von zwischen 10 000 und 30 000 Personen hinnehmen muss. Bei den Zuwanderern handelt es sich überwiegend um ältere Rückwanderer aus dem Ausland, bei den Abwanderern um junge, gut ausgebildete Leute (Pugliese 2002, 63). Allerdings wird dennoch häufig die mangelnde Mobilitätsbereitschaft der jungen Leute im Mezzogiorno trotz hoher Jugendarbeitslosigkeit betont. Der Grund für diese gegenüber den vorhergehenden Jahrzehnten deutlich geringere Wanderungsneigung ist in der Auflösung der Normalarbeitsverhältnisse zu sehen. Stabile, gut bezahlte, gewerkschaftlich geschützte Arbeitsplätze in großen Unternehmen werden immer seltener. Bei unterbrochenen und prekären Erwerbsbiographien werden aber andere Wege der Existenzsicherung wie z.B. Grundeigentum und die Reduzierung der Lebenshaltungskosten in lokalen Bezügen wieder wichtiger. Verbunden mit den Infrastrukturinvestitionen im Süden führt dies zu einer größeren Bleibetendenz trotz ungünstiger ökonomischer Entwicklung in der Region (Pugliese 2002, 66).

Diese große Binnenwanderung ordnet sich in den Prozess der Urbanisierung und De-Agrarisierung ein – von 1951 bis 1991 haben rund 6,5 Millionen Bauern in Italien ihr Land verlassen. 1951 betrug der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten 42,2%, 1971 17,2% und 1991 7,6%. Diese Landflucht war schneller und massiver als irgendwo sonst in Europa; dennoch blieb Süditalien stärker agrarisch geprägt als der Rest des Landes. Die

Landflucht hatte im Mezzogiorno zwei Etappen: eine erste, in der die Landarbeiter durch die zunehmende Mechanisierung verdrängt wurden, und eine zweite der aktiven, bewussten Flucht vor unzureichenden Arbeitsbedingungen und hin zu den lukrativeren Beschäftigungen in der Industrie (Pugliese 2002, 41-43).

Seit 1993 verzeichnet auch Italien ein negatives Geburten- und Sterbesaldo. Dabei ist die Natalität tendenziell im Norden noch niedriger als im Süden. Für Süditalien ist diese Entwicklung jedoch noch jüngeren Datums, so dass bisher das Verhältnis von Kindern und Jugendlichen (unter 15 J.: 16,7%) zu den Älteren (65 Jahre und älter: 16,5%) zahlenmäßig ausgewogen ist. Die Fruchtbarkeit der italienischen Frauen hat sich auf dem sehr niedrigen Niveau von durchschnittlich 1,26 Kindern (2002, 2001 waren es 1,25) stabilisiert. Damit weist Italien innerhalb der EU eine der niedrigsten Geburtenziffern auf. Der niedrigste jemals in der EU verzeichnete Wert von 1,19 Kindern wurde in Italien 1995 festgestellt. Der leichte Anstieg der Geburtenziffern seither ist ausschließlich der Entwicklung in Norditalien zu verdanken. Dort boten sich in der Mitte der 1990-er Jahre spektakulär niedrige Geburtenziffern (1,04 in Norditalien 1995), die bis 2002 auf den durchschnittsnäheren Wert auf 1,19 gestiegen sind. Dagegen ist die Tendenz fallender Geburtenzahl im Süden ungebrochen: 2001 1,39 Kinder pro Frau, 2002: 1,34. Wie in den anderen europäischen Ländern auch, hat sich in Italien das Durchschnittsalter bei der Erstgeburt immer weiter nach hinten verschoben und im Jahre 2000, dem letzten, für das entsprechende Daten vorliegen, die Schwelle von 30 Jahren überschritten – es liegt nunmehr bei 30,4 Jahren, während es 1980 bei 27,5 Jahren und 1990 bei 28,9 Jahren lag (Annuario Statistico Italiano 2003, 31f.).

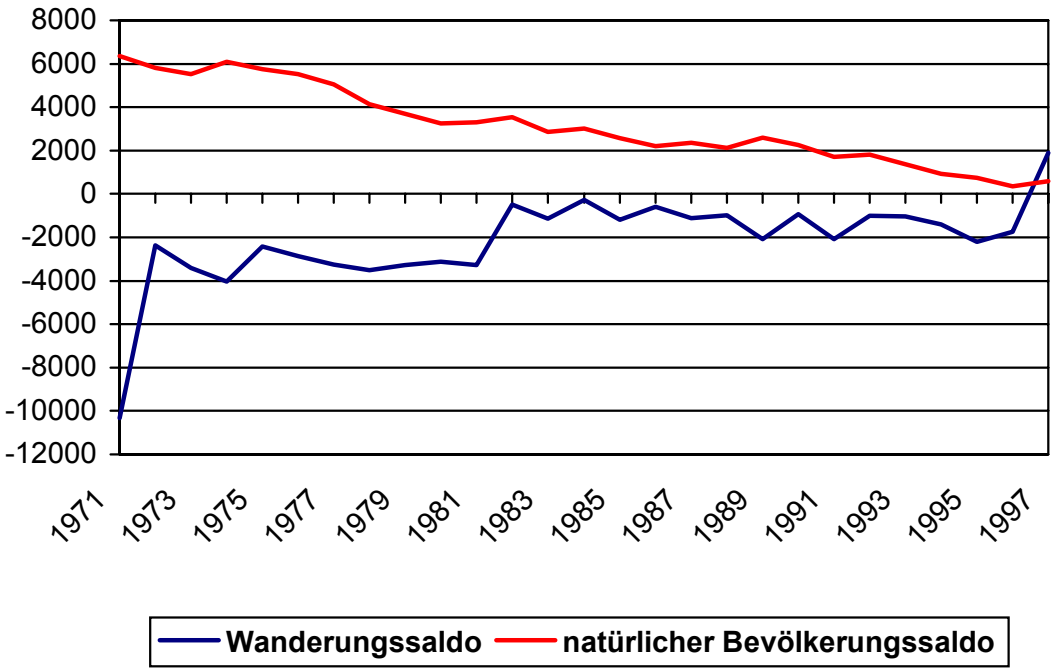
In Süditalien hat die höhere Geburtenrate noch bis Mitte der 1990-er Jahre die Abwanderung kompensiert. Abwanderung bedeutet im gesamten Süditalien vor allem, dass junge Menschen auf der Suche nach einem Arbeitsplatz die Region verlassen müssen. Die bisher unüberbrückten Disparitäten zwischen Norden und Süden haben diesen Abwanderungsstrom seit dem Zweiten Weltkrieg unausgesetzt in Gang gehalten. Durch das natürliche Bevölkerungswachstum und ausbleibende wirtschaftliche Entwicklung wurde kein neuer Gleichgewichtszustand der Bevölkerung erreicht (Rees u.a. 1997, VI). Während im Norden und im Zentrum Italiens die Urbanisierung längst abgeschlossen ist und eine Phase der Sub- und Deurbanisierung begonnen hat, spielt in der Basilicata und in anderen im Inland gelegenen, bergigen Regionen Süditaliens die traditionelle Landflucht nach wie vor eine Rolle. Der Unterschied zur Situation in Ostdeutschland liegt vor allem an den noch lange Zeit relativ hohen Geburtenraten in Süditalien, welche die Abwanderungsverluste kompensieren konnten.

Die Bevölkerungsdynamik in der Basilicata und ihre Auswirkungen auf die regionale Entwicklung seit 1945

Seit den 1970-er Jahren war die Bevölkerung in der Basilicata relativ stabil. Zwar gaben die Geburtenzahlen seit den 1980-er Jahren stark nach und liegen 2002 nur noch bei 1,23 Kin-

dern pro Frau (Istat Tavola 2.1), aber gleichzeitig sank auch die Abwanderung. Von 1971 bis 1991 nahm der Anteil der Unter-5-Jährigen von 28,4% auf 19,2% ab, gleichzeitig stieg der Anteil der 65-Jährigen und älteren von 10,1 auf 14,1%. Die bemerkenswerte natürliche Dynamik der Bevölkerungsentwicklung war in dieser Zeit ein wirksames Gegengewicht gegen die Abwanderung (Realtà ...1999:Teil 1, 3). Die Abwanderung hat sich gegen Ende der 1990-er Jahre weiter vermindert, wie die nachfolgende Grafik zeigt:

Abb. F6.3: Bevölkerungsbewegung in der Basilicata (Personen), 1971-1997



Eigene Darstellung auf Basis der Zahlen in Realtà...1999, Teil 1, Tab. 6

Von den 6140 Aus- und Abwanderern aus der Basilicata im Jahre 2002 wanderten 28% in andere Regionen in Süditalien, 22% nach Mittelitalien und der größte Teil, 38%, nach Norditalien; der Anteil der Emigranten ins Ausland betrug 12% (Quelle: Annuario Statistico Italiano 2003, Tavola 2.5, eigene Berechnungen).

Die Auswirkungen der Auswanderung und Abwanderung auf die sozialen Strukturen des Mezzogiorno werden in der Literatur übereinstimmend als fast ausschließlich positiv gewertet. Nur durch die Emigration konnte die traditionelle ländliche Armut, konnten Hunger, mangelnde Bildung und soziale Unfreiheit im Süden beendet werden. Auf dem Land ruhte weniger demografischer Druck, so dass sich die Einkommensverhältnisse vor Ort verbesserten. Durch die Rücküberweisungen der Emigranten konnte das Schulwesen ausgebaut werden,

so dass auch die im Lande Bleibenden Anteil an der zunehmenden sozialen Mobilität hatten (Pugliese 2002, 37).

Die Basilicata bildet ein interessantes Fallbeispiel für die Frage, ob Investitionen in das Humankapital, insbesondere durch bessere Ausbildungsangebote, für periphere Regionen eine erfolgversprechende Entwicklungsstrategie sind, oder ob diese Effekte durch Abwanderung wieder zunichte gemacht werden. Seit Beginn der 1990-er Jahre zahlt die Regionalregierung in der Basilicata für junge Graduierte, die in der Region ihren ersten Wohnsitz haben, eine EU-finanzierte Beihilfe, wenn diese – innerhalb oder außerhalb der Region – ein postgraduelles Studium (Master) aufnehmen. Über 1000 Individuen haben von dieser Beihilfe bis 2000 profitiert, und das Ziel für die Förderperiode 2000-2006 ist, mindestens weitere 2000 Beihilfen zu geben.

In einer empirischen Studie (Coniglio/Prota 2003) wurden alle Personen, die von 1991 bis 2001 einen solchen Zuschuss erhalten hatten, befragt, um Aufschlüsse darüber zu erhalten, ob es einer Region gelingen kann, Humankapital nicht nur zu bilden, sondern auch am Ort zu stabilisieren. Hierzu wurden Daten zum Ausbildungsstand, zur Stellensuche nach Abschluss der Ausbildung und zur Wanderungsneigung erhoben. Die Rücklaufquote war mit über 70% sehr hoch und die Daten damit sehr aussagekräftig. Es geht in der Studie darum, bei einer sehr homogenen Gruppe junger, leistungsstarker Hochschulabsolventen, die als Gruppe eine hohe Wanderungsneigung aufweisen, Bestimmungsfaktoren für Mikro-Unterschiede im Wanderungsverhalten zu erkennen.

Von den 700 Probanden wanderten 411 (58%) bis zum Zeitpunkt der Befragung (Frühjahr 2002) ab – demgegenüber betrug die Abwanderungsquote für Menschen derselben Alterskohorte (25-29 Jahre), aber aller Ausbildungsniveaus, in der Basilicata im Jahre 1997 nur rund 2%. Darüber hinaus zeigte sich, dass eine relativ große Zahl von Befragten zwar offiziell ihren ersten Wohnsitz in der Basilicata behielten, aber schon seit Jahren in anderen Regionen arbeiteten. Auf der Basis eines ökonometrischen Modells ergaben sich folgende Faktoren, welche die Wanderungsentscheidung beeinflussten: Die Wanderungswahrscheinlichkeit von Frauen war 8,7% höher als bei Männern; Menschen aus größeren Städten wanderten weniger häufig ab als solche aus kleinen Gemeinden; Ältere wanderten weniger häufig ab als Jüngere, MBA-Studenten häufiger als MA-Studierende anderer Fachrichtungen. Am wichtigsten waren aber die Effekte der Ausbildungsorte: Ein MA-Studium in der Heimatregion erhöht die Bleibewahrscheinlichkeit um 22,3%; ein Praktikum in der Heimatregion erhöht sie um 24%; umgekehrt stieg mit der Zahl der absolvierten Praktika (die überwiegend ja außerhalb der Basilicata stattfanden) die Abwanderungswahrscheinlichkeit. Auch diese Studie konnte wieder belegen, dass eigene Arbeitslosigkeit die Wanderungsneigung sinken lässt – dieser Effekt ist statistisch am signifikantesten von allen geprüften Variablen.

Die Wahl der Zielregion wurde durch unterschiedliche Faktoren, u.a. die Beschäftigungsmöglichkeiten, beeinflusst. Besonders signifikant erwiesen sich jedoch als Pull-Faktor die angenommene Lebensqualität der Zielregion (bestimmt durch kulturelles Angebot), als Haltefaktor die Heimatbindung an die Basilicata und als starker Push-Faktor eine hohe Rate an Kleinkriminalität. Die Autoren schlussfolgern, dass Regionalpolitik wirksame Maßnahmen zum Halten der Hochqualifizierten ergreifen kann, die nicht von der regionalen Wirtschaftskraft allein bestimmt sind: Innere Sicherheit, gutes Kulturangebot und die Verfügbarkeit von Hochschul-Studiengängen, die eine Verankerung in der lokalen Ökonomie haben (Coniglio/Prota 2003).

F 6.4 Politische Maßnahmen zur Stabilisierung der Bevölkerung

Familienpolitische Maßnahmen

Familienpolitik ist in Italien traditionell katholisch geprägt, und daran haben auch die Säkularisierungsversuche der letzten Jahre nicht viel ändern können. Deshalb genießt nach wie vor die auf die Ehe gegründete Familie deutliche Privilegien gegenüber nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern. Kindergeld wird in Italien in Abhängigkeit von der Familiengröße und dem Einkommen gezahlt, dabei entfällt es bei mittleren Einkommen; für Familien mit behinderten oder mit drei oder mehr Kindern gibt es Zuschläge. Erziehungsgeld wird nicht bezahlt, aber ein 10-11-monatiger Elternurlaub mit Stellengarantie ermöglicht die Betreuung der Kinder durch die Eltern für einige Zeit. Interessant dabei ist, dass ein Elternteil bei verheirateten Eltern maximal sechs Monate Elternurlaub nehmen darf, die anderen Monate stehen nur dem anderen Elternteil zu. Wenn ein Vater mehr als drei Monate Erziehungsurlaub nimmt, verlängert sich das Anrecht auf elf Monate (MISSOC-Info 01/2002).

Typisch für italienische Familienverhältnisse ist die hohe Bedeutung familiärer Netze als Solidaritätserbringer. So waren 48% der Italiener in einer Euro-Barometer-Umfrage der Meinung, die Sorge für ältere Menschen sei eine Pflicht der Kinder (EU-Durchschnitt: 37%). Diese Kohäsion der Familie bringt – zusammen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit – aber auch eine lange Verweildauer der jungen Menschen im elterlichen Haushalt mit sich, was durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit verstärkt wird. Die späte Berufseinmündung (mit 24 Jahren sind weniger als die Hälfte der jungen Italiener erwerbstätig) und späte Gründung eines eigenen Haushalts führt auch zu einem hohen Erstgeburtsalter. Armut von Familien spielt weiterhin eine Rolle, wobei 62,7% aller armen Familien im Süden leben – dort liegen 23,6% der Familien unterhalb der relativen Armutsschwelle (im Norden 5,7%, im Zentrum 9,7%) (Sgritta 2003).

Direkte Maßnahmen zur Beeinflussung des Wanderungsverhaltens

Hochinteressant ist der Versuch, in der Basilicata im Rahmen der EU-Regionalpolitik spezifische Programme für heimkehrende Emigranten aufzulegen. Das 2002 verabschiedete Gesetz ist im Anhang beigegeben und in Auszügen übersetzt. Es zeigt, dass die über 110 im Ausland existierenden Vereine von Lukanern als Ressource begriffen werden, die bewusst gefördert wird. Funktionierende Auswanderungsnetze können auch der Ansatzpunkt für Rückwanderung werden.

Auf regionalpolitischer Ebene wird in der Basilicata längst dem Umstand Rechnung getragen, dass Abwanderung sehr stark durch die besondere Qualität der Abwanderer bestimmt ist, dass also gerade die am besten Ausgebildeten und Dynamischen in zentrale, wirtschaftlich erfolgreiche Regionen abwandern und damit die Wachstumschancen der Herkunftsregion gefährden. Deshalb wurden spezielle Stipendien-Programme auf Master-Niveau aufgelegt, um genau diese Zielgruppe zu halten. Solche Investitionen in Humankapital auf regionaler Ebene, insbesondere durch Bereitstellen von sehr guten Ausbildungsangeboten auf Universitätsniveau, nützen aber nur dann der regionalen Entwicklung, wenn es gelingt, Hochqualifizierte auch nach Abschluss ihrer Ausbildung in der Region zu halten.

F 6.5 Überlebensstrategien auf lokaler Ebene: Das Dorf Cirigliano

Zusammenfassung

In Cirigliano, einem Dorf der Region Basilicata (früher: Lukanien) mit ca. 400 Einwohnern und mit hohen Abwanderungsverlusten im letzten Jahrhundert, wurde eine qualitative Feldstudien zur Sicht der Bewohner auf Probleme und Bewältigungsstrategien angesichts der Abwanderung durchgeführt. In Cirigliano wurden 7 Bewohnerinnen und Bewohner im Alter von 20 bis 72 Jahre ausführlich interviewt, darunter ein Kandidat für die Bürgermeisterwahl und der Präsident des Ortsvereins Pro-Loco. Weitere Interviews wurden mit dem Präsidenten der Kommission für die Lukanier in aller Welt und mit 3 nach Berlin ausgewanderte Lukaniern geführt

Das Dorf wird von allen Befragten als ausgesprochen schön beschrieben. Einheimische und Abgewanderte besitzen eine hohe Ortsverbundenheit. Als größtes Problem wird die Abwanderung der jungen Leute verbunden mit einem starken Bevölkerungsrückgang angesehen. Ursachen für die großen Abwanderungswellen in der Vergangenheit waren Armut und fehlende Arbeitsplätze. In der Gegenwart kommt der Abbau der Infrastruktur als weiterer Abwanderungsgrund hinzu. Die Strategien der Bewohner zum Ausgleich der infrastrukturellen Defizite beziehen sich in erster Linie auf die autoabhängige Mobilität.

Als wichtigste Strategie zur Ortsentwicklung und Attraktivitätssteigerung auf lokaler Ebene ist die Gründung des Kulturvereins Pro-Loco anzusehen. Darüber hinaus bestehen Pläne zur

Schaffung von Übernachtungsmöglichkeiten, zum Aufbau von Angeboten für den Agrotourismus und zur Vermarktung lokaler Agrarprodukte. Diese Pläne kommen aber aufgrund lokaler Streitigkeiten nur schleppend voran.

Neben der wirtschaftlichen Förderung strukturschwacher Gemeinden fördert die Regionalregierung durch ein besonderes Programm die Bindungen der in alle Welt ausgewanderten Lukanier an ihre Heimatregion.

Abschließend wird auf die Entwicklungschancen ländlicher Ortschaften unter dem Leitbild eines sanften Tourismus hingewiesen.

F 6.51 Zielsetzung und Methodik der Untersuchung

Die vorliegende Untersuchung basiert auf einer qualitativen Feldstudie in Cirigliano, einem kleinen Dorfes der Region Basilicata (früher: Lukanien). Ziel der Feldstudie war es, am Beispiel eines Dorfes mit starkem Rückgang der Einwohnerzahl durch Abwanderungen zu untersuchen, wie die verbleibenden Bewohner die Probleme und Folgen der Abwanderung erleben, welche persönlichen Strategien sie zur Bewältigung dieser Probleme entwickeln und welche Ansätze und Vorschläge sie für die Ortsentwicklung haben. Darüber hinaus sollte die Studie Material liefern für die Fotoausstellung „Altmark – Basilicata. Geschichten und Bilder vom Bleiben und Gehen“ (Dienel & Legewie 2004).

Zur Bearbeitung der Fragestellung führte der Autor anlässlich eines zweitägigen Aufenthalts in Cirigliano Anfang Juni 2004 mit Bewohnerinnen und Bewohnern des Dorfes 7 themenzentrierte qualitativen Interviews von je ca. 30 – 60 Minuten Dauer. Ein weiteres Einzelinterview erfolgte im Juli 2004 mit einem Politiker der Regionalregierung der Basilicata anlässlich seines Berlinbesuchs zur Präsentation von Regionalprodukten. Die Einzelinterviews wurden durch ein Gruppeninterview mit 3 in Berlin lebenden Lukaniern im Juli 2004 ergänzt. Alle Interviewten wurden zusätzlich für die geplante Fotoausstellung und fotografiert und verzichteten auf Datenschutz.

Tab. F6.1: Übersicht über die Interviewten

Nr.	Name	Geschl.	Alter	Wohnort	Beruf	Anmerkung
1	Ivan	m	20	Cirigliano	-	arbeitslos
2	Angelica	w	22	Cirigliano	-	arbeitslos
3	Donata	w	39	Cirigliano	Hausfrau	
4	Franco	w	40	Cirigliano	Ingenieur	Bürgermeister-Kandidat 2004
5	Tonino	m	54	Cirigliano	Gastwirt	Präsident Pro-Loco
6	Amalia	w	70	Cirigliano	Lehrerin	pensioniert

7	Gianbattista	m	72	Cirigliano	Arbeiter	Rentner
8	Rocco	m	62	Potenza	Politiker	Präsident Commissione dei Lucani nel Mondo
9	Pino	m	47	Berlin	Gastwirt	Associazione dei Lucani a Berlino
	Toni	m	43	Berlin	Kellner	
	Angela	w	72	Berlin	Küchenchef	

Die Auswertung der Interviews erfolgte mittels thematischer Strukturierung mit Hilfe des Softwaresystems für qualitative Datenanalyse ATLAS.ti. (Eine ausführliche Darstellung zur Methodik der Untersuchung und der Fotoausstellung findet sich in Legewie 2003).

F 6.52 Ortsbeschreibung

Die Ortschaft Cirigliano, Provinz Matera (Basilicata), liegt in einer waldreichen, dünn besiedelten und verkehrsmäßig wenig erschlossenen Region des Lukanischen Apennin, 656 m über dem Meeresspiegel. Die Gemeinde umfasst eine Fläche von knapp 15 qkm. Die Bevölkerung, offiziell noch mit knapp 600 Einwohnern angegeben, beträgt gegenwärtig laut Auskunft des Bürgermeisterkandidaten ca. 400 Einwohner. (s. http://www.basilicata.cc/lucania/cirigliano/index0.htm).

80 bis 90% der Einwohner sind nach Auskunft verschiedener Befragter über 60 Jahre und leben von ihrer Rente. Die durchweg bescheidenen Renten der Bewohner bilden heute die wichtigste ökonomische Basis des Ortes. Die Abhängigkeit von staatlichen Transfers in Form von Renten hat auch die sozialen Schichten in Cirigliano nivelliert: Es gibt weder extreme Armut noch größeren Reichtum.

Cirigliano leitet sich ab von einer Siedlung aus der Römerzeit; seine erste urkundliche Erwähnung geht auf das Jahr 1060 zurück. Das Erscheinungsbild zeigt bis heute die Spuren eines mittelalterlichen Burgdorfs (Borgo). Besonders markant ist das mittelalterliche kleine Kastell in der Dorfmitte mit seinem ovalen Turm, dem weithin sichtbaren Wahrzeichen von Cirigliano. Traditionelle Erwerbsquellen der Bewohner waren Landwirtschaft und Viehzucht. Die Einwohnerzahl lag bis 1900 bei deutlich über 1000, seit 1900 erfolgte durch die damals einsetzenden Abwanderungswellen ein stetiger Rückgang der Einwohnerzahl.

Die befragten Bewohner beschreiben Cirigliano als einen sehr schönen und einladenden Ort. Gelobt werden besonders die gute Luft, eine intakte Umwelt und das Fehlen von Stress. Als charakteristisch wird hervorgehoben, dass der Ort eine „große Familie“ ist, in der jeder jeden

kennt. Dies wird zum einen als Stärke des Ortes angesehen, zum anderen aber auch als Ursache für viel Klatsch und Missgunst unter den Bewohnern.

Die Ciriglianer werden als großzügig, gastfreundlich und ausgesprochen ortsverbunden bezeichnet, wobei die Offenheit gegenüber Fremden besonders hervorgehoben wird.

> *„Der Ciriglianer ist sehr verankert mit seinen Wurzeln, er lebt in seiner Gemeinde und ist stolz, in Cirigliano geboren zu sein.“* (Franco, 40 J.)

Die ästhetische Qualität des Ortes kommt auch bei der Beschreibung der Lieblingsplätze zum Ausdruck. Am häufigsten wird hier die Piazza als Ort des Zusammenkommens der Bewohner in der Dorfmitte genannt:

> *„Die Piazza ist der Ort, an dem das Leben unserer kleinen Gemeinde schlägt. Weil wir eine solche Piazza haben, beneiden uns vielleicht andere und sie können seine Bedeutung nicht verstehen. Auf der einen Seite der Piazza siehst du den weiten Horizont hinab ins Tal, auf der anderen Seite siehst du bis zu den Bergen. In Cirigliano haben sich immer alle auf der zentralen Piazza getroffen, die besten und die schlimmsten Ereignisse haben sich immer an diesem Punkt des Ortes zugetragen. Also manchmal setze ich mich dort auch einfach allein in die Sonne und hänge einfach Stunden lang meine Gedanken nach.“* (Tonino, 54 J.)

Weitere Lieblingsplätze sind der ovale Turm inmitten des Dorfes, die „kleine Madonna in der Grotte“ (ein von Bäumen umwachsener großer Findling etwas außerhalb des Dorfes, in den der Sage nach ein Sträfling eine Höhle für eine Madonnenstatue grub), und schließlich die umgebende Natur mit ihren Wäldern

Die meisten Befragten fanden, in Cirigliano gebe es kaum hässlichen Ecken. Als hässlich wurden von einem Befragten die unbewohnten, dem Verfall preisgegebenen Häuser am Ortsrand bezeichnet, eine Befragte nannte die Piazza als Ort des missgünstigen Dorfklatsches, eine andere erwähnte eine hässliche moderne Garage am Ortsrand, die errichtet worden war an der Stelle der ehemaligen überdachten Waschbottiche, an denen sich in ihrer Kindheit die Frauen zum Waschtag trafen.

F 6.53 Die Abwanderung

Die Abwanderung und ihre Folgen werden von allen befragten Dorfbewohnern als das wichtigste Problem der Gemeinde angesehen.

Das Schwinden der Einwohnerzahl geht zum einen zurück auf die Binnenmobilität innerhalb der Region Basilicata: Die Einwohner ziehen in nahe gelegene größere Gemeinden, in die beiden städtischen Zentren Potenza und Matera und in die wirtschaftlich besser gestellte Ebene in der südlichen Basilicata, das so genannte „Kalifornien des Südens“. Daneben besteht seit Jahrzehnten eine nennenswerte Abwanderung in die Ballungszentren von Rom und Neapel und in den industrialisierten Norden Italiens. Größte Bedeutung hatte und hat allerdings die Abwanderung ins europäische und außereuropäische Ausland: Gegenwärtig leben laut Auskunft des Präsidenten der Kommission für die Lukanier in der Welt ebenso viele Lukanier in der Basilicata wie im Ausland, nämlich jeweils ca. 600 000 Menschen.

Die erste große Abwanderungswelle begann zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufgrund der großen Armut und fehlender Arbeit in der fast ausschließlich von der Landwirtschaft abhängigen Region. Haupteinwanderungsländer waren damals die USA, Kanada und südamerikanische Länder, vor allem Argentinien. Aufgrund des Wirtschaftswachstums nach dem 2. Weltkrieg erfolgte eine 2. Abwanderungswelle ab den 50er Jahren, vornehmlich nach Norditalien und nach Deutschland. Diese Abwanderungswelle wurde noch verstärkt durch verschiedene Naturkatastrophen in den 70er Jahren, die im Bewusstsein der Dorfbewohner noch heute eine Rolle spielen:

> *„Viele Leute sind weggezogen wegen verschiedener Naturkatastrophen. Wir haben 1973 einen riesigen Erdrutsch gehabt, der nicht nur Cirigliano, sondern die ganze Gegend verwüstet hat. Danach gab es viele, die wegzogen, und dann haben sie ihre Angehörigen nachgeholt. Erst ist der Papa weggegangen, dann hat er den Sohn gerufen, dann die Schwester... Insgesamt sind viele Familien gegangen nach diesen Naturkatastrophen. Denn außer dem Erdrutsch gab es auch noch ein Erdbeben, ich glaube 1980, das dem Ort auch noch einen kräftigen Schlag versetzt hat.“* (Amalia, 70 J.)

Gegenwärtig wird von einer gewissen Stabilisierung der Abwanderung gesprochen, weil kaum noch ganze Familien abwandern, wohl aber die Jugendlichen.

Ursachen und Konsequenzen

Während in der Vergangenheit die absolute Armut größere Teile der Landbevölkerung zur Abwanderung zwang, waren es nach dem 2. Weltkrieg neben der Armut und fehlenden Arbeitsmöglichkeiten allgemein gesteigerte wirtschaftliche Ansprüche. In der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart stehen neben den weiterhin fehlenden Arbeitsplätzen die Folgeerscheinungen des Bevölkerungsrückgangs als Hauptmotiv für den Wegzugswunsch im Vordergrund. Hierzu zählen vor allem fehlende Infrastruktureinrichtungen, Ausbildungsmöglichkeiten und Feizeiteinrichtungen:

> *„Also ich, wenn ich es zu entscheiden hätte, würde weggehen. Denn Cirigliano ist winzig, hier gibt’s nichts, hier gibt’s keine Arbeit. Für uns Junge gibt’s hier nichts, die meisten Sachen sind für die Alten, die Bar, aber sonst gibt’s keine Unterhaltung.“* (Angelica, 22 J.)

Im Einzelnen werden von den Befragten folgende Konsequenzen der Abwanderung genannt:

1. Dramatischer Rückgang der Bevölkerung in den letzten 30 Jahren.
   „Als ich Cirigliano verlassen habe, hatte es fast 1200 Einwohner, als ich zurückgekommen bin, fast 400 weniger. Und inzwischen sind wir leider schon bei 400 Einwohnern angekommen.“ (Tonino, 54 J.)
2. Starke Überalterung der zurückgebliebenen Bevölkerung, bedingt durch Abwandern vor allem der jungen Leute und jüngeren Familien.
3. Schließung der Hauptschule und von weiterführenden Bildungseinrichtungen bis auf den Kindergarten und die Grundschule. Ab dem 10. Lebensjahr sind die Kinder gezwungen, die Schule im 14 km entfernten Nachbarort zu besuchen.
4. Fehlen von Geschäften für den täglichen Bedarf wie Bäcker, und Fleischer. Am Ort sind lediglich ein Lebensmittelladen, eine Bar und ein Restaurant außerhalb des Ortes verblieben.

5. Fehlende Einrichtungen für die Gesundheitsversorgung; für ärztliche Routineuntersuchungen müssen die überwiegend betagten Bewohner in den Nachbarort fahren.
6. Keine eigenständige Kirchengemeinde, sondern Betreuung der Gemeinde durch einen nur zeitweilig anwesenden Priester.
7. Fehlen von Sportmöglichkeiten und Freizeitangeboten, was vor allem für Jugendlichen und jungen Familien ein Hauptmotiv für die Abwanderung darstellt.
   „Ganz unabhängig von der fehlenden Arbeit, die natürlich viele zur Auswanderung treibt, denken auch viele, dass das Leben anderswo einfach schöner ist: Nach der Arbeit gibt es die Diskothek, das Kino, das Fitness-Center, den Tanz. Hier gibt's kein Kino und zum turnen muss man ins Nachbardorf fahren, also kann man abends nach dem Essen nur in die Bar gehen oder fernsehen." (Tonino, 54 J.)
8. Tägliche Fahrten zur Arbeit von bis zu 60 km auf engen kurvenreichen Bergstraßen mit dem eigenen PKW.
9. Leben in einer als vergreist und aussterbend wahrgenommenen Gemeinschaft, was als psychische Belastung erlebt wird, die zu Resignation, Alkoholkonsum und Depression führen kann.
10. Ein hohes Maß an Klatsch, Missgunst, Streit und persönlichen Feindschaften, das auf die dörfliche Enge und einseitige Altersverteilung der Bewohner zurückgeführt und für die Lähmung lokaler Initiativen mitverantwortlich gemacht wird.

Die aus all dem resultierende Resignation wird von Jung und Alt geteilt:

> *„Die meisten Leute sind leider alt – wenn es mehr junge Leute gäbe, wäre der Ort lebendiger. Die Alten gehen nicht raus, und wenn man durch das Dorf geht, wirkt es wie tot*." (Angelica, 22 J.)

> *„Es ist wirklich wahr, dass man in Cirigliano nicht leben kann. Keine Abwechslung, nichts, die Leute verbringen ihre Tage auf der Piazza, trinken auch noch usw. usw. Wenn einmal die Jugendkraft fehlt, was kann dann die Kraft der Alten bewirken? Nichts*." (Amalia, 70 J.)

Neben der Resignation findet sich vereinzelt auch Ärger oder Wut:

> *„Es gibt auch ein Gefühl der Wut, wenn ich denke, dass die Leute nicht bei der ersten Schwierigkeit weggehen müssen, die sie hier finden. Denn anderswo finden sie hinterher vielleicht hundert Schwierigkeiten, während sie hier vielleicht die Unterstützung der Gemeinde finden könnten."* (Tonino, 54 J.)

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass aus Sicht der Bewohner in einem Teufelskreis die negativen Folgen einer schon fortgeschrittenen Abwanderung zunehmend zum Hauptmotiv für die weitere Abwanderung der verbliebenen jungen Leute führt.

Persönliche Bewältigungsstrategien

Die in Cirigliano lebenden Menschen haben unterschiedliche persönliche Bewältigungsstrategien im Umgang mit den negativen Folgen der Abwanderung entwickelt.

Die immobilen alten Menschen tun sich angesichts der weitgehend weggebrochenen Infrastruktur besonders schwer, weil sie auf fußläufige Angebote angewiesen sind. Erschwerend kommen die bescheidenen finanziellen Mittel und ein eher niedriges Bildungsniveau hinzu (bis in die 50er Jahre gab es in den ländlichen Regionen der Basilicata noch einen nennenswerten Anteil an Analphabeten). Als Ausweichstrategie bleibt hier nur die Suche nach Hilfe und Unterstützung durch die wenigen jüngeren Bewohner und eine starke Reduzierung der Ansprüche. Die Alltagsbeschäftigungen der Alten beziehen sich auf die sorgfältige

Haushaltsführung und Reinigung der Straße vor der eigenen Haustür, teilweise auch Garten- und Feldarbeit. Als Zerstreuungen dienen Gespräche, Kartenspiel und Dorfklatsch auf der Piazza, in der Bar und bei Nachbarschaftsbesuchen. Einige wenige alte Bewohner betätigen sich auch im Ortsentwicklungsverein Pro-Loco. Auch die Pflege der vielen Streitigkeiten und Feindschaften – bis hin zum Prozessieren mit den Nachbarn – können als eine Form der Bewältigung von Langeweile angesehen werden.

Die Bewohner und Familien mittleren Alters nutzen als wichtigste persönliche Bewältigungsstrategie ihren PKW zu Fahren in die nähere und weitere Umgebung, wobei fast jeder Erwachsene sein eigenes Auto hat. Hierher gehören Fahrten zur Arbeit, zum Einkaufen und zu Freizeitangeboten in den größeren Nachbarorten bis hin zu den Provinzzentren Potenza und Matera.

In besonderer Weise sind Eltern mit jüngeren Kindern, die selber noch nicht Auto fahren können, gefordert:

> *„Wir haben einen 8jährigen Jungen. In seiner Schulklasse gibt es 4 Mädchen und ihn als einzigen Jungen, so dass er sich nicht mit gleichaltrigen Jungen auseinander setzen kann. Es fehlen auch Sportmöglichkeiten, so dass ich ihn zweimal die Woche nach Stigliano zum Fußball spielen fahre, damit er mit gleichaltrigen Jungen Sport treiben kann. Das Elend ist, dass du für alles was du brauchst aufs Auto angewiesen bist.“* (Donata, 39 J.).

Neben Beruf und Familie bietet sich die Möglichkeit zu kultureller Aktivität im Rahmen des Ortsentwicklungsvereins Pro-Loco:

> *„Mit Pro-Loco versuchen wir jedes Jahr, den historischen Karneval wieder auf die Beine zu stellen, auch wenn es immer schwieriger wird. Denn um diesen Karnevalszug zu machen, braucht man viele Leute, die Jahr für Jahrmehr fehlen. Manchmal haben wir nicht mal die 12 Personen, die die 12 Monate des Jahres darstellen.“* (Donata, 39 J.)

Ein weiterer Ansatzpunkt für sinnstiftendes Engagement und Empowerment, der durch die bis heute erhaltende Selbstständigkeit der kleinen Kommune ermöglicht wird, ist die Kommunalpolitik:

> *„Die Politik, das ist eine halbe Verrücktheit, auf die ich mich dieses Jahr eingelassen habe. Wir sind eine Gruppe von Freunden, die alle in Cirigliano leben , und wir haben eine Liste für die Kommunalwahlen gemacht. Alle zusammen erleben wir die Freuden und vor allem auch die Nachteile ,die uns dieser Ort bietet. Wir haben uns zusammengefunden, um zu versuchen, eine „Wende“ zu erreichen. Das ist vielleicht ein bisschen vermessen, aber wenn’s nicht vorwärts geht, können wir vielleicht verhindern, dass dieser kleine Ort noch weiter zurückfällt.“* (Donata, 39 J.)

Subjektiv am unzufriedensten mit der Lebenssituation sind die wenigen verbliebenen Jugendlichen, die sich in Cirigliano vereinzelt und fehl am Platz fühlen:

> *„Cirigliano ist ein ruhiges Dorf, aber es ist zu ruhig. Hier leben 300 Leute, sogar ein paar weniger. Wenn man Mädchen treffen will, muss man in die Nachbarorte fahren, Stigliano oder so. Die meisten gehen weg, wir werden immer einsamer hier, immer weniger. Vor allem im Winter, wenn man rausgeht, dann ist da niemand mehr, nicht mal, um zwei Worte zu wechseln.“* (Ivan, 20 J.)

Der Besuch von Freizeitaktivitäten ist vom Auto abhängig. Soweit Jugendliche sich kein eigenes Auto leisten können, sind sie auf die Eltern angewiesen. Strategien gegen die Lange-

weile beziehen sich auf Freizeitangebote außerhalb des Ortes, wo auch die sozialen Kontakte gesucht werden, bei Mädchen auch auf private Hobbies wie Handarbeiten, schließlich auf Rückzug und das Warten auf Abwanderung.

Abwanderer und Rückkehrer

Von allen Befragten wird die starke Bindung der Abgewanderten an ihren Heimatort betont. Die Ortsverbundenheit zeigt sich vor allem, darin, dass viele ehemalige Ciriglianer im August ihre Sommerferien in Cirigliano verbringen. Sie kommen in größerer Zahl von Amerika, aus Deutschland und aus norditalienischen Städten wie Mailand und Turin. Eine größere Zahl besitzt auch in Cirigliano eine Ferienwohnung. Das führt dazu, dass sich im August das Leben in Cirigliano ändert:

> *„Im Sommer kommen sie fast alle, denn sie haben zum Teil noch ihre alten Eltern hier oder wegen der Verbundenheit, die sie mit dem Dorf verspüren. Es ist wirklich ein schönes Gefühl, dann ist es sehr lebendig hier. Auch wenn es ihnen gut geht wo sie sind, haben sie Heimweh nach ihrem Dorf."*

Die meisten verbliebenen Einwohner der mittleren Generation der etwa 30 – 55jährigen haben einige Jahre zu Ausbildungszwecken und/oder wegen einer Arbeit außerhalb von Cirigliano gelebt und haben vor der Alternative einer Rückkehr oder Abwanderung gestanden. Die komplexe Motivstruktur bei dieser Entscheidung sei an drei Fallbeispielen dargestellt:

<u>Rückkehr nach kürzerem Arbeitsaufenthalt in Bari (Süditalien)</u>

Donata, 39 Jahre, ist in Cirigliano geboren und aufgewachsen. Als Älteste von 5 Kindern konnte sie sich keine großartige Ausbildung leisten. Sie besuchte bis zum Alter von 14 Jahren in Cirigliano die damals noch existierende Hauptschule und erwarb anschließend im Nachbarort Stigliano den Abschluss einer Handelsschule. Als sie später heiratete, zog sie für 2½ Jahre zu ihrem Mann nach Bari, der dort eine Arbeit gefunden hatte. Die Zeit in Bari ist für sie hart gewesen, sie fand auch dort keine Arbeit und fühlte sich isoliert. Die Initiative zur Rückkehr nach Cirigliano ging jedoch in erster Linie von ihrem Mann aus, der selber als dreijähriger mit seinen Eltern nach Turin zu den FIAT-Werken abgewandert war, aber seine Sommerferien regelmäßig in Cirigliano verbracht hatte und deshalb unbedingt dort leben wollte. Donatas Bilanz:

> *„Weil ich nicht stark genug war, bin ich fort gegangen und zurückgekehrt. War das ein Segen oder ein Fehler? Ich weiß es nicht."*

<u>Rückkehr nach erfolgreicher Karriere in Rom</u>

Tonino, 54 Jahre, ist in Cirigliano vaterlos aufgewachsen. Die 50er Jahre erinnert er als eine harte Zeit, seine Muter versuchte jedoch, ihn die Armut möglichst wenig spüren zu lassen. Nach Abschluss der Hauptschule absolvierte er eine Ausbildung auf einer Hotelfachschule in der Provinz von Neapel und kehrte danach nach Cirigliano zurück, ohne dort eine passende Arbeit zu finden. Als er 16 Jahre war erkrankte seine Mutter und er war auf sich allein ge-

stellt. Mit einer in Cirigliano geschneiderten weißen Jacke im Pappkoffer seiner Mutter und 10.000 Lire geliehenen Geldes in der Tasche zog er nach Rom, wo er Arbeit als Kellner fand. Nach 4 Monaten konnte er das geliehene Geld zurückzahlen.

Tonino hatte in Rom Gelegenheit, in erstklassigen Hotels zu arbeiten, er hatte Kontakt mit der „Crème Europas“, er bediente Andreotti, Willy Brandt, Gustav von Schweden. Später eröffnete er ein eigenes Restaurant in der noblen Via Cavour. Er lernte in Rom seine Frau kennen, seine Tochter dort wurde geboren.

Doch nach 22 erfolgreichen Jahren in Rom spürte er das Verlangen, in seine Heimat zurückzukehren:

> *„Als ich hier ankam, bin ich für mich eine Wette eingegangen. Ich hatte bei Null angefangen, als ich nach Rom gegangen war, aber als ich zurückgekommen bin, hatte ich einiges Geld gespart, und auch mit Hilfe der Kommune konnte ich da mein Restaurant aufmachen.. Ich habe dann versucht, andere Leute einzubeziehen und mich in Cirigliano zu engagieren. Denn ich habe gesehen, dass die jungen Leute herumhingen, auf den Mäuerchen der Piazza, oder in der Bar beim Trinken, und es gab keine Kultur mehr. Also habe ich 1988, 89 den Heimatverein Pro-Loco gegründet.“*

Auswanderer als Botschafter lukanischer (Ess-)Kultur in Berlin

Pino, 47 Jahre, ist in Scansano (Basilicata) geboten, einem Ort an der Küste. Sein Mutter war 1950 mit 18 Jahren aus Cirigliano nach Scansano gezogen, weil es dort durch die Landreform Grundstücke gab. Pinos Vater arbeitete zunächst in der Fabrik und eröffnete später ein Restaurant in Scansano. Damals hatte Pino schon in verschiedenen europäischen Hauptstädten im Gastronomiegewerbe gearbeitet, zuletzt in Berlin. Der frühe Tod des Vaters machte es erforderlich, dass er zurückkam und sich um das elterliche Restaurant kümmerte. Er fühlte sich jedoch in der Kleinstadt nicht wohl und kehrte nach Berlin zurück, als sein jüngerer Bruder alt genug war, das Restaurant zu übernehmen. Als der Bruder heiratete und die Mutter damit in Scansano abkömmlich wurde, eröffnete Pino ein eigenes Restaurant für lukanische Spezialitäten und holte seine Mutter als Küchenchefin nach Berlin.

Pino bezieht für sein Restaurant und seine Gäste Öl und Wein aus Cirigliano, er setzt sich für die lukanische Kultur in Berlin ein, ist aktives Mitglied in der Gesellschaft der Lukanier in Berlin (Associazione dei Lucani a Berlino) und hat ein Buch über seine Familie und über Cirigliano in italienischer und deutscher Sprache herausgegeben. Pino fühlt sich nicht als klassischer Auswanderer:

> *„Vielleicht stimmt es gar nicht, dass ich ausgewandert bin. Ich habe mich eher entschieden, aus einer Gesellschaft, die mir zu eng war, kulturell zu eng, wegzugehen, und ich brauchte neue Räume, neue Horizonte. Es war keine wirtschaftliche Emigration, sondern eine kulturelle. Und dann habe ich das realisiert, meinen Platz in Berlin zu finden, einer ziemlich offenen Stadt. Ich habe gedacht, dass ich mich mit den Dingen ausdrücken sollte, die ich beherrschte. Ich habe von der Familie gelernt, ein Restaurant zu betreiben, also habe ich ein Restaurant aufgemacht. Doch ich wollte kein normaler Restaurantchef sein. So ist dieses Restaurant, das ich aufgemacht habe, ein bisschen ein Vehikel geworden, um die Kultur meines Herkunftslandes, nämlich der Basilicata, zu vermitteln. Auch über unsere typische Küche, das glauben wir. Denn un-*

sere Gerichte sind fast alle lukanisch, wir haben keine italienische Küche, sondern wirklich regionale Gerichte. Das hat mich vielleicht noch mehr mit meiner Heimat verbunden."

Die Fallgeschichten zeigen ein breites Spektrum unterschiedlicher Abwanderungs-, Rückkehr- und Bleibemotive. Ökonomische, familiäre und kulturelle Faktoren wirken bei Entscheidungen zum Bleiben in der Heimat oder der neuen Wahlheimat oder aber zur Rückkehr. Es wird aber auch deutlich, in welchem Maße sowohl Rückkehrer den Heimatort befruchten können, als auch Auswanderer mit emotionalen und kulturellen Ortsbindungen für die Herkunftsregion bedeutsam werden können.

F 6.54 Lokale und regionale Entwicklungsstrategien

Initiativen und Ideen zur lokalen Entwicklung

Der Ortverein Pro-Loco leistet als bisher einzige Initiative einen bedeutsamen Beitrag zur kulturellen Entwicklung von Cirigliano. Die Pro-Loco wurde 1988 auf Initiative des Ciriglianer Restaurantbesitzers Tonino gegründet mit dem Ziel, das soziale und kulturelle Leben in Cirigliano zu fördern, Cirigliano bekannt zu machen und die Verbindung zu den Emigranten nicht abreißen zu lassen. Der Gründer und Präsident Tonino ist bis heute der Motor von Pro-Loco, ohne dessen Initiative der Verein kaum weiter bestehen würde. Bei Gründung des Vereins hatten sich zunächst 100 Bewohner als Mitglieder eingeschrieben, davon sind gegenwärtig 30 übrig geblieben, 15 Personen arbeiten gelegentlich mit , 4 sind regelmäßig aktiv, wenn es um die Vorbereitung von Veranstaltungen und Projekten geht.

Die Aktivitäten des Vereins beziehen sich – neben dem Unterhalt eines Ortsbüros und der Gestaltung einer Broschüre und Internetseite zu Cirigliano (s. www.basilicata.cc/lucania/cirigliano/index0.htm) – auf jährlich wiederkehrende Projekte wie die Organisation von Veranstaltungen auf der Piazza im August, die Verleihung des Kulturpreises „Torre d'Argento" (mit dem ovalen Turm als Wahrzeichen von Cirigliano) für Lukanier, die sich auf ihrem Gebiet besonders ausgezeichnet haben, und die Wiederaufführung des bis ins 13. Jahrhundert zurückreichenden „historischen Karnevals". Der Kulturpreis ist in diesem Jahr zum 15. Mal verliehen worden und hat dazu geführt, dass Cirigliano über die Basilicata hinaus in Italien bekannt geworden ist:

„Man muss wirklich zugeben, dass die Pro-Loco dem Ort ein Image gegeben hat. Es ist schon ein optimales Resultat, dass ein so kleiner Ort durch den „Torre d'Argento" und den Karneval jedes Jahr landesweit in den Medien erscheint." (Franco, 40 J.*)*

Das Engagement der Bewohner in Projekten der Pro-Loco trägt zur Stärkung der lokalen Identität bei und fördert gleichzeitig die sozialen Beziehungen der Bewohner unter einander :

„Durch Pro-Loco versuchen wir auch, eine Änderung der Mentalität zu erreichen. Ich habe versucht, ganz unterschiedliche Leute einzubeziehen, die vorher nicht einmal miteinander gesprochen hätten. Nur ein Beispiel: Wir sind mit unserem Karneval in einem Bus nach Venedig und Apulien gereist – mit 54 Leuten, die sich zu Hause teilweise nicht einmal angeschaut hätten." (Tonino, 54 J.)

Die einzige weitere Initiative ist die BRAMA (Consorzio operatori turistici), ein Zusammenschluss von Unternehmern aus der Touristikbranche in fünf benachbarten Gemeinden zur Gestaltung gemeinsamer Werbemaßnahmen. Cirigliano ist hier allerdings nur mit dem von Tonino betriebenen Restaurant vertreten.

Die Ideen der Befragten zur wirtschaftlichen Entwicklung beziehen sich auf folgende ausbaufähige Bereiche:

- Es gibt bisher keine Übernachtungsmöglichkeiten für Touristen am Ort. Seit längerem sind deshalb ein kleines Hotel und/oder Ferienwohnungen geplant. Dafür würden sich auch alte Häuser im mittelalterlichen Ortskern eignen.
- Gute Chancen für die Entwicklung werden – neben Angeboten für kulturell interessierte Touristen – im Agrotourismus und in der Erschließung der umliegenden Wälder für Wanderer gesehen.
- Daneben sollten die hochwertigen traditionellen Agrarprodukte, z.B. hochwertiges Olivenöl, systematisch vermarktet werden.

Die genannten Vorhaben sind teilweise seit Jahren im Gespräch. Ihre Umsetzung ist bisher immer wieder gescheitert an Uneinigkeit und Streitereien der Bewohner untereinander und an einer korrespondierenden Blockadepolitik im Gemeinderat.

Regionalpolitik: Förderung der Lukanier in der Welt

In der Politik der Regionalregierung der Basilicata (s. www.regione.basilicata.it/Giunta/) wird die Abwanderung als Jahrhundertproblem wahrgenommen. Bezüglich der Strategien zur Verminderung der Abwanderung bzw. zur Förderung der Rückwanderung wird unterschieden zwischen Binnenmobilität, d.h. Abwanderung aus der Basilicata in andere Regionen Italiens, und Emigration, d.h. Abwanderung ins Ausland. Ein gewisses Ausmaß an Abwanderung durch Binnenmobilität und Emigration wird als positiv für die Regionalentwicklung gewertet, da durch die Arbeitsleistung der Abgewanderten sowohl ein Kapitalfluss in die Region erfolgt als auch neue Ideen, Know how und Initiativen in die eher statischen ländlichen Gemeinden gelangen. Übersteigt die Abwanderung jedoch einen kritischen Wert, so wird sie als verhängnisvoll für die weitere regionale Entwicklung angesehen, weil das humane Potenzial für Neuerungen und Initiativen verloren geht.

Die Binnenmobilität wird in erster Linie als ökonomisches Problem angesehen, das durch Wirtschaftsförderung mit Mitteln aus regionalen, nationalen und EU-Fonds angegangen wird. Hier sind in den letzten Jahren in der südlichen Basilicata und den Provinzzentren Matera und Potenza beträchtliche Erfolge erzielt worden, die jedoch abgelegene Landesteile mit ihren kleinen Dörfern nicht erreicht haben, sondern eher noch durch Binnenmobilität innerhalb der Basilicata deren Entvölkerung vergrößert haben.

Besonders interessant für den europäischen Vergleich ist das umfangreiche politische Programm für die in alle Welt ausgewanderten Lukanier (Lucani nel mondo). Die Förderung bedient sich zum der durch ein Gesetz des Jahres 1990 geschaffen Commissione dei Lucani nel Mondo (Kommission der Lukanier in aller Welt), und zum anderen der historisch gewachsnen Lukanier-Vereinigungen im Ausland.

Seit Beginn der Auswanderungswellen um 1900 haben die Emigranten in ihren Aufnahmeländern Lukanier-Vereinigungen gegründet, die sich auf den Herkunftsort und den dort verehrten Schutzpatron bezogen, der als Kopie mit in die Fremde auswanderte. Die Vereine nehmen neben religiös-kulturellen Funktionen (u.a. jährliche Feier des Patronatsfestes mit Prozession des Heiligen) auch die Funktion einer Solidargemeinschaft war. Weltweit gibt es über 200 solcher Vereine, davon allein 24 in Buenos Aires. Ausländische Lukanier-Vereinigungen werden durch Eintrag in eine Liste der Regionalregierung offiziell anerkannt, wenn sie mindestens 50 Mitglieder nachweisen können.

Die Commissione dei Lucani nel Mondo (www.regione.basilicata.it/Consiglio/lucaninelmondo/) setzt sich zusammen aus pro Gastland gewählten Vertretern der Lukanier-Vereinigungen in der Welt, Vertretern der Regionalregierung und der Opposition, des Arbeitsressorts, der Universität Potenza, der Arbeitgeber und Gewerkschaften. Bei Verabschiedung des Haushalts erhält die Commissione dei Lucani nel Mondo jährlich einen eigenen Etat zugewiesen, mit dem sie ihre Programme und Projekte finanzieren kann. Die Kommission finanziert, initiiert und begleitet u.a. folgende Programme: Finanzielle Unterstützung aller anerkannten Lukanier-Vereinigungen in der Welt, Finanzierung von Kursen zur Pflege der lukanischen Sprache und Kultur für lukanische Emigranten und deren Nachkommen an der Universität Potenza, Übernahme von Reisekosten zum Besuch des Heimatorts für bedürftige Emigranten, Unterstützungsprogramm für Not leidende alte Menschen in Lateinamerika, Kurse für Emigranten, die in ihrem Aufnahmeland traditionelle lukanische Produkte herstellen wollen, Veranstaltungen zur Präsentation von lukanischer Kultur, Tourismus, Gastronomie im Ausland und Unterstützung von Existenzgründungen rückwandernder Emigranten und schließlich der Aufarbeitung der Geschichte der Lukanier in aller Welt durch Oral-History-Projekte, die durch Vergabe von Literaturpreisen gefördert werden.

F 6.55 Ausblick

Am Ende des Interviews antworteten die Interviewten auf die Frage, wie sie sich die Zukunft von Cirigliano im Jahre 2030 vorstellen. Alle Befragten teilten die Überzeugung, der Ort werde im Jahre 2030 nicht mehr existieren:

> *„Wenn ich realistisch bin, sind die Aussichten schlecht: 2030 wird hier niemand mehr leben.“* (Angelica, 22 J.)

> *„Ich bin nicht optimistisch für die Zukunft von Cirigliano, weil der Ort zu wenig menschliche Ressourcen hat. Vergangenes Jahr eine Geburt, dies Jahr eine Geburt, wenn ich das hochrechne, bedeutet es , dass in den nächsten 25 Jahren 20 bis 30 Personen geboren werde – doch wie viele werden im gleichen Zeitraum weggehen? Außerdem besteht die heutige Population vor allem aus Rentnern, denen ich ein langes Leben wünsche. Aber in 25 Jahren?“* (Franco, 40 J.)
>
> *„2030 wird es kein Leben in Cirigliano mehr geben, denn wenn diese Generation, wenn die Alten sterben, werden langsam auch die anderen weggehen. Sie werden nur zurückkehren, wenn sich alles grundlegend ändern würde. Leider ist Cirigliano dazu bestimmt, zu verschwinden.“* (Amalia, 70 J.)

Diese pessimistischen Sicht der Bewohner bildet einen Kontrast zu neueren Überlegungen und Trendentwicklungen, wonach im Zuge der progressiven Verstädterung ehemals rückständige ländliche Regionen mit Stärken wie intakte Natur und Umwelt, traditionelle regionale Produkte in biologischem Anbau, kulturelle Traditionen des ländlichen Raumes einen zunehmend wichtigeren Stellenwert als Erholungsgebiete für die städtische Bevölkerung gewinnen (s. dazu Dienel et. al. 2004). Nach Einschätzung des Autors bietet der Ort Cirigliano gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ortsentwicklung unter dem Leitbild eines sanften und nachhaltigen Tourismus. Dass diese Chancen gegenwärtig noch nicht wahrgenommen können werden, wird von den befragten Bewohnern nicht zuletzt auf mentale Barrieren zurückgeführt. Erfolg versprechende Entwicklungsprogramme müssten dementsprechend zur Überwindung mentaler Innovationsbarrieren beitragen und begleitet werden von gemeindepsychologischen Maßnahmen wie dem Empowerment der Bewohner und der Einführung einer partizipativen Planungskultur (s. Trojan & Legewie 2001).

Ländliche Rückzugsorte wie Cirigliano haben zukünftig europaweit eine wichtige gesellschaftliche Funktion und sollten deshalb nicht abgeschrieben werden!

F 6.6 Literatur

Annuario statistico italiano 2003. Roma: Instituto Nazionale di Statistica.

Beschreibung der sozialen Lage in Europa 2001 (2001). Hrsg. v. Eurostat. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Bianchi, Luca/Mariotti, Ilaria (2003): Mezzogiorno and SEEC: do they compete in the attraction of Italian relocating SMEs? Draft paper for RSA INTERNATIONAL CONFERENCE: Reinventing Regions in the Global Economy. 12th-15th April 2003, Pisa.

Coniglio, Nicola D./Prota, Francesco (2003): Human Capital Accumulation and Migration in a Peripheral EU Region: the Case of Basilicata. Paper prepared for the the International Conference on “Reinventing Regions in the Global Economy, Regional Studies Association, Pisa 12-15 April 2003.

Dienel, C. & Legewie, H. (2004): Altmark – Basilicata. Geschichten und Bilder vom Bleiben und Gehen. Fotoausstellung auf der Abschlusskonferenz zum Projekt „Zukunftschancen junger Frauen und Familien in Sachsen-Anhalt.“ 18. – 19. November 2004, Magdeburg

Dienel, H.-L., Meier-Dallach, H.-P., Schröder, C. (2004) (Hg.): Die neue Nähe - Raumpartnerschaften verbinden Kontraträume. Franz Steiner Verlag Stuttgart

Fontana, Sigrid u.a. (2002): A`Muntagnola. Die Basilicata und ihre Küche. Eine Entdeckungsreise. Berlin. (geschrieben von einem Team nach Berlin ausgewanderter Lukaner, die für die Studie auch als Interview-Partner zur Verfügung standen)

La realtà socioeconomica della Basilicata (1999). A cura di Raffaelo Anzalone. Potenza: Consiglio Regionale di Basilicata. Schede di Documentazione. Ufficio del Sistema Informativo. 1. La Populazione. 2. Il prodotto interno lordo. 3. Il mercato del lavoro.
Legewie, H. (2003) (Hrsg.): Erzählungen und Bilder der Stadt: Lebensqualität und Tourismus in historischen Vierteln von Florenz und Berlin. Schriftenreihe des ZTG, Zentrum Technik und Gesellschaft, Technische Universität Berlin
Missoc-Info 01/2002. Family Benefits and Family Policies in Europe.
Pugliese, Enrico (2002): L'Italia tra migrazioni internazionali e migrazioni interne. Bologna.
Rees, Philipp/Todisco, Enrico/Terra Abrami, Valerio/Durham, Helen/Kupiszewski, Marek (1997): Internal Migration and Regional Population dynamics in Europe. Italy Case Study. Report for the Council of Europe and the European Commission.
Rossi, Ugo (2003): New Regionalism encounters uneven development: The case of the Mezzogiorno of Italy. Paper prepared for the the International Conference on "Reinventing Regions in the Global Economy, Regional Studies Association, Pisa 12-15 April 2003.
Sgritta, Giovanni (2003): Key Family Issues in Italy. Summary Report. European Observatory on the Social Situation, Demography and Family at the Austrian Institute for Family Studies (ÖIF), Wien.
Trojan, A. & Legewie, H. (2001): Nachhaltige Gesundheit und Entwicklung -Leitbilder, Politik und Praxis der Gestaltung gesundheitsförderlicher Umwelt- und Lebensbedingungen. Frankfurt: VAS Verlag für Akademische Schriften

F 6.7 Anhang: Text des Gesetzes zugunsten der Lukaner im Ausland

Legge 3 maggio 2002, No 16 (Übersetzung in Auszügen C.D.)

Art. 1: Zielsetzung

1. Die Region Basilicata handelt im Rahmen der Regionalplanung, um den Problemen der Emigration entgegen zu treten und, in der Ausführung der Prinzipien dieses Status, im Umfang ihrer Zuständigkeiten und in Übereinstimmung mit den Initiativen der dafür zuständigen Organe des Staates und der EU, definiert die notwendigen Maßnahmen, um die Rückkehr von Emigranten zu unterstützen:

a) Soziale Maßnahmen und Unterstützungsleistungen zu Gunsten ausgewanderter Arbeiter und ihrer Familien

b) Verbreitung der Kultur unter den Emigranten, um die Herkunftsidentität zu stützen und zu fördern und die Beziehungen zur Heimatregion wach zu halten

c) Interventionen, im Rahmen der Regionalplanung und der Beschäftigungspolitik, um die Eingliederung und Wiedereingliederung der in die Basilicata zurückkehrenden Auswanderer in das soziale Leben und in die regionalen produktiven Tätigkeiten zu erleichtern.

d) Die Förderung und Finanzierung von Konferenzen, Vereinbarungen und Protokollen mit an der Einwanderung interessierten Regionen auf der Basis universitärer Institutionen

Art. 2: Förderberechtigte

1. Auf die Förderung haben ein Anrecht: Lukaner, die zur Arbeitsaufnahme ausgewandert sind, und ihre Familien. (...)

Art. 3-6: (Formale Regelungen)

Art. 7: Aufgaben der Kommission

Die Regionale Kommission der Lukaner im Ausland hat die folgenden Aufgaben:

a) sie schlägt Dreijahres- und Einjahresprogramme der Aktivitäten und die Kriterien der Förderwürdigkeit der Vereine vor.

b) sie studiert das Phänomen der Auswanderung in seinen Ursachen und in den Auswirkungen auf die Wirtschaft und das soziale Leben der Region (...)

c) sie formuliert Vorschläge hinsichtlich der Beschäftigung, auch in Zusammenarbeit mit den dafür zuständigen Organen (...)

d) sie macht den dafür zuständigen Organen Vorschläge für Gesetzentwürfe für den Schutz der Emigranten (...)

e) sie zeigt die Möglichkeit zur Zusammenrufung und Organisation von Konferenzen auf (...)

f) sie schlägt Programme zur sozialen Wiedereingliederung und Unterstützungsmaßnahmen und Aktivitäten für Einzelpersonen oder Verbände vor, in den Sektoren des Handwerks, des Handels, der Landwirtschaft, des Tourismus und allen anderen Sektoren, die in die regionale Zuständigkeit fallen

g) sie schlägt Jahresprogramme für Aktivitäten zur Bewahrung der historisch-kulturellen Identität der im Ausland wohnenden Lukaner vor (...)

h) sie schlägt die Organisation, von Kultur- und Studienreisen (...) auf dem Gebiet der Region vor, die den Kindern der ins Ausland Emigrierten vorbehalten sind, ebenso wie kulturellen Austausch zwischen diesen und Schülern die in der Basilicata wohnen, oder auch Aufenthalte von älteren Emigranten, die im Ausland wohnen, insbesondere wenn diese nach Zeugnis der Konsularbehörden bedürftig sind.

i) sie schlägt die Organisation (...) von Weiterbildungsprojekten und kulturellen Initiativen und unterschiedlichen Angeboten vor, die den Auswanderern und ihren Kindern vorbehalten sind (...)

Art. 8-18: (verfahrensmäßige Fragen)

Art. 19: Regionale Initiativen

1. Die Region, um die Ziele dieses Gesetzes zu erreichen,

a) unternimmt , auch zusammen mit dem Außenministerium, adäquate Initiativen zur Unterstützung, kulturellen und sozialen Förderung der aus der Basilicata ausgewanderten Arbeiter und ihrer Familien (...)

b) fördert Studien, Befragungen und Erhebungen über die Wanderungsbewegungen (...)

c) ergreift Maßnahmen im Bereich des Bauwesens, der Beschäftigung, der Ausbildung und der beruflichen Weiterbildung, des Schulwesens und der kulturellen Aktivitäten, um mit der Emigration verbundene Hindernisse abzubauen und die Rückkehr zu fördern

d) fördert die soziale Eingliederung der heimgekehrten Arbeiter, insbesondere der Jüngeren, durch Anreize und Unterstützungsmaßnahmen zur Realisierung wirtschaftlicher Aktivitäten als Einzelpersonen, in assoziativer oder kooperativer Form, im Bereich der Landwirtschaft, des Handwerks, des Handels, des Tourismus und aller produktiven Sektoren

e) Unterstützt auch finanziell die Aktivitäten der Vereine der Lukaner im Ausland (...)

f) fördert jede Initiative der Emigranten und ihrer Familien im Moment der Rückkehr und Wiedereingliederung

g) organisiert im Gebiet der Region, auch in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Aufenthalte, Kulturferien, Studienreisen und Praktika für junge Lukaner aus dem Ausland

h) richtet einen Informationsdienst über die regionalen Initiativen und Unterstützungsmöglichkeiten ein, insbesondere über die regionale Beschäftigungssituation

i) gibt Stipendien an junge Lukaner, die im Ausland leben und planen, die Universität oder Institute höherer Bildung oder postgraduelle Programme zu besuchen

(...)

Art. 20: Maßnahmen der regionalen Intervention

(...)

b) Förderung der Wiedereingliederung der Emigranten durch die Erleichterung des Erwerbs oder Umgaus geeigneter Gebäude im Gebiet der Region (...)

c) Förderung der Weiterbildung und beruflichen Requalifizierung für Abwanderer (...)

d) Förderung der Eingliederung der Kinder der Rückwanderer in das nationale Schulsystem (...)

e) Erleichterung des Zugangs zur Universität für die Kinder der Auswanderer, auch wenn sie nicht mehr die italienische Staatsbürgerschaft besitzen (...)

f) Ausrichtung, Ermutigung und Entwicklung von kulturellen Aktivitäten (...)

g) Durchführung von Studienreisen (...) für junge Lukaner, die im Ausland wohnen

h) Verbreitung von Publikationen, Informationen und audiovisueller Materialien unter den Emigranten, die vor allem auch Inofrmationen über die Beschäftigungssituation enthalten und über die Möglichkeiten des Zugangs zu den erhältlichen Förderprogrammen (...)

i) Förderung der Forschung über die Auslands-Lukaner (...)

l) Förderung der Vereine der Auslands-Lukaner (...)

m) Unterstützung der ersten Schritte der Rückwanderung, auch durch teilweise Übernahme der Umzugskosten für Rückwanderer und ihre Familien

n) Zuschuss zu den Überführungskosten für im Ausland verstorbene Emigranten und ihre Familienangehörigen (...) in Höhe von 775 EUR für Überführung aus europäischen Ländern und 1550 EUR für Überführung aus außereuropäischen Ländern (...)

(...)

p) Jährliches Begrüßungsgeld für Rückwanderer in Höhe von 620 EUR (...)

Art. 21: Versorgung mit und Zuteilung von Wohnraum

1. Beihilfen zum Eigenheimbau sind auch für Rückwanderer zugänglich, wenn diese ihren Wohnsitz in eine Kommune der Region verlegen (...)

2. Bei der Zuteilung genießen sie Priorität (...)

Art. 22: Ausbildung, professionelle Requalifizierung und Arbeitseinmündung

(...) Alle Maßnahmen im Rahmen der Beschäftigungspolitik sind für rückwandernde Lukaner und ihre Kinder zugänglich. (...)

Art. 23: Schulische Eingliederung

(...) Kurse für die Kinder und Enkel der Abwanderer zur sprachlichen Förderung und schulischen Eingliederung; Seminare und Fortbildungen für Lehrer in diesen Kursen (...)

Art. 24-26 (Nennung der oben bereits erläuterten Initiativen)

Art. 27: Aufenthalte, kultureller Austausch, sozialer Tourismus

1. Die Region, auch in Zusammenarbeit mit anderen Regionen, öffentlichen Verwaltungen, Vereinen, Verbänden und Institutionen, unter eventueller Nutzung von Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds, kümmert sich um die Ankunft und den Aufenthalt in der Region von Kindern der ausgewanderten Arbeiter im Zusammenhang mit kulturellem Austausch.

2. Solche Initiativen können auch für ältere und für ausgewanderte Arbeiter und ihre Nachkommen angeboten werden, die eine ausländische Staatsangehörigkeit angenommen haben. (...)

Art. 28-32: formale Regelungen, Umbenennung des Zentrums für die abgewanderten Lukaner.

G Handlungsansätze für eine bevölkerungsbewusste Regionalpolitik

G 1. Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung (Christiane Dienel und Projektteam)

G 1.1 Methodik der Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen

Das Ziel der Studie war, durch eine tiefgehende empirische Untersuchung und vergleichende Fallstudien in begründeter Weise konkrete Handlungsempfehlungen für konkrete Politikfelder zu geben. Die Synthese der Handlungs- und Maßnahmenempfehlungen muss daher in einem kreativen Akt die Integration sehr disparater Befunde und Ergebnisse leisten. Dabei stützen sich die einzelnen Maßnahmenvorschläge auf eine jeweils unterschiedlich belastbare empirische Basis und weisen auch einen je unterschiedlichen Detaillierungsgrad auf. Insgesamt zeigen die empirischen Ergebnisse und die Schlussfolgerungen der Vergleichsstudien, dass zahlreiche Faktoren auf Wanderungs- und Familiengründungsentscheidungen einwirken.

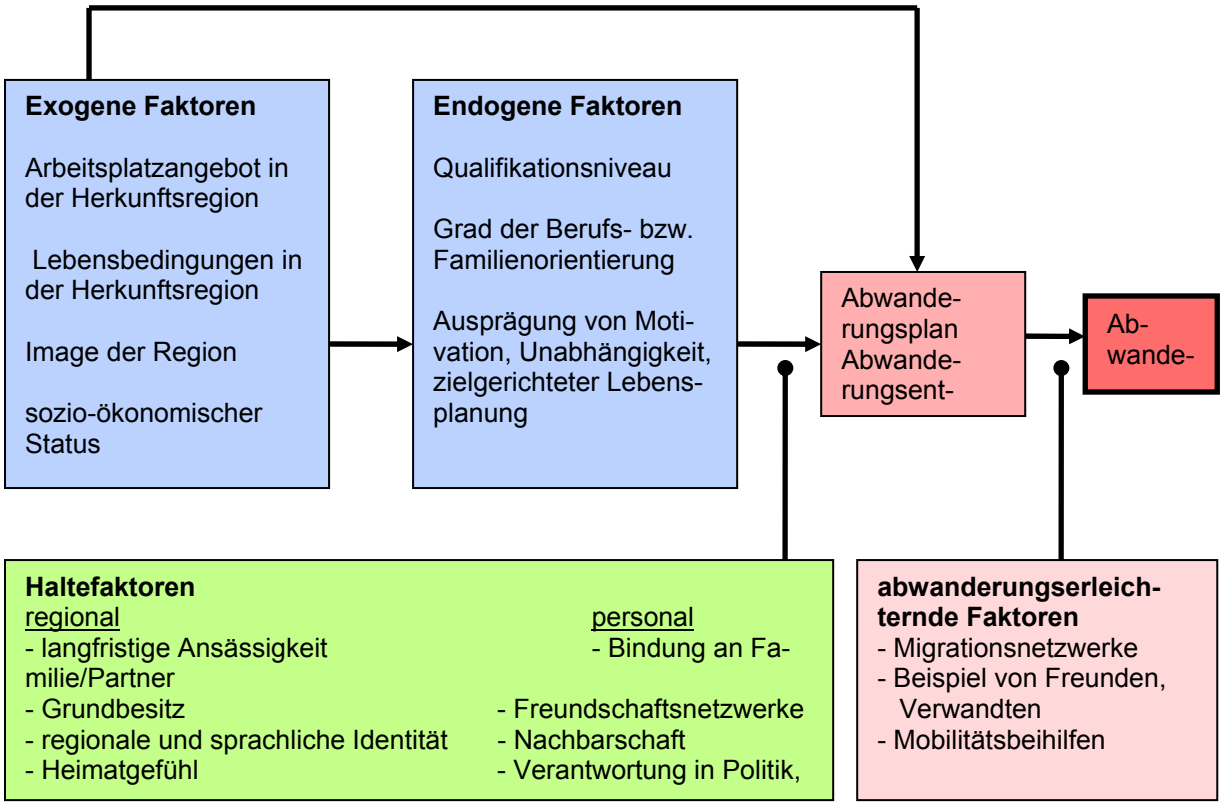
Hinsichtlich der Abwanderung stehen offensichtlich die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen an erster Stelle, also insbesondere die Situation auf dem Arbeitsmarkt, aber auch die Lebensbedingungen einer Region, ihre harten und weichen Standortfaktoren und ihr Image. Allerdings ist es nicht so, dass diese Faktoren die entsprechenden biographischen Entscheidungen hinreichend erklären. Denn – das zeigen die Daten – selbst bei einer als ungünstig eingeschätzten Arbeitsmarktlage wandert stets nur ein kleiner Teil der jungen Menschen ab. Auswandererquoten von 30 und mehr Prozent wie etwa in Irland sind die große Ausnahme. Die Mehrzahl der jungen Menschen bleibt also trotz der Rahmenbedingungen im Land. Denn für die Entscheidung abzuwandern sind politisch nicht beeinflussbare, in der Persönlichkeit der jungen Menschen liegende (endogene) Faktoren, wie etwa das Maß an Initiative und Selbstbewusstsein, die schulischen, beruflichen und sozialen Kompetenzen und die Ausrichtung der persönlichen Lebensplanung noch wichtiger als die Arbeitsmarktlage.

Wenn sowohl die exogenen wie die endogenen Faktoren jungen Menschen das Treffen einer Abwanderungsentscheidung prinzipiell ermöglichen, findet ein Abwägungsprozess statt, in dem die Individuen die Gründe zum Bleiben und die Gründe zum Gehen vergleichen. Eine Entscheidung zum Verbleib in einer Region und noch mehr die Entscheidung zur Rückkehr nach einigen „Wanderjahren“ treffen junge Menschen nur dann, wenn sie Gründe zum Bleiben haben, wenn sie durch „Haltefaktoren“ an ihren Wohnort gebunden sind und diese Faktoren stärker wiegen als die endogenen und exogenen Faktoren für eine Abwanderung.

Regionale Haltefaktoren können sein:

- langfristige Ansässigkeit (auch der Vorfahren)
- Grundbesitz
- sprachliche und kulturelle Identität (das Heimatgefühl)
- regionale Verantwortlichkeit (in Politik, Verein, Ehrenamt, Kirche)
- Zu den personalen Bindekräften bzw. Haltefaktoren gehören z.B.:
- Bindung an die Herkunftsfamilie
- Bindung an den Partner
- Bindung an den Freundeskreis
- Bindung an räumlich verortete Netzwerke, z.B. Nachbarn

Die nachfolgende Grafik fasst dieses Gefüge von Einflussfaktoren zusammen:



Alle Maßnahmen zur Erleichterung einer Bleibeentscheidung müssen also an den Haltefaktoren ansetzen, während für die Förderung einer Rückwanderungsentscheidung Migrationsnetzwerke eine zentrale Rolle spielen, da sie sowohl das Wegwandern wie die Rückkehr erleichtern. Zudem müssen politische Maßnahmen die grundsätzliche Freiheit jedes Menschen bei seiner Wohnortwahl respektieren und die möglichen positiven Effekte der Mobilität junger Menschen berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund ergeben sich im wesentlichen zwei Stoßrichtungen:

a) Haltefaktoren von Regionen müssen bestimmt und soweit möglich gestärkt werden. Solche Maßnahmen verbessern zugleich die soziale Qualität, Stabilität und Kohäsion und nützen damit allen Menschen, nicht nur den Abwanderungsgeneigten.

b) Rückkehrwilligen Abgewanderten müssen Möglichkeiten zur Rückkehr eröffnet werden und die Einwanderung von jüngeren, qualifizierten Menschen nach Ostdeutschland unabhängig von ihrer Herkunft muss gefördert werden.

Hinsichtlich der Bereitschaft zur Familiengründung spielen in der Regel die persönlichen Faktoren eine stärkere Rolle als die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen. Die Realisierung eines Kinderwunsches hängt vom Vertrauen in die persönliche Zukunft in der jeweils konkreten Lebenssituation ab. Dieses Vertrauen wird einerseits durch die (politisch kaum beeinflussbare) Qualität der Paarbeziehung gebildet, andererseits durch die Stabilität und Zukunftssicherheit der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Eine Bleibeentscheidung für die Region beinhaltet potenziell auch die Entscheidung dafür, sich in dieser Region zu binden. Deshalb fördern Maßnahmen zur Stärkung von Bleibefaktoren potenziell auch die Bereitschaft zur Familiengründung.

Mehr noch als die Abwanderung entzieht sich jedoch letztlich die Familiengründung politischer Steuerung. Weder finanzielle Anreize noch die Bereitstellung einer guten Betreuungs-Infrastruktur wirken für sich genommen direkt auf die Geburtenrate. Dagegen wirken dieselben Standortfaktoren, die das Bleiben mit einer Perspektive auf persönliche und berufliche Chancen und den Aufbau einer gesicherten Zukunft verbinden, auch positiv auf den Mut und die Zuversicht ein, die es für eine Familiengründung braucht.

Am Anfang dieser Darstellung stehen deshalb grundsätzliche Überlegungen zur Ausrichtung einer demographiebewussten Regionalpolitik. In einem zweiten Schritt werden konkrete Handlungsempfehlungen genannt. Die politische Berücksichtigung von Bevölkerungsaspekten ist – wie die Familienpolitik – eine Querschnittaufgabe und berührt zahlreiche Politikfelder. Für unseren Zusammenhang am wichtigsten sind dabei:

- Familienpolitik
- Bildungspolitik
- Wirtschaftspolitik
- Regionale Strukturpolitik

Um die Gewichtung und Tragfähigkeit der einzelnen Maßnahmenempfehlungen deutlich zu machen, werden jeweils die Entstehungszusammenhänge, die empirische Basis und, soweit vorhanden, die Bewertung durch Bürger und durch Experten benannt. Die Umsetzbarkeit der einzelnen Vorschläge im konkreten Zusammenhang der Landespolitik zu bewerten, war

nicht Aufgabe dieser Studie. Im Gegenteil geht es darum, die Möglichkeitsräume politischen Handelns zu erweitern, das Ideenspektrum breiter zu machen und damit die Handlungschancen einer bevölkerungsbewussten Regionalpolitik zu verdeutlichen. Es muss dazu kommen, die Bevölkerungsentwicklung als Faktor regionaler Prosperität ebenso stark zu bewerten wie die Produktivitätsentwicklung.

G 1.2 Grundsätzliche Richtungsentscheidungen für eine bevölkerungsbewusste Regionalpolitik

Das zentrale Ergebnis unserer Studie ist die Tatsache, dass Regionalpolitik Bevölkerungsfragen nicht vernachlässigen darf, sondern sie als zentrales Element politischer Gestaltung berücksichtigen muss. Alle Befragungen im Rahmen der Studie, die Telefoninterviews, Gruppengespräche und Expertenworkshops, verdeutlichten das erhebliche Interesse der BürgerInnen und lokalen Akteure an demographischen Fragen, ihre große Frustration über Abwanderung und Geburtenrückgang, die nicht als unabänderliches Schicksal, sondern als Reaktion auf politische Rahmensetzungen erlebt werden. Das große öffentliche Interesse an der Studie und ihren Ergebnissen ist nur ein Teilaspekt des offensichtlichen Wandels im öffentlichen Diskurs über Bevölkerung und Bevölkerungspolitik in Deutschland. Wir stehen offenbar – nicht nur in dieser Hinsicht – an einem Punkt, an dem die Nachkriegszeit als definitiv abgeschlossen erlebt und damit die Enttabuisierung bevölkerungspolitischer Fragen möglich wird. Dies bedeutet neue Handlungsspielräume für Politik, gewiss nicht im Sinne einer eingleisigen Geburtenförderung, aber als Möglichkeit zur neuen Thematisierung des Privaten im öffentlichen Kontext.

Auf der anderen Seite steht regionale Bevölkerungspolitik, insbesondere im Hinblick auf Wanderungsbewegungen, unter dem Druck eines ökonomisch dominierten, marktorientierten Diskurses, in dem regionale Bevölkerungsdisparitäten lediglich als unverzichtbare Ausgleichsmechanismen der Arbeitsmärkte gesehen werden. Dem gegenüber zeigt unsere Studie, besonders im europäischen Vergleich, dass eine Politik, die ihre Verantwortung zur Gestaltung der Region als Lebensraum für Bürger ernst nimmt, solchen arbeitsmarktbedingten Wanderungen nicht tatenlos zusehen darf. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, und die wenigsten wollen und können jederzeit den Arbeitsplätzen folgen. Regionalpolitik hat die Aufgabe, die Haltefaktoren einer Region zu erkennen und zu stärken, und diese liegen nicht ausschließlich in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, sondern vor allem in der Funktionsfähigkeit der Gesellschaft auf der Mikro-Ebene von Nachbarschaft über Verein bis zur Kommune.

Drittens ist ein prominentes Ergebnis einer Studie, den von Ökonomen so genannten Faktor „Humankapital“ zu konkretisieren und seine zentrale Rolle für politisches Handeln zu verdeutlichen. Die Ergebnisse unserer empirischen Studie zeigen sehr deutlich, dass nicht die Arbeitslosen das Land verlassen. Es geht vielmehr darum, gerade die Menschen mit Arbeit,

mit Qualifikationen und Zukunftsaussichten im Land zu halten, denn diese gehen als erste. Vor allem die so genannten „weichen Standortfaktoren“ halten Menschen mit Arbeit im Land. Nicht Quantität, sondern Qualität der Abwanderung ist die wichtigste Gefahr unausgeglichener regionaler Migration, nicht Quantität, sondern Qualität der Sozialisation von Kindern muss das Hauptziel einer kinder- und familienfreundlichen Regionalpolitik sein. Deshalb muss – dies ist vielleicht das wichtigste Ergebnis dieser Studie – die Investition in „Köpfe“, und, so sollte man vielleicht ergänzen, in die „Herzen“, den Mut und die Bürgerschaftlichkeit der Bürger mindestens gleichgewichtig neben den Investitionen in Straßen und Brücken, in Infrastrukturen regionaler Entwicklung stehen.

Die zentrale Rolle eines funktionierenden Arbeitsmarktes für eine nachhaltige regionale Bevölkerungsentwicklung soll damit nicht geleugnet werden. Vordergründig würde diese Studie gegenstandslos werden, wenn es gelänge, die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt auf ein Niveau wie in Dublin zu senken. Allerdings zeigt auch die demographische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland insgesamt, dass damit weder der Geburtenrückgang noch die regionalen Disparitäten in der Bevölkerungsentwicklung zu beeinflussen wären. Und auch für die Arbeitsplätze selbst gilt: Nicht die bloße Zahl der Arbeitsplätze ist als Haltefaktor für die Besten entscheidend, sondern die Qualität dieser Arbeitsplätze, gemessen an Lohnniveau, Fortbildungs- und Karrieremöglichkeiten. Wenn Sachsen-Anhalt sich der Aufgabe stellt, ein Land zum Bleiben und ein Land zum Leben für seine Bürger zu sein, darf sich die Politik nicht verengen auf das rein quantitativ bemessene Schaffen von Arbeitsplätzen. Eine nachhaltige regionale Bevölkerungspolitik muss – anders als Sozialpolitik klassischen Zuschnitts – die räumlichen Faktoren der sozialen Wirklichkeit und die Gesellschaft vor Ort zukunftsfähig gestalten.

Der Schwerpunkt der nachfolgenden Empfehlungen liegt gemäß der Zielsetzung dieser Studie nicht im Bereich der Schaffung von Arbeitsplätzen. Gezeigt wird vielmehr, wie auch unterhalb und jenseits der Beschäftigungspolitik politische Rahmensetzungen eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung erleichtern können.

G 1.3 Maßnahmen zur Beeinflussung von Wanderungsentscheidungen

Die Freizügigkeit der Bürger ist ein zentraler Wert in freien Gesellschaften. Daher kann es nicht Ziel der Landespolitik sein, junge Menschen an der Verwirklichung ihrer Mobilitätswünsche zu hindern. Eine direkte Beeinflussung der Wanderungsabsichten darf nur in umgekehrter Richtung erfolgen, indem Gründe für Rückkehr und Zuwanderung geschaffen werden.

Rückwanderung ermöglichen

Unsere Untersuchung zeigt (wie auch vergleichbare Untersuchungen in Sachsen und Oberfranken) eine große Rückkehrbereitschaft der Abgewanderten (65% der Männer und 53% der Frauen wären zur Rückkehr bereit). In allen untersuchten europäischen Vergleichsregionen spielt die Rückwanderung der Emigranten eine zentrale Rolle bei der Revitalisierung entleerter ländlicher Räume, da die Rückwanderer Know-how und Kapital mitbringen. Es ist daher wichtig, die Heimatverbundenheit der Abwanderer zu stärken und ihnen am neuen Wohnort die Bildung einer „Sachsen-Anhalt-Gemeinschaft“ zu ermöglichen. Abwanderer-Netzwerke sind die Voraussetzung dafür, Austauschbeziehungen in beide Richtungen entstehen zu lassen. Ziel solcher Netzwerke ist auch, Abwanderung als Lebensphase deutlich zu machen, die durch Rückwanderung beendet werden kann. Rückwanderung findet nur statt, wenn lebendige Beziehungen zur Heimat aufrecht erhalten werden und regelmäßige Besuche stattfinden.

Wirksame Maßnahmen zur Förderung von Rückwanderungsentscheidungen müssen deshalb über eine „Rückholagentur“ weit hinaus gehen und eine längere zeitliche Perspektive einnehmen. Grundsätzlich erfolgt sowohl Ab- wie Rückwanderung entlang von Migrationsnetzwerken. Dies wurde in unseren empirischen Studien deutlich. Maßnahmen sollten daher weniger den Kontakt des Landes zu den Abgewanderten pflegen, als ihre Vernetzung untereinander fördern, um Migrationsnetzwerke zu stabilisieren und „zirkuläre Wanderung“ zu fördern, d.h. arbeitsmarktbedingte temporäre Abwanderung, auch wiederholt, bei Wahrung einer engen Verbindung zur Herkunft. Der kostengünstigste Weg zur Förderung der Vernetzung von Abgewanderten am neuen Wohnort ist zweifellos eine Internet-Plattform, in der sich die Abgewanderten eintragen und auf privater Ebene am neuen Wohnort Treffen und Freizeitaktivitäten organisieren oder auch Plattformen für Abwanderer eines bestimmten Heimatortes. Seitens einer Agentur könnten diese informellen Zirkel dann z.B. mit Veranstaltungsprogramms über herausragende Ereignisse (Ausstellungen, Sport, Feste) in Sachsen-Anhalt oder auch mit Referenten (erfolgreichen Rückwanderern) versorgt werden, um die Verbindung zur Heimat zu pflegen. Die empirische Studie unter den Abgewanderten des Jahres 2002 aus Sachsen-Anhalt hat zudem gezeigt, dass sehr gute Voraussetzungen für die Förderung solcher Netzwerke bestehen, da fast alle Abwanderer bereits mindestens eine Person aus der Heimat am neuen Wohnort kennen.

Alle Maßnahmen zur Förderung des Heimatbewusstseins können gleichfalls dazu beitragen, Rückwanderung wahrscheinlicher zu machen. Zwar lassen sich bestimmte regionale Haltefaktoren wie die historisch gewachsene regionale und kulturelle Identität nicht synthetisch verfertigen. Öffentlichkeitsarbeit zur Hebung des Landesimage hat hier nur eine äußerst begrenzte Wirkung. Wirksam hingegen sind alle Maßnahmen, die eine persönliche Bindung an das Land und seine Menschen wachsen lassen und stabil halten. In einer mittel- und lang-

fristigen Perspektive geht es nicht nur um die Rückkehr junger Menschen nach einigen Wanderjahren, sondern auch um die potenzielle Rückkehr der Kinder der Abgewanderten bzw. der Rückkehr nach Abschluss der beruflichen Laufbahn. Beide Faktoren werden voraussichtlich für Sachsen-Anhalt, gerade für die ländlichen Regionen, immer wichtiger werden. Voraussetzung für eine solche Rückkehr nach langen Jahren ist fast immer Grundeigentum. Deshalb stellt die Eigentumsförderung auch einen wichtigen Faktor bei der Stabilisierung von Wanderungsbewegungen dar.

Zuwanderung unterschiedlicher Gruppen fördern

Grundsätzlich muss sich die Politik der Zuwanderung ganz unterschiedlicher Gruppen öffnen. Alle untersuchten klassischen Abwanderungsländer (Irland, Portugal, Süditalien) zeigten die große Bedeutung der Rückwanderung älterer Menschen nach Abschluss ihrer Berufslaufbahn in industriellen Zentren. Diese Rückwanderung setzt aber immer einen Haltepunkt in Form von Eigentum an Haus und Grund voraus. Die Rückwanderung älterer Menschen nach Abschluss ihrer Berufslaufbahn wird für Sachsen-Anhalt zunehmend zu einem möglichen Wachstumsfaktor. Um Regionen für die Rückwanderung älterer, aber relativ finanzkräftiger Menschen attraktiv zu machen, ist eine angemessene soziale und medizinische Infrastruktur nötig. Die Verlängerung der Lebenserwartung und immer mehr gesunde, produktive Jahre jenseits der Rente machen ältere Menschen zu einem positiven Wirtschaftsfaktor, der gerade in ländlichen Räumen als Ressource gesehen werden kann. Das Beispiel der Rückwanderer nach Nordportugal, die häufig regional als Kleinunternehmensgründer aktiv werden, kann hier als Leitlinie dienen. So könnte z.B. gezielt die Nebenerwerbstätigkeit von älteren Menschen gefördert werden, etwa als Besitzer von Gaststätten, kleinen Läden, landwirtschaftlicher Spezialproduktion im kleinen Maßstab (Imker, Wein, Öl usw.). Auch der Eigenheimbau älterer Menschen verdient Förderung. Er belebt die Bauindustrie in der Region und holt finanzkräftige Bewohner auf das Land. Zudem werden Eigenheime in der Regel den Kindern vererbt und können so später zum Zuzug von jungen Familien führen.

Wichtig ist auch, dass nicht alle Zuwanderung einem Idealtypus des jungen Berufstätigen kurz vor der Familiengründung entsprechen muss. In pluralen Gesellschaften gibt es auch ganz andere, nicht primär wirtschaftliche Motive für die Zuwanderung in ländliche Räume: Platz zur Entfaltung von Individualität, niedrige Preise für Wohnraum und Ackerland. Sachsen-Anhalt sollte die Potenziale bestimmter Randgruppen zur Belebung entleerter ländlicher Räume nicht unterschätzen und vielfältigen Formen von Zuwanderung Wege bahnen, von der Bio-Kommune zur Alten-WG. Die Befragungen gerade von Jugendlichen in unserer Studie haben gezeigt, dass gerade der Mangel an Gegenkultur auf dem Lande ein Abwanderungsgrund für junge Menschen ist.

Das Gleiche gilt für die Förderung der Zuwanderung von Nichtdeutschen. Gerade in den traditionellen Auswanderungsländern Irland und Portugal wird das produktive Potenzial der Zuwanderung erkannt und durch großzügige Handhabung von Bleiberechten genutzt. Zwar wird in Sachsen-Anhalt erwartet, dass die Mehrzahl der Zuwanderer aus Osteuropa, die im Zuge der Osterweiterung nach Deutschland kommen, das Land nur als Etappe auf dem Weg in attraktivere Zielregionen nutzen. Trotzdem kann hier angesetzt und qualifizierten osteuropäischen Zuwanderern ein möglichst gutes Lebensumfeld und vor allem eine dauerhafte Bleibeperspektive geboten werden. Dadurch kann es gelingen, manche dieser Migranten, die zunächst einen nur vorübergehenden Aufenthalt in Sachsen-Anhalt planten, zum dauerhaften Bleiben zu bewegen. Beispielsweise könnten die Ausländerbehörden des Landes an Immigranten mit guter beruflicher Qualifikation besonders wohlwollend Aufenthaltstitel vergeben, wenn diese erste Schritte zur Verwurzelung in Sachsen-Anhalt gegangen sind (Familien- oder Unternehmensgründung, Haus- oder Wohnungskauf, gelungene schulische Integration der Kinder). Natürlich werden trotzdem viele Menschen nach Erlangung eines dauerhaften Aufenthaltstitels weiter wandern, aber einige werden bleiben und ihr Potenzial dem Land zur Verfügung stellen. Ein solches Programm könnte sich u.U. auch ganz gezielt an Menschen mit bestimmten, gesuchten Qualifikationen richten (Ärzte, Unternehmer). Allerdings soll nicht verschwiegen werden, dass die Mehrheit der Experten der Förderung der Zuwanderung von Nichtdeutschen und von Älteren skeptisch gegenüberstand. Auch die Ergebnisse der Mädchen-Expertise zeigen die großen Integrationsschwierigkeiten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Sachsen-Anhalt.

Unsere Maßnahmenvorschläge für die Beeinflussung von Wanderungsentscheidungen

- Kontaktagentur für Abgewanderte, deren Hauptaufgabe es ist, die Netzwerke der Abwandernden untereinander zu pflegen (durch Internet-Vernetzung nach Herkunftsort, Organisation von Sachsen-Anhalt-Treffs und –festen in den wichtigsten Abwanderer-Zentren u.ä.) – möglicherweise (so von den Experten empfohlen) sind kommunale Kontaktagenturen wirksamer als eine Landeseinrichtung, weil sie direkt die Vernetzung mit dem Heimatort fördern
- Förderung der Rückwanderung älterer Menschen nach Abschluss ihrer Berufslaufbahn durch Existenzgründerdarlehen, Förderung von Nebenerwerbstätigkeit und Eigenheimbau
- Öffnung für die Zuwanderung ganz unterschiedlicher Gruppen und Gemeinschaften durch Erleichterung von Grunderwerb und Bau in ländlichen Räumen

- Erleichterung der Zuwanderung qualifizierter Nichtdeutscher durch großzügige Handhabung von Bleiberechten gerade dann, wenn Integrationsbereitschaft deutlich wird – Begleitung dieser Maßnahme durch eine aktive Integrationspolitik

G 1.4 Familienpolitische Maßnahmen

Ein deutliches Ergebnis unserer Studie ist die Diskrepanz zwischen der faktischen Beeinflussbarkeit von Fortpflanzungsentscheidungen und der Akzeptanz entsprechender Maßnahmen bei Bürgern und Experten. Geburtenrate und Familiengröße sind eher statische und nur schwer gezielt beeinflussbare demographische Faktoren. Dagegen reagiert die Migration auch kurzwellig auf Veränderungen des Umfelds. Aber den befragten Bürgern und Experten erschien die Beeinflussung der Wanderungsneigung als quasi unmöglich, während sie in großer Detailliertheit Vorschläge für familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen machten (Ehestandsdarlehen, Kopfprämien, Familienermäßigungen usw.) und immer wieder zu einer Trendwende in Richtung auf die höhere Wertschätzung von Familien und Kindern aufriefen. Für die Empfehlungen dieser Studie bedeutet das ein Dilemma: Einerseits ist diese klare Schwerpunktsetzung von Bürgern und Experten zu respektieren, andererseits zwingen die Ergebnisse der demographischen Forschung zu starker Skepsis hinsichtlich der Wirksamkeit materieller Förderung für Familien in Richtung auf eine höhere Geburtenrate. In der Zusammenschau mit den Ergebnissen der Vergleichsstudien ergibt sich folgende Schlussfolgerung:

Dass die materielle Förderung von Familien, etwa durch ein Landeskindergeld, eine landesweit gültige Familienkarte für Ermäßigungen oder auch durch ein Landeserziehungsgeld, sich positiv auf die Bereitschaft zur Familiengründung auswirken könnte, scheint im Lichte der Forschung ausgeschlossen. Die Wirkung von Kinderbetreuungseinrichtungen auf die demographische Entwicklung ist ambivalent. Von Experten und in den Elterninterviews wurde dieser Punkt immer wieder betont. Die Vergleichsstudien zeigen, dass sowohl ausgezeichnete, umfassende, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung (wie in Finnland und den skandinavischen Ländern) die Geburtenrate positiv beeinflusst, als auch ein eher zurückgenommener Staat ohne umfassende Angebote, der die Selbstverantwortung seiner Bürger stärkt (wie in Irland und den angelsächsischen Ländern). Eine zwingende Verbindung zwischen hoher Frauenerwerbsbeteiligung und relativ höheren Geburtenraten, wie mit Blick auf Frankreich und die skandinavischen Länder manchmal behauptet wird, besteht ebenfalls nicht, wie das portugiesische Beispiel mit hoher Frauenerwerbsbeteiligung und niedrigen Geburtenraten zeigt. Im Rahmen der Aufgabenstellung dieser Studie muss daher festgehalten werden, dass Kinderbetreuungsangebote und deren zeitlicher Umfang per se keine empirisch nachweisbare Wirkung auf die Bevölkerungsentwicklung haben.

Wirkungsvoll werden familienpolitische Maßnahmen erst dann, wenn sie sich auf das konkrete sozialräumliche Umfeld beziehen, auf das Wohnumfeld und auf das Arbeitsumfeld. Die Entscheidung für und gegen Kinder wird stets in einer konkreten Lebenssituation und an einem konkreten Lebensort getroffen. Beispiellernen spielt dabei eine große Rolle. Die Ermutigung zur Familiengründung geschieht vor allem in der Beobachtung gelingender Familiengründung bei anderen. Deshalb – so das Ergebnis unserer Studie, das durch die Befragungen von Experten und Bürgern und durch alle Vergleichsstudien gestützt wird – kommt es darauf an, familienpolitische Maßnahmen in den konkreten lokalen Kontext einzubetten. Gerade in den Gruppeninterviews mit Eltern wurde plastisch deutlich, dass die familiengerechte Gestaltung des unmittelbaren Lebensraums eine zentrale Rolle bei der Familienpolitik des Landes spielt.

Auf lokaler und kommunaler Ebene familienfreundliche Strukturen schaffen

Durch Maßnahmen der kommunalen und lokalen Familienpolitik kann auch bei weniger günstiger wirtschaftlicher Lage ein wichtiger Beitrag zur Erleichterung der Familiengründung geleistet werden. Eine wirksame lokale Familienförderung in Sachsen-Anhalt muss an den familienfreundlichen Merkmalen der unterschiedlichen lokalen Lebensräume ansetzen. Für die Innenstadtbezirke in Magdeburg, Halle und Dessau bedeutet dies, dass die Verbesserung der Wohnbedingungen für Familien (größere, bezahlbare Wohnungen, kindergeeignete Freiräume) die wichtigste Aufgabe ist und die typischen Stärken der städtischen Räume für Familien (vor allem gute Bildungsinfrastruktur) bewahrt oder weiter ausgebaut werden müssen. Familienfreundlichkeit ist ein weicher Standortfaktor, der gerade durch Klein- und Mittelstädte in Sachsen-Anhalt noch zu wenig genutzt wird, um durch gezielte Verbesserung der örtlichen Lebensbedingungen für Familien positive Impulse für Zuwanderung zu setzen. Alle genannten Maßnahmen fanden hohe und höchste Zustimmung bei den befragten Experten, so dass die Voraussetzungen zur Realisierung eher gut scheinen.

Mögliche Maßnahmen im Bereich kommunaler Familienförderung umfassen:

- Familienorientierung der Wohnverhältnisse: Bau familienfreundlicher (großer) Sozialwohnungen, Ausweisung von preisgünstigem Bauland oder Vergabe in Erbbaurecht, Berücksichtigung der Infrastrukturbedürfnisse von Familien bei der Bauleitplanung, Wohnungsvermittlung
- Familienorientierung der Verkehrspolitik: Entwicklung eines bedarfsgerechten Angebots für Familien, Ausweisung von verkehrsberuhigten Zonen, Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Kinder (Ampeln, Zebrastreifen, Kurse zum sicheren Verhalten im Straßenverkehr in Schule, Kita und Fahrschule), familiengerechte Tarifgestaltung, Schülerfahrdienste und Schulwegsicherung

- Familie und Arbeitswelt: Förderung der regionalen Ausbildungsmärkte, Initiativen zur familienfreundlichen Gestaltung der Arbeitswelt und zur Frauenförderung, Angebote an Betriebe zur Einrichtung von Betriebskindertagesstätten in Kooperation mit der Kommune, Unterstützung von Babysitteragenturen
- Gesundheitliche Förderung und Hilfen für Familien: Hebammendienste, Familienpflegedienste und Frühförderstellen, ambulante Kinderkrankenschwesterdienste, familienfreundliche Organisation des örtlichen Krankenhauses, kommunale Gesundheitsstrukturpolitik unter Berücksichtigung familiärer Bedürfnisse
- Bildungs- und Beratungsangebote für Familien: Finanzielle Unterstützung (z.B. durch Übernahme von Betriebskosten oder Bereitstellung von Räumen) für freie Träger, ggf. Angebot eigener Beratungsstellen, Schaffung eines modernen, internetgestützten Informationssystems über alle städtischen Leistungen für Familien
- Familienunterstützende Betreuungsangebote für Kinder: Koordinierung von Kinder- und Jugendhilfeplanung mit einem Familienförderplan, Entwicklung eines dem Bedarf von Familien entsprechenden Angebots, Erprobung neuer Formen der Tagesbetreuung (z.B. Tagesmütterdienste, „Leih-Großmütter“), Angebot betreuter und wetterunabhängige Indoor-Spielplätze und Ferienerholungen
- Finanzielle Entlastung von Familien: Kommunaler Familienpass, der zur Ermäßigung bei städtischen Gebühren und Eintritten berechtigt, z.B. bei Schwimmbad, Theater, Bibliothek, Musik- und Volkshochschule, ggf. auch unter Einbeziehung von Leistungen Dritter (Kino, Sportclubs, Tanzschulen)
- Schul-, Sport- und Kulturpolitik: Schulentwicklungsplanung, Förderung der Profilierung der Schulen, Förderung der Sportvereine und Sportstätten, Ausbau familienfreundlicher Kulturangebote, städtische Musikschulen, Kunstschulen, Spielhäuser, Schaffung von preisgünstigen Ferienmöglichkeiten für Familien
- Partizipation: Kinder- und Jugendparlament, Förderung der Interessenvertretung von Familien, öffentliche Planungsprozesse für Familienförderung, Bürgerbüros und Familiensprechstunden, Stadtteiltreffpunkte, Mütterzentren
- Kommunales Verwaltungshandeln: Familienfreundliche Öffnungszeiten, wegsparende Informationssysteme, Kinderspielecken in Wartebereichen, Schulung des Personals in klientenzentrierter Beratung

Eine konsequente, regelmäßig evaluierte Umsetzung eines solchen Maßnahmenpakets wird mit hoher Wahrscheinlichkeit die nachhaltige Bevölkerungsentwicklung in Kommunen befördern. Das Land kann für die Entwicklung solcher Angebote Rahmenvorgaben machen, etwa durch Einrichtung einer Beratungsstelle für kommunale Familienförderprogramme, aber auch

durch die entsprechende Ausgestaltung der Kommunalfinanzen (ggf. mit Zweckbindung). Die Umsetzung der Maßnahmen muss aber dezentral und partizipativ erfolgen, um in der jeweils konkreten Kommune eine Trendwende herbeizuführen.

In Betrieben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen

Neben dem konkreten Wohnort ist der Betrieb der zweite wichtige Lebensraum, in dem Familie stattfindet und als gelingend oder gefährdet erfahren wird. Ebenso wichtig wie lokale und kommunale Familienpolitik ist daher die Gestaltung betrieblicher Lebensräume, die Familie und Beruf vereinbar erscheinen lassen und die gleiche Chancen für Frauen und Männer, für Eltern und Nichteltern ermöglichen. Die staatlichen Einflussmöglichkeiten sind hier naturgemäß beschränkter. Trotzdem zeigt das Ergebnis unserer Studie auch hier den bedeutenden Einfluss positiver Beispiele auf individuelle Erfahrungen. Bereits bestehende Programme zur Förderung der Familienfreundlichkeit von Betrieben verdienen deshalb nachdrückliche Förderung. Zu prüfen ist, ob im Rahmen der Strukturfondsförderung nicht noch gezielter der Aspekt des familienverträglichen Arbeitslebens in den Blick genommen werden könnte.

Betriebliche Familienförderung hat zudem den Vorteil, gleichzeitig direkt auf die potenziell wanderungsaktivste Gruppe junger Menschen zu wirken und einen der zentralen Abwanderungsgründe in den Blick zu nehmen. Denn unsere Befragungen haben deutlich ergeben, dass junge Erwerbstätige in Sachsen-Anhalt sich in ihren Betrieben nicht genügend Wertschätzung erfahren, dass sie Investitionen in ihre Arbeitskraft und Person vermissen. Wenn ein Betrieb jedoch aktiv die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für jüngere MitarbeiterInnen fördert, investiert er potenziell in seine wertvollsten, abwanderungsgefährdetsten MitarbeiterInnnen, deren Bleibewahrscheinlichkeit umgekehrt durch die Familiengründung deutlich steigt.

Mögliche Maßnahmen betrieblicher Familienförderung sind:

- Freistellungsregelungen bei Krankheit eines Kindes
- Flexibilisierung der Tages- und Wochenarbeitszeit (Gleitzeit)
- Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit (Sabbatical; Arbeitszeitkonto)
- Flexibilisierung des Arbeitsortes (Teleworking)
- betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen
- betriebliche Unterstützung bei der Organisation privater Kinderbetreuung
- Einzelmaßnahmen auf Betriebsebene zum Kontakthalten während einer Elternpause, zur Erleichterung des Wiedereinstiegs

- Aktive Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern beim Zugang zu Weiterbildung und beim innerbetrieblichen Aufstieg

Unsere Maßnahmenvorschläge im Bereich Familienpolitik

- Unterstützung der Kommunen bei der Entwicklung integrierter Konzepte für lokale Familienpolitik (z.B. durch eine Beratungsstelle und ein Beratungsteam, finanzielle Anreize)
- Unterstützung der Betriebe bei der Entwicklung einer betrieblichen Familienförderung bzw. Fortführung und Verstärkung der bereits bestehenden Landesaktivitäten

G 1.5 Bildungspolitische Maßnahmen

Bildungspolitische Maßnahmen sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen regionalen Bevölkerungspolitik. Denn sie betreffen direkt die wanderungsaktivsten Bevölkerungsteile und diejenigen, deren Bleiben oder Zuwanderung für das Land von besonderem Interesse ist. In den Expertenbefragungen spielten bildungspolitische Forderungen überall eine zentrale Rolle.

Bildungseinrichtungen in der Fläche erhalten

Alle Vergleichsstudien zeigten die zentrale Rolle wohnortnaher Grundschulen für Familien, die in ländlichen Regionen leben. Die Bewahrung der ländlichen Grundschulen weitgehend unabhängig von der Schülerzahl ist in Irland mit seiner starken ländlichen Tradition immer eine Selbstverständlichkeit gewesen. Kleine Kommunen und Dörfer sehen den Erhalt ihrer Schulen als Überlebensfrage. Auch in Portugal ist die überragende Rolle der kleinen Landschulen für die Bindung der Familien an ländliche Wohnorte deutlich geworden. Sicher sind Schulen mit nur einem Schüler kein erstrebenswertes Beispiel. Aber – wie in Finnland auch – sollte ernsthaft darüber nachgedacht werden, Qualitätskonzepte für Landschulen mit 10-20 Schülern aller Altersstufen, die gemeinsam unterrichtet werden, zu entwickeln. Wenn dies nicht geschieht, ist der Weggang der Familien und die Überalterung der ländlichen Räume vorprogrammiert. In den unterschiedlichsten regionalen Kontexten von Irland, Finnland über Portugal bis Süditalien wurde immer wieder der Erhalt der Dorfgrundschule als unverzichtbare Bedingung für den Verbleib von Familien im ländlichen Raum deutlich. Zentralisierung schulischer Angebote und Fahrdienste sind demgegenüber keine Alternative, weil die soziale Funktion der lokalen Grundschule so groß ist. Sie ist nicht nur Zentrum des sozialen und familiären Lebens im Dorf, sondern auch sichtbares Symbol dafür, dass das Land Familienleben im ländlichen Raum überhaupt will. Umgekehrt ist Schulschließung immer ein klares Signal, das von Familien als Aufforderung zum Wegzug wahrgenommen wird. Zudem vernichtet sie viele der wenigen qualifizierten Arbeitsplätze auf dem Lande. Pädagogische Kon-

zepte für moderne, leistungsorientierte kleine Landschulen liegen vor, und das Beispiel Finnland zeigt, wie gute Qualität dieser kleinen Schulen sogar zum Zuzug von Familien auf das Land führen kann. Eine Umsteuerung in Richtung auf ein modernes Konzept kleiner Landschulen scheint in europäischer Perspektive unverzichtbar, um überhaupt mittelfristig Familien im ländlichen Raum halten zu können.

Ein zweiter Punkt sind Bildungseinrichtungen in der Fläche oberhalb des Grundschulniveaus. Dezentrale Konzepte für berufliche und höhere Bildung spielen eine große Rolle, um heimatverbundenen jungen Menschen an der Schwelle zum Wegzug aus Ausbildungsgründen ein Verbleiben in der Region zu ermöglichen. Ein großer Teil der im Lande Befragten gibt an, im Prinzip gern bleiben zu wollen. Wenn aber für die Erreichung eines ersten Hochschulabschlusses bereits das Verlassen der Heimatregion erforderlich ist, wird eine Rückwanderung unwahrscheinlicher. Daher sind Bildungsangebote für bildungsorientierte, aber regional gebundene junge Menschen von Bedeutung. Die flächendeckende Umstellung auf BA-Abschlüsse an den Hochschulen des Landes sollte verbunden werden mit einem Konzept berufsbegleitender und Teilzeit-Studienmöglichkeiten unter Einbeziehung von Fernlehre-Angeboten. Gerade für die Teilgruppe junger Menschen, die regional gebunden sind (durch Berufstätigkeit, Grundbesitz, Familienpflichten und regionale Verantwortung), sollte der Zugang zu Hochschulbildung im Land ermöglicht werden. Bildungsangebote in kleineren Zentren müssen an die regionalen Stärken und Bedarfe anknüpfen, um auch anschließend ein Verbleiben in der Region zu ermöglichen. So bietet sich z.B. Stendal – ausgehend von den regionalen Stärken – als Standort für Studien- und Ausbildungsgänge im Bereich Landwirtschaft, Biotechnologie, erneuerbare Energien und auch Automobilzulieferindustrie an. Kostengünstiger als der Aufbau eigener Hochschulstrukturen erscheint der finnische Weg, hier dezentrale Ausbildungsstätten zu schaffen, also große Hochschulstandorte in potenziellen Wachstumskernen nicht durch Auslagerung in ihrer Wachstumswirkung zu schwächen, sondern von dort aus Blended-Learning-Angebote mit E-Learning-Anteilen und dezentral organisierten Blocklehrveranstaltungen und Praxisanteilen in peripheren Regionen zu entwickeln.

Hochschulen als Bevölkerungsmagneten einsetzen

Im Spektrum politischer Handlungsmöglichkeiten ist die Förderung einer attraktiven Hochschullandschaft das bei weitem wichtigste Werkzeug, um gerade qualifizierte Menschen im Land zu halten und die Zuwanderung überdurchschnittlich qualifizierter Menschen zu fördern. Das Beispiel Finnland zeigt, wie sehr erfolgreiche regionale Wachstumskerne in peripheren Regionen von der Gründung und dem Ausbau erfolgreicher Hochschulen abhängig waren. Hochschulen sind die wirksamsten „Bevölkerungspumpen“ und bringen gezielt junge, qualifizierte Menschen ins Land. Sachsen-Anhalt sollte deshalb über den Eigenbedarf hinaus akademische Bildung anbieten, um von den positiven Bevölkerungseffekten zu profitieren.

Die Gegenwelt Hochschule kann – anders als der Arbeitsmarkt – politisch durch entsprechende Finanzzuweisungen und Strukturmaßnahmen zu einem Magnet für 20-30-Jährige unterschiedlicher Herkunft gestaltet werden. In Ostdeutschland wurde dies in den ersten Jahren nach der Wende auch erkannt und umgesetzt. Das Studium an den ostdeutschen Hochschulen gilt mittlerweile als Geheimtipp und hat viele Tausende junger Menschen angezogen. Auch wenn viele der Absolvent/inn/en nach ihrem Studium die Region wieder verlassen, kommt dennoch eine positive Bevölkerungsdynamik in Gang. Ähnliches gilt auch für den Bereich der beruflichen Bildung. Auch hier könnte durch die gezielte Ausbildung über den eigenen Bedarf hinaus der Zuzug junger Menschen gefördert werden. Kaum eine Maßnahme wurde von den Experten so einhellig gefordert wie die Förderung einer attraktiven Hochschullandschaft (81% „gut“ und „sehr gut“).

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Finanzierungsfrage. Eine Voraussetzung für den Erfolg des „Keltischen Tigers“ war, dass Irland, vergleichbar mit Finnland, vorrangig in Humankapital und vergleichsweise weniger in Infrastrukturen investiert hat. Dazu gehörte ein breiter Bildungszugang, die Abschaffung von Schul- und vor einigen Jahren auch von Studiengebühren für grundständige BA-Studiengänge. Zwanzig Jahre nach dem EU-Beitritt hat sich diese Strategie voll ausgezahlt, wobei die günstige demographische Struktur der irischen Bevölkerung diesen Prozess unterstützte. Für Sachsen-Anhalt bedeutet das, dass die Einführung von Studiengebühren sich möglicherweise sehr kontraproduktiv auf die Abwanderungssituation auswirken würde, weil gerade regional verankerte junge Menschen möglicherweise auf die Aufnahme eines Studiums verzichten würden, während nur durch eine erhebliche Ausweitung des Studierendenanteils eine Konkurrenzfähigkeit nach irischem Muster erreichbar ist.

Bildungspräferenzen von Frauen ernst nehmen

Die Geschlechtsspezifik der Abwanderung kann ebenfalls durch eine geeignete Hochschulpolitik berücksichtigt werden, vor allem durch gezielte Schaffung und Stärkung von Studiengängen, die für Frauen besonders attraktiv sind (pädagogische und soziale Studiengänge, Sprach-, Geistes- und Kulturwissenschaften). Dies wurde auch von den Experten sehr stark gefordert. In unserer Befragung wurde die starke geschlechtstypische Differenzierung der Berufsziele gleichfalls sehr deutlich. Auch wenn eine Konzentration auf wirtschaftsrelevante Studiengänge kurzfristig strukturpolitisch sinnvoll erscheinen mag, darf der negative Bevölkerungseffekt einer solchen Konzentration nicht vernachlässigt werden, denn Frauen haben in Deutschland andere Fächerpräferenzen als Männer und sind potenziell wanderungsbereiter, um die gewünschte Studienrichtung an einem anderen Ort zu finden. Dies bedeutet, dass einerseits junge Frauen aus Sachsen-Anhalt eher bereit sind, abzuwandern als ihre Fächerpräferenz zu ändern, wenn sie das gewünschte Studienangebot im Land nicht vorfinden, und

dass umgekehrt der Zuzug von Frauen leichter gefördert werden kann als der Zuzug von Männern, wenn ihnen neigungsgemäße Studiengänge in Sachsen-Anhalt angeboten werden. Die Bewerberzahlen für die unterschiedlichen Fächer in Sachsen-Anhalt belegen dies deutlich. Auch suchten in unserer Telefonbefragung über 50% der Frauen, die Sachsen-Anhalt wegen der Berufsausbildung verließen, einen Ausbildungsplatz im Bereich des Gesundheitswesens. Ein bedeutender Teil der befragten weiblichen Studienanfängerinnen verließen Sachsen-Anhalt, weil ihr gewünschtes Studienfach (zumeist im Bereich der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften) im Land nicht angeboten wurde.

Bereits vorhanden, aber in ihrer Wirksamkeit nicht gesichert sind Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs für Frauen in bisher eher männerspezifischen Zukunfts-Studiengängen (Informationsmaßnahmen und Schnupperstudium schon für Schülerinnen, Coaching-Programme für weibliche Studierende in männerdominierten Fächern usw.). Nach bisherigen Erfahrungen ist es aber unwahrscheinlich, dass die Nachfrage von Frauen nach männerdominierten Studienplätzen ohne weiteres gesteigert werden kann, während es umgekehrt möglich ist, Frauen durch neigungsgerechte Angebote zum Bleiben oder zur Zuwanderung zu bewegen, sowohl im Bereich Studium wie im Bereich Ausbildung

Familiengründung und Ausbildung/Studium vereinbar machen

Familiengründung in jungen Jahren führt zu einer ausgewogeneren demographischen Entwicklung. Der Anteil kinderloser Akademikerinnen ist hoch, obwohl die Kinderwünsche der jungen Menschen nicht gesunken sind. Auch unsere Befragung unter Schülerinnen und Schülern in Sachsen-Anhalt hat gezeigt, dass sich rund 90% der jungen Frauen Kinder wünschen, und fast die Hälfte von ihnen möchte das erste Kind vor dem 25. Geburtstag. Auch bei unserer Schülerbefragung zeichnete sich bereits ab, dass der Kinderwunsch der Mädchen, die ein Studium anstreben, geringer ausgeprägt ist. So wie das Erleben gelingender Familiengründung im Wohnumfeld zum Realisierung eigener Kinderwünsche führt, gilt dies auch für das Lebensumfeld Hochschule. Deshalb sollte für alle Hochschulen des Landes ein Konzept der „familienfreundlichen Hochschule“ realisiert werden, damit junge Menschen ihre Kinderwünsche auch während des Studiums schon realisieren können. Dies hätte auch deutliche Nebeneffekte für die Abwanderung. Denn die Wahrscheinlichkeit der Abwanderung von Hochschulabsolventen sinkt um 50%, wenn sie zu Ende ihres Studiums einen Partner gefunden haben, und sie ist nochmals erheblich niedriger, wenn Hochschulabsolventen bereits eine Familie gegründet haben. Zudem zeigt unsere Schülerbefragung, dass sich junge Frauen mit Studienneigung häufiger eine größere Familie vorstellen können als Mädchen, die eine Berufsausbildung planen.

Auch im Bereich der Berufsausbildung sollten Möglichkeiten entwickelt werden, Berufsausbildung und Elternschaft zu verbinden. Denn unsere Befragungen, insbesondere die Studie

zu Mädchen in Sachsen-Anhalt, weisen darauf hin, dass sich eine Zweiteilung der Lebenslagen zu entwickeln droht, bei der auf der einen Seite sehr junge Mütter stehen, die sich früh für Familie entscheiden und auf berufliche Qualifizierung völlig verzichten, und auf der anderen Seite junge Frauen mit Bildungsambitionen, für die Familiengründung in unrealistische Ferne rückt. Gezielte Maßnahmen zur Erleichterung von Berufsausbildungen für junge Mütter könnten hier eine überbrückende Funktion haben. Solche Vorschläge wurden auch im Kreise der Experten stark gefordert.

Schließlich zeigt das portugiesische Beispiel neue Zugänge zum Thema Bildung im Zusammenhang mit Migration. Wegen des großen Bildungsinteresses portugiesischer Eltern für ihre Kinder haben sich Maßnahmen für die Kinder der Rückwanderer als sehr wirksam erwiesen, insbesondere die Freihaltung von Quoten an den staatlichen Universitäten. Übertragen auf Sachsen-Anhalt, wäre es beispielsweise denkbar, dass auch hier für die Kinder von aus Sachsen-Anhalt stammenden Eltern Plätze in begehrten Studienrichtungen frei gehalten werden. Im Moment ist dies noch nicht relevant, da die Kinder der ersten Abwanderer noch nicht im studierfähigen Alter sind. Aber spätestens in zehn Jahren könnte dies ein Weg sein, Menschen mit einer inneren Bindung an das Land gezielt anzusprechen.

Unsere Maßnahmenvorschläge im Bereich Bildungspolitik

- Unverzügliche Umsteuerung in Richtung auf ein Konzept kleiner Landschulen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht, Entwicklung eines Konzepts der Qualitätssicherung für solche Schulen
- Bildungsangebote (Berufs- und Hochschulbildung) in der Fläche für regional gebundene junge Menschen durch dezentrale Angebote der Hochschulen, Nutzung von Blended Learning und E-Learning, Anknüpfen an die jeweiligen lokalen Stärken, um Berufseinmündung in der Region zu ermöglichen
- Förderung von Zuzug durch Angebot ausgezeichneter Hochschul- und beruflicher Bildung über den Landesbedarf hinaus
- Aufrechterhaltung bzw. Ausweitung von Studienangeboten, die besonders von Frauen nachgefragt werden, um auf die erhöhte Wanderungsbereitschaft junger Frauen zu reagieren
- Einführung eines Konzepts „Familienfreundliche Hochschule“ an allen Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt
- Entwicklung von Modellen für Vereinbarkeit von Berufsausbildung und Elternschaft
- Mittelfristig: Quoten in besonders nachgefragten Studiengängen für die Kinder der aus Sachsen-Anhalt abgewanderten Menschen

G 1.6 Wirtschaftspolitische Maßnahmen

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die wichtigste, zugleich aber auch eine der schwierigsten Aufgaben der Landesregierung. Eines der überraschendsten Ergebnisse unserer Studie ist jedoch der geringe Anteil der Arbeitslosen an den untersuchten Abgewanderten. Nur 14% der Männer und 12% der Frauen unter 35 Jahren, die im Jahre 2002 aus dem Land Sachsen-Anhalt fortgezogen sind, waren vor ihrem Wegzug arbeitslos. Zudem waren von diesen nur 35% der Männer und 47% der Frauen länger als ein Jahr arbeitslos. Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen für andere europäische Studien: Die Zeit der Auswanderung niedrig qualifizierter, von Arbeitslosigkeit bedrohter Arbeiter ist in Mittel- und Westeuropa vorbei. Wanderungsaktiv sind vor allem diejenigen, die im Zielgebiet gute Beschäftigungschancen haben: die Jüngeren, gut Qualifizierten, die Menschen mit Berufserfahrung. Solche Menschen sind aber auch in Sachsen-Anhalt nur vergleichsweise selten arbeitslos. Die größte Gruppe der Arbeitslosen (die Älteren, weniger gut Qualifizierten, Langzeitarbeitslosen) ist nicht wanderungsaktiv; diejenigen, die abwandern, hätten in den meisten Fällen auch in Sachsen-Anhalt Arbeit finden können. Der Ausgleich individueller Arbeitslosigkeit durch staatliche Transfers führt der Tendenz nach dazu, dass Arbeitslose in der Region bleiben und sich keine Beschäftigungsmöglichkeiten an anderen Orten suchen. Gleichzeitig sind die wohlfahrtsstaatlichen Angebote für die gut Qualifizierten nur in viel geringerem Maße ein Haltefaktor. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind für Sachsen-Anhalt deshalb ambivalent und müssen im Hinblick auf die Erweiterung von Beschäftigungsmöglichkeiten für jüngere, höher qualifizierte Menschen, besonders für Frauen, ergänzt werden, weil sie sonst eher zur Verschärfung der regionalen Disparitäten beitragen. Es ist überraschend, dass auch einige Experten diesen eher unpopulären Vorschlägen wie z.B. der Abschaffung von ABM-Maßnahmen zustimmten. Unsere Studie hat auch eindeutig nachweisen können, dass die Mobilitätsbeihilfe keine wirksame Maßnahme zur Entlastung des Arbeitsmarktes darstellt, denn 74% der ehemals arbeitslosen Männer und 60% der ehemals arbeitslosen Frauen haben diese Förderung nicht in Anspruch genommen. Sie zeigt also offenbar keinen nennenswerten Einfluss auf das Wanderungsverhalten dieser Gruppe.

Qualität und Rahmenbedingungen der Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt verbessern

Natürlich soll die zentrale Bedeutung des Arbeitsplatzangebots für die Abwanderung nicht bestritten werden. Die Zahl und Qualität vorhandener Arbeitsplätze wirkt sich direkt darauf aus, wie junge Menschen ihre persönlichen Zukunftschancen wahrnehmen. Dadurch erklärt sich, warum in unseren Befragungen rund 30% der Abgewanderten angaben, vor der Abwanderung gar nicht im Lande nach Möglichkeiten für eine Beschäftigung oder Ausbildung gesucht zu haben. Gut bekannt ist auch, dass bestimmte Fachkräfte schon heute und zukünftig noch mehr in Sachsen-Anhalt Mangelware sind. Unsere Befragungen bieten dafür eine Erklärung: Nicht die bloße Anzahl, sondern vor allem die Qualität und die Rahmenbe-

dingungen der Arbeitsplätze (Qualifikationsniveau, Lohnniveau, Fortbildungsmöglichkeiten, Investition des Arbeitgebers in seine Arbeitskräfte) haben oftmals für eine Abwanderungsentscheidung die wichtigste Rolle gespielt. Nur 30-40% der Befragten hatten an ihrem letzten Arbeitsplatz in Sachsen-Anhalt von Fortbildungsmaßnahmen profitieren können, dagegen am neuen Arbeitsplatz rund 70%. Besonders negativ schlugen Faktoren wie Überstunden ohne Bezahlung und vor allem die Unsicherheit bezüglich des Erhalts des Arbeitsplatzes zu Buche. Entsprechend stimmten rund 55% der Männer und Frauen der Aussage zu, dass sie sich an ihrem letzten Arbeitsplatz in Sachsen-Anhalt ausgebeutet gefühlt hätten, während dies für den neuen Arbeitsplatz nach Abwanderung nur rund 17% bejahten. Die Diskrepanz zwischen altem und neuem Arbeitsplatz ist bei dieser Aussage am stärksten.

Die Schlussfolgerung daraus ist, dass die quantitative Ausweitung des Arbeitsplätzeangebots, insbesondere im Niedriglohnsektor, voraussichtlich kaum Auswirkungen auf die Quantität und keinerlei Auswirkungen auf die Qualität der Abwanderer haben würde. Um gut qualifizierte, ehrgeizige FacharbeiterInnen und HochschulabsolventInnen zu halten, bedarf es eines Arbeitskräfteangebots, das ihre Arbeitskraft wertschätzt, pflegt und entwickelt. Dies sollte bei Förderentscheidungen im Bereich der Wirtschaftspolitik bedacht werden. Hinzu kommt die Geschlechtsspezifik der Abwanderung: In der Expertise zu Lebenslagen von Mädchen ist die hohe Berufsorientierung aller Gruppen eindrucksvoll und lässt vermuten, dass gerade Frauen in Sachsen-Anhalt keine Chancengleichheit in Bezug auf die berufliche Entwicklung erleben. Mädchen in dieser Studie thematisieren – offensichtlich vorhandene – Diskriminierungserfahrungen eher verdeckt, da sie in der Regel auch keine Unterstützung durch Schule oder Angebote der Jugendhilfe erfahren, die ihnen eine aktive Auseinandersetzung damit ermöglichen würde. Gerade Mädchen mit niedrigem Bildungsniveau übernehmen offenbar unhinterfragt tradierte Geschlechtsrollen bis hin zum Hoffen auf den „Märchenprinzen“ unter Verzicht auf eigene berufliche Ziele.

Maßnahmen auf die biographischen Schnittstellen fokussieren

Sowohl im Bereich Hochschule wie im Bereich Berufliche Bildung ist die Fokussierung von Maßnahmen auf die entscheidenden biographischen Schnittstellen wichtig. Die GISA-Teilerhebung im Rahmen dieses Projekts hat gezeigt, dass unter den 18-20-Jährigen 69,8% den Wegzug aus Sachsen-Anhalt in den nächsten zwei Jahren entweder planen oder erwägen. Unmittelbar vor der Ausbildung/dem Studium, nach Erwerb der beruflichen oder Hochschulqualifikation und nach einem oder zwei Jahren Berufserfahrung ist die Wanderungsneigung am höchsten. Die erste Schnittstelle ist der Schulabschluss und die Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung. In den Expertenworkshops kam vielfach die Anregung, die Verzahnung von Schule und regionaler Wirtschaft zu fördern und der Berufsorientierung in der Schule breiteren Raum zu geben. Schülerpraktika sind ein bereits jetzt gegangener Weg, der

vermutlich ergänzt werden sollte durch eine stärkere Kooperation zwischen den LehrerInnen und den Vertretern der örtlichen Wirtschaft (Schul-Betriebs-Partnerschaften). Die nächste wichtige Schnittstelle ist die Aufnahme eines Hochschulstudiums. Auch hier ist eine Zusammenarbeit von Schulen mit gymnasialer Oberstufe und Hochschulen im Land noch nicht einmal in Ansatzpunkten entwickelt. Zwar öffnen die Hochschulen regelmäßig ihre Türen, aber nur in den seltensten Fällen wird dieses Angebot systematisch von Schulen genutzt. Die Einrichtung einer systematischen Studienberatung für alle zukünftigen AbiturientInnen über Studienmöglichkeiten im Lande könnte hier Abhilfe schaffen. Auch die Auslobung von Landesstipendien für die besten AbiturientInnen eines Jahrgangs, gebunden an die Auflage, in Sachsen-Anhalt zu studieren, wäre ein Weg.

Von zentraler Bedeutung sind alle Maßnahmen zur Berufseinmündung im regionalen Kontext. Dabei könnte es sich um die finanzielle Förderung von Praktika in der Region handeln, um die finanzielle Förderung des Schreibens von Diplomarbeiten in Unternehmen und andere Maßnahmen, welche die frühzeitige Kontaktaufnahme von Studierenden mit Unternehmen im Land begünstigen. Dadurch erfahren Studierende von konkreten Beschäftigungsmöglichkeiten im Land und erste Kontakte für die Arbeitsaufnahme nach dem Studium. Je mehr Hochschulabsolventen jedoch nach ihrem Studium eine erste Beschäftigung in Sachsen-Anhalt aufnehmen, desto wahrscheinlicher wird es, dass die Investitionen des Landes in ihre Qualifikation nicht durch ihre Abwanderung verloren geht. Solche Programme können vergleichsweise leicht auch die Geschlechtsspezifik der Abwanderung in den Blick nehmen, indem durch konsequentes Mainstreaming sichergestellt wird, dass Frauen und Männer in ihnen gleichermaßen berücksichtigt werden. Existenzgründungsprogramme für junge Menschen und speziell für Frauen gibt es zwar schon, aber vermutlich ist – gerade für unternehmerisch begabte Studierende – der Weg über einige Jahre Praxiserfahrung in einem Unternehmen des Landes für die Existenzgründung Erfolg versprechender.

Ein weiterer wichtiger biographischer Schnittpunkt ist die weitere Karriereentwicklung nach den ersten Berufsjahren. Auch hier offenbarten die Telefoninterviews in Sachsen-Anhalt deutliche Defizite. Sehr häufig erfolgte eine Abwanderung, weil die eigene (ungekündigte) Position in einem Unternehmen im Land nicht entwicklungsfähig schien. Hier kann eine gezielte Förderung ansetzen, die auf die berufliche und Karriereentwicklung junger Mitarbeiter in Klein- und Mittelbetrieben zielt, etwa durch Fortbildungsangebote oder auch Lohnzuschüsse.

Unsere Maßnahmenvorschläge im Bereich Wirtschaftspolitik

- Konzentration arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen auf die Gruppe der jüngeren, gut qualifizierten Erwerbstätigen und auf die Qualitätsverbesserung des Arbeitsplätzeangebots (durch Lohnangleichung, Fortbildung und Karriereentwicklung)
- Stärkere Verzahnung von Schule und Ausbildung durch Schul-Betriebspartnerschaften und andere Maßnahmen zur frühzeitigen regionalen Berufsorientierung
- Kofinanzierung von Praktika und Diplomarbeiten für Absolventen der Hochschulen des Landes bei Unternehmen der Region
- Besondere Förderung für die Berufseinmündung junger Frauen mit Hochschulabschluss

G 1.7 Maßnahmen der regionalen Infrastrukturpolitik

Insgesamt zeigt die Telefonbefragung das Gelingen eines Aufholprozesses in Sachsen-Anhalt. Zwar werden fast durchgängig die Verkehrs-, Einkaufs- und Freizeitinfrastrukturen am neuen Wohnort etwas günstiger bewertet, aber die Unterschiede sind doch überraschend gering. Allenfalls im Bereich jugendgerechter Freizeit- und Sportmöglichkeiten scheint noch ein größerer Nachholbedarf im Land Sachsen-Anhalt zu bestehen – dass im Land „nichts los“ sei, ist für junge Menschen nach wie vor ein Abwanderungsgrund. Auffällig ist jedoch, dass Frauen die Lebensbedingungen im Land deutlich negativer einschätzen als Männer. Offenbar werden ihre spezifischen Anforderungen im Bereich Bildung, Verkehr, Einkaufen, Freizeit und Sport zur Zeit weniger gut befriedigt als die der jungen Männer. Dies zeigt auch die GISA-Erhebung zu Menschen in Sachsen-Anhalt: Hier gaben rund doppelt so viele Frauen wie Männer an, wegen des unzureichenden Freizeit- und Kulturangebots eine Abwanderung in Betracht zu ziehen. Hier kann nur eine Querschnittpolitik des Gender-Mainstreaming im Bereich der Infrastrukturpolitik Abhilfe schaffen.

Verkehrsverbindungen in Wachstumszentren ausbauen

Klare Aussagen darüber, ob eine Konzentration der Regionalpolitik auf Wachstumszentren auch Bevölkerungswirkungen entfalten würde, lässt die Telefonbefragung nicht zu. Die Vergleichsstudie Oberfranken zeigt, wie eine günstige wirtschaftliche Entwicklung im nahe gelegenen Wachstumszentrum und die Verschärfung der Abwanderung in peripheren Lagen innerhalb eines Bundeslandes koexistieren können. Da aber in Sachsen-Anhalt bisher keines der großen, selbsttragenden Wachstumszentren mit genügend „kritischer Masse“ liegt, würde eine konjunkturelle Besserung vermutlich zunächst zu einer erneuten Zunahme der Abwanderung führen, da die Arbeitskräftenachfrage in den Wachstumsregionen der Bundesrepublik wieder steigen würde. Das irische Beispiel zeigt jedoch, dass mittelfristig ein Spill-

Over-Effekt zu erwarten ist. Dort profitierte ein Jahrzehnt lang fast ausschließlich das Wachstumszentrum um Dublin, mittlerweile jedoch auch die peripheren Gebiete, und zwar um so mehr, je direkter sie durch Verkehrsverbindungen an Wachstumszentren angeschlossen sind. Hierfür ist keine Angleichung der Durchschnittslöhne auf das Niveau in den Zentren erforderlich gewesen, sondern lediglich eine relative Besserung, die in einem attraktiven Wohnumfeld bei geringen Lebenshaltungskosten das Verbleiben in der Region oder die Rückkehr in die Heimat attraktiv machen konnten.

Die Schlussfolgerung scheint zu sein, dass es keine Alternative zur Strategie der Wachstumskerne gibt und dass diese Strategie langfristig dazu beitragen kann, auch in Gebieten außerhalb der Wachstumskerne die Bevölkerung zu stabilisieren, insbesondere wenn eine Verkehrsinfrastruktur zur Verbindung in die Zentren vorhanden ist. Deshalb ist in Sachsen-Anhalt der Ausbau von Verbindungen in die Wachstumszentren und die Aufrechterhaltung guter Lebensverhältnisse notwendig, um von einer gesamtwirtschaftlichen Besserung hinsichtlich der Bevölkerung überhaupt profitieren zu können.

Die Förderung und Erleichterung des beruflichen Pendelns kann nach unseren Ergebnissen als Haltestrategie empfohlen werden. Anders als in der bisherigen Forschung angenommen scheint Pendeln nach den Ergebnissen unserer Studie in Sachsen-Anhalt keine Vorstufe des Wegzugs zu sein. In der repräsentativen Befragung spielte das der Abwanderung vorausgehende Pendeln – entgegen unseren Erwartungen – nur eine sehr geringe Rolle. Ebenso empfahlen die Experten aus der Region die Erleichterung des Berufspendelns, wo es eine erhebliche Rolle spielt. Dort scheint das Pendeln als Vorstufe zur Abwanderung ebenfalls nur selten vorzukommen. Dazu kommt, dass die Schaffung von Verkehrsinfrastrukturen in Richtung auf urbane Zentren auch außerhalb der Landesgrenze nicht nur das Pendeln erleichtert, sondern auch die Geschwindigkeit der Suburbanisierung erhöht und damit zur Zuwanderung von Stadtbewohnern mit dem Wunsch nach einem Eigenheim führt.

Familien beim Erwerb eines Eigenheims unterstützen

Die Bedeutung des unmittelbaren Wohnumfeldes für die Familiengründung wurde bereits beschrieben. Vor allem die Erhöhung der Eigentumsquote ist der stärkste politisch beeinflussbare Haltefaktor zum Verbleiben in einer Region oder zur Ermöglichung einer Rückwanderung. Dieser Einschätzung stimmten auch ganz überwiegend die befragten Experten zu. Sie nannten bezahlbaren und attraktiven Wohnraum als zentrale Forderung für die familiengerechte Gestaltung der Politik und regten auch generationenübergreifende Projekte an (Mehrgenerationenhäuser oder –siedlungen). Die irische Fallstudie gibt auch den Hinweis, dass die Wahrnehmung generationenübergreifender Verantwortung wanderungshemmend wirkt.

Die für Familien attraktivste Wohnform ist in der Regel ein Eigenheim. Ein Haus zu besitzen, ist unmittelbar familienfördernd, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen bietet die Wohnform Haus viele direkte Vorteile für das familiäre Zusammenleben: genügend Platz, flexible Umgestaltungsmöglichkeiten, Möglichkeit zu lauten Familienaktivitäten, meistens Freiflächen oder Garten, ebenerdiger Zugang, häufig besserer nachbarschaftlicher Kontakt als in anonymen Mietsituationen. Zum anderen bedeutet der Besitz eines Hauses aber auch die Stabilisierung des persönlichen Lebens und der Beziehungen. Hausbesitzer leben ruhiger, ihre Paarbeziehungen sind beständiger und ihre Zukunftseinschätzungen positiver. Junge Familien ziehen tendenziell aus Großstädten heraus und in kleinere Gemeinden, wo der Wunsch nach einem Eigenheim leichter zu verwirklichen ist. Die Wahrscheinlichkeit für ein drittes Kind ist durch das Bewohnen eines Eigenheims signifikant erhöht. Die Eigenheimförderung nahm deshalb als Forderung an die Landesregierung auch bei den Gruppeninterviews mit Eltern einen großen Raum ein.

Will die Landesregierung den Zugang zum Eigenheim für junge Familien erleichtern, muss sie vor allem die Nachteile von Familien mit kleinen Kindern gegenüber Kinderlosen bei der notwendigen Bildung von Eigenkapital überwinden helfen. Wenn sich durch Arbeitslosigkeit oder niedrigen Verdienst am Anfang der Berufslaufbahn der Eigenheimerwerb verzögert, bis die Kinder größer oder die potenziellen Eltern schon älter sind, ist die geburtenfördernde Wirkung der Bauförderung dahin. Ziel der Wohneigentumsförderung muss also sein, jungen Paaren so früh wie möglich den Bau oder Erwerb eines familiengerechten Eigenheims zu ermöglichen.

Zwei Wege sind dafür möglich, einerseits die Erleichterung der Kapitalbildung für junge Familien und andererseits die preisgünstige Gestaltung des Bauens. Durch kommunale und Landesregelungen kann erheblicher Einfluss auf die Baukosten für Eigenheime genommen werden. Ein zentraler Punkt ist die Bereitstellung von preiswertem Bauland, aber auch die Bauleitplanung übt einen wichtigen Einfluss aus, indem sie flächen- und kostensparende Regelungen vorsehen kann, etwa durch Zulassen einer hohen Bebauungsdichte. Dadurch vermindern sich die Erschließungskosten, und Familien brauchen keine großen Grundstücke zu erwerben, um ihren Wohnraumbedarf zu realisieren. Bauordnung und technische Regelwerke sollten keine kostspieligen Bauweisen vorschreiben (z.B. keinen Zwang zur Verklinkerung oder Einhaltung bestimmter Bauformen, keinen Zwang zu gemauerten Schornsteinen oder ziegelbelegten Dächern etc.). Natürlich kann diese Forderung in Konflikt geraten mit Anforderungen zur ökologischen Bauweise. Kosteneinsparungen können auch durch die Möglichkeiten des nachträglichen Ausbaus erzielt werden, durch Eigenleistung und Nachbarschaftshilfe, durch die Verwendung vorgefertigter Bauteile oder überhaupt von Serien- und Fertighausmodellen.

Deshalb solle landesseitig die Wohnungsbauförderung in Richtung auf eine konsequente Familienförderung umgestaltet werden, d.h. deutliche Berücksichtigung der Kinderzahl und des Alters der Antragsteller bei der Förderhöhe (Prinzip: je höher die Kinderzahl und je niedriger das Alter der Antragsteller, um so höher die Förderung). Dadurch werden Anreize geschaffen, vor allem die wichtige Zielgruppe der jungen Paare im Zuge der Familiengründung zu erreichen, ihnen Gründe gegen eine Abwanderung zu geben und ihnen Rahmenbedingungen zur Realisierung ihrer Wünsche nach mehr als einem oder zwei Kindern zu schaffen. Die befragten Experten begrüßten in großer Mehrheit alle Maßnahmen zur Förderung des Eigenheimbaus. Auch die Vergleichsstudien Finnland, Irland, Portugal sowie Oberfranken und Emsland konnten zeigen, dass die Förderung des Eigenheimbaus eine zentrale Rolle für die Stabilisierung der Bevölkerung, Verhinderung von Abwanderung und Erleichterung der Rückwanderung spielt.

Die Förderung des Wohneigentums schon für junge Menschen ist vermutlich eine der wirksamsten Strategien zur Schaffung einer langfristigen regionalen Bindung. Junge Menschen mit Grundbesitz haben, selbst wenn sie für Ausbildung oder Berufseinstieg zunächst in den Westen gehen, einen „Grund“ zur Rückkehr. Bei niedrigen Grundstückspreisen ist dies auch eine verhältnismäßig leicht finanzierbare Strategie für die Kommunen. Im Extremfall könnte diese Art der Heimatbindung natürlich zu einer Rentnerrückkehr führen wie z.B. in Süditalien. Wahrscheinlicher ist aber, dass sowohl Bleibewillen als auch die Möglichkeiten zur Familiengründung in der regionalen Heimat durch die Förderung des Grundeigentums im jüngeren Alter zunehmen.

Leerziehen ländlicher Räume durch Wohneigentumsförderung vermeiden

Die zentrale Rolle der Schaffung von Wohneigentum für Familien in ländlichen Räumen kann als Haltefaktor gar nicht überschätzt werden. Der Standortnachteil dünner Besiedlung kann für Familien zu einem Pluspunkt werden, wenn ihnen zu äußerst niedrigen Preisen Bauland verfügbar gemacht wird. Gerade Kommunen in dünn besiedelten Regionen sollen nicht kurzschlüssig versuchen, durch die Ausweisung von Bauland für Familien ihre Finanzen aufzubessern, sondern durch gezielte Vergabe der attraktivsten Bauflächen an Familien mittelfristig ihre Einwohnerzahl stabilisieren.

Hierbei können auch planerisch neue Wege gegangen werden. So zeigt sich in Irland, dass die Vitalisierung entlegener Gebiete oft nur durch das Zulassen von Streusiedlungen möglich ist. Die Genehmigung ländlichen Einzelwohnens kann für bestimmte Regionen der einzige Weg sein, um eine vollständige Entleerung zu vermeiden. Die Vorteile der dünnen Bevölkerung und der niedrigen Bodenpreise müssen konsequenter genutzt werden. Preisgünstiges Bauen in natürlicher Umgebung, abseits der Städte, kann für Familien ein wichtiges Argument zum Bleiben sein, wenn gleichzeitig gute Straßen und Bahnverbindungen das Pendeln

ermöglichen oder durch Teleworking der Arbeitsplatz ins Land geholt werden kann. Mittelfristig ist auch denkbar, zwei räumliche Identitäten zu fördern, das Eigenheim als Ferien- und Alterswohnsitz in der Heimat und die Wohnung nahe der Arbeitsstätte. In Teilen Finnlands und Irlands zeichnet sich eine solche Entwicklung bereits ab.

Unsere Maßnahmenvorschläge im Bereich Infrastrukturpolitik

- Konsequentes Gender-Mainstreaming für infrastrukturelle Entscheidungen, um auch den Anforderungen von Frauen an Verkehrs-, Bildungs-, Einkaufs- und Freizeitinfrastrukturen gerecht zu werden
- Ausbau von Verkehrsverbindungen in potenzielle Wachstumszentren auch außerhalb der Landesgrenzen (Leipzig, Dresden, Berlin, Hannover usw.), um Spill-Over-Effekte optimal nutzen zu können, Pendeln zu erleichtern und Zuzug im Rahmen von Suburbanisierungsbewegungen zu fördern.
- Nachdrückliche Förderung des Zugangs zum Grundeigentum, besonders für junge Menschen und Familien mit Kindern (Landeseigenheimzulage in Abhängigkeit von Alter und Kinderzahl, Darlehen und Bürgschaften, billiges Bauland)
- Anpassung der Bauleitplanung und der Anforderungen an die Bauausführung, um preisgünstiges Bauen zu ermöglichen
- Zulassen von Streusiedlung und Zweitwohnungsbau in Gebieten, die von Entleerung bedroht sind

G 1.8 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Aus einer ganzheitlichen Perspektive ist der wichtigste Haltefaktor nichtmateriell: die Verwurzelung oder Vernetzung in der Heimat durch Übernahme regionaler Verantwortlichkeit. Nur eine Regionalpolitik, die bei den Menschen in von Abwanderung bedrohten Gebieten ansetzt, die ihre Stärken und Eigenwilligkeiten respektiert und nutzt, kann dauerhaft Wirkung haben. Das Anknüpfen an der Heimatverbundenheit von Menschen in peripheren Regionen ist dabei zentral. Es spielt durchaus auch für junge Leute eine Rolle, wie unsere Interviews zeigen, und zwar in ländlichen Regionen noch mehr als in den Städten. Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist deshalb möglicherweise das wichtigste nichtökonomische Ziel, um jungen Menschen Gründe zum Bleiben zu geben. Wer vor Ort Verantwortung übernimmt, sei es in der Politik, im Verein, in Bürgerinitiativen oder den Kirchen, wird zum aktiven Gestalter der Region und verlässt sie nicht einfach wegen eines etwas höheren Lohnniveaus anderswo. Personale Haltefaktoren lassen sich naturgemäß nur begrenzt politisch beeinflussen. Möglicherweise muss Bindungsfähigkeit im persönlichen Bereich jedoch als zentrales Sozialisationsziel wieder mehr in den Mittelpunkt rücken, denn sie ist auch die Voraussetzung für Familiengründung.

Zivilgesellschaftliche Strukturen stärken

Dass hinsichtlich der Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen in Sachsen-Anhalt Defizite bestehen, belegt – neben vielen anderen Untersuchungen – auch die Expertise zu Lebenslagen von Mädchen im Rahmen dieses Projekts. In den Expertenworkshops kamen zahlreiche Anregungen zur Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen, z.B. die Schulung der Kompetenzen von Mandatsträgern, die spezifische Schulung von Frauen für politische Verantwortungsübernahme, die Schaffung von erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten für Eltern und Jugendliche, der Ausbau der Gemeinwesenarbeit, die Erleichterung der Vereinsmitgliedschaft für Familien durch Senkung der Beiträge in Abhängigkeit von der Kinderzahl. Alle Ansätze zur Belebung bürgerschaftlicher Tätigkeit, besonders in ländlichen Räumen (in Sportverein, Schützenverein, Kirchengemeinde, Gewerkschaft, Partei, Landjugend etc.) verdienen nachdrücklichste Förderung, und zwar insbesondere dann, wenn durch die Aktivitäten bevorzugt Kinder, Jugendliche, Familien und Frauen erreicht werden. Gender Mainstreaming sollte bei dem Versuch staatlicher Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen eine zentrale Rolle spielen. So wäre es etwa denkbar, die Landesförderung von Vereinen und Verbänden grundsätzlich davon abhängig zu machen, dass Frauen zu 50% in Führungsebenen beteiligt sind.

Es gibt durchaus Möglichkeiten staatlicher Förderung von Bürgergeist und Gemeinsinn, die freilich stets nur Anstöße für ein Wachstum von unten geben können. Erfolgreich bewährt haben sich z.B. Konzepte der Mikro-Finanzierung von Projekten (etwa das Programm „Wir ... hier und jetzt“), in denen lokalen Initiativen sehr geringe Summen in die Hand gegeben werden, um vor Ort ganz unterschiedliche Projekte zu entwickeln, die allerdings die Einbeziehung möglichst vieler (junger) Bürger zur Voraussetzung haben. Ein anderer möglicher Weg ist die bewusste Ausrichtung der Eigenheimförderung auf gemeinschaftliche oder genossenschaftliche Projekte, die auf gegenseitiger Hilfe und Selbstverwaltung basieren. So können neue dörfliche Strukturen gegenseitiger Solidarität und Vernetzung entstehen. Auch Landeswettbewerbe in den verschiedensten Bereichen, Schaffung von Webseiten-Plattformen oder die Vergabe von Orden und Auszeichnungen können zur Stärkung selbstbewusster lokaler Strukturen beitragen. Ebenso wirksam ist die Schaffung von Beteiligungschancen für Bürger. Hierzu gehören bewährte Verfahren zur Bürgerplanung (Planungszellen, Bürgergutachten, Zukunftswerkstätten etc.) ebenso wie die Einrichtung ständiger Beiräte, Jugend- oder Familienparlamente in den Kommunen.

Durch kulturelle Leuchtturmprojekte regionale Identität schaffen

Ein anderer Ansatzpunkt, der auch in der irischen Fallstudie deutlich wurde, ist die Förderung der regionalen Identität über kulturelle Leuchtturmprojekte. Insofern sollte eine Regionalförderung in abwanderungsgefährdeten Kommunen in Sachsen-Anhalt sich nicht aus-

schließlich auf wirtschaftsnahe Infrastrukturen konzentrieren, sondern die integrierenden und identitätsstiftenden Aspekte exponierter kultureller Entwicklungsprojekte nutzen. Das Beispiel der Dresdner Frauenkirche zeigt, welche Energien und welches Maß an Identifizierung ein weithin sichtbares, wirtschaftlich ganz und gar irrationales Unternehmen wie der Wiederaufbau der Marienkirche entfesselt hat. Voraussetzung dafür ist zum einen die große historische Bedeutung und Vision des Projekts gewesen, zum anderen aber die Vervielfachung von Beteiligungschancen für Bürger im Rahmen dieses Projekts. Dieses Beispiel kann auch in kleinerem Maßstab funktionieren, wie der kleine Ort Cirigliano in der Basilicata-Vergleichsstudie zeigt.

Unsere Maßnahmenvorschläge zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

- Landesprogramm zur Förderung von Mikroprojekten (Förderumfang pro Projekt und Jahr <2500 €)
- Landesprogramm zur Förderung kommunitärer oder genossenschaftlicher Bauvorhaben
- Förderung des Einsatzes von aktivierenden Bürgerbeteiligungsverfahren bei allen kommunalen Planungsprozessen
- Förderung kultureller Leuchtturmprojekte mit Beteiligungschancen für Bürger

G 2. Potentiale und Grenzen der europäischen Strukturfonds für die Umsetzung einer bevölkerungsbewussten Regionalpolitik
(Herbert Heinecke)

G 2.1 Bevölkerungsentwicklung und Strukturpolitik in den ostdeutschen Bundesländern

Bevölkerungsentwicklung als Thema der Strukturfondsförderung

Die Bevölkerungsentwicklung in den ostdeutschen Bundesländern ist ein vieldiskutiertes Phänomen. Der aktuelle Sterbeüberschuss und der negative Wanderungssaldo sind als Problem in fast allen Operationellen Programmen (OP) der ostdeutschen Bundesländer genannt. Allerdings sind beim Thema Abwanderung zwei Dimensionen zu unterscheiden: Die Abwanderung aus dem ländlichen Raum (in die Ballungsgebiete) ist als Problem in allen OP benannt, und es wird – zumeist aus Mitteln des EAGFL – gegengesteuert („Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raumes"). Die Abwanderung aus dem jeweiligen Bundesland in ein anderes und der damit verbundene negative Wanderungssaldo werden hingegen unterschiedlich intensiv thematisiert. Diese beiden Dimensionen der Abwanderungsthematik werden im Folgenden – bezogen auf die einzelnen ostdeutschen Bundesländer – diskutiert.

Der Bevölkerungsrückgang in den ostdeutschen Bundesländern seit 1990 ist ein Thema, welches nicht nur in der politischen Öffentlichkeit diskutiert, sondern auch in den Programmdokumenten zur Strukturpolitik in Deutschland benannt wird. Konkret heißt es im Gemeinschaftlichen Förderkonzept (GFK) für die Ziel-1-Gebiete in Deutschland 2000-2006:

> „Zwischen 1991 und 1998 ging die Bevölkerung im Osten Deutschlands von 15,910 Mio. auf 15,290 Mio. zurück, d.h. um 621.000 bzw. 3,9 % [...]. Im gleichen Zeitraum stieg die Bevölkerung im früheren Bundesgebiet von 64,074 Mio. auf 66,747 Mio. an (+2,673 Mio. bzw. 4,2 %). Die gegenläufige Entwicklung ist sowohl auf die Abwanderung in die Alten Länder als auch die Zuwanderung von Ausländern und Aussiedlern in das frühere Bundesgebiet zurückzuführen. Dazu kommt noch ein deutlicher Geburtenrückgang im Osten Deutschlands.
>
> Die anhaltend ungünstige Beschäftigungslage in Ostdeutschland hat seit der Wiedervereinigung einen negativen Wanderungssaldo zur Konsequenz gehabt (1991-1997: ca. -387.000). Vor allem Personen jüngeren und mittleren Alters sind in die Alten Bundesländer umgezogen. Während bei der Binnenwanderung in den ersten Jahren nach der Wende der Saldo ausgeprägt negativ war, hat sich dies in den letzten Jahren spürbar abgeschwächt (1997: -11.000)." (S. 7)[28]

Der Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsentwicklung und der wirtschaftlichen Entwicklung wird im GFK ebenfalls angesprochen:

> „Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit korreliert positiv mit der bereits angesprochenen Bevölkerungsentwicklung. In der Regel zeigt sich, dass mit einem Verlust (Gewinn) an Erwerbsmöglichkeit die Bevölkerung abnimmt (zunimmt). Eine länger anhaltende derartige Entwicklung führt damit zu einer Abwanderung von Bevölkerung mit der Folge, dass das Anpassungsproblem über eine „passive Sanierung" zwar gemildert werden kann, das endogene Entwicklungspotenzial auf lange Sicht aber verringert wird, da vor allem junge und gut

[28] Hinweis zur Zitierweise: Die einzelnen Programmdokumente und sonstige Quellen werden im Text jeweils nur mit der Seitenzahl nachgewiesen. Der komplette Nachweis aller benutzten Quellen befindet sich in Kap. G 2.4.

> ausgebildete Personen die Krisenregionen verlassen und es zu einem Verlust an Humankapital kommt.“ (S. 17)

Bereits in dieser Formulierung, aber auch in den weiteren Ausführungen im GFK wird allerdings deutlich, dass die Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern zwar als Rahmenbedingung für die wirtschaftliche Entwicklung, nicht aber als eigenständiges Problem wahrgenommen wird. Entsprechend wird auch kein Ziel formuliert, welches eine positive Entwicklung der Bevölkerungszahl zum Gegenstand hat. Lediglich die Reduzierung der Abwanderung aus ländlichen Räumen in Ballungsgebiete wird als Ziel formuliert:

> „Auch künftig bleiben die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, von Bevölkerungsabwanderung sowie von infrastruktureller und sozialer "Entleerung" beherrschende Themen für weite Teile der ländlichen Räume. Die genannte Reihenfolge beinhaltet bereits den zentralen Anknüpfungspunkt – die Arbeitslosigkeit.“ (S. 86)

Kritisch ist hier darauf hinzuweisen, dass hier ein sehr eindimensionaler Zusammenhang postuliert wird: die Senkung der Arbeitslosigkeit als zentrales (und einziges?) Mittel, um die Abwanderung aus ländlichen Regionen zu reduzieren. Andere Faktoren werden nicht genannt – die Aufmerksamkeit daher auch nicht auf solche Faktoren gerichtet. Eine ähnlich eindimensionale Herangehensweise ist auch in der politischen Diskussion immer wieder in Bezug auf die Abwanderung aus den neuen Bundesländern insgesamt anzutreffen.

Diese Herangehensweise an das Phänomen der negativen Bevölkerungsentwicklung zieht sich auch durch die Operationellen Programme der einzelnen ostdeutschen Bundesländer. Überblicksartig werden im Folgenden die Aussagen der Operationellen Programme dieser Länder zur Bevölkerungsentwicklung vorgestellt.

Thüringen

> „Zum Jahresende 1997 lebten in Thüringen 2,478 Millionen Menschen. Wie in den anderen neuen Ländern ist auch in Thüringen seit längerem ein Bevölkerungsrückgang zu beobachten. Seit 1993 war dieser Rückgang in etwa konstant und betrug jährlich zwischen 0,5 % und 0,6 %. Hauptursache war der Geburtenrückgang, während die Wanderungsverluste in den letzten Jahren stark abgenommen haben. Zwischen 1993 und 1996 konnte Thüringen sogar alljährlich einen leichten Wanderungsgewinn verzeichnen, 1997 trat hingegen erstmals wieder ein Wanderverlust ein. Eine Entlastung des Arbeitsmarkts durch einen entsprechenden Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials trat jedoch nicht ein.“ (OP Thüringen, S. 17).

Ergänzend wird eine Prognose zitiert, wonach die Wohnbevölkerung Thüringens bis 2020 um 2,5% auf etwa 2,43 Mio. zurückgehen wird (S. 70).

Im Operationellen Programm von Mecklenburg-Vorpommern wird zunächst auf die geringe Bevölkerungsdichte des Landes (78 Einwohner pro qkm gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 230 Einwohnern pro qkm) hingewiesen, was der Bevölkerungsdichte anderer bevölkerungsarmer Ziel-1-Regionen in der EU entspricht (S. 15). Dieses Problem wird durch den Bevölkerungsrückgang noch verstärkt.

> „Seit 1989 verminderte sich die Bevölkerung von 1,96 Mio um 160.000 Personen bzw. 8,2%. In den Jahren 1989 bis 1991 war der Rückgang am größten. Die Ursachen für die Bevölke-

> rungsverluste liegen zu ca. zwei Dritteln in der Abwanderung überwiegend jüngerer Personen und zu ca. einem Drittel in einem deutlichen Sterbeüberschuss.
>
> Durch vergleichsweise hohe Abwanderungen von 15- bis 25jährigen Personen in den Jahren 1990 bis 1997 sowie dem Anstieg der Zuzüge von Personen im Rentenalter ist eine zunehmende Alterung der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns zu beobachten. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter blieb jedoch über den gesamten Zeitraum mit knapp 1,3 Mio Personen relativ konstant." (S. 15)

Auch in Sachsen geht die Bevölkerung zurück, wobei hier nach den Aussagen des Operationellen Programms vor allem die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung zu Buche schlägt. Auch zwischenzeitliche leichte Wanderungsgewinne (denen in anderen Jahren allerdings auch deutliche Wanderungsverluste entgegenstehen) konnten den kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang nicht aufhalten. Innerhalb des Landes wird eine doppelte Wanderungsbewegung ausgemacht: Junge Leute ziehen aus dem ländlichen Raum in die Städte, während überwiegend junge Familien im Zuge der Suburbanisierung aus den Zentren ins Umland ziehen (S. 35).

Mit Blick auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung taucht auch im OP Sachsen wieder das Argument auf, dass die Bevölkerungsentwicklung zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes beiträgt, die damit verbundenen negativen Konsequenzen werden hingegen nicht benannt – eine sehr einseitige Sichtweise der Problematik.

> „Nach einer Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen wird die Bevölkerung im Land bis 2006 (in der mittleren Variante) um rd. 110.000 Personen abnehmen (-2,4 % gegenüber 1997). Die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird zunächst (bis 2000) um etwa 20.000 steigen, aber danach im Zuge des Bevölkerungsrückganges um rd. 75.000 abnehmen. Während die Zahl der Männer im erwerbsfähigen Alter zwischen 2000 und 2006 nur um etwa 8.000 zurückgehen wird, reduziert sich das weibliche Erwerbspersonenpotenzial um rd. 84.000 oder 5,6 %. D.h., in der ESF-Interventionsperiode 2000 bis 2006 wird der Arbeitsmarkt durch die Bevölkerungsentwicklung tendenziell in einer Größenordnung von 2 bis 3 Prozent entlastet werden." (S.24)

Das OP Sachsen nimmt darüber hinaus auch Stellung zu den Erfolgen der bisherigen Strukturpolitik und sieht hier sogar positive Effekte auf das Wanderungsverhalten:

> „Die EFRE-finanzierten Investitionen im Bildungsbereich führen zu einer Verbesserung der Standortfaktoren für die Unternehmen hinsichtlich der Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften. Sie tragen dazu bei, den schulischen Teil der Ausbildung qualitativ und organisatorisch ebenso zu verbessern wie die materiellen Bedingungen für vollzeitschulische Bildungswege und berufsvorbereitende Maßnahmen. Die Strategiefähigkeit der EFRE-Förderung in diesem Bereich ist daher gegeben.
>
> Gleichzeitig wird durch die Verbesserung der Ausbildung an den beruflichen Schulzentren einer weiteren Abwanderung von Ausbildungsplatzsuchenden in die alten Bundesländer entgegengewirkt." (S. 79)

Eine vergleichbare Aussage ist in den Operationellen Programmen der anderen ostdeutschen Bundesländer nicht zu finden. Allerdings wird nicht vollkommen deutlich, ob es sich bei dieser Aussage um empirische Erfahrungen aus der vorherigen Förderperiode handelt oder um Erwartungen an die laufende Förderperiode.

Das Land Brandenburg ist unter den ostdeutschen Flächenländern insofern ein Sonderfall, da es als einziges eine positive Bevölkerungsentwicklung verzeichnet. Geschuldet ist dies den großen Wanderungsgewinnen durch die Suburbanisierung im Großraum Berlin, welche die Sterbeüberschüsse bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung überkompensiert (OP Brandenburg S. 6).

Allerdings wird im OP Brandenburg auf die sehr unterschiedliche Bevölkerungsdichte hingewiesen, die im Großraum Berlin 191 Einwohner pro Quadratkilometermeter beträgt und somit mehr als doppelt so hoch ist wie in den peripheren Gebieten, wo die Bevölkerungsdichte nur 69 (in einigen nördlichen Randgebieten sogar nur 46) Einwohner pro Quadratkilometer beträgt. Durch die hinzukommende Abwanderung aus den ländlichen Räumen in die Ballungsgebiete wird diese Diskrepanz noch verstärkt. Wichtig ist zudem der Hinweis, dass die Abwanderung auch peripher gelegene Städte aufgrund eines dort wahrnehmbaren Funktionsverlustes betrifft (S.68).

Deutlicher als in den anderen ostdeutschen Bundesländern wird im OP Sachsen-Anhalt für die laufende Förderperiode bereits auf die hohe Abwanderung und die sinkende Geburtenrate hingewiesen. Die damit verbundenen Gefahren werden konkreter herausgestellt. Im Einzelnen heißt es dort:

> „Die Zahl der Einwohner/-innen in Sachsen-Anhalt ist zwischen 1990 und 1998 um etwa 175.000 bzw. 6,1 Prozent gesunken (Deutschland +4,1 %, EU +2,1 %). Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Ursachen: Zum einen ging die Zahl der Geburten radikal zurück. Zum anderen waren es vor allem jüngere Menschen im erwerbsfähigen Alter, die das Land aufgrund ungünstiger Beschäftigungsaussichten auf dem heimischen Arbeitsmarkt verlassen haben. In diesem Zusammenhang ist auch auf den anhaltenden Abwanderungsdruck aufgrund eines unzureichenden Angebotes an betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten zu verweisen.
>
> Nach neuesten Schätzungen des Statistischen Landesamtes wird die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt bis 2010 um 8,7 Prozent auf 2,485 Millionen weiter zurückgehen. Selbst bei steigenden Geburtenziffern bleibt der Saldo zwischen Lebendgeborenen und Gestorbenen negativ. Damit ist auf lange Sicht ein stetiger Rückgang des Erwerbspersonenpotentials in Sachsen-Anhalt vorgezeichnet. Die dargestellte Abwanderung hatte und hat zunächst den Effekt einer angebotsseitigen Entlastung des Arbeitsmarktes. Gleichwohl ist diese „passive Sanierung“ des Arbeitsmarktes kritisch zu bewerten.
>
> Die Abwanderung vor allem junger und mobiler Teile der Bevölkerung geht zu Lasten der Leistungsträger von morgen. Im Wettbewerb der Regionen gewinnt der Standortfaktor Humankapital zunehmend an Gewicht. Anhaltende Abwanderungen können auf längere Sicht zu einer Schwächung der Entwicklungsperspektiven für das Land Sachsen-Anhalt führen.“ (S. 43)

Die negativen Konsequenzen des Bevölkerungsrückganges werden im OP Sachsen-Anhalt also benannt und somit auch als Ansatzpunkt für die Strukturfondsförderung kenntlich gemacht. Selbst wenn die Bevölkerungsentwicklung in der aktuellen Förderperiode nicht als eigenständiges Ziel Eingang in die Programmplanungsdokumente gefunden hat, wird die erhöhte Sensibilität für die Problematik deutlich, die Anknüpfungspunkte für eine Neuorientierung bietet.

Allen Operationellen Programmen gemeinsam ist, dass die Abwanderung aus ländlichen Räumen reduziert werden soll – hierfür werden in der Regel Mittel aus dem EAGFL-A (Europäischer Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft – Abteilung Ausrichtung) eingesetzt.

Beispielhaft sei hier noch einmal auf das OP Thüringen verwiesen, wo mit Blick auf die Aktivitäten des EAGFL-A im Zeitraum 1994-97 (Dorferneuerung etc.) konstatiert wird: „Es hat zur Abschwächung der Abwanderung aus ländlichen Räumen beigetragen“ (S.50). Dies wird umgehend jedoch relativiert: „Temporäre Beschäftigungseffekte wurden erzielt, ohne das Problem der Arbeitslosigkeit und der Abwanderung, besonders aus peripheren ländlichen Räumen, allerdings entscheidend beeinflussen zu können“ (S. 53). Nichtsdestotrotz findet sich im OP Thüringen auch für die Förderperiode 2000-2006 das Ziel, die Abwanderung aus ländlichen Räumen zu vermindern (S. 183f., S. 224).

Auch im OP Sachsen-Anhalt wird die Abwanderung aus ländlichen Räumen ausführlich thematisiert:

> „Sowohl in Auswertung der schriftlichen Befragung in ländlichen Gemeinden als auch aus Interviews mit Planungsbeauftragten wurde deutlich, dass die aus dem EAGFL-A kofinanzierten Programme zur Entwicklung des ländlichen Raumes einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Wohnverhältnisse auf dem Lande leisten. Auf den hohen Sanierungsbedarf sowohl im Infrastrukturbereich als auch im Bereich von Wohn- sowie öffentlichen Gebäuden ist zurückzuführen, dass vor allem das Dorferneuerungsprogramm ein hohes Maß an Akzeptanz erreicht hat. Darüber hinaus leisten die Programme über ihre Anschubwirkung einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der meist jungen Handwerksunternehmen. Die Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass die Gefahr einer Abwanderung vor allem aus kleinen, wirtschaftlich schwachen Gemeinden in Regionen mit einem erheblichen Arbeitskräfteüberhang nicht nachhaltig gebannt werden konnte. Maßgeblichen Einfluss auf die Abwanderung hat vor allem die wirtschaftliche Entwicklung des Ortes selbst sowie des Umlandes und die Erreichbarkeit potentieller Erwerbsstandorte. Die Gutachter kamen daher zu dem Schluss, dass neben dem Ziel der Erhaltung typischer, ländlicher Bauweisen im Rahmen der Dorferneuerung vor allem nachhaltige Entwicklungsfragen in den Mittelpunkt der Förderung gestellt werden sollten und die bisherige Förderkulisse mehr auf beschäftigungswirksame Maßnahmen ausgerichtet werden sollte“ (S.100).
>
> „In Sachsen-Anhalt können ca. 27 Prozent aller Gemeinden als traditionelle Agrargemeinden klassifiziert werden [...]. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ländlicher Gebiete vor allem unter dem Gesichtspunkt der Verminderung der Abwanderung wird u.a. entscheidend beeinflusst durch die Attraktivität der Dörfer als Wohnstandort sowie durch die Erreichbarkeit potentieller Erwerbsstandorte. Die Verbesserung der Lebensqualität unter Berücksichtigung des ländlichen kulturellen Erbes, der Erhaltung historisch gewachsener Ortstrukturen sowie des Umweltschutzes sind daher vorrangige Aufgaben der EAGFL–Förderung“ (S.112)
>
> „Mit der Zielstellung der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen soll vor allem der Abwanderung aus strukturschwachen ländlichen Räumen entgegengewirkt werden“ (S. 139).

Generell lässt sich zu dieser Facette der Abwanderungsthematik aus Sicht der einzelnen Bundesländer Folgendes festhalten. Aus dem Blickwinkel der Bevölkerungsentwicklung stellt sich die Abwanderung aus dem ländlichen Raum so lange nicht als Problem dar, als die Wanderung sich innerhalb des Bundeslandes abspielt. Andererseits ist zu bedenken, dass ein Fortzug aus dem ländlichen Raum immer auch das Potenzial zu einem Wegzug aus dem

jeweiligen Bundesland beinhaltet. Die dahinterstehende Logik besagt Folgendes: Wenn der Einzelne sowieso seinen bisherigen Heimatort verlassen muss, wird er überlegen, ob es dann nicht sinnvoll ist, gleich ein Ziel anzusteuern, welches bessere Rahmenbedingungen beispielsweise für die berufliche Entwicklung bietet. Der ‚Halteeffekt' gerade ländlicher Regionen sollte daher nicht unterschätzt werden.

Im Rahmen der Expertise wird die Abwanderung aus ländlichen Gebieten jedoch nicht als eigenständiges Problem thematisiert, sondern nur in dem Kontext der gesamten Bevölkerungsentwicklung auf Landesebene.

Die derzeitige Strukturpolitik in Sachsen-Anhalt

Entsprechend dem Kohäsionsziel der Europäischen Union wird angestrebt, die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den Regionen innerhalb der EU zu verringern bzw. nicht größer werden zu lassen.

Das wichtigste Instrument zum Erreichen dieses Ziels ist die Strukturfondsförderung, von der besonders Regionen mit Entwicklungsrückstand (weniger als 75% BIP pro Kopf des Gemeinschaftsdurchschnitts) sowie Regionen im Strukturwandel profitieren. In der aktuellen Förderperiode (2000-2006) stehen für die Strukturfonds insgesamt 195 Mrd. Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt zur Verfügung – eine Summe, die durch nationale und regionale Kofinanzierung fast verdoppelt wird. Für die ostdeutschen Bundesländer beläuft sich die Gesamtfördersumme auf 19,229 Mrd. Euro, darunter fallen auch die 3,354 Mrd. Euro, die von der EU allein für Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt werden. Ergänzt um die 2,6 Mrd. Euro private und 2,75 Mrd. Euro öffentliche Kofinanzierung stehen für die Strukturfonds in Sachsen-Anhalt insgesamt also rund 8,7 Mrd. Euro zur Verfügung. Diese Summe wird noch dadurch erhöht, dass im Rahmen dreier horizontaler Operationeller Programme auf Bundesebene zusätzliches Geld nach Sachsen-Anhalt fließt.

Die zentralen Ziele der Strukturfondsförderung in Sachsen-Anhalt in der aktuellen Förderperiode sind die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums sowie die Beschäftigungsförderung und -sicherung. Konkret heißt es im OP Sachsen-Anhalt: „Die Förderung des Operationellen Programms ist auf das globale Ziel gerichtet, den wirtschaftlichen Wachstums- und Aufholprozess des Landes zu beschleunigen und die Beschäftigungssituation signifikant zu verbessern" (S. 5).

Daneben sind einige horizontale Ziele (Chancengleichheit, Nachhaltigkeit etc.) im OP aufgeführt, da sie zu den zentralen Diskussionsschlagworten innerhalb der EU gehören. Sie sollen quer zu den sonstigen detaillierten Zielen wirken und somit die gesamte Förderkulisse beeinflussen.

Da die Querschnittsziele in der Regel weniger stark quantifiziert formuliert sind, kann ihre Erreichung auch weniger genau überprüft werden als es bei den konkreten Einzelzielen der Fall ist. Dieses führt zu einem Dilemma für die Verwaltungsbehörden im Land, da diese im Zuge einer möglichst umfassenden Evaluation die Zielerreichung mit evaluieren wollen. Diese Zielerreichung soll zunehmend quantitativ erfolgen, um möglichst ‚objektive' Indikatoren für eine Erfolgskontrolle zu haben. Verdeutlichen kann man dies an der Halbzeitbewertung zum OP Sachsen-Anhalt, in dem auch die Querschnittsziele des OP mit evaluiert wurden. Bei dieser Evaluierung dominiert als Ergebnis die Einschätzung, dass die Implementierung der Querschnittsziele in die Programme bzw. Projekte nur ansatzweise gelungen ist.

Unabhängig von der Frage, ob alle Förderziele wirklich adäquat quantifizierbar sind – diese Diskussion kann hier nicht vertieft werden – führt dies tendenziell dazu, dass die Akzeptanz schwer quantifizierbarer Ziele sinkt und deshalb ein Querschnittziel „nachhaltige Bevölkerungsentwicklung" potentiell weniger Durchschlagskraft hat als andere, leichter messbare Ziele.

Angesichts der eindeutigen Zielformulierungen im OP Sachsen-Anhalt ist es wenig verwunderlich, dass der Aspekt der Bevölkerungsentwicklung nur in den wenigsten Strukturfonds-Förderprogrammen der aktuellen Förderperiode eine Rolle spielt.

Als eine von wenigen Ausnahmen ist das Programm ‚GAJL' (Gegen Abwanderung Junger Landeskinder) zu nennen, welches sein Ziel bereits im Titel verdeutlicht: die Abwanderung einer bestimmten Zielgruppen (in diesem Fall arbeitslose junge Menschen nach Beendigung ihrer beruflichen Erstausbildung) durch Trainingsmaßnahmen und Probebeschäftigung in ortsansässigen Betrieben den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Werden die Teilnehmer nach der Probebeschäftigung vom Betrieb weiterbeschäftigt, so werden Lohnkostenzuschüsse und ggf. notwendig weitere Qualifizierung gefördert.

Das Programm läuft seit 2003 und wird als Modellprojekt aus ESF-Geldern finanziert.

G 2.2 Strukturfondsförderung vor der Veränderung

Die Diskussion über die nächste Förderperiode

Die Diskussion um die Zukunft der europäischen Regionalpolitik und eine Neuausrichtung der Strukturfonds in der kommenden Förderperiode (2007-2013) ist bereits in vollem Gange. Durch die Erweiterung der EU auf nun 25 Mitgliedsstaaten und das damit verbundene Sinken des durchschnittlichen BIP pro Kopf ist seit langem absehbar, dass viele der bisherigen Ziel-1-Regionen zukünftig nicht mehr in gleichen Umfang Fördermittel erhalten werden.

Wichtige Zwischenstationen bei diesem Diskussionsprozess sind die „Berichte über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt" der EU-KOM (auch Kohäsionsberichte genannt).

Spätestens seit dem zweiten Kohäsionsbericht vom Januar 2001 wird in der Fachöffentlichkeit über die Zukunft der Strukturpolitik intensiv diskutiert. Der dritte und damit neueste dieser Berichte stammt vom Februar 2004 und ist heute eine wichtige Grundlage für die Diskussion. Da zeitnah auch die Vorstellungen der EU-KOM zur finanziellen Vorausschau bekannt geworden sind, ist diese Diskussion auf die breite Öffentlichkeit übergesprungen. Im Folgenden werden zentrale Aspekte der Diskussion seit Publikation des 3. Kohäsionsberichtes vorgestellt.

Am 10. und 11. Mai 2004 fand mit etwa 1500 Teilnehmern das Dritte Europäische Kohäsionsforum statt. Hier wurde von Vertretern aller Gremien (u.a. von der Vorsitzenden des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen) betont, dass der Dritte Kohäsionsbericht eine gute Grundlage für die weitere Diskussion bilde. Seitdem wird an den grundlegenden Aussagen des Kohäsionsberichtes kaum mehr Kritik geübt. Zentraler Streitpunkt ist die Finanzierung, denn die Vertreter der Nettozahler-Länder betonen immer wieder, dass eine Ausweitung des Finanzrahmens der EU nicht finanzierbar sei. Deshalb gibt es beispielsweise in der Bundesrepublik Dissens zwischen Bundesregierung und den ostdeutschen Landesregierungen. Während die Bundesregierung die Zunahme der Ausgaben durch eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages befürchtet, haben die Landesregierungen Angst um das Finanzvolumen der Fördergelder, welche in der kommenden Förderperiode auch den ostdeutschen Ländern zugute kommen können.

Am 14. Juli 2004 hat die EU-KOM ihre Vorstellungen zur Zukunft der Regionalpolitik konkretisiert, indem sie die Entwürfe der zukünftigen Strukturfondsverordnungen publiziert hat. Wichtigste strukturelle Veränderung ist die weitere Zusammenfassung der Strukturfonds auf zukünftig nur noch drei Fonds: EFRE, Kohäsionsfonds und ESF.

Das bisherige Ziel 1 soll bei einer Einbeziehung des bisherigen Kohäsionsfonds unter der Bezeichnung „Konvergenz“ weitergeführt werden und auch weiterhin in den Genuss des größten Anteils an Fördergeldern kommen soll (78,5 % der eingeplanten Mittel). Konkret schlägt die KOM vor, dass weiterhin der Grenzwert für die Einbeziehung in dieses Ziel bei 75% des durchschnittlichen BIP pro Kopf bei Regionen bzw. 90% bei Mitgliedstaaten liegen soll. Bisherige Ziel-1-Regionen, die aufgrund des statistischen Effektes aus der Höchstförderung herausfallen, sollen übergangsweise eine Förderung erhalten, die zu Beginn der Förderperiode bei 85% liegt und langsam bis auf 65% abschmilzt.

Neben das Konvergenz-Ziel treten das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“, welches Elemente der bisherigen Ziele 2 und 3 weiterführt sowie das Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“, welches vor allem als Nachfolger der bisherigen INTERREG-Initiativen die Kooperation zwischen den Regionen fördern soll. Die finanzielle Ausstattung dieser Ziele ist mit 17,22% bzw. 3,94 % des Gesamtbudgets kalkuliert.

Auch in Fragen der Finanzverwaltung und Programmsteuerung soll es Veränderungen geben, die hier aber nicht weiter thematisiert werden. Wichtig ist allenfalls der Hinweis, dass die Steuerung weiter dezentralisiert werden soll – die Gestaltungsmöglichkeiten der Bundesländer werden somit vermutlich eher größer.

Nicht mehr im Zusammenhang mit den Strukturfonds genannt wird der – nach dem Willen der Kommission einzurichtende – ELER-Fonds (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums). Dieser Fonds tritt bezüglich seiner Förderschwerpunkte jedoch die Nachfolge des EAGFL-A aus und greift auch die Ziele der bisherigen Gemeinschaftsinitiative LEADER+ auf. Er wäre daher auch als Instrument für eine bevölkerungsbewusste Regionalpolitik einsetzbar – soweit die Maßnahmen den ländlichen Raum betreffen.

Die zukünftige Fördersituation für Sachsen-Anhalt ist noch nicht vollständig absehbar. Zunächst war die Befürchtung groß, Sachsen-Anhalt können wegen des so genannten statistischen Effektes aus der Ziel-1-Förderung herausfallen, da der Beitritt der zehn mittel- und osteuropäischen Staaten im Mai 2004 den Gemeinschaftsdurchschnitt des BIP pro Kopf so weit senken könnte, dass Sachsen-Anhalt – trotz einer unveränderten wirtschaftlichen Lage – plötzlich oberhalb der entscheidenden 75%-Schwelle liegen könnte. Aus diesem Grund waren Politiker aus Sachsen-Anhalt auch führend beteiligt, als sich im Ausschuss der Regionen eine Gruppe der vom statistischen Effekt betroffenen Regionen bildete und von der Kommission forderte, diese Regionen nicht einfach aus der Höchstförderung herauszunehmen. Diese Bemühungen hatten insofern Erfolg, als im Kommissionsentwurf zur allgemeinen Strukturfondsverordnung 2007-2013 die vom statistischen Effekt betroffenen Regionen eine Übergangsförderung im Rahmen der Priorität ‚Konvergenz' erhalten sollen.

Die Befürchtung, Sachsen-Anhalt werde in der kommenden Förderperiode aus der Höchstförderung herausfallen, ist durch die neuesten Berechnungen mittlerweile relativiert worden: Nach dem statistischen Anhang zum 3. Kohäsionsbericht, der die wichtigsten Indikatoren auch bezogen auf die Regionen aufschlüsselt, liegt Sachsen-Anhalt – bezogen auf Werte von 2001, aber unter Berücksichtigung der Beitrittsländer – bei 71,7 % des durchschnittlichen BIP pro Kopf. Bezogen auf die drei Regionen im Land stellt sich das Bild folgendermaßen dar: Die Region Halle liegt mit 74,9 % denkbar knapp unter der brisanten Schwelle, die Region Magdeburg liegt bei 72,0 und die Region Dessau sogar nur bei 66,0 % des durchschnittlichen BIP pro Kopf innerhalb der Gemeinschaft der 25 Mitgliedsstaaten.

Zwar sind die Zahlen des Kohäsionsbericht noch nicht entscheidend für die spätere Einstufung in die Zielgebiete der kommenden Förderperiode, sie geben jedoch einen ersten deutlichen Hinweis und werden von den politischen Akteuren entsprechend ernst genommen.

Für die Landesregierung Sachsen-Anhalt beispielsweise formulierte Staatsminister Robra in einer Debatte des Landtages am 05.03.2004 die Befürchtung, die Region Halle könnte in der

nächsten Förderperiode durch den statistischen Effekt nicht mehr die volle Förderung erhalten (vgl. Plenarprotokoll 4/36). Die CDU-Landtagsabgeordnete Wybrands veranschaulichte in der gleichen Debatte, wie unterschiedlich zukünftig die Fördermöglichkeiten innerhalb des Landes ausfallen könnten, sollte die Region Halle aufgrund des statistischen Effektes aus der höchsten Förderpriorität herausfallen (ebd.).

Allerdings würde auch dann eine Förderung im Rahmen der weiteren Förderprioritäten möglich sein (auch beispielsweise im Rahmen urbaner Umbauprogramme oder Programme zur Entwicklung des ländlichen Raumes), dann jedoch mit deutlich geringeren finanziellen Mitteln.

EU-Perspektiven zur Bevölkerungsentwicklung

Nach diesem Ausblick auf die generellen Leitlinien zukünftiger europäische Strukturfondsförderung wird nun noch einmal der Aspekt der Bevölkerungsentwicklung in den Blick genommen, wie er in neueren EU-Dokumenten zum Ausdruck kommt. Eine Kenntnis dieser Diskussionslinien ist relevant, um Anknüpfungspunkte für Vorschläge zur Einbettung bevölkerungsrelevanter Ziele in die Strukturfondsförderung zu definieren.

Der dritte Kohäsionsbericht beschäftigt sich unter der zentralen Überschrift „Wirtschaftlicher Zusammenhalt“ auch mit der Bevölkerungsentwicklung in der EU. Seine wichtigsten Aussage hierzu sind zum einen der Hinweis auf den Bevölkerungsrückgang (wegen einer zu geringen Geburtenrate in den meisten Mitgliedsländern), der nur durch Zuwanderung ausgeglichen werden kann. Daneben wird die Verschiebung der Alterspyramide herausgestellt, wodurch nominell (aber auch real) der Anteil der arbeitenden Bevölkerung (bzw. Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) gegenüber den Personen im Rentenalter (ab 65 Jahre) immer geringer wird.

Gegengesteuert werden soll u.a. durch eine längere Lebensarbeitszeit, weitere Fortbildung für Ältere etc., wie etwa im 3. Kohäsionsbericht an anderer Stelle gefordert wird:

> „Die Bevölkerungsalterung in Europa stellt eine besondere Herausforderung dar. In diesem Bereich sind die regionalen Schwankungen, welche die Tendenzen bei den Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitsziffern sowie bei den Migrationsströmen widerspiegeln, sehr ausgeprägt. Bewältigen lassen sich diese Probleme nicht dadurch allein, dass eine Lösung für die Zunahme der ‚abhängigen’ Bevölkerung gefunden wird. Es muss auch dafür gesorgt werden, dass die nationalen und regionalen Entwicklungsstrategien auf die demografischen Entwicklungen abgestimmt sind und insbesondere die Politik zur Förderung des aktiven Alterns unterstützen und das häufig ungenutzte Potenzial der älteren Bevölkerung ausschöpfen“ (S. 23).

Analog dazu bezeichnet auch der KOM-Vorschlag für die allgemeine Strukturfondsverordnung 2007-2013 die Alterung der Bevölkerung als eine zentrale Herausforderung, der sich die Gemeinschaft zu stellen hat (S. 3 und 6).

Trotz der generell eindeutigen Entwicklungslinie wird seitens der KOM auch auf die großen regionalen Unterschiede in dieser Entwicklung hingewiesen. Deshalb wird die Bedeutung der Regionalpolitik im 3. Kohäsionsbericht (S. 52-54) auch in diesem Zusammenhang hervorgehoben. Damit bietet sich auch ein argumentativer Ansatzpunkt, bevölkerungspolitische Zielsetzungen in der Regionalpolitik zu verankern

Während die natürliche Bevölkerungsentwicklung als Problem definiert wird, bleibt die Haltung in Fragen des Wanderungsverhaltens ambivalent. Dies ist aus Gemeinschaftssicht insofern nachvollziehbar, als es sich bei den meisten Wanderungsbewegungen um eine Binnenwanderung innerhalb der Gemeinschaft handelt – diese also keine nennenswerte Auswirkung auf die Bevölkerungszahl insgesamt hat. Ambivalent ist die Haltung auch insofern, als Wanderungsverhalten als positives ebenso wie als negatives Phänomen beschrieben wird. Diese Ambivalenz wird im Folgenden kurz vorgestellt.

Generell wird die geographische Mobilität der Beschäftigten als wünschenswert und förderungswürdig eingeschätzt, da einem Arbeitsplatzmangel in wirtschaftlich schwächeren Regionen oft ein Arbeitskräftemangel in boomenden Regionen gegenübersteht. Geographische Mobilität trägt daher dazu bei, die komplementäre Arbeitsmarktsituation in Gebieten mit unterschiedlicher wirtschaftlicher Dynamik zu entspannen und so zum generellen Wirtschaftswachstum beizutragen. Insofern zeigt sich eine Übereinstimmung der KOM-Einschätzung mit klassischen volkswirtschaftlichen Modellen zur Binnenmigration.

Allerdings ist die Bereitschaft zur geographischen Mobilität bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oft nicht sehr stark ausgeprägt – gerade wenn damit ein Umzug in einen anderen Mitgliedstaat verbunden wäre. Deshalb wurden verschiedene Maßnahmen verabschiedet, die die geographische Mobilität fördern sollen. Beispielsweise heißt es im gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2002:

> „Auch Maßnahmen zur Förderung der geografischen Mobilität wurden dieses Jahr stärker ins Blickfeld gerückt. Einige der Maßnahmen stellen auf die interregionale Mobilität innerhalb des nationalen Arbeitsmarktes ab, die man durch verschiedene Anreizmaßnahmen zu fördern versucht (z. B. in Schweden, Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien oder Belgien). Einige Mitgliedstaaten sehen eine mögliche Lösung des Problems des Arbeitskräftemangels in der Zuwanderung von Arbeitkräften und stellen die Bedeutung eines stärker integrierten europäischen Arbeitsmarktes heraus. Viele Mitgliedstaaten haben Schritte unternommen, um die Job-Matching-Kapazitäten ihrer Arbeitsverwaltungen zu verbessern. Die meisten bauen elektronische Datenbanken für Stellenangebote und Lebensläufe auf, die über EURES miteinander verknüpft werden“ (S. 38).

Dass mangelnde geographische Mobilität als echtes Problem gesehen wird, verdeutlicht auch die Verabschiedung eines ‚Aktionsplans der Kommission für Qualifikation und Mobilität’ im Jahr 2002. Ebenso wird im deutschen Nationalen Aktionsplan zur Beschäftigungspolitik 2003 der Bundesrepublik Deutschland geographische Mobilität und ihre Förderung (Mobilitätshilfen für beschäftigungslose Menschen) als ein Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit genannt.

Andererseits ist jedoch festzustellen, dass sich die Abwanderung aus bestimmten Regionen in der Sicht der EU-KOM als Problem darstellt. Zu nennen ist etwa der 3. Kohäsionsbericht, bei dem die Abwanderung aus Regionen mit geographischen Problemen (Inseln, Randlagen, Gebirgsgegenden) thematisiert wird (S. 59-61). Der Vorschlag der EU-KOM für die allgemeine Strukturfondsverordnung 2007-2013 sieht entsprechend auch eine gesonderte Förderung für diese geographisch benachteiligten Regionen vor (S.8.).

Dass Abwanderung aber nicht ein Problem geographisch benachteiligter Regionen ist, veranschaulicht das Beispiel der – geographisch zentral gelegenen – ostdeutschen Bundesländer. Sie stehen vor den gleichen Herausforderungen wie die Regionen, die aufgrund geographischer Besonderheiten von Abwanderung betroffen sind: Die wirtschaftliche Entwicklung und Dynamik leidet, die öffentliche Infrastruktur ist schwerer zu finanzieren und es droht ein Veröden der Regionen. Deshalb ist es notwendig, die Abwanderung als eigenständiges Problem der Regionalpolitik zu begreifen, sofern sie dauerhaft und signifikant zu einem Bevölkerungsrückgang in einer Region beiträgt.

Erst in der Zusammenschau von Wanderungsverhalten und natürlicher Bevölkerungsentwicklung lässt sich auch auf EU-Ebene das Problem eines Bevölkerungsrückganges auf regionaler Ebene adäquat erfassen. Dass die ostdeutschen Bundesländer seit 1990 unter einem signifikanten Bevölkerungsrückgang leiden, ist allgemein bekannt und wird sich nach den unterschiedlichen Prognosen auch in Zukunft fortsetzen. Wie beispielsweise der statistische Anhang zum 3. Kohäsionsbericht ausweist (S. 74), gehören die ostdeutschen Bundesländer zu den Regionen, für die die EU den größten Bevölkerungsrückgang prognostiziert (mehr als 8% Bevölkerungsrückgang für die Jahre 2000 bis 2025). Bei diesen Zahlen wird nicht nach Wanderungssaldo und natürlicher Bevölkerungsentwicklung unterschieden. Dass dies keine gute Voraussetzung für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung ist, dürfte unstrittig sein.

Entsprechend wichtig ist es, in der Neuausrichtung der Regionalpolitik beide Aspekte in den Blick zu nehmen – dazu werden im Folgenden einige Ansatzpunkte benannt.

G 2.3 Empfehlungen für eine Neuausrichtung der Strukturfondsförderung.

Das empfohlene Maßnahmenpaket gliedert sich in zwei Hälften. Im ersten Teil wird überprüft, inwieweit die Empfehlungen der Studie „Menschen für Sachsen-Anhalt“ noch in der laufenden Förderperiode im Rahmen von Strukturfondsförderung realisierbar sein könnten. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass aufgrund der Festlegung der Programmplanungsdokumente kaum Spielraum für die Definition eigenständiger neuer Zielsetzungen besteht. Ähnlich wie bisher lassen sich diese Aspekte am ehesten im Rahmen von Modellprojekten und innovativen Maßnahmen realisieren. Deren Budget jedoch ist relativ stark eingeschränkt, so dass keine großen Projekte förderfähig sind.

Deshalb wird in diesem Abschnitt ein etwas weiterer Fokus gewählt: Es wird gefragt, inwieweit im Rahmen der Studie empfohlene Maßnahmen nach den heutigen Grundsätzen und Zielen der Strukturfondsförderung finanzierbar wären. Damit treten die konkreten Programmplanungsdokumente in den Hintergrund und es wird stärker nach der Logik bisheriger Strukturfondsförderung gefragt. Zu einem Zeitpunkt, an dem einerseits die finanziellen Mittel der laufenden Förderperiode weitgehend verplant sind, andererseits die zukünftigen Fördermöglichkeiten der kommenden Förderperiode noch nicht genau absehbar sind, ist dies die bestmögliche Art, konkrete Maßnahmenempfehlungen auf ihre Förderfähigkeit hin zu überprüfen.

Der zweite Teil der Empfehlungen ist stärker mittelfristig ausgerichtet auf die kommende Förderperiode 2007-2013. Hier können aufgrund der noch im Diskussionsprozess befindlichen Rahmenbedingungen zwar noch keine konkreten Förderempfehlungen ausgesprochen werden. Allerdings können zum jetzigen Zeitpunkt strategische Überlegungen angestellt werden, wie die Ziele einer bevölkerungsbewussten Regionalpolitik in der kommenden Förderperiode stärker Berücksichtigung in der Strukturfondsförderung finden können. Es handelt sich also um stärker politische Empfehlungen, die in den aktuellen Diskussionsprozess um die Zukunft der Regionalpolitik und die Aushandlungsprozesse zwischen EU-KOM, Bund und Landesregierung eingebracht werden sollten, um eine bevölkerungsbewusste Regionalpolitik zu ermöglichen bzw. zu erleichtern.

Maßnahmen für die laufende Förderperiode

Wie bereits angeklungen, ist ein Umsteuern der Förderprioritäten in der aktuellen Förderperiode kaum mehr möglich. Stattdessen kann es hier nur darum gehen, Spielräume auszuloten, in denen modellhaft Projekte mit bevölkerungspolitischer Zielsetzung erprobt werden. Des Weiteren wird nach der grundsätzlichen Förderfähigkeit vorgeschlagener Maßnahmen in der heutigen Förderungslogik der Europäischen Strukturfonds gefragt.

Es ist unrealistisch anzunehmen, dass alle Maßnahmeempfehlungen der Studie über EU-Strukturfondsgelder finanzierbar wären. Zudem geht es bei vielen der vorgeschlagenen Maßnahmen weniger um finanzielle Unterstützung als um die Veränderung von Rahmenbedingungen oder um ordnungspolitische Entscheidungen. Eine einseitige Betonung der Strukturfonds würde also eine Schieflage in die Diskussion bringen und die Aufmerksamkeit davon ablenken, dass bevölkerungsbewusste Regionalpolitik auf allen Ebenen und mit den verschiedensten Maßnahmen betrieben werden muss, um messbare Erfolge zu generieren. Die folgenden Ausführungen greifen daher nur jene Maßnahmeempfehlungen auf, deren Förderfähigkeit durch Europäische Strukturfonds angenommen wird. Bezüglich der Reihenfolge der diskutierten Maßnahmen orientiert sich der Abschnitt an der Struktur der Maßnahmenvorschläge.

Bei den Maßnahmen zur Beeinflussung des Wanderungsverhaltens bieten besonders die Empfehlungen für die Existenzgründungsunterstützung älterer Menschen und qualifizierter Nichtdeutscher Ansatzpunkte für den Einsatz europäischer Strukturfonds. Bereits in der aktuellen Förderperiode ist im OP Sachsen-Anhalt im Schwerpunkt 4 „Förderung des Arbeitskräftepotenzials und der Chancengleichheit“ als Maßnahme 4.4.2 die „Förderung des Unternehmergeistes“ genannt. Hier könnten gezielt Projekte zur Gründungsunterstützung der genannten Zielgruppen definiert werden.

Auch der Maßnahmenbereich 5.2 „Förderung der Anpassung und Entwicklung ländlicher Gebiete“ führt unter 5.2.7 „Förderung von Fremdenverkehrs- und Handwerkstätigkeiten“ explizit die Möglichkeit der Förderung regionaltypischer Handwerkertraditionen u.ä. auf.

Bezüglich der kommunalen Kontaktagenturen könnten ggf. Mittel aus dem EAGFL-A bzw. zukünftig des ELER genutzt werden, sofern es sich um Kommunen im ländlichen Raum handelt.

Der große Bereich der Maßnahmen im Bereich Familienpolitik bietet für Strukturfondsförderung nur begrenzte Ansatzmöglichkeiten, da die meisten der Maßnahmen in Politikfelder fallen, in denen die EU keine Kompetenzen hat. Dies schränkt auch die Aktionsmöglichkeiten für die Strukturfondsförderung ein. Trotzdem können einige Maßnahmen genannt werden: Beispielsweise wäre die Schaffung eines familienfreundlichen städtischen Umfeldes grundsätzlich im Zuge des Maßnahmebereich 2.4 „Städtische und lokale Infrastrukturen“ förderfähig. Es bedarf dazu einer etwas großzügigen Auslegung der Einschränkung, dass in diesem Maßnahmenbereich nur Förderungen möglich sind, „soweit sie zur Schaffung von Arbeitsplätzen und für die wirtschaftliche Entwicklung relevant sind“ (OP Sachsen-Anhalt, S. 186). Maßnahmen des Wohnungsbaus sind aktuell nicht förderfähig und es ist nicht zu erwarten, dass sich dies ändert.

Dass auch mit den Rahmenbedingungen der aktuellen Förderperiode ein breiterer Zugang möglich ist, beweist das Land Brandenburg. In seinem OP werden im gleichlautenden Maßnahmenbereich u.a. folgende spezifische Förderkriterien genannt: „Verbesserung der technischen, sozialen, kulturellen, bildungs- und freizeitbezogenen Infrastrukturen und des Wohnumfeldes in Problemgebieten als Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung; […] die Gestaltung einer frauengerechten und familienfreundlichen Stadtentwicklung“ (OP Brandenburg, S. 69f.). Zwar sind auch dort die Entwicklung des Unternehmensbestandes und die Arbeitsplatzsituation als quantifizierbare Ziele genannt, jedoch erst in einer längerfristigen zeitlichen Perspektive. Am Rande sei auch darauf hingewiesen, dass dort der Wanderungssaldo in dem betroffenen Gebiet als Erfolgsindikator gesehen wird. Das Beispiel Brandenburg zeigt also, dass Elemente der Strukturfondsförderung auch ohne direkten Bezug auf

Arbeitsmarkt bzw. wirtschaftliche Entwicklung realisierbar sind – beispielsweise der Bau von Spielplätzen in städtischen Wohngebieten.

Bei der Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gibt es aktuell nur vereinzelt Anknüpfungspunkte für Strukturfondsförderungen. Einen ersten Ansatz bietet das aktuelle OP Sachsen-Anhalt in der Maßnahme 4.5.1 „Spezifische Maßnahmen zur Qualifizierung und Integration von Frauen“. Als eine von zehn möglichen Aktionen wird „Modellprojekte zur Gestaltung der Übergänge zwischen Erwerbstätigkeit, Zeiten der beruflichen Qualifizierung und Familienphasen“ genannt. Daraus wird deutlich, dass die Thematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zwar grundsätzlich als förderfähig anzusehen ist, in der bisherigen Praxis allerdings nur eine marginale Rolle spielt. Entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt, ist es aber ein Ansatzpunkt, diesen Bereich zukünftig stärker zu berücksichtigen – ebenso wie den Bereich der aktiven Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern beim Zugang zu Weiterbildung und beim innerbetrieblichen Aufstieg. Auch hier zeigt das Beispiel Brandenburg, dass eine breitere Herangehensweise schon jetzt möglich ist. Unter 4.3.7 Maßnahmenbereich E „Chancengleichheit von Frauen und Männern“ wird als eine wichtige konkrete Operation genannt: „Schaffung bzw. Erhalt von grundlegenden infrastrukturellen Voraussetzungen der Erwerbstätigkeit sowie der Mobilität von Frauen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Kinderbetreuungseinrichtungen mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten, flexible Arbeitszeiten u.ä.)“ (OP Brandenburg, S. 100). Zum Vergleich: Der Bereich der Kinderbetreuung wird im OP Sachsen-Anhalt nur in Verbindung mit der Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen genannt: „Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (u.a. Kinderbetreuung)“ (OP Sachsen-Anhalt S. 219).

Im Bereich der Bildungspolitik haben die Autorinnen der Studie eine Vielzahl von Maßnahmenvorschlägen formuliert. Ansatzpunkte für Europäische Fördermittel zur Finanzierung solcher Maßnahmen gibt es aktuell jedoch kaum. Zwar sind bereits heute unter Maßnahmebereich 2.2 „Infrastruktur im Bereich Wissenschaft, Forschung, Entwicklung und Informationstechnologie“ sowie unter Maßnahmebereich 2.3 „Infrastruktur im Bereich der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung; Informations- und Kommunikationstechnik an Schulen“ Investitionen für den Bereich der Hochschulen und beruflichen Bildung förderfähig, diese ist jedoch primär auf IuK-Infrastruktur ausgerichtet und bietet somit kaum einen Ansatzpunkt für eine bevölkerungsbewusste Regional- bzw. – in diesem Fall – Bildungspolitik. Diese Feststellung verwundert insofern, als im OP Sachsen-Anhalt im Problemaufriss die Bedeutung der Hochschulen als ‚Haltefaktor’ explizit thematisiert wird:

> „Im Rahmen einer solchen langfristig angelegten Strategie bedarf es auch in den nächsten Jahren umfangreicher Investitionen in die Bausubstanz und die Ausstattung von Einrichtungen des Hochschul- und des Berufsschulsystems in Sachsen-Anhalt. Nur so kann Sachsen-Anhalt langfristig zu einem attraktiven Standort der beruflichen und wissenschaftlichen Ausbildung entwickelt werden und im Wettbewerb der Regionen um den Standortfaktor „Humankapital“ erfolgreich bestehen. Die gegenwärtigen Abwanderungstendenzen insbesonde-

> re in der jüngeren Generation zeigen, dass die derzeitige Attraktivität des Landes hierfür noch nicht ausreichend ist“ (S.23).

Allerdings soll hier noch einmal auf den generellen Tenor der Studie hingewiesen werden, weniger in materielle Infrastrukturen, sondern mehr in ‚Köpfe’ bzw. ‚Herzen’ (Menschen) zu investieren. Gelingt ein generelles Umsteuern in diese Richtung, bieten sich für die Strukturfondsförderung auch zusätzliche Anknüpfungspunkte für bildungspolitische Projekte und Programme.

In Bezug auf die Maßnahmenvorschläge im Bereich der Wirtschaftspolitik lässt sich konstatieren, dass dieser Bereich schon heute eine hohe Affinität zur EU-Strukturfondsförderung hat. Maßnahmen zur Qualifizierung von ArbeitnehmerInnen, zur Erleichterung des Berufseinstieges für Ausbildungs- und HochschulabsolventInnen lassen sich mit der Logik gerade der ESF-Förderung gut vereinbaren. In einigen der genannten Bereiche gibt es auch in der laufenden Förderperiode konkrete Programme (vor allem im Schwerpunkt 4 „Förderung des Arbeitskräftepotenzials und der Chancengleichheit“ des OP Sachsen-Anhalt). Im Zuge einer bevölkerungsbewussten Regionalpolitik lassen sich diese Instrumente problemlos für die spezifischen Maßnahmenvorschläge nutzen.

Infrastrukturpolitik hat grundsätzlich ebenfalls eine hohe Affinität zur Strukturfondsförderung – besonders im Rahmen des EFRE werden auch heute schon Infrastrukturmaßnahmen finanziert. Bezogen auf die Empfehlungen der Studie ist einschränkend festzuhalten, dass allein die Maßnahmenvorschläge zur Verkehrsinfrastruktur (Ausbau von Verkehrsverbindungen zu Wachstumszentren) mit EFRE-Mitteln förderfähig wären. Wohnungsbau- bzw. Eigenheimförderung ist im Rahmen der Strukturfondsförderung nicht vorgesehen und lässt sich auch kaum mit den derzeitigen Förderschwerpunkten in Übereinstimmung bringen.

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als letzter der Maßnahmeempfehlungen der Studie verdeutlicht abschließend noch einmal, dass nur ein ganzheitlicher Politikansatz Erfolg versprechend auf die Bevölkerungsentwicklung Einfluss nehmen kann. Finanzielle Zuwendungen können nur ein kleiner Anreiz sein, um bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen. Gleichwohl können auch hier die Strukturfonds genutzt werden. Zu nennen ist Maßnahmebereich 4.6 „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“. Dieser Maßnahmenbereich ist in seiner finanziellen Ausstattung recht klein (er umfasst in der laufenden Förderperiode gerade 1% der eingesetzten ESF-Mittel) und – wie die meisten Maßnahmen – stark auf Fragen der Beschäftigungsentwicklung fokussiert. Andererseits macht er deutlich, dass auch im Rahmen europäischer Strukturfondsförderung Klein- und Kleinstprojekte ohne viel zentrale Steuerung förderfähig sind. Vielversprechende Ansätze im Rahmen des Programms LOS sind bereits gemacht.

Am Rande sei noch darauf hingewiesen, dass Brandenburg im Bereich der ländlichen Entwicklung unter anderem „die Konsolidierung der Landjugendarbeit“ als Ziel in die Programmplanungsdokumente eingebracht hat (OP Brandenburg, S. 107).

Als Zwischenfazit sei an dieser Stelle angemerkt, dass es schon in den heutigen Strukturfondsförderungen Anknüpfungspunkte gibt, um eine bevölkerungsbewusste Regionalpolitik finanziell zu unterstützen. In der konkreten Programmplanung sind die Ressourcen aber nicht auf Maßnahmen mit diesen Förderschwerpunkten konzentriert, so dass ein kurzfristiges Umsteuern der Mittel der aktuellen Förderperiode kaum mehr möglich ist.

Auch unter der Annahme, dass sich die zukünftigen Strukturfonds nicht grundlegend ändern, gibt es also grundsätzlich Spielräume für eine bevölkerungsbewusste Regionalpolitik. Dies zeigen auch die sporadischen Verweise auf das Beispiel Brandenburg. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass dies nur nach Entscheidungen im Rahmen eines Verteilungskonfliktes möglich ist – ein Umsteuern der Strukturfondsmittel würde aufgrund der begrenzten finanziellen Ressourcen zwangsläufig zu Einschnitten bei anderen Förderzielen führen. Es bedarf daher zunächst des notwendigen politischen Willens zum Umsteuern, bevor konkrete Maßnahmen geplant werden können.

Angesichts der in Kap. G 1 getroffenen Feststellung, dass Querschnittsziele tendenziell eine geringere Akzeptanz aufweisen, wird hier nachdrücklich empfohlen, die Implementierung einer bevölkerungsbewussten Regionalpolitik in die Strukturfondsförderung nicht in Form eines Querschnittsziels vorzunehmen. Stattdessen sollte ein explizit bevölkerungsbezogenes Ziel aufgenommen werden, unter dem alle förderfähigen Maßnahmen einer bevölkerungsbewussten Regionalpolitik subsumiert werden.

Empfehlungen für die nächste Förderperiode

In Abschnitt 2 wurde herausgearbeitet, dass der sog. statistische Effekt nach der Erweiterung die Gefahr birgt, dass Sachsen-Anhalt mindestens zum Teil aus der Ziel-1-Förderung herausfällt und nach einer eventuellen Übergangsphase nur noch geringere Fördersummen in Anspruch nehmen kann. Der Verweis auf die allgemeine schlechte wirtschaftliche Situation wird zukünftig nicht mehr ausreichen, um in der Höchstförderung zu bleiben. Es wird daher zukünftig immer wichtiger, jene Aspekte herauszustellen, die ein zentrales Problem für die wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts darstellen. Ziel muss es sein, in der zukünftigen Strukturfondsverordnung die Bevölkerungsentwicklung als ein Kriterium für die Strukturfonds-Förderung zu definieren.

Der Ansatzpunkt dazu kann sein, dass bereits im geltenden Operationellen Programm für Sachsen-Anhalt die hohe Abwanderung thematisiert wird, wenn auch eher als Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Mittlerweile ist jedoch abzusehen, dass die Abwan-

derung nicht nur eine Folgewirkung, sondern zunehmend selber Teil des Problems ist. Wenn – wie geschehen – vor allem junge und qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Sachsen-Anhalt abwandern, leidet die Innovationsfähigkeit und die wirtschaftliche Dynamik darunter. In einigen qualifizierten Bereichen kann es zu einem Arbeitskräftemangel kommen, der aus den vorhandenen Arbeitslosen nicht ausgeglichen werden kann.

Einen weiteren Ansatz für eine neue Schwerpunktsetzung bietet auch der 3. Kohäsionsbericht, der unter dem Oberbegriff ‚Soziale Infrastruktur' Einrichtungen zusammenfasst, deren Existenz und Qualität wichtige Einflussfaktoren für eine Standort- und Wohnortwahl darstellen und somit – wie der Bericht selber betont – auch Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung hat:

> „Die Bedeutung der sozialen Infrastruktur – insbesondere Schulen, Hochschulen und Krankenhäuser – als ein Faktor, der die regionale Wettbewerbsfähigkeit beeinflusst, darf nicht unterschätzt werden. Das Vorhandensein einer guten sozialen Infrastruktur kann Entscheidungen darüber, wo Investitionen getätigt bzw. ein Unternehmen angesiedelt werden soll, beeinflussen, besonders dann, wenn die betreffenden Personen bei der Wahl ihres Wohn- und Arbeitsortes einen breiten Ermessensspielraum haben und folglich persönliche Präferenzen und familiäre Interessen mit berücksichtigen können. Die genannte Art von Infrastruktur wird daher zunehmend zu einem wichtigen Bestandteil der Entwicklungsstrategien von Regionen, die wissensbasierte Aktivitäten mit hoher Wertschöpfung anziehen wollen.
>
> Soziale Infrastruktur ist auch wichtig in Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Bevölkerungszahlen. Die Unterschiede in den Immobilienpreisen belegen, dass gute Schulen bei der Wahl des Wohnortes eine immer größere Rolle spielen. Ebenso ist das Vorhandensein von Kindertagesstätten in vielen Fällen entscheidend dafür, ob Frauen mit kleinen Kindern ihrem Beruf nachgehen können. Das Fehlen solcher Einrichtungen ist einer der Gründe für die niedrigen Beschäftigungsquoten von Frauen in manchen, vor allem weniger wohlhabenden Gebieten der Union sowie für die hohe Teilzeitbeschäftigungsquote in anderen Gebieten. Die Bereitstellung solcher Einrichtungen kann dazu beitragen, Menschen von der Abwanderung aus bestimmten, eher peripheren und ländlichen Gebieten abzuhalten, in denen die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen als ein Faktor identifiziert wurde, der die Menschen zum Bleiben veranlasst" (S.69).
>
> „Die soziale Infrastruktur ist neben den Umweltverhältnissen ein Schlüsselelement für die Lebensqualität jeder Region und in Hinblick auf die regionale Wettbewerbsfähigkeit genauso wichtig wie Verkehrssysteme und andere, traditionellere Formen von Infrastruktur" (S. 71).

Hier bietet sich daher auch ein Anhaltspunkt, um ‚weiche Standortfaktoren' zukünftig stärker in den Fokus der Regionalpolitik zu nehmen und entsprechend auch Förderziele für die kommende Förderperiode zu definieren bzw. zu vereinbaren

Die Strukturfondsförderung in Sachsen-Anhalt hat in Brüssel einen guten Ruf. Dies beweist nicht zuletzt der Europäische Preis „Regionale Innovation", den Sachsen-Anhalt als eine von neun europäischen Regionen im Mai 2004 von der EU-KOM erhalten hat. Die Verleihung erfolgte für ein Projekt innovativer Regionalentwicklung für KMU. Auch die fünf Landesinitiativen werden einhellig als qualitativer Sprung in der Nutzung der Strukturfondsmittel eingeschätzt. Sie leiden allerdings an den sehr komplexen Aushandlungs- und Bewilligungsmechanismen, welche die Projektpraxis gegenüber anderen Strukturfonds-Programmen erschweren und die Landesinitiativen somit für Projektträger oft weniger attraktiv machen.

Nichtsdestotrotz wird deutlich, dass auch (organisatorisch wie inhaltlich) innovative Konzepte eine Chance auf Realisierung im Rahmen der Strukturfondsförderung haben und es daher durch gezielte Einflussnahme auf den derzeit laufenden Verhandlungsprozess über die Strukturfondsverordnungen sowie anschließend eine bevölkerungsbewusste Formulierung der OPs möglich sein wird, zahlreiche der vorgeschlagenen Maßnahmen regionaler Bevölkerungspolitik im Rahmen der EU-Strukturfonds zu finanzieren.

G 2.4 Zusammenfassung

In den ostdeutschen Bundesländern ist ein deutlicher Bevölkerungsrückgang festzustellen. Lediglich Brandenburg ist als Ausnahme zu nennen, da die im Zuge der Suburbanisierung um den Großraum Berlin zu verzeichnenden Wanderungsgewinne die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung (Sterbeüberschuss) überkompensiert. In den anderen ostdeutschen Bundesländern wirken – unterschiedlich hohe – Wanderungsverluste und der Sterbeüberschuss zusammen, was seit Jahren zu einem signifikanten Rückgang der Einwohnerzahlen führt – eine Entwicklung, die auch für die Zukunft absehbar ist.

Obwohl diese Bevölkerungsentwicklung in allen ostdeutschen Bundesländern bereits in den Programmplanungsdokumenten der laufenden Förderperiode konstatiert wird, hat allein Sachsen-Anhalt im Operationellen Programm explizit auf die damit verbundenen Gefahren und Probleme für die Wirtschaftsentwicklung hingewiesen. Erste Förderprogramme mit dem expliziten Ziel, eine Abwanderung zu vermeiden, wurden bereits aufgelegt. Dies kann ein zentraler Anknüpfungspunkt für eine Neuorientierung der Strukturfondsförderung in Sachsen-Anhalt hin zu einer bevölkerungsbewussten Regionalpolitik sein.

Auch wenn über die Zukunft der Regionalpolitik bereits heute auf Gemeinschaftsebene intensiv diskutiert wird, sind die genauen Rahmenbedingungen der nächsten Förderperiode noch nicht absehbar – zu ungewiss beispielsweise ist die finanzielle Ausstattung der Strukturfonds. Auch ist noch nicht sicher, ob Sachsen-Anhalt als Ganzes Ziel-1-Gebiet bleibt oder einzelne Regionen aufgrund ihrer besseren wirtschaftlichen Entwicklung aus der Höchstförderung herausfallen und nur noch Anspruch auf eine Übergangsförderung haben.

Es wird dafür plädiert, die offene Situation dafür zu nutzen, um strategisch neue Schwerpunkte in der Strukturfondsförderung zu etablieren. Die Reduzierung der Abwanderung sowie die Erhöhung der Geburtenrate sollten als neue Ziele definiert und in die Verhandlungen über die neuen Förderschwerpunkte aufgenommen werden. Dabei kann strategisch der bisher schon gelobte innovative Einsatz der Strukturfondsmittel in Sachsen-Anhalt als Argument genutzt werden, um beim Einsatz der Strukturfondsmittel auch weiterhin innovative Wege zu gehen.

In der Debatte um die Neuausrichtung der Strukturfonds steckt eine bevölkerungsbewusste Regionalpolitik aus der Sicht einer Region zunächst in einem Dilemma. Im dritten Kohäsionsbericht werden die negative Bevölkerungsentwicklung und die damit verbundene Verschiebung der Alterspyramide auf der Ebene der Gemeinschaft als Problem gesehen, der man mit Hilfe einer gesteuerten Zuwanderung und der Verlängerung der Lebensarbeitszeit beizukommen hofft. Die grundlegende Entwicklung wird allerdings fast wie ein Phänomen höherer Gewalt dargestellt, an der nichts geändert werden kann. Eine Regionalpolitik, die auf eine positive Veränderung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung abzielt, muss somit diese Lethargie überwinden und deutlich machen, dass Politik auch eine Veränderung der Geburtenrate bewirken kann.

Bezüglich der Wanderungsbewegungen zwischen einzelnen Regionen muss zwischen der Gemeinschafts- und der Regionalebene unterschieden werden. Die negativen regionalen Konsequenzen aus einer Abwanderung fallen auf Gemeinschaftsebene nicht ins Gewicht – die EU fordert und fördert zu Stimulierung des wirtschaftlichen Wachstums sogar die geographische Mobilität (Umzugsbereitschaft) der ArbeitnehmerInnen. Lediglich die Abwanderung aus Gebieten in geographischer Randlage bzw. Gebieten mit besonderen geographischen Problemen (Gebirgs- und Insellagen etc.) wird in der aktuellen Diskussion auf EU-Ebene als Problem formuliert, welches mit Strukturfondsmitteln auch zukünftig gelindert werden soll.

Die Abwanderung aus einer zentral gelegenen Region – und als solche kann man Sachsen-Anhalt seit der Erweiterung bezeichnen – wird hingegen nicht thematisiert. Hier kann ein Ansatzpunkt für die Landesregierung bestehen, um in der Programmplanungsphase neue Akzente in der Strukturpolitik mit der EU-KOM zu verhandeln. Empfehlungen dazu werden im dritten Teil der Expertise formuliert.

Neben diesen generellen – stärker politischen – Empfehlungen werden im Rahmen der Expertise auch die konkreten Maßnahmenvorschläge der Studie auf ihre ‚Eignung' für eine Finanzierung über die Europäischen Strukturfonds. Diese beziehen sich zum einen auf die laufende Förderperiode, unterliegen dabei allerdings einigen Restriktionen, da die Rahmenbedingungen durch die geltenden Programmplanungsdokumente eng gesteckt sind. Zum anderen wird herausgearbeitet, welche der vom Projektteam vorgeschlagenen Maßnahmen auch im Rahmen einer konventionellen Programmplanung durch Strukturfondsmittel finanzierbar wären – also auch ohne grundlegende Änderungen der bisherigen Förderprinzipien. Dabei wird deutlich, dass die europäischen Strukturfonds bereits in ihrer derzeitigen Ausrichtung einen substanziellen Beitrag zu einer bevölkerungsbewussten Regionalpolitik leisten können – wenn der politische Wille da ist, entsprechend umzusteuern.

G 2.5 Quellen

Programmdokumente zur aktuellen Förderperiode

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/funds/prord/document/gfk_de.pdf Gemeinschaftliches Förderkonzept Ziel 1 und Ziel 1-Übergangsunterstützung Deutschland 2000-2006
http://www.brandenburg.de/media/1382/op_bb_endfassung_2.pdf (OP Brandenburg)
http://www.mv-regierung.de/strukturfonds/doku/op_fina_work_habil1.pdf (OP Mecklenburg-Vorpommern)
http://www.sachsen-anhalt.de/pdf/pdf22583.pdf (OP Sachsen-Anhalt)
http://www.sachsen.de/de/wu/smwa/download/op_sachsen.pdf (OP Sachsen)
http://wirtschaft.th-online.de/foerderung/download/op.pdf (OP Thüringen)
http://www1.europa.sachsen-anhalt.de/vademecum/vademecum.pdf (Landesvademecum Sachsen-Anhalt zur Strukturfondsförderung)
http://www.sachsen-anhalt.de/pdf/pdf52016.pdf (Halbzeitbewertung zum OP Sachsen-Anhalt)

Dokumente zur Zukunft der Strukturfonds

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/com(2004)492final_de.pdf (KOM-Vorschlag: Allgemeine Strukturfondsverordnung 2007-2013)
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/com(2004)495_de.pdf (KOM-Vorschlag: EFRE-Verordnung 2007-2013
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/com(2004)493_de.pdf (KOM-Vorschlag: ESF-Verordnung 2007-2013)
http://europa.eu.int/comm/agriculture/capreform/rurdevprop_de.pdf (KOM-Vorschlag ELER-Verordnung: Europäischer Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raumes 2007-2013)
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion3/cohesion3_de.htm (Dritter Kohäsionsbericht)
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/pdf/cohesion3/cohesion3_indicator_de.pdf (Statistischer Anhang zum 3. Kohäsionsbericht: Hauptindikatoren nach Regionen)

Weitere Dokumente

http://europa.eu.int/comm/employment_social/employment_strategy/report_2002/jer2002_final_de.pdf (Gemeinsamer Beschäftigungsbericht 2002)
http://europa.eu.int/comm/employment_social/employment_strategy/nap_2003/nap_de_de.pdf (Nationaler Beschäftigungspolitischer Aktionsplan 2003 der Bundesrepublik Deutschland)
http://europa.eu.int/cgi-bin/eur-lex/udl.pl?REQUEST=Service-Search&LANGUAGE=de&GUILANGUAGE=de&SERVICE=all&COLLECTION=com&DOCID=502PC0072 (Aktionsplan der EU-Kommission für Qualifikation und Mobilität.)
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/innovation/concours_de.htm (Europäischer Preis regionale Innovation)
http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/ltpapier/plenum/4/036stzg.doc (Landtag von Sachsen-Anhalt, 4. Wahlperiode, Plenarprotokoll 4/36 vom 05.03.2004)
http://www.bbj-sachsen-anhalt.de/Files_ESF/040524_Infoblatt-GAJL-PLUS.pdf (Informationsblatt zur Initiative GAJL-Plus, Gegen Abwanderung Junger Landeskinder)

G 3. Maßnahmenbewertung durch Expertenworkshops (Susanne Kahlert)

G 3.1 Aufgabenstellung, Teilnehmerkreis und Organisation der Workshops

Die Expertenworkshops wurden vom 27. Mai bis 5. Juli 2004 durchgeführt. Sie hatten im Rahmen der Studie die Aufgabe, die Öffentlichkeit an der Bearbeitung der Problematik Abwanderung und Geburtenrückgang in Sachsen-Anhalt zu beteiligen. Dabei wurde den lokalen Akteuren vor Ort durch ihre Teilnahme am Workshop die Möglichkeit gegeben, nicht nur ihre Erfahrungen als Experten in die Studie mit einfließen zu lassen, sondern auch die erarbeiteten Maßnahmenvorschläge zu bewerten und weitere Maßnahmenvorschläge zu entwickeln. Damit sollte eine Rückbindung an die Praxis bewirkt werden, so dass die Empfehlungen nicht losgelöst von der tatsächlichen Wirklichkeit betrachtet werden.

Ziel sollte sein, mindestens zwei, höchstens sechs eintägige Workshops mit jeweils maximal 20 Experten in verschiedenen Städten in Sachsen-Anhalt zu organisieren. Dabei sollten vor allem Experten aus folgenden Bereichen angesprochen werden: Jugendamt, Sozialamt, Planungsamt, Wirtschaftsförderung, Arbeitsamt, Stadt- und Landräte, Unternehmerverbände, Gewerkschaft, Schulleiter von Gymnasien und Berufsschulen, Landfrauen und Landjugend, Kirchengemeinden, ABM-Träger und überbetriebliche Ausbildungsträger.

Im Projektteam einigte man sich für die Durchführung der Expertenworkshops auf folgende Städte: Magdeburg, Halle und Dessau als die kreisfreien und größten Städte Sachsen-Anhalts sowie Salzwedel, Halberstadt und Alsleben als Kleinstädte, die ländliche Regionen Sachsen-Anhalts exemplarisch reflektieren sollten. Ende April wurde von den Projektmitarbeitern eine erste Expertenauswahl getroffen. Die Workshops dauerten jeweils von 10 – 16 Uhr dauern und bestanden aus drei Teilen: Impulsreferat, Arbeitsteil und Auswertungsteil. Es wurde festgelegt, bei einer Teilnehmerzahl von weniger als 9 Personen abzusagen.

Zur Gewinnung der Experten wurde als erstes das Internet zur Hilfe genommen. Hier wurden die Namen, Adressen, Telefonnummern der verschiedenen Ansprechpartner in den Stadtverwaltungen, Vereinen, Verbänden, Schulen, Ämtern und sonstigen nützlichen Institutionen herausgesucht. Weiterhin wurden die Kontakte des Forschungsteams genutzt, um so über bekannte Ansprechpartner an potentielle Teilnehmer zu gelangen, z.B. durch die Bürgermeisterinnen von Halle und Alsleben. Nach getroffener Auswahl wurden die gewünschten Personen angeschrieben und zum Workshop eingeladen mit der Bitte, diese Einladung an weitere kompetente Bürger ihrer Stadt weiterzugeben. Die Personen, die sich nicht zurückgemeldet hatten, wurden dann in einem persönlichen Telefonat nach ihrer Teilnahmebereitschaft gefragt. Es wurde ihnen auch noch einmal deutlich das Anliegen und die Wichtigkeit ihrer Teilnahme nahe gelegt. Im dem Fall, dass sie es nicht ermöglichen könnten teilzunehmen, wurden sie nach kompetenten Ersatzpersonen befragt. Diese wurden dann kurzfristig

angerufen. Zusätzlich wurde die Möglichkeit der elektronischen Post genutzt, kurzfristig Teilnehmer zu requirieren.

G 3.2 Methode

Den Expertenworkshops liegt ein partizipativer Ansatz zugrunde. Mit Hilfe der Workshops wurden Experten aus den einzelnen Städten an der Bewertung und Einspeisung von Maßnahmen gegen Abwanderung und Geburtenrückgang beteiligt. Während die lokalen Akteure normalerweise erst mit der Umsetzung von Maßnahmen zu tun haben, werden sie in diesem Verfahren aktiv in die Überlegungen von möglichen Maßnahmen der Landesregierung mit einbezogen. Sie haben die Chance, die Entscheidungen der Landesregierung maßgeblich durch ihre eigenen Erfahrungen und Vorschläge zu beeinflussen und zu bereichern. Außerdem bringt man bei diesem Verfahren Experten aus verschiedensten Bereichen zusammen. Das ermöglicht den Teilnehmern 1. einen gegenseitigen Austausch über die Thematik und gibt ihnen 2. die Chance, die Probleme und Schwierigkeiten aus unterschiedlichen Perspektiven zu sehen, indem sie Einblick in die anderen Arbeitsfelder bekommen. Die Teilnehmer können so eine wichtige Rolle im Entscheidungsfindungsprozess spielen. Die Ergebnisse der Workshops werden hier zusammenfassend dargestellt und dienten als Hintergrund und Kontrollinstanz für die Maßnahmenempfehlungen dieser Studie. Eine ausführliche Fassung des Berichts über die Expertengutachten liegt ebenfalls vor, konnte hier aber aus Platzgründen nicht vollständig wiedergegeben werden.

Zu Beginn der Workshops wurden die Teilnehmer in ihrer Expertenrolle bestärkt, indem noch einmal ihre Aufgabe an diesem Tag erklärt und gesagt wurde, wer als Experte angesprochen ist. Der Begriff Experte meinte in diesem Fall die lokalen Akteure mit ihren beruflichen wie auch persönlichen Erfahrungen. Das Impulsreferat (Präsentation) schilderte den Stand der Projektarbeiten und erste Ergebnisse der empirischen Untersuchungen, aber keine Überlegungen zu den Maßnahmen. Es wurde entweder von der Projektleiterin oder von einer der beiden wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen gehalten. Außerdem bestand für die Teilnehmer die Möglichkeit, offene Fragen zu klären. Danach schlossen sich die einzelnen Arbeitsphasen an.

Die Arbeitsphase I forderte in Form von Einzelarbeit einen qualitativen Erfahrungsbericht der einzelnen Teilnehmer. Unbeeinflusst von den Meinungen der anderen Experten sollten sie hier ihre Erfahrungen und Erwartungen niederschreiben. Bei der Auswertung würden sich so die unterschiedlichen Aussagen und auch gemeinsamen Sichtweisen widerspiegeln. Hierfür bekamen die Teilnehmer einen zweiseitigen Arbeitsbogen ausgeteilt, auf dem die Bedeutung der Bevölkerungsentwicklung für die eigene Arbeit vor Ort niedergeschrieben werden sollte. Zur detaillierten Auswertung sollten die Teilnehmer die Organisation, in der sie arbeiten und die Funktion, in der sie am Workshop teilnehmen, notieren. Die Arbeitsanweisung für diese

erste Arbeitsphase lautete: „Beschreiben Sie bitte die Auswirkungen der Abwanderung und des Geburtenrückgangs in Sachsen-Anhalt auf Ihre alltägliche Arbeit.“ Als zusätzliche Erklärung wurde noch folgende Frage formuliert: „Was haben Sie für Erfahrungen gemacht?“ Außerdem wurde noch nach den Erwartungen an die Landesregierung gefragt. Für die Bearbeitung der Aufgabenstellung bekamen sie 30 Minuten Zeit.

Die zweite Arbeitsphase verlangte die Maßnahmenbewertung nach Wirksamkeit von den in der Studie entwickelten Empfehlungen zur Bekämpfung der Abwanderung und des Geburtenrückgangs. Sie war ebenfalls von Einzelarbeit bestimmt, aber quantitativ ausgerichtet. Auch in dieser Arbeitsphase sollten die Teilnehmer nach ihrem eigenen Ermessen und nicht in Abhängigkeit von häufig geäußerten Tendenzen unter den Teilnehmern die Maßnahmen beurteilen. Hierfür wurde allen Teilnehmern ein Maßnahmenkatalog zur Verfügung gestellt.

Grundlage dieses Maßnahmenkataloges bildeten die Empfehlungen aus den europäischen Vergleichsstudien sowie die bis dahin vorliegenden vorläufigen Ergebnisse aus der Abwanderungsstudie und der Familienstudie. Weiterhin wurde den Auftraggebern, dem Ministerium für Bau und Verkehr und dem Ministerium für Gesundheit und Soziales, sowie den Projektmitarbeitern weitere Maßnahmenvorschläge ergänzt. Bewusst wurden auch tendenziell provozierende Maßnahmen mit aufgenommen, um für eine lebhafte und produktive Diskussion zu sorgen. Rein wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wurden nicht aufgenommen, um zu verhindern, dass die Diskussion in den Workshops in erster Linie zum Thema Arbeitslosigkeit erfolgte.

Die Teilnehmer hatten die Aufgabe, jeden einzelnen Maßnahmenvorschlag auf ihre Wirkung hinsichtlich der Abwanderung und der Geburtenentwicklung zu bewerten und gegebenenfalls mit ihrem Kommentar zu ergänzen. Der Arbeitsbogen hatte neun Spalten. In der ersten Spalte standen die zu bewertenden Maßnahmenvorschläge, in der zweiten bis sechsten die Bewertungsparameter und in der siebten die Kommentare. Es gab insgesamt 56 bzw. 57 Maßnahmen, die fünf Antwortmöglichkeiten zuließen: 1 = sehr starke Wirkung; 2 = starke Wirkung; 3 = gewisse Wirkung; 4 = eher geringe Wirkung; 5 = keine Wirkung. Auf die Antwortmöglichkeit ‚keine Angabe’ wurde verzichtet, da die Teilnehmer sich bewusst für eine der fünf Möglichkeiten entscheiden sollten und sich so nicht so häufig der Entscheidung entziehen würden. Der Übersichtlichkeit wegen wurden die Maßnahmenvorschläge vier Kategorien zugeordnet: 1. Familienpolitische Maßnahmen a) auf Landesebene b) auf kommunaler Ebene c) im Bereich familiengerechten Wohnens, 2. Direkte Maßnahmen zur Beeinflussung des Wanderungsverhaltens, 3. Maßnahmen, die die regionale Entwicklung fördern, 4. Bildungspolitische Maßnahmen.

Vor der Bearbeitung wurden die Experten noch auf folgende Punkte hingewiesen: „Die Schaffung von Arbeitsplätzen hat für die Landesregierung höchste Priorität. Es ist nicht zu

erwarten, dass kurzfristig eine grundsätzliche Wende auf dem Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt realisiert werden kann. Trotzdem sollen landespolitische Maßnahmen ergriffen werden, um jungen Menschen und Familien eine Zukunft im Land zu ermöglichen, Abwanderung zu verhindern, Zuwanderung junger, qualifizierter Menschen zu fördern und Familiengründung und die Realisierung von Kinderwünschen zu erleichtern. Diese Maßnahmen stehen selbstverständlich im Schatten der großen Aufgabe, jungen Menschen Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten.

Trotzdem bitten wir Sie heute, über den Sinn und die möglichen Chancen dieser vielen ‚kleinen' Maßnahmen nachzudenken, die dazu beitragen könnten, die Bevölkerung im Land zu stabilisieren. Bitte bewerten Sie diese Maßnahmen im Lichte Ihrer eigenen Erfahrungen, die Sie tagtäglich vor Ort, in Ihrem beruflichen und privaten Umfeld, machen.

Bedenken Sie, dass das Land geringere Zuständigkeiten hat als die Bundesregierung. Regelungen etwa zum Kindergeld, zur Sozialversicherung oder im Steuerrecht sind durch die Landesregierung nicht bestimmbar. Hier werden nur Maßnahmen genannt, welche durch die Landesregierung, durch die Landkreise und die Kommunen umgesetzt werden können.

[…] Die hier genannten Maßnahmen sind keine Meinungsäußerung der Landesregierung oder des Forschungsteams und sollten von Ihnen auch nicht als eine offizielle Stellungnahme verstanden oder an Dritte weitergegeben werden. Um möglichst viele neue Ideen zu erzeugen, schreiten wir die ganze Breite prinzipiell denkbarer Maßnahmen ab, auch wenn manche davon provokant oder unrealistisch wirken mögen.

Es geht bei dem heutigen Workshop darum, herauszufinden, welche Maßnahmen Ihnen, den Verantwortungsträgern vor Ort, sinnvoll und umsetzbar erscheinen. […] Ihre Mitwirkung trägt dazu bei, neue und sinnvolle Maßnahmen zur Stabilisierung der Bevölkerung in unserem Land zu entwickeln und umzusetzen." Den Teilnehmern wurde eine Bearbeitungszeit von 30 Minuten vorgegeben.

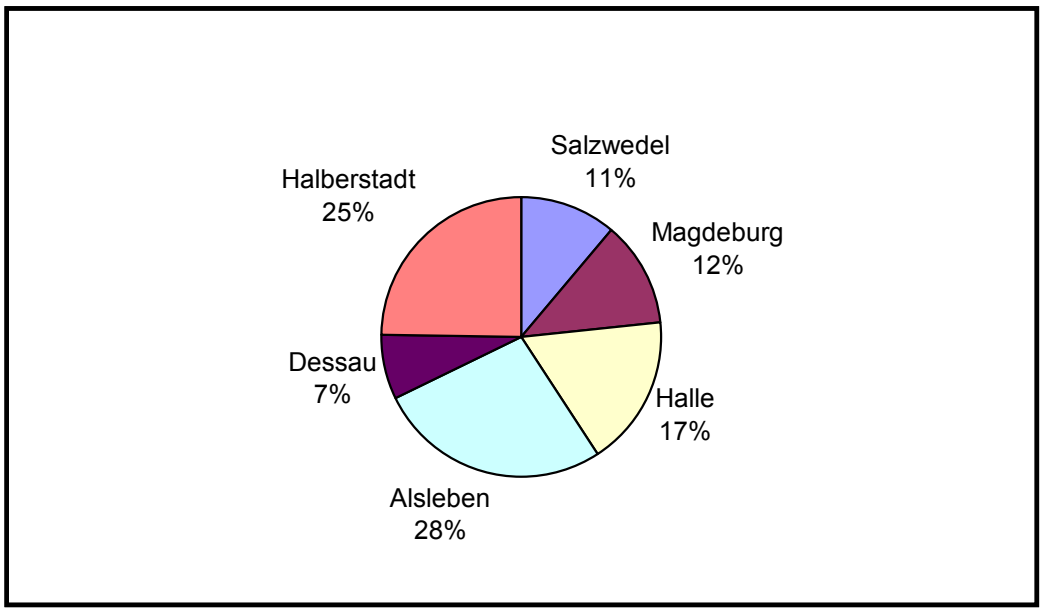
Die dritte Arbeitsphase war durch Gruppenarbeit gekennzeichnet und hatte qualitativen Charakter. Die Teilnehmer sollten sich mittels Losverfahren in Kleingruppen zusammenfinden. Damit sollte eine willkürliche Gruppenzusammenstellung, die eine bereichernde Diskussion auf Grund unterschiedlicher Tätigkeitsfelder entstehen lässt, erreicht und verhindert werden, dass einander bekannte Teilnehmer aus einem Bereich in Kleingruppen zusammen gehen. Je nach Teilnehmerstärke der Workshops bildeten sich zwei bis vier Arbeitsgruppen zu je drei bis sechs Teilnehmer. Innerhalb der Arbeitsgruppe sollte ein Diskussionsleiter bestimmt werden, der die Diskussion moderiert, die Ideen schriftlich festhält und den anderen Kleingruppen die Ergebnisse im Plenum vorstellt. Für die Diskussionsgestaltung wurde den Gruppen folgende Vorgehensweise unterbreitet: Sie sollten sich gegenseitig ihre Arbeitsfelder vorstellen, die stärksten Folgen der Bevölkerungsentwicklung beschreiben, über positive

Erfahrungen berichten, die Erfolgsfaktoren besprechen und daraus resultierend Ideen für Maßnahmen entwickeln. Für die Sammelphase wurden folgende Regeln aufgestellt: 1. Klare Trennung zwischen der Entwicklung von Ideen und deren Bewertung bzw. Kritik; 2. Ideen freien Lauf lassen, ohne Berücksichtigung eventueller Sachzwänge, Zuständigkeiten, Kosten usw.; 3. Eine hohe Quantität von Ideen anstreben, um die Auswahlmöglichkeiten und die Trefferwahrscheinlichkeiten zu erhöhen; 4. Es ist erlaubt und erwünscht, Ideen von anderen Teilnehmern aufzugreifen, weiterzuentwickeln, abzuwandeln, zu kombinieren usw. - es gibt kein geistiges Eigentum; 5. Aufhebung eventuell mitgebrachter Rollen, Hierarchien, Zuständigkeiten und Eigeninteressen - man darf und soll sich den Kopf der Anderen zerbrechen. Insgesamt standen den Experten für diese Arbeitsphase 90 Minuten zur Verfügung. Hierfür erhielt jede Gruppe einen grünen Bogen mit dem Ablauf der Arbeitsphase III und den Regeln für die Sammelphase. Hierbei sollten gemeinsam weitere Maßnahmen für eine ausgewogene Bevölkerungsentwicklung auf Basis der Erfahrungen und Gegebenheiten vor Ort entwickelt werden. Die Gruppenarbeit erfolgte in den einzelnen Durchführungsorten unterschiedlich, zum Teil durch Gestaltung eines Flipchart-Bogens, zum Teil aber auch durch Beschriftung von Karten mit Maßnahmen. In jedem Fall erfolgte eine Bewertung der neu vorgeschlagenen Maßnahmen durch das Plenum, entweder durch Klebepunkte oder in einer Diskussionsrunde. Am Schluss der Workshops wurde eine kurze Evaluation durchgeführt.

G 3.3 Durchführung

Die Expertenworkshops fanden in der Zeit vom 27.05.-05.07.2004 in Salzwedel, Magdeburg, Halle, Alsleben, Halberstadt und Dessau statt. In der nachstehenden Abbildung sind die Teilnehmer nach ihrem Arbeitsort aufgeschlüsselt. Wenn man einmal davon absieht, dass in Salzwedel der erste Expertenworkshop stattfand, so kann man doch die Tendenz erkennen, dass in den Kleinstädten die Beteiligung am Workshop höher ausfiel als in den Großstädten Sachsen-Anhalts. Daraufhin wäre zu vermuten, dass die Kleinstädte ein größeres Interesse an einer politischen Beteiligung hätten, da sie auf normalem Wege in politischen Entscheidungen weniger berücksichtigt werden. So nutzten sie ihre Teilnahme anscheinend dafür, sich besonders aktiv in das politische Geschehen mit einzubringen.

Abb. G 1: Arbeitsort der TeilnehmerInnen an den Expertenworkshops



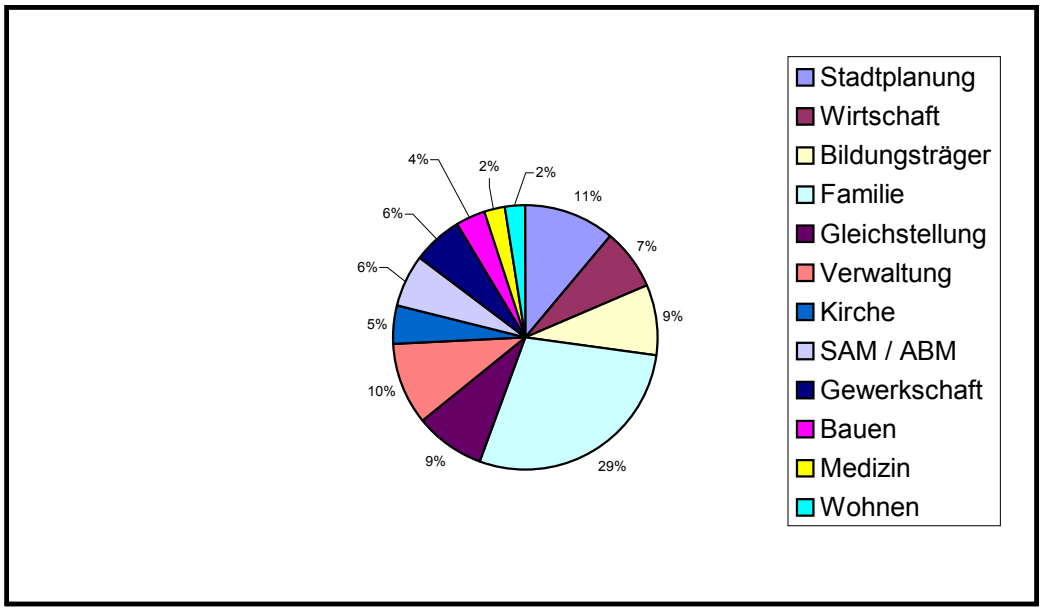
Insgesamt nahmen 87 Personen an den Workshops teil, davon beteiligten sich 81 Personen (54 Frauen und 27 Männer) aktiv an der Bearbeitung des Themas. Von sechs Personen gibt es keine Arbeitsmaterialien, da sie nicht während des gesamten Workshops anwesend waren. Auf Grund der Thematik und der ausgewählten Tätigkeitsbereiche ist das Verhältnis 2:1 von Frauen zu Männern nicht verwunderlich.

Die Teilnehmer konnten in der Auswertung folgenden Arbeitsfeldern zugeordnet werden: Stadtplanung, Wirtschaft, Bildung, Familie, Gleichstellung, Verwaltung, Kirche, SAM/ABM, Gewerkschaft, Bauen, Medizin und Wohnen. In den Bereich Stadtplanung fallen alle Teilnehmer aus den Bereichen Stadtplanung, Stadtentwicklung und Stadterneuerung. Im Bereich Wirtschaft finden sich die Teilnehmer aus der Agentur für Arbeit, der Wirtschaftsförderung, den Wirtschaftsverbänden, privaten Unternehmen und dem Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung wieder. Alle Vertreter von Berufsschulen, überbetrieblichen Ausbildungsträgern bzw. Bildungsträgern (QFC, EBG, Arbeit und Leben, Fit und Grone-Schulen) wurden zu dem Bereich Bildung gezählt. Der Bereich Familie umfasst alle Teilnehmer aus den Gebieten Familienbildung, Beratung, Kindertageseinrichtungen und Schulen, Schulverwaltung, Sozialplanung, öffentliche Jugendhilfe, Kinder- und Jugendförderung, Sport, Kultur, soziale Vereine und Verbände sowie freie Träger von Jugendarbeit. Die Gleichstellungsbeauftragten sind in dem Bereich Gleichstellung zusammengefasst. Unter dem Bereich Verwaltung verbergen sich Angestellte der Stadtverwaltung, Stadträte und Ausschussmitglieder, die den anderen Bereichen nicht zugeordnet werden konnten. Zu dem Bereich Kirche gehören Pfarrer, Pfarrerinnen und Jugenddiakone der katholischen und evangelischen Kirche. Der Bereich SAM/ABM bezieht sich nicht nur auf SAM und ABM, sondern auch auf arbeitslos engagierte Bürger und Studenten. Vertreter des Deutschen Gewerk-

schaftsbundes sind in dem Bereich Gewerkschaft angesprochen. Angestellte von Bauämtern und Mitglieder in Bauausschüssen finden sich im Bereich Bauen wieder. Mit dem Bereich Medizin sind Ärzte aus Frauen- und Kinderkliniken gemeint und in den Bereich Wohnen sind die Teilnehmer aus dem Bereich Wohnungswirtschaft und Mitarbeiter von Wohnbaugesellschaften integriert.

Das nachfolgende Diagramm stellt die prozentualen Anteile der einzelnen Bereiche dar. Dabei ist zu erkennen, dass die meisten Teilnehmer aus dem Bereich Familie kamen, gefolgt von den Bereichen Stadtplanung, Verwaltung, Bildung und Gleichstellung. Im Hinblick auf die Zielgruppen kann festgestellt werden, dass sich die einzelnen Bereiche trotz der vielfältigen Tätigkeitsfelder entsprechend der Zielsetzung widerspiegeln.

Abb. G 2: Tätigkeitsbereiche der TeilnehmerInnen an den Expertenworkshops



Es wurden für alle Workshops zusammen 339 Einladungen verschickt, davon sagten uns 58 Personen zu. Damit lag die erwartete Teilnehmerzahl bei nur 17%. Die Zusagen berücksichtigen alle positiven Rückmeldungen, von denen aber unter Umständen nicht alle zum Workshop erschienen sind. Wenn man allerdings die tatsächliche Teilnehmerzahl betrachtet, so lag die Teilnahmebereitschaft durch unerwartete Teilnehmer, die sich nicht offiziell angemeldet hatten, bei 26.

Da in Salzwedel der erste Expertenworkshop stattfand, lief dieser etwas anders ab als in den übrigen Städten, wo schon auf Erfahrungswerte von Salzwedel zurückgegriffen werden konnte. Trotzdem ist zu bemerken, dass die Workshops sich trotz gleicher Methodik in Stil und Stimmung deutlich voneinander unterschieden, da jeder Workshop seine Eigendynamik bedingt durch die Teilnehmeranzahl und den Teilnehmerkreis entwickelt hat.

G 3.4 Auswertung des Datenmaterials

Zusammenfassung der Expertenaussagen in Arbeitsphase I

Die Auswirkungen des Geburtenrückgangs sind vor allem im Rückgang der Nachfrage an Kindertagesbetreuung zu spüren. Gegenwärtig ist das am stärksten bei den Krippenplätzen zu spüren. Während vor einigen Jahren die Kinder meistens nach einem Jahr in die Einrichtungen kamen, kommen sie nun meist erst mit zwei Jahren nach dem bezahlten Erziehungsurlaub, da es für viele Mütter sehr schwierig ist, mit einem Kleinkind Arbeit zu finden. Die geringere Nachfrage wird auf Dauer zur Reduzierung des Angebotes an Betreuungsplätzen führen. Darauf werden Schließungen folgen und der Verlust von weiteren Arbeitsplätzen. Kinder haben längere Wege in die Einrichtungen, da die Dichte des Versorgungsnetzes nicht beibehalten werden kann. Nach der Schließung von Kindertageseinrichtungen folgen Schulen, dafür steigt aber die Nachfrage an Pflegeplätzen sowie Gütern und Dienstleistungen für ältere Menschen.

Auch in der kommunalen Verwaltung führt ein Bevölkerungsrückgang, verursacht durch Abwanderung und Geburtenrückgang, zu notwendigem Personalabbau. Freiwerdende Arbeitsplätze werden nicht mehr besetzt, um die Personalkosten zu reduzieren. Die Kommunen können auf diese Entwicklung nur noch reagieren. Sie sind nicht mehr in der Lage zu handeln, dafür fehlt das Geld. So können familienfreundliche Projekte nicht mehr unterstützt werden.

Spätestens in 10 bis 15 Jahren wird es einen akuten Fachkräftemangel durch Abwanderung geben. Schon jetzt ist das vor allem in besonders speziell ausgebildeten Bereichen, wie z.B. aus dem Metallbereich CNC-Fräser oder Schweißer, zu spüren. Damit stehen Betriebe und Unternehmen unweigerlich vor der Entscheidung entweder zu schließen oder den Standort zu wechseln. Unter Umständen gehen sie sogar ins Ausland, wenn dort bessere Bedingungen vorzufinden sind.

Ein ganz wichtiger Punkt ist auch die Einstellung von Unternehmen zu ihren Arbeitnehmern. Es ist traurige Praxis, dass Unternehmen ältere Menschen nicht mehr einstellen. Unternehmen müssen wieder realistischer werden und jungen wie alten Menschen die Chance auf Aus- und Weiterbildung geben. Schließlich existiert der junge Berufseinsteiger mit 10jähriger Berufserfahrung nicht. Das ist eine Illusion. Es müssen neue Wege eröffnet werden generationsübergreifendes Lernen zu ermöglichen. Die Jungen kommen mit Innovationen und die Alten speisen ihre wertvollen Erfahrungen ein.

Im Bereich von Qualifizierung und Ausbildung gibt es für Berater nur wenige Alternativen aufzuzeigen, da der Arbeitsmarkt geschwächt ist. Jugendliche werden deswegen dazu motiviert, ihren beruflichen Weg dort anzubahnen, wo Arbeit bzw. eine Ausbildungsmöglichkeit

ist. Das Hartz-Konzept fordert Flexibilität und Mobilität, da die betroffenen Personen ansonsten Kürzungen bzw. Streichungen der Leistungen hinnehmen müssen. Bildungsträger berichten von einer immer wiederkehrenden Klientel, vor allem ältere Menschen und Frauen. Auch sei die Vorbildung immer geringer, so dass das Bildungsniveau in Maßnahmen gesenkt werden müsse.

Außerdem ist ein Leerstand von Wohn- und Geschäftshäusern zu verzeichnen. Auf Grund fehlender Nachfrage ist es für Investoren unwirtschaftlich neue Projekte und Maßnahmen zu finanzieren.

Durch die Veränderung der Altersstruktur werden mittlerweile auch ganz andere Anforderungen an Wohnungen gestellt. Die altersgerechte Umgestaltung von Wohnungen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Zusätzliche Serviceangebote wie Hausmeisterdienste, Haushaltshilfen und ähnliches müssen vorgesehen werden.

Zurück bleiben alte Menschen, die das Land nicht verlassen können und auf das soziale Netz vor Ort angewiesen sind; das bedeutet aber, dass sich die finanzielle Situation des Landes und der Kommunen noch weiter verschärfen wird.

Erwartungen an die Landesregierung sind die Schaffung von entsprechenden Rahmenbedingungen, die notwendig zur Entstehung von Arbeitsplätzen sind. Denn wenn junge Menschen eine berufliche Perspektive haben und vor Ort bleiben können, wird vielen auch die Entscheidung, ein Kind in die Welt zu setzen, leichter fallen.

Das Land muss dafür Sorge tragen, dass die Familie öffentlich in der Gesellschaft aufgewertet wird und dass Familienbande erhalten werden können, da die Familie auch im Bereich der Pflege und Betreuung von älteren Familienmitgliedern eine wichtige Rolle spielt. Außerdem muss das Land Kinder und Familien insgesamt noch stärker unterstützen und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Eltern mit drei oder mehr Kindern können kaum die Kosten für Schulausflüge, Klassenfahrten oder sonstige Veranstaltungen tragen. Die Einführung einer Familienkarte, die zu länderübergreifenden Ermäßigungen berechtigt, wäre äußerst wünschenswert. Dabei sollte aber beachtet werden, dass diese Karte auch für jedes Familienmitglied einzeln nutzbar ist und zwar bis zur wirtschaftlichen Selbständigkeit.

Familienbildungsstätten sollten auch verstärkt gefördert werden, denn sie übernehmen viele Aufgaben (Vernetzung von Familien und familienrelevanten Institutionen, Vermittlung von Informationen, Orientierung und Hilfen in der Erziehung usw.). Das ist vor allem von Bedeutung, wenn man bedenkt, dass tradierte Erfahrungen, die früher in den Familien weitergegeben wurden, ansonsten mehr und mehr verloren gingen. Eltern müssen ermutigt werden und wissen, dass sie in allen Unsicherheiten aufgefangen werden.

Auch sei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gewährleistet und die Wertevermittlung in der Erziehung der heranwachsenden Bevölkerung in den letzten Jahren viel zu kurz gekommen. Es müsse mehr Verantwortung getragen werden und man könne nicht sein ganzes Leben lang in einer Spaßgesellschaft verbringen. Aus- und Weiterbildung in benötigten Branchen müssten weitergeführt werden. Die Verkehrserschließung müsse verbessert werden. Städte und Gemeinden müssen finanziell besser ausgestattet werden, um weiterhin freiwillige Aufgaben wie Bibliothek, Schwimmbad oder Kulturveranstaltungen zu ermöglichen. Die Förderung dürfe sich nicht nur auf Ballungsräume wie Magdeburg oder Halle beschränken. Die Stadt müsse für ihre Bürger attraktiv gehalten werden, denn nur so würden auch Anreize für einen Zuzug von außen geboten. Für Betriebe sollten finanzielle Anreize für Neueinstellungen geschaffen werden. Die Sicherung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Berufstätige müsse flächendeckend gewährleistet werden können. Gerade auch in ländlichen Regionen sollten Bildungseinrichtungen von Grundschule bis Fachhochschule vorhanden sein.

Das Phänomen der Abwanderung und des Geburtenrückgangs ist seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik bekannt, leider sind nach Aussagen der Teilnehmer die Politiker anscheinend nicht in der Lage, dieses Problem zu lösen. Auch wird guten Beispielen aus den europäischen Nachbarländern von den politisch Verantwortlichen nach Meinung der Teilnehmer zu wenig Beachtung geschenkt.

Die Teilnehmer erhoffen mit ihrer Teilnahme an den Expertenworkshops, dass ihre Meinungen und Erfahrungen in die Beschlüsse der Landesregierung mit einfließen und entsprechend bei der Verabschiedung von Maßnahmen berücksichtigt werden.

Viele Maßnahmen, die schon in der ersten Arbeitsphase von jedem individuell geäußert wurden, kamen in der dritten Arbeitsphase noch einmal zur Sprache, so dass darauf verzichtet wurde, hier in aller Ausführlichkeit darauf einzugehen.

Ergebnisse aus Arbeitsphase II: Bewertung des Maßnahmenkatalogs

In dieser Arbeitsphase wurde den Experten ein Fragebogen vorgelegt, auf dem sie alle vom Projektteam vorgeschlagenen Maßnahmen bewerten sollten. Die nachfolgende Tabelle zeigt die zusammengefassten Bewertungen aller Experten zu allen Fragen (in Prozent der befragten Experten). Maßnahmen, bei denen 50% und mehr der befragten Experten eine sehr starke oder starke Wirkung vermuteten, sind grün hinterlegt. Maßnahmen, bei denen die Hälfte oder mehr der Experten eine eher geringe oder keine Wirkung vermuteten, sind rot hinterlegt. Insgesamt wurden 58 Maßnahmen von 81 Personen unter folgender Fragestellung bewertet: Bitte bewerten Sie die folgenden Maßnahmenvorschläge auf ihre Wirkung hinsichtlich der Abwanderung und der Geburtenentwicklung:

- 1 = sehr starke Wirkung
- 2 = starke Wirkung
- 3 = gewisse Wirkung
- 4 = eher geringe Wirkung
- 5 = keine Wirkung

Tab. G 1: Zusammenfassung der Bewertungen in Arbeitsphase II

1. Familienpolitische Maßnahmen

a) auf Landesebene

Maßnahmenvorschläge	1	2	3	4	5	Enthaltungen – keine Angabe
Entlastung berufstätiger Eltern durch Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten, z.B. durch die Anpassung der Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen an die beruflichen Bedarfe der Eltern.	**39 48%**	**22 27%**	**13 16%**	**5 6%**	**2 2%**	**0 => absolute Häufigkeiten 0% => prozentuale Häufigkeiten**
Die Rücknahme der Einschränkungen in den Betreuungszeiten für Kinder nicht erwerbstätiger Eltern	**15 19%**	**19 23%**	**18 22%**	**9 11%**	**19 23%**	**1 1%**
Verlängerung des Bundeserziehungsgelds durch Zahlung von sechs Monaten Landeserziehungsgeld an Eltern, die ihre Erwerbstätigkeit länger unterbrechen wollen	**12 15%**	**20 25%**	**35 43%**	**11 14%**	**1 1%**	**2 2%**
Förderung der Erwerbstätigkeit beider Eltern durch betriebliche Maßnahmen der Familienpolitik, betriebliche Rückkehr- und Teilzeitregelungen, flexible Arbeitszeiten für Eltern, Angebote an Betriebe zur Einrichtung von Betriebskindertagesstätten in Kooperation mit der Kommune, Unterstützung von Babysitteragenturen	**35 43%**	**32 40%**	**8 10%**	**4 5%**	**1 1%**	**1 1%**
Erweiterung der „Sozialklausel“ in Stellenausschreibungen der Landesregierung: „Eltern, Frauen und Schwerbehinderte sind besonders aufgefordert, sich zu bewerben.“	**5 6%**	**15 19%**	**15 19%**	**27 33%**	**17 21%**	**2 2%**
Ausbau gesundheitlicher Förderungen und Hilfen für Familien: Hebammendienste, Familienpflegedienste und Frühförderstellen, ambulante Kinderkrankenschwesterdienste	**6 7%**	**16 20%**	**33 41%**	**19 23%**	**4 5%**	**3 4%**

Maßnahmenvorschläge	1	2	3	4	5	Enthaltungen – keine Angabe
Finanzielle Förderung der Maßnahmen im Bereich der medizinisch unterstützten Reproduktion, um Paaren, die aus beruflichen oder persönlichen Gründen den Kinderwunsch zu lange aufschieben mussten, ein Wunschkind zu ermöglichen	**1** **1%**	**9** **11%**	**20** **25%**	**30** **37%**	**18** **22%**	**3** **4%**
Ausbau der Bildungs- und Beratungsangebote für Familien im Bereich Partnerschaft, Erziehung, Schulbildung, psychische Gesundheit, Sexualität, Drogenmissbrauch, Gewalt	**8** **10%**	**19** **23%**	**35** **43%**	**16** **20%**	**2** **2%**	**1** **1%**
Schaffung eines modernen, internetgestützten Informationssystems über alle öffentlichen Leistungen für Familien	**3** **4%**	**17** **21%**	**33** **41%**	**21** **26%**	**7** **9%**	**0** **0%**
Gründung einer Allianz für Familien mit der Wirtschaft mit dem Ziel der Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (familienfreundliche Arbeitswelt)	**25** **31%**	**30** **37%**	**18** **22%**	**7** **9%**	**0** **0%**	**1** **1%**
Gründung eines Landesbündnisses für Familien mit dem Ziel, das Bewusstsein für die Belange von Familien auf allen Ebenen zu schärfen und konkrete Handlungsfelder für familienfreundliche Maßnahmen aufzeigen.	**12** **15%**	**19** **23%**	**31** **38%**	**14** **17%**	**4** **5%**	**1** **1%**

b) auf kommunaler Ebene

Maßnahmenvorschläge	1	2	3	4	5	Enthaltungen - keine Angabe
Erprobung neuer Formen der Tagesbetreuung (z.B. Tagesmütterdienste, „Leih-Großmütter“), Angebot betreuter und wetterunabhängige Indoor-Spielplätze und Ferienerholungen	**12** **15%**	**23** **28%**	**27** **33%**	**13** **16%**	**4** **5%**	**2** **2%**
Finanzielle Entlastung von Familien: Familienpass, der zur Ermäßigung bei städtischen Gebühren und Eintritten berechtigt, z.B. bei Schwimmbad, Theater, Bibliothek, Musik- und Volkshochschule, ggf. auch unter Einbeziehung von Leistungen Dritter (Kino, Sportclubs, Tanzschulen)	**27** **33%**	**36** **44%**	**11** **14%**	**6** **7%**	**1** **1%**	**0** **0%**
Kommunales Verwaltungshandeln: Familienfreundliche Öffnungszeiten, wegsparende Informationssysteme, Kinderspielecken in Wartebereichen, Schulung des Personals in klientenzentrierter Beratung	**11** **14%**	**19** **23%**	**32** **40%**	**13** **16%**	**4** **5%**	**2** **2%**
Zusammenfassung der vielfältigen Dienst- und Geldleistungen für Kinder und Familien in einer Koordinierungsstelle	**15** **19%**	**26** **32%**	**26** **32%**	**10** **12%**	**4** **5%**	**0** **0%**

Maßnahmenvorschläge	1	2	3	4	5	Enthaltungen - keine Angabe
Familienorientierung der Verkehrspolitik: Entwicklung eines bedarfsgerechten Angebots für Familien, Ausweisung von verkehrsberuhigten Zonen, Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Kinder (Ampeln, Zebrastreifen, Kurse zum sicheren Verhalten im Straßenverkehr in Schule, Kita und Fahrschule), familiengerechte Tarifgestaltung, Schülerfahrdienste und Schulwegsicherung	**14 17%**	**23 28%**	**26 32%**	**13 16%**	**3 4%**	**2 2%**
kommunale Schul-, Sport- und Kulturpolitik: Schulentwicklungsplanung, Förderung der Profilierung der Schulen, Förderung der Sportvereine und Sportstätten, Ausbau familienfreundlicher Kulturangebote, städtische Musikschulen, Kunstschulen, Spielhäuser	**28 35%**	**34 42%**	**16 20%**	**2 2%**	**0 0%**	**1 1%**
familienfreundliche kommunale Wirtschaftspolitik: besondere Förderung familienrelevanter Gewerbe, z.B. Einzelhandel, Ärztehäuser	**12 15%**	**21 26%**	**24 30%**	**19 23%**	**3 4%**	**2 2%**
Politische Mitwirkung: Kinder- und Jugendparlament, Förderung der Interessenvertretung von Familien, öffentliche Planungsprozesse für Familienförderung, Bürgerbüros und Familiensprechstunden, Stadtteiltreffpunkte, Mütterzentren	**6 7%**	**23 28%**	**32 40%**	**13 16%**	**7 9%**	**0 0%**
Einrichtung eines mobilen Beratungsteams, das Kommunen bei der Erstellung eines Familienberichts und Familienförderplans unterstützt.	**2 2%**	**5 6%**	**23 28%**	**29 36%**	**20 25%**	**2 2%**
Durchführung eines Landeswettbewerb „Familienfreundlichste Kommune in Sachsen-Anhalt“	**4 5%**	**10 12%**	**27 33%**	**28 35%**	**10 12%**	**2 2%**
Bildung lokaler Bündnisse für Familien mit dem Ziel auf lokaler Ebene unbürokratisch und schnell Lösungen für bestehende Problemen von Familien zu finden (z.B. Gestaltung von Verkehrswegen und Spielplätzen, Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel u.a.)	**6 7%**	**25 31%**	**30 37%**	**17 21%**	**2 2%**	**1 1%**
zielgruppen- und familienorientierte Angebote von Sportvereinen	**4 5%**	**19 23%**	**39 48%**	**11 14%**	**4 5%**	**4 5%**
Öffnung der Kindertageseinrichtungen als Einrichtungen für familiennahe und zielgruppenorientierte Dienstleistungen/Angebote	**13 16%**	**37 46%**	**20 25%**	**8 10%**	**1 1%**	**2 2%**
Stundung/Aussetzung der Tilgung bei Krediten bei Geburt eines Kindes (für 2 Jahre)	**14 17%**	**30 37%**	**26 32%**	**8 10%**	**2 2%**	**1 1%**

Maßnahmenvorschläge	1	2	3	4	5	Enthaltungen - keine Angabe
als Angebot von Kreditinstituten						
Kleinkredite für Familien / Kredite mit Kinderbonus (pro Kind 0,5 % Zinssenkung) als Angebot von Kreditinstituten	**17** **21%**	**39** **48%**	**15** **19%**	**7** **9%**	**2** **2%**	**1** **1%**

c) Familiengerechtes Wohnen

Maßnahmenvorschläge	1	2	3	4	5	Enthaltungen - keine Angabe
Umgestaltung der Wohnungsbauförderung des Landes Sachsen-Anhalt in Richtung auf eine konsequente Familienförderung, d.h. Konzentration der Fördergelder auf jüngere Menschen mit Kindern, Förderhöhe in Abhängigkeit von der Kinderzahl	**26** **32%**	**32** **40%**	**19** **23%**	**2** **2%**	**1** **1%**	**1** **1%**
Bereitstellung von sehr preisgünstigem kommunalem Wohnbauland für Familien und junge Leute	**26** **32%**	**29** **36%**	**22** **27%**	**2** **2%**	**1** **1%**	**1** **1%**
Förderung des Grunderwerbs besonders für junge Frauen	**12** **15%**	**25** **31%**	**22** **27%**	**13** **16%**	**7** **9%**	**2** **2%**
Vergabe von Erbpachtgrundstücken an Familien durch Land, Kommune oder Kirche	**13** **16%**	**24** **30%**	**28** **35%**	**9** **11%**	**6** **7%**	**1** **1%**
Übernahme von Bürgschaften zur Sicherung von Bausparverträgen oder Bankdarlehen, z.B. durch Kommunen, Arbeitgeber, Stiftungen; Finanzhilfen zum Bau oder Erwerb von Wohneigentum	**10** **12%**	**23** **28%**	**31** **38%**	**8** **10%**	**7** **9%**	**2** **2%**
Zusammenarbeit von Kommunen mit einem Wohnungsbauunternehmen im Rahmen eines Bauprogrammes „Preiswertes Wohneigentum“ zur Schaffung von familiengerechten Eigentumswohnungen, auch auf genossenschaftlicher Basis	**15** **19%**	**26** **32%**	**24** **30%**	**9** **11%**	**5** **6%**	**2** **2%**
Bau oder Renovierung familienfreundlicher (großer) Sozialwohnungen	**8** **10%**	**23** **28%**	**28** **35%**	**14** **17%**	**4** **5%**	**4** **5%**
Abschaffung der Rückbauprämien für den Abriss leerstehender Wohnungen, stattdessen sehr preisgünstiger Verkauf der Wohnungen an (bedürftige) Familien	**3** **4%**	**10** **12%**	**20** **25%**	**22** **27%**	**22** **27%**	**4** **5%**
Förderung des Baus von „Mehrgenerationenhäusern“als Alternative zum klassischen Eigenheim, um das Zusammenwohnen mit der Großelterngeneration oder den erwachsenen Kindern zu erleichtern	**6** **7%**	**21** **26%**	**26** **32%**	**21** **26%**	**7** **9%**	**0** **0%**
Einrichtung einer Wohn- und Bauberatungsstelle für Familien	**2** **2%**	**14** **17%**	**35** **43%**	**18** **22%**	**11** **14%**	**1** **1%**

Berücksichtigung der Infrastrukturbedürfnisse von Familien bei der Bauleitplanung: Verkehrsführung, Geschäfte, Kindertagesstätten und Schulen, Sportstätten, Spielplätze und Grünflächen	**14** **17%**	**27** **33%**	**29** **36%**	**8** **10%**	**2** **2%**	**1** **1%**

2. Direkte Maßnahmen zur Beeinflussung des Wanderungsverhaltens

Maßnahmenvorschläge	1	2	3	4	5	Enthaltungen - keine Angabe
Rückholagentur nach dem Beispiel von MV4you oder „Sachse-komm-zurück“ – eine Agentur mit Internetseite hält zu abgewanderten Landeskindern Kontakt, versorgt sie mit Informationen über das Land und stellt den Kontakt zwischen Firmen im Land mit Fachkräftebedarf und Menschen mit Rückkehr-/Zuwanderungswunsch nach Sachsen-Anhalt her.	**8** **10%**	**21** **26%**	**29** **36%**	**17** **21%**	**5** **6%**	**1** **1%**
Stärkung von Netzwerken unter den Abgewanderten durch eine Sachsen-Anhalt-Kontaktagentur: Förderung von Vereinen und Treffpunkten der abgewanderten Landeskinder am neuen Wohnort, um ihre Heimatverbundenheit wach zu halten und eine spätere Rückwanderung zu ermöglichen	**5** **6%**	**17** **21%**	**32** **40%**	**19** **23%**	**6** **7%**	**2** **2%**
Erleichterte Vergabe von Aufenthaltsberechtigungen und Arbeitserlaubnissen für gut qualifizierte Zuwanderer aus Osteuropa	**6** **7%**	**13** **16%**	**33** **41%**	**12** **15%**	**15** **19%**	**2** **2%**
Förderung der Rückwanderung älterer Menschen nach Abschluss ihrer Berufslaufbahn in Westdeutschland durch Unterstützung beim Eigenheimerwerb (Eigenheime werden später an Kinder vererbt)	**3** **4%**	**12** **15%**	**22** **27%**	**30** **37%**	**13** **16%**	**1** **1%**

3. Förderung der regionalen Entwicklung

Maßnahmenvorschläge	1	2	3	4	5	Enthaltungen - keine Angabe
Gezielte Förderung der Gründung von Kleinbetrieben im ländlichen Raum durch rückwandernde ältere Menschen (z.B. im Bereich Gastronomie, Tourismus, Freizeit, traditionelle lokale Produktion).	**8** **10%**	**15** **19%**	**35** **43%**	**18** **22%**	**4** **5%**	**1** **1%**
Stärkung ländlicher Lebenszusammenhänge, z.B. durch bürgerschaftliche Transportsysteme wie den „Bürgerbus“ (ÖPNV mit ehrenamtlichen Fahrern) oder das „Bürgertaxi“	**4** **5%**	**16** **20%**	**32** **40%**	**16** **20%**	**11** **14%**	**2** **2%**

Wiederbelebung traditioneller ländlicher Handwerke durch spezifische Ausbildungszuschüsse für junge Leute, die am Ort ihren Wohnsitz haben	**15 19%**	**29 36%**	**17 21%**	**13 16%**	**5 6%**	**2 2%**
Projektfinanzierung für bürgerschaftliche Tätigkeit in ländlichen Räumen, wenn dadurch Familien, Frauen und Jugendliche erreicht werden (in Sportverein, Schützenverein, Kirchengemeinde, Gewerkschaft, Partei, Landfrauen, Landjugend etc.)	**8 10%**	**31 38%**	**31 38%**	**6 7%**	**4 5%**	**1 1%**
Öffentliche Angebote im Bereich Gesundheit, Bildung und Infrastruktur sowie Sport und Kultur für Familien attraktiv gestalten.	**16 20%**	**32 40%**	**24 30%**	**6 7%**	**1 1%**	**2 2%**
Zurückfahren von ABM-Maßnahmen, um notwendige Abwanderung nicht zu verhindern, während sich die besser Qualifizierten durch diese Angebote nicht in der Region halten lassen	**8 10%**	**6 7%**	**20 25%**	**18 22%**	**19 23%**	**10 12%**
Entschiedene Konzentration aller staatlichen Fördermittel auf zentrale Orte mit guten sozialen und kulturellen Angeboten, um junge, qualifizierte Leute und Familien dort zu halten - konsequentes Leerziehen von ländlichen Räumen, bei denen sich diese Angebote nicht aufrecht erhalten lassen	**9 11%**	**16 20%**	**16 20%**	**15 19%**	**17 21%**	**8 10%**
Besondere Maßnahmen für die Gruppe der besser qualifizierten, jüngeren Menschen: Stipendien oder Gründungsdarlehen für die Schulabgänger und Hochschulabsolventen mit den besten Noten für Gründungsvorhaben im Land	**19 23%**	**36 44%**	**17 21%**	**5 6%**	**1 1%**	**3 4%**
gezielte Förderung von Tourismus-Angeboten für jüngere Menschen und Familien	**4 5%**	**17 21%**	**29 36%**	**23 28%**	**4 5%**	**4 5%**

Bildungspolitische Maßnahmen

Maßnahmenvorschläge	1	2	3	4	5	Enthaltungen - keine Angabe
Überprüfung der betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungsangebote im Land daraufhin, ob tatsächlich für den Landesbedarf ausgebildet wird; Schließung von Einrichtungen, die über Bedarf ausbilden, da damit anschließende Abwanderung der Ausgebildeten provoziert wird	**13 16%**	**7 9%**	**23 28%**	**13 16%**	**14 17%**	**11 14%**
Förderung einer attraktiven Hochschullandschaft, um qualifizierte junge Menschen im Land zu halten und die Zuwanderung von Studieninteressierten aus ganz Deutschland und dem Ausland zu fördern	**41 51%**	**24 30%**	**10 12%**	**4 5%**	**0 0%**	**2 2%**

Gezielte Förderung von Hochschulen in strukturschwachen Regionen (z.B. Standort Stendal)	**18 22%**	**34 42%**	**15 19%**	**9 11%**	**2 2%**	**3 4%**
Berücksichtigung der Geschlechtsspezifik der Abwanderung durch Schaffung von Studiengängen, die für Frauen besonders attraktiv sind (pädagogische und soziale Studiengänge, Geisteswissenschaften, Journalistik und Medien)	**15 19%**	**32 40%**	**19 23%**	**11 14%**	**2 2%**	**2 2%**
Spezielle Förderung von Maßnahmen, die Studentinnen die Erfüllung des Kinderwunsches ermöglichen: Kindgerechte Zimmer in Studentenwohnheimen, auf die Bedürfnisse von Studentinnen abgestimmte Kinderbetreuungseinrichtungen, großzügige Zulassungsregelungen an Hochschulen	**22 27%**	**33 41%**	**17 21%**	**8 10%**	**0 0%**	**1 1%**
Quoten für die Kinder der aus Sachsen-Anhalt abgewanderten Eltern in begehrten Studiengängen, damit junge Menschen mit einer inneren Bindung an das Land gezielt zur Rückwanderung motiviert werden (ab ca. 2005 erreichen die ersten Kinder der seit 1989 Abgewanderten das studierfähige Alter)	**9 11%**	**16 20%**	**24 30%**	**22 27%**	**7 9%**	**3 4%**
Anpassung des Unterrichts zur Familienplanung im Schulunterricht, Vermittlung der Tatsache, dass die biologisch richtige Zeit zur Familiengründung vor dem 30. Lebensjahr liegt; Aufklärung von Abiturientinnen und jungen Studentinnen über die möglichen Fruchtbarkeitsprobleme bei Aufschub des Kinderwunsches auf die Zeit jenseits des 30. Lebensjahrs	**5 6%**	**16 20%**	**22 27%**	**30 37%**	**7 9%**	**1 1%**
Errichtung von Zwergschulen (Klassenübergreifender Unterricht), um ein Mindestmaß an kindbezogener Infrastruktur insbesondere in ländlichen Regionen zu ermöglichen	**18 22%**	**17 21%**	**22 27%**	**8 10%**	**6 7%**	**10 wurde in SAW noch 12% nicht abgefragt**

Eine Schwierigkeit der Teilnehmer, die während der Bearbeitung und auch bei Auswertung aufgefallen ist, ist die strikte Rollentrennung zwischen eigener Betroffenheit (persönliche Erfahrungen und Wünsche) und der professionellen Arbeitshaltung. Vielen Teilnehmern ist es schwer gefallen, subjektive Aspekte außer Acht zu lassen und die Maßnahmen ganz objektiv nach ihrer Wirksamkeit und nicht nach Gefallen zu beurteilen. Ein weiterer Punkt ist, dass die Maßnahmen einerseits manchmal zu stark zusammengefasst waren und andererseits nicht nach beiden Aspekten Abwanderung und Geburtenrückgang einzeln bewertet werden konnten. Dieser Umstand führte wiederum dazu, dass die Teilnehmer bei manchen Maßnahmen gar kein Kreuz setzten, was zu der 6. Kategorie „keine Angabe“ führte, auf die eigentlich ver-

zichtet werden sollte, um zu verhindern, dass die Teilnehmer einer Bewertung ausweichen. Die andere Seite zeigt sich in der auffällig oft gegebenen Antwort „gewisse Wirkung“, was vermuten lässt, dass Teilnehmer diese Möglichkeit wählten, wenn sie sich unschlüssig waren oder auf Grund einer fehlenden Differenzierung nicht anders antworten konnten, da die einzelnen Maßnahmen oder Aspekte divergierend beurteilt werden müssten. Insofern sind für die Auswertung vor allem die Maßnahmen interessant, bei denen weit überwiegend sehr gute oder sehr schlechte Bewertungen gegeben wurden. Auf eine differenzierte Auswertung im Hinblick auf Stadt-Land-Gefälle, Unterschiede zwischen Geschlecht oder auch Tätigkeitsfeld musste hier verzichtet werden, da auf Grund der unterschiedlichen Ausgangszahlen ein direkter Vergleich nicht möglich ist.

Zusammenfassend lässt sich für den Bereich der familienpolitischen Maßnahmen auf Landesebene konstatieren: Maßnahmen wie 1, 4, 10, die im Zusammenhang mit beruflichen Rahmenbedingungen stehen, werden von den Experten in ihrem Effekt sehr stark eingeschätzt. Die Beurteilung der Wirkung wird bei Einführung bzw. Ausbau solcher Maßnahmen als sehr stark und stark angeben. Die Maßnahmen „Erweiterung der Sozialklausel“ und „Finanzielle Förderung von Maßnahmen im Bereich der medizinischen Reproduktion“ spielen dahingegen keine entscheidende Rolle bei der Abwendung von Abwanderung und Geburtenrückgang. Die anderen Maßnahmen sind auch sehr wichtig und weitestgehend positiv von den Experten bewertet worden, allerdings kristallisieren sich in diesen Maßnahmen meistens zwei klare fast gleich starke positive wie negative Pole heraus, die von einer großen Mehrheit von Experten, die in ihrer Beurteilung unsicher erscheinen, getrennt sind.

Im Bereich familienpolitischer Maßnahmen auf kommunaler Ebene sind Maßnahmen im Bereich Verwaltung, Schul-, Sport-, Kultur-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik besonders wichtig. Es geht in diesen Maßnahmen vor allem um den Ausbau und die Einrichtung von kinder- und familienfreundlichen Angeboten in der Kommune, die entsprechend gefördert werden sollen. Ein weiterer Punkt, dem die Experten einen entscheidenden Einfluss beimessen, ist die finanzielle Entlastung von Familien, sei es durch die Einführung eines Familienpasses oder spezielle Angebote von Kreditinstituten für Familien. Auch die politische Mitwirkung für Kinder, Jugendliche und Eltern könnte als wirkungsvolles Instrument eingesetzt werden. Die Durchführung eines Landeswettbewerbs „Familienfreundlichste Kommune in Sachsen-Anhalt“ oder die Errichtung eines mobilen Beratungsteams halten die Experten für weniger wirksam.

Folgende Maßnahmen aus dem Bereich des familiengerechten Wohnens bewerteten die Experten als sehr effektiv: Umgestaltung der Wohnungsbauförderung in Richtung auf eine konsequente Familienförderung, Bereitstellung von sehr preisgünstigem kommunalem Wohnbauland und die Berücksichtigung der Infrastrukturbedürfnisse von Familien. Auch die anderen Maßnahmen aus diesem Bereich wurden von den Experten weitestgehend als wirk-

sam bezeichnet. Natürlich würde jede Maßnahme für sich allein genommen keine große Änderung der momentanen Situation herbeiführen, aber im Zusammenwirken ist ein familienfreundliches Wohnumfeld entscheidend.

Die Abschaffung von Rückbauprämien schnitt als einzige Maßnahme als völlig unwirksam ab, da genügend Wohnungen vorhanden sind. Nach Abriss von Wohnblöcken sollte lieber überlegt werden, wie der geschaffene Platz zur Verbesserung des Wohnumfeldes beitragen kann.

Bei den Maßnahmen zur Beeinflussung des Wanderungsverhaltens spalten sich die Meinungen der Experten. Auf der einen Seite wird die Einrichtung einer Rückholagentur als wertvoll und hilfreich gesehen, auf der anderen Seite schätzen die Experten die Wirkung einer Förderung älterer rückwanderungswilliger Menschen durch die Unterstützung beim Eigenheimbau als eher gering ein. Auch einer erleichterten Vergabe von Aufenthaltsberechtigungen und Arbeitserlaubnissen für gut qualifizierte Zuwanderer aus Osteuropa stehen die Experten zum größeren Teil skeptisch gegenüber. Unschlüssig sind sich die Experten bei der Beurteilung der Maßnahme einer Sachsen-Anhalt-Kontaktagentur am neuen Wohnort der Abgewanderten. Hier bewerten die einen die Maßnahme mit durchschlagender Wirkung und die anderen mit eher geringen oder keinen Auswirkungen.

Bei den Maßnahmen zur Förderung der regionalen Entwicklung stechen vor allem Maßnahmen in Bezug auf Gründungsvorhaben im Land entweder im ländlichen Raum durch rückwandernde ältere Menschen oder junge, besonders gut qualifizierte Menschen hervor. Außerdem stellt die Wiederbelebung traditioneller ländlicher Handwerke einen bedeutsamen Ansatzpunkt dar. Als wirkungsvoll erachtet werden auch Maßnahmen im Bereich Gesundheit, Bildung, Sport, Kultur und Infrastruktur, die noch mehr auf Familien zugeschnitten werden müssen. Bürgerschaftliche Tätigkeiten im ländlichen Raum sollten durch Projektfinanzierungen auch stärker unterstützt werden.

Das Zurückfahren von ABM-Maßnahmen wird von den Experten eher als wirkungslos bezeichnet und die Konzentration aller staatlichen Fördermittel beurteilen sie sehr zurückhaltend. Die Auswertung dieser Maßnahme hat eindeutig gezeigt, dass unter den Experten kein klarer Entscheidungstrend zu erkennen ist. Die Stärkung ländlicher Lebenszusammenhänge und die Förderung von Tourismusangeboten spielen eher eine untergeordnete Rolle, wenn es um die Bevölkerungsregulierung geht.

Bei den bildungspolitischen Maßnahmen lassen sich folgende Tendenzen erkennen. Eine Investition in eine attraktive Hochschullandschaft unter Berücksichtigung vor allem von weiblichen Studieninteressenten und Bedürfnissen studentischer Mütter sowie eine gezielte Förderung von Hochschulen in strukturschwachen Regionen würde sich laut den Experten sehr stark und positiv auswirken. Auch die Errichtung von Zwergschulen fand unter den Experten

hohen Zuspruch, wobei zu bedenken ist, dass der verwendete Ausdruck „Zwergschule“ bei vielen Befragten möglicherweise negative Assoziationen ausgelöst hat und ein neutralerer Begriff wie „jahrgangsübergreifender Unterricht“ zu anderen (noch positiveren) Ergebnissen geführt hätte. Als eher unwirksam wurden die Familienplanung im Unterricht, die Quotenregelung für Kinder abgewanderter Eltern bei begehrten Studiengängen und die Schließung von Ausbildungseinrichtungen auf Grund von Überschüssigkeit betrachtet.

Arbeitsphase III: Lösungsansätze und Verbesserungsvorschläge der ExpertInnen

Die Lösungen bzw. Lösungsansätze und Verbesserungsvorschläge lassen sich in fünf Kategorien einordnen: Ausbildung und Arbeit, Familie und Frauen, Bildung und Betreuung, Wohnen und Kommune, Einstellungen und Ansichten. Je nach Stadt kristallisierten sich bedingt durch die Zusammensetzung der Teilnehmer unterschiedliche Schwerpunkte heraus.

Salzwedel

Im Bereich Ausbildung und Arbeit wurden vorwiegend folgende Punkte genannt: Schaffung und Sicherung von Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen, Senkung von Lohnnebenkosten, Lohnangleichung, familienfreundliche Betriebe, Förderung von qualifiziertem Nachwuchs, sowie Handwerk und Gewerbe, flexible Arbeitszeiten, spezielle Frauenförderprogramme in Unternehmen, die Unterstützung von Pendlern, damit der Wohnort beibehalten werden kann.

Beim Thema Familie wurde vor allem eine stärkere Unterstützung und Förderung von Familien gewünscht. Dazu gehören bezahlbare und kostengünstige Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, Kinder-Willkommenspakete der Kommune mit Gutscheinen für Familie, Eltern-Mut-Mach-Projekte, Kopfprämie für neugeborene Kinder, zinslose Ehekredite, Entlastung von Müttern durch Betreuungsangebote. Diese Vorschläge brächten aber immer noch nicht mehr Kinder, solange sich in unserer Gesellschaft nicht die Grundeinstellung zu Kindern und Familie ändert. Es sei unbedingt notwendig sich auf Grundwerte zu besinnen und der Familie in der Gesellschaft wieder einen besseren Stellenwert einzuräumen. Frauen sollten in der Arbeitswelt nicht diskriminiert werden, wenn sie Kinder haben. Neben der Stärkung des Familienzusammenhaltes müssten sich auch die einzelnen Generationen wieder mehr für den Nachwuchs verantwortlich fühlen. Kinder seien der eigentliche Reichtum der Gesellschaft. Schulen, Vereine und andere Institutionen sollten ihren Einfluss für die Familie nutzbar machen.

Im Bildungsbereich wurde vor allem die Lebenswegplanung der Kinder und Jugendlichen diskutiert. Die Kinder seien zu wenig auf ihre Rolle in der Gesellschaft vorbereitet. Nicht nur die Berufsvorbereitung, auch die Vorbereitung auf den Lebensalltag sei dabei von großer Bedeutung. Wichtig sei auch Förderung und Präventivarbeit in der Schule. Es müsse auch

weiterhin in Bildung und Schule investiert werden. Die Schulen sollten in ihrem Erziehungsauftrag gestärkt werden. Die Bildungsangebote müssten verbessert und die Qualität der Bildungsarbeit erhöht werden.

Im Rahmen der Betreuungsmöglichkeiten wurde auf flexible Öffnungszeiten der Kindertagesstätten hingewiesen. Außerdem solle auch darauf geachtet werden, dass es für Berufstätige entsprechende Angebote gebe und genügend Kinderbetreuungseinrichtungen.

Wichtig in der Kategorie Wohnen seien attraktive Wohnstandorte und günstiger und bezahlbarer Wohnraum.

In den Kommunen sollte die Einstellung „Wir finden Kinder gut“ ganz deutlich werden. Entscheidend für die Ansiedlung von Unternehmen seien neben Familienfreundlichkeit die weichen Standortfaktoren. Durch die Bekämpfung von Vandalismus werde das Stadtbild aufgewertet. Es dürften nicht nur die Zentren gefördert werden. Familienpolitische Sprecher seien an kommunalen Entscheidungen zu beteiligen.

Magdeburg

In Magdeburg ist neben den Themenbereichen Ausbildung und Arbeit, Familie und Einstellungen, Bildung und Betreuung, Kommune und Wohnen die Situation der Frauen in den Mittelpunkt gerückt.

Wichtig sei hier die Stärkung des Engagements von Vereinen und Verbänden, die sich auch für arbeitslose Frauen einsetzen würden. Eine Unterstützung der Arbeit sei daher wünschenswert. Außerdem sollten etablierte Projekte, die auf entsprechende Zielgruppen wie z.B. Frauen ausgerichtet sind, erhalten bleiben. Es müssten bedarfsgerechte Projektangebote für Frauen im ländlichen Raum geschaffen werden und im Zuge der Osterweiterung auch der Blick auf andere Zielgruppen wie z.B. ausländische Frauen geöffnet werden. Dazu müssten Abschlüsse anerkannt und das Bleiberecht erweitert werden. Auch behinderte Frauen sollten stärker beachtet und einbezogen werden. Für diese Frauengruppen sei die Erweiterung ihrer Kreditwürdigkeit von großer Bedeutung. In politischen Gremien müssten die Kompetenzen besonders von Mandatsträgern geschult werden und vor allem Frauen ermutigt werden, sich bewusst politisch zu beteiligen.

Weitere Maßnahmenvorschläge waren die Ausschreibung des E-Quality-Preises für Frauenförderung im Land Sachsen-Anhalt „Frauen in Führungspositionen oder gezielte Maßnahmen zur Existenzgründung von Frauen. Grundlegend für alle Maßnahmen sei aber an erster Stelle die Analyse der sozialen und ökonomischen Situation von Männern und Frauen, um den Bedarf und den Bestand festzustellen.

Im Bereich Ausbildung und Arbeit wurden folgende Maßnahmen besprochen: ergebnisorientierte Projektauswahl und -förderung; Entwicklung neuer Berufsausbildungen, die Auszubil-

dende aus Nachbarregionen anziehen; ein Mobilitätstraining, da der Führerschein heutzutage als Grundlage für einen Arbeitsplatz angesehen wird; Stärkung der Verbundausbildung; Fördergelder für Neuansiedlungen von Betrieben oder Steuererleichterungen, aber mit Ausbildungsverpflichtungen verbunden; unbeschränkte Ladenöffnungszeiten bei entsprechender Bezahlung und auch die Angleichung der Lohnverhältnisse in Bezug auf Ost – West und Männer – Frauen bei gleicher Arbeit.

Bei der Bildung wurde die Bedeutung einer frühzeitigen praxisbezogenen Berufsorientierung für das Land Sachsen-Anhalt thematisiert. Hier wurden auch einige Beispiele von Maßnahmen vorgestellt, die nicht nur erhaltenswert erscheinen, sondern zudem auch noch ausbaufähig sind, so z.B. die Möglichkeit von Schul-Betriebspartnerschaften, wo gemeinsame Projekte verwirklicht werden und die Arbeitgeber Schüler in ihre Unternehmen einladen, um diese besser kennen zu lernen. Des Weiteren wäre noch die Kontaktstelle zur Berufsorientierung oder das Projekt Pakte des Europäischen Bildungswerks für Beruf und Gesellschaft e.V. zu erwähnen.

Klassenübergreifender Unterricht sei sehr sinnvoll, um auch im ländlichen Raum das Versorgungsnetz erhalten zu können. Wichtig sei auch die Errichtung neuer Schulen und Hochschulen, die in Lehre und Ausstattung qualitativ sehr gut seien. Ein Abbau sei unbedingt zu verhindern. Ganz allgemein gesagt, müsse die Bildung in allen Bereichen (Kindergarten, Schulen, Fort-, Weiter- und Ausbildungen) verbessert werden. Für Arbeitslose müssten sinnvolle Fortbildungen organisiert werden.

Ein sehr großes Problem sehen die Teilnehmer auch in der Lehrmittelfreiheit und den Lehrplänen der jeweiligen Bundesländer. Der Arbeitsmarkt fordere auf der einen Seite flexible Arbeitnehmer, auf der anderen Seite sei es auf Grund der unterschiedlichen Lehrpläne und Schulbücher Eltern unmöglich ständig mit ihren Kindern umzuziehen. Für die Kinder sei es äußerst schwer sich ständig auf Neuerungen einzustellen und für den Arbeitsmarkt bedeute das eine Hemmung der Flexibilität von Arbeitnehmern. Außerdem müsse es Ganztagangebote bis zum Schultagesende für alle geben.

Entsprechend des Gender-Mainstreaming-Ansatzes solle sich die Fortbildung von Lehrern stärker an der geschlechtsspezifischen Entwicklung orientieren. Auch die Kinder- und Jugendarbeit solle qualitätsgerecht und geschlechterorientiert sein.

Kindertageseinrichtungen sollten familienfreundlicher gestaltet werden und geschlechtsspezifischen Qualitätskriterien unterworfen werden. Die Betreuungsplätze sollten den Eltern kostenlos zur Verfügung gestellt werden und es solle eine der Arbeitszeit entsprechende Kinderbetreuung möglich sein.

Von den Teilnehmern wurde klar herausgestellt, dass Kinder einen Eigenwert hätten und keinesfalls nur als Störfaktoren zu sehen seien. Schließlich hätten sie auch Rechte und seien

die Zukunft unserer Gesellschaft. Damit sich die Kinder und Familien wohl fühlen, müssten die Kommunen einiges tun. Als erstes müsse das Umfeld stimmen. Alle wichtigen Einrichtungen (Schule, Kaufhalle, Arzt, Post usw.) sollten sich in der Nähe der Wohnung befinden. Es müssten Anreize für günstigen Wohnungsbau für Familien geschaffen werden. Generationsübergreifende Projekte z.B. im Bereich Wohnen sollten angegangen werden. Vor allem in verdichteten Stadtteilen müssten Spielplätze geschaffen werden. Auch Innenspielmöglichkeiten sollten dabei bedacht werden.

In Kommunen und im Land sollte verstärkt auf Werbung für positive Aspekte der Städte und Regionen gesetzt und dabei sexistische, familienfeindliche Werbung unterbunden werden. Das Präventionsbewusstsein müsse erhöht werden. Es sollten in den verschiedenen Einrichtungen präventive Gesundheitsleistungen angeboten werden. Wünschenswert wäre auch die Erarbeitung eines Landespräventionskonzeptes gegen sexuelle Gewalt und Ausbeutung. Außerdem sollten Maßnahmen gegen häusliche Gewalt insbesondere des Interventionsprojektes des Landes Sachsen-Anhalt erhalten bleiben.

Zum Thema Familie gab es eine Fülle von Vorschlägen, die das Familienleben und die Entscheidung ein weiteres Kind zu bekommen erleichtern würden, so z.B. Eltern ab dem zweiten Kind in Form einer Kopfprämie oder der Möglichkeit zum Bau eines Eigenheimes einen finanziellen Anreiz zu bieten. Außerdem wurden folgende Vorschläge genannt: Verkürzung der Babypause, aber dafür ein Jahr lang ein monatliches Familiengeld von 1000 €; Steuererleichterungen und eine verstärkte Berücksichtigung bei der Rente; eine einkommens- und kinderabhängige Schulspeisung; eine kostenlose ganztägige Ferienbetreuung; einmal im Monat einen Haushaltstag; familienbegleitende Hilfen auch für Nicht-Sozialhilfeempfänger; gleichgeschlechtlich lebenden Paaren die Adoption erleichtern und ermöglichen; Schaffung von Beteiligungsprozessen für Eltern und Jugendliche, die konsequente Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere für gut qualifizierte Frauen. Insgesamt müsse es eine sozial gerechtere Verteilung geben und die Hilfen und Unterstützungsangebote müssen dem wirklichen Bedarf angepasst werden. Zuletzt sei noch gesagt, dass die Situation von Heimkindern zielgerichtet verbessert werden müsse und auch die Situation von allein erziehenden minderjährigen Müttern.

Halle

In Halle wurde sehr heftig darüber diskutiert, inwiefern es überhaupt notwendig ist, sich Maßnahmen gegen Abwanderung und Geburtenrückgang zu überlegen. Es wurde die Frage aufgeworfen, was denn an der Abwanderung so schlimm sei. Wichtig sei vor allem, dass die Kommune sich auf die Veränderungen einstelle und damit umgehen lerne. Auf Grund dieser Ausgangslage sind folgende Themen behandelt worden: Ausbildung und Arbeit, Familie, Bildung, Betreuung, Wohnen und Kommune.

Es fehlten Perspektiven zum Lebensunterhalt. Mädchen mit Realschulabschluss würden beim Thema Abwanderung kaum beachtet. Nach Erfahrungsberichten der Teilnehmer gingen die Mädchen unabhängig der Standortfaktoren gleich in den Westen. Auf der anderen Seite gebe es aber auch Absolventen, die trotz Arbeitslosigkeit aus Heimatverbundenheit vor Ort bleiben. Die Umzugsprämien der Agentur für Arbeit seien fragwürdig, da sie die Abwanderung noch forcierten. Der Berufsfindungsprozess wurde als mangelhaft begleitet angesehen. Hier sei vor allem die Agentur für Arbeit gefragt. In der 8. und 9. Klasse böte sich doch die Projektarbeit in Schulen an, um berufliche Perspektiven aufzuzeigen. Für fertige Auszubildende fehlten Projekte, die eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.

Halle solle zum Wissenschaftsstandort werden und die Universität als Ressource nutzen. Zwischen den einzelnen Institutionen fehle allerdings noch ein vernetztes Denken. Die Franckeschen Stiftungen seien in Halle noch mehr hervorzuheben. Durch eine Stiftungszeitung könnte die besondere Stellung noch mehr verdeutlicht werden. Pressearbeit und Berichterstattung aus den Franckeschen Stiftungen könnten dazu einiges beitragen.

Auch durch eine stärkere Gemeinwesenarbeit würde sich die Bevölkerung vor Ort mehr beheimatet fühlen. Wichtig sei die Förderung von Mehrgenerationenhaushalten in Bezug auf die Unterstützung von Familien durch Betreuungsmöglichkeiten. Ressourcen und Stärken von Kindern aus kinderreichen sozial schwachen Familien müssen erkannt und ausgebaut werden. Es ist alarmierend, wenn man den Berichten der Teilnehmer folgt, dass eine Elterngeneration in der überwiegenden Mehrheit schon arbeitsentwöhnt sei. Um dem entgegenzuwirken, sei es notwendig, in die Erzieherausbildung sozialarbeiterische Aspekte mit einfließen zu lassen.

Die Stadt Halle habe keine Probleme mit der Kinderbetreuung. Trotzdem sei sie nicht als gut zu bezeichnen. Es mangele laut einigen Eltern an der Flexibilität der Betreuungszeiten. In Bezug auf Abwanderung ist das Thema Kinderbetreuung auch nicht von Bedeutung, höchstens bei der Entscheidung ein weiteres Kind zu bekommen. Auch interessieren sich kinderlose Frauen nicht für eine gute Kinderbetreuung. Hier spielen wieder ganz andere Faktoren eine Rolle.

Es müsse auch bedacht werden, dass ein Aufschwung der Infrastruktur erst nach einer Wirtschaftsentwicklung folgt.

Alsleben

In Alsleben konnten die Maßnahmen in folgende Bereiche eingeordnet werden: Kommune, Familie, Betreuung und Bildung, Arbeit und Ausbildung. In den Gesprächen mit den Teilnehmern wurde die Bedeutung von Bildungseinrichtungen wie Kindergarten und Schule und Versorgungseinrichtungen für kleinere Gemeinden ganz klar herausgestellt. Wichtig sei vor allem der Erhalt der Lebensqualität im ländlichen Raum. Es müsse auch weiterhin entspre-

chende kulturelle und soziale Angebote geben, damit ein gänzliches Leerziehen der Region und Zurückbleiben von alten Menschen verhindert werde.

Dazu sollten die Kommunen jungen Familien Baugrundstücke bereitstellen und den Bau von Häusern und Eigentumswohnungen fördern. Außerdem wünschen sich die Kommunen bessere finanzielle Rahmenbedingungen und mehr Eigenverantwortlichkeit bei der Ausgabe von Mitteln. Es wurde eine schnellere Umsetzung der Gebietsreformen zur Schaffung von mehr Klarheit bei weiteren Planungen gefordert. Das Land solle den Kommunen auch Pauschalen bereitstellen, um Eintrittspreise für Einrichtungen und Veranstaltungen für sozial schwache Familien stützen zu können. Äußerst begrüßenswert wäre eine Stelle in der Kommune zu schaffen, die zu abgewanderten Bürgern Kontakt hält, um eine eventuelle Wiederkehr anzubahnen. Turnhallen sollten geöffnet werden, um wetterunabhängige Spielräume für Kinder zu schaffen. Im kommunalen Verwaltungsbereich gibt es keinen Kinderarzt. Deswegen sei eine Unterstützung der Ansiedlung von Ärzten sehr sinnvoll, schon allein um die medizinische Grundversorgung zu erhalten und abzusichern. Eine bessere regionale und überregionale Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs ist erstrebenswert. Bezahlbare Wohnungen für junge und ältere Menschen mit und ohne Kinder und Wohnungsgrößen für mehrere Generationen müssten vorhanden sein.

Die Kindergartenbeiträge sollten gesenkt werden. Die Kindertageseinrichtungen sollten variable Öffnungszeiten anbieten, die dem Bedarf entsprechen. Dazu solle das Land die Voraussetzungen schaffen, so dass die Sicherung der Personal- und Betriebskosten gewährleistet werden könne. Die Betreuung solle durch kleinere Gruppengrößen und einen höheren Erzieherschlüssel verbessert werden. Der Erhalt von bestehenden Kindertageseinrichtungen sei enorm wichtig, da gerade in kleinen Gemeinden Versorgungs-, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen einen Großteil der Gesamtarbeitsplätze ausmachen.

Im Bereich Bildung wurden überwiegend folgende Punkte angesprochen: die Einführung von Schulfächern wie Existenzgründung, Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsförderung mit dem Ziel, Schüler auf eine mögliche Existenzgründung vorzubereiten bzw. sie dazu zu motivieren und insbesondere bei jüngeren Leuten der Schärfung des Bewusstseins der Unausweichlichkeit des bevorstehenden demographischen Zusammenbruchs und dessen Folgen für die eigene Alterssicherung.

Die derzeitige Schulentwicklungsplanung stelle eine Gefährdung vieler Grundschulstandorte dar. Mit dem Wegfall einer Grundschule in einem Dorf ab 1000 Einwohnern sei dies ein schmerzlicher Verlust für das gesamte dörfliche Leben. Deswegen sei zu überlegen, ob ein schuljahresübergreifender Unterricht wie in Finnland nicht auch hier möglich wäre.

Ein gesellschaftlicher Gesinnungswechsel wäre wünschenswert, damit Mütter wieder die Anerkennung erhalten, die sie verdienen. Familienfreundliche Angebote in Beruf und Freizeit

müssten erweitert werden. Familien müssten finanziell noch mehr entlastet werden. So wird z.B. die Wiedereinführung des zinslosen Ehekredites bei Eheschließung vorgeschlagen mit der Verringerung der Tilgungsraten bei der Geburt jedes Kindes. Beim Ausbau von Altbauwohnungen sowie beim Neubau sollten junge Familien besondere Förderungen erfahren. Vereinsbeiträge sollten ermäßigt werden, um Mitgliedschaften zu sichern. Die Verkehrgesellschaften sollten für sozial schwächere Familien höhere Ermäßigungen bereithalten können. Zwei bis drei preiswerte Ferienmöglichkeiten im Land sollten für die Kinder der Familien geschaffen werden, die sich keinen Urlaub leisten können. Ein beträchtlich höheres Kindergeld würde bei manchen Eltern zu einer positiven Entscheidung hinsichtlich eines weiteren Kindes führen. Eltern sollten in ihrem Erziehungsauftrag gestärkt werden, und zwar nicht nur, wenn es um die Aufklärung über Folgen und Auswirkungen eines Drogenkonsums geht, sondern auch dem Konsumzwang entgegen zu wirken, z.B. bei Markenkleidung in der Schule.

Beim Thema Ausbildung und Beruf wurde vor allem wieder auf die notwendige Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familie und Beruf, das Lohngefälle zwischen Ost und West, die Minderung der Folgen der EU-Erweiterung durch Verlagerung von Betrieben in Billig-Lohn-Länder und die gleichzeitige Einwanderung von Arbeitnehmern mit Dumpingpreisen, die verstärkte Ausbildung im medizinischen Bereich, gezielte Förderung von Unternehmensgründungen und Kleinbetrieben, die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die Verbesserung der Bedarfsbezogenheit von Ausbildungsangeboten, da eine Ausbildung am Bedarf vorbei zu einer höheren Abwanderungsneigung führt, eingegangen.

Halberstadt

In Halberstadt wurden die verschiedenen Aspekte sehr stark im Hinblick auf die Familie ausgerichtet. Auch hier ließen sich die einzelnen Maßnahmen wieder unter folgenden Oberpunkten zusammenfassen: Familie, Betreuung und Bildung, Kommune und Wohnen, Ausbildung und Arbeit.

Familien, Kindern und Jugendlichen müssten Mitwirkungsrechte eingeräumt werden. Es sollten Kur- und Erholungsmaßnahmen für Familien geschaffen werden. Die Einführung eines Begrüßungsgeldes für Neugeborene, sowie die Förderung junger Ehen mit Kindern fanden als Maßnahmen unter den Teilnehmern sehr starken Zuspruch. Auch sollten nicht Kindertageseinrichtungen, sondern Familien durch ein wesentlich höheres Kindergeld subventioniert werden. Die Familien müssten selbst entscheiden, wie die Kinderbetreuung erfolgen soll – in Gruppen oder individuell. Neue Steuermodelle zur Entlastung von Familien wurden ebenso vorgeschlagen wie die Schaffung und Erhaltung von sozialen Netzwerken. Männer und Frauen sollten ihre persönliche Lebenswegplanung auch leben können und „Sozial sein“ sei nicht nur etwas für finanziell gute Zeiten, sondern menschliche Lebensgrundlage. Als ein

weiterer Punkt wurde auch die Familienbildung genannt. Auch die Bildung im Allgemeinen kam zur Sprache. So wurden die Erhöhung der Ausgaben für Bildung, alternative Betreuungs- und Schulenformen und eine effektivere Gestaltung der Klassenstärke befürwortet. Im Rahmen der Kinderbetreuung sollte sogar die Möglichkeit einer kostenlosen Betreuung in den ersten drei Jahren oder zumindest eine bezahlbare Betreuung angestrebt werden.

In den Kommunen sollten Kinder- und Jugendeinrichtungen bewahrt werden, kinderfreundliche Spielplätze geschaffen werden, Netzwerke zur Koordinierung aller Aktivitäten von und für Kinder aufgebaut werden, Eintrittsgelder für kulturelle Veranstaltungen ermäßigt werden, kurzfristige, soziale Projekte besser gefördert werden und vieles mehr.

Ein gezielter Erfahrungsaustausch von Verantwortlichen und Jugendlichen wurde gewünscht und es wurde darauf hingewiesen, dass starre Strukturen aufgebrochen werden müssen. Das Sozialforum Nordharz solle mehr genutzt und unterstützt werden. Es müsse auch eine soziale Staffelung von kommunalen Angeboten geben. Die Bevölkerung müsse ein Gefühl von Heimatverbundenheit entwickeln. Die Grundlagen dazu müssten schon in der Schule gelegt werden. Es solle in Prävention investiert werden und ein Gesundheitszentrum errichtet werden. Die kulturelle Vielfalt müsse weiter gestärkt und ausgebaut werden. Der Wohnsitz müsse ganzheitlich für junge Familien interessant sein. Die Förderung der Wohneigentumsbildung junger Familien mit Kindern solle vorangetrieben werden. Außerdem müssten die Mieten vor Ort günstig sein, um vor allem auch junge Menschen zu binden. Die Förderung von Nachwuchssportlern sei Pflichtaufgabe des Landes. Freie Träger der Jugendarbeit müssten unbürokratischer unterstützt werden. EU-Programme müssten für die Kommunen nutzbar gemacht werden.

Im Bereich Arbeit und Ausbildung sind vor allem Schlagworte wie flexible Arbeitszeitmodelle, mehr Arbeitsplätze, bessere Ausbildungsmöglichkeiten, enge Vernetzung von Wirtschaft und Bildungsträgern, Kooperation mit Familien, gelebte Gleichstellung von Männern und Frauen, Möglichkeiten gezielter Qualifizierung, Förderung von Ausbildungsplätzen in der Region und Schaffung von familienfreundlichen Arbeitsplätzen gefallen. Frauen sollten durch Schwangerschaft und Mutterschaft im Arbeitsprozess keine Nachteile entstehen. Warum sei es nur für Männer karrierefördernd, Kinder zu haben? Die Wirtschaftsfördermittel sollten stärker auf den Frauenbeschäftigungsanteil ausgerichtet werden. Überhaupt könne die Wirtschaft nicht nur nehmen, sondern hätte auch die Verantwortung zu geben, zu fördern und zu pflegen. Anstelle von Sozialhilfe sollte es eine entsprechende Förderung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen geben. In der Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammern und Firmen solle durch gezielte Informationen Interesse an Jugendprojekten geweckt werden. Außerdem sei eine Zusammenarbeit von Bereichen des Landes und der Agentur für Arbeit sinnvoll.

Zum Abschluss solle man vor allem bedenken, in Generationen von ca. 15 Jahren und in größeren Regionen als Stadt und Landkreis zu planen und zu realisieren.

Dessau

Auch in Dessau liegen die thematischen Schwerpunkte in den Bereichen Kommune und Wohnen, Ausbildung und Arbeit, Bildung und Betreuung, Familie und Einstellungen.

Die Frage nach bestimmten Einstellungen ist in Dessau im Gegensatz zu den anderen Städten, wo sie nur am Rande zum Tragen gekommen sind, hier in allen Bereichen immer wieder stark in den Vordergrund getreten.

Es begann im Bereich Kommune und Wohnen mit der Feststellung, dass bei Bürgern und in der Verwaltung kinder- und jugendfeindliche Tendenzen zu erkennen seien. Es solle daher eine Kinderfreundlichkeitsprüfung als Verwaltungsordnung angestrebt werden. Man müsse in kinder- und familienfreundliche Arbeitsplätze investieren, denn auch die schafften schließlich Arbeitsplätze. Es sei auch auf die Qualität in den Stadtteilen zu achten. Es dürfe keine Separierung der einzelnen sozialen Schichten geben, denn das hätte beträchtliche Auswirkungen auf das Schulniveau und das Wohnumfeld.

Zum Thema Wohnen wurde das innerstädtische Bauland angesprochen, das durch den Stadtumbau entstehen würde. Hier sei es wünschenswert, es für die Familien zu nutzen. Da die Stadt allerdings selbst nicht der Eigentümer der Grundstücke sei, liege es in den Händen der Wohnungsbaugesellschaften, was sie mit den leeren Flächen machten.

Auch im Themenfeld Ausbildung und Arbeit spielten die Frage der Motivation und bestimmter Einstellungen eine wichtige Rolle. So seien einerseits motivierte Absolventen gezwungen abzuwandern, da es vor Ort keine qualifizierten Stellen gebe. Betrieben sei die Situation noch gar nicht so recht bewusst, dass es bald an Fachkräften mangeln werde. Hier wurden nicht nur in Betrieben, sondern auch schon in den Schulen eine Beratung am Bedarf und eine bewusste Aufklärung zur Problematik empfohlen. Es müssten Rücksprachen mit den Berufsschulen gehalten werden, so dass Jugendliche nicht mehr in Ausbildungen vermittelt würden, wo jetzt schon absehbar sei, dass die Ausbildung mit der Arbeitslosigkeit ende. Gerade auch benachteiligte Jugendliche dürften nicht in Ausbildungsberufe gedrängt werden, die nicht ihren Fähigkeiten entsprechen. Es sei auch zu bemängeln, dass durch Zunahme der überbetrieblichen Ausbildung ein Bezug zur Praxis fehle.

Auch die Lebensgrundeinstellungen seien auf Dauer unbedingt zu ändern. Wenn die Menschen nicht in lokale, kleinere Geschäfte investieren, müssten viele Geschäfte schließen und Arbeitsplätze gingen verloren. Der Wert eines Produktes mache sich nicht ausschließlich am Preis, sondern normalerweise auch an der Qualität fest.

Erschreckend sind auch die Berichte der Teilnehmer, dass viele Jugendliche besonders aus sozial schwachen Familien überhaupt nicht mehr motiviert seien zu arbeiten oder gar eine Ausbildung zu machen. Hier spiegele sich die Lebensweise der Eltern wider, die durch Arbeitslosigkeit und Leben von der Sozialhilfe gekennzeichnet sei. Etliche Jugendliche scheinen die Ansicht zu vertreten, dass der Staat in der Pflicht sei, sich um jeden einzelnen zu kümmern. Man bräuchte keine Arbeit mehr und außerdem stünden jedem Menschen diese Sozialleistungen vom Staat zu. Die Eltern vermittelten oftmals eine depressive Grundhaltung, die sie an ihre Kinder weitergäben. Wichtig seien hier Maßnahmen für Eltern aus schwächeren sozialen Schichten, die die Kompetenzen der Eltern fördern bzw. überhaupt erst einmal wieder aufbauen. Zur Stärkung ihres Selbstwertgefühles bräuchten die Eltern Arbeit. Vielleicht sei es sinnvoll, die Sozialleistungen mit Arbeitsverpflichtungen gemeinnütziger Art zu verbinden, so dass auch diese Menschen wieder einen geregelten Tagesablauf und eine Aufgabe in der Gesellschaft bekommen.

Zum letzten Themenschwerpunkt Bildung und Betreuung wurde darauf hingewiesen, dass schon die Kindertagesstätten einen Bildungsauftrag hätten. Damit alle Kinder, gleich welcher Schicht, davon profitieren könnten, müsse die Betreuung am Vormittag, wo der Bildungsschwerpunkt liegt, kostenlos sein. Außerdem müssten andere, vielfältigere Betreuungsmöglichkeiten für Zeiten, die durch staatliche Einrichtungen nicht abgedeckt sind, geschaffen werden. Hier sei auch wieder die Flexibilität der Arbeitgeber gefragt, die es ermöglichen sollten, dass Familie und Beruf vereinbar wird. Weiterhin wurde erwähnt, dass die Ganztagsbetreuung zu stark zurückgefahren wurde.

In der Schule wurde vor allem eine stärkere Netzwerkarbeit mit Betrieben gefordert. Beziehungen müssten gestärkt werden. Betriebe und Unternehmen sollten in die Schulen gehen und sich vorstellen. Außerdem sei eine bessere Zusammenarbeit mit Handwerksbetrieben in Form von Arbeitsgemeinschaften und Praktika erwünscht.

Die Kinder müssten gezielt gefördert werden, denn ein zu starres Bildungsgefüge führe zu vorherbestimmter Arbeitslosigkeit.

H An der Studie beteiligte Personen/Danksagungen

Das Projektteam bestand im Kern aus Prof. Dr. Christiane Dienel, Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) (Projektleitung) sowie den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Dipl. Soz. Antje Gerloff und Loreen Lesske MA.

Expertisen wurden angefertigt durch Dr. Thomas Claus, Gender Institut Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß, Universität Kaiserslautern, Dr. Herbert Heinecke, Fördermittelberatung und Projektmanagement, Wolfsburg, Dr. Frauke Mingerzahn, Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Kerstin Schumann, Landesstelle Mädchenarbeit, Susanne Kahlert, Praktikantin, Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Prof. Dr. Heiner Legewie, TU Berlin, Dr. Juliane Roloff, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung Wiesbaden.

Die Mitglieder der GeFam Gesellschaft für Familienforschung e.V., allen voran Frau Dr. Neubauer, haben bei der Konzeption der Studie aktiv mitgewirkt und den Verlauf kritisch begleitet.

Dank gilt auch den studentischen Hilfskräften, die bei den Telefoninterviews, Transkriptionen und weiteren Arbeiten mitgewirkt haben, sowie den Studierenden der Hochschule, die zahlreiche Ideen und Anregungen im Rahmen von Forschungsseminaren eingebracht haben. Genannt seien hier Frau Geißer, Frau Hanstein, Frau Jafra, Frau Hyttinen (für die Übersetzungen aus dem Finnischen), Frau Kube, Frau Schöpe, und insbesondere Frau Thies und Frau Weise, die sich um die Transkriptionen verdient gemacht haben. Für die Planung und Durchführung der Abschlusstagung ist vor allem Frau Johanna Kube zu danken. Frau Dipl. Ing. Elke Vetter sorgte für die grafische Gestaltung einer Ausstellung Basilicata-Altmark, zu der der Stendaler Journalismus-Student Christian Ladtsch sowie Prof. Heiner Legewie die Fotos beigetragen haben.

An der Teilstudie E 2: Lebenslagen von Mädchen in Sachsen-Anhalt wirkten mit:

a) bei der Erstellung des ExpertInnen-Leitfadens: Corinna Franke, Franziska Hillebrand, Antje Klinsmann, Nadine Kühn, Susanne Kretschmer, Nadine Landmann, Manja Wendt,

b) bei der Erstellung des Leitfaden für Mädchen: Brenda Merfert, Ines Schneider, Stefanie Fahrtmann, Mandy Engel, Stefanie Preuss, Tina Bringezu, Anja Habermann.

Besonderer Dank gilt den Diplomandinnen Hanna Berthold, Andrea Grünberg, Kerstin Jacob, Sabine Jerominski, Julia Landsmann und Astrid Weinrich, die die Interviews durchführten und auswerteten und viele kritische Hinweise zur Lebenslagen-Studie gaben sowie Marina Dönitz für die Endredaktion. Wie danken auch den Studentinnen des Seminars „Lebenslagen von Mädchen in Sachsen-Anhalt für die Anregungen und Diskussionen.

Im Rahmen der Vergleichsstudien ist die Gesprächs- und Auskunftsbereitschaft der ExpertInnen vor Ort hervorzuheben. Dank gilt der Stadt Lingen, insbesondere Herrn Günter Schnieders, Leiter des Fachbereichs für Familie, Jugend und Soziales, sowie dem Landfrauenverband Altkreis Lingen und seiner Vorsitzenden, Frau Anni Barkmann. In Jyväskylä sei dem Regionalrat von Mittelfinnland (Keski-suomen liito) sowie Regionalforschern (Prof. Hannu Tervo, Prof. Tuomo Nenonen, University of Jyväskylä, School of Business and Economics) Seppo Aho, University of Lapland) und Familienforschern (Marjo Kuronen, University of Jyväskylä, Family Research Unit) gedankt. In Dublin, Maynooth und Castlebar, County Mayo haben nsbesondere John Coll, Director of Services, Community and Enterprise, John Magee, Research Coordinator, und Iain Douglas, Senior Executive Planner im County Council Mayo die Studie unterstützt, aber auch Prof. Dr. James A. Walsh, Head of Department of Geography, National University Institute Maynooth, Kildare sowie Dr. Edgar Morgenroth, Regionalforschungs- und Strukturpolitikexperte im ESRI (The Economic and Social Research Institute) Dublin. In Porto und Nordportugal gilt besonderer Dank Prof. Maria Pereira Ramos (Faculdade de Economia) und Prof. Luiza Cortesão (Faculdade de Pscicologia e de Sciências da Educação) von der Universidade do Porto sowie Paula Santos und Estela Alegría von der Commissão de Coordenação e Desenvolvimento da Região do Norte.

Den Experten, die an den Workshops in Magdeburg, Halle, Dessau, Alsleben, Salzwedel und Halberstadt teilgenommen haben, verdanken wir viele Anregungen und kritische Kommentare für die Maßnahmenvorschläge. Nicht zuletzt hat die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber, vertreten durch den Referatsleiter Wilfried Köhler und seine Mitarbeiterinnen, die Praxisnähe der Untersuchung sichergestellt und ihr dadurch viele Impulse gegeben.

Das Forschungsteam dankt allen Mitwirkenden und Teilnehmern der Expertenworkshops, denen wir wichtige Anregungen für die Maßnahmenentwicklung und –bewertung verdanken:

<u>Salzwedel:</u>

Organisation / Essen- und Getränkeversorgung:
Herr Michael Wolter, Soziokulturelles Zentrum Hanseat e.V.

Teilnehmer:
Frau Petra Thiede, Grone-Schulen Sachsen-Anhalt GmbH gemeinnützig
Frau Jutta Bankowski, Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Frau Ilka Speckhans, Gleichstellungsbeauftragte Altmarkkreis Salzwedel
Frau Ingrid Ringleb, Bundesverband mittelständische Wirtschaft
Herr Matthias Holz, Hauptamt Salzwedel
Frau Kirsten Schwerin, Wirtschaftsförderung Salzwedel
Frau Gudrun Wubke, Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Salzwedel mbH
Frau Renate Burmeister, Gleichstellungsbeauftragte Salzwedel
Frau Melanie Sieber, Familienbildungsstätte „Familienhof“ Salzwedel

<u>Magdeburg:</u>

Organisation:

Frau Marlis Ludwig, Hochschule Magdeburg-Stendal

Essen- und Getränkeversorgung:
„Frösi“-Team, Hochschule Magdeburg-Stendal

Teilnehmer:
Herr Rolf Wollbrück, Europäisches Bildungswerk für Beruf und Gesellschaft
Frau Petra Richter, DGB Sachsen-Anhalt
Frau Manuela Pretzien, DGB Region Magdeburg-Altmark
Frau Editha Strauch, ehrenamtliches Mitglied DGB
Frau Stefanie Klemmt, Fit-Bildungseinrichtungen
Frau Editha Beier, Gleichstellungsamt Magdeburg
Frau Gabriele Wapenhans, Jugendamt Magdeburg
Frau Gabriele Rotterkiel, Arbeit und Leben
Frau Ulrike Demke, ehrenamtliches Mitglied DGB
Frau Judith Ulbricht, Stadtplanungsamt Magdeburg

Halle:

Organisation:
Frau Osang und Frau Degenhardt, Stadthaus Halle

Essen- und Getränkeversorgung:
Frau Reil, Heideklause Halle

Teilnehmer:
Herr Uwe Weiske, Sozialplanung Halle
Frau Ute Haupt, Geschäftsführung Fraktion der PDS Halle
Herr Jöry Lan, Agentur für Arbeit Halle
Frau Annette Eschner, QFC Halle
Frau Susanna Kovács, Krokoseum der Franckeschen Stiftungen
Herr Dr. Steffen Fliegner, Stadtentwicklung/Stadtplanung Halle
Frau Susanne Schmotz, Gleichstellungsamt Halle
Frau Andrea Ferber, ISW-Institut Halle
Frau Andrea Eichner, Ev. Beratungsstelle für Erziehung, Ehe, Familie, Schwangerschaft
Frau Gabriele Tendler
Frau Heidrun Tannenberg
Frau Hanna Haupt, Pfarrerin in der JVA Halle
Herr Karsten Golnik, Stadtentwicklung/Stadtplanung Halle
Frau Dr. Atmara Delal
Herr Hans Wilhelm Fiedler, Geschäftsführung Fraktion der FDP Halle
Herr Dr. Thomas Brockmeier, Industrie- und Handelskammer Halle

Alsleben:

Organisation / Essen- und Getränkeversorgung:
Frau Sylvia Wojtaszek, Bürgermeisterin Alsleben
Frau A. Döring, Sekretariat Bürgermeisterin Alsleben

Teilnehmer:
Herr Jörg Kandzioro, SOS-Beratungszentrum Bernburg
Frau Sylvia Wojtaszek, Bürgermeisterin Alsleben
Herr Bernd Drescher, Agentur für Arbeit Dessau, Geschäftsstelle Bernburg
Frau Dores Tell, Amt für Kinder- und Jugendförderung Bernburg
Herr Marcin-Jan Franke, Sachgebiet Jugendarbeit Bernburg
Herr Mario Brauns, Bauamt, Abteilung Tiefbau Alsleben
Frau Isolde Loshi, Abteilung Soziales, Kindergarten Alsleben
Herr Bernd Warthmann, Abteilung Hochbau Alsleben
Frau Isolde Benicke, Abteilung Personal Alsleben
Herr Klaus-Dieter Edler, Stadtrat
Frau Gerlinde Kunze, Rat der Stadt Alsleben

Frau Christa Kupfernagel, Haupt- und Ordnungsamt Alsleben
Frau Liesbeth Häckerl, Förderverein Bernburg
Frau Ruth Bielert, Förderverein Bernburg
Frau Ruth Meier, Förderverein Bernburg
Frau Ingeburg Kretschmer, Strukturfördergesellschaft Bernburg
Frau Barbara Franke, Schulverwaltung Landkreis Bernburg
Frau Evelin Wolter, Planungsamt Landkreis Bernburg
Frau Petra Meyer, Kämmerei Alsleben
Frau Ingetraut Stock, Abteilung Schulwesen Alsleben
Frau Christel Wenzel, Kreisjugendamt Landkreis Bernburg
Herr Andreas Lorenz, Pfarrer Kath. Pfarramt Alsleben
Frau Heidemarie Sikorski, Abteilung Gewerbe Alsleben
Frau Eva-Maria Kühnast, Abteilung Standesamt, Friedhof Alsleben
Frau Hannelore Mahle, Abteilung Liegenschaften Alsleben
Herr Wöhlbier, Bürgermeister Gemeinde Schackstedt

Halberstadt:

Organisation:
Frau Kleßen, Gebäudeverwaltung Halberstadt

Essenversorgung:
Fleischerei Pollack, Harsleben

Getränkeversorgung:
„Frösi“-Team, Hochschule Magdeburg-Stendal

Teilnehmer:
Herr Wolfram Staats, Dienstbereich Stadtplanung Halberstadt
Frau Edith Reilein, Jugendamt Halberstadt, Bereich Hilfe zur Erziehung
Frau Bärbel Däumler, FIT-Bildungswerk Halberstadt
Frau Elisabeth Bartsch, Kontaktbüro Kinderfreundliches Halberstadt
Herr Norbert Müller, Soziale Netze e.V.
Herr Veit Kuhr, Kirchenkreis Halberstadt
Frau Uta Felis, Dienstbereich Streetwork Halberstadt
Frau Gabi Zedler, Gleichstellungsbeauftragte Halberstadt
Frau Stephanie Rudel, Sachgebiet Stadterneuerung Halberstadt
Frau Katharina Glaß, Reppel + Partner GmbH
Herr Jens Klaus, Dienstbereich Stadterneuerung Halberstadt
Herr Dr. med. Klaus-Dieter Ulrich, Chefarzt Frauenklinik Halberstadt
Herr Dr. med. Cornelius Presch, Oberarzt Kinderklinik Halberstadt
Herr K.-H. Schönfeld, Wohnungsbaugenossenschaft Halberstadt eG
Herr Hans Joachim Nehrkorn
Herr Andreas Karger, Dienstbereich Schulen/Kindereinrichtungen Halberstadt
Herr Peter Fichtner, Dienstbereich Sport/Jugend Halberstadt
Frau Sonja Dotzauer, Agentur für Arbeit
Herr Rainer Schöne, Fachbereich Stadtentwicklung
Frau Jutta Sarstedt, VOJA e.V.
Herr Volkmar Hofmann, Jugendförderverein "Salut" e.V.

Dessau:

Organisation:
Wirtschaftsförderung, Stadtverwaltung Dessau

Essen- und Getränkeversorgung:
Herr Kraußе, Ratsherren Speisen GmbH Dessau

Teilnehmer:
Frau Ursula Lochmann, BBS II Dessau
Frau Rita Schwarzkopf, Jugendamt Dessau

Herr Michael Kleber, DGB Dessau
Frau Corinna Diestelkamp, Pfarrerin der Ev. Jakobus-Paulus-Gemeinde
Frau Petra Graf, Stadtentwicklung Dessau
Frau Monika Wagner, Jugendamt Dessau